



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

LIBRARIE

ff

ideskunde,

. v. Planke

r.

DD
301
248
1972
v.20

Printed in W-Germany
by Proff & Co. KG, Bad Honnef a. Rhein

ISBN 3 535 01304 6

Zeitschrift
für
Preussische
Geschichte und Landeskunde,

unter Mitwirkung

von

Droysen, Duncker und L. v. Ranke

herausgegeben

von

Constantin Rößler.

Zwanzigster Jahrgang.



Berlin 1883.

Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung
Kochstraße 49, 70.

Inhalt.

Januar-Februar-Okt.

Seite

Die russische Kompagnie in Berlin. 1724—1738. Ein Beitrag zur Geschichte der brandenburgischen Tuchindustrie und des preussischen Exports im 18. Jahrhundert. Nebst einer Anzahl von Altentwürfen. Gustav Schmoller . .	1
---	---

März-April-Okt.

Die erste Flucht und Verbannung des Fürstbischofs von Breslau, Philipp Gottward Grafen Schaffgotisch. 1757—1763. G. Fehner	117
Briefe Wallensteins im Staatsarchiv zu Wiesbaden. Dr. E. Joachim	172
Ur- und Kulturgeschichtliches von der Ober-Elbe und Elbe. J. B. Nordhoff	193
Eine Potsdamer Pfarrchronik aus der Zeit des großen Krieges. G. Sello	207
Retrospekt auf Dr. Hermann Albert Kotelmann. G. Hahn	235
Neuere Forschungen	239
Aus den Veröffentlichungen der deutschen Geschichtsvereine	242

Mai-Juni-Okt.

Die Zeit der größten Abhängigkeit des Herzogthums Preußen von Polen in den Jahren 1566—1568. Dr. Leon v. Boblowski	245
Zur Erforschung und Erhaltung der Kunstdenkmäler im preussischen Staatsgebiet. Dr. J. Jaskow	271
Das Grabfeld. Eine topographisch-kulturhistorische Skizze. G. Spieß	304
Der Streit Wolf Hornungs mit Kurfürst Joachim I. von Brandenburg und Luthers Betheiligung an demselben. Paul Zimmermann	310
Joachim I. und die Raubritter. F. Wagner	344
Friedrich Wadzeck. Eine Berliner Erinnerung. W. Pierson	359
Aus den Veröffentlichungen der deutschen Geschichtsvereine	369

Juli-August-Okt.

Greifswald und der Große Kurfürst im Jahre 1678. D. Krause	378
P. J. Vitauks. Ein Berliner Akademiker und Gefangener im Luxembourger 1798/94. Dr. J. Hermann	402
Aus dem Leben des Generalleutnants Wilhelm v. Eberhardt. W. v. Eberhardt	419
Der zweite Band von Treitschkes Deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert. F. Thudichum	500
Aus den Veröffentlichungen der deutschen Geschichtsvereine	504

September-October-Feft.

Seite

Die märkifchen Stände zur Zeit ihrer höchften Blüthe. 1540—1550. III. Dr. Georg	
Winter	506
Aus den Veröffentlichungen der deutſchen Geſchichtsvereine	632

November-December-Feft.

Die märkifchen Stände zur Zeit ihrer höchften Blüthe. 1540—1550. IV. Dr. Georg	
Winter	633
Verzeichniß der in den zwanzig Jahrgängen dieſer Zeitchrift enthaltenen Artikel	
nach der alphabetiſchen Ordnung der Verfaſſer	717
Verzeichniß der in den zwanzig Jahrgängen dieſer Zeitchrift enthaltenen Artikel	
nach der alphabetiſchen Ordnung der Gegenſtände	731

Die russische Kompagnie in Berlin. 1724—1738.

**Ein Beitrag zur Geschichte der brandenburgischen Tuchindustrie
und des preussischen Exports im 18. Jahrhundert.**

Mit einer Anzahl von Altentülden

von

Gustav Schwocker.

In dem Mittelpunkt der gewerblichen Politik Friedrich Wilhelms I. steht die Tuchindustrie; ihre Hebung und Blüthe während seiner Regierung war für die Besserung der wirthschaftlichen Zustände überhaupt entscheidend; an diesem Punkt vor Allem hatte sich das wirthschaftliche System, die Tarifierhöhungen von 1713, zu erproben und hat sich erprobt. Die Maßregeln, um die Tuchindustrie zu heben, waren mannigfaltige und tiefgreifende. Außer der Aenderung der Accisetarife, um die auswärtige Konkurrenz mehr abzuhalten, erinnere ich an die zahlreichen Edikte bezüglich der Wollmärkte, die Erschwerung der Wollausfuhr, an das endlich 1719 auch dem Adel in den mittleren Provinzen gegenüber durchgeführte vollständige Verbot der Wollausfuhr, an das Tuchmacherreglement von 1723, an das System der staatlichen Wollmagazine und der staatlich kontrolirten und konzessionirten Wollfaktoren, welche gegen Verlegung einer Anzahl armer Tuchmacher gewisse Benefizien erhielten, sowie endlich an die Gründung des sogenannten Lagerhauses, einer ursprünglich privaten, später staatlichen großen Mustertuchfabrik in Berlin, welche hauptsächlich die Lieferung der feinen Offiziers-tuche, der feineren Wollgewebe für die höheren Klassen übernahm.

Neben ihrer Thätigkeit war es nun aber vor Allem die russische Kompagnie, welche in den Jahren 1725—38 einen ganz erheblichen Theil der Brandenburgischen Tuchmacher beschäftigte und durch ihre großen Tuchlieferungen für die russische Armee einen zeitweisen großen Aufschwung in dieses Gewerbe

brachte und unzweifelhaft auch zur dauernden Hebung und Ausbildung desselben viel beigetragen hat.

Die Geschichte dieser Kompagnie ist auch, abgesehen von dem Interesse, das sie für die Entwicklung der preussischen Tuchmacherei bietet, nach anderen Seiten hin sehr lehrreich. Sie zeigt recht deutlich die Vortheile und Nachtheile, welche das direkte Eingreifen des Königs in alle derartigen Angelegenheiten hatte; sie ist ein Beitrag für die Geschichte der Kompagnieen, die im 17. und 18. Jahrhundert allermwärts eine große Rolle spielten; sie ist endlich eine sehr lebendige Illustration zu der Art, wie man allein damals auf fremden Märkten Fuß fassen konnte, durch welche Mittel England und Preußen sich damals die russischen Armeelieferungen und damit überhaupt den russischen Markt gegenseitig abzufragen suchten.

Wenn ich daher die Geschichte dieser Kompagnie nach den Akten des Berliner Staatsarchives, hauptsächlich nach den vier Aktenbänden, Gen.-Dep. Tit. XXXVIII. Kommerziensachen Nr. 3, Tuch- und Wollzeuglieferung nach Moskau, hier erzähle und im Anhang einige der wichtigeren auf diesen Gegenstand bezüglichen Aktenstücke mit abdrucken lasse, so will ich damit einerseits einen nicht ganz unwichtigen Beitrag zur Geschichte der preussischen Volkswirtschaft und Verwaltung liefern; andererseits aber, und das ist für mich das Wesentliche, will ich durch solch eingehendere Darstellungen für mich selbst den Boden ebenen, auf dem sich später dann eine allgemeine Geschichte der preussischen Wirtschaftspolitik aufbauen läßt. Da in einer solchen für derartige einzelne Erscheinungen nur ein ganz schmal zugeschnittener Raum sein kann, so ist es nöthig, vorher wenigstens für einige wesentliche Punkte gezeigt zu haben, in wie weit man in die Untersuchung des Einzelnen eingedrungen ist. —

Ein erster Abschnitt soll die Entstehung der Kompagnie erzählen, ein zweiter ihre Verfassung, ein dritter ihre Thätigkeit in Petersburg, ein vierter ihre Beziehungen zu den Tuchmachern darstellen; der fünfte giebt kurz, was an statistischen Resultaten vorhanden, der sechste schildert mit wenigen Worten das Ende der Kompagnie.

I.

Die preussischen Gesandten und Geschäftsträger hatten ganz allgemein den Auftrag, über Handels- und Industriesachen regelmäßig zu berichten, Gelegenheit für den Absatz preussischer Produkte auszukundschaften. Und so regte es der preussische Gesandte in Petersburg, v. Wardefeld, in einem Schreiben vom 22. März 1720 an, ob nicht das Lagerhaus zur Probe

blaue, grüne und rothe Läden herfenden und zu dem Preise auch liefern könnte, wie sie der Czar Peter der Große jetzt aus England und Holland beziehe.

Kraut, der Mitglied des G. R. Kommissariats und damals noch Haupteigenthümer des Lagerhauses war, entwarf die Antwort: Das Lagerhaus selbst fertige nur die Tücher für die Oberoffiziere aus spanischer Wolle, die Elle zu 2½ Thlr.; die eigentlichen Soldatentücher würden von den Tuchmachern in den furmärktischen und pommerischen Städten gemacht, sie seien aber nicht so gut wie die englischen; wenn aber Mardefeld Proben und Preis derselben einfende, so wolle man untersuchen, was zu machen sei. Darauf sandte Mardefeld die Proben und theilte mit, daß der Kaufmann Jean Bernesobre aus Moskau über Berlin kommen und genaue Nachricht über alles geben werde; dieser melne, daß die englischen Läden nicht besser seien, sie seien von lauter todter Wolle; einige hundert Paß Läden, darunter auch einige feinere vom Lagerhaus könnte man immer hier an Kaufleute mit ⅓ Gewinn absetzen und zugleich einen Handel mit russischen Produkten nach Preußen eröffnen, wozu er ein Verzeichniß der russischen Exportwaaren beilege (Weil. I.).

Bernesobre traf in Berlin ein, konferirte mit dem G. R. Kommissariat und machte genaue Angaben über Länge, Breite und Preis der englischen Tücher, worauf der König genehmigte (18. Jan. 1721), daß man auf Rechnung der Accisekassen in Bieleznig, Brandenburg und Büllschow je ein Stück rothes, blaues und grünes Tuch kaufte und an Mardefeld sandte. Die Weisung, die im G. R. Kommissariat für ihn entworfen wurde (sie ist von der Hand eines der tüchtigsten, wenn nicht des tüchtigsten Rathes im G. R. Kommissariat Manitius concipirt, von Grumbkow und Kraut unterschrieben) geht dahin: er möge dahin wirken, daß seine czarische Majestät alle Tücher, Doubluren, Strümpfe, Hute, soweit solche die russischen Manufakturen nicht liefern, aus Preußen nehme; neben den 9 Stücken Tuch folgen Proben von Boy zum Futter, sowie von einigen Paaren geknüttelten und gewebten Soldatenstrümpfen; gefielen sie, so solle er mit dem namhaft gemachten Petersburger Kaufmann Belloutier unterhandeln und mit ihm einen Vertrag schließen, daß er ein Komptoir preussischer Waaren in Petersburg errichte; Kaufleute aus Berlin und anderen furmärktischen Städten, die in Kompagnie an ihn lieferten, würden sich dann schon finden. Ein ähnliches russisches Komptoir könnte man dann in Stettin zulassen, nachdem Bölle und Licenten egalisirt und den preussischen Schiffen erlaubt wäre, russische Exportanda zu laden.

Die erste Antwort Mardefeld's hierauf (21. April 1721) lautete sehr ermunternd, fast sanguinisch: Belloutier sei bereit, ein solches Komptoir zu

errichten, er rühme die Züllichowschen Tücher sehr, wolle 2—300 Stück davon leicht an Kaufleute vertreiben; fremde Schiffe würden nicht behindert, da russische noch sehr wenige vorhanden seien; der Zoll werde in Prozenten entrichtet; außerdem zahle das fremde Schiff 6 Dukaten für den Passport. Dagegen war ein umfangreicherer folgender Bericht (18. Juli 1721) etwas kühler; die feinen rothen und blauen Tücher (aus Züllichow und Zielentzig) seien kaum verkäuflich, da die holländischen billiger seien; die Kaufleute finden sie nicht genug geschoren, sie sollten kürzer von Wolle sein; gleiches gelte von den Vopen; dagegen seien die Scarlat Etamine das Stück für 14 Rubel verkäuflich. Pelloutier wolle künftiges Jahr 50 Stück zur Probe übernehmen. „Die gemeinen Tücher (aus Brandenburg), schreibt Mardefeld, haben wir gegen die englischen examinirt, und ist ganz gewiß, daß die grünen und blauen an Güte und Couleur die englischen übertreffen, die rothen aber bei Weitem nicht so schön von Farbe sind, wie die Englischen.“ Aber sie müßten so breit sein wie die englischen und zu 50 Copeken die Elle geliefert werden. Ob größere Armeebestellungen zu bekommen, das schwebte beim Kriegskollegium; er werde sein Möglichstes thun. Bald darauf sandte er noch Zeugnisse russischer Kaufleute ein, das preussische Tuch sei stärker als das englische, trage sich besser und widerstehe der Nässe mehr, um damit die entgegengesetzten Aussagen von Moskauer Kaufleuten zu entkräften. Auch stellte sich heraus, daß die Militärs eher auf die Tücher, die aus der feineren neumärkischen Wolle in Züllichow und Zielentzig gemacht, reflektiren wollten.

Es handelte sich nun in Berlin darum, Ernst zu machen, einen maßgebenden Entschluß zu fassen. In drei Vorträgen unterbreitete das G. R. Kommissariat dem Könige die Entscheidung. Grumbkow hatte hier, wie in ähnlichen Fällen, seine Bedenken; das herrschende Handelssystem war sein Werk, aber alles Gewagte, was die sichern Staatseinnahmen berühren konnte, staatliche Industrien, staatlichen Handel mißbilligte er; er hob den schwierigen und unsichern Transport hervor; es sei kein Entrepreneur da, der so große Lieferungen übernehmen könne. Der König bemerkte auf den Vortrag vom 16. August: „Ist ja in Stettin geladen werden und in Schiff bleiben bis Petersburg, sollen vor 3 Regimenten übernehmen“ und auf den vom 20.: „Kraut soll die Lieferung übernehmen“. Und als ihm nochmals am 17. Oktober (Beilage II.) der Stand der Sache vorgetragen und mitgetheilt wurde, daß es zunächst für dieses Jahr nichts sei, schrieb er: „sie sollen mit Graf Gollotschin sprechen“. Er hoffte so durch den russischen Gesandten in Berlin zum Ziel zu kommen. Er war jedenfalls das treibende Element.

Noch an demselben Tage ging eine Instruktion an Wardefeld ab, die ihm energisch befahl, eine Lieferung herauszuschlagen. Und der Erfolg war, daß dem Pelloutier aufgetragen wurde, bis September 1722 für zwei Regimenter à 12—1500 Mann 12 000 Arschinen Tuch, die Elle zu 52 Copeyken, zu liefern. An ihn sollte Kraut, d. h. also das Lagerhaus, die Lieferung übernehmen. Aus dem Bericht Wardefelds vom 15. Januar 1722, wie aus allen vorhergehenden, erfahren wir, daß es sich im Wesentlichen um ein Intriguenspiel handelte; die verschiedenen Machthaber und Parteiführer standen sich am Petersburger Hofe auch zu Peters des Großen Lebzeiten auf das Schroffste gegenüber. Es handelte sich darum, wer die entscheidenden Personen zu gewinnen, für sich zu interessiren wußte. Der englische Gesandte und die englischen Kaufleute — heißt es — sähen dabei tausend Rubel nicht an; der preussische Gesandte mußte dagegen durch seine Geschicklichkeit, durch die Vorschlebung der Preußenfreunde am Hofe, unter Umständen durch Grobheit und Drohungen gegen Menschikoff wirken, wie wir aus seinem Berichte vom 15. Januar 1722 (Beilage III.) sehen.

Wie diese erste Lieferung ausgefallen ist, erfahren wir nicht aus den Akten. Die ganze Angelegenheit drohte einzuschlafen, wenn nicht der König wieder trieb. Er befahl im Laufe des folgenden Jahres 1723 (23. April) neue Proben auf breiteren Stühlen machen zu lassen und sie dem Grafen Goltotschin vorlegen zu lassen. Der Kaufmann Felsch in Rüllichow lieferte sie, die farbigen zu 15, das weiße zu 13 Thlr. 6 Gr. das Stück, während die Proben von 1721 auf 12½ und 13 Thlr. gekommen waren. Auch die Königsberger und Stettiner Kammer wurden aufgefordert, die Sache zu überlegen und zu betreiben; Kaufleute aus Stettin und Königsberg traten direkt mit Wardefeld in Korrespondenz. Klinggräff verhandelte mit den Stendaler und Salzweheler Kaufleuten (Ende 1723 und Januar 1724), dann auch mit Wittstocker und Perlebergern, ob sie nicht größere Lieferungen übernehmen wollten; nur die Stendaler sind bereit, ein Regiment zu übernehmen. Die größeren Berliner Häuser wurden 2. Januar 1724 von dem Kriegskommissar Schönbeck vernommen; es sind Splittgerber und Daum, Günther, Gregorii, Heinlichen, Hauffen, Abr. Rosenfeld, Müller, Heydeler, Kirsten und Reich; sie fassen die Sache gleich richtig an, zeigen Lust und Unternehmungsgeist: das Tuch müsse 9 Monate vorher bestellt, ⅓ des Preises müsse im Voraus bezahlt werden; die Tuchlieferanten müßten zusammen eine Kompagnie bilden, erklären sie zu Protokoll.

Diese ganzen Verhandlungen gründeten sich aber nicht bloß auf den neuen Anstoß, den der König gegeben, sondern auch auf die Berichte Wardefelds, daß die Lieferungen nun von den einzelnen Obersten zu vergeben und dabei mehr Hoffnung sei, sowie, daß die von den Stettiner Entrepreneurs

über sandten Proben gut befunden worden seien. Auch Geheimer Rath Schindler, der mit als erstes kaufmännisches Faktotum in Berlin neben Splittgerber galt, als Inhaber der Silberwaarenfabrik überall hin gute Korrespondenten hatte und eben in diesen Tagen nach dem Tode Krauts provisorisch die Leitung des Lagerhauses übernahm, erhielt ermunternde Briefe von St. Petersburger Kaufleuten. Sein am 27. Dezember dem im Januar 1723 neu gegründeten General-Direktorium über die Sache eingereichter Bericht über die Angelegenheit zeugt von viel Sachkenntniß. Er behandelt die Grundschwierigkeit aller Hausindustrie, ein gutes und gleichmäßiges Produkt von Hunderten verschiedener kleiner Meister für eine derartige Massenslieferung zu erhalten.

Die Tücher, so führt Schindler aus, müßten egal von Güte, dauerhaft und von lebendiger Farbe sein. Um das zu erreichen, pflege man in solchen Fällen mit dem ganzen Gewerl der Tuchmacher oder mit einem größeren Tuchhändler zu affordiren. Aber das reiche hier nicht; weder das Gewerl noch der Tuchhändler könnten für rechte Einrichtung und Ordnung sorgen, das Walken, Zubereiten und Färben kontrolliren; bei der Schau lasse man die meisten Fauten passiren, die betreffenden Schauer seien zu unwissend, sie nur zu entdecken; man bekomme da Tücher zusammen, von denen die einen loß, die anderen blicte, einige dünner, andere dicker, einige breit, andere schmaler, einige von Farbe ganz todt, andere von Couleur nicht recht gefärbt seien. Das sei nur durch eine Lieferung des Lagerhauses oder eine solche unter seiner Leitung zu vermeiden.

„In dem Lagerhaus“, sagt er, „ist auf alle Arbeit oder auf jedes Handwerk, so zur Verfertigung eines Tuches gehört, eine besondere Einrichtung und Ordnung gemacht, wodurch alle obgedachte Hauptfauten vermieden werden, und ob schon an keinem Ort der Welt es dahin zu bringen, daß in großen Manufacturen oder wo viel Waaren gemacht werden, nicht Fauten passiren solten, weile der Arbeiter viel und einer geschickter als der andere, einer auch williger und mit mehrerem Fleiß als der andere seine Arbeit verfertigt, so ist doch gewiß, daß in dem Lagerhause, woselbst des Jahres über so viele tausend Stücke an Tücher und Kirsey gemacht werden, nur wenig Fauten passiren, welches ich darum anführe, weile ich ohnvorgreiflich dafür halte, es müße denen Büßschauer und andern Tuchmachern, welche auf nöthigen fall die Tücher vor die Russische Regimenter machen sollen,

verfertigen
Tuchmacher-
istliche In-
anzuweisen
zethet, post-

täglichen zu berichten hätte, damit man denselben melden könne, wie alle Hindernuß und Mängel in Verfertigung der Waare abzustellen seyen; dabey gar ein nöthiges Wort seyn will, daß aus dem Lagerhause von Tuchbereiter, Woller und Färber nach Jülichau geschickt würden, welche daselbst den Leuten in ihrer Arbeit recht anweisen und unterrichten, welche Unterweisung vom Lagerhause bey denen Arbeitern in denen kleinen Städten noch nicht geschehen, weil man dasjenige, so bey dem Lagerhause mit vieler Mühe und Umständen ausgeforschet worden, andern Leuten, die vielleicht außer Lande gehen und in fremdden Orten es ausbringen möchten, nicht sagen wollen, wie denn deswegen bey dem Lagerhause die Praecautio genommen worden, daß die Färber, an welche die Arcana gesagt werden müssen, auf hiesigen Hoffgericht geschworen, solche an fremdde nicht zu entdecken. Es werden aber hierunter S. R. M. wohl allergn. Befehl ertheilen, wie es, wann Tücher nach obigem Vorschlag gemacht werden sollen, zu halten sei.“

Das Lagerhaus könnte auch, meint er, was für den Moment das wichtigste sei, um die Engländer auszustehen, wohlfeil liefern. Es könnte zunächst ohne Kaufmannsprofit arbeiten; es könne die Tuchmacher um billigen Lohn haben, wenn es ihnen im Voraus 1 1/2-jährige Arbeit verspreche; der Weber müsse natürlich viel mehr fordern, wenn er nur dann und wann beschäftigt sei. Habe man dann die Lieferungen, so lasse sich der Profit nachholen, man könne dann auch eher, ohne daß es gemerkt werde, an der Qualität abbrechen. Jedenfalls wäre die Sache von großem Vortheil für den König und das Land; die Gelder, so zur Zahlung des Arbeitslohnes nöthig seien, müßten von Petersburg remittirt werden, das hiesige Land werde an Geld so viel reicher, und das Geld fließe zuletzt, weil die Arbeiter es wieder verzehren, in Seiner Majestät Kassen.

Im General-Direktorium war man aber nicht ganz dieser Meinung. Hatte doch das Lagerhaus gerade seit Anfang des Jahres 1723 so sehr über nicht genügendes Kapital geklagt; Anfang Juli war Kraut gestorben; an Schindler war die Leitung zunächst übergeben worden; aber es war die Frage aufgelaucht, ob man es nicht an Entrepreneurs überlassen solle. Schindler hatte dann (September 1723) alle möglichen großen Projekte über die Erhaltung der Manufaktur und die Errichtung eines Kommerzienkollegiums ausgearbeitet. Diese Projekte waren eben noch in Schwebe; man hatte sie theilweise im General-Direktorium für eitel Wind erklärt. Schindler gab die Leitung des Lagerhauses bald darauf auch wieder ab. Der Zuschuß der Landschaft zur Uebernahme des Lagerhauses mit 100 000 Thaler und die nicht ganz leichte Auseinandersetzung mit den Kraut'schen Erben, — all

das war in diesen Wochen noch nicht abgewickelt. Niemand wußte noch sicher, was aus dem Lagerhause werde.¹⁾

Auch prinzipiell war man, wie ich schon erwähnt, im General-Direktorium durchaus nicht allgemein für Beseitigung der privaten Initiative und so ist es verständlich, wenn M(anilius), sicher in Uebereinstimmung mit Grumbkow, auf den oben erwähnten Bericht Schindlers am 29. Dezember 1723 sein Votum dahin abgab: zunächst sei abzuwarten, ob Wardefeld nicht mit den Stettiner und Königsberger Kaufleuten zum Schluß komme; das Lagerhaus werde schwerlich billiger liefern können. „So lange noch einige Hoffnung ist — heißt es —, daß Unsere Unterthanen und Kaufleute die Lieferung mit Profit thun können, so lange würde das Lagerhaus mit ihrer ohne Profit thuenenden Lieferung zurückstehen und denen Unterthanen den Markt nicht verderben müssen.“

Der Kriegs- und Domänen-Rath Reinhardt, Commiss. loci für Potsdam, Brandenburg, Ruppin und die nächstgelegenen Städte, berichtet am 17. Januar 1724, alles werde schon gehen; nur könnten die Tuchmacher und Kaufleute in seinen Städten nicht nach Petersburg, sondern höchstens bis zu einem in Stettin zu errichtenden Magazin liefern (Beilage IV). Man bittet den König, für den Fall, daß russische Schiffe die Waare aus Stettin holen, halbe Vicentfreiheit für russische Waaren zu bewilligen (Beilage V), was er auch 28. März 1724 genehmigt.

Unterdessen gelang es Wardefeld gegen Mitte des Jahres 1724, den entscheidenden Schlag gegen die Engländer zu thun. Der Senat, die höchste Gewalt im Reich²⁾ neben dem Czaren, die dem Kriegskollegium vorgesetzte Behörde, hatte eine Ordre zu Gunsten der preussischen Tücher erlassen, hatte geboten, mit den Engländern nicht mehr zu unterhandeln. Auf Bestechung beruhte dieser Umschwung nicht, dem englischen Geld war das preussische nie gewachsen. Auch ist aus den Akten ersichtlich, daß auf den Antrag Wardefelds erst viel später, als die Kompagnie in Petersburg abgeschlossen hatte, an Saguschinski ein Jewel im Werth von 2000 Thaler gesandt wurde, „da ihm mit Geld nicht gedient“, und der König persönlich einen liebenswürdigen Brief an Menschikoff schrieb. Wahrscheinlich hatte die allgemeine politische Lage zu dieser Preußen günstigen Entscheidung mit beigetragen. Peter hatte die Hand seiner ältesten Tochter dem Herzog von Holstein versprochen, wollte diesen in seine schleswigschen Lande wieder einsetzen, wünschte dazu die preussische Zustimmung³⁾, während die Beziehungen

¹⁾ Berl. Staats-Arch. Kur-Mark OXV. No. 3.

²⁾ Vergl. Herrmann, Gesch. des russ. Staates IV, 376 (1849).

³⁾ Droysen, Preuß. Politil IV, 2, 1, S. 356, 359 u. 363.

zu England bis zum Tode des Czaren (8. Februar 1725) ungünstige waren. Wichtiger aber war wohl die ganz persönliche Stimmung Zaguschinsky für Preußen. Polnischer Abkunft, der Partei der Ausländer und Emporkömmlinge am Hofe, wie Bassewitz, Menschikoff u. angehörig, hatte er sich von niedriger Stellung zum Generalmajor, Kammerherrn und Schwiegersohn des Großkanzlers Golowkin emporgearbeitet und war endlich 1722 in die allerhöchste Vertrauensstellung eingerückt; der Kaiser hatte ihn zum Generalgouverneur des Senats, gleichsam zu dem die Gesetzmäßigkeit der Handlungen des Senats kontrollirenden Polizeimeister ernannt. An seinem Einfluß hing wesentlich die preussische Lieferung, ihn hatte Wardefeld zu gewinnen gewußt. Auch als der König (Mai 1725) direkt an Menschikoff, der nach dem Tode Peters zunächst über die Kaiserin und die ganze Regierung eine so weit gehende Gewalt übte¹⁾, ein freundliches Schreiben richtete, ist Wardefeld ängstlich, daß dies Zaguschinsky übel nehme. „Der Fürst Menschikoff muß deswegen monagiret werden, damit er keine andere engagements bei sich admittire und im Collegio den Nachdruck geben könne. Die Beitreibung der Sache selbst aber muß absolut bei dem General Procureur bleiben. Es ist sein Departement und weiß er das Detail davon, machet auch seine eigene affaire daraus, so daß man alles verderben würde, wenn man ihm die geringste mesiance zeigte (15. Mai 1725).“²⁾

Die Entscheidung des Senats zu Gunsten der preussischen Tücher machte natürlich großes Aufsehen in der Handelswelt, erzeugte große Entrüstung bei den Engländern. Der „reiche Hermann Meyer“, schreibt Wardefeld, hat allein für 80 000 Rubel englische Tücher da liegen, die er nun nicht verkaufen kann. Aber die unparteiischen Engländer mußten zugeben, daß der Entschluß ein richtiger war. „Der Maller Meux, versichert Wardefeld, welcher vor diesem ein reicher englischer Kaufmann gewesen und fallit worden, hat mir theuer versichert, daß kein englischer Kaufmann im Stande sei, solche Tücher, wie die Proben sind, unter 80—90 Ropnyken die Arschine zu verschaffen.“

Es galt jetzt, nur rasch und sicher einen Unternehmer in der Heimath zu finden, welcher die Lieferung übernahm. Die Stettiner Kaufleute machten zweierlei Schwierigkeiten. Sie verlangten von dem König einen Vorschuß — außer 6000 am 24. November 1723 bewilligten Thalern — weitere

¹⁾ Hermann, a. a. O. 472.

²⁾ Als Zaguschinsky bald darauf, wohl in Folge seiner Handel mit Menschikoff, seines Amtes als Generalprokurator enthoben und zum Oberstaatsmeister ernannt wurde, war der Vertrag mit der Berliner Kompagnie schon geschlossen.

100 000; der König genehmigte aber nur 3000 (24. August 1724). Außerdem blieben sie dabei, daß die russische Regierung die Tücher in Stettin abholen, dort sie examiniren, messen und besiegeln lasse, um so alles Mißth von sich abzuhalten. Mardefeld war empört über diese kassinnige ängstliche Erklärung; er vermuthet, daß böswillige Konkurrenten in Petersburg die Stettiner absichtlich in Schrecken gejagt hätten. Man versuchte noch die Stettiner und Berliner Kaufleute zu vereinigen. Aber ohne Erfolg.

Zehn Berliner Kaufleute, in der Hauptsache dieselben, welche schon am 2. Januar vernommen worden waren, erklärten 15. September in einer Eingabe an den König sich bereit, die Lieferung zu übernehmen ohne Vorstoß der Regierung (Beilage VI). Sie wollten sofort 60 000 Thaler zusammenschießen, zwei aus ihrer Mitte, Reich und Viehebant, nach Petersburg zum Abschluß des Vertrags und Empfang des praenumerando dort zu erhebenden Drittels der russischen Bezahlung senden, sie bitten die Behörden und die Tuchmachergewerke sofort an sie zu weisen. Der König war darüber sehr erfreut und wies das berichtende General-Direktorium an, die Leute in jeder Beziehung zu unterstützen; nur soll man acht geben, daß nicht etwa sächsische Tücher untergemengt werden. „Die socii sollen mir da vorrespondiren mit ihrem Kopf, das guhte wahren gemacht werden, das uns das debit nit wieder abgehe und wir guhte kredit halten.“

Der Kesselpaß für die zwei kaufmännischen Kommissare wurde ausgestellt; an Mardefeld, an die betheiligten Kriegs- und Domänenkammern wurden die entsprechenden Instruktionen gesandt und im Gen.-Direktorium die Ausstellung eines sog. Octroi, eines Privilegiums für die Kompagnie vorbereitet. Die Verhandlungen in Berlin hierüber, die in Petersburg über den Lieferungsvertrag und die im ganzen Lande über den Beginn der Arbeit mit den Tuchmachern, ihren Gewerken und den Kammerkommissaren, welche dabei vermittelten, begannen zugleich und füllten den Rest des Jahres 1724 und das ganze folgende Jahr.

II.

Die Formalien über die Gründung der Kompagnie kamen erst Ende 1725, im September, zum Abschluß; für uns ist aber das Zustandekommen derselben, ihre Organisation und ihr Privileg doch das Erste, was wir ins Auge zu fassen haben.

Von Kompagnien erwartete man allgemein damals das volkswirthschaftliche Heil. In dem schweren Konkurrenzkampf der Nationen und

Staaten um die Kolonien, um die Herrschaft in Indien, um die Neugestaltung des ganzen Welt Handels, der Schifffahrt und Fischerei waren die einzelnen Kaufleute und Schiffer, vollends die der kleineren ohnmächtigeren Staaten, fast wehrlos dem Reid und der Chitane der übermächtigen Gegner preisgegeben; auch im inneren Verkehr zeigte sich, daß größere konzentrierte Kapitalkräfte an verschiedenen Punkten nöthig seien. So lange Deutschland im 16. Jahrhundert noch rüstig auf der Bahn des volkswirtschaftlichen Fortschrittes mitgegangen war, hatten die kaufmännischen Gesellschaften allerwärts von sich reden gemacht. Ansätze zu Kompagnien für die Beförderung des Absatzes einzelner Industrien finden sich da und dort, ich erinnere an die vielbesprochene Iglauer und die von mir in meinem Straßburger Lucherbuch geschilderte Straßburger Warchent-Kompagnie, beide aus der Zeit von gegen 1580. Wenn die Hanseaten auf die österreichischen Pläne einer monopolisirten hanseatischen Gesellschaft für den spanisch-indischen Handel (1627) antworteten,¹⁾ „nach der bei ihnen üblichen Handelsart versuche ein jeder sein Glück für sich und es sei unerhört, mit einem zusammengeschossenen Fonds unter Aufsicht und Leitung einer Direktion Handel zu treiben“, so waren an dieser Antwort wohl politische Motive ebenso schuld, als spießbürgerliche Engherzigkeit.

Jedenfalls war der Fürst, welcher damals energischer als Oesterreich und Spanien nach dem „Dominium maris baltici“ griff, nämlich Gustav Adolf, auch in Bezug auf die Frage der Kompagnien anderer Meinung. Er hatte eben in jenen Jahren eine Kupfer- und eine Eisenkompagnie gegründet, welchen eine „General-Handelskompagnie nach Asien, Afrika, Amerika und Magellanica“ 1627 und eine 1629 mit ihr vereinigte Schiffskompagnie folgte.²⁾ Und ebenso suchte Dänemark seine handelspolitische Stellung in der Ostsee zu verstärken. König Christian hatte damals eine grönländische, ostindische und westindische Kompagnie gestiftet.³⁾

Nach dem 30jährigen Kriege predigen die theoretischen Schriftsteller in Deutschland, die in die holländische Schule gegangen und dort die großartigen Resultate der ost- und westindischen Kompagnie kennen gelernt, die Zuzucht zum Kompagniehandel um so eindringlicher. Ich führe nur Becker⁴⁾ an, der

¹⁾ Udemann, Handbuch des deutschen Handelsrechtes (1881) S. 498. Vergleiche im Uebrigen über dieses Projekt: Reichard, die maritime Politik der Habsburger im 17. Jahrh. (1867) und Droysen G., Gustav Adolf I., 319 ff. (1869).

²⁾ Geijer, Geschichte Schwedens III., 56.

³⁾ Reichard a. a. D. 49.

⁴⁾ Diskurs von den eigentlichen Ursachen des Auf- und Abnehmens der Städte, Länder u., Kap. III., „Von den Kaufmanns-Kompagnien“. S. 116 ff. der Ausgabe von 1673.

seine orientalische Kompagnie ins Leben gerufen¹⁾ und drei Jahre später hatte es versucht, in den österreichischen Niederlanden den schon 1698 in Angriff genommenen Plan der Begründung einer ostindischen Handels-Kompagnie wieder durch ein neues Octroi auf breiterer Basis zu beleben.²⁾ Es war die Zeit, da in Frankreich das Law'sche System (1715—1720) blühte, in England der Schwindel der Südsee-Kompagnie (1720) seinen Höhepunkt erreichte.

Waren die Verkehrsverhältnisse auch noch nicht so ausgebildet, daß diese Hausbewegungen Brandenburg-Preußen direkt berührten, so erzeugte doch der allgemeine Aufschwung des Geschäftslebens auch in Berlin ähnliche Pläne. Ein gewisser Neumann übergab im März 1724 der Regierung den Plan zur Gründung dreier Kompagnien; die eine sollte die westliche, die andere die östliche Handlung zur See, die dritte die Fischerei und den Fischwaarenhandel betreiben. Da gerade damals die Stettiner Kaufleute mit Wardefeld über die Tuchlieferungen nach Petersburg verhandelten, lag es nahe, sie zunächst darüber zu vernehmen. Das Protokoll ihrer Sitzung, das ich mit dem Plan des Neumann im Anhang (Beil. VII und VIII) mittheile, zeigt, daß man in Stettin damals nur Schwierigkeiten sah und über Bölle und Vicenten klagen konnte.

Eine fast gleichzeitige Denkschrift über den Handel der Churmark, aus der Feder eines sehr sachverständigen und klugen Mannes, beklagt vor allem die Abhängigkeit des märkischen Handels von Hamburg, Lübeck, Danzig und Breslau, wünscht hauptsächlich den Tuchabsatz nach dem Norden den Danzigern zu entreißen und den Brandenburgern zuzuwenden; sie sieht eine Möglichkeit der Durchführung ihrer Gedanken auch nur in der Aufrichtung einer großen Kompagnie, die den ganzen Groß- und Exporthandel in die Hand nehmen sollte. Auch diese anonyme Denkschrift wurde dem Stettiner Handelsstand am 18. Januar 1725 zur Begutachtung übergeben, ohne dort vielen Beifall zu finden. Sie ist auch in anderweiter Beziehung so reich, daß ich mir nicht versagen kann, sie unten mitzutheilen (Beil. IX).

Während die Verhandlungen über diese zu groß angelegten Projekte schwebten, hatte die Berliner Kompagnie für die russische Tuchlieferung auf dem festen Boden eines engbeschränkten praktischen Zweckes und einer gesellschaftlichen Einigung der größeren Berliner Häuser, mit Splittgerber

¹⁾ Dr. F. R. Mayer. Die Anfänge des Handels und der Industrie in Oesterreich und die orientalische Kompagnie. Innsbruck 1882.

²⁾ Siehe die Schrift: la verité du fait, du droit et de l'intérêt de tout ce qui concerne le commerce des Indes établi au pais bas autrichiens par octroi de Sa Majesté imper. et catholique (1726).

und Daum an der Spitze¹⁾ sich bereits zum Handeln entschlossen, hatte sie ihre Delegirten Reiche und Biedebant im September 1724 nach Petersburg geschickt und die Lieferungsverträge mit den Tuchmachern angefangen zu schließen.

Es war Zeit, daß sie sich nun auch ein Privilegium, ein Octroi, wie man es nannte, geben ließ, um ihre Vorrechte gegen alle Zweifel sicher zu stellen. „Octroi hieß die über die Genehmigung einer privilegierten Handelsgesellschaft ausgestellte obrigkeitliche Urkunde, durch welche alle den Betheiligten und deren Rechtsnachfolgern verwilligten Ausnahmen von der Anwendung des allgemeinen Rechts fixirt waren.“²⁾

In einer umfangreichen Eingabe vom 25. Juni 1725 (Beil. XIII) legten die Interessenten dem Könige den Entwurf eines Octrois vor (Auszug davon Beil. XIV). Es ist lehrreich, wie auch diese praktischen Kaufleute von Boucher'schen Theorien über Monopolia und Polypolia erfüllt sind, wie sie über Industrie und Steuerkraft, über Konkurrenz und Handelspolitik theoretisiren, um ihren Forderungen das richtige Gewand zu geben. Ihr Entwurf ist sehr viel umfangreicher als das später vollzogene Privileg, enthält auch die wesentlichen Bestimmungen über die innere Verfassung der Kompagnie; er versucht überdies mancherlei Wünsche der Berliner Kaufmannschaft so nebenbei zu erledigen.

Friedrich Wilhelm übergab den Entwurf am 27. Juni 1725 dem General-Direktorium mit einem sehr umfangreichen Kabinettschreiben, das die Punkte genauer bespricht, welche der König einräumen wollte; er wünscht hauptsächlich, daß die Kompagnie nicht auf der sixjährigen Zollfreiheit der aus Rußland nach dem brandenburgisch-preussischen Staat gebrachten Waaren bestehe.

Es begannen nun die Verhandlungen des Generaldirektoriums mit der Kompagnie über ihre Vorrechte, welche das Kollegium in möglichst engen Schranken halten wollte, und über die privatrechtliche Natur der Gesellschaft, worüber ein Gutachten Coccejus eingeholt wurde. Die im ersten Entwurf enthaltenen zahlreichen Bestimmungen über die innere Verfassung der Kompagnie wurden als hier überflüssig alle beseitigt und durch die allgemeine Genehmigung des Sozietätsvertrags (§ 1) ersetzt. Das Privilegium wurde am 21. September 1725 vollzogen und ist dann später auch gedruckt an die Behörden und Regimente zur Nachachtung vertheilt worden (Beil. XV.).

¹⁾ Vergleiche über die Persönlichkeit dieser beiden Kaufleute und ihre Geschäfte König, Versuch einer historischen Schilderung der Ruff. Berlin IV. 2. 202 (1796).

²⁾ Endemann a. a. O. 487.

Die Kompagnie war eine privilegierte Handelsgesellschaft von ursprünglich zehn Berliner Geschäftshäusern, von welchen jedes fünf Anthelle übernahm. Es waren Splittgerber und Daum, Viedebant und Gregorii, Joh. Chr. Buder, Chr. Heydeler, Adr. Sprögel, G. F. Gänther, F. G. Heintichen, Chr. Thielebein, Joh. Sam. Reich und Joh. Chr. Rixten. Schon im April 1726 aber, „da die Handlung sich viel weiter extendirte, als man Anfangs vermutet“, traten noch folgende neun weitere Interessenten, Joh. Christ. Schrader, Zacharias Regelin, Joh. Friedr. Mettcher und Sohn und Johann Witte aus Berlin, Abraham Dietrich Schröder, Ernst Gottlieb Gloger und Sohn, Daniel Basse und Samuel Kofke aus Frankfurt sowie Samuel Maue aus Landsberg bei. Ihre Namen wurden dem Privilegium einverleibt. Später traten einzelne aus; die Geschäftsanttheile blieben nicht gleich. Die höchst Betheiligten waren 1735 Splittgerber und Daum mit 72 500 Thlr., Schrader mit 30 000, Gänther mit 25 000 Thlr. Das Kapital haben die Interessenten ursprünglich zu 60 000 Thlr. angegeben, es muß aber schon im zweiten Geschäftsjahr auf über das Dreifache und später noch mehr angewachsen sein.

Unsere heutigen Begriffe von offener Handelsgesellschaft, stiller Gesellschaft und Aktiengesellschaft passen alle nicht ganz auf unsere Kompagnie, wie überhaupt wohl nicht auf die meisten Kompagnien des 17. und 18. Jahrhunderts. Es handelt sich bei den meisten dieser Gesellschaften um Ausgangspunkte, die halb in der alten Gilderverfassung, halb in der offenen Handelsgesellschaft liegen, aber zugleich um eine Entwicklung, die zur Aktiengesellschaft hindrängte, jedoch noch nicht ganz bei ihr angelangt war.

Die Hansen der einzelnen deutschen Städte, die spätere große deutsche Hanse, die flandrische und die pariser Hanse, die Gesellschaften der italienischen Kaufleute, welche die Messen der Champagne besuchten, die englischen Stapelkaufleute und die *morchants adventurers* — das alles waren Vereine mit einander reisender, durch lokale Gilden oder Stammes- und Sprachgemeinschaft mit einander verbundener Kaufleute, deren jeder aber sein Geschäft auf eigene Rechnung trieb. Ihre Verfassung war eine Meise-, eine Karavanenverfassung, ihr Ziel war der Erwerb gemeinsamer Privilegien auf fremden Märkten; der Einzelne hatte sich der gemeinsamen Verfassung zu fügen, und diese reichte soweit, als die gemeinsame Fahrt, der gemeinsame Marktbesuch, das Stapelhalten da und dort es erforderte. Theil nehmen konnte jeder, der der heimathlichen Gilde, den berechtigten Städten, demselben Bande angehörte. Naturgemäß erwuchs aber aus dieser Gemeinschaft eine weitere. Man wollte die fremden Märkte beherrschen: dazu gehörte, daß man sie nicht überführte, daß man das Angebot regulirte, zeitweise ganz mit demselben zurückhielt, die Preise verab-

redete. Wollte man das, so mußten die leitenden Organe die Mitgliedschaft erschweren, jedem Theilnehmer den Gehorsam bezüglich solcher Anordnungen auferlegen, unter Umständen den Umfang seines Handels einschränken. Das haben die Hanseaten, das haben die merchants adventurers gethan.

Und das ist, wie ich glaube, der Punkt, von dem aus die Entstehung der holländisch-ostindischen Kompagnie zu erklären ist, obwohl ich hier mehr nur vermuthen als beweisen kann.¹⁾ Die einzelnen größeren Rheeder und kleinen Handelsgesellschaften, die 1590—1602 aus den verschiedenen niederländischen Städten nach Ostindien fuhren, hatten durch ihre Konkurrenz es dahin gebracht, daß sie in Indien beim Einkauf die Preise sehr in die Höhe trieben, in Europa beim Verkauf sie durch Ueberführung des Marktes sehr stark herabdrückten. Man vereinigte alle diese Unternehmungen unter einer einheitlichen Leitung; die bisherigen Handeltreibenden und Rheeder wurden „Hooftparticipanten und Bewindhoebbers“ (wir würden sagen Verwaltungsräthe); jede theilhaftige Stadt behielt ihr Geschäft in der Form einer besonderen Kammer; erst nach und nach kam der Satz zur praktischen Geltung, daß die übergroße Zahl Bewindhoebbers bis auf 65 aussterben solle. Auch in der späteren Zeit liegt die praktische Leitung und Geschäftsführung auf dieser namhaften Zahl Bewindhoebbers, den großen Kaufleuten und Rheedern vor Allem Amsterdams. Die thatsächliche Entwicklung scheint die gewesen zu sein: es blieben zuerst die bestehenden Einzelgeschäfte bestehen, sie trugen nur Gewinn und Verlust gemeinsam, buchten das Kapital, das jedes Geschäft in dem Handel stecken hatte, in Form von Aktien einer einheitlichen Gesellschaft und fügten sich gemeinsamer Leitung und Verabredung; später war wenigstens noch jede Kammer eine besondere Geschäftsunternehmung, die mit der anderen aber unter der gemeinsamen Oberleitung der Siebzehn stand.

Mehrere Zweige der holländischen Schifffahrt und des holländischen Handels, welche nicht zu Kompagnien vereinigt waren, wie z. B. der Levantehandel seit 1624, dann hauptsächlich die Haringsfischerei, hatten sog. Direktionskammern oder wie sie hießen, welche für eine einheitliche Betreibung des Handelszweiges sorgten. Jede Stadt, welche Haringsfischerei trieb, hatte ihren „Schaymeister der großen Fischerei“; alle diese Schaymeister versammelten sich zu regelmäßigen Sitzungen; mindestens zweimal im Jahre traten sie zusammen, acht Tage vor der Ausfahrt und einige Zeit nach der Rückkehr, um alle Schiffsführer auf ihre Reglements

¹⁾ Ich verweise, was die Thatfachen betrifft, auf Le Long, Koophandel van Amsterdam I, 409 ff. II 596 ff., sowie auf die bekannten Schriften von Zaalfeld, Luzak u.

und Befehle zu beedigen und einen Eid darüber abzunehmen, daß sie gehorsam gewesen. Das waren Einrichtungen, die unsern heutigen Kartellen verwandt sind, aber auch von den Anfängen der Kompagnieverfassung nicht weit abstanden.

Sowohl die Ausführungen Bechers, als die der oben erwähnten Berliner Denkschriften zeigen, daß man an Derartiges vor Allem dachte, wenn man damals von privilegierten Kompagnien sprach. Man plante damit nicht eine Verdrängung, sondern eine Zusammenfassung der bestehenden Handelshäuser, um ihre Kraft zu steigern; man meinte nicht ein Monopol damit zu statuiren, da ja jeder beitreten könne; nur das Polypolium, die übermäßige Konkurrenz, sollte durch gemeinsames Handeln unmöglich gemacht werden.

Auch die Berliner Kaufleute, welche die Russische Kompagnie begründen wollten, zeigen, daß in ihren Kreisen solche Anschauungen vorhanden waren. Sie bezeichnen sich in ihrer ersten Eingabe (Beil. VI.) als ein von der Berliner Kaufmannschaft erwähltes Komitee. Sie berühren in ihrer zweiten Eingabe (Beil. XIII. und XIV.) verschiedene ganz allgemeine Beschwerden und Angelegenheiten der Berliner Kaufleute (Druck der Zollrollen, Einrichtung einer Börse, Errichtung einer Handelsordnung und eines Handelsgerichts), über die sie nur als Vertreter der Kaufmannschaft eigentlich zu reden berufen sind. Vor Allem aber ist ihr Protest dagegen, daß ihnen Personen oder Kapitalien wider Willen aufgedrungen werden könnten, bezeichnend. (§ 6 des Priv.) Dieser Protest wäre ja vom Standpunkt eines Privatgeschäfts aus gegenstandslos, vom Standpunkt der damaligen Kompagnien aber ist er natürlich; diese Kompagnien sollten eben im Anschluß an die alte Gildenvorstellung jedem offen stehen. Der Octroi der preussischen Kompagnie für den Handel nach Guinea hatte gleich im ersten Artikel jedem Fremden und Einheimischen den Beitritt mit einem Kapital von 200 Thlr. und mehr offen gelassen. Diese Offenheit, welche unsichere Majoritäten und Konflikte in Aussicht stellte, wollten die Berliner Herren eben ausschließen. Nur in einem Punkte mußte die Kompagnie eine Konzession an diese ältere Anschauung machen; sie mußte sich verpflichten, von Jedermann Waaren zum Verkauf in Petersburg gegen übliche Provision und getreue Verkaufsrechnung zu übernehmen (§ 3 des Priv.).

Im Uebrigen wollte der oligarchische Kreis der größeren Berliner Häuser unter sich bleiben; er nahm aber auch keine beschränkte Haftbarkeit in Anspruch. Es sollten alle für einen und einer für alle haften. (§ 8 des Priv.). Es darf keiner ohne Zustimmung der Kompagnie seine Antheile an Fremde cediren. Keiner hat das Recht, seinen Antheil herauszugiehen. Wird er wegen Privatschulden verfolgt, so wird der Privat-

gläubiger zunächst auf die übrigen Forderungen, Güter und Kapitalien des Betreffenden verwiesen. Erreicht er damit keine Bezahlung, so muß er sich bei der Kompagnie melden und den von ihr anzusetzenden Zahlungs-termin abwarten.

Kurz, die Kompagnie ist nach Innen eine offene Handelsgesellschaft mit Solidarhaft auf 12 Jahre. Jedem Gesellschafter ist verboten, neben den Kompagnieunternehmungen in denselben Waaren, mit welchen sie handelt, nach Rußland oder von Rußland weg Geschäfte zu machen, bei Verlust seines Geschäftsanteils (§ 31 des Entwurfs).

Alle wichtigeren Geschäfte sollten nach dem Schluß der meisten Stimmen abgemacht werden (§ 3, 11, 15 ff. des Entwurfs). Zu jeder wichtigen Sitzung sind alle Interessenten zu laden, was freilich den Auswärtigen gegenüber wohl schwerlich durchführbar war. Die Bevollmächtigten werden nur auf ein Jahr gewählt, um die laufenden Geschäfte zu führen. Und es scheint fast, als ob die Kompagnie gar kein eigenes Bureau gehabt habe. Die verschiedenen Bevollmächtigten unterzeichnen viel häufiger mit ihrer Privatfirma, als mit dem Namen der Kompagnie, die allerdings ein eigenes Siegel, eigene Färbereien, reisende Faktoren und Kommis, in Petersburg ein eigenes Komptoir, in Stettin eine besondere Niederlage, in Breslau und anderwärts ihre Kommissionäre zum Verkauf russischer Waaren hatte.

Nach Außen tritt die Kompagnie natürlich als besonderes Rechtssubjekt auf. Die Bilanz ihres Buchhalters und seine und der Bevollmächtigten Aussagen sollen vor Gericht genügen (§ 8 und 9 des Entwurfs). Sie kann zu gesammter Hand Kapital aufnehmen, Deposita sich geben lassen, auch von Fremden, denen Rechtssicherheit auch für den Fall eines Krieges versprochen wird. Ueber die Frage, ob Schulden, welche einzelne Interessenten für die Kompagnie aufgenommen, als Privat- oder Kompagnieschulden zu behandeln seien, war man sich offenbar zuerst nicht ganz klar. In einer Umarbeitung des Entwurfs hatte der entsprechende Paragraph 7 (siehe Beil. XIV. Schluß) die sonderbare Form bekommen, welche dem Gläubiger untersagt, solche Schulden abzutreten oder Exekution gegen den Geschäftsanteil dessen zu fordern, der mit ihm kontrahirt. Cocceji machte das Generaldirektorium darauf aufmerksam, daß solche Beschränkung der Gläubiger nicht wohl gehe. Und darauf erhielt der Paragraph (im Privileg der § 8 Absatz 2) eine wesentlich andere Form: der Gläubiger der Kompagnie wird, obwohl er mit einem einzelnen Interessenten kontrahirt hat, an ihre gemeinsame Kasse gewiesen; sie soll spätestens in 6 Monaten den Gläubiger befriedigen.

Was die allgemeineren volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Rechte und Pflichten der Kompagnie betrifft, so hatte der König, wie wir sahen, gleich betont, daß sie keine sächsischen Tücher ausführen dürfe; sie darf mit keinen Waaren nach Rußland handeln, die nicht in den brandenburgisch-preussischen Landen gemacht sind. Aber dafür erhält sie auf 12 Jahre das ausschließliche Recht, aus Preußen über Stettin zur See Montirungslieferungen für die russische Armee zu übernehmen; Splittgerber führt aus, daß ohne dieses Privileg das große Risiko nicht zu tragen sei; denn gehe es in einiger Zeit gut, so werde jeder kommen und sie unterbieten wollen. Splittgerber wollte durchaus weitere Verbiethungsrechte für die Gesellschaft; aber bei der Verathung im General-Direktorium hieß es, die königlichen Unterthanen müßten mit einander gleichen Markt halten können, und so kam der § 3 in das Privilegium, der bestimmt, daß nach wie vor der gewöhnliche private Handel mit Wollwaaren nach Rußland über Lübeck, Moskau, Danzig, Königsberg oder auf Messen Jedem frei bleibe. Und die Kompagnie wird überdem verpflichtet, wie wir schon sahen, Zeuge und Tücher, welche ihr preussische Fabrikanten und Kaufleute in Kommission übergeben, gegen die einfache in Rußland übliche Provision in Petersburg zu verkaufen.

Für ihren Export an Tüchern, Bogen, wollenen Zeugen und anderen Waaren wird die Kompagnie von allen Imposten im Lande, Handlungsaccise, Nachschußzoll, Stettinischem Fürstenzoll, Picent, Schleusen-, Wege-, Gelder, Brücken- und Dammgeld, Stettinischer Stadtzulage, Hollwerks-Hafengeld wie von allem Niederlagszwang in Frankfurt und Stettin befreit. Und um den Handel mit russischen Produkten, der bisher durch den Sund nach der Nordsee ging, möglichst nach Stettin zu ziehen, wird ihr ferner trotz des entgegengesetzten Wunsches des Königs für 6 Jahre die Freiheit von allen Imposten für russische Waaren bis auf die Niederlage von Stettin und Frankfurt versprochen. Was dann davon im Lande verzehrt wird, zahlt Konsumtionsaccise, was wieder ausgeht, einfachen Niederlagszoll aber nicht mehr.

Nach Ablauf der ersten 6 Jahre machte der König wieder einen Versuch, der Kompagnie dieses Recht zu nehmen, gab dann aber auf wiederholte Anträge des General-Direktoriums doch nach und verlängerte auch diese Benefizien für die weiteren sechs Jahre.

Ein Verzicht auf die etwaige Ausübung des Strandrechts gegenüber der Kompagnie schließt die Reihe der Privilegien, mit denen ausgerüstet dieselbe nun rüstig an ihre Geschäfte ging.

Ihre Privilegien, wie ihre innere Verfassung entsprachen durchaus der Lage der Verhältnisse. Die Kompagnie kam mit ihnen zur kräftigsten Entwicklung. Ueber ihr weiteres inneres Leben sind wir freilich nur

bruchstückweise unterrichtet, da wir nicht ihre, sondern die Akten ihrer Aufsichtsbehörde vor uns haben. Aber so viel läßt sich auch aus diesen ersehen, daß die schwierigste Frage, immer wieder Einigkeit unter 10—19 Interessenten zu erzielen, trotz vieler Konflikte doch so gelöst wurde, daß die Kompagnie bestehen und blühen konnte. Daß die wesentlichsten Verluste derselben als eine Folge der vielföpfigen Leitung sich später herausstellten, kann nicht Wunder nehmen. Das lag in der Natur der Sache. Erst eine mehrhundertjährige Erfahrung und Eingewöhnung hat heute das kaufmännische Gesellschaftswesen so weit gebracht, nicht, daß man über diese Schwierigkeit hinaus wäre, sondern nur, daß man ihrer etwas besser Herr wird. Für jene Zeit, für die Berliner Kaufleute von 1720—40, war es schon viel, daß sie auf dem schwierigen russischen Boden sich so weit behaupteten. Der Störenfried, der später die Hauptkrisis im Innern der Kompagnie erzeugte, war ein russischer Beamter, den das Petersburger Komptoir um seiner Geschäfts- und Lokalkenntnisse wegen in Dienst genommen. Darauf kommen wir unten zurück. Zunächst betrachten wir die Thätigkeit der Kompagnie in Petersburg.

III.

Der erste Abschluß in Petersburg war durch Mardefeld und den Senatsbeschluß so vorbereitet, daß er keine Schwierigkeit fand. Schon am 21. November 1724 hatte der preussische Gesandte gemeldet, er habe die Gründung der Berliner Kompagnie angezeigt und hoffe das Beste; er habe den russischen Herren auch mitgeteilt, daß die Kompagnie nicht nur bessere und billigere Tuche als alle Andern liefern, sondern auch ein considerables Commerce mit russischen Waaren unternehmen wolle; das sei wichtig, da man in Petersburg sage, man müsse den Engländern die Lieferung selbst mit Schaden lassen, weil sie sonst nicht mehr so viel Hanf abnähmen. Im Uebrigen sei das falsch, denn die Engländer müßten den Hanf haben, hätten ihn auch vor den Tuchlieferungen bezogen.

Im Januar und Februar 1725 waren die beiden Beauftragten der Kompagnie, die Kaufleute Biedebant und Reich aus Berlin, in Petersburg. Am 30. Januar meldet Mardefeld, mit göttlichem Beistand sei das Geschäft wegen der Tuchlieferung zu Ende gebracht, gestern sei die Ordre aus dem Senat an das Kommerzkollegium ergangen, mit den Berliner Kaufleuten auf 150 000 Arschinen zu schließen. Und kurz darauf schreibt er, wenn die Probe sich bewähre, so sollten sie künftig die ganze Lieferung haben. „Mit solcher Versicherung reiset der Kaufmann Reiche diese

Nacht ab, um die ouvriers an die Arbeit zu setzen und läßt Videbanten plein pouvoir, den rest zu schließen und das Geld zu empfangen. Man hat nur über die geringere sorte von Läden contrahiret, und da der Wechselcours jetzt so hoch, können die Kaufleute bey 20 pro Cento bey diesem Handel verdienen. Sie fallen ohnedem in eine glückselige Zeit, denn der vorige tarif gehet übern hauffen, alle violentzen werden eingestellt, und wird dem Commercio solche Freyheit gegeben werden, wodurch es in ein großes Aufnehmen kommen kann, besonders wann vermitteltst des neuen Canals von Kasan hieher alles zu Wasser ohne risque kommen kann.“ Das Protokoll des Vertrages mit Videbant (Beil. X) zeigt die günstigen Bedingungen, hauptsächlich die Vorausbezahlung eines Drittels des Kaufpreises. Es ist bald darauf zu einem weiteren Vertrag gekommen; denn die Compagnie lieferte 1725 nicht weniger als 223 375 Arschinen Tuch, nach einer Zusammenstellung Videbants aus späterer Zeit, die soweit wir es kontrolliren können, die Lieferungen eher zu niedrig als zu hoch angiebt. Die Arschine ist 0,71 Meter, die Berliner Elle 0,66; die besagte Zahl Arschinen umfaßte bei der gewöhnlichen Länge eines Stückes von 24—25 Ellen also gegen 9000 Stücke Tuch.

Diesen zweiten Vertrag hatte ein von Videbant zurückgelassener Kommiss abgeschlossen; Warbeseid hatte bereits richtig bemerkt, daß dem großen holländischen Kaufmann Meyer, der bisher der Hauptlieferant der englischen Tuche gewesen war, auch beim ersten Vertragsabschluß wesentlich mitgewirkt hatte, der sich jetzt auf das Zubringlichste zur Unterstützung der Preussischen Compagnie herandrängte, ihr Agent in Petersburg werden wollte, um auch an diesem nen aufgehenden Gestirn möglichst viel zu verdienen oder es unschädlich zu machen, daß diesem Herrn nicht zu trauen war. Deshalb bringt der Gesandte auf rasche Einrichtung eines besonderen preussischen Komptoirs und Besetzung mit zuverlässigen Kräften. Man könne weder Meyer noch einem der anderen Kaufleute trauen; besonders die, welche in Moskau gehandelt, seien alle gewöhnt, sich untereinander und vor Allem die Regierung zu betrügen. Ueberdem führten alle diese Leute ein so wollüstiges und debauchantes Leben, daß fast keiner fest stehe. Die bonne foie sei die Seele des Kommerzii, davon müsse das Preussische Komptoir ausgehen; dann werde es in Kurzem mehr Kredit haben als alle anderen.

Schon Ende September 1725 siedelten dann Heydeler und Reich, zwei Berliner Hauptinteressenten, nach Petersburg über. Und daneben gewann das Komptoir in dem bisherigen russischen Oberkommissar Willers, der außer einem Präsent von 200 Dukaten für seine bisherigen Dienste den Titel eines Preussischen Konsuls und Kommerzienrathes erhielt, eine

Kraft, die durch findige Geschicklichkeit und Kenntniß aller russischen Beamten und Geseze sich zunächst sehr brauchbar erwies.

Das Resultat des ersten Geschäftsjahres (1725) war ein überaus glänzendes. Bei einem Einlagekapital von wahrscheinlich nicht viel über 100 000 Thaler war ein Gewinn von 22 878 Thaler erzielt. Der Vertragsabschluß für das folgende Jahr hatte keine Schwierigkeit, die Bestellung war sehr viel höher als 1725 und steigerte sich auch noch für das nächstfolgende Jahr.

Trotzdem zeigte sich natürlich bald, daß die Engländer sich nicht so leichtem Kaufes aus ihrer bisherigen Position verdrängen ließen, und daß die preußische Waare, so sehr man sich anstrebte, der englischen in gewisser Beziehung, besonders in der Farbe, nicht gleichkam, daß nur mit der äußersten Anstrengung und unter fortgesetztem energischem Kampf der Regierung und Kompagnie zusammen gegen die Mißgunst der Konkurrenten und umfangreicher russischer Kreise das Feld zu behaupten war. Die bodenlosen Zustände am russischen Hof, der rasche Wechsel in dem maßgebenden Einfluß der leitenden Persönlichkeiten erschwerte dies ebenso, wie die Thatfache, daß die Engländer die Hauptexporteure blieben.

Der bisherige Hauptvertreter der preußischen Interessen am Hofe, Jaguschinski, war zur Armee nach der Ukraine geschickt; der Vizekanzler Ostermann, den Mardefeld als sehr equitabel und gut preußisch rühmt, war unter Katharina wenigstens Mitglied des neugebildeten obersten Konseils und nach ihrem Tode (6./17. Mai 1727) der Hauptleiter und Vertrauensmann des jungen Czaren Peter II. Aber der eigentliche Herrscher war Menschikoff, auf den man sich nicht verlassen konnte. Er war es der 1726—27 stets klagte, daß die preußischen Tücher die Farbe nicht hielten. General Besky, ein Ireländer und deshalb mit den englischen Kaufleuten verbunden, schreibt Mardefeld 7. Juni 1727, habe zwei Montirungsbröde im Kriegscolleg vorgezeigt, einen preußischen und englischen, angeblich gleich lange getragen. Der preußische sei fast weiß und ganz entfärbt gewesen. Menschikoff habe befohlen, zwar mit den Preußen zu schließen, aber hinzugefügt, sie sollten nur das halbe Geld erhalten, wenn das Tuch nicht gleich dem englischen gefärbt sei. Als Menschikoff endlich in Ungnade fiel (September 1727) jubelte ganz Rußland, und Mardefeld schrieb seinem König (1. November 1727): „Euer Majestät können nicht glauben, was vor ein Heil diesem Reiche durch des Fürsten Menschikoff Sturz wiederfahren sei und wie alle Sachen jezo prompter expediret werden und allen practiquen vorgebeuet wird.“ Aber für die Kompagnie war der Fall doch im Moment, wie sich bald herausstellte, ein Mißgeschick; denn Menschikoff hatte mündlich noch für 1728 eine große Tuchbestellung gemacht,

die dann angezweifelt und nicht abgenommen wurde. Oftermann, dem Präfente von hiesigen Manufakturen zu machen, Friedrich Wilhelm der Kompagnie erst kürzlich in einem besonderen Marginal befohlen hatte, blieb zwar in seiner Stellung; der König würdigte ihn auch wegen der Tuchlieferung (November 1727) eines besonderen Schreibens, aber sein Einfluß sank gegenüber dem der altrussischen Partei der Dolgorucki. Und damit hängt es wohl zusammen, daß die Kompagnie in den Jahren 1728 und 1729 sehr wenig absetzte, und daß man in dieser Zeit anfang, dem Export russischer Waaren größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Das war der Punkt, den die Konkurrenten immer für sich ausspielen konnten. In dem interessanten Bericht des sächsischen Legationsraths Le Fort über den russischen Handel vom 9. Januar 1728¹⁾ wird die russische Einfuhr auf 1 600 000 Rubel, die Ausfuhr an rohen und verarbeiteten Stoffen auf 2 400 000 Rubel geschätzt; es liege also eine Bilanz von 800 000 zu Gunsten Rußlands vor, welche durch die Staaten bedingt werde, welche am meisten russische Produkte abnehmen. Von Preußen heißt es da: „Es hat seit zwei Jahren einen Handel mit Rußland begonnen, der, ungerchnet den sehr erheblichen Absatz von anderen Manufakturen, vorzüglich wichtig ist durch die Lieferung von Tuch für die Armee im Betrage von mehr als 200 000 Rubel jährlich. Es nimmt dagegen für 150—200 000 Rubel Zuchten, die es jedoch größtentheils wieder nach Schlessien versendet, von wo sie in die übrigen österreichischen Erbstaaten gehen.“ Der russische Landhandel nach Polen sei unbedeutend, nur Schleichhandel, da Peter zur Hebung der Schiffahrt ihn verboten habe. Die Holländer führten alle möglichen Manufakten und Kolonialwaaren ein, aber nahmen dafür nicht halb soviel als sie brächten. Umgekehrt sei es mit England. „Der Handel mit diesem Lande, sagt Le Fort, hat in der That am meisten zu der für Rußland vortheilhaften Bilanz beigetragen, denn selbst als noch die Engländer das Tuch für die 200 000 Rubel im Jahre lieferten, betrugen die Produkte, die sie ausführten, immer noch das Doppelte von alledem, was sie einführten. Die englische Regierung könnte nun, um sich für den Ausfall der Tuchlieferung zu entschädigen, die Einfuhr des russischen Janes in England verbieten und dagegen die Anpflanzung desselben in seinen amerikanischen Kolonien betreiben, wenn sie nicht überhaupt es zu vermeiden suchte, ihnen die Mittel an die Hand zu geben, durch welche sie darauf kommen könnten, sich dereinst von ihrem Mutterlande unabhängig zu machen. Die Gesamtausfuhr nach England, die auch ganz dort verwendet wird, beläuft sich auf mindestens

¹⁾ Abgedruckt bei Herrmann, a. a. O. S. 498—507.

6—700 000 Rubel, wogegen aus England nach Rußland noch nicht für 100 000 Rubel Waaren eingeführt werden, wovon 60 000 Rubel auf den Rest der Luchseinfuhr für die Armee kommen, der ihnen noch geblieben ist."

Als der sächsische Legationsrath diese Worte schrieb, drohten die Bemühungen der holländischen und englischen Kaufleute, die seit Anfang des Jahres 1727 mit der größten Energie gegen das preussische Komptoir arbeiteten, schon zum Ziele zu kommen, hatten aber auch die Folge, daß man sich in Berlin umsomehr anstrebte. Als der König von den Klagen über die Lächer gehört, hatte er auf das Aktenstück geschrieben: „Go. Dir. (General-Direktorium) soll citto romodiron.“ Ein Bericht dieser Behörde vom 27. Juni 1727 (Beilage XVI.) erklärt und entschuldigt dann, daß naturgemäß unter den ersten Sendungen einzelne schlechtere Stücke gewesen. Jetzt aber würden lauter gute Lächer gemacht, nur aus der besseren neu-märktischen Wolle; auch habe die Kompagnie zu Drossen und Landsberg mit schweren Kosten zwei eigene Färbereien angelegt, so daß jetzt tabellose Waare geliefert werden könne. Reich, der eine Vertreter der Kompagnie in Petersburg, war damals in Berlin; der König befahl, mit ihm zu verhandeln; er sollte erst durch Daum in Petersburg ersetzt werden, wahrscheinlich um die mancherlei Streitigkeiten zwischen dem Petersburger Komptoir und den Berliner Direktoren zu beseitigen. Doch geschah es nicht. Reich ging wieder dahin, und Wardefeld erhielt den Befehl, sich um keine Klage des Komptoirs über die Anweisungen der Berliner Direktoren zu kümmern, es nur zu striktem Gehorsam gegen seine Vorgesetzten anzuhalten.

Vergeblich stellte das Komptoir der russischen Regierung vor, daß sie in gutem Glauben ihr Luch eingeführt, dafür schon 17 000 Rubel Zoll bezahlt hätten; man möge ihnen doch jetzt gleiches Recht widerfahren lassen, wie 1725 den Engländern, denen man auch noch ihre schon im Lande befindlichen Waaren abgenommen habe. Wardefeld überreichte an Ostermann Juni 1728 eine Denkschrift über die Entwicklung des russischen Handels in den letzten 25 Jahren, die wahrscheinlich im Petersburger Komptoir der Kompagnie angefertigt wurde (Beilage XVII). Sie sollte die russische Regierung darüber aufklären, wie falsch die Anschuldigungen gegen die Kompagnie seien. Sie führt aus, daß die Preußen ebenfalls viele russische Waaren abnehmen, daß ohne einzelne Geldsendungen kein fremdes Handlungshaus auskomme, daß im Jahre 1728 die Preußen auch ohne Luchabsatz für 100 000 Rubel russische Waaren gekauft, daß das Fallen des Wechselkurses und der verminderte Absatz der russischen Luchten, des Hanfs, der Seimwand und des Thees andere Ursachen als die preussische Einfuhr habe. Die Denkschrift ist für die ganze Geschichte des russischen Handels von 1700—1728

von größtem Interesse, indem sie das leichtsinnige Gebahren derjenigen fremden Kommissionshäuser schildert, welche Rußland mit fremden Waaren überführten, die sie zunächst durch leichtsinniges Kreditgeben an den Mann brachten; das preussische Komptoir treibe nicht diesen leichtsinnigen Kommissionshandel, siehe nun, während zahlreiche andere Häuser fallirten, fest und erzeuge darum so viel mehr den Neid und Haß der Andern. —

Auch noch in anderer Weise suchte man die Russen wieder zu gewinnen. Es fanden (Sommer 1728) Verhandlungen darüber statt, ob die Russen gegen Eindämmung eines pommerischen Freihafens für die östlichen Rohprodukte mit Zollfreiheit für Aus- und Einfuhr nicht die Tuchlieferungen für länger den Preußen zuwendeten und vielleicht gar sie in den Böllen den Einheimischen gleichstellten. Es zeigte sich aber, daß besonders das Letztere unerreichbar sei. Dann wäre, meint Wardefeld selbst, der russische Handel vernichtet. Und auch das Angebot des Freihafens scheint nicht gewirkt zu haben. Wardefeld vertraute darauf, daß eine allgemeine Ermäßigung des russischen Tarifs bevorstehe.

Erst als Juli 1729 Feldmarschall Dolgorucki Präsident der neuformirten Kriegskammer wurde, gelang es Wardefeld, bei ihm eine günstige Wendung herbeizuführen. Am 14. Dezember 1729 schon berichtet die Kompagnie an den König: endlich sei ihr Recht widerfahren, man habe ihre gesammten Tücher (die 1728 nicht abgenommen und seither theilweise von den Motten zerfressen waren) durch eine Kommission von Beamten und Kaufleuten taxiren lassen; von 10 402 Stücken Tuch seien nur 1222 ausgeschossen worden; sie hätten für die beste Sorte 60, für die mittlere 58, für die geringere 54 Copenylen erhalten. Und im Jahre 1730 kam das Tuchlieferungsgeſchäft wieder in den glänzendsten Gang, aber nicht ohne daß sich vorher nochmals große Schwierigkeiten wegen der Abnahme russischer Waaren ergeben hätten.

Die russische Regierung hatte an der Ausfuhr einer ganzen Anzahl Artikel noch das besondere Interesse, daß sie die Verkäuferin war. Zwar hatte Peter der Große mit der Besserung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse eine Reihe von Gegenständen, die bisher Staatsmonopol gewesen, resp. deren Produktion und Vertrieb auf Rechnung der Krone verpachtet gewesen war¹⁾, 1718—23 freigegeben. Aber auch später noch wurde die Pottasche ausschließlich auf den Kronländereien bereitet, die Waldasche zwar von Privatleuten bereitet, aber von der Krone erworben und, wie die Pottasche, von ihr vertrieben; die Absicht war dabei, die Holzdebaſſation zu hindern und die Preise zu halten.²⁾ Die sibirischen Eisenminen gehörten

¹⁾ Herrmann a. a. O. 410.

²⁾ Daf. 502.

dem Czaren. Auch Caviar, Hausenblase und Rhabarber waren Waaren, die der Ausländer nur in den Regierauctionsionen, wie die oben erwähnten Waaren kaufen konnte. Das Kommerzkollegium in Petersburg hatte dies zu besorgen und lebte von den Erträgnissen derselben, die aber natürlich noch einen bedeutenden Ueberschuß gaben. Im Jahre 1729 war es den Intriguen des Hauptfeindes der preussischen Kompagnie, dem Kaufmann Meyer gelungen, den Zuschlag der Waaren nach der Auktion hintanzuhalten, so daß sie in Zusammenhang mit den politischen Wirren am Hofe bis 1730 liegen blieben. Es entstand daraus dann eine große Verlegenheit. Und diese ausnützend, erbieten sich nun Meyer und die englischen Häuser, alles zu übernehmen, wenn man ihnen die Tuchlieferungen auf 6 Jahre übergäbe. (Beilage XVIII). Die Kompagnie mußte nun dasselbe thun. Ihr Agent in Moskau, Krusemark, erklärt sich bereit, gegen zwölfmonatliche Bezahlung 2500 Faß Pottasche, 3000 Faß Waidasche, 100 000 Pud sib. Eisen, 500 Barik Caviar, 300 Pud Rhabarber, 500 Pud Hausenblase, d. h. Waaren für 300 000 Thaler zu übernehmen. Er tröstet aber: „wir zahlen die Krone mit ihr eigen Fett,“ da sie das Tuch baar bezahlen müsse.

Es geht nicht klar aus den Akten hervor, was die Kompagnie damals von diesen Waaren in der That übernahm. Leicht wurde ihr diese Uebernahme wohl nicht. Hatte doch eben ihr Faktor in Breslau, Namens Kupfer, durch den sie einen großen Theil der russischen Waaren, hauptsächlich der Tuchten vertrieb, fallirt. Auch fand sie im Innern des Landes immer noch manche Schwierigkeiten. Sie hatte den König gebeten, die Zölle auf dem Ober-Havel-Kurs nach Magdeburg hauptsächlich für russischen Talg soweit zu ermäßigen, daß sie diese Waaren so leicht als die Hamburger nach Magdeburg bringen könne. Friedrich Wilhelm, verstimmt, daß die ganze Sache nicht glänzender gehe, schrieb zunächst auf das Gesuch: „ich halte nichts von die ganze Compagnie, sobald sie nit 3—400 000 archinen einländische Tücher nach Ausland schicken; sie habe dieses jar 100 000 gesandt, wie sie sag, ich glaube es aber nit, solln sich exculpir.“ Auf die Vorstellungen des General-Direktoriums aber beruhigte er sich und genehmigte die gewünschte Zollermäßigung. Und es kam nun 1730 und 1731 zu fast zu umfangreichen Tuchbestellungen. Schon am 25. September konnte Mardefeld von einem Vertrag über 300 000 Archinen melden, den man hauptsächlich den Preußen günstig gestimmten höchsten Beamten Jaguschinski, Ostermann, Wiron und Löwenwolbe danke, und an den er die Mahnung knüpft, nun ja recht gute Qualität zu liefern, da hiervon die Zukunft abhängt (Beilage XIX). Am 5. April 1731 berichtet er, daß er den Consul Willers überredet, gegen den Befehl der Kompagnie einen weiteren Kontrakt zu 60 Copenken einzugehen. Die Engländer hätten 100 000 Rubel aus-

schließlich zum Ruin der preussischen Kompagnie zur Unterbietung derselben bestimmt gehabt. Da die Russen trotzdem dem preussischen Komptoir hätten treu bleiben wollen, habe man jetzt nicht, ohne den ganzen Handel zu ruiniren, zurücktreten können. Für 1731 haben wir einen genauen Nachweis, daß die Kompagnie 458 000 Rrschinen liefern sollte, 427 282 im Dezember dieses Jahres bereits geliefert hatte. Das sind 18—19 000 Stücke Tuch, wovon 16 000 allein aus der Neumark stammten, wie ein Bericht der neumärkischen Kammer hervorhebt. Im Jahre 1732 sollte sie sogar 600 000 liefern, erklärte aber, das nicht zu können, sich auf 300 000 beschränken zu müssen. Die Intriguen hörten auch jetzt nicht auf. Feldmarschall Münnich begünstigte die Engländer. Es kam zu einer Sitzung der höchsten Generale und der Minister, zu welcher aber auch der preussische Gesandte geladen war. Er konnte, wie er schreibt, leicht nachweisen, daß die vorgelegten Soldatenröcke aus preussischem und englischem Tuch so gewählt waren, daß jene aus dem ältesten, schlechtesten, diese aus dem besten englischen angefertigt seien. Es kamen bereits auch die russischen Fabriken in Betracht; sie erklärten für 1733 126 000 Rrschinen liefern zu können; der Rest wurde zwischen dem preussischen Komptoir und dem Lieferanten der englischen Tücher, Hermann Meyer, getheilt.

Als dieser dann im September 1733 einen „terriblen Banquerot von einer Million“ gemacht, wurden die Preußen gebeten, seine 180 000 Rrschinen zu übernehmen, was wohl auch geschah, obwohl die Kompagnie zuerst zweifelte, ob sie bei der damaligen prekären Lage ihrer Geschäfte darauf eingehen könne.

Die von Biedebant gefertigte Liste der gesammten Tuchlieferungen bis zum Jahre 1733, die, wie gesagt, die Zahlen niedriger angiebt, als ich sie sonst im Einzelnen gefunden habe, auch nur das Tuch umfaßt, nicht aber die anderen Woll- oder sonstigen Waaren, und bezüglich des Werthes nur die Kosten in loco ohne Verpackung und Transportkosten, lautet folgendermaßen:

1725:	223 375	Rrschinen	im	Werth	von	119 000	Thlr.
1726:	316 792	„	„	„	„	170 000	„
1727:	365 474	„	„	„	„	196 000	„
1728:	9 878	„	„	„	„	5 500	„
1729:	2 313	„	„	„	„	1 300	„
1730:	59 026	„	„	„	„	33 000	„
1731:	369 282	„	„	„	„	230 000	„
1732:	306 226	„	„	„	„	180 000	„
1733:	314 759	„	„	„	„	178 000	„

Noch diverse melirte und einfarbige Tücher,
wie auch seine Mondirungstücher für die Cadets

2040 Stück in obigen Jahren	38 000	„
<hr/>		
1 967 125 Rrschinen im Werth von	1 150 800	Thlr.

In den folgenden Jahren blieb das ähnlich. Im Jahre 1734 berief der Feldmarschall Münnich eine Deputation der Kompagnie, Daum und Roske, in das Lager von Danzig wegen einer Bestellung von 200 000 Arschinen, die dann viel Streitigkeiten machte, da der letzte formelle Abschluß erst in Petersburg erfolgen sollte. Die damalige Zufriedenheit mit den preussischen Tüchern erhellt auch daraus, daß die Russen in dieser Zeit durch schlesische Tüden größere Bezüge zu machen suchten, die selbst wieder in Bütlichau, Bielenzig und anderen neumärkischen Orten mehrere tausend Etkud bestellten wollten. Es wurden im Jahre 1735 von der Kompagnie über 10 000 Stücke versandt. Noch 1737 wurde über eine Lieferung von 300 000 Ellen verhandelt. Grumbkow stellte dem Könige vor, daß daran die Tuchmacher 150 000 Thaler verdienten, daß damit 50 000 Stein Wolle verarbeitet würden.

Die Schwierigkeiten des Geschäfts blieben immer außerordentlich große, auch wenn die Intriguen am Hof überwunden, die Verträge zu leidlichem Preise geschlossen waren. Möglichst mußte das Tuch zu Wasser nach Stettin gebracht werden. Oft ergaben sich Schwierigkeiten, nur zur rechten Zeit die Rähne in Landsberg, Frankfurt a. O. und anderen Orten zu bekommen. Dann wurden möglichst preussische Schiffe in Stettin befrachtet; ein Schiff, das 500 Thlr. Fracht bis Petersburg erhielt, konnte wohl 4000 Stück laden; aber oft mußte man fahren, ehe so viel zusammen waren. Die Affekuranz war hoch; und auch wenn man versichert hatte und gerade sonst viel Unglück passirte, erhielt man keine genügsame Entschädigung, „so daß kaum 15 und nicht 25 Procent diese Gefahren alle zu versichern hinreichen“. Da wagte die Kompagnie lieber, ab und zu ein Schiff halb versichert gehen zu lassen, aber mußte es auch tragen, daß ihr ein solches auf der Fahrt von Petersburg zurück zu Grunde ging.

Die fälligen Zahlungen wurden später in der Regel in Moskau gemacht; es geschah das hauptsächlich wohl, so lange der Hof daselbst residirte, bis zum Tode Peters II. 1730; auf der Achse mußte das Geld dann den weiten wüsten und gefährlichen Weg nach Petersburg auf Gefahr der Kompagnie geschafft werden. Oder, klagte die Kompagnie, erhalte man Wechsel der Petersburger Komptoire auf Holland; da sei es immer zweifelhaft, ob man zuletzt bezahlt werde (Bericht der Komp. v. 2. Jan. 1732). Wollte man in Rußland Einiges im Detail verkaufen, so würde erklärt, dieser Handel sei den Russen vorbehalten. Wardefeld meint, ein besonderes hierauf bezügliches Patent vom 3. Mai 1732 sei von Meyer ausdrücklich als Mittel gegen das preussische Komptoir extrahirt worden. Doch war offenbar der Absatz der Kompagnie an den allerverschiedensten preussischen Manufakturwaaren ein sehr bedeutender. Zumal die theilhaftigen Häuser,

Spittigerber und Daum an der Spitze, nutzten so die Kompagnie auch für ihre übrigen Geschäfte aus; das große Messingwerk, das die erwähnte Firma in Pacht hatte, dehnte so seinen Kundenkreis aus. Die Schattenseite war nur die, daß gerade die vornehmen Herren am Hofe, wie Menschikoff und andere zwar gute Käufer, aber schlechte Zahler waren. Die Kompagnie klagt immer wieder, daß sie keine Justiz gegen diese Herren bekomme.

Die Uebernahme der russischen Waaren bot ebenfalls die mannigfachen Schwierigkeiten; es galt da, die festen Stellungen der Hamburger, Lübecker und Danziger in diesem Geschäft anzugreifen, ihnen den Absatz im inneren Deutschland, hauptsächlich in Schlessien, abzulagen, sehr häufig des Tuchgeschäfts wegen große Zuchten- und andere Bestände zu übernehmen und nun zu sehen, wo man damit bliebe. Die Beträge, um die es sich handelte, waren höchst bedeutende. Gleich Anfangs hatte das Komptoir 26 000 Pud oder 8000 Centner Zuchten und nicht gar lange darauf nochmals 3000 Centner übernommen. Hatte man in Breslau glücklich für eine größere Summe Zuchten verkauft, so berief sich (z. B. 1727) die österreichische Regierung auf das Verbot der Münzausfuhr vom 12. April 1726, obgleich man ihr vorstellte, den Oesterreichern widerfahre solches nie auf der Frankfurter Messe. Als es der Kompagnie gelang, den ganzen schlesischen Zuchtenhandel an sich zu reißen, die Zuchten 10—15 pCt. billiger als die Holländer, Hamburger und Danziger zu liefern — hauptsächlich allerdings auch durch viel längere Kredite, welche sie gab —, und dagegen einen ziemlich bedeutenden Handel mit Senfen, Rübthe, Pflannen und Kupfer aus Schlessien heraus zu organisiren (Posten von 4000 Centner Kupfer kommen vor; 1728/29 hatten sie für 200 000 Thlr. Kupfer gekauft), da erwachte in Schlessien und in Danzig der Handelsneid so stark, daß ein förmlicher Zollkrieg gegen die Kompagnie begann. Die Konvention mit Oesterreich über den Handel nach Schlessien von 1727 wurde auf das Größte verletzt; die Zuchtenzölle für die brandenburgische Wassereinfuhr unbillig erhöht; Danzig führte seine Zuchten per Achse nach Schlessien. Man erwog ernstlich, ob man nicht auf die schlesische Veinwand, die auf die Frankfurter Messen in sehr großer Menge kam, einen Retorsionszoll legen solle, unterließ es aber auf Kammerdirektor Hilles Gutachten. Ein langer Bericht des österreichischen Gesandten Sedendorf vom 10. Juni 1731 suchte zu entschuldigen: Schlessien habe, ehe Petersburg zu einem General-Comporio aller russischen Waaren erklärt worden sei, einen namhaften Barattohandel mit Moskau gehabt, ihn dann zu seinem größten Schaden verloren; diesen suche man nun wieder etwas herzustellen, was geschehen müsse, wenn nicht die schlesischen Landesmanufakturen ganz ins Stocken gerathen sollten.

Doch brechen wir hier ab. Wir können die Geschichte der Kompagnie ja nicht ins Einzelne verfolgen. Wir wollten nur andeuten, wie auch nach dieser Seite ihre Stellung keine leichte war, wie sie es aber eine längere Reihe von Jahren hindurch verstanden habe, sich eine angesehenere Stellung im schlesischen und ganzen Ostseehandel zu erkämpfen. Wir haben sie nun erst auf ihrem eigentlichen Felde, als Verlegerin der brandenburgischen Tuchmacher kennen zu lernen.

IV.

Die Aufgabe war, wie wir schon aus dem oben erwähnten Bericht Schindlers und den russischen Klagen über die Tücher gesehen haben, keine leichte. Es handelte sich darum, ohne größere sonstige Organisation als die Anstellung einiger Faktoren aus einer großen Anzahl kleiner Orte von Hunderten kleiner Meister jährlich 10 000 und mehr Stücke Tuch in gleicher musterhafter Qualität zu bestimmten Terminen geliefert zu erhalten. Dabei war die Kompagnie selbst von Jahr zu Jahr ihrer Lieferungsverträge nie ganz sicher; wenn sie aber geschlossen hatte, sollte sie rasch liefern. Sie war stets ängstlich, auf ihr Risiko zu große Mengen zu bestellen; waren ihr doch 1727/28 mehr als 10 000 Stücke über Jahr und Tag liegen geblieben; auch zuletzt, beim Abbruch der Geschäfte 1738 hatte sie 2000 Stück in Petersburg, 1500 in der Heimath auf Lager liegen, das war schon ein Kapital von 40 — 50 000 Thlr. Gingen die Geschäfte gut, so versprach die Kompagnie auch wiederholt, künftig größere Lager zu halten, wenn man ihr nur diesmal helfe, die Tuchmacher dazu zu bringen, daß sie rasch möglichst viel liefern.

Die Verhandlungen mit den Tuchmachern waren sehr schwierige. Die zahlreichen, theilweise bitter armen Leute sahen im Tuchhändler und Kaufmann an sich den Blutegel, der sie aussauge. Und das war nicht bloß ihre Meinung; es war eine allgemein verbreitete und nach Lage und Entwicklung des Geschäftsverhältnisses nicht unberechtigte, die bis hinauf zum König reichte und diesen wiederholt zu ärgerlichen Aeußerungen über die Kompagnie veranlaßte. Die Tuchmacher waren gewöhnt, nicht in Geld, sondern in schlechten Waaren bezahlt zu werden; nur zu oft mußten sie in der Noth zu Spottpreisen losschlagen. Jetzt hörte man von den großen Bestellungen der Kompagnie, und die Tuchmacher wollten sofort sich das möglichst zu nuge machen; den Vortheil dauernder Beschäftigung schätzten sie

geringer, als den augenblicklichen Gewinn; sie gingen schwer auf feste Lieferungsstermine ein, wollten höhere Preise, verlangten Geld- und Wollvorschuße. Später suchte die Kompagnie möglichst ihre Bestellungen geheim zu halten, um durch Bekanntwerden derselben nicht in schwierigere Position zu kommen.

Sie war nicht in der Lage, etwa von Anfang an in jeden der wichtigeren Tuchmacherorte einen Faktor zu setzen, der, dauernd anwesend, die etwaigen Vorschuße geben, die Lächer prüfen und abnehmen konnte. Im Anfang machten die Interessenten die nothwendigen Geschäftsreisen zum größten Theile selbst. Später hatte die Kompagnie ein paar Kommiss oder Faktoren, die herumreisten, die Verträge schlossen, die Waaren abnahmen, verpackten und nach Stettin verfrachteten. An einigen Orten schloß sie allerdings die Verträge mit ansässigen Kaufleuten oder größeren Tuchmachern, welche dann die Arbeit weiter vergaben. Aber auch das hatte seine Schwierigkeit; diese wollten, da sie das Risiko trugen, dann ein paar Groschen am Stück Tuch verdienen, was die kleinen Meister wieder ärgerte. Die preussischen Regimenter schlossen die Verträge über die Lieferung des Montirungstuches mit den ganzen Gewerken; die Kompagnie hat auch diesen Weg betreten und vielfach mit den Zünften als solchen abgeschlossen. Bei der scharfen Kontrolle über gute Qualität und der Nothwendigkeit, die Lieferungsstermine einzuhalten, erklärten aber wiederholt die Gewerksältesten, sie könnten wohl für drei Viertel oder die Hälfte ihrer Mitmeister gut sagen, aber nicht für alle. Dann mußte man, statt mit dem Gewerk, persönlich mit den Gewerksältesten kontrahiren, und diesen überlassen, zuzuziehen, wen sie wollten. Vielfach gingen die Tuchmacher auch gar nicht auf feste Verträge ein; sie lieferten, aber ohne sich vorher zu binden, und häufig war die Kompagnie froh, nur so ihr Material zu bekommen.

Den Wolleneinkauf überließ die Kompagnie im Ganzen den Tuchmachern. Auch als die Wollpreise 1730 und 31 so sehr stiegen, erklärte sie, auf die Lieferung der Wolle könne sie sich nicht einlassen. „Wir können uns mit der Wolle nicht melirion, denn wenn wir den Tuchmachern Wolle geben, möchte dieselbe ausgetauscht und gröbere davor genommen werden; wenn dann das Tuch nicht probemäßig wäre, würde der Tuchmacher sagen, es wäre von unserer Wolle verfertigt, und da würde man anstatt gute schlechte Waare bekommen (30. Nov. 1730)“. Der Tuchmacher hatte in der Regel das gewalkte, aber noch nicht gefärbte Tuch zu bestimmtem Preis zu liefern; das Scheren, Pressen, Färben, kurz das ganze Fertigmachen ließ dann die Kompagnie selbst auf ihre Rechnung oder durch ihre Unterkontrahenten besorgen.

War das Verhältniß der Kompagnie zu ihren Faktoren und Unternehmern, wie zu den Gewerken und einzelnen Tuchmachern im Ganzen ein vollständig freies, nicht etwa durch Reglements oder Taxen, sondern durch zahllose einzelne Verträge regulirtes, bat sogar dieselbe häufig, ihr ganz freie Hand in allen diesen Beziehungen zu lassen, und geschah das auch im Ganzen, so schloß das doch nicht aus, daß die Regierung jeden Moment eingriff, daß besonders die Steuerkommissare so sehr in Anspruch genommen wurden, daß es oft fast den Anschein hat, als seien sie Beamte der Kompagnie. Und das war natürlich. Wie in der mittelalterlichen Stadt der Rath oder die Rathsdeputationen sich um alle wichtigeren städtischen Gewerbe und Handelszweige kümmern, Gesandte ihrerwegen schicken, Lieferungsverträge statt der Industriellen selbst abschließen, so war es auch hier. In Petersburg war es häufig mehr der preussische Gesandte, als das Komptoir, das die Verträge schloß; wenn Mardefeld zurieth, wurde das Gegentheil von dem gethan, was die Kompagnie Direktoren aus Berlin gewünscht hatten. In Berlin wurde über alles Wichtige an den König berichtet, über jede große Lieferung gefragt. In patriarchalischer Weise wurde das ganze Geschäft als eine Landesangelegenheit aufgefaßt und demgemäß der staatliche Verwaltungsapparat, wenn es nöthig war, in den Dienst derselben gestellt.

Noch ehe die Kompagnie durch Bestätigung ihres Privilegs vollständige Anerkennung und rechtliche Persönlichkeit erhalten hat, unterzeichnet der König am 28. März 1725 eine Ordre an die Stellvertreter und Magistrate zu ihrem Gunsten (Beil. XI), welche diese anweist, der Kompagnie hülfreiche Hand zu leisten; ja sie sollen für die Tuchmacher, welche gewerksweise alle für einen stehen sollen, verantwortlich sein und sie kontrolliren; die Magistrate sollen unentgeltlich die Auszahlung an die Tuchmacher übernehmen; sie sollen die Meister der kleinen Städte veranlassen, sich mit denen der größeren zu einheitlicher gemeinsamer Lieferung zusammenzutun; sie sollen die von der Kompagnie anzunehmenden Beschauer beeidigen, hauptsächlich aber die Walker, Färber und Tuchbereiter bei schwerer Strafe zu guter Arbeit anhalten.

Und das war nicht überflüssig. Zumal im Anfang mußten die Steuerkommissare da und dort vermitteln, die Handel schlichten, die Verträge abschließen helfen. Ein anschauliches Bild solcher Thätigkeit giebt der unten abgedruckte Bericht des Kriegsraths Reinhard (Beil. XII) vom 8. April 1725 über die Verhandlungen mit den 140 Tuchmachern der Stadt Brandenburg. Wir sehen auch daraus, wie nahe es derartigen Beamten nach endlosem Gestränge mit halsstarrigen eingebildeten Leuten lag, für die Kontrakterfüllung durch sehr strenge Strafen sorgen zu wollen. Reinhard erbittet sich die

Erlaubniß, jeden widerspenstigen Tuchmacher sofort in die Karre nach Spandau schicken zu dürfen. Das General-Direktorium meint aber doch, der Modus könnte üble Suiten haben; man möge die Leute auf gelindere Weise zum Gehorsam bringen. Als aber die Kompagnie bald darauf klagt, sie werde von den Magistraten und Steuerräthen nicht nachdrücklich genug unterstützt, entschließt man sich doch sofort, eine Ordre an den Kommandanten der Feste Driesen, um deren Tuchmacher es sich zunächst handelt, abgehen zu lassen, mit dem Befehl zu militärischer Exekution gegen einige nachlässige, säumige Tuchmacher.

Der König war, so oft Klagen über die Tücher aus Petersburg kamen, immer geneigt, das General-Direktorium und seine Beamten dafür verantwortlich zu machen. So heißt es in einer Kabinetts-Ordre vom 3. August 1728, die offenbar von ihm im Kabinet diktiert ist, das General-Direktorium müsse eben bessere Aufsicht führen, es solle so wie hier in Berlin, also auch in Frankfurt und Stettin eine richtige Schau nach dem Modell anderer Länder, woselbst die Wollmanufakturen floriren, angestellt und die dabei nöthigen Ordnungen errichtet werden. Und die Kompagnie war stets wieder bereit, die Hülfe des Beamtenthums, so weit sie ihr dienen konnte, auszunützen. So erklärte sie z. B. wieder 1730, sie könne die Lieferungsstermine nicht einhalten, wenn die Steuerräthe sie nicht mit besserer Exekution gegen widerspenstige und säumige Tuchmacher unterstützte. Sie wünscht, daß unter der Verantwortung der Steuerräthe an jedem Ort besondere Beschauer die Güte und das Maß der Tücher prüften und stempelten. Aus der Antwort des General-Direktoriums vom 2. November 1730 sehen wir zugleich, wie die Kabinetts-Ordre vom 28. März 1725 in der Praxis aufgefaßt und gehandhabt wurde; die Kompagnie wird bezüglich ihrer Ansprüche an die Beamten in die richtigen Grenzen zurückgewiesen. Es heißt da: Die Steuerräthe hätten den Befehl erhalten, die gewöhnlichen Lokalorgane, Bürgermeister, Fabrikinspektor 2c., zur Schau anzuhalten; aber verantwortlich könnten sie für die probemäßige Lieferung nicht gemacht werden, zumal sie in der Neumark zugleich Mitglieder der Kriegs- und Domänenkammer seien und sonst genug zu thun hätten. Die Kompagnie habe den Vortheil der Lieferung und müsse also auch die Aufsicht führen. Habe sie Klagen über einzelne Beschauer, so könnte der Commissarius loci andere ernennen, und ihre Faktoren und Committenten könnten diese dann gehörig instruiren.

Abgesehen von der Thätigkeit der Beamten bezüglich der Schau und der Exekution war eine wesentliche Frage die, ob man den lieferungspflichtigen Tuchmachern nicht zeitweise verbieten sollte, für andere

stellungen zu arbeiten. In Neuruppin hatten die Unterkontrahenten gleich 1725 dieses Ansinnen gestellt. Der Commissarius loci, Reinhardt, bemerkt aber dazu, das wäre ganz unbillig; da verließen die Tuchmacher ihre übrige Kundschaft; es genüge, wenn der Magistrat und der Fabrikeninspektor die Tuchmacher fleißig antreibe und die Lieberlichen bei Zeiten anzeige. Auch in der Neumark kam die Sache zur Sprache; die Kammer erklärte sich (August 1725) auf das Entschiedenste dagegen; die hohe Strafe von 4 Thaler für das Stück nicht zeitig gelieferten Tuches sei diesem Verbot noch vorzuziehen. Nur im Frühjahr 1731 ließ sich der König, als es auf dem Höhepunkt der Tuchlieferungen und des Wollpreises der Kompagnie so sehr schwer wurde, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen, dazu bewegen, den Gewerken in Zielenzig, Drossen, Reppen und Königswalde durch die Kabinetts-Ordre vom 17. Mai 1731 zu verbieten, so lange an jemand Anderes Tücher zu verkaufen, bis sie ihren laufenden Verpflichtungen gegen die Kompagnie nachgekommen seien.

Eine Bestimmung, die zunächst zu Gunsten des Lagerhauses und der preussischen Armeelieferungen ergangen war, berührte natürlich auch die Kompagnie sehr. Es waren wiederholt einzelne Städte, z. B. Ruppın, Brandenburg, Burg und Treuenbriezen, angewiesen worden, nicht mehr für die Kompagnie zu arbeiten, da das Lagerhaus ihre Arbeit vollständig brauche; dagegen scheint man ebenso vollständig die Neumark mit ihrer besseren Wolle und ihren besseren Tüchern der Kompagnie überlassen zu haben. Aber einen Theil ihres Bedarfs mußte sie immer noch aus den übrigen Marken beziehen.

So schreibt sie z. B. (14. Dezember 1736), ob man ihr nicht Ruppın, Rathenow und Luckenwalde noch überlassen könnte; das seien Grenzstädte, wohin sie die ausländische Wolle, die sie brauche, leicht bringen könnte. Uebrigens lag ein solches Arrangement zwischen dem Lagerhaus und der Kompagnie so nahe, daß es ebensowohl Folge einer privaten Uebereinkunft als staatlicher Anordnung hätte sein können.

Die Klagen der Kompagnie über die Tuchmacher erreichten naturgemäß in der Haussperiode von 1730—31 ihren Höhepunkt. Da will sie z. B. den Grundsatz einführen, die Bezahlung der letzten Rate für die Tücher erst zu verfügen, wenn sie in Petersburg als probemäßig befunden würden. Es drohte in verschiedenen Städten zu Prozessen darüber zu kommen, welche die Regierung durch ihre Steuerräthe gütlich schlichteten ließ.

Als charakteristisch für diese Epoche und ihrer Wirkung auf die Ansprüche der Tuchmacher führe ich aus dem Bericht der Kompagnie-Faktoren vom 17. März 1731 Einiges an, das an die Klagen unserer Fabrikanten

und manchesterlichen Organe aus den Jahren 1871—72 erinnert; es heißt da:

„Es ist nur am meisten zu bejammern, daß man die so hoffährtig gewordenen Tuchmacher vor so gut Geld zu dieser Arbeit bitten muß und könnte es nicht schlimmer seyn, wenn sie die Waare halb verschenken müßten, da man sie ihnen doch so *raisonable* bezahlt und aller Orten mit Vorschuß *secundiret*, dafür sie aber sehr unerkennlich und ihr künftiges eigenes Bestes nicht erkennen wollen; und so gehet es nun auch mit Rottbus und Bektow, welche durchaus nichts liefern wollen, unter nichtigem Vorwand keine Wolle zu haben und vor den Preis es nicht thun zu können. Einige von hiesigen Gewerken haben auch, jedoch sonder Contract, fleißig arbeiten wollen, weshalb sie auch mit Vorschuß *secundiret*, aber nun bringen sie solche miserable Waare, daß davon nicht ein Stück zu gebrauchen, welches höchst zu beklagen, und sehen wir nunmehr kein andern moyen, als die Leute auf kgl. Befehle zu forciren, daß ein jeder Orth das zuge dachte quantum an lauter perfecter Waare in denen mit andern Orten geschlossenen Preis à 10³/₄ Rthlr. absolut machen müßte, denn es nur in bloßer caprice von denen Leuten bestehet, und weil auch Zülchau, erlaubt worden, den vierten Theil fremder Tücher zu ihren auswärtigen Debit sich zu bedienen, so könnte dieses Gewerk mit großer Comodité die erst zuge dachte 2000 Stück compliren, falls sie nur dazu befehligt würden; gleiche Beschaffenheit hat es mit dem Zielenziger starken Gewerk, welche gar wohl statt der übernommenen 2000 3000 Stück machen könnten, wenn nur denen darunter befindlichen capricieusen Köpfen durch den Sinn gefahren würde.“

Natürlich erfolgten keine derartigen amtlichen Befehle zu bestimmten Lieferungen; die Compagnie pflegte allerdings dem General-Direktorium, aber ohne daß daran eine weitere Einmischung sich knüpfte, mitzutheilen, wie sie die großen Lieferungen auf die einzelnen Städte vertheilt habe. Wo wir die amtlichen Organe in die Preisverhandlungen eingreifen sehen, ist es eher zu Gunsten der Tuchmacher, als der Compagnie. So ist es derselbe Kriegsrath Reinhard, welcher die unbotmäßigen Tuchmacher nach Spandau in die Karre schicken will, der 1725 in Neuruppin es durchsetzt, daß sie für den größeren Theil ihrer Tücher 9 Thaler statt 8¹/₂ erhalten. Die dauernde Beschäftigung der kleinen Meister zu billigen Bedingungen, die Beseitigung ihrer Noth ist einer der leitenden Gesichtspunkte bei allen Entschlüssen des General-Direktoriums und allen Handlungen der Steuerräthe. (Vergl. auch Beilage XII.) Daß man daneben unbillige Forderungen der Meister bekämpfte, betonte, daß sie bei regelmäßiger Abnahme billiger liefern

künten und müßten, als wenn sie, dem Zufall preisgegeben, einzelne Stücke verkauften, widerspricht dem nicht.

Wir sind damit zu dem eigentlich entscheidenden Punkt, zu den Preisen gekommen und haben dabei noch etwas zu verweilen. Wir haben festzustellen, zu welchen Preisen die Kompagnie selbst liefern mußte, zu welchen sie von den Tuchmachern kaufte, zu welchen diese die Wolle erhielten. Von Seiten der Regierung hatte man die zu exportirenden Tücher von allem Zoll und aller Accise freigemacht; sogar der Wollzoll von 1 Gr. auf das Stück Tuch wurde am 26. Mai 1725 aufgehoben. Nur eine Wollaccise für die rohe Wolle von 2 Gr. finden wir noch in den Kalkulationen der Produktionskosten angesetzt. Dagegen erhielt die Kompagnie oder die Tuchmacher zunächst die sonst üblichen Exportprämien von 4% nicht; erst 1731 gelang es ihr oder vielmehr dem General-Direktorium nach langem Verhandeln diese beim Könige herauszuschlagen. Im Uebrigen überließ die Regierung, abgesehen von ihrer Vermittlung bei den Tuchmachern und ihren Bemühungen um gute Preise in Petersburg, die Preisbildung ganz dem privaten Uebereinkommen. Wie das ganze Beamtenthum sich dem Wunsche des Königs, 1731 den Wollpreis zu fixiren, widersetzte, werden wir gleich sehen.

Die Wollpreise waren im Rottbuschen und Beeskowschen, wo die feinste Wolle war, am höchsten; hier galten $3\frac{1}{2}$ —4 Thaler als mittlerer normaler Preis für den schweren Stein guter Wolle zu 22 Krampfund; in der Uckermark, Altmark und Priegnitz war der Preis etwa die Hälfte.¹⁾ Zu dem Stücke Tuch à 24 Ellen rechnete man 24—30 Pfund reine geschlagene Wolle²⁾, so daß nach Abzug des Schmutzes und der geringeren Wolle anderthalb oder gar zwei Stein Wolle für das Stück Tuch gerechnet werden konnten. Die erste weitere Verarbeitung beschreibt der zeitgenössische Warperger³⁾ so: „Erstlich wird die Wolle von aller Unreinigkeit gewaschen, hernachmals in der Sonne oder auch in einem warmen Zimmer gedrocknet, ferner ausge schlagen, mit einem eisernen Ramm gekämmt, klein zerzupft, mit Oehl und Schmalz eingesmiert; nachmahls in lange Blaken gekämmt, abgetheilt und jedes Pfund besonders gewickelt und aufgerollet, am Rade oder Spindel gesponnen, zu Strengen abgehalselt, aus warmem Wasser, damit die Fettigkeit völlig davon komme, gewaschen, getrocknet und gezwirnet.“ Das waren Arbeiten, die mehr kosteten und mehr Arbeitskräfte in Anspruch

¹⁾ König V, 197 und zahlreiche Altkennotizen.

²⁾ Ueber diese technischen Dinge vergl. Grassmi, Kurzer Auszug aus den preuss. Edikten, erster Theil, die Nachricht aller und neuester Verfassungen wegen Wolle und Wollmanufakturen (1731).

³⁾ Das neueröffnete Manufakturhaus (1707) 114.

nahmen als das Weben selbst; man rechnete auf einen Tuchmachermeister mit 1 oder 2 Knappen 10—30 Personen Spinn- und Hilfspersonal. Schröder¹⁾ rechnet die Kosten eines Stückes Tuch zu 11 fl. 45 Kr., wovon 5 auf die Wolle, 3 auf das Spinnen, 1 fl. 30 Kr. auf das Weben, 2 fl. 15 Kr. auf Färben und Zurichten kommen. Auch war es die Kunst in diesen Vorbereitungsstadien einerseits und im Färben, Scheeren und Pressen andererseits, welche vor Allem den Unterschied im Preis der Tücher bedingte. Ein Tuchmacher, der im Jahre 35 Stücke Tuch verfertigte und verkaufte, erschien schon als voll beschäftigt.²⁾ Um wöchentlich zwei Stücke Tuch zu liefern, also 104 im Jahre, muß nach Bechers Ausführungen der Meister schon ein glänzendes Geschäft haben, regelmäßig zwei Knappen und ein sonstiges Personal von 30 Personen beschäftigen.³⁾

Das fertige Stück Muntirungs- oder Soldatentuch wurde ungefärbt mit 7—10 Thalern, etwas besseres zu 12, 15 auch 20 Thalern bezahlt. Das feinste holländische Tuch galt 80—100 Thaler; Tuch zu 1—2 Thaler die Elle, also zu 25—50 Thaler das Stück war das, was nach den brandenburgisch-preussischen Accisetarifen von 1680—1720 als das feinere galt, von den höheren Klassen getragen wurde. Die armen Tuchmacher aus den kleinen Landstädten mußten in der Noth sehr häufig froh sein, ihre grauen ungefärbten Tücher zu 6—7 Thaler loszuwerden; als „Weinelaeden“, an denen die Thränen der Noth kleben, hatte sie ja sogar die Gesetzgebung bezeichnet.

Die ersten Probetücher, die man aus Bielezig bezogen und nach Petersburg geschickt hatte, hatten an Ort und Stelle gekostet: 1) ein rothes und grünes Stück Tuch zu 24 Ellen à 13 Groschen, das Stück 13 Thaler; 2) ein gleiches blaues Stück die Elle 12 $\frac{1}{2}$ Groschen, das Stück 12 $\frac{1}{2}$ Thaler. Die englischen Tücher lagen breiter, $\frac{3}{4}$ breit, waren 43—44 brabantier Ellen lang; die russische Regierung bezahlte für sie aber auch in Petersburg pro Arschine 59 Ropeyken, was nach dem damaligen Kurs 21 Groschen 9 Pfennige waren. Die Verträge wurden durchaus auf russische Arschinen gestellt; die Arschine ist, wie bereits erwähnt, 0,71 Meter, die Berliner Elle 0,66; 100 Arschinen = 106,63 preussische Ellen.

Als Kaufmann Belloutier zuerst die Bekleidung zweier russischer Regimenter mit preussischem Tuch 1722 übernahm, bekam er 52 Ropeyken für die Arschine. Als man dann breitere Proben in Büllichau bei Kaufmann Felsch bestellte, war er bereit, das weiße Tuch zu 13 Thaler 6 Groschen,

¹⁾ Fürstliche Schatzkammer (Ausg. 1721) 261.

²⁾ Vergl. Werner, Urf. Geschichte der Iglauer Tuchmacherzunft (1862) 96.

³⁾ Politischer Diener 472.

das farbige zu 15 Thaler nach Stettin zu liefern; ein anderer Kaufmann forderte 16 Thaler. Bei dem ersten großen Vertrag, den Diebedant in Petersburg 1725 zu Stande brachte, wurden ihm für die überwiegend farbigen, fast 2 Arschinen breiten Tücher $57\frac{1}{2}$ Ropeyken bewilligt, wogegen die Kompagnie den ganzen Transport und Zoll zu tragen hatte. Und zu demselben Preis wurden auch die folgenden Lieferungen abgeschlossen. Als nach der Stockung des Geschäfts der Kompagnie 1729 ihr längst in Petersburg lagernder Vorrath abgenommen und die Tücher dabei nach der Qualität taxirt wurden, erhielt sie für die besten 60, für die mittleren 58, für den Rest 54 Ropeyken. Als die Wollpreise zu Anfang der dreißiger Jahre wesentlich gestiegen waren und die Kompagnie Mardefeld den Auftrag gab, den Preis, wenn irgend möglich, auf 66—68 Ropeyken zu treiben, erhielt sie wenigstens 60, ist im Oktober 1732 aber auch schon wieder mit 58 zufrieden, wenn es ein Vertrag auf mehrere Jahre wäre; 1733 schließt sie zu 59 Ropeyken.

Als im Jahre 1728 die Klagen über die Tücher kamen und die Kompagnie sich beim König rechtfertigte, suchte sie zu beweisen, daß sie dabei keinen Gewinn habe; der Preis von $57\frac{1}{2}$ Ropeyken ergebe nach dem bisherigen Wechselkurs und nach Abzug von $7\frac{1}{2}$ Ropeyken zum Zoll nur 15— $15\frac{1}{2}$ Groschen pro Elle; diese koste sie aber zur Stelle selbst 12— $13\frac{1}{2}$ Groschen. Dann müßten sie den Russen noch Jahr und Tag Kredit geben, was 12% freffe, die Transportkosten kämen auf 3%, die Provision und Kosten ihrer Komptoirs in Rußland betrügen 3%, die Assuranz und andere Kosten noch etliche weitere Prozente. Als 1731 die Wollpreise ziemlich gestiegen waren, berechneten die Gottbuscher Tuchmacher (Beilage XX), wohl ziemlich übertrieben, daß sie das Stück selbst zu 14 Thaler 6 Groschen komme. Die Beestower bezifferten ihre Kosten auf 13 Thaler 4 Groschen pro Stück (Beilage XXI), und die Kompagnie stellte eine Kalkulation auf (Beilage XXII), wonach sie das für 11 Thaler eingekaufte Stück bis Petersburg auf 19 Thaler 10 Groschen komme, daß sie also bei dem Preis von 50 Ropeyken und dem damaligen Kurs am Stücke 2 Thaler 4 Groschen verliere. Alle diese drei Berechnungen sind als Maximalzahlen anzusehen, darauf berechnet, höhere Preise herauszuschlagen.

Die den Tuchmachern für gewalktes ungefärbtes Tuch von der Kompagnie bezahlten Preise bewegten sich zwischen $8\frac{1}{2}$ —11 Thaler für das Stück, je nach den Wollpreisen und der Wollqualität, wovon da und dort noch eine Kleinigkeit für die Unterlieferanten abging; man nahm an, daß die neu-märktischen Tücher mit ihrer feineren Wolle durchschnittlich 1—2 Thaler mehr werth seien, als die brandenburgischen, neuruppinischen und dergleichen; daraus ist es zu erklären, wenn die Tuchmacher hier $8\frac{1}{2}$ —9 Thaler, in

Züllichau 10 $\frac{1}{2}$., in Cottbus 10 Thaler 18 Groschen bekamen. Im November 1730 erhielten die neumärkischen Tuchmacher 10 $\frac{1}{2}$ Thaler für das Stück rohes Tuch, wie es aus der Walle kam, 1731 aber 11 Thaler, resp. mit der Exportprämie 11 Thaler 11 Groschen. Würden nun wirklich die Cottbuser Tuchmacher, wie sie 1731 versichern, für das Stück Tuch Wolle im Werth von 9 Thaler gebraucht haben, und die weßlichen Meister etwa 5—6 Thaler, so wäre ihre Existenz eine sehr schlimme gewesen. Das war eine starke Uebertreibung; wenn auch die strenge Kontrolle und die Breite der Tücher etwas mehr Wolle erforderte, so blieb von zwei Stein Wolle, welche sie in ihren Berechnungen als nothwendig annahmen, wenn man das Beste zu einem Stücke Soldatentuch herausnahm, noch ein ziemlicher Theil Wolle zu ordinärem Landtuch übrig, was in den obigen Berechnungen außer Ansatz geblieben¹⁾ ist. So lange der Preis des schweren Steins in der Neumark auf etwa 4 Thaler stand, war die Lage der Tuchmacher eine gute. Am 26. Februar 1731 schreibt der Commissarius loci Wilkens aus der Neumark daher: „Die Tuchmacher in hiesigen Städten meines Departements haben jezo glückliche Zeit, indem sie nicht allein vor die privilegirte russische Compagnie an 8000 Stück Tücher gegen prompte gute Bezahlung verfertigen, sondern auch an die Tuchhändler so viel ordinäre und Kerntücher, deren Zug jezt ungemein stark ist, absetzen können, als sie nur zu bereiten vermögen, gleich wohl aber wohlfeil Brodt essen und den schweren Stein gute Land Wolle vor einen annoch erleidlichen Preis à 4 Thaler und etliche Groschen bezahlen dürfen.“

Anders lag die Sache freilich, wenn die Wollpreise noch weiter stiegen, resp. wo sie damals schon im Verhältniß zum gewöhnlichen Preis bedeutender gestiegen waren. Es war bei solchem Steigen der Wollpreise weder der Compagnie möglich, in Petersburg sofort höhere Tuchpreise zu erhalten, noch bekamen die Tuchmacher auf der Frankfurter Messe sofort entsprechend mehr für ihre Tücher. Schon einmal hatte das Steigen der Wollpreise die ganze Industrie und die ganze Regierung Preußens in die größte Verärgerung und bis zu den kühnsten mercantilen Projekten gebracht. Als das Lagerhaus gegründet, die Wollausfuhr erschwert worden, die zahlreichen anderen Maßregeln zur Hebung der Tuchindustrie 1713—17 von bedeutendem Erfolg gekrönt gewesen waren, stiegen die Wollpreise so, daß 1717

¹⁾ Das Lagerhaus, das bei seinen feinen Sorten ja sorgfältiger verfahren mußte, berechnet einmal, daß es bei einem Wolleneinkauf von 84 000 Thaler für 20 000 Thaler sogenannte Ausschusswolle habe, von deren richtigen Verwerthung natürlich das ganze Geschäft abhängt.

das Lagerhaus umzuwerfen drohte, daß man im Generaldirektorium einen Plan zur Gründung einer Wollhandels-Kompagnie ausarbeitete, an welche Adel und Bauern zu einem dauernden Mittelpreis verkaufen sollten. Es kam dazu nicht, wohl aber zu anderen schutzöllnerischen Maßregeln, zum Ausfuhrverbot aller, auch der adeligen Wolle. Von 1719—30 hielten sich die Wollpreise dann auf mittlerem, mäßigem Stand. Von da an aber stiegen sie rasch, theilweise um gegen 40—50 Prozent. Der König hatte schon 1730 (2. November) verfügt, daß die Tuchmachergewerke aus 16 Städten nur dann zu der Lieferung von 10 000 Stück verpflichtet werden dürften, wenn die Steuerkommissäre bezeugen könnten, daß sie die Lieferung ohne Ruin „ihres bereits habenden auswärtigen Debits“ ausführen könnten. Es hatte den unzweifelhaften Anschein, als ob gerade die russischen Lieferungen die Preise hinauftrieben. Die Statistik über die zunehmende Zahl der Tuchmacher, besonders der neumärkischen, und über die zunehmende Quantität der in einzelnen Städten verarbeiteten Wolle lassen das Steigen auch ganz begreiflich erscheinen. Besonders 1731 sollte die Kompagnie gegen 20 000 Stücke Tuch liefern, das Lagerhaus hatte ebenfalls seine Produktion gesteigert. Die Tuchmacher konnten dem Bedarf gar nicht genügen. Man bat um die Erlaubniß, für den sonstigen auswärtigen Konsum fremde Waare hereinbringen zu dürfen. Die Klagen über den Aufkauf der Wolle durch die Juden nahmen von Tag zu Tag zu. Man hatte 26. April 1731 eine Kabinettsordre durchgesetzt, welche ihnen für dieses Jahr allen Wollkauf verbot. Die Kompagnie erklärt, über 11 Rthlr. könne sie nicht für die rohen Tuche geben; der König möge ihr doch wie anderen Industriellen 4 Prozent Douceurgelder für die im Moment zu versendenden 6000 Stück Tücher geben; es mache ja nur 11 Groschen pro Stück, im Ganzen 3070 Thaler; die Accise habe an jedem Stück schon 16 Groschen¹⁾, zusammen 6233 Thaler verdient. Aber der König schlägt es ab. Er ist über das Steigen der Wollpreise von 3½ auf 5 Thaler pro Stein um so entrüsteter, als es heißt, die Nachricht von weiteren Vertragsabschlüssen der Kompagnie treibe die Wolle noch mehr in die Höhe, und als man ihn versicherte, wenn das russische Geschäft aufhöre, sinke der Preis sicher wieder auf 2½ Thaler und noch niedriger.

Das geht ihm über den Spas und er verfügt am 28. November 1731: „sowohl Neuma(rn) als Pomme(rn) u. für Ward auf fixen Preis die Wolle zu sehen. Citto. F. W.“ Und als man ihm nochmals vorstellt,

¹⁾ Was damit gemeint ist, da nach dem Privileg der Kompagnie und den Beilagen XX und XXI die Tücher nichts, resp. nur eine Wollaccise von 2 Groschen zahlen, ist mir nicht klar.

lieber doch für durchschnittlich 12 500 Stück Tuch jährlich 5400 Thaler Douceurgelder, d. h. Exportprämien, zu geben, damit sei die Kompagnie schon zufrieden, wiederholt er (1. Februar 1732): „sonder Resonnir sollen die Wolle auf den Preis setzen, wie gewehsen ist. F. W.“

Das General-Direktorium und die Berliner Kriegs- und Domänenkammer sehen diesen Weg als einen unpraktischen an; die letztere stellt vor: theils sei der hohe Preis ein günstiges Zeichen, theils komme er vom Schaffterben; eine Preisfixirung würde eine schwierige Wollklassifikation voraussetzen; fixire man nur den Preis der besseren zweischürigen Wolle, so machten alle Herrschaften ihre Schafe zu einschürigen. Man dürfe die polnischen Wollhändler, die man so nöthig für den Wollimport habe, durch niedrige Preise nicht vertreiben. Noch mehr widersetzen sich die Landräthe und die Ritterschaft. Die neumärkische erklärt, durch das Wollausfuhrverbot sei der Preis lange gedrückt worden; man habe sich bemüht, durch bessere Qualität der Wolle etwas zu verdienen; wenn einmal durch Schaffterben der Preis etwas anziehe, dürfe man ihnen das nicht nehmen; auch ihre guten Schäfer, die auf dem fünften Theil stehen, blieben ihnen dann nicht, gingen nach Sachsen, Schlesien und Polen, wenn man so den Ertrag der Schäferereien schädige. Direktor und Landräthe der Altmark klagen über die seit 20 Jahren so sehr gesunkenen Produktpreise und die Abnahme der Getreide-, Vieh- und Hopfenausfuhr, seit andere Länder angefangen, Hamburg und Holland zu versorgen; da müsse man ihnen die gestiegenen Wollpreise doch gönnen.

Und obwohl der König nochmals mahnt, versteht es das General-Direktorium doch, die Sache erst dilatorisch zu behandeln, dann zu versichern, der Wollpreis falle schon wieder, man könne den Erlaß eines Preisediktes noch verschieben; auch auf die möglichen Ausfälle in den Domänenpachten weist man hin. Es werde schon gehen; eventuell würde ein Verbot für die Wollhändler anderer Provinzen, in der Kurmark einzulaufen, genügen; die Kompagnie brauche nur ein Viertel des Wollquantums der Kurmark. Die Kammer meint, wenn man nur dem Wollhändler Hahn verböte, nach Halle und Magdeburg auszuführen, würde es genügen. „Es contribuirt dieser Mann durch seine an allen Ecken des Landes liegende Commisssen und dadurch treibende Aufkäuferereien und Bucher ein vieles zu der jetzigen Wollsteuerung“. Daß die Fabrikanten, besonders die französischen — darunter sind die Tuchmacher gemeint — eine staatliche Beaufsichtigung des Wollmarktes zu Gunsten gleichmäßiger Wollpreise wünschen, und sich darauf berufen, wie dies in England angestrebt und durchgeführt werde, betont die Kammer allerdings auch.

Zu der Verwilligung der Douceurgelder hatte man unterdessen den König, wenn auch nicht prinzipiell, so doch von Fall zu Fall bewogen, so lange die Wollpreise so hoch standen. Die Fixirung der Wollpreise aber wurde so lange hingezogen, bis der König nicht mehr daran dachte oder vielmehr die ganze Frage durch den Rückgang derselben gegenstandslos wurde. Abgesehen davon, daß die Wollausfuhr (28. April 1732) nun auch in Ostpreußen verboten wurde, geschah nichts Wesentliches. Die Hoffnung der Kompagnie, aus Ostpreußen einige Tausend Stück Lächer beziehen zu können, bestätigte sich nicht; die Proben fielen zu grob aus, es fehlte dort zu sehr an Färbereien; die Tuchmacher erklärten zum größten Theil beschäftigt zu sein oder zu den von der Kompagnie angebotenen Preisen nicht liefern zu können.

Die Kompagnie mußte sehen, wie sie durchkam; die Jahre 1731—33 waren durch diese Preiskonjunkturen, wie es scheint, keine sehr günstigen für sie, trotz der großen Lieferungen; auch sonst begannen damals Verluste und Schwierigkeiten mancherlei Art. Ehe wir aber darauf und die Erzählung ihres Endes eingehen, wollen wir die paar entscheidenden statistischen Zahlen vorführen, welche ihre Bedeutung für die industrielle Entwicklung Brandenburgs charakterisiren.

V.

Um sich ein Bild zu machen von dem Stand der brandenburgischen Tuchindustrie in der Zeit von 1713 an, muß man wenigstens mit ein paar Worten ihre Vorgeschichte berühren.¹⁾

Die Tuchindustrie war seit alter Zeit in der Mark, vor Allem in der Altmark heimisch; im 16. Jahrhundert hatte sie sich in der Neumark nicht unwesentlich gehoben, wohl in Zusammenhang mit niederländischen Einwanderungen. Das Wollgedicht von 1593²⁾ spricht von etlichen Tausend Wollwebern, die im Lande seien. Ihre Lage war aber schon gegen 1600 mit der zunehmenden holländisch-englischen Konkurrenz eine recht schlechte, und im dreißigjährigen Kriege ging sie bedeutend zurück. Erst mit der Einwanderung der französischen Refugees, ihrer besseren Technik und den Bemühungen des großen Kurfürsten und der Dankelmannischen Verwaltung

¹⁾ Vergl. die historische Nachricht von den hürmärkischen Wollmanufakturen in (Schubach) *hist.-polit. u. Beiträgen* L, 188 ff.

²⁾ *Regl.* V., 2, 212.

hob sie sich wieder bedeutend, hauptsächlich in den Jahren 1687—1707. Von 1704 an, noch mehr von 1707—14 trat aber wieder ein bedeutender Rückschlag ein, der theils politische, theils wirtschaftliche Ursachen (Pest, Viehsterben, Krieg, Handelskrisis x.) hatte. Gerade mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms hatte die schlechte Lage der Industrie ihren Höhepunkt erreicht, und die beginnende Sparsamkeit von Hof und Verwaltung, die zunehmenden Verbungen schienen eher eine weitere Verschlechterung als Verbesserung in Aussicht zu stellen.

König giebt in seiner historischen Schilderung Berlins ¹⁾ für das Jahr 1712 eine Anzahl von 5000 Tuch- und Raschmachern an, die in der Rurmark — gegen 20 000 in Sachsen — vorhanden gewesen sein sollen. Es handelt sich da um eine Schätzung, die König in den Akten, nämlich in den Berichten des Inspektors Jordan, gefunden hat, die aber der statistischen Grundlage entbehrt; derartige Schätzungen haben zu allen Zeiten leicht um die Hälfte oder gar um das Doppelte fehl gegriffen. Auch einschließ- lich der Gesellen kann die Rur- und Neumark 1713 diese Anzahl Tuchmacher nicht gehabt haben, da sie bei den ersten wirklichen Zählungen gegen 1719—25 nur etwas über 3000 Tuch- und Wollzeugmachermeister hatte. Und 1719—25 hatte sich die Wollindustrie schon wieder wesentlich gegen 1713 gehoben. Wir können also mit ziemlich viel Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die Zahl der Meister während der Krise von 1707—14 um einige Hundert unter 3000 gesunken sei, nachher wieder bis gegen 1720 um ebenso viel sich gehoben habe.

Noch bis 1725 erfahren wir nun aber gar häufig aus den Akten, daß der Hauptübelstand der war, daß sie nicht voll beschäftigt waren. König erwähnt (1712), die altmärkischen und priesnitschen Städte hätten noch vor 10 Jahren 1000 Stücke Tuch jährlich nach Hamburg abgesetzt, jetzt könnten sie dort nur noch 300 loswerden. Der anderweite Export über die Frankfurter Messe wird jedenfalls damals nicht bedeutender gewesen sein, als später (1740—54), wo er zwischen 2000 und 9000 Stück jährlich schwante. Der Inspektor Jordan klagt (1712) an der Stelle, der König folgt, der Absatz nach Dänemark, Schweden, Norwegen, Lissland, Rurland, Rußland, wie auch nach Braunschweig und Lüneburg, sei sehr zurückgegangen. Die Braunschweiger Kaufleute seien z. B. verpflichtet, den dortigen neu errichteten Wollmanufakturen jährlich 2000 Stücke Tuch abzunehmen. Der innere Absatz war den Tuchmachern seit 1687, resp. seit den Tariferhöhungen von 1693, 1698 x. in der Hauptsache gesichert; aber seit 1704 drang mit der Verpachtung der Accise die fremde Kon-

¹⁾ III., 356.

kurrenz wieder sehr viel stärker ein; dem machte der Tarif von 1713 ein Ende. Aber wie groß war überhaupt dieser innere Konsum?

Vielleicht kann das uns als Anhalt dienen, was Bacher als genauer Sachkenner von dem damaligen Kurfürstenthum Bayern sagt; es brauche, meint er, jährlich 70 000 Stücke Tuch, wovon es 10 000 selbst verfertige, 50 000 aus Meissen, Mähren und Schlessien, und 10 000 — die feineren — aus England beziehe. Die kurbrandenburgischen Lande waren etwas größer, aber weniger bevölkert und ärmer; dagegen war durch die verhältnißmäßig starke Armee eine gewisse Nachfrage gesichert. Nähmen wir auch für sie einen Verbrauch von 70 000 Stücken an, so dürfte das vielleicht noch zu hoch sein. Es wären bei 5—600 000 Seelen über 3 Ellen pro Kopf, wenn das Stück zu 25 Ellen angenommen wird, während Dieterici für die preussische Bevölkerung im Jahre 1806 erst $\frac{5}{8}$ Elle, vielleicht etwas zu niedrig, annimmt. Daher ist es wahrscheinlich, daß nach diesen Verhältnißzahlen der brandenburgische Landeskonsum ohne den Absatz nach Außen nicht über 50 000 Stücke Tuch war. Dann kamen bei 3000 Tuchmachern auf einen jährlich 17, bei 70 000 auf einen jährlich 23 Stücke Tuch; gewiß ein kümmerlicher Verdienst, wenn zur vollen Beschäftigung 30—40 Stücke gehörten, wenn die 3000 Meister jährlich 90—120 000 Stücke hätten produciren können. Es ist nach diesen Zahlen ganz klar, in welcher Noth die Mehrzahl derselben sich so lange befand, als nicht der Absatz wesentlich stieg. Noch im Jahre 1722 berichtet der spätere Kammerdirektor, damalige Steuerrath Hille, in seinem Bezirke (in der Neumark) seien 296 Tuchmacher, 26 Zeugmacher, 38 Strumpfmacher und 27 Putmacher, welche zusammen im letzten Jahre 13 641 $\frac{1}{4}$ schwere Stein Wolle verarbeitet hätten und nach seiner Berechnung nicht weniger als 89 856 hätten verarbeiten können.¹⁾

Die volkswirthschaftliche Aufgabe, die für die Regierung Friedrich Wilhelms I. gestellt war, ging dahin, diesen 3000 Webern so viel Beschäftigung zu schaffen, daß sie nicht mehr halb verhungern mußten, ihre Produktion technisch zu vervollkommen, die im Lande fallende Wolle durch sie verarbeiten zu lassen und einen zunehmenden Export von Wollwaaren zu ermöglichen. Welche Mittel der Handels- und Gewerbepolitik hierfür alle angewandt wurden, haben wir hier nicht zu untersuchen, sondern nur festzustellen, welche Rolle dabei die russische Kompagnie spielte.

Wenn sie jährlich 10—12 000 Stücke, in einzelnen Jahren auch mehr, bis zu 20 000 Stücken, abnahm und ausführte, so mußte das ungeheuer ins Gewicht fallen. Das Lagerhaus ließ 1736—41 jährlich 7211 Stücke theils in seinen Gebäuden, theils durch die Berliner und andere

¹⁾ B. St. A. Rurmark CXV. No. 3.

Luchmacher anfertigen. Darunter waren die Armeelieferungen nur zum kleinern Theil. Das gewöhnliche blaue Tuch bestellten die Regimenter direkt bei den Gewerken. Für die Frankfurter Messe liegen mir vor dem Jahre 1740 keine Zahlen vor: auf der Margarethenmesse dieses Jahres wurden 3687 $\frac{1}{2}$ Stück inländische Lächer verkauft, 3295 ins Ausland. Bei drei jährlichen Messen können also 6—9000 Stück wohl als Ausfuhr gerechnet werden. Der innere Markt war seit 1713 der brandenburgischen Industrie ganz gesichert. Gingen nun 20—25 000 Stück ins Ausland, war der Konsum im Innern in Folge des größeren Wohlstandes und der Vergrößerung der Armee um einige Tausend Stück gestiegen, so war eben das Entscheidende erreicht.

Und daß dies erreicht wurde, wenigstens so lange die russische Kompagnie blühte, dafür haben wir die sicheren Beweise in der Zunahme der Meister und Gehülfen. Haken führt in den Leipziger Sammlungen bezüglich Berlins an, daß die Stadt an Wollarbeitern aller Art gehabt habe: ¹⁾

1712	119 Meister	366 Gehülfen
1753	312 .	2020 .

ohne die Wollspinner und Wollkämmer.

Bratring ²⁾ giebt für Berlin an:

	Luchmacher		Zeugmacher	
	Meister	Gehülfen	Meister	Gehülfen
1722	16	—	97	—
1730	19	8	130	93
1758	75	64	187	146

Nach Küster ³⁾ wurden in Berlin verarbeitet:

1720	84 969 kleine Stein Wolle
1732	76 422
1735	81 955

Doch interessiert uns Berlin weniger, da hier vor Allem die Wirkung des Lagerhauses sich zeigt, resp. so weit sich zeigt, als die Junfttabellen die Arbeiter desselben mit umfassen, was bei Bratrings Zahlen nicht klar ist.

Wichtiger sind uns die Zahlen für die ganze Kur- und Neumark. Für erstere, d. h. für die Kurmark, giebt Bratring ⁴⁾ folgende Tabelle:

¹⁾ XI., 980.

²⁾ Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg (1804) II., 164.

³⁾ Altes und neues Berlin 4, 369 und Krünig, Encyclopädie 58, 740.

⁴⁾ M. a. D. I., 182.

	Tuchmacher		Zeugmacher		Verarb. Wolle,
	Meister	Gehülfen	Meister	Gehülfen	kleine Stein
1725	1617	374	247	179	205 725 $\frac{1}{2}$
1730	1656	668	291	344	216 576 $\frac{1}{2}$
1740	1689	512	808	746	226 773
1750	1646	567	343	2183	—

Die Zahl der Meister nimmt in der Zeit der Kompagnie 1724—38 nicht wesentlich zu, wohl aber die Zahl der Gehülfen; d. h. die vorhandenen Meister sind wesentlich besser als bisher beschäftigt. Zugleich ist für die Kurmark anzumerken, daß die Kompagnie aus ihr den kleineren, aus der Neumark den größeren Theil ihrer Produkte bezog. Die Statistik dieser ist also noch lehrreicher. Für sie entnehme ich die Zahlen aber nicht bloß dem Hauptwerk Brattrings, sondern noch einer anderweiten spezielleren Veröffentlichung desselben Schriftstellers.¹⁾ Man zählte:

	Tuchmacher		Zeugmacher		Verarb. Wolle,
	Meister	Gehülfen	Meister	Gehülfen	kleine Stein
1719	1628	—	39	—	119 716
1732	2525	—	149	—	139 878
1740	1774	—	53	—	—
1764	2110	244	40	38	—

Diese Zahlen zeigen sehr deutlich die außerordentliche Wirkung der Kompagnie; die Tuchmachermeister haben von 1628 auf 2525 zugenommen; die verarbeitete Wolle ist um 20 000 kleine Stein gestiegen. Die Wollproduktion des Landes, die im Ganzen eher zu- als abgenommen hatte und die 1713—19 noch weit über den Bedarf der inländischen Industrie hinausgegangen war, reichte jetzt nicht mehr aus; es war eine große Wolleinfuhr nötig; das Wollausfuhrverbot verursachte keine Schwierigkeit mehr. Man klagte höchstens, daß die Magdeburgischen Wollhändler so viel Wolle aus der Neumark holten. Ein Bericht der kurmärkischen Kammer meint, für eine Lieferung von 100 000 Arschinen oder 4426 Stück Tuch seien 17 800 kleine Stein Wolle nötig, das sei noch nicht $\frac{1}{10}$ der inländischen Wollproduktion. Aber eine Steigerung um $\frac{1}{10}$ des Absatzes wollte etwas bedeuten. Die neumärkische Kammer berichtet 1732, aus ihrem Bezirk habe die Kompagnie dieses Jahr (1731/32) 16 000 Stücke Tuch ausgeführt, dazu seien 40 000 kleine Stein Wolle verwendet.

Die ganze Steigerung der Wollpreise 1731—32 war vor Allem ein Ergebnis des großen Geschäftes der Kompagnie. Ebenso stark freilich

¹⁾ Brandenb.-preuß. Mittheil. (1804) 344.

mußte sich dann ihr Aufhören geltend machen; die nemmärkische Tuchmacherzahl zeigt dies in der eindringlichsten Weise, wenn auch andere Umstände, hauptsächlich die ganze wirtschaftliche Krise der Jahre 1738—41, mit in Betracht kamen.

Wie sehr die Neumark bei den späteren Lieferungen bevorzugt war, will ich noch durch einige Zahlen aus den Akten erhärten. Von der Lieferung, welche die Kompagnie im Oktober 1730 vorhatte, legte sie folgendes Schema der Vertheilung von 10 000 Stück auf die Gewerke der einzelnen Städte vor:

Beeskow	300 Stück	Königswalde	400 Stück
Kottbus	400 "	Sommerfeld	200 "
Frankfurt	200 "	Fürstenwalde	200 "
Drossen	1000 "	Neppen	500 "
Krossen	600 "	Landsberg	} 1900 "
Rotenburg	300 "	Driesen	
Bällicchau	2000 "	Soldin	
Zielenzig	2000 "	Damm	

Im März 1731 berichtet sie, es hätten folgende Gewerke wirklich kontrahirt, auf ult. Mai zu liefern:

	Stück		Stück		Stück
Bällicchau	1100	Krossen	500	Waldenburg	150
Rotenburg	300	Königswalde	300	Driesen	120
Zielenzig	2000	Friedeberg	100	Berlinchen	200
Drossen	1300	Soldin	150	Summe	6920
Neppen	500	Landsberg	200		

Und außerdem hatten bis ult. Juni übernommen:

Neppen	200 Stück	Drossen	500 Stück
Krossen	200 "	Königswalde	200 "
Rotenburg	} 500 "	Zielenzig	500 "
Bällicchau		Landsberg	1000 "
		<hr/> 3100 Stück.	

Im Juni 1731 schreibt sie dann, von den 10 000 zu liefernden Stücken seien abgegangen 7000; es restirten 3000 und 6000 weitere habe sie noch übernommen. Man hoffe, daß, ohne ihre Kunden zu verlieren, noch liefern könnten:

Brandenburg	1000 Stück	Friedeberg	250 Stück
Frankfurt a. O.	150 "	Waldenburg	200 "
Färstenwalde	150 "	Rottbus	300 "
Neeslow	200 "	Krossen	500 "
Neustadt-Eberswalde	200 "	Zölllichow	700 "
Treuenbriezen	100 "	Sommerfeld	150 "
Ludenwalde	100 "	Rotenburg	200 "
Landsberg a. d. W.	400 "	Drossen	1000 "
Soldin	300 "		1800 "
Neudamm	300 "		500 "
Berlinchen	100 "		250 "
Driesen	250 "		5850 Stück
	3250 Stück	Summa	9000 Stück.

Am 19. Juli 1735 berichtet die Kompagnie, daß sie für dieses Jahr gekauft habe

zu Landsberg an der Warthe	1769 Stück
zu Zölllichow und Bowersberg	1400 "
zu Drossen	2230 "
zu Zielenzig	2175 "
aus der Mittelmark (Muppin, Brandenburg, Rathenow, Gransee, Ludenwalde)	2500 "
	10074 Stück.

Wenn das Aufhören der russischen Lieferungen dann in den Jahren 1738—41 die allgemeine Baiße und Absatzstocung vermehrte, oder sogar eine wesentliche Ursache derselben war, wenn in diesen Jahren Duzende, ja mehrere Hundert der Wollarbeiter sich nach Schweden, Dänemark, Böhmen, Hannover wandten, wo man eben damals mit aller Anstrengung die Wollmanufakturen emporzubringen suchte, so war das ja zu beklagen, aber es schmälert den Werth und die Bedeutung der Kompagnie und des industriellen Aufschwungs von 1724—37 nicht. In dieser Zeit war nicht bloß das ganze Land wohlhabender geworden; man hatte vor Allem kaufmännisch und technisch viel gelernt. Die großen russischen Lieferungen waren für die neumärkische Tuchindustrie eine sehr gute Schule gewesen, vielleicht eine wirksamere als die Reglements von 1687 und 1723, welche in der Weise der Colbertschen den kleinen Meistern die bessere Technik Hollands, Frankreichs und Englands beibringen wollten. Sedenfalls erblühte die Industrie nach dem Druck der Jahre 1738—41 rasch um so glänzender auf. Am 11. Dezember 1748 konnte der neumärkische Kammerpräsident Friedrich dem Großen melden, daß der Debit außer Landes das

letzte Jahr sich auf 77 687 Stücke erstreckt habe. Und der größere Theil derselben gehörte den feinen Tüchen an.

Noch heute wird man beim Durchmustern der zahlreichen Tuchproben, wie sie in den Alten enthalten sind, erstaunt sein, wie selbst die älteren aus den Jahren 1721—25 schon zeigen, daß man in Brandenburg seit den Tagen des großen Kurfürsten viel gelernt hatte. Es sind lauter schwere dicke Tücher, wie sie heute wohl gar nicht mehr gemacht werden; die altmärkischen und die aus der Stadt Brandenburg sind die stärksten und härtesten, während die neumärkischen viel weicher und zarter sind. Am wenigsten gelungen sind die ersten Proben von rothem Tuch. Als dem Könige am 17. Oktober 1721 die einheimischen und englischen Muster neben einander vorgelegt wurden, schrieb er zur rothen Probe aus Zielentzig: „das rothe dauget nit“, aber zur grünen: „das ist besser als englisch“. Und das blaue aus Brandenburg erklärt Kraut eigentlich für das beste Soldatentuch, während die Russen, an die weicheren, dünneren englischen Stoffe gewöhnt, die neumärkischen, aus feinerer Wolle gemachten Tücher vorzogen und deshalb die Lieferung später hauptsächlich sich dahin wandte.

Wenn dann in der Folgezeit über die Farbe noch öfter geklagt wird, so wird daneben doch auch von den Russen zugegeben, daß die gelieferte Waare eine ausgezeichnete im Ganzen gewesen. Die Kompagnie betont, daß sie von Jahr zu Jahr bessere Tücher geliefert habe. Und Wardefeld bestätigte es. Auf Walle, Färberei und Tuchbereitung hatte man naturgemäß überall, wo die Kompagnie Bestellungen machte, ein wachsameres Auge. In Rotenburg, Zielentzig und anderen Orten wurden neue Färbereien angelegt, den Unternehmern Privilegien dazu erteilt. Die Kompagnie hatte selbst schon 1727 in Landsberg und Drossen eigene Färbereien errichtet.

Kurz Alles das hatte die Technik wesentlich gehoben. Noch in dem letzten Bericht Wardefelds vom 17. Mai 1738, in welchem er mittheilt, daß Alles aus und keine Lieferung mehr zu erhalten sei, betont er, nur über die grüne Farbe werde noch geklagt; in allem Uebrigen seien die preussischen Tücher jetzt besser als die englischen; viele Offiziere und auch die meisten Mitglieder des Kriegskollegii geben das insgeheim zu. Manche, fügt er bei, meinten, es sei vielleicht gut, daß die Lieferung einige Zeit restire, die Preußen würden sie zu um so besseren Bedingungen bald wieder bekommen. „Der Hauptfehler aber — so schließt er — besteht darin, daß sie die Contrahenten nicht so stark schmieren, als wie die englische Kaufleute thun können; daher auch die interessirten allezeit vor die Englische livrance, die desinteressirte aber vor die Preussische portirt gewesen.“

Von diesem Ende der Kompagnie haben wir nun noch kurz zu berichten.

VI.

Hatte die Kompagnie unzweifelhaft Bedeutendes für Hebung der Brandenburgischen Tuchindustrie geleistet und waren ihre Handelsunternehmungen eine für jene Tage und die wirtschaftliche Kultur des Landes großartige Leistung, so hing doch ihre ganze Existenz zugleich von den politisch-diplomatischen Beziehungen Preußens und Rußlands und von ihrer Stellung zur preussischen Regierung, zum König ab.

Ohne die Energie Friedrich Wilhelms wäre sie nicht zu Stande gekommen; die thätige Unterstützung des Generaldirektoriums hatte sie stets begleitet; eine ganze Anzahl Zollverleichterungen hatten ihren Handel erleichtert. Und wenn Vieles, was die Regierung that, nur eine Anticipation dessen war, was man später für alle Bürger als gleiches Recht einführen mußte, zunächst kam es ihr allein zu Gute; so, wenn man für sie eintrat, als auf den neumärkischen Wollmärkten die Frage aufgeworfen wurde, ob ihre Faktoren als Nichtbürger Wolle einkaufen könnten, als man in Stettin ihre Waaren nicht an den Zollprivilegien in Wolgast theilnehmen lassen wollte, die nur Stettliner Bürgern zustanden. Die zahlreichen Berichte, Anträge, Aktenvermerke des Geh. Kriegs- und Finanzraths Manlius über die Kompagnie zeugen immer von gleicher Sachkenntniß, gleichem Wohlwollen, gleichem Urtheil. Und ebenso sind die Minister stets bemüht, für sie einzutreten, Schwierigkeiten wegzuräumen, auch, wenn es nöthig war, diejenigen, welche in der wechselnden Stimmung des Königs lagen.

Ein solcher Wechsel in dem Urtheil Friedrich Wilhelms über die Kompagnie ist seit 1730 bemerkbar. Nicht als ob er nicht stets wieder sie zu halten bereit gewesen wäre, wenn er sich überzeugte, daß sein Verdacht ein falscher gewesen, daß die Tuchlieferungen wirklich stattfänden, daß sie dem Lande zum Segen gereichten. Aber er ärgerte sich oft, daß die Kompagnie nicht noch mehr leiste; er hatte sie im Verdacht, daß sie nur, um größere Gewinne zu machen, dies oder jenes Beneficium verlange. Er glaubte ihr 1730 nicht, daß sie 100 000 Arschinen Tuch ausführe und wünschte, daß sie 3 — 400 000 einkaufe. Am 14. Februar 1731 schreibt er, zunächst die Zollbefreiung auf weitere sechs Jahre für die russischen Importwaaren abschlagend: „Ich zahle ihn nits mehr; quare: haben sie mein Tuchmanufakturen ruiniert und den Handel verborben, so höhle der Deuffel die Rommannschaft.“ Das war in dem Moment, als das Steigen der Wollpreise allerlei Schwierigkeit für das ganze Geschäft erzeugte und die theurer gewordenen Tücher auf den nächstgelegenen Messen nicht mehr

recht abgehen wollten. Freilich ist er bald wieder beruhigt; am 30. September desselben Jahres schreibt er bei der Nachricht eines neuen Lieferungsvertrags: „sollen es so gut machen, als nur möglich, ist das wir den Debit behalten.“ Theilweise beruhete sein Mißtrauen gegenüber der Kompagnie auf dem ganz richtigen königlichen Instinkt, die Partei der Tuchmacher, der kleinen Leute ergreifen zu müssen, während das höhere Beamtenthum eher geneigt war, mit den reichen Kaufleuten zu paktiren. So schreibt er später einmal, als es sich um die Erneuerung des Privilegs der Kompagnie handelte: „sie hat das ganze negotio verborben, das sie an die Russe nit guhte Wahre geliefert und zu groß profit genommen und die hiesige Tuche sehr wohlfeil bezahlt, das die Manufacturiers kein Brot gehabet.“

Fast eine Katastrophe für die Gesellschaft führte eine Denunciation herbei, die ihren letzten Ursprung allerdings in den Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern und speziell zwischen dem Petersburger Komptoir und den Berliner Bevollmächtigten hatte. Eine Kabinetts-Ordre vom 4. November 1733, deren Bedeutung zuerst weder die Mitglieder der Kompagnie, noch die des General-Direktoriums recht begriffen, befahl dem letztern, den Kaufmann Biedebant aus der Gesellschaft zu schaffen, da sie über einen Haufen fallen werde, wenn er länger darin bleibe. Es zeigte sich bald, daß nur Willers, der frühere russische Oberkommissar, jetzt Hauptdirigent des Petersburger Komptoirs, die Ursache sein könne. Es stellte sich weiter heraus, daß er die Hauptveranlassung zu allen Händeln sei, daß er der Kompagnie schon 30 000 Thaler an Gehalt und 50 000 Thaler an von ihm gebuchten Präsenten gestiftet habe, daß der verleumdete Biedebant, der übrigens sofort bereit war auszutreten, einer der geschicktesten Kaufleute unter den Seltern, daß er kaum zu entbehren sei, daß, wenn man ihm stets gefolgt, viele Verluste, hauptsächlich die in Breslau in dem Bankerott des Faktor Kupfer, dem man bei einer Kaution von 20 000 Thaler Waaren bis zu 150 000 Thaler anvertraut, durch den man unter sechsjährigem Prozeß 85 000 Thaler verloren, vermieden worden wären. Manitiuss wollte sofort Alles das dem König vorstellen; aber der erste Bericht vom 20. November 1733 und der spätere vom 15. November 1734 umgehen doch, was den König verlegen konnte, hauptsächlich das Persönliche bezüglich Willers und Biedebants und stellen nur fest, daß in Folge der jetzigen Untersuchung und Erörterung der ganzen Geschäftsführung und der begangenen Mißgriffe einige der unzufriedenen Mitglieder ausgetreten, andere wenigstens kein neues Kapital aufzuschießen wollten, Daum und Buder aber bereit seien, jeder 10 000 Thaler weiter einzuschließen und das Geschäft fortzusetzen, wenn sie die Douceur-gelder weiter bekommen und sonst einige ihrer Wünsche erfüllt würden.

Wenn in dem zweiten Berichte wiederholt auf die Uneinigkeit und Disharmonie der Direktoren hingewiesen wird, so lag eine solche bis zu einem gewissen Grad in der Verfassung: wenn ein oder anderthalb Duzend Geschäftsleute über jede wichtige Handelsoperation sich einigen sollten und dann per majora entschieden wird, so kann das leicht zu Händeln und unsicherer Leitung führen, wenn nicht ein oder zwei hervorragende Köpfe die anderen beherrschen. Uebrigens scheint der Austritt der unzufriedenen Mitglieder und die Zusage des General-Direktoriums an die Kompagnie, daß sie bezüglich ihrer Anstellungen — auch in Petersburg — ganz freie Hand erhalten solle, dahin gewirkt zu haben, daß die Geschäfte von da an eher wieder besser gingen und keine wesentlichen Verluste mehr vorkamen. Die Kompagnie zeichnete von da an „Splittgerber und Buder“, oder auch „Buder, Krusemark und Comp., neue russische Kompagnie.“ Ihre Geschäftsergebnisse waren solche, daß sie aufs Dringendste wünschte, ihr Privileg nach Ablauf der ersten zwölfjährigen Periode erneuert zu erhalten, ja daß sie zunächst auch ohne diese Erneuerung 1737—38 die Geschäfte fortsetzte.

Das eigentliche Ende bereitete ihr die politische Lage. Die guten preussischen Beziehungen zu Peter dem Großen hatten den Grund zu dem Geschäft gelegt, wenn es auch erst mit seinem Tode recht in Gang kam. In dem tollen Wechsel von Regierungen, Palast- und Adelsrevolutionen in den Jahren 1725—1738 war es der Kompagnie gelungen, sich zu erhalten und festzusetzen; sie hatte sich mit der Herrschaft der altrussischen Partei, der Dolgorucki in Moskau, wie mit der der deutschen Emporkömmlinge in Petersburg zu vertragen gewußt. Besonders seit Kaiserin Anna 1730 an die Regierung gekommen, die Residenz wieder nach Petersburg zurückverlegt, die Hauptgeschäftsführung in die Hände Ostermanns, des einzigen unbestechlichen höheren russischen Würdenträgers gelegt, ihr alter Gönner Jaguschinski 1731 als Gesandter nach Berlin gesandt worden war, da waren für die Kompagnie die besten Tage gekommen, obwohl der Rivale Ostermanns, der Feldmarschall Münnich, ihr stets etwas mißgünstig gesinnt war.

Aber erst als der polnische Erbfolgekrieg die russischen und preussischen Interessen zu trennen begann, konnte das gefährlich werden. Rußland und Oesterreich hatten sich geeinigt, auf den erledigten polnischen Thron August III. von Sachsen zu setzen (1732—34), während Preußen diese Verstärkung der sächsischen Macht und die volle Herrschaft des russischen Einflusses in Polen naturgemäß bekämpfen mußte. Selbst so lockende russische Anerbietungen¹⁾, wie die auf Elbing, Kurland und einen Theil Westpreußens konnten Preußen

¹⁾ Dronsen, preuß. Fol. Friedr. Wilh. I. 2, 286.

in der Beurtheilung dieser seiner Interessen nicht wankend machen. Die Folge war, daß das Verhältniß zu Rußland ein immer schlechteres wurde, zumal als Friedrich Wilhelm dem von Frankreich unterstützten, vom Adel gewählten und von den russischen Truppen vertriebenen Kronprätendenten Stanislaus eine Zufluchtsstätte in Preußen bot. Als im Wiener Frieden vom 3. Oktober 1735 Frankreich ihn fallen ließ und sich mit Oesterreich und Rußland einigte, stand Preußen ganz isolirt da. Wenn auch Oftermann bemüht war, die russisch-preussischen Beziehungen zu erhalten, schon die Thatsache, daß der allmächtige Günstling Annas, Biron, das von Preußen begehrte Kurland für sich haben wollte, vermehrte die Entfremdung¹⁾; selbst der Verzicht auf Kurland war nicht im Stande, Rußland zur Anerkennung der für Preußen wichtigsten Frage, der jählichen Succession zu bringen. Zaguzhinski war, ins Petersburger Cabinet zurückgerufen, April 1736 gestorben. Vergeblich suchte Preußen, Februar 1738, von den vier identischen Koten Oesterreichs, Frankreichs, Englands und Hollands bedroht, einengewissen Rückhalt an Rußland²⁾; man antwortete darauf nicht einmal (Mai-August 1738); man empfand am preussischen Hofe, daß die Kaiserin Anna unter Umständen auch gegen Preußen sich wenden könne.³⁾

Da ist es nicht überraschend, wenn Münnich über Oftermann bezüglich der Kompagnie den Sieg davon trug, wenn am 2. Mai 1738 das preussische Komptoir vor das Kriegskollegium geladen und „ihme in russischer Sprache eine Ullase vom 22. April 1738 von Ihrer Russ. Kais. Majestät vorgelesen und unter allerhand nichtigem Vorwand (als daß die Proben zu grob, da doch allererst vor Kurzem die Ausschustücker abgenommen und vor besser als die englischen erkannt, auch daß die englische Nation und ihre Waare beliebter, die Engelländer auch viel mehr russische Waaren als die Preußen nähmen u.) eröffnet wurde, daß von Preußen ferner kein Tuch genommen werden dürfe.“ Allerdings stand zugleich die Beförderung der eigenen russischen Tuchindustrie im Hintergrunde, sowie der Befehl, für fremdes Tuch überhaupt künftig kein baar Geld auszuführen.

Damit war die Kompagnie vernichtet. Der König hatte seit dem 1. Mai 1737, seit dem Ablauf des zwölfjährigen Privilegs geögert, es zu verlängern; er hatte schon im Januar 1737 gemeint, die Russen würden kein Tuch mehr nehmen, also sei die Kompagnie nichts mehr nütze. Die Direktoren hatten dann ihre Bestellungen in der Neumark zurückgezogen; am 21. Februar 1737 meldeten sie, die Tuchmacher in Drossen, Bielengig und andern Orten

¹⁾ Drossen, das. 287.

²⁾ Das. 326.

³⁾ Das. 337.

lamentirten so erbärmlich, daß man ihnen zuletzt die Waaren abnehmen müsse; man möge ihnen amtlich mittheilen, daß es mit den Lieferungen aus sei. Das General-Direktorium war anderer Ansicht als der König; es wünschte die Kompagnie um jeden Preis zu erhalten und legte dem Könige, der damals zugleich die Zahlung der Baufreiheitsgelder zur Unterstützung Neuanbauender aufhören lassen wollte, am 23. März 1737 in beweglicher Weise ihr Schicksal ans Herz; es schrieb:

„Durch die aufgehörte Lächerlieferung nach Rußland ist ohnedem schon vielen Unterthanen die Nahrung entgangen; wenn nun die ordinaire Baufreiheits-Gelder nicht mehr gegeben werden und der Bau in den Städten desfalls gänzlich aufhören sollte, würden die mehrsten Bürger ohne Nahrung sein und in äußerste Dürftigkeit gerathen. Ew. R. May. haben uns die Vorsorge vor der Unterthanen Nahrung ernstlich anbefohlen, und werden also hoffentlich nicht ungnädig nehmen, wenn wir auch in diesem Stück unserer Pflicht ein Genügen thun und die Continuation der Bauten in den Städten, wie auch des Russischen Handlungs-Privilegii, wenn die Lächerlieferung dahin noch auf 6 Jahre zu erhalten stünde, allerunterthänigst anrathen.“

Es war zunächst umsonst. Der König über sah die Lage in Petersburg klarer und war verstimmt, — wohl über die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage, wie über die Kompagnie. Er war entrüstet, als er hörte, sie setze ihren Handel ohne Privileg fort, d. h. sie zahle wie bisher keine Zölle. Splittgerber und Daum konnten sich aber rechtfertigen und nachweisen, daß sie seit Mai 1737 Zoll, Licent und andere Abgaben bezahlt. Man brachte den König endlich am 25. April 1738 so weit, daß er erklärte, das vorige Octroi erneuern zu wollen, wenn die Kompagnie jährlich 10 000 Stück Tuch exportire. Freudig machte man Anstalt, das Petersburger Komptoir zu instruiren und die Tuchmacher zu beschäftigen.

Es war zu spät: drei Tage vorher war in Petersburg der entscheidende Schlag geschehen. Als die Nachricht davon nach Berlin kam, machte eine Kabinetts-Ordre vom 1. Juni 1738 der Kompagnie bekannt, daß das Privileg definitiv aufgehoben sei. —

Berlin, 25. Dezember 1882.

Bei dem Abdruck der folgenden Beilagen ist die Orthographie der Originale beibehalten, der bunte und theilweise ganz willkürliche Wechsel zwischen deutscher und lateinischer Schrift, der Einfachheit halber, aber nicht wiedergegeben.

Beilagen.

I.

Specification derer Wahren, so die Rußen in Archangel und St. Petersburg an fremde Nationen verkaufen.

Beilage zum Bericht des preuß. Gesandten Wardefeld
vom 13. Mai 1720.

N. St. N. Abth. II. Gen. Dep. Tit. XXXVIII. No. 3 Zustlieferung nach Moskau
Kol. 1. Bl. 7—8.

Allerhand Getrayde, als Weizen, Roggen und Hirsen in großer Quantität,

Hanff,

Flachs,

Grobe und feine Leinwand,

Garn zu Leinwand,

Seegel-Garn,

Seegel-Tuch,

Dicke und dünne Stricke und Thauen,

Graue und weiße Russische Faten,

Allerhand Pelzwerk: als Hermeline, Grauwert, Eichhorns-Schwänze, weiße und braune Füchse, Luchse, Wölffe, Bären-Häute, graue und weiße Hasen-Felle, Tigerfelle, Bielsraß, Zobeln, Marter &c.

Maßbäume und Holz zum Schiffbau; wie auch Bretter von rothen Fichten 12 bis 42 Fuß lang und 1 bis 4 Daumen dick,

Harz,

Theer,

Hanff, Del,

Thran,

Unschlitt und daraus verfertigte Richte,

Honig,

Wachs,

Stodfish,

Gepresster Caviar,

Gesalzener Lachs,

Schweins-Vorsten,
 Pferde-Haare,
 Krebs-Augen,
 Hauß-Blasen,
 Bibergehl,
 Biber-Wolle zu Hüten und Laken,
 Muscus,
 Rhabarbarum,
 Badian, oder Stern-Quiß,
 Federn und Daunen
 Unberettete Ochsenfelle,
 Elends und Rehsfelle,
 Bock-Felle,
 Pottasche und Waydasche,
 Matten zur Emballage,
 Sibirisch Eysen, welches dem Schwedischen vorgehet,
 Russisch Eysen, in großer Menge, so aber sehr schlecht,
 Marien-Glaß.

Persianische Seyde von viererley Sorten, als Veesh, Ardas, Ardascheh und Schaboff oder gefochte.

Vor Zeiten brachten die Armenianer eine große Menge Seyde von Astrachan nach Mosco, und verkauften oder vertauschten selbige gegen holländisch Laken an frembde Nationen: Anjeho aber thun Sie dieses commercium mit denen Russen, oder schicken ihre Seyde nach Holland, und lassen dagegen Laken bringen. Es lieferte aber der Tzaar diesen Leuten Ihre Wahren nach Mosco, das Pud oder 40 π Russischen Gewichtes vor 21 Copeyken, nahm auch anbey die Assurance davon auf Sich: wodurch dann dieses commercium dermaßen in die Höhe gekommen war, daß vor mehr als einer Million Persianische Wahren jährlich nach Astrachan kamen, und dem Tzaarischen Zoll über 70/m-Rubel einbrachten. Nachdem aber dieses aufgehoben und die Persianische Handlung im verwichenen Jahre auf dem Fuß gesetzt worden, wie anderer frembder Nationen commercia hier zu Lande stehen, so ist selbige dadurch gänzlich ruinirt worden.

Salz-Brunnen hat man in Rußland hin und wieder; die besten aber in Stara Rus und Solikamskoj. Diese letztere gehören particulier-Perjoñnen zu, welche dem Tzaaren das Pud à 4 Cop. liefern müssen, von dem es nachhero nach Proportion der Entlegenheit des Orts zwischen 20 und 40 Copeyken verkauft wird.

An Stein-Salz fehlet es Rußland gleichfalls nicht; selbiges aber ist nicht von der Güte, als das gesottene: wiewohl auch dieses letztere nicht allein dem Spanischen, sondern auch dem Deutschen Salze bey weitem nicht gleich kombt. Daher dann umb die Consumtion des Russischen Salzes zu facilitiren, die Einföhrung des Spanischen sehr scharff verboten ist.

Es finden sich in Rußland verschiedene Eysen-Werke, auf welchen eine große Quantität Canonen, Mousqueten, Pistolen, Bomben, Kugeln, wie auch geschlagen Eysen verfertigt wird.

II.

Bericht des Gen. Kriegs-Comissariats an den König über die Möglichkeit preussischer Tuchlieferung nach Rußland vom 17. October 1721.

Dasselbst. Vol. 1. Bl. 80—81.

Zur Königl. Allergnädigsten Resolution.

Obgleich zu Petersburg sowohl von dem Freyherrn von Wardefeld, als meines, des wirklich geheimten Stats-Rath von Kraut Correspondenten Belloutier alles mögliche vorgesuchet worden, wegen Brandenburgischer und Zielenziger Tücher eine Lieferung zu contrahiren, So scheinet doch aus des Envoyés von Wardefelds letzter Relation, daß dieses Jahr wohl nichts daraus werden dürfte, weil die Russen so der Englischen Tücher gewohnt sind, mit denen Englischen Kaufleuten bereits contrahirt haben, welche ihnen nach der beyliegenden Probe, ihre breite Tücher in demselben Preise, als ihnen die vorige schlechte Lieferung bezahlet worden, zu liefern versprochen, nachdem durch eine gewisse von der Saarschen Krieges-Cammer bestellten Deputation vier Moscovitischer Kaufleute die Brandenburg-Zielenzig- und Zülchowische Tücher getabelt und ganz verworfen worden. Da zwischen denen hiesigen und Englischen Tüchern der guten Wolle halber allerdings ein unterschied ist, und die Englische Kaufleute, um sich nicht aus der Lieferung setzen zu lassen, an vielen Orten spendiret und ihre gute Tücher um einen solchen Preiß gelassen, daß nach des von Wardefelds Bericht die Lieferanten fast nicht ohne Schaden seyn können, So hat ihnen die Präferenz wohl nicht entgehen können.

Dem Freyherrn von Wardefeld ist gleichwohl noch einige Hofnung übrig blieben, etwa auf 20/m Ellen Zielenziger Tücher zu accordiren. Er vermeinet aber über fünfzig Copeyken dafür nicht zu erhalten, worüber man dann seine nähere Relationes wird abwarten müssen. Ich der

p. von Kraut hatte die Brandenburgische Tücher vor Soldaten am besten und dauerhaftesten und hätte nimmer geglaubt, daß die Moscomiter solchen die Zielenziger Probe, welche gar los und dünne gearbeitet gewesen, präferiren sollten, wie ich dann auch in solcher Hofnung in Braundenburg bereits zu einer Lieferung Anstalt gemacht gehabt. Es scheint aber wohl, daß die Russen, weil sie der Englischen Tücher gewohnt sind, hauptsächlich auf die Feine und Weiche der Wolle sehen, welche sich bei denen Zielenziger und Zülchower Tüchern mehr als bey denen Brandenburgischen findet, weil die Wolle in der Neumark ein merkliches feiner als die Wolle in Havelland und der Sauche ist.

Weil sonst die Proben von Zülchower Tüchern in Petersburg der Feine nach vor gut gefunden und nur wegen der Schmalheit, indem sie nicht so breit als die Brandenburger sind, verworfen werden, so habe ich der von Kraut gestern 2 andere Probefüßden zu Zülchow bestellt, welche acht und ein halb Viertel, wie die Englischen, breit gemacht und grün und blau gefärbet werden sollen, solche will ich nach Petersburg senden und alles mögliche tentiren, daß im künftigen Jahre wegen einer ansehnlichen Lieferung desselben geschlossen werden möge.

Berlin den 17. October 1721.

J. W. Grumbkow, Kraut, Ratsch, Viered, Scharden, Klinggräff,
Happe, Monit, Manitius, ***, Podewils.

Warg. d. Königs:

sie sollen mit Graf Gollotschin sprechen.

J. W.

III.

Bericht des preussischen Gesandten Mardefeld an den König über denselben Gegenstand, Moskau den 15. Januar 1722.

Dasselbst. Vol. 1. Bl. 92—93.

Allerdurchlauchtigster!

Kurz vor meiner Abreise aus St. Petersburg kam der von Jagusinskij zu mir und sagte, daß der Knees Romadanowsky, welcher über eine gewisse Quantität Tücher zu contrahiren Commission hat, ihn ersucht, wegen seiner schleunigen Abreise den Handel mit mir bis hierher zu verschieben. Ich habe mich alhier gleich wiederumb gemeldet, und hat mir der von Jagusinskij versichert, daß, so bald die erste Prasdniks Woche vorüber, er den Handel mit obbemeltem Knees ausmachen wolle, womit ich auch

hoffe zu Stande zu kommen. Sogleich erhalte ich von Ewr Königl. Mayst. wirklich Geheimbden Rath von Kraut die Nachricht, als ob ich sowohl in der Zeit der Vieffierung, als auch in dem Preise der 52 Copeyken vor die Arschin gefehlet habe. Was das erste betrifft, so kan ich solches noch nach Wunsch einrichten, und die Zeit so weit hinaussetzen, als es die Schiffarth leiden kan.

So viel dem Preis belanget, habe ich denselben auf Ewr Königl. Mayst. allergnädigstes Rescript vom 17. October fundiret, worinne folgende Worte befindlich:

„Weil Ihr aber meldet, daß die Zollfreyheit in Moskau nicht zu erhalten sey, so getrauet sich Unser wirklich Geheimder Etats-Rath von Kraut, dem Wir diese Vieffierung zu übernehmen allergnädigst anbefohlen, die Arschine nicht unter 52 Copeyken zu contrahiren, und wird deshalb auch selbst mit Euch und dem Kaufmann Belloutier correspondiren. Sollte aber die Freyheit zu erhalten seyn, so will Ers vor 50 Copeyken endlich hazardirn.“

Und habe ich dafür gehalten, daß umb die Sache en train zu bringen, man ein geringes nicht ansehen müsse. Ueberdem ist es ganz extraordinaire, daß der Wechsell so niedrig bleibet; den wen er wiederumb auf seinen gewöhnlichen Curs steigen sollte, würde kein Schade dabey seyn können. Was die Zollfreyheit belanget, so möchte vielleicht aus Consideration vor Ewr Königl. Mayst. auf diesen kleinen Posten dieselbe, als eine Espece von Praesent, zu erhalten seyn, wiewohl ich dafür halte, daß wegen der Consequenz der hiesige Kayser lieber sehen würde, daß man ihn nicht darumb ansprache: Das beste wehre, wan Ew. Königl. Mst. Commercianten wiederumb Waare aus diesem Reiche nehmen könnten, welche sie nach Schlessen und sonstwo debitirten. Den auf solche Weise gewinnen Sie den halben Zoll, indem ein jeder ebensoviel Waaren im Werthe zollfrey ausführen kan, als er eingeführet und verzollet hat. Ich sollte auch meinen, daß sich mit der Zeit Gelegenheit dazu finden würde, nachdemmahlen Ihre Russische Kayßl. Mst., gegen aller Ihrer Rätze Sentiment, nunmehr festiglich beschlossen, den Handell von Archangel nach Petersburg zu versetzen, weshalb zu vermuthen, daß Sie ein leidliches Tarif machen und diesem Handell auff alle weise favorisiren werde, zumahlen da Er. Mayst. sehr empfindlich gewesen, zu sehen, daß wegen der Vexatione, so die Russische Herren und Bedienten den frembden Schiffen anthun, die Schiffart sich von Petersburg hinweg und nach Riga, Reval und Narva gezogen, und haben Ihre Russische Kayßl. Mst. über diese Materie vor Dero Abreise im Senat sehr severe und nachdrückliche Discourse geführt. Es sind alle Rauffleute von Archangel hierher beschriben, und ist wegen dieser Ver-

änderung eine große Consternation unter Ihnen. Vielleicht könnte es geschehen, daß etliche reiche Capitalisten sich deshalb von hier und in Em. Königl. Majest. Lande begeben mögten.

Ich habe auch Nachricht, daß Menschikoff derjenige ist, welcher sich von denen Engländern bestechen läßt. Daß ein Theil der Lieferung, so der Engländer, Wait, gethan, in Archangel angekommen, aber von denen Officiers so miserable befunden worden, daß Sie es gar nicht annehmen wollen, worauf des Kaufmanns Wait Compagnon einen Expreß an Ihn nach Petersburg gesand, welcher die Adresse gehabt, von dem Fürsten einen Befehl auszuwirken, daß die Tücher angenommen werden sollen. Ich habe mir vorgenommen, mich mit dem Fürst Menschikoff über diese Materie recht deutlich zu expliciren, damit ich Ihn wenigstens eine Furcht abjage, daß man ihm kein Geld oder Diamanten zu bieten habe, gelten alle andere Considerationes nichts bei Ihm.

Womit etc.

gez. Mardefeldt.

IV.

Bericht des Kriegs- und Domänenraths Reinhard, Commissarius loci in Potsdam, an den König (resp. das Gen.-Directorium) über die Tuchlieferung nach Rußland vom 17. Jan. 1724.

Dasselbst Vol. 1. Bl. 190—191.

Allerdurchlauchtigster!

Ich habe bisher noch in der Zeit mit denen Tuchhändlern und Tuchmachern, wegen der intendirten Lieferung allerhand Tücher nach Moskow, mündlich und schriftliche Correspondenz gepflogen, ich habe aber auch alle Difficultäten, die sich dieserwegen hauptsächlich vorthun würden, vorhergesehen, und daß dergleichen Negotium, hiesiger Orten, so wenig von particulairn Kaufleuten und Tuchhändlern füglich im Gang gebracht werden möge, als ich davor halte, daß der Freyherr von Mardefeldt disponiret sey, nach Anleitung des allergnädigsten Rescr. vom 5. Decbr. mit so viel dergleichen Leuten in Correspondenz zu treten. Es haben zwar die Tuchhändler zu Brandenburg, Ruppin und Rathenow sich erkläret, jährlich an die 3000 Stück Tücher, nach der communicirten Güthe und Farben, etwa bis Stettin zu liefern, sie halten sich aber alle unvermögend, eine General-Lieferung bis Petersburg zu etabliren, und sonder Concurrenz

einiger Commerciens verständiger Leute, dergleichen zu entreprenniren, gestalten Sie zwischen den offerirten Preis und denen erforderlichen Transportunkosten keine genugsame Balance anstellen, noch auch wissen könnten, wie es anzufangen, so ein großes Werk einzurichten und zu dirigiren.

Ich sollte demnach allerunterthänigst ohnmaßgeblich davor halten, daß wenn man etwas nützlichcs von diesem vorhabenden Tuch-Commerzio sich versprochen, und selbiges im Gang gebracht werden wolte, ein solches von Niemand weniger als alhiefigen particulaircn Kaufleuten und Tuchhändlern geschehen werde, auch kein Minister auf dergleichen Leute bloße Assurances mit einem auswärtigen Potentaten, an dessen Hoffe Er subssitiret, einen Commerciens-Tractat zu schließen im Stande seye, sondern wann, wie es leichtlich geschehen kan, ausgemachet, wie viel Tücher man jährlich nach Moskow liefern könnte, und was die einländischen Tuchmacher, solte es auch gleich nicht mehr als der ordinaire Preis im Lande sein, davor haben sollten, zuorderst in Stettin und zu Königsberg in Preußen ein proportionirliches Magazin gemachet, an beyden Orten suffisante Commisfen, Expeditours und Güther-Versender angesetzt, des Negotii wegen selbst aber zwischen denen hohen Collegiis beyder Puissancen Correspondenz gepflogen, Licent, Zoll und Accise reguliret und sodann ein formeller Commerciens-Tractat darüber errichtet werden möchte. Gestalten dann die alhiefige Tuch- und Woll-Händler sich ohnmöglich einlassen werden noch können, die Lieferungen immediate bis Petersburg selbst übernehmen, noch weniger aber dagegen Moskowitische Wahren anzunehmen, wohl aber das Stüd Tuch à 24 Brabantische Ellen vor 14 Thlr. bis Stettin zu liefern, und den Ueberschuß, so sich von den 60 à 62 Copeyken per Arschin hervorthun möchte, zu unbehülf der Magazine und Expeditours gern zu nieder und anzuwenden. Gleich wie nun auf solchen Fuß die Thurmarmark allein (wenn nur erst die Tuchmacher Geldt zum Woll-Einkauf betähmen) leichtlich und sonder große Mühe, noch im Lande zu befürchtenden Mangel an Tüchern 20/m Stüd Montirungs-Tücher und Boye liefern und nach Moskow oder Petersburg zu versenden im Stande ist, so würden die sämmtlichen Tuchmacher und Tuchhändler dabey sehr wohlfahren; solten sie auch nur die Gelber davor, zusagen, wenn die ersteren nur erst in Vorschuß gesetzt werden, nach Ablauf jeden Jahres erst empfangen, und binnen solcher Zeit die von Seiten Moskow zum Theil, dagegen bis Königsberg zurüd spedirte Zuchten und andere Russische Wahren zu Geldt gemacht werden können. Ob nun aber der von Seiten Moskow offerirte Preis zu Etablirung aller dieser nötigen Requistorum suffisant und erklächlich, solches ist eine Sache, so durch Niemandt, als ein niedergesetztes commercium-Collegium entschieden, meines wenigen Erachtens aber auf

nicht einmahl durch einzelne Commerciën-Verständige Kaufleute sollte auszumachen stehen.

Ich bin

Ew. Königl. Majestät

allerunterthänigster
treu gehorsamster Rucht
Meinhardt.

Potsdam, den 17. Jan. 1724.

V.

Bericht des General-Directoriums an den König über die Zoll- und Licent-freiheit für russische Fahrzeuge und Waaren in Stettin vom 24. März 1724.

Dasselbst. Fol. 1. Bl. 286.

Bei der in Vorschlag gekommenen Luchertlieferung vor die Russische Regimenter nach Petersburg von Stettin, worüber der von Mardefeld mit dem dortigen Hofe tractiret, hat der von Mardefeld von der Pommerischen Kriegs- und Domainen-Cammer zu wissen verlangt, ob nicht die Russische Fahrzeuge, wenn Er solche zu Abholung der Mundirungs-Lücher nach Stettin zu kommen disponiren könnte, von denen dahin bringenden Russischen Waahren, als Fuchsen, rohe Häute, Talch, Wachß, Honff zc. die halbe Licent-Freiheit genießen, auch die von Stettin mit zurücknehmende in Ew. Königl. Maj. Landen fabricirte wollene Waaren ganz Licent- und Zoll-frey auspassirt werden könnten? Wir haben hiernach die Pommerische Kriegs- und Domainen-Cammer begehend unter Ew. Königl. Maj. gehofften Approbation beschieden, weil Ew. Königl. Maj. die allzuhohe Licent-Sätze zu Stettin ohnedem schon auf die Hälfte allernädigst moderiren lassen, und die einländische wollene Waahren licent- und zollfrey Seewerts und sonst außer Landes passiren zu lassen, in Gnaden befohlen haben.

Berlin, den 24. Martii 1724.

J. W. v. Grumbkow, C. N. v. Creuß, Ratsch. Fuchß.

Marg. des Königs: Gut, J. W.

Aktenvermerk: ist vollzogen et ponetur ad acta. Herold, Manitiuss,
Thile.

VI.

Bittschrift und Erklärung einer Anzahl Berliner Kaufleute an den König über ihre Bereitwilligkeit, die Tuchlieferung nach Rußland zu übernehmen, vom 15. Februar 1724 (auf Stempelpapier von 4 Pf.).

Daselbst. Fol. 2. Bl. 17—19.

**Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König,
allergnädigster König und Herr!**

Auf Ewr. Königlich Majestät allergnädigsten Befehl seynd diejenigen Punkte, welche dero Envoyé von Warbeseidt der Russischen Liverung halber in Petersburg und Moskau tractiret, der alhiefigen Rauffmannschaft communiceret, und dann hiesige Rauffmannschaft befindet, daß Russischer Seits hauptsächlich auf die von Ihnen nach Petersburg übersandte Tuchproben reflectiren, und dahero zur Liefferung der völligen Russischen Armee dieselbe engagiren will, Auch daß Werl an und vor sich Selbstn von solcher Wichtigkeit, wodurch nicht alleine in Königl. Landen die überflüssige vorrätthige Wolle zum großen Nutzen dero getreuen Unterthanen consummiret, Sondern auch die in Kleinen Städten zum Theil darnieder liegende Fabriquen im Floor und Aufnehmen zu bringen daß einzige Mittel wehre, mithin Ewr. Königl. Majestät allerhöchste Intention daß commercium dero Landen florirend zu machen, dadurch erreicht würde, So hat denn hiesige Rauffmannschafft diejenige, welche dazu im Stande sich befinden, zu solcher importanten Liefferung unter sich erwählet, wollen auch gleich nach getroffenem Vergleich in Moskau, unter sich alhier eine Summe von 60 000 Reichsthaler aufbringen, denen Tuchgewerken bei Bestellung der Tücher gleich davon Pränumeriten zukommen, mithin dadurch ein Comptoir gleich wie in Engelland unter sich alhier formiren, auch darüber nach getroffenen Vergleiches in Moskau S. Königl. M. allergnädigste Protection darüber sich erbitten und darmit dieses so importante Werl nicht verzögert, erbiethen sich dieselben ferner, zumalen insonderheit Russischer Seithen auff die Liefferung erst künftiges Jahr gedrungen würde, gefolglich keine Zeitt zu versäumen, aus ihren Mitteln zweene Deputirte Nahmens Reichs und Viedebantt innerhalb 2—3 Tage nach Petersburg abzusenden, den Contract mit denen Russischen Commissarien so viel geschwinde persöhnlich zu stipuliren, zugleich aber auch alle übrige Schwürigkeiten, so Russischer Seithen gemachet seyn, oder durch hin und herschreybens ferner gemachet werden könnten, mit einmahl und gänzlich womöglich zu heben. Und da Russischer Seits bereits offerirt worden, also fort nach Schließung des Contractes $\frac{1}{3}$ Theill des Werths der Liefferung zu anticipiren, auch solches der Sicherheit wegen höchst nötig, als bitten Ewr. Königl. Majestät wir

unterschiedene zu dieser Pieferung zusammen getreten 10 Rauffleuthe, allerunterth. denen hiermit benannten zweyen Deputirten mit einem Reysse-Paß allergnädigst versehen zu lassen, dabey dero Envoyé dem von Mardefelt in Gnaden zu befehlen, sich unserer Angelegenheit wegen solcher Pieferung auffß äußerste recommandiret seyn zu lassen, mithin wegen des von Russischen Seiten zu pränumerirende $\frac{1}{3}$ Theilß bey deren Russischen Commissarien daß Worth für Ihnen zu sprechen, damit bei Errichtung des Contracts diese zwey Deputirten die Gelder gegen Quittung erheben und nicht etwan deshalb noch aufgehalten werden mögten. Und ob auch gleich dieses so importante Werk auszuführen nicht allein wegen der Seegefahr nach Petersburg, sondern auch die Gelder aus Moskau nach Ewr. Königl. Majestät Landen durch Wechsel einzuziehen, mit vielen Gefahren verknüpft ist, ohne zu rechnen, daß man denen Tuchgewerken nach errichteten Contract in Moskau um vieles auff der Hand alhier würde avanciren müssen, und wodurch fürs erste der vielen Beschwernisse halber solch importantes Werk einzurichten der Compagnie wenig übrig bleiben würde; So hatt iedoch die Hoffnung, umb den Russischen Handell in Ewr. Königl. Majestät Landen einzuführen, und daß dadurch viele 1000 Centner Wolle in dero Land consummirt, gefolglich eine große Anzahl Menschen mehr ernähret, auch Ewr. Königl. Majestät allergnädigste Intention für dero Landes beste soviel mehr ausgeführt werden könnte, alle Schwierigkeiten ob Seiten unser auch dergestalt gehoben, daß diese dem ganzen Lande so Hochnödige Associetät Ersßlich Kein Geld, aus Ewr. Königl. Ma. Cassen, zum Vorschuß nicht verlangt,

Zweytens dennoch denen Tuchmacher Gewerken indesmahl bey der ersten Bestellung an Gelde und Wolle genugsahmen vorschuß zu thun im stande sich befinden, und wodurch

Drittens der innerliche Debitt, alß woran alles gelegen, auff eben solche arth wie in Engelland, ohne daß geringste aus Ewr. Königl. Majestät Cassen dazu zu haffardiren, gleichwohl befördert werden soll;

Alß bitten ferner allerunterthänigst wegen denen sowohl von Neumärkischen alß auch Pommerischen Kriegeß- und Domainen-Caminern, an sämtliche Tuchmacher-Gewerken ergangenen Verordnungen anderweitig allergnädigst zu verordnen, darmit sämtliche Tuchmacher-Gewerke der Moskowitischen Piverung halber, sowohl in Ansehung der hierzu anwendenden großen Kosten, alß auch daß das Tuchmacher-Gewerke ohne dieser Societät der Rauffmannschaft nicht im Stande, denen Russischen Tractaten gemäß, solche Pieferung zu thun, dieselben dieserwegen hinkünfftig an niemanden anders als die hierunter benante hiesige Entreprenneure der Rauffmannschaft Societät nach errichteten Russischen Vergleiches sich zu engagiren und bis

dahin solcher Vergleich nicht getroffen, zur Gedult angewiesen werden mögen;
Getröstet uns gnädigster Erhöhrung und Ersterben

Erw. Königlich Majestät
allerunterthänigste

gez.: Splittgerber und Daum für Einen.
Biedebant und Gregory für Einen.
Johann Samuel Reiche.
Georg Friedrich Günther.
Johann Christian Buder.
Adrian Sprögel.
Johann Christoph Kirsten.
Christian Heydler.
Jean Georg Hainchelin.
Christian Eisebein.

Berlin den 15. Febr. 1724.

VII.

Projekt des Kaufmann Neumann über die Errichtung dreier großer Handels-
compagnien. 1724.

Stettiner Reg.-Archiv Lit. XII. Commerciensachen Nr. 19. Acta wegen Etablirung
eines großen Commercii zu Stettin auf des Kaufmans Neumann Project. 1724¹⁾.

Neuer Plan

Wegen Einrichtung des Commercii in der Ost-See, wodurch unsere
Manufacturen zum aufwertigen Debit unvergleichlich lönten gebracht
werden, und Stettin dabey in rechten florisanten Stande gesetzt, daß es
in den Besiß alles Commercia zu kommen Gelegenheit finden, darin in
kurzer Zeit gleich Hamburg zu wachsen.

Es ist klugen Handels-Verständigen ohnedem schon eine bekannte Sache,
daß Commercia und Manufacturen die Seele eines Landes seyen, und daß
auf dessen Einrichtung der Untertanen Wohl und Wehe beruhe; ist dasselbe
wohl eingerichtet, so giebet es denen Untertanen Leben und Nahrung, ist
es aber nicht wohl eingerichtet, bleiben sie in Mangel und Armuth, weil
die Gelegenheit was zu verdienen ihnen benommen bleibet.

¹⁾ Auszüge daraus theilt Schmidt, Geschichte des Handels und der Schifffahrt
Stettins (1862, bes. Abdruck aus den Balt. Studien S. 54 ff.), mit.

Wann nun beides nach Sr. Königl. Majest. allergnädigsten Intention in recht florissanten Stande gesetzt werden sollte, so würde vorher ohnmaßgeblich nöthig seyn:

1) Ein Commerciën-Collegium aus den erfahrensten Kauf-Leuten zu etabliren, deren Auge nicht allein auf die Commercia gerichtet, sondern auch auf die Manufacturen hauptsächlich mit sehn müßten, daß deren Debit sonderlich außwärtig befördert, und die Manufacturen, so noch ermangeln, darunter die Leinen und Seiden wohl die vornehmsten noch seyn werden, solche gleichfalls zu etabliren müßen beunühet seyn, nechst dem auch bey fernere Einrichtung des Commerciis alles wohl zu überlegen haben, die Importanda und Exportanda wohl zu bilanciren und in allen Sachen die Umstände so tief einsehen, damit das rechte Ziel darin erlangt werden könne.

2) Nachdem das Commerciën-Collegium wohl eingerichtet, würde auch unumgänglich nöthig seyn, ein aparte Handels-Gerichte anzustellen, ob nun dasselbe alhier oder in Stettin am füglichsten anzulegen, solches würde von dem Collegio vorher annoch zu überlegen seyn.

3) Die Haupt-Absicht der ganzen Einrichtung dieses Commerciis wird vornehmlich dahingerichtet, auf daß Sr. Königl. Majestät Unterthanen in den rechten Besitz aller Commercia kommen mögen, damit außwärtige Städte, welche in den Besitz des Commerciis so lange gewesen, und uns ihre Waaren bißhero auß der 2ten und 3ten Hand zugebracht und durch unser Geld reich geworden seynd, ferner uns nichts zugeführet werden könne, sondern daß die einländischen Unterthanen im Stande kommen alle Waaren auß der ersten Hand zu kaufen, und dadurch sodann auch bessere Preise als jene, die uns sonst zugeführet haben, werden geben können, das nicht allein die einländischen Kauf-Leute ihre Waaren in Zukunfft zu Stettin besser Preiß, als zu Hamburg und Leipzig finden werden, sondern es wird auch Polen, Schlesien, Böhmen und Sachsen Gelegenheit gegeben um besser Preiß als anderswo zu kaufen, zu uns zu kommen, denn Stettin ist nach seiner Lage also situirt, viele Commercia alda feste zu nehmen, daß vor erwehnte Länder nirgends besser als von uns werden kaufen können. Solches aber ist

4) Nicht anders als in Aufrichtung dreyer Handels-Compagnien zu effectuiren, da eine jede Compagnie etwan auß 20 Kauf-Leuten bestche, auch mehr oder weniger, nachdem es Capitalisten seyn, das nöthige Geld besammeln zu bringen; diese 3 Compagnien haben eine jede ihre besondere Handlung und eigene Schiffe in See gehen, ohne daß eine die andere in ihrem Territorio, wo sie ihre Contoir angeleget, beeinträchtigen darf; eine jede Compagnie von diesen dreyen muß auch zur Niederlags und Verkaufung der Güter ihre aparte Haus in Stettin haben.

6) Dieser 3 Compagnien ihr Zweck muß nicht allein gerichtet seyn, daß die Directores derselben Sorge tragen, alle Waaren, so sie nöthig finden werden, einzubringen, aus der ersten Hand zu kaufen, sondern auch, daß sie suchen, jedes Ortes, wo sie ihr Handels-Contoir angelegt, die einländische Manufacturen mit dahin zu führen, solche gegen fremde und uns nöthige Waaren zu verhandeln, auf daß das baare Geld so viel möglich im Lande behalten werde.

6) Die erste Compagnie von diesen Dreyen hat ihre ganze Handlung gegen Abend, und heist deswegen ihr Contoir zu Livorno, Lissabon, Cadix, Marseille, London, Ostende und Amsterdam, da sie ihre Schifffart beständig hin halten muß; diese Compagnie hat das meiste Capital nöthig, welches unter 600 000 Thaler nicht wird seyn können, anzulegen.

7) Die zweyte Compagnie hat ihre meiste Schifffart und Handlung Nordwärts, und bestehet allein in lauter Fischwaaren als Schollen, Klipfisch, Stodfisch, Heeringe, Thran und dergl. Diese Compagnie hat das wenigste Capital nöthig, und möchte 300 000 Thaler dazu wohl genug seyn.

8) Die dritte Compagnie hat ihre aparte Handlung und Schifffahrt, gegen die 2 ersten zu rechnen Ostwärts, hält ihr Handlungs-Contoir zu Petersburg, Riga, Stockholm, Norcköping und Königsberg, würde zum Capital 500 000 Thaler nöthig haben.

Worin nun alle Waaren bestehen, so mit Vortheil von jedem Orte kommen müssen, und wieder hingehen können, würde zu specificiren alzu weitläufig fallen, sondern will, wann es begehret wird, aparte aufsetzen, oder deswegen mündliche Erlehrung thun.

9) Ob diese 3 Compagnien aus einheimischen Kaufleuten allein bestehen sollen, oder ob auch fremde mit dazu kommen können, samt particulier Personen, wann sie ihre Capitalia mit dazu herschießen wolten, müßte von dem Commerciën-Collegio vorhero noch überleget werden, auch auf was Art diese Capitalia sonst zu colligiren, ob solches so schlechterdinges geschehen könne, oder ob es durch eine Lotterie zu negotiren besser seyn würde.

10) Vermuthlich aber möchte es wohl hierbey an Capitalisten mangeln, daß die ganze Summe der Capitalien völlig besammen zu bringen, was schwer fallen möchte; Wann nun eine jede Compagnie nur ein dritten Theil oder die Helffte ihres Capitals besammen bringen könnten, und Se. Königl. Majest. wolten allergnädigst resolviren das übrige gegen 3 pro Cent Interesse vorzuschießen, würde es so viel eher und besser zum Stande gebracht werden können, jntemahlen auf solche Art Se. Königl.

Majest. wegen den Vorschuß nicht gefährdet seyn können, wann es recht erwogen und eingesehen wird, so steht in dieser Sache recht was großes, wodurch Sr. Königl. Majest. Revenues um ein merkliches vermehret, das Land in florissanten Stand gebracht und die Unterthanen durch fremde Gelder Reichthum zu erlangen Gelegenheit haben werden.

11) Es ist noch übrig der Meßen zu Frankfurt an der Oder zu gedenken, die bishero geringe geworden und fast ganz zerfallen sind, diese könnten durch solche 3 Compagnien in sehr florissanten Stand gesetzt werden, wann eine jede Compagnie ein Lager von ihren Waaren dahin bringen wird, welche alsdann ihre Waaren viel besser Preis, als Hamburger und Leipziger werden geben können, so werden viel fremde Leute zu kaufen dahin gezogen werden, welche sonst dahin nie gekommen sind.

Wann man auch dieses commercium Westwärts mit rechten Nutzen extendiren wolte, so würde ein vieles dazu beytragen, wenn die Havel mit der Oder vereinigt werden möchte, zwischen Oberberg und Oranienburg; die Unkosten dieserwegen könnten eben so important nicht seyn, gegen den Nutzen, so künftig erwachsen kann, weil der Weg von Stettin dadurch um so viel kürzer gemacht wird, daß die Waaren durch den neuen Graben, so einen weiten Weg zu gehen, nicht nöthig haben, wodurch dieser Compagnie Debit soviel considerabler gemacht wird, ins Magdeburgsche, Halberstädtische, ganzen Saal-Creyß und ein Theil des Harzes und Mecklenburg solches extendiren zu können; wann die Sache nur erstlich einen Umfang bekommen hat, werden sich die Handleitungen schon ferner finden.

Berlin den 28ten Mart. 1724.

C. S. Neumann.

VIII.

Protokoll der Stettiner Kaufmannschaft über die Verhandlungen bezüglich des Neumann'schen Projects.

Aus demselben Aktenstücke wie die vorige Beilage.

Actum A. Stettin in Curia d. 17. October 1724.

Praes.: d. H. Kriegs R. Uhl, Dn. Cons. Zahn, Dn. Tabbert,
Dn. Bauselow, Dn. Harke, Dn. Lübbete.

Nachdem Se. Königl. Majest. unterm 16. Sept. c. der hiesigen Kriegs- und Domainen-Cammer ein Project wegen Etablirung eines großen Commercii allergn. communiciren laßen, auch Derselben dabey anbefohlen der hiesigen Kauffleute Meinung und Gutachten darüber zu vernehmen, mehrgedachte

Kriegs- und Domainen-Cammer aber d. Hrn. Kriegs-Rath Uhlen committiret, sich deßhalb mit der Rauffmannschafft zusammen zu thun; So hat derselbe d. Hrn. Landrath v. Freyberg schriftlich ersucht, die 1861. Rauffmannschafft und unter denenselben vornehmlich den Rauffman Maschen, Mawen, Andreas Bartholdien, Staben, Scherenbergen und Kretschmern zu diesen Convent vorlahden zu laßen, umb mit denenselben das Project durchzugehen und Ihre Erklärung, auch fernere Vorschläge darüber anzuhören.

Von der 1861. Rauffmannschafft gestellen sich also d. Hr. Andreas Bartholdt, Altermann, Georg Gottlieb Kretschmer, Gottlieb Masch und Christian Maw und ist der Altermann Scherenberg und Stabe nicht erschienen, von denen der letztere verreschet.

Das Project ist hierauf a Dno - Commissario verlesen worden, da denn

Ad 1mum die Meinung der versammelten Rauffmannschafft dahingegangen, daß zwar es dem Commercio allerdingß zuträglich seyn würde, wann ein eigenes Collegium, worinn des Handels kundige Leute mit abhibiret würden, etabliret werden könnte, weil beym Commercio eine gar genaue Einsicht und Correspondence erfordert würde, welche kein anderer, als ein Rauffmann fählich haben und unterhalten, auch alle Umstände, so beym Commercio sich öftters zu ändern pflegten, consideriren könte. Dieses Collegium würde auch nach allen Umständen nirgend anders als hier in Stettin, woselbst nur einig und allein der Seehandel betrieben werden könnte, anzurichten seyn, und würde es beständige Gelegenheit haben, sowohl mit Beförderung des Commercii, als derer Manufacturen und derselben Debit sich zu occupiren.

Ad 2dum hätte die 1861. Rauffmannschafft bereits ein eignes See-Gericht, welches mit denen 8 Alterleuten der Rauffmannschafft und einem Secretario besetzt, und auf dem so genandten Segler- oder der Rauffmannschafft zuständigen gemeinem Hause gehalten würde. Vor dieses See-Gericht würden alle Sachen, so zwischen Schiffen und ihren Rehern und Befrachtern vorfielen oder sonst die Seefahrt concernirten, vorgetragen und decidiret, da man denn das Schwedische publicirte See-Recht am meisten zu folgen pflegte. Darnebst wäre noch das sogenannte Wett-Gericht, worin Iudex Civitatis praesidirte und seine Affeffores aus dem Raths-Collegio und der Rauffmannschafft hätte, welches Iudicium in andern vorkommenden Handlungs-Sachen cognoscirte. Sie hielten also davor diese Beyde Gerichte würden das ausmachen, was in diesen 2ten punct annoch zu etabliren vorgeschlagen worden.

Ad 3um. Möchte zu wünschen stehen, die Rauffmannschafft würde auch das ibrige gerne dazu beytragen, daß das Stettinsche commercium

auf solchen Fuß gesetzt würde, daß es gleich zu Hamburg und in andern See-Städten, in freyer Handlung mit allen Waaren und auch mit allen umbliegenden Nationen ohne Behinderung getrieben werden könnte, welches dann durch Balancirung der Onerum zu Hamburg mit hiesige, und wann vornehmlich der Pohluische Handel mehr facilitiret würde, zu erreichen stünde, und wolte die Rauffmannschafft hierdurch allerunterthänigst darum angeflehet haben.

Ad 4tum. Hätte die Aufrichtung der Compagnien eine große Schwierigkeit, es fehle an großen Schiffen, einen guten Hafen, weil die Schiffe über 80 Last kaum in der Grünshwahr gegen Penemünde, so jedoch denen Schweden hörete, liegen könnten, und nur 10 Fuß tief gehen müßten; Die Fahrt durch die Pene halte auch nur höchstens 7 Fuß. Die Capitalien würden dazu schwer zusammen zu bringen seyn, auch wäre kein gewisser Debit, sondern es würden vielmehr die andern Städte aus Aemulation diese Compagnien zu drücken suchen. Die Waßer-Zölle wären überall noch zu hoch, daß man sich der Fahrt auf der Oder fast nicht bedienen könnte, und es profitabler wäre, die Waaren zu Lande auf Berlin und Frankfurt abzuschicken. Wann aber diese Obstacles gehoben, wozu man jedoch Mittel aufzufinden verhoffete, so hielte man davor, daß die drey Compagnien wohl nicht genug Abgang finden möchten, wodurch sie sich unterhalten könnten;

Würden also, wosern das Werk durchzutreiben, zwey Compagnien genug seyn, unter welchen das commercium ratione Importandorum getheilet und nach Gutfinden proportioniret werden könnte.

Ad 5tum. Wann die Compagnien zum Stande, würden dieselben auch ihr Augenmerk dahin richten müssen, daß sie sich souteniren könnten, und würden die Gelegenheit, wenn auch mit den hiesigen Manufacturen etwas zu verdienen oder zu negociiren, nicht vorbeyleßen, welches man der Compagnie Ermeßen ohne Bedenken überlassen könnte.

Ad 6tum. Bezöge man sich auf das, was wegen Eintheilung dieser drey Compagnien bereits vorhin gesagt.

Ad 7tum. Wäre der Holländische Handel mit Hering der vornehmste, wann dieser der ersten Compagnie abginge, so würde sie nicht genugsamies Soutien behalten, weil auf die übrigen Handlungen vor der Hand noch kein so großer Flatz zu machen wäre, also dieser Handel, so die zweyte Compagnie haben sollte, unter die erste und dritte Compagnie zu theilen.

Ad 8tum. Die dritte Compagnie würde aus der zweyten den Zuwachs von allerhand Fischwaaren, außer dem Hering nehmen müssen und dahin gehöre auch der Trahn.

Die Eintheilung des commercii würde leichtlich zu machen seyn, wenn nur sonst keine Difficultaeten wären, und würde nicht undienlich seyn, wenn

der Conciptent des Projectis sich wegen der Waaren, so Er jeden Orts abzufragen oder von da einzuziehen vermeine, wie Er versprochen, näher erklärete.

Ad 9num. Wüßte man, weil darin noch nichts positives gesetzt, sich noch nicht zu erklären, es wäre aber vorläufig dabey zu consideriren, daß die Einländischen Unterthanen für den Ausländern nothwendig einiges Douceur behalten müßten, weil diese die gemeine Landes-Dnora zu tragen hätten, wogegen ein Frembder, wann Er vornehmlich von der Compagnie zugleich die Provision von denen ihm committirten Waaren zöge, viel voraus behielte und vor Einheimischen avancirte.

Ad 10 et 11um. Wären diese Punkte zu Sr. Königl. Mayest. allergn. Erwegung auszusuchen, und zweiffelte die Rauffmannschafft nicht, es würde überall bey diesen Punkten das Beste des Commercii beobachtet werden, wolten auch Sr. R. Mayest. darumb allerunterthänigst-demüthigst ersuchet und angeflehet haben.

a. u. s.

IX.

Denkschrift über den Handel der Kurmark und Errichtung einer großen Handelscompagnie. (Der Stettiner Kaufmannschafft 18. Januar 1725 vorgelegt.)

Stettiner Reg. Archiv Tit. XII. Commerciens-Sachen No. 7. Acta wegen der Stettinischen Commerciensachen.

Unmaßgebliches Bedenken wegen des Commercii in der Chur-Mark Brandenburg und angrenzenden Provinzien.

1) Wann in einem, auch dem gesegnesten Lande der Zuwachs und Producta desselben nur unter dessen Einwohnern verkehret werden, so entspringet daraus vor das Land überhaupt kein Reichthum, obschon ein Particulier vor dem andern reich werden kann, sondern es geschiehet dadurch weiter nichts, als daß der Land-Mann zum Exempel vor seinen Zuwachs von denen in Städten jährlich eine gewisse Summe einnimmt, und vor seine eigene Bedürffnisse an allerhand Waaren denenselben praeter propter eben so viele wieder giebt, woraus dann nothwendig folget, daß, weil die Kassa des Geldes in einem solchen Lande durch Fatalitaeten und die Herrsch. Quera beständig vermindert wird, daselbe nach und nach ärmer werden müßte, Wann aber über dem noch große Summen vor frembde

Waaren aus demselben versandt werden, die Armuth um so viel eher hereinbringe als besagte Masse geschwinder verringert wird.

Es bringt auch in einem solchen Lande, wo das Verlehrs unter dessen Einwohnern eingeschränket ist, weder die Industrie und Fleiß der Menschen, weder fruchtbare Jahre den Reichthum pour le total zu wege, sondern der Ueberfluß des Zuwachses sowohl, als die Menge der durch menschliche Industrie verfertigten Waaren operirt weiter nichts, als daß sowohl eines als das andere desto wohlfeiler werde.

2) Wann also ein Land pour le total reich werden und zu einer considerablen Macht gedeyhen soll, so ist nöthig, daß die bereits vorhandene Masse durch auswärts hereingeogene Summen beständig vermehret werde, welches nicht anders geschehen kann, als durch Etablirung des Verlehrs, und eines profitablen Commercii mit Auswärtigen.

3) Das commercium mit Fremden wird mit Vortheil geführt, wann (a) des Landes Zuwachs, so viel man dessen zu eigener Consumtion nicht bedarff, oder (b) die durch Industrie der Menschen verfertigte oder auch (c) die von anderen Fremden erhandelte Waaren denen Fremden zugeführt und mit Profit verhandelt werden.

Wo nun dergleichen commercium etabliret ist, da zieht der Fleiß und Industrie der Menschen, welcher ohne dasselbe nur die Wohlfeilheit der Waaren causirt, den Reichthum des Landes nach sich, und je größer die Industrie der Menschen ist, je reicher wird das Land.

Wie es aber hierum in der Mark und angrenzenden Provinzien bewand, soll kürzlich angezeigt werden.

4) Von dem eigentlichen Zuwachs des Landes ist nicht viel zu sagen, weil das meiste davon zur eigenen Consumtion nöthig ist. Daher es hierbey nur auff die im Lande selbst fabricirte und auff die anderswoher gehohlete und an Fremde wieder zu verhandelnde Waaren ankommen wird.

5) Jene nun betreffend, so sind zwar die Manufacturen, so viel die Menge und Güte der fabricirten Waaren anlangt, seit Sr. Königl. Majestät Regierung sehr gebessert, und fehlet es auch an auswärtigen Debit nicht; aber, das ist das schlimmste, daß nicht die Einheimische, sondern Fremde den besten Profit davon ziehen. Also gehen e. g. fast alle Neumärkische Lächer nach Danzig und werden daselbst wohlfeil verkauft oder gegen Russische Waaren barrattiret. Die Danziger hingegen verkaufen sie in Rußland, Pohlen, Lieffland &c. ehener wieder und bekommen ihre Retour-Waaren aus der ersten Hand ganz wohlfeil, profitiren also durch den Handel mit unsern Waaren doppelt, indem sie dieselben wohlfeil, ihre Barrat-Waaren dagegen unsern Kauffleuten theuer anschlagen.

Ebenso ist es wegen der Wahren, so nach Schweden und Dännemarc und ins Reich gehen, bewandt, als welche nicht immediate dahingeführet, sondern an die Lübeder, Rostocker, Leipziger, Reichenbacher &c. verkauft werden, welche consequenter den besten Vortheil ziehen.

Hieraus folget nun ferner, daß weil die einheimischen Kauff-Leute wohlfeil verkaufen, sie auch denen Fabrikanten ihre Arbeit schlecht bezahlen, anbey auch die prima Materia e. g. die Wolle wohlfeil bleiben müsse, dahingegen die Retour-Waaren, welche ihnen theuer angeschlagen werden, auch im Lande zur Beschwerde der Einwohner theurer sind, als sie seyn müßten und könnten.

6) Ratione des Handels mit auswärtigen Waaren ist es gleichfalls bisher sehr schlecht bewandt, indem, wie bekannt, der Westliche Handel durch die Elbe von Schlesiern und Hamburgern immediate durchs Land getrieben wird, dabey die einheimische Kauff-Leute müßige Zuschauer abgeben, oder auffs Höchste sehr vergnügt sind, wenn sie von denen Schlesiern zu Speditours gebraucht werden, daß also auch von diesen Handel das Land gleichfalls nichts profitiret als die Zölle und die Speditours-Gebühren, welche beyde en Comparaison des Nutzens, welcher, wann Unsere Kauff-leute den Handel selbst trieben, sich ergeben würde, der Rede nicht werth sind.

Der Handel nach Norden auff der Ostsee über Stettin durch die Oder importiret auch lange so viel nicht, als billig seyn sollte, indem es desfalls nur auff den Leinsamen und einige Fisch- und Fett-Waaren, welche die Frankfurter nach Schlesien debittiren, ankommt, auch nur so lange währen wird, als die Schlesier diese Waaren nicht durch eine andere Route bekommen können.

7) Indessen ist die Mark Brandenburg so situiret, daß Schlesien ein groß Theil von Pohlen, Mähren, Böhmen und Lausnitz billig alle ihre auswärts her benötigte Waaren aus Unseren Händen empfangen solten, unsere eigene fabricirte Waaren aber andere nördliche Provinzien Uns abnehmen müßten, woraus, und wann es dahin gebracht werden könnte, ein ungemeiner Reichthum des Landes, und dabenebst Vermehrung der Königl. Revenues auff viele 1000 sich ergeben würde.

Es scheint auch ganz natürlich und etwas leichtes zu seyn, darin reussiren zu können, dann warum solten unsere Kauffleute ihre Tücher, anstatt sie dieselbe in Danzig wohlfeil verkaufen, und die Retour-Waaren aus der zweyten Hand theuer annehmen müssen, nicht selbst nach Rußland, Pohlen, Littthauen &c. bringen, und den Vortheil, so die Danziger auff unsere Waaren machen, selbst nehmen können?

Was hindert dieselbe, Getreide in Pohlen vor ein Spottgeld zu kaufen und in Schweden, so seine Speise-Cammer verlohren, mit Vortheil zu debittiren?

Warum sollten Sie den Handel mit nördlichen Waaren nicht völlig an sich bringen können, da von Stettin aus die Ost-See schon beschifft werden kann, wann selbige allen Westlichen Stationen durch das Eis im Grunde annoch verschlossen ist?

Und warum sollten wir den immediaten Handel der Schlesier mit Holland und Hamburg nicht völlig stören, die erstere davon gänzlich excludiren, und sie zwingen können, alle westlichen Waaren aus Unfern Händen zu empfangen, da die Erfahrung nunmehr giebt, daß es mit der von den Berlinischen Speditours gedroheten Landfracht auf Wind hinauslauffe, sie ungeachtet der Gsachen Erhöhung des Großnischen Zolles die Wasserfarth dennoch bebehaltten und ihre Waaren nicht anders, als durch die Elbe den neuen Graben und die Oder empfangen können, welcher Handel aber uns sofort in die Hände fallen würde, wann unsere Rauffleute die Waaren wohlfeiler als sie geben können, wohin es durch Moderation der Zölle vor die Einheimische und andere Moyens gar leicht zu bringen, und dieses ganze ansehnliche commercium können die Einheimische mit großer Advantage vor andere treiben, welches so natürlich und leicht zu begreifen ist, daß man sich billig wundern muß, daß zu diesem großen heilsamen Werke noch nicht einst der geringste Anfang gemacht sey.

8) Die Ursache ist, daß sich die Rauffleute selbst dazu nicht anschicken, und es an denselben fehlt, welches meines Ermessens aus folgenden herrührt:

Der Rauffmanns-Stand ist in diesen Landen überhaupt nicht genug geachtet und respectirt; Ein Cramer und Détailleur, welcher zu weiter nichts, als zum Verkehr im Lande dienet, folglich zu dessen Reichthum, wie § 1 gedacht, nicht das geringste zuträgt, heißt sowohl ein Rauffmann, als der beste Großhändler, welcher viele tausende hereinziehen und auf die Unterthanen deriviren kann, und der elendeste Gelehrte oder Bediente, welcher dem Publico nicht das geringste nützt, achtet einen Rauffmann, dactern es nicht seines Beutels wegen geschieht, gegen sich vor nichts, ist auch durch die Verfassungen des Landes dazu einigermaßen auctorisirt. Der Augenschein zeigt, daß die Rauffleute, um sich aus der Verachtung zu reißen, durch Erbauung kostbarer Häuser, magnifique Kleidung ihrer Weiber und Kinder und dergleichen, brillant sich zu distinguiren suchen, wodurch aber ein großes Capital aus dem Commercio wegfällt.

Es geschieht ferner, daß die Rauffleute, so Reichthum erworben die Negoce quittiren und nach Bedienungen trachten, Land-Güter anschaffen und

sich wohl gar adeln lassen. Am allerordinarresten aber ist, daß eines reichen Kaufmanns Sohn den Handel nicht continueren sondern studiren, und wann Er so glücklich ist, Bedienungen annehmen muß; woraus dann folgt, daß der zum Commercio nöthige Fond pour le total allezeit und beständig gering bleibe; Dann wann ein Rauffmann 100,000 rthlr. erworben, Er selbst aber oder sein Sohn den Handel aufgibt, so sind 100,000 rthlr. und wohl eben so viel an Credit weniger im Commercio, und obschon ein anderer etwa an seine Stelle tritt, so gehören doch viele Jahre dazu, ehe sein Fond anwächst und Er importante Handlung thun zu können, vermögend genug wird.

Bei welchen Umständen dann und da, so zu sagen, allezeit von vorne angefangen werden muß, das commercium nothwendig eher ab, als zunimmt.

9) Wann man die Rauffleute in der Mark Brandenburg betrachtet, so ist es um die meiste, wie gedacht, bewand; andere haben Mittel, sind aber nicht entreprenant, verstehen den Handel nicht, oder raffiniren nicht genugsam; andere haben diese gute Qualitäten zwar an sich, es fehlt ihnen aber an genugsamen Mitteln, daß sie nichts hazardiren können, ja mancher tüchtiger Mensch ist durch sein Geschick an einen solchen Ort gebunden, da ihm seine Mittel, Fleiß und Verstand inutil sind, und er weder das eine noch das andere employiren kann, also sind die Stettiner völlig deroutiret, nachdem Sie keinen Boy-Satz mehr einführen dürfen, andere Rauffleute würden es auch sofort sehn, wann ihnen der Weg nach Danzig, Leipzig, Lübeck u. verboten würde, oder andere ihnen in die Quere kämen, dann ob es zwar in solchen Fällen natürlich, auf eine andere Art von Handel zu denken oder andere Wege zu suchen, so hat doch mancher Rauffmann den Verstand nicht, andern aber fehlet es an genugsamen Mitteln, um den Hazard eines neuen Negoce oder Weges über sich nehmen zu können.

10) Man verimeynet kürzlich angezeigt zu haben, daß es mit dem Commercio in der Mark-Brandenburg, obschon dasselbe leicht und mit großer Advantage getrieben werden könnte, bis dato noch nicht viel bedeute und woher solches rühre;

Dann was die Rauffleute wegen der Zölle und Imposten zu klagen pflegen, ist eine Kleinigkeit, welcher sofort abgeholfen werden würde, wann das commercium sich nur allein daran accrochiren solte. — Die wahre und interne Ursache ist der Mangel der Commercianten selbst, wie aus dem Vorhergehenden erhellet, und zwar nicht allein respectu des Handels, sondern auch derer Fabriken, als welche durch die Rauffleute mehr als

durch Edicta und Herbeiziehung bettelarmer Fabriquanten emporgebracht werden.

11) Ob aber schon bey so gestalten Sachen die Märdische Kauffleute, wann man sie separatim betrachtet, zu Etablirung eines rechtshaffenen Commercii nicht capable sind, so vermögen sie doch solches conjunctive oder wann sie oder ein Theil derselben sich in eine Societaet setzen.

Wann eine Societaet formiret würde, so cessirten alle vorhergemeldte Obstacles. Dann der zusammengebrachte Fond würde so considerable seyn, daß etwas rechties entrepreniret werden könnte, weil der Hazard von vielen getragen würde. Ferner würde ein reicher, aber müßiger oder einfältiger, dann auch ein zwar verständiger und hurtiger, aber nicht bemittelter Kauffmann, welche beyde separatim nichts vermögen, einer wie der andere, ein großes thun, weil des einen Wiß und des andern Reichthum sich reciproce seconquiren.

12) Es sind aber die Avantages von einer solchen Societaet so natürlich und klar, daß man sich darüber nicht aufhalten darff, auch die Nothwendigkeit derselben so am Tage, daß weder Holland oder andere Länder ohne dieselbe zum florissanten Commercio würden gelanget seyn; Daher man nur darauff zu denken, wie die Einheimische Kauffleute dergleichen zu formuliren, disponiret werden können.

13) Dazu würde dienen:

- a. wenn durch eine allergdste Königl. Verordnung, darin die daraus gehoffte Avantagen detailliret wären, die Kauffleute dazu invitiret würden und die Kriege- und Domainen-Cammer dieselben dahin zu disponiren sich Mühe gäben.
- b. Müßte die Societät über den auswärtigen Handel privilegiret seyn, und kein anderer denselben treiben dürfen.
- c. Wäre Keinen sonst der Großhandel zu gestatten.
- d. Den Fond zu vermehren wäre jedermann, der auch kein Kauffmann, sein Geld dabey anzulegen und Gewinn und Verlust zu theilen, zu gestatten, und wäre nicht undienlich, wann Se. Königl. Majest. zum Encouragement selbst eine ansehnliche Summe einzulegen declarirten.
- e. Wären die Membra der Societaet durch gewisse Praerogativen und Rang von den gemeine Krämern zu distinguiren.
- f. Dieselbe zu versichern, daß wann es die Umstände des Commercii erfodern, auf ihre Vorstellung Zölle und andere Impositionen gemindert, ihnen auch auswärts von Hoffe aus assistiret werden solte.

14) Wie und welchergestalt aber bey errichteter Societät der gemeinschaftl. Handel zu tractiren, wie Gewinn u. Verlust zu computiren und zu

theilen und sonst alles zu expediren, werden die Kauffleute, wann sie nur erst zur Societät resolvirt sind, am besten selbst entwerffen können, daher man ihnen solches billig überlaßt.

15) Schließlich wäre die Societät zu privilegiren, sobald nur einigermaßen ein hinlänglicher Fond eingeschrieben, wann schon viele Kauffleute zurückblieben, maßen dieselbe sich bald bequemen werden, wann ihnen der Groß- und auswärtige Handel untersaget seyn wird.

X.

Protokoll über den Vertrag der russischen Behörden mit Kaufmann Biedebant, als Vertreter der russischen Compagnie in Berlin, über die Lieferung von 150 000 Arschinen Tuch; Beilage zum Bericht Wardefelds aus Petersburg vom 18. März 1725.

R. St. A. Abth. II. Gen. Dep. Xl. XXXVIII Nr. 8 Tuchlieferung nach Moskau
Vol. 2. Bl. 66.

Auf Befehl Ihro Mt. der Kaiserin und nach dem Concluse des Commerc-Collegii und Ober-Magistrats ist dem Preussischen Kaufmann Biedebant folgender Contract errichtet worden. Es verspricht derselbe in St. Petersburg im Commerc-Collegio zur Rundirung Preussische Tücher zu liefern, an Güte nach der von ihm vorgezeigten Probe, welche unter des Commerc-Collegii des Obermagistrats und Seinem Biedebant Insiegel vorhanden, und an Farben nach denen Ihm aus dem Collegii eingehändigten vier Proben, dergleichen auch in ged. Collegio unter dessen, des Magistrats und seinem Biedebants Siegel zurückgeblieben, 150/m Arschinen: worunter 74 817¹¹/₃₂ Arschinen rothe, 48 290¹⁵/₁₆ Arschin grüne, 28 557¹¹/₁₆ Arschine blaue, 3334¹/₃₂ Arschin weiße seyn sollen. An Breite sollen sie zwischen den Eggen 2 Arschinen weniger 2 Werschot halten, die Eggen aber nicht unter einem halben Werschot seyn. Er bezahlt auch davon nach dem Tarif den Zoll und andere Ungelder, und überliefert sie dem Kriegs-Collegio sowohl an Güte als an Farben nach obbemeldeten Proben zu braden, und zwar bevorstehenden Sommer 1725ten Jahres unverzüglich sobald sie eingelaufen um und vor 57¹/₂ Copeken die Arschin. Der Anfang der Absendung dieser Tücher soll medio Junii gemacht werden und die letzten müssen ultimo Julii dieses 1725ten Jahres abgeschifft seyn: wovon er zu glaubwürdiger Nachricht die Connossements einsenden und dem Commerc-Collegio vorzeigen lassen soll. Falls aber in obgefehten Datis besonders

aber ultimo Julii dieses Jahres die letzten Tücher nicht nach St. Petersburg spedirt seyn sollten, so soll Ihnen vor der Quantität, so nicht abgegangen, von der abgerechneten Summe 10 Proc. decourtirt werden. Falls aber nach Absendung derer Tücher denen Schiffen auff der See ein Unglück zu stoßen sollte, so sollen sie des Fals nicht straffällig seyn, sondern diese Tücher mit dem Ersten Schiffe des bevorstehenden 1726sten Jahres liefern. Die Farbe jeztgedachter Tücher soll recht gut seyn nach denen Ihn desfalls behändigten obbemeldeten Englischen Proben. Falls aber daß Commery-Collegium und der Ober-Magistrat gut finden sollten von obberwähnter Farbe zu verändern, so stehet solches in das Commery-Collegii und Ober-Magistrats Belieben, jedoch so daß ihm Biedebant, oder dem, welcher seine Commission in St. Petersburg haben wird, von dato innerhalb 3 oder 4 Wochen kundgethan werde, wieviel von einer oder der andern obberwähnter Farben man verlange, oder nicht verlange, wornach dan-gedachter Biedebant die begehrte Zahl jeder Farbe zu lieffern schuldig ist. Auff diese Tücherlieferung wird Ihm ein Dritttheil als nemlich 23 750 Rubel anjeho vorausgegeben; das andere Dritttheil alsdan, wan er die Hälfte der Tücher nach obbesagten Maas in St. Petersburg angeführet und dem Kriegs-Kollegio nach denen Proben abgeliefert, und der Rest nach Lieferung und Abgebung der übrigen Tücher unverzüglich. Die Tücher sollen aber, sobald sie ankommen, ohne Aufschub empfangen werden. Vor alles dieses caviret vor Ihn Biedebant Endesunterschiedener.

XI.

R. Kab.-Ordre an das General-Directorium über die Pflichten der Steuer-räthe und Magistrate bezüglich der russischen Tuchlieferung vom 28. März 1725.

Daschß Bol. 2. Bl. 69—70.

Nachdem Sr. Königl. Majest. in Preußen, Unser allergnädigster Herr in Gnaden wollen, daß zu der Beförderung der Tücher Liveness nach Moskau denen sämtlichen Entreprenneurs auff alle Artz und Weise assistirt werden soll, als Befehlen Sie Dero General-Ober-Finanz-Krieges- und Domainen-Directorio hierdurch in Gnaden an die Steuer-Räthe und Magistrate, wo die Entreprenneure ihre Tücher verfertigen zu lassen vermerken, folgende Ordre ergeben zu lassen, daß

1) So wohl die Steuer-Räthe als Magistrate der Compagnie hülfreiche Hand leisten sollen, daß die Tuchmacher die Anzahl Tücher, so sie

zu liefern übernehmen, in der versprochenen Zeit und abgeredeten Güthe liefern müssen.

2) Weil die Compagnie denen Tuchmachern Geld vorschleüßet, so wohl die Steuer-Räthe als Magistrate die Gewerke der Tuchmacher dahin anhalten sollen, daß alle vor einen und einer vor den andern stehe, daß das Geld nicht durchgebracht werde, allenfalls sowohl die Steuerräthe als Magistrate davor responsables seyn.

Und da zu mehrerer Sicherheit dienen kann, wenn der Magistrat selbiges annimmt, und nach und nach an die Tuchmacher zahlt, so soll sich Keiner von denen Magistraten solches zu thun weigern, auch desjals nichts von der Compagnie prätendiren.

3) Weil die Tücher etwas länger und breiter als à l'ordinaire auch mit einer Reiften gemacht werden, wo vor die Tuchmacher bezahlt bekommen, so sollen die Steuer-Räthe und Magistrate die Tuchmacher anhalten, dieses ohne Caprice anzunehmen, zumahlen sie die Tücher nicht ändern dürfen.

4) Sollen die Steuer-Räthe und Magistrate, in denen kleinern Orten die Tuchmacher dahin anhalten, daß sie sich zu den Tuchmachern in denen großen Städten schlagen und mit ihnen sowohl in der Farbe als Walle egal arbeiten, sonst sie leer ausgehen sollen.

5) Weil auch die Compagnie gewisse Beschauer annehmen will, so sollen die Steuer-Räthe und Magistrate sie, ohne davor was zu nehmen, auff die Instructionen, so die Compagnie ihnen geben wird, vereydigen, sie auch zu Ohservirung solcher Instructionen mit allem Fleiß anhalten. Welche Ordres sogleich und sonder Zeitverlust expediret werden sollen, daß selbige Sr. Königl. Majest. ohnfehlbar künftigen Sonabend zur allergnädigsten Unterschrift vorgelegt werden können.

Potsdam den 28ten Martz 1725.

(gez.) F. Wilhelm.

Diese Ordre wird an alle Steuerräthe der Chur-, Neumark und Pommerns expedirt, den Rammern mitgetheilt, dabei aber folgender Possus als (i) eingefügt.

Weil auch Uns und Unsern Randen ein vieles daran gelegen, daß diese Probelleverung tüchtig und guth geschehen und beym Weben, Walden, Färben, Zubereithen und Ehlen-Maas der Länge und Breite nichts versehen, weniger etwas betriegliches mit unterlauffen möge, weil sonst zu fernern künftigen Lieferungen keine Hoffnung seyn würde, als muß nicht nur denen Tuchmachern, sondern auch denen Waldern, Färbern und Tuchbereithern ernstlich bedentet werden, daß jeder von ihnen bey unausbleiblicher schwehrer Straffe, hierunter mit aller Treue und Redlichkeit arbeite, damit die Tücher nicht zur Ungebühr geredt, das wahre Ehlenmaas auff-

richtig aufm Fleß angezeigt, auch die durch die Tuchmacher, Walder oder Färber etwa verwahrloßte oder nicht probemäßig gemachte Tücher von denen Tuchsheerern denen Schaumeister gebührend angezeigt werden, damit diese unter die probemäßige Lieferungstücher nicht gemengt, sondern besonders zurückgelegt werden mögen: Weßhalb der Magistrat jedes Orths hierauf besonders mit Acht zu geben und allenfalls jemand aus ihrem Collegio hierzu besonders zu deputiren hat, und so mehr, da wegen Kürze der Zeit die Entrepreneurs nicht wohl alle Stücke selbst würden nachmessen und so genau examiniren können. Würde sich aber wieder Verhoffen bey der künftigen Ablieferung in St. Petersburg finden, daß einige Stücke nicht probemäßig oder betrüßlich gemacht wären, so sollen diejenigen Fabricanten, so darunter einiges Betrugs schuldig befinden werden, die Kosten und Schaden zu ersetzen angehalten werden.

XII.

Vericht des Kriegs- und Domänenraths Reinhart an den König (resp. das Gen.-Directorium) über seine Thätigkeit in der Stadt Brandenburg bezüglich der russischen Tuchlieferung und des Vertragsabchlusses zwischen der Compagnie und den Tuchmachern von Berlin den 8. April 1725.

Dasselb. Vol. 2. Bl. 121—126.

Allerdurchlauchtigster!

Sobald Ew. Königl. Majestät allergnädigstes Resc. vom 29. Marty betreffend die denen Entrepreneurs der Tuchlieferung nach Rußland überall zu leistende Assistenz und Facilitirung der Lieferungen aus einigen Städten meiner Inspection erhalten, habe ich nöthig gefunden, dieselhalb mich selbst nach Brandenburg zu begeben, und wie das Werk am süglichsten anzugreifen, die Tuchmacher in Arbeit zu setzen, und die Haupt-Voranten gefordert werden möchten, zu untersuchen und feste zusehen. Hierzu habe ich dreyerley zum Grunde gesetzt:

1. Die Sicherheit der Entrepreneure bei die denen Tuchmachern zuleistenden considerablen Geldt-Vorschuß.

2. Die Proportion der Bezahlung der zuverfertigten Waaren, daß die Tuchmacher nicht wie bisher gedrückt, sondern mit der Arbeit zugleich in Brodt gesetzt werden möchten.

3. Die Ordnung, nach welcher die Arbeit im Gang gebracht, unterhalten, die Tücher tüchtig verfertiget, und zu rechter Zeit abgeliefert werden möge.

Was das erstere betrifft hat es sich nicht thun lassen, noch auch von der Compagnie verlangt werden wollen, daß sie mit dem ganzen Tuchmacher-Gewerke contrahiren, und einer vor alle oder alle vor einem vor die Gelder und Arbeit stehen mögen, sondern es hat sich der in Brandenburg zugleich mit anwesende hiesige Kaufmann Reiche aus dem Tuchmacher-Gewerke ein paar Alter Meister gewählt, von deren Treu und Redlichkeit sie guhster Meynung seyen, welche wohl auch von mir und den Magistrat darinn Beyfall gefunden, als uns diese als Leute von guhstem Wesen, mittelmäßigen Vermögen und guhstem Willen, zur Beförderung der Aufnahme des Tuchmacher-Gewerks beband seynd und keinen Zweifel geben, daß sie dem Werke nicht gewachsen oder selbign redlich vorstehen sollen. Mit diesen beyden Alt-Meistern, davon der eine Ephraim Regenthyn, der andere Moulise heißet, hat die Societät auf 1650 mit Ausgangs Juli c. a. zu liefernden Stück Tuch von allerhand Couleur, die Arschin à 12 gr. geschlossen, auch selbign sofort 400 Rthl. auf die Hand gegeben, dergestalt daß ersterer gleichsam als Factor der aus Brandenburg zugehenden Tuchlieferung anzusehen und die versprochene Lieferung bloß auf ihr Risico bewerkstelligen müssen. Hierzu haben sie nun nothwendig die Assistentz des ganzen Gewerkes nöthig und dannen hero mit selbigen hinwiederum auf weiße Tücher geschlossen, dermaßen, daß wenn ein jeder Meister mit der ihm von diesen Alt-Meistern aufzugebenden Arbeit einhält, auch so viel arbeiten wolte, als es wohl könnte, die Stadt Brandenburg, samt Rateno und andern kleinern herumliegenden Tuch-Städten, fast alleine im Stande wären, die nach Rußland verlangte Probe der m/150 Arschin in der gesetzten Zeit zu liefern. Daß aber ein solches die unbeschreibliche Bosartigkeit, Heydt und Heimtücke der mehresten blut-bettel-armen Tuchmachern selbst nicht zulassen, dieses werde ich bey Verührung des 3ten Fundaments zur Hauptlieferung mit mehreren nachweisen. Belangend aber das 2te Fundament, worauf ich die glückliche Reussite und Haupt-Effect des ganzen Repotii, nemlich die Aufnahme des Tuchmacher-Gewerkes selbst, folglich die sämtlichen Einländischen Woll-Manufacturen setze, so kann solches auf keine andere Weise erhalten und gehoffet werden, wenn nicht die Waaren denen Fabrikanten nach ihrem rechten Werth bezahlet, noch selbigs wie bisher von denen Entreprenneuren fernerhin gedrückt, und ihnen die Tücher vor ein Spott-Geldt, umb nur das tägliche Brodt zu haben, gleichsam abgezwungen werden. Dieses alles ist bey diesem Contract noch zur Zeit nicht zu befürchten, sondern es giebt die Societät denen quasi Factoren zu Brandenburg, mit welchen sie contrahiret vor jeder Arschin fertiges Tuch 12 gr., letztere aber wiederum ihren arbeitenden Mit-Meistern vor jede Berlinische Elle weiß 9 gr., beyde können hierbey gar wohl bestehen,

wenn auch gleich die Wolle noch einige Groschen pro Stein im Preise, wie wenn das Werk der Hauptlieferung nach Moskau erst recht im Gange kommt zu vermuthen, auch zu wünschen, steigen sollte. Wie denn nicht nur die Brandenburgischen, sondern auch die Ruppiniſchen Tuchmacher ſaß biſher ſich gratulirt, wenn ſie von denen auflaufenden Livranciers der Regimenter 6 1/2 Groschen vor die Elle weiß Tuch baar kriegen, und nicht noch wohl dazu halb Victualien annehmen müſſen. Diefes iſt nun der glückliche Periodeus, wornach ein jeder getreuer Diener Ew. Königl. Majeſt., welcher das Aufnehmen der Manufacturen von Wolle als ein Haupt-Requiſitum der Wohlfart des Landes anſiehet, ſo lange geſeuſzet und es können Ew. K. M. die ſämmtl. Woll-Manufacturiers im Lande nicht mit genugsamen allerunterthänigſten Dank erkennen die große Landesväterliche Vorſorge, womit Ew. K. M. nach ſo vielen Schwierigkeiten ihnen denen Tuchmachern dieſes conſiderable Stück Brodt redtlich zugewendet. Diefes iſt aber auch zugleich eben die Zeit, in welcher alles dasjenige, was zum vollkommenen Etabliſſement und Flohr derſelben dienen kan, wird müſſen vorgeſchret werden, aber es ſtehet gewiß zuglauben, daß wenn dieſes Negotium nach Rußland, als die einzige noch übrig ſeyende Reſource, das bey dem biſherigen ſchönen Plan die aufzubringenden Manufacturen ſo nöthigen Debito der Wahren fehl ſchlagen, und nicht im Gang gebracht werden ſolte, dergleichen Conjuncturen und Gelegenheit, auswärtig ein Haupt-Commercium hieſiger Tücher zu etabliren, vielleicht in vielen Seculis ſich nicht wieder her vor thun dürfte. Es würde dannemehro dazu hauptſächlich nöthig ſeyn, die Sache in ſchleuniger Ordnung, als das dritte Fundament, worauf ich die guhte Succes derſelben, Eingangs dieſer Relation geſezet, zubringen, und durch convenable, dabey aber allezeit prompte Meſſures dahin zu cooperiren, daß die Societät ſich mit dieſer erſten Lieferung bey dem ruſſiſchen Hofe im Credit ſetze, und nachhero den Städten, Jahr aus Jahr ein, ein ferner Arbeit ſourniren könne. Dieſe Arbeit vonizo in Gang und Ordnung zu bringen, habe ich zu Brandenburg die größte und kaum glaubliche Mühe gefunden; ſintemahlen die daſelbſt wohnenden 140 Tuchmacher von ſoviel lieberlichen boßhaften und halsſtarrigen Leuten untermenget iſt, daß wenn die beyden Alt-Meiſter, mit welchen die Societät contrahiret, zur Zeit als beygehendes Protocollum aufgenommen worden, nicht bald nachgegeben und in ihren Prätenſiones gewilliget, die ganze Lieferung daſelbſt ſich ohnfehlbar zerſchlagen, und die Societät ins bloße geſezet haben würde. Immaßen dann einige von den Tuchmachern ſo leichtfertig, das ſie hautement declarirt: Sie wolten lieber betteln gehen und hungern, als denen alten Meiſtern vor den erſt offerirten Preis der 8 gr. 6 Pf. p. Elle, ohngeachtet ſie nicht in Abrede ſeyn könnten, ſolches ſonſt vor 6 gr. 6 Pf. ge-

than zu haben, zuarbeiten, und wolten Sie nicht ein Stück zur ganzen Lieferung anfertigen. Einer, dessen Rahmens Ferdinand Behrend, gab einen vollkommenen Mutin ab, und hat fast Mann vor Mann gegen die beyden Alt-Meister, obgeachtet einer davon sein Stiefvater ist, aufgefordert, und gleichsam das ganze Gewerke aufgewiegelt, nur um die Compagnie zu obligiren, mit Ihnen samt und sonders zu contrahiren und immer Geldt von ihnen zu ziehen, dergestalt daß man alle Beredsamkeit anwenden muß, sie auf dem Rasthause zu behalten, und endlich wie vorher gemeldet sich der Arbeit zu unterziehen. Sie haben ein solches denn endlich versprochen, aber mit solcher schlechten Disposition und Application, daß mancher 2, 3 und 4 bis 12, die meisten aber etwa Ein Stück Tuch binnen der gesetzten Zeit zuliefern sich anheischig gemacht, auch die Comp. und mich apprehendirend gemacht, daß die von ihnen zuliefern übernommenen 1650 Tücher nicht zu rechter Zeit fertig, folglich die Haupt-Entreprenneur in großen Schaden gesetzt werden dürften. Dieses aber zu verhindern, und den Endzweck die Leute in volle Arbeit und Nahrung zu setzen, zuerhalten, dazu ist keine Güte noch Gelindigkeit capable, sondern da ich dieselbe nun so oft probirt und sie mehrentheils böshaftig und betrüglich gefunden, so würde meines ohnvorgreiflichen Ermessens die Maxime, jemand zu rechter Zeit auch zu was guhtes zwingen zu können, alhier wohl employirt, und dahin gedacht werden müssen, daß die Alter-Meister nach ihrem Gewissen jedem ihrer Mit-Meister, gewisse Stück Tuch zumachen, zuteileten und Magistratus selbige dazu nachdrücklich und bey Andeutung des Bürgergehorsams anhielte; auf solche Art und da jeder Meister alle 14 Tage wenigstens 1 Stück Tuch machen kan, würde die Lieferung, zu welcher ohnedem bereits über 400 Tücher parat seyn, vollkommen von statten gehen können. Da aber bey allen diesen Präsuppositis ich dennoch voraus sehe, daß einige der liederlichen Meister, sonderlich wenn sie kein Geldt mehr haben werden, gegen die Alt-Meister und das Gewerke zu motiviren und aufzuwiegeln von neuem anfangen und endlich dem Werk einen großen Aufenthalt und Verhinderung zuziehen dürften, indem die Factors verdrießlich gemacht werden, so würde die Sache einen großen Nachdruck geben, wenn E. R. M. allergnädigst guht finden möchten, mir so lange diese Arbeit währet, dieses Pouvoir beyzulegen, daß sobald sich dergleichen Handwerks-Mutins und Aufwiegler hervorthäten, oder selbige durch unzeitiges Raisonniren böshafte Trainiren und vorher bey der Arbeit, einige Unruhe, Weitsäufigkeit und Verdruß anrichteten, ich selbige sonder weiterer Rückfrage nach Spandow in die Karre senden, und dasiges Gouvernement solche sofort annehmen dürften. Ich werde diese Extremité keineswegs mißbrauchen, sondern selbiges nach meinem Gewissen und keine andere Absichten als die

Beförderung E. R. M. heilsahme Intention und Dienst zu empfohlen wissen, verspreche aber davon um so viel sicherern Effect, als ich aus der Erfahrung habe, daß bey diesen ganz sonderlich naturten Leuthen kein gemeine Bürger-, noch Geldt-Strafe etwas helfe, sondern wenn sie guts thun und ihr Brodt verdienen sollen, sie mit Gewalt und harten Tractement dazu angehalten werden müssen. Zu Ruppin hat es eben die Bewandtnis, und sind sie die Tuchmacher daselbst fast noch schlimmer, weil es darunter noch mehr ärmere als zu Brandenburg giebt, wannachhero und da ich in Prociectu stehe, gleichfals dahin abzugehen, und den beyden Tuch-Bereitern, Namens die Stengere, so mit der Societät auf 1000 Stück geschlossen, zu assistiren, mir die vorgeschlagene Verfassung gleichfalls unentbehrlich seyn würde, indem der dahin abgeschickte Kaufmann Heydeler, bereits unterm 6. hujus berichtet, daß die Tuchmacher schon anfangen zu murren, daß sie, die Compagnie, mit ged. beyden Stengern alleine, und nicht mit ihnen sammt und sonders contrahirt, und bei E. R. M. dieserhalb Beschwerde zu führen auf eine impertinente Weise gedrohet. Gedachte Societät ist dieserhalb nicht nur sehr verlegen, sondern bittet auch, daß die Tuchmacher zu Gransee, Behdenick, und Gremmen mitzuarbeiten und Tücher nach Ruppin zu liefern, abigirt, auch dahin angehalten werden möchten, keine andere Lieferungen anzunehmen, bevor diese nicht zum Stande. Weil nun ohnedem von neuem m/100 Arschin Tücher von dem Russischen Hofe bey der Compagnie bestellt worden, so finde ich die hierin zuflistende Ordnung und Nachdruck um soviel pressanter, als ich vollkommen versichert, daß die Succes der Hauptideyerung von nichts als dieselben dependire.

Ich bin

Ew. Königl. Majestät
allerunterthänigster und gehorsamster Knecht
gez.: Reinhart.

XIII.

Uitschrift der russischen Compagnie an den König um Ertheilung eines Privilegiums und anderer Begünstigungen vom 25. Juni 1725.

Daselbst Vol. 2, Bl. 176—182.

Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König!
Allergnädigster König und Herr!

Wir legen in allerunterthänigster Submission zu den Füßen Ew. Königl. Maj. in unvorgreiflicher maßen zu dero allergnädigsten Revidirung, De-

cision und Approbation ein simples Project einer Octroy, stellen dabey vor die Umstände der Negotie und submittiren uns darinnen allergehorsamst Ew. Königl. Maj. allergnädigsten Willen.

Es betrifft dieses Project daß Russische Negotium insonderheit und dessen Sibuation und Plan, auch wie durch Vigilanz und Eintracht in dessen Einrichtungen unsere allergehorsamste Schuldigkeit nach Ew. Königl. Maj. allerhöchst abziehenden Augenmerk und dero allerhöchste Intention von uns soll und muß observiret, daß alsdan zum Vortheil dero Landen daß commercium durch Ew. Königl. Majestät gute Ordre in mehrerer Aufnahme gebracht werde.

Ob nun gleich nicht von Anfang der Fond dieser Russischen Negotie von so gar großer Wichtigkeit scheint und in die Augen fällt, so wird derselbe doch jährlich (so Gott Gnade giebet und Gedenken) ja täglich vergrößert und muß seinen Zuwachs mit der anwachsenden Negotie gewinnen.

Ist auch eben bey Einrichtung einer Klein scheinenden Negotie die gute Ordre und Observation weiter ziehlenden Absichten Vorsichtigkeit zu gebrauchen von nöthen, und kan, wie zum öfftern die Erfahrung gelehret, aus einer kleinen scheinenden Negotie in ihrer ordentlichen Einrichtung ein großes und weiteres commercium hervorgebracht werden, gestalt man die Absichten ihr wahres Fundament:

1. Da man erstlich in allerunterthänigster Liebe und Gehorsam die allerhöchste Intention Landes Väterlicher Vorsorge Ew. Königl. Maj. als den ersten Zweg und Ziehl mit gesamelter Handt fasse, nicht nur alleine den Privat-Nutzen und Interesse eines jeden Interessenten suche, sonderlich aber darunter nicht verknüpfe des Landes Nutzen, und daß man den Mit-Bürgern, Fabriquanten und Manufacturiers mit Brodt abfließen laße.

2. Nicht durch Monopollia oder Polypollia seyn Interesse herauspreße und andere gute Sachen hemmende Perogativen begehre, wohl aber den darunter allerhöchst nöthig habenden Schutz der allerhöchsten Landes Obrigkeit auff die Erhaltung derer Sachen wende.

Den da durch Göttl. Segen der Ueberfliß von Wolle, so in Ew. Königl. Maj. Landen fällt, von solcher Donits, daß allerhandt und in vielerley Sorten bestehende Wahren können fabriciret und gemäglich darauf inventirt und verfertiget werden,

So gehöret dann zu denenselben Entreprenours, die diese Wollen-Wahren laßen fabriciren und Manufactures einrichten, die Wahren verfertigen laßen, dadurch viele Menschen in Arbeit und Nahrung setzen und dem Publico hin und wieder großen Nutzen zugewendet werde, auch die Provinzien peupliret und Ew. Königl. Majest. Finanzen und Revenues folglich augmentiret werden.

Es würde aber, wenn dieses alles geschehe, Ew. Königl. Maj. Landen durch ein Monopolium nicht reicher, noch die Unterthanen vermögender gemacht werden, wenn nur der Debit und dessen Consumo derer im Lande gemachten Wahren von dero eigenen Unterthanen müßte angeschaffet, die Wahren gelauffet und consumiret werden, so lauffet ein Bürger von den andern und wird der Thaler auß einer Handt in die andere gelegt und rolliret einheimisch, ist und bleibet ein Thaler und werden keine Species mehr oder contente Gelder im Lande, als wie vorhin darinnen waren.

Auch sind wohl Manufactures, so mit denen Herrschaftl. Revenues verknüpft und in ihren Fundament dem Lande und Ew. Königl. Maj. Interesse sehr nutzbar, wenn aber die Einkünfte so hoch gesteigert werden, da es zwar scheint, als wenn Ew. Königl. Maj. Cassé was zuwüchse, so wird es doch nur in der Wahrheit dem Lande mehr lästig als nützlich, indem die Wahren sonder Taxe und in Preis so hoch gesetzt werden, daß man die vorgesezte Summe herausbringe; es müssen aber solches dero eigene Unterthanen bezahlen, weil dergleichen frembde Wahren verbotthen und die Land-Wahren zu nehmen gehalten und bezahlen, was gefordert werde, den bekomt die Herrschaft nicht mehr, als was vorhin schon daß ihrige und dero Unterthanen zugehörte.

Wenn aber in Gegentheil die Taxe der Wahren seinen billigen Preis gesetzt, kan der Landtman bestehen und muß von solchen Fabriken der meiste Theil außer Landes consumiret und die Gelder und Species durch die Rauffmanschaft herein gezogen werden, so hat daß Landt den sichern Vorthail und werden nach und nach Capitalia ins Landt gebracht und dadurch vermögende Unterthanen gemacht.

Wie nun aber auch auß allen guten leicht was übelß kan gezogen werden, so ist auch der Meydt bey denen Polipollis nicht ruhig, den wenn sich Rauffleute finden, die daß Commercium begreifende, auch sich Mühe geben und die Bahne brechen, so folgen dan mehrere blindlings nach, ob sie zwar daß Fundament der Regotie nicht inne, gehen doch eben den Weg nach, gedenkende ohne Ueberschlag oder Facit machen zu können, wo die andern Gewinnst suchen musten und auch haben, dadurch leidet daß Commercium, Publicum, Manufactures, indem wenn eine Wahre an einen Ort überhäuffet, alßdan Spott-Preis wird, den es will ein jeder verlauffen, auch einer dem andern zu Trutz besser Preis geben, daß sie sich untereinander selber entkräftten, die Regotie verderben und mit derselben und der Manufactur zu grunde gehen, denn ist erst der Preis sehr niedrig, läset man die Wahren schlechter machen, daß man dennoch bestehen will, aber wie lange? Kurze Zeit; denn es fluden die Käufer im Gebrauch der Wahren keinen Vorthail, kombt also die Wahre in Disrenomme, und gar, so zu sagen, aus der Mode.

Wier haben dann allergnädigster König und Herr, da Ew. Königl. Majestät allerhöchste Intention dahin ging, wie die Wollen-Wahren müßten außer Landes gebracht, Ernte, Materia, als Wolle, aber in Lande verarbeitet werden, Dero allerhöchsten Sinne begriffen und gesehen, daß handgreiflich Dero allergnädigste Meinung vor uns und dem Lande profitable.

Ob nun gleich schon dero Hohe Collegiis und zugleich Dero Ministre von Martesfeldt sich viele Mühe gegeben und Arbeit angewendet hatten, wie die darüber große gehaltene Acta besagen, dennoch zu dieser Russischen Negotie sich Keiner finden wollen, der solches unternehme, als die Stettiner Rauff-Leuthe, welche doch unter großen und unbilligen Postulatis von Ew. Königl. Maj. Gelder Vorschuß zu haben und noch andere weit ungereimtere Conditiones forderten; So haben wier dan unter Ew. Königl. Maj. allergnädigst specialen Protection eine Compagnie formiret, und auß unsern Mitteln den Fondt zusammen gebracht, auß allergehorsamster Schuldigkeit diesen unternehmende, was Ew. Königl. Maj. so geraume Zeit her allergnädigst verlanget.

Wie wier usz nun, dero allerhöchsten Schutz versichern und allergnädigste Handt hierunter uns getrüsten, so haben aus vorhergehenden Motiven und Umständen, in den ersten Articul unserer concipirten Octroy auff 12 Jahr den Wollen-Wahren-Handel allein auff Rußlandt allergnädigst zu geben allerunterthänigst gebethen.

Den wie wier schon oben allergehorsambst gezeiget, wen der Weg gebrochen wehre, sich Viele würden finden, so speciale Lieferung in Rußlandt sucheten, und Access zu gewinnen, unsern Accord ein Loch zu machen, die Tuche wohlfeiler ausbieten, als sie fast können angeschafft werden, so würde alsdan auch diese Lieferung balde ein Ende nehmen.

Weil auch sich bey der Negotie viele Schwierigkeiten hervorthun, so manchesmahl gute angefangene Sachen in ihren Fortgang hemmen und in der ersten Blüthe ersticken, worunter eine mit ist die verderblichen Proceße, weil der Rauffmann nicht ohne Schuldt-Posten handeln kan, sondern Credit geben und selbigen haben muß, da kan bey Forderung derer Gelder die äbelen Bezahler sich drauff verlassen, daß es zur Klage komme, so gewinnen sie Zeit;

So wehre dan bey Etablirung einer Negotie am allernöthigsten daß geschwinde Recht bey Einforderung der Schuldt-Posten, und daß die Creditores nicht auff langweiligen Proceß und Unkosten gefährdet, dadurch Capital und alles verliessen, gar in Ruin gesetzt werden, die Debitores aber hingegen in ihrer Bosheit gefährdet werden, Zeit zu gewinnen, vollends was noch übrig zu verschleßen, zu versauften oder sonsten zu verpartieren und wegbringen zu können;

So haben um ein Handels-Gerichts-Ordnung allergehorsambst ansehn wollen, welche auch diesen Stein weg heben würde.

Und da auch denen Handelsverfahrenen nicht unbekannt, wie auch ein höchst nöthig Wesen bey dem Commercio, daß der Trafiquand die Imposten so er zu erlegen schuldig, vergewißert sey, wen er seine Wahre durch ein Landt oder gar dahin zum Verkauf sendet, wissen möge, waß er zu erlegen und zu bezahlen habe, damit er seyn Calculum und Facit machen und waß recht es unternehmen könne; wie dan öffters in Gegentheil Schiffer und Fuhrleuthe sich des Praetextes gebrauchen, auff Böllen und Biesen so viel gezahlt zu haben, darunter Rauffleuthe und Trafiqueurs betriegen, ein mehrers ansagen, als waß sie gegeben, auch wohl gar wegen Erlegung derer Imposten und Bölle mit eilichen Zollschreibern concludiren und sich auff den Zoll-Brieff mehr schreiben lassen, als der ordinaire Satz: Ingleichen die Schreiber in denen Böllen die Leuthe nicht abfertigen, sondern Discretiones und Geschenke drunter suchen, dadurch Fuhrmann und Schiffer in ihren Cours aufgehalten werden, seine Güter, so er öffters sehr nöthig auff Jahrmärkte und Messen hat, also damit zurückombt, daß die Occasion vorbeß gehet, selbige verkaufen zu können, manchemahl auch gar verderbliche Güther, daß er durch Verlehrung der Zeit gar drumb komme, indem die Schreiber von denenjenigen, so nicht wollen Geschenke geben, ihre Schreibgebühr fast so hoch, als die Herrschafft. Impost ist, fordern und Schiffer und Fuhrleuthe taxiren, wie sie wollen, welches mehrentheils geschiehet bey verpackten Böllen dadurch daß Commmercium gehemmet, die Wahre verdirbet und unverkäufflich liegen bleiben und außer florissanten Standt in Ruin mit Schiffer, Fuhr- und Rauffmann gesetzt werden;

Als haben unborgreifflicher maßen in 28 § allerunterthänigst vorgestellende gebethen, ob nicht in Ew. Königl. Maj. Landen könten Zoll-Nollen, so wie die Wahren auf jeden Zoll anzugeben und wie sie verzollet werden, in den Druck gebracht und den Schiffen, Fuhr- und Rauffleuthen zu ihre Nachrichten verkauft werden, darbey allergnädigst beßgesetzt wehre, waß dem Zollschreiber vor Gebühr gehöre und wie selbige die Leuthe abzufertigen, oder wan solches nicht geschiehet, bey wem sich die Schiffer-Fuhr- Rauff- und andere Leuthe an jedem Orthe zu melden hetten;

Deßelbigen gleichen den Satz der Accise und Biesen, wie die Wahren sollen taxiret, angegeben und bezahlt werden in einer gedruckten ordentlichen Tabelle herauskähme;

Ob nicht mit denen benachbarten Puissances, wovon der meiste Cours des Regotie seyn, Suites an Ew. Königl. Maj. Landen hangenden Commercio habe, könte tractiret und alles in seinen behörigen Nutzen gesetzt werden, welches sonst bey noch so guter Einrichtung dero Commmercium in Ew. Königl.

Maj. Landen, den Trafiquendo und Rauffmann Hinderung giebet, wenn die Nachbarn Schwierigkeit machen und die Wege, so Ew. Königl. Maj. Negotie unumgänglich lauffen muß, mit Difficultäten belästigen.

Ob auch Ew. Königl. Majest. nicht allergnädigst zu reflectiren geruhen, in Vicenten und Böllen den Satz in nachstehenden drey Posten zu erwegen:

1. In durchgehenden frembden Wahren.
2. Im Lande eintommende und darinne consummirende Wahren.
3. Im Lande gefabricirte, außer Landes verführende und verkauffende Wahren.

Auch wenn Ew. Königl. Maj. auß erheblichen Ursachen die gesetzte Impost augmentire oder verringere, daß man solche Patenta allezeit kauffen und sich darnach richten kan. Ingleichen auch alle verbotene Wahren, so nicht in Ew. Königl. Maj. Landen dürffen eingeführt werden, specifise und mit genugsamer Declaration, im Druck herausgeben laßen, damit man sich jedes Orths allergehorsambst darnach richten kan.

Dieses wird ein Vieles beytragen, so wie es unser Begriff ist, dem fast sterbenden Negotium wieder aufzuhelffen, wan die Wege leicht und ordentlich gesetzt werden.

Ersterben

Euer Königl. Majest.

Allen Unterthänigste aller gehorsambste
In Vollmacht und Nahmen der sämtlichen
Russischen Compagnie
Splittgerber und Daum.

Am 25. Juni 1725.

XIV.

Auszug aus dem Projekt eines Privilegiums für die nach Rußland handelnde Compagnie, von ihr selbst ausgearbeitet. Juni 1725.

Dafschol Bol. 2. Bl. 188—197.

§ 1 gibt der Compagnie das ausschließliche Recht des Wollwaaren- und Tuchhandels über Stettin, Colberg und Königsberg nach Rußland.

§ 2 verbietet der Compagnie, mit andern als inländischen Wollwaaren zu handeln.

§ 3. „Laßen wir der Ruß. Compagnie die völlige Freyheit in dieser Negotie ihre Deconomie zu reguliren und deren Schluß allezeit durch die

mehrsten Stimmen derer Interessenten, die Approbation unter einander festzusetzen.

Diejenigen wenigsten Stimmen aber, so daß Gegentheil und non conforma gehalten, seynd obligiret, sich derer andern zu submittiren und ist ihnen in dieser Sache keine Appellation zu gestatten, sondern sie werden bei allen Gerichten abgewiesen."

§ 4. Es sollen der Comp. keine frembde Personen als Interessenten oder fremde Capitalien aufgebracht werden.

§ 5. Aber die Comp. hat das Recht, Deposita mit gesamelter Handt aufzunehmen, auch Münzel-, Kirchen-, fremde ausländische Gelder.

§ 6. Den Fremden, die Capitalien der Comp. anvertrauen, wird das gleiche Recht wie Einheimischen zugesichert, auch für den Kriegsfall Unantastbarkeit versprochen.

§ 7. „Wie denn auch wehrender Negocie kein Glidt von der Ruß. Compagnie Gelder herauszuziehen und in andern Negocie zu employren frey stehen soll, sondern laut dem von ihnen selbst gemachten Vertrag soll daß Capital, biß zu ihrer gesetzten Zeit drin behalten werden, auch sollen keine Assignationes auff diese Gelder oder Arreste, noch weniger Executiones, Gelder auszuzahlen oder Cedirung des Capitals an andere, ohne der ruß. Compagnie Consens, denen Creditoren, so einer oder der andere von der ruß. Compagnie zu zahlen hätte, stat finden. Daß viel mehr der Credit dieser ruß. Compagnie mit erhalten werde, berechtigen wir sie hiemit insonderheit: Wenn sich aber Creditores finden würden, so Anspruch von einem der Ruß. Compagnie Mittglidt auff dero Capital zu machen, so soll es der Ruß. Compagnie gerichtlich zugefertigt werden, da es ihnen dan frey stehen soll, ob die Ruß. Compagnie des Debitoren Capital nebst dessen auff seine Portion tragenden Lucro auszahlen wolle; so sichs aber befände, daß sie wegen der in Wahren stehenden Gelder nicht in condinent zahlen könne, soll ihnen biß zur Determination daß Capital, welchen Termien sie selber setzen werden, gelassen, auch keineswegs gehalten seyn, die Interesse zu bonificiren, weil Debitor als Interessente der ruß. Compagnie daß Capital auf Gewinn und Verlust geleyet, so muß er sich sothanen falk, oder dessen Creditores gefallen lassen, was darvon komme, im gegentheil ziehet er oder dessen Creditores auch mit seine Portion daß biß dahin profitirten Lucro."

§ 8. Die Bilanz des Buchhalters soll vollen Glauben haben.

§ 9. Wenn die Bücher vor Gericht kommen, sollen der Buchhalter und die Bevollmächtigten allein auftreten, nicht alle Interessenten

§ 10. „Die Committirte Bevollmächtigten sollen nicht mehr als ein Jahr an diesem Platz seyn, wenn daß Jahr verfloßen, ihre richtige Rechnung thun und dem Buchhalter die Bücher schließen, Generalbalance unterschrieben

und an die übrige Interessenten der russ. Compagnie übergeben lassen und alßdan nach den mehrsten Stimmen andere gewählt werden.“

§ 11. „Während der Zeit als die committirte Bevollmächtigte an ihre Jahre dirigiren, gelten ihre Assignationes und Unterschrift, wie auch ihre Ordres an den Buchhalter und andere Bedienten, sind aber keineswegs befugt, ohne der Russ. Comp. zustimmenden Consens Gelder oder Capitalia vor die russ. Comp. allein aufzunehmen.“

§ 12. Einer der Bevollm. soll stets in der Stadt sein.

§ 13. Die Bevollm. dürfen, wenn die Arbeit zu groß, einen weiteren Interessenten ohne Stimmrecht zuziehen.

§ 14. „So es die Nothwendigkeit erheischt, können fünf deren Interessenten votiren, wann die anderen fünf nicht in loco, sondern wegen ihrer und der russ. Comp. Negotie verreiset wehren, und was alßdann geschlossen, alßeit ohne Wiederrede zur Execution gebracht werden, da dann auch

§ 15. „Wann der Font der Russ. Compagnie, so voriko in 50 Theilen besteht und jeder Interessent 5 Theile, also gleich gesetzt ist, sollte in ungleiche Theile kommen, daß sich die russ. Comp. unter einander vergliche und ein Interessent mehr oder der andere weniger Partheyen nehme, so sollen auch nach eines jeden darin habenden Capital die Stimmen consideriret werden, daß nach Proportion der vielen Theile von Capital so viel Bots, und der weniger Theil von Capital weniger Bots geben könne.“

§ 16. Wer bei eingelad. Vers. nicht erscheint, wird als zustimmend angesehen.

§ 17. Vorschrift ordentlicher schriftlicher Circulareinladung, auf welcher jeder Geladene sein Gehehen zu setzen hat.

§ 18. Ein Minister soll dauernd über die Compagnie vortragen, Streitigkeiten unter den Mitgliedern schlichten x.

§ 19. Vollständige Accise-, Zoll-, Licent-, Schloßengeldfreiheit für die exportirten Tücher.

§ 20. Bei ihren Reisen sollen sie an keinem Ort mit Personalarrest belegt werden können.

§ 21. Anweisung an Offiziere und Soldaten, sie nicht zu belästigen.

§ 22. „Da auch die Nothwendigkeit erfordert, daß die Freyheit der Handlung nicht gehemmet werde, so soll in Species auff die ausgehende wollene Wahren und Tücher in Stettin und Frankfurth wegen der Niederlagsgerechtigkeit der Russ. Comp. keine Hinderung geschehen, da ohne dieses diese drey Städte daß Recht einer dem andern laut getroffener Recesß ao. 1723 den 8ten Jan. gültlich zugestanden, so soll in Specie dieser russ. Comp. an keine Niederlagsgerechtigkeit wehrende zwölf Jahre gebunden oder

dazu obligirt werden, sondern kraft unserer Authorität hiermit privilegiert und eximirt seyn."

§ 23. Freiheit für die russ. Importande von Zollen zc. auf 6 Jahre.

§ 24. Wogegen das versteuert wird, was davon im Lande bleibt.

§ 25. Die Freiheit der Einfuhr russ. u. poln. Waaren für andere wird vorbehalten.

§ 26. Verzicht der Regierung auf das Strandrecht.

§ 27. „Bey zunehmender Negocie wird die Ruß. Compagnie einen öffentlichen Platz haben, so ihnen als eine öffentliche Börse dienen soll, von welchem Platz wier alsdann, nebst den Börsen, Tagen und Stunden benennen werden.“

§ 28. Alle Zölle, Accisen zc. sollen der Compagnie gedruckt communicirt werden.

§ 29. „Auch soll ihnen ein Mäkler, so sie vorschlagen werden, authentic in unsern Gerichten gemacht und in Pflicht genommen werden.“

§ 30. „Damit auch die Negocie frey fortgesetzt werden könne und die Handelsleuthe nicht mit unnöthigen Processen oder langen Terminen aufgehalten werden können, solle ihnen eine Handlungsordnung und Gerichte gesetzt und eingerichtet werden, wovor sie zu erscheinen und in condimento deren Sachen entscheidung nebst der strikten Execution zu gewärtigen haben, auch dabei bedeutet werden, welche Sachen und Personen vor dieses Gericht gehören und waß dahin zu entscheiden sey.“

§ 31. „Von der Russischen Compagnie soll keinem frey stehen mit dergleichen Wahren laut beygehender Specification, waß die Ruß. Compagnie führet, Particulirhandlung nach Rußlandt zu thun, auch mit Ruß. Wahren von keinem Orthe nicht, ohne der Russischen Compagnie zu negotirt in Commission zu haben, aber wohl die Expedition der durchgehenden Wahren soll jeden frey stehen. So er darüber betreten, sol er seines darin habenden Capitals an der Ruß. Compagnie verfallen seyn.“

§ 32. „Wir werden auch wehrender Sechß Jahren in unsern Königreich, Churlanden und Provinzien keiner andern Compagnie die Concession ertheilen oder permittiren, daß durch unser Regierung in denen Provinzien frey gegeben und erlaubt werden könne.“

§ 33. „Wie wir nun, wen diese Ruß. Compagnie ihren Fleiß und ihre Arbeit dahin richten wirdt, daß sie nicht nur allein auff ihre eigene Interesse und Profit sehe, sondern die Interesse des Publico darinnen verknüpfen und sich dahin bestreben wirdt, wie eine gute Negocie unsern Landen und Unterthanen kan etabliret, eingeführet und unterhalten werden, so werden wir auch nach verfloßenen zwölf Jahren unsere allergnädigste Absicht auf

das vorige Vorhalten wenden und nach Befinden dessen sie ferner und weiter privilegiren oder derer Privilegie solviren und weg nehmen."

Nachtrag.

In einer spätern Umarbeitung des Entwurfs durch das General-Direktorium heißt § 7, d. h. die Stelle, welche dann im Privileg § 8 Absatz 2 enthalten ist, so:

„Damit aber auch der ruß. Compagnie Credit desto mehr unterhalten werde, so soll derjenige, welcher einen oder andern Interessenten Capital vorgeschossen, nicht befugt seyn, ohne der Compagnie Consens Assignationes noch Cessiones darauf aufzustellen, weniger auf die von seinem Debitore zur Handlungs-Compagnie eingelegte Gelder sofort gerichtlichen Arrest oder Execution suchen können, sondern es soll vielmehr jeder Creditor zuvor die Vollständigung seines Capitals an die ganze Handlungs-Compagnie gelangen lassen und davon Erklärung annehmen, ob sie die Zahlung binnen der verlangten Zeit liefern oder, auf den Fall die Gelder noch in Waaren stecken, sich einen andern Terminum dazu setzen wolle, und als dann erst wann die Zahlung nicht erfolgt, gerichtliche Hülfe zu suchen, wobey sich von selbst versteht, daß die Handlungs-Compagnie ratione der Interessen weiter nicht gehalten, als soweit des Debitoris Antheil an dem Lucro der Compagnie Handlung zureichen möchte, maßen von jedem Interessenten das Capital auf Gewinn und Verlust eingelegt wird.“

Dazu schreibt nun Cocceji auf ein eingeklebtes Zettelchen:

„Wann eine neue Compagnie etabliret wird, muß dieselbe vor allen Dingen sorgen, ihren Credit zu unterhalten, und prompte Bezahlung an ihre Creditores zu leisten: Wann aber der § 8 bleiben und davon Creditoren nicht frey stehen sollte, ihre an einen von der Compagnie habende Anforderung andern zu assigniren oder zu cediren oder auf dessen suchen Arrest zu legen, sondern schuldig sein sollte, sich einen Terminum solutionis nach der Compagnie gefallen zu lassen, so würde sich niemand leicht finden, welcher derselben Geld borgen würde. Wann aber S. R. M. dennoch diesen Punct bewilligen wolten, so muß dennoch 1. solches nur auf die Debita futura, nicht aber praeterita festgesetzt und 2. die in § 6, 7 et 8 enthaltene Privilegia per Patenten im Lande publiciret werden, damit ein jeder wissen kann, mit was vor enorm privilegirten Debitor er zu thun habe.

Cocceji, den 7. Aug. 1725.

XV.

R. Privilegium für die nach Rußland handelnde Compagnie auf 12 Jahre vom 21. September 1725.

Dieselbst, Vol. 2, Bl. 248—58, von Grumblow signirt. Der Druck in Vol. 3 ist, abgesehen von den Namen der 1726 beigetretenen Interessenten, wörtlich derselbe.

Wir Friedrich Wilhelm, Thun Rund und sügen hiermit zu wissen, daß gleichwie Wir seit dem Antritt Unserer, Gott gebe, alle Zeit beglückten Regierung, Unsere Landes Väterliche Sorgfalt dahin gerichtet, daß Unsern getreuen Unterthanen in allen Stücken aufgeholfen, und unter Gütlichem Seegen dieselben in florissanten Zustand gesetzt werden mögen, auch hauptsächlich zu Erlangung dieses Zwecks, die Beförderung des Commercii, und Erhaltung der in Unseren Landen wohl eingerichteten Manufacturen und Fabriken Uns angelegen seyn lassen; also Uns besonders lieb zuvernehmen gewesen, daß sich alhier in Berlin, eine Compagnie von Kaufleuten, namentlich

Spliterber und Daum für einen,
 Viebeband und Gregory für einen
 Johan Christian Buder,
 Christian Heybler,
 Adrian Sproegel,
 Georg Friederich Günther,
 Johann Georg Hainlichen,
 Christian Thielebein,
 Johan Samuel Reich und
 Johan Christoph Kirßen

zusammengethan, und die Lächerlieferung vor die Russische Armee auf ihre Gefahr und Risiko entrepreniret, auch ein Comptoir zu St. Petersburg aufgerichtet, umb dieselbst Handlung zu treiben, und Russische Waaren einzukaufen, mithin selbige in und außerhalb Unsern Landen hinwiederum zu debittiren, gestalt Wir denn auch bemeldete Compagnie, auf ihr Ansuchen, darüber hiermit und in Krafft dieses, vom 1. May a. c. biß dahin 1737, auf 12 nach einander folgende Jahre, unter nachstehenden Conditionen allergnädigst octroyren und privilegiren:

1. Soll der Societät-Contract, welchen diese Russische Handlungs-Compagnie unter sich aufgerichtet, ihr in allen Stücken zur Regul und Richtschnur dienen, gestalt Wir solchen Contract hiermit al. gn. approbiren und confirmiren, auch alle und jede Interessenten dabey geschützt und gehandhabet wissen wollen.

2. Soll dieser Compagnie privative und allein frey stehen, einländische in Unfern Landen verfertigte wollene Waaren, und insonderheit die Montirungs-Tücher vor die Russische Armee, so in Unfern Landen fabricieret, über Stetin, Colberg oder Königsberg in Preußen, allenfalls auch zu Lande, sowie sie es nach Beschaffenheit der Saison und der Umstände am convenientesten finden, nach Rußland zu transportiren und daselbst zu verlauffen, oder sonst wie sie am besten können, zu debittiren, gestalt nach Ablauf 4 Wochen a dato Publicationis dieses Privilegii sonst keinem Unterthanen und Kauffmann in allen Unfern Landen erlaubt seyn soll, mit wollenen Waaren so zur Montirungs-Lieferung vor die Russische Armee dienen könnten, bey Confiscation der Waaren, auch dem Besißen nach bey Leibes-Straaße, unter was vor Prätext es auch sey, sie mögen vorhin Concession oder Privilegia haben oder nicht, nach Rußland zu handeln, wie Wir den allenfalls, wenn dergleichen Concessionen oder Privilegia vorhanden wären, selbige annulliren und hiermit aufheben. Es soll auch denen sämtlichen Tuchmacher-Gewerken in Unfern Landen anbefohlen werden, daß sie bey Vermeidung willkürlicher, jedoch nachdrücklicher Straaße sich nicht unterstehen sollen, mit jemand ohne der Russischen Compagnie Vorbewußt und Willen, einige Tücher-Lieferung zur Montirung vor die Russische Armee zu verdingen, und darüber zu contrahiren.

3. Dagegen bleibt denen Frankfurtschen und Stetinschen und andere inländische Kauffleute der Handel mit Wollenen Waaren wie sie selbigen vorher über Lübeck, Moscod und Danzig sonst geführt, imgleichen denen Königsbergern, nach wie vor frey, nur müssen sie sich vorerwehntermaßen, der Montirungs-Lieferung vor die Russische Troupen wie auch der Aus-schiffung der wollenen Waaren über Stetin enthalten, und selbige der Russischen Handlungs-Compagnie währenden Privilegien allein überlassen, inmaßen denn sonst Unsere übrigen Unterthanen auch freysethet, auf Messen und Jahrmärkten auch an Rußen wollene Waaren, so für Rundirung nicht gehörig, zu verlauffen.

Wenn auch einige Fabriquanten und Kauffleute sich finden sollten, welche ansehnliche Parthyen nach Rußland gangbarer Zeuge und melirte Tücher in Commission senden wolten, wodurch im Lande noch mehr Wolle verarbeitet werden könnte, haben sich selbige bey der privilegirten Russischen Compagnie zu melden, inmaßen dieselbe erböhtig ist, solche Waaren gegen eine simple, in Rußland übliche Provision an sich zu nehmen und den Verlauff in St. Petersburg so gut, als wenn die Waaren ihre eigene wahren, zu besorgen und getreue Verlauff-Rechnungen darüber geben zu lassen.

4. Es soll aber die Russische Compagnie, zur Lieferung vor die vor-
tige Armée lauter tüchtige und probemäßige gute Tücher und Bogen, so
in unsern Landen fabricirt, nehmen, nicht aber frembde oder ausländische
Tücher und Bogen darunter mengen, und damit aller hierbey etwa zu be-
sorgenden Unterschleiff umb so vielmehr vermieden werden möge, so soll sie
gar nicht befugt seyn, mit Wollenen Waaren, so in unsern Landen nicht
gemacht, es sey unter was vor Prætext es wolte, nach Rußland zu handeln,
noch selbige in Commission und Expedition zunehmen, sondern wenn sie da-
wieder zu handeln sich unterständen, sollen nicht allein die frembde Waaren
sondern auch die dabey befindliche Landt-Waaren confisciret, und überdem
die Compagnie dieses Privilegii verlustig seyn.

5. Wie nun durch diese Compagnie, und die von derselben entre-
prenirte Ausführung der einländischen wollenen Waaren, unsern Landen ein
guter Vortheil zuwächst, indem dadurch vieler Unterthanen Nahrung be-
fördert und vermehret wird; als wollen Wir dieselbe bey diesem Privilegio
nicht allein kräftigst schützen, sondern Wir verordnen auch hiermit und in
Krafft dieses, daß sie so wohl die zur Russischen Montirungs-Lieferung
destinirte Tücher und Bogen, als auch alle andere Sorten von wollenen
Zeugen und Waaren, so in unsern Landen fabricirt, von einem Ohr zum
andern frey und ungehindert zu transportiren, und außer Landes zu Wasser
und Land auszuführen befugt seyn, davon aber in allen unsern Landen
nicht den allergeringsten Impost an Accise, Handlungs-Accise, Nachschuß-
Zoll, Stettinschen-Fürstengoll, Licent, Schleiße- und Wege-Gelder, Brücken-
und Dammgeld, oder wie es sonst Nahmen haben mag, es mögen solche
Imposten schon erdacht seyn oder noch erdacht werden, so wenig in Stettin
als anderswo, insonderheit auch zu Stettin keine Stadt-Zulage und Voll-
werks- noch Hafen-Geld, oder andere von ein- und ausgehenden, mit der
Compagnie alleinigen Waaren beladenen Schiffen sonst gewöhnliche Prästa-
tionen entrichten, sondern von allem befreyet, auch mit denen ausführenden
wollenen Waaren und Tüchern an die Niederlags-Gerechtigkeit zu Stettin
und Frankfurt, zumahlen der ehemalige Streit darüber schon durch den
Vergleich vom 8ten January 1723 bezeuget, nicht gebunden seyn, noch im
geringsten dieserhalb verhindert, vielmehr gänzlich davon eximirt bleiben sollen.

6. Wollen Wir nicht geschehen lassen, daß der Russischen Handlungs-
Compagnie, wieder ihren Willen, mehr Interessenten zu ihrem Regoce, noch
frembde Capitalla zinsbahr anzunehmen aufgedrungen werden, sondern die
iht geschlossene Compagnie soll die freye Willkühr behalten, ob und wie sie
nach vorkommenden Umständen den Fond und Anzahl der Interessenten
zu ihrem Regoce, entweder zu vermehren oder zu vermindern gut finden
möchte, im Fall aber

7. die Compagnie freiwillig zu desto mehrer Poussirung ihres Negoce, so wohl in- als außerhalb Landes, einige Capitalia zinsbahr aufzunehmen resolviren möchte, so wollen Wir solches nicht nur verstaten, sondern auch zu desto mehrer Facilitirung des Credits sowohl Fremdbden als außerm Landes Eingefesenen wegen ihrer Wiederbezahlung alle Justice wiederfahren, hingegen keine an die Russische Compagnie vorgeschossene Capitalia von jemand in Anspruch nehmen, viel weniger mit Arrest belegen lassen. Und wenn Wir gleich über kurz oder lang, mit dem Lande, woraus der Russischen Handlungs-Compagnie Capitalia vorgeschossen worden, in Krieg verwickelt werden möchten, soll dennoch kein Creditor desfalls beschwert, sondern jedem sein Capital bey der Russischen Handlungs-Compagnie ruhig gelassen, oder abgefolget werden.

8. Damit aber auch der Credit der Compagnie desto mehr etabliert und unterhalten werden möge, so soll keinem asocyrtten Mitglied erlaubt seyn, das einmahl in den Fond, zum Behuf dieses Handels eingelegte Capital vor Ablauf der stipulirten Zeit, weder vor sich Selbst aus der gemeinschaftlichen Handlungs-Cassa baar heraus zu fordern, noch darauf ohne Consens der Compagnie einige Posten zu assigniren, weniger selbiges an andere völlig zu cediren, oder solchen seinen Antheil des Fonds an Fremdbe zu alieniren, sondern es soll in dem letzten Fall die Compagnie jedesmahl vor allen andern den Vorzug haben, und erkläret sich übrigens dieselbe, wenn ein oder ander Mitglied ihren Consens, zu Ertheilung einer Assignment, auf eine Partie seines Fonds suchen möchte, daß sie desfalls ohne Noth keine Schwürigkeit machen wolle; Nach Endigung des Privilegii aber und der gezogenen General-Balance soll einem jeden Mitglied sein Capital unweigerlich und ohne die geringste Schwürigkeit, er mag ferner in dem Societaet-Contract verbleiben wollen oder nicht, herauszuziehen frey stehen.

9. Wenn sich auch Creditores finden, welche an ein oder das andere Membrum dieser Russischen Compagnie gegründete Forderung, wegen des in die gemeine Handlungs-Casse eingelegten Capitals hätten, und ein solches Mitglied der Compagnie, bey irgend einem Justiz-Collegio und Gericht desfalls belanget würde, so soll dennoch keines Unser Justiz-Collegien und Gerichte berechtigt seyn, sothanes in die Russische Handlungs-Casse bezahltes Capital mit Arrest zu belegen, noch weniger selbiges von der asocyrtten Compagnie durch Execution zu erzwingen, sondern es sollen vielmehr Unsere Justiz-Collegia und Gerichte dergleichen Creditores an die Handlungs-Compagnie lediglich verweisen, diese aber gehalten seyn, den Creditoren entweder sogleich wenn Gelder in Cassa vorrätzig sind, zu bezahlen, oder da keine Gelder in Cassa vorrätzig wären, oder sonst die Umstände nicht litten, die Cassa so fort von Gelde zu entblößen, einen

so viel möglich kurzen Termin, welcher längstens sich nicht über 6 Monat erstrecken muß, anzusetzen, worin Sie das in Anspruch genommene, verweisslich gemachte Capital, und was bis dahin gewonnen, auszahlen wollen, biß dahin sich dergleichen Creditores gedulden müssen, angesehen sie bey der ganzen Societät, da alle vor einen und einer vor alle stehet, genugsahme Sicherheit haben. Dafern aber jemand von dieser Societät, wegen Particulier-Gewerbes, so die octroyrte Compagnie nichts angehet, es sei wegen ausgestellter Wechsel-Obligation oder wie es sonst Nahmen haben mag, in gerichtlichen Anspruch genommen würde, so soll wieder den oder diejenigen in solchem Fall, nach unsern Landes-Gesetzen ohne Zeit-Verlust verfahren werden. Und wenn dergleichen klagende Creditores alsdan, von des Beklagten Mitgliedes übrigen Haabseeligkeiten, Güthern und Capitalien nicht völlig oder gar nicht bezahlt werden könten, muß der Creditor wegen des, in der Compagnie stehenden Capitals, sich wie vorerwehnet bey der gedachten Compagnie melden und den anzusetzenden Zahlungs-Termin abwarten.

10. Wenn auch die Russische Handlungs-Compagnie einen oder mehr ihrer Membrorum oder andere Bevollmächtigte und Bediente, als welchen jedesmahl ein von dieser Compagnie Directore, besiegelter und unterschriebener Paß nebst Vermeldung, wie viel die Compagnie angehende und ihr gehörige Capitalia, Waare und Effecten, er oder Sie bey sich haben, mitgegeben werden soll, anderer Ohren in Unsern Landen verschiden möchte; —

So sollen dieselbe, und dero Bedienten, auch bey sich habende, der Compagnie gehörige Capitalia, Waaren, Bagage und Effecten nirgends in Unsern Landen mit Arrest belegen, oder sonst dieselben auf einerley Arth zu Versäumniß und Nachtheil der Handlung aufgehalten werden, sondern es muß ein jeder, welcher gegründete Präensionen an den oder die von der Compagnie Abgeordnete hat, nach des oder derselben Zurückkunft, in Foro ordinario, worunter sie stehen, rechtliche Hülffe suchen und gewärtigen. Wenn aber ein oder mehr Membra in einigen die Compagnie nicht angehenden Angelegenheiten und Gewerbe auf Reisen Begriffen seyn, und Capitalia, Waaren oder andere Effecten bey sich haben, dabey aber mit keinem Paß von der Compagnie, welcher niemahls zu anderer Hintergehung und Schaden gegeben oder mißbrauchet werden soll, nicht versehen seyn, so stehet alsdan einem jeden des- oder derselben Creditoren frey, sein habendes Recht denen Landes-Gesetzen gemäß bey jeden Ohrts-Gerichten, wo er Sie oder derselben Capitalia, Waaren und Effecten, antreffen oder auskundschaften möchte, gehörig zu suchen wie dann

11. insbesondere allen Unsern Officiers und Soldaten anbefohlen

werden soll, die Interessenten der Russischen Handlungs-Compagnie und ihre Bediente nicht anzuhalten, noch weniger ihnen mit Werbung beschwerlich zu seyn, sondern ihnen vielmehr allen nöthigen Schutz und Hülfe angedehnen zu lassen. Da auch

12. Unsere algste. Intention mit dahin gerichtet ist, daß da die Russische Waaren, so vor diesem aus Petersburg durch den Sund gegen die Norder- und östliche Quartier gezogen worden, mit weit commoderer und menagirlischer Fahrt, über Stettin in hiesige Lande gebracht werden können, die Russische Compagnie solches so viel immer möglich zum stande bringen möge, umb die Russen durch sothane Einziehung ihrer Waaren, über Stettien, zu beständiger Abnahme der hiesigen Landes-Waaren desto mehr zu encouragiren, und die gute Stadt Stettien auch zugleich commercirend zu machen, zumahl ohnedem von den Russen vor die hiesige Landes-Tücher nicht lauter baar-Geld zu erlangen, sondern stat dessen viele Waaren gezogen werden müßen; So soll zu Facilitirung dieses Werks die Russische Handlungs-Compagnie währenden ersten 6 Jahren dieses ihres Privilegii, von allen aus Rußland einbringenden Waaren, eben so wohl als von denen aus hiesigen Landen dahin zuführenden Wollenen Waaren ratione der Imposten, wie oben § 5 erwähnt, befrehet seyn, und alle und jede Russische Waare in hiesigen Landen bis zu ihrer Niederlage in Stettien und Frankfurt franco und frey einpassiren.

Es soll aber der Käufer dieser Russischen Waaren die Consumptions-Accise nebst den übrigen Imposten, was darin nicht nach frembden Landen gehet, sondern in Unsern Landen consumirt wird, wie zuvor bezahlen, hingegen soll dasjenige, was nach frembden Landen versandt wird, währenden ersten 6 Jahren, von allen und jeden Imposten befrehet seyn, bis auf den Zoll, welcher von der Niederlage anzurechnen auch erlegt werden muß.

12. Wenn auch die Russische Compagnie mit einigen ihrer Güüter und Waaren, so Gott verhüten wolle, Unglück und Schiffbruch litte, und Schiff und Güüter auf Unserem Strande gefunden würde, so wollen wir keinesweges Unser daran habendes Strand-Recht exerciren, sondern Schiff und Güüter, was davon zu retten, ohne bezahlung einiger Rechte abfolgen lassen.

13. Versprechen Wir der Russischen Handlungs-Compagnie algst., dergleichen Octroy oder Privilegium und Freyheiten, wie dieselbe erhalten, währenden 12 Jahren sonst keiner andern Compagnie noch einen Particulier, weder in Unserm Königreich Preußen, noch in Unseru Chur-Landen oder übrigen Provinzen zur Russischen Montirungs-Lieferung zu ertheilen, weniger Unsern Regierungen solches zu thun zu verstaten, hingegen dieser Compagnie, im Fall sie ihren Fleiß nicht bloß auf ihren eigenen Profit, sondern zu-

gleich auf das Gemeine beste mit richten, und sich dahin bestreben wird, daß Unsern Landen und Unterthanen, ein gutes Negoce etablirt und erhalten werde, dieses Privilegium, nach abgelauffenen 12 Jahren, weiter zu prolongiren und ihnen sonst Unserer Königl. Gnaden angedehnen zu lassen.

Uhrföndlich, geben Berlin, den 21. Septembriß 1725.

gez.: J. W. Gr(umbkow).

XVI.

Bericht des General-Directoriums an den König über die bisherigen Tuchlieferungen nach Rußland vom 27. Juni 1727.

Dasselbst Vol. 2. Bl. 338—39.

Es hat die Rußische Handlungs-Compagnie auf den ihr zugefertigten Bericht des Wirklich Geheimten Stats-Ministire von Mardefeld, wegen der zu St. Petersburg geführten Beschwerde über die schlechte Farbe der hiesigen Tücher, allerunterthänigst vorgestellt, wie es hauptsächlich eine Intrigue von denen zu St. Petersburg wohnenden Englischen Kaufleuten sey, welche sich hinter den General Lesly, als einen Irrländer von Geburt, mit gesteckt hätten, umd dieses commercium wieder an sich zu ziehen. Und obgleich andertheils nicht zu läugnen währe, daß bey der Lieferung vom ersten Jahr, unter den Wittstockschen, Brandenburger und Ruppiner Tüchern, einige etwas schlechtere Stücke mit überkommen seyn möchten, weil in dortiger Gegend grobe Wolle fiele, die Arbeiter auch noch nicht entrain gewesen, überdem die Lieferung sehr pressirt worden; So hätte doch damahls solches nicht wohl geändert werden können, weil ein großes Klagen und Lamentiren entstanden seyn würde, wenn man den Woll-Arbeitern alle solche schlechte Tücher hätte auf dem Halße lassen wollen; es wären auch ohnedem damahls zu Petersburg schon eilliche hundert Stück ausgeworffen worden.

Die Compagnie hätte seit dem raffinirt, lauter recht gute und untadelhafte Tücher zu liefern, welches nicht anders als von Neumärktischen und den Öhrten in der Gegend, wo gute Wolle fiele, geschehen könnte, zu dem Ende hätte sie auch zu Drossen und Landsberg 2 eigene Färbereyen mit schweren Kosten anlegen lassen, und würden die hierbeygefigte Proben zeigen, daß solche Tücher ohne allen Tadel währen, von welcher Art auch die Rußen verlangten; Und weil wie vorerwehnet, in der Gegend Branden-

burg, Wittstock, Ruppın, Stenbass, Rathenow und Zehdenick grobe Wolle, mithin schlechte Tücher fielen, so die Farbe nicht gut annehmen wolten; So könnte die Compagnie, wosern diese Lieferung nach Ew. Königl. Majestät allergnädigsten Intention beybehalten werden sollte, auch die Tücher von solchen Orten, weil sie schlecht, nicht mehr nehmen, sondern würde künfftig Neumärktische und andere dergleichen gute einländische Tücher dahin senden.

Es sollte auch der Kaufmann Daum selbst nach St. Petersburg gehen und alles redressiren, und haben unter Ew. Königl. Majest. verhoffenden allergnädigsten Approbation, wir das vorgeschlagene Schreiben an den Fürst Wenziloff, nebst einem Rescript an den p. von Mardefeld, und einer offenen Ordre an bemeldetem Daum expediren lassen, welche zu Ew. Königl. Majest. höchsten Vollziehung Wir hiebey allerunterthänigst übersenden.

Berlin, den 27ten Juni 1727.

gez.: J. W. Grumbkow. E. B. v. Creutz. v. Ratsch. R. v. Bieder.

XVII.

Denkschrift über den preussisch-russischen Handel, von dem preuss. Gesandten Mardefeld an Ostermann übergeben und zugleich von demselben als Beilage seines Berichts aus Moskau vom 26. Juli 1728 eingesandt.

Dieselbst Vol. 8. Bl. 21—24.

Die Klagen und Beschwerden, welche über das Commertium der Königl. Preussischen Compagnie allhier geführt worden, sollen dem Vernehmen nach in folgenden 3 Puncten bestehen.

1. Daß die Preussische Compagnie das Geld, so sie vor Ihre Laten bekämen, nicht an Russische Wahren legte, wie andere Negotianten zu thun pflegten, sondern selbiges durch Wechsel remittirte, folglich

2. Ursach wäre, daß der Wechsel, wie bishero gesehen, beständig gefallen.

3. Daß man dadurch, daß man die Preussische Laten, den Englischen präferirt, sich die alten Kunden verschlagen und das Hanff-, Theer- und andere Negotia, welche vorzeiten von den Engländern und Holländern stark getrieben worden, ganz in Decadence gerathen.

So viel nun das erste Gravamen betrifft, kan dessen Ungrund selbst aus denen Petersburgischen Zoll-Büchern sehr leicht erwiesen werden. Es wird sich daraus ergeben, daß nicht allein die Schiffe, welche von Stettin

und Lübeck aus, an das Preussische Comptoir, mit allerhand Waaren, theils auch nur mit halber Ladung eingekommen, von demselben völlig mit allerhand Russischen Waaren befrachtet worden, sondern daß auch von gedachtem Comptoir noch verschiedene andere Schiffe in Petersburg gemiethet werden müssen, um die von demselben eingekaufte Russische Waaren auszushippen, derjenigen Partien zu geschweigen, so von dem Comptoir unter anderen Preussischen Kauffleute Rahmen selbst nach Engelland versandt worden, welche anzuzeigen ein leichtes wäre, sofern solches nicht der Neid der Feinde des Preussischen Commercij bey denen bekandten Englischen Handlungs-Versammlungen allzu gefährlich machte. Es ist zwar andern, daß das Preussische Comptoir zu Zeiten auch einige Summen remittiren müssen; woferne aber dieser Vorwurff hinlänglich ist, um ein Commercium verhaßt und vortheilhaftig ansehen zu machen, so weiß ich nicht, ob ein Comptoir in Petersburg zu finden, welches mit Frohn-Lieferungen zu thun gehabt und sich dieses Vorwurfs entschulden könnte? Ja man wird Mühe haben, ein Comptoir zu nennen, welches in dergleichen Fällen weniger Remisen, nach Proportion seiner Handlung, gethan, als das Preussische, ohne daß jemand darauff etwas zu sagen gefunden. Es sind auch die Lieferungen, weil sie auf eine gewisse gesetzte Zeit geschehen müssen, von der Natur, daß selbige baar Geld erfordern und ohne dasselbe nicht wohl effectuirt werden können, und dieses ist eben die Ursach, worumb ein Theil der contrahirten Summe pränumerirt wird, welches wegen der bekandten Sitten der Pränumeratou niemand gerne annehmen würde, wofern Er sich nicht des baaren Geldes zu besserer Bestreitung der Lieferung außer Landes bedienen wolte, woraus dann nothürlich folget, daß Er es remittiren müsse. Ueber dieses sind bey denen so hoch ausgeführte Preussischen Remisen folgende 2 Umstände zu consideriren

1. daß neben der Lakentlieferung, dem Preussischen Comptoir auch andere Contracte vorgestoßen, als die Lieferung von 20/m Pud Kupffer, welche eine Summa von 175/m Rub. beträgt, und weil Kupffer eine Waare ist, so nicht auf Zeit, sondern baar gelaufen werden muß, ohne Remisen ohnmöglich bestritten werden können.

2. daß das Preussische ein ganz neu etablirtes Werk ist, und nicht gleich den alten das Debouchement der Russischen Waaren bereits fertig gehabt, sondern selbiges mit großer Mühe suchen müssen, numehro aber auch glücklich gefunden. Wenn nun auch das Preussische Comptoir in den ersten zwey Jahren seines Etablissements nicht alles Geld an Russische Waaren legen können, (als womit es sich, nach dem Exempel vieler alten hiesigen Comptoirs, gleich im Anfang ruiniret, und die Handlung in Russland en general noch mehr decredlirt haben würde) sondern ein Theil

durch Wechsel remittirt, so folgt doch daraus gar nicht, daß selbiges vordem Künftige ein gleiches thun und allezeit mehr remittiren als trassiren müsse, vielmehr wird die Erfahrung von gegenwärtigem 1728ten Jahr zeigen, daß ob das Preussische Comptoir schon vor Jahren keinen Copelen von der Kothne empfangen, es dennoch nicht unterläßt, eine Partlie Russische Wahren, welche sich weit über 100/m Rb. belaufen wird, auszuschießen, und die dazu nöthigen Gelder zu trassiren, nachdemmalen die Preussische Compagnie immer mehr neue und bishero ganz unbekante Candie entdeckt, um die Russischen Wahren vorthellhaftig abzusetzen, wozu hierin die Communication der Ober und Elbe in Sr. Königl. Majest. in Preußen vortheile gute Gelegenheit an die Hand giebet.

Ad 2dum. Das Steigen und Fallen des Wechsels dependiret nicht von eines oder andern Comptoirs vielem remittiren oder trassiren, sondern von der Proportion der in ein Land eingeführten und daraus wieder verlangten Wahren gegen einander, insonderheit wenn die Münze des Landes so beschaffen ist, daß sie ohne großen Verlust nicht ausgeführt werden kan. Wenn mehr Russische Wahren verlangt werden, als ausländische eingeführt werden, so muß der Wechsel absolut steigen, betragen hingegen die ausländische mehr im Werth, oder ist mehr baar Geld zu remittiren, als das Pretium der Russischen ausgehenden Wahren tragen kan, so ist es ganz natürllich, daß der Wechsel fallen müsse. Also haben die Schwedischen 2 Millionen dem Wechsel den ersten Stoß gegeben, und hat man alhier den Wechsel zu 49 und 50 thlr. gesehen, und zwar anno 1722, da noch an das Preussische Negotium nicht gedacht wardt. Die Cessation des Krieges fast in der ganzen Welt hat verursacht, das die zu Land- und See-Equipagen vorinabs verlangte Russische Wahren so sehr nicht mehr gesucht worden. Der Mißwachs von anno 1721, 22 und 23 zwang Rußland viel Getreide einführen zu lassen, welches sonst in großer Menge ausgeführt wurde und weil die Länder, woraus man das Getreide einführete, keiner Russischen Wahren bedurften, mußte man das Geld nothwendig durch Wechsel übermachen. Alles dieses geschah, noch eher das Preussische Comptoir etablirt wurde. Endlich gab dem Wechsel den letzten Druck der große Silber-Contract, welcher mit H. Meyer geschlossen wurde, und welcher nebst der Decadence von dem Wechsel auch zwey vor das Russische commercium fatale Suiten hatte, eine daß, weil Meyer, um den Wechsel zu zwingen, von dem aus allen Taschen fließende Gelde sich allein Meister gemacht, und eine Ordre ausgemittelt hatte, das außer ihm niemand anders aus den Tansellenen Geld fibirret werden solle, dadurch das ganze commercium gedrückt, und Inländer sowohl als Ausländer ganz decouragirt wurden, die andere, daß da Meyer, gegen seine Hoffnung, doch die Erhöhung des Wechsels nicht zu-

wegebringen, noch die großen Summen, so er bekam, ohne merklichen Schaden remittiren konnte, und er sich folglich mit Ausschiffung der Wahren helfen wollte, die Russischen Wahren auswärts aller Örten dergestalt überführt wurden, daß selbst von denen Plätzen, wo man sie vormahls am profitabelsten abgesetzt, als zu Vissabon, Genua, Livorno, nichts anders als schlechte Rechnungen nach Hause kamen.

Ad Stium. Daß das Russisch. commercium verschiedene von seinen alten Kunden verlohren, und folglich in einige Decadence gerathen, solches ist zwar an sich unstreitig, daß aber die Preussische Fadenlieferung daran nicht schuld sein könne, wird einen jeden klar in die Augen leuchten, der nur die Data der Veraenderungen des Russischen Commercy mit dem Data des Preussischen Etablissements zusammen halten will. Solches wird desto deutlicher sich ergeben, wenn man die verschiedenen Branchen des Russischen Commercy, über deren Verminderung geklagt wird, etwas genauer betrachtet.

Diese Branchen sind Fuchten, Hanff, Leinwand und Theer-Handel.

Daß die Preußen an der Decadence des Preises der Fuchten schuld sein sollten, solches kan ihnen umb so viel weniger begemessen werden, als man ihnen vielmehr daraus eine Reproche gemacht, daß sie nur allein mit Fuchten handelten, welcher ohnedem eine currente Wahre wäre. Daß aber anderwärts als in Hamburg, Holland und Italien, bey dem Fuchten-Handel schlechte Rechnung gefunden worden, solches rührt theils daher, weil man bey dem langen Frieden die Fuchten so sehr nicht recherchiret, theils auch aus obgedachter durch H. Meyers und anderer übelgerathene Speculationen geschehener Überführung dieser Wahre.

Das Hanff-Commerctium hat in Russland niemahls so sehr floriret, als im Anfang dieses Seculi, weil dazumahl alle See-Puissancen in einem schweren Kriege verwickelt waren und zu ihren Armaturen eine große Quantität Hanff nöthig hatten, selbige aber nirgend anders als aus Russland ziehen konnten, weil Pohlen wegen der Schwedischen Troublen keinen oder wenig Hanff auszugeben vermochte, der barbarische hingegen, wegen der hohen Frachten und Assurance, gar zu kostbar wurde. Nach der Bataille von Poltawa konnten zwar einige Parthynen Hanff aus Königsberg und Danzig gezogen werden, doch war solches nicht hinlänglich, umb alle die Armaturen, so man in dem großen französischen Kriege machte, zu journiren, daher denn noch immer eine considerable Quantität Hanff aus Archangel gezogen wurde. Als aber anno 1718 und 19 die Freundschaft zwischen Russland und Engelland zerfiel, die Engellischen Kauffleute auch einst auf dem Cammer-Collegio arretiret wurden, wozu noch kam, daß das Commerce von Archangel nach Petersburg transportiret wurde und der

Hanff daselbst auf 11 R.¹⁾ das Verlöbniß stieg, fingen die Engelländer an, darauff zu drücken, wie sie ihre Colonien in America in einen solchen Stand setzen möchten, daß sie das Russische Commercium ganz entbehren könnten, und encouragirten die Hanff-Plantationen in America, welches sie vormahls aus gewissen Staatsabsichten daselbst unterdrückt hatten, brachten auch dadurch und durch aufgesetzte Praemia zu wege, daß eine ziemliche Quantität Virginischen Hanffs nach Engelland transportirer wurde und zwar lange vorher, ehe an ein Preussisches Comptoir gedacht war. Weil aber doch dieser Hanff so lang und rein nicht ist, als der Russische, auch insbesondere den Fehler hat, daß er zu streng ist, und den Theer nicht wohl annimmt, anbey die Frachten aus Virginia sehr hoch kommen, so ist zu vermuthen, daß woferne nur hierzu Lande das Commerce einigermaßen soulagirt und encouragiret wird, die Plantationen in America von selbst zerfallen werden.

Fast gleiche Bewandniß hat es mit dem Leinwand. Es hat selbiges vormahls nirgends anders, als in denen Americanischen Inseln seinen Debit gefunden; nachdem aber die Franzosen vor 30 Jahren Leinwand-Fabriken in Bretagne und die Engelländer vor mehr als 10 Jahren die Frischen encouragiret, hat sich der Abzug des Leinwands aus Russland nothwendig verringern müssen, weil diese Nationen keine andere in ihren Inseln handeln lassen, und also den übrigen seefahrenden Völkern kein anderer Platz zum Debouchement, als Cadix allein, übrig geblieben, daher denn auch seit vielen Jahren, und lange vor dem Etablissement des Preussischen Comptoirs Leinwand vor einer der ungangbarsten Waaren in Russland gehalten, und mehrentheils nur in Paratto angenommen worden.

Was mit dem Theer in Russland und Holland vorgefallen, und wie dadurch ganze Districte an der Wolga ruinirt worden, die sich davon ernehret, solches ist zu bekant und zu obieur, als daß man davon viel Bernehmung thun sollte. Soviel ist gewiß, daß das davon gesuchte Monopolium viele neue Theer-Brennereyen in der Mark und anderwärts in Teutschland und Schweden veranlasset, und viele Wege eröffnet, woran man vorher nicht gedacht hatte, sodas der Verfall dieses Commercium in Russland nicht sowohl den Preussischen Commercianten, als deren Feinden zuschreiben sein würde.

Aus obangeführtem folget nun von selbst, daß die angezogenen Beschwerden nicht die wahren Ursachen sind, weßwegen die Preussische Handlung bey einigen Ausländern und etlichen wenigen von Ihnen aufgebrachten Russen so verhasst ist, sondern das noch andere Ursachen ver-

¹⁾ Das Zeichen ist nicht deutlich.

borgen sein müssen, welche derselben in der kurzen Zeit soviel Haß und Mißgunst zugezogen. Es haben nemlich die mehresten in Rußland etablirte ausländische Comptoirs, weil sie wenig vor ihrer eigenen Rechnung gethan, sondern nur Commissiones bedienet, dieses ihr einziges Augenmerk seyn lassen, wie sie große Parthysen Wahren verkehren, folglich die davon zu genießende Provision und andere Beneficia vergrößern möchten, ohne darauf einige Reflexion zu machen, wie ihre Comittenten bey solchem Commercio fahren würden. Zu dem Ende haben sie das Mittel ergriffen, die ausländische Wahren an Russen auf lange Zeit zu verkauffen, und damit die Russischen Kauffleute induciret, sich von solchen Wahren zu chargiren, deren Debit Ihnen nicht anders, als schwer halten konnte, welches daraus abzunehmen, daß man viel 100 Exempel anführen kan, daß die Russen verschiedene Wahren so sie solcher Gestalt verhandelt, sogleich wieder gegen baar Geld mit 15, 20 a 25 pCt. Verlust verkaufft haben. Dieses gab ihnen auch Gelegenheit Ihren Patronen weißzumachen, als ob sie diese oder jene Wahre auff Zeit verkaufft hätten, die ihnen doch noch wirklich unverkaufft auff dem Haß lag, nur daß die auswärtigen Comittenten dadurch animirt werden möchten noch mehr Wahren einzusenden. Hingegen machten sie es mit den Russen auff gleiche Weise, kaufften ihnen gleichfalls auff Zeit große Parthysen ab, suchten ihre Correspondenten durch allerhand scheinbare Vorstellungen (deren Wahrheit sie wegen der Entfernung nicht erglinden konnten) zu solchen Parthysen zu verleiten, welche diese letztere öfters auch nur deswegen annahmen, damit sie ihres Capitals nur einigermaßen gesichert sein möchten. Was vor Bestand nun solches Commercium haben könnte, solches lassen sie sich nicht ansehen, sondern verzehrten nicht allein ihre Provision und Profiter, sondern auch einen Theil des ihnen anvertrauten frembden Capitals. Was nun dieses schöne Commercium vor Suiten gehabt, liget am Tage, nemlich

1.- daß durch solche mutuelle Verkaufungen auff Zeit eine Menge böser Schulden an beyden Seiten entstanden und also ein Kaufmann nach dem andern sowohl von Russen als Ausländern banquerout und insolvable wurden, wie man dan Exempel hat, daß Häuser verfallen, welche wirklich nahe an 100/m Rubel Russische Obligationes vorzeigen können,

2. daß nicht allein Neue Comptoirs (welche in Archangel ohnedem zu fallen pflegten, sobald ihre Correspondenten nur ein Jahr die Hand von ihnen abgezogen, und ihnen nicht neue Wahren fournirten) sondern auch die ältesten und best etablirten Häuser zu Grunde gingen, wovon die Exempel anzuführen unnöthig und zu obteux sein würde.

3. Daß als auswärtige Länder Holland, Engelland und Hamburg, ja die ganze Ostsee, über die schlechte Bedienung und großen Verlust, so

sie von der Russischen Handlung hatten, schwere und gerechte Klagen führten, und die dasigen Handels-Leute den Muth hierher zu handeln verlohren, auch fast nichts anderes hierher sendeten, als was sie an anderen Orten nicht absetzen konnten

4. daß endlich solche Banquitroutiers, wenn sie bey ansehuender Decadence ihrer Wahren sich nicht anders retten können, durch betrüglische Contracten mit der Krohne sich zu helfen gesucht, solche aber hiernach nicht zu erfüllen vermocht und dadurch Sr. Keyserl. Maj. Cassa umh entseßliche Summen betrogen, sich aber selbst in das äußerste Elend und Armuth gestürzt. Die Preussische Commerzianten hingegen, welche sich in St. Petersburg etablirte, haben nicht vor rathsam gefunden, diesen ihnen von Ihren Vorfahren gebahnten Weg einzuschlagen, weil sie einerseits ihr Commercium vor ihrer eigenen Rechnung führten, und also der Gewinn und der Verlust, es come derselbe über lang oder kurz, sie selbst mitbetroff; Anderentheils auch, weil sie ehrliche Rauffleute sein und bleiben, und keinen Particulier, vielwehniger aber Ihro Keyserl. Maj. überfortheilen wolten, daher lebten sie als Rauffleute und nicht als große Herren, sie suchten sich vor bösen Schulden so viel möglich zu verwahren, und vertraueten ihre Wahren, welche sie nach der eingeführten bösen Gewohnheit ja nicht anders, als auff Zeit verkauffen konnten, nur guthen und belanten Russischen Rauffleuten, bezahlten hingegen die von ihnen erkaufte Russische Wahren mehrentheils vor baar Geld, selten in einer und zwar kurzen Frist, vergnügten sich gegen ihre Correspondenten mit der ihnen gesetzten Provision und machten solche Rechnungen, dabey diese letztere auch Ihr Conto viel besser, als bei andern Comptoiren finden konnten.

Durch solche Conduite erhielten sie nun zwar dasjenige, was vor die Seele des Commercij gehalten wird, nemlich großen Credit in und außerhalb Landes. Hingegen aber zogen sie sich auch eben dadurch der meisten ausländischen Commerzianten Reid und Haß auf den Hals, ihre nach Proportion ihrer Handlung sehr mäßig eingerichtete Aufführung machte deren übrigen großen und impropportionirten Depensen eine empfindliche Reproche: am meisten aber war ihnen zuwieder, daß sie denen Russen angewöhnten, ihre Wahren vor baar Geld zu verkauffen, und daß sie ihren Correspondenten viel andere Rechnungen machten, als bis dahin gemeinlich aus Rußland gekommen waren, daher sie den befürchteten, daß ihnen selbst entweder Ihre Profite beschnitten, oder auch wol gar Ihre Commissionen entzogen, und auf das Preussische Comptoir transportirt werden möchten, welches auch wirklich geschehen wäre, wosern die Preussische Compagnie nicht vor rathsamer gefunden, sich aller Weitläufftigkeiten zu entschlagen, und ihrem Nachsten auch sein Brodt zu gönnen, westwegen sie dann ver-

schiedene angebende auswärtige Commissionen biß dato von sich abgewiesen. Die vornehmsten und reichsten Russischen Handelsleute, mit welchem die Preussischen Commercianten zu thun gehabt, haben nicht allein bezeuget, vollkommen von Ihrer Conduite zufrieden zu sein, sondern sich auch erboten, dasselbe auf Erfordern, mit ihren Attestatis zu bestätigen. Wofür es aber ein und anderer von den Beyläuffern, mit welchen das Comptoir nichts zuthun haben, oder mit ihnen ungewisse Contracte schließen wolten, und welche zum Theil auch von der Preußen ausländischen Feinden aufgehetet, und durch allerhand Versprechungen angespohrnet sind, einige wie oben gezeigt, ganz ungegründete Klagen über das Preussische commercium führen, so ist solches umb so viel weniger zu bewundern, als diese Leute von dem Commercio an sich selbst, und dessen Schwäche und Stärke sehr wenig Einsicht haben. Man stehet aber Preussischer Seite in der ungezweiften Zuversicht, die von Seiner Russischen Keyserl. Majest. zur Verbesserung des Commercij verordnete, hochpreißliche Commission werde diese Sache tieffer einsehen und diejenige Handlung nicht unterdrücken lassen, welche dem gesambten Commerzio in Russland die solidesten und durablesten Früchte verspricht.

XVIII.

Deciffirter Bericht des Preuß. Gesandten von Wardefeld an den König über den Stand der Tuchlieferung, Moskau, den 15. Juni 1730.

Dasselbst Fol. 8. Bl. 87—88.

Allerburchlauchtigster!

Ew. Königl. Majest. mus allerunterthänigst anzeigen, daß das Tuchlieferungs-Negotium seith einige Tage durch folgende Umstände, in eine ganz besondere Crise gerathe.

Es hat nemlich die Russische Crohne von lange Jahre her, sich das Monopolium von verschiedene Waare, welche am currentesten sind, vorbehalten, und selbige, nachdem Sie vorher im Winter zum Verlauff ausgeboten worden, jährlich im ersten Früh-Jahre vor Species-Thaler an die Meistbietenden verkauft.

Unter diesen Waaren sind nun auch Pot- und Wedasche, Sibirisch Eisen, Caviar, Hausblase und Ahabarbar.

Im verwichenen Jahre aber, als die Wolgorudische Familie zu einer enormen Macht gestiegen, hat es der Haupt-Feind Ew. Königl. Majest.

Handlungs-Compagnie, der Rauffmann Hermann Meyer, bey denselben dergestalt zu intriguiren gewußt, daß der Verkauf benannter Waare, obgleich das Commerc-Collegium in Petersburg selbige geschlossen, dennoch wieder umgestoßen worden, folglich die Waare unverkauft liegen bliebe. Da nun bey denen im verwichenen Winter vorgefallenen Veränderungen, das Gouvernement auf den Verkauf gedachter Waare keine besondere Attention nehmen konnte, und die nöthige Publicationes zu rechter Zeit zu thun versäumt, und die Waare von gegenwärtigem Jahre noch dazu kommen, hat sich die Kaiserl. Cassé damit äußerst embarrassirt gefunden.

Dieses Incident haben obgedachter Meyer, der Englische Consul Ward, und noch ein Engellischer Rauffmann Gardner, zum völligen Ruin des Preußischen Commerc alhier zu tourniren gesucht, und zu dem Ende vor ohngefähr 14 Tage dem Senat offerirt, alle obbesagte Waare vor einen gewissen Preis anzunehmen, wan man Ihnen selbige auff 6 Jahr zuschlage, und sich hingegen verbinden wollte zu Montirung der Trouppen keine andere Lächer zu nehmen, als die ihrigen.

Solches Erbieten hat der Senat, weil Er sich mit erwähnte Waaren jurchargirt gefunden, auch überdem die meisten Senatores von Meyern durch große Praesente gewonnen gewesen, begierig angenommen, und auff dem Point gestanden, den Engelländer alle Ihre Petita zu accorbdiren.

Weil nun dadurch Sw. Königl. May. Untertthane Regoe alhier 6 Jahr lang cessirt, und aller Apparent nach, sich in folgende Zeiten schwerlich retablirt haben würde, man aber auff meine Vorstellungen, daß man die Crohn-Waare und Lächer-Contracte, wie vormahlen, separatirt lassen, und sich nicht an eine Nation so stark verbinden möchte, keine Reflexion machen wolle, unter dem Vorwand, daß die Crohne Ihres Waaren-Lagers, es koste, was es wolle, entlediget seyn müsse, woferne Sie nicht einen unvermeidlichen großen Verlust leiden wolle; So hat das hiesige Preußische Comptoir, umb der gänzlichen Vernichtung Ihres Commerc vorzukommen, resolviren müssen, ebendieselbe Conditiones, welche die Engelländer proponirt, auch zu offeriren. Indessen würden die Senatores dennoch den Engelländern, als den ersten Offerenten, den Contract auff obgedachte Weise zugeschlagen haben, woferne sich nicht der Graff von Ostermann, ohne dessen Mitwissen die Sache von der Englischen Parthey unternommen worden, dagegen gesetzt, und es dahin gebracht, daß es zu Ihro Kayserl. Maj. Decision gestellt werden, welcher von beyden Partheyen hierunter die Praferent gegeben werden solle?

Da nun Ihro Russische Kayl. May. in den favorablesten Dispositionen vor Sw. Königl. May. am hiesigen Hofe habende wichtige Freunde, kräftig unterstützet werden wird, so habe ich gute Hoffnung, daß

ohngeachtet der Englischen Intriguen, diese Affaire dennoch einen solchen Ausschlag gewinnen werde, daß Ew. Königl. May. Commerciauten damit zufrieden zu seyn Ursach haben.

Den ferneren Verfolg davon werde mit nächstem allerunterthänigst berichten und verharre x.

gez.: Mardefeldt.

XIX.

Schluß eines Berichtes des Preussischen Gesandten v. Mardefeldt an den König über den Stand der Tuchlieferungs-Verträge. Moskau den 25. September 1730.

Dieselbst Vol. 8. Bl. 110—111.

Auch, Allergnädigster König und Herr, ist nunmehr die Lieferung der Montirungs-Tücher vor die Russische Armee, Ew. R. M. Handlungs-Compagnie größten Theils zugeschlagen worden, dergestalt, daß dieselbe in diesem und dem bevorstehenden 1731ten Jahre 300/m Arschinen Tücher nach einer einzigen von Ihro Ruß. Kayf. Maj. selbst approbirte Probe, und zwar die Arschin vor 60 Copeyken zu liefern hat.

Vor endlicher Entscheidung dieser Affaire haben sich noch verschiedene große Schwierigkeiten dabey hervorgethan, indem obwohl Ew. R. M. Commerciauten mit dem Kriegs-Collegio, wegen Lieferung einer gewissen Quantität Tücher nach 3 Proben bereits einig gewesen, und die Sache nur zu des Senats Approbation gelegen, dennoch die meisten Membra des Senats, den Graff von Ostermann und die Walligin ausgenommen, solches wieder umstoßen, von keinen Contracten, als welche auch die Engländer vormahls nie gehabt, etwas wissen, sondern die Tücher, wann Sie vorher in St. Petersburg angeführet seyn würden, daselbst taxiren lassen, und nach der Taxa laufen wollen. Wodurch dann Ew. R. M. Commerciauten, welche nur eine geringe Quantität Tücher in St. Petersburg liegen haben, ein sehr wenig vor dieses Jahr zu liefern übrig geblieben, auch im Preise ein ziemlicher Verlust erwachsen seyn würde.

Diese Opposition zu heben, habe ich meine am hiesigen Hofe habende Freunde employren müssen, welche dann der Kayserin Mt. dahin disponiret, daß Sie dem General Jagusinsky, und dem Gen.-Major Graff von Löwenwolde aufgetragen, die beyderseitigen Tücher-Proben in meiner und E. R. M. Comert-Rath Willers Gegenwart zu examiniren, auch auf der-

selben favorablen Rapport, noch in meinem Beseyn den Schluß gefasset, daß die Preußischen Laken vor andern genommen werden sollten; wobey sich Ihro Kayf.-Mt. unter andern folgender Expression bedienet:

„Sie hoffe, die Preußen würden gute Lächer liefern. Wann Sie aber schlecht wären, wolte Sie einen Rock davon aufheben lassen, und selbst an Ew. R. M. senden, damit dieselben dadurch überzeuget werden mögten, daß es Ihre Schuld nicht sey, wann Sie hernach Ew. R. M. Unterthanen nicht mehr favorisiren könte.“

Woserne eine genugsahme Quantität tüchtiger Preußischer Montirungs-Lächer alhier in Bereitschafft gewesen wäre, würde die Summa der Lieferung noch considerabler werden, und den Engländern nicht eine Arschin zu liefern übrig geblieben seyn; Weil aber Ew. R. M. Handlungs-Compagnie durch das letztere lange Lager (welches doch keine andere Ursache, als den damahligen schlechten Lächern, und den daher entstandenen schweren und univervellen Klagen zuzuschreiben ist) abgeschrecket worden und nicht resolviren wollen, Ihre Lächer ohne vorgängigen Contract herein zu senden, die Russ. Armee aber großen Theils nackend und bloß ist, und diesen Winter ohne augenscheinliche Exponirung der Soldaten nicht ohne Montur bleiben kann, So ist nicht möglich gewesen zu verhindern, daß nicht von den Engländern, welche bey 200/m Arschinen über Jahr und Tag hier liegen haben, zur diesjährigen Montirung ein considerables Quantum genommen werden müsse.

Durch obgedachte neue Lieferungs-Arth gewinnt inzwischen Ew. R. M. Handlungs-Compagnie unter andern auch diesen großen Vortheil, daß woserne nur Ihre aufs neue zu liefernde Lächer nicht allein dem Augenschein nach probenmäßig, sondern auch im Tragen gut und dauerhaft befunden werden, dadurch alle alten Klagen aboliret sind, und Sie ihre im hiesigen Commercio bishero erlangte Erfahrung sich dazu dienen lassen kann, die vorherigen Fehler zu verbessern und ihren Handel nicht allein in diesem, sondern auch in andere Länder auf einen festen und soliden Fuß zu setzen.

Woserne Sie hingegen schlechte Lächer, wie vormahls geschah, unter den guten mit herein senden sollte, so kann man es zwar wohl durch gewisse Mittel dahin bringen, daß selbige angenommen werden, alsdann aber werden die hierauff unausbleiblich erfolgenden Klagen ihren gangen Credit alhier so verderben, daß dieselbe nimmermehr wieder zu retabliren seyn wird, und Ew. R. M. beste und zuverlässigste Freunde, woserne Sie nicht die sich dadurch bereits zugezogene Reprochen bestärken wollen, werden sich ihrer im geringsten nicht mehr annehmen können. In Summa, von der jetzigen Lieferung dependiret es, ob Ew. R. M. Unterthanen Lächer-Com-

mercium alhier bestehen könne, oder nicht? Fället dieselbe probenmäßig aus, so können Sie künftigh auf ein considerables Quantum alle Jahr festen Staat machen. Sollten aber die Tücher wieder verhoffen, schlechter befunden werden, so weiß ich kein Mittel mehr, Ihr Negotium im Flor zu erhalten.

Der Ober-Cammerherr Graff von Biron, wie auch die beyden Graffen von Löwenwolde haben sich in dieser Sache Ew. R. M. Unterthanen mit großem Eysser angenommen, welche dreye die gute Reussite dieser Affaire, die sonst wegen des Graffen von Ostermann anhaltender Unpäßlichkeit vielmehr Schwierigkeit gehabt haben würde, hauptsächlich zuzuschreiben ist. Der General Zagusinsky hat sich gleichfalls in diesem Stück gegen Ew. R. M. Unterthanen sehr favorable erwiesen, und mir die Versicherung gegeben, daß Er alles, was in Seinem Vermögen stünde, zu Beförderung Ihres Commercij gerne beytragen wolle.

Ich stelle also Ew. R. M. allgdftm. Gutfinden alleruthgft. anheim, ob dieselbe nicht an den Graff von Biron desfalls ein obligeantes Schreiben abgehn, denen beyden Graffen von Löwenwolde aber, wie auch dem General Zagusinsky darüber ein gdes. Compliment machen zu lassen, allgdft. geruhen wollten.

Mardefeldt.

XX.

Berechnung der Gottbuffer Tuchmacher über die Produktionskosten eines Stückes Mundirungstuch. 1731.

Dieselbst Fol. 8. Bl. 208.

Nachdem am heut untengesetzten Dato das Gewert der Tuchmacher versamlet gewesen und Mann vor Mann umgefraget worden, wie viel ein jeder zu einem Russischen Lieferungs-Tuche Wolle verbrauchte, so ist durchgehends, daß zwei Stein dazu erfordert würden, affirmiret worden. Da nun anjeho der Stein Wolle auff 6 rthlr. gestiegen, und die Mittel-Wolle zu obigen Lieferungs-Tuchen herausgenommen wird, so kommt der Stein aufs Genaueste 4 Rthlr. 12 gr. betragen	Rt.	gr.	✓
2 Stein	9	—	—
Vor die Wolle zu lesen	—	6	—
Gesellen-Lohn vor 14 halben, à 14 \mathcal{L}	—	16	4
Schmier-Lohn vor 14 halben à 2 gr. 3 \mathcal{L}	1	7	6
Summa	11	51	10

	Transport	Rthl.	gr.	ſ
Vor 2 u. Zwiften zu machen	—	2	5	10
Zweyen Gefellen Würder Lohn	—	20	—	—
Vor 14 halben zu fpuhlen à 6 ſ	—	7	—	—
Mehl zur Stärke	—	1	6	—
Die Werffe zu fcheeren	—	1	—	—
Mehl in die Walkmühle	—	1	6	—
In das Gewerf und Schaur	—	2	6	—
Walker Lohn	—	3	—	—
Vor Ein Pfund Baumöhl	—	4	—	—
Vor 2 Stein Wolle Accife	—	2	—	—
Vor Salz dem Gefinde in 8 Tagen	—	1	6	—
Vor Rosent oder Tifchbier	—	1	6	—
Vor die Mahlzeit dem Gefinde des Sonntags	—	6	—	—
Vor Holz und Rühn wöchentlich	—	8	—	—
Vor Würl Stuhl u. Zeug	—	3	—	—
Vor die Rammen, damit die Wolle ausgearbeitet wird	—	8	—	—
Summa	14	6	7	

Ohne des Meifters feine Mühe und gehörigen Unterhalt, welche noch nicht einmahl gerechnet werden. Und obgleich an manchen Orten die Wolle etwas wohlfeiler ift als bey uns, fo kommen je dennoch die Transportkosten fehr hoch, indem fie durch viele Zölle und durch Sachfen durchmüffen, überdieß von diefer schweren Wolle zu einem jeden Tuche weit über zwey Stein erfordert werden, indem fich ein ftarker Abgang darbey befindet.

Gotbuh, den 6. Juli 1731.

Alt-, Mittel- und Jung-Meifter deß ge. Werks der Tuchmacher.

XXI.

Berechnung der Beeslower Tuchmacher über die Produktions-Kosten eines Stückes Tuch. 30. Juli 1731.

Dafelbst Fol. 3. Bl. 288.

An Wolle	9 Rthl. — gr.	ſ
folche zu verlefen	— " 4 " — "	
Summa	9 Rthl. 4 gr. — ſ	

	Transport	9 Rthl.	4 gr.	—	3
Vor die Ausarbeitung und zu Spinnen . . .	1	"	21	"	—
Zu spulen.	—	"	5	"	—
Die Werffe zu scheren.	—	"	1	"	4
Zur Stärke, an Mehl und Walde	—	"	3	"	—
Zu Baumöhl	—	"	4	"	6
Die Werffe zu wirten 2 Weber à 10 gr.	—	"	20	"	—
Zur Zwiste	—	"	6	"	—
Vors Walten und in der Walkmühle	—	"	6	"	—
Vor Abnutzung des Rammes	—	"	2	"	—
Desgl. zum Ramm, womit die Wolle aus- gearbeitet wird	—	"	1	"	—
Vinsen zum Wollrade	—	"	1	"	—
Accise zur Wolle	—	"	2	"	—
Summa	13	Rthl.	4	gr.	10 3

XXII.

Berechnung der russischen Compagnie über die Kosten eines Stückes Tuch
bis nach St. Petersburg. 1731.

Dasselbst Vol. 3. Bl. 252.

Calculation von Ein Stück Russisch Mondirungs-Tuch, was
solches bis St. Petersburg gelegt kostet.

Vor ein Stück weiß Tuch von 24 Arschinen müssen an denen Tuchmachern zahlen	11 Rthlr.	11 gr.		
ab Venefice so Em. Königl. Majeste.				
Allergnädigst accordirt à 4 procent	11 gr.		11	—
Tuchsheerer und Presserlohn			—	16
Färberlohn			2	—
Provision an 3 Factores so die Tuche ankauffen			—	6
Summa	13	22	—	—

	rt.	gr.	ſ
Transport	13	22	—
ditto an 2 Andere so die Tuche empfangen und weiter nach Stettin spediren.	—	3	—
Fracht zu Wasser nach Stettin	—	1	—
Ragleimbt etc.	—	4	—
Emballage und Packerlohn von 1 Ballen à 15 ft. kostet 20 gr. thut auf ein Stück Tuch.	—	1	4
Arbeitslohn und Provision in Stettin von 1 Ball. 5 gr. thut das Stück.	—	—	4
Wollgaster Zoll à Ball. 7 1/2 gr. thut das Stück	—	—	6
Leuchter-Fracht	—	—	2
Salarie-Miethe allhier u. St. Petersburg	—	2	—
Reise-Spesen, Porto vom Gelde, Brief-Porto von 15 rthl. rechnen nur 3/4 pro Cent thut das Stück	—	2	8
Rthl.	14	13	—
Affecuranz & del Credere in Sommer und Winter-Monat in einander gerechnet 4 procent	14	gr.	
Fracht nach St. Petersburg von einer ganzen Ladung von 4000 St. 500 Rthl. thut 1 Std.	3	gr.	
Zoll in Petersburg von 24 Ar. à 3 Cop.: spec. thun 6 Cop.: courr.	1	Roub. 44	Copl.
Agio, Feuer und Accidengien Geld 17 3/4 Rthl.	—	25 1/2	„
Stempel-Geld von jedem Std.	—	3	„
extra ordinaire Spesen und Prae- sente in St. Petersburg und Moscau	—	28 1/2	„
2 Roub. 1 Copl.			
thun parry	2	16	4
Zusammen Rthl.	17	22	4
Handlungs rifigo . . 6 pro Cent	1	11	10
Summa Rthl.	19	10	2

Wenn nun solches Stück Tuch von 24 Ar.
à 60 Copl. abgeliefert wird, thut 14 Roubel 20 Copl.
Davon ab die Provision in Petersburg 3 proc. — „ 43 „

bleibt Rest 13 Roubel 97 Copl.

Diese thun nach jetzigen Moscowitischen Cours					
à 48 Stück holl. und 129 1/2 proc. hiesigen . .	Rthl.	17	6	gr.	—
Ist also nach umstehender Calculation auf					
jedes Stück Tuch Verlust	"	2	4	"	2
	Rthl.	19	10	gr.	2

Gesolltlich 6 Copl. circa ohne Zurechnen, was sonstens öftters an Ellenmaß fehlen thut.

Nachtrag.

Zur Ergänzung der oben S. 45—49 angeführten Zahlen über Production und auswärtigen Absatz der brandenburgischen Tücher füge ich hier noch einige Notizen bei, deren Uebereinstimmung mit meinen obigen Ausführungen ohne besondere Erörterung erhellt.

Friedrich d. Gr. giebt in den brandenb. Memoiren (Oeuvres I, 284) die Ausfuhr von Tüchern aus der Kur- und Neumark auf rund 44 000 Stück jährlich an. Das gründet sich auf die vom Gen.-Direktorium ausgearbeitete und dem König am 14. April 1747 überreichte „historische Nachricht von denen Haupt-Manufacturten der Mark Brandenburg“, deren französische Bearbeitung neuerdings in den Miscellaneen zur Geschichte Friedrichs d. Gr. (1878 S. 401—16) veröffentlicht wurde. Es findet sich daselbst auch eine Bemerkung über die russische Kompagnie (§ 49, S. 412): Der König habe durch sie der Industrie des Landes einen unbeschreiblichen Vortheil (avantage infini) verschafft; sie habe während ihres Bestehens 94 886 Stücke Tuch, durchschnittlich zu 17 Rthl., ausgeführt, wodurch die Unterthanen 1 606 712 Rthl. gewonnen hätten. Die Ziffer, welche der König für den durchschnittlichen Export angiebt, ist die Abrundung der Ziffer von 48 402 Stück, welche das Gen.-Direktorium auf Grund der Acciseregister von 1745 (§ 59, S. 415) vorlegt; 10 000 Stück werden jährlich etwa auf den drei Messen zu Frankfurt a. O. den Ausländern verkauft; die Uebrigen gehen direct nach Leipzig, Frankfurt a. M., ins Reich, nach Hamburg, Lübeck, polnisch Preußen, schwedisch Pommern, Stralsund, Rostock, Mecklenburg, die anhaltischen Lande. In § 60 werden dann vom Gen.-Direktorium als durchschnittliche Production der Kurmark dies- und jenseits der Elbe und Ober 72 789 Stücke Tuch angegeben, wozu 284 648 kleine Stein Wolle à 11 1/2 verbraucht würden (eine sehr niedrige Schätzung, wenn dabei die Neumark, der Export von 48 402 Stück, und die Militärtuche einbegriffen sein sollen). Das Gen.-Direktorium fügt bei, die 8318 Tuchmacher-Meister und die 2486 gehenden Webstühle könnten jährlich 616 494 kleine Stein Wolle verarbeiten, 169 586 Stücke Tuch herstellen, wenn sie voll beschäftigt wären. Wahrscheinlich bezieht sich diese Schätzung auf die ersten Jahre des Jahrzehnts, die ich als ungünstige oben wiederholt charakterisirt habe. Die große Besserung, die 1745—51 eintrat, erhellt nicht nur aus der oben S. 49 angeführten Exportstatistik der Neumark von 1748, sondern auch aus einer Bemerkung des jungen Beckmann, der 1751 das vor 40 Jahren verfaßte Werk seines Vaters „Historische Beschreibung der Chur- und Mark Brandenburg“ auf den neuesten Stand der Dinge zu ergänzen und herauszugeben anfang. Er sagt da I, 808: Nach dem ersten Verfall der Brandenburgischen Wollwebern (es sind wohl die Jahre 1707—17 gemeint) habe man die 2—250 000 kleine Stein Wolle, die im Lande durchschnittlich fallen, nicht verarbeiten können. Jetzt aber, da in diesem Lande über 3000 Tuchmacher, 400 Strumpfmacher, 1000 Wollzeugmacher und 200 Putmacher seien, welche 464—465 000 kleine Stein verarbeiten können, fehle es nicht an Vertrieb und Vergütung der Wolle, ja es müßte noch ein guter Theil auswärtiger Wolle zu Hülfe gezogen werden.

Die erste Flucht und Verbannung des Fürstbischofs von Breslau, Philipp Gotthard Grafen Schaffgotsch. 1757—1763.

Nachdem Friedrich der Große von Schlessen Besitz ergriffen hatte, mußte ihm sehr viel daran gelegen sein, die hohen katholischen Kirchenämter der neuen Provinz in den Händen zuverlässiger, ihm ergebener Männer zu sehen, damit der Klerus derselben nicht zu einem Herde der Agitation gegen ihn gemacht würde. Denn darüber konnte er sich keiner Täuschung hingeben, daß die Sympathien der katholischen Geistlichkeit dem Hause Oesterreich angehörten, und daß dieselbe den Uebergang der Landesherrschaft an einen protestantischen Souverän nicht gern sah. Besonders war diese Gesinnung im Domkapitel sehr stark ausgeprägt, das im ersten schlesischen Kriege sich in Schulden stürzte, um dem Wiener Hofe 25 000 Thaler zum Geschenk machen zu können; die Domherren korrespondirten trotz des königlichen Verbots mit dem Auslande; im zweiten schlesischen Kriege leisteten katholische Geistliche und Lehrer am Gebirge den Oesterreichern Rundschafterdienste.¹⁾ Es half Friedrich dem Großen wenig, daß er der katholischen Religion (nicht Kirche) ihren statum quo, der Kirche ihren Besitzstand zusicherte und an diesem Grundsatz mit solcher Strenge festhielt, daß er den Evangelischen nicht einmal unbenuzte katholische Kirchen zurückgab; er erregte im Gegentheil einen Sturm gegen sich, als er alle Temporalien sachen an die Oberämter (Obergerichte) in Breslau und Glogau verwies, für die Spiritualien Konfiskationen, bei denen ein katholischer Geistlicher als Besitzer fungirte, einrichtete, und befahl, daß die Appellationen gegen die Sprüche beider an das Tribunal in Berlin gehen sollten; aufs Strengste wurden Appellationen

¹⁾ Die Angaben sind dem 10. Bande der „Publikationen aus den Königl. Preussischen Staatsarchiven“ entnommen.

an den Papst oder an einen auswärtigen geistlichen Vorgesetzten verboten.¹⁾ Diese Bestimmungen waren durchaus übereinstimmend mit dem Staatskirchenrecht der übrigen preussischen Provinzen, besonders der clevischen Lande, und überdies gehörte nach dem westfälischen Friedenspakt im Reich dem evangelischen Souverän auch der Summebischof über seine katholischen Unterthanen; auch waren solche Bestimmungen in verschiedenen katholischen Ländern rechtsbeständig. Dennoch remonstrirte der Fürstbischof von Breslau, Cardinal Singendorf, gegen jeden einzelnen Punkt jener am 15. Januar 1742 erlassenen Verordnung, zu der Friedrich als Souverän und kraft des Rechts der Eroberung berechtigt war. Verhandlungen zwischen der preussischen Regierung und dem Cardinal Singendorf, diesem letzteren das Generalvikariat für alle preussischen Provinzen außer Ostpreußen und den clevischen Landen zu übertragen, wofür man auch die rein katholischen Matrimonialsachen dem bischöflichen Konfistorium überlassen wollte, zerfielen sich 1744, weil der Papst verlangte, als geistliches Oberhaupt der preussischen Katholiken anerkannt zu werden, ferner beanspruchte, daß die Appellationen an ihn gerichtet und von ihm erst an preussische Offiziale delegirt würden, endlich weil der vom König verlangte Eid der Treue, den der Generalvikar leisten sollte, Anstoß fand.

Angeichts des zähen Widerstandes, den seine Verordnungen hervorriefen, faßte Friedrich der Große schon früh die Geltendmachung des Rechts der königlichen Ernennung zu den geistlichen Stellen ins Auge, wie es in Polen, Ungarn, Spanien und Frankreich geübt wurde, wie es die polnischen Herzöge von Schlesien besessen hatten, und wie auch tatsächlich die österreichische Landesherrschaft es in einer Reihe von Fällen bei Bischofs- und Abtswahlen in Anwendung gebracht hatte. Vor allem machte er den Anspruch, daß das Domkapitel und die Konvente nicht Wahlen, die ihm nicht genehm wären, vollzügen, sondern sich nach seinen Wünschen richteten. Derjenige, welchem der königliche Rechtsanspruch zuerst und am reichlichsten zu Gute kam, war der Dompropst Philipp Gotthard Graf Schaffgotsch, der einzige unter den Domherren, welcher, wie es den Anschein hatte, sich dem König mit Offenheit angeschlossen und ihm ergeben war. Der König beehrte ihn deswegen mit seinem Vertrauen, zog ihn oft in seine Umgebung und genoß gern des Umgangs mit dem noch jungen Prälaten, der ihn durch seine feinen gesellschaftlichen, aristokratischen Manieren, durch seine gewandte und geistreiche Konversation in hohem Grade für sich einzunehmen wußte. Der König überhäufte ihn mit Ehren, Würden, Einkünften und Aemtern, aber

¹⁾ Notifikationspatent vom 15. Januar 1742. *Archivpublikationen* X, Seite 56.

wohl in keinem Menschen hat sich der große König so sehr getäuscht, wie in ihm.

Philipp Gotthard Graf Schaffgotsch war 1716 als fünfter Sohn des Grafen Hans Anton auf Rynast, Freiherrn v. Trachenberg († 1742), als viertes Kind aus zweiter Ehe, geboren. Aus der ersten Ehe Hans Antons stammte nur Graf Karl Gotthard, Majoratsherr auf Rynast, Ritter des goldenen Vlieses (1706—1780). Der älteste echte Bruder des Bischofs, Franz de Paula Gotthard, war l. l. Oberflieutenant, der zweite, Johann Nepomuk Gotthard, war Baillif des Malteserordens und wurde zum Königl. preussischen Etats- und Kriegsminister ernannt, der dritte, Leopold Gotthard, war Malteserritter und eine Zeit lang preussischer Major; der nächstjüngere Bruder Philipps Gotthards war Anton Gotthard, Erbherr auf Deutsch-Crawarn und l. l. Oberhofmarschall, der zweitjüngere, Emanuel Gotthard, war preussischer Kammerherr und Major, der jüngste, Ceslaus (geb. 1726), wurde Dompropst und Prälat zum h. Kreuz in Breslau, später Abt zu St. Peter und Paul in Prag († 1781). Philipp Gotthard hatte im Collegium Romanum zu Rom (dem Jesuitenstift) seine Ausbildung erhalten und dort, wie Theiner¹⁾ sagt, ein engelgleiches Leben geführt, so daß er „der Gegenstand allgemeiner Erbauung gewesen war“. Dieses Lob konnte ihm nicht mehr zu Theil werden, als er Domherr in Breslau geworden war. Er erregte dort durch seinen leichtfertigen Lebenswandel den größten Anstoß bei seinen Kollegen, und selbst als er in Rom verweilte, um Singendorf im Conclave zur Seite zu stehen, gab er sich, wie der Papst später schrieb,²⁾ einigen Leichtfertigkeiten hin, die von der gesammten Versammlung der Kardinäle gemißbilligt wurden. Der Abbe Nicolini äußerte 1746 zum Minister Podewils, Schaffgotsch werde in Rom als scelerat hieß, abgefeimter Bösewicht bezeichnet, und man sei der Meinung, Friedrich erhebe ihn so sehr, um durch ihn die katholische Kirche in Schlessien untergraben zu lassen.³⁾ Schaffgotschs Lebenswandel war Ursache, daß seine Kollegen gegen ihn beim Papste Denunziationen einreichten, so oft er zu einer neuen Würde befördert werden sollte, und als 1747 der Cardinal Singendorf begraben wurde, schritt Schaffgotsch als Einzelner, vom Domkapitel getrennt, hinter dem Sarge her, weil kein Domherr neben ihm im Zuge erscheinen wollte. Friedrich suchte die Schwächen seines Schütlings nach Möglichkeit zuzudecken; an seiner Ergebenheit zweifelte er nicht, da sich Schaffgotsch bei allen Verhandlungen mit Singendorf redlich für den König

¹⁾ Theiner, Zustände der katholischen Kirche in Schlessien I, S. 290.

²⁾ Theiner I, S. 315.

³⁾ Publikationen aus den Königl. Preussischen Staatsarchiven, X, S. 591.

bemühte und in seinen Ausdrücken den päpstlichen Hof wenig schonte. So schrieb er am 18. Juni 1744 an den Minister Münchow: „Man muß standhaft bleiben und dem römischen Hofe die Zähne zeigen, da er sich sonst mehr und mehr gegen die Intentionen des Königs versteifen wird, wie ich es noch mündlich Sr. Majestät sagen werde.“¹⁾ Friedrich der Große verschaffte ihm zuerst unter dem größten Widerstreben des Konvents 1743 die Abtei der regulirten Augustiner-Chorherren auf dem Sande zu Breslau, sodann 1744, da Singendorf kränklich war, unter unsäglichen Schwierigkeiten die Würde eines Coadjutors, endlich, nach dem Tode des Cardinals, ernannte er ihn, gegen den ausgesprochenen Willen des Domkapitels, zum Fürstbischof von Breslau. Kaum aber war Schaffgotsch durch den Minister Münchow in sein Amt eingesetzt, als er der Regierung ein anderes Gesicht zeigte. Des Königs, der ihn im Widerspruch mit den kirchlichen Prätensionen eingesetzt hatte, sich sicher glaubend, war er nun darauf bedacht, durch plötzlichen Wechsel seines Verhaltens sich auch die Zustimmung und Anerkennung des Papstes und des Klerus zu verdienen. Dies sein Verhalten hat ihm die Sympathie der katholischen Kirchenschristen zugewandt, und das bekannte Buch des Paters Augustin Theiner scheint lediglich zu dem Zwecke geschrieben zu sein, ihn als Märtyrer der Kirche gegenüber dem tyrannischen Verfahren Friedrich des Großen hinzustellen und plausibel zu machen, daß seine 1757 ausgeführte Desertion ein berechtigter Akt der Selbsterhaltung war. Zu diesem Zweck war es auch nöthig, den Glauben zu erwecken, daß Schaffgotsch als Bischof sich eines heiligen Lebens befleißigt habe.

Theiner behauptet nämlich,²⁾ Schaffgotsch habe infolge einer gefährlichen Krankheit im April 1746, die er sich durch seine Ausschweifungen zugezogen hatte, den festen Entschluß gefaßt, von seinem ärgerlichen Lebenswandel gänzlich abzulassen, und will glauben machen, er sei diesem Entschluß auch treu geblieben. „Man erkannte in ihm nicht mehr den alten Menschen“, sagt Theiner; „er schien zu den ersten Jahren seiner Jugend zurückgekehrt zu sein (da er noch das „engelgleiche“ Leben führte). . . . Die innere moralische Würde, die ihn jetzt zierte, verlieh seinen Gesprächen einen unaussprechlichen Reiz holber und nicht beleidigender Ironie, welche ihm alle Herrschaft über unvorsichtige und lieblose Sittenrichter gab und Allen, Katholiken wie Protestanten, Achtung, ja Ehrfurcht einflößte. . . .“ Ueber seine Gesamtwirksamkeit spricht Theiner sich folgendermaßen aus: „Der neue Bischof hatte den heißesten Wunsch, Ordnung in die zerrüttete Diözese zu

¹⁾ Archiv-Publikationen Bd. X, S. 497.

²⁾ I, 289, 290.

bringen und den eingewurzelten Uebeln, über welche die öffentliche Meinung der Katholiken nicht allein laut klagte, sondern auch seufzte und weinte, abzuheilen durch weise Vermittelung zwischen Thron und Kirche. Vom ersten Tage des Antritts seiner Regierung bis zum Augenblick, wo ihn der Sturm gewaltsamer Ereignisse nöthigte, den Schauplatz zu verlassen, ging er hierbei mit einer Aufrichtigkeit und Weisheit sowohl in Bezug auf den König als rücksichtlich des heiligen Stuhles zu Werke, die ihm zur größten Ehre gereicht und beweist, daß er der von Gott erhaltenen Würde wie nur Einer würdig war und sie gleich dem weisen Haushalter im Evangelium zu verwalten wußte.“¹⁾

Es ist nicht gerade auffällig, daß sich Theiner diese Ansicht gebildet hat, da seine Quelle die Briefe Schaffgotschs selbst gewesen sind. Derselbe versicherte unter anderem in einem Schreiben vom 26. November 1749 dem Papste, seit der Regierung seiner fünf oder sechs Vorgänger sei Keiner gewesen, der einen weniger ausgeschmückten Palast, eine einfachere und frugalere Tafel und weniger zahlreiche Dienerschaft gehabt habe als er.²⁾ Am 23. Februar 1750 schreibt er: „Wahrlich am Richterstuhle Gottes verspreche ich mir hiervon (nämlich von seinen Bemühungen für die Ansprache der Kirche) einigen Lohn zu erhalten, und, wird hier von mir keine andere Rechenschaft gefordert, als über meinen glänzenden Hofstaat, über zahlreiche Dienerschaft und Pferde, über prachtvolle Ausschmückung meines Palastes: so wäre ich sicher, geraden Weges ins Paradies zu kommen, ohne nur eine kleine Viertelstunde in den reinigenden Flammen des Hefefeuers verweilen zu dürfen, da es der ganzen Stadt bekannt ist, daß ich ohne allen Glanz und zurückgezogen wie ein Eremit lebe.“³⁾

Die Akten der Schlesiſchen Geheimen Ministerialregistratur im Königlich-staatlichen Staatsarchiv zu Breslau geben indeß ein wesentlich anderes Bild von Schaffgotsch, als dasjenige ist, das seine Briefe und Theiner von ihm entwerfen.

Ein Vorfall des Jahres 1751 beweist zunächst, daß der Bischof Schaffgotsch an seinem Lebenswandel nichts wesentlich geändert hatte. Nur dem Eingreifen des Königs hatte er es damals zu danken, daß nicht ein weltkundiges, öffentliches Aergerniß daraus wurde, und auch jetzt könnte ein Schleier über die ganze Angelegenheit gezogen werden, wenn es nicht gälte, der Wahrheit die Ehre zu geben gegenüber der allgemein für

¹⁾ Theiner II, S. 3.

²⁾ Theiner II, S. 41.

³⁾ Ebenb. S. 61. Das Concept ist im Bresl. St.-Archiv B. A. I, 6 p.

authentisch gehaltenen Darstellung Theiners, welche geeignet ist, den großen König bei allen guten Katholiken verhaßt zu machen.

Im Oktober 1751 machte die Frau des Domestiken Ferdinand Ruhn im Schlosse zu Ottmachau auf den Fürstbischof einen Mordanschlag, der jedoch mißlang,¹⁾ und brachte sich darauf einige indeß nicht gefährliche Wunden bei, von denen sie bald hergestellt wurde. Der Bischof gerieth in große Furcht, daß sie den Mordversuch erneuern könne, zumal sie nach Reife entwich, und ließ sich durch zwei bischöfliche Landeskämmerer und durch vier Mann bewachen. Auch hat er den König, die Person verhaften zu lassen, und dieser, dem jedes ärgerliche Aufsehen, das des Bischofs Lebenswandel verursachen konnte, höchst unangenehm war, da er ihn unter so großen Schwierigkeiten zu seinen Würden erhoben hatte, befahl am 14. Oktober 1751, die „Ferdinandin“ als „verrückt und toll im Kopf“ zu behandeln, untersagte alle Verhöre, Untersuchungen und Prozeduren über den Fall, ordnete an, wenn sie sterben sollte, sie still und ohne Infamie zu beerdigen, wenn nicht, sie an einem besonderen Orte einzuschließen, und, wenn das Publikum von der Sache hören sollte, es durch die Zeitungen zu belehren. In Reife, wo bald „alle schlechten Weiber sich mit Historien von dieser Begebenheit herumtrugen“, ließ Generalmajor v. Treslow sie festnehmen und in ein Jungfrauenkloster bringen; von dort aus korrespondirte sie, unterredete sich auch mit dem Polizeidirektor Engelbrecht, weil sie dem General Treslow gesagt, sie wolle eine *specios facti* nebst Information von der üblen Wirthschaft, die mit dem Bisthum und den *pils causis* getrieben würde, an des Königs Majestät senden. Ueber ihre Stellung und Verwendung ließ sich in den anderweitigen Akten des Breslauer Staatsarchivs nichts weiter auffinden, als daß der Bischof am 11. Dezember 1750 seinem Vogt Ursprung im weißen Vorwerk zu Breslau befahl, ihm Federn schleifen zu lassen und an die Ruhnin nach Ottmachau zu schicken, da er sie für seine Domestiken dort nöthig habe.²⁾ Der Fürstbischof fühlte sich nicht beruhigt und sprach den Wunsch aus, daß sie in sicheren Gewahrsam gebracht werde, verlangte auch, daß dem Engelbrecht der Verkehr mit ihr untersagt würde. Besondere Furcht hatte er davor, daß ihr Mann, wie es schon früher vorgekommen, nach Wien reisen und dort Lärm schlagen werde, was ihm die Ungnade des Königs zuziehen könne; er trug deshalb auf Verhaftung desselben an. Treslow sandte einen Offizier ins Kloster, weil es hieß, die Ruhn wolle mit des Bischofs Bruder, dem Grafen Leo-

¹⁾ Der Bischof rettete sich durch eine Tapetenthür. Mittheilung des Herrn Geh. F. dvirath Dr. Lehmann aus den Akten des Geh. Staatsarchivs.

²⁾ B. A. I, 6 p.

polb, in den Bischofshof zurückkommen. Am 30. Oktober wurde sie nach Brieg ins Zuchthaus transportirt, wo ihr eine besondere Stube angewiesen wurde; alle gefährlichen Instrumente wurden ihr abgenommen, alle Kommunikation wurde ihr abgeschnitten. Jedoch hatte sie sich bald den Zuchthausmeister Schlegel zum Freunde gemacht; er ließ ihr mehr Freiheit, stellte ihr mehr und mehr von ihren Sachen zu, ließ eine dem Bischof sehr unangenehme Person mit ihr verkehren, erhöhte ihr Tagesgeld um 2 Ggr., nahm sie des Morgens gleich in sein Zimmer und gab ihr zu nähen, ließ sie Mittags an seinem Tisch essen, gab ihr zur Nacht ein, wie der Bericht sagt, „vertraut sein sollendes Weib“ zur Gesellschaft, zur Enttörung einer entstehenden Desperation, und ließ sie im Korridor bis an seine Thür promeniren. Sie fand auch Mittel, an den König zu schreiben, als derselbe sich in Breslau aufhielt; dieser aber war sehr ungehalten darüber und befahl Münchow von Reize aus am 12. September 1752, sie solle unter dem Vorwande, daß sie nach Böhmen geschafft werde, unter gehöriger Aufsicht und in zugemachtem Wagen nach Küstrin transportirt werden; derjenige, der den Transport zu führen habe, solle mit seinem Kopfe dafür haften, daß sie Niemand sehen oder sprechen, noch etwas schreiben oder bestellen könne, und daß sie sich kein Leid zusüße. Die Transportkosten solle der Fürstbischof tragen, ihr auch zu Kleidern und Wäsche Subsistenzmittel und Unterhaltsgelder monatlich oder quartaliter geben; beim Transport solle aller Elat vermieden und sie um die großen Städte herumgeführt werden. Der Bischof erlegte 120 Thlr. für die Transportkosten, bezahlte auch eine bedeckte Chaise und ließ ihr auf Bericht des Landeshauptmanns Baron v. Stillsfried monatlich 5 Thlr. durch den Reizer Hofrichter Freiherrn v. Hohenhausen auszahlen. Fürst Moritz von Dessau, der in Küstrin kommandirte, war aber der Meinung, daß dies nicht ausreiche, und forderte wenigstens 8 Thlr. monatlich für sie. Auch hat der Fürstbischof jedenfalls noch besondere Ausgaben für sie gehabt, die in den Akten aufgeführt werden, z. B. Auslagen für Beschaffung von Möbeln; in einer Rechnung des Stadtmajors von Küstrin, Vollmar, finden sich 2 Bouteillen Sekt, 1 Paar gelbe Pantoffeln, halbsche Medizin in der Blutstärkung und Medizin an den Regiments-Feldscher aufgeführt; die gesammte Rechnung belief sich auf 60 Thlr. Im März 1753 hören die Akten über die Ferdinandin auf.¹⁾

Noch deutlicher sind einige Stellen in den Briefen, die der Bruder des Fürstbischofs, Leopold, an ihn schrieb. Graf Leopold Schaffgotsch war, wie oben schon bemerkt, Malteserritter und war preussischer Major in einem Reiterregimente, welches in Ostpreußen garnisonirte, gewesen. Wie er selbst in einem

¹⁾ M. R. XIV, 3 Nr. 14.

in schlechtem Französisch abgefaßten Schreiben ¹⁾ dem Bischof, seinem Bruder, vortreibt, hatte dieser ihn dazu veranlaßt, zu ihm zu kommen und den Dienst, „diese Sklaverei“, zu quittiren; die Briefe, in denen er ihm dies geschrieben, habe er ihm später durch seinen Hofkaplan wegnehmen lassen. In Margdorf (auf dem Schlosse des Bischofs bei Bobten) angekommen, sei er von ihm mit brüderlicher Gültlichkeit aufgenommen worden; dann, als sie nach Brodte (Brodau bei Breslau) — hier folgen die Worte: dans votre petite Maissonnette, das sogenannte Waschkhaus — gereist seien, habe der Bischof ihm einen Brief an den König diktiert, in dem er habe erklären müssen, daß er fortan seinen Aufenthalt beim Bischof nehmen und seine Wohlthaten genießen würde. Darauf seien sie nach Warmbrunn gereist; dort aber habe sich das Benehmen des Bruders gegen ihn plötzlich geändert, als ein Brief des Königs eingetroffen sei, der jenen Entschluß gemißbilligt habe (der König nahm es nämlich sehr übel, wenn ein Offizier ohne zwingende Gründe um den Abschied einkam). Der Bischof habe ihn von diesem Zeitpunkt schlecht behandelt, wie den Geringsten der Menschen und wie einen Bettler (*gueux*); er habe ihm zuerst eine Stelle im Kloster zu Braunau angeboten; dann habe er, Graf Leopold, nach Grüssau gehen müssen und dort sechs Monate unter den Priestern *assez médiocrement* und mal *tenu* zugebracht, darauf habe ihn der Bischof zu ihrer Mutter nach Prag geschickt und versprochen, ihm jährlich 2000 Gulden zu zahlen, was aber nicht geschehen sei. Er wolle nichts davon sagen, daß er in seine *chronique scandaleuse* mëlirt worden sei; der Bischof habe ihn durch tausend Versprechungen wieder in sein Haus gelockt, wo er den Kammerdiener der Anderen habe spielen und, um es den Anderen an Aufwand gleich zu thun, sein Vermögen habe opfern müssen. Der Bischof habe ihm eine Pension von 800 Gulden, nebst Wohnung, Tisch, Equipage und zwei Bedienten ausgesetzt; er habe diese Vortheile aber nur ein halbes Jahr genossen, da der Bischof dann entflohen sei. Graf Leopold erwähnt sodann seiner Dienste und Fatiguen bei Ausgleichung der „spectaculösen Affairen“ des Bischofs, von denen er ein Viertel des Alphabets und noch mehr ohne Namen ihm nennen könne; er habe sein Geld in der solennelle banque verloren, die zwischen dem Bischof, dem Baron Voos und dem Grafen Falkenhayn getheilt worden sei. Der Bischof habe an den König geschrieben, er möge die Erbschaft seiner Tante dem bedürftigsten seiner Brüder zukommen lassen; diese Summe aber sei für die Bestreitung der bekannten „Capricen“ des Bischofs aufgegangen. Was nun folgt, lautet

¹⁾ M. R. XIII, 27 d. Das Schreiben ist undatirt; die Zeit der Abfassung geht daraus hervor, daß es die Antwort auf einen Brief des Bischofs vom 20. Mai 1758 ist.

im Originaltext: „Je souffre assez pour decompter du mal que j'ai fait quant à cette fille qui inquiette votre conscience que j'ai gardé chez moi apres votre retraite, et ne suivi en cela votre conseil, j'avais trop de conscience d'abandonner une personne laquelle j'avais trois ans chez mois pour votre caprice et je n'avais assez d'argent pour l'établir et envoyer dans sa patrie, le monde ici ne se scandalise si aisement de l'entretiens d'une fille et je n'eus jamais en usage de leur donner des obligations ou assurances de quelque milliet de florins et apres quelque tems les leur dechirer, d'un tel usage je vous ai connu cher frere et il m'en restent encore deux sur les bras dont vous saurez bien le nom et qu'ici dans votre absence ne laissent de me tourmenter fierement, vous ne redirez surement.“

Die hierin geschilderten Zustände waren vielleicht im vorigen Jahrhundert auch an anderen geistlichen Höfen nicht ungewöhnlich; gewiß aber hat der Bischof Schaffgotsch keinen Anspruch auf das Lob, welches Theiner seinem Lebenswandel zukommen läßt. Ebenso wenig aber wie er ein Heiliger war, darf er als Opfer der Tyrannei Friedrichs gelten. Theiner sagt: ¹⁾ „Als Friedrich II. im Dezember 1757 den Oesterreichern, die siegreich in Schlesien vorgebrungen und fast im Besitz dieses Landes waren, Breslau wieder abgenommen hatte, ergriff der Bischof die Flucht, ²⁾ aus Besorgniß, nach Spandau oder Magdeburg abgeführt zu werden, da der alte Groll des Königs, anstatt sich zu legen, nur mit jedem Tage höher gestiegen war.“ Nun hat freilich Schaffgotsch in einem Immediatschreiben, d. d. Nitolsburg, den 30. Januar 1758, behauptet, der König habe Argwohn gegen ihn gezeigt, Merkmale geäußert, die ihn der Hoffnung zur Wiedererlangung seiner Gnade beraubten, und lediglich das Unglück der auf ihn geworfenen Ungnade habe ihn zu seiner Entweichung genöthigt; der König selbst aber bezeichnet diese Gründe als „die unerheblichsten Vorwände“, und da der Bischof niemals jene Merkmale der Ungnade näher bezeichnet hat, von denen er spricht, so wird dem Könige beizupflichten sein, welcher die Angst, das üble Gewissen und das Schuldbewußtsein als die wahren Gründe, die den Bischof zur Flucht veranlaßt haben, anglebt. Denn vom Moment seiner Installation an hat der Bischof Schaffgotsch unaufhörlich insgeheim gegen den König agitirt, auch offen seinen Anordnungen Widerstand geleistet, während der König ihn mit unglaublicher Geduld trug; und zieht man das

¹⁾ II, S. 146.

²⁾ Dies geschah 14 Tage vor der Wiedereinnahme Breslaus, am Tage der Schlacht bei Leuthen.

Leben des Bischofs in Betracht, so liegt die Vermuthung nahe, daß er sich nicht aus wahren Eifer für die Kirche, sondern um bei der Kurie und seinen Amtsgenossen für sein sittliches Verhalten Duldung und Nachsicht zu erlangen, in die Rolle eines Vertheidigers der Kirchenrechte warf und seinen Souverän und Wohltäter in den Ruf eines Kirchenräubers und Tyrannen brachte.

Raum hatte der schlesische Minister Graf Münchow am 2. Oktober 1747 vor dem versammelten Domkapitel den Willen des Königs, daß Schaffgotsch den bischöflichen Stuhl besteige, verkündigt und die anwesenden Domherren bewogen, dem neuen Bischof durch Handschlag zu huldigen, als dieser selbst, allerdings gemäß einer Verständigung mit Münchow, feierlich protestirte, weil er die päpstliche Bestätigung nicht habe, und weil das Kapitel dagegen sei.¹⁾ Als dann der Abbe Bastiani in Rom wegen seiner Bestätigung als Bischof unterhandelte und dabei den Indult, d. h. das vom König beanspruchte Recht der Ernennung zu den geistlichen Stellen, das schon seit Jahren diskutirt wurde, vorbrachte, verdächtigte Schaffgotsch seinen eigenen Anwalt beim Papste, als handle derselbe eigenmächtig und ohne Auftrag des Königs, was völlig aus der Luft gegriffen war und als Gegenstand des Vorwurfs in dem Munde dessen, der durch den Machteinfluß des Königs ausschließlich Abt zu St. Maria auf dem Sande, Coadjutor und Bischof geworden war, in hohem Grade auffällig erscheinen mußte.²⁾ Seitdem erwies er sich als erbitterter Feind Bastiani's, der sich der Rechte und Ansprüche des Königs unwandelbar loyal annahm. Schaffgotsch suchte ihn sofort wegen seiner Sitten (!) beim römischen Stuhl anzuschwärzen, was indeß keinen weiteren Erfolg hatte. Als der König beim Papste beantragen ließ, Bastiani als Lohn für seine Dienste — er hatte wirklich die Sache des Bischofs beim Papste ausgeglichen — eine Domherrnstelle zu verleihen, hintertrieb es Schaffgotsch; jedoch mußte er zwei Jahre später dem erneuten Andringen des Königs nachgeben. Gleich nach seiner Ernennung zum Bischof sandte Schaffgotsch dem Papste eine Denkschrift ein, in welcher er die Bedrückungen, welche die Kirche in Schlesien vom Könige zu erleiden habe, aufzählte. Die Hauptpunkte darin betrafen 1) die hohen Abgaben des Klerus, 2) die Bestimmung, daß Niemand vor erlangter Mündigkeit und ohne Erlaubniß der Regierung in den geistlichen Stand und in ein Kloster eintreten dürfe, 3) daß zur Eheschließung die Einwilligung der Eltern, Vormünder, Grundherren u. s. w. gehöre, 4) daß der König einen kirchlichen Appellhof zweiter

¹⁾ Promemoria des Generalsekretärs Glogin M. R. XIII, 27 b. Theiner I, S. 303.

²⁾ S. meinen Aufsatz: Die Streitigkeiten des Abbes Bastiani u. s. w. in dieser Zeitschr., Jahrg. 1880, S. 468 ff. S. Archivpubl. XIII. Münchow an d. R. 18. Jan. 1748.

und dritter Instanz in Schlessen haben und Appellationen an den Papst auch in spiritualibus nicht leiden wolle. Alles dies war nicht neu, sondern dem Papst seit Jahren bekannt. Auf's Neue klagte Schaffgotsch beim Papste, als Friedrich am 21. Juni 1753 eine Verordnung erließ, daß 1) kein Ordensgeistlicher ein Testament machen dürfe, 2) Ordensgeistliche keine Erbschaften oder andere Vortheile erwerben dürften — solche sollten den nächsten Anverwandten zukommen, die ihnen dafür 4 Prozent unter Caution zahlen sollten — 3) daß Ordensgeistliche ohne Gelübde oder Weltgeistliche frei über ihre Habe verfügen dürften, doch so, daß nur der dritte Theil der aus einer Pfründe oder einem Benefizium erworbenen Habe dem Kloster, Stifte oder der frommen Körperschaft vermachet werden könne, und behufs Durchführung dieser Bestimmung solle der Testirende die aus den Pfründen erübrigte Summe eiblich angeben; das Drittheil dürfe die Summe von 500 Thalern nicht überschreiten; 4) entgegenstehende Verfügungen von Seiten der Kirche seien aufgehoben, 5) die Testirungen Weltlicher an Klöster und Stiftungen dürften ebenfalls die Summe von 500 Thalern nicht überschreiten, 6) davon auszunehmen seien die frommen Körperschaften gehörigen Armen-, Waisenhäuser und Hospitäler, 7) auch für den Bau, die Aus schmückung und Reparatur von Kirchen und Klöstern dürfe nicht über 500 Thaler vermachet werden, 8) dasselbe solle für auf Naturalien lautende Vermächtnisse gelten, 9) größere Vermächtnisse sollten reduziert werden, 10) Vermächtnisse an auswärtige fromme Körperschaften sollten verboten sein, 11) die Mitgift beim Eintritt in kleinere Klöster dürfe nicht 500 Thaler, in größere nicht 1000, in abliche Stifter nicht 2000 übersteigen, 12) davon seien jedoch die üblichen Reise- und Gelübdeauslagen auszunehmen, 13) nähmen die Ordensoberen mehr an, so sollten sie das Doppelte an den Staatsschatz zahlen, was auch bei Vermächtnissen gelten solle, 14) alle Testamente, Robigille und Schenkungen an fromme Körperschaften sollten der Regierung zur Einsicht und Bestätigung vorgelegt werden, 15) die Geltung dieser Gesetze datire vom Ausstellungstage.¹⁾ Als nun am 14. April 1754 die Oberin der Augustinerinnen in Breslau starb, begab sich Münchows Nachfolger, Herr v. Massow, mit zwei Regierungskommissarien in das Kloster, um die Zimmer der Verstorbenen zu versiegeln. Da stellte sich ihm der Bischof mit einem feierlichen Protest in den Weg und wich erst, als ihm mit Anwendung von Gewalt gedroht wurde. Friedrich war mit Recht aufgebracht darüber und schrieb ihm unter Anderem: „Ich kann mich nicht länger halten, Ihnen mein Mißfallen über Ihr undankbares Verfahren und Ihre unvernünftige Aufführung auszusprechen. Einerseits finde ich mich in Wahrheit getrübet,

¹⁾ Theiner II, S. 89. Suarez II, S. 657. Archivpublikationen XIII.

daß Sie lieber in diesen Angelegenheiten als in anderen, die noch ernsterer Natur als diese sind, die Maske ablegen, doch auf der andern Seite will ich Sie auch darauf aufmerksam machen, daß Sie sich für die Zukunft durchaus aller Eingriffe in Meine Souveränitätsrechte zu enthalten haben und sich nimmermehr jener Anzetteleien, Umtriebe und Intriguen bedienen dürfen, um mich nicht zu bemüßigen, Ihnen meine Indignation fühlen zu lassen und zu zeigen, wie viele Mittel mir zu Gebote stehen, um jene von meinen Unterthanen zu ihrer Pflicht zurückzuführen, die aus Anmaßung glauben, sich ihrer Schuldigkeit entziehen zu dürfen, und die sich auf die gemeinste und undankbarste Weise unabhängig machen wollen.“¹⁾ Kurz vorher war ein päpstliches Breve veröffentlicht worden, durch das auf Verlangen des Königs die Zahl der Kirchensekte beschränkt wurde; in der Einleitung dazu war gesagt, daß der Papst sich zu diesem Erlaß durch die Erwägung der unglücklichen Umstände bewogen gefunden habe, in denen Schlessien sich befinde, und die erheischten, daß die armen Leute mehr Zeit zur Arbeit gewöhnen, sowie auch, um Unannehmlichkeiten vorzubeugen, denen öfters katholische Arbeiter von Seiten ihrer protestantischen Gutsherren wegen der Beobachtung der Feste ausgesetzt wären, da sie von diesen an solchen Tagen zur Arbeit genöthigt würden. Diese Motivirung stammte natürlich vom Bischof Schaffgotsch und war nur aus dessen Bericht wörtlich herausgeschrieben; er suchte damit die Vorstellung zu verbreiten, als ob die Schlessier unter einem tyrannischen Drucke seufzten, das ganze Land im Elende wäre, und die protestantischen Gutsherren die preussische Herrschaft benutzten, um ihre katholischen Bauern zu bedrücken und zwar in Bezug auf ihre Religion. Friedrich ertheilte ihm deshalb einen Verweis, nannte seinen Schritt unverzeßlich und eine Uebereilung, was, wie er sagt, noch der anständigste Ausdruck dafür sei, und befahl ihm, alle Breven vor dem Druck dem dirigirenden Minister vorzulegen.²⁾ In demselben Jahre begannen die Streitigkeiten des Abbes Bassiani mit dem Domkapitel, in welchem sich der Bischof, um sich in ein gutes Verhältniß zu dem letzteren zu bringen, plötzlich auf die Seite desselben schlug, zweimal, den bestehenden Verträgen zuwider, in Temporalien an den Papst zu appelliren versuchte, obgleich dies nicht einmal in Spiritualien gestattet war, und den König in Rom, Wien, Prag, Salzburg und anderen geistlichen Höfen verdächtigte, als habe er die Altäre umgestürzt und dem Klerus zu einem Martyrium verholpen.³⁾ Von diesem verleumderischen Schreiben mag freilich der König keine Kenntniß erhalten haben,

¹⁾ Theiner II, S. 111. Archiv-Publ. XIII, S. 464—470.

²⁾ Archiv-Publ. XIII, S. 471.

³⁾ Zeitschrift für preuß. Geschichte 1880. S. 485.

aber der zweimalige Versuch des Bischofs, nach Rom zu appelliren, konnte ihm nicht verborgen bleiben.

Aber alles dies war nicht im Stande, dem Bischof die königliche Gnade zu entziehen. Noch im Winter 1755/56 verweilte er, nicht wie Theiner sagt, nur im Februar und März, sondern ungefähr fünf Monate, vom Dezember 1755 bis Mitte April 1756, beim Könige in Potsdam, der ihm drei Zimmer im königlichen Palais anwies und dem Abbé Bastiani anbefahl, sich mit ihm zu versöhnen, damit dem katholischen Volke kein Aergerniß gegeben würde. Der Bischof klagte wohl darüber, daß ihm der Aufenthalt in Breslau unerträglich sei, vorgeblich, weil ihm der schlesische Minister v. Massow dort viele Feinde erweckt habe, wobei nur merkwürdig ist, daß er dabei über denselben Grafen Falkenhayn klagt, mit dem er einst seine solennelle banque getheilt hatte, aber davon, daß er in Berlin und Potsdam nicht gern verweilte, hat er nie etwas geäußert; im Gegentheil, er wünschte entweder dort, oder in Meiß und Ottmachau, seinen Residenzen, zu verweilen.¹⁾ Außerlich verhielt auch er sich gegen den König korrekt. Der Minister v. Massow mußte sogar dem Fürstbischof weichen, da der König es ungnädig vermerkte, daß die von ihm beorderten Kommissarien bei der Untersuchung der Verwaltung des Sandstifts nicht diskret genug verfahren und die Untergebenen des Bischofs über seine persönlichen Antecedentien vernahmen. Massow erhielt im August 1755 auf sein Ansuchen die gewünschte Entlassung.²⁾ Der Bischof erhielt die Verwaltung des Stifts unter der Bedingung wieder, daß ein königlicher Oberforstmeister den jährlichen Holzschlageplan für die Stiftsforsten aufstelle und seine Ausführung überwache.³⁾ Im Juli 1756 berichtete Schaffgotsch dem Könige von der schlechten Gesinnung des Generalvikars Brunetti, der ein österreichischer Italiener und sehr bigott sei, indem er zugleich bat, seine Entfernung aus diesem Amte durch einen königlichen Befehl zu bewirken.⁴⁾ Der König that, wie der Bischof wünschte, und der Bischof machte seinen Bruder Geslaus zum Generalvikar.⁵⁾ Am 21. September 1756 forderte Schaffgotsch den Klerus und das Volk seiner Diözese durch einen Hirtenbrief zur Treue und zum Gehorsam gegen den Herrscher auf und ließ feierliche Gebete in allen Kirchen verrichten, in denen Gott angefleht wurde, er wolle die Waffen des Königs segnen und ihm den Sieg über

¹⁾ Schaffgotsch an Schlabrendorf, Potsdam, 15. Dezember 1755. M. R. XIII, 27 a.

²⁾ Archiv-Publikationen XIII. S. 596.

³⁾ Ebendas. S. 635.

⁴⁾ Ebendas. S. 657.

⁵⁾ Ebendas. S. 659.

seine Feinde verleihen.¹⁾ Der König ließ dem Bischof dafür durch den Minister Schlabrendorf seinen Dank aussprechen.²⁾ Am 2. November 1756 übersandte Schaffgotsch dem Könige die ihm von seinem Landeshauptmann Stillsfried zugesandte österreichische Beantwortung des preussischen Kriegsmanifests unter Bezeigung seiner scheinbar ungeheuchelten Entrüstung, wofür er vom Könige ein in den verbindlichsten Worten abgefaßtes Dankschreiben erhielt.³⁾ Darin war sogar von seinen guten Ideen und Rathschlägen, von denen Schlabrendorf berichtet habe, die Rede. In einem Schreiben an den König vom 10. November spricht Schaffgotsch von der österreichischen Sklaverei, die er bis zum letzten Augenblick seines Lebens verabscheuen werde⁴⁾, wofür er aufs Neue ein Dankschreiben vom Könige erhielt, mit dem Bemerken, daß derselbe sich einige Zeit in Dresden aufhalten werde. Auch verfaßte Schaffgotsch eine Denkschrift, in der er, in Beantwortung einer vom Wiener Hofe beim Reichstage in Regensburg eingereichten Beschwerdeschrift, nachwies, daß Friedrich den status quo der katholischen Kirche in Schlessien nicht verändert, also die betreffenden Friedensartikel von 1742 und 1745 nicht verletzt habe.⁵⁾ Am 21. März 1757 erließ er einen neuen Hirtenbrief, in dem er den Geistlichen ans Herz legte, jedem zur Beichte kommenden Soldaten oder Heeresverwandten bei Verlust ihres Seelenheils vor der Absolution ausführliche Belehrung über die Wichtigkeit des dem Könige geleisteten Eides zu ertheilen und ihnen mit ernstern Abmahnungen gegen den Meineid ins Gewissen zu reden.⁶⁾ Die Schlacht bei Rolin scheint jedoch Schaffgotsch auf einmal anderen Sinnes gemacht zu haben. Nach einer Angabe bei Preuß⁷⁾ soll er dem Könige zwar nach Hainau entgegengereist sein und ihn bis Dresden, wo der König den 28. oder 29. August eintraf, begleitet haben. Aber schon am 24. meldet Schlabrendorf dem Könige, dem Bischof sei nicht zu trauen,⁸⁾ und schnell aufeinander folgten nun vier Immediatberichte desselben Ministers vom 27. und 28. August, vom 4. und 7. September, in denen er über das verdächtige Benehmen und die Äußerungen des Bischofs Bericht erstattete.⁹⁾ Der letzte schloß mit den Worten: „Ueber-

1) Theiner II. S. 146.

2) Archiv-Publikationen XIII. S. 660.

3) Ebenbas. S. 668.

4) Ebenbas. S. 669.

5) Archiv-Publ. XIII. S. 675–682.

6) Ebenbas. S. 693. Korn'sche Ediktsammlung VI. S. 673.

7) Friedr. d. Gr. II. S. 114.

8) Archiv-Publ. XIII. S. 695.

9) Ebenbas. S. 696.

haupt zeigt er an, daß die ganze Welt sehr recht geurtheilt, wenn sie ihn jederzeit für den unwürdigsten und undankbarsten Menschen gehalten, der weder Gott, E. M. noch sonst einem Menschen jemals treu gewesen." Schlabrendorf hatte zugleich den Vorschlag gemacht, ihm zu Berlin, Magdeburg oder einem anderen konvenablen Orte, wo er weniger schädlich sein könne, während des Krieges seinen Aufenthalt anzuweisen. Davon wollte indessen Friedrich der Große nichts wissen. Er antwortete am 5. September, d. d. Grimma, auf einen der Schlabrendorfschen Berichte: ¹⁾ „Daß Ihr auf den Bischof und dessen Conduite Acht habet, solches ist recht gut. Wie aber die von Euch angeführte Soupçons in Kleinigkeiten bestehen, so trage Ich Bedenken, zu dem von Euch vorgeschlagenen Mittel zu greifen. Ich glaube wohl, daß er bei jetzigen Umständen den Mantel auf allen Seiten trägt; daß er aber seinen Frieden mit den Oesterreichern machen könne, ist unmöglich, als die gar zu viel Dégouts und Aigreur gegen ihn haben: so daß, wenn er auch darauf rechnen wollte, er sich am Ende sehr betrogen finden würde, da er gewiß seine Zeit und Umstände gar schlecht passiren würde, wenn sie jemalen Meister von seiner Person wären. Indes und um auf den Grund zu kommen, Ihr seine Voten ohne Bedenken ein Mal anhalten und Euch die Briefe bringen lassen, ihm auch über sein Procédé und über seine ohnüberlegte Discourse die reine Wahrheit einmal sagen könnet: welches ihn schon behutsam machen wird, da es bei ihm nicht sowohl Malice als Inconsideration und Leichtsinngigkeit ist.“ Aus Neumark (zwischen Buttkestedt und Schloß-Bippach in Thüringen) am 12. September ²⁾ schrieb Friedrich in dem gleichen Sinne an Schlabrendorf, er solle von allen Maßregeln gegen den Bischof absehen, aber er möge ihn durch gütliches oder ernstliches Verfahren dahin bringen, daß er die Thorheit und Unbesonnenheit seines Verhaltens von selbst einsehe, die „ohnausbleiblichen Saiten davon auf alle Fälle begreife und von selbst respiscire“. Von demselben Orte (nicht Raumburg, wie Schaffgotsch in seinem Schreiben vom 30. Januar 1758 angiebt) und an demselben Tage (nicht wie Schaffgotsch schreibt, den 22. September) richtete er ein väterlich-ernstes Schreiben ³⁾ an den Bischof selbst. Da sich derselbe später auf dasselbe beruft, um daraus ein Recht zu schweren Besorgnissen für seine persönliche Freiheit herzuleiten, sei es hier im Wortlaut mitgetheilt: „E. Vbb. ist Mein Gedankensart von Derselben und wie weit Mein Vertrauen gegen Dieselben allezeit gegangen ist, zu sehr bekannt, als daß Ich deshalb vor nöthig

¹⁾ Ebendas. S. 696.

²⁾ Ebendas. S. 696.

³⁾ Ebendas. S. 697.

erachte, mit Wiederholung davon weitsläufig zu sein; Ich bin auch noch zur Zeit zu sehr entfernt davon, als daß Ich allen denjenigen, so Mir obson von verschiedenen und vielen Orten her, von dero zeithero in denen jetzigen Umständen gegen Mich jeko geändert und inconstibereen Gesinnung gemeldet werden wollen, noch bis Dato völligen Glauben beilegen sollte. Da inzwischen die Nachrichten davon, mit Anführung vieler Umstände von E. Edd. Aeußerungen, einer Correspondance nach Wien und den vermeintlichen guten Effect, davon E. Edd. sich so viel Gutes und Gedeißliches vor sich selbst versprechen, von der affectirten Bemühung, so Dieselbe sich öffentlich in dero Discoursen äußern sollen, auch um Nachrichten, so E. Edd. vielleicht von schlechten, lächen und indignen Leuten von einer üblen Situation Meiner Affairen in der Lausnitz gegeben werden, zu propagiren suchen sollen (anderer unbesonnener Dinge mehr, die Deroselben attribuiret werden, jeko mit Stillschweigen zu übergehen), Mir so öfters und von verschiedenen Orten her durch Leute, denen ich sonst in anderen Stücken trauen kann, wiederholet werden: — so habe ich nicht umhin gekonnt, E. Edd. davon offenerzige Communication zu thun. Ich will dabei E. Edd. Gewissen und Sentiments von Ehre und Reputation überlassen, ob und wie weit Dieselbe sich darunter getroffen finden. Sollten Dieselbe sich darunter von einiger Legeret und Unbesonnenheit getroffen fühlen, so überlasse Ich Deroselben guten Einsicht, wie eine schlechte Rolle ein ingrater Mensch bei Freund und Feind spielt und wie detestable derjenige vor aller Welt (auch selbst in denen Augen der corruptirtesten Menschen) sein müßte, welcher sich ausgiebet, en faveur gewesen zu sein, und prätendiret, dadurch viel Secretes erfahren zu haben, welches zu trahiren er sich erbiehet. Ich glaube auch, daß Ich E. Edd. keine größere Probe Meiner gegen Dieselbe bis Dato hegenden Consideration und Connivence geben kann, als wenn ich Deroselben davon aufrichtige Ouverture gebe und zugleich Dieselbe desfalls auf alle solche Reflexiones führe, von welchen ich versichert bin, daß solche niemalsen, je ehe je besser, als E. Edd. nebst allen denen natürlicher Weise erfolgenden Suiten entstehen müssen. Was von Meinerseits gegen E. Edd. von so vielen Jahren her (auch in denen difficultesten Umständen) geschehen ist, solches muß Deroselben alle Mal sehr erinnerlich sein; Ich aber werde Meines Ortes mich sehr enthalten, solches Deroselben jemalen vorzurücken. Ich weiß auch, daß E. Edd. sich niemalsen die Mühe gegeben haben, in die secrete Umstände Meiner Affairen zu entriren noch die Gelegenheit dazu zu suchen, und bin mithin über das Secret davon außer Verlegenheit. Nur dieses allein will E. Edd. wohlmeinentlich erinnern, auch den Schein eines Verdachtes darüber zu meiden und anderen wohl intentionirten Leuten keine Gelegenheit zu geben, von

Derofelben Procédés einiges Scandale, noch Anstoß zu geben, vielmehr in der Mir so ofte auf das heiligste und theureste contestirten redlichen und rechtschaffenen Gefinnung zu continuiren, um sich nicht sonsten zu allen daher ohnvermeidlichen sacheusen Suiten, die Dero Dignité und Reputation nicht anders als bei der ganzen Welt anstößig sein können, zu exponiren. Die gute Opinion, so Ich von E. Kbd. gehabt und noch habe, läffet Mich hoffen, daß Dieselbe alles Vorerwähnte in gehörige Reflexion ziehen und Attention darauf nehmen werden.“ Dazu schrieb der König eigenhändig: „Vous avez la tête légère, vos coions de domestiques et de prêtres autrichiens en abusent. Gardez-vous bien de faire une sottise, ou vous pourrez la regretter toute votre vie.“

Die königliche Ermahnung trug nicht die gewünschte Frucht. Am 24. September meldet Schlabrendorf dem Könige,¹⁾ seit Empfang jenes Schreibens vermeide ihn der Bischof; er habe sich gegen andere dahin ausgelassen, Schlabrendorf habe wohl sein Betragen dem Könige gemeldet; würde das Land öfterreichisch, so würde diese verweisliche Ordre ihm sehr nützlich werden, um sich dort zu exculpiren; bliebe es aber preussisch, so wollte er alles anwenden und nicht eher ruhen, bis er ihn dafür unglücklich gemacht und ihn von seinem Posten geschafft; er habe Geld genug, sich sowohl in Wien als Berlin Freunde und seine Sachen gut zu machen; und wenn er E. M. nur erst gesprochen, so wisse er gewiß, daß Dero Ungnade sich bald legen würde. Schlabrendorf fügte hinzu: „Er wird nach seiner Stourderie sonder Zweifel alles in seiner Antwort an E. M. ableugnen und auf dem Angeber dreist calumniren, obwohl indispotabel, daß seine Menées höchst strafbar.“

Zum Siege von Moßbach gratulirte Schaffgotsch dem Könige noch in einem Schreiben vom 12. November.²⁾ Zwölf Tage später fiel Breslau infolge der Schlacht an der Lohe, die Braunschweig-Bevern verloren hatte, den Oesterreichern in die Hände. Bis dahin war nichts Besonderes vorgefallen, was dem Bischof Schaffgotsch neue Besürchtungen hätte einflößen können; nur seinen Hofkanzler Komberg hatte Schlabrendorf verhaften lassen, ihn aber bald wieder frei gegeben, da sich nichts gegen ihn erweisen ließ.³⁾

Als am 24. November, nach der Schlacht an der Lohe, die Oesterreicher Breslau eingenommen hatten, hielt der Bischof in Gegenwart des Herzogs Karl von Lothringen und der anderen kaiserlichen Generale im

¹⁾ Archiv-Publ. XIII. S. 700.

²⁾ Ebendaf.

³⁾ Mangel, 2. Aufl. V. S. 472.

Dom ein Hochamt ab; indeß ist ihm dies nicht verdacht, noch jemals als Anklagepunkt gegen ihn geltend gemacht worden. Der evangelische geistliche Inspektor Burg und der Ecclesiast Weinisch waren in ihren den kaiserlichen Waffen erwielenen Huldigungen viel weiter gegangen; Weinisch wurde zwar in Untersuchungshaft genommen, aber sofort wieder freigegeben. Thiebault erzählt auf Grund einer angeblichen Aussage des Oberstallmeisters und Staatsministers Grafen Johann Nepomuk Schaffgotsch, eines Bruders des Bischofs, daß dieser das Opfer einer Intrigue Bastianis geworden sei, der ihm gerathen habe, bei dem Hochamt den schwarzen Adlerorden nicht anzulegen, weil der König es übelnehmen, und die kaiserlichen Generale darin ein ungehöriges Brunken sehen könnten; später habe er ihm Angst gemacht, daß der König gerade darüber, daß er den Orden nicht angelegt, erzürnt werden könnte, und habe ihn zur Flucht verleitet, um sein Nachfolger werden zu können.¹⁾ Dies ist unglaublich, da ein Bischof beim Hochamt keinen Orden anlegt,²⁾ und weil Schaffgotsch gewiß nicht bei seinem Feinde sich Rath's erholt hat. Es ist überhaupt ganz überflüssig, nach anderen Gründen der späteren Maßregeln des Königs gegen ihn nachzuspüren, als denen, welche dieser selbst ausgesprochen hat.

Mit dem Gedanken einer Entweichung scheint sich der Bischof schon seit dem September 1757 getragen zu haben; schon in diesem Monat hatte er durch einen Bedienten seines Bruders, des k. k. Oberhofmarschalls Anton Gotthard Grafen Schaffgotsch zu Wien, Namens Triensker, eine geheime Korrespondenz nach Wien unterhalten, zu welchem Zwecke sich dieser nach Kempen in Polen begab, um über das bischöfliche Gut Storischau bei Namslau die Befehle des Bischofs zu empfangen,³⁾ und nach Aussage des Kammerdieners des Bischofs, Johann Spanke, war der Landeshauptmann des Fürstenthums Meiß, Emanuel Joseph Baron Stülfried, schon lange vor der Flucht nach Wien vorausgereist.⁴⁾

Der Bischof war demnach nicht ganz unvorbereitet, als der k. k. Oberstlandeskriegskommissar Graf Kolowrat am 4. Dezember gegen Abend bei ihm erschien⁵⁾ und ihm den Befehl der Kaiserin, den dieselbe sogleich nach Empfang der Nachricht von der Einnahme Breslaus durch ihren Staatsminister Grafen Haugwitz hatte ausfertigen lassen, überbrachte, des Inhalts,

¹⁾ Menzel V, S. 476, 476.

²⁾ Auch hatte Schaffgotsch dies dem Papste bei Empfang des Ordens noch ausdrücklich versprochen, was wunderbar genug ist, da es als selbstverständlich erscheint. Theiner II, S. 48, 50.

³⁾ Bericht vom 12. Dez. 1758. M. R. XII, 27 d. vol. 2.

⁴⁾ Bericht vom 16. Dez. 1759 ebendas.

⁵⁾ Uebereinstimmende Angaben des Bischofs und des Joh. Spanke.

daß der Fürstbischof sich nach Johannsberg zu begeben und für die Dauer des Krieges seinen Wohnsitz dort zu nehmen habe. Offenbar trauten ihm die Oesterreicher auch nicht und wollten sich seiner Person auf diese Weise versichern. Jedoch war ihr Verfahren durchaus unberechtigt und stellte eine Konsequenz jenes völkerrechtswidrigen Schrittes Maria Theresias dar, durch den sie am 21. September 1757 ein Patent der Besitzergreifung Schlesiens erlassen, Kolowrat die Verwaltung der Provinz übertragen und allen denen, die ihrer Armee hilfreich sein würden, besondere Belohnungen versprochen hatte.¹⁾ Indem nun der Bischof dem Befehl Kolowrats Folge leistete, stellte er sich auf den Boden der Fiktion, daß Schlesien wieder Maria Theresia gehöre. Indes würde ihm dies allein wohl nicht als Verbrechen angerechnet worden sein, indem er sich darauf berufen konnte, daß er der Gewalt habe weichen müssen. Aber er ließ es nicht dabei bewenden, sondern verließ auch Johannsberg, um sich nach Rom zu begeben, und damit machte er sich einer Verletzung seiner Lehn- und Unterthanenpflicht, kurz gesagt, des Landesverraths schuldig, da er verpflichtet war, als Oberhirt in seiner Diözese zu bleiben. Es heißt daher nur den Sachverhalt verbunkeln, wenn Theiner fragt: „Doch berechtigt dieser Umstand (nämlich, daß er unvorsichtigerweise seine Freude über den Sieg der Oesterreicher an den Tag gelegt) allein, ihn schon des Majestätsverbrechens, des Hochverraths und einer Verschwörung mit Oesterreich anzuklagen?“²⁾ Sein Verbrechen war eben die Desertion. Es scheint sogar, als habe er sich, indem er auch dem österreichischen Befehl ungehorsam wurde, nach zwei Seiten hin decken wollen. Diesen Zweck erreichte er aber nicht, im Gegentheil, er verschärzte sich auch die Gunst Maria Theresias, wenn er diese überhaupt je besessen hat.

Am Morgen des 5. Dezember — es war der Tag der Leuthener Schlacht — sandte der Bischof seinen Lakai Spanke mit der Bagage nach Wansen voraus, und, nachdem er noch den jungen Baron Franz Ignaz v. Stillsfried zum Hauptmann von Ottmachau ernannt hatte,³⁾ folgte er selbst gegen Mittag nach, so daß er um 3 Uhr in Wansen anlangte. Schon einige Zeit vorher war der jüngste Bruder des Bischofs, der Dompropst Geslaus Schaffgotsch, vorgeblich aus Furcht vor einer Belagerung Breslaus durch die Preußen, geflohen;⁴⁾ es ist nicht auszumachen, ob er mit seinem

¹⁾ Arneht, siebenj. Krieg S. 257, 258.

²⁾ Theiner II, S. 146.

³⁾ Der Fürstbischof an das Domkapitel, Wien, 13. Jan. 1758, M. R. XIII, 27 d. vol. 1. Graf Leopold Schaffgotsch war damit sehr unzufrieden, in dem oben erwähnten Briefe.

⁴⁾ Menzel V, S. 474.

Bruder auf der Fluchtreise zusammengetroffen ist;¹⁾ schon im Juli 1758 wird gemeldet, er sei Domherr in Salzburg geworden.²⁾ Es war kein geringer Train, den der Bischof mit sich führte, so daß überall, wo er passirte, großes Aufsehen entstand, und schon vorher seine Ankunft mit Lärm vorausverkündigt wurde. Der Zug wurde von einem Piquet österreichischer Reiter eskortirt, die sich des Plünderns nicht enthielten. Ein Bedienter zu Pferde, der wie ein Gerichtsdiener gekleidet war, geleitete den Küchenwagen. Dem ganzen Zuge voran eilte ein Käufer; vor der bischöflichen Karosse, die mit acht Bauernpferden bespannt war, trabte ein Reiter einher. Beim Bischof, der auf seinem Mantellleide gestickte Ordenssterne trug, saßen der Kanonikus Graf Praschma, den der Bischof als *canonicus a latere* mitgenommen hatte,³⁾ und ein Vaie, der für den Leibarzt des Bischofs gehalten wurde.⁴⁾ Dem bischöflichen Staatswagen folgten zwei halbgedeckte Chaisen, jede mit zwei Civilbeamten, unter denen einer der bischöfliche Sekretär Contessa war. Der Bischof hatte, um sich für jeden Fall zu sichern, eine Schatulle mit Pretiosen zu sich in den Wagen genommen.⁵⁾ Des andern Morgens brach der Zug von Wanssen nach Ottmachau auf. In einem Dorfe an der Strehlener Straße, dort, wo die Straße nach Grottkau sich abzweigt, fragte der Käufer einen Herrn v. Schwacht, wo der König sei, was dieser ihm nicht beantworten konnte. Auf die an ihn gerichteten Fragen, woher sie kämen und wohin sie gingen, sagte Jener, sie kämen von Breslau und gingen über Ottmachau nach Johannisberg; das Kanonikern am gestrigen Tage sei bei Lissa gewesen, und, fuhr er fort: „Von unseren Leuten kamen Kouriere über Kouriere in die Stadt.“ Schwacht fiel ihm ins Wort: „Also von der königlichen Armee?“ Darauf antwortete der Käufer nicht. Ueber die Gesinnung der Leute des Bischofs konnte demnach kein Zweifel obwalten. Welches der Ausfall der Schlacht gewesen war, wußte der Käufer nicht zu sagen. Bald aber kamen in Menge österreichische Flüchtlinge, deren Erscheinen anstatt der Antwort diente.

In Johannisberg hielt sich der Bischof nur 1½ Tage auf. Vergeblich sandte ihm Graf Leopold seinen Kammerdiener Joseph mit seinen Pferden dahin nach, um ihn zur Rückkehr aufzufordern.⁶⁾ Da die preussische

¹⁾ Spante stellte es für Nikolsburg in Abrede.

²⁾ Graf Leopold an den Domherrn Langenickel, 28. Juli 1758.

³⁾ Der Bischof an das Domkapitel, Rom, 17. März 1758.

⁴⁾ Bericht v. Schwachts an Schlabrendorf, mutmaßlich aus Riegersdorf, M. R. XIII, 27 d. vol. I.

⁵⁾ Der Bischof an Graf Leopold, Rom, 20. Mai 1758.

⁶⁾ In dem mehrfach erwähnten Schreiben des Grafen Leopold.

Armee sich unaufhaltsam ausbreitete, hielt sich der Bischof in Johannisberg nicht für sicher und begab sich nach Neustadt, wo er bei den Kapuzinern Wohnung nahm, und von dort über Jägerndorf und Troppau in Begleitung eines österreichischen Offiziers nach Kremsier, hielt sich in der Nähe dieser Stadt bei einem Grafen (wahrscheinlich in Bisenz beim Grafen Proslau, der seine Kousine zur Frau hatte), in Wischau beim Kardinal v. Troper auf, und reiste dann nach Nikolsburg, wo er fünf oder sechs Wochen im Kapuzinerkloster verweilte. Dort besuchte ihn der Landeshauptmann Emanuel Joseph Baron Stillsfried von Wien aus und begab sich dann wieder dahin zurück.¹⁾ Ein anderer Bruder dieses Stillsfried, Johann Stephan, war dem Bischof zu seiner Flucht behilflich gewesen und wurde dafür auf die Festung Reisse gebracht, wo er bis an seinen 1767 erfolgenden Tod gefangen gehalten wurde. Wahrscheinlich war er der österreichische Offizier, der den Bischof nach Kremsier geleitet hatte. Von Nikolsburg sandte der Bischof einen Theil seiner Dienerschaft, nämlich einen Bedienten, Namens Anton, eine Köchin, einen Hausknecht und zwei Maulthiertreiber mit den sechs Maulthiern nach Freiwaldau zurück.²⁾ Am 30. Januar 1758 schrieb er einen Entschuldigungsbrief an den König; er beklagt sich darin zunächst darüber — wir haben davon schon oben Erwähnung gethan — daß derselbe in seinem Briefe d. d. Raumburg, den 22. September, einen Argwohn gegen ihn ausgesprochen und seitdem mehrere Zeichen der Ungnade zu erkennen gegeben habe, und erklärt seine Absicht, daß er sich bis zur Entscheidung des Krieges nach Rom begeben wolle, um sich einer Situation zu entziehen, die ihm so viel Unglück beim preussischen, wie beim kaiserlichen Hofe zugezogen habe; wenige Tage nach der Uebergabe von Breslau habe ihm Graf Kolowrat befohlen, nach Johannisberg zu gehen, um dort das Ende des Krieges zu erwarten; da aber die Kriegsunruhen sich verbreitet hätten, habe er sich entschlossen, nach Rom zu gehen. Seine Mittel und seine Gesundheit erlaubten ihm nicht, die Reise in Einem Zuge zu machen; deshalb halte er sich noch bei den Kapuzinern in Nikolsburg auf.³⁾

Friedrich aber war mit Recht aufgebracht über den Bischof und mußte sich durch die Flucht desselben bei den Katholiken bloßgestellt sehen, da er gerade diesen Bischof unter den größten Schwierigkeiten der Kirche beinahe aufgedrungen hatte. Der Aufenthalt desselben im feindlichen Lande mußte in vielen Katholiken die Vorstellung erwecken, daß er zu diesem Schritt durch Drohungen des Königs gezwungen worden sei, und daß die Sache

¹⁾ Aussage Spanfes.

²⁾ Dehgl.

³⁾ Der Brief ist bei den Akten M. R. XIII, 27 d. vol. 1.

ihrer Religion auf der Seite Oesterreichs zu finden sei. Der König gab deshalb sofort nach Empfang des bischöflichen Schreibens am 14. Februar 1758 dem Minister Schlabrendorf den Befehl, unter Mitwirkung der Oberamtsregierung die gesammten Temporalien und Revenüen des Bisthums zu sequestriren; als Grund gab er vollkommen treffend an, der Fürstbischof habe in seinem Schreiben seine Absichten und üble Gesinnung gegen ihn offen bekarrirt, und warf ihm mit Recht Undankbarkeit vor, weil er mit Verlassen seines Postens sich seinen Feinden, mit denen er im offenen Kriege stehe, in die Arme werfe und nach allen üblen und treulosen procédés, die er gegen ihn begangen, unter den wichtigsten (frivoles) von ihm angeführten Ursachen Protektion suchen wolle. Um das Publikum von seiner schändlichen ingratitude und üblen Absichten zu überzeugen, werde er des Bischofs Brief durch Druck publiciren lassen. Dies geschah auch zugleich mit der Antwort, die er dem Bischof d. d. 15. Februar direkt zugehen ließ, sowohl im französischen Original, wie in deutscher Uebersetzung.¹⁾ Der Kabinetrath Giesel sandte am 20. Februar beide Schreiben an Schlabrendorf mit der Anweisung, sie mit Ausdruck und génie übersetzen zu lassen und sie mit einem préavis gazetier zu veröffentlichen. Das königliche Schreiben lautet: „Herr Fürstbischof von Breslau! Ich habe Ihr Schreiben vom 30. v. M. erhalten. Der Inhalt würde mich befremden, wenn ich ihn nicht nach der Undankbarkeit Ihres vorigen Betragens vermuthet hätte. Dieselbe ist von zu offenbaren Umständen begleitet gewesen, als daß Sie solche gegen sich selbst verhehlen könnten. In dem Augenblick, wo ich mit meiner Armee vorrücke, um den Fortschritten des Feindes Einhalt zu thun und Schlesiens zu befreien, fassen Sie den Entschluß, eine Provinz zu verlassen, welche Sie an meine Wohlthaten hätte erinnern sollen. Zu Ihrer Abreise wählen Sie den Augenblick meiner Annäherung an Breslau, eben denselben, wo der Himmel meinen gerechten Waffen den glänzendsten Erfolg gewährt. Aus Angst eines bösen Gewissens, und weil Sie sich schon schuldig fühlen, begeben Sie sich unter den Schutz einer Macht, mit der ich im offenbaren Kriege begriffen bin. Und jetzt unterstehen Sie sich noch, mir selbst die Partie, die Sie ergriffen haben, anzuzeigen, indem Sie dieselbe mit den leersten (frivolsten) Vorwänden beschönigen und die falschen Versicherungen einer Treue hinzufügen, welche Sie in den wesentlichsten Stücken gebrochen haben. Nach einem so empörenden Betragen kann ich Sie für nichts anderes als einen Verräther ansehen, der auf die Seite meiner Feinde getreten ist und von freien Stücken einen Posten verlassen hat, auf dem schon die Betrachtung der

¹⁾ Beides in den Akten befindlich. M. R. XIII, 27 d. vol. 1.

Pflichten Ihres Standes Sie hätte festhalten sollen. Mir an meinem Theile bleibt nur übrig, die Maßregeln zu treffen, welche mir die angemessensten scheinen werden. Sie aber will ich Ihrem eigenen Schicksal überlassen. Ich weiß gewiß, daß eine so unverzeihliche Aufführung, wie die Ihrige, ohnfehlbar die gebührende Strafe nach sich ziehen wird. Weder der göttlichen Rache, noch der Verachtung der Menschen werden Sie entgehen können: denn so verderbt diese auch immer sein mögen, so sind sie es doch nicht in solchem Grade, daß sie nicht Verräther und Undankbare verabscheuen sollten“.

Schlabrendorf verfügte sofort die Sequestration der Temporalien des Bisthums. Zum General-Administrator, bischöflichen Hofrichter und Schloßhauptmann von Ottmachau mit dem Sitz in Reife wurde der bisher bei der Glogauer Kammer angestellte Graf Eugen v. Schwerin ernannt, und ihm wurden am 23. Juni 1758 die Kriegs- und Stenerräthe Unfriedt, Stendener und Balde als Kommission zur Regelung des Stats beigelegt. Schon im April wurde der General-Administration anbefohlen, einen Etat aller bischöflichen Revenüen anzufertigen, zu welchem Zweck die bischöfliche Rentkammer alle Rechnungen für 1754/55 und 1755/56 an die Kammer einsenden sollte,¹⁾ und der als Roadministrator belassene Domherr v. Strachwitz wurde beauftragt, alle für den Etat nöthigen Nachrichten im Voraus herbeizuschaffen. Die Räthe der Kommission fanden bald, daß, wie sie sagten, „bei einer solchen weitläufigen und dazu confusen Wirthschaft, als bei dem Bisthum durch allerlei Verwicklungen geführt worden, nicht so leicht die Sequestration in continenti besonders wegen monatlicher Bestände in solchen Stand zu setzen sei, als es die Ordnung erfordere.“ Es zeigte sich, daß bis dahin noch gar kein Etat des Bisthums angefertigt worden war. Einstweilen wurden die Revenüen nach einem vom Hofkanzler Romberg angefertigten Etat eingezogen, und ein besonderer Kalkulator, Reuber, mit einem Gehalt von 100 Thlrn. für das Rechnungswesen des Bisthums angestellt.²⁾ Die Schwierigkeiten wurden noch dadurch vermehrt, daß der bischöfliche Kammerrath Brosig zu Ottmachau im Oktober 1758, indem er den Rassenbestand von 3000 Thlrn. mitnahm,³⁾ der Oberjäger, d. h. Oberförster, Blüthborn ebendasselbst und der Amtsverwalter Burghard in Skorischau nach dem Oesterreichischen entwichen, letzterer in dem Moment, als der Regierungskommissar Fischer die Administration

¹⁾ Diese Stats liegen bei den Akten, B. A. IV. 7 tt. uu. vv. ww.

²⁾ Die Breslauer Kammer an Schlabrendorf, Breslau, 7. April 1758. Die Ernennung der Kommission 23. Juni 1758. M. R. XIII, 27 d. vol. 1.

³⁾ Ueber Brosig ist ein besonderer Aktenband da, M. R. XIII, 27 f.

übernehmen wollte.¹⁾ Dazu kam, daß die Akten und Rechnungen des Ottmachauer Amtes, die nach der Rentkammer-Registratur in Neiße gebracht worden waren, dort Schaden litten; die Hofrichter-Amtsstube mußte als Wache, das Sessionszimmer als Schenkstube, die Registratur als Wohnstube dienen, und da die letztere mit kranken Soldaten belegt wurde, kamen die Akten und Rechnungen ohne Ordnung in eine dabei befindliche Kammer; als nun die Soldaten, die Brennerin und fünf Diensthofen in kurzer Zeit verstarben, getraute sich lange Zeit Niemand, aus Furcht vor Ansteckung, hineinzugehen.²⁾

Wie die bischöflichen Beamten gerechnet hatten, wurde man bald gewahr. In dem eingelieferten Etat waren für Zins-, Mühlen- und Mehlgetreide des Bisthums Breslau 18 947 Thlr. 19 gGr. 1 Pf. angesetzt; derselbe Posten betrug aber nach dem mittleren Vieserungspreise 29 151 Thlr. 16 gGr. 7 Pf., also 10 203 Thlr. 21 gGr. 6 Pf. mehr. Schwerin schrieb an Schlabrendorf, die Revenüen des Neiße Amtes könnten um 4000 Thlr. vermehrt werden, wenn eine Holzflößung aus dem Oesterreichischen zu Stande gebracht würde; dort seien 4—5000 Klastern Holz eingeschlagen und ganz nahe an die Einwerfung angefahren.³⁾ Beim ersten Abschluß 1758 beliefen sich freilich die bischöflichen Revenüen nur auf 14 082 Thlr. 11 gGr. 11 Pf., aber der Generaletat von 1758/59 wies an Einnahmen 91 333 Thlr. 3²¹/₄₀ Pf., an Ausgaben 47 031 Thlr. 23 gGr. 3²¹/₄₀ Pf., an Ueberschuß also 44 301 Thlr. 1 gGr. auf. Im Jahre 1759 wurden die Ämter neu verpachtet, und zwar Ottmachau für 16 506 Thlr. 12 gGr. 9 Pf. an den früheren Oberamtman zu Lüben, Johann Friedrich Franke, Neiße für 11 457 Thlr. 19 gGr. 3 Pf. an den Oberamtman Rottengatter, der sich aber einige Verbesserungen an den Baulichkeiten ausbedang, Wansen an einen gewissen Bugle für 5300 Thlr. Die Ämter Neiße und Ottmachau hatten indeß viel durch feindliche Invasion zu leiden, nachdem der Fürstbischof vom Wiener Hofe ein kaiserliches Mandat aufgebracht hatte, daß die Einkünfte der Ämter Neiße und Ottmachau für ihn beizutreiben seien. Der zu den Oesterreichern übergegangene Landrath von Neiße, v. Strachwitz, der den gleichen Posten zu Freiwaldbau erhalten hatte, und in Neiße in effigie gehängt worden war, untersagte als kaiserlicher Kommissar durch eine von Franz Karl Heußig, hochfürstlichen Kammerrath und Rentmeister, unterzeichnete Currende vom 16. September 1759, die mit den Worten begann: „Nachdem J. R. R.

¹⁾ Die Breslauer Kammer 12. Dezbr. 1858. M. R. XIII, 27 d. 1.

²⁾ Bericht Schwerins vom 6. Mai 1758. M. R. XIII, 27 d. vol. 1.

³⁾ Schwerin an Schlabrendorf 6. Mai 1758.

hochlöbliche Miliz u. A. die Landschaft des Fürstenthums Meiß bereits occupirt und gouvernirt" — den bischöflichen Unterthanen, zur Saat oder zu anderer Hand- und Feldarbeit Robotten zu leisten. Dies ließen sich die ohnedies mißgünstig gesinnten Leute nicht zweimal sagen; sie kamen weder zur Ackerarbeit, noch zum Ausbruch des Samengetreides.¹⁾ Eine Streifpartie der Oesterreicher verlangte im Herbst 1759 vom Vorwerk Neuforge die Steuern, ebenso von Karlau und der Schäferei, nahm, als dieselben nicht gezahlt wurden, 24 Wagen Heu in Schöbern unter den Kanonen von Meiß weg und führte sie nach der finsternen Gasse, einem Dorfe bei Friedeberg. Rottengatter mußte Soldaten als Lohndrescher annehmen. Vom 28. Juli bis 9. November erpreßten die österreichischen Truppen, z. Th. ohne zu quittiren, an Bier, Branntwein, Korn, Hafer, Heu und Geld 2409 Thlr. 23 gGr. 11⁷/₁₀ Pf., an Schafen 14 Thlr. 9 gGr. 7¹/₂ Pf. Am 26. November kam ein österreichisches Kommando, aus einigen Husaren und einem Offizier bestehend, bei denen sich der fürstbischöfliche Oberjäger Blühdorn befand, nach Ottmachau und nahm den Oberamtmann Franke und seinen Sohn gefangen, nachdem sie gezwungen worden waren, alles aufzuschließen; jedoch fand sich kein Geld in der Kasse vor. Der Offizier sagte: „Wenn ihr nur nicht lutherisch wäret, so würdet ihr schon bezahlen“, nannte sie lutherische Kanaißen und ließ sie nach Freiwaldau abführen. Blühdorn nahm das beste Pferd aus dem Stalle und erpreßte vom Amtsbrauer 225 Gulden. In Freiwaldau wurde dem Franke befohlen, die rückständigen Steuern an die Kaiserin zu bezahlen und eine Vierteljahrspacht von 6000 Gulden an den Bischof, der sich damals in Teschen aufhielt, zu entrichten, unter Androhung, ihn und seinen Sohn nach Brunn abzuführen. Als sie sagten, die Pacht sei schon gezahlt, wurden sie ins Gefängniß gebracht und ihnen eine Frist von 6 Stunden gegeben; darauf wurden sie vor den Landrath v. Strachwitz, den Kammerath Brosig und den Oberjäger Blühdorn gebracht, und nochmals die Forderung an sie gerichtet, 6000 Gulden für den Bischof und eine dreimonatliche Steuer zu zahlen, auch ihnen die von dem Minister Haugwitz unterschriebene Direktorialordre, in der ausdrücklich stand, daß die Requisition auf Andringen des Bischofs geschehe, vorgezeigt. Franke leistete aber einen Eid, daß er nicht zahlen könne. Darauf wurde ihm eröffnet, daß er so lange in Haft bleiben müsse, bis sein Sohn das besagte Steuerquantum und 1500 Thlr. Pachtgeld herbeigeschafft haben werde, und zu Weihnachten müsse er 6000 Gulden Pacht und einen einmonatlichen Steuerbetrag

1) Bericht der Kammer vom 25. Septbr. und 28. Septbr. 1759 u. a. Berichte in M. R. XIII, 27 d. vol. 2.

zahlen. Dem Sohne wurden 36 Stunden Frist gegeben. Der Betrag der ganzen Erpressung belief sich auf 2424 Thlr. 9 gGr. 6³/₁₀ Pf.¹⁾ Seitdem Fouqué 1760 in Gefangenschaft gerathen war, konnten die Ämter Ottmachau und Reife nicht mehr genügend gesichert werden. Brosig und Blüthorn machten sich zu Herren in Ottmachau und verjagten zwei Beamte (wohl Franke und Blüthorns Nachfolger Luchardt); im August 1760 schleppten sie den Brauer und den Müller zum Landrath Ganser in Johannisberg und erpressten von ihnen Biergeld und Pachtzins. Brosig nahm die Schlüssel vom Schüttboden und ließ das Getreide abfahren.²⁾ So kam es, daß Franke keinen Kreuzer Geld und keine Lebensmittel von seinem Amte erbrachte und nicht mehr wußte, wie er die Aecker bestellen sollte. Die Breslauer Kammer beantragte daher am 16. September 1760 bei Schlabrendorf, ihm für die in Rede stehende Zeit die Pacht zu erlassen, was auch bewilligt wurde. Ebenfalls konnte Rottengatter sein Pachtgeld aufbringen und fiel endlich den Oesterreichern in die Hände; es scheint, daß man mit ihm keine gute Wahl getroffen hatte; wenigstens schrieb der Kriegsrath Walde am 28. April 1761 an Schlabrendorf: „Nun kann ich nicht leugnen, daß Alles, was ich noch zur Zeit von diesem Rottengatter gesehen, in lauter Pinseleien bestanden habe.“ Hinwiederum gelang es den preussischen Jusaren, den Kammerrath Brosig im September 1761 gefangen zu nehmen; er wurde nach Breslau abgeliefert, blieb dort bis November 1763 in Haft, und wurde, indem ihm die Haft als Strafe angerechnet wurde, auf freien Fuß gesetzt, jedoch unter gleichzeitiger Landesverweisung.

Ungeachtet der österreichischen Invasion stellten sich die Ueberschüsse der Bisthumsverwaltung sehr günstig. Der Ueberschuß für die Zeit vom 1. Januar 1758 bis ult. Mai 1761 belief sich auf 98 830 Thlr. 15 gGr. 1³/₅ Pf. Zur Militärkasse wurden davon abgeführt 74 030 Thlr. 22 gGr. 11 Pf., so daß zur Disposition verblieben 24 799 Thlr. 16 gGr. 2³/₅ Pf. In den Jahren 1761 und 62 fielen freilich die Erträge bedeutend ab; für 1762/63 betrug die Einnahme 33 898 Thlr. 19 gGr. 3¹⁵/₁₆ Pf., die Ausgabe 24 414 Thlr. 19 gGr. 3¹⁵/₁₆ Pf., so daß ein Ueberschuß von nur 9484 Thlrn. verblieb, gegen das Vorjahr weniger 342 Thlr. Nach dem Hubertsburger Frieden betrug die Summe der Einnahmen 198 008 Thlr. 11 gGr. 7 Pf., die der Ausgaben 155 530 Thlr. 15 gGr. 9 Pf.; Reste waren verblieben 39 878 Thlr. 18 gGr. 3 Pf. Bis zum 13. November 1762 waren an die Militärkasse 121 739 Thlr. 4 gGr. 2 Pf. abgeführt

¹⁾ Bericht Waldes vom 12. Dezbr. 1759.

²⁾ Bericht Frankes vom 15. Aug. 1760.

worden. Das Solleinkommen des Bisthums war auf jährlich 46 273 Thlr. 8 gGr. veranschlagt; man hatte also etwa ein Drittel während des Krieges eingebüßt. Als die Sequestration am 1. Mai 1763 aufgehoben wurde, betrug der Rassenbestand nach Abzug der Entschädigungen an die Pächter 71 335 Thlr. 17 gGr.

Durch die Entweichung des Fürstbischofs wurden seine zahlreichen Gläubiger in großen Schrecken versetzt. Die Gesamtsumme der Schulden, soweit sie zur amtlichen Kognition der Regierung gekommen sind, betrug 38 428 Thlr. 6 gGr. 11 $\frac{1}{2}$ Pf. Diese Schuldenmasse hat der Bischof ohne Zweifel innerhalb der zehn Jahre seiner bischöflichen Regierung contrahirt, da doch anzunehmen ist, daß er bei den umständlichen Prozeduren, die seine Erhebung zum Bischof wegen seines Lebenswandels nöthig machte, wenigstens für Verichtigung seiner früheren Schulden gesorgt habe. Das Verzeichniß, welches bei den Alten liegt, zeigt, daß der Bischof die elementarsten Regeln einer geordneten Privatwirtschaft außer Augen ließ. Unberichtigte Wein- und Waarenkäufe nehmen darin einen nicht unbedeutenden Raum ein: 140 Thlr. 4 gGr. hatte die Taroni'sche Handlung, 174 Thlr. der Kurator Kollmann für Weine zu fordern; 530 Thlr. der Kaufmann Grebin, 76 Thlr. 15 gGr. 9 $\frac{1}{2}$ Pf. die Carovei'sche Handlung, 1234 Thlr. die Taroni'sche Handlung, 488 Thlr. der Kaufmann Müller, 625 Thlr. der Kaufmann Runke, 5896 Thlr. die Firma Contessa für Waaren, 102 Thlr. der Juwelier Klein für Waaren, 151 Thlr. der Goldarbeiter Schlenker für Arbeiten. Für verschiedene Handwerksarbeiten war der Bischof 1417 Thlr. 8 gGr. schuldig, einem gewissen Finger an Salar und Arbeitslohn 166 Thlr.; der bekannte Kaufmann Sokolowsky in Berlin erhob eine Forderung von 6000 Thlrn. für Wechsel, unterschriebene Rechnungen (der Spiegelmanufaktur) und aufgelaufene Zinsen; der Partikrämmer Albe hatte 60 Thlr. zu fordern, muthmaßlich für Schnittwaaren. Dazu kamen Forderungen für rückständige Traktamente und Gehälter, 160 Thlr. vom bischöflichen Stallmeister Böhmer, 266 Thlr. 16 gGr. vom Oberforstrath Christiani; an Miethzins schuldete der Bischof dem Grafen Leopold Lamberg 133 Thlr. 8 gGr., dem Baron Sterstorppf 48 Thlr. An Darlehen sind aufgeführt: zwei vom Jahre 1748 von dem Hause Salice und Contessa von 1333 Thlr. 8 gGr., 100 Thlr. vom Baron Daroy, 1600 Thlr. Hypothekenschuld auf ein Grundstück (es war der dem Bischof gehörige Ruffer'sche Garten, jetzt ein Theil des Volksgartens) an Ernst Sachs v. Böwenheim, 200 Thlr. Hypothek an den Domherrn v. Langenidel auf Schaffgotsch's Garten, 1666 Thlr. 16 gGr. Darlehen des Ralbacher; 3333 Thlr. 8 gGr. hatte der Bischof für sich aus der Cassa pastorum emeritorum zu Reife entliehen; sein Bruder Leopold Schaffgotsch, der

Malteserritter, hatte ihm 4000 Gulden = 2666 Thlr. 16 gGr. geliehen, genau dieselbe Summe sein Bruder Emanuel, der im Freibataillon Wunsch Hauptmann war. Der Bischof hatte die Summe, als der Baron Stillfried auf Weidenau, dem sie vorher geliehen war, sie zurückzahlte, kurz vor seiner Flucht gegen Ausstellung einer Obligation an sich genommen unter dem Vorwande, daß Emanuel sonst seine Interessen verlieren würde. Außerdem hatte sich der Bischof Geld gemacht, indem er in dem Walde des Domkapitels zu Storkschau Holz zu 7500 Stück Pallisaden hatte schlagen lassen, die er dann an die Militärverwaltung verkauft hatte, wofür das Kapitel 2713 Thlr. 8 gGr. forderte. Drei Posten von 466 Thlr. 16 gGr., 52 Thlr. 12 gGr. und 284 Thlr. an drei Bürger, die dem Baron v. Rothkirch dafür austamen, sind aufgeführt; es dürften dies wohl Spielschulden gewesen sein. Ferner figuriren 1979 Thlr. 20 gGr. Forderung des Sandstifts für Pretiosen, die der Bischof mitgenommen, 678 Thlr. Forderung des Domkapitels für Silberformen, dazu noch nicht näher fixirte Forderungen für Silber, das dem Domkapitel und dem Sandstifte gehörte und vom Bischof benutzt worden war.

Mit dieser amtlich aufgenommenen Schuldenmasse ist aber keineswegs Alles offenbart, was sich der Bischof außerhalb seiner regelmäßigen Revenüen an Baargeld verschaffte. So hatte ihm einst das Domkapitel aus der Erbschaft des Kardinals Singendorf 4000 Thlr. bewilligt.¹⁾ Im Jahre 1750 bedurfte er dringend, um Spiegelfabrikanten, Rahmenmacher, Maler und Tischler zu befriedigen (die bischöfliche Residenz in Breslau wurde durch ihn allerdings in prachtvoller Weise hergestellt), 4000 Gulden, die ihm der Pächter von Rottwitz leihen sollte gegen Zusicherung der Verlängerung des Pachtvertrages; dieser aber zog es vor, die Pacht aufzugeben, worauf Schaffgotsch für 700 Thlr. Holz aus dem Rottwitzer Forst schlagen ließ; die Handwerker erklärten sich schon damals zu einem Defort von 15 pCt. bereit, wenn der Bischof baar bezahle.²⁾ Vom Papste erlangte der Bischof zweimal die Erlaubniß, die für Unterhaltung des Domes bestimmte Jahresrate von 3120 Gulden auf je 6 Jahre für seinen Nutzen zu verbrauchen. Dies Alles zusammengerechnet illustriert die Behauptung des Bischofs, daß er wie ein Eremit lebe, in eigenthümlicher Weise.

Der Welt und besonders dem Papste hatte er freilich glauben zu machen gesucht, daß er durch die unerschwinglichen Kontributionen so hart bedrängt werde. In einem Briefe an den Papst vom 27. September 1756³⁾

¹⁾ Bastiani an Schlabrendorf, 23. Dez. 1755. M. R. XIII, 27 b.

²⁾ B. A. I, 6 p. Ottmachau, 25. Dez. 1750.

³⁾ Theiner II.

hatte er geklagt, die Einkünfte des Bisthums seien durch Kriegslasten und Abgaben so sehr geschmälert worden, daß er kaum anständig leben könne. Sein persönliches Einkommen habe 1750 noch 16 000 Gulden betragen; jetzt aber sei es noch um ein gutes Drittel zusammengeschmolzen. Die Kontribution, welche die Stifter zahlen mußten, betrug allerdings 50 pCt., aber der Prozeß Bastiani lehrte, wie die Geistlichkeit einen guten Theil davon für sich abzuwenden wußte, und bei dem Zustande der Bisthumsverwaltung kann man annehmen, daß die Kontribution nur von zwei Dritteln der wahren Einnahme gezahlt wurde. Zu Anfang des Krieges mußte freilich der Bischof für die königliche Kasse 80 000 Thlr. aufnehmen und sollte jährlich 10 000 Thlr. davon abtragen;¹⁾ aber letzteres ist eben nicht geschehen.

Die Gläubiger bestürmten mit ihren Bitten und Forderungen den Minister v. Schlabrendorf, die Breslauer Kammer, das Oberamt; die Vornehmeren unter ihnen gingen bis an den König. Dieser verfügte aber, daß zu ihrer Befriedigung nicht die Einkünfte des Bisthums, sondern der Erlös aus den Effekten des Bischofs, die zu diesem Zweck versteigert wurden, verwendet werden sollte.²⁾ Die Auktion der Pferde fand am 2. Mai 1758 statt; für einen schwarzbraunen Hengst wurden 60 Thlr., für einen Rapphengst 100 Thlr., für einen Rothschimmelhengst 99 Thlr., für einen Fuchshengst 60 Thlr., für einen hirschbraunen Hengst 60 Thlr., für einen Beschäler 90 Thlr., für eine einäugige Schwarzschemmelfute 30 Thlr., für die beiden Wagenpferde des Grafen Ceslaus 100 Thlr. gezahlt. Die Käufer waren Graf Carnath, Graf Faldenhayn, Stallmeister Ritter, Herr v. Hohenstein, Amtmann Kroll und General v. Puttkammer, der Generalverwalter des Fürstenthums Oels. Die Auktion des bischöflichen Mobiliars fand am 17. Juli und den darauf folgenden Tagen in der Dompropstei und der Frankenbergischen Kanonikatsresidenz statt; ein Katalog dazu war gedruckt worden; ein Exemplar desselben liegt bei den Akten. Unter den Nummern desselben befinden sich 13 Stück Equipagen, darunter mehrere mit Sammet ausgeschlagene Galawagen, eine nicht unbeträchtliche Gemäldegalerie, darunter Hagars, Sabinerinnen, Susannen, Lucretien, Vestalinnen, Judiths und Delilas, 46 Statuen, darunter 2 Masken, 4 Türken und 2 Haubenmacherinnen, nicht zu erwähnen das Silbergeschirr und die Möbel, sowie seine stattliche Bibliothek, welche 165 Nummern Folio-, 184 Quart-, 217 Oktav- und 36 Duodezwerke enthielt. Der Erlös aus den Effekten des Bischofs betrug 11 539 Thlr. 17 gr. 6 Pf., aus denen

¹⁾ Mengel, Neuere Gesch. der Deutschen VI, S. 16 (Breslau 1855).

²⁾ M. R. XIII, 27 d.

des Grafen Ceslaus 2418 Thlr., 6 gGr. 11 $\frac{1}{2}$ Pf., aus denen des Grafen Praschma 759 Thlr. 6 gGr. 6 Pf., wie der Abschluß vom 29. September 1758 ausweist.

Die Befriedigung der Gläubiger nahm einen sehr langsamen Fortgang, da die Priorität derselben erst vom Oberamt festgesetzt werden mußte; überhaupt war nicht daran zu denken, daß sie voll befriedigt wurden, obgleich der auf der Herrschaft Rynast stehende Erbanteil des Bischofs von 8666 Thlr. 16 gGr. mit verrechnet wurde, und aus der Sequestration der Benefizien desselben noch 1464 Thlr. 4 Gr. 11 Pf. der Konkursverwaltung zufließen. Bis zum 14. Dezember 1758 wurden den Gläubigern 7520 Thlr. 15 gGr. 9 $\frac{1}{2}$ Pf. ausgezahlt. Sehr beklagenswerth war der Kaufmann Soklowsky, der infolge seiner Kreditoperationen, durch welche er Friedrich dem Großen unschätzbare Dienste geleistet hatte, in Konkurs gerieth; noch am 22. Februar 1766 berichtet die Breslauer Kammer, daß die Konkursmasse desselben an den Fürstbischof noch 3173 Thlr. 13 gGr. 6 Pf. zu fordern hatte. In einigen Fällen griff der König zu Gunsten der Gläubiger ein. So befahl er am 10. Januar 1759, dem Grafen Ramberg die rückständige Miete auszuzahlen, und erklärte, daß er „diesen jungen Grafen“ wegen seines beständig getreuen Attachements gegen ihn weder von der Kammer, noch sonst kulanirt wissen wolle; wenn hiergegen letztere solches dessen ältestem außer Landes gegangenen Bruder thun könne, sie es nicht unterlassen solle. Ebenso intervenirte der König für den Grafen Emanuel Schaffgotsch, der als Hauptmann im Freibataillon Wunsch angestellt war, und sich nicht nur beklagte, daß sein Bruder, der Fürstbischof, ihm 4000 fl. abgeborgt habe, ohne ihm Zinsen zu zahlen, sondern auch, daß seine seit dem 18. Januar von ihm getrennt lebende Frau ihm die schulbige Rente von 388 Gulden für das Gut Niederbomsdorf bei Grottkau nicht zahle. Auch der Etatsminister Johann Nepomuk Graf Schaffgotsch (der dritte Sohn Hans Antons) in Berlin bat den Minister Schlabrendorf am 27. Februar, seinen Bruder zu befriedigen, da derselbe sich im Dienste Sr. Majestät sakrifigirt und des Seinigen ohnedem höchst bedürftig sei, um seine Equipirung zu bestreiten. Schlabrendorf gab ihm den schlechten Trost, der Bruder möge sich bis nach dem Frieden gedulden. Auf Eichels Rath wandte er sich darauf an den König, der d. d. Landeshut, 18. März 1758 befahl, die Schuldsomme Emanuels unter die Passiva zu notiren und sie möglichst aus dem Verkauf der Effekten zu decken. Vergeblich bat der Etatsminister darauf den Minister Schlabrendorf, die Forderung Emanuels nicht mit denen der anderen Kreditoren zu meliren; Schlabrendorf verwies ihn an das Oberamt. Endlich reichte Emanuel ein Immediatgesuch d. d. Dresden, 29. November 1758 ein — um diese Zeit hatten

die zwei Freibataillone mit Reubee-Dragonern, dem Meinedschen Regiment und dem Regiment Hausen, bei dem auch Ewald v. Kleist stand, ein glänzendes Gefecht gegen Daun im Plauenschen Grunde bestanden, wobei 12 000 Mann Dresden gegen 80 000 schückten — und sagte darin, gleichwie sein Bruder, der Fürstbischof, als der größte Feind seiner Familie gegen ihn abermals am falschesten gehandelt und ihm am nachtheiligsten gewesen, so sei er auch durch das von ihm am 17. Januar 1757 mit seiner Frau vermittelte Arrangement am meisten verletzt worden; diese bleibe ihm die Termine schuldig, lege keine Rechnung ab und vorenthalte ihm das versprochene Mobilliar, verfiere auch das ihr zum Aufheben gegebene Silber.¹⁾ Der König befahl sofort dem Minister Schlabrendorf, die 4000 Gulden nebst Zinsen auszugeben und den Kapitän bei der Justiz zu unterstützen. Schlabrendorf, der das Bisthumseinkommen eifersüchtig hütete, fand einen Ausweg. Er veranlaßte den regierenden Grafen Oberstallmeister Karl Schaffgotsch auf Rynast, das Guthaben des Grafen Geslaus an den Fiskus zu zahlen, wofür dieser jedoch dies als Aktum seines Bruders anerkennen sollte, dagegen sollte Graf Karl vom Fiskus 4000 Gulden erhalten und dafür verpflichtet sein, dem Grafen Emanuel sofort die Zinsen zu zahlen; am 8. Januar erfolgte die Cession vor dem Hofrath Schulz; 1000 Thlr. ließ sich Emanuel sogleich vom Oberstallmeister auszahlen, da er gerade zum Major avancirt war, um seine Equipirung zu bestreiten.

Weniger glücklich war der Malteserritter Leopold Graf Schaffgotsch, der durch die Flucht des Bischofs in klägliche Umstände gerathen war.²⁾ Als derselbe seinen entflohenen Bruder um das Darlehen und die Zinsen mahnte, schrieb ihm dieser vom 20. Mai 1758 aus Rom einen Brief voller Ermahnungen zurück, die keineswegs zart gehalten waren, spielte dabei den reuigen Sünder und pries sich glücklich, Gott in Ländern dienen zu können, wo ihre heilige Religion blühe, und wo man nicht nöthig habe, Gott zu beleidigen und seiner heiligen katholischen Religion zu schaden; zugleich warf er ihm vor, sein Interesse bei der Konfiskation der Effekten nicht wahrgenommen, sondern im Gegentheil seinen Küchenmeister Hagenauer, der ihm dies berichtet, dabei gehindert zu haben; in Betreff seiner Forderung wies er ihn auf 12 000 Gulden an, die der Baron Voos ihm schuldig sei. Leopold antwortete ihm darauf mit jenem mehrfach erwähnten Schreiben, in welchem er seiner bitteren Stimmung gegen den Bruder freien Lauf ließ. Dem

¹⁾ Wir übergehen die daran geknüpften Vorschläge und ihre Erledigung, da dies unserem Gegenstande fern liegt.

²⁾ Die betr. Briefe in M. R. XIII, 27 d. vol. 2.

Minister Schlabrendorf schrieb er, sein Bruder habe ihm aus Rom eine Predigt über die Reuschheit geschickt, „oubliant à toutes les plaisirs de Brok et reconnoissant la juste punition divine pour le mal qu'a fait; comme j'ai voulu faire encore un proselite du frère le grand écuyer (Karl Schaffgotsch), je lui l'ai envoyé toute la morale“. Auch gegen den Domherrn v. Langenickel beklagte sich Graf Leopold in einem Briefe (Warmbrunn, 28. Juli 1758) über seinen Bruder, mit dem sich Geslaus in Wien seinetwegen überworfen habe, und über den Küchenmeister. Um Kapital, Zinsen und Pension zu erlangen, hatte sich Leopold schon im März an den König und an Schlabrendorf gewandt. Da er dem letzteren zweimal vergeblich Besuch gemacht und ihn mit gleich schlechtem Erfolg in einer Gesellschaft aufgesucht hatte, wandte er sich schriftlich an ihn, aber erst nachdem er Breslau verlassen und sich nach Warmbrunn begeben hatte. Er klagt (13. April 1758), sein Kredit sei gestorben, kein Mensch wolle ihm leihen; da er Tag für Tag von den paar Groschen leben müsse, habe er es wegen Unvermögens seines Beutels in Breslau nicht ausbauern können; auch sei der numerus seiner Herren Kreditoren so angewachsen, daß die Visiten zu frequent und seine kleine Stube ihm kaum verhalten für ihn Platz gelassen; und da am 11. April 500 Blestirte der preußischen Armee in der Dompropstei angesagt worden, so habe er räumen müssen und desto eher seine Reise nach Warmbrunn angetreten; er hoffe allein auf Schlabrendorfs Gnade und Protektion, daß er ihn nicht werde Hungers sterben lassen, „denn alle moyens zu meinem Unterhalt mir manquiren“.

Schlabrendorf überwies ihm einen Betrag aus dem Erlöse der Pferdeauktion.¹⁾ Unglücklicherweise fiel, wie es scheint, einer seiner an Langenickel gerichteten Briefe in die Hände der Regierung. Es heißt darin: „Gottlob, nun habe bald Alles versetzt und verkauft; wer weiß, ob es nicht besser ist zum Leben, als es den Herren Fiscalen pro bono Creditorum die Commission zu lassen. Ici le bicasse (bécasse, Schnepfe) et die Schützenbrüderschaft von Hirschberg unter den Kaufleuten erhalten mich beim Leben; da schießet man auf 280 Schritt und meßt den Punkt heraus; auch 28 Spiegel-Schüsse öfters; ich habe es doch zu der Ehre gebracht, König in der Scheibe zu werden, und bald ein doppelter, dann von dem Fürsten Bruder ein ausgespielter König in der Trappflirarte, bin senza denary.“ Schlabrendorf war seitdem taub gegen seine Bitten, und legte ein Immediatgesuch sammt dem Briefe, in welchem Graf Leopold den Minister bat, es an den König zu befördern, zu den Älten. Der Berliner Minister Schaffgotsch, zugleich Bailiff des Malteserordens, der

¹⁾ Graf Leopold an Schlabrendorf, 6. Oktober 1762, M. R. XIII, 27 d. vol. 3.

seinem Bruder Emanuel so energisch beigestanden hatte, verhielt sich gegen Leopold sehr kühl: auf seine Klagen hielt er ihm vor, er habe für ihn 1000 Thaler gezahlt, um ihn Malteser werden zu lassen, und ihm eine jährliche Pension gegeben, Leopold aber habe sich mit 13 Personen aufs Land begeben und wie ein Fürst gelebt. So klagte denn Graf Leopold erfolglos weiter. Auf Schlabrendorfs Rath ging er endlich seinen Schwager, den General v. Nebentisch, an, beim Könige Fürsprache einzulegen; Schlabrendorf bekräftigte auch nunmehr ein von ihm verfaßtes Immediatgesuch; indeß hatte auch dies keinen Erfolg, und Nebentisch wurde bei Magaz 1759 gefangen. Im März 1759 schlug Graf Leopold Schlabrendorf vor, ihm den Rufferschen, zum Privatvermögen des Bischofs gehörigen Garten, auf dem Sachs v. Löwenheim 2000 Gulden stehen hatte, zu überweisen; den König bat er um dasselbe und um ein Moratorium. Im Dezember 1760 bat er aufs Neue Schlabrendorf um *quelque couple de cent écus*, um ihn aus dem Elend zu ziehen; im Oktober 1762 wünschte er wieder einen Bittbrief an den König befördert zu sehen. Um dieselbe Zeit wandte er sich durch seinen Bruder Carl an den Fürstbischof, der sich damals in Freimaldau aufhielt; dieser aber fragte, anstatt zu zahlen, was mit seinen Möbeln geworden sei (die Graf Leopold längst versetzt hatte). Indem Graf Leopold dies an Schlabrendorf berichtet, macht er die Bemerkung, der Jesuit Pinto sei ohne Zweifel von seinem Bruder verabschiedet worden, weil er ihm Moral über das Zurückgeben der Güter Anderer gepredigt habe, und bittet, au pauvre chevallier Polderle doch etwas zu verwilligen. Nach dem Frieden besuchte ihn der Fürstbischof in Warmbrunn und versprach, ihn wenigstens theilweise zu befriedigen, wenn seine Angelegenheiten geordnet sein würden.¹⁾ Dieser Fall ist aber nie eingetreten. Graf Leopold starb 1787.

Unterdessen wurde von der Königlichen Regierung auch nichts verabsäumt, um die Rechtsfrage in Betreff des Verfahrens gegen den Bischof klar zu stellen. Schlabrendorf verlangte Gutachten darüber von drei Professoren und einem Generalfiscal.²⁾

Das erste dieser Gutachten ist überschrieben: „Darlegung der Ursachen, welche Se. R. Maj. in Preußen zur gänzlichen Absetzung des entwichenen Bischofs von Breslau, Fürsten v. Schaffgotsch, aufs vollkommenste berechtigen, nebst einem unvorgreiflichen Bedenken von Einrichtung des Processes wider denselben“ und unterschrieben: Johann Tobias Carrach, Ihro Kön. Maj. in Preußen Geh. Rath und Senior der Juristen-Facultät

¹⁾ Leopold an Schlabrendorf, 10. Juli 1768.

²⁾ C. M. R. XIII, 27 h.

zu Halle, und Johann Philipp Garrach, ordentlicher Professor der Rechte auf Sr. Maj. Universität zu Duisburg, auch fürstlich Osenburgischem wirklichem Geh. Hofrath. In diesem Gutachten wird dem Bischof eine Verletzung sowohl der schuldigen, als auch sonstigen Lehns- und Unterthanenpflicht wegen der bischöflichen und anderen Aemter Schuld gegeben. Aus dem kanonischen Rechte gehe hervor, daß ein aus noch so guter Absicht um eines sonst in der römischen Kirche als verdienstlich rekommandirten Werks willen seine Heerde verlassender Bischof dem Anania und der Sapphira, die dem h. Geiste gelogen, zu vergleichen sei, daher eben diese Strafe, so dieselbe beide betroffen, und welche die Kanonisten mehrentheils für eine wunderthätige Exkommunikation ausgeben, durch den begangenen Frevel verwirkt zu haben geachtet werde. Ueberdies gehe ein jeder Beamter durch Verlassung seines Amtes und vollends durch Uebergang zu den Feinden seiner Herrschaft, von welcher das Offizium nebst dem davon ziehenden Gehalt, oder andere dessen Führung halber ziehende Einkünfte abhänge, solcher Würde, Verwaltung und Einnahme ebensowohl als ein Vasall, der sich zu seines Lehnsheeren Feinden begeben, derer Lehen, und ein dergleichen Partie ergreifender Unterthan seines im Lande habenden Vermögens nach allgemeinem Rechte und durchgängig geltender Billigkeit verlustig. Nun sei der Fürstbischof sowohl der in Genuß gehabter Kirchengüter halber, als wegen anderer Stücke Sr. Majestät in Preußen mit Lehnspflicht verwandt, was aus den bischöflichen und anderen Urkunden in der Sommersbergischen Sammlung, sowie aus den bedeutendsten schlesischen Skribenten und Geschichtschreibern, in denen der Bischof als Vasallus Ligius bezeichnet werde, hervorgehe; ferner sei er Unterthan wegen seiner Person, Stellung im Oberkonsistorio und Prälatur zum Sande, und nach klaren Eingeständnissen der Bischöfe, besonders laut des Kolowrat'schen Vertrages von 1504 in Absicht auf das Bisthum selbst. Da nämlich weder ein den Regeln der Vernunft, also den Regeln des allgemeinen Staatsrechts nachgehender, noch specialiter ein protestantischer Souverän das bischöfliche Kirchenregiment anders, als in der strengsten Dependenz von der höchsten Gewalt im Staate und den darunter begriffenen obersten und unabhängigen Rechten in Kirchen- und Religionswesen oder dem von Manchen so betitelten summo Episcopatu in der Maße eines anderen obrigkeitlichen Amtes gestatte, solches auch so wenig unter irgend einer anderen Bestimmung zu geben, als einer fremden Macht, dergleichen der Papst vorstelle, eine Art der Herrschaft in seinen Landen, wohin die päpstliche anmaßliche Superiorität über geistliche Personen, Güter und Sachen gehöre, überlassen könne, so sei das bischöfliche Amt ein officium publicum, und der Bischof ein obrigkeitlicher Beamter des

Souveräns. Dasselbe gelte in Betreff der Prälaturen, wie daraus hervorgehe, daß ein Oberamtschreiben vom 24. März 1677 an den Prälaten zu St. Matthias, daß Kaiserlicher Majestät hoch daran gelegen sei zu wissen, was für Subjekte erwählt würden, von dem Nachfolger desselben, Fiebiger, publizirt worden sei; auch gehörten Bischöfe und Prälaten zu den schlesißen Ständen. Die Einziehung des Vermögens und der Temporalien, sowie die Sequestration und Administration durch den Minister sei rechtmäßig, wie sonst die Obfignirung und Beschlagnahme, die gegen ausgetretene Verbrecher verhängt werde, damit der Schuldige daraus keinen weiteren Vorschub erhalten möge, als besonders in diesem Falle zur Sicherheit wider allen Abgang dessen, worauf insgesammt der R. Fiskus wegen künftig zu deklarirender Privation und Konfiskation einen gegründeten Anspruch habe, und selbigem in der That bereits ein gewisses Recht zustehe, als ein nothwendiges Mittel gebraucht werden müsse; auch die Nutzung der Benefizien, für die kein Dienst geleistet werde, könne Se. Majestät an sich ziehen. Für einen Prozeß, so fährt das Gutachten fort, sei gar keine Vorschrift vorhanden. Majestät könne auf Grund des Schreibens vom 30. Januar 1758 das Erkenntniß sogleich publiziren oder aus Uebermaß der Gnade einiges Verfahren hergehen lassen. Die damit beauftragten Personen hätten über die Form zu befinden. Selbst Kaiser Heinrich VI. habe in einem Perduellionsprozeß (gegen die Söhne Heinrichs des Löwen) ein arbiträres und kurzes Verfahren im Reiche autorisirt. Allerdings könne ein Generalfiskal die Klage aufseßen und Schaffgotsch citirt werden, und bei Ausenbleiben desselben könne ein Kontumazurtheil ergehen, wenn man besonders das Domanialinteresse ins Auge fasse; da es aber auf die Bestrafung ankomme, zu der ein Inquisitionsprozeß nöthig sei, in welchem die offenkundige Flucht und der Brief des Bischofs als Bekenntniß dienen, könnte eine Fiskalklage folgen. Bei dieser sei zunächst Citation wie bei Desertoren zu erlassen, auch könnten die drei Citationen in eine zusammengezogen werden; seien sie ohne Erfolg, so sei Kontumazverfahren zu beschreiten; Privatcitation sei nicht anzuwenden, da der Ort des Aufenthalts unsicher sei. Die Citation sei zu Breslau an der Kammer, an des Bischofs Wohnung, an der Cathedral- und Sandkirche, am bischöflichen Hause zu Reife anzuschlagen und in den Kirchen am Dom, auf dem Sande und in Reife von vier zu vier Wochen dreimal zu verlesen, auch in die Breslauer, Berliner und Hallische Zeitungen zu inseriren; nach dem dritten Termine sei eine Frist von 14 Tagen zu geben. Erscheine der Bischof, ohne sicheres Geleit erlangt zu haben, so habe Personalarrest und Inquisitionsprozeß stattzufinden, komme er nicht, Kontumazprozeß. Alle Ämter, Würden, Benefizien, Titel, Wappen, Besitzungen, Vermögen seien

ihm abzuverkennen, er selbst zu Leibes- und Lebensstrafe zu verurtheilen; Klerus und Unterthanen seien von den Pflichten gegen ihn zu entbinden; Vorschub und Korrespondenz mit ihm sei bei schwerster Strafe und höchster Ungnade zu verbieten, dagegen zu befehlen, ihn zu arretiren und solches anzuzeigen. Sein Verbrechen sei als Verbuellion zu behandeln, und wider ihn als einen Desertorem zu verfahren, dessen Desertion *hostili animo* geschehen; die Publikation habe wie bei einer Aichtserklärung im Reich, bei offenen Thüren zu erfolgen, im Domkapitel zu Breslau, im Kapitel auf dem Sande bei voller Session, durch Zirkular an sämtliche Geistliche, Stände und die Ämter von Grottkau und Neiße. Schließlich befreit das Gutachten dem Bischof die fernere Befugniß zu den Verrichtungen des Amtes und spricht der Staatsgewalt das Recht zu, sich an die Lehre, daß ihm diese Befugniß kraft der Weihe zustehe, als ein „Vorurtheil von einer sonderbaren, übernatürlichen und göttlichen, durch die Weihung der Seele eingebrückten Eigenschaft und unauslöschlichen Charakters, desgleichen von einer nach jedem Grade der Kirchenämter und Würden differirenden und respective mittelst der Benediktion, Ordination und Konsekration mitgetheilten, zu jedem Amt und Stufe nothwendigen und selbigem anhangenden, speziellen Gnade auf keine Art gebunden zu halten.“ Das Gutachten beruft sich dabei auf die Souveränität des Königs gegenüber der päpstlichen Hoheit und sagt, es komme hier nur darauf an, ob der Bischof noch im Bisthum Breslau Befugnisse habe, nicht auf seine allgemeine bischöfliche Würde und seinen geistlichen Stand. Ferner sei der König berechtigt, den Bischof persönlich ergreifen zu lassen; wenn im deutschen Reiche nicht die Aicht, sondern nur Privation an einem Bischof vollstreckt werde, so komme dies nur daher, daß die weltlichen katholischen Stände keinen Geistlichen richten dürften, die geistlichen Reichsstände als solche aber keine Geistlichen seien.

Außer diesem Gutachten hatten die beiden Carrach noch ein anderes über die Bestellung eines Generalvikars angefertigt, in welchem sie dem Könige das Recht der Säkularisation des ganzen Bisthums zusprachen. Gestützt auf beide Gutachten machte Schlabrendorf am 25. November 1758 den Rabinetsministern Grafen Podewils und Zinkenstein, d. h. dem Könige, folgende Vorschläge: a. es sei wider alle Verfassung eines souveränen Staates, dem päpstlichen Stuhl die Ernennung eines *vicarii apostolici* zu verstaten; b. Majestät habe das Recht, e *gremio* des Kapitels einen Offizial oder Vikar zu ernennen; c. der Papst müsse diesen ohne besondere Verleihung anerkennen, weil *sede vacante, seu impedita* das Domkapitel *vicarius natus ex lege*, ohne päpstlicher Konfirmation zu bedürfen, sei; d. die *Collatio beneficiorum* gehöre zu den Temporalien, also Sr. Majestät;

e. Bischof Schaffgotsch sei abzusetzen und ihm mäßige Pension lebenslänglich zu geben; f. wenn der Generalvikar eingesetzt sei, könne das Bisthum auf immer in temporalibus administriert werden, und wenn ein suffraganeus oder Weihbischof vorhanden sei, bedürfe es gar keines Bischofs. Die Vorschläge in Betreff des Generalvikars fanden Beachtung. Der Bischof hatte nämlich den Domherrn Grafen Frandenberg, der früher sein erbittertester Gegner gewesen war, zum Generalvikar, d. h. geistlichen Richter, ernannt, Friedrich der Große aber seinen Willen dahin kund gegeben, daß der Abbe Bastiani als solcher bestellt werde. Das Domkapitel hatte darüber an den Papst berichtet; dieser aber es für unthunlich erklärt, weil Bastiani nicht die nöthige juristische Bildung habe; wenn Frandenberg dem Könige nicht genehm sei, möge das Kapitel einen andern aus seiner Mitte vorschlagen, den der damals noch in Rom befindliche Bischof dann ernennen könne. Bastiani leistete klüglich selbst Verzicht, worauf der König, nach dem Vorschlage Schlabrendorfs, anordnete, daß das gesammte Domkapitel die Funktionen eines Generalvikars ausüben solle, und als dieses antwortete, daß nicht jedes Mitglied für alle bischöflichen Funktionen befähigt sei, verfügte Schlabrendorf, daß in solchen Fällen die mit den nöthigen Fakultäten ausgestatteten Mitglieder die betreffenden Funktionen ausüben sollten. Infolge dessen blieb im Grunde Alles beim Alten; Frandenberg setzte seine Amtsgeschäfte fort. Zur Verrichtung der Spiritualien wurde der eine Zeit lang in Magdeburg festgehaltene Weihbischof von Almesloe freigegeben, und als dieser starb, wählte das Domkapitel an seine Stelle den Domherrn v. Strachwitz, der am 7. Mai 1761 zur Konsekration nach Krakau reiste.¹⁾ Der vom Fürstbischof während seines Aufenthalts in Teschen zum Weihbischof ernannte Graf Praschna gelangte natürlich nicht zur Funktion und ging nach Altbunzlau in Böhmen als Propst in das dortige Stift.²⁾

Dagegen fanden die den Bischof betreffenden Vorschläge Schlabrendorfs eine Abfertigung. Podewils und Findenstein antworteten unter dem 9. Januar 1759, es sei wohl „ohnstreitig, daß der entwichene Bischof von Breslau sich durch seine Desertion und Uebergang zu Sr. Königl. Majestät offenbaren Feinden des Crimen feloniae et perduellionis vollkommen schuldig gemacht, und daher Ihm der Prozeß gar wohl gemacht und Er des Temporalis entsetzt werden könne; indessen da die bischöflichen Revenuen ohnehin zu Sr. Königl. Majestät Nutzen sequestrirt werden, mithin von dem Felonieprozeß kein wesentlicher Effekt zu erwarten stehe, wohl aber selbiger ratione

¹⁾ Bericht der Kammer vom 7. Mai 1761.

²⁾ Aussage Spanke's 16. Dezember 1759 und Bericht Münchhausens, Neisse, 6. November 1761.

fori et citationis besondere Schwierigkeiten haben werde, und es doch am Ende auf den Ausfall des Friedens lediglich ankommen werde, so hielten sie dafür, daß man es bei der bisherigen Entziehung der Einkünfte vor jeto noch zu belassen habe. Betreffend aber den letzten von Schlabrendorf gemachten Vorschlag, könnten sie gar nicht absehen, wie wegen eines Personal-Verbrechens des Bischofs von Breslau das ganze Bisthum supprimirt und secularisirt werden könne. Die Gründe, so in den Carrachischen Deductionen (in dem Gutachten über Bestellung eines General-Bicars) angeführt werden, seien sehr leicht, und insbesondere sei die Auslegung des status quo religionis in Schlesien, worauf es hierbei vornehmlich ankomme, höchst gezwungen. Denn wenn schon der Wienerische Hof die Friedensschlüsse gebrochen und sich dadurch der darin stipulirten Rechte verlustig gemacht, so würde doch sehr schwer zu behaupten sein, daß die katholische Religion und die derselben zugethanen Einwohner in Schlesien, welche an dem Friedensbruch keinen Antheil gehabt, ihre sowohl durch die Friedensschlüsse als auch vorhin schon durch Constitutiones, Privilegia und Gewohnheiten erworbenen Rechte, ohne etwas begangen zu haben, verlieren sollten. Wenn man die Carrachischen Prinzipien annehmen wollte, sagen die Minister, so würde man aus denselben auch behaupten können, daß Sr. Königl. Majestät nicht nur das Bisthum Breslau, sondern auch alle geistlichen Stifter, Klöster und Güter in Schlesien einzuziehen und sogar die katholische Religion in dem ganzen Lande abzuschaffen befugt wären. Wie verhaßt aber würden solche Sätze Sr. Königl. Majestät nicht bei allen Katholischen machen, und was für ein Geschrei würde nicht die ganze katholische Geistlichkeit, sonderlich in Polen darüber erregen, welches man dem Königl. Interesse bishero dergestalt zuwider gehalten, daß man vielmehr bei dem ersten schlesischen Kriege eine besondere lateinische Schrift in Polen publiciren lassen, um die Katholischen zu versichern, daß ihre Religion in Schlesien unter Sr. Königl. Majestät Regierung nichts zu besorgen habe. Es würden daraus gewiß die Folgen entspringen, daß bei dem künftigen Friedensschluß die pacificirenden katholischen Mächte alles Mögliche thun werden, um noch ein mehreres für die Katholischen zu stipuliren, um Sr. Königl. Majestät durch viele neue Klauseln noch mehr als bishero die Hände zu binden, wenn Höchstdieselbe nicht im Stande sein sollten, Ihren Feinden gänzlich Gesetze vorzuschreiben, welches fast nicht zu hoffen stehe. „Wir sind also, heißt es weiter, der Meinung, daß es höchst rathsam sei, die Carrachischen Prinzipien gänzlich zu dissimuliren, die von den beiden Carrachs gemachten Deductiones sehr geheim zu halten und ihnen vielmehr zu erkennen zu geben sei, daß man selbige nicht approbire, auch die weitere publicirung solcher Deductionen und derer darinnen enthaltenen anstößigen

Principiorum ihnen scharf zu verbieten, welches Uns um so nöthiger zu sein scheint, da der jüngere Carrach Alles, was ihm einkommt, ohne Ueberlegung in die Welt schreibt und ohne Censur drucken läßt, daher es geschehen, daß das Gegentheil (die Feinde) die von ihm debitirte Privatprincipia arripiret und Sr. Königl. Majestät in öffentlichen Schriften zur Last geleet.“ Schließlich sagen sich die Minister von aller Verantwortung los, wenn aus den Carrachischen Gutachten einige vor Sr. Königl. Majestät Interesse nachtheilige Folgen entspringen sollten.

Weit vorsichtiger waren die beiden anderen eingeholten Gutachten, dasjenige des Professors Böhmer in Frankfurt a. D. und das des Generalfiskals Schultes, abgefaßt. Sie stimmten im Wesentlichen mit der Meinung der Berliner Cabinetsminister überein. Böhmer führt aus, daß mit dem Verluste der Lehen die Entsetzung vom Amte nicht verbunden zu sein brauche; selbst wenn die Acht ausgesprochen worden, bleibe im Reich der Bischof noch Bischof, so lange als er nicht vom Papste entsetzt sei, wozu *causae in jure canonico specialiter determinatae* erfordert werden; zu diesen *causis* gehöre aber nicht die Felonie. Wenn aber eine Entsetzung durch den Papst im gegenwärtigen Falle erfolgen sollte, so sei nichts weiter nöthig, als ein Rescript an das Kapitel und Promulgation. Böhmer lehnt aber ab, darüber ein Urtheil zu fällen, ob die Felonie des Fürstbischofs von der Art sei, seine Absetzung zu rechtfertigen und ob sie Verlust seines Vermögens verdiene. Indes giebt er zu, daß er abgesetzt werden könne als *Episcopus mediatus*; der König sei darin zuständiger Richter, und der Bischof, als Landesverrätther und unwürdiges *subjectum*, könne seiner Qualitäten eines Bischofs und Vasallen verlustig gehen. Aber es sei unstatthaft, die Feuda sofort einzuziehen, und es sei nothwendig, den Bischof deshalb durch einen dazu bestellten Fiskalen vor der Lehnsturie zu verklagen und mediante *processu* sowohl auf die Privation anzutragen, als nach gehöriger Untersuchung solche *per sententiam* zu erkennen, wie aus dem *jure feudali* bekannt sei. Ebenso wenig dürfe man die Remotion übereilen und sie etwa durch bloße Publikation eines Rescripts sofort bestimmen, sondern man müsse prozeßgemäß gegen den Bischof verfahren, zu welchem Ende vom König ein Kommissar zu bestellen, der Prozeß durch einen Fiskal oder *ex officio* gegen ihn zu instruiren, der Bischof zur Verantwortung in Person oder durch einen Bevollmächtigten vorzuladen, eine geheime Untersuchung des begangenen Verbrechens anzustellen, endlich wenn er ausbleiben sollte, in *contumaciam* gegen ihn zu sprechen und befundenen Umständen nach eine Remotionsentsentz wider ihn zu publiziren sei, welche Methode nicht allein die gesunde Vernunft, sondern auch das geistliche Recht erfordere. Die Berechtigung des Landesherrn, Klöster und Stifter zu secula-

rifiren, sei sehr problematisch; aber hier, wo es sich nur um das Einkommen des Bischofs handle, sei man berechtigt, das Bisthum durch *officialiales* verwalten zu lassen, da der Kirche dabei nichts abgehe; der *status quo ecclesiae* sei kein Hinderniß, da der Friede gebrochen worden sei. Aber die Stifter und katholischen Unterthanen haben als *tortius* ein Recht durch den Frieden erworben, und da die katholische Kirche am Kriege nicht theilgenommen, sei das *jus quaesitum* geblieben. Das Einziehen von Kirchen und Klöstern sei nur berechtigt, wenn dieselben verfallen, die Mönche *injuria temporis* verjagt werden, das Institut an sich unnütz sei und auf bloßer Superstition beruhe; oder wenn die Güter zu ähnlichen und nützlichen Anstalten, zu Wittwen-, Waisen- und Buchthäusern angewendet würden. Ein neuer Bischof müsse bestellt werden, wenn der jetzige *removirt* sei, kein *Coadjutor*, der nur im Nothfall, bei Alter oder Unvermögen des Bischofs, und nur vom Papste bestellt werden könne. Werde aber der Bischof nicht entsetzt, so könnten wohl jene Fälle auf ein *aliud justum impedimentum* ausgedehnt und ein *Coadjutor* bestellt werden, wozu, wie bei der Bischofswahl, das Kapitel drei Kandidaten aufstellen möge, aus denen der König einen auszuwählen habe; der Einspruch des Papstes sei dabei nicht zu fürchten, da derselbe auch bei einer Bischofswahl wenig zu sagen habe. Was ein *Coadjutor* zu bekommen habe, sei in den kanonischen Gesetzen bestimmt; der Ueberschuß der *Sequestration* komme an den Fiskus, so lange die Untersuchung dauere.

Der Generalfiskal Schultes war der Ansicht, daß der Bischof nicht abgesetzt werden könne; auch vom Papste sei eine solche Absetzung nicht zu erwarten, da nach dem Tridentinum berechtigte Gründe der Absenz: *Christiana charitas*, *urgens necessitas*, *debita obedientia* aut *evidens Ecclesiae vel Rei publicae utilitas* seien, und einer dieser Gründe immer geltend gemacht werden könne, ja bei Wallfahrten zum h. Stuhl oder zum Grabe Christi werde sogar *residentia ficta* statuiert. Obgleich das Tridentinum in Schlessen vom Landesherrn nie bestätigt worden sei, sei es doch vom Bischof publicirt worden und habe vorbehaltlich der Rechte des Landesherrn und der Privilegien der Stände dort Geltung. Jedoch könne der Bischof seiner Benefizien und seines Vermögens wegen Felonie beraubt werden, immer aber nur unter Prozeßform. Einen andern Bischof zu ernennen, gehe nicht an; das Recht des Landesherrn auf *Secularisation* sei dubiös, auch werde das Domkapitel seine Rechte dagegen wahren. Die Installation eines *Coadjutors* sei ebenfalls Zweifeln unterworfen; sie dürfe nur in Fällen der Krankheit, des Alters und der Schwäche stattfinden; nach einem von Glogin 1744 abgegebenen Gutachten¹⁾ solle allerdings dem

¹⁾ Jedenfalls dasselbe, welches im 10. Bande der Archivpublikationen S. 607 ff. abgedruckt ist, d. d. Breslau, 10. Sept. 1746.

Könige das Recht der Ernennung zustehen; jedoch sei dies noch zweifelhaft; überlasse man dem Kapitel die Präsentation, so müsse der Präsentirte jedenfalls ein annehmbares Subjektum sein.

Man kann nun allerdings die Frage aufwerfen, ob es Recht war, daß das Bisthum während des Krieges im Sequester verblieb, ohne daß ein Prozeß gegen den Fiskusling instruiert wurde; indeß, da die Verurtheilung des Bischofs unvermeidlich, seine Absetzung durch den damaligen, Friedrich feindlichen Papst Clemens XIII. undenkbar gewesen, die Einsetzung eines Koadjutors aber aus demselben Grunde auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen wäre, so hatten die Minister ganz Recht, wenn sie die Sache als eine politische, internationale behandelten und den doch unvermeidlichen Sequester ruhig bestehen ließen, ohne den späteren Friedensstipulationen in Betreff des Bischofs durch einen prelären Richterspruch vorzugreifen. Als der Bischof später zum zweiten Male floh, wurde von dem Böhmerschen und dem Schultesseschen Gutachten insoweit Gebrauch gemacht, als man einen Koadjutor einsetzte. Nach dem Frieden war der Papst den Wünschen des Königs zugänglich.

Den Bischof selbst verließen wir in Nikolsburg. Von dort zeigte er den 3. Februar 1758 dem Domkapitel an, er wolle nach Rom reisen, um den Troublen des Krieges fern zu bleiben, und ermahnte es, das Beste der Diözese und des Kapitels wahrzunehmen; den Grafen Praschma, den er als *canonicus a latere* mitgenommen, möge das Kapitel als präsent ansehen und ihm alle *fructus* und *Emolumente* zukommen lassen. Am 6. Februar reiste er nach Wien, wo er vergeblich eine Audienz bei Maria Theresia nachsuchte, und begab sich zehn Tage später auf den Weg nach Rom; am 28. Februar reiste er von Venedig ab; über Padua und Voretto langte er am 15. März in Rom an. Dort suchte er den päpstlichen Geschäftsträger Ritter Coltrofini auf und sprach vor ihm vom Könige mit den Ausdrücken der größten Dankbarkeit, nannte ihn seinen einzigen Wohltäter und versicherte, daß er demselben die Beweggründe seiner Reise vortragen habe und Antwort erwarte. Am 17. März hatte er Audienz beim Papste. Er meldete dies dem Domkapitel und berichtete, er habe dabei des Domkapitels gedacht, werde auch künftig desselben gedenken und hoffe, daß es sein Interesse bei der Vermögensverwaltung wahrnehmen werde, da er gehört, daß der König demselben die Administration in *temporalibus* übertragen habe. Der Brief trägt den Vermerk *franco Venetia*. Das Kapitel fragte am 14. April bei Schlabendorf an, ob es antworten dürfe; der König ließ es aber abschlägig bescheiden und ihm jede Korrespondenz mit dem Bischof untersagen.¹⁾ Schon von Wien aus hatte der Bischof

¹⁾ M. R. XIII. 27 d. vol. 1.

den schon oben erwähnten Bedienten seines Bruders, Triensler, der früher in Breslau in Dienst gestanden und sich mit einer bischöflichen Magd vermählt hatte, nach Skorschau geschickt, um drei englische Pferde mit zwei schlesischen Reitknechten nach Wien zu bringen; da er aber den Amtsverwalter Burghard, der gerade krank war, nicht sogleich sprechen konnte, wurde die rechte Zeit versäumt, so daß die Pferde von der Kontursverwaltung nach Breslau geholt wurden. Außerdem sollte er ein vergrabenes Kistchen mit Pretiosen von Breslau abholen; dort aber wurde er verhaftet, nach langer Untersuchungshaft zwar freigegeben, aber Schlabrendorf befohl, daß er bis zum Friedensschluß beim Festungsbau beschäftigt würde, damit er dem Feinde keine Spionendienste leiste.¹⁾ Der Küchenmeister Hagenauer hatte dem Bischof Wäsche, Kirchenornat, Livreen und die goldenen Tassen aus seiner mütterlichen Erbschaft nachgebracht.²⁾

Im August 1758 verließ der Fürstbischof Rom und begab sich zum Fürsten Erzbischof nach Salzburg, wo er den September und das erste Drittel des Oktobers verweilte. Er wohnte dort im Hause des Canonicus Grafen Posdaski. Wie Plotko, der preussische Reichstagsgesandte in Regensburg, meldete, hatte er noch viele eigene Bediente bei sich, machte eine „große Figur“ und verfügte über eine Hofequipe. Der Kommerzienrath Riebel aus Neurode meldete an Schlabrendorf, in seiner Begleitung seien zwei Canonici (wohl Ceslaus und Praschma) und zwei Kapläne. Einer von den Letzteren war der Jesuit Pinto aus Rom. Am 10. Oktober reiste der Bischof nach Teschen, wo er längere Zeit verweilte und im Hause eines Herrn v. Hallmann wohnte. Schlabrendorf hatte auch die Nachricht erhalten, er sei wieder eine Zeitlang in Wien gewesen, und weil ihm sein Referent, der Kommerzienrath Genedl aus Neurode, darüber nichts geschrieben, schalt er ihn aus und beklagte ihn, daß er in Wien einen so unzuverlässigen Korrespondenten habe; es stellte sich aber heraus, daß Schlabrendorf falsch berichtet worden war. Der Wiener Hof setzte dem Bischof 1000 Gulden monatlich aus, wozu die Einkünfte des österreichischen Antheils und die Erpressungen im Preussischen dienen mußten; jedoch scheint das Gehalt nicht regelmäßig gezahlt worden zu sein, denn der Bischof mußte sich mehr und mehr einschränken und lebte schließlich sehr eingezogen; Graf Praschma unterstützte ihn damals mit seinen reichen Mitteln. Von Teschen aus machte er zuweilen einen Ausflug nach Troppau oder Jägerndorf, auch nach Friedek zum Landeshauptmann Grafen Larisch, und wenn

¹⁾ Schlabrendorf an den König, 24. Mai 1758. Die Breslauer Kammer, 12. December 1758.

²⁾ Der Bischof an Graf Leopold, Rom, 20. Mai 1758.

preussische Truppen in die Nähe kamen, nach Zabłunkau. In Teschen predigte er fünf oder sechs Mal unter großem Zulauf und hielt im Fürstenthum Visitationen ab. Oft ließ er sich dahin vernehmen, daß er gern wieder in Breslau wäre und seinen Schritt bereute.¹⁾ Er versuchte auch seine Befugnisse wieder auf seine preussische Heerde auszubehnen; als dies aber ruckbar wurde, erließ der König am 17. Dezember 1758 ein Schreiben an die Kammer, in welchem der Bischof meineidig und pflichtvergessen genannt und beschuldigt wurde, von Teschen aus mit den schlesischen Geistlichen einen beständigen Commerce unterhalten zu haben; die Kammer sollte eine diesem Rescript entsprechende Verfügung an sämtliche Land- und Steuerräthe, auch an das Generalvikariat erlassen, daß sie den Geistlichen einschärften sollten, den Verkehr mit dem Bischof einzustellen unter Androhung des Verlustes ihrer Benefizien und geistlichen Würden, unter Umständen auch empfindlicher Leibesstrafe. Dies geschah, und sämtliche katholischen Geistlichen Schlesiens mußten die Verfügung, die durch Kurrende herumging, unterschreiben.²⁾ Dennoch verübte der Bischof im Oktober 1759 einen höchst undvorsichtigen Gewaltakt an dem Pfarrer Anton Bargunde in Grzeszcin Koseler Kreises.³⁾ Dieser arme Mensch war, weil der dortige Patronus v. Kaldreuth zu dem erledigten Benefizium nicht rechtzeitig einen anderen Geistlichen präsentirt hatte, vom Bischof im September 1756 auf Fürsprache einer Baronin v. Rothkirch zum Pfarrer bestellt worden, da er aber dem Patron nicht genehm war, behielt dieser die Pfarre in Sequestration, so daß der Pfarrer sich kümmerlich durchschlagen mußte. Eine Schwester Bargundes war an einen ehemaligen Kammerdiener Leopold Schaffgotsch, Johann Ernst Funke, verheirathet und lebte in Breslau. Nun scheint es, daß der Bischof sich des Pfarrers habe bedienen wollen, um einen Verkehr mit Breslau durch ihn zu unterhalten, und befahl ihm durch den Kommissär Joseph Wazlawtschil zu Lonau, zu ihm nach Teschen zu kommen. Da er nicht Folge leistete, sandte der Bischof einen Sekretär des entwichenen Marschkommissars v. Lipa, der als österreichischer Landrath des Ratiborer und Pleßer Kreises fungirte, am 6. Oktober zu ihm, der ihm Arrest ankündigte und ihm seine Baarschaft von 100 Thalern abnahm. Darauf führte derselbe ihn über Ratibor nach Teschen mit fort, wo sie am 7. Abends 8 Uhr anlangten. Der Bischof erhob gegen ihn drei Vorwürfe: 1) daß er mit der evangelischen Herrschaft fleißig konversire und gut preussisch gesinnt sei, auch sich anzüg-

1) Ausagen Spanles.

2) M. R. XIII. 27 g.

3) M. R. XIII. 27 g.

licher Reden betreffs der österreichischen Kriegsverfassung und Regierung bedient habe; 2) daß er unter der Besper mit der Pfeife Tabak im Munde mit der Musket gassaten gegangen sei, wodurch er Kergerniß gegeben habe; 3) daß er dem Kommissar gesagt habe, der Teufel habe ihm zu befehlen. Er vertheidigte sich mit Erfolg, gab aber muthig seine preussische Gesinnung und den Verlehrs mit der Herrschaft zu. Darauf behielt ihn der Bischof zur Tafel in Gesellschaft des Sekretärs, des Reisser Hofrichters v. Hohenhausen, des Canonicus v. Rosted aus Brünn, des Sekretärs Contessa und des Jesuiten Pinto, ließ ihn aber dann nach Saubsdorf bei Freiwalbau führen, wo er am 7. November eine bischöfliche Verfügung erhielt, daß er auf freien Fuß gesetzt werden sollte; er wurde darauf durch zwei Husaren nach Groß-Strellitz geführt und von dort durch den Oberst v. Knejewitz mittelst Trompeters nach Kosel gesandt. Das Geld war ihm jedoch nicht zurückgeschickt worden. Mit dieser Freilassung hatte es folgende Bewandtniß. Als seine Gefangenhaltung bekannt geworden war, machte das Wernerische Freikorps einen Einfall im Teschenschen, nahm dort den Dechanten gefangen, bemächtigte sich der Kleider, Parabelibreen, Bücher, Reliquien und des Weines des Bischofs und streifte bis Carwine bei Friedeck, wo sich der Bischof gerade aufhielt. Dieser entfloß eiligst nach Frankstädtel und von dort nach Kremsier. Seinen Heibuden, des Tafeldeckers Ritschel Schwester, die Küchenmagd war, und zwei Bediente, die in Friedeck zurückgeblieben waren, erhielten von Kremsier aus d. d. 15. November 1759 durch den Tafeldecker ihre Entlassung zugestellt; zwei Maulthierknechte mit sechs Maulthieren, die ebenfalls noch in Friedeck waren, wurden nach Freiwalbau beordert. Der Teschener Dechant wurde gegen den Pfarrer Bargunde ausgewechselt; nur zu diesem Zweck war er fortgeführt worden. Da der Bischof auch später noch hinübergelommene Priester ordinirte und seinen Verlehrs mit preussischen Geistlichen fortsetzte, so wurde am 9. November 1762 jenes Verbot erneuert, und denen, die es übertreten würden, mit Festung und empfindlicher Leibestrafе gedroht. Gegen eine Anzahl Priester wurde Untersuchung eingeleitet. Die einzelnen Fälle sind in den Akten aufgeführt.¹⁾

Im Oktober 1761 hielt sich der Bischof wieder in Troppau auf; in seiner Begleitung war sein Weihbischof Prachma; er wohnte beim Herrn v. Friedenthal, der für Speise und Trank aufkam; sein Oberjäger Blähdorn sandte ihm alle zwei Tage Geflügel zu. Im November war der Bischof wieder in Teschen. Als aber das Kriegsungewitter sich im Juni 1762 in die Nähe seines Asyls zog, suchte er das Weite, und von da an

¹⁾ M. R. XIII, 27 g.

erhalten die Ereignisse ein spannendes Interesse. Dann stand damals in der Nähe von Schweidnitz, zuerst nach dem Bobien hin, später bei Freiburg, Laudon deckte das Glaslice; sein rechter Flügel, aus leichten Truppen zusammengesetzt, stand bei Freitalbau und Zuckmantel, General Bed in Oberschlesien. Gegen diesen wurde der Herzog von Braunschweig-Bevern gesandt, der ihn auch zurückdrängte und Troppau Anfang Juli besetzte; das Freikorps Werner drang sogar bis Olmütz vor, so daß in Mähren großer Schrecken entstand. Während dieser Operationen hatte sich der Bischof in das Gebiet von Johannisberg begeben und hielt sich theils dort, theils in Freitalbau, theils in Segdorf und Gurschdorf bei Friedeberg an der Schlippe auf. In Freitalbau lebte die Familie des Rammerraths Brosig, in Segdorf sein Oberjäger Blühorn. Dort nun knüpfte der Bischof mit dem I. I. Hauptmann Wallisch, der die Vorhut in Hermannstadt bei Zuckmantel kommandirte und nicht lange vorher den Versuch gemacht hatte, in Verbindung mit dem Baron Wartotsch und dem Kuratus Schmidt den König in Boisselwitz bei Strehlen aufzuheben, und dem in Johannisberg kommandirenden Major v. Meßler Bekanntschaft an und setzte sich zugleich in Verbindung mit verschiedenen Persönlichkeiten in Reisse, um diese Festung durch Verrath und Ueberrumpelung den Oesterreichern in die Hände zu spielen. Er betrieb die Sache sehr vorsichtig, um in jedem Moment zurücktreten, den Plan an die Preußen verrathen und sich den Schein eines eifrigen Parteilängers des Königs geben zu können; selbst Meßler durfte von seiner Betheiligung nichts wissen. Er wechselte täglich seinen Aufenthalt, so daß es auffiel, und Meßler ihm einmal sagte, die Leute glaubten, er wolle es darauf anlegen, von den Preußen aufgehoben zu werden. Der Kommandant von Reisse, General Grant, erhielt jedoch von jenen Umtrieben rechtzeitig Kunde. Zuerst wurde der kaiserliche General v. Traskowiz von Grants Husaren gefangen; er hatte einen Brief bei sich, den er zerriß, aber die Stücke wurden aufgelesen und zusammengesetzt. Darin stand, daß ein Richtenstein'scher Dragoner, der in Weidenau stand, seinen Bruder (einen Bauer und Gerichtsmann in Stephansdorf, der den Oesterreichern Spionendienste geleistet und den Vorschlag gemacht hatte, die Provinzial-Husaren aufzuheben, aber von Grant nicht verhaftet worden war, weil dieser ihn selbst als Spion zu benutzen gedachte) zu sich kommen lassen sollte; dieser, der dem Schreiber (nämlich dem Fürstbischof) bekannt sei, würde gern bereit sein, genaue Auskunft zu geben, und wisse noch Jemand, der alle Wege und Stege kenne; man solle ihm nur sagen, daß er den Mann mit dem Schnauzbart mitbringen solle; auch Major Meßler werde von Allem einige Nachricht geben können. Eine Abschrift dieses vom 14. Juni datirten Briefes sandte Grant an Schlabrendorf mit dem Hingü-

fügen, es handele sich um eine Ueberrumpelung von Neiße; der Major sei mit 100 000 Dukaten von Daun abgeschickt, um eine Befestigung auszuführen. Derjenige, auf den es abgesehen war, war der Oberstlieutenant v. Strbenski in Neiße, vielleicht auch der Ingenieurmajor Lesèbre, welche beide mit dem Dechanten v. Schwemmersdorf einen intimen Verkehr unterhielten. Strbenski, dem wiederholt der Antrag gemacht wurde, erstattete dem Kommandanten Anzeige. Daß der Fürstbischof dabei seine Hand im Spiele habe, wurde augenscheinlich durch einen Brief desselben, der an Wallisch gerichtet war und von den Husaren bei Budmantel den 7. Juli aufgefangen wurde. Der Bischof bezeugte darin das größte Interesse an der Ueberrumpelung der Festung und versprach sich und Wallisch davon große Vortheile. Das Schreiben ist überschrieben: „Mein Herzens Alter!“ und beginnt folgendermaßen: „Dero Schreiben nebst allen Beilagen erhalte, da ich bei Tische sitze, habe dem Herrn Major die Neugierde mitgetheilt und bitte, solange der Major und ich beisammen sein werden, also dero Schreiben an mich einzurichten, damit ich selbe ihm vorzeigen kann, denn ich habe meine besonderen Ursachen, so ich mir mündlich zu erklären vorbehalte, warum ich mit ihm aufrichtig (!) umgehen muß, und verhüten, womit er keine besondere Einverständniß zwischen uns beiden inne werden möge; ich protestire alle Zeit, wenn er von seiner wichtigen Commission redet, und sage, daß ich hiervon nichts wissen und hören mag.“ Im Weiteren wird gesagt, der betreffende Freund (wohl Strbenski?) werde die Kommission nicht auf sich nehmen wollen, wenn das Bedermsche Corps nicht weiter nach Mähren gehe, und dies werde es nicht thun, wenn es merke, daß die Kaiserlichen es hineinlocken wollen; deshalb sei er unzufrieden, daß Beszle in Troppau stehen geblieben sei. „Basta, alter Herzensfreund,“ fährt er fort, „bewegen Sie Himmel und Erde, wann möglich zu reüssiren ist, um den Freund dazu zu bringen, falls es thunlich ist, denn die Sache ist von der äußersten Wichtigkeit, und ich sehe selbe bei unsern damaligen Umständen, wie die Goldtinctur an . . .“ Aus dem Weiteren geht hervor, daß ein gewisser v. Mundbach, der den Kottengatter aufgehoben hatte, an Laudon abgeschickt worden war, um ihm den Plan mitzutheilen; Mektler hatte deshalb an Haddil und an den General Jaquemin geschrieben; der Baron Stillsfried,¹⁾ heißt es dann, habe dem Bischof gesagt, ein einziger Brief Laudons an den Erzbischof Migazzi in Olmütz werde die ganze Sache in Richtigkeit bringen; er, der Bischof, bürge für Stillsfrieds Dienstfeier und überlasse es Wallisch, Alles zu bewerkstelligen. Darauf wird aber berichtet,

¹⁾ Emanuel Joseph, der mit dem Bischof in Nikolsburg zusammengetroffen war, vermahlt mit Gräfin Bicerotin; er lebte meist zu Johrnsdorf in Mähren.

Stillsfried gehe aus Furcht vor den Preußen mit Frau und Familie zu einer Frau Generalin v. Gubernach, die in einem Orte sechs Meilen von Wien lebe; er fühle sich weder in Mähren noch in Olas sicher. „So geht es,“ sagt der Bischof, „wenn man eine Frau mit vielen Kindern hat.“ Darauf rühmt er die Gemahlin Wallischs, die, obgleich ihr Mann eine gefährliche Kommission habe, voller Courage sei und in die Gegend kommen wolle. Er nennt sie dabei dero würdigstes Pandurele, und sagt im Späteren, er werde in diesen Tagen an den Kanzler Voller schreiben und ihr seine fünfjährigen Hospitaleinkünfte in baarem Gelde verschreiben, spricht auch von ihr als seiner würdigen angenommenen Tochter. In demselben Schreiben erwähnt er auch seiner Favorite-Gesundheit, d. h. seines Lieblingsstrinkspruches: „Der Gott fürchtet und seine Landesmutter ehret, sich redlich in sein Vaterland nähret, kein Unrecht thut, kein Unrecht leidet, der thue mir dieses Glas bescheidet.“ Er fährt fort: „Folgsam diene ich meinem großen Gott nach meinen geringen Kräften, ehre meine allernüchternste Landesfrau und suche auf das Beste dasjenige zu verbessern und nach Möglichkeit durch meinen Diensteifer zu ersetzen, so ich mir gegen Allerhöchstdieselbe zu reprochiren habe, und im Uebrigen lasse ich die Welt reden was sie will; die Zeit wird am Ende bei Ausgang dieses harten Krieges lehren und genugsam am Tage legen, daß ich während meiner bald fünf Jahre dauernden und ziemlich harten erlittenen Schicksale wie ein ehrlicher und treuer Mann gehandelt habe, daher lasse ich Gott Alles anbefohlen sein und liebe meinen Wallisch von Grund meines Herzens.“ Er theilt Wallisch mit, daß seine Stuten immerfort gefüttert ständen, und er nur auf seinen Fourierschäßen warte, um die Brieffschaften zu befördern. Schließlich theilt er ihm seine Sorge mit um 1100 Gulden, die sein Kammerdiener für ihn bei sich habe, um sie ihm durch die Posten zu bringen. Grant machte dem Könige Mittheilung vom Inhalte des Briefes, sandte ihn aber weder in Original noch in Kopie ein, weil die Husaren den Boten nicht ordentlich untersucht hatten, so daß ihnen die im Briefe erwähnten Kommunikate entgangen waren. Der Oberjäger Luchhardt, der, an Blähdorns Stelle von der Regierung ernannt, sich in Reise aufhielt, in Schlabrendorfs Auftrag Grant überwachte und ihm Berichte über ihn erstattete, nahm heimlich Abschrift davon, und so kam zunächst eine Kopie in Schlabrendorfs Hände. Grant machte nun fleißig Ausfälle und Streifzüge, so daß die Feinde nichts unternehmen konnten. Ein Detachement des Bavernschen Korps wurde zur Kooperation beordert und marschirte über Permsdorf heran.

Um die Feinde abzusprengen, machte Grant auch einen Einfall in das Oesterreichische, schrieb dort eine sechsmonatliche Kontribution in gutem

Gelde und eine Lieferung, die er in schlechtem Gelde bezahlte, aus und verwendete das Agio auf „Extraordinaria“ und Spionsbezahlung, wofür der König ihm in den gnädigsten Ausdrücken seinen Dank aussprach¹⁾ Am 21. Juli flegte Friedrich bei Birkersdorf. Vielleicht war es die Nachricht davon, welche den Bischof bewog, sich weiter zurückzuziehen; er reiste am 22. Juli mit seiner gewöhnlichen Begleitung, nämlich dem Baron Barlotzsch, dem Curatus Schmidt und den beiden Schwestern der Frau Blühdorn, die in Mannskleidern waren, nach Glatz. Am 10. August marschirte der General Beck nach Wartha ab, um den rechten Flügel Dauns zu bilden. Der Fürstbischof aber kehrte nach Freiwaldau zurück. Um diese Zeit ließ der General Grant, um der Weisung des Königs, daß er versuchen solle, den Bischof in seine Gewalt zu bekommen, zu entsprechen, den Oberjäger Blühdorn fragen, ob er sich mit einem Adjutanten des Generals an einem von ihm zu bestimmenden Orte in eine Unterredung einlassen wollte, welche die Beförderung des künftigen Wohls des Fürstbischofs zur Absicht hätte, wobei Blühdorn auch sein eigenes befördern könnte, indem er bei einer Entreprise, die er übernehmen könnte, nicht nur völlig begnadigt werden und einen Dienst bekommen, sondern auch 100 Augustb'or dazu erhalten könnte; jedoch dürfte er dem Fürstbischof vor der Hand nichts davon eröffnen. Blühdorn bestimmte einen Ort zur Unterredung, machte aber zugleich dem Bischof davon Mittheilung, so daß fast gleichzeitig mit der Entschleßung des Blühdorn ein Abgesandter des Fürstbischofs eintraf (am 12. August). Dieser hatte dem Blühdorn gesagt, er wolle gern selbst sein Wohl besorgen, und sandte deshalb einen Untergebenen seines Oberjägers Hannig zu Segsdorf mit einem Briefe an Grant. Der General trug dem Oberförster Luchardt auf, mit dem Jäger in Verbindung zu treten, und so erfuhr er denn, daß der Fürstbischof binnen 24 Stunden einen Ort bestimmen wollte, woselbst man ihn aufheben könnte, wenn der General ihm zuvor durch den Jäger eine schriftliche Antwort behändigen wolle mit der Zusicherung, daß ihm nichts Uebles widerfahren solle; auch bot der Bischof dem General Grant 100 Dukaten an, wenn er ihm vom Könige Strafflosigkeit und unbehinderte Rückkehr erwirke; er wollte sich durch schriftliche hohe Ordres hinlänglich ausweisen, daß er zu diesem Schritt (wohl zu der Flucht) gezwungen worden sei. Der Jäger sagte dem General noch eine andere angenehme Nachricht, welche, steht nicht in den Akten; vielleicht war es die, daß Wallisch vom Pferde gestürzt sei, viel Blut habe ausgespielen müssen und das rechte Bein stark verbunden

¹⁾ Bericht Münchhausens aus Reise an Schlabrendorf, M. R. XIII, 27 d. vol. 8.

habe, wie Luchhardt am 13. August meldete. Am 16. August erfolgte die Schlacht bei Reichenbach, in der Braunschweig-Bevern mit 8000 Mann einen Angriff, den Daun mit 48 000 Mann machte, siegreich zurückschlug, die Stellung bei Freiwaldbau hatte General Graf Bethlen bezogen, so daß nun der Plan einer Ueberrumpelung Reßes völlig zerrann. Grant berichtete an den König über den Antrag des Fürstbischofs, erhielt aber die Weisung, er solle sich gar nicht mit ihm einlassen, sondern ihm bekannt machen, daß, wenn er die diesseitige Grenze beträte und ertappt werden sollte, Se. Maj. ihn des andern Tages gleich darauf würden aufhengen lassen, welche Notifikation der General dem Bischof auch sofort durch seinen Adjutanten zustellte.¹⁾ Als der Bischof die königliche Resolution gelesen, ließ er sich folgendermaßen aus: „Ich weiß gar nicht, warum der König so sehr wider mich aufgebracht ist. Der Kuratus Schmidt hat zwar nach dem Vorfall mit dem Könige an mich geschrieben und um die Erlaubniß gebeten, zu mir kommen zu dürfen; ich habe ihm aber geschrieben, daß, sobald er zu mir kommen würde, ich sogleich den Ort meines Aufenthalts verlassen würde, darauf er mir auch nicht mehr geschrieben (dies stimmt nicht mit dem Bericht Luchhardts, daß er mit dem Schmidt herumreiste). Ich bin ein Fürst, der von der Kaiserin und vom Könige verachtet wird, und habe oft kaum 10 Gulden in meiner Tasche. Betet doch ja für mich.“ Bei einem der Ende August gemachten Ausfälle, bei dem Grant von Weidenau aus über die Grenze einbrach, wäre der Bischof beinahe gefangen worden. Er hatte gerade noch Zeit, eine Anzahl Briefe zu zerreißen und zu entfliehen; eine Viertelstunde später trafen die Preußen in Freiwaldbau ein; das Kaminfeuer brannte noch in des Bischofs Zimmer; die Soldaten warfen die Briefüberreste leider ins Feuer, so daß Grant ihrer nicht habhaft werden konnte: sie sollen Nachrichten vom Stande der Belagerung von Schweidnitz und über die Armee des Königs enthalten haben. Der Freiwaldbauer Kammerrath Heusig war ebenfalls entflohen, wofür das Amt 100 oder 150 Dukaten zahlen mußte. Dabei vergaß aber Grant der schuldigen Höflichkeit gegen die Damen nicht; der zweiten Tochter Drosigs, die „eine sehr schöne Mademoiselle war“, wie der etwas boshafte Luchhardt berichtet, ertheilte er einen Paß mit der Erlaubniß, nach Reß zu kommen und nach Gefallen dortzubleiben oder zurückzugehen.²⁾ Sie scheint aber keinen Gebrauch davon gemacht zu haben.

Darauf schweigen die Akten längere Zeit über den Bischof, der sich abwechselnd in Johannisberg, Freiwaldbau und Olaz aufhielt. In letzterer

¹⁾ Luchhardts Bericht vom 17. August 1762.

²⁾ Bericht Luchhardts vom 31. August 1762.

Stadt traute er die 70 Jahre alte Wittve des Generals v. Ryau mit dem österreichischen Baron v. Weiss auf Gottschdorf. Um die Zeit des Hubertsburger Friedens gab er die Absicht zu erkennen, den Grafen Hübigs auf Rosswalde, Friedrichs wunderlichen Freund und Verehrer, zu einer Fürsprache bei ihm zu gewinnen, um ihm eine persönliche Unterredung mit dem Könige auszuwirken. Es wurde ihm aber bedeutet, er solle von solchen Versuchen abstecken, „ansonsten er noch die Festung und was mehreres zum Lohne zu hoffen hätte.“¹⁾ Deswegen ging der Bischof mit dem Plane um, sich aufs Neue nach Italien zu begeben, scheint diese Absicht aber bald wieder aufgegeben zu haben. Um ihn auszuforschen, schickte der Kriegsrath v. Görne, der in Reise stationirt war, einen „abgeseimten Kerl“, der schon oft bei den Märschen gute Dienste gethan, nach Freiwalbau mit dem Auftrage, Forellen und Haselhühner zu kaufen. Diesem glückte es den Bischof zu sprechen. Derselbe sagte, er hoffe bald nach Preußen zurückzukehren und werde sich als völlig unschuldig ausweisen; er habe noch gute Freunde beim Könige und habe Nachricht, daß Friede geschlossen sei; daß er sich mit Wallisch eingelassen, könne ihm zum Nachtheil, aber auch zum Vortheil gereichen; es thue ihm leid, daß er sich mit einem so schlechten Menschen eingelassen. Gestern (18. Februar) habe er sich mit ihm überworfen und wolle deshalb nach Johannisberg gehen und dort verbleiben, bis Alles ausgemacht sei. Er erkundigte sich nach einigen im Preussischen verbliebenen alten Bedienten und sagte, es würde jetzt wohl einer nach dem andern kommen und sich bei ihm melden, weil man wohl erfahren würde, daß er mit nächstem herüberkommen würde. Auch nach dem Zustande seines Jagdschlösses im Ottmachauer Thiergarten fragte er und trug dem Menschen auf, zu Luchardt zu gehen und ihm zu sagen, er möge das Schloß in gutem Stande halten und, wenn es schadhaft sei, es repariren lassen. Die Domestiken des Bischofs hatten sich sämmtlich sehr erfreut über die Aussicht, nach Preußen zurückzukommen, ausgesprochen.²⁾ Mit der Erzürnung in Betreff des Wallisch hatte es eine eigene Bewandniß. Eben erst hatte der Bischof noch davon gesprochen, ihn zum Landeshauptmann in Johannisberg zu machen, als Wallisch des Bischofs Kammerdiener, der den postillon d'amour machte, mit einem Liebesbriefe an seine Frau ertappte und ihn dafür durchprügeln ließ, wie ein anderer Referent Schlabrendorfs, Brauns, aus Reise den 12. März 1763 meldet. Mit den Andeutungen einer bevorstehenden Rückkehr nach Preußen hatte es seine Richtigkeit. Bei den Hubertsburger Verhandlungen hatten der bei Friedrich

¹⁾ Bericht Zarraß, Rosel, 20. Febr. 1763.

²⁾ Luchardt, Reise, 31. August 1762.

in hoher Gunst stehende, sonst aber wegen Brutalität verhaßte Oberstleutenant Graf Anhalt, der Marquis d'Argens und der sächsisch Geheimerath v. Fritsch beim König ein gutes Wort für ihn eingelegt, und dieser gewährte ihm Restitution, aber nicht in dem Sinne, wie es sich der Bischof träumte, sondern unter ziemlich harten Bedingungen. Der König hatte auch beim Wiener Hofe angefragt, ob derselbe seine Rückkehr ins Bisthum verlange, worauf ihm zur Antwort wurde, es werde nicht verlangt, aber man rekommandire ihn seiner Gnade, worauf der König erklärte, er werde wiederkommen dürfen, doch verbleibe ihm die königliche Ungnade.¹⁾ Als die bischöflichen Beamten der preussischen Administration von der bevorstehenden Rückkehr des Oberhirten hörten, wurde ihnen nicht wohl zu Muth. Eudhardt äußerte, er wünsche versetzt zu werden, wenngleich er etwas dabei verlöre, denn unter einem so veränderlichen Herrn, wie dem Bischof, und bei dem die alten Kreaturen, welche alle seine Feinde wären, so viel gälten, könne er nicht dienen. Als zu dem Franke in Ottmachau der Kanzler Jannigle kam und ihm befahl, das Schloß für den Bischof bereit zu halten, wurde er vor Schreck und Aerger schwer krank.²⁾ Dem Bischof kam die Restitution als letzter Rothanker. Er hatte sich vergeblich bemüht, Geld aufzutreiben, und war zuletzt den Grafen Trautmannsdorf gegangen, ihm 5000 Gulden zu leihen, dieser hatte es ihm aber abgeschlagen.³⁾ Immer noch hoffte er, mit dem Könige sprechen zu können, und ließ sich deswegen zwei alte Sterne des schwarzen Adlerordens aus der Verlassenschaft des Generals v. Treslow durch den Hauptmann v. Falkenberg verschaffen, um dem Könige, der nach dem Frieden nach Glatz kam, durch die abgetragenen Sterne glauben zu machen, daß er die Ordenszeichen immer getragen habe. Er wies dabei allen Verkehr mit den preussischen Beamten zurück, und als der Kanzler Jannigle ihm aus Schwammelwitz Boten schickte, um ihn zu sprechen, ließ der Bischof sagen, er wolle Niemand sprechen, ehe ihn Se. Maj. nicht restituirt habe; der Kriegsrath v. Görne sandte in der gleichen Absicht den Jäger Pagner aus Klein-Briesen zu ihm und kam in Begleitung Eudhardts dann selbst nach Johannisberg, ohne besseren Erfolg zu haben. Der Bischof befeiligte sich damals einer sehr eingezogenen Lebensart, hatte beständig Geistliche um sich und kam nicht vom Schlosse herunter. Schon am 25. Februar 1763 hatte er an den König einen demüthigen Flehbrief gerichtet, der folgendermaßen lautet: „Wenn ein mehr als achtzehnjähriger Zeitraum, in welchem

1) Bericht v. Görnes, Ottmachau, 4. März 1763.

2) Bericht Brauns vom 25. Februar 1763.

3) Brauns, 5. März 1763.

ich im Besiz Ihrer Günst und Ihres Schutzes eine unwandelbare Treue bewahrt habe, einigen Anspruch auf Ihre Theilnahme verleiht, so würdigen Sie mich, Sire, dieses Blatt anzunehmen, in welchem ich demüthigt um Verzeihung flehe, in Ihnen meinen größten Wohlthäter und den besten Souverän, den ich jemals auf Erden hätte finden können, beleidigt zu haben. Die unglücklichen und schwierigen Umstände, in denen ich mich zu Ende des Jahres 1757 nach der Uebergabe Breslaus befand, haben mich in mein Unglück gestürzt; ich bin aber im Stande, zu beweisen, daß meine Abreise eine von Seiten des Wiener Hofes veranlaßte Verweisung war, wie ich über Alles, was mir aus der Zeit meines fünfjährigen Exils zum Vorwurfe gemacht werden könnte, mich zu rechtfertigen wissen werde; ja, ich glaube sogar für Manches eher Beifall als Mißbilligung besorgen zu dürfen. Sire, ich habe mein sämmtliches Vermögen in Ihrem Staate verloren, ich habe ein irrendes, landflüchtiges Leben geführt, ich habe das Elend sehr nahe gesehen und, was mehr ist, mit Ihrer Gnade den besten Herrscher und König verloren. Ew. Maj. hat mich gegen all' mein Verdienst auf den bischöflichen Stuhl von Breslau gesetzt, und Sie allein können mich durch Ihre Großmuth und Hochherzigkeit gegen mein Verdienst auf denselben zurückführen. Ich möchte die Zeit, die ich noch zu leben habe, nur dazu anwenden, was ich mir vorzuwerfen habe, in Vergessenheit zu bringen. O vervollständigen Sie, Sire, die Reihe Ihrer ewig denkwürdigen Großthaten durch die Wiedereinfegung eines unglücklichen Bischofs und zeigen Sie in einer für Ihr Haus so ruhmvollen Zeit, daß Sie noch reicher an Großmuth als an Gerechtigkeit sind.“¹⁾ Zu jener Zeit stellte sich der Bischof, als sei er der größte Feind des Wallisch und habe niemals vertrauten Umgang mit ihm gehabt; er spiegelte Anderen vor, er habe mit ihm nur eine verstellte Freundschaft unterhalten, damit derselbe seine Güter im österreichischen Antheil schone. Ueberdem habe sich Wallisch ihm beständig aus interessirten Absichten aufgedrungen.²⁾ Jenes Bittschreiben mußte der Bischof durch seine Breslauer Verbindungen an den König zu befördern, Friedrich aber schickte dasselbe nebst einem anderen, an den Adjutanten des Königs gerichteten, an Schlabrendorf und fügte die Antwort bei, die derselbe in eigenem Namen dem Bischof zugehen lassen mußte. Dieselbe lautete dahin, daß, obwohl seine Auf- führung die strengste Strafe verdiene, Se. Maj. aus Rücksicht auf die priesterliche Würde, mit welcher er bekleidet sei, Gnade üben und ihn in der allgemeinen Amnestie mit einbegriffen sein lassen wollen. Se. Maj. befehlen

1) Menzel, Gesch. d. Deutschen u. s. w. VI, S. 14.

2) Brauns, Reise, 12. März 1768.

ihm jedoch, „niemals an einem Orte, an dem Allerhöchstdieselben sein würden, sich blicken zu lassen, und weise ihm zu diesem Behuf die Stadt Oppeln zum Aufenthalte an“. Der Bischof, der nach Absendung seines Briefes sehr frohlicher Laune gewesen war (abgesehen davon, daß er eine Krankheit während des Märzmonats zu bestehen hatte) und sich der Hoffnung hingeeben hatte, in Ottmachau residiren zu können und an den Hauptfesten und Quatembern auf je acht Tage nach Breslau gehen zu dürfen, mußte nun, bitter enttäuscht, in der öden, durch den siebenjährigen Krieg entseßlich heruntergekommenen Landstadt in den Mauern des Franziskanerklosters seinen Sitz aufschlagen, jedenfalls in der Hoffnung, daß er nicht lange in diesem Kerkerartigen Domizil werde zu schmachten haben. Er reichte, um seine Ergebenheit zu beweisen, Schlabrendorf einen Aufsatz ein, wie der Geist der Widerspenstigkeit, der sich bei dem katholischen Clerus gezeigt habe, zu bewältigen sein möchte. Er schlug vor, daß zu Lehrern des Priesterseminars nur preussische Unterthanen gewählt und vorher vom Bischofe dem Minister zur Genehmigung präsentirt werden sollten, um durch sie nach dem Beispiele, welches mehrere katholische Fürsten gegeben, eine Reform der theologischen Studien vorzubereiten und die Grundsätze Torquemadas und Bellarmins aus den Köpfen zu bringen.¹⁾ Zugleich übergab er den Entwurf eines Hirtenbriefes, in welchem er Gott pries für den Reichthum seiner Güte, mit der er das Herz des Königs lenkt, daß derselbe mit unglaublicher Großmuth den Jorn, den er seit einigen Jahren nicht ohne sein Verschulden wider ihn gefaßt, über sein Verhoffen fahren lassen und ihm nicht allein die Freiheit, die Kirche zu regieren und die ihm anvertraute Heerde zu weiden, völlig wieder geschenkt, sondern ihn auch in die jura temporalia, welche er vormals innegehabt, wieder eingesetzt habe. Indem er der Geistlichkeit dies bekannt machte, verpflichtete er sie für das Wohl, den Frieden und Sieg dieses allergnädigsten, durch Tapferkeit und großmüthige Mäßigung glorreichsten Monarchen und seines Hauses unaufhörliche Segenswünsche und Andachten zu opfern; den Bußermahnungen aber setzte er die Erklärung voran, daß er sich selbst keineswegs zum Muster anpreisen könne noch wolle, als ob sein Herz ihm keinen Vorwurf machen könnte, da er vielmehr mit Scham und Demuth bekennen müsse, daß seine Ungerechtigkeiten mannigfaltig seien und ihn als eine schwere Last daniederdrückten, dergestalt, daß, wenn ihre Sünden die göttliche Jornrute über das Vaterland zur schrecklichen Heimsuchung hergezogen, er leider an seinem Theile auch viel dazu beigetragen. Am 7. Juni 1763 kam er in Oppeln an, nachdem er angewiesen worden, von dort aus den

¹⁾ S. Mengel a. a. D. S. 15.

Hirtenbrief Schlabrendorf zur Censur einzureichen. Am 10. erschien ein Regierungskommissar und forderte ihm die Insignien des schwarzen Adlerordens ab. An Stelle seines Hirtenbriefes hatte schon vor seiner Ankunft der Weibbischof v. Strachwitz eine Ermahnung an die Geistlichen erlassen, in welcher er die Pflicht des Gehorsams gegen den König mit strengen Worten einschärfte und bemerkte, daß einige vom Klerus pflichtvergessenerweise vom rechten Wege abgewichen, die schuldige Treue und den Gehorsam gegen ihren rechtmäßigen Herrn zum Nachtheil der Religion aus den Augen gesetzt und dadurch ein sehr übles und verhaßtes Exempel gegeben hätten. Vom Bischof war mit keinem Worte darin die Rede. Der Bischof wollte ohne Zweifel sehen, wie weit die Reine reichte, mit der er angebunden war, und reiste zuerst in der Umgegend, dann auch weiterhin in Niederschlesien herum, um die Nonnenklöster zu visitiren. Aber sehr bald erhielt er von Schlabrendorf gemessenen Befehl, dies zu unterlassen, da derartige Geschäfte vom Weibbischof besorgt werden könnten, und sich nach Oppeln zurückzugeben. Auf dieser Reise war er auch bei seinem Bruder Leopold, dem Malteser, in Warmbrunn, wie dieser selbst Schlabrendorf in einem Schreiben vom 10. Juli 1763 (Tags vorher war der Bischof angekommen) berichtet. Graf Leopold bat zugleich um Erlaubniß, seinen Bruder, den Oberstkammerherrn, der nächsten Monat nach Wien reisen wolle, bis nach Mähren begleiten zu dürfen, um sich dort bei seinem Vetter, dem Grafen Proskau zu Wisenz, eine Zeitlang aufzuhalten. Der Bischof kehrte demnach nach Oppeln zurück. Schon am 17. Juni hatte er von dort an Schlabrendorf geschrieben und dabei gesagt: „ich werde mich in alle Umstände um so williger und gelassener finden, wenn ich mich dessen versichert halten kann, daß Ew. Excellenz auf das Vergangene nachhero angeborenen sehr noblen Denkart vergessen und mir deroelben unschätzbare Freundschaft, die ich über alles hoch und werth zu schätzen ohnermangeln werde, zuzuwenden und zu konserviren belieben werde . . . und wie ich bei Wiederübernehmung der Administration meines Bisthums und meiner nöthig zu machen habenden Einrichtung keinen Kreuzer daraus zu erhalten finde, inmaßen ich nach dem mir beschenehen Intimato ehender nicht dann bis Termino Michaelis auf den mindesten Empfang meiner Rente mir eine Rechnung zu machen haben solle, ich auch Steuern und Schulden zu bezahlen und nothdürftige Einrichtungen zu machen habe, da ich von allen Müßeln entlastet bin . . .“; im Nachsatz bittet er um die zu Trinitatis eingegangenen Bisthumsgefälle. Auf Schlabrendorfs Bericht befohl der König d. d. Charlottenburg, 15. Juli, von den 71335 Thln. 17 gGr. Rassenbestand 6000 Thaler dem Bischof auszuzahlen, das Uebrige an ihn nach Berlin an die Hofstaatskasse abzuführen. Dem Bisthum, das durch

den Krieg sehr gelitten hatte, wurde eine sechsmonatliche Steuer erlassen. Der Bischof bedankte sich bei Schlabrendorf, da er die gratiöse Disposition des Königs und die schnelle Erledigung der Sache nur seiner Fürsorge zu verdanken habe. Da er aber zugleich zur Rückzahlung der 6 Jahresraten auf das dem Staate vorgeschossene, durch Anleihe beschaffte Kapital von 80000 Thlrn., bestehend in 60000 Thlrn., angehalten, und der Steuerfuß noch erhöht wurde, so gerieth er in die kümmerlichste Lage. Deshalb entfloß er am 4. April 1766 zum zweiten Mal auf österreichisches Gebiet und hat den Rest seines langen Lebens — er starb 1795, 79 Jahr alt — auf seinem Schlosse Johannisberg zugebracht. Das Bisthum wurde sofort wieder sequestrirt, dem Domkapitel und der diesseitigen Geistlichkeit aller Verkehr mit dem Bischof untersagt, und dem Weihbischof v. Strachwitz neben den Geschäften eines Generalvikars auch alle kirchlichen Verrichtungen des Bischofs übertragen, was der Papst dadurch sanktionirte, daß er ihn auch zum apostolischen Vikar ernannte.

Breslau.

H. Fechner.

Briefe Wallensteins im Staatsarchiv zu Wiesbaden.

Mitgetheilt

von

Dr. E. Joachim,
Archiv-Sekretär.

Ein glücklicher Zufall, wie sie heutzutage immer seltener werden, förderte die hiermit in die Oeffentlichkeit tretenden Briefe ans Tageslicht, aus welchem Ignoranz oder Gedankenlosigkeit längst schon Heimgegangener sie verbannt hatten. Bei Gelegenheit einer Ordnungsarbeit fand sich das Convolut in unsinglichen Akten des Staatsarchivs zu Wiesbaden, während es zweifellos oranischer Provenienz ist; denn als Adressat der Briefe erscheint: der hoch- und wohlgeborene, unser besonders lieber Herr Johann Graf zu Nassau-Rageneinbogen Blanden und Diez Freiherr zu Brede Ritter des Ordens vom goldenen Vließ Römischer Kaiserlicher Majestät Kriegsrath Kämmerer bestellter Obrist und Feldmarschall, d. i. Graf Johann genannt der Jüngere von Nassau-Siegen, bekannt als Heerführer der Periode des großen Krieges im Solde der Kaiserlichen Partei.¹⁾

Geboren als Sohn Johann des Mittleren von Nassau-Siegen, Neffen des großen Oraniers Wilhelm des Verschwiegenen, am 29. September 1583, hatte er nach sorgfältiger Erziehung in Beobachtung der Traditionen seines Hauses, als Jüngling von 22 Jahren die kriegerische Laufbahn beschritten und im Dienste der vereinigten Niederlande seine Sporen verdient. Eine Reise, die er 1612 (zum zweiten Male) nach Italien unternahm, war insofern verhängnißvoll für ihn geworden, als er dort durch die Bemühungen der Jesuiten in den Schooß der katholischen Kirche geführt ward. Dieser Religionswechsel setzte ihn sofort in Widerspruch mit seiner Familie, deren

¹⁾ vfr. Näheres über ihn in meinem ihn behandelnden Artikel in der Allg. Deutsch. Biographie.

Angehörige stets zu den hervorragenden Vorläufern der reformirten Lehre gehört hatten, brachte ihn in schwere Differenzen mit seinen nächsten Blutsverwandten, zumal seinem Vater, einem bewährten Freunde des unglücklichen Winterkönigs, und drängte ihn allmählig, je schärfer die Gegensätze zwischen den beiden großen Religionsparteien damals sich ausprägten, von der oranischen auf die spanisch-kaiserliche Seite, für deren Interesse er dann auch, seinem Hause ein Abtrünniger, nicht ohne Ruhm gekämpft hat.

Diplomatische Geschäfte im Dienste der vereinigten Niederlande — denn den Oranien waren von jeher ihre kleinen Stammlande zu eng geworden — hatten den Grafen Johann in Beziehungen gebracht zu der in Brüssel als Statthalterin residirenden Infantin Elisabeth Clara Eugenia, die ihn durch zarte Bande, welche sie zwischen dem vielversprechenden jungen Convertiten und der Prinzessin Ernestine von Vigne-Aremberg, der Tochter eines streng katholisch und kaiserlich gesinnten Hauses, zu knüpfen wußte, in den spanisch-niederländischen Dienst herüberzuziehen sich bemüht zeigte (1617). Zunächst noch vergebens dank der Energie des über den Religionswechsel des Sohnes ohnehin schon tief genug bekümmerten Vaters, der ihn zurückberief, auf die Dauer jedoch das Geschick nicht aufzuhalten vermochte.

Im Jahre 1618 brach der Krieg aus, welcher dreißig Jahre lang die Welt in Waffen sah. Da hielt es den kriegerischen Johann nicht länger im Hause der Väter. Mit offenen Armen begrüßt, trat er in spanische Kriegsdienste, indem er zugleich der Arembergerin die Hand reichte.

Er socht dann im Laufe der ersten Kriegsjahre unter Spinola und in kaiserlichen Armeen mit Unterbrechungen, die er zu Gegenreformationen in dem mittlerweile ihm zugefallenen Siegener Lande benutzte, stieg 1623 zum Range eines Hofkriegsrathes, 1628 zu dem eines Generalfeldmarschalls auf und wurde 1629 für seine Verdienste mit dem goldenen Vließ ausgezeichnet.¹⁾ Auch war er Inhaber eines Regiments. Auf seine späteren Schicksale kann es an dieser Stelle, wo wir es nur mit Briefen aus den Jahren 1629 und 1630 zu thun haben, nicht ankommen.

Ueber die persönlichen Beziehungen des Adressaten zu dem Autor der Briefe, der sich nennt „Albrecht von Gottes Gnaden Herzog zu Mecklenburg Friedland und Sagan Fürst zu Wenden Graf zu Schwerin der Lande Rostock und Stargard Herr Römischer Kaiserlicher Majestät General oberster

¹⁾ Als Ritter dieses Ordens erscheint er in den Adressen der vorliegenden Briefe seit dem 26. Juni 1629, wonach meine Angabe in der Allg. Deutsch. Biogr. (1680 nach sonst gut unterrichteter Quelle) zu rectificiren ist.

Feldhauptmann wie auch des oceanischen und baltischen Meeres General“, vermag ich nichts Näheres anzugeben. Wohl möglich, daß vor jenem persönlichen Zusammentreffen Beider in Halberstadt, auf welches das Schreiben vom 22. März 1630 (Nr. 15) rekurriert und welches nach dem vom 4. Oktober 1629 (Nr. 8) auf Wunsch des Oberfeldherrn erfolgte, eine Begegnung niemals stattgefunden hat.

Danach darf man hier keinen vertraulichen Briefwechsel erwarten. Nur das einzige Schreiben (Nr. 18), welches Wallenstein mit eigener Hand hingeworfen, gewährt auch einen Blick in die Gedankenwelt des großen Strategen. Er übt darin militärische Kritik und verräth auch einiges von seinen damaligen Kriegsplänen gegen Frankreich.

Deshalb sind aber die anderen Stücke der Sammlung noch lange nicht der Veröffentlichung unwerth. Einmal deckt sie der Name des Absenders, und dann ist auch ein Stück Geschichte darin enthalten; es bedarf daher wohl keines Wortes der Rechtfertigung für das Erscheinen der Briefe in diesen Blättern. Einen Kommentar zu jedem einzelnen Schreiben zu geben halte ich für überflüssig.

Noch ein Wort über die orthographische Anordnung. Ich folge, wie ich dies gelegentlich einer anderen Publikation in diesen Blättern (1882, Jahrg. 19, S. 165, Anm. 1) schon bemerkt habe, bei der Reproduktion von Dokumenten des 17. Jahrhunderts und späterer Zeiten den von Erdmannsdörfer in den „Urkunden und Aktenstücken zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm“, Vorwort zum 1. Band S. XX. und XXI. entwickelten Grundsätzen, die ja immerhin einigen Spielraum gewähren, wie sie aber ausgesprochen sind, sozusagen den Nagel auf den Kopf treffen — goldene Worte, auf die man nie genug die Aufmerksamkeit lenken kann. Gegenüber der Methode, welche am buchstabengetreuen Abdruck sämtlicher Archivalien, selbst der neueren Perioden, festhält, möchte ich gerade an dem vorliegenden Beispiel zeigen, wie sehr man Erdmannsdörfer Recht zu geben hat. Die hier erscheinenden Briefe — von dem Autograph abgesehen — rühren von fünf verschiedenen Kanzleihänden her. Daran möchte ich die Frage knüpfen: Welcher Nutzen würde sich für die Wissenschaft ergeben, wenn die orthographischen Eigenthümlichkeiten, ja Ungeheuerlichkeiten jedes dieser fünf verschiedenen Vohnschreiber (und jeder hat seine eigene Orthographie) buchstabengetreu im Druck verewigt würden? Ein Anderes freilich ist es mit den eigenhändigen Reliquien großer Männer. Hier ist Pietät Pflicht und Schuldigkeit des Veröffentlichenden, der Welt zu zeigen, nicht bloß was Jene schrieben, sondern wie sie es thaten. Und doch wird auch, wenn viele Schriftstücke einer und derselben Person hintereinander zum Abdruck gelangen, die Frage sich aufdrängen dürfen, ob es nothwendig, ja

angemessen sei, den Leser, und was schwerer ins Gewicht fällt, den Studirenden, dessen Zeit oft kostbar ist, mit den orthographischen Horribilitäten, von denen die Schreibweise selbst der größten, bewundertsten Männer oft nicht frei ist, aufzuhalten und auf die Dauer zu ermüden. Es genüge in solchen Fällen ein besonders charakteristisches Denkmal von der Hand Jener, am besten wohl ist es, wenn man, wie jetzt öfters üblich, ein Faksimile beigelegt. Die Wissenschaft wird, wenn jenes minutiöse buchstabengetreue Abschreiben, das für die älteren Perioden zur Pflicht wird, für die neueren Zeiten vom 17. Jahrhundert ab allgemein aufgegeben wird, sicher nichts einbüßen.

Bei derselben Gelegenheit möchte ich auf die völlige Ueberflüssigkeit der Wiedergabe sogenannter Rurialien bei Briefen aufmerksam machen, d. h. der Titulatur des Absenders am Kopfe der Briefe, der häufig recht schwülstig gehaltenen Anrede und der meist devoten Schlußformeln. Fort mit diesem Ballast, wodurch nur Papier und Druckerschwärze vergeudet werden. Ähnlich verhält es sich mit den langathmigen Adressen, nur dürfen allerdings der Bestimmungsort, wo er genannt ist, sowie etwa vorhandene Präsentationsvermerke nicht übersehen werden. Von Wichtigkeit kann unter Umständen die Wiedergabe der Unterschrift des Absenders sein. In vorliegendem Falle lautet dieselbe Albrecht Herzog zu Mecklenburg doch nicht völlig ausgeschrieben, sondern in Anfangsbuchstaben, die in einem Zuge der Feder hingeworfen sind.

Zu den nachfolgenden Briefen bemerke ich noch, daß dieselben nach dem neuen gregorianischen Kalender datirt sind, es daher keiner Umbatirung im Regest bedurfte.

Die Beilagen, insoweit sie zur Erläuterung der sie begleitenden Hauptschriften dienen, glaubte ich ebenfalls beigegeben zu müssen. Als Beiwert sind sie schon äußerlich durch den kleineren Druck gekennzeichnet.

1.

Befiehlt den Grafen zum Commandeur über die der Infantin Statthalterin nach den Niederlanden zum Succurs geschickten Truppen und unterstellt ihm auch die unter Montecuculis Befehl gleichfalls dahin abgehenden Völker.

Güstrow, den 25. Juni 1629. (Original.)

Demnach Ihr Kay. Mt. Dienste und die Nothdurft erfordert, daß von dero Kay. Armada ein starker Succurs nach Niederland der Ser^{ma}

Infantin zugeschiedt werde, und wir darauf ein starke Anzahl Volk von Cavalleria und Infanteria am befürderlichsten alldahin incaminieren und marchiren lassen, damit aber solches Volk der Nothdurft nach mit einem qualificirten Haupt versehen werde, so Ihr Kay. sowohl auch zu Hispanien Königl. May. Dienste nach Gelegenheit in Acht zu nehmen und äußerster Möglichkeit nach zu befürdern wisse: als haben wir dem Herrn das commando über solch Volk hiemit zu ertheilen und zum capo darüber zu verordnen für ein Nothdurft ermessen, inmaßen wir dann alles Volk zwar an die Ser^{ma} Infantin gewiesen, dabei aber befohlen, sich nach des Herrn Ordinanzen in allem zu bequemen und Demselben zu gehorsamen. So nun wir gleich anjeko die Nachricht erlangt, daß auch zu angeregtem Ende (auf) gnädigst Verordnen Ihr Kay. Mt. durch deroelben General Lieutenant Herrn Grafen von Collalto ein Anzahl Cavalleria und etliche Regimenter zu Fuß aus denen obern Kreisen des Reichs und aus der Wetterau nach den Niederlanden incaminiert und Ihr Kay. Mt. Kriegsrath Cammerern und bestelltem Obristen Ernstten Grafen von Montecuccoli das commando darüber gegeben, derselb auch zum capo desselben Volks verordnet worden: als haben wir darauf ihme Herrn Grafen von Montecuccoli zugeschrieben und denselben erinnert, daß er des Herrn Ordinanzen sich bequemen und derselben in allem nachkommen, gleichwohl aber bei diesem succurs die ander Person sein solle, inmaßen Derselb aus beiliegenden Abschriften und, was dem Volk für Ordinanzen gegeben worden, zu ersehen. Wie wir uns nun ganz kein Zweifel machen, es werde der Herr Sich angelegen sein lassen, damit bei jezt ereigneter occasion alles das in Acht genommen, angeordnet und verrichtet werde, was zu Beförderung beeder Ihr Kay. und Königl. Mt. Dienst gereichen möchte: als wollen wir den Herrn hiemit solchergestalt an die Ser^{ma} Infantin gewiesen und erinnert haben, Sich nach dero Verordnung dergestalt zu bequemen, damit deroelben zugleich alle beliebende satisfaction gegeben werden mögen.

2.

Notificirt dem Grafen die Ausstoßung des Hauptmanns Pantaleon Wachtel aus dem Regiment des Grafen wegen grober Insubordinationsvergehen gegen den Generalwachtmeister Altringer.

Güßrow, den 26. Juni 1629. (Original.)

Wir berichten den Herrn hiermit, wasgestalt uns durch Ihr Kay. May. General Wachtmeistern dem Obristen Altringer geklagt worden, als er vor wenig Wochen auf einkommende Beschwerde etlicher von Adel und Unter-

thanen im Herzogthumb Holstein dem Hauptmann Pantaleon Wachtel zugeschrieben und demselben erindert, die geklagte Excessen abzustellen und zu remebiren, daß er Hauptmann, anstatt daß er sich sonst auf andere Weise entschuldigen sollen, sich vermessen, ihme General Wachtmeister mit Hintansehung des Respects, so er denen Generalofficiern zu tragen schuldig, ganz empfindlich und schimpflichen zu beantworten, dabei dann auch solche Wort eingeführt worden, so nit allein den schuldigen respect sondern auch Ihr Kay. May. Dienste zuwiderlaufen.

Dannenhero wir bewegt worden, des Herrn Regiments Obristen Lieutenant zuzuschreiben und zu befehlen, gemeltem Hauptmann Wachtel alsbald von dem Regiment und aus der Armada ab- und wegzuschaffen, damit dergleichen gefährliche Inconvenientien weiter nit einreißen sonder vielmehr verhütet werden.

Wir haben für eine Nothdurft ermessen, den Herrn eines solchen hiermit zu avisirn, maßen wir Ihne dann der großen discretion wissen, daß Er solch unsere Verordnung für angemeh halten und nicht dahin deuten noch verstehen werde, daß wir Ihm dar durch in Sein Regiment eingegriffen, wie wir's dann selbst nicht dahin verstanden haben wollen noch gedacht sein, weder Ihme noch Andern einigen Eingriff zu thun, noch ichts praejudicirliches zuzufügen, so wir dem Herrn wohlmeinend nicht verhalten wollen.

3.

Wünscht Benachrichtigung im Falle des Wiederaufbruches aus den Niederlanden, wenn die Infantin des Succurses nicht mehr bedürfe, um Vorsehung bezüglich der im Reiche anzuweisenden Quartiere treffen zu können.

Schwerin, den 25. Juli 1629. (Original.)

Bestimmungsort: Brüssel, von dannen in's Lager.

Uns hat Graf Montecuccoli berichtet, wasgestalt er allbereit mit dem nach den Burgundischen Landen zum Succurs geschickten Kaiserlichen Kriegsvolk, so wir auf den Herrn gewiesen, ankommen sei.

Dabei wir Ihne aber unberichtet nit lassen wollen, daß das Volk, so aus Holstein, Schleswig und Jutland abgezogen, allbereit gegen dem Reich marchiren thue. Und im Fall heut oder morgen die sereniss. Infantin den Succurs nit mehr bedürftig wäre, erinnern wir den Herrn hiemit, ehe Er Sich mit dem Volk aus selbigen Orten moviren würd, uns zuvor zeitlichen durch eigenen Currier dessen zu berichten, auf daß wir Ihme alsdann Ordinanzen geben können, wohin das Volk geführt werden solle, damit selbiges

nicht etwa in ein und anders Quartier rücken und dadurch allerhand Unordnungen unter dem Volk entstehen, wie auch deswegen Chur-Fürsten und Ständen des heil. Röm. Reichs Ungelegenheiten zugefügt und selbige bei Ihr Kay. May. sich zu beschweren Ursach haben möchten.

4.

Ersucht, veranlaßt durch Beschwerden des Generals Tilly, um Auskunft über die angeblichen Erpressungen und Brandschätzungen einiger dem Commando des Adressaten unterstehenden kaiserlichen Obersten, zumal des Hieronymus Colloredo und Wangler, von der nach den Niederlanden zum Succurs geschickten Armee.

Hauptquartier Wollmirsdorf, den 7. August 1629. (Original.)

Bestimmungsort: Brüssel oder im Lager.

Wir berichten den Herrn, wie daß Herr General Grafe von Tilly uns durch einen eignen Abgefertigten klagen vorbringen lassen, welcher gestalt theils Kais. Obriste, so zum Succurs nach Niederland geschickt und des Herrn commando untergeben worden, ganz abscheulich und unverantwortlich allerorten gehaust, ihm sein Quartier ruinirt, auch denen Leuten mit Brandschätzungen und andern Exortionen heftig zugesetzt, inmaßen aus beiliegendem Extract zu ersehen, daß fuernemblich der Obriste Hieronymo von Colloredo und der Obriste Wangler an unterschiedlichen Orten große Summen Geldes erpreßet. So dann wir nicht gedacht, dergleichen unverantwortliches Beginnen ungestraft hingehen zu lassen: als erindern wir Ihne hiemit, bei Empfangung diß an alle Ort, so sie berührt, zu schreiben und Sich zu erkundigen, was sowohl durch denselben als auch den Obristen Wangler und Andere mehr für Geldschätzungen allerorten von den Leuten extorquirt und erhebt worden, auch sonst für Schaden beschehen, inmaßen Er uns über alles das, so Er in Erfahrung bringt, am eifertigsten zu berichten, damit wir alsdann nach Befindung der Sachen die fernere Verordnung zu thun wissen, zumaln wir nicht gedacht, solche Insolentien also hingehen zu lassen.

Beilage zu Nr. 4.

Extract ephlicher Berichtschreiben de datis 19. 22. 23. und 26. Monats Julii Anno 1629.

Als Herrn Obristen Coleredo angezeigt worden, daß er mit den gepflogenen Stillliegen, Hin- und Hermarschiren nicht allein Ihre Ex- zum höchsten offenbirt,

sondern dieselbe zweifelsohne bei Ihrer Fürstl. G. von Mecklenburg sich darüber beklagen würden, hat er darüber geantwortet, er hätte ordre, ehe er nach Eöln anlangte, noch drei Compagnien zu werben. Nun könnte solches nicht beschehen, wann er stark marchirt, müßte derothalben oft nothwendig stillliegen, bittend, man möchte ihm eine Verehrung thun. Dorauf ihm die Landschaft über den großen Schaden 200 Reichsthaler verehrt. Wie man nun darüber fragte, wo er über die Weser zu setzen gedächte, antwortet, er hätte zwar spargirt, als wann er uf Minden wollte marchiren, hätte es aber nur zu diesem Ende gethan, daß sie ihm zu seiner Werbung sollten eine Beisteuer thun, welches sie ihm auch versprochen, derothalben er dann nothwendig morgen darauf müßte warten. Der älteste Bruder Coloredo liegt auch mit zweien Regimentern bei Jeshl, gibt selbst vor, wann man seinem Bruder höflich begegnete, könnte es dem Land viel profitiren.

Der passirte Oberste Wangler hat an Geld und Geldswerth an die 3000 Reichsthaler aus der Grafschaft Schwabenburg bekommen.

Was das marchiren betrifft, ist allem Volk vor ehlich Tagen entgegen geschickt und angedeutet worden, es seie von Ihrer Excell^a. Anordnung gemacht, daß das Volk zu Minden über die Bruck marchiren und alldorten proviantirt werden solle; sie thun aber nichtsdaeweniger, was sie wollen, achten kein Bitten, tragen Ihrer Ex^a. den geringsten respect nicht, wie dann genuegsamb aus des Coloredo Schreiben und Vornehmen erschiennen.

Wann derothalben E. Ex^a. in specie bei dem Herzogen von Mecklenburg über denselben klagten, hielte man gewislich darvor, es würde ihm nit gesendet werden. Man würde ihm andeuten, daß die Grafschaft Lipp Ihrer Ex^a. eignes Quartier, wolle derothalben wohl zusehen, was er anfienge. Es marchirt ein Jedtlicher absonderlich, halten keine Straßen, sondern occupiren das ganze Land. So kann man auch nicht eigentlich erfahren, wo sie wollen überziehen, bis sie den Säckel gefüllet, derothalben sie dann einen Jeglichen mit der Speranz der Verschönerung in suspensio halten. Sonsten ist solche Anstellung gemacht, daß verhoffentlich an der Proviant kein Mangel erschiennen solle.

Coloredo ist den 22. dieses zu Hameln überzogen, hat sich mit Gewalt in die Grafschaft Lipp logirt und ein gettlang alldorten verharren wollen, wie ihm aber gedachte Grafschaft 600 Rthlr. verehret, sich alsbald die Weser hinunter nach der Grafschaft Ravensperg gewandt, alldorten sein Quartier genommen und stracks einen Expreß nach Osnabrugg abgefertiget, mit Begehren, sollten kommen und sich mit ihm vergleichen, würd zweifelsohne mit Paderborn und Münster desgleichen thun. Anjesho kombt ein Officirer von dem Isolantischen Regiment, berichtet, sie seien zu Grischburg ankommen und haben Ordinant, uf Hameln und von dannen uf Minden über die Bruck zu marchiren.

Es wäre zu wünschen, daß die marche einen andern Weg fortgienge, es befindet sich aber, daß nunmehr in diesem District angelangte Regimente mit Bedrohungen von den armen Leuten alles Geld erzwingen, maßen dann Coloredo auß neu von dem Stift Minden 3000 Thaler gefordert, ober er wollt sich ein geraume Zeit darein logiren. Anjesh befindet er sich in der Grafschaft Ravensperg, darinnen er nicht weniger brandschädet, wie dann gestriges Tages verstanden, daß sie ihm 800 Rthlr. schon verehret, womit er sich noch nicht contentiren wollte. Des Herzogen Obr. Lieutenant Mons. Seus, so bei Ihrer Ex^a. Ufwarter gewesen, befindet sich bis an heut den 26. hujus mit bei sich habendem Regiment bei Rheln, des Herrn Generalwachtmeisters ordre erwartend, hält sich am allerbesten. Obrist Isolan kombt in dieser Stund mit

6 Compagnien Crobaten, logirt sich mitten in die Graffschaft Schauenburg, kommt aus Thüringen, zieht us Höfter, Bodenwehrtter, Hameln und will zu Minden über. Weilen er annoch keine weitere ordro, will er zu Minden bis zu Erlangung deren verharren.

Gestern Abend ist Heinrich Leo Westphol (so 800 Pferd unter Herrn Herzogen zu Rheinburg-Friedlandt erworben) zu Birmandt angelangt, begehrt den Paß nach Hameln, gibt vor, er müß über die Elbe. In summa: der Ein marchirt hin, der Ander her, also daß fast kein solches dissolut Marchiren nie vernohmen, ein Jeglicher sagt, hab mit dem Andern nichts zu schaffen. Herr Obrist Colloredo will sowohl von der Graffschaft Lipp als Birmandt 1000 Rthlr., umß sein Regiment zu stärken, haben oder den Musterplatz im selbigen nehmen.

5.

Verfügt Inquisitionen an den Urhebern der von einigen Regimentern beim Durchzug durch das Stift Paderborn verursachten Beschwerden.

Halberstadt, den 11. September 1629. (Original.)

Mit diesem Duplicat erindern wir den Herrn hiemit, wessen sich des Herrn Churfürsten zu Köln Id. bei Ihrer Key. Mt. über unterschiedliche im Durchzug durch dero Stift Paderborn bei eglichen Regimentern vorgeloffene Insolentien zum höchsten beschweren thuen; was darauf uns auch Ihr Key. Mt. gnädigst anbefohlen, hat der Herr aus den Beilagen mit mehrern zu ersehen.

Wann wir dann solch verübte Ungebühr keineswegs ungestraft hingehen lassen sondern wollen, daß die Senige, so hierinnen schuldig, mit gebührender Straf angesehen werden sollen: als wollen wir Ihme hiemit anbefohlen haben, daß Er alles Verlaufs eigentliche inquisition einziehen und dahin sehen solle, daß die Delinquenten, sie seien wer sie wollen, in Arrest genommen, über dieselbe das Recht gehalten, sie auch nach Befindung der Sachen wirklichen bestrafet werden, wie dann der Herr den Sachen Rechts zu thuen wissen wird.

6.

Benachrichtigt den Grafen von der Ernennung des Obersten Hydou zum Kommandeur des Reiterregiments des Johann Ernst v. Scharffenberg und beauftragt ihn mit dessen Einführung in das Amt.

Halberstadt, den 15. September 1629. (Original.)

Nachdem Johann Ernst von Scharffenberg wegen seiner Geschäften seiner Reuterei nit abwarten kann und Ihrer Ray. Mt. Dienst erfordert,

daß selbige mit einem tauglichen Obristen versehen werde: als haben wir Hugo Moxarice Sydou in Erwägung der guten Qualitäten und Kriegserfahrungheit, auch Ihrer Kay. Mt. und dem hochlöbl. Haus von Oesterreich treu geleisteter Dienste darüber zum Obristen erklärt, ersuchen derowegen den Herrn hiemit, daß Er eheftes Jemanden verordnen wolle, welcher gemelten Sydou bei besagter Reuterei für einen Obristen anzeige.

7.

Uebersendet Werbepatente zur Kompletirung der Fußregimenter und empfiehlt gleichzeitig, die Kavallerie in voller Anzahl und guter Armatur zu halten.

Halberstadt, den 18. September 1629. (Original.)

Hiebeiliegend thun wir dem Herrn auf die Obriste zu Fuß unsere Patenta übersenden, damit selbige ihre Regimenter, welche abkommen sein, stärken sollen. Ersuchen demnach hiermit, daß Er solche denen Obristen überantworten, wie nit weniger dahin sehen wolle, damit die Regimenter ehft gestärkt werden. Im widrigen Fall und da selbige nit complet sein sollten, sind wir resolvirt, desjenigen Obristen Regiment, so sich darmit saumbig erzeigen würd, zu reformiern.

Die Reuterei belangend vermeinen wir, daß sie keine Patent vonnöthen haben. Der Herr aber wolle nichts desto weniger dahin sehen, daß sich dieselbe gleichfalls wiederum complirn und wohl armirn sollen. Wie Er dann den Sachen Rechts zu thun wissen wird.

Beilage zu Nr. 7.

Wallenstein an den Grafen Montecuculi.

Halberstadt, den 20. September 1629. (Copie.)

Nachdem Er uns hiervor ersucht, daß wir Seine Reuter bis in tausend Pferd complirn lassen wollen, und wir nun darmit zufrieden: als thun wir Ihm zu dem Ende fünf Werbungs-Patent übersenden, auf daß Er Seine Reuter bis in zehn Compagnien complirn, jedoch daß selbige nicht Archibuzier sondern Courassier sein sollen.

Und demnach Er uns auch hiervor geschrieben, Ihme zu erlauben, zu uns zu kommen, sein wir darmit gleichgestalt wohl zufrieden, da nun Ihn der Röm. Kay. Maj. Feldmarschall Herr Johan Graf von Nassau wird entrathen können; im Fall es aber nit sein kann, würd Er Sich gedulden müssen, bis daß man aus dem Feld zieht, alsdann zu uns Seinen Weg nachher Halberstad nehmen können.

8.

Fordert den Grafen auf, aus den Niederlanden mit seinen Truppen sich ins Reich zu ziehen und dort angelangt behufs einer Konferenz sich bei ihm einzustellen.

Halberstadt, den 4. October 1629. (Original.)

Was wir der sereniss. Infantin wie auch Herrn Grafen Heinrich von Berg wegen Abführung der nach Niederland zum Succurs geschickten Kaiserlichen armée zuschreiben thuen, solches hat der Herr aus beiliegenden Abschriften mit mehrern zu ersehen.

Ersuchen Ihne demnach hiermit, Sich derorten alsobalden zu disrigirn und gegen dem Reich zu avanzirn, damit wir uns auf begehenden Fall Seiner, wo es Ihr. Kay. May. Dienst erfordern wird, bedienen können.

Sobald nun auch der Herr mit dem Volk auf dem Reichsboden angelangt sein wird, wolle Er dahin sehen, daß selbiges in die Quartier ausgetheilt werde, und den Grafen von Montecucoli darbei lassen, dann auf der Post ein Ritt zu uns kommen, auf daß wir in allen Sachen, was Ihr. Kay. May. Dienst betrifft, mit Ihm conferirn können.

9.

Ersucht den Grafen, ihm in den Niederlanden Büchsenmeister und Feuerwerker zu verschaffen.

Halberstadt, den 4. October 1629. (Original.)

Nachdem Ihrer Kay. May. Dienst erfordert, daß die hiervor zu der Arttolerei gebrauchte Personen mit Herrn Grafen Collalto nach Italiam geschickt worden, und eine Nothdurft sein will, weisen wir uns an denselben entblößet befinden und derorten hier eine arttolleria wirdet müssen aufgerichtet werden, sich umb mehrere arttolleria-Personen zu bewerben: als ersuchen wir den Herrn hiermit freundlich, Er wolle dahin sehen, daß Er derorten in Niederland dreißig oder vierzig gute Pizenmeister neben etlichen Feuerwerkern bekomme, und dabei kein Geld sparen, welches wir Ihme dann wiederumben restituiren lassen wollen. Daran erweist uns der Herr auch ein sonder Freundschaft.

10.

Beauftragt den Grafen mit der Untersuchung gegen das Reiterregiment Strozzi wegen Meuterei und der Bestrafung der Urheber derselben.

Halberstadt, den 4. October 1629. (Original.)

Wir kommen in Erfahrung, wasgestalt die Strozzi'sche Reuter unterwegs, als sie nach Niederland ziehen sollen, meuteniert haben. Sintemalen

aber solchem Muthwillen und schändlichen Beginnen nicht nachgesehen werden kann: als ersuchen wir den Herrn, Er wolle Sich deswegen fleißig erkundigen und Dieselbige, so an dieser continuation Ursacher sein, wirklich bestrafen.

11.

Erklärt sich einverstanden mit dem Befehle Collalto's an den Grafen, die Winterquartiere im Süllich'schen zu nehmen.

Halberstadt, den 13. October 1629. (Original.)

Wir haben aus des Herrn Schreiben vernommen, wasgestalt Ihme Ihr Kay. May. Feldmarschall und Generalleutenant Herr Graf von Collalto anbefohlen, daß Er die Winterquartier nirgends anders als in den Süllich'schen Landen nehmen solle.

Nun berichten wir Ihne, daß wir solches auch jederzeit für rathsamb gehalten, weilen dieserorten kein Gelegenheit ist, solch Volk zu unterhalten, Ihre Kay. May. auch denen Churfürsten versprochen, daß sie in Oberkreissen über vierzig Compagnien nit halten wollen, dahero dann unsere Meinung noch ist, weilen das Volk nirgends anderswo zu unterbringen, daß selbiges alldorten loßiren solle. The Er aber in die Winterquartier rucket, wolle der Herr zuvor sehen, daß solches mit der Serenissimae Infantin Wissen und Willen geschehe.

12.

Weist den Grafen an, dem Johann v. Hyen bei der Besizergreifung der demselben durch kaiserlichen Spruch zugewiesenen, dem Fiscus wegen Rebellion des früheren Besizers Adrian Balthasar v. Flodorff heimgefallenen Herrlichkeit Leuth behülfflich zu sein.

Halberstadt, den 29. December 1629. (Original.)

Aus beikomrender Abschrift hat der Herr mit mehrern zu vernehmen, wasgestalt und aus was Ursachen wir kraft habender Kaiserl. Commission und Plenipotenz der Röm. Kay. May. Reichshofrath und Commissario Johann von Hyen die Herrlichkeit Leuth, welche einen von Adel namens Adrian Balthasar von Flodorff zugehört, wegen seiner gegen Ihr Kay. May. begangener Rebellion aber deroßelben fisco heimgefallen, eigenthumblichen cedirt und übergeben.

Wann wir nun gerne sehen wollten, daß gedachter von Hyen solcher Cession wirklich genießen und zu der possession angeregter Herrlichkeit

Leutd unverzüglich gelangen möge: als haben wir den Herrn hierzu erwählen und verordnen wollen. Gefallen demnach an Ihme hiemit, Er wolle auf Ersuchen des von Hyen oder seines Bevollmächtigten ein Officierer alsobald deputieren, mit Ordinanß daß er mit genugsamer Versicherung nach und auf gedachte Herrlichkeit Leutd alsobald sich erheben, dieselbe im Namen höchstgedachter Ihr Ray. May. occupiren und dero possession einnehmen, sich davon weder Eins noch des Andern Einred, Exception und Vorwand nicht hindern lassen, alsdann mehrgedachten von Hyen oder seinen Bevollmächtigten die possession im Namen vorhöchstgedachter Ihr Ray. May. einräumen, die Unterthanen für sich beschelden, sie ihrer vorigen Pflicht erlassen, an den von Hyen anweisen und die gebührliche homagia von ihnen einnehmen und sonst das thun und vollziehen solle, was gedachter von Hyen oder sein Bevollmächtigter zu der wirklichen Immission von ihm erfordern und nöthig zu sein erachten werden.

Beilage zu Nr. 12.

(Copie.)

Wir Albrecht p. bekennen hiemit vor jedermeniglich: Als wir angesehen und erwogen die gute nutz — und ansehnliche Dienst, welche Ihr Ray. Maytt., dem hl. Römischen Reich, nit weniger dem gemeinen catholischen Wesen deroelben Reichshofrath und anjeho Commissarius, der edel gestreng Herr Johan von Hyen sowohl bei habender Confiscations- als Executions-Commission des über etliche erlebte Reichsgravamina ergangnen Rayl. Edicts und sonst bei dem 1661. Reichshofraths-Collegio praestirt, erwiesen und geleistet hat, auch annoch continuirlich mit sonderbarer Treu, Eifer und Degeritität erweisen und praestiren thunt, und dann ein confiscabel Gut im Stift Rüttich uff der Raßen zwischen Stodhum und Rastrich gelegen, die Herrlichkeit Leut genannt, welches einem von Adel namdens Adrian Balthasar von Flodorf, der unter dem Herzogen von Weinmar vor einen Obristen und General-Wachtmeister, bis selbiger Anno 1627 in Schlessen zertrennt worden, sich gebrauchen lassen, zugehört, vorhanden, daß wir aus habender von allerhöchstgedachter Ihr Rayl. Maytt. uns gnädigst ertheilter Commission, Vollmacht und Plenipotenz mit dergleichen Confiscationsgütern zu disponiren, und dann in Erwägung oberwähnter seiner von Hyen geleisten treuen Diensten, demselben alle Recht und praetensions, so Ihr Rayl. Maytt. uff berührtes Gut Leut haben oder inskünftig noch weiter überkommen möchten, cedirt und übergeben, bester Maßen, Form und Gestalt Rechts solches immer geschehen kann und mag, thun solches auch hiemit wissentlich und inkrast dieses also dergestalt, daß er vor besagtes Gut sambt allen dargu gehörigen Hßen Meyern und Unterthanen Gerichten Diensten Zinsen Kellern Wiesen und Weiden und allen andern Recht und Gerechtigkeiten, wie die Namen haben mögen, nichts darvon ausgehieben, in wirklichen Possess alsobald nemben besitzen innenbehalten genießen und gebrauchen und davon nach seinem Wohlgefallen frei und ungehindert disponiren solle und möge, alles treulich und ohne Gefährde. Zu Urkund haben wir dieses mit eigner Hand unterschrieben und mit unserm fürstlichen Secret-Insigl bekräftigt.

So geschehen zu Halberstadt den 27. Septembris Anno 1629.

13.

Beauftragt den Grafen mit der Ueberwachung der Ausführung seines Befehls an verschiedene Regimenter, die darin befindlichen Kroaten zu entlassen und ihm zu überweisen.

Salzstadt, den 31. December 1629. (Original.)

Demnach wir entschlossen, noch etwas von Croaten werben zu lassen, und wir erfahren, daß deren unter der Colloredischen, Don Balthasarischen, Stroz- und Coroninischen Reutereien vorhanden sein sollen, als haben wir denen Obristen, wie aus Abschrift¹⁾ hiebei zu ersehen, anbefohlen, selbige auf Begehren alsobalden los zu lassen, sintemalen ihre Bestallung auf hohe und niedere Teutsche gerichtet und keine Croaten oder Hungern zu werben darenin ausdrücklich cabiret und verboten.

Wolle derowegen der Herr darob sein, daß obverstandenermaßen die Croaten auf Begehren erlassen und wider unseren Befehl nit aufgehalten werden. Wie dann der Herr den Sachen Rechts zu thun wissen wird.

14.

Wünscht, daß dem Pfalzgrafen von Neuburg so wenig Anlaß als möglich zu Beschwerden gegeben werde.

Gitschin, den 28. Februar 1630. (Original.)

Bestimmungsort: Brüssel.

Wessen bei Ihr Kay. Mt. des Herrn Wolfgang Wilhelmbs Pfalzgrafen bei Rhein Ed. sich beschweren und Ihr May. uns darauf gnädigst zuschreiben, vernimmt Er aus den Einschlüssen mit mehrerm.

Wolle derowegen der Herr sehen, daß die Sache so viel immer möglich also angestellt werde, damit gedachte Ihr Ed. bei Ihr Kay. Mt. sich zu beklagen nicht Ursach haben.

Beilage I zu Nr. 14.

Extrakt aus des Herzog von Neuburg Schreiben aus Maylandt vom 17. und 23. Januarii.

Gedachter Pfalzgrafe bringt eben deswegen wiederumb Beschwerden vor, weilen die bis dato verhoffte Remedirung noch nit erfolgt und dessen Unterthanen solche beschwerliche contribution, welche des General-Lieutenants Ordinant nach für die 18. Regimenter monatlich allein den Fürstenthumb Gilsch und Berg über zweimalhundert und dreißigtausend achthundert 52 Reichsthaler treffe, zu erschwingen unnmöglich, daß den-

¹⁾ Datirt vom gleichen Tage, liegt bei.

selben all ihr Vieh hinweg zusammen getrieben und einestheils geschlachtet, anderntheils vor Hunger verschmachten müssen. Daher auch die Aeder nit wieder gebauet, sondern das Land gang wüßt und ungebaut gelassen, also die Häuser von der Soldatesca abgebrochen und verwüßt, das Holz verbrennt und in summa also gehauset wird, daß die Leut guten theils verlaufen und etliche gar aus desperation sich selbst umbs Leben bringen.

So sei auch berichtet worden, daß die officier mit Exorquirung der schweren und völligen contribution, indeme etliche Compagnien kaum 25 oder 30 Pferd stark sein und dennoch die ganze contributiones abgefordert worden und zu solchem End etlich tausend Mann deputirt sein sollen, mit Execution den Zustand einzutreiben.

Bittet demnach Eur Mt. nochmalen unterthänigst, Sie geruhen die Impossibilität und diese großen Misereien, Calamitäten väterlich zu beherzigen und die Verordnung zu thun, damit nit allein dieser Last wo nit allein zumal dannoch deren ein Theil in die benachbarte Länder verlegt und also eine durchgehende Gleichheit zu halten und die verbleibende Soldatesca dahin gehalten werde, daß sie sich mit den Servitien, wie deswegen mit den Spanischen gewisse Reglamenten verglichen, oder mit des gemeinen Hausmann Speis contentiren, auch Commissarien zu verordnen, welche neben den damaligen Rätthen über die Exces inquisition einziehen, damit das Uebel gestraft und sowohl er Pfalzgrafe als seine Unterthanen ihres Leids ergötzt werden.

Beilage II zu Nr. 14.

Der Kaiser an Wallenstein.

Wien, den 20. Februar 1630. (Copie.)

Es hat uns des Pfalzgrafen zu Neuburg Bd. aus Maylandt gehorsambst furgetragen, was für große und beschwerliche disordini von unserm Kriegsvoll in denen daniebigen Gällischen Landen täglich verübet und mit der Unterthanen höchsten Beschmerzung unnachlässlich verfahren wird, wie aus beiliegenden Einschlüssen zu sehen.

Und sintemal uns dann auch ermelter in die Länge unerträglichen Excessen halber von andern glaubwürdigen Orten Nachricht eingelangt, also versehen wir uns zu D. Bd. gnädigst, dieselbe hierüber an behörigen Orten solche gebührende Einschr. und Bestrafung anbefehlen werden, damit dergleichen Insolenzen fürtan mit Ernst abgestellt, auch insonderheit in Einforderung der Contributionen (weilers nicht als auf die wirklich dienende und vorhandene Mannschaft) bescheidenliche Moderation gebraucht werde, allermassen wir dieselbe vorhin hierauf wohlbedacht und disponirt wissen und kennen.

15.

Äußert seine Meinung über die Absicht der Infantin Statthalterin, Werbepatente auszuthelsen und den Sammelplatz im Stift Rättich zu nehmen, sowie über den Plan des Grafen, verschiedene von den Holländern verdrängte kaiserliche Regimenter in Garnisonen zu vertheilen.

Witschin, den 22. März 1630. (Original.)

Bestimmungsort: Brüssel.

Wir haben aus des Herrn Schreiben unter dato neunten dies vernommen, wasgestalt die sereniss. Infantin an Ihm stark begehrt, die von

uns empfangene Patenta auf sechstausend Mann zu Fuß und tausend zu Roß auszutheilen und bei des Herrn Churfürsten zu Köln Ed. anzuhalten, für daselbige Volk den Samblungsplatz im Stift Bättich zu gestatten.

Verhalten dem Herrn darauf zur Antwort nicht, wie wir schwerlich glauben, daß gedachte Ihr Ed. denselbigen allda bewilligen werden, und solchen wider deroeselden Willen in gemelten Stift zu nehmen rathe wir auf keinerlei Weis, maßen es bei Ihr. Kay. May. nicht zu verantworten. Da aber serenissima Infantin in Niederland darzu Mittel an die Hand geben wollte, möchten wir die Austheilung der Patenta und die Werbung sothanen Volks selbst gern befördert sehen.

Betreffend daß die Staaden im Bergischen Lande dem Kaiserlichen Volk abermal etlich Quartier abgenommen, dardurch das Schlichtische und Breunerische Regiment auch Wittenhorstische Reuterei dermaßen in einander getrieben, daß selbige zu erhalten unmöglich, hören wir zwar nit gern. Daß aber der Herr deswegen bei der sereniss. Infantin anzuhalten vermeint, die beide Regimenter, weils Er sie im Schlichtischen nicht unterbringen kann, in die nächste Königl. Garnisonen zertheilen zu lassen, ist uns sehr bedenklich, dann soviel wir aus Italia Nachricht, läßt es sich daselbst schlecht zum Frieden an. Daher das Kaiserliche Volk, so der Herr bei Sich hat, nothwendig anderstwo wird gebraucht werden müssen. Sollte es nun dergestalt in die Besatzung verlegt und versteckt werden, würde dardurch weder Ihr. Kayl. noch Königl. May. Dienste beschehen, sintemalen, wie bereit angezogen, da solches anderwärts zu gebrauchen vonnöthen, wir das Volk nothbringlichen abfordern müßten, sollten gleich die Plätze, so es innenhielte, verloren werden.

Wolle derowegen der Herr aus angezogener Ursach dieses Volk in keine Garnison legen, sondern so viel möglich dahin sehen, wie die nothdürftige Unterhaltung, zumaln ohne das der Frühling herzu nahet, für daselbige verschaffet werde.

Sollte aber der Fried in Italia erfolgen, versichern wir Ihne, Ihr Kay. May. dahin zu disponiren, daß dieselbe dero ganze Macht gegen die Holländer wenden werden. Uff welchen Fall wir den Herrn ersuchen, daselb, was zur Artiglieria und Unterhaltung des Volks nöthig, wie wir zu Halberstad abgered, fleißig zu sollicitiren, damit bei Ankunft der Kayl. Armee was fruchtbarliches wider die Holländer ausgerichtet werden möchte; welches sonst, wie dem Herrn wissend, ohne die nothwendig requisita sowohl zur Artiglieria als Unterhaltung des Volks nicht geschehen könnte. So wir den Herrn zu Seiner Nachricht hiebei erindern wollen.

16.

Bauftragt den Grafen mit der Beförderung der kaiserlichen Sentenz, welche die dem kaiserlichen Fiscus wegen Rebellion des Balthasar Adrian v. Floborff heimgefallenen Güter dem Reichshofrathscollégio assignirt.

Wittschin, den 3. April 1630. (Original.)

Nachdem Ihr. Kay. May. Balthasars Adrian von Floborff wegen verübter rebellion dem Kayl. Fisco heimgefallene Güter dero Reichs-Hofraths-Collegio in Abschlag ihrer nachstehender Besoldung assigniren zu lassen gnädigst sich erkläret und dero Rath Friedrichen Wischlo Syndico zu Eöln hierüber zu inquiriren aufgetragen, uns aber benebens anbefohlen, da dieses Werk gestedt oder schwer gemacht werden wolte, vermittels eines Schreibens an dem Herrn es befürdern zu helfen, maßen solches der copeiliche Einschluß mit mehrern besagt.

Damit nun Ihr. Kayl. May. gnädigster Intention wirklich nachgelebt und zum effect gebracht, wie nicht weniger diesem so fürnehmen Collegio in ihren habenden Praetensionen satisfaction geschehen möge, wolle der Herr gedachtem Syndico zu Eöln hierin alle Assistenz leisten und dasselbige, was zu Erreichung Ihr. Kayl. May. gnädigster Intention er dienlich und nothwendig zu sein befinden wird, befürdern helfen, wie wir uns dessen ohne das verlassen.

Beilage zu Nr. 16.

Der Kaiser an Wallenstein.

Wien, den 13. März 1630. (Copie.)

Ferdinand p. Hochgeborner p. Wir mögen Dr. L. nicht bergen, wasmaßen wir vor diesem auf gehaltenen gnugsamen Bericht, daß unter andern Balthasar Adrian von Floborff sich in unterschiedlichen Verziehungen bei dem Braunschweiger, Weymar und andern Haupt-Rebellen wider uns hochstrafflicher Weiß gebrauchen lassen, auch annoch de facto bei Schweden allerhand widerwärtige Anschläge schmieden und fortstellen helfe, dessen im Reich gelegene Güter und zeitliches Vermögen oder, was etwa durch ein erkledliche Composition, wann er bei Zeiten die Gnadenthür gesucht, hätte können erhandelt werden, unserm Reichshofraths Collegio in Abschlag ihrer ausstehenden Besoldung genädigst vermeint auch zu dem End unserm Rath und lieben getrewen Friedrich Wischlo der Rechten Doctor Syndico zu Eöln hierüber zu inquiriren und uns alsdann die Beschaffenheit umbständig zu berichten Commission aufgetragen. Damit nun diese unsere wohlgemeinte intention desto leichter ihren effect erreiche, haben wir Dr. Ldn. hiemit anfügen und zu wissen thun wollen, gnädigst begehrend, Sie wolle es Jhrestheils, wann die Volziehung irgenbwo gestedt und schwerer gemacht werden wolte, durch Befelchschreiben an Graf Johann von Nassau p. oder sonst in andere Wege befürdern helfen. Neußerlich zwar sind wir berichtet, als sollte von Dr.

Ed. unserm Reichshofrath dem von Hien eben auf diese Güter einige Assignation befohlen sein, wir aber ein ganzes Collegium einer Particularperson billig vorzuziehen, und wir je mit gern wollten, daß unserm wohl wissentlich gegebenen Wort nicht völlige Kraft diesorts gegeben werden sollte, also wurde besagter Hien, wann er einige Zusag von D. L. erlangt, wohl anderstwo können seinen Verdienst nach compensirt werden und dieses Mittel Denen, so sich in des Hegl. Reichs wichtigen Geschäften täglich bemühen auch um D. L. absonderlich wohl verdient zu machen befehligen, ungetheilte verbleiben. Wolle derowegen D. L. solche Anstalten machen, damit es sein Richtigkeit erlange, Sich aber versichern, daß wir in andere Wege Derofelben von uns habender Assignationen dergleichen Rälligkeiten keineswegs zu derogirn gemeint sein.

17.

Empfiehlt dem Grafen die Verschönerung der Sitze und Vorwerke des jülich-bergischen Adels, in Ansehung der von demselben dem Kaiser bisher bewiesenen Treue und der bereits ausgestandenen Kriegsbeschwerden, von Einquartierungen und anderen Lasten und notificirt ihm die Ernennung eines Generalkommissars für die Einquartierungen in jenen Gegenden.

Prag, den 18. April 1630. (Original.)

Demselben verhalten wir hiemit nicht, wasgestalt wir weitläufig berichtet, daß jezo im Säch- und Bergischen Lande deren vom Adel Sitze und Vorwerke gleich andern Unterthanen mit Einquartierung belegt werden wollen und wir gleichwohl, in Betrachtung daß der Säch- und Bergischer Adl allemal in Ihr Kayl. Mayt. devotion rühmlich verharret, auch ihre unterthänigste affection Ihr Kayß. May. und dero hochlöblichstern Erzhauß Oesterreich der Gebühr erwiesen, sowohl auch etlicher Jahr herr vieler ausgestandener Kriegsbeschwerden halber billig zu sein erachten, daß derselb so viel möglich in Acht genommen und angezogener ihrer unterthänigsten devotion genießen mögen: als haben wir dem Herrn solches hiemit zu notificiren eine Nothdurft zu sein erachtet, mit Erinnerung, die Verschönerung zu thun, damit deren von Adl Sitze und Mayerhöfe mit der Einquartierung und andere Exactionen verschonet und die Unterhaltung des Volk von den andern des Landes Unterthanen verschaffet werde, dabei Er auch eine solche moderation anzustellen wie auch gute Kriegsbisziplin zu halten wissen wird, daß dieselwegen bei Ihr Kayl. May. keine Klagen einkommen mögen, maßen wir dann eine Nothdurft zu sein erachtet, daß dieselwegen sowohl wegen Anlage zu Unterhaltung des Volks aus dem Lande ein General-Commissarius wie bei andern Armeen verordnet werde dazu wir Herrn Johan Bertram von Würzen genannt Hinzigl ein qualificirtes subjectum zu sein vermeinen und solcherwegen ihm zugeschrieben.

auch befügte Patenta zugeschiedet, wie den Herrn beigelegte Abschriften mit mehreren zu vernehmen geben und wird er die originalia Denselben zuschicken.

Beiliegend in Abschrift die Ernennung des in dem Schreiben genannten General-Kommissars d. d. Prag, den 19. Apr. 1630, nebst Anschreiben an denselben vom gleichen Tage.

18.

Äußert seine Bedenken gegen die Stellung des Grafen zu Rheinberg, sowie gegen die militärischen Operationen Spinolas in Piemont.

Memmingen, den 11. Juni 1630. (Original. Eigenhändig.)

Hoch undt wolgeborner Graf.

Das er sich umb Rheinberg angenohmen, hab ich keine wüßenschaft destwegen gehabt, viel weniger ist mir sein schreiben, darvon er meldung thuet zu kommen. ich besorge mich, das Ihr Matt. darmitt nicht wol werden zu frieden sein, denn den vergangenem winter haben die Spanier mir etliche örther, welche sie weder sucourirten noch defendiren undt unterhalten können, wollen anheben, ich aber die ungelegenheit, so draus erfolgen müste, oonsiderirt undt auf keinerley weis mich darzu verstehen wollen. sie versterkten darmitt das Kayserliche völd hinn undt wieder, vermeinenndt den Kayser darmitt zu obligiren, sich wieder die Hollender zu erklären, sie seindt aber nicht auf dem rechten Weg, denn alle thur undt fürsten moorgiren¹⁾ sich dessen schon, das sie dardurch müssen ruinirt werden, undt werden auf mitt undt weg gebenden, diesem vorzukommen; dahero denn dies ohne mein wüßsen geschehen, ich kans nicht excusiren, Gott gebe, das ein gutten ausgang gewünt.²⁾ Das Schidisch undt Breurisch Regiment kan wol in die Pfalz geschickt werden, aber der Helbslein undt Wangler müssen mitt mir in Frankreich, wie denn ehelstes tags ihnen ordnanz zum Aufbruch geben werde. Der Spinola hatt sich mal aproposito unter Casal imponirt, den herzog von Sophoi verlassen, er hatt izt zwey Franzoefische armen im Landt, weis nicht, wie er resistiren würdt. hette der Spinola sich umb Casal nicht angenommen, sondern sich mitt dem von Sophoi conjungirt, man wehre der Franzosen außm Piamont

¹⁾ moorgersi it. = merken, gewahr werden.

²⁾ Noch im nämlichen Jahre gerieth Graf Johann bei einer von Rheinberg aus unternommenen Aktion gegen die Holländer in Kriegsgefangenschaft.

und Sophoi baldt qvit worden und Casal wehre vor sich selbst gefallen.
ich aber verbleibe hiemit

Des Herrn dienstwilliger
A. h. z. M.

19.

Beauftragt den Grafen, den zum Oberst über sieben Fähnlein
ernannten Markgrafen Wilhelm zu Baden dieser Truppe vor-
zustellen.

Memmingen, den 23. Juni 1630. (Original.)

Nachdem wir von des Herrn Marchesen Gonzaga unterhabenden
fünfzehn Fändlin sieben des Markgraf Wilhelm zu Baden Ed. gegeben
und selbigen darüber zum Obristen bestellet, als gesinnen wir hiemit an
Euch, gemelte des Markgrafen Ed. erwähnten sieben Fändlin für einen
Obristen vorzustellen.

20.

Betr. dieselbe Materie, nur ausführlicher.

Memmingen, den 23. Juni 1630.

(Original mit eigenhändiger Nachschrift).

Er würdet aus unserm de dato Carlsbadt den neunten May an
Ihne abgangerem Schreiben¹⁾ vernommen haben, wasgestalt der Röm.
Kayl. May. Rath Cammerer und Feldmarschall Herr Heinrich Schlick
Graf zu Passau sein Regiment resignirt und wir solches Herrn Hannibal
Marcheson Gonzaga, jedoch solchergestalt hinwieder anvertrauet, daß uns
von den fünfzehn Fändel sieben zu unserm Vorbehalt, und daß der Obriste,
welchem wir dieselbe untergeben würden, sieben davon auszuklauben be-
mächtigt sein möchte, verbleiben sollen. Sintemalen wir nun gedachte uns
vorbehaltene sieben Fändel des Markgrafen Wilhelmen zu Baden Ed. ge-
geben und dieselbe zum Obristen hierüber bestellet, Ihr Ed. auch die zum
Regiment gehörige Stabs-Personen annehmen und wie erwähnt bedingter-
maßen die sieben Fändel, so deroelben gefällig auslesen werden: als haben
wir dem Herrn solches hiemit notificiren und benebens erinnern wollen,
förderlichst einen von Adel, welcher behuf er an denselben ein Schreiben zu
empfangen, zu deputiren, so gedachtes Markgrafen zu Baden Ed. erwähnten
sieben Fändel vor einen Obristen vorstelle, welchem Er also nachzukommen,

¹⁾ Nicht bei den Akten.

auch dem Marchese Gonzaga zu seiner Nachrichtung zu notificiren wissen wird.

Nachschrift, eigenhändig: Die 8 Fändle wirdt der Marchese Consaga behalten undt drüber als Obrister comandiren, doch wirdt Herr Marcgraf von Baden zuvor seine 7, so S. 1. gefallen werden, darvon ausglauben.

21.

Beordert die Reiterregimenter Hydou und Bönnichhausen zum vorhabenden Feldzug gegen Frankreich.

Memmingen, den 26. Juni 1630. (Original.)

Bestimmungsort: Rheinberg.

Wir berichten den Herrn hiermit, wasgestalt Ihr Kayl. May. Dienst gegen Frankreich eine diversion fürzunehmen, auch mit derselben keine Zeit zu verlieren unumhgänglich erfordern, wir uns aber an Reuterei dazu etwas schwach befinden.

Erindern derowegen den Herrn hiermit, dem Obristen Hydou und Obristen Bönnichhausen anzudeuten, daß sie sich mit Ihrer Reuterei zum Ausbruch also gefaßt halten, damit selbige auf unsere ehist erfolgende Ordnung alsbald marchiren können. Und wird der Herr solches der seroniss. Infantin notificiren, nicht zweiflend, dieselbige ihro solche unsere beschehene nothwendige Verordnung nicht zuwider sein lassen werde, zumaln ohne das es derorten an Reuterei nicht ermangelt.

Ur- und Kulturgeschichtliches von der Ober-Ems und -Lippe.

Von
J. D. Nordhoff.

Im Herzen von Westfalen an der oberen Ems und Lippe giebt es einen Landstrich, welcher im Mittelalter unter verschiedene Bisthümer und Herrlichkeiten zerstreut und von den verschiedenartigsten Grenzlinien wunderbar durchfurcht war — offenbar einst ein Spielball der Verhältnisse, wie heute noch in den wichtigsten Punkten ein Räthsel der Forscher. Der Strich hat ungefähr den ehemaligen Burgflecken Stromberg, westlich von Wiedenbrück, zum Mittelpunkt; denn so bunt sich auch sein Flächenraum auf den alten Karten ausnimmt, es scheint noch heute eine uralte ethnographische Einheit hindurch — diese ist vielleicht gar die Ursache der späteren Zerrissenheit geworden. Die Handhabe, in die Urverhältnisse einzubringen, und jene Einheit herauszufinden, bietet namentlich die Kunde des Idioms, der physischen Beschaffenheit und der älteren Denkmäler; sie wirkt erhellend ein auf die Wandlungen der Folgezeit, gleichwie diese wieder ein Licht in die Vorzeit wirft.

In großen Umrissen bildet der Landstrich ungefähr einen Keil, die Nordspitze besteht aus den Gemeinden Harsewinkel und Greffen, die Westseite kongruiert mehr oder weniger genau mit den Ostgrenzen der Gemeinden Beelen, Ennigerloh und Beckum, die Ostseite ebenso mit den Ostgrenzen der Gemeinden Harsewinkel, Wiedenbrück, Langenberg, Wadersloh und Liesborn. Als Südgrenze und natürliche Basis diente ihm die Lippe ungefähr von Lippsborg bis Lipperode. Hier erklingt von Greffen bis Lippsstadt ein Dialekt, welcher mit eigenartigen Ausdrücken, reichen und gedehnten Doppellauten merklich gegen die (westliche) Sprache des Münsterlandes und grell gegen die Idiome der östlichen Anwohner absteht, und seine höchste Fülle und Reinheit in der Bauerschaft Batenhorst, südlich

von Wiedenbrück, erreicht. Der Sprachbezirk geht auf einen geschlossenen Volksstamm zurück, und dieser Stamm muß trotz aller späteren Wechselfälle und Einflüsse mit seiner Masse den alten Wohnsitz behauptet haben. Irren wir nicht, so stammen Sprache und Bevölkerung von den Brukterern, und zwar den kleinen Brukterern; die „Äußersten der Brukterer“ wohnten dann zwischen Ems und Lippe,¹⁾ vielleicht als Kerntheil der Großbrukterer im Westen, das Nachziel der Germanicus und daher wohl der Hauptstein auf der Kriegsbahn der Römer. Nestlicher zwischen Lippe und Ems, in den „Sennen“ und Dohlfächen, ließ sich nicht wohl wohnen²⁾ und leben. Und wenn sich heute das Sprachgebiet auch auf das Nordufer der Ems erstreckt, so war das letztere zur Zeit der Römer von den Kleinbrukterern entweder gar nicht oder nur, wie zu Wiedenbrück und Harsewinkel, an fruchtbaren Einzelplätzen besetzt, welche nicht ins Gewicht fielen. Sie hatten als Südnachbarn die Sigambren und sitzen seit dem Jahre 7 vor oder 98 nach Christus auch streckenweise auf dem Südufer der Lippe; vielleicht diente ihnen die Störmeder Landwehr im Süden von Pippstadt, welche leider noch nicht in ihrem Laufe und Zwecke untersucht ist, als Grenz- und Schutzwehr gen Süden, und möglicherweise deutet auf den Bestand einer solchen noch der Name des Hauses „Overhagen“ südwestlich von Pippstadt. Daß aber im Mittelalter Hörste und andere Gemeinden des Südufers mit dem Münsterlande (auf dem Nordufer), trotzdem sie kirchlich und politisch davon getrennt waren, die Bauerschaften gemein hatten, während sonst im Paderbornschen das Meierwesen herrschte,³⁾ spricht klar genug für die einstige Stammesverwandtschaft; sonst hat der schwache Bruchtheil anscheinend stark unter Auswanderungen und fremdartigen Zuflüssen gelitten, und daher in der Sprache mancherlei Trübung erfahren.

Unser Augenmerk gilt vorab dem Kerngebiete im Norden der Lippe. Hier bemerkt man, abgesehen von den kleinen örtlichen Schattirungen, fremdartige Laute nur auf oder an den Grenzlinien, zumal dort, wo stets eine engere Verbindung, oder, wie zu Herzfeld, durch eine Brücke ein näherer Verkehr nach außen bestand. Es entbehrte gen Westen der trennenden Bodengestaltung, hängt vielmehr mit den dortigen Anwohnern, trotz seines sprachlichen Abtautes, eng in den Lebensverhältnissen und daher gewiß auch in den Ergebnissen zusammen, als wären die Kleinbrukterer den Weststämmen⁴⁾ gleichsam der wehrhafte Vorposten gen Osten gewesen. Nur

¹⁾ Vergl. über sie H. Böttger, Wohnsitze der Deutschen, 1877, S. 41 ff. 24. Vergl. meine Kunst-Geschichtsdenkmäler der Provinz Westfalen I, 18.

²⁾ Vergl. Fr. Hülfsenbed, Paderborner Gymnasial-Programm, 1871, S. 16, 18.

³⁾ Mittheilung des Geh. Justizraths Dr. Boele.

⁴⁾ Vergl. Wormstatt, Münster, Gymnasial-Programm 1880.

auf der nordwestlichen Außenseite griff die blanke Matmarhaide trennend zwischen Harfswinkel und Beelen ein, sofern diesen Däsenplätzen schon eine seßhafte Bevölkerung zukam, und vielleicht zeugen die Namen der Desterbauerschaft zu Beelen sowie südlich davon der Ortsname „Ofen“felde und der Markenname „Ofen“wald von einem bewußten Gegensatz gegen unser Gebiet.

Haide umgürtet auch die Nordspitze. Hierin liegt, wie gesagt, Greffen, ursprünglich offenbar eine Bauerschaft oder Kolonie von Harfswinkel. Beide Gemeinden betonen noch heute ihre Sprachverwandtschaft gegenüber den Nachbarn im Westen, Norden und Osten, und dazu stimmt auch sowohl der Name Harfswinkel wie jener des „Hessel“baches,¹⁾ welcher dort gen Norden eine weite ethnographische Scheide macht.

Die ganze Ostseite schloß ab und deckte gegen die weiteren Stämme die mächtige Scheidewehr einer breiten, und wie wir hören werden, einst unwirthlichen und menschenleeren Sandzone, wie sie auf keiner Seite sonst vorlag. Denn in der Ebene vertraten die Walddickichte, die Sümpfe, Niederungen und Moorgründe und vornehmlich auch die Sandstriche dieselben Zwecke,²⁾ wie anderwärts die Berge, die Bergplateaus, die Steiringe oder die Erdwälle.³⁾ Sie trennten und wehrten das eine Volk vom andern und behaupteten ihren scheidenden Charakter oft noch bei den späteren politischen und kirchlichen Theilungen. Die Haidezone (Sinethi) nun nahm im Süden auf dem Nordufer der Rippe, ungefähr Hörste gegenüber als Ripperbruch ihren Anfang, strich über Westenholz, Mastholte und Nietberg, schwenkt östlich um Wiedenbrück auf Sffelhorst und Brochhagen, dann westlich wie die „Hessel“ um Greffen, dann wieder mehr nördlich zwischen Fücktorf und Versmold hindurch und verendet in nordwestlichem Laufe,⁴⁾ hier breiter, dort enger, hier mehr von Däsen, dort von Faulgründen unterbrochen, und zur Römerzeit gewiß noch weit breiter und vager als im Beginn der Christianisirung.

Im Osten einer solchen Naturscheide mußten ganz andere Stämme

¹⁾ Ueber die grenzbezeichnenden Ortsnamen vergl. H. Böttger, Diözesan- und Gaugrenzen Norddeutschlands II., 409, 7, 19.

²⁾ v. Peucker, Das deutsche Kriegsweisen der Urzeit II., 349, 358, III. 180 ff., 174, 315.

³⁾ Vergl. Tacitus Ann. II. 19.

⁴⁾ Vergl. D. Meyer in den Mittheilungen des historischen Vereins zu Osnabrück II. 88. 2. v. Leebur in seinem Archiv für die Geschichtskunde des Preuß. Staates IV., 47 ff., in Wigand's Archiv für die Geschichte und Alterthumskunde Westfalens I., 4 79, Tibus, Gründungsgeschichte der Stifter, Pfarrkirchen u. s. w. im Bereiche des alten Bisthums Münster, 1867 ff. I., 241—250.

sigen als im Westen; es waren die Cheruskier, später die Engern, im Süden saßen, wie erwähnt, die Sigambren, an der anderen Seite die alten Inhaber des eigentlichen Münsterlandes. Der beschriebene Sprachkeil enthält einen Flächenraum, welchen heute ungefähr die Mitte des Kreises Wiedenbrück, die beiden Ostgemeinden des Kreises Warendorf, sämtliche Ostgemeinden des Kreises Bedum und ein kleiner Südzipfel des Kreises Lippsstadt ausfüllen; die Kleinbrukterer haben demnach, da sie die Nordspitze jenseits der Ems erst später förmlich einnahmen, höchstens einen Flächenraum von zwei Kreisen bewohnt.

Es war nicht bloß ein fruchtbares und, bis auf die östlichen Strecken, ein schönes Wellengefilde, welches den alten Insassen bald theuer werden konnte, es war auch militärisch ein sehr wichtiges Terrain. Hierhin konvergirten die alte Heerstraße von Mainz über Lippsstadt nach dem Norden, die Süduferstraße der Ems nach dem Süden¹⁾ und namentlich mehrere Stränge vom Rheine nach dem Osten, hier lagen die Uebergänge der Lippe bei Lippsstadt, der Ems bei Wiedenbrück (Rheda) und Harszewinkel. Der letztere mit der „Heerbrücke“ leitete, wie es scheint, in ein strahlenförmiges Straßennetz nach Osten und nach Westen, und ihm gegenüber erheben sich in beträchtlichen Resten zwei große Erdburgen, nämlich auf der Ostgrenze der Gemeinde Beelen. Das Kleinbrukterergebiet beherrschte oder bedrohte den Ausgang und zahlreiche Zugänge des Bielefelder Passes und der Dörneschlucht im Osning. Darum besitzt es auch heute noch ein so reiches Denkmälerererbtheil, wie wohl selten ein Flächenraum von gleicher Ausdehnung. Mögen auch nur einige Denkmäler näher erforscht oder veröffentlicht sein, mögen auch einzelne altdeutsche nicht scharf von den römischen, unter den römischen die Straßenstränge von den Landwehren, unter den altdeutschen jene der sächsisch-fränkischen Zeit von jenen der Vorzeit nicht klar geschieden sein, soviel steht fest, daß ein gewaltiges Kontingent von derartigen Werken nicht dem Mittelalter und nicht der heimischen Thätigkeit entstammt und entstammen kann. Ziehen sich doch z. B. die mächtigsten Erdbämme, wenn auch auf weite Strecken durch die Kultur zerrissen, oft noch in mehreren Wällen meilenweit in geradem oder etwas nach dem Terrain geschlängeltem Zuge dahin, unbekümmert um die Landes-, Gau-, Kirchspiels- oder Bauerschaftsgrenzen, und als solche höchstens auf kurze Strecken, d. h. später benutzt. Mit den Straßen hängen dem Zwecke nach wieder Erdwerke anderer Art, namentlich die Landwehren und Burgen, zusammen.

¹⁾ F. Schneider, Neue Beiträge zur alten Geschichte und Geographie. 11. Folge, 1878, die Karte, und (Bonner) Jahrbücher des Vereins von Alterthumsfreunden im Rheinlande, Heft LXIX., 83.

Ueberschauen wir die Funde, welche allein an der Ems und Lippe und vielleicht noch längst nicht vollständig gemacht sind, so ist das Ergebnis ein überraschend großes an römischen Erdwerken, Straßen und Landwehren: von den beiden letzteren weisen wieder mehrere nach der Mitte auf der einen und einen fernen Ursprung auf der andern Seite.¹⁾ Nur zwei Denkmäler sollen hier namentlich hervorgehoben werden, weil sie statt aller übrigen uns zugleich lehren können, welch' eine strategische Bedeutung die Römer in diesem Gebiete und vielleicht auch, welch' einen zähnen und unbändigen Feind sie in den Bewohnern erblickten. Nach den neuesten Untersuchungen und polemischen Schriften Schneiders lag das Kastell Aliso zu Kappel, in einem Winkel der Lippe und Glenne, etwa 2 Kilometer unterhalb Lippestadt. Dahin weisen die Strategen, die Funde, die Lage im Centrum der kriegerischsten Volksstämme, die Bodenverhältnisse, die Umgebung kleinerer Kastelle, der Lauf der Straßen von allen Seiten und die lebhafteste Erinnerung an die Römer auf dem nördlichen Lippenufer.²⁾ Dann lag das Kastell ungefähr mitten auf der Lippebase der Kleinbrukterer und bezweckte vielleicht auch, diese zunächst im Baume zu halten.

Es giebt nämlich ein zweites Erdwerk, dessen Zweck nur sein kann, ihr Land und demgemäß auch ihre Macht in zwei Theile zu zerreißen und so das ganze Volk lahm zu legen. Das merkwürdige, stellenweise noch in vier Wällen³⁾ oder Wallresten anzutreffende, stellenweise wieder verfallene oder unterbrochene Dammwerk⁴⁾ geht vom Südufer der Ems oder vielmehr von der Scheide der Gemeinden Beelen und Harsenwinkel, wie man an den Resten und charakteristischen Haus- und Hofnamen verfolgen kann, gen Süden ins Brukterergebiet und zwar westlich dem Orte Lette vorbei, dann streckenweise als Scheide der Gemeinden Lette, Ostensfelde und Delbe, berührt hier das Haus Stovern und den „Bäumker“ und schneidet als Landhagen in der Richtung auf Haus Rotbeck, auf Dreyers und Klesmanns Baum den Ostzipfel der Gemeinde Stromberg, als ob es nun

¹⁾ Man vergl. Oberstleutnant Schmidt in der westfäl. Zeitschrift XX, 272 f., 282 f., 287, 308. F. Schneiders Karte in den Neuen Beiträgen XI. 2. Hölzermann, Lokaluntersuchungen der Kriege der Römer und Franken betreffend, 1878, A. B. Tafel II, trotz der Irrthümer und Widersprüche mit Schneiders Forschungen. Fr. Hülsenbeck, Paderborner Gymnasial-Programm 1878, S. 7.

²⁾ Vergl. die Schriften der letzten Note. Schneider a. a. O. S. 18 und in Bid's Monatschrift für die Geschichte Westdeutschlands IV, 145, 209 f., 432 ff.; V, 436, 439; VI, 264, 407.

³⁾ Ein Profil bei Schneider in Bid's Monatschrift VI. 265, Fig. 9.

⁴⁾ Näher beschrieben im Archiv für Post und Telegraphie 1881, No. 19. S. 599, 600.

entweder westlich durch die Wiedenbrücker Bauerschaft Vatenhorst über den Schlingbaum auf Burgseitel an der Glenne ziele, oder senkrecht über „Baumhöder“ zu Wadersloh dem Mündungswinkel der Glenne und Lippe zusteure, wo eben das Kastell Aliso gesucht wird.

Vielleicht entsendet er ungefähr von der Ostseite der Gemeinde Wadersloh einen Arm nach Südwest: in mancherlei Wallresten und Grabentiefen läßt sich von dort eine starke nach Nordwest gebogene Landwehr verspüren durch Struchtrup und die Bauerschaft Geist zu Wadersloh, dann auf dem Lemkerberge durch die Rießborner Bauerschaft Winkelhorst, endlich zu Herzfeld durch die Bauerschaft Raßenhövel und Uhlentrup bis an die Lippe. Und sogar von diesem Strange zweigten sich nach innen wieder Seitenarme ab: so ein jetzt total geebneter unter dem unzutreffenden Namen „Kirchspielsbogen“ in der Bauerschaft Geist zu Wadersloh senkrecht nach Süden in die Bauerschaft Winkelhorst auf den Nordhof zu. Es ist, als hätte das ganze Werk das Kleinbrückerland spalten und die beiden Südarme wesentlich die Gegend von Wadersloh und Rießborn und mit der Lippe wie im Dreieck das Gebiet des Kastells Aliso schützend umklammern sollen. Wurde doch nach den ausdrücklichen Versicherungen der Schriftsteller das Land vom Kastell bis zum Rheine hin durch ältere und jüngere Grenzwehren (limites) und Dammstraßen (aggeres) gesichert¹⁾, welche ein (römisches) Hinterland decken, also im Ganzen von Norden nach Süden streichen mußten — und das leistet das beschriebene Erdwerk.

Das unglückliche Loos der Zerspitterung erbte sich auch ins Mittelalter fort, nur in anderem und noch großartigerem Maßstabe. Zu klein für ein Bisthum, zu groß für ein Archidiaconat, das Mittelstück von vier Diözesen und keiner ethnographisch ganz verwandt, leidet das Land der einheitlichen Zunge seit der Unterwerfung Karls des Großen unter den seltsamsten und verschiedensten Schicksalen in kirchlichen wie in politischen Dingen.

Der Südzipfel auf der Mittagsseite der Lippe, wohl schon längst mit anderem Blute vermischt, fiel an das Bisthum Köln²⁾, das Archidiaconat Wiedenbrück an Osnabrück, und der breite Halbkreis, welcher dies von Westen umfaßt, an Münster, obwohl nirgend wo eine Naturgrenze dazu die Handhabe bot — wenn wir von dem Südzipfel absehen. Das Kern-

¹⁾ Tacitus, Annales II. 7.

²⁾ Namentlich also auch Lippstadt, welches Scheffer-Boichorst irrig Paderborn zuschreibt in der Westfäl. Zeitschr. XXIX. 127, obwohl Köln seine Ansprüche wiederholt beurlundet, z. B. 1324: Fandus, in quo opidum Lyppiense consistit, est nostrum et ecclesie nostre Coloniensis proprietas; vergl. Böttger a. a. O. III. 11.

gebiet theilt also kirchlich das Schicksal der Insel Markt östlich von Hamm¹⁾, wie ein neutrales Mittelland unter den nächsten Bisthümern zerstückelt zu sein, wobei der Haupttheil dem stammverwandteren Münster angeschlossen wurde. So erklärt sich hier das Kurvenartige der Münsterschen Ostgrenze, wie die gänzliche oder fast gänzliche Sonderung des Wiedenbrücker Reviers vom Reibe der Osnabrücker Diözese — eine Sonderung, welche auch politisch ihre Wollen warf; denn daß der Pfarrstrich von Isselhorst wenigstens nach der Besiedelung keine Verbindung herstellte, wird uns bald einleuchten. Das mag auch der Grund sein, warum es zu Lippstadt, also im Südpfeil, „der politischen Verhältnisse wegen Köln nicht wohl möglich war, die geistlichen Güter dieses fremden Territoriums zur kirchlichen Decimation heranzuziehen.“²⁾

Die Zerrissenheit des Ganzen hat namentlich das Wiedenbrücker Gebiet bis in die Neuzeit erschüttert. Wir kennen doch mit Bestimmtheit seine Zuständigkeit nicht, weder was den Gau, noch was die Freigravschafft betrifft; die Einen wittern hier auf anerkannt falsche Voraussetzungen hin den Südergau und sogar ursprünglich Münstersches Land, die Anderen nach einer Urkunde von 851 den Grainga und zwar nach dem Gauorte Silber, die Dritten dehnen bis hier den Gau Sutherbergi aus, worin sicher die Ortschaften Laer und Erpingen bei Dissen lagen³⁾ — jedes mit Unrecht: die anerkannten Gauorte liegen dem Wiedenbrücker Reviere zu fern. Die Freigravschafft Rheda begreift mit ihren Stühlen nur einen kleinen Strich,⁴⁾ und wenn ihnen wirklich eine Sache von Isselhorst unterbreitet ist, so ergiebt sich daraus nur ein Beleg für die Sucht der Herren von Rheda, kein Mittel zu scheuen, um ihre Hoheit nach allen Seiten auszu dehnen. Isselhorst selbst gehörte doch zu Ravensberg.⁵⁾

In einem Reviere, dessen Stammverbände zersprungen waren, konnten die habgierigen Mächte der Umgegend die Anker ihrer Herrschaft auswerfen oder auszuwerfen versuchen. Münster beanspruchte über Wiedenbrück herzogliche Rechte und Köln die eine Hälfte der Stadt.⁶⁾ Hier hatte der Graf von Arnsberg schon um 1121 anscheinend ganz willkürlich die Ems-

¹⁾ Vergl. meine Kunst- und Geschichtsdenkmäler I. 80, 76.

²⁾ H. Kampfschulte, kirchlich-politische Statistik des vormalig zur Erzdiözese Köln gehörigen Westfalens. 1869. S. 186.

³⁾ Vergl. L. v. Ledebur, Bruckerer. S. 13. H. Böttger a. a. O. III. 52. Wilman, Kaiserurkunden der Provinz Westfalen (1867) I. 118. Zibus a. a. O. I. 247. Spruner-Menzel, Hand-Atlas A⁵ Nr. 33 scheint es sogar dem Grainga beizulegen.

⁴⁾ Rindlinger, Münster. Beiträge zur Geschichte Deutschlands III. 243, 572.

⁵⁾ Büsching, Erdbeschreibung a⁷ VI. 106.

⁶⁾ Vergl. J. Röser, Osnabrückische Geschichte, herausgeg. von Abelen, III. 63, 142.

Sümpfe von Nietberg zur Anlage eines Raubschlosses benutzt, hier konnte der Edelherr Bernard von der Rippe 1168 ohne Einspruch eines Grafen¹⁾ die Rippstadt erbauen, nämlich im alten brutterischen Südwinkel. Fast gleichzeitig trieb es den Wibelind v. Fredenhorst, nördlich von Wiedenbrück am Westufer der Ems die Burg Rheda mit einem Dominium zu gründen. Die Burg wurde in den Händen seiner Nachfolger bald der Stützpunkt von allerhand Rechtsansprüchen auf die Umgegend und daher der Brennpunkt der tollsten Händel und wildesten Fehden. Rheda selbst war ein Lehen von Münster, und die ganze Herrschaft zudem ein unvergänglicher Zankapfel unter den Erben Wibelinds auf der einen, und den Osnabrücker Bischöfen²⁾ und den jedesmaligen Inhabern auf der andern Seite, als wäre die Gründung nicht mit richtigen Dingen zugegangen. Dennoch wollten die letzteren um jeden Preis ihren Machtkreis nach außen erweitern. Sie begnügten sich nicht mit den Vogteirechten über Liesborn, Clarholz und Marienfeld, sie erheben sogar landesherrliche Ansprüche auf die Gemeinden Delbe, Wadersloh und Liesborn,³⁾ als hätte sie eine Erinnerung an die einstige Einheit der zerrissenen Theile gewurmt und diese wieder das Ziel ihres kriegerischen Ausgreifens gebildet. Hätten Münster und Osnabrück solchem Treiben nicht mit starker Hand Halt geboten, so war es um ihre Herrschaft im Gebiete der Kleinbrutterer geschehen.

Münster hatte ja den Löwenantheil erhalten und kirchlich wie politisch mit sich verschmolzen — aber es erfreute sich desselben auch nicht ohne Anfechtungen. Herrschten doch die Grafen von Werl über Liesborn bis ins 11. Jahrhundert⁴⁾, dort, und zwar auf dem Rippeufer, drängte sich, selbstredend nicht ohne langwährende Zwistigkeiten, Rippe mit den Enclaven Lipperode und Cappel ein;⁵⁾ es zielte doch später nicht bloß Rheda, sondern noch früher der Burggraf der Landeshurg Stromberg geradezu auf eine selbstständige Hoheit hin, so daß er von dem Münsterischen Lehensherrsinn und dessen Verbündeten gedemüthigt werden mußte,⁶⁾ wobei das Land

¹⁾ Vergl. Scheffer-Boichorst a. a. D. XXIX., 126.

²⁾ Vergl. J. Eubendorf in den Mittheilungen des historischen Vereins zu Osnabrück II. 1 ff.

³⁾ Vergl. den Vertrag von 1400 bei H. A. Erhard, Geschichte Münsters 1887, S. 197, Riefert, Beiträge zum M. Ur- u. Buche I. 2. Nr. 17, 101 und E. Stüve, Gesch. des Hochstifts Osnabrück I, 80, 224.

⁴⁾ Codex diplom. Westphaliae von Erhard I. Nr. 97.

⁵⁾ Vergl. Rindlinger a. a. D. III. 694.

⁶⁾ Mit älteren Chronisten erzählt Föhne, die Herren und Freiherren von Hölvel I. 1. 162, fabulöse Dinge von der Theilung der Burggrafschaft. Vergl. Reuhaus in der westfälischen Zeitschrift XXII. 79 ff., 98 ff., 106 ff. Noch E. Wolff, Histor. v. Osnabrück, 1877, Nr. 5, verlegt nach Stromberg eine Reichsburggrafschaft.

wiederum arg unter der Kriegsfurie litt. Wie Rheda ist der Ort Gütersloh das Muster der Zwillherrlichkeit, die Grafschaft Rietberg steht später in der Lehenshoheit von Hessen.¹⁾

Wir kommen nun auf den sandigen Ostsaum des Landes zurück und fragen, warum gestaltet er sich später in der kirchlichen Abhängigkeit so winkelig, warum ging Paderborn bei der Zerstückelung des Kerntheils leer aus? Die brukterische Natur mochte sich mit der Engernschen Nachbarschaft im Osten schlecht vertragen, den Ausschlag gab jedenfalls die gedehnte Sandscheide und die noch immer schwache Besiedelung des anstoßenden Paderborner Sprengels. Diese Sandscheide konnte bei der Theilung kaum in die Wagschaafe fallen, weil sie noch keine Ansiedler, wenigstens keine geschlossenen Gemeinden hatte. Das Lipperbruch lag noch bis 1833 da als eine „Gemeinheit“ der beiderseitigen Bewohner,²⁾ und bloß ihre westlichen Ansiedelungen in Betracht gezogen, ist Mastholte erst 1610 von Rietberg abgepfarrt und jedenfalls auch kolonisiert, Rietberg erscheint deutlich als eine Filiale von Neuentkirchen, ebenso Verl; Neuentkirchen selbst wieder als ein Abspieß von Wiedenbrück — lauter jüngere oder ältere Neupfarren des Osnabrücker Sprengels, wie dann auch die Grafschaft Rietberg sich im Dialekt mit dem Wiedenbrücker verwandt fühlt,³⁾ nicht wie Westenholte mit dem Delbrücker. Westenholte, welches das Münstersche Kirchspiel Liesborn berührt, hat sich als Paderbornsche Pfarre von Delbrück abgelöst, noch später als Mastholte von Rietberg. Wie lange muß dort der Boden der Kultur widerstanden, wie spät erst eine Hofesbesiedelung zugelassen haben. Delbrück aber, auf weiten Umkreis hin die einzige Paderborner Altpfarre, lag noch weit von den genannten Neupfarren der Sandscheide und nahe genug anderen Steppen, welche ebenso der Bewirthschaftung bedurften wie jene. Sollte also das Bisthum Paderborn Antheile an dem brukterischen Gebiete haben, so hätte es dieselben nur auf Kosten der Bisthümer Osnabrück und Münster erlangt, sich aber davon durch unwirthliche und unwegsame Striche getrennt gesehen.

¹⁾ Vergl. Büsching, Erdbeschreibung VI. 221, 462, der bei aller Genauigkeit die Herrschaft Rheda zu behandeln vergessen hat. Spruner-Mende a. a. D. Nr. 33 behnt die Herrschaft Rheda irrig über Mariensfeld aus, dessen Abt freilich wegen des Güterbesitzes erster Standesherr derselben war. Vergl. die Chronikstelle bei Tibus, Weibischöfe von Münster, 1862, S. 226.

²⁾ Ueber die Pfarrverhältnisse vergl. Holscher in der westfälischen Zeitschrift XXXVII 33 ff., XXXVIII. 84 ff., Tibus a. a. D. I. 248 ff., Böttger a. a. D. II. 17—21, III. 11 ff., 52 ff.

³⁾ H. Tümpel rechnet in Paul u. Braune's Beiträgen zur deutschen Sprache und Literatur VII. 98, mit Karte, Rietberg zum Ostgebiete der niedersächsischen Sprache.

Auch nach Norden geschaut macht der Sandsaum¹⁾ des Brucktererlandes noch lange den Eindruck des Deden und Unbelebten, und die Ortsbezeichnungen Sande, Sandforth, Bennort u. s. w. legen davon bis heute

¹⁾ Nicht viel besser war es bestellt mit gewissen Landstrichen, welche neben, also außerhalb der eigentlichen Sinethi lagen, so beispielsweise mit jenen des Kreises Warendorf im Norden der Ems; daß sie bis in die christliche Zeit meistens als große „Gemeinheiten“ fortgebauert haben und Ausschnitte zu Einzelbesitzungen als Bodmittel der Kultur erst nach und nach gemacht, diese nur zögernd von den Dafen oder Marßen auf das weite „Unland“ übergegangen sind, bezeugen klarer als Schriften, welche über derlei Vorgänge ja nur selten Aufschluß geben, die Namen der Fluren, Höfe und Ortschaften. Der eine oder andere Name mag anderswoher übertragen oder ursprünglich anderen Lautes gewesen sein, so leicht wird ihnen im Gesamten Keiner die Beweisraft für die älteren Wirtschaftsverhältnisse absprechen. Wie viele Einöden, Haideflächen, Moore und Lämpel es hier gab, bekunden die Namen „Wüste“ (Weelen), Wüstkamp (Dachmar), Wüstmann (Füchtorf), Fiedbe (= Friebe? Ostbevern), Alst, Alstmann (Welsen, Welft = Ausland), Ostbrod (Milte), Ambrod (Dachmar), Behmkühle (Milte), Boskühle (Ostbevern), der häufige „Kindlale“ und die zahlreichen Zusammensetzungen mit „Haide und Venne“ als Milte (Milhete), Remsebe (Hramasithi, Remesethe = Bodshaide, Mariensfeld), Hoge Haide (Harsewinkel), Heitmann (Vohren), Zurhaide (Mariensfeld), Bennemann, Haidehörster und Schirlhaide (Ostbevern), Heitvogt und Willenbrink (Ueberems), Sandhschulte (Welsen), Sandmann (Vohren und Füchtorf), Sander (Milte), Stövesand (Ueberems), Osterdünen, Schwartengräber (Füchtorf), Binnenberg (Milte), Benherm (Mariensfeld), Matmar (Ueberems), Quabendiel (Gröplingen), Diel (Sassenberg), Brundiel (Ostbevern), Diekmann“ (Füchtorf); daß darin Gras- und Holzplätze oder ergiebige Winkel zum Bebauen und Ausrotten einluden, ergeben die ewig wiederkehrenden Zusammensetzungen mit „Holz, Loß, Strön, horst und Stroth“ und insbesondere die Ausdrücke „Loßhaus, Loburg (Ostbevern), Laukötter (Enen), Füchtenhaus (Mariensfeld), Füchtorf, Hagedorn (Milte), Darphorn (Darpe, Dachmar), Horstmann, Mattenheim und Mattelmann (Ueberems), Wischhaus (Ostbevern), Langwiese (bei Warendorf), Schleppwiese (Gröplingen), Brinkmann (Harsewinkel), Hagenbrink (Greffen), Klingenhausen (Sassenberg), Hagemann, Hagenkötter, Hagenesch, Kengerling, Farwid;“ wie die Kulturen durch Kotten, Gräben, Wasserablaß und Umfriedungen bewirkt wurden: „Röttgen (Gröplingen), Greffen (Grevens), Grafmeier (Mariensfeld), Grachttrup (Neuwarendorf), Rottwinkel“ (Ostbevern), die Namen „Neuwirth, Nieländer, Niemann, Niehaus und Hagenbrink“, wie die wirthlichen Flecken gesucht und geschützt wurden: „Günne, Doelgünne (Ostbevern), Günnemann (Harsewinkel), Hoffstadt (Gröplingen), Geistmann (Milte), Hörste, Dahlhof (Milte), Burlage (Ostbevern), Beltsetten“ (Welsen); das Vorkommen wilder Thiere scheint nachzuklingen in den Namen „Gröplingen (Grevel? = Dachß), Dachmar, Poggenbrod (Sassenberg), Boskühle, Eversmann“ und in dem öfteren „Everwand“; da die Silbe „dorf“ im Norden der Ems so selten verlaute wie in „Füchtorf, Darphorn, Ribbendorf“, muß die Besiedelung noch vereinzelt und örtlich, und da die angeführten Namen meistens verständlich klingen, muß sie spät vor sich gegangen sein. „Die Bevölkerung durch Heuersleute, welche den ganzen Zustand des Landes verändert hat bemerkt C. Stübe, Geschichte des Hochstifts Osnabrück I, 44, entstand etwa seit dem Jahre 1600.“

Zeugniß ab. Zu Brodhagen erfolgte die kirchliche Ablösung erst in neuerer Zeit, und zwar von einer östlichen Pfarre, von Halle. Die Geschichte des benachbarten Iffelhorst spiegelt alle Schwankungen eines Grenzortes in der Wirklichkeit und in der Auffassung der Forschung wieder.¹⁾ Das Gotteshaus erstand auf einem Tafelgute des Bischofs von Münster, und zwar gestützt auf das Cistercienserkloster Mariensfeld, als Zubehör des Archidiaconats Harsewinkel. Nach allen Zeugnissen gehörte die Gemeinde nicht zum Bisthume Osnabrück, schnitt also dessen Kerntheil vom Dekanate Wiedenbrück förmlich ab, sondern zum Bisthume Münster, und dankte jedenfalls der Gemeinde Harsewinkel seine Ansiedler, dem Kloster sein Gedeihen. Wieviel noch im 12. Jahrhundert in jenen Gaidestrichen zu thun und zu gewinnen war, ersieht man gerade an der wirthschaftlichen Thätigkeit von Mariensfeld; diese wandte sich ja vorzugsweise dem Ravensbergischen zu und ihr erwuchs zu Urentrup ein Wirthschaftshof des Klosters mit einer Kapelle.²⁾ Erst nach der Reformation findet sich Iffelhorst, obwohl der Pfarrer noch 1571 von Münster aus zur Kirchenvisitation aufgerufen war, in einem Kataloge der Osnabrücker Synode, und sein Boden konnte nun die Sündenclave der Osnabrücker Diözese (wieder) mit dem Nordtheile verbinden. Iffelhorst stand, wie gesagt, unter Ravensberger Landeshoheit und figurirte dennoch anscheinend bis 1526 und 1529 in den Münsterschen Schatzungsregistern.³⁾ Greffen hing in allen Dingen so eng mit Harsewinkel zusammen, daß dessen Mutterrechte einer näheren Erörterung nicht bedürfen. Dürfen wir noch ein Beispiel anführen, so ging die Besiedelung von Bedeloh im Ravensbergischen von der Münsterschen Gemeinde Füchtorf aus. Einzelne Höfe dort führen den Namen von solchen hier, und seltsam genug, der Hollmann dort hat als Protestant noch in den letzten Jahren einen Kanon an die katholische Kirche zu Füchtorf abgelöst; noch mehr: ein Gut Suderlage zu Bersmold gehörte 1280 nach dem Laute einer Urkunde, worin dessen Verkauf an Mariensfeld bestätigt wird, unzweifelhaft zum Fürstenthume Münster,⁴⁾ welches doch sonst mit Füchtorf abschnitt. Im Ganzen scheinen die Kolonisationen mehr vom Münsterlande oder von Westen nach Osten auszugehen, als umgekehrt.

Nun genug, diese Thatfachen beweisen klar und deutlich: die breite Sandzone im Osten des Bructererlandes forderte ernstlich erst zu näheren

1) Dann wurde es Münster, dann Osnabrück oder gar Paderborn zuerkannt.

2) L. v. Ledebur in seinem Archive VI. 160 ff., Holscher a. a. D. XXXVIII. 94.

3) Kiefert, Beiträge zu einem Münster. Urkundenbuche I. 2. Nr. 195, 197.

4) R. Wilmans, Note zum Westfälischen Urkundenbuche III. 1087. Nach einer Bemerkung bei Ribus I. 516 hätte ursprünglich ganz Bersmold zum Bisthume Münster gehört.

Abgrenzungen und Theilungen auf, als sie Kultur, Höfe und Bauerschaften erhalten hatte. Sie war ursprünglich höchstens auf den beiderseitigen Säumen bewohnt, in der Mitte noch ohne Menschen und Rugen, frei oder neutral, wie ja das Lipperbruch bis in unser Jahrhundert¹⁾ den Ein- und Anwohnern von vier Diözesen und ebenso vielen Fürstenthümern als Gemeinheit diente. Je nachdem nun die Ansiedler von dieser oder jener Seite vorgeedrungen waren, gestaltete sich die kirchliche oder politische Abhängigkeit, und zu Streitigkeiten kam es da leicht, wo die Grenzen in einanderliefen oder wo ein Punkt von beiden Seiten seine Bewohner erhalten hatte. Der Anbau durchlöchernte und verengte die Heide von Westen und Osten nicht zu gleicher Zeit, am wenigsten nach einem Plane, sondern gelegentlich, je nachdem die Verhältnisse es an die Hand gaben. Die Folge davon war, daß die Neuländer, die Niehörster oder die „Neuwirthe“ an der Muttergemeinde, deren Kirche und Landeshoheit festhielten und die Grenzen am Ende hin- und herliefen, oder, wenn der Ausgleich stattfand, die politischen und kirchlichen sich kreuzten.

An Austausch zum Behufe der Begrabigung, oder an eine schnurgerade Abgrenzung, wie heute auf der Ostseite von Fücktorf, war in jenen Zeiten kein Gedanke, wo natürliche Scheiden, Herkommen, dann aufgestellte Steine und Bäume noch die Land- und Flurarten vertraten. Man empfand erst das Bedürfnis genauerer Regelung und Abmachung von Fall zu Fall, wenn eben das Bedürfnis, die Verwirrung dazu nöthigte. In der That kam es auf den verschwommenen Contouren der Grenzheide, auf den wirklichen oder vermeintlichen Grenzlinien dann hie, dann dort und bis in die Neuzeit hinein zu den widerwärtigsten Placereien und Händeln. Was die Limiten der Herrschaft Rheda und des Stifts Münster betrifft, ließen sich darüber die wunderbarlichsten Dinge erzählen — statt dessen soll hier nur darauf hingewiesen werden, wie die Besiedelung zu Iffelhorst ein neutrales Pfarrgebiet in ein Münsterisches verwandelte, wie erst zu Versmold ein Weststück thatsächlich an Münster haften blieb, wie bis in die Neuzeit Paderborn Diözesanrechte über die Grafschaft Rietberg beanspruchten und dann mit dem bloßen Schlosse Rietberg gleichsam von Osnabrück abgesunden werden konnte,²⁾ wie die Diözese Osnabrück mit Mastholte, die Diözese Paderborn mit Westenholte gegen Lipperode mit der Südostspitze der Diözese Münster zusammenfließen. Gegen die alten Diözesangrenzen blieben im

¹⁾ Bergl. Libus I. 245.

²⁾ Gegen Rosenkranz und Libus, welche die Grafschaft Rietberg bis ins 12. Jahrhundert dem Bisthum Paderborn zuerkennen, Holscher a. a. D. XXXVII., 35 und Böttger a. a. D. II., 18. Da begann erst ihre Kolonisation.

Oftens die Landesgrenzen Münsters zu Lipperode¹⁾ und Lette zurück, und im Osnabrückischen Kloster Clarholz verfügte Münster gegenseits über ein Hospitium.²⁾

Erwägt man die bunten regellosen Entwicklungszustände der frühern und die gesetzmäßigeren der Heutzeit, so erklärt es sich, wie die Forschung gar vereinzelt dazu kam, das Nietberger Land für einen ursprünglichen Bestandtheil der Diözese Paderborn anzugeben oder auch gewisse Eigenthumsverhältnisse zu verwechseln, und es entschuldigt sich, wie sie anderseits den Wiedenbrücker Deanat für einen Ausschnitt aus der Diözese Münster halten konnte.

Im Wiedenbrücker Deanat sind nicht bloß die Pfarreien der Einethi, sondern auch jene des alten Kulturbodens Neupfarreien und davon allerdings Gütersloh und Herzebrod hohen Alters; nur die Kirche zu Wiedenbrück rückt unzweifelhaft in die Zeit der ersten Pfarrgründungen hinab und der Ort hat bis heute den Vorrang vor allen Plätzen der Umgebung behauptet. Und da ihr auf dem verwandten Münsterischen Sprachgebiete wohl nur Harsewinkel, Delsbe und Biesborn an Alter das Gleichgewicht halten, so hätte das ganze Kleinbrukterergebiet bis auf den südlippischen Zipfel bei der Christianisirung nur vier Mutterpfarreien umfaßt.

Auf dem kleinen Raume von zwei heutigen Verwaltungskreisen traten uns dicht an einander gedrängt allerhand kirchliche und politische Territorien, verschwommene und seltsam gewundene Grenzen und merkwürdige Erdwerke wie ein buntes Mosaik entgegen. Doch es blickte durch das Gewirre eine alte Einheit, — die Sprache, und sie gab uns die nächste Handhabe, die älteren Bewohner und Geschichtsdenkmäler zu bestimmen und die tiefgreifendsten Wechselfälle zu erklären. Dennoch harren wichtige Fragen der Beantwortung, namentlich jene, warum bei der ersten Kirchenorganisation das Bisthum Osnabrück nicht statt des entfernten Wiedenbrück das benachbarte Archidiaconat Harsewinkel mit einem entsprechenden Hinterlande erhielt, und warum die Gemeinden des Diaconats Wiedenbrück noch stellenweise so buchtig an die Diözese Münster anlegen. Auch ihre Lösung wird sich versuchen oder im bestimmten Maße ermöglichen lassen, wenn erst eine Beleuchtung der alten Naturscheiden, Landwehren und Markenverhältnisse vorangegangen ist. Die Markenverbände, die Rechte und Pflichten des Gemein- und des Einzelbesitzes — das Alles hat auf die Begründung und Gestaltung der kirchlichen und politischen Verwaltungsbezirke, auf die

¹⁾ Die Kirche, ursprünglich Burgkapelle der Lippischen Landesburg, (vgl. Lippische Regesten III., 1770) stand unter Münsterischer Diözesanherrschaft, Xibus a. a. O. I. 240.

²⁾ Böttger l. c. II., 20.

Kulturentwicklung überhaupt eingewirkt. Leider steht die Markenforschung im Allgemeinen noch in den Anfängen und sie wird erst durch gründliche und allseitige Spezialuntersuchungen die Bahn zu brechen haben, bevor sie erschellend in die Forschung eingreifen kann.

Ist aber die Skizze, welche wir über die Kulturverhältnisse eines kleinen Landstrichs entworfen, im Ganzen oder auch nur in wesentlichen Zügen richtig, so geht daraus hervor, daß die Gesetze bezüglich der Harmonie¹⁾ der Volks- und Diözesangrenzen, der Gaue und Archidiaconate dort schwiegen, wo eigenartige Verhältnisse oder gewaltsame Störungen obwalteten, und daß die Forschung, welche diese außer Acht läßt, leicht auf Abwege geräth.

¹⁾ Während der Korrektur bringt die „Allgemeine Zeitung“ (1888) Nr. 121, Beilage, einen Aufsatz von F. Thubichum über „Gau- und Bisthums-Geographie“, worin er diese Harmonie als „Regel“ leugnet und zum Schlusse bemerkt: „Die alte Fabel von der Uebereinstimmung politischer und kirchlicher Eintheilung haftete bisher noch am festesten für Friesland, weil dort für manche Pfarrkirchen der Name „Gau-Kirche“ vorkommt, und die friesischen Bauern hie und da ihre Pfarrer wählten. Nunmehr ist ihr durch v. Riehthofens hochwichtige Untersuchungen über friesische Rechtsgeschichte, Theil 2, 1882 auch für dort ein Ende bereitet. Auf Grund sorgfältigster Ermittlungen, deren Resultate auf S. 1285 bis 1310 zusammengefaßt sind, kann als bewiesen angesehen werden, daß weder die Grenzen der Diözesen Utrecht, Münster und Bremen irgend den Grenzen des friesischen Stammes, noch auch die Archidiaconate, Dekanate und Pfarreien den politischen Verbänden entsprachen.“

Eine Potsdamsche Pfarrchronik aus der Zeit des großen Krieges.

Das älteste, 1593 beginnende Kirchenbuch der Katharinen- (jetzt Nikolai-) Kirche zu Potsdam enthält für den Zeitraum von 1623—1637 annalistische Aufzeichnungen, welche unter dem Titel *Historica* jedem einzelnen Jahre am Schlusse angehängt sind. Ihr Verfasser ist der aus Hartenstein bei Zwickau (seine sächsische Herkunft verleugnet sich auch nicht in seiner Orthographie) gebürtige Pastor Martin Franke. Derselbe war in den Jahren 1616 und 1617 Diakon in Potsdam, heirathete im ersten Jahre die Tochter des 1613 verstorbenen Potsdamschen Pastors Martin Conradi, wodurch er Schwager des damaligen Pastors Thomas Horitz wurde, und wurde 1617 als Pfarrer an die Stadtkirche zu Puttitz in der Priegnitz berufen, wo er bis 1622 wirkte. Von dort mußte er in diesem Jahre, „wegen Undankbarkeit nur eines ungetreuen Zuhörers, um Leibes- und Lebensgefahr zu verhüten“, wie er selbst berichtet, weichen, und wurde von Kurfürst Georg Wilhelm, als dem Patron der Stadtkirche zu Potsdam, dorthin berufen. Denn der bisherige Pfarrer daselbst, Horitz, war denungirt worden „als hätte er wider ihre kurfürstliche Durchlaucht und wider die reformirte Religion calumniose gepredigt“, der Rath „setzte ihm aufs heftigste mit stetigen und unaufhörlichen iniuriis et calumniis zu“, und ermittelte ihn gewissermaßen, indem er alle Pfarrgebäude, zu deren Erhaltung er verpflichtet war, verfallen ließ, „daß er (Horitz) Rälber und Ferkel in den Stuben hat haben und halten müssen“. Horitz erhielt die Pfarre in Puttitz ¹⁾ und sein Schwager wurde am 23. Dezember 1622 in Potsdam introduzirt. Aber auch ihm wollte der Rath, wie Franke selbst berichtet, nicht wohl. Er zürnte ihm, weil er wegen des Pfarramts sich

¹⁾ Wegen des Krieges und der Pest floh er mit seiner ganzen Familie 1633 von Puttitz nach Wittstock, und starb dort 1636 oder 1638 an der Pest; die Pfarre in Puttitz blieb 18 Jahre lang unbesetzt (Bekmann, Kurmark V, 2, S. 326).

nicht zuerst an ihn gewandt hätte, und weil er „orthodoxae religioni aeternit addictus gewesen“. Die alten Praktiken wegen der Pfarrgebäude wiederholten sich und spielten noch im Jahre 1631 eine Rolle.¹⁾ Der neue Pfarrer fand aber an dem geheimen Kirchenrath in Berlin und an dem Amtshauptmann Wolf Dietrich v. Hake kräftige Stütze und ließ den Muth nicht sinken. Insbesondere bemühte er sich reblich um die Wiederherstellung des vor dem Riechthor belegenen Gertraudenhospitals, welches etwa 1620 von „bösen Buben“ war in Brand gesteckt worden. Nicht nur der Magistrat bereitete ihm Schwierigkeiten, so daß er 1625 in die bitterbösen Worte ausbricht: „es ist sonst, leider Gott geklagt, dahin kommen, daß nu die policie alles, die ministri ecclesiae aber ganz nichts mehr sein sollen; Gott muß eine Aenderung schicken, oder es wird zuletzt heidnisch, ja gar teuflisch!“, sondern auch die allgemeinen Landesverhältnisse traten ihm hindernd entgegen. „Nun war zu dieser Zeit ein porturbatus status alhier nicht allein wegen Spaltung der Religion, sondern auch insallenden Kriegswesens. Darzu hatte Dr. F. Prudmann²⁾ dem consistorio solche Sachen zu verabscheiden entzogen, und wollt's alles allein sein, und doch darneben unmolestieret. Sonderlich aber war er gar ein Priesterfeind, daß man wenig bei ihm ausrichten konnte; der Herr Hauptmann alhier durfte auch nicht mehr thun, als er etwa klare Ordinanz von Hof aus hatte, die man doch selten bekommen konnte. Darüber ging alles confuse zu und muß' es gehen lassen, wie es wollte.“ Durch kluges Nachgeben (wegen dessen er aber einen Protest nebst Rechtsverwahrung ins Kirchenbuch eintrug) erreichte er schließlich gegen Ende des Jahres 1626 die Regelung der Angelegenheit, und er dürfte später, als die Anstalt sehr in Anspruch genommen wurde, mit Befriedigung auf das Resultat seiner Mühen geblickt haben.

Wie er selbst sagt, und wie sich aus verschiedenen kleinen Zügen erkennen läßt, gehörte er der orthodox-lutherischen Richtung an, scheint aber regeren Geistes gewesen zu sein als seine Vorgänger und unmittelbaren Nachfolger, wenn er auch, ganz ein Kind seiner Zeit, von portentis und miraculis unendlich viel hielt und wunderbare Himmelserscheinungen ausführlichst beschreibt. Er lieft die „Avisen“, beruft sich auf Engels märkische Annalen, und erwartet von den historici und chronici die Aufzeichnung der welterschütternden Vorgänge seiner Zeit. Griechische Worte gebraucht

¹⁾ Charakteristisch für den damaligen jammervollen Zustand der Stadt ist, daß zur Ausbesserung des Hauptgebäudes der Pfarre das Material aus deren eingerissenen Seitenflügeln und aus wüst gewordenen Häusern entnommen wurde.

²⁾ Die feindselige Stimmung Franke gegen den Kanzler erklärt sich daraus, daß dieser zur reformirten Partei am Hofe gehörte.

er gern; die Bibel pflegt er nicht nach der Lutherschen Uebersetzung, sondern nach der Vulgata zu citiren, an geistreich sein sollenden Spielerereien findet er sein Gefallen. So bemüht er sich von Anfang an, den vier Rubriken des Kirchenbuches: Geburten, Todesfälle, Heirathen, Kommunikanten, präcise und originelle lateinische Ueberschriften zu geben, und bezeichnet dieselben nach mannigfachen Versuchen von 1630 ab als *album vitae, mortis, amoris, pietatis*. An der Ausklügelung von Chronogrammen liebte er es seinen Scharfssinn zu üben, und von 1627 ab setzt er auf das Titelblatt jedes neuen Jahres ein solches als Motto. Jedenfalls hat er das für uns erkennbare und dankenswerthe Verdienst, das von seinen Vorgängern Conradi und Horitz auf das lieblichste geführte Kirchenbuch in eine feste Ordnung gebracht zu haben, so daß dasselbe von seinem Amtsantritt an in gewissen Grenzen eine unschätzbare Quelle insbesondere für die Bevölkerungsbewegung der Stadt bietet.

Bis zum April des Jahres 1638, welchem er das gewiß nicht ohne Beziehung gewählte Motto: *O bone Jesu, haeresi tota extirpata fidelibus large quietem* voranstellte, finden wir seine Hand im Kirchenbuch; dann entwich er, nach dem Tode seiner Frau, mit seinen Kindern (darunter mehrere Töchter und ein Sohn, welcher später als Fr. Vincentius Macarius Graucus in den Prämonstratenserorden trat) mit Hinterlassung seiner Habe¹⁾ nach Böhmen, trat dort zum Katholicismus über, war bereits im Juni desselben Jahres katholischer Priester und Pfarrer in Schönsfeldt und starb muthmaßlich im Juni 1640.

Der größere Theil seiner annalistischen Notizen beschäftigt sich natürlich mit rein lokalen Vorgängen und Angelegenheiten seiner Kirche, die uns hier nicht interessieren.²⁾ Für die allgemeine Geschichte des großen Krieges können wir selbstverständlich aus seinen Aufzeichnungen nichts lernen; nur der märkische Lokalhistoriker findet einzelnes ihm bisher Unbekanntes. Aus dem, was er verschweigt, kann man vielleicht einen Schluß auf seine politische Parteilassung, die nicht ohne Einfluß auf seinen Religionswechsel geblieben sein könnte, ziehen. Er erwähnt zwar die Belagerung Stralsunds, aber nicht, daß Wallenstein zu ihrer Aufhebung gezwungen wurde, er erwähnt nicht die Landung Gustav Adolfs auf Rügen, nicht, daß derselbe vom 8. bis 12. Mai 1631 mit mehr als 15 000 Mann im Feldlager bei Potsdam stand, sondern nur, daß das um Ostern (20. April) eingerückte schwedische Volk schrecklich geplündert habe. Bei Gelegenheit der Erstürmung Magde-

¹⁾ Dies geht aus späteren Verhandlungen wegen Auslieferung seines Nachlasses an seine Erben hervor.

²⁾ Ihre Mittheilung bleibt anderer Gelegenheit vorbehalten.

burgs, des Todes Gustav Adolfs hat er kein Wort des Abscheus, des Bedauerns; er übergeht die Schlacht bei Breitenfeld und daß die Schweden bei Lützen siegreich gewesen, wohl aber merkt er an, daß dieselben 1633 in Schlessien „geschlagen und zertrennet“ worden. Selbst für Potsdams äußere Geschichte ist die Ausbeute nicht sonderlich reich. Dies liegt aber weniger an Theilnahmlosigkeit des Chronisten, als daran, daß der Potsdamsche Werder, abseits der großen Heerstraßen gelegen, von allen Seiten durch breite Wasserläufe geschützt — die Fährten bei Geltow und Nedlitz waren während des Krieges eingezogen worden — nur von versprengten Truppen und Marodeurs, höchstens von kleinen Detachements, nicht von geschlossenen Heereskörpern heimgesucht wurde. Wenn Fibicin und, secundum verba magistri, Andere Kriegerhorden während des 30jährigen Krieges rohe Gewalt in den Räumen des Schlosses verüben lassen, so ist das rhetorische Uebertreibung, jedenfalls quellenmäßig unnachweislich; der Verfall des Schlosses hatte seinen Grund in dem allgemeinen wirtschaftlichen Elend.

Die Erlebnisse des Städtchens würden auch, bei seiner Kleinheit und Armseligkeit, kaum das allgemeine Interesse in Anspruch nehmen können. Der Schwerpunkt der Aufzeichnungen Frankes liegt dementsprechend auch nicht in dem, was sie hierüber mittheilen, sondern in der Schilderung der wirtschaftlichen Bedrängniß durch Viehsterben, Mißernten, Hungersnoth, Kontributionen und die Habsucht der eigenen Landsleute, sowie des Auftretens und der Verbreitung von Epidemien, insbesondere der Pest, welche noch gieriger als Feuer und Schwert um sich fraß.

Aus diesen Farben setzt sich der düstere Hintergrund zusammen, von welchem sich die Brandfackel des menschenmordenden Kriegsgottes um so graufiger abhebt. Und wenn wir hier im Detail geschildert lesen, wie allein Hunger und Krankheit in Verbindung mit den unaufhörlichen Kontributionen das Städtchen nicht weniger erschöpften, als wenn es wiederholt von Sturm und Plünderung heimgesucht worden wäre, dann eröffnet sich eine entsetzliche Perspektive. Wie furchtbar müssen die Leiden der Gegenden gewesen sein, welche gleichmäßig jenen Naturgewalten unterworfen waren, und über welche außerdem der Sturm der Heereszüge hinwegbrauste! Noch dazu ist es nur ein Theil des schrecklichen Gemäldes, welches vor uns entrollt wird; die letzten zehn Jahre des großen Krieges, die Periode völliger Erschöpfung, haben die Nachfolger Frankes nicht zu schildern versucht.

Der historische Stil Frankes ist anerkennenswerth schlicht. Einen geradezu ergreifenden Eindruck macht die Resignation des Mannes, der, mag er sonst gewesen sein wie er will, jedenfalls das Verdienst sich erworben hat, auch in dem für Potsdam schrecklichsten Jahre, 1631, treu seiner Gemeinde zur Seite gestanden zu haben, wenn er z. B. am Schluß des Jahres

1630 sagt: „was darauf folgen wird, werden die erfahren, so folgendes Jahr werden lebendig bleiben“, oder wenn er den Bericht über das folgende Jahr mit den in all ihrer Einfachheit so unendlich trostlos klingenden Worten schließt: „sonst war ein allgemeines ganzes Landsterben“.

Wesentlich ergänzt werden Franke's Annalen insbesondere durch die Totenregister, da er es liebt, denselben kurze erläuternde Bemerkungen von historischem Werthe hinzuzufügen. Mit ihrer Hülfe gelingt es, ein Bild von den inneren Verhältnissen Potsdams während der 15 Jahre umfassenden Zeit seiner Wirksamkeit zu erlangen, zu dessen Vervollständigung freilich über seine Aufzeichnungen vor- und rückwärts hinausgegriffen werden muß. Zwei Momente sind es, welche dabei in den Vordergrund treten: die Pest und die durch den Einbruch feindlicher Schaaren veranlaßte Flucht des benachbarten Adels und der umwohnenden Bauern, zum Theil aus weit entfernten Gegenden, in unser verhältnismäßig geschütztes Havestädtdörfchen.

Um die schrecklichen Folgen der Pest aber recht würdigen zu können, gilt es, zuerst die Einwohnerzahl Potsdams bei Beginn des Krieges zu ermitteln.

Nach dem Kirchenvisitationsrezeß vom 10. Mai 1541¹⁾ hatte die Stadt damals 120 der Schule abgabepflichtige Häuser; mit den befreiten mögen es wohl im Ganzen 130 gewesen sein. Die Kammereirechnung von 1571/72 zählt 151 schospflichtige Einwohner auf,²⁾ so daß die Gesamtzahl der Wohnhäuser beiläufig 160 betragen haben kann. Trotz verheerender Epidemien wuchs die Einwohnerzahl stetig. Nach der am 4. Oktober 1660 aufgestellten „Specification der in Pottstamb vor Alters gewesenenen Wohnstätten z.“³⁾ existirten vor dem Kriege 198 Wohnhäuser. Fibicins statistische Tabelle über „die Zahl der Häuser und Einwohner Potsdams von 1540—1855“⁴⁾ giebt für beide Rubriken Ziffern erst im 18. Jahrhundert, aber auch nicht Jahr für Jahr, sondern z. B. aus der friedlichen, für Potsdam so gedehlichen Zeit von 1700—1740 nur für die Jahre 1713, 1722, 1730, 1734, 1740. Danach entfallen auf jedes Haus durchschnittlich 9 Köpfe. Nehmen wir dieses Verhältniß, um einen Maßstab zu gewinnen,

1) Fibicin, Potsdam. S. 150.

2) Mittheilungen des Vereins für die Geschichte Potsdams, II, 220.

3) Mittheilungen zc. I, Nr. 4, S. 2.

4) Fibicin l. c. S. 169.

auch für die frühere Zeit an, so hatte die Stadt 1541 etwa 1170, 1572 etwa 1440, zu Anfang des Krieges etwa 1782 Einwohner. und zwar dürfen wir diese letztere Zahl für das Jahr 1623 annehmen. Denn bis dahin einschließlich überwiegen nach den von mir aus dem Kirchenbuche zusammengestellten Tabellen die Geburten die Todesfälle. Dasselbe günstige Verhältniß trat bis 1648 noch ein: 1628, 1632—1635, 1643—1648.

Desto ungünstiger ist das Resultat der Vergleichung in folgenden Jahren:

	es starben:	es wurden geboren:
1626 . .	102	53
1631 . .	471	18
1637 . .	128	48
1639 . .	181	23,

während in den Jahren 1624, 1625, 1627, 1629, 1630, 1636, 1638, 1640, 1641, 1642 die Summe der Todten die der Geborenen um bez. 14, 40, 4, 21, 6, 6, 51, 13, 8, 2 übersteigt. Alles in allem wurden in dem Zeitraum von 1623—1648 einschl. geboren 911 Personen, während 1636 starben. Durch den Tod hatte also die Bevölkerung um 725 Köpfe abgenommen; außerdem aber waren viele Personen infolge des Krieges brotlos geworden und hatten auswärts ihr Heil gesucht. Dies wird ausdrücklich für beinahe die Hälfte der Kieghäuser bezeugt, und ergibt sich für Potsdam aus der erwähnten „Spezifikation“, nach welcher nach dem Kriege nur 79 Hausbesitzer, darunter mehr als ein Drittel gänzlich verarmt, vorhanden waren, während 119 Wohnhäuser völlig wüst lagen. Rechnen wir hier wieder 9 Köpfe auf das Haus, so waren nach dem Kriege noch 711 Einwohner vorhanden, die Bevölkerung hatte also seit 1623 um 1071 Köpfe abgenommen. In dieser Zahl sind selbstverständlich die Todten mit enthalten, deren Summe noch etwas größer würde, wenn man annimmt, daß nicht alle Todesfälle zur Anmeldung kamen, die sich aber verringert, wenn man bedenkt, daß sich unter den Verstorbenen auch zugewanderte Nicht-Ortsangehörige befanden. Der Rest war ausgewandert.

Ich gebe gern zu, daß diese Rechnung unsicher ist, weil die Elemente, auf denen sie beruht, zum Theil nur konjiziert werden können; immerhin bietet sie aber ein annäherndes Bild von der Bevölkerungsbewegung während dieses Zeitraums; es ergibt sich das Resultat, daß die Zahl der Bewohner ungefähr um 60% (Gestorbene 34%, Ausgewanderte 26%), ihre Steuerkraft aber um 75% abgenommen hatte.

Ist der Eindruck dieser Zahlenzusammenstellung schon ein trauriger, so ist der Einblick, welchen das Kirchenbuch in das Leben und Treiben der Bevölkerung während dieser Schreckensperiode gestattet, nicht minder entsetzlich.

Die Pest wird zum ersten Mal 1577 in Potsdam erwähnt,¹⁾ vom Kirchenbuch 1598, 1599, 1611, 1612, 1613, 1621. 1625 herrschte sie in der Umgegend, verschonte aber unsere Stadt. Im folgenden Jahre dagegen brach sie um Michaelis daselbst aus, Jakob Hoppenrades wendische Magd und dessen Ehefrau, welche, von den Nachbarn aus Furcht ohne Hülfe gelassen, elend im Wochenbette umkam, als erste Opfer fordernd, infizirte bis Weihnacht acht Bürgerhäuser und dauerte bis ins neue Jahr. 1629 und 1630 war sie in Böhlow (Oranienburg), Mittenwalde, Berlin-Röln, Trebbin, Belzig, Nauen, Alt- und Neustadt Brandenburg, Spandau, Saarmund, Fahrland, in Potsdam aber starb nur ein Fuhrmann daran, welcher sich die Ansteckung in Wrieghen geholt hatte. 1631 dagegen brach sie bei uns im Juni mit furchtbarer Heftigkeit aus, dauerte bis in den Februar 1632 und raffte 308 Menschen hinweg. Sodann trat sie noch 1637, 1638 und 1639 auf.

Ueber ihr Wesen erfährt man aus Franke's Aufzeichnungen nur, daß man es für ein gutes Zeichen, und, im Fall der Genesung, für einen Schutz gegen weitere Ansteckung ansah, wenn sie dem Befallenen „ausgeschwor“, d. h. wenn die Pestbeulen verelkerten. 1626 trat sie häufig in dieser milden Form auf, 1631 dagegen um so gefährlicher. Sie pflegte nicht „auszuschwören“, und einmalige Genesung gewährte keine Sicherheit vor fernerer Erkrankung. Am ärgsten hauste sie in den niederen Volksschichten, welche ihrer ganzen Lebensweise nach am ehesten zu Epidemien incliniren. In dem zuletzt gedachten Jahre ober und später ergriff sie auch, wie Franke ausdrücklich hervorhebt, und wie die Todtenregister zeigen, „Vornehme“²⁾ und sogar (!) Doktoren der Medizin. Ueber die Behandlungsweise wird nur berichtet, daß eine Art Quarantäne und Isolirung der Kranken und Verdächtigen stattfand, welche Maßregeln indessen durch das thörichte Volk gern vereitelt wurden, wie dasselbe auch durch die heimliche Bestattung seiner Leichen innerhalb der Behausungen möglichste Verschlechterung der allgemeinen hygienischen Bedingungen verschuldete. Von einem in der Stadt wohnenden Arzte ist nirgend die Rede, auch ein Bader fehlte 1633, wohl aber wird in diesem Jahre wenigstens ein Apotheker (vielleicht der 1623 genannte Christoph Pannonius) erwähnt.³⁾

¹⁾ Chron. der Röln'schen Stadtschreiber, herausg. von Fibicin, S. 12.

²⁾ Wegen des Jahres 1631 s. weiter unten. 1639 starben die Frau des Amtshauptmannes Wolf Dietrich v. Hake, Ursula, geb. v. Röbel, welche ihm 1618 suestis nobilissimis solennitatibus in arce electorali Pottstami angetraut worden war, nebst einer Tochter, und Gottliebe Zugenbreich v. Golz, geb. v. Bredow. Außer den genannten Angehörigen des Hauptmanns starben damals auf dem Schloß an der Pest der Gärtner, der Rutscher und des Weinmeisters Kind.

³⁾ Fibicin, Potsdam S. 48.

Um während der Pestzeit die ängstlichen Gemüther nicht noch mehr zu erregen, wurden bei Ausbruch der Krankheit die Leichen „propter metum et nutum magistratus“ nächtlicher Weile „ohne Sang, Klang und Sarg auf den Kirchhof geschleift und eingestupft“. Um die Kosten zu ersparen, legte man wohl drei Leichen in ein gemeinsames Grab; konnten dem Todtengräber aus Armuth keine Gebühren gezahlt werden, so versagte er seine Dienstleistung; eine flüchtige Frau begrub deswegen ihre verstorbene Tochter eigenhändig auf dem Spittelkirchhof.

War die Pest in einem Hause konstatiert, so wurde dasselbe „zugeschlagen“; darum verleugneten die Insassen, wenn es anging, ihre Todten, begruben sie heimlich Nachts vor dem Thore, hinter dem Hause, auf dem Hofe oder gar beim Herde, „daß sie durften ein- und ausgehen“. Oder sie räumten freiwillig das Pesthaus, zogen in die Buden und Gärten vor den Thoren, lagerten auf den Wiesen außerhalb der Stadt; so ließ auch der Rath Hinterbliebene von an der Pest Gestorbenen zwangsweise in die städtische Ziegelscheune bringen, „da ihnen allerlei Nothdurft soll gereicht werden“. Stand ein Haus auch nur in dem Verdachte, infizirt zu sein, so wagte sich niemand hinein, und darin befindliche Kranke und Wöchnerinnen starben ohne jegliche Hülfe, Beistand und Tröstung. Eine in hitzigem Fieber liegende Frau läuft in einer Dezembernacht nur mit dem Hemd bekleidet von dannen, „und weil ihr Mann auch krank gelegen, daher niemand gewesen, so nach ihr gesehen, hat niemand gewußt, wo sie blieben“; ein Vierteljahr später fand man ihre Leiche in der Havel. In einem verdächtigen Hause geborene Kinder wurden vor der Thür getauft; dem Pfarrer zu Saktrow „traute man nicht wegen der Pest“, so daß der Potsdamer Pfarrer dort Amtshandlungen vornehmen mußte. Ganz besonders jämmerlich klingt ein Bericht aus dem Jahre 1637: „aus der Schlessen war ein Trippmacher (Holzschuhmacher), Jürgen N. N. genannt, wegen der Religion ausgewichen, und eine Zeit lang bei uns inwohnend; der starb im Sommer zu Spandau; seine Frau in der Bornimschen Haide; drei Kinder aber althier vor'm Kiez auf einmal den 23. September, und sind allda in Thomas Giesen Hof begraben.“

Menschlicher Leichtsinns und weibliche Neugier spielten aber trotz allem Glende mit dem Tode. Im Februar 1632 starb der Bürgermeister Sanft, und am Tage seines Begräbnißes ein kleines Mädchen sub suspicionem pestis; die Leichenfrau, welche jenen bekleidet hatte, war auch bei dieser beschäftigt; „weil sie sich aber befahrete, daß, so es kundbar würde, sie nicht zum Begräbniß möchte gelassen werden, hat sie das Kind heimlich im Stall begraben, und ist darauf zu Bürgermeister Sanfts Begräbniß gangen“. Ihre Besorgniß war an sich nicht unbegründet, denn wer noto-

riſch mit Peſtfrancken oder Verdächtigen in Berührung gekommen, wurde förmlich ausgeſtoßen, wie „die alte Salpetersiederin, ſo die Peſt allenthalben herumgetragen und Leute inſiciert hatte zu Saarmund, Fahrland, Spandau“. Aus verdächtigen Orten Zugehenden verweigerte man die Aufnahme; franke Fülchlinge, die man lieblos zurückwies, trocknen, um nur einen Unterſchlupf zu finden, in die Backöfen und ſtarben dort.

Am fürchterlichſten wüthete, wie ſchon bemerkt, die Seuche in Verbindung mit der Dyſenterie im Sommer 1631. Einige Familien ſtarben faſt ganz aus: Gallus Hermanns Frau ſtarb am 20., ihre eine Tochter Dorothea am 21., die andere, Merenke (Emerentia), am 23., deren unehelicher Sohn am 25. — Franke ſetzt hinzu: an ſame an poſto nescio¹⁾ — eine dritte Tochter, Katharina, am 28. Juni. Georg v. Pfußls ältere Tochter, Eleonora Salome, ſtarb am 12. Juli, an demſelben Tage die Amme ſeines jüngſten Kindes, welches am 25. Juli folgte, nachdem ſchon vorher ſein Präceptor, Martin Geſerich, am 11. geſtorben war. Paſtor Franke ſelbſt verlor ſeine elfjährige Tochter und eine Magd. Von Beamten und Stadtdienern ſtarben damals: der Diacon Andreas Schulze, der Rathskämmerer Peter Berendt, der Haidereiter, der Kuhhirt, der Stadtknecht, der Thorwärter auf dem Schloß, die Gänſehirtin, der Amtsmüller, der Kunſtpfeifer; in die Reißen der die nothwendigſten Gewerbe Betreibenden wurden weite Lücken geriffen, und, wie aus einer Zuſammenſtellung der Handwerksmeiſter im Jahre 1633 hervorgeht²⁾, lange Zeit nicht wieder ergänzt; in der Todtenliſte finden ſich folgende Gewerbe verzeichnet, welche 1633 noch ruhten: Schlächter, Drechſler, Böttcher, Barbier, Sattler, Glaſer, Seiler, Tiſcher.

Unter der wahrſcheinlich ſehr kleinen Garniſon trat der erſte Todesfall am 21. Juli auf; es ſtarben bis zum 21. November 18 Soldaten und eine Soldatenfrau.

Die größte Zahl der Todten an einem Tage überhaupt (21. und 22. Juli) betrug 9.

Noch aus andern Momenten läßt ſich die Wirkung der Epidemie auf die Gemüther der Einwohner erkennen. Während von 1623 ab die Zahl der Kommunikanten ſtets mehr als 1300, im Jahre 1626, als die Schaaſen des Mannsfelders in der Mark haupften, 1551, 1630 noch 1392 betragen hatte, ſank ſie 1631 auf 955, erhob ſich im folgenden Jahre wieder auf 1226 und erreichte im Peſtjahre 1637 ihre gewöhnliche

¹⁾ Schon vorher wird ein vierjähriger Baſſenknabe als „vielleicht ſame“ geſtorben verzeichnet.

²⁾ Hibicin, I. a. S. 48.

Höhe, um dieselbe nicht wieder zu verlassen, nur vorübergehend in dem neuen Pestjahr 1639 noch einmal auf 1299 zurückgehend.

Nur 12 Paare wurden im Schreckensjahr 1631 getraut, im folgenden Jahre dagegen 42, und zwar:

Junggesellen mit Jungfrauen	4 Paare,
Junggesellen . Wittwen . .	10 .
Wittwer . . Jungfrauen	12 .
Wittwer . . Wittwen . .	16 .

oder es verheiratheten sich mit anderen Worten 14 Junggesellen, 16 Jungfrauen, 26 Wittwen und 28 Wittwer. Einerseits ergibt sich aus dieser Zusammenstellung, in welchem Umfange der Tod die ehelichen Bande zerrissen hatte, und andererseits, wie hoch man die Ehe in Ehren hielt, da die ihrer Ehehälften Beraubten beiderlei Geschlechts das stärkste Contingent zum Traualtar schickten. Damit steht denn auch wohl das erfreuliche Resultat im Zusammenhang, daß statt der 18 Geburten im Jahre 1631 in den Jahren 1632 und 1633 bezw. 30 und 42 verzeichnet werden, Zahlen, welche bis zum Ende des Krieges nur selten überschritten werden.

Nach der reichlichen Ernte, welche der Tod in allen diesen Jahren gehalten, scheint es fast wunderbar, daß im Jahre 1635 der Tod einer Frau von 105 Jahren gemeldet wird, die also, im Jahre 1530 geboren, alle Pestjahre mit durchlebt hatte.

Ich gedenke nun noch kurz der Flüchtlinge, welche die Kriegsstürme auf dem Potsdamer Werder zusammengeweht hatten. Nur beiläufig erwähne ich zwei kulturgeschichtlich interessante Fälle: im Februar 1630 starb auf dem Riez ein fremder Knabe aus Thüringen, „so mit den Soldaten weggelaufen und von ihnen gejaget war“, und im Mai 1633 heirathete ein Einwohner aus Stolpe Elisabeth Brunnemann „aus Oesterreich bei Wien bürtig auf einem Dorf, die im letzten türkischen Krieg (1595/96?) ein klein Maidlein von einem adligen Soldaten zu einer Kindermaidlein angenommen, bis gen Teltow gebracht, und allda bis zu dieser Heirath ist in Diensten gehalten worden.“

Als der erste namhaft gemachte Emigrant erscheint 1623 ein aus Böhmen vertriebener Schlichter, Hans Lorenz, und vielleicht gehört der in diesem Jahre ebenfalls genannte Apotheker Christoph Pannonius auch hierher. Das Todtenregister von 1631 nennt eine ganze Reihe von adligen Personen aus der Umgegend, Kaspar v. Thümen, Georg v. Pfußl, Elisabeth v. Hale, Joachim v. Hünike, Judith v. Barfuß. Als 1633 die kaiserlichen Truppen nach der Kapitulation des Grafen Thurn bei Steinau durch die Neumark in die Mittelmark drangen, flohen vor ihrem Einfall Alexander v. Otterstädt auf Dalwitz und Melchior Ernst v. Schlaberndorf auf

Größen und Beutßen in die Stadt; 1635 flüchteten die Einwohner von Solm vor den Schweden. Lassen sich bis hierher nur einzelne Zugzöhlinge nachweisen, so trieb das Jahr 1636 die geängsteten Landbewohner in Schaaren auf den Potsdamer Werder. Die Einwohner von Belzig, Tremmen, Fahrland, Schorin (Marquart), Sokler (Saklorn), Bornim, Grube, Saarmund, Seddin flohen vor den Sachsen, die Bewohner der Bauche nach der greuelvollen Plünderung Belzigs vor den Schweden. Diese letzteren Exulanten machten es sich in dem neuen Asyl heimisch, und auf Jahre hinaus finden sich im Kirchenbuche Personen aus Belzig, Brück, Bockow, Budow bei Ziesar erwähnt; Heinrich v. Thümen auf Stüden suchte 1637 in Potsdam mit seiner Frau Sophia Zuflucht in Potsdam, und noch 1640 rettete sich die schwangere Wittve des verstorbenen Pastors zu Rangewisch vor der „streifenden Rotte der Soldaten“ dahin; ein Belziger Tuchmacher ließ 1637 seinen im Exil geborenen Sohn taufen, und die Majorität der Taufzeugen waren Belziger Flüchtlinge; im Jahre vorher hatte eine vornehme Emigrantin aus Prag in Potsdam ihre letzte Ruhestätte gefunden.

Wie deutlich auch die Eintragungen des Kirchenbuches zu dem Unbefangenen über diese Dinge reden, so sind sie dennoch mißverstanden worden. Der alte Rektor Gerlach, welcher zu seinen selten gewordenen „gesammelten Nachrichten von Potsdam“ unser Kirchenbuch fleißig exzerpiert hat, sagt in seinen, denselben zu Grunde liegenden „Collectaneen“ ¹⁾, um den häufigen Aufenthalt des Kurfürsten Georg Wilhelm in Potsdam zu beweisen: „was sollten die vielen cavaliers und dames, die im Kirchenbuche aufgeführt werden, hier zu thun haben, wann sie nicht um des Hofes willen sich hier aufgehalten hätten?“ Ein dauernder Aufenthalt des Hofes in Potsdam zu jener Zeit ist nicht nachweisbar und schwer glaublich. Denn im Erdgeschoß des außer diesem aus zwei Etagen bestehenden, von der Kurfürstin Katharina 1598 erbauten Schlosses lag die Wohnung des Amtschreibers, im 1. Stock die des Amtshauptmanns, die Zimmer des hohen Dachgeschoßes waren nie ausgebaut worden, für den kurfürstlichen Hofstaat war also in diesem Gebäude, welches, nebenbei bemerkt, während des Krieges so verfiel, daß es 1645 so gut wie unbrauchbar war, und in der armseligen Stadt auf längere Zeit kein standesgemäßes Unterkommen zu schaffen. Die Eintragungen der Hochzeiten, Taufen und Todesfälle des benachbarten Adels in das Kirchenbuch sprechen aber nicht bloß für einen längeren Aufenthalt, sondern auch für eigentliche Domizilierung

¹⁾ Mittheilungen p. p. Neue Folge, III. 84.

besseren, nicht um einer Kavalierspflcht zu genügen, sondern um den Gefahren des offenen Landes zu entgehen.

Dasselbe, wie aus der Anwesenheit des Adels, will Verlach aus der häufigen Erwähnung der Leibgarde im Kirchenbuch, und der Aufzeichnung, wer davon taufen lassen und wer begraben worden, schließen. Doch abgesehen davon, daß ich nur im Jahre 1626 einen Korporal der Leibgarde vermerkt finde, spricht der Umstand, daß die Soldaten ihre Frauen bei sich hatten, daß sie in Potsdam neue Ehen schlossen und ihre Kinder taufen ließen, für ein ständiges Garnisonverhältniß, welches in der That seit 1626 bestand. Erwähnt wird von Brandenburgischem Militär, freilich ohne daß sich überall mit Sicherheit entscheiden ließe, ob es zur Garnison gehört, oder ob es sich auf dem Durchmarsche befand, 1628 die Kompagnie des Hauptmanns Georg Reichert mit dem Lieutenant Adam Plato, dem Fähndrich Rudolf Dienrat, dem Sergeanten Thomas Ludwig v. Götting, den Freikorporalen Heinrich v. Bornstädt und Martin Horn; 1635 die Infanterie-Kompagnie des Hauptmanns Christoph Gänther. 1638 lag der Hauptmann Medelburg vom Hochowischen Regiment mit seiner Familie in Potsdam im Quartier, 1639 kommen der Hauptmann Jakob Zadert, der Lieutenant Gerhild Böllinger vor, 1640 der Oberstlieutenant von der Kavallerie Markus Lüdicke, der Regimentsquartiermeister Ludwig v. Gadow, der Adjutant Peter Arnd und der Feldscheer Joachim.

Von der Anwesenheit fremden Militärs in Potsdam und Zubehör habe ich mir nur angemerkt: 1626 lag ein dänischer Hauptmann, Friedrich v. Goltz, und ein dänischer Soldat daselbst in Quartier, 1632 standen schwedische Reiter mit Rittmeister, Fähndrich und Feldprediger in Bornstedt, und 1649 lagen noch einmal die Schweden in der Stadt; erwähnt werden der Kapitän, der Fähndrich und die „Frau Leutenantsche“.

Ich lasse nunmehr die Historica Frantes im Zusammenhange folgen, einige durch * kenntlich gemachte Notizen der Register ihnen hinzufügend.

Roblentz, im September 1882.

G. Sello.

1623.

In diesem Jahr waren die reichstaler nach der leichten Münze allhier auf 5 taler gesetzt, aber bald im anfang dieses jahrs wiederumb auf 24 gr. gesetzt. Folgte aber eine grosse schreckliche teuerung darauf, denn man anno 1624 folgendes jahrs einen scheffel rogken für 42 sgr., ein scheffel gersten für 36 sgr., ein



scheffel haber für 1 taler bezahlen musste. Im vorigen jahr, anno 1623, galt zwar rogken und gersten 3 taler, aber leicht geld; das trug ein halben reichstaler aus. Aber in diesen und folgenden jahr musste man an schwerer münz 42 sgr. geben. Es haben auch etliche reiche und geizige von adel den scheffel zu 2 reichstalern und 2 sgr. verkauft, also dass sie vor 2 winspel 100 reichstaler durften aufnehmen, ungeacht rogken genugsam gewachsen und im lande zu bekommen war. Gott hat's aber um unsern undank willen verhänget.¹⁾

In diesen 1623. jahr wurde anfangs des jahrs die leichte münze durch der hohen obrigkeit edicta abgesetzt, und ein groschen auf 2 pf. gesetzt, der reichstaler anf 24 sgr., also dass der leichten groschen für 6 taler auf einen reichstaler geschätzt wurden. Nach solcher veränderten münz wurde anfangs ein wolfeiler kornkauf, also dass man einen scheffel rogken für 10 oder 12 sgr. kaufte, und war vollauf gnug korn im lande, also dass die von adel nicht wuseten, wo sie es all lassen sollten. Und weil sie sich in währenden krieg eines einfalls oder durchzugs vermuteten und sich fürchteten, es möchte ihnen das korn genommen und aufgefutert werden, schlugen sie's los und verkauften's den Hamburgern um 13, 14, 15 taler den wispel; die schifften um dies geld das korn häufig aus der Mark. Darauf folgte ein miswachs und ausbleibung des getreides im felde und folgend eine sehr schwinde teure zeit, also dass hernach ein scheffel rogken um 2 taler und 6 gr. gekauft wurde, und doch nicht wol zu bekommen war. Was die Hamburger zuvor um 14 taler weggeführt, das brachten sie hernach wiederum, verkauften uns unser eigen korn den scheffel für 2 reichstaler. So musste gott uns blind machen und strafen!

1624.

In diesem jahre war ein sehr harter winder, fing um Martini (1623, Nov. 11) an zu frieren und schneien und währete continuo bis die woche naher Gregorii, also dass auf Gregoriitag (1624, März 12) noch ein solcher harter frost war, als er immer im härtesten winder sein kann. Darauf folgte ein sehr grosses wasser,

¹⁾ Die Sache erscheint dem Annalisten so wichtig — gemeint ist das Münzgebiß vom 1. Januar 1623 — daß er unmittelbar darauf dieselbe noch einmal erörtert.

dergleichen bei menschengedenken allhier nicht gewesen war. Die rogkensaar, so damals gegen der niederheide eben lag, musste fast alle verdrinken, auf den hohen feldern war es ausgekält't, dass hernach so wenig rogken gewonnen wurde, als kein mensch denken kunde. Im frühlung und sommer folgte darauf eine solche hitze und durre, dass der haber, sonderlich der einführige, ganz austrucknete und verdorrete, und niemand was wieder gewinnen kunde. In gar niedren feldren periode zwar die grase ziemlichermassen, aber auf den höhen musste sie ganz vergehen, dass man nichts als knoppen einzuführen hatte. Nun war im vorigen jahr eine sehr grosse teuerung gewesen, durch diesen miswachs aber wurde sie so vermehret, dass ein scheffel rogken auf 2 reichstaler und 6 sgr. verkauft worden, dergleichen teuerung nicht gewesen, weil der kur und mark Brandenburg gedacht worden, als in annalibus marchiacis Engels zu sehen. Und solche teuerung war in allen korn zu spüren. Die gersten galt 2 tlr., der haber 1 tlr. 12 gr. Und obgleich sehr viel wein gewonnen war, wurde er doch nebst andren victualien auch dermassen gesteigert, dass man sich seines überflusses wenig zu getrösten hatte.¹⁾

Es war auch in diesen jahr ein sehr grosses viehesterben. Der obgedachte winder nahm die meisten schafe hinweg; die grosse hitze des sommers erregte eine rechte pest unter das rind- und pferdeviehe, dass ochsen, kühe und pferde, wann sie am gesunden erschienen und frassen, hatten sie das futter im mund, fielen um und starben, also dass in vielen dörfern über 2 oder 3 pferde kaum blieben, und auch wenig rindviehe. Das aas war so viele, dass es die schinder nicht alles abziehen kunden, mussten's ein theil begraben. Viel schinderknechte wurden vom gestank krank, starben davon, dass es wol eine sehr grosse gift sein musste. Alles vieheschlachten, ohne die schafe, wurde verboten, daraus die rechnung

¹⁾ Theuerungen erwähnt Angelus häufig, Kornpreise theilt er nur dreimal mit: 1545 1 Scheffel Roggen 1 Tlr., 1551 desgl., 1586 1 Scheffel Roggen 27—30 Sgr., Hafer 14—15 Sgr. Nach dem Potsdamer Stadtbuch galt der Roggen zu Martini:

1527: 5 1/2 gr.	1586: 8 1/2 gr.
1580: 6 1/2 "	1587: 5 1/2 "
1581: 9 "	1538: 8 "
1532: 6 1/2 "	1539: 9 1/2 "
1533: 5 "	1540: 13 "
1534: 5 1/2 "	1542: 7 1/2 "
1535: 5 1/2 "	1547: 5 1/2 "

leicht zu machen, wie ein elende betrübte zeit es gewesen. Auch fing im herbst dieses jahrs an zu grassieren die rote ruhr und heftige hauptkrankheiten und hitzige fieber. Jedoch obgleich die leute sehr hart daran lagen, starben ihrer doch wenig, und kamen die meisten alle wiederum zu ihrer vorigen gesundheit.

1625.

In diesem jahr continuierte die teuerung bis zur ernde, und galt der scheffel roggen 2 tlr. 8 gr. aufs höchste, die gersten 2 tlr., der haber 32 sgr. Es war in diesem jahr gar ein warmer winder, daneben aber ein gross wasser, das bei menschengedenken kaum gesehen worden. Es ereigneten sich allerlei krankheiten, fürnehmlich aber war das fieber ganz gemein. Viel leute starben an der roten ruhr. Die pest regierte in der nachbarschaft fast an allen enden, wir aber blieben allhier damit in gnaden verschonet.

Die kriegsgefahr nahet sich täglich näher, und wurde dies jahr vom Wallensteiner das erzstift Magdeburg, Hall und Halberstadt eingenommen und der verordnete bischof daraus vertrieben.¹⁾

Am christtag ist das Wallensteinerische volk in Güterbock eingefallen, und daselbst grossen schaden getan, wie aus den relationibus zu vernehmen; folgenden dinstags den 27. decembris sein sie auch nach Trebbin kommen, und allda auch übel gehauset, aber bald wieder abgezogen.

1626.

In diesem jahr waren aufs neue jahr greuliche grausame sturmwinde, die hin und wieder greulichen grossen schaden taten, sonst aber ein sehr warmer winder, desgleichen nicht neulich zuvor war erfahren worden, darauf auch fast ein ganz landsterben anfolgete, sindemal man fast keine stadt, und selten ein dorf wusste, darinnen nicht die pestilenz regieret hätte, wie es denn allhier auch anfang.

Auf'n sonntag Oculi (März 15) kamen von Radenow allhier ein fähnlein fussvolk, 200 mann stark, vom Mannsfelder hierher geschickt unter dem capitän von Bellin, denen die burger mussten quartier geben 8 tage, hauseten sehr übel. Den sonn-

¹⁾ Der Administrator Markgraf Christian Wilhelm von Brandenburg.

abend Laetare (März 21) wurden sie wieder abgefordert naher Brandenburg,¹⁾ von dannen sie naher der Tessauschen brucken zogen und zweimal die schanzen einnehmen wollen, aber zum andern mal den 14. april dermassen zurückgeschlagen wurden, dass sie sich ganz getrennet und wieder nach der Mark, und sonderlich nach Brandenburg, da sie eine besatzung gelassen, sich retirieren müssen. Den 17. april kamen 200 tragoner für die brücke (zu Potsdam) so verstöbert Mannsfeldisch volk war, und begehrten quartier allhier; aber es wurden die brücken für ihnen aufgezogen und abgewiesen. Die zohen naher Neuendorf, lagen eine nacht allda und zogen wieder zurück und liessen uns mit frieden. Auf'n land aber zu Bornstädt, Bornim, Golm etc. hatten sich etliche reuter einquartieret, kommen hier und wollen mutwillen auf Kietz treiben, darwider sich die burger setzten, sohossen einen tot, nahmen zwene gefangen und schlugen die anderen in die flucht. Die gefangenen sollten justificiert werden, brachen sich aber lose und kamen durch hülff etlicher leute davon. Den 23. april schickete Mannsfeld ein quartiermeister hieher und begehrte den hiesischen pass zu verwahren. Er wurd aber schimpflich abgewiesen, und legte kurfürstliche durchlaucht etliche soltaten hieher.²⁾

In diesen herbst kamen des marschall Tylli volk unter dem commando des herzogen (Georg) von Lünenburg in die Altmark und nahmen winterquartier allda, hauseten aber sehr übel, dass der jammer nicht gnugsam kunde beklagt werden. Was weider mit uns dieser orten wird vorgehen, wird die zeit eröffnen.

In diesen jahr kam umb Michaelis (September 29) die pest erstmals in Hoppenraths haus, davon eine magd krank, aber wieder gesund wurde, die andere aber starb. Und ob sie gleich alsbald auszogen und sich bis am ende des novembris des Hauses äusserten, fing es doch bei ihnen wiederum advent (November 29) an, wurd weider ausgebreitet, und nicht allein in diesen, sondern auch in andern häusern, also dass es von andren orten mehr hieher gebracht, und zu weihnachten schon in folgende häuser wäre: Jacob Hoppenrade, Andreas Tiezmann, Cristen Wend-

¹⁾ Diefes hatte General Carpyow, nicht ohne Widerstand zu finden, im Anfang März eingenommen. Heffter, Geschichte von Brandenburg S. 351.

²⁾ Franke giebt die Daten alle nach altem Stil. Die Angriffe auf die Schanzen an der Dessauer Brücke fanden statt am 1., 11. und 25. April neuen Stils. Für die Folgezeit befiel Potsdam eine kleine Garnison.

land, Peter Schultzen, Merten Strüchs, Antonii Webers, Gurgan Tielitzen, Peter Voidten. In Jacob Plümickens haus kam's den 4. januarii; dem wirt schwor's aus, und bliebe diesmal dabei. Gott sei gelobt, verleihe uns buss und erhalte uns ferner!

1627.

Den 11. aprilis nahm mit gewehrter hand Oswald von Bodentieck Blauen, und des folgenden tags, den 12. april, Brandenburg ein, und weil die in der Neustadt sich zur wehre stellten, welches, dem rat unwissend, etliche junge burger sollen getan haben, liess er die Neustadt etliche stunden plündern. Von der zeit an bis in november ist das kaiserische volk immerdar zu Brandenburg aus- und eingezogen bis auf gedachte zeit, da die ganze Mark vom herzogen von Friedland überzogen worden und darinnen winterquartier genommen, als:

oberste mit compagnien im hauptquartier		
Monte Cuouli	12 . .	Soldin u. Arnswaldt.
Hebron	10 . .	Brandenburg.
Don Balthasar (Maradas) .	10 . .	Crossen.
Arnim (Johann Georg) . .	6 . .	Brenzlow.
Herzog Franz Albrecht . .	3 . .	Uckermark.
N. (Lorenzo del Maëstro) generals 5 fähnlein Frankfurt.		
Fahrenbeck	10 -	Berleberg-Ruppin.
Thonen (Dohna)	5 -	Drossen.
Torquati Conti	10 -	Strausberg.
summa 41 compagnien, 25 (rect. 30) fähnlein.		

Diese forderten, nebst den quartier, eine grosse contribution, also dass allhier Pottstam alle monat musste 450 tlr. ausbringen.

Dieses jahrs herbst und folgenden winter war immerdar nass und weich wetter, dass darauf nichts gutes zu hoffen war.

In diesen jahr sein die herzogen von Mechelburg verdrießen; das ist von kaiserischen eingenommen und hernach dem herzog von Friedland verlehnet worden.¹⁾

¹⁾ 19. Januar 1628.

1628.

In diesem jahr war ein stets wäherentes regenwetter winders und sommers, also dass zwar viel getreide und gras wuchs, aber wegen des vielfältigen regens übel zu gewinnen war. Das korn wurde wolfeilen kaufs, vor der ernste kaufte man rogken und gersten umb 12 sgr., nach der ernste aber umb 8 und 8 $\frac{1}{2}$ und 6 sgr., die erbsen kaufte man umb 9 gr., den weizen zu 12 sgr.: und war doch daneben so unangenehm (?), dass niemand korn gross achtete; andere dinge aber waren aufs teuristische (!).

In diesem jahr, mense majo, zog das kaiserische volk für Stralsunde in Pommern; was dabei vorgangen, und wie es endlich abgelaufen, werden die chronici wol melden.¹⁾

Dieses jahr war der frühlung, sommer und herbst von 1627 bis 1628 immerdar nass mit stets währendem regen, also dass gar wenig trockene tage erschienen, und dahero alle fruchte verdarben. Es wuchs zwar das korn sehr gross und lang ins stroh, und gab im felde viel mandel, aber es hatte meistens taub korn; und weil kein trockener sommer war, wurde es nass in band und in die scheune bracht, dass das stroh vermolderte und das korn nit ausfallen wollte. Auch wurde allhier in niedrigen wiesen ganz kein gras noch heu gewunnen, der wein verdarb ganz und gar, dass nichts oder ja gar wenig gepresset wurde. Im herbst blüheten die kirschen- apfel- und weidenbäume wie auch die rosen noch einumal. Was darauf anfolgen wird, werden die nachfolger zu erfahren haben. Poenitentiam agite!

In diesem jahr starben allhier viel kinder an den booken, wie auch anderswo, welches für kein gut zeichen geachtet wurde.

1629.

In mense aprili hat die pest schon angefangen zu grassieren, also dass zum Berlin ist der wacht in den toren befohlen worden, die leute, woher sie kämen, zu examinieren; und welche etwa von Botzow (Oranienburg) oder Mittenwalde kamen (welche örter schon sollten inficieret sein), die sollte man nicht einlassen. Ist allzu ein früher anfang gewesen, auch eine zeitlich genugsam warnung zur buss und bekehrung. In diesem jahr war ein grosser

¹⁾ Die Belagerung dauerte vom 23. Mai bis 1. August.

miswachs aller fröchte, dergleichen bei keines menschen gedenken fürgefallen, also dass unter den fürnehmsten von adel die meisten ihr eigen brotkorn nit hatten. Und werden die, so in folgenten jahr das neue erleben werden, von der wunderlichen providentia divina zu sagen wissen.

Die pest hat grausam zu Mittenwalde grassieret, von dannen naher Zossen kommen, auch Berlin, Strausberg und andere örter eingenommen, und war aufs neue jahr noch kein aufhören. Was im folgenden jahr darauf folgen wird, werden die, so übrig sein, erfahren. Die contribution hat dieses jahr gewähret bis in christmonat, wurde aber aufs neue wieder neue contributiones angekündigt.

1630.

Wegen des vergangenen jahrs miswachs aller fröchte folgte in diesem jahr nicht allein eine grosse teurung, sondern auch unter so grosser menge kriegs- und einländisches volk ein solcher mangel am brot, und hungersnot, dass viel leute in 3 und 4 wochen keinen büssen brot zu essen bekommen kunnten. Sobald im frühling die bäume ausgeschlagen, haben die leute knospen und junges laub abbrechen, kochen und für hunger essen müssen. Sobald das feld anfang zu grünen, gingen die leute hinaus und suchten jungen hederich auf den stücken, junge nesseln an den zäunen und ander kraut, sammleten es ein, kocheten's und assen's, den hunger damit zu stillen. Und war doch dieses den armen leuten noch nit plage genug; sie mussten bei so grosser hungersnot den kaiserlichen kriegsvolk contribuieren, und alle wochen allhier 50 tlr., im monat 200 tlr., ausbringen, dadurch die elenden leute gezwungen wurden, kleider und betten, kessel, küsten, kannen und was sie nur hatten, zu verkaufen und in der contribution hinweggeben. Die nachkömmlinge werdens schwerlich glauben und ihnen einbilden können, was für grosse angst und elend zu dieser zeit gewesen. Gott wende es und bewahre ferner alle frommen christen.

Die peste, so vor'm jahr zu Mittenwalde, Zossen und Berlin angefangen, continuierete nicht allein in diesen jahr, sondern sie breidete sich dermassen in städt und dörfern aus, dass fast an keinen ort man dafür sicher sein kunnte. Zossen, Trebbin, Belitz, Nauen starben fast ganz aus, wie auch die

alte stadt Brandenburg. Zu Berlin, Spandow, Neu-Brandenburg (Neustadt-Brandenburg), Cöln und andern örter mehr starben viel hundert, und unter denselben auch viel fürnelme personen. Und war ein solcher grimmiger heftiger gift, dass dafür keine arznei wollte krafft haben; auch doctores medicinae mussten daran sterben. Gar wenigen schwur es aus; und ob's gleich etlichen war ausgeschworen, fiel sie ihn doch zum andren und dritten mal an und nahm ihn doch hinweg. Die dörfer waren sehr viel, die zum teil rein ausstarben, zum teil sehr ledig gemacht wurden. Solche geschwinde und grosse pest gedachten gar wenig leute. Allhier zu Pottstam sturb ein fuhrmann daran, der sie zu Brietzen an der Oder (Wrietzen) bekommen hatte; und gott gab, dass es in diesen jahr bei uns allhier dabei bliebe.¹⁾ Auf's neue jahr aber, weil gar weich wetter bisher gewesen und noch nit viel winder zu hoffen, fuhr es zum Berlin, Spandow und andern orten immer fort, und ist zu befahren, dass es in diesen folgenten jahr nit aufhören, ja geschwinder und heftiger folgen möchte. Was für eine unsägliche menge volks in Italien dies jahr gestorben an der pest, werden die historici zu melden haben. Gott gebe uns buss und bessere!

Mit den krieg continuierete in diesen jahr auch, und bekam der könig in Schweden fast ganz Pommerland ein. Wie es nun mit diesen sei zungen, was es für ein ausgang gewonnen, werden die chronici zu melden haben.

In diesen jahr kam der bischof zu Magdeburg, markgraf Christian Wilhelm, so schon 5 jahr in exilio gewesen, wiederumb naher Magdeburg,²⁾ wurd von der stadt wieder ein- und angenommen und ihme gehuldigt und geschworen. Bekam bald viel volks, tat ausfälle und beschädigte das kaiserliche volk. Wie es wird ablaufen, wird das folgende jahr und die historie geben.

In diesem jahr war ein knab, des hütters Hans Schirrmeisters sohn, 13 jahr alt, der ging den ganzen sommer durch zu mittag auf den kirchhof, fing an zur leiche zu läuten, gräber zu machen und in den strassen herumb zu laufen, als wenn er tote leichen hinsinge, wie er denn die gewöhnlichen totengesänge zu singen pflegte, begrub, und fing wieder an zu läuten. Wenn

¹⁾ Es war Joachim Neuenhagen, † 20. Okt. „wurd in seiner bude von seiner eigenen frauen beim feuerheerde begraben. Die frau und tochter aber zogen auf anordnung des rats in die ziegelscheune, da ihnen allerlei notdurft soll gereicht werden“.

²⁾ 27. Juli alten Stils.

man ihn fragt, was er machte, schwieg er entweder stille, oder antwortete, er machte nichts. Er war sonst unvollkommenes und unweises verstand; darumb ihn etliche leute als einen toren auslachten. Ich hielt's aber pro malo omine et praesagio pestis. Was darauf folgen wird, werden die erfahren, so folgentes jahr werden lebendig bleiben.

1631.

Den 10. maji (alten Stils) hat monsüer Tylli Magdeburg mit stürmender hand eingenommen. Wie es zugegangen und darbei fûrgelaufen, werden die historici weitläufig melden.

In diesem jahr fing sich eine trockene zeit schon im winder an, dass die wasser allenthalben umb ostern so klein waren, als sie sonst umb Johannis und herbst pflegen zu sein. Umb und nach Johannis war die Havel und die Spree so klein, dass man an vielen orten durchwaden und reiten kunnte. Gemeine bächlein, pfützen, der stadtgraben etc. trocknete mitallen aus, dass man darüber gehen und reiten kunnte. Und war eine solche dürre, trockene zeit, dass am sommerkorn weder gersten noch haber aufgehen kunnte. Wegen der grossen hitze wurden auch soviel fliegen und ungeziefer, dass man dafür sich kaum bergen kunnte, und von vielen für ein bös omen gehalten. Allhier fing die pest in junio gar zeitlich an zu grassieren; wie weit sie wird umb sich fressen, wird das ende dieses jahrs bezeugen. Gott verleihe uns seine gnade, zur buss, und denen, die er abfordern will, ein seliges ende!

Das schwedische volk, so um ostern (April 20) hier einkam, tat mit blündern, rauben und stehlen solchen grossen schaden, dass in vielen dörfern kein einiges haupt viehe, auch kein menach bliebe. Zur saatzeit hatten viel leute kein saatkorn; die saatkorn hatten, denen waren ooxen und pferde genommen, dass sie den acker nicht beschicken kunnten, und wurde noch nicht das hundertste korn gesäet; was gesäet war, wurde auf dem lande verderbet. Was für eine elende und klägliche zeit darauf folgen wird, werden die, so das andere jahr werden leben, mit elend gnugsam erfahren. Gott tröste die seinen!')

1) Ueber den Aufenthalt der Schweden bei und in Potsdam werden in den „Mittheilungen des Vereins für die Geschichte Potsdams, Neue Folge, I, S. 31—37,

In dieses jahrs herbst verneuerten sich viel dinge, als wenn's im frühling gewesen wäre. Die rosen, kirsch- und marellensäume blühten kurz für Michaelis aufs neue, an weinstöcken funde man auch neue blüente weintrieben, die abblüheten, und die beer auf Michaelis so gross wurden als hagelschrot. Die gänse und sperlinge fingen wieder an zu nisten und eier zu legen. Und viel andere ungewöhnliche dinge mehr wurden mit verwunderung und

interessante Altenstücke aus dem Schwedischen Reichsarchiv und aus dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin mitgeteilt. Dieselben sind vom 8., 10., 11. und 12. Mai und, bis auf 2, einfach aus „Potsdam“ datirt. Von einem, an den Kurfürsten gerichteten, im Geheimen Staatsarchiv beruhenden Briefe des Königs behauptet der Bearbeiter der Urkunden, derselbe sei „vom Schlosse in Potsdam“ datirt; er hat aber, gerade wie ein zweiter, an den Feldmarschall Gustav Horn gerichteter, die Ortsangabe „aus unserm Feldlager bei Potsdam“. Daraus folgt, daß Gustav Adolf nicht im Potsdamer Schlosse Quartier genommen. Er blieb vermuthlich bei seinem Heere auf den Höhen vor der Stadt und ließ diese nur besetzen und besetzen. Zu diesem Zwecke wurden auf dem Riez, vor dem Riezthor, 11 der Vertheidigung hinderliche Häuser niedrigerissen (Inventar vom 1./5. Mai 1650, Fibicin, Potsdam, S. 109). Daß die ebenfalls vor dem Riezthore belegene Gertraudenkapelle im 30jährigen Kriege (Fibicin l. c. 79; also doch wohl in diesem Jahre?) eingekesselt oder verwüstet worden, ist unrichtig. Nach einer noch ungedruckten Urkunde wurde der Potsdamer Amtmann Raspar v. Röderitz im Jahre 1546 beschuldigt, er habe „eine alte Kapelle auf dem Riez“ abbrechen lassen. Da von einer anderen Kapelle an dortiger Stelle schlechterdings nichts bekannt ist, kann dies nur die 1486 von Dr. Moritz v. Schönow gegründete Gertraudenkapelle gewesen sein. Sammt ihren Paramenten war dieselbe (und das zunächst gelegene Hospital) in dem großen Brande, welcher im Jahre 1536, vor dem 24. Juni (Stadtb. fol. 12b „Mittheilungen“ II. 400), Potsdam verheerte, zu Grunde gegangen. Der Gottesdienst wurde nicht wieder eingerichtet, der gerettete Reich in die Pfarrkirche übertragen; die gegenheiligen Angaben Ostmanns („Mittheilungen“ I, Nr. 5, S. 5) sind unrichtig; der Inhaber des Altarlehns, ein alter Priester, sollte lebenslänglich im Besitze desselben bleiben, nach seinem Tode aber sollten die Einkünfte, gemäß dem Kirchenvisitationsrecept vom 10. Mai 1541, zur Besoldung eines Kaplans an der Stadtkirche verwendet werden; im Jahre 1546 überwies sie indeß der Kurfürst „in abgang eines gestifteten gottesdienstes“ dem neu eingerichteten Hospital (Fibicin, Potsdam, S. 148. 151. Riebel, A. XL, 196). Die Ueberreste dieser Kapelle hat also v. Röderitz abtragen lassen.

Am 11. Mai erhielt der Oberst Agel Lilie den Befehl, mit Hilfe des Hauptmanns von Potsdam (Wolf Dietrich v. Hake) durch Bürger und Bauern die „Schanze welche hier erbaut wird“ möglichst schnell vollenden zu lassen; darunter ist nicht das „im 30jährigen Krieg an der Riezbrücke nach dem System von Döge erbaute Hornwerk“ (Fibicin, l. c. 128), welches überhaupt nur in der Phantasie bestanden hat, sondern wahrscheinlich eine fortifikatorische Anlage zu verstehen, welche am Frauhausberge dort errichtet wurde, wo auch 1813 Verschanzungen aufgeführt wurden, um einem von Sachsen her sich nähernden Feinde Widerstand zu leisten (Märk. Forstg. VIII., 226.)

schrecken gesehen. Was darauf erfolgen wird, gibt und eröffnet die Zeit.

Sonsten war ein allgemeines ganzes landsterben.

1632.

In diesen jahr, den 5. novembris, wurd zwischen den kaiserischen und könig von Schweden im lande Meissen bei Lützen eine feldschlacht gehalten, und darinnen der könig mit vielen kugeln erschossen. Was vorhergegangen und drauf gefolget, werden die historici mit allen fleiss annotieret und verzeichnet haben.

* Den 15. decembris in der nacht wurd aufs junkern hof (zu Bornstädt) erstochen Jonas Freytag, ein schwedischer corporal, von seinen eigenen rittmeister, und den 17. ejd. von den schwedischen feldprediger mit einer leichpredigt in der kirchen zwischen der junkern gewölb und begräbnus und zwischen der frauen stuhl begraben. Sein teggen wurde über des junkern stuhl an der wand zum gedächtnus aufgehangen.

1633.

In diesem jahr haben sich viel und mancherlei prodigia ominosa begeben, die von den posteris wohl sollen observieret werden, was darauf erfolget, damit sie sich in gleichen haben danach zu richten. (Ich übergehe dieselben, als keinerlei Interesse bietend, und theile nur das letzte mit.) Es verwunderten sich auch viel leute einmal über die ungewöhnliche menge der mäuse in häusern, scheunen, mandeln und heuhaufen im felde auf den wiesen, da sie in solcher menge gesehen worden, dass man sich für denselben nicht retten kunnte; danach für die grosse menge der wölfe, die aus der heide in städten, dörfern und meiereien liefen, sich allenthalben in grosser anzahl sehen liessen und an den schafen hier und anderswo grossen schaden taten.

In der Neumark hat unser kurfürst einen hirschen von 42 enden zur herbstzeit geschlagen. Insuetum!

Im septembri wurde die schwedische armee in Schlesien geschlagen und zertrennet.¹⁾ Darauf wendete sich die kaiserische

¹⁾ Oct. 3./18. bei Steinau.

in die kur Brandenburg, nahm in grosser eil und geschwindigkeit Crossen¹⁾ und den 10. octobris (a. St.) Frankfurt an der Oder und (die Zahl ist infolge eines Tintenflecks unlesbar) tage hernach Landsberg an der Wartha ein, verderbeten die ganze Neumark. Dagegen kam wieder in die Mark das sächsische volk unter dem commando Hans Gurgens von Arnim und herzogs Wilhelm von Weimar, und lagen in der Mark den winter über. Was sie auf'n sommer ausrichten werden, wird die zeit lehren.

* Conrad Siegmund von Hacken, des herrn hauptmanns Wulf Diederich von Hacken sohn, 3¹/₂ jahr alt, so anno 1631 den 24. augusti in kloster Nellin¹⁾ gestorben, ist allhier in unserer kirche den 30. junii begraben worden auf der rechten seiten beim altar für des rats stühlen. Dabei zu gedenken, dass im ganzen ochor gesucht worden nach einer grabstätte, aber nicht können gefunden werden, denn es alles voll gewölbe und särke gestanden, dass darumb des herrn hauptmanns kind hat oben beim altar, wie gedacht, hat müssen begraben werden.

1634.

Den 15. februarii (a. St.), wie die avisen melden, ist general Wallensteiner nebst 10 andren vornehmen obersten zu Eger darumb, dass er sie apostasieren wollen, jämmerlich ermordet, und all sein schatz, so sich, abne das silberne und güldene geschmeide, in die 6 tonnen geld soll erstreckt haben, genommen, und danebest Franz Albrecht herzog von Sassen gefangen worden. Was hierauf anfolgen wird, gibt die zeit.

Den 9. maji ist zu Belzig auch ein gross donnerwetter entstanden und unter demselben eine wolkenbrust gefallen, welches drei häuser und eine mülle mit vier gängen weggetrieben und vier leute ersäufet hat, auch grossen schaden am viehe und wiesen getan.

1635.

Im augusto kamen allhier aus norden eine ungewöhnliche menge papilionum, so sie allhier kieselitter nennen, also dass es

¹⁾ Oct. 16.

²⁾ Lehnin; Franke schreibt fortwährend: Elin, hält also den Anlaut für das im niederdeutschen häufige Präfix — n; cf. darüber Schiller-Lübbers, mndb. Wörterb.

in der luft und auf der erden war, als wenn es tick geschneiet hätte; und zogen alle in süden. Darauf kam eine unsägliche menge raupen, die allen kohl und rübenkraut abfrassen, dass weder rüben noch kohl zu bekommen war. Währet aber etwa 2 wochen, da kam ein wetter, welches mit seinen plitzen und wetterleuchten alle raupen wegnahm, und hernach viel schöner und besserer kohl wuchs, als zuvor gewesen war.

Umb weihnachten und neuen jahr wurde der schwedische und reichskrieg in diese länder: Mark, Pommern und Meckelburg, geführt; was damit ausgerichtet, und wie die Sachsen haushalten, werden, nebest der historien, städte und dörfer mit augenscheinlicher und nimmer vergesslicher tat wol über hundert jahr anzeigen und beweisen.

Den 20. maji (a. St.) hat der kurfürst von Sachsen mit den kaiser einen frieden geschlossen; wie er geraten wird, wird die zeit uns lehren.¹⁾

1686.

* Peter Holtze, ein ackerknecht von 17 jahren, so zu Bornim gedienet, hat den 12. april sollen etliche pferde in der flucht für den Schweden über die Havel allhier schwemmen, darüber er vom pferd ins wasser gefallen, ertrunken, und den 13. ejd. allhier begraben worden.

* Jochim Neuen, eines schusters sohn von Spandau, damals ein dienstjung bei Cune von Stechow zu Fahrland, ist am neuenjahrstag von hier naher Fahrland geschickt worden, in der rückreise wird er von sächsischen kriegsleuten gejagt, dass er für furcht auf das eis in der heiligen see läuft, welches mit ihm bricht, dass er versaufen muss.

* Anna Henckel (erst Johann Arnold Adlingers von Adolingsstein, kaiserlichen rata, auch geheimden legationssecretarii, den kaiser Ferdinand II. geadelt hat, als meines ältervaters, darnach) Hans Heidens von Heidenthal aus Böhmen, exulis

¹⁾ Grandes chronographisches Motto für dieß Jahr lautet: Inopinata praeCoX InfeLIXqVe saXoniae paX Vere fUIt oCCLesiae I.Vtheranae, patriae atqVe MarChiae rVina et InterItVs; dieß ergibt 1687; Grande hat das I in „Saxoniae“ übersehen; doch auch danach würde die Summe der Zahlzeichen das falsche Jahr 1686 ausmachen.

allhier, frau starb den 18. aprilis und wurd den 19. ejd. begraben cum concione funebri super ps. 39 v. 10. (huius propter religionem evangelicam Praga eiectae et exulis factae, imo aedibus suis „die weisse rose“ in Prag privatae et hio Potsdamiae exulis viventis usque ad beatam suam ἀναλυσιν abnepos oder tochter-tochterssohn magister Johannes Fridericus Werder, ist von anno 1707 diaconus allhier in Potsdam gewesen. Ihre töchter Dorothea Sophia natu iunior, meine grossmutter, und Maria Anna natu maiör sind auch auf hiesigen kirchhofe begraben worden. Da sie ihres exilii um der evangelischen religion willen mit ihr theilhaftig worden, hat sie gott wollen zusammenbringen, dass ihre gebeine eodem loco ἐν κοιμητηρίῳ haben ruhen sollen. Quarum ossa quiescant in pace usque ad laetissimam die novissimo ad aeternam vitam beatam resurrectionem. „Ich will schweigen und meinen mund nicht aufthun, du wirst es wol machen“,¹⁾ optime verba ad statum defunctae exulis quadrant).²⁾

1637.

Den 5. februarii (a. St.) ist der kaiser Ferdinandus II. gestorhen und ihm 14 tag alle tage mit drei pulsen nachgeläutet und die orgel auf ein vierteljahr, auch alle spielwerk auf ein halb jahr allhier suspendieret worden.

In diesem jahr wurde zwar an diesem ort allhier korn gnugsam durch gottes segen gewonnen; gleichwol war eine solche grosse hungersnot allhier bei reichen und armen, dergleichen man bei menschengedenken nicht erhöret hat, auch zu der zeit nicht, da ein scheffel rogken 2 $\frac{1}{2}$ reichstaler gegolten. Die ursach solcher hungersnot waren einmal die marketenders bei der kaiserlichen armee und durchziehenten volkes. Die soldaten verheereten auf den lande alles, in städten kauften die marketender allen vorrat zum teuersten auf und führten ins lager, die bürger in städten waren aus geiz ihren nachbarn und landmann so untreu, dass, weil sie für ein fass bier kunnten bei 12 und 15 rtl., und für ein scheffel brot bei 4 und 5 rtl. bekommen, verkauften sie alles den

¹⁾ Der oben citirte Text der Leichenpredigt.

²⁾ Die eingeklammerten Worte sind Zusätze des Diaconus Werder.

soldaten, und liessen ihren nächsten den äussersten hunger und kummer leiden. In den städten hatten die soldaten alle wassermühlen innen, dass kein mensch gemahlen bekommen konnte; der wind war etliche wochen still, dass, obgleich die leute korn genug hatten, dennoch nicht mehl und brot davon erlangen konnten. Fürnehme von adel haben ohne brot mahlzeit halten müssen. Es werden's die nachkommen kaum glauben, wann es ihnen erzählt werden wird; aber es kann der jammer nit alle erzählt werden; und sein viel hundert menschen verschmachtet und jämmerlich von hunger umkommen.

* Hans Golen hat Marie Knapen von Saarmund in Blankensee ein söhnlein in exilio geboren den 31. maji, welches sie 3 wochen ungetauft liegen gelassen, weil sie keinen priester haben erlangen können; endlich sein sie hieher kommen, und taufen lassen den 21. junii.

* Den 31. maji jagten die kaiserlichen soldaten ein frempt frau mit einem kinde in die Havel, dass sie beide versoffen, die hernach den 2. junii sein wiederfunden und begraben worden. Ebendenselben tag ersoffen auch bei Caput drei kaiserliche soldaten, so sie durch die Havel setzen wollen.

* Dorothea Conradi, meine liebe frau, starb tenesmo den 21. julii und wurde den 22. ejd. begraben; weil aber damals wegen der grassierenden pest und durchzug des Isolanischen volkes nit kunde eine leichpredigt und gebühlich begräbnus gehalten werden, ist's verschoben bis (späterer Zusatz) den 10. decembris, da ihr vom herrn diacono eine leichpredigt gehalten worden über Philipp. I. 21: Christus vita mea, mori lucrum, und zugleich ein convivium exequiale angestellt. Gott sei der seelen gnädig.

* Den 21. julii, da die Isolanische armee durch Spandow und Haveland durchging, haben etliche reuter ausgesetzt und sein auf'n Potstamschen werder, Bornim, Grube, Golm und Geldow kommen, da sie beim Baumgarten etliche mägde, so mit dem viehe allda gehütet, angetroffen, die für schrecken in die Havel gelaufen, deren 4 ersoffen, 2 aber von den soldaten sein errettet worden.

* Ein paursmann, bei Hagelsberge bürtig, ist gestorben den 13. decembris in Schmitts hause auf'n markte, welchen die

soldaten ins eis gejaget, und erkältet, do er nach Ütz gewesen;
und acht tage krank gelegen.

1641.

In die Jacobi apostoli, war der 25. julii tag, fiel ein grosser
hagel, welcher auf diese feldmarke allen hafer und gersten zer-
schlagen. Gott wende solches gnädigst hinfüro von uns abel
Soll also jährlichen auf demselbigen tage eine predigt gehalten
werden.¹⁾

¹⁾ Notiz von Frankes Nachfolger im Pfarramt, Georg Pfeifer.

Nekrolog

auf

Dr. Hermann Albert Kotelmann.

Die nachfolgenden Zeilen gelten einem ehemaligen Mitarbeiter dieser Zeitschrift, der sich um die Brandenburgische Geschichte unter den ersten Hohenzollern manches Verdienst erworben hat durch seine Arbeiten, von denen einige völlig oder fast fertig, zum Theil für dieses Journal bestimmt waren, leider aber durch einen allzufrühen Tod unterbrochen worden sind, dem Dr. H. Albert Kotelmann, weil. Oberlehrer an der Friedrichs-Werderschen Ober-Real-(Gewerbe)schule.

R., geboren zu Berlin am 4. April 1825 als Sohn eines Rentiers, erhielt von diesem, der 12 Jahre lang kränklich war, eine strenge und fromme Erziehung. Von lärmenden Spielen wurde er der Krankheit seines Vaters wegen ab-, dagegen zu ununterbrochenem Arbeiten angehalten. Daher schreibt sich auch die ernste, fast grübelnde Richtung und die Arbeitslust, die ihm sein späteres Leben hindurch eigen war. Nach dem Besuch der Westphalschen Knabenschule und des collège français ging er 1844 im Alter von 19 Jahren zur Universität über, studierte nach dem Wunsche des Vaters anfangs Theologie, wandte sich aber später naturwissenschaftlichen und philosophischen Studien zu. Der frühe Tod seiner Eltern zerstreute seine Familie. Er als der Älteste der zum Theil noch lebenden Geschwister unternahm nun längere Reisen nach Paris, London und Hamburg, um Sprachen, Land und Leute kennen zu lernen. Durch diese frühe selbstständige Entwicklung bildete sich in ihm ein fester, schwer zu beugender oder zu brechender Wille aus, eine Unbeugsamkeit, die ihm manche Kämpfe hervorrief und das Leben nicht immer zum angenehmsten gestaltete.

Die Beendigung seiner Studien fiel in die Revolutionszeit; daher warf er sich mit Eifer auf Politik und Nationalökonomie. Doch war und

blieb er leichtem Tagesgeschwätz abhold und suchte für seine Ansichten denkende und wissenschaftliche Begründung. Außer kleineren Abhandlungen, die er für verschiedene Zeitschriften abfaßte, z. B. für die „Deutsche Reform“, die „Grenzboten“, die „Deutsche Vierteljahrsschrift“, entstanden zwei größere Arbeiten: 1) Vergleichende statistische Uebersicht über die landwirthschaftlichen und industriellen Verhältnisse Oesterreichs und des deutschen Zollvereins, sowie seiner einzelnen Staaten. 289 S. Berlin. Göslin 1852. und 2) Die preussische Landwirthschaft nach den amtlichen Quellen statistisch dargestellt und mit besonderer Beziehung auf Besteuerung und Zollgesetzgebung. XVI, 336 S. Berlin 1853. Jeanrenaud. Beide Bücher fanden ihrer Zeit in mehreren größeren Zeitungen, wie in der Kölnischen und Weserzeitung günstige Beurtheilung und dürften auch unserer heutigen agrarischen und Zollgesetzgebung manch geeignetes Material bieten. Natürlich stand er infolge dieser Thätigkeit mit mehreren namhaften Statistikern, wie Prof. Dieterici und Schwabe in regem Verkehr.

Da ihm indessen die Beschäftigung mit Nationalökonomie keine gesicherte Existenz zu bieten schien, so wandte er sich dem Lehrfach zu, und nachdem er 1852–57 in Hamburg sich diesem Beruf gewidmet hatte, bestand er das Doktor- und 1857 das Staatsexamen und ward nach vorübergehender Thätigkeit in der Schweizer-Frankischen Handelsschule an der Friedrichs-Werderschen Gewerbeschule angestellt.

Seine Vorliebe für die Naturschönheiten seines engsten Vaterlandes, besonders in der weiteren Umgebung Berlins und die für sein Königshaus leiteten ihn zu seinem neuen wissenschaftlichen Arbeitsgebiete, zur Geschichtsforschung über die ersten Hohenzollern in der Mark Brandenburg, und zwar behandelte er deren Regierungen, seiner älteren Neigung getreu, vorzugsweise vom nationalökonomischen Standpunkte. Gerade diese Verknüpfung zweier Richtungen, die bei Fachhistorikern nicht oft vorhanden zu sein pflegt, macht seine Arbeiten, die mit der ihm eigenthümlichen ernstesten Gründlichkeit unternommen sind, wie für die politische Geschichte, so für die Nationalökonomie gleich schätzenswerth.

Er trat zuerst mit der Programmabhandlung: Die älteren Erwerbungen der Hohenzollern in der Niederlausitz 1864 hervor, die dann in sehr erweiterter Form im Separatdruck herausgegeben wurde. Damit beschritt er das Gebiet, das einst schon vor ihm der erste Direktor der Anstalt, an der er wirkte, v. Klöden in erfolgreicher Weise in Angriff genommen hatte. Dieser ersten Arbeit folgte 1866 außer verschiedenen Recensionen über verwandte Bücher in der Zeitschrift für Preussische Gesch. und Landeskunde: Ueber die Finanzen des Kurfürsten Albrecht

Achilles (96 S., auch im Separatabdruck), ferner in den „Märkischen Forschungen“ (B. VIII): M. Albrecht Achilles über die Erwerbung der Mark durch die Hohenzollern. Behufs dieser und nachfolgender Studien sammelte und forschte er eifrig in den Archiven von Dresden, Weimar, Baireuth und Bamberg.

Bei den strengen Anforderungen indeß, die er an sich und seine Leistungen stellte, konnte er mit seinen Arbeiten keinen rechten Abschluß finden. Erst während seiner langdauernden Krankheit hat er etwa sechs Abhandlungen völlig oder fast völlig druckfertig gemacht, so daß sie nur der Veröffentlichung harren. Die erste davon wird demnächst in v. Sallets Numismatischer Zeitschrift und gleichzeitig bei Weidmann besonders erscheinen unter dem Titel: Das Geld- und Münzwesen der Mark Brandenburg unter den mittelsächsischen, luxemburgischen und den zwei ersten hohenzollernschen Regenten. 1883. Ganz druckfertig ist auch: Kritische Einleitung zu Sibicins Ausgabe des Landbuchs Kaiser Karls IV.

Die Titel der übrigen handschriftlichen Abhandlungen lauten:

- 1) Ueber den Geldwerth der unter den landesherrlichen Einkünften vorkommenden Naturalien.
- 2) Feststellung des bei Staatsanleihen (des 14. und 15. Jahrhunderts) meist üblichen Zinsfußes.
- 3) Statistische Darstellung der brandenburgischen Staatseinnahmen beim Regierungsantritt Kaiser Karls IV. als Regenten der Mark.
- 4) Statistische Feststellung des brandenburgischen Staatshaushalts unter den zwei ersten Hohenzollern.
- 5) Ueber die sogenannten Landbücher der Mark Brandenburg.
- 6) Geschichte Friedrichs II. von Brandenburg. (Eine größere Arbeit.)

Es ist zu wünschen, daß es dem Bruder des Verstorbenen gelingt, diese Arbeiten in geeigneter Weise in die Oeffentlichkeit zu bringen.

Natürlich gehörte R. auch verschiedenen Geschichtsvereinen als Mitglied an, so der „Märkischen“ und der „Historischen Gesellschaft“. In der letzteren hielt er Vorträge: Ueber die Zusammensetzung der ursprünglichen Bevölkerung des preussischen Staats, insbesondere von Brandenburg. 2) Ueber Martin Meyer, einen Rechtsgelehrten und Diplomaten des 15. Jahrhunderts. 3) endlich: Ueber den deutschen Territorialstaat des ausgehenden Mittelalters. Endlich war er auch Ehrenmitglied des Germanischen Museums, dessen Diplom vom Freihrn. v. Aufseß und von Roth v. Schredenstein unterzeichnet ist.

Seinem arbeitsreichen und durch mancherlei Unannehmlichkeiten getränkten Leben, das er in einer mit den Jahren zunehmenden Isolierung von Freundes- und Kollegentreisen verbrachte, und das zumal in der Lebenszeit nur durch die treu ausdauernde und aufopfernde Pflege seiner Gattin erhellte wurde, machte endlich der Tod nach einem Brustleiden, dem er vergeblich durch größere Erholungsreisen nach der Schweiz, Baden u. s. w. zu wehren suchte, am 1. Februar 1883 ein Ende. Auf dem Mattbühlkirchhofe fand er seine Ruhestätte. Friede seiner Asche!

H. Hahn.

Neuere Forschungen.

Pommersches Urkundenbuch. Herausgegeben vom Westpreussischen Geschichtsverein. Bearbeitet von Dr. W. Perlbach. Danzig 1882. XXXIV, 706.

Der junge westpreussische Geschichtsverein hat sich rasch durch ebenbürtige Leistungen seinen älteren Kollegen an die Seite gestellt. In den ersten Jahren seines Bestehens publiziert er ein Urkundenbuch, das zu den besten gehört, die wir haben. Es betrifft zudem eine Provinz, deren Geschichte in der Germanistik unseres Ostens von besonderem Interesse ist. Sie ist die äußerste nach Nordosten, in der das Deutschthum unter slavischen Fürsten hat Fuß fassen, in der es dann nach hundert- und fünfzigjähriger Befestigung durch den deutschen Orden in einer doppelt so langen polnischen Herrschaft nicht wieder hat vernichtet werden können. —

Auf dem Gebiete neuerer preussischer Geschichtsforschung steht Perlbachs Name in vorderster Reihe. Der westpreussische Geschichtsverein ist glücklich gewesen, indem er einen solchen Arbeiter finden konnte. Das „Pommersche Urkundenbuch“ reiht sich würdig den früheren Leistungen Perlbachs auf diesem Felde an und zwar in aufwärts führender Richtung. Es bringt das urkundliche Material vollständig bis 1310, dem Jahre der definitiven Vereinigung des Landes mit dem Ordensgebiet, und dann noch alle die Abfindung der brandenburgischen Ansprüche betreffenden Dokumente bis 1315. Der Band liefert 714 Nummern, von denen 222 hier zum ersten Male im Druck erscheinen. Das Material ist aus nicht weniger als 29 Archiven und Bibliotheken mit größter Sorgfalt zusammenge sucht, fast die Hälfte entkammt dem Staatsarchiv zu Königsberg, das die Archive der Klöster Oliva, Pselpin und Garnowitz und ein Copiarium des Klosters Juckau bewahrt; das Material der beiden an den Grenzen Pommerns gelegenen Klöster Bulow und Bykowo (bei Polnisch-Krone) ist den Staatsarchiven zu Stettin resp. Posen entnommen; die Urkunden Bykows, als einer kujawischen Gründung, sind nur so weit berücksichtigt, als sie die auf pommerschem Gebiete belegenen Güter des Klosters betreffen. Die Abgrenzung in der Auswahl des Materials ist eine sehr scharfe und präzise, die unbedingte Anerkennung verdient. Die Behandlung der Urkunden entspricht vollkommen den für derartige Arbeiten jetzt allgemein anerkannten Grundsätzen; der Herausgeber ist ihnen mit peinlicher Sorgfalt gefolgt, so daß die Edition den Eindruck der größten Korrektheit und Akkuratheit

macht. Den Echtheitsfragen hat der Herausgeber besondere Aufmerksamkeit gewidmet; mit Berücksichtigung einschlägiger Literatur legt er seine Ansicht dar und begründet sie. Die Resultate sind, allerdings der Natur des Materials entsprechend, in Bezug auf Bestimmtheit nicht immer befriedigend. Die sachlichen Erklärungen sind knapp gehalten, genügen aber vollkommen. Ein Orts- und doppeltes Personenverzeichnis (nach Namen und Ständen), dann ein Wortregister sind hinzugefügt. Die Einleitung giebt Nachenschaft über die Geschichte und Vorbereitung des Unternehmens und u. A. auch eine nur wenig Seiten umfassende, aber höchst gelungene Skizzirung der politischen Geschichte des Landes bis 1310. — Dem Verein wie dem Herausgeber gebührt Dank für das Gesehene; möge ersterer stets gleiches Glück mit seinen Publikationen haben wie bisher. Möge vor allen Dingen dieser neue Stein, der zur urkundlichen Grundlegung der Geschichte des deutschen Ordens herbeigetragen wird, bald im Beginn des Baues selbst seine rechte Würdigung finden.

Lindner, Th., Geschichte des deutschen Reiches vom Ende des 14. Jahrhunderts bis zur Reformation. Bd. I u. II. 1875 u. 1880: Gesch. d. deutsch. Reiches unter König Wenzel. Braunschweig, Schwesb'sches Verlag.

Mit der rüstig vorschreitenden Bearbeitung der Reichstagsakten war die Grundlage für eine Darstellung der deutschen Reichsgeschichte des ausgehenden Mittelalters gegeben. Lindner hat diese lohnende Aufgabe angegriffen, er setzt mit dem Jahre 1378, also gleichzeitig mit der Edition Weizsäders, ein, und hat in den ersten zwei Bänden seines Werkes die Erzählung bis zum Jahre 1400 fortgeführt. Nur in unwesentlichen Details weicht er von Weizäders scharfgefaßten Ausführungen ab: daneben aber hat Lindner die großen politischen Bewegungen der Zeit so umfassend herangezogen, daß ihm ein weites Feld selbstständiger Thätigkeit offen blieb, und in der That sind es da häufig ungebahnte Wege, die der Forscher zu gehen hat. Auf Grund der Hansareceffe ist den Beziehungen Deutschlands zu den nordischen Reichen ein breiter Raum gegönnt, und die einschlägigen Verhältnisse Frankreichs und Italiens sind unter sicherer Beherrschung des ungeheuer anwachsenden Stoffes dargestellt. Neue und interessante Gesichtspunkte entwickelt Lindner hinsichtlich der Politik der Städtebünde. Für die spezifisch preussische Geschichte gewinnen die Schicksale der Mark und des Ordenslandes in ihrem großen Zusammenhange mit den politischen Vorgängen Europas manches neue Licht, und der Gegensatz nord- und süddeutscher Art ist in dem Kapitel über den dänischen Thronstreit meisterhaft gezeichnet.

Eine Periode deutscher Geschichte, die neben dem Glanz der alten Kaiserzeit und den mächtig bewegten Tagen der Reformationsperiode bislang arg vernachlässigt war, ist hier in kritisch gesicherter Darstellung gefaßt. Die Unsumme mühevoller methodischer Arbeit hat ein Werk gefördert, für welches Lindner allseitigen Dank beanspruchen darf.

Gegen das, was Lindner bisher geboten, ist irgend Erhebliches nicht einzuwenden, aber eine Seite der geschichtlichen Entwicklung ist von ihm so flüchtig behandelt, daß wir den Wunsch einer umfangreicheren Rücksichtnahme auf dieselbe nicht unter-

drücken können. Lindner schildert trefflich die Verwickelungen des europäischen Staatslebens während der Regierungszeit König Wenzels, er giebt ein breitangelegtes Mallebild, in welchem der spröde Stoff geschickt gruppiert, die Umrisse sorgfältig und vorsichtig gezeichnet sind, und weiß das Bild durch die Charakteristik der vortretenden historischen Personen, deren Porträts selbst mit feinen Zügen angedeutet sind, wirksam zu beleben. Durchweg aber vermissen wir eine ausreichende Rücksichtnahme auf die wirtschaftsgeschichtlichen und sozialpolitischen Fragen, auf jene realen Verhältnisse, aus denen heraus erst das volle Verständnis für das geschichtliche Werden gewonnen werden kann.

Raum ist in einer anderen Periode deutscher Geschichte die Macht des Kapitals häßlicher in die Erscheinung getreten, als unter den Nachkommen Karls IV. Die Fürsten erscheinen dem unbefangenen Blick so schmutzig und unmoralisch in ihrer Geldgier, daß wir erstaunt vor diesem absoluten Mangel aristokratischer Roblesse stehen, der sich mit den Standesbegriffen so wenig in Einkommen setzen läßt. Lamprecht hat gelegentlich (Wöttinger gel. Anz. 1881, p. 1017 ff.) die Ursachen und Wirkungen der seit dem 13. Jahrhundert über die Fürsten hereinbrechenden Finanznoth in großen Zügen skizziert. Er weist darauf hin, wie allmählig gegenüber dieser Kalamität der Gedanke einer geordneten politischen Finanzverwaltung entsteht und zur Ausführung gelangt. Für die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts gewinnen diese Verhältnisse ein besonderes Interesse. Im deutschen Westen machten sich damals Bestrebungen geltend, die sorgfältige Beachtung verdienen.

Die Rünglonventionen, Zollverträge und Verkehrsordnungen zwischen den Erzbischöfen von Mainz, Köln und Trier und dem Pfalzgrafen bilden eine für die Gesamtgeschichte Deutschlands bedeutsame Duellengruppe. Sollte es ein Zufall sein, daß dieselben Mächte, die seit Jahrzehnten ihre wirtschaftlichen Interessen gemeinsam zu vertreten vornehmen, ebenso geschlossen in die politischen Verhältnisse eingreifen. Es sind dieselben Fürsten, die am Tage zu Lahnstein die Absetzung Wenzels aussprechen. Wir vermissen ebenso ein näheres Eingehen auf die gährenden sozialen Verhältnisse, deren Einfluß bei der unaufhörlich drohenden Revolution nicht gering angeschlagen werden darf.

Wenn auch noch so einseitig in seiner durch eine Art „Geschichtsbogma“ beschränkten Auffassung, hat Janssen doch gezeigt, daß bei der großen Gestaltung der Dinge tiefwühlende Mächte thätig waren, die außerhalb des Rahmens der politischen Haupt- und Staatsaktion standen. Lindners Werk ist bis zur Reformation geplant. Hoffen wir, daß die Lücke im Fortgang desselben neben der in Aussicht gestellten Schilderung des geistigen Lebens ausgefüllt wird. Es giebt kaum eine dankenswerthere Aufgabe, als gerade hier den zwar heftig beschriebenen, aber noch nicht endgültig beseitigten Konstruktionen des ultramontanen Geschichtsschreibers entgegenzutreten.

R. Hoeniger.

Aus den Veröffentlichungen der deutschen Geschichtsvereine.

Rheins. Beiträge zur Geschichte des Mittelrheins, in Verbindung mit auswärtigen Forschern herausgeg. vom Lahnsteiner Alterthumsverein unter der verantwortlichen Redaktion des zeitigen Vorsitzenden G. Zalk. 1. Jahrg. 1883. Nr. 1. Januar. Oberlahnstein. 4 Seiten 4.¹⁾

[Der Lahnsteiner, im Jahre 1880 gestiftete Alterthumsverein eröffnet seine Publikationen mit dieser Lieferung; sie enthält:]

S. 1. E. v. Ledebur, Urkundliche Nachrichten über die Familien von Lahnstein. [Einleitung.]

S. 1—2. J. Hellbach, Zur Geschichte des Königsstuhls und der Wenzelskapelle. I.

S. 2—3. F. W. E. Roth, Die Grabstätte des [1286 †] Archidiacons Heinrich von Volanden zu Carden.

S. 3—4. E. Roenen, Ueber griechischen Einfluß auf die rheinisch-gallische Töpferkunst, sowie über eine Gallieransiedlung zu Horchheim und deren Entstehungszeit [im Zeitalter des Augustus].

S. 4. Vermischtes.

Oberbayerisches Archiv für vaterländische Geschichte, herausgeg. von dem historischen Vereine von Oberbayern. 40. Bd. 1. Heft. o. D. u. J. [München 1882] 8.

S. 1—36. Herzogin Maria Anna von Bayern und der Teschener Friede.
— [Zur Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges fehlen uns noch die aus den bayerischen Staatsarchiven zu gewinnenden Aufklärungen; der Verf. trägt zur Beseitigung dieses Mangels in dankenswerthester Weise bei, indem er die eifrigen Bemühungen darlegt, mit welchen die Schwägerin des Kurfürsten Karl Theodor, Herzogin M. A., an der Spitze der bayerischen Patriotenpartei alles aufbot, um die Zersplitterung Bayerns abzuwehren zu helfen. Ein besonderes Verdienst um die preussische Geschichtsforschung hat sich der Verf. durch die Veröffentlichung des bisher ungedruckten, leider nicht mehr vollständig vorliegenden Briefwechsels zwischen der Herzogin und Friedrich dem Großen erworben.]

¹⁾ Fortsetzung ist unserer Redaktion nicht zugegangen.

Mittheilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück. 12. Bd. Osnabrück 1882. 8.

§. 1—335. Geschichte des Hochstifts Osnabrück. 1624—1647. Aus dem Nachlasse des Bürgermeisters Dr. E. Stäbe. — [Leider unvollendet gebliebenes Werk, von Bedeutung nicht nur für die Provinzialgeschichte, sondern namentlich auch für die des 30 jährigen Krieges.]

§. 336—357. Schriever, Zur Geschichte der [jetzt verschwundenen] Wälder in den Aemtern Lingen und Freren, mit nebensiehender Berücksichtigung der Zahl der Grundbesitzer in den einzelnen Bauerkschaften und verschiedener topographischer Einzelheiten.

§. 358—367. E. L. Niemann, Ueber die eigenthümlichen Grenzverhältnisse in den Gemeinden Damme und Neuenkirchen bis 1817.

§. 368—372. Niemann, Die Lehms im oldenburgischen Münsterlande. — [Die Lehms, feste, durch Lehmewurf gegen Feuer geschützte, mit Graben umgebene Häuser dienten als Bergfried bei den einzelnen Bauerkschöfen zum Schutze gegen feindlichen Ueberfall und sind zum Theil, als Speicher benutzt, noch heut vorhanden.]

§. 373—377. Niemann, Die Steindenkmale [Steinsetzungen u. s. w.] in der Ahlhorner Heide und bei Endeln.

§. 378—380. Niemann, Die Bedeutung des Namens „Kloppenburg“. [Abzuleiten von Klope = Gefolge, Basallen.]

§. 381—382. Niemann, Was bedeutet der Name „Zeller“? — [Teler = Aderbauer.]

§. 383—408. J. Beltman, Excerpte aus anscheinend verloren gegangenen Osnabrücker Chroniken. — [Vers. gewinnt aus denselben die Bestätigung der Annahme, daß die Schlacht an der Hase Juni-Juli 788 auf dem Elusberge dicht bei Osnabrück geliefert, und daß 785 die Kirche zu Paderborn vollendet und das Bisthum daselbst gegründet worden ist.]

Zeitschrift für Geschichte und Landeskunde der Provinz Posen.
Herausgeg. von Chr. Meyer. 1. Bd. 2. Heft. Posen 1882. 8.

§. 177—208. Jachert, Nachrichten von der Stadt Meseritz. Forts. — [Prediger. — Prozesse. — Einquartierungen von 1613 bis 1706. — u. s. w.]

§. 209—224. Chr. Meyer, Die Deutschen der Provinz Posen gegenüber dem polnischen Aufstand im Jahre 1848. Forts. — [Schlechte Unterstützung der Deutschen durch den General v. Willisen; seit der Abberufung desselben kräftigeres Einschreiten und infolge dessen rasche Niedertwerfung des offenen Aufstands.]

§. 225—240. Chr. Meyer, Friedrich der Große und der Negebisstritt. Forts. — [Organisation der Verwaltung. Hebung der Landeskultur.]

§. 241—251. M. Bär, Bericht eines Augenzeugen über die Schlacht bei Pittschén [durch welche die Gegner des Erzherzogs Maximilian 1688 seine Werbung um die polnische Krone niederschlugen].

§. 252—268. J. Fodenbed, Historisch-statistische Nachrichten über die katholische Pfarre zu Wągrowitz.

§. 269—283. A. Warschauer, Beiträge zur Verfassungs- und Kulturgeschichte der Stadt Posen. — 1. Zur Geschichte der öffentlichen Zustände vor der Eröffnung zu deutschem Recht [d. i. vor 1253]. — 2. Ein mittelalterliches Handwerkerrecht [Zunftordnung aus dem „Schlesischen Landrecht“].

Quartalblätter des historischen Vereins für das Großherzogthum Hessen. 1881. Nr. 1–4. Darmstadt 1882. 8.

§. 25–54. M. Kieger, Die Nibelungen saga in ihren Beziehungen zum Rheinland.

Quartalblätter n. f. w. 1882. Nr. 1–2. Darmstadt 1882. 8.

§. 18 f. §. 3. §., Densburg, der alte Name des Diensberges bei Gießen.

§. 23 f. §. 3. §., Die alte und die neue Burg zu Gießen [bestanden im 16. Jahrhundert nebeneinander].

Archiv für Hessische Geschichte und Alterthumskunde. Herausgeg. aus den Schriften des historischen Vereins für das Großherzogthum Hessen von G. Frhrn. Schenk zu Schweinsberg. 15. Bd. 2. Heft. Darmstadt 1881. 8.

§. 243–292. Urkunden des 14. und 15. Jahrhunderts [31, unter denen eine Anzahl Kreuznacher]. Aus Ingelheimer Urtheilsbüchern mitgetheilt von F. Voersch.

Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde. Neue Folge. 9. Bd. Heft 3 und 4. Kassel 1882. 8.

§. 209–248. W. Stern, Der Lichtberger [Kreis Hünfeld] Bracteatenfund. — [Der Schatz wurde um 1230 vergraben, 1878 entbedt.]

§. 249–347. Eines hessischen Gelehrten Lebenserinnerungen aus der Zeit des Königs Jerome. Zwei Manuscripte des Oberhofraths [und Direktors der Kasseler Bibliothek und Kunstsammlungen] Dr. Ludwig Böllel. Herausgegeben und erläutert von A. Dunder. — 1. Die Verabung des Museums und der Bibliothek zu Kassel durch die Franzosen und der Bau des westfälischen Ständesaales. — 2. Die Einnahme Kassels durch Ezernitschew und die letzten Tage des Königreichs Westfalen.

§. 348–384. C. Verland, Ueber die Kanal-Projekte und Anlagen des Landgrafen Karl von Hessen. Mit 1 Karte, 3 Plänen und 1 Figur. — [Nachdem der großartig angelegte Plan einer Wasser Verbindung zwischen Weser und Rhein sich als unausführbar erwiesen hatte, begann der Landgraf seit 1710 mit der Korrektur und Vertiefung der Diemel von Carlshafen aufwärts, 1726 war im Anschluß an dieselbe der Kanal bis Hamm, 1729 bis Schöneberg fertiggestellt und in Benutzung. Der Tod des Landgrafen machte dem Unternehmen ein Ende. Man zog Dämme durch die fertigen Strecken, um sie als Fischteiche zu benutzen; auch diese wurden nach 1799 trocken gelegt.]

§. 385–396. A. Dunder, Ein Gelnhäuser Kopialbuch des 16. Jahrhunderts mit der ersten Erwähnung der Familie Grimmselhausen. — [Bestätigung der Annahme, daß Gelnhausen die Vaterstadt des Verfassers des Simplicissimus ist.]

Angebunden: Mittheilungen an die Mitglieder des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde. Jahrgang 1881. III. und IV. Vierteljahrs-Heft.

§. XLIII–XLVI. W. Kolbe, Nochmals die Sculpturen an der Kirche zu Langenstein.

§. XLVI–L. F. v. Gilsa zu Gilsa, Einträge in dem ältesten Kirchenbuche der Pfarrei Zimmerode seit Beginn des 17. Jahrhunderts. — Ein Rothfeuer [Feuer zur Abwehr einer Viehseuche] im Jahre 1774.

Die Zeit der größten Abhängigkeit des Herzogthums Preußen von Polen in den Jahren 1566—1568.¹⁾

Von

Dr. Leon v. Poblecki.

Den Herausgebern der „Zródła dziejowe“ (Geschichtsquellen) in Warschau, und vornehmlich dem dortigen Professor Adolph Pawlowski verdanken wir seit einiger Zeit eine Menge bisher noch nicht edirter Quellen zur polnischen Geschichte, die mit vollem Rechte an die Seite der in Lemberg erscheinenden Monumenta Poloniae historica gestellt zu werden verdienen und sich vor diesen noch durch entsprechende Einleitungen, wie auch — was bei wissenschaftlichen polnischen Büchern nicht wenig zu bedeuten hat — durch einen billigen Preis auszeichnen.

Unter den bis jetzt erschienenen acht Bänden dieser Quellenammlung²⁾ sind für den deutschen Historiker nur zwei von Wichtigkeit und Interesse. Ich meine den III. Band, welcher über die Thaten Stefan Batorys vor Danzig im Jahre 1576—1577, sowie den VII. Band, der über das Verhältniß des Herzogthums Preußen zu Polen in den Jahren 1566—1568 ausführlich handelt.

Der letzte Band soll den Gegenstand dieser kurzen Abhandlung bilden.

Das Tagebuch der polnischen Kommissare, welches Pawlowski zum ersten Male nach der im Hauptarchive zu Warschau befindlichen Handschrift edirt hat, liefert uns für die unglückseligen Wirren jener Jahre im Herzog-

¹⁾ Ich berichte beinahe durchweg nach der historischen Einleitung von Pawlowski zu dem Werke: *De rebus ac statu ducatus Prussiae tempore Alberti senioris, marchionis Brandenburgensis, illo vero mortuo Alberti junioris, ducis Prussiae an. 1566—1568. Commentarii commissariorum Sigismundi Augusti regis.* Warschau 1879.

²⁾ Der neunte und zehnte Band ist unter der Presse.

thum Preußen die glaubwürdigsten und ergiebigsten Nachrichten. Mit einer fast systematischen Genauigkeit haben die königlichen Beamten alle ihre Amtshandlungen aufgezeichnet. In chronologischer Reihenfolge berichten sie nach den einzelnen Tagen über ihre Unterhandlungen mit dem Herzoge und seinem Rathe; die Instruktionen des Königs von Polen, alle amtlichen Schriftstücke, wie z. B. die Briefe und Klagen des preussischen Landtags, sind in die Erzählung mit eingeflochten, so daß uns ihre Berichte ein anschauliches und wahrheitsgetreues Bild nicht nur über die letzten Jahre des Herzogs Albrecht von Brandenburg, sondern auch über die ganze damalige Lage in Preußen liefern: ein Umstand, den wir in den bisherigen Quellen, wie in den Landtagsakten größtentheils entbehrt haben.

Zu bedauern ist nur, daß der Herausgeber bei der sonst musterhaften Textausgabe viele Schriftstücke beim Drucke ohne Weiteres ausfallen ließ. Wenn ich auch zugeben will, daß der „*tenor*“ dieser Schriftstücke meistens „*minoris momenti*“ gewesen sein mag und auch „*facile ex contextu diarii intelligi possit*“: so bin ich doch der Ansicht, daß ein solches willkürliches Verfahren bei Edition eines Textes ganz und gar unzulässig ist. Denn abgesehen schon davon, daß auf diese Weise der subjektiven Anschauung des Herausgebers ein zu großer Spielraum eingeräumt werden würde, sind wir bei dem jetzigen Standpunkte der Editionsweise von Quellen gewöhnt und auch genöthigt, vom Herausgeber nicht nur eine vollständige, sondern auch eine bis ins Kleinste genaue Ausgabe der betreffenden Handschrift zu verlangen. Den Einwand und den Entschuldigungsgrund, den Pawiński (S. XII.) anführt, daß bei einer genauen und vollständigen Textausgabe der Umfang des Buches vielleicht „um das Vierfache“ erweitert würde, kann ich nicht gelten lassen. Wenigstens sollte der Herausgeber den Inhalt der ausgelassenen Stellen, wie auch die betreffenden Quellenwerke, wo man sich über die Lücken orientiren könnte, angegeben haben. Leider vermiffen wir auch letztere Notizen sehr oft in dem Tagebuche.

Der Herausgeber bemühte sich jedoch, diese Schwäche seiner Edition durch eine längere historische Abhandlung, die er als Einleitung dem Tagebuche vorausgeschickt hat, auszugleichen, was ihm in hohem Maße gelungen.

Ich muß hier offen gestehen, wiewohl ich mir sonst zur Norm gemacht habe, die Verdienste meiner Volksgenossen niemals vor einem fremden Forum mit hellen Farben aufzutragen, daß mir nur selten eine so genaue, unparteiische und musterhafte Bearbeitung eines Quellentextes zu Gesicht gekommen ist, wie gerade die historische Skizze des Dr. Pawiński. In gedrungenen Rürze führt uns Pawiński jene Zeiten der inneren Wirren, jener Krisisperiode des Herzogthums, vor die Augen: wir erblicken da den greifen und fränklichen, aber niemals entmuthigten Herzog Albrecht, umgeben von

einer ganzen Cohorte von Gelehrten und Abenteurern, die, statt an des Vaterlandes Ruhm, nur an die Füllung ihrer Geldsäcke dachten. Mit kundiger Hand entrollt Pawinski ferner die elenden Machinationen der Nachbarn mit ihren egoistischen Plänen und Absichten; und zuletzt erblicken wir im Hintergrunde das große Reich der Jagellonen in seiner Blüthe und an seiner Spitze eine Menge großer Gestalten, denen es zwar nicht an Herz und Gemüth und Ritterlichkeit, wohl aber an Glück, nüchternen Berechnung und fester Ausdauer, ihre Pläne durchzuführen, gebrach.

I.

Nur Weniges ist uns über das Lehnverhältniß Albrechts zu Polen überliefert und auch dieses Wenige von den polnischen und preussischen Historikern auf rein stiefmütterliche Weise behandelt worden.

Als der deutsche Orden, nach fast zweihundertjähriger Blüthezeit, geschwächt durch innere Sittenlosigkeit und die Willkür und Habsucht der Ordensritter, auf den Gefilden von Tannenberg von der vereinten Kraft der Polen und Litauer eine schwere Niederlage erlitten und im Frieden zu Thorn besiegelt hatte, lag den Königen von Polen keine schwierige Politik gegen Preußen ob, um die Interessen ihres Reiches zu wahren. Die Heeresmacht des Ordens war ja gebrochen, und die innere Ruhe, die früher durch die kräftige Hand der zahlreichen Komthure aufrecht erhalten wurde, überall den verschiedenartigsten Streitigkeiten und Zänkereien gewichen; mit einem Worte: es lag der deutsche Orden wie ein Riese, welcher sich selbst in Fesseln geschlagen, ohnmächtig am Boden.

Mit der Säkularisation des Ordens im Jahre 1525 änderte sich die ganze Sachlage. Das gegenseitige Verhältniß beider Reiche wurde jetzt von Tag zu Tag gespannter, da der durch den Krakauer Vertrag neu freierte Herzog während der ganzen Zeit seiner Regierung bemüht war, nicht nur die Herzogsmacht im Innern des Landes den Großen gegenüber zu wahren, sondern auch dieselbe von seinem Lehnsherrn so frei als möglich zu stellen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Sigismund I. auf keinen Fall ohne allen Grund im Jahre 1525 auf die für Polen schädlichen Lehnbedingungen eingegangen ist. Er würde damals ganz bestimmt den lang gehegten Wunsch der polnischen Nation, Preußen mit Polen zu vereinigen, erfüllt haben, wenn ihn nicht die Nothwendigkeit von diesem Vorhaben abgehalten hätte. — Es drohte nämlich Polen zu Ende der ersten und zu Anfang der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts eine stete Gefahr von Seiten seines östlichen Nachbarvolkes, der Russen, und um gegen diese ungeführt, wie späterhin

gegen die Schweden, auftreten zu können, gingen die Könige von Polen „zwar leichtsinnig“ auf die milden, für die Krone Polen schädlichen Feudalbedingungen ein. Der Jagellone Sigismund glaubte, sich durch diese nachgiebige Politik an Albrecht von Brandenburg, der mit ihm noch dazu verwandt war, einen treuen Freund und eine mächtige Stütze für alle bevorstehenden Kriege erworben zu haben.

Nicht so dachte aber Albrecht. Als echter Sohn seines staatsklugen Vaters, des Herzogs Friedrich von Bayreuth und Ansbach, war er nur auf die Machtentwicklung seines Hauses bedacht. Wohlweislich wahrte er sich deshalb schon zu Kralau das Recht, daß, im Falle er kinderlos sterben sollte, Preußen an seinen Bruder Georg und seine direkten Descendenten, bezw. im Sterbefalle derselben auf seine anderen beiden Brüder Kasimir und Johann ohne Weiteres fallen sollte. Sein Streben war ferner darauf gerichtet, eine reichsunmittelbare Stellung zu erringen, welche ihn wie seine Verwandten, die Kurfürsten von Brandenburg, befähigen würde, bei den damaligen zerrütteten politischen und religiösen Zeitverhältnissen sein Wort mit auf die Waagschale der europäischen Politik legen zu dürfen. Leider wollten ihm diese ehrgeizigen Pläne nicht gelingen. Er erlangte zwar vom Könige von Polen bei dessen Anwesenheit in Danzig im Jahre 1526 das Privilegium des Münzprägens, sowie das Recht freier Bälle und Jahrmärkte,¹⁾ mußte dagegen mit Trauer sehen, wie seine übrigen Bitten und Forderungen drei Jahre darauf ihm abschlägig vom polnischen Hofe beantwortet wurden. Albrecht von Brandenburg beanspruchte nämlich für sich im Jahre 1529 das Recht, bei der Wahl der polnischen Könige mitstimmen zu dürfen. Er bezugte diese Forderung aus seiner Stellung als polnischer Senator und aus der Art des Lehnungsverhältnisses zur Krone Polen. Nach dem Kralauer Vertrage hatte nämlich der jedesmalige Herzog von Preußen gleich nach dem Könige den ersten Sitz im polnischen Senate inne. Albrecht glaubte nun im vollsten Rechte zu handeln, wenn er für sich aus diesem Umstande auch Stimme bei der Election der polnischen Könige beanspruchte. Sigismund sowie die polnischen Großen wollten jedoch nichts von diesem einem Fremden nicht zustehenden Rechte wissen und beschieden ihn abschlägig. Auch die beiden anderen Forderungen des Herzogs, daß von den preussischen Gerichten keine Appellation an den Obergerichtshof des polnischen Reiches stattfinden, wie auch daß den Königen von Polen das Recht nicht zustehen sollte, Geleitsbriefe nach Preußen zu erteilen, wurden als den Rechten eines Lehnsherrn widersprechend auf das Bestimmteste verworfen.

¹⁾ Dogid. Ood. dipl. IV, 240.

Nolens volens mußte sich nun der Herzog mit der herben Antwort des polnischen Hofes zufrieden geben und den Illusionen einer vollständig unabhängigen Herrschaft in Preußen für den Augenblick wenigstens entsagen. Es sammelten sich außerdem über seinem kleinen Herzogthume unheilvolle Gewitterwolken, die sich am meisten über seinem schon durch sonstiges Unglück schwer geprägten Haupte zu entladen schienen. Es hatte nämlich der Beherrscher des deutschen Reichs Karl V. auf dem Reichstage zu Augsburg 1530 für den den Gelübden treu gebliebenen Theil der deutschen Ordensritter Partei genommen und ließ am 14. November 1530 an Herzog Albrecht den strengen Befehl ergehen, unter Vermeidung der schärfsten Strafe und kaiserlicher Ungnade dem damaligen in Wergentheim residirenden Hochmeister Balther v. Kronberg als dem „neuen Administrator des Hochmeisterstuhles“ Preußen zu räumen, bezw. wegen seiner Ansprüche vor dem Kaiser sich zu rechtfertigen.

Die Lage, in welcher sich Herzog Albrecht damals befand, war keine beneidenswerthe. Dazu mußte er fürchten, daß im Falle einer regsamten Agitation von Seiten Kronbergs die größtentheils katholisch gebliebenen Reichsfürsten sowie der livländische Schwertritterorden gegen ihn Partei ergreifen würden. Was konnte für ihn da von größerem Nutzen sein, als gerade ein freundschaftliches Verhältniß mit seinem Lehnsherrn, dem Könige von Polen? Aus eigenem Antriebe mildert er deshalb auf dem Reichstage zu Petritau seine Forderungen und fleht „auf die unterthänigste Weise seinen Verwandten und Herrn“ um Hülfe und Unterstützung gegen das feindliche Einschreiten des deutschen Kaisers an.

Der Nachfolger Sigismund I., der König Sigismund August, von welchem der Herzog gleich bei dessen Krönung ohne alle Schwierigkeiten durch seine Gesandten — wegen Krankheit war er verhindert, persönlich zu dieser Feierlichkeit zu erscheinen — die Erneuerung der Belehnung erhalten hatte, verfolgte gegen Preußen eine ganz ähnliche Politik wie sein Vater. Auf das Entschiedenste verweigert er deshalb die im Jahre 1552 und 1555 von Albrecht erneuten Bitten und giebt ihm in einem Schreiben vom Jahre 1555 einen scharfen Verweis und den wohlgemeinten Rath, ein für allemal von seinen Vorstellungen abzustehen. Diese heftige abschlägige Antwort machte den Herzog nicht bange, denn wir erfahren aus den Akten, daß er schon 1563 am 5. April auf dem polnischen Reichstage alle seine Bitten erneuern und von einigen polnischen Magnaten unterstützen läßt. Doch auch diesmal erhielt er vom polnischen Hofe eine abschlägige Antwort.

Ob Albrecht noch in den folgenden Jahren mit seinen Bitten und Forderungen aufgetreten ist oder nicht, läßt sich, da alle Quellen uns hier im Stiche lassen, mit voller Sicherheit nicht bestimmen. Soviel steht

wenigstens fest, daß von Seiten des polnischen Hofes dem Herzoge keine Konzessionen in jener Zeit gemacht worden sind.

Während nun der Herzog rastlos für sein Herzogthum thätig war, traf ihn in seinem Familienleben manch herber Schlag, ohne jedoch seinen festen und zähen Charakter zu schwächen oder zu beugen. Alle seine Kinder aus der ersten Ehe raffte ihm ein frühzeitiger Tod weg, und aus seiner zweiten im späten Alter mit einer braunschweigischen Prinzessin geschlossenen und keineswegs glücklichen Ehe hatte er nur einen Sohn, mit Namen Albrecht Friedrich, auf den er jedoch wegen seiner Gebrechlichkeit an Körper und Gemüth keine großen Hoffnungen bauen konnte. Seine drei Brüder starben ebenfalls alle vor ihm, und von ihrer Nachkommenschaft blieb nur Georg Friedrich, der Sohn Georgs, am Leben.

Die ältere brandenburgische Linie, welche die Kurfürstenwürde in Deutschland bekleidete, wußte diese Unglücksfälle in der ihr verwandten Familie zu ihrem Vortheil zu benutzen. Mit Albrechts Bewilligung bestürmten sie von nun an den König von Polen, die Lehnsebefähigung von Preußen auch auf ihre Linie zu erweitern.

Sigismund I. und sein Nachfolger wiesen anfangs mit aller Bestimmtheit Joachim II. mit seinen Vorstellungen ab, und selbst die Bitten Albrechts und der eigenen Schwester des Königs konnten Sigismund August in seinen Beschlüssen nicht wankend machen.

Und doch wissen wir, daß der Sagellone im Jahre 1562 auf die Vorstellungen des Kurfürsten eingegangen ist und nicht nur ihn nebst seinen direkten Descendenten, welche die Kurfürstenwürde inne haben würden, mit Preußen belehnt, sondern auch diese Belehnung kurze Zeit darauf auf den jüngeren Sohn des Kurfürsten Sigismund und seine Nachkommenschaft erweitert und feierlich das Kurfürstenhaus auf dem Reichstage zu Petrikau im Anfang des Jahre 1563 mit dieser investitura simultanea befallt hat.

Es ist schwer festzustellen, was für Umstände den König von Polen zu diesem Schritte, der ihm beinahe von allen polnischen Historikern einen scharfen Tadel zugezogen hat, bewogen haben können. Daß er nur auf Grund seiner Verwandtschaft zu den Brandenburgern auf die Mitbelehnung der älteren kurfürstlichen Linie eingegangen sein soll, ist in Hinsicht der in früheren Jahren so oft dem Kurfürsten abgeschlagenen Bitte schwerlich anzunehmen. Ich glaube hierbei die Anschauungsweise Pawlinskis theilen zu müssen, welcher, ohne den König wegen seiner Handlung zu tadeln, die Ansicht vertritt, daß Sigismund August sogar sehr diplomatisch gehandelt habe, auf die Bitten des Kurfürsten einzugehen, da es die damalige Lage des Staates erheischte, mit den beiden westlichen Nachbarn sich näher und fester zu verbinden. Die im Jahre 1561 durch Gotthard Kettler erfolgte

Uebergabe Livlands und Kurlands an Polen bewirkte für das Königreich eine vollständig isolirte Stellung unter den europäischen Staaten. Ivan der Grausame benutzte diesen günstigen Augenblick, um sich mit den Feinden Polens zu verbinden. Er schloß deshalb mit Schweden eine Koalition und einigte sich mit dem nordischen Reiche dahin, daß alle Provinzen, die Polen an der Ostsee entrissen würden, zwischen Schweden und Rußland getheilt werden sollten. Und sogleich darauf überschritt er mit einem starken Heere die polnische Grenze und eroberte am 15. Februar 1563 die starke Feste Polock an der Dwina. Die Nachricht von dem Verluste dieser wichtigen Grenzstadt erregte in Warschau große Bestürzung, die noch dazu durch die Rüstungen der Türken und Tartaren, welche nach dem überall verbreiteten Gerüchte im Frühjahr in Polen einfallen sollten, vermehrt wurde. Auch in Deutschland schien die Stimmung für Polen keine günstige zu sein.

Mit guter Berechnung erneuert der Kurfürst in diesem Augenblicke seine Bitten; er verspricht, in allen Kriegen auf Polens Seite zu stehen und dasselbe nach Kräften zu unterstützen. Was sollte da der Jagellone thun? Er ergreift, wenn auch ungern, die ihm von Joachim II. dargereichte Hand und glaubt, durch die gewährten Konzessionen an dem Kurfürsten einen kräftigen Bundesgenossen für einen etwaigen Krieg mit Rußland bezw. Schweden sich erworben zu haben. Auch verpflichtete sich der Kurfürst, auf keinen Fall den Durchzug fremder Heere durch Brandenburg bezw. Preußen nach Polen hin zu gestatten.

II.

Nach der Umwandlung des Ordensgebietes in ein weltliches Herzogthum treten in Preußen zwei Parteien auf: der Herzog und die Stände. Die Macht der Letzteren, welche noch vor dem Jahre 1525 unter dem Schutze fremder Staaten und der innern Schwäche der Ordensritterschaft sich mächtig entwickelt hatte, mußte für einen neu kreirten Herzog, der aller Coalitionsbündnisse und Geldmittel entbehrte, mit der Zeit sehr gefährvoll werden. Für Herzog Albrecht war es deshalb eine Existenzbedingung, den Kampf mit den übermüthigen Ständen mit aller Energie aufzunehmen und ihn auch bis zur vollständigen Demüthigung derselben zu Ende zu führen.

Albrecht von Brandenburg war der passendste Mann zu diesem Kampfe; Entschlossenheit und Ausdauer, Schlaueit und Berechnung können ihm von Niemand abgesprochen werden. Leider besaß er andererseits Schwächen, die auf seine politischen Unternehmungen einen nachtheiligen Einfluß übten und an seinen Niederlagen oft einzig und allein schuld waren. Ich meine an erster Stelle seinen zu großen Ehrgeiz und Stolz, der bei günstiger Lage

seiner Verhältnisse selbst die billigsten Forderungen seiner Gegner zu gewähren nicht verstand und über alle Rechte und Privilegien der Stände sich hinwegsetzen zu dürfen glaubte. Nicht wenig wirkte zu seinen Ungunsten die Krankheit, die den Herzog im Herbst des Jahres 1563 getroffen hat und mit den Jahren stets größere Dimensionen angenommen zu haben scheint. Diese Krankheit — es war wohl die *paralysis progressiva* — regte noch mehr Albrechts unruhiges Gemüth auf und machte den Herzog zu einem mißtrauischen Regenten, wie es wenige gegeben hat. Kein Wunder, daß wir plötzlich an seinem Hofe aus allen Weltenden zusammengelaufene Abenteurer vorfinden, die nur deshalb nach Königsberg kamen, um bei günstiger Stimmung des Herzogs sich bei demselben einzuschmeicheln und auf diesem Wege zu Reichthum und Ansehen zu gelangen. Der dritte Punkt im Kapitel von Albrechts Schwächen ist der durch Verschwendung herbeigeführte stete Geldmangel, der sich in seiner Kasse vorfand. Auf solche Weise fehlte ihm die Kardinalsache, die einem Fürsten zur glücklichen Schlichtung von Streitigkeiten und zur Erwerbung der Volksgunst unbedingt nothwendig ist.

Trotz ihres großen Ansehens waren die Stände zur Regierungszeit Albrechts von Brandenburg sehr verarmt; sie verspürten daher keine große Lust, dem verschwenderischen Herzoge den Säckel immer von Neuem zu füllen.

Der preußische Landtag bestand damals eigentlich nur aus zwei Ständen, aus dem Adel und dem weniger zahlreichen Stande der Städte. Zwar sah man sich genöthigt, auch hin und wieder Vertreter des Landvolks zum Landtage zuzuziehen; ihre Anzahl war aber zu gering, als daß man auf ihre Stimmen und Ansichten irgend einen Werth zu legen brauchte. Die Majorität des Landtages bildete der Adel, dem sich noch die zwölf Herrschafts-Landräthe beizugesellen pflegten.

Dieser Kampf zwischen Herzog und Adel, als dessen Parole das *do ut des*, und als dessen unerquickliches Thema das ewige Schachern und Fordern um Geld von der einen und um Privilegien von der anderen Seite erscheint, findet in der Weltgeschichte — ich verweise nur auf Karl I., König von England — allzu oft statt, als daß er hier näher beleuchtet zu werden brauchte. Für den einheimischen Geschichtsforscher ist und bleibt es eine unangenehme Beschäftigung; es ist daher keineswegs zu verwundern, wenn das Urtheil etwas herb über diese oder jene Partei auszufallen pflegt. Die preußischen Historiker nehmen bei diesen Streitigkeiten beinahe ohne Ausnahme für den Herzog Partei und fällen über die Stände und vornehmlich den Adel ein völlig verwerfendes Urtheil. Ich theile mit Pawinski eine vollständig entgegengesetzte Ansicht, und kann mir diese bisherige Auffassungsweise nur auf die Weise erklären, daß die Stände sich deshalb den Groß der deutschen Geschichtsschreiber zugezogen haben, weil sie so

oft die Polen um Hülfe angesprochen und durch diese Alliance nicht zum Vortheil des Landes, sondern nur zu Gunsten Polens gehandelt haben sollen. Die bisherige Ansicht über die preussischen Stände in den Jahren 1566—68 verträgt sich mit den Quellenberichten und vornehmlich mit den glaubwürdigsten Nachrichten des Tagebuches auf keinen Fall, und man muß bei jenen Wirren, welche Polens Einmischung verursachten, den Ständen unbedingt Recht geben, ohne sich jedoch, wie es in einigen polnischen Geschichtsbüchern geschieht, zu einer Apotheose derselben zu erheben.

Gleich im Anfang seiner Regierung dämpfte Albrecht von Brandenburg nach Kräften das ehrgeizige Streben der Stände. In Zeit der Geldnoth, in welche er einzig und allein nur durch seine leichtsinnige Verwaltung der Staatskasse zu gerathen pflegte, mußte er trotzdem den Ständen einige wichtige Vorrechte ertheilen; so erhielten im Jahre 1540 jene das bekannte Privilegium über die magdeburgischen und Lehnsgüter, und zwei Jahre darauf die in politischer Hinsicht wichtige formula gubernationis.

In seiner nächsten Umgebung hatte Albrecht von Brandenburg einen Rath von vier Großen, der ihm bei allen seinen Regierungsgeschäften behülflich sein und auch die Regierung während seiner Abwesenheit oder Krankheit selbstständig führen sollte. Wenn auch diese vier Räte nach einer Verordnung vom Jahre 1542 deutscher Herkunft, in Preußen geboren und vom Adel sein mußten, so konnte doch Albrecht aus der keineswegs geringen Anzahl des preussischen Adels sich stets geeignete Persönlichkeiten zu diesem Amte aussuchen, die ihm mit Hand und Herz ergeben wären. Er ließ jedoch in späteren Jahren diese gesetzliche Bestimmung vollständig außer Acht und wählte zu seinen Rathgebern Fremdlinge von unbekanntem Ursprunge, denen es mit der Zeit durch ihr schlaues und einschmeichelndes Wesen, wie auch durch die Kenntniß der Künste und Wissenschaften des Herzogs Gunst zu erlangen und die Zügel der Regierung an sich zu reißen gelang. Mit Hülfe dieser Abenteurer, die selbst vor dem waghalfigsten Schritte nicht erschrakten, tritt Albrecht von Brandenburg von nun an schroff und unnachgiebig den Ständen entgegen. Mit einer unglaublichen Willkür und Freiheit waltet er jetzt im Herzogthum; frühere Beamten werden ihrer Würden entsetzt, um neuen Anhängern die Stellen zu räumen; in Zeit der Geldnoth werden einheimische Burgen und Schlösser rücksichtslos verpfändet und verkauft, und das auf diesem Wege herausgeschlagene Geld muß zum Unterhalt eines zügellosen Lebens, welches nicht so sehr vom Herzoge, als von seinen Günstlingen und seiner zweiten Gemahlin geführt wurde, dienen. Und das arme, durch die frühere Regierungsweise ausgefogene Land fühlt jetzt in mehr als einem Falle die eiserne, unbändige Hand seines Herrschers; noch mehr leidet es aber von den neuen Günstlingen des Herzogs, die — als wären sie

Herren des Landes — mit schamloser Selbstsucht die höchsten Ämter nur ihren Anhängern verleihen und auf dem besten Wege sind, durch die verschwenderische Verwaltung der Staatsgelder das ganze Land in Noth und Elend zu stürzen.

Auch auf dem Gebiete der kirchlichen Angelegenheiten richtet sich Herzog Albrecht nur nach seinem Eigenwillen. Die Stände, erschreckt über die ungerechtfertigte Behandlung der Befenner der Augsburger Konfession, bitten den Herzog, wenigstens auf dem Gebiete des Kirchenwesens von den Reformen abzustehen und ihren Glauben, an dem das ganze Land mit Liebe und Festigkeit hänge, respektiren zu wollen. Diese Vorstellungen kümmerten jedoch sehr wenig den Herzog. Er beschloß nämlich auf Rath des berühmten Osiander, der neuen „Rechtfertigungslehre“ Eingang in Preußen zu verschaffen, und verbreitete trotz aller Proteste der Stände in den Jahren 1550 und 1562 mit einem unglaublichen Eifer seine religiösen Anschauungen. Seine Thätigkeit wurde auch mit dem besten Erfolge gekrönt, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß schon nach 1558, in welchem Jahre die neue Kirchenordnung in Preußen eingeführt wurde, der Osiandrismus weite und beinahe allgemeine Verbreitung unter den Volksklassen des Herzogthums gefunden zu haben scheint.

III.

Noch kehren wir einige Jahre zurück, um uns das Treiben der Günstlinge des Herzogs in Preußen zu erklären.

Albrecht von Brandenburg gehörte zu den gastfreundlichsten Herrschern seiner Zeit. Zu jeder Zeit fanden an seinem Hofe Künstler und Gelehrte, Geistliche und Laien eine freundliche Aufnahme. Mit Vorliebe verkehrte der erste Herzog Preußens, als großer Verehrer der Künste und Wissenschaften, im Kreise gelehrter Männer. An allen gelehrten Disputationen, wie sie in der Reformationszeit stattfanden, nahm er regen Antheil und verfaßte sogar neben vielen theologischen Abhandlungen ein größeres Werk über die Strategie, welches ihm von seinen Zeitgenossen manches wohlverdiente Lob einbrachte. An die von ihm in Königsberg gegründete Albertusuniversität berief er die Koryphäen der damaligen Wissenschaft, und vornehmlich tüchtige Theologen, wie einen Osiander und nach dessen Ableben den Nürnberger Reformator Junf.

Im Jahre 1561 erblicken wir an seinem Hofe einen Mann, dessen Ruhm schon durch ganz Europa verbreitet war und der in Preußen in der Folgezeit eine wichtige, wenn auch für das Herzogthum unheilvolle Rolle spielen sollte. Es war Paul Stalich, Doktor der Theologie aus Nürnberg, ein warmer Verehrer der Reformation.

Selten gelang es wohl einem Manne, in die Gunst eines Regenten sich so schnell einzuschmeicheln und auf ihn einen so bedeutenden Einfluß auszuüben, wie gerade Skalič. Es bahnte ihm den Weg zum Herzen des Fürsten neben seiner sonstigen vielseitigen Bildung vornehmlich seine Kenntniß mythischer und rabbinistischer Lehren, denen sich der Herzog in seinem späten Alter, wie sehr viele Größen seiner Zeit, vollständig hingeeben hatte. Skalič wußte auch ganz gut, daß, wenn er zu irgend welchem Einflusse an dem Hofe gelangen wollte, er zuerst das vollständige Vertrauen des Herzogs gewinnen mußte. Mit wahrem Kennerblicke erfaßte er alsbald die ganze Lage des Fürsten. Er bemerkte, daß der Herzog, welcher schon — wie man zu sagen pflegt — mit einem Fuße im Grabe stand, nur höchst traurige Aussichten vor sich hatte. Das Herzogthum war ihm keineswegs gesichert, von allen Seiten drängte die Gefahr, und dazu bedrohte sein Land der Krieg, welcher um den Besitz Eiblands geführt wurde. In seinem Rathe befand sich keine Persönlichkeit, der er unbedingt vertrauen konnte. Die vier alten Rätke seiner Umgebung achteten mehr auf den Willen und die Wünsche des Adels, als auf seine Befehle und Verordnungen. Und dazu der stete Kampf um das unheilvolle Geld!

Auch im engeren Familienkreise schien ihm das Glück keineswegs zu lächeln. Der Tod raffte ihm, wie oben erwähnt, frühzeitig alle Kinder weg, und nur ein Sohn, der noch kränklich dazu war, blieb ihm am Leben. Auf dessen Zukunft baute er zwar etwas Hoffnung, aber auch Befürchtung zugleich, ob sich auch nach seinem Tode ein seines Sohnes würdiger Vormund und Leiter finden werde?

Und wem sollte sich zuletzt der greise Herzog bei dieser seiner vollständigen und traurigen Verlassenheit anvertrauen, wem sein Herz ausschütten?

Skalič war der Mann dazu, der mit seinem Scharffinn die Lage auszunutzen und die vom Fürsten gewünschte Rolle eines Rathgebers und Freundes, eines tüchtigen Beamten und eines treuen und unbedingt ihm ergebenden Unterthanen einzunehmen verstand.

Zur sicheren Behauptung dieser freien Stellung an der Seite des Herzogs war aber die allmähliche Beseitigung aller bisherigen Rätke unbedingt nothwendig. Bei ununterbrochener Verdächtigung derselben gelang es Skalič, eher noch als er eigentlich gedacht hatte, dieselben ihrer Aemter und Würden zu entheben und ihre Stellen mit seinen Freunden und Gesinnungsgenossen zu besetzen. Die Stände führten zwar über diesen gewaltigen Umsturz und über die Willkür und Verschwendung Skaličs und seiner Anhänger beim Herzoge Beschwerde; doch auch jetzt wurden ihre Klagen — wie schon so oft — unberücksichtigt gelassen.

Von dieser Zeit an, es war im Jahre 1563, schaltete und waltete Stalich nach Belieben. Ehrenämter und Würden standen ihm allerorts offen; mit großen Besitzthümern — ich erinnere nur an das Schloß Kreuzburg — wurde er vom Herzoge und den Nachbarfürsten überhäuft; es überschütteten ihn förmlich mit Geld — doch nur anfänglich — seine ihm ergebenen und nach höheren und einträglicheren Stellen strebenden Kreaturen. Dazu trat nach Ende des Jahres 1563 ein Ereigniß ein, welches Stalichs Ansehen und Macht bedeutend stärkte. Herzog Albrecht wurde nämlich auf dem kleinen Streifzuge, welchen er gegen den Herzog Erich von Braunschweig in der Nähe von Marienwerder unternommen hatte, vom Schlage gerührt. Er fing von jetzt an bei seinem schon in früheren Jahren stark zerrütteten Gesundheitszustande förmlich hinzustechen und wurde dadurch zur persönlichen Leitung der Staatsgeschäfte immer weniger brauchbar. Diese Krankheit — es war, wie erwähnt, die *paralysis progressiva* — nahm rasch zu. In einem 1567 an Kromer geschriebenen Briefe berichtet der Augenzeuge Knaborski über dieselbe folgendermaßen: „Der Herzog ist schon sehr schwächlich und vegetirt eigentlich nur. Das Hören und Sprechen fällt ihm sehr schwer, und wenn es ihm manchmal gelingt, irgend ein Wort auszusprechen, so bleibt ihm der Mund so lange offen stehen, bis ihm Jemand denselben zumacht¹⁾.“ Für Stalich konnte sich nichts Willkommeneres ereignen, als dieser schreckliche Krankheitszustand des Herzogs. Seine Herrschaft gewann von jetzt ab immer festeren Boden und, was das Wichtigste, Stalich wurde jeder Kontrolle von Seiten seines Herrn entzogen.

Zu der Würde der Rathgeber und zu anderen hohen Stellungen werden jetzt eine Anzahl Stalichs intimster Freunde, selbstverständlich stets „mit herzoglicher Bewilligung“, erhoben. Die bekanntesten von diesen waren: der Hofkaplan Funt, Johann Schnell, Johann Steinbach, und der frühere Kirchenbeamte des Herzogs von Mecklenburg Mathias Horst, den Pawlinski irrthümlicherweise zu einem Selztänzer und Schauspieler macht. Die wichtigen Stellen des Kanzlers und Burggrafen, die bis dahin von Johann und Christoph Kreuz verwaltet wurden, erhalten, vollständig gegen die gesetzliche Bestimmung vom Jahre 1542, der Mecklenburger Dr. Kirchhoff und Kaspar Rostig.

Mißgestimmt und größtentheils unthätig sahen die preussischen Stände diesen Umtrieben zu. Sie sahen zu, wie ihr armes Vaterland von einer Schaar wildfremder Leute durch stets neue Abgaben und Lasten ausgebeutet, ja rein ausgezogen wurde; sie sahen zu, wie große Geldsummen von einzelnen Städten „im Namen des Herzogs“ entliehen wurden, die aber meistens nur

¹⁾ Eichhorn, Stan. Hofius S. 267. Vergl. Jagiellonki Polska, t. III, S. 124.

in die Taschen der Sippchaft der Stalichianer wanderten; sie sahen zuletzt auch zu, wie ihre heimischen Burgen und Schlösser in Zeit der Geldnoth dieser „neuen Herren“ eigenmächtig verkauft, verpfändet und verschenkt wurden. — In jenen Tagen wurde auch mit Hülfe eines von den neuen Rätthen das frühere Testament des Herzogs umgeworfen und dem Herzog von Mecklenburg Johann Albrecht, einem Schwager Albrechts von Brandenburg, „die Gubernation“ des Landes bis zur Volljährigkeit des jungen Herzogs ohne Wissen und Willen des Lehnsherrn, des Königs von Polen, übertragen. Und zum Danke für diese gütige Annahme der Vormundschaft über den Sohn Albrechts erhielt der Herzog von Mecklenburg die vier wichtigsten Burgen des Landes, Memel, Grebin, Marienburg und Marienwerder, zum Geschenke!

Mit der Zeit mußte jedoch auch die Geduld der Stände reißen. Zwei Umstände waren es hauptsächlich, welche sie aus der lethargischen Gleichgültigkeit herausrüttelten und ihnen ihre Pflicht, für das gefährdete Wohl des Vaterlandes Sorge zu tragen, im Herzen wach riefen. Es war dies einerseits das immer mehr um sich greifende Gerücht über Stalichs niedrige Herkunft und unsaubere Vergangenheit, wie andererseits die grausame Vergewaltigung einer der beliebtesten Persönlichkeiten des Landes durch die neuen Rätthe. Einem reichen preussischen Magnaten, dem Herrn auf Großkitten, Albrecht Truchseß v. Weßhausen, war es nämlich während seiner Anwesenheit in Wien gelungen, manches und keineswegs Günstiges über Stalichs Vergangenheit zu erfahren. Nach seinen Berichten, die er nach seiner Heimkehr in Preußen überall verbreitete, war Stalich der Sohn eines armen Lehrers aus Agram, mit Namen Sehnaczyk, und seine Familie nicht adliger Abstammung. Zwar bemühte sich Stalich mit ungemainer Ausdauer und Schlanheit, in Schriften und vor Gerichten sich von den ihm allerorts gemachten Vorwürfen zu befreien, doch umsonst, da die Untersuchung endgültig und überall zu seinen Ungunsten beendet wurde. Es stellte sich heraus, daß Stalich ein raffinirter Betrüger war, der, aus Kroatien gebürtig, den Namen Stalich (wohl Stalicz?) angenommen hatte und durch Fleiß und angeborene Anlagen einen europäischen Ruf sich zu erwerben verstanden.

Stalich, der nun einsah, daß unter solchen Verhältnissen sein Ansehen selbst unter seinen Genossen schwinden müsse, vornehmlich, wenn von Seiten der höheren Beamten, wie z. B. von Ratik es geschah, ähnliche Verdächtigungen gegen ihn am Hofe und im Lande verbreitet würden, wußte sich trotzdem Rath zu schaffen. Er begiebt sich nämlich zum greisen Herzog, entwirft ihm unter Thränen ein falsches Bild über seine angeblich erduldeten Verfolgungen und bittet ihn um Hülfe und Unterstützung. Und der Herzog —

ertheilt ihm das Recht der *propria vindicta*! Und dies nicht genug, es erläßt der Herzog nicht lange darauf an die Stände das strenge Verbot, „daß Niemand bei seiner höchsten Ungnade sich erdreisten solle, Stalichs Ehre oder der seiner Freunde irgendwie nahe zu treten“.

Elias Raniß, der vorher gegen den „Nachkommen der fürstlichen Familie della Scala“ in scharfer Weise aufgetreten war, wurde nun ohne alle gerichtliche Untersuchung am 10. Oktober 1565 seines Amtes enthoben und des Landes verwiesen. Der damals gerade in Königsberg sich versammelnde Landtag nimmt sich aber seiner an. In einem längeren Schreiben stellen die Stände — diesmal ohne alle Scheu und Aengstlichkeit — dem Herzoge die traurige Lage und gefährdete Zukunft des Landes vor Augen, im mildesten Tone machen sie ihm wegen der jetzigen Regierungsweise Vorstellungen und bitten ihn, in dem Lande die alte, jetzt höchst ersehnte Ruhe wieder herzustellen. „Wir haben ja Ew. Hoheit“, sind ihre Worte, „nicht aber Stalich als unseren Herrn anerkannt und werden es weiter unter keiner Bedingung dulden, daß derselbe eigenmächtig über uns schalte.“ Nach den mir vorliegenden Berichten soll Herzog Albrecht über diese Klagen und gerechten Forderungen dermaßen aufgebracht worden sein, „daß er sich eher den Tod als so etwas gewünscht und auch erklärt habe, solche freche Reden weder zu erwägen noch sie jemals beantworten zu wollen.“ Eingeschüchtert und beinahe vollständig entmuthigt durch diese heftige und herbe Antwort Albrechts von Brandenburg, wagen die Stände auch jetzt nicht ihren Willen durchzusetzen. Elias Raniß flüchtet sich indessen an den Hof des Königs von Polen und setzt dort in Verbindung mit mehreren anderen preussischen Flüchtlingen alle Hebel in Bewegung, um sein Vaterland aus der Hand der dominirenden Stalichianer zu befreien und sich selbst und seinen Freunden baldige Rückkehr in die Heimath zu ermöglichen.

Stalich, der sich wiederum eines über die Stände errungenen Triumphes rühmen konnte, fühlte sich trotzdem keineswegs auf Rosen gebettet. Aehnlich wie seinem Herrn fing nämlich auch ihm jetzt an das Geld zu mangeln, und zu seinem Leidwesen mußte er es erleben, daß ihm dasselbe gar oft von den Ständen verweigert wurde. Um sich aus dieser ewigen Klemme ein für allemal herauszureißen und die Opposition seiner Gegner zu brechen, faßte er mit den neuen Räten den verwegenen Plan, mit Gewalt die Geldforderungen durchzusetzen. Zu diesem Zwecke schloß er mit einem in Pommern ansässigen Reiterhauptmann Paul Wobser¹⁾ den heimlich gehaltenen Vertrag, daß Wobser unter dem Vorwande, den Dänen oder Polen zu Hülfe zu ziehen, mit tausend Kriegern nach Königsberg kommen und ihn bei

¹⁾ Das Tagebuch hat stets die Schreibart Wobser, nicht Wobeser.

allen seinen Unternehmungen unterstützen sollte; Statlich verpflichtete sich dagegen, binnen acht Monaten den Söldnern 200,000 Thaler auszuzahlen, und räumte ihnen außerdem das Recht ein, daß, im Falle er zahlungsunfähig wäre, es den Wobserischen Motten freistehen sollte, obige Summe mit Gewalt und durch Plünderungen von den widerspenstigen Preußen zu erheben.¹⁾

IV.

In Polen war man indessen mit der Lage des Herzogthums vollkommen vertraut. Man verdankte die bezüglichen Informationen dem, Polen mit Hand und Herz ergebenden Cardinal Hosius, dem es wegen der unmittelbaren Nähe seines Wohnortes bei Königsberg möglich war, sowohl die schnellsten und sichersten Nachrichten über alles in Preußen Geschehene zu erlangen, als auch über die Ursachen und die Tragweite der einzelnen Begebenheiten aus dem Munde der an seinem Hofe verweilenden Gegner Statlichs sich zu vergewissern. Der König ließ anfangs den wiederholten Rathschlägen und Vorstellungen des Bischofs von Ermland, welcher die Währungen in dem Herzogthum als sehr gefährvoll für die polnische Krone darstellte, kein williges Gehör. Erst als auch der polnische Adel ihn zur Thätigkeit zu drängen anfang, sandte Sigismund August im März 1566 den Bischof Hosius und den Kastellan von Danzig, Koska, nach Königsberg mit dem Auftrage, dem Herzog wegen der existirenden Unruhen Vorstellungen zu machen bezw. auch seine etwaigen Rechtfertigungen entgegen zu nehmen. Die Gesandtschaft wirkte jedoch nichts aus, da Herzog Albrecht dem Könige eine schriftliche Antwort in Bälde zugehen zu lassen versprach, auf die man jedoch, wie Hosius sogleich vermuthete, vergebens am polnischen Hofe wartete. Den einen Nutzen hatte wenigstens die Reise der polnischen Legaten nach der Pregelstadt, daß dieselben Alles persönlich in Augenschein nehmen konnten und zu der festen Ansicht kamen, daß es für Polen bei der damaligen unselbstständigen Regierungsweise des Herzogs die höchste Zeit sei, in Preußen einzuschreiten. Der polnische Kirchenfürst bestürmt förmlich von nun an den König mit seinen Vorstellungen und Rathschlägen, und die in der Nähe des Königs verweilenden preussischen Magnaten, wie die beiden Rantz und Wekhhausen, unterstützen den Bischof in seinen Bemühungen und vergrößern noch in ihren Berichten die über dem Königreich schwebende Gefahr.

¹⁾ Die Ansicht Lohmeyers, welcher hierbei auf Folgte Darstellung im Berliner Kalender für das Jahr 1848 basiert, daß Statlich schon im August 1565 nach Paris entwichen sei, ist nach den Berichten des Tagebuchs unhaltbar. Nach ihnen verweilte St. noch im Oktober 1565 unstreitig in Königsberg und war bei dem Handel mit Wobser nicht am wenigsten theilhaftig.

Auf dem Ende April zusammenberufenen Reichstage zu Lublin tritt außerdem einer der Gebrüder Kanitz mit einer längeren Rede auf und bittet die versammelten Polen, den passendsten Augenblick zur Befestigung und Wiederherstellung ihres früheren Ansehens in Preußen nicht vorübergehen, wie auch den Preußen die heißersehnte Freiheit und Schutz und Hilfe angedeihen zu lassen. Auch rief Kanitz, so schnell als möglich eine Gesandtschaft wie auch einen Statthalter, und dies in Person des ortskundigen Kosiła, nach Preußen zu senden. Am Schlusse seiner Rede ertheilte er noch den abzusendenden Kommissarien den leider anfangs nicht befolgten Rath, zum Zwecke einer schnellen und gründlichen Untersuchung die neuen Räthe des Herzogs sofort verhaften und ihre Kanzlei mit Beschlagnahme zu versehen. Diese mit Enthusiasmus aufgenommene Rede, wie auch die kurz darauf in Lublin angelangte Nachricht von dem weiteren Vorrücken der Woberserschen Truppen bewogen endlich Sigismund August, die Absendung der in der preussischen Geschichte merkwürdigen Gesandtschaft, welche die alte Ruhe in Preußen und das frühere Lehnverhältniß zu Polen wiederherstellen sollte, am 4. Juli zu dekretiren. Der polnische Reichstag beschloß, daß die Kommissarien auch mit dem preussischen Landtage in Unterhandlung treten sollten, und dies sowohl zum Zwecke einer besseren Orientirung und Information, als auch um dadurch die Verhandlungen mit dem Herzoge zu beschleunigen.

Sogleich nach diesem Beschlusse am 25. Juli wurde Albrecht von Brandenburg durch den königlichen Geheimschreiber Johann Damiir Solikowski persönlich aufgefordert, bis zur Ankunft der polnischen Gesandtschaft entweder die Eröffnung des preussischen Landtages, welcher auf den 5. August berufen war, zu verschieben oder wenigstens die Verhandlungen vor ihrer Ankunft nicht zu schließen.

Ich glaube an dieser Stelle das Ziel der polnischen Politik, welches sich der Jagellone Sigismund August in der preussischen Frage gesteckt hatte, wenn auch in aller Kürze charakterisiren zu müssen, vornehmlich schon deshalb, weil dieselbe von vielen Geschichtsschreibern einen scharfen Tadel und dies ganz ungerechtfertigterweise sich zugezogen hat. Die von Sigismund August den polnischen Kommissarien eingehändigte Instruktion zeigt auf das Evidenteste die damaligen Pläne und Absichten der polnischen Krone und ist neben der Thätigkeit der Gesandtschaft selbst deren beste Apologie.

Gleich zu Anfang der Instruktion fordert Sigismund August die Kommissarien: Johann v. Stuzewo, Peter Zborowski, Johann Kosiła und Nikolaus Firlej auf, mit Milde und Gerechtigkeit ans Werk zu gehen. Zweimal sogar betont er in diesem Schreiben, daß sie Rücksicht auf seine Verwandtschaft zum Herzoge, auf dessen Alter und kränklichen Körperzustand

nehmen sollten . . . Nur nach Recht und nicht mit Gewalt sollen sie handeln. Mit aller Entschiedenheit verwirft deshalb der König den von Ranitz entworfenen Gedanken der Errichtung einer polnischen Statthalterwürde in Königsberg . . . Im weiteren Texte der Instruktion bemüht sich Sigismund August das Schroffe und Berlegendende dieser mit königlicher Macht betrauten Gesandtschaft in den Augen des argwöhnischen Herzogs zu mildern und im günstigen Lichte darzustellen. Nur die Nothwendigkeit und die Bitten und Klagen der eigenen Untertanen des Herzogs hätten ihn zu diesem Schritte bewogen. Schuld an der Gesandtschaft trage überhaupt der Herzog allein, denn weshalb habe er die ihm durch Hofius und Koska gemachten Vorstellungen unbeachtet und unbeantwortet gelassen? In vielen Fällen habe ferner der Herzog das Lehnverhältniß zu Polen zerrissen und vollständig aus dem Auge gelassen, daß auch der König von Polen als Lehnsherr bei wichtigeren Angelegenheiten des Herzogthums mitzureden habe. Gegen alle geschlossenen Verträge und gegen jegliche Bestimmungen des Feudalrechts habe der Herzog die Markgrafen von Brandenburg zur Hulldigung in Preußen zugelassen. Ohne den König zu benachrichtigen, habe er ferner das frühere, vom Könige bestätigte Testament umgeworfen, aufgestachelt dazu durch „leichtsinrige und der Hefe des Volkes entsprossene Leute“. Burgen und Schlösser, Dörfer und Weiler seien in Masse verpfändet, verkauft und verschenkt worden und in Hände von Leuten wie Stalich übergegangen, die sich noch dazu erfrehen, in öffentlichen Schriften gegen die ihm verwandte und befreundete Kaiserliche Majestät in Deutschland loszugiehn . . .

Als die neuen Rätthe in Königsberg von der geplanten Absicht der Absendung königlicher Kommissarien Nachricht erhalten hatten, glaubten sie durch ein höfliches Schreiben, welches Herzog Albrecht an seinen Lehnsherrn richten sollte, die ihnen drohende Gefahr abwenden zu können. In diesem Schreiben bemühte sich Albrecht, die ganze Schuld der inneren Unruhen auf die Stände zu wälzen, und entschuldigt sich wegen der bisherigen Nichtachtung aller königlichen Erlasse durch seine Krankheit und Vergesslichkeit. Der Brief des Herzogs, der nebst „den Emendationen des herzoglichen Rathes“ im Staatsarchive zu Königsberg sich befindet, ist aber aller Wahrscheinlichkeit nach nach Polen gar nicht abgesandt worden. Trotzdem ist er für den Geschichtschreiber jener Epoche von großer Wichtigkeit, weil er uns über die Macht und den Stolz der neuen Rätthe, der aus jeder Zeile der „Emendationen“ deutlich herauszulesen ist, berichtet, wie auch über den großen Einfluß, welchen sie auf den greisen Herzog ausgeübt haben.

V.

Die polnischen Kommissarien waren indessen Sonnabend, den 23. August in Königsberg angelangt und schlugen nebst ihrer Begleitung von 250 Reitern die ihnen vom Herzoge in der Stadt Aneiphof eingerichtete Wohnung auf.

Es wäre zu weitläufig und auch ohne wissenschaftliches Interesse, wenn ich auch jetzt nach Pawinski oder sogar nach dem noch ausführlicheren Tagebuche referiren und die ganze Thätigkeit der polnischen Gesandtschaft berichten wollte; ich muß schon dabei den geehrten Leser auf die sehr genauen und beinahe zu weiterschweifig erzählenden Commentarii verweisen, und gedenke nur, an dieser Stelle einige Momente aus der Anwesenheit der polnischen Gesandtschaft in Ostpreußen kritisch zu beleuchten, die bis dahin theils wegen der mangelhaften Quellen, theils auch wegen irriger Auffassungsweise von Seiten der Historiker falsch wiedergegeben zu werden pflegen.

Vor Allem muß ich die polnischen Kommissarien, die bekannterweise so heftig von den meisten deutschen Geschichtsforschern verurtheilt werden, in Schutz nehmen. Man wirft ihnen vor, daß sie durch ihre Anwesenheit in der Hauptstadt des Herzogthums das Unglück des Landes nur noch größer gemacht haben und sich durch ihren Stolz und ihren Hochmuth, sowie durch ihre illegale Handlungsweise das herbe, sie verdammende Urtheil der Geschichte wohlverdient zugezogen haben. Diese Ansicht — L. Baczylo hat sie zuerst aufgebracht — ist irrig und verträgt sich mit den vorhandenen Quellenberichten und vornehmlich mit den Berichten des Tagebuchs auf keinen Fall. Es ruht nämlich auf der Thätigkeit der polnischen Kommissarien, welche sich kurz gefaßt auf Beseitigung und Bestrafung des neuen Rathes und Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Albrecht einerseits und den Ständen und Polen andererseits erstreckte, auch nicht der geringste Makel, und der Historiker, der mit Sachkenntniß und sine ira et studio ihre Handlungen charakterisiren und aufzeichnen will, kann und muß sich nur belobigend über dieselben ausdrücken. Das Tagebuch liefert uns den besten Beweis ihrer Unschuld und ihrer edlen und einer königlichen Gesandtschaft würdigen Haltung; beinahe auf jeder Seite finden wir Beweise sowohl ihres Rangmuths als auch einer gewissenhaften und meistens noch gemilderten Befolgung der königlichen Instruktionen und Befehle.

Gleich nach der am 25. August erfolgten Audienz wurde den Kommissarien von Seiten Albrechts von Brandenburg eine schnelle Untersuchung gegen die Haupturheber der bisherigen Unruhen, die neuen Räthe, feierlich versprochen. Doch die Erfüllung des Versprechens ließ lange auf sich warten, denn von Tag zu Tag wurde die Eröffnung der Gerichtsverhandlungen verschoben. Die sadesten Entschuldigungsgründe wurden von den Räthen

aufgebracht, um nur das Zustandekommen der gerichtlichen Sitzungen verhindern zu können. Selbst dann, wenn die polnische Gesandtschaft, ungeduldig über diese Verzögerung und ihre damit verbundene Unthätigkeit, mit dem Herzoge darüber Rücksprache nehmen wollte, pflegte man ihnen die spät am Abende noch bewilligte Audienz am nächsten Morgen abzuschlagen.

Es dokumentirte sich hiermit schon in den ersten zwei Wochen ihrer Anwesenheit in Preußen beinahe an jedem Tage sowohl eine milde Behandlung der ihnen anvertrauten Sache, als auch andererseits ein freundliches Entgegenkommen und Eingehen auf die irgend möglichen Forderungen und selbst auf die chimärenhaften Wünsche des kränklichen Herzogs. Wo in aller Welt findet sich in der Geschichte der Vergangenheit eine ähnliche Gesandtschaft, die, wenn sie einen so mächtigen Herrscher, wie Sigismund August von Polen es unstreitig war, vertreten und hinter ihrem Rücken an Ort und Stelle ihrer Thätigkeit eine so bedeutende Stütze, wie die der preussischen Stände, haben würde, mit gleicher Milde und gleichem Langmuth gegen einen ihrem Könige untergebenen Fürsten vorgehen würde?

Man macht ferner den Kommissarien den Vorwurf wegen illegaler Handlungsweise und findet dieselbe hauptsächlich bei der Verurtheilung der drei herzoglichen Räte Junk, Horst und Schnell. Die Begebenheit war folgende. Gleich am Anfange der Unterhandlungen mit dem Herzoge erschienen bei den königlichen Kommissarien Vertreter der preussischen Stände und führten eine ganze Reihe von Klagen und Beschwerden über die Räte vor. Albrecht von Weckhausen, der an der Spitze dieser Deputation stand, glaubte im Namen des ganzen Landes die neuen Räte als die Friedensstörer und die eigentlichen Urheber des Unglücks im Lande bezeichnen zu müssen, da nur durch ihre bodenlose Verschwendung, durch ihre willkürliche Handhabung der Regierung und durch ihre dem Lande und dem Lehns Herrn gefährliche Politik das Herzogthum an den Rand des Verderbens gebracht sei. Dem Herzoge machte Weckhausen keine Vorwürfe, sondern hielt ihn von jeder Schuld frei. Die Kommissarien theilten die Ansicht der preussischen Stände; sie wußten, daß der Herzog sogar genöthigt war, wegen seines hohen Alters und seines zerrütteten Körperzustandes die Leitung der Regierung fremden Händen anzuvertrauen. Außerdem riefen noch die Stände den Kommissarien, die neuen Räte sogleich verhaften zu lassen, da andernfalls, so lange dieselben freien und unge störten Zugang zum Herzoge haben würden, so lange auch von der Befriedigung aller Forderungen und der Beseitigung der bisherigen Uebelstände im Lande nicht die Rede sein könnte. Diese Warnungen der Stände, welche die Kommissarien anfänglich als eitle Muthmaßungen ansahen, sollten sich allzubald verwirklichen. Denn bei allen Unterhandlungen treten die Räte den Kommissarien hemmend ent-

gegen, und selbst als nach einigen Wochen unter dem Vorſitz des Herzogs die gerichtlichen Verhandlungen gegen die Rätke begonnen hatten, wurde durch ihr Einmiſchen der Prozeß von dem Herzoge ſo läſſig und ſo ſehr zu ihren Gunſten geführt, daß die Kommiſſarien zuletzt, erbittert über „das reine Marionettenspiel“, wie auch ferner über das ewige Vertagen der Sitzungen, den Entſchluß faßten, mit Albrecht von Brandenburg vollſtändig abzubrechen und nur mit den Ständen die weiteren Verhandlungen zu pflegen. Dieſer mehr als bis dahin von Energie zeugende Entſchluß der polniſchen Kommiſſarien änderte wie mit einem Schlage die ganze Situation. Der Herzog wird jetzt nachgiebiger und übergiebt zuletzt die Rätke dem Bzreſcer Wojwoden zum Gewahrſam, damit ſie bei ihm „was vermuge Recht und Billigkeit mag vorgenommen werden, gewarten“. Die Kommiſſarien überliefern die Gefangenen dem ſtädtiſchen Gerichte von Kneiphof, zu welchem außerdem je zwei Vertreter aus der Altstadt und dem Löbenichte zugezogen wurden. Nach einer längeren Unterſuchung — die Gerichtsakten ſind leider verloren gegangen oder, was mir glaubwürdiger zu ſein ſcheint, in ſpäteren Jahren vom Herzoge oder von den Ständen vernichtet worden — wurden die drei gefangenen Rätke Junk, Schnell und Horſt als Ruhe- und Friedenſtörer zum Tode verurtheilt und am 28. Oktober hingerichtet.

Dies der kurze Bericht der ganzen Begebenheit, an der die polniſchen Kommiſſarii nicht geringe Schuld haben ſollen. Vor Allem ſpricht man ihnen das Recht überhaupt ab, über die neuen Rätke zu Gericht ſitzen zu dürfen. Dieſe Behauptung iſt aber irrig, da es den Kommiſſarien als Geſandten, die als Vertreter des Lehnsherrn fungirten und mit königlicher Vollmacht betraut waren, nach den damaligen Feudalrechten freistand, Perſonen vor ihren Gerichtshof vorzuladen, ſelbſt ohne Bewilligung des Herzogs, die ſie aber in dieſem Falle gehabt haben. Ueberhaupt ſcheinen mir die Kommiſſarien an den eigentlichen Gerichtsverhandlungen keinen zu großen Antheil genommen zu haben. Der Einwand, den Baczyo ferner macht, daß die Lage der Rätke dadurch noch mehr verſchlimmert wurde, daß ſie in die Hände ihrer Gegner geriethen, entbehrt jedes Beweiſes und zeugt auch von zu peſſimiſtiſcher Anſchauungsweiſe über den Stand der Städte. Denn Belege dafür, daß der Stand der Städte, welcher von allen Ständen dem Herzoge am meiſten treu blieb, mala fide gehandelt habe, liegen nicht vor. Auch weiß ich nicht, wer denn ſonſt über die Rätke zu Gericht ſitzen ſollte? Ob etwa der ihnen noch mehr verfeindete Adel? Außerdem darf man nicht vergeſſen, daß die polniſchen Kommiſſarien die oberſte Leitung der Gerichtsverhandlungen aller Wahrſcheinlichkeit beibehalten, jedenfalls aber das gefällte Urtheil einer näheren Prüfung unterworfen haben. Die Todesſtrafe, welche die drei Rätke erleiden mußten, entſprach

vollständig den damaligen Gesetzen. Eine Verletzung des Geleitsbriefes kann ich bei diesem Strafverfahren auf keinen Fall erblicken. Denn in dem Geleitsbriefe, welchen die Kommissarien auf Wunsch des Herzogs den Räten am 14. September ausstellten, hieß es ausdrücklich, daß die Räte zwar vor Gewaltthaten, nicht aber vor rechtlichen Folgen in Schutz genommen würden. „Nos, sind die Worte der königlichen Kommissarien, „eos ab omni violentia iniqua, non tamen a jure, in nostram potestatem accipimus, reservando nobiscum nihilominus plenam potestatem inquirendi, prout necessitas causae exegerit.“ Und ähnlich lautete auch der fürstliche Abschied: „daß die drei allhie anwesende Personen . . . sich vormuge ihrer gegebenen Handgelobniß in des Herrn Breßischen Woywoden Behausung im Rneiphoffe noch heute um vier Uhr bei Vorlust Leib, Ehr und Guts unsäumlichen und freiwillig einstellen und daselbst ferner, was vermuge Recht und Billigkeit mag vorgenommen werden, gewarten sollen.“

Die bisherige irrtümliche Auffassung dieses Gerichtsverfahrens läßt sich leicht erklären. Die neueren Geschichtsschreiber basiren nämlich hierbei — wohl wegen Unzugänglichkeit der betreffenden Quellen — auf L. Vaczlo, der uns aber über die Verurtheilung der drei Räte ein unhistorisches und vollständig wahrheitswidriges Bild hinterlassen hat. Daß Max Löppen in seiner Arbeit: Zur Geschichte der ständischen Verhältnisse in Preußen; — ihm folgt, auch Droysen — an der Gerechtigkeit des Urtheils zu zweifeln für geboten hält, erkläre ich mir nur daraus, daß ihnen in der Zeit, als sie schrieben, alle die Quellenberichte, die uns jetzt vorliegen, in extenso nicht bekannt gewesen sind.

VI.

Rehren wir zur anderweitigen Thätigkeit der polnischen Gesandtschaft zurück. Zuerst handelte es sich um die Beseitigung des neuen Burggrafen R. Jasolt und des Hofmarschalls J. Vork, an deren Stelle nach dem Wunsche Sigismund Augusts die früheren Beamten treten sollten. Da sich aber der Herzog mit aller Entschiedenheit weigerte, diese ihm ergebenden Beamten aus dem Dienste zu entlassen, gaben die Kommissarien nach und beschloßen, da die Zeit nicht wenig drängte, diese Angelegenheit sowie die Annullirung des Eides der Treue, welchen 1565 die Stände den Markgrafen von Brandenburg ohne Erlaubniß des Königs von Polen geleistet hatten, beim nächsten Landtage endgültig zu ordnen.

Das frühere Testament wurde wieder in Kraft gesetzt. Auch mußte sich Herzog Albrecht dazu bequemen, den Kommissarien eine schriftliche

Erklärung einzuhandigen, des Inhalts, daß er alle zu Gunsten des Herzogs von Mecklenburg gemachten Schenkungen cassire und für ungültig erachte.

Elias und Friedrich Raniß, welche mit der polnischen Legation nach Königsberg zurückgekehrt waren, wurden durch Vermittelung der Kommissarien vom Herzog begnadigt, nachdem sie durch eine öffentliche Abbitte dem Wunsche des Herzogs Genüge geleistet hatten.

Sehr große Schwierigkeiten boten die Verhandlungen mit Paul Wobser. Derselbe hatte nämlich mit 1000 Reitern sein Hauptquartier in Tilsit aufgeschlagen und weigerte sich ganz hartnäckig, von seinen Forderungen abzustehen. Vergebens bot man ihm von Seiten des preussischen Landtags eine hohe Entschädigungssumme; auch versprach man, den Söldnern 6000 Thaler auszuzahlen.

Die Unterhandlungen der polnischen Kommissarien fruchteten ebenfalls wenig. Die Soldaten erklärten mit aller Bestimmtheit, die bisherigen Plätze nicht eher zu verlassen, als bis sie den rückständigen Sold in der Summe von 20 000 Thalern erhalten haben würden. Die Stände und die Kommissare waren rathlos. Da auf einmal kommt von Tilsit die Nachricht, Wobser sei aus dem Lager geflüchtet und habe alle ihm ausgestellten Papiere mitgenommen. Die Unterhandlungen mit den Söldnern kamen jetzt rasch zum Abschluß; jeder Reitersmann sollte für 3 1/2 Monat Sold erhalten und außerdem jede einzelne Rotte sub titulo donacionis an Kleidungsstücken im Werthe von 1000 Thalern. Wobser selbst wurde auf seiner Flucht in Kurland ergriffen.

Bei ihrer Thätigkeit vergaßen die Kommissare auch Stalichs nicht. Nach dem Befehle des Königs von Polen wurde er in die Acht erklärt und diese proscriptio Scalichiana in allen Ländern bekannt gemacht. Seine Besitzthümer in Preußen fielen dem Staat anheim.

Was aber das Wichtigste, es gelang auch den königlichen Kommissaren, zwar nach langen und mühevollen Verhandlungen, die beiden Parteien des Landes zu versöhnen und Frieden zwischen Herzog und den Ständen zu stiften. Der Adel konnte sich rühmen, aus diesem Kampfe mit dem Herzoge sowohl in weltlichen als auch in kirchlichen Angelegenheiten als Sieger hervorgegangen zu sein. „Der Herzog kapitulirte wie ein wehrloser Soldat und erhielt von seinen Gegnern nur das Versprechen, daß sie ihm in der Folgezeit eine hohe Steuer bewilligen würden.“ Er ertheilte dem Adel und den Städten zwei besondere Rezeffe und bestätigte in denselben alle ihre Rechte und neu erworbenen Privilegien. Durch diese Rezeffe, welche Pawinski mit der magna charta libertatum vergleicht (sic?), erreichte in Preußen die Macht der Stände und vornehmlich des Adels ihren Höhepunkt. Die Polen hatten aber ihren Zweck erreicht. Sie hatten dem

Herzoge im Innern des Landes eine große Macht entgegengesetzt, die ihn bei seinen Operationen einschränken sollte. Den Plänen des Herzogs, sein Land von Polen vollständig frei zu machen, wurde somit die Spitze abgebrochen.

VII.

Die Ruhe, welche nach der Abfahrt der königlichen Kommissarien in Preußen einkehrte, war nur eine künstliche. Es bedurfte der leisesten Anregung von irgend einer Seite, um wiederum im ganzen Lande die Flammen der inneren Unruhen hell lodern zu lassen.

Der preussische Adel war diesmal der Anstifter der neuen Zwistigkeiten. Der eine Theil desselben betrachtete nämlich mit Besorgniß das stets größere Abhängigkeitsverhältniß des Landes von Polen, während der andere seine alten Fäulereien mit dem Herzoge, welcher die in dem Rezeßse gegebenen Versprechungen noch nicht erfüllt hatte, zu erneuern begann.

Mit wachsamem Auge betrachtete Sigismund August die neuen Gährungen. Zwar hatte man nichts von dem geschwächten Herzogthume zu befürchten. Man wußte nämlich ganz gut, daß die beiden Parteien des Landes bei ihren Bestrebungen noch nicht die politische Reife besaßen, welche sie anspornen konnte, trotz aller inneren Feindseligkeiten sich zum Kampfe gegen die polnische Herrschaft zu einigen. Trotzdem sandte man, wohl auf Anrathen des Cardinals Hosius, noch im Winter des Jahres 1566/67 den Geheimsekretär Solikowski nach Königsberg und erhielt alsbald von diesem *oculato teste* einen ausführlichen Bericht über die neuen Verhältnisse des Herzogthums. Auf Grund dieser Referate beschloß man, die Kommissare sofort nach Preußen zu senden. Dieselben kommen, ausgerüstet mit einer neuen schriftlichen Instruktion und Vollmacht, am 9. Mai in Königsberg an und werden diesmal vom Herzoge sehr zuvorkommend und weit gastfreundlicher als das vorige Mal empfangen. Die Wohnungen für sie hatte man diesmal im Schlosse eingerichtet.

Es war aber eine schwer zu bewältigende Arbeit, welche man ihnen aufgetragen hatte. Vor Allem verlangte von ihnen der König von Polen, daß sie die Kassation aller Schenkungen, welche seit dem Marienwerderzuge vom Herzoge vollzogen waren, bewerkstelligen sollten. Zu diesem Zwecke lassen sie sich auf Rath der Stände von dem Hofrathe eine Liste der bisherigen Schenkungen, sowie auch ein Verzeichniß aller Personen, die vom Herzoge besoldet wurden, anfertigen. Diese Verordnung war aber ein großer Fehlgriß. Die Kommissarien sahen nämlich alsbald ein, daß es eine Unmöglichkeit wäre, alle Schenkungen zu kassiren. Auch würde

man dabei mit ausländischen Persönlichkeiten, die früher in Diensten des Herzogs gestanden haben, in Unterhandlungen haben treten müssen und konnte sehr leicht bei der Kassation der ihnen gemachten Schenkungen in Konflikt mit fremden Staaten gerathen. Die Kommissare beschloßen deshalb, „um ihrer Autorität nicht nahe zu treten“, die ganze Angelegenheit bis auf Weiteres zu verschieben. Auch bei dem zweiten ihnen aufgegebenen Auftrage, welcher die Kassation des den Markgrafen von Brandenburg geleisteten Eides der Treue betraf, gelang es ihnen nicht, weder mit dem Herzoge, noch mit den Ständen sich zu einigen. Sie erlangten nur vom Herzoge die Versicherung, daß die Markgrafen sich in Bälde die Bewilligung des Königs von Polen einholen würden. Glücklicher waren die Kommissare bei der Besetzung einiger Aemter. Der bisherige Burggraf Jasolt wurde seines Amtes enthoben und an seine Stelle trat der frühere Burggraf Ehr. Kreuz, eine persona gratissima des polnischen Hofes. Auch mußte der Herzog einwilligen, daß der bisherige Erzieher seines Sohnes, Schwerin, ein Mann, der wegen seines Glaubens (er war Calvinist) beim preussischen Adel in höchster Ungnade stand, seine Stellung verlor und für ihn der bisherige Burgkassellan von Gylau, Kaspar Lehnborff zum Erzieher und Lehrer des vierzehnjährigen Herzogs ernannt wurde. Lehnborff scheint diese neue Würde seiner Kenntniß der polnischen Sprache verdankt zu haben.

Anfang Juli 1567 wurde der Frieden zwischen dem Herzoge und den Ständen durch Vermittelung der polnischen Kommissare wiederhergestellt. Selbstverständlich mußte auch diesmal der Herzog diesen Frieden theuer erkaufen.

In kirchlichen Angelegenheiten erhielten die Stände durch „das Privilegium“ vollständige Freiheit des Thuns und Handelns. Die Augsburger Konfession wurde als der Glaube des Landes feierlich anerkannt und sollte in einem corpus doctrinae niedergelegt werden. Durch die zwei anderen Rezesse, welche der Herzog den beiden Ständen besonders ausstellen mußte, wurden die im vorigen Jahre erworbenen Privilegien eigentlich nur bestätigt und vervollständigt. Die Errichtung eines neuen Hofgerichtes wurde außerdem den Ständen versprochen, wie auch, daß nur passende und tüchtige Persönlichkeiten — und dies nur Einzöglinge — zu den höheren Aemtern und vornehmlich zur Hofkanzlei Zutritt haben sollten. Die Herzogin mußte sich bequemen, einige verdächtige Personen von ihrem Hofe zu entfernen. Auch sollten nach dem Beschlusse des Rezesses die Juden binnen vier Wochen das Herzogthum verlassen. In gerichtlichen Angelegenheiten wurde bestimmt, das Kulmer Recht für Preußen als maßgebend anzusehen.

Fruchtlos war die Bitte der Kommissarien um Bewilligung einer Geldunterstützung für den bevorstehenden Krieg Polens mit Rußland.

Nachdem die polnischen Kommissare alle ihre Verordnungen in einen besonderen Rezeß recapitulirt hatten, verließen sie nach einem freundlichen Abschiede von dem Herzoge am 16. Juli Preußen.

VIII.

Herzog Albrecht von Brandenburg starb schon im nächsten Jahre am 20. März, und noch an demselben Tage folgte ihm einige Stunden später seine Gemahlin Anna Maria aus dem Hause Braunschweig.

Nach dem Testamente, welches in Gegenwart der wiederum nach Preußen gesandten Kommissarien eröffnet wurde, war der König von Polen zum Obervormund für den fünfzehnjährigen Sohn des Herzogs Albrecht Friedrich ernannt worden. Sigismund August nahm zwar, bewogen durch die Bitten der Stände und vornehmlich durch die Vorstellungen des Gesandten derselben, Schaf, dieses Amt an, bestimmte aber zugleich, daß der Vormundschafsrath ihm den Eid der Treue leisten sollte. Diese Bestimmung milderte er in der späteren Zeit und begnügte sich mit einer feierlichen Erklärung des Rathes, daß derselbe während der Vormundschafsregierung nichts gegen das Wohl und Interesse des Königreiches Polen unternehmen, noch auch die Ruhe des Herzogthums gefährden werde.

Von Königsberg aus begaben sich die königlichen Kommissarien direkt nach der Stadt Heiligenbeil, wo indessen schon am 13. Juni 1568 der preußische Landtag eröffnet worden war. Drei Angelegenheiten beschäftigten hauptsächlich diesen Landtag: 1) die bekannte Raffation der vom verstorbenen Herzoge gemachten Schenkungen; 2) die Geldforderung der Danziger Bankiers Poik und Krafow, und 3) zuletzt die Bitte des Königs von Polen, daß die preußischen Stände „aus Rücksicht der geleisteten Wohlthaten“ dem Könige zum bevorstehenden Kriege mit Rußland und Schweden eine Geldunterstützung bewilligen möchten.

Ich übergehe diese monotonen Verhandlungen des Landtags, und glaube dies um so eher thun zu dürfen, als schon Töppen in einer 1855 erschienenen Programmarbeit sich weitläufig mit diesem Landtage beschäftigt hat. Nur glaube ich, an dieser Stelle die preußischen Stände in Schutz nehmen zu müssen und diesmal gegen die Angriffe der polnischen Historiker.

Denn der den Ständen gemachte Vorwurf „wegen Undankbarkeit für alle die vom Könige von Polen erwiesenen Wohlthaten“ ist ungerecht. Man darf nämlich nicht vergessen, daß Preußen in jenen Jahren vollständig verarmt war und daß Ackerbau und Handel keineswegs in Blüthe standen. Und

was noch im Lande von Habseligkeiten da war, verstanden die Stalichianer wohlweislich für sich herauszupressen. Außerdem kostete der Hofstaat, den ein Historiker nicht mit Unrecht als „einen theuren und entbehrlichen Luxusartikel für die Bewohner des unfruchtbaren Bodens an der Ostsee“ ansieht, dem ganzen Lande nicht geringe Summen. Woher sollte nun das Land das Geld für die Polen herbekommen? . . . Und wenn man nun bedenkt, daß der preußische Landtag, bewogen durch die unaufhörlichen Bitten der königlichen Kommissarien, trotzdem am 5. August 1568 den Beschluß gefaßt hat, dem Könige von Polen auf drei Jahre eine Steuer zu bewilligen, so muß man diese Steuerbewilligung als einen Akt der Dankbarkeit und edler Gesinnung von Seiten der preußischen Stände ansehen. Die Höhe dieser Steuer ist uns zwar nicht bekannt, sie fällt aber auch nicht ins Gewicht. Aus den Akten ist erweislich, daß die Steuer richtig und zur Zeit in die Staatskasse des Königreiches gestossen ist.

Die Könige von Polen sahen somit ihren lang gehegten Wunsch, Preußen vollständig von der Krone Polen abhängig zu machen, endlich im Jahre 1568 erfüllt. Im nächsten Jahre fand am 19. Juli in Lublin die feierliche Hulldigung des jungen Herzogs von Preußen Albrecht Friedrich statt. In ganz Polen herrschte darüber Stolz und Freude, und selbst Dichter, wie Johann Kochanowski, besingen diese Feierlichkeit.

Doch nicht lange dauerte die Periode der polnischen Hegemonie über Preußen. Denn schon seit 1571 scheint der polnische Einfluß in Preußen sehr unbedeutend zu sein und ist bekannterweise nach dem Tode Batorys beinahe vollständig geschwunden.

Nur Erforschung und Erhaltung der Kunstdenkmäler im preussischen Staatsgebiet.

Von

Dr. J. Jastrow.

Die Zeit ist vorüber, in welcher die Geschichtschreiber ihre Vorgänger zugleich als ihre einzige Quelle betrachteten. Den „Scriptores“ zur Seite stehen die Urkunden als eine zweite Quellengattung, die der ersteren an Reichhaltigkeit ebenbürtig, an Zuverlässigkeit nicht selten überlegen ist. Und wie die heutige Methode in der Rechtsgeschichte neben den Urkunden als den unmittelbaren Resten des ehemaligen Rechtslebens die schriftstellerischen Berichte nur noch als sekundäre Quelle gelten läßt, so war ein anderer Zweig der Geschichtschreibung durch die Natur seines Stoffes schon vor einem Jahrhundert einen Schritt weiter gedrängt worden und hatte sich genöthigt gesehen, vor den „redenden“ Quellen überhaupt den „stummen“ den Vorzug zu geben: seitdem Windelmann der Kunstgeschichtlichen Forschung ihre Wege gewiesen, ist kein nennenswerther Versuch mehr gemacht worden, nach abgerissenen Notizen oder zusammenhängenden Uebersieferungen die Geschichte einer Kunst oder auch nur eines Künstlers zu schreiben; so wenig Urkunden und Schriftsteller auch hier entbehrlich sind, so fest steht doch der methodische Grundsatz, daß die erste und vornehmste Quelle einer jeden Kunstgeschichte die erhaltenen Kunstdenkmäler sind.

Niemand aber, der ein warmes Herz und ein offenes Auge für die Entwicklung seines Volkes hat, wird behaupten wollen, daß diese Art von Quellen den „eigentlichen“ Historiker nur wenig angehe. Eine einzige Stunde im Kölner Dom belehrt uns über die Einseitigkeit des Bildes, das wir vielleicht durch jahrelanges Studium aus den Schriftstellern des Interregnums von der Trostlosigkeit ihrer Zeit gewonnen haben. In einer deutlicheren und lebensvolleren Sprache reden diese „stummen“ Zeugen

zu jedem, der sie verstehen will, als diejenigen, welche wir gewöhnlich als die redenden bezeichnen.

Wenn dem so ist, so ist die Denkmälerforschung ein integrierender Theil der historischen Quellenforschung; freilich ein solcher, der der Natur der Sache nach eine andere Behandlung erfordert. Bei den schriftlichen Quellen ist in der Regel die nächste und hauptsächlichste Aufgabe die Edition; die Sorge für die Erhaltung der Manuscripte und Originale tritt dem gegenüber zurück. Während aber diese letztere Sorge für gewisse Zweige, z. B. für die Akten der Neuzeit, schon eine ganz erhebliche Aufgabe ist, welcher einer Reihe von Historikern in der Archivverwaltung ihre Berufsthätigkeit widmet, wird sie für die Denkmälerforschung entweder zur Hauptsache oder doch zu einer Aufgabe, welche neben der Edition vollkommen ebenbürtig steht. Selbst die genaueste Beschreibung, die beste Abbildung giebt hier nicht mehr als einen Abglanz: die Quelle selbst ist nur das Original, dessen Erhaltung in dem ursprünglichen oder doch gegenwärtigen Zustand zwar zunächst eine künstlerische, zugleich aber auch in eminentem Sinne eine historische Aufgabe ist.

Gemäß dem Entwicklungsgang, welchen die deutsche Kunst genommen hat, fällt diese Aufgabe nach ihrem hauptsächlichsten Bestandtheil der historischen Architektur zu. Malerei und Plastik haben sich bei uns wesentlich als Wand- und Portalschmuck entwickelt, und man braucht nur an die gothische Periode zu erinnern, in welcher selbst jedem Gebrauchsgegenstande mit Vorliebe die Form eines kleinen Bauwerkes gegeben ward, um inne zu werden, in wie hohem Grade auch unsere Kleinkunst unter dem Einflusse der Architektur gestanden hat. Da sich unmöglich für jeden Kunstzweig eine besondere Landesaufnahme organisiren läßt, so hat die Natur der Sache dahin geführt, die in Rede stehende Aufgabe a parte potiori als die Erforschung und Erhaltung der Baudenkmäler zu betrachten.

Gerade das Hervortreten desjenigen Kunstzweiges, dessen Produktionen allein unter allen einer gewaltigen räumlichen Ausdehnung fähig sind, hat nun dieser Aufgabe einen ins Große gehenden Charakter gegeben und ihre Erfüllung bei uns noch mehr als bei den südlichen Völkern von der Mitwirkung oder Oberleitung des Staates abhängig gemacht.

Wenn es nun auch dem Zwecke dieser Zeitschrift nicht entsprechen würde, eine zusammenfassende Darstellung der einschlägigen Bestimmungen aus allen Rechtsgebieten des preussischen Staates zu geben, so wird es doch erforderlich sein, den Entwicklungsgang, den diese Gesetzgebung im Geltungsbereiche des recht eigentlich preussischen Gesetzbuches, des Allgemeinen Landrechts, genommen hat, wenigstens im Allgemeinen zu charakterisiren.

I. Gesetzliche Grundlagen.

Von Seiten der modernen Jurisprudenz wird unserm Landrecht nicht selten der Vorwurf gemacht, daß es, in allzu großem Eifer, alle einzelnen Fälle des Lebens zu regeln, zu wenig daran gedacht habe, durch Aufstellung allgemeiner Prinzipien auch unvorhergesehene Fälle zu regeln. Der Vorwurf, wiewohl keineswegs unberechtigt, ist doch in der Allgemeinheit, in der man ihn nicht selten aussprechen hört, unbegründet. Gerade die grundlegenden Partien des Landrechts zeigen in der Aufstellung und Abgrenzung der Prinzipien vielfach ein Maß gesetzgeberischer Weisheit, welches mit einer Erklärung dafür bietet, wie unter so veränderten Verhältnissen dreier Menschenalter dieser Rodez doch immer den Rahmen für die preussische Gesetzgebung hergeben konnte. Dies zeigt sich auch in dem vorliegenden Falle.

Entstanden in dem Jahrhundert der Aufklärung, in einem Zeitalter, zu dessen charakteristischen Merkmalen der Mangel an historischem Sinn gehört, hat das Landrecht allerdings nicht daran gedacht, die Uebersieferungen der Vergangenheit gegen die Fortschritte des erleuchteten Geschmacks seiner Zeit zu schützen; wohl aber hat es einen allgemeinen Grundsatz aufgestellt, unter dessen Schutz diese später auftauchenden Ideen flüchten konnten: „Soweit die Erhaltung einer Sache auf die Erhaltung und Beförderung des gemeinen Wohls erheblichen Einfluß hat, soweit ist der Staat deren Zerstörung und Vernichtung zu untersagen berechtigt.“¹⁾ Unter die „Sachen“ dieses Paragraphen rechnete späterhin die Verwaltung auch „Stadtmauern, Thürme, Wälle und andere zum Verschlusse sowohl als zur Vertheidigung bestimmte Anlagen.“ Nach mehreren Ministerialreskripten wurde diese Auffassung durch königliche Kabinetts-Ordre vom 20. Juni 1830 sanktionirt.²⁾ Für alle jene Anlagen bestimmte der König, daß die Städte zu Abtragungen und Veränderungen der Genehmigung ihrer vorgesetzten Regierung bedürften. Um einem allmäligen Verfall entgegen zu treten, sollten die Behörden stets zunächst feststellen, wem die Unterhaltungspflicht obliege, und wo im Steuer-Interesse die Aufrechterhaltung erforderlich sei, sollten die Städte jedenfalls in dem Maße ihrer Theilnehmung auch zu den Kosten herangezogen werden. Man sieht, diese Kabinettsordre hat zunächst rein praktische Ziele im Auge; neben dem erwähnten finanziellen Gesichtspunkt tritt auch der polizeiliche und militärische hervor; von dem künstlerischen oder historischen ist noch nicht die Rede.

¹⁾ A. L. R. Theil I, Tit. 8, § 88.

²⁾ G. G. 1830, S. 113.

Aber schon das Circularreſcript, mit welchem die theilhaftigen Miniſter des Krieges, der Finanzen und der Polizei die Regierungen über die Ausführung der Cabinets-Ordre instruirten, weiß auch diesen Anspruch unter die allgemeine Anordnung zu ſubſumiren.¹⁾ Bei Anträgen auf Niederreiſung ſollen die Regierungen neben den oben genannten Rückſichten auch in Erwägung ziehen: „ob die Bauwerke, welche niedergeriſſen werden ſollen, vielleicht als Denkmale alter Baukunſt, oder auch als hiſtoriſche Monumente der Erhaltung und bei eintretendem Verfall der Wiederherſtellung ſo würdig ſeien, daß, wenn die Kommunen ſelbſt zur Tragung der erforderlichen Koſten nicht im Stande ſein ſollten oder ihre Verbindlichkeit dazu nicht darzuthun wäre, die Anweiſung der ganzen Koſten oder eines Theiles deſſelben aus Staatsfonds ſich rechtfertigen würde.“

Als man ſpäterhin an eine Neuordnung der Verwaltung, zundächſt wenigſtens der ſtädtiſchen, ging, wurde dieſem Geſichtspunkte vollkommen Rechnung getragen. Die Städteordnung, wie ſie noch heute in Kraft iſt,²⁾ erklärt „zur Veräußerung oder weſentlichen Veränderung“ nicht nur von Archivalien, ſondern ganz allgemein „von Sachen, welche einen beſonderen wiſſenſchaftlichen, hiſtoriſchen oder Kunſtwerth haben“, die regierungsſeitige Genehmigung für erforderlich. Inſolge dieſer Beſtimmung ordneten nun im folgenden Jahre die theilhaftigen Miniſter an, daß jede Regierung eine Ueberſicht aller derjenigen Gegenſtände anfertige, welche in den Städten ihres Bezirks dieſem Aufſichtsrechte unterliegen. Zugleich aber wurden die Regierungen auch angewieſen, auf die Konſervirung dieſer Sachen, namentlich auf „rechtzeitige Reparaturen in dem urſprünglichen Stil“ zu halten. Den Städten gegenüber ſollten ſie zur Einſtellung be- züglicher Poſten in die ſtädtiſchen Etats nöthigenfalls von ihrem Aufſichts- rechte Gebrauch machen, auf Privatbeſitzer nach Möglichkeit, event. durch

1) Circ.-Reſtr. vom 31. Okt. 1830, Nr. 4 b. Aus Kampff Annalen XIV. 774 — bei Abtne, Baupolizei d. preuß. Staates 3. A. Breslau 1872, S. 605.

2) St.-O. für die öſt. Provinzen vom 30. Mai 1853, § 50, Nr. 2. Die entſprechende Beſtimmung findet ſich auch in den St.-O. für Weſtfalen vom 19. März 1856, § 49, Nr. 2, in der rheiniſchen vom 15. Mai 1856, § 46, Nr. 2, ſchleſwig- holſt. vom 14. April 1869, § 71, Nr. 2, für Frankfurt am Main vom 25. März 1867, § 60, Nr. 2; dagegen zählen die hannoverſche St.-O. vom 24. Juni 1858 im § 119 und die hürtheiſſiſche Gemeinde-O. vom 23. Okt. 1834 in §§ 84, 93 dieſen Gegenſtand nicht mit auf. Das nassauſche Gemeinde-Gefeß vom 26. Juli 1854, § 49, geſtattet die Genehmigung zu Verkäufen von Immobilien, wenn dieſelben „der Gemeinde von weit geringerem Nutzen ſind, als der Erlös aus denſelben gewähren würde.“ — Durch ein ungedrucktes Miniſt.-Reſtr. vom 13. April 1850, Nr. 6493, iſt vor Ertheilung der regierungsſeitigen Genehmigung ein Bericht an das Kultusminiſterium angeordnet worden. (Kopie. Die preuß. Städteverfaſſungen. Berlin 1879, S. 297)

Beantragung von Beihilfen, einzuwirken suchen.¹⁾ Endlich wurde nach weiteren drei Jahren in Betreff der zur Abtragung von Befestigungen erforderlichen Genehmigung die Kompetenz dahin geregelt, daß die Entscheidung zwar im Allgemeinen den Provinzialbehörden überlassen, jedoch die Fälle eines besonderen Interesses sowie die Befestigungen von sieben bestimmten Städten der Ministerialinstanz vorbehalten wurden.²⁾

Für einen speziellen Fall hatte das Landrecht selbst bereits eine Anwendung jenes allgemeinen Rechtsgrundsatzes statuiert. Wenn es die zufällig stehengebliebenen Reste früherer Zeiten nicht berücksichtigt hatte, so nahm es doch diejenigen Monumente, die eigens zu dem Zwecke errichtet waren, um nachlebenden Generationen Zeugniß abzulegen, die „Denkmäler“ im engeren Sinne, unter seinen ausdrücklichen Schutz: „Statuen und Denkmäler, die auf öffentlichen Plätzen errichtet werden, darf Niemand, wer es auch sei, beschädigen und ohne obrigkeitliche Erlaubniß wegnehmen oder einreißen“,³⁾ eine Vorschrift, welche heute unter dem Schutze des Reichsstrafgesetzbuchs steht.⁴⁾

Einen Schritt weiter ging eine Kabinettsordre des Jahres 1816, welche für jede wesentliche Veränderung nicht nur an Denkmälern, sondern auch an öffentlichen Gebäuden höhere Genehmigung einzuholen befahl, worin doch *implicito* auch die öffentlichen Gebäude von künstlerischem Werth begriffen waren.⁵⁾ Im folgenden Jahrzehnt machte ein Circular-reskript die Regierungen dafür verantwortlich, „daß die in ihrem Bezirk vorhandenen alten Kunstgegenstände und Denkmale oder geschichtlichen Merkwürdigkeiten u. s. w. nicht zerstört oder so vernachlässigt werden, daß ihr Untergang die Folge ist.“⁶⁾ Endlich wurde durch Kabinettsordre vom 7. März 1835 die ganze Angelegenheit dem Kultusministerium unterstellt und damit derjenigen Behörde überwiesen, deren Fürsorge sie noch heute bildet.⁷⁾

¹⁾ C.-R. vom 5. Nov. 1854 (Könne S. 610).

²⁾ C.-R. vom 28. August 1857. Aus dem Min.-Bl. f. d. i. Verw. 1857, S. 144, Nr. 142, bei Könne S. 611. Die sieben Stadtbefestigungen waren die von Marienburg, Dirschau, Culm, Landsberg a. W., Luckau, Görlitz, Münster, „zu deren theilweisen Unterhaltung entweder Fonds im Etat der Militärverwaltung ausgeworfen oder die Magistrate durch besondere Abkommen verpflichtet sind.“

³⁾ A. L. R. Theil I, Tit. 8 § 35.

⁴⁾ R. Str. G. B. vom 15. Mai 1871 § 304.

⁵⁾ R. D. vom 4. Oktober 1816 (Ges.-Samml. S. 206).

⁶⁾ Aus Ramphs Annalen VII, 768 bei Könne S. 612, — eingeführt durch C.-R. des Kultusministers vom 28. Januar 1830 (aus Ramphs Ann. XIV, 9 — bei Könne S. 613).

⁷⁾ Aus Ramphs Ann. XIX, 142 — bei Könne S. 613.

II. Bestrebungen und Leistungen.

(Inventarisirung.)

Mit dem Regierungsantritte Friedrich Wilhelms IV. schien, wie für alle Angelegenheiten der Kunst und Wissenschaft, so auch für diese eine neue Epoche zu beginnen. Im Zusammenhang mit den übrigen gelangt diese Frage zu einer erhöhten Bedeutung. Wenn die Regierung Friedrich Wilhelms IV. in der Fortentwicklung der Kunst den Höhepunkt preussischer Regententhätigkeit bezeichnet, so war das vielleicht nur durch die Fürsorge möglich, die der König den Denkmälern vergangener Zeiten als den Vorbildern für Gegenwart und Zukunft mit besonderer Vorliebe zuwandte. Seine Absicht war es, die Erhaltung der vorhandenen Kunstdenkmäler zu einem eigenen Zweige der Staatsverwaltung zu erheben. Im Jahre 1843 wurde die Stelle eines „Konservators der Kunstdenkmäler“ geschaffen und mit diesem Amte der Geheime Regierungsrath v. Quast betraut.¹⁾ Unter ihm sollten in den einzelnen Provinzen „Korrespondenten“²⁾ thätig sein. Es ist von allen theilgenommenen Seiten anerkannt, daß Herr v. Quast sich seiner Aufgabe mit ebensoviel Liebe wie Geschick gewidmet hat. Ihm verdanken wir die Aufgrabung der „Römischen Bäder“ in Trier,³⁾ und unter seiner Leitung hat die Aufnahme eines Bauwerkes begonnen, dessen würdiger Restauration man erst in den letzten Jahren sich von Neuem zugewandt hat: der Marienburg in Westpreußen.⁴⁾ Seiner unermüdblichen Fürsprache gelang es, von manchen Bauwerken den Untergang abzuwenden, der ihnen, sei es wegen eingetretener Baufälligkeit, sei es wegen praktischer Bedürfnisse der Gegenwart, drohte.⁵⁾

Als eine seiner nächstliegenden Aufgaben aber betrachtete der Konservator die Herstellung eines Werkes, welches einen Ueberblick über die Kunstdenkmäler des Staates in seinem ganzen Umfange gewährte. Zu diesem Zwecke wurde ein Frageformular ausgearbeitet, das in vielen

¹⁾ Unter dem 24. Januar 1844 erging eine Cirkularverfügung an sämtliche Regierungen (Min.-Bl. S. 38) und eine Instruktion für den Konservator (ebend. S. 39), unter dem 14. März 1845 (Min.-Bl. S. 65) die Aufforderung geeignete Korrespondenten zu nennen. Vergl. Röhne, Baupolizei, S. 69—73.

²⁾ Als solcher ist Korrespondenzblatt 1864, S. 29. 53 Professor Dr. Schneider in Düsselndorf genannt, aus dessen 11. Berichte dasselbst ein Auszug veröffentlicht ist. — In ähnlicher Stellung hat sich vielleicht Prof. Dr. Ernst aus'm Weerth befunden, der (ebenda S. 78) über die Eifel berichtet.

³⁾ Ebenda 1863 S. 12.

⁴⁾ Ebenda 1868 S. 94.

⁵⁾ Ebenda 1859 S. 88; 1860 S. 77. 129; 1863 S. 5. 12. 99; 1864 S. 29. 39. 53. 62. 78. 87. 102; 1865 S. 40. 60. 70. 79; 1871 S. 29; 1872 S. 12.

Tausenden von Exemplaren an ortskundige Leute, namentlich an die Geistlichen, verschickt wurde.¹⁾ Als Anleitung zu einer sachgemäßen Beantwortung verfaßte Otte damals seinen „Archäologischen Katechismus“ (Leipzig, 1859), ein Werk, das noch heute für das beste Hülfsmittel gilt, um den gebildeten Theil der ortsanfässigen Bevölkerung zur Theilnahme an diesen Bestrebungen zu erziehen. Die Versendung der Fragebogen erfolgte zunächst probeweise in einem östlichen und einem westlichen Regierungsbezirk (Königsberg und Münster)²⁾ und ist in beiden nicht gerade ganz erfolglos gewesen.³⁾ Aber über Anzahl und Verwerthung der eingegangenen Antworten habe ich nichts Anderes feststellen können, als was nach etwa 20 Jahren bei Wiederaufnahme der Arbeiten in diesen beiden Provinzen bekannt geworden ist.⁴⁾ Jedenfalls ist von dem großen Werk, welches v. Quast plante, nur soviel fertig geworden, wie dem unermüdblich thätigen Manne aus eigener Anschauung aufzunehmen gelang.⁵⁾ Während der fünfziger und sechziger Jahre sind von seinen „Denkmälen der Baukunst in Preußen“ allmählig vier Hefte erschienen, ohne daß eine andere als die erste Abtheilung „Königreich Preußen“, d. h. die heutige Provinz Ostpreußen, in Angriff genommen wäre. Die Zuverlässigkeit der Zeichnungen ist von seinen Fachgenossen allgemein anerkannt worden. Die Anschaulichkeit und Eleganz fällt Jedermann auf den ersten Blick auf. Namentlich gilt dies von den im Farbendruck ausgeführten Bildern.

Außer seinen selbständigen Funktionen erhielt der Konservator späterhin auch die Mitgliedschaft in einer neu errichteten „Kommission für die Erforschung und Erhaltung der Kunstdenkmäler“; von der Thätigkeit derselben scheint indeß nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen zu sein. Unter dem Voritze des Ministers v. Raumer erscheint sie zuerst 1855 unter den preussischen Behörden⁶⁾ mit den Mitgliedern: Dr. v. Döfers, Generaldirektor der Museen, Stüler, Oberbaurath und Architekt Sr. Majestät, Dr. Schnaase, Obertribunalsrath, Dr. Rugler, Geh. Regierungsrath,

¹⁾ Ueber die Anerkennung, die das Formular auch im außerpreussischen Deutschland fand, s. Korresp.-Bl. 1854, S. 72.

²⁾ Korresp.-Bl. 1854, S. 72.

³⁾ Vergl. einige eingegangene Antworten im Korresp.-Bl. 1855, S. 40.

⁴⁾ S. u. Seite 285. 289.

⁵⁾ Denkmale der Baukunst in Preußen, nach Provinzen geordnet. Gezeichnet und herausgeg. von Ferdinand v. Quast. Erste Abtheilung: Königreich Preußen. Berlin, Kgl. Lithogr. Institut. In Kommission bei Ernst und Korn 1852. Fol. Diese Jahreszahl tragen die beiden ersten Hefte. — Das dritte und vierte Heft haben im Exemplar der Kgl. Bibliothek kein Titelblatt, dem dritten ist handschriftlich die Jahreszahl 1863 beigelegt.

⁶⁾ Kgl. preuß. Staatskalender (heutiges Staatshandbuch) für das Jahr 1855, S. 180.

v. Quast, Geh. Regierungsrath und Konservator der Kunstdenkmäler. Als schon nach wenigen Jahren Rugler starb, wurde sein Name in dem Mitgliederverzeichnis weggelassen, ohne daß ein Nachfolger ernannt worden wäre;¹⁾ und so ging es weiter, als ein Mitglied nach dem andern das Zeitliche segnete. Als zuletzt der Konservator das einzige Mitglied war, verhinderte das alte „tres faciunt collegium“ nicht, daß er unter dem Voritze seines Ministers Falt als „Kommission“ aufgeführt wurde.²⁾ Als aber auch v. Quast nach einem Leben, dessen beständigen Mühen nicht ein gleicher Erfolg entsprochen hatte, die Augen schloß, verschwand die Kommission aus dem „Staatshandbuch“, ohne daß sie formell aufgehoben wäre, während die Stelle des Konservators als vacant bezeichnet wurde.³⁾

Drei Jahre dauerte die Bilanz; da brachte Anfangs 1880 der Sohn des Verstorbenen im Abgeordnetenhaus einen von Mitgliedern aller Parteien unterstützten Antrag ein, welcher auf Wiederbesetzung der Stelle und auf Ergreifung anderer geeigneter Maßregeln zur Erhaltung der Kunstdenkmäler hinging.⁴⁾ Der Antragsteller wies darauf hin, daß die gegenwärtige pekuniäre Lage die meisten Kommunen an der Erfüllung der ihnen gesetzlich obliegenden Unterhaltungspflicht hindere, und daß unter solchen Verhältnissen die immer steigenden Bedürfnisse der Neuzeit die stärkste Versuchung bildeten, historisch merkwürdige Bauwerke zu Gunsten neuerer Bauten „befugter oder unbefugter Weise“ zu beseitigen. Außerdem aber seien durch die geographische Erweiterung des Staatsgebietes seit 1866 die Aufgaben eines preussischen Konservators auch in ihrer räumlichen Ausdehnung gewachsen. Dem gegenüber sei es nicht thunlich, den Etatsposten für den in Rede stehenden Zweck, 4200 Mark, als Gehalt eines Konservators noch ferner zu sparen und die Funktionen desselben ausschließweise wahrnehmen zu lassen. Der Antragsteller verlangte nicht nur, die eingetretene Lücke wieder auszufüllen, sondern auch ferner den neu zu ernennenden Beamten an die Spitze einer ganzen Organisation von Provinzialkonservatoren zu stellen. Nur die letzteren würden im Stande sein, Verwüstungen, wie die bisher vorgekommenen, zu verhindern. Als Opfer des bisherigen Mangels einer solchen Organisation nannte Herr v. Quast: die Melnhäuser Pfalz, die Marienkapelle zu Franken bei Freiburg, die Kirche zu Memleben, das Cistercienserkloster

¹⁾ Ebenda für 1859.

²⁾ Ebenda 1877.

³⁾ Beides zuerst in dem Jahrg. für 1878/79.

⁴⁾ Haus der Abgeordneten. Stenogr. Berichte. Sitzung vom 12. Februar 1880, S. 168. — Der Antrag nebst Begründung: Nr. 156 der Drucksachen.

zu Wallenried am Harz, sowie das Pfaffenschloß zu Briesg, welches man trotz seiner Wandgemälde zum Proviantmagazin gemacht habe. Namentlich aber hob er hervor: die Basilika zu Nechtsteden bei Rbln, die Willibrord-Kirche zu Wesel, die Marienkirche zu Mühlhausen. Diese drei seien dem Einsturz nahe, die Willibrordkirche bereits polizeilich geschlossen. Der Regierungsvertreter wies in seiner Erwiderung zwar darauf hin, daß jene 4200 Mk. keineswegs den pekuniären Aufwand des preussischen Staates für Konservierung seiner Denkmäler darstellen, und stellte aus verschiedenen einzelnen Posten eine Summe von mehr als einer Viertelmillion zusammen. Im Ganzen aber verhielt er sich dem Antrag und seiner Begründung gegenüber sehr wohlwollend und versprach, sobald der steno-graphische Bericht vorliege, den gegebenen Anregungen über einzelne Bauwerke Folge zu leisten. In derselben Sitzung wurde der Antrag mit sehr großer Majorität angenommen und schon kurz darauf der Regierungs- und Baurath v. Dehn-Rottfeller mit Wahrnehmung der Geschäfte eines Konservators beauftragt. Nunmehr ist derselbe auch formell zum Konservator ernannt worden. Dagegen verlautet nichts von einer demselben zu unterstellenden Organisation.¹⁾ Vielmehr ging im vorigen Jahre durch die Zeitungen²⁾ die Notiz, ein Spezialerlaß des Ministers habe die Regierungen angewiesen, behufs Inventarisirung der Baudenkmäler sich mit den Kunst- und Alterthumsvereinen ihrer Provinz in Verbindung zu setzen.

Je bedeutsamer nun nach dem gegenwärtigen Stande der Angelegenheit die Thätigkeit der Privaten für das Fortschreiten des Unternehmens geworden ist, desto näher liegt es, einen Rückblick auf diejenigen Bestrebungen zu werfen, welche in den letzten Jahrzehnten neben den offiziellen hergegangen sind. Der erste, der sich der Aufgabe unterzogen hat, eine nach Ortschaften geordnete Uebersicht über sämtliche in Deutschland vorhandenen Kunstgegenstände zu liefern, war Wilhelm Loß.³⁾ Sein Werk,

¹⁾ Dies hat auch in der Sitzung vom 15. Dezember 1880 (Stenogr. Berichte 1880, I, S. 783) der Abg. v. Quast hervorgehoben, wiewohl er sonst das von der Regierung Geleistete anerkannte.

²⁾ So auch in dem jedenfalls von sachkundiger Hand verfaßten Artikel der „Tri-büne“ in Nr. 525, 1882, Oktober 17.

³⁾ Wilh. Loß, *Stilkil der deutschen Kunst des Mittelalters und des 16. Jahrhunderts*. Mit spezieller Angabe der Literatur. A. u. d. T. „*Kunsttopographie Deutschlands*. Ein Haus- und Reisehandbuch für Künstler, Gelehrte und Freunde unserer alten Kunst“, I. Norddeutschland, II. Süddeutschland. Rassel (Th. Fischer) 1862/63. — Herm. Alex. Müller, *Museen und Kunstwerke Deutschlands*. Leipzig (J. J. Weber) 1857/58 (mir nur aus Bibliographien bekannt) scheint keinen Anklang gefunden zu haben.

unter dem Doppeltitel einer „Statistik der deutschen Kunst“ oder einer „Kunsttopographie Deutschlands“ seit nunmehr zwanzig Jahren in aller Händen, ist noch heute als die eigentlich grundlegende Leistung anzusehen. Die außerordentlich weitgehende Belesenheit und die noch weiter gehenden rein bibliographischen Sammlungen des Autors haben seine eigene Sachkenntniß in hohem Maße unterstützt und ihm eine Leistung ermöglicht, wie man sie den Kräften eines alleinstehenden Privaten nicht zugetraut haben dürfte. Dennoch scheint dieselbe bisher auf etwaige Nachfolger eher abschreckend als ermutigend gewirkt zu haben. Es muß wohl niemand gewagt haben, sich mit Voh vergleichend zu lassen. Die wissenschaftliche Entwicklung der letzten zwanzig Jahre hätte zum mindesten einen Litteratur-Nachtrag nothwendig gemacht; aber zu einem solchen existiren auch nicht einmal Ansätze.¹⁾ In dem Bestande der Kunstdenkmäler sind inzwischen zahlreiche Aenderungen eingetreten, aber in unserer wissenschaftlichen Litteratur fehlt es so ganz und gar an einem neueren geeigneten Hilfsmittel, daß ich kein einziges nach Voh erschienenenes zusammenfassendes Buch zu nennen wüßte, mit alleiniger Ausnahme von Babelers Reisehandbüchern, deren kunsthistorische Notizen von Anton Springer revidirt sind.

Daß nun in den betheiligten Kreisen dieser Mangel aufs Schwerste empfunden wurde, ist um so erklärlicher, als selbst das als vortrefflich allgemein anerkannte Werk von Voh keineswegs eine endgültige Inventarisirung, sondern nur eine Vorarbeit dazu sein wollte. Es handelte sich um Herstellung eines Werkes, welches durch wissenschaftlich korrekte Beschreibung, durch Abbildungen und Grundrisse, sowie endlich durch kritisch zuverlässige Erörterungen über die Geschichte des Bauwerkes zugleich die Anforderungen der Architekten und der Historiker befriedigte. Ungefähr um die Zeit als v. Quast sein Unternehmen aufgab, hat F. Adler sich daran gemacht, die Backsteinbauwerke des preussischen Staates in einer diesen Anforderungen entsprechenden Art aufzunehmen. Aber auch dieses Werk hatte mit dem Mangel einer genügenden Subvention zu kämpfen, und über die zuerst in Angriff genommene Provinz — die Mark (einschließlich der Altmark) — ist es nicht mehr hinausgekommen, obgleich doch gerade bei diesem Unternehmen auch die praktischen Erfolge deutlich vor Augen lagen. Denn die neuen Backsteinbauten, die jetzt unsere Städte zieren, verdanken alle ihren Ursprung mehr oder weniger diesem Buche, das in den Werken einer früher blühenden Bauweise zugleich den heutigen Baumeistern eine Reihe von Mustern vorgeführt hatte.²⁾

¹⁾ Dem Vernehmen nach steht jetzt eine Neubearbeitung des Voh'schen Werkes von Dr. Lehfeld in Aussicht.

²⁾ Mittelalterliche Backsteinbauten des preussischen Staates, gesammelt und herausgegeben von F. Adler. Heft I—X. Berlin 1862 ff.

Je mehr nun in der Folgezeit die offiziellen Bestrebungen, umfassende Werke zu Stande zu bringen, ins Stocken geriethen, desto reicher entfaltete sich die Thätigkeit der Privaten und schuf eine unabsehbare Menge von Bearbeitungen einzelner Denkmäler und ganzer Territorien, — eine Litteratur, die zuletzt den Mangel einer Zeitung nur desto fühlbarer machte.¹⁾

Diesem Uebelstand hat der „Verband der Architekten- und Ingenieurvereine“ seit seiner Begründung ein reges Interesse zugewandt. Schon der erste Jahrgang seines Organs, die heutige „Deutsche Bauzeitung“²⁾ brachte eine Serie von Artikeln, die den trostlosen Zustand der Konservierung gerade in Preußen zum Gegenstand hatten und unter Anderm den Vorschlag machten, die Zeichnungen, welche die jungen Akademiker zum Examen anzufertigen verpflichtet sind, für diese Zwecke auszunutzen. Nach Begründung des Deutschen Reiches machten sich sodann Bestrebungen geltend, die darauf ausgingen, die Angelegenheit als Gegenstand eines allgemeinen nationalen Interesses dem Reiche zu unterstellen.

Im Auftrage des Verbandes wurde eine dahingehende Denkschrift abgefaßt,³⁾ und mit dieser zugleich nach wiederholten Delegirtenversammlungen und mehrjährigen Vorbereitungen dem Reichstage in zwei aufeinanderfolgenden Sessionen eine Petition des „Verbandes“ überreicht, dahingehend, daß der Reichstag die Sorge für die Erforschung und Erhaltung der Baudenkmäler als eine Pflicht des Deutschen Reiches anerkennen und demgemäß von Reichs wegen nicht nur Finanzmittel bewilligen, sondern auch eine behördliche Organisation durch das ganze Reich hin für nothwendig erklären möge. In beiden Jahren ist die Denkschrift nicht einmal in der Kommission zur Verhandlung gekommen. Der spezielle Protetktor der Angelegenheit, der Abg. Römer-Hildesheim, machte in einem privaten Schreiben die Petenten darauf aufmerksam, daß dieses Schicksal der Petition für die Sache förderlicher sei, als wenn sie zur Berathung und damit

¹⁾ Eine reichhaltige Auswahl findet man im „Katalog der Abtheilung A. der Bibliothek der k. Technischen Hochschule zu Berlin.“ Berlin 1879, S. 81—83, 107—113. I. Nachtrag 1880, S. 6—8; II. Nachtrag 1881, S. 7. 9—10; III. Nachtrag 1882, S. 4—6.

²⁾ Deutsche Bauzeitung. Organ des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine. Berlin (Ernst und Korn). — Der erste Jahrgang u. d. T.: „Hochschulblatt herausgeg. von den Mitgliedern des Architektenvereins zu Berlin 1867: Ueber die Aufnahme der Baudenkmäler in Preußen und Deutschland, S. 201, 265, 285, 329, 349, 367, 431.

³⁾ Denkschrift über die Baudenkmäler im deutschen Reich, ihre Inventarisirung Aufnahme, Erhaltung und Restauration. Herausgeg. von dem Verbande u. Verlag der Deutschen Bauzeitung (Carl Voelke) Berlin. — Verfasser ist der Architekt Redtenbacher in Amsterdam. (Deutsche B.-Z. 1877, S. 164.)

ganz sicher auch zur Ablehnung gekommen wäre. Denn den Verhältnissen des deutschen Reiches entspreche es wohl, diese Angelegenheit, wo sie betrieben würde, auch pekuniär zu fördern, nicht aber sie selbst in die Hand zu nehmen oder gar eine Beamtenorganisation dafür zu schaffen. Er stellte dem Verbands anheim, sich an die einzelnen Landesregierungen zu wenden und, wenn es sich um eine bestimmte Subvention für ein geplantes Unternehmen handele, von Neuem vor dem Reichstage zu erscheinen. Die Vertreter des Verbandes beschloßen zwar eine nochmalige Wiederholung der Petition, um „eine öffentliche Verhandlung derselben und eine Motivirung des ablehnenden Bescheides angesichts der ganzen Nation durchzusetzen“; allein daneben leisteten sie doch auch dem Vorschlage Folge, sich an die einzelnen Landesregierungen zu wenden, zunächst wenigstens mit der Bitte, das Anliegen bei der Reichsregierung zu unterstützen.¹⁾

Nachdem jedoch die dritte Petition keinen andern Erfolg gehabt hat, als daß die Kommission mit Stimmengleichheit sich gegen eine Plenarberatung erklärte, bezeichnet es der Verband selbst als das „Naturgemäße“, daß die Kunstfreunde innerhalb der einzelnen Staaten für ihre Zwecke zu wirken suchen²⁾; hierdurch nun sind wir auf einen dritten Weg geführt, der zwischen den beiden bisher betretenen in der Mitte liegt, nämlich die gemeinsame Thätigkeit von Staatsbehörden und Privaten. Es ist für die Behörden naheliegend, wo sie in ihrem Bezirk besonders geeignete Persönlichkeiten finden, diese mit den Geschäften zu betrauen, auch wenn sie sich nicht in amtlicher Stellung befinden.³⁾ Es war daher natürlich, daß diejenige Provinz, die den Verfasser der Kunsttopographie zu den Ihren zählen konnte, auf diesem Wege am ehesten zum Ziele gelangte. Raum war Hessen-Rassel zur preussischen Provinz eingerichtet, als der Oberpräsident v. Möller die Lage der Sache sofort ins Auge faßte und durch Vermittelung des „Vereins für hessische Landeskunde“ dem Architekten Wilhelm Loh in Gemeinschaft mit dem Baurath Professor v. Dehn-Rotfeller eine genaue Inventarisirung der Denkmäler zunächst im Regierungsbezirk Rassel auftrug. Ein Werk, welches den Begründer dieser Studien in Deutschland und denjenigen, der nunmehr berufen ist, für Preußen an ihre Spitze zu treten, zu seinen Verfassern hatte, konnte nicht anders als zu voller Befriedigung aller theilhaftigen Kreise ausfallen.⁴⁾ Es bezeichnete sich als Theil eines „Inventariums der

¹⁾ Deutsche Bauzeitung 1877, S. 164. 389; 1879, S. 1. 276.

²⁾ Ebenda 1880, S. 43.

³⁾ Vergl. über alles Folgende ebenda 1879, S. 163. 175.

⁴⁾ „Die Baudenkmäler im Reg.-Bez. Rassel“ von Loh und v. Dehn-Rotfeller, i. A. des Ministeriums für geistliche u. Angelegenheiten vom Verein für hessische

Baudenkmäler in Preußen“, aber schon das Erscheinen des zweiten Theiles verzögerte sich stark. Herr v. Möller verschaffte die Erfolge der Jahre 1870/71 einen neuen Wirkungskreis in den Reichslanden, und während er hier auch in dieser Frage mit dem gleichen Erfolge thätig war und sofort den Professor F. X. Kraus mit den einschlägigen Arbeiten betraute¹⁾: gerieth in der von ihm verlassenen Provinz die begonnene Arbeit zunächst ins Stocken. Log arbeitete zwar unermüdlich fort, um dem Werke über den Kasseler Regierungsbezirk ein solches über den Wiesbadener ebenbürtig zur Seite zu stellen, und war schon am 17. November 1876 so weit, daß er das Manuscript des zweiten Bandes dem Ministerium einliefern konnte. Hier aber fehlte es an den nöthigen Geldmitteln zur Publikation, und das Manuscript blieb so lange liegen, bis eine Reihe von Nachträgen nothwendig wurde, und Log es im Februar 1879 sich zurückerbitten mußte. Endlich wurde auch die pekuniäre Seite erledigt; der „Verein für Nassauische Alterthumskunde und Geschichtsforschung“ erklärte sich bereit, wie er das Zustandekommen des Werkes durch seine Mittheilungen gefördert hatte, so auch die Drucklegung durch sein Abonnement zu unterstützen. Aber dem Verfasser war es nicht mehr vergönnt, die Vollendung des Werkes zu erleben. Einem Leben, in welchem er beständig zwischen dem Berufe eines Schullehrers und eines Architekten geschwankt hatte, wurde er gerade in dem Moment, wo er nach unsäglichen Schwierigkeiten eine akademische Thätigkeit in seinem Lieblingsfache gefunden hatte, entzissen. Die Herausgabe hat nach seinem Tode Friedrich Schneider geleitet.²⁾ Dieser zweite Band enthält gleichzeitig zwei zusammenfassende Untersuchungen, die, über die „Kunstdenkmäler“ im engeren Sinne hinausgehend, zwei Kategorien von Alterthümern monographisch behandeln. Der Oberst v. Cöhausen verfolgt, auf seine früheren Studien gestützt, den Lauf des Pfahlgrabens nach seinen Resten und fügt dem einen andern orientirenden Exkurs über Wallburgen, Landwehren u. innerhalb dieses Territoriums bei. Sonst stimmen die beiden Bände in ihrer Anlage vollkommen überein; sie bieten die Ortschaften des Regierungsbezirks in alphabetischer Reihenfolge und führen aus jeder die Denkmäler mit kurzer

Landeskunde herausgeg. 1870. A. u. d. L.: Inventarium der Baudenkmäler in Preußen. Reg.-Bez. Cassel.

¹⁾ Bis jetzt erschienen F. X. Kraus, Kunst und Alterthum in Elsaß-Lothringen. Beschreibende Statistik i. A. des Kaiserl. Oberpräsidiums von Elsaß-Lothringen. I. Unter-Elsaß, Straßburg. 1876 (mit 177 Holzschnitten, drei photographischen Tafeln und drei Karten.)

²⁾ Die Baudenkmäler im Regierungsbezirk Wiesbaden, i. A. des Minist. für geistl. u. Angelegenheiten, bearb. von Prof. Dr. W. Log, herausgeg. von Friedr. Schneider. Berlin (Straß u. Korn) 1880.

Beschreibung, chronologischen Daten und Literaturangaben an. Wenn dem Buche durch die knappe Form und das Streben nach Vollständigkeit die Möglichkeit genommen war, die merkwürdigeren Kunstwerke ausführlicher zu behandeln und namentlich durch Abbildungen und Grundrisse das geschriebene Wort zu ergänzen, so hat der „Verein für hessische Geschichte und Landeskunde“ wenigstens für sein Gebiet auch diesem Verlangen durch Wiederaufnahme einer älteren Publikation Rechnung zu tragen begonnen, und v. Dehn-Rotfeller, welcher noch in kurhessischen Zeiten gemeinsam mit L. u. E. Hoffmann die Arbeit begonnen hatte, führt sie jetzt in Gemeinschaft mit Röberlein fort.¹⁾ —

Mit den hessischen Arbeiten war für die andern Provinzen ein Vorbild gegeben; als solches wurde schon der erste Band des „Inventariums“ von dem Minister den Oberpräsidenten in je einem Exemplar übersandt. Als kurz darauf das sogenannte Dotationsgesetz vom Jahre 1875²⁾ unter den Zwecken, für welche die Ueberweisung von Geldern an die Provinzialvertretung erfolgte, auch die Unterhaltung von „Denkmälern“ anführte, sah sich der Minister aufs Neue veranlaßt, durch Verfügung vom 30. Juni desselben Jahres³⁾ die Oberpräsidenten zu Erwägungen darüber aufzufordern, was in dieser Frage sowohl von Seiten der Regierungen als auch der provinziellen Selbstverwaltungskörper geschehen könne. Das Vorgehen des Herrn v. Müller wurde insbesondere auch darin zum Muster, daß den Oberpräsidenten nun ebenfalls anempfohlen wurde, sich mit den Alterthumsvereinen ihrer Provinzen in Verbindung zu setzen.

Am kräftigsten zeigte sich diese Vereinsthätigkeit in derjenigen Provinz, in welcher ein altererbter historischer Sinn mit einer vorzüglichen Organisation der wissenschaftlichen Kräfte zusammentraf: in Westfalen mit seinem „Provinzialverein für Wissenschaft und Kunst“. Als jenes Ministerialreskript erging, hatte der Verein gerade eine eigene „Kommission zur Erforschung der Kunst-, Geschichts- und Naturdenkmäler Westfalens“ eingesetzt.

¹⁾ Mittelalterliche Baudenkmäler in Kurhessen, herausgeg. vom B. f. h. G. u. L. I., bearb. von v. Dehn-Rotfeller und L. u. E. Hoffmann 1862—1866. II. 1: „Im Reg.-Bez. Kassel“, bearb. von v. Dehn-Rotfeller und Röberlein. 1882.

²⁾ Gesetz vom 8. Juli 1875, § 4 Nr. 6. „Die Ueberweisung der 2c. Summen an die 2c. Kommunalverbände erfolgt zur Verwendung für folgende Zwecke:

6. Leistung von Zuschüssen für Vereine, welche der Kunst und Wissenschaft dienen, desgleichen für öffentliche Sammlungen, welche diese Zwecke verfolgen, Erhaltung und Ergänzung von Landesbibliotheken, Unterhaltung von Denkmälern.“ Vergl. unten S. 301, Anm. 1.

³⁾ Aktenzeichen 2785 H. VI, meines Wissens nicht publizirt; erwähnt u. A. in einem Schreiben des Oberpräsidenten v. Jagow an den Architektenverein zu Berlin (Deutsche Bauzeitung 1875, S. 480).

Dieselbe faßte ein Memorandum ab, welches in der Provinz verbreitet wurde; ihre Zirkulare an die Landräthe wurden von einer „nachdrücklichen Empfehlung“ des Oberpräsidenten v. Rühlwetter begleitet. Der Konservator v. Quast konnte nun noch die Antworten, welche vor zwanzig Jahren aus dem Regierungsbezirk Münster auf seine Fragebogen eingegangen waren¹⁾, an eine Stelle abliefern, von der eine erspriessliche Verwerthung zu erwarten war.²⁾ Eine Menge früher unverwendet gebliebener Fragebogen stellte er zur Verfügung³⁾, welche nunmehr auch in den Regierungsbezirken Arnberg und Minden zur Versendung gelangten.⁴⁾ Während der Balanz nach v. Quasts Tode haben die Minister selbst, Fall und v. Puttkamer, dem Fortgange der Arbeiten wiederholt ihre Anerkennung ausgesprochen und die Zusendung der Druckschriften erbeten, um sie anderen Provinzen als Muster vorzulegen.⁵⁾ Im Jahre 1879 war die Bearbeitung des Kreises Hamm im Drucke vollendet, die eines Münsterischen Territoriums in Aussicht genommen.⁶⁾ Diese Erfolge dankte man zwar im Allgemeinen einem reichlich bemessenen Jahresbudget, welches zuletzt auf 5465,22 Mark gestiegen war⁷⁾; insbesondere aber der unermüdblichen Thätigkeit des Professors J. B. Nordhoff und der Unterstützung, welche er an dem Architekten F. A. Nordhoff, sowie an den übrigen Mitgliedern der Kommission und in der ganzen Provinz fand.

Wo diese letztere Unterstützung fehlte, wo das Interesse auf die Zentralfeste beschränkt blieb, da hat die Initiative der Vereine auch keineswegs zu demselben Erfolge geführt.

In Schlesien hat der Verein für das Museum schlesischer Alterthümer der Frage wiederholt seine Aufmerksamkeit zugewandt. In seiner

¹⁾ S. oben S. 277.

²⁾ Jahresberichte des Westfälischen Prov.-B. f. B. u. R. Münster (Coppentrath) IV (p. 1876) S. 28 ff. (Jahresbericht der Kommission zur Erforschung der Kunst- u. Denkmäler.)

³⁾ Ebenda V (p. 1876) S. 287.

⁴⁾ Ebenda VI (p. 1877) S. 197.

⁵⁾ Ebenda VII (p. 1878) S. 206. VIII (p. 1879) S. 287 f.

⁶⁾ Ebenda VIII (p. 1879) S. 287 f. — Kunst- und Geschichtsdenkmäler der Provinz Westfalen; 1. Stck: Kreis Hamm. Münster (Selbstverl. d. Provinzialvereins) 1880. 40. 20 Bogen mit 126 Textholzschnitten.

⁷⁾ Von den Provinzialständen erhält der Verein für seine Gesamtzwecke eine Subvention von 3000 Mark (Verhandl. des Westfäl. Prov.-Landtages XXIV (1880) Etat der Zentralkasse p. April 1880/82. Lit. VI. — Bericht des Verw.-Aussschusses S. 38). Der Verwaltungs-Ausschuß wurde außerdem ermächtigt, „nach seinem Ermessen eine Beihilfe zur Herstellung eines die Kunstdenkmäler Westfalens in Schrift und Bild darstellenden Werkes“ zu gewähren (ebenda S. 73).

Zeitschrift haben Luchs¹⁾ und Wernicke²⁾ einzelne Aufsätze „Zur Kunsttopographie Schlesiens“ veröffentlicht. Einem Wunsche der dortigen Regierung gemäß hat auch der Verein die Vorarbeiten für die Inventarisierung bereits im Jahre 1873 übernommen und durch den Prof. Alwin Schulz eine ausführliche Anleitung sowie ferner ein Verzeichniß der bereits durchforschten Ortschaften und einen umfangreichen Fragebogen für die übrigen publiziren lassen.³⁾ Dem Vernehmen nach hat aber die Versendung der letzteren hier zu keinem Ergebnisse geführt.⁴⁾

Das allertüchtigste Resultat wurde mit der privaten Versendung der Fragebogen gerade in derjenigen Provinz erreicht, für die die kunstgeschichtlichen Vorarbeiten verhältnißmäßig am günstigsten lagen⁵⁾: in Pommern. Die „Gesellschaft für pommersche Geschichte“ fand in den einzelnen Orten der Provinz für ihre Bestrebungen so ganz und gar kein Verständniß, daß auf 800 ausgesandte Fragebogen nur 27 Beantwortungen einliefen und auch von diesen nur 15 in brauchbarer Art.⁶⁾ Dem Vernehmen nach hat man nunmehr mit besserem Erfolge die Mitwirkung der Kreisbaubeamten in Anspruch genommen und die Bearbeitung des eingegangenen Materials für die Regierungsbezirke Stettin und Cöslin dem Oberlehrer Dr. Ziemssen, für Stralsund dem Stadtbaumeister v. Haselberg übertragen.⁷⁾ Der letztere hat die Publikation begonnen.⁸⁾ Für die beiden erstgenannten Bezirke aber ist die Betheiligung an Ort und Stelle eine so geringe gewesen, daß die Vereisung von neuem in Angriff genommen werden mußte und sich gar nicht absehen läßt, wann die Veröffentlichung erfolgen kann.⁹⁾

¹⁾ Schlesiens Vorzeit in Bild und Schrift. Namens des Vereins für das Kunstschles. Alterth. Herausgeg. von Dr. Hermann Luchs, II (1875) S. 10.

²⁾ Ebenda S. 97.

³⁾ Ebenda S. 165—181.

⁴⁾ Bergau in der Deutschen Bauzeitung 1879, S. 163. Schlesiens Vorzeit 1c. Bericht 28, 29.

⁵⁾ Fr. Kugler, Pommersche Kunstgeschichte. Nach den erhaltenen Monumenten dargestellt. Stettin 1840. Baltische Studien VIII, 1 (abgedruckt mit Nachtrag in: Kleine Schriften zur Kunstgeschichte I, Stuttgart 1853).

⁶⁾ Bergau in der Deutschen Bauzeitung 1878, S. 368 ff. Der P.-L.-Z. gewährt dem B. f. P. S. u. A. außer dem regelm. Zuschuß von 1000 Mark noch 500 Mark „auf spezielle Anweisung zahlbar zur Inventarisierung der pommerschen Baudenkmäler (Uebersicht der Vorlagen u. Beschlüsse des 8. P.-L.-Z. von Pommern 1882. Anl. II, S. 41).

⁷⁾ Bergau, ebenda 1879, S. 175.

⁸⁾ Bis jetzt erschienen: Die Baudenkmäler der Provinz Pommern, herausgeg. von d. Ges. f. Pomm. Gesch. u. Alterthumskde. I. Reg.-Bez. Stralsund, bearb. von E. v. Haselberg, Stadtbaumeister in Stralsund. Stettin 1881. Das mir vorliegende Exemplar der Technischen Hochschule trägt diesen Titel, enthält aber nur den Kreis Franzburg.

⁹⁾ Vergl. die Vorrede des eben citirten Werkes.

Es ist begreiflich, daß zur Vermeidung derartiger Erfolge anderswo die Provinzialverwaltungen selbst die Initiative ergriffen, wiewohl sie private Kräfte mit der Ausführung betrauten. Mit der Freigebigkeit, welche die rheinischen Stände in jeder Angelegenheit, welche die idealen Interessen ihrer heimischen Kultur betrifft, auszeichnet, bewilligten sie sofort für die Inventarisirung der rheinischen Denkmäler die Summe von 11 400 M. und beauftragten den Professor aus'm Weerth in Kessenich bei Bonn mit der Ausführung.¹⁾

In der Provinz Sachsen hatten die Stände schon durch Beschluß vom 18. November 1876 eine Kommission mit einem Jahresbudget von 5000 M. eingesetzt, um „die Erforschung der Geschichte dieser Provinz planmäßig zu leiten und nachdrücklich zu unterstützen“. Nun konnte es einer planmäßigen Leitung gewiß nicht entgehen, daß gerade das in Rede stehende Unternehmen einer nachdrücklichen Unterstützung im höchsten Grade bedürftig war; diese hat die Kommission denn auch in vollem Maße zu Theil werden lassen. Die „beschreibende Darstellung der Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Sachsen“ giebt sie kreisweise heraus; und zwar sind bis jetzt unter Ch. Heinr. Ottes und Julius Schmidts Mitwirkung von G. Sommer bearbeitet, bereits sechs Kreise erschienen.²⁾

Einen langwierigeren Verlauf hat der Gang der Angelegenheit in Schleswig-Holstein genommen. Schon unter dänischer Herrschaft waren während der fünfziger Jahre in Schleswig und dann nach der Annexion im Jahre 1869 im ganzen Lande die Pastoren zur Einlieferung von Beschreibungen aufgefordert worden. Es war ein ungeheures Material zusammengekommen, — so ungeheuer, daß die Kreisbaubeamten, denen die Durcharbeitung übertragen war, trotz eines halben Duzends Monitorien nicht zur Fertigstellung zu bringen waren. Ebensowenig konnte der Bau- rath, dem schließlich das gesammte Material übergeben wurde, neben seinen zahlreichen praktischen Amtsgeschäften für diese rein wissenschaftliche Aufgabe

1) Bergau, ebendaß. 1879, S. 175. Ueber den Stand der Arbeiten verlaunt jedoch noch nichts. — Vermuthlich werden die Hohenzollernschen Lande mit in den Kreis gezogen. Bis jetzt kommt für diese in erster Linie in Betracht: R. Febr. v. Stülfrich, Alterthümer und Kunstdenkmäler des erlauchten Hauses Hohenzollern. Berlin 1888. R. 8. 1867—1867.

2) Beschreibende Darstellung der älteren Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Sachsen und angrenzenden Gebiete; herausgeg. von der hist. Komm. der Prov. Sachsen. I. Die Kreise Zeitz, Langensalza, Weiskensels, Mühlhausen und Sangerhausen. Unter Mitwirkung von Dr. Heinr. Otte, past. em., bearb. von Gustav Sommer, Igl. Baupinsp. a. D. Halle (Gendel) 1882. — Kreis Weiskensel, unter Mitw. von Julius Schmidt — mir noch nicht zugänglich.

die erforderliche Muße erübrigen; und so blieb das angesammelte Material unverwerthet liegen, bis zuletzt Niemand im Lande eigentlich noch wußte, wo es geblieben.¹⁾ Als nun in Folge des oben erwähnten Ministerial-reskripts auch der Oberpräsident von Schleswig-Holstein im Jahre 1878 die Angelegenheit bei dem Provinziallandtage aufs neue in Anregung brachte, konnte sich seiner Forderung, einen eigenen Beamten mit der Inventarisirung zu betrauen, Niemand entziehen.²⁾ Der Prof. Dr. Haupt, Oberlehrer am Gymnasium zu Ploen, wurde zunächst mit der Durcharbeitung der vorhandenen Literatur betraut und ihm gleichzeitig auch das in früheren Jahrzehnten angesammelte Material verschafft. „Die Einsicht dieser Literatur ergab aber, daß dieselbe für ein wissenschaftliches Werk von nur geringem Nutzen sei, da sie meist ohne genügende Sachkenntniß entstanden und vielfach eher geeignet sei, irre zu leiten, als eine für weitere Untersuchungen taugliche Grundlage zu bilden.“³⁾ Da ebenso wenig die alten Pfarreiberichte diese Grundlage abgeben konnten, so lag die Nothwendigkeit vor, den Professor Haupt durch genügende Remuneration so zu stellen, daß er sich ganz dieser Aufgabe widmen könne. In dem Etat für 1882/83 wurden daher „zur Herstellung eines Inventars der Bau- und Kunstdenkmäler“ 6000 Mk. ausgeworfen⁴⁾ und somit ist auch in der Nordmark des Reiches die Bearbeitung eines Werkes nach dem Muster des heftischen gesichert.

Die jüngste der preussischen Provinzen, die neu eingerichtete Provinz Westpreußen, ist die einzige, die in ihrem Budget das Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ zu einem eigenen Nebenetat ausgedehnt hat.⁵⁾ Vor Einrichtung der Provinz im Jahre 1872 hatte der Danziger Regierungspräsident v. Dieß durch die Kreisbaubeamten und die Ortspfarren Notizen sammeln lassen, um Material für ein Werk zu gewinnen, wie es damals in Kassel geplant wurde. Aber „wegen Mangels der nöthigen Fonds“ konnte die Inventarisirung nicht zu Stande kommen, und um nur einen Ueberblick über das Vorhandene zu geben, veröffentlichte der Baumeister

¹⁾ Verhandlungen des Schlesw.-Holst. Prov.-Landtages 1878, S. 17. Neben des Landesdirektors und des Abg. Kraus-Ploen.

²⁾ Ebenda Anlage Nr. 5 ad I.

³⁾ Ebenda 1882, Anl. II, 1. Ausschlußbericht, S. 6.

⁴⁾ Ebenda 1882, Anl. VI, 5. Etat sub VII, 3.

⁵⁾ Die rheinischen Stände haben einen „Etat für die Verwaltung der Angelegenheiten, welche die Unterstützung milder Stiftungen u., die Förderung von Kunst und Wissenschaft betreffen“ (27. Rhein. P.-L.-Z. von 1881. Etats, S. 304), welcher jedoch nur ein summarischer Auszug ist. (Summe: 20 000 Mark.)

Habermann wenigstens ein „tabelarisches“ Verzeichniß desselben. Nachdem aber Westpreußen seine selbstständige provinzielle Gestaltung erhalten hatte, wurde die offizielle Thätigkeit desto kräftiger in Aussicht genommen. Die jährlich ausgeworfene Summe von 5000 Mark ist im Etat ausdrücklich als übertragbar von Jahr zu Jahr bezeichnet, und so wird ein angesammelter Fonds den Fortgang der Arbeiten unterstützen, nachdem es nunmehr gelungen ist, den Regierungsbaumeister Hesse für dieselben zu gewinnen. Die mustergiltige Publikation der Provinz Westfalen soll als Vorbild dienen und nach diesem Muster zunächst in den Kreisen Kulm und Barthaus die Aufnahme beginnen.¹⁾

Während die bisher genannten Verwaltungen in der Lage waren, die geeigneten Kräfte aus den Eingeseffenen der Provinz zu entnehmen, sah sich der brandenburgische Provinziallandtag genöthigt, nachdem er für diesen Zweck die Summe von 10 000 Mark in den Etat eingestellt hatte, zur Ausführung des Unternehmens den Professor Bergau aus Nürnberg zu berufen. Derselbe hat die Vereisung der Provinz begonnen²⁾ und wird in seinen Arbeiten wohl wesentlich durch das reichhaltige Material unterstützt werden, welches der Landrath v. Quast aus dem Nachlasse seines Vaters der Provinz zur Verfügung gestellt hat.³⁾ Das Werk soll im Verlage des Provinzialausschusses erscheinen. Wiewohl von demselben noch nichts im Druck vorliegt und Bergau mit der Aufnahme selbst noch nicht fertig sein kann, so hat seine Heimathsprovins Ostpreußen ihn schon jetzt vertragsmäßig verpflichtet, nach Beendigung der brandenburgischen Arbeiten die dortigen Denkmäler nach den gleichen Grundsätzen zu inventarisiren. Vorarbeiten waren hier nur für den Regierungsbezirk Königsberg vorhanden, wo vor 20 Jahren die Geistlichen und die Kreisbaumeister ein Material von zusammen 21 Aktienbänden eingeliefert hatten.⁴⁾ Möchte man sich der Unzulänglichkeit dieser Aufzeichnungen trotz ihrer Fülle bewußt sein oder nicht, genug, man hatte die Absicht, nach dem regierungsfertig empfohlenen Muster vorzugehen, und nahm in dem mit Bergau abgeschlossenen Vertrage neben dem Krausschen Werke auf das Unterelßaß auch auf dessen eigenes

¹⁾ Verhandlungen des Prov.-Landt. von Westpreußen, IV (1881). Vorl. Nr. 29, S. 2. 3.

²⁾ Deutsche Bauzeitung 1879, S. 18. 465.

³⁾ Sitzung vom 14. März 1878. Protokolle des Brandenburg. P.-L.-L. 1878, S. 109.

⁴⁾ Verhandlungen des Ostpreuß. P.-L.-L. II (1879). Vorl. Nr. 3. Vergl. oben S. 277.

kurzes Programm¹⁾ Bezug.²⁾ Für die Kosten sind Jahresraten von 3000 Mark in den Etat eingestellt.³⁾

Von zwei preussischen Provinzen ist in diesem Ueberblicke noch nicht die Rede gewesen; von der einen nicht, weil in ihr die Inventarifation in vollem Gange war, noch bevor sie zu einer preussischen Provinz wurde; von der anderen nicht, weil in ihr diese Arbeiten bis heute nicht in Gang gebracht werden konnten: die eine ist Hannover, die andere Posen.

In dem ehemaligen Königreich Hannover hatten schon in den fünfziger Jahren die Behörden, einem Wunsche des „historischen Vereins für Niedersachsen“ entsprechend, die Pfarrer zur Einsendung von Beschreibungen und Zeichnungen veranlaßt, deren Inhaltsverzeichnis der Verein sodann in seiner „Zeitschrift“ veröffentlichte. Eine sachgemäße Sichtung des Materials zeigte aber bald, daß zu seiner Verwerthung eine Vereisung des Landes unerläßlich sei.⁴⁾ Diese hat im Auftrage des Vereins Mithoff unternommen und als erstes Resultat derselben eine Bearbeitung der Denkmäler des Fürstenthums Kalenberg geliefert, der nach und nach die anderen hannoverschen Territorien folgten, bis jetzt die gesammte Provinz eine Darstellung ihrer Denkmäler in Wort und Bild besitzt.⁵⁾

Während hier ein berechtigtes Vertrauen auf den Erfolg privater Thätigkeit der Provinzialregierung ein eigenes Einschreiten als überflüssig erscheinen ließ, war es in der Provinz Posen der gegentheilige Grund, welcher die Provinzialregierung an einer irgendwie erfolgreichen Thätigkeit hinderte. Unmittelbar nach Erlass des oft erwähnten Ministerialreskripts regte der Landtagskommissarius mittelst Schreibens vom 19. September 1875 die Herstellung eines Inventariums der Baudenkmäler in dem Provinziallandtage an. In der Plenarversammlung vom 14. Oktober wurde beschlossen, die Herstellung einer späteren Zeit zu überlassen.⁶⁾ Nachdem sodann andere Provinzen dem in Rassel und Hannover gegebenen Beispiele gefolgt waren, wurde die Sache im Jahre 1877 aufs neue zur

¹⁾ Deutsche Bauzeitung 1873, S. 185.

²⁾ Ostpreuß. P.-L.-Z. III (1880), Drucksache Nr. 11.

³⁾ Vergl. den Etat p. 1882/3 in den Verhandlungen V (1882), Druckf. Nr. 1, S. 20.

⁴⁾ Zeitschrift des hist. V. f. Niedersachsen 1861—1868.

⁵⁾ Kunstdenkmäler u. Alterthümer im Hannoverschen, dargestellt von G. Bish. G. Mithoff. Mit Abbildungen v. Hannover (Helmwig) 1871—1880. 7 Bde. 4^o. — Daneben kommen noch immer in Betracht die zahlreichen Aufnahmen in den „mittelalterlichen Baudenkmäler Niedersachsens“, herausgeg. vom Architekten- und Ingenieurverein zu Hannover. Hannover (Kämpfer).

⁶⁾ P.-L.-Z. XVIII. 1875, S. 136.

Sprache gebracht, aber wiederum verschoben, „bis die dadurch entstehenden Kosten sowie die damit verbundenen Modalitäten näher angegeben sein werden“. ¹⁾ Diesem Ersuchen wurde von der Provinzialregierung stattgegeben; sie ließ ein Verzeichniß der vorhandenen Denkmäler sowie ferner einen Kostenanschlag für die wissenschaftliche Inventarisirung ausarbeiten, welcher für den Regierungsbezirk Posen 17 Nummern mit 11 000 Mark, für Bromberg 30 Nummern mit 9000 Mark ergab. Beides wurde im Jahre 1880 dem Provinziallandtage vorgelegt ²⁾, und dieser hatte sich nunmehr darüber schlüssig zu machen, ob er diese Summe an ein Unternehmen wenden wolle, welches der historischen Vergangenheit seiner Provinz galt. Auch diesmal kam ein einstimmiger Beschluß zu Stande: „Der Herr Landtagskommissar ist zu ersuchen, die Verzeichnisse zc. derartig vervollständigen zu lassen, daß aus denselben einigermaßen ersehen werden kann, welche Bedeutung und welches Interesse die aufgeführten Denkmäler für unsere Zeit (!) haben.“ ³⁾

Bei Verwaltungen, wie die unserer provinziellen Selbstverwaltungskörper sind, hat eine Nebeneinanderstellung der mannigfachen Behandlung, die ein und dieselbe Frage in den verschiedenen Provinzen findet, eine ganz besondere Bedeutung. Die Vergleichung ist ein Spiegel; wer in diesem etwas Häßliches erblickt, darf die Schuld nur in sich selbst suchen. —

III. Forderungen und deren Erfüllbarkeit.

(Konservirung.)

Der Ueberblick über die bisherigen Bestrebungen muß den Eindruck hinterlassen, daß zwar viel geschehen ist, aber auch noch viel zu thun bleibt. Namentlich haben wir über eine allgemeine Organisation der Erhaltung der Denkmäler nichts beibringen können. Hiermit soll jedoch keineswegs gesagt werden, daß vom preussischen Staate hierfür nichts geschehen sei. Unermüßlich war der Konservator v. Quast thätig gewesen, den Abbruch merkwürdiger Bauten zu verhindern. ⁴⁾ Aber jede einzelne Konservirung

¹⁾ Ebenda XIX. (1877), S. 93, 114.

²⁾ Ebenda XXI. (1880) S. 112.

³⁾ Ebenda S. 143. — Bis auf weiteres bleibt Rowags kurze Uebersicht über die mittelalterlichen Kirchen des Großherzogthums (Zeitschrift für Bauwesen XXII. (1872), S. 575) die einzige.

⁴⁾ Vergl. Corr.-Bl. des Ges.-Vereins 1859, S. 88; 1860 S. 77; 1863 S. 5, 12 99; 1864 S. 29, 53, 82, 87; f. o. S. 276. A. 5.

war ein einzelner Regierungssakt. Es fehlte an einer Organisation, welche von Amtswegen der Zerstörung oder dem Verfall rechtzeitig vorzubeugen hatte.

Unter solchen Umständen war es natürlich, daß die Kunstfreunde, um Muster für bessere Zustände zu finden, ihre Blicke nach dem Auslande richteten.

Wie in allen Fragen einer Organisation der historischen Forschung, steht auch in dieser an der Spitze der Zivilisation das Königreich Dänemark. Die Gesetzgebung und Verwaltung dieses Staates genießt mit Recht nach dieser Seite hin einen außerordentlich günstigen Ruf; und so groß ist die Anzahl der von auswärtigen Regierungen nach Kopenhagen gerichteten Anfragen, daß das dänische Ministerium sich veranlaßt gesehen hat, dieselben durch Ausarbeitung einer eigenen Brochure zu beantworten.¹⁾ Man begnügte sich nicht damit, die anderweitige Veräußerung historischer Funde unter strenge Strafe zu stellen; man kam auch allen Schleichwegen, welche die Händler in andern Ländern zu ersinnen wußten, durch das äußerst praktische Mittel zuvor, den Findern stets durch die Staatsbehörden so hohe Preise zu zahlen, daß ein Schmuggelhandel daneben nicht aufkommen konnte. Dieser Organisation in Gemeinschaft mit der planvollen Thätigkeit dänischer Gelehrter verdanken wir das Institut, welches den Ruf der bestgeordneten Sammlung der Welt hat, das Nordische Museum zu Kopenhagen. Topographisch und historisch geordnet, giebt das Museum ein anschauliches Bild von dem Gang, den die Kultur von der deutschen Grenze bis zum äußersten Norden, von den Zeiten des Heidenthums bis zum siebzehnten Jahrhundert genommen hat. Niemand wird dieses Museum besuchen, ohne ein Gefühl der höchsten Bewunderung vor dem gemeinsamen Resultat einer staatlichen Organisation, die den Boden eines Königreichs hat durchwühlen müssen, um eine so reiche Fülle von Material zu gewinnen, und einer gelehrten Kritik, die diesen Ergebnissen mit so sicherer Hand ihre Stelle anzuweisen gewußt hat.

Nicht geringere Resultate hat die dänische Staatsverwaltung in Betreff der immobilen Denkmäler aufzuweisen. Schon im Jahre 1812 hat man eine Liste derselben angefertigt. Die Restaurirung der Kirchen ist 1861 neu geregelt, und seit 1873 ist für den Dienst eine neue, feste Organisation mit Kommissarien geschaffen worden, welche überall im Lande darüßer wachen, daß die Denkmäler der Vergangenheit unter den Interessen der Gegenwart nicht zu leiden haben. Auf ein Dezennium hinaus ist ihr Jahresbudget mit dem für den Umfang des Königreichs nicht geringen

¹⁾ Bergl. Zeitschrift für Museologie 2c. Dresden 1878, I. 86, 92.

Betrage von 3500 Rgsb.¹⁾ festgesetzt, zu welchem alljährlich noch ein Extraordinarium hinzutritt.

Sollte man meinen, daß die Durchführung ähnlicher Maßregeln eben nur durch den geringen Umfang des Königreichs ermöglicht werde, so wende man sich von unserm nördlichen Nachbar zu dem westlichen. Es ist eine staunenswerthe Weisheit, mit welcher unter den verschiedensten Verfassungsformen die Leiter der französischen Nation gerade für diesen Zweig der Staatsverwaltung die richtige Mitte zwischen dem Zuviel und Zuwenig innezuhalten verstanden haben. Wir sind gewohnt, Frankreich für das klassische Land der Centralisation und der Nivelirung zu halten; desto höher werden wir es anschlagen müssen, wenn die französische Regierung gewußt hat, sich die Vortheile dieser Unifigirung zu sichern, ohne ihre Nachtheile und Ungerechtigkeiten mit in den Kauf zu nehmen.²⁾

Seit dem Jahre 1831 wo Rudovic Vitet zum „General-Inspektor der geschichtlichen Denkmale Frankreichs“ ernannt wurde, ist ein halbes Jahrhundert hindurch die unter dem Unterrichtsminister stehende Organisation in beständiger Stärkung begriffen. Sechs Jahre darauf wurde in der Commission des Monuments historiques eine Centralstelle für alle einschlägigen Forschungen geschaffen. In allem Uebrigen trug man jedoch den lokalen Interessen die möglichste Rücksicht. Wenn in der Provinz Funde gemacht werden, so werden dieselben darauf hin untersucht, ob sie ein allgemeines oder ein provincielles Interesse gewähren. Nur in dem ersteren Falle werden sie in die Pariser Museen gebracht, nicht jedoch ohne daß dem betreffenden Departementsmuseum ein Abguß überlassen würde; alle übrigen Funde werden in den Departementsmuseen aufbewahrt, „um daselbst gleichsam ein Archiv der Localgeschichte zu bilden und den Sinn und Geschmack für Kunst zu verbreiten“. Bei den unbeweglichen Denkmälern, deren Besitz durch die Natur der Sache den Provinzen gesichert ist, ist wiederum die Inventarisirung durch das ganze Staatsgebiet einheitlich geleitet. Von vornherein war man sich hier eines doppelten Zieles bewußt; inventarisirt

¹⁾ Gegen 8000 Mark unserer Währung; diesem Betrage würde für Preußen (mit der zwölffachen Bevölkerung) ein Ordinarium von etwa 100 000 Mark entsprechen, wenn nicht unsere Kultur in Vergleich zur dänischen um ebensoviel älter wäre, wie sie im Vergleich zur französischen jünger ist.

²⁾ Eine Darstellung der französischen Organisation findet man schon in Ruglers Reisebericht: Ueber die Anstalten und Einrichtungen zur Förderung der bildenden Künste und Konservation der Kunstdenkmäler in Frankreich und Belgien zc. Berlin 1846. (Kleine Schriften zur Kunstgesch. III. Stuttg. 1854 S. 464 ff.), neuerdings bei v. Hefsert in Mitth. der k. k. Zentralkommission. II. N. F. Wien 1876, S. 17, der wichtige Altkensche Plan vor sich hatte, und dem ich das Meiste entnehme.

sollten alle Denkmäler werden,¹⁾ konservirt nur die, die der Erhaltung zugleich fähig und würdig waren. Die letztere Frage ist diejenige, die bei weitem am schwierigsten zu beantworten ist. Eben darum hat die Kommission geglaubt, die Entscheidung nicht bis zu der Zeit aufzuschieben, wo die Frage an sie herantritt; sie hat es sich vielmehr zur Aufgabe gemacht, den gesammten Denkmälerbestand Frankreichs durchzugehen und von jeder einzelnen Nummer festzustellen, ob sie die nationale Fürsorge verdiene. Hierbei aber ist sie von durchaus wissenschaftlichen Gesichtspunkten ausgegangen. Sie weist darauf hin, daß manches Denkmal, an und für sich von minderer Bedeutung, durch seine ausnahmsweise Stellung eine erhebliche Wichtigkeit gewinnen könne. Daher komme es z. B., daß eine Kuppelkirche, die in Angoulême nur ein untergeordnetes Interesse erregt, in der Normandie die ganz besondere Aufmerksamkeit des Kenners auf sich zieht. Im Languedoc ist eine gothische Kirche eine sonderbare Ausnahme und erwirbt durch ihren Standort eine ganz andere Bedeutung, als sie in Isle de France beanspruchen könnte. Andererseits müßten gerade die Denkmale, deren Gattung in besonders großer Anzahl vertreten ist, als charakteristisch für Ort oder Zeit angesehen werden, und da man sie nicht alle konserviren könne, solle man die vorzüglichsten unter ihnen als typisch aussondern. „Diese typischen Denkmale bilden in ihrem Zusammenhang eine Art fortlaufender Geschichte der Kunst in unserem Lande, und man erkennt den vollen Werth, den es haben muß, die Erinnerungszeichen dieser Geschichte ohne Lücken bleibend zu erhalten.“ So gelangt die Kommission zu einer Liste „klassirter Denkmäler“, deren Konservirung ein für allemal feststeht. Wenn ein Kunstwerk, welches die Aufnahme in diese Liste verdiente, bereits zu verfallen ist, um einen Restaurationsversuch zu gestatten; oder wenn es sich in unveräußerlichem Besiz befindet und man willkürliche Veränderungen befürchtet, so wird wenigstens ein getreues Abbild in die „Archive der Kommission“ gerettet und nach Möglichkeit auch durch den Druck zugänglich gemacht.²⁾

1) „Faire dresser un inventaire complet, un catalogue descriptif et raisonné des monuments de tous les genres et de toutes les époques qui ont existé ou existent encore sur le sol de la France.“ So bezeichnet im Jahre 1834 Guizot als Unterrichtsminister diesen Theil der Aufgabe. (Bull. archéologique publié par le Comité historique I. Paris 1848. S. 4.)

2) „Archives de la Commission des Monuments historiques publiées par ordre de S. E. M. Achille Fould, Ministre d'Etat. Bisher eine Serie in vier Bänden: 43 Monographien mit 237 Tafeln; eine zweite Serie soll in Angriff genommen sein. (Helffert.)

Es läßt sich denken, daß eine derartige Thätigkeit eine reichliche Selbstbewilligung voraussetzt. Der Kredit des Generalinspektors bezw. der Kommission betrug:

im Jahre 1831:	Frs.	80 000
1837:	"	200 000
1839:	"	400 000
1842:	"	600 000
1846:	"	800 000
1859:	"	1100 000

Seit damals ist das Budget zwar unverändert geblieben, allein die Kommission versichert, durch beständige Unterstützung von Gemeinden und Privaten Arbeiten auszuführen, deren Gesamtkosten die Höhe von 3 Millionen Franks erreichen. —

Verdenken können wir es unsern Künstlerkreisen nicht, wenn sie solchen Mustern nachstreben, wenn sie den vaterländischen Denkmälern gern die gleiche Sorgfalt gewidmet sähen, wie den bestverwalteten des Auslandes, wenn sie am liebsten die französischen Einrichtungen einfach auf Deutschland übertragen möchten. Eine andere Frage ist es, ob derartige Bestrebungen geeignet sind, irgend etwas zur Verbesserung der Lage unserer Denkmäler beizutragen. Die bisherige Erfahrung spricht dagegen. Das Schicksal, welches die Architektenpetition an den Reichstag gehabt hat¹⁾, ist, so bebauernswerth es auch scheinen mag, dennoch dasjenige, das ihr nach unseren staatlichen Verhältnissen zutram.

Juristisch wird es ja nicht bestritten werden, daß das Reich befugt wäre, seine Kompetenz auch auf diese Frage zu erstrecken. Aber wenn trotzdem das Reich in die den Einzelstaaten verbliebenen Ressorts nicht früher eingreift, als bis erwiesen ist, daß dieses Eingreifen das unerläßliche Mittel für die Erfüllung einer nationalen Aufgabe bildet, so wird man ebenso wenig in Abrede stellen, daß diese Zurückhaltung im Wesen unserer Reichsorganisation begründet ist.

Die Angelegenheiten der „Kunst und Wissenschaft“ gehören in Deutschland zum Ressort der Unterrichtsministerien und bilden den Gegenstand einzelstaatlicher Fürsorge. Das Reich tritt in außerordentlichen Fällen ein, es wacht auch hier über die Aufrechterhaltung der Reichsgesetze, es würde gewiß auch im einzelnen Falle zu bestimmten finanziellen Opfern bereit sein: wo es sich aber um eine dauernde behördliche Organisation in Kunstangelegenheiten handelt, ist dieselbe in erster Linie Pflicht der Landesverwaltungen. Es ist der vollkommen naturgemäße Weg, den die Architektenvereine nunmehr mit ihren Petitionen an die einzelnen Staatsregierungen beschritten haben.

¹⁾ S. oben S. 281.

Hat aber die Angelegenheit erst den Gang aus den Versammlungen der Kunstfreunde in die Bureauz der Verwaltungsbehörden gefunden, so darf man sich darüber keiner Täuschung hingeben, daß die Behandlung hier nicht dieselbe sein kann, wie dort. Ein so festgegliederter Organismus, wie der preussische Verwaltungskörper ist, kann nicht anders als eine ihm gestellte Aufgabe in erster Linie als Verwaltungsgegenstand wie jeden andern auffassen; er kann diese Angelegenheit in keiner andern Art zum Ziele führen, als in derjenigen, in welcher er seit Jahrhunderten sich seinen Aufgaben gewachsen gezeigt hat: nämlich im engsten Anschluß an das Bestehende. Und am grünen Tisch wird nur deswegen die Antwort anders als auf der Vereinstribüne ausfallen, weil die Fragestellung nothwendigerweise eine andere ist. In Künstlerkreisen wird immer die Frage die sein: welches sind die besten Institutionen für die Denkmälerforschung? — in der Verwaltung: wie lassen sich die berechtigten Forderungen mit den vorhandenen Mitteln erfüllen?

Prüfen wir nach dieser Rücksicht die einzelnen Forderungen.

Was zunächst die Inventarisirung betrifft, so wird nach dem oben gegebenen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten niemand im Ernst verlangen, daß der Minister die Leistungen der Provinzen ignoriren solle, um nach französischem Muster eine Aufnahme durch das ganze Staatsgebiet zu veranstalten. So hoch gewiß die Vortheile der Einheitlichkeit auch für dieses Unternehmen in wissenschaftlichem Interesse anzuschlagen sind; — die Entscheidung ist bereits gefallen. Von den zwölf preussischen Provinzen ist in zweien das Denkmälerwerk vollständig, in zwei anderen zum Theil erschienen (Hannover und Hessen-Nassau, Westfalen und Sachsen); in sechs Provinzen sind die Arbeiten bereits begonnen (Ost- und Westpreußen, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Rheinlande, Pommern) und nur in zweien scheinen sie gar nicht in Fluß zu kommen (Schlesien, Posen).

Die Frage kann demgemäß nur die sein, wie bei der provinziellen Bearbeitung die wünschenswerthe Einheitlichkeit nach Möglichkeit erreicht werden kann. Von allen Klagen über die bisherige Ungleichmäßigkeit die berechtigteste ist vielleicht die, daß das Objekt der Bearbeitung verschieden aufgefaßt ist. Daß die Inventarisirung sich nicht auf die Baudenkmäler zu beschränken, sondern die Werke der Malerei und Plastik in demselben Umfange aufzunehmen hat, scheint zwar bereits die allgemeine Ansicht geworden zu sein; allein ein vollkommenes Schwanken herrscht darüber, inwiefern die Denkmäler der Kleinkunst und die Bestände der Museen aufzuführen sind.¹⁾

¹⁾ Für die letzteren ist in Elßaß das Verfahren eingeschlagen, die Museen zwar anzuschließen, aber wissenschaftliche Kataloge über dieselben in Anschluß an das Hauptwerk vorzubereiten; vielleicht ist dies geeignet, alle Wünsche zu befriedigen.

Noch weniger ist man sich über die zeitlichen Grenzen klar; ob die prähistorischen und die neuzeitlichen Denkmäler auszuschließen sind, und wo eventuell die Grenze zu ziehen wäre, darüber herrschen die verschiedensten Ansichten. Für den Handgebrauch am unangenehmsten sind die Abweichungen in der Anordnung: in Hannover nach historischen Territorien, in Hessen-Nassau nach Regierungsbezirken, in Westfalen und Sachsen nach landrätlichen Kreisen. Das erste System, wiewohl zu Vorarbeiten für eine Denkmälergeschichte das wissenschaftlich geeignetste, scheint doch eben nur den Verhältnissen der Provinz Hannover zu entsprechen. Das zweite ist bei durchgehender alphabetischer Ordnung der Ortsnamen für den Handgebrauch ohne Zweifel dem dritten vorzuziehen, und da Vergau es, wie es scheint¹⁾, auch in Brandenburg und Ostpreußen durchzuführen wird, so läge der Wunsch nahe, es auch für die übrigen noch rückständigen Provinzen obligatorisch zu machen. Dem steht aber entgegen, daß bei diesem System die Publikation erst nach Vollendung der Aufnahme eines ganzen Bezirkes beginnen kann, während sie bei dem andern kreisweise fortschreitet, — ein Unterschied, der zuweilen auch pekuniär ins Gewicht fallen kann.

Wenn sich nun eine vollkommene Gleichförmigkeit nicht sollte erreichen lassen, so kann doch eine noch weitere Ausbildung von Verschiedenheiten dadurch vermieden werden, daß den Provinzen zwar zwischen zwei Mustern (vielleicht dem hessischen und dem westfälischen) die Wahl gelassen, dann aber auch die strikte Befolgung des selbstgewählten Modells zur Pflicht gemacht wird.

Die meisten Provinzen scheinen eine Beschreibung in Wort und Bild zu beabsichtigen; Hessen-Nassau, welches sein Werk ohne Illustrationen hat erscheinen lassen, beseitigt diese Anomalie durch die oben erwähnte zweite Publikation.²⁾ Wenn dieses Verfahren Nachfolge findet, und wenn dann auf Grund aller dieser Arbeiten unser jetziger Konservator in der Hauptstadt ein königlich Preussisches Denkmälerarchiv errichtet, wie er es beabsichtigt³⁾, so wird für die Erforschung der Denkmäler ein breiter und sicherer Grund gelegt sein. —

Ähnlich regelt sich die Frage der Konservierung. Was zunächst das beständige Rühren ausländischer Gesetzgebungen betrifft, so kann auch hier die Frage in erster Linie nicht die sein, welches die ideal beste Gesetz-

¹⁾ Nach einem Vortrage Sehfeldts (Wochenblatt f. Archit. u. Ingen. I. Berlin 1879, S. 214); vergl. Deutsche Bauzeitung 1880, S. 244.

²⁾ S. oben S. 284, Anm. 1.

³⁾ Vergl. Sitzung des Architekten-Vereins zu Berlin vom 18. Februar 1888: Deutsche B. Z. S. 99.

gebung ist, sondern zunächst ist zu fragen, ob unsere preussische Gesetzgebung überhaupt auskömmlich ist. Für den Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts kann diese Frage ohne Bedenken bejaht werden. Es ist oben¹⁾ gezeigt worden, wie dieses Gesetzbuch Handhaben genug bietet, um jedem, selbst dem privaten Eigentümer²⁾, die willkürliche Zerstörung oder Veränderung von Kunstdenkmälern zu untersagen; ja, die allgemeine Ansicht scheint dahin zu gehen, daß ihm nöthigenfalls auch die Konsevation anbefohlen, die Kosten derselben auferlegt werden können.³⁾

Wenn nun die Denkmäler im allgemeinen einen genügenden gesetzlichen Schutz genießen, wie steht es mit den praktischen Resultaten der Konsevirung: In der oben erwähnten Denkschrift⁴⁾ wird die Frage beantwortet: „Wir Deutsche mit unseren ehemals kleinstaatlich zersplitterten Verhältnissen haben gethan, was wir nur gekonnt haben, um so manches Denkmal von seinem Untergang zu retten; das heißt, wir haben geredet, geschrieben und berathen, was man thun könnte und sollte, jedoch soviel wie nichts damit erreicht.“

Wenn ein Ausländer diese Darstellung in einem Schriftstück liest, das sich sonst durch eine maßvolle Erörterung selbst weitgehender Forderungen vor ähnlichen sehr vortheilhaft auszeichnet, so sollte er wirklich glauben, daß von der Wartburg heut nur noch ein Trümmerhaufen existire. Merkt man nicht, daß mit dieser Uebertreibung der Sache der größte Schaden zugefügt wird, der ihr zugefügt werden kann? nämlich der, daß die Verwaltungsmänner genöthigt werden, das Petitum mit derselben Mühe anzusehen, mit der sie jedem begegnen, der etwas total Neues verlangt. Wahr ist, daß viel, sehr viel versäumt worden ist; aber so gering ist die Summe des Erreichten doch auch nicht, daß sie mit den Worten „so viel wie nichts“ charakterisirt werden könnte. Erinnern wir uns, was der preussische Staat für den Kölner Dom, das Goslarer Kaiserhaus, das Marburger Schloß und so viele andere Bauwerke gethan hat, was er jetzt für die Marienburg zu thun fortfährt. Durchmustern wir die einzelnen Provinzen. In den Rheinlanden hat die Provinzialverwaltung im Jahre 1880 allein auf die Bleichfrauenkirche zu Trier die Summe von 12 000 Mark verwendet, annähernd den gleichen Betrag für die Pfarrkirche in Erkelenz. Wie sie sich einer stattlichen Reihe anderer Denkmäler angenommen hat, so hat endlich

¹⁾ S. oben S. 278 ff.

²⁾ Bergl. Koch u. L. R. (7. A. von Förster u. A. Berlin 1878) zu Theil I. Tit. 8 § 35.

³⁾ Koch wenigstens kann mit seiner Ann. zu A. L. R. Theil I, Titel 8 § 33, S. 378, Ann. 69 doch kaum etwas Anderes meinen.

⁴⁾ S. oben S. 281, A. 3.

auch der Thor zu Heisterbach bei ihr den nothwendigen Schutz gefunden.¹⁾ In dem benachbarten Westfalen sehen wir eben jetzt die Restaurationen in der Bischofskirche zu Soest vollendet.²⁾ Aehnliche Beispiele lassen sich aus den meisten anderen Provinzen beibringen. Kurz, es sind auch hierfür alle Elemente der Verwaltung bereits vorhanden, und es handelt sich wieder einmal nicht um Neugestaltung, sondern um Fortentwicklung.

Drei Mängel waren es, die der bisherigen Methode anhafteten. Zunächst mußte über jeden einzelnen Fall der Konservirung einzeln verhandelt werden. War nun die Bedeutung des Denkmals festgestellt, so waren dann noch die Geldmittel zu beschaffen. Endlich, was vielleicht das Schlimmste war: der Konservator hatte nicht die geringste Garantie dafür, daß die Denkmäler nicht (mit Genehmigung der Bezirksregierungen) niedergerissen wurden, ohne daß auch nur eine Anfrage an das Ministerium erfolgte.³⁾ Diesen drei Mängeln kann nur dadurch abgeholfen werden, daß alle jene Fragen entschieden werden, bevor sie brennend geworden sind; dadurch, daß aus dem gesammten Denkmälerbestande eine Liste der bemerkenswerthen ausgewählt und ein für allemal festgehalten wird; mit anderen Worten: hier haben die Bewunderer der französischen Einrichtungen Recht; es giebt kein anderes Mittel, diese Uebelstände zu vermeiden, als daß zwischen Inventarisirung und Konservirung die „Klassirung“ eingeschoben wird.

Was dies bisher bei uns verhindert hat, war keineswegs eine Apathie der Behörden; es war in erster Linie der wohlmeinende Eifer übertriebener Kunsthüfianken, die eine Auswahl unter den vorhandenen Denkmälern nicht zugeben wollten, weil alle, alle ohne Ausnahme erhalten werden sollten. Wo ein altes Thor niedergerissen wurde, um eine Ausfahrt zu gewinnen; wo man einen Thurm einlegte, um den Weg zu verbreitern, wo ein alterthümlicher Bau einem neuen Platz machte, da fragten jene extremen Naturen nicht, ob diese — an sich ja bebauernswerthe — Aenderung vielleicht nothwendig war; sie fragten auch nicht, ob es wirklich ein besonders bemerkenswerthes Denkmal gewesen, das hier andern Rücksichten geopfert wurde, sondern ohne auch nur an die Möglichkeit von Gegengründen zu denken, nannten sie jede Beeinträchtigung des Denkmälerbestandes „Vandalismus“, „Barbarei der Neuzeit“ o. ä. Wenn man nun solche starken Ausdrücke

¹⁾ Vergl. den „Verwaltungsbericht“ p. 1879, S. 86—89 (im Anhange zu den Verhandlungen des rheinischen P.-L.-L. 1881).

²⁾ Zeitschrift für Bauwesen 1883, Heft 1.

³⁾ Seit 1867 sind die Regierungen nur in den Fällen zu vorherigem Bericht über Abtragung von Befestigungen verpflichtet, in denen nach ihrer Ansicht ein besonderes Interesse obwaltet (s. oben S. 275).

überhaupt gebrauchen will, so kann ich nicht finden, daß sie für die Einseitigkeit jener Fanatiker weniger angemessen sind, als für die Einseitigkeit, welche sie bekämpfen. Es ist ja vollkommen begreiflich, daß für den Kunstenthusiasten ein altes Rathhaus und ein neuer Gemüßemarkt inkommensurable Größen sind; aber man muß sich doch klar machen, daß selbst die wohlwollendste Staatsverwaltung genöthigt ist, die idealen Interessen der Vergangenheit gegen die sehr realen Interessen der Gegenwart abzuwägen.

„Man sei überall sorglichst auf der Hut, daß man in solchen Bestrebungen nicht um ein Haar breit zu weit gehe. Der die Bedürfnisse der Gegenwart mißachtende archäologische Eifer, der einseitig übertriebene Purismus hat der schönen Sache der Denkmäler-Konservation schon unermesslich geschadet. Sehr häufig steht die letztere mit dringenden Bedürfnissen der Gegenwart in Konflikt; oft wird sich durch verständige Untersuchung und Besprechung ein Mittelweg finden lassen, der beiden Interessen genügt; oft aber muß auch das unbedingte Recht der Gegenwart (denn was sollte aus der Zukunft werden, wenn man immer nur nach der Vergangenheit blicken wollte!) vorangehen, und da gilt es, sich mit Heiterkeit in das Unvermeidliche zu fügen, nicht aber durch unnützes Klagen den Zwiespalt zu vergrößern.“

Wer vor dreißig Jahren diese Worte schrieb, war kein „Barbar“, kein prosaischer Philister, sondern ein Mann, dem Niemand ein warmes Herz für die vaterländischen Denkmäler abstreiten wird, der freilich nicht bloß in den Kunststudien, sondern auch in der Kunstverwaltung stand, es war Franz Rugler.¹⁾

Auf eine solche Autorität gestützt, darf man wohl behaupten: Wenn es in Preußen zu einer Klassirung kommt, so wird es im wohlverstandenen Interesse der Kunst selbst liegen, vor einem Jubel genau ebenso auf der Hut zu sein, wie vor einem Zuwenig. Insbesondere dürfen die Anforderungen mit den vorhandenen Geldmitteln nicht in einem auffälligen Mißverhältnis stehen. Andererseits ist es ein ebenso angemessenes Verlangen, daß man für wirklich berechnigte Forderungen die Geldmittel nicht verweigere. Der gegenwärtige Zustand, in welchem für jeden einzelnen Fall die Bewilligung erbettelt werden muß, ist für die Dauer doch nicht zu halten; es wird darum gut sein, ihn möglichst schnell zu beseitigen.

Demnach ergibt sich, daß von den oben genannten drei Aufgaben die beiden ersten, die Klassirung und die Feststellung der Finanzmittel, Hand in Hand gehen müssen. Sämmtliche vorhandenen Reste ehemaliger künstlerischer oder kunstgewerblicher Thätigkeit zerfallen in dieser Hinsicht in

¹⁾ Deutsches Kunstblatt I. Leipzig 1860. S. 94.

drei Klassen: einige müssen unbedingt erhalten, andere können unbedenklich geopfert werden; eine erhebliche Anzahl aber steht zwischen beiden in der Mitte. Daß nun bei diesen letzteren der Gesichtspunkt mit entschieden muß, ist schmerzlich, aber es ist nothwendig. Wenn jedoch mit dem definitiven Aufgeben einiger Denkmäler von zweifelhaftem Werth die unbedingte Sicherung der zweifellos werthvollen erkaufte werden kann, so halte ich dies Opfer nicht für zu groß.

Alles spitzt sich nun auf die Frage zu, welche Geldmittel für die Konservirung flüssig zu machen sind. Und da muß man sich mit dem Gedanken befremden, daß, wie die Rechtsverhältnisse nun einmal liegen, man es mit drei verschiedenen Instanzen zu thun hat.

In wie fern in erster Linie die Eigenthümer rechtlich verpflichtet sind, sämtliche Kosten der Konservirung zu tragen, ist eine Frage, deren strikte Entscheidung an dieser Stelle wohl nicht erwartet wird. Genug, die Zulässigkeit dieser Auffassung giebt die Möglichkeit, bei Privatbesitzern (namentlich altadeligen Familien) durch autoritative Einwirkung, bei Kirchen- und Stadtgemeinden nöthigenfalls durch Einstellung bezüglicher Staatsposten vermöge des Aufsichtsrechts, die Mittel zu beschaffen, wenn sie die Eigenthümer nur aus Mangel an Einsicht verweigern.

Anderes freilich liegt es, wenn die Aufbahrung der Konservirungskosten augenscheinlich für die Eigenthümer eine unerschwingliche Last darstellt; wenn trotzdem die Konservirung gefordert wird, so tritt selbstverständlich die Rechtsfrage gegenüber den Grundsätzen der Billigkeit zurück, und der Staat, welcher die Erhaltung im nationalen Interesse verlangt, wird ebenso im nationalen Interesse auch die Kosten tragen müssen. Immerhin sind auch in diesen Fällen die privaten und kommunalen Eigenthümer insoweit heranzuziehen, als sie zum täglichen Gebrauche in eigenem Interesse die Herstellung in anderer Art hätten vornehmen müssen.

Das Eintreten des Staates geschieht nun nicht mehr direkt, sondern in der Regel durch die provincialen Selbstverwaltungskörper.¹⁾ Bei den allerhervorragendsten Bauwerken aber wird der Staat den Provinzen, die zufällig im Besitze derselben sind, die zuweilen sehr erheblichen Konservirungskosten nicht zumuthen können, wenn sie das Provinzialbudget zu stark belasten. Außerdem wird es dem Staat wie den Provinzen ziemen,

¹⁾ Es herrscht die freilich keineswegs unbestrittene Auffassung, daß durch das sog. Dotationsgesetz (s. oben S. 284, Anm. 2) für die dort genannten Gegenstände die staatlichen Verpflichtungen vollkommen auf die Provinzen übergegangen sind (vergl. die Auffassung des Ministeriums gegenüber dem Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein (B.-L.-Z. 1878, Nr. 5 ad. I).

da, wo sie selbst die Eigenthümer sind, mit gutem Beispiel voran zu gehen und die nothwendigen Summen in die Staats einzufleßen.

Den Hauptangriffspunkt müßten zunächst die Provinzialstats bilden, bei denen alle Mittel aufzubieten wären, um für eine Thätigkeit, welche genau ebenso wie jeder andere Verwaltungszweig gewisse immer wiederkehrende und gewisse nur einmalige Aufgaben hat, neben den bisherigen „extraordinären“ Posten auch ein Plätzchen im Ordinarium zu erobern. So schwer, wie man gewöhnlich glaubt, wäre das nicht; eine statistische Zusammenstellung der Beträge, welche die preussischen Provinzen alljährlich für Zwecke der „Kunst und Wissenschaft“ (ohne praktische Nebenzwecke wie Unterricht, Landwirthschaft &c.) verwenden, würde, soweit ich einen Einblick in die Verhältnisse habe, eine Summe von etwa einer halben Million Mark ergeben. Dies ist immerhin ein Beweis, daß ein Interesse für ideale Bestrebungen hier wohl zu finden ist.

Sedenfalls müßte dies der nächste Schritt sein, um zu einer Liste von Denkmälern zu gelangen, deren Erhaltung gesichert werden soll, zugleich mit Angaben darüber, wie dieselbe gesichert werden kann, soweit möglich durch etatsmäßige Posten der Kommunen &c., der Provinzen, des Staats.

Ist aber erst die unabsehbare Masse der Denkmäler durch das doppelte Sieb der Kunsthistoriker und der Finanzmänner gegangen, so wird der übrig bleibende Rest nicht mehr zu groß sein, um für ihn die dritte der oben bezeichneten Aufgaben, die beständige staatliche Beaufsichtigung, durchzuführen. Da der Abbruch klassirter Denkmäler in der Regel verboten sein soll, so wird das Recht ausnahmsweiser Genehmigung wieder der Centralinstanz des Ministeriums und damit der direkten Aufsicht des Konservators zurückgegeben werden können. Auch wird dann ein alljährlicher Bericht der Kreisbaubeamten über die wenigen klassirten Denkmäler ihres Kreises ihnen ebenso leicht möglich sein, wie er ihnen jetzt über die große Menge der ungeprüften unmöglich ist.

Wenn es im Vorstehenden gelungen ist, die Wege, die die Fürsorge für die Denkmäler bisher gewandelt, und diejenigen, die ihr in Zukunft offen stehen, annähernd richtig darzustellen,¹⁾ so bietet der gegenwärtige

¹⁾ Bei der großen Zerstreuung des Materials für die verschiedenen Provinzen werden im Einzelnen Ungenauigkeiten nicht zu vermeiden gewesen sein. Berichtigungen

Stand der Frage zwar keineswegs ein Bild, das in allen Seiten erfreulich ist. Allein wenn sich nicht leugnen läßt, daß der augenblickliche Zustand einer Fortentwicklung dringend bedürftig ist, so wird sich andererseits nicht wohl bestreiten lassen, daß er einer solchen auch fähig ist. Um die Wünsche in Thaten zu übersehen, wird nichts so förderlich sein, als zunächst das Maß der Forderungen festzustellen und auf der Hut zu sein, daß nicht hier, wie so oft, das Gute ungethan bleibt, weil das Bessere sein Feind ist. —

und Ergänzungen (unter meiner Adresse: Berlin NW., Marienstraße 26 — wenn möglich mit Beifügung gedruckten Materials) werde ich gern bereit sein, in einem Nachtrage zu veröffentlichen.

Das Grabfeld.

Eine topographisch-kulturhistorische Skizze

von

H. Spieß.

Der Name Grabfeld, der schon im 2. Jahrhundert n. Chr. als *Gravaria* (bei Ptolemäus) auftritt, soll, neueren Forschungen zufolge, aus dem altnordischen Wort *grab*, angels. *grap* = *procella*, *impetus*, Sturm; *Feld*, verberbt aus dem goth. *fil*, altnord. *fiall* = *mons*, *rupes*, Berg oder Gebirg, davon heute noch das schwedische *fiall*, dän. *fjeld* kommen. Demnach wäre unter Grabfeld eine stürmische, winterliche Landschaft zu verstehen, eine Erklärung, welche jedoch nur auf den westlichen Theil desselben, auf die Rhön, paßt.

Die Grenze des alten Grabfeldes, welches wieder in fünf Untergaue zerfiel, war östlich der thüringische Westergau und der fränkische Banggau, indem hier dieselbe von Kreuzburg an der Werra über Salzungen nach Schmalkalden und weiter über Schleusingen nach Eisfeld der Th. entlang nach dem Main hin lief; südlich der Main- und Saalgau; westlich die Wettereiba (Wetterau) und nördlich der Hessengau, der bis zum Saalgau und Main reichte und zu Untergauen den Sinngau, das Aischfeld und den Werngau hatte.

Die Untergaue, welche im 8. Jahrhundert zu dem Zweck entstanden, die vielen gleichnamigen Ortschaften besser von einander unterscheiden zu können¹⁾, waren 1) die Gent Fulda (an der Fulda, Uster und Felda); 2) das Tullisfeld (zwischen Uster und Felda); 3) der nach dem Flüsschen Para²⁾ benannte Daringau³⁾, vom Tullisfeld bis zum Sonderbach sich

1) Es gab (und giebt) 3 Nordheim, 2 Sondheim und 2 Westheim.

2) Nach Förstemann ein uralter Flußname.

3) Der Daringau, dessen Mittelpunkt das weim. Dorf Urspringen, war eine Domäne Karls des Gr. und seines Sohnes Ludwig des Frommen.

erstreckend; 4) der Westergau (an der Stren [Strova]), und 5) der Haßgau (an der Saale und dem Main).

Die zuletzt genannten fünf Gaue bildeten das östliche, die Gent (die spätere Abtei Fulda) das westliche Grabfeld. Sie alle aber gehörten zum Herzogthum Ostfranken (Francia orientalis).

Im Mittelalter theilten die fränkischen Könige ihre eroberten Provinzen in verschiedene Gaue (Pagos) ein, welche sie den vornehmsten Dynasten (oomitos, Gaugrafen) zur Aufsicht anvertrauten, eine Eintheilung, welche bereits Cäsar kennt, und die bis zum 11. Jahrhundert bestand.

Zu dieser Würde konnten aber nur Solche gelangen, welche der ersten Klasse des Adels angehörten. Man wählte besonders hierzu Männer, die bereits in der Grafschaft ansässig waren. Der Gaugraf hatte die Justiz und die Polizei sowie die Vertreibung der königlichen Gefälle und die Führung der Gaubewohner im Kriege. Für solche Dienste schenkte ihnen der König den 3. Theil der Einkünfte der Grafschaft und zuweilen noch gewisse Güter (beneficia fiscalia), jedoch mit dem Vorbehalte des Rückfalles.

Unter den Gaugrafen, welche später erblich wurden, standen die Bögte für kleinere Theile des Gaues, und unter diesen wiederum die „Villioi“, die nicht selten als „harte Leute“ geschildert werden. Sendboten überwachten die Grafen in ihrem Thun.

Den größten Theil des östlichen Grabfeldes besaßen die den alten Gaugrafen desselben entstammenden, einst so reichen und angesehenen Grafen von Henneberg, welche im 11. Jahrhundert zuerst mit Poppo I. genannt werden und im Jahre 1583 mit Georg Ernst (Schleusinger Linie) ausstarben. Doch waren sie auch, wenigstens zeitweilig, im Besitze einiger Burgen im westlichen Grabfeld.

Erben wurden das Haus Sachsen, ernestinischer und albertinischer Linie, und das Haus Hessen. Nach der Theilung vom Jahre 1660 gelangte der größere Theil der hennebergischen Erbschaft innerhalb des sächsischen Hauses an die ernestinische, der kleinere Theil an die albertinische Linie (Kursachsen), welcher letzterer im Jahre 1816 an Preußen fiel.

Das westliche Grabfeld, die Gent Fulda, war im Besitze der im Jahre 744 durch Sturmius, den Abgesandten Bonifazius', gegründeten Abtei Fulda, welche, nachdem sie im Jahre 1816 aufgehoben wurde, an das Kurfürstenthum Hessen kam.

Die heutigen Besitzer des gesammten Grabfeldes sind 1) a. (im westlichen Grabfeld) Preußen, die Kreise Fulda und Hersfeld (mit dem Amtsgerichte Weiskers und dem ehemaligen würzburgischen Amtsgericht Hilbers), seit 1866, b. (im östlichen Grabfeld) die Kreise Schleusingen, seit 1816, an der Schlense und Hasel, und Schmalkalden (seit 1866) an der Schmal-

Isabde; 2) Bayern, den größten Theil des Kreises Unterfranken und Aschaffenburg, einftiges würzburgifches Gebiet, an der Streu, Saale und dem Main; 3) Weimar, a. (im weftlichen Grabfeld) die früheren, bis 1816, fuldaiſchen Ämter Geiſa und Dermbach das alte Amt Fiſchbach, an der unteren Uſſer und Felſa, b. (im öſtlichen Grabfeld) die Ämter Bacha, Lengsfeld, Kaltennordheim, mit der Enclave Jilbbach und Oſſheim (Richtenberg), an der Felſa und Streu, zuſammen das Eiſenacher Oberland im IV. weimariſchen Verwaltungsbezirk bildend; 4) Meiningen, die Kreiſe Meiningen und Jilbburghauſen, an der Werra und Börderrhön.

Das Grabfeld hatte im 7. und 8. Jahrhundert noch theilweiſe das wilde Anſehen, wie es Tacitus im 2. Jahrhundert ſchildert. Dichte Wälder bedeckten ununterbrochen große Strecken Landes, und es hausten in ihnen außer den gewöhnlichen, noch heute vorkommenden jagdbaren Thieren das Wildſchwein, der Wolf, und vielleicht auch der Bär. Die Gegend um Fulda war eine Wildbahn der fränkischen Könige geweſen, bevor noch das Kloſter daſelbſt entſtand. Hin und wieder begegnete man einem einsamen Waldhüterhauſe, ſonſt war meilenweit weder ein Dorf noch ein Hof zu ſehen. Das ganze Land hieß Buchonia, d. h. Buchfeld.

Als die Abgeſandten des Bonifazius im Jahre 742 von Hersfeld auf der Fulda herauſſuhren, um eine ſchickliche Stätte zur Erbauung eines Kloſters aufzuſuchen, fanden ſie „in dieſer ſchauerlichen Oede nichts als ungeheuerere Bäume, wilde Thiere und Vögel.“

Der Grund zum Kloſter wurde, wie oben erwähnt, im Jahre 744 gelegt, nachdem man „unzehliche Wälder und Bäume ausgerodet hatte.“

Nicht viel anders wird es in den Gegenden an der Werra und Saale ausgesehen haben. Straßen in unſerm Sinne, d. h. Chausſeen, gab es nicht; es wird jedoch zuweilen eine Straße, d. h. ein betretener oder befahrener Weg erwähnt, ſo im Jahre 742 eine Straße, auf welcher die Kaufleute aus Thüringen nach dem Rhein zogen.

Brücken über Flüſſe und Ströme gab es ebenſowenig. Entweder ſuchte man eine Furt (Erfurt, Haſfurt), durch welche man wadete, oder man mußte einen Kahn mitnehmen. Abt Siegbert war es, der zu Ende des 9. Jahrhunderts eine Brücke aus Stein (die lange Brücke genannt) über die Fulda baute. Auch ſoll Karl der Gr. eine ſolche über den Rhein bei Mainz erbaut haben.

In ganz Mitteldeutschland gab es nicht eine einzige Stadt, auch keine Burg, ſondern nur Dörfer und Höfe. Mit der Einführung des Chriſtenthums wurden die Wälder mehr und mehr geſchichtet und zu Ackerland umgeſchaffen. Fulda konnte ſich rühmen, daß es „eine Gegend, die vorher ein Schlupf-

winkel für wilde Thiere und Räuber gewesen sei“, in nutzbares Ackerland verwandelt habe.

Es gab nicht nur weniger Ortschaften als jetzt, sondern dieselben waren auch weniger bevölkert. Orte, welche heute vollreiche Städte sind, waren damals kleine Dörfer, viele unserer jetzigen Dörfer kleine Höfe. Unter Ortschaften, welche der Abtei Fulda gehörten, und deren Bevölkerung aufgeführt wird, begegnet man nur einer einzigen, die über 250 abgabepflichtige Einwohner (Nachbarn) hatte, dagegen vielen mit weniger als 100. Die Dorfbewohner sind Slaven, welche offenbar bei ihrem Einfall in Franken (806) sich da und dort niedergelassen hatten.

Die Bevölkerung unterschied sich in Vornehme, d. h. Meistbegüterte und Angesehene, in die nachherigen Adelligen (die Gemeinfreien) und in Leibeigene. Unter letzteren befanden sich auch Priester. Die Leibeigenen scheinen den größten Theil des Volkes ausgemacht zu haben. Sie gehörten zu ihrer Hube (Acker) und wurden mit dieser verkauft, verpfändet, verschenkt sammt Weib und Kind. In einer Urkunde vom Jahre 811 übergiebt ein gewisser Theotgar eine Leibeigene (*propria ancilla*) nomen Vuanburg, dem Abt Ratgar zu Fulda, wogegen er vom Abt ein Pferd, einen Schild und eine Lanze erhält. Und wiederum übergiebt er für seiner Frau und Kinder Seelenheil alles, was die genannte *ancilla* erworben, nichts ausgenommen.

Bei den Leibeigenen gab es verschiedene Abstufungen: solche, die nur eine bestimmte Zeit, z. B. zwei oder drei Tage in der Woche, dienen mußten, und solche, die Jahr aus, Jahr ein dazu verpflichtet waren.

Andere hatten außer bestimmten Handleistungen festgesetzte Abgaben (*census*) jährlich zu entrichten, weshalb sie Tributarien oder Zinsleute hießen.

Die Abgaben bestanden in einfach- und doppeltgewebten wollenen Tüchern, Lössen, Honig, Ochsenhäuten, Ziegenfellen, Schweinen, Schafen und Lämmern, auch in Stücken Eisen. Auch ihre Frauen waren von diesem Tribut nicht befreit: sie mußten theils aus eigenen Leinen, theils aus dem ihrer Herrschaft Hemden und Tücher fertigen, auch Hühner, Milch und Käse abgeben und auf herrschaftlichem Grund und Boden arbeiten.

Die Censualen, eine andere Gattung abhängiger Bauern, hatten eine bestimmte Summe Geldes zu entrichten. Nach ihrem Tode gehörte das Beste ihres Besitzthumes dem Herrn; doch konnte es auch durch Geld abgelöst werden. Die Leibeigenschaft bestand noch bis zum 15. Jahrhundert, im mittleren Grabfeld war sie jedoch schon im 12. Jahrhundert aufgehoben.

Die Landwirthschaft, für welche Karl der Gr. viel that, wurde durch die Einführung des Christenthums nicht wenig gefördert, besonders durch Ausrodung der Wälder (*novale*). Bei Erwähnung der Flurtheile wird

neben der Wiese regelmäßig die Weide besonders hervorgehoben. Die Hirten hatten jedenfalls mehr zu thun als jetzt, indem die Stallfütterung im Sommer noch nicht eingeführt war. Das Feld war meist mit Korn (Hoggen), Weizen (Sommer- und Winterweizen), Hafer und Gerste bestellt.

Die Viehzucht scheint weniger auf Pferde sich erstreckt zu haben, im Gegensatz zu den Thüringern, deren Pferdezuucht in großem Aufschwung stand. Bemerkenswerth ist, daß in den Urkunden zwei Mal wilde Pferde erwähnt werden, das erste Mal in Salzungen, das andere Mal in einem Ort in Schwaben.¹⁾ Viel häufiger werden Ochsen, Kühe, Schafe und Ziegen erwähnt, am häufigsten aber Schweine, deren Zahl stets die der übrigen Hausthiere übersteigt, ihr wenigstens gleichkommt.

Die Franken mußten von Alters her besondere Liebhaber von Schweinefleisch gewesen sein, weshalb sie von ihren Nachbarn, den Thüringern, „Schweinebrübel“ genannt wurden. Selten fehlt unter den Abgaben das Maßschwein, von welchem zahllose Familien je ein Stück ins Kloster (Fulda) abzugeben hatten.

Von Geflügel werden Gänse, selten dagegen Hühner, deren Eier eine beliebte Abgabe bildeten, häufig erwähnt. Von Tauben ist nichts zu lesen, zuweilen von Bienen, deren Honig die fuldaer Mönche gerade nicht verachteten.

Wasser, Wald und Weide gehörte in den früheren Zeiten mehreren zu einer Martgenossenschaft vereinigten Ortschaften gemeinsam.

Der Gewerbe gab es nur wenige. Die Beschäftigung der Leute beschränkte sich nur auf Ackerbau und Viehzucht. Es gab Bäcker, Müller, Gerber, Schnelder, Schuhmacher, Weber, Horn- und Metallarbeiter, Töpfer, Kürschner; doch diese erst seit Karl dem Großen und danach vorzugsweise an den Höfen und in den Klöstern, wo das Gewerbe, dort durch die Leibeigenen, hier durch die Laienbrüder betrieben wurde. Der Mühlen gab es sehr viele.

Die Lebensmittel waren wohl meistens den Produkten der Landwirthschaft entnommen. Bei den alten Deutschen bestanden sie bekanntlich in Pferdefleisch und Haferbrei. Reis, Kaffee, Pfeffer kannte man schwerlich, Kartoffeln ohnedies nicht, auch rauchte man noch keinen Tabak. Bier, welches die alten Deutschen leidenschaftlich liebten, spielte jedoch eine große Rolle im Haushalte unserer Gaubewohner.

Die Wohnungen der Leibeigenen waren ärmliche Lehmhütten; Bessergestellte hatten hölzerne Häuser. Die Hütten schlossen nur einen Raum in sich, der Alles in Allem zugleich war. Ueber demselben lag das un-

¹⁾ Jäger sagt in seinen Briefen über die „hohe Rhön“, daß es früher im „Urgrund“, einem linken Seitenthale der Ufster (Kr. Gerolshausen) wilde Pferde gegeben habe.

beschlagene Dachgebälk. Es gab keinen Ofen, sondern nur einen großen Herd, auf welchem das Feuer brannte. Der Rauch zog durchs Dach. Das Feuer diente zum Kochen und als Lampe. Renspdäne kamen erst später in Gebrauch. Die Thür war entweder die einzige Lichtöffnung, oder man hatte an den Schmalseiten der Hütten noch kleine Löcher angebracht. Von Fensterseibern wußte man auch noch nichts. Wurde es gar zu kalt, dann schloß man die Löcher mit hölzernen Läden oder hing Tücher darüber her.

Der Fußboden hatte keine Dielen. Stühle gab es auch nicht, sondern nur Bänke aus Holz oder Stein. Auf letztere legte, wer es konnte, Rissen. Bei den Wohlhabenden fand man außerdem einen verschließbaren Sitz als Truhe oder Vorrathsschrank, ein Möbel, welches noch vor nicht langer Zeit in unsern alten Bauernhäusern angetroffen wurde. Bank und Sitz standen fest an der Wand. Tische und Betten (Federbetten) waren bei den Selb-eigenen unbekante Dinge; überhaupt scheinen diese nur bei den Bornehmen in Gebrauch gewesen zu sein.

Ebenso mangelten den damaligen Bauern Tischtücher, Teller, Messer und Gabeln. Selbst bei den Adeligen werden später noch keine Gabeln angetroffen, und als Teller diente ihnen ein breiter Kuchen, der schließlich mit verspeißt wurde.

Das Gerichtswesen betreffend, so kamen seit der altdentschen Zeit die sämmtlichen Freien eines Bezirkes auf Geheiß des Grafen an einem bestimmten Ort im Freien zusammen, um Recht zu sprechen. Die Freien sprachen selber Recht. Solches geschah oft alle vierzehn Tage. Das Volk hatte jedoch bei Erstarkung der Landwirthschaft die ewigen Saufereien bald satt, und Viele begaben sich freiwillig des Rechtes. Karl der Gr. beschränkte die Gerichtsfahrten und Versammlungen („Ding“) und wählte Schöffen und Landgerichte (Centgerichte), letztere für geringere Streitfachen, da auch die Grafen in Kriegszeiten abwesend waren.

Der Streit Wolf Hornungs mit Kurfürst Joachim I. von Brandenburg und Luthers Betheiligung an demselben.

Von
Paul Zimmermann.

Unter den Ursachen, welche Joachim I. von Brandenburg seiner Gemahlin Elisabeth entfremdeten, waren neben der Verschiedenheit der religiösen Ueberzeugung der beiden Gatten vorzugsweise ein offener Ehebruch des Kurfürsten mit der Ehefrau seines Unterthanen Wolf Hornung und die aus diesem unlauteren Verhältnisse entspringenden ärgerlichen Streitigkeiten wirksam. Für die Geschichte dieses Streites fand ich im Staatsarchiv zu Marburg unter den Akten, welche die Beziehungen Hessens zu Brandenburg betreffen, unversehens ein neues, reichhaltiges Material, das diese ganzen, bislang noch etwas unklaren Verhältnisse in helles Licht setzt. Ein echtes, treues Kulturbild des 16. Jahrhunderts tritt uns aus diesen Akten mit packender Lebendigkeit entgegen, ein ergreifendes Familiendrama, wie es sich unter der Herrschaft rücksichtsloser Gewaltthaber zu jener Zeit wohl öfters mag abgespielt haben, das aber hier durch seinen engen Zusammenhang mit den großen politischen und religiösen Fragen der Zeit und vor allem durch das thätige Eingreifen des großen Reformators eine erhöhte Bedeutung gewinnt. Eine eingehende Darstellung jener Hornung'schen Streitsache, auf Grundlage des später zu besprechenden Aktenfascicels wird daher kaum noch einer Rechtfertigung bedürfen.

Im Jahre 1526 lebte zu Köln an der Spree schlecht und recht ein ehrfamer Bürger, Namens Wolf Hornung. Erst seit kurzem war er aus dem benachbarten Berlin zugezogen, wo er sich vor etwa einem Jahre mit Katharina Blankensfeld verheirathet hatte; ein Töchterchen, das der Ehe bereits entsprossen, hatte in der Taufe den Namen Anna empfangen.

Die Ehegatten besaßen ein eigenes Haus und lebten in sehr guten Verhältnissen. So würde denn ihr Dasein wohl auch ruhig und friedfertig verfließen und muthmaßlich kaum eine Kunde von ihnen auf uns gekommen sein, wenn es nicht unglücklicher Weise dem Kurfürsten gefallen hätte, auf die Frau ein begehrliches Auge zu werfen.

Diese stammte aus einer sehr angesehenen Berliner Familie. Ihr Vater, Thomas Blankensfeld († 1504), war Bürgermeister dafelbst gewesen; ihre Mutter, Margarethe, entstammte dem alten märkischen Geschlechte der von Buch. Ein Bruder, Johann Blankensfeld, hatte längere Zeit als Rechtslehrer an der neu errichteten Universität Frankfurt an der Oder und zugleich als Rath des Kurfürsten Joachim gewirkt, bis er 1518 zum Bischof von Dorpat, 1523 zum Erzbischof von Riga erwählt wurde.¹⁾ Kein Wunder daher, wenn wir bei den Festlichkeiten, Tänzen, Mummerelen u. s. w. im kurfürstlichen Schlosse, zu welchem die Frauen und Töchter der angesehenen Bürger der Stadt geladen wurden, auch Hornungs Gemahlin Theil nehmen sehen. Bei diesen Gelegenheiten mag sich die erste Neigung zwischen ihr und dem Kurfürsten angesponnen haben, die bald für beide Theile von so verhängnißvollen Folgen sein sollte.²⁾

Schon einige Zeit über hatte Wolf Hornung munkeln hören, daß zwischen seinem Weibe und dem Kurfürsten nicht Alles in Richtigkeit wäre, aber nicht darauf zugeschlagen, bis ihm plötzlich die Augen ausgingen. Als er eines Tages mit dem Kurfürsten als dessen Tischgenosse in vertraulichem Gespräch sitzt, kommt ein Junge und fragt an, ob seine Gattin zu ihrer Muhme, Hans Wießin, gehen könne, die in Kindesnöthen sei. Sein Bescheid lautet, sie möge daheim bleiben, aber als er nach Haus kommt, ist sie weder dort, noch zu seiner großen Ueberraschung bei ihrer Verwandten zu finden. Eine Nachfrage nach dem Jungen im Schlosse, der ihm die Botschaft überbracht hatte, ist erfolglos, der Kurfürst aber fragt, ob er sein Weib etwa bei ihm suche? er stelle ihm frei, alle Gemächer nach ihr zu durchforschen. Es ziemet mir nicht, entgegnet Hornung bescheiden und geht seines Weges. So verfließt die Nacht, und das Weib kehrt nicht heim. Als Hornung am anderen Morgen aber in die Stube tritt, findet er die Verlorene mit Albrecht und Christoph v. Schlieben³⁾ gemächlich da sitzen. Dem heftigen Wortwechsel der Gatten macht bald ein Bote des

¹⁾ Cf. M. Fr. Seibels Bilderammlung von G. G. Kister. Berlin 1761, S. 29 ff.

²⁾ Weitere Beziehungen ergeben sich aus dem von Hornung mit dem Kurfürsten geschlossenen Vertrage S. 11. Der Letztere hatte jenem auf sein Haus eine Geldsumme geliehen.

³⁾ Späterhin erfahren wir, daß Albrecht und Christoph v. Schlieben in Hornungs Hause ihre Wohnung hatten.

Fürsten ein Ende, welcher den erzürnten Ehemann zu sich beschelbet. Der hohe Herr will die Sache scherzhaft nehmen; er fragt Hornung, ob er noch voll sei oder ob er ausgeschwärmt habe? Dieser erwidert, er wisse von keinem Schwärmen. Als ihm dann der Kurfürst weiter sagt, sein Weib sei über Nacht bei dem Harnischmeister gewesen, entgegnet Hornung: er wisse nicht, was sie da zu thun habe. Aber er schweigt still von seinem Verdachte und verspricht seinem Herrn schließlich sogar, sie den Unfug nicht entgelten zu lassen.

Aber trotzdem stellt er sie zur Rede. Anfangs leugnet sie, zuletzt aber bekennt sie reumüthig ihre Schuld: der Kurfürst habe sie überredet. Hornung verzeiht ihr, als sie ihm versprochen, sie wolle alle Zeit mit ihm zielehen, wohin er begehre.

Anderen Tags läßt der Kurfürst ihn nochmals zu sich bescheiden; freiwillig bekennt er, daß seine Frau bei ihm gewesen, ja er spricht die Bitte aus, Hornung möge sie, wenn er nach ihr schiden werde, gehen lassen. „Gnädiger Herr“, antwortet der ehrbare Mann, „ich weiß nicht, wie ich mit E. Gnaden dran bin, ob mich E. G. spottet oder wie ich ver- stehen sollt.“ Als der Kurfürst erwidert, es sei nicht sein Spott, sondern lauterer Ernst, entgegnet er noch bestimmter: „Ich verhoffe mich nicht, daß Sein Gnab solches von mir odder meinem Weib mit Ernst begehrt, sonder wo ich odder mein Weib irgends in dem Fall was Unbillliches wolte vornehmen, daß E. G. solchs strafen sollt und nicht zugeben.“ Er beehrte ihr, wandte der Markgraf ein, in keinen Unehren, „sunder daß er möcht die Zeit vertreiben.“ Aber rundweg schlägt ihm Hornung sein Begehren ab.

Konnte er auf friedlichem Wege nicht zum Ziele gelangen, so versuchte der Fürst es jetzt mit Drohungen. „Er solle“, so fuhr er seinen Unterthan an, „ihn nicht so lange aufhalten, es wär so weit kommen: er thät dazu, was er wollt, so würde doch geschehen, was geschehn sollt.“ Das wirkte auf den eingeschüchterten Mann. Er sah, daß Widerspruch hier nichts fruchten würde, gedachte jenes Versprechens seiner Frau und gab also, um loszukommen, die verlangte Zusage.

Als er nach Haus kam, wiederholte Katharina ihr Versprechen, trenn zu ihm zu stehen. Und wirklich wurden demnächst die Anträge des Kurfürsten standhaft von ihr zurückgewiesen, seine Briefe dem Gatten überliefert.

Aber die Werbungen des Fürsten wurden immer leidenschaftlicher, immer heftiger, und das schwache mangelmüthige Weib brach wiederum das ihrem Gatten gegebene Wort. Als der Markgraf sah, daß dieser sich tief darüber betrübe, ließ er ihn kommen und hielt ihm vor, was er sich so sehr darum grämte, er fragte nach seinem Orämen nicht das Geringste;

wenns gleich die nicht wär, so wärs ein ander, denn ihm hätt in 18 Jahren keine gemangelt n. s. w.

Nur darauf — es war am Sonnabend den 18. März — hörte Wolf Hornung eine Predigt, in welcher der Ehebruch stark gegeißelt wurde. Sie machte auf ihn tiefen Eindruck; das Unwürdige seiner Lage trat ihm klar vor die Seele, und er machte seiner Gattin nochmals Vorstellungen über ihr Betragen. Aber diese gab ihm spitze Worte zurück. Eine Welle hielt er noch an sich; doch ein Wort gab das andere, schließlich übermannte ihn der Zorn, er ergiff ein Messer vom Tische und stach es der Frau in den Leib. Die Amme und eine Frau, die bei ihnen im Hause waren, kamen ihr zu Hülfe. Flehentlich bat sie um Gnade, sie wolle gewißlich von ihrem bösen Thun ablassen. Raum aber hatte er sie jedoch auf diese Rede hin frei gegeben, so entwich sie aus der Thür. Er eilte ihr nach, allein als ob sie der Teufel entfährte, so schnell war sie ihm aus den Augen verschwunden.

Da erst überkam den getränkten Ehemann das Bewußtsein seiner That; je länger desto mehr beunruhigte ihn die Furcht vor dem Markgrafen. Wie wird dieser seine That aufnehmen? wie gegen ihn deuten? wie strafen? Nicht wagen, nach Haus zurückzukehren, flüchtete er zu den Dominikanern, in deren Klosterfreiheit er sich vor der Macht des Fürsten geborgen wähnte.

Am anderen Morgen schon zeigte sich, wie berechtigt seine Besorgniß gewesen. Alle Thore sind gesperrt, alle Straßen besetzt, die ganze Stadt durch wird der Uebeltäter gesucht. Auch im Kloster forscht man nach ihm, anfangs ohne Erfolg. Aber des Fürsten Beichtvater verräth seinen Versteck, und nun wird ihm eröffnet, seines Weibes Freundschaft habe ihn verklagt, daß er Katharina ohne ihre Schuld gestochen; zugleich läßt ihm der Fürst gütliche Vorschläge machen, die Hornung erst unannehmbar dünken. Als sie aber zum zweiten Male mit der Drohung erneuert werden, „wolt er's thun, gut; wolt er nicht, so möcht er wahrnehmen, was hernach folget“, da schwindet ihm in seiner trostlosen Lage aller Muth. „Uf sulchs wußte ich nicht, was ich thun solt. Denn ich hatt keinen Menschen, bei dem ich doch het kunnen Rads brauchen, und war auch selbst so bekomert, daß ich nicht wußte, was ich thun oder lassen solt. Und wenn ich mich gleich zu Recht erboten hett, so wärs doch nichts gewest, weil mein manchseltig Bitten, so ich vormals an ihn gethan, nicht helfen mocht.“

Und so unterzeichnete er denn schweren Herzens am 22. März folgende Verschreibung:

Ich Wolff Hornug bekenne mit diesem brieff vor allermeniglich, als ich gegen meynrer ehelichen hausfrauen Katherrinnen Blandensfels vast vergeßlich

gehandelt vnd sie vnuerſchuldt alſo geſtochen vnd verwundt, das ſie in ſerligkeit ires leihs vnd lebens geweſt, deßhalben ich gewichen vnd in die freyheit gelhomen; daraus Ir freundschaft bewogen mir nachgedacht vnd das recht vber mich geſucht vnd begert vnd das vff manigfaltig ſurbete vnd vff volgenden verdrag mich derſelben peinlichen anſprach erlaſſen, das ich-mich widerumb vnd dagegen aus guttem willen gegen dem durchleuchtigſten hochgebornen Fürſten vnnnd Herrn Herrn Joachim Marggraffen zu Brandenburg Churfürſten ꝛ. meynem gnedigſten Herrn vnnnd obgenander meynen ehelichen haußfrauen vnd irer freundschaft volgende artidel bewilliget, verpflcht, verſchriben vnd zugeſagt und ihuen das hiemit gegenwertlich in crafft vnd macht dits brieffs nemlich vnd alſo, das ich numehrmehr die weyl ich lebe obgenande mein eheliche haußfrau wider mit noch ane recht in kein weis vmb nichts wil anſprechen, noch irer annemen, bey ir wonnen nah ſein, ſunder mich gancz vnd gar irer ewßern entſchlagen vnd verzeien, es wird mir dan in kunſttiiger zeit von E. C. F. G. Ir vnd irer freundschaft vß gnade vnd guttem willen vergunſt vnd nachgelaffen. Forder wil vnd ſoll ich nach dato dits brieffs in dreien tagen mich von hinnen erheben vnd meins gnedigſten Herrn Land reumen vnd nimehrmehr darein khomen, ſonder mich des gancz eußern vnd entſchlagen bey verluſt leihs und guh, es geſchei den in kunſtlicher czeit mit E. G. beſundern wiſſen vnd willen. Forder hab ich aus guttem willen meynen ehelichen haußfrauen gegenwertiglich in crafft dits brieffs abgetreten vnd vber geben das hehretgelt, ſo von irer mutter mir verſprochen vnd nach bey ihr außſtendig iſt, deßgleichen die Schuld, ſo mir bey Claus Fuge außſtet des hauß halben, daczu die vierhalbhundert gulden bey meynem ſchwager Dominicus Blandenfeldt hinderſtellig vnd das hauß darinnen ſie wonet, davon die ſchuldt ſo wir ſchuldig ſein von dem hauß auch vnßern gnedigſten Herrn zu bezalen, vnd was vberig ſein wirdt zu ſampt vorgemelttem hauß zu irem Velpgeding behalten vnd geprauchet vor mich vnd idermenniglich vngehindert. Solch alle vnd ietliche obgeſchriben artidel gered vnd verſprech ich bey mein ehren vnd waren treuen ſiet, veſt vnd vnderprochlich zu halten, hab auch die ſelben mit vffgerichtten fingern zu den heiligen geſchworen vnd mit meynen hant mer ſicherheit vnd bekenntnis geſchriben. Alles getreulich vnd vngeuerlich geſcheen vnd geben zu Coln an der Spren am Mittwoch nach Oculi im 1525 Jar.

Auf dieſe Verſchreibung leiſtete er dann noch folgenden Eid:

Ich Wolff Hornug gelob vnd ſchwere mit vſgerichtten fingern, das ich alle vnd igliche artidel in meiner hanſchrift vnd vnder meynem ſigel außgedruckt vnd befeſtiget, die ich auch meynem g. Herrn vnd meynen elichen haußfrauen freundschaft zugeſtalbt vnnnd vbergeben habe, ſiet, veſt vnnnd

unverbrochenlich halten will und soll. Dazzu wil und soll ich auch dieser sachen halben widder mein eliche hauffrawe und irer freundschaft wedder mit worten noch werden nymehrmehr nichts vornemen, in argen nicht gebenden nicht anden noch esern mit recht, one recht oder wie menschen synn das erdencken kan oder mag, in kein wege oder weise getreulich und ungeberlich, als mir Gott helff und sein heylig[es Wort]. Datum Coln an der Spren im Predigerkloster am Mitwoch nach Oculi Anno x. im fünffundzwenzigisten.

Damit hatte er denn Urfehde geschworen, sich losgesagt von Haus und Hof, von Weib und Kind; er mußte der Heimath den Rücken kehren und, ein heimatloser Flüchtling, angewiesen auf seiner Hände Arbeit, fremde Lande oder, wie es die alte Sprache so schön ausdrückt, das Elend aufsuchen. Nicht einmal in seine eigene Wohnung durfte er zurückkehren; in ein Haus, das ihm angezeigt ward, brachte man ihm ein Pferd und sein Geräth. Da saß er auf und ritt aus dem Lande.

Als er so das nackte Leben aus des Kurfürsten Gebiet glücklich in Sicherheit gebracht hatte, fragte er bei seiner Schwiegermutter an, weshalb man ihn bei dem Kurfürsten verklagt hätte. Er erhielt die Antwort, daß sie, wie die ganze Verwandtschaft, durchaus nichts wider ihn vorzubringen wußten und keine Anklage wider ihn erhoben hätten. Da ward ihm klar, wie ihm mitgespielt worden, daß in der ganzen Sache nur der Kurfürst die Schuld trüge, und er richtete daher an ihn die Bitte, zu erlauben, daß er dahin zurückkehren dürfe, wo er billig sein sollte. Aber Joachim verweist ihn (8. Juni 1525) kurz auf die beschworene Urfehde: er selbst trage die Schuld, daß seine Gemahlin nichts von ihm wissen wolle, daher möge er ihn mit seinen unbegründeten Vorwürfen verschonen. Nochmalige wiederholte Schreiben hatten keinen besseren Erfolg.

Ein Jahr lang verhielt sich Hornung hierauf ruhig. Dann aber richtete er ein neues dringenderes Gesuch an den Kurfürsten: die Sache sei bereits zum allgemeinen Aergerniß geworden, S. Gnaden möchten dasselbe durch Erfüllung seiner billigen Wünsche beseitigen. Der Kurfürst behändigt dieses Schreiben seiner Duhlin, der er seinen eigenen Beichtvater schickt, um mit ihr über die Erlaubniß zur Rückkehr ihres Gatten zu verhandeln.

Das arme Weib ist in einer verzweifeltsten Lage. Sie ist vollständig in der Gewalt des Fürsten; nur mit Bewilligung desselben darf sie an den Gatten schreiben; auf seine Eingebungen wird daher der Wortlaut ihrer Briefe zurückzuführen sein. Wenn also jetzt Katharina den Fürsten in einem Briefe inständig bittet, ihr seinen Schutz auch ferner angedeihen zu lassen, den Gemahl aber fern zu halten, da sie nur in Angst und Furcht mit ihm leben könne, und

der Kurfürst Wolf Hornung dieses Schreiben übersendet, so kann man natürlich daraus billiger Weise keinen Schluß auf des Weibes wahre Gesinnung ziehen. Der offenbare Zweck dieses Schreibens ist, die Antwort des Kurfürsten (vom 29. August 1526) auf Hornungs „frevel, unbedächtigt und vermessen Schreiben“ zu begründen: er sei für seine Unthat viel zu gnädig behandelt worden und solle seiner Verschreibung ja stets eingedenk sein.

So tief ist Katharina noch nicht gesunken, daß sie sich ohne Gewissensbedenken dem Kurfürsten überließe, daß jede Regung von Pflichtgefühl in ihr erstorben wäre. Zwar ist sie nicht stark genug, alle Bande, die sie an ihr schandbares Leben ketten, gewaltsam zu zerreißen; aber sie ist doch auch nicht so willenlos schwach, daß sie nicht heimlich auf eigene Hand wenigstens versuchen sollte, neue Anknüpfung mit ihrem Gemahl zu gewinnen. Das ist freilich für sie mit großen Schwierigkeiten verknüpft, da sie streng bewacht wird und, selbst des Schreibens nicht kundig, von vornherein auf die Hilfe ehrlicher Mittelpersonen angewiesen ist. Aber es gelingt ihr, einen Boten zu gewinnen, Jörg Kuspaz, der Hornung in ihrem Namen um Veranstaltung einer Zusammenkunft bittet. Der Ort, den sie für dieselbe vorschlägt, steht ihm nicht an, da er in der Mark gelegen. Er bringt Sülterbock in Vorschlag, aber dort erscheint sie nicht. Dann bestellt sie ihn nach Wittenberg, aber auch dort bleibt sie aus und will dafür nach Sülterbock kommen, das er seinerseits nun ablehnt.

Abermals schreibt er an den Kurfürsten. Schon ist der Ton dringender und fester; er weiß sich im Einverständnis mit seiner Frau, die jetzt das Gewissen an ihre Pflicht heftig zu mahnen scheint. Zwei an sie gerichtete Briefe des Kurfürsten hat sie ihrem Gatten überhandt; er ersieht daraus, daß sie sich von dem Kurfürsten wegwenden und zu ihm, dem Gatten, zurückkehren will. Denn der Fürst bittet sie, die Nacht zu ihm zu kommen. „Thustu es aber nicht, so“ — fügt er bezeichnend für seine und seiner Zeitgenossen frivole Sinnesart hinzu — „kan ich gedenken Satanas wil aber regieren und das Alvertuch wil sich umbkehren. So muß ichs auch Gott befehlen und zu Deinem Gefallen stellen.“ „Ich han euer weißlich und bedächtlich Schreiben vermerkt“, schreibt er zum andern, „und kan abnehmen, daß der heilig Geist zu euch ist gefahren und aus euch redet, und wil euch darauf nicht bergen, daß mich nicht wenig euer großen Innigkeit und Belehrung verwundert, nachdem doch euch und mir unverborgnen, wer ir gewest seid.“ Es folgen dann heftige Anklagen, sie habe es mit Mehreren gehalten, sich ihm angetragen u. s. w.; ob diese auf Wahrheit beruhen oder lediglich Erblickungen seines zorn erfüllten Herzens sind, muß dahin gestellt bleiben. Dann erinnert er sie an das, was sie ihm nach dem Streite mit ihrem

Manne geschworen; er wirft ihr Untreue und Bosheit vor, die er nicht un- sie verdient habe. Aber dennoch wolle er sie ziehen lassen, wenn sie fort und zu ihrem Manne wolle. „Ich weiß“, fährt er fort, „deinen armen frummen Mann nichts zu ziehen, mag auch wohl dulden, daß er under mir und bei mir wonet.“ Er werde nichts gegen sie vornehmen, auch Kleider und Kleinod begehre er von ihr nicht zurück. „Willst du aber dieselbigen mir darüber zu Schimpf wieder schicken, das muß ich leiden und die selbigen wiederumb an die Ort und Stelle wenden, da ich mehr Dank auch Lieb und Treu befinden möcht dan bei dir geschēh.“

Diese Schreiben schickt Wolf Hornung an den Kurfürsten zurück, um ihn durch seine eigene Handschrift zu überführen, daß er Gnade an ihn üben wolle. Schon werde, schreibt er, die Sache im Lande zu einem Gespött. „Ich befinde, daß man mich mit solcher höhnet und spott und mich zu meinem Schaden uf Brief und an die Wände läßt malen, so man sich doch viel billiger selber möcht bei der Nasen ziehen und vor ansehen, waß an ihr wär, ehr sie mich oder ein andern strafen solt.“ Alle Welt könne erkennen, daß nicht recht und redlich an ihm gehandelt sei; viel könne er davon schreiben, „verhoff mich aber“, fährt er fort, „E. Ch. F. G. werder allen Bescheid genugsam hieraus verstehn. Wu aber nicht, würde ich verursacht, die selbige Sache lassen welder in Schrift bringen, wie sie ergangen ist von Anfang bis zu Ende.“ Er hoffe, der Kurfürst werde ihm seiner Wunsch, wie er in dem mitgetheilten Schreiben schon zugestanden, erfüllen

Schon geht hier Hornung aus dem Tone der Bitte auch in den der Drohung über. Denn er weiß, daß die öffentliche Meinung bereits eine Macht geworden ist, die man schon mit einiger Aussicht auf Erfolg auf rufen kann.

In dem Schreiben an seine Frau spricht sich Hornung ziemlich mißtrauisch aus, da er noch immer zweifelt, ob es ihr wirklich mit der Ver söhnung Ernst ist. Daß sie ihn in die Mark hat wollen kommen lassen hält er für eine absichtliche Schlinge, weil sie ja doch wisse, daß er der Kurfürsten Gebiet nicht betreten dürfe. Bitter hält er ihr vor, daß sie ein Kind gehabt, als er sie verlassen; „aber nu hastu ihr zwei: ob das frumme Frauen zusteht, wiß ich zu Got gestellt haben.“ Er ist getrost im Bewußt sein seiner Unschuld, denn „ich hab mich so gegen dir gehalten, das id wolt, daß man sich gegen mir halten solt.“ Nimmermehr habe er sich solcher Untreue von ihr versehen können. Aber es sei nun genug, daß si ihn in Armuth und Elend gebracht habe, sie solle ihn jetzt wenigstens un- geöhnt lassen. Die elende Lage des heimatlosen Flüchtlings anzuzeigen unterzeichnet er sich „Wolf Hornung Nirgends daheim“.

Die Gattin dagegen leugnet jede böse Absicht und schiebt die Schuld an dem Vereiteln ihrer Zusammenkunft auf ihn, dem an deren Gelingen nicht viel zu liegen scheine. Doch sie tröstet sich deshalb: „so saltu wissen, daß ich mich dein auch wohl ertrocken kann und wil mich auch weiter in keine Handlung oder Unterredung mein Leben lang mit dir begeben.“ „Daß mich aber nach deinem Abscheid der Allmächtige mit einem jungen Erben beraten, des sage ich seiner göttlichen Allmächtigkeit zu Mehrunge seiner heiligen Christenheit Lob und Dank und sol sich Gelegenheit desselben zu seiner Zeit im Ausserich wohl finden, wie, wuher u.“ Zuletzt weist sie jeden ferneren Briefwechsel mit ihm zurück.

Aber doch sucht sie nach einiger Zeit sich wiederum ihrem Gatten zu nähern. Dieses Mal, wie es scheint, nicht ohne Mitwirkung des Kurfürsten. Einen Schwager Hornungs, Thomas Kulpak, Kaufmann zu Magdeburg, suchte man als Vermittler zu gebrauchen. Er war vom Kurfürsten gefangen genommen und gegen das Versprechen freigelassen, Hornungs Aufenthaltsort zu vermelden. Dieser wollte der Zeit im Mansfeldischen, und nach einigen Verhandlungen kam eine Zusammenkunft zwischen ihm und Kulpak in Eisleben zu Stande. Dort berichtet derselbe Katharinens Wunsch nach einer Veredung mit ihrem Manne, die in der Mark abgehalten werden solle, und zu welcher der Kurfürst freies Geleit auszustellen bereit sei. Hornung forderte anfangs Bedenkzeit, erklärte sich dann aber am 7. April 1527 mit einer Zusammenkunft in Wittenberg oder Magdeburg einverstanden, wenn ihm freies Geleit und Erstattung der Bekehrungskosten bewilligt würden.

Mehrere Wochen blieb er ohne Antwort, so daß er sich nochmals an Kulpak wandte. Aber dieser konnte seinen Auftrag nicht sogleich ausführen, da Hornungs Frau gerade abwesend war; sie begleitete den Markgrafen auf seiner Reise nach Breslau, wo er im Mai 1527 dem neuernwählten Könige von Böhmen, Ferdinand, seinen Glückwunsch überbrachte und geheime Verabredungen mit den katholischen Fürsten traf.¹⁾

So zerstückte sich dann die ganze Verhandlung. Konnte vielleicht die Gattin bei dem Kurfürsten das freie Geleit für ihren Mann nicht durchsetzen? Fürchtete der Fürst, daß die Stimme des Gewissens, alte liebe Erinnerungen an frühere Zufriedenheit und ein verschwundenes Glück übermächtig in der Frau erwachen würden, sobald sie wieder einmal ihrem unglücklichen Manne Aug in Aug gegenüber träte? daß sie darüber ihn und ihr glänzendes Glend entschlossen im Stiche lassen möchte? Es ist nicht unwahrscheinlich. Wenigstens scheint Katharina an dem Mißlingen

¹⁾ J. G. Droysen, Geschichte der preuß. Politik II. Th. 2. Abth. S. 198.

der Zusammentunft außer aller Schuld zu sein. Denn jetzt versuchte sie eine Annäherung von ganz anderer Seite.

Offenbar fühlte sich die Frau in ihrem Gewissen auf das Lebhafteste beunruhigt. Nur so läßt es sich erklären, daß sie sich an den Mann wandte, der ein lebhafter Gegner ihres Fürsten, zugleich aber der Gewissensrath und -trost aller gedängigten Herzen war, an Dr. Martin Luther. Daß er zugleich der rechte Mann, auch gegen die Großen der Welt eine gerechte Sache in furchtloser Weise zu vertreten, hatte er bereits in zahlreichen Fällen zur Genüge bewiesen.

An ihn schrieb nun Frau Katharine und stellte ihm ihren Fall vor. Mit gewohntem Eifer nahm Luther sich desselben an. Durch Bartholomäus Hugel, den Stiefvater Hornungs, ließ er den Unglücklichen zu sich nach Wittenberg erbleten und theilte ihm seines Weibes dringende Bitte mit, sie wieder zu sich zu nehmen: hätte sie gesündigt, so wollte sie büßen. Aber Hornung wies die Bitte zurück: zu sehr habe sie ihm das Herz verwundet; sie möge ohne ihn zusehen, wie sie es verantworten könne. Luther jedoch ließ nicht nach, inständig redete er auf ihn ein: wer nie fiel, der stünde auch nie wieder auf; sie bekenne, daß sie gesündigt, sie wolle sich bessern; deshalb möge er sie wieder bei sich aufnehmen. Derartige Vorstellungen vermochten schließlich den tiefgekränkten Mann, an seine Gattin zu schreiben, daß Gott sie zur Erkenntniß ihrer Schuld führen möge; wisse sie ein Mittel, von dem Tyrannen loszukommen, so solle sie es Dr. Luther melden. Er könne nicht länger in Wittenberg verweilen, da er nichts zu zehren habe. Wir sehen hieraus, wie auch aus anderen Briefen, daß er Mühe hatte, seinen Unterhalt zu erwerben und daß er, um zu den verabredeten Zusammenkünften erscheinen zu können, wiederholt einen guten Dienst aufgeben mußte.

Hornungs Brief übersandte Luther mit einem eigenen Schreiben an Katharinens Mutter, Margarethe Blankensfeld. Aus dem Antwortschreiben derselben (Berlin 7. Dezember 1527) erkennen wir den innigen Schmerz der gebeugten Mutter um die tief gesunkene Tochter. Sie bitte zu Gott, daß die beiden Gatten wieder vereinigt werden möchten; sollte sie das je noch erleben, so sei ihr sehnlichster Wunsch erfüllt; darum den Allmächtigen wie auch die Menschen zu bitten, wolle sie keinen Fleiß sparen.¹⁾

Darauf schreibt Luther an sie am Dienstag nach Epiphania (7. Januar) 1528 nochmals folgenden Brief:

¹⁾ Auf einem beigelegten Zettel schreibt sie noch: „denn ich abermals, Gotte Lob in allen Dingen mit neuer Ansetzung beladen bin meines Sohne, des Bischofs halben“ — des schon genannten Johann Blankensfeld, Bischofs von Dorpat und Erzbischofs von Riga. Die Verwandtschaft mit ihm geht aus dieser Stelle klar hervor.

Gnad vnd Friede vnn Christo Erbare tugendsame frau. Ich hab ewr antwort empfangen, Vnd wie wol mir, als frembder person, gnug dran sein müß so habt vhr dennoch zu bedenden, das die person, so die sache betrifft, gar nichts damit kan zu frieden sein, vnd geben solche briefe vhm vrsache viel zu dencken, Sonderlich das die person nu zu offter mal vhn so hat lassen mit der nasen furen (als er klagt.) vnd doch niemals eine antwort schriftlich geschickt, daran er künd vhren ernst spuren Es ist vngleublich (Mein liebe frau) wo es ernst mit vhr were, (dass sie) nicht anders sich stellen solt, zum wenigsten mit schriftten, die sie künd wohl heymlich ausrichten Dem nach ist mein freundlich bitte vhr wollet bedenden des armen gesellen not, das ers lenger nicht leiden sol noch kan, vnd wo sie nicht anders sich mercken leßt mus er thun, sam sie tod were, odder wie Philippus thet, da vhm sein bruder Herodes nam die Herodias, vnd sich anders wo versorgen. Wollet solchs ernstlich mit vhr reden, odder es mus ein Waile draus werden Sie mit Gott befohlen Amen Dinstags nach Epiphanie 1528.

Diesen brieff werdet vhr wol wissen zu nerschaffen

Martinus Luther

Der Erbarn Tugendsamen frauen Margarethe Blandefeldvynn
zu Berlin meiner gvnstigen guten freundyn¹⁾

Auch an die Gattin Hornungs richtet er an demselben Tage ein einbringliches Schreiben:

Gnad vnd Friede vnn Christo Mein liebe frau Ratherin, Ich hab mich durch ettliche, so es mit euch gut gemeinet, lassen bereden, den guten gesellen Wolff Hornung ewren zc. ehlichen zc. man, aber mal zu bewegen (wie es mehr mal durch andere, eben so vergeblich, als igt geschehen) euch freundlich sich zu erbietten, vnd die sachen gen friede zu schlichten, Aber weil vhr selbs euch so frembd stellet, also, das vhr nach so viel spottischer briefe, nicht doch einen freundlichen ernsten brieff schreibet, als vhr doch freilich wol kundtet, Wie kan er denn auch so gar ein stein vnd kloß sein vnd solchs alles lassen gut sein, vnd ymer fur freundschaft ansehen! Dem nach ist mein freundliche bitte, wollet euch schriftlich gegen vhm erzeigen, als vhr wol thün kund, damit er spuren muge, das ewr ernst sey, Wo nicht, so habt vhr gut zu bedenden, das er so nicht kan vnd sol auch nicht, so bleiben, sondern nach gotts wort, sein bestes auch dencken, vnd seine seele verwaren, Hirauff bitt ich ewr richtig antwort, odder mus vhm raten,

¹⁾ Das etwas verlegte grüne Siegel zeigt eine fünfblättrige Rose, darüber ist ein L erkennbar, neben dem sich eine undeutliche Stelle befindet, die vermuthlich ein M enthalten.

zu thun was er recht hat vnd got gibt. Sie mit Gott befohlen Amen
Dinstags nach Epiphanie 1528

Martinus Luther

Der erbarn vnd tugendsamen frawen Katherina Hornungen zu
Berlin meiner gvnstigen guten freundyn.¹⁾

Wohl keines Menschen Einmischung wäre dem Kurfürsten verhaßter gewesen, als gerade die Luthers. Ein eifriger Parteigänger der kaiserlichen Politik, war er ein abgesagter Feind der neuen Lehre, und dies um so mehr, als sie den Keim der Zwietracht in seinen eigenen Familientkreis gelegt hatte. Schon seit längerer Zeit war seine Gemahlin Elisabeth, eine dänische Prinzessin, Nichte des Kurfürsten Johann von Sachsen, insgeheim der Lutherischen Lehre zugethan. Argwöhnisch beobachtete sie deshalb der Gatte. „Ihr Herr und Gemahl“, schreibt Elisabeth schon im Herbst 1525 an den Herzog von Preußen, „sei ihr ganz gefähr und feind um das Wort Gottes; er spreche es aus, daß, wenn er sie um Seele, Ehre, Leib und Wohlfahrt bringen könne, er es von Herzen gern thun werde.“²⁾ Je mehr Mißerfolge nun Joachim in der äußeren Politik zu erleiden hatte, desto leidenschaftlicher, rücksichtsloser, herrischer trat er in seiner Verstimmlung daheim auf. Als er nach seiner Rückkehr aus Breslau 1527 erfahren hatte, seine Gemahlin habe heimlich das Abendmahl unter beiderlei Gestalt genommen, geräth er fast außer sich. Sie hatte sich des Schlimmsten von ihm zu gewärtigen und glaubte sich der drohenden Gefahr nur durch die Flucht entziehen zu können. Dazu kam, daß auch der arge Lebenswandel des Gatten ihr denselben verachtungswürdig machte, den Aufenthalt bei ihm unerträglich. „Was freundlichen Willens wir bei Seiner Liebden gehabt“, schreibt sie, „und was dieselbe S. L. für einen Wandel, wie leider noch bis auf den heutigen Tag, geführt hat, ist im Lande bekannt“. Sobald daher Kurfürst Johann von Sachsen ihr seinen Schutz zugesagt hatte, verließ sie heimlich, als Bäuerin verkleidet, am 25. März Berlin und traf am folgenden Tage glücklich in Torgau ein.³⁾ So fand denn auch die Kurfürstin, die von ihrem Gatten floh, sicheren Schutz im kurfürstlichen Sachsen, wie wenige Jahre vorher Wolf Hornung, welchen derselbe gewaltsam aus dem Lande vertrieben.

Unter diesen Umständen mußte den Kurfürsten Luthers Einmischung in die Hornungsche Sache um so heftiger erbittern. Er fürchtete den Einfluß

¹⁾ Siegel wie das des vorigen Briefes.

²⁾ J. G. Droyßen a. a. O. S. 195.

³⁾ J. G. Droyßen a. a. O. S. 200 ff.

des verhaßten Reformators auch hier, und da ihm, wie es scheint, von jenem Briefwechsel zu Ohren gekommen war, so verbot er Katharinens Mutter die Annahme von Briefen. Aengstlich befolgte diese des Herrn Befehl, und so sind denn die Briefe Luthers an sie wie ihre Töchter ungeöffnet wieder zurückgekommen.

Da Katharine in Folge dessen ohne Antwort blieb, so schickte sie nochmals einen Boten nach Wittenberg zu Dr. Luther und ihrem Gatten. Ihre Bitte bei Hornung war, einen freundlichen Brief an den Markgrafen zu schreiben, da sie sich davon Besserung ihrer Sache verspreche. Aber dies Ansinnen weist er entschieden zurück, nur zu einer Zusammenkunft mit seiner Gattin an der Grenze will er sich verstehen. Auch diese Verabredung wird dem Markgrafen durch Verrath hinterbracht, erzürnt fordert er Katharine zu sich ins Bad, haut sie mit Ruthen und fragt sie, weshalb sie zur Tagung mit ihrem Gatten wolle. Entschuldigend sagt sie aus, es hätte nur eine Besprechung über die beabsichtigte Scheidung gegolten.

Es folgen nun über diese weitere Verhandlungen der beiden Gatten, die aber zu keinem Ziele führen. Er glaubt nicht an seiner Gattin Aufrichtigkeit, sondern argwöhnt „daß eidel Muthwillen und spottische Aufschläge vorhanden, und kein Ernst der Sachen“. Eine Zusammenkunft in der Mark lehnt er rundweg ab. „Wer nicht wil dahin kommen, da ich bin, der mag's lassen; es heist hie Keiner den Andern. Ich bin aber einmal uffs Narrenseil gesetzt. Es schadt mir auch nichts; warum bin ich so ein Narr, daß ich's thu, so ich doch weiß, daß kein Beständigkeit da ist?“

Die Frau, streng von dem Kurfürsten bewacht, war wirklich in einer bejammernswerthen Lage. Sie besaß keinen Bekannten oder Vertrauten, mit dem sie offen hätte reden dürfen, nur heimlich kann sie ihrem bedrängten Herzen Luft machen. So schreibt sie ihrer Schwester Barbara, Christian Dorings Gemahlin: sie hätte gern ihrem Gatten eine Unterstützung zugesandt, wenn sie es nur könnte. „So hab ich leider Niemand's in der Welt ghat, den ich hab dorren vortrauen. Mein liebe Schwester, ihr wißet zu guter Maß wohl, wie ich gehut und gehalten werde, daß Gott die Freude wohl weiß, die ich hab.“ Sie schickt ihrem Manne jetzt eine Kleinigkeit, die er in Liebe und Freundschaft annehmen, und an der er ihr Elend und betrübtes Herz erkennen möge. Geld könne sie ihm nicht senden, denn das habe man ihr nicht gelassen. Aber inständigst bittet sie, die Sendung geheim zu halten, „sunst wemms hier ein Theils Reude erfuhren, so kost mir es nicht mehr denn den Hals“. Dann fleht sie vor Allen für ihre arme, elende Tochter. Denn „ich bin doch leider so wohl zugericht, daß mein Leben nicht lange in der Welt sein wird“. Daß wenigstens das arme Kind nach ihrem Tode nicht in die Irre und bittere Armuth

gerathe, ist ihr letzter inniger Wunsch. Wiederum bittet sie um eine Zusammenkunft mit ihrem Gatten, dem sie sich, wie auch Dr. Luther zum Schluß inständig empfiehlt.¹⁾ „Ich bitte euch auch ganz freundlich, daß ihr mein lieben Mann von meiner wegen freundlich grüßen und wolt ihm viel hundert guter Gemach sagen und von seiner Tochter Annen wegen auch.“ „Ich bitt euch auch ganz freundlich, daß ihr den guten Herrn den Docter Martinum wolt viel guter Nacht von meinerwegen sagen und wolt ihm sagen, also ich hab gehört, daß er viel Guts bei meinem armen Mann gethan hat. Saget, daß er sich unbekummert lasse, es soll ihm, ab Gott will, wohl vorgelegt werden; kann ich es mit meiner Armuth nicht vergleichen, so hoff ich, ab Gott will, so soll es ihm Gott in jener Welt wohl vergleichen.“

Aber nach wie vor zweifelt Hornung an der Aufrichtigkeit dieser Worte, wie er auch seinem Schwager Petrus von Hunaw auf dessen Fürsprache offen ausspricht.

Nochmals werden durch verschiedene Mittelspersonen längere Verhandlungen über eine Zusammenkunft der beiden Eheleute geführt, aber immer ohne Erfolg. Ob es Katharina nicht möglich war zu erscheinen, ob es ihr an gutem Willen oder an der moralischen Kraft, denselben wirksam zu bethätigen, gebrach, müssen wir dahin gestellt sein lassen. Sie mahnt den Gatten zur Geduld und wiederholt die Bitte, ihr Mann möge nochmals an den Kurfürsten einen freundlichen Brief richten, von dem sie sich noch immer das Beste verspricht. Das lehnt er jedoch abermals entschieden von sich ab. Denn „daß ich ihn noch Gnädiger Herr soll heißen und ihm sein Schande billigen, das wär wider Gott“. Er bittet nochmals um ungewandte Antwort, was ihre aufrichtige Herzensmeinung sei (11. April 1528).

Zu demselben Zwecke, endgültige Nachricht zu erlangen, schreibt er zweimal auch an seinen Schwager Jacob Grosse. Der letzte dieser Briefe (vom 15. April), in dem er das Elend einer Lage schildert, die ihn beständig zwischen Angel und Thor hält, fällt dem Kurfürsten in die Hände, der nun wieder durch Grosse sowohl als durch Katharine in ganz anderem Sinne an Hornung schreiben läßt. Katharine habe ihre Schätze eingesackt und mit ihren Kindern vorausgeschickt; da sie in Berlin nicht mehr un-

¹⁾ Sie nennt in diesem Schreiben vom 1. März 1528 einen Mann Namens Dominicus, der in ihr Haus zu kommen pflegte, als den Urheber ihres Falls. Derselbe tritt sonst nirgends hervor. Ob wir in ihm den ersten Verführer oder einen Helfershelfer des Kurfürsten zu erblicken haben, läßt sich aus den vorliegenden Akten nicht ersehen.

angefochten vor ihrem Gatten bleiben könne, wolle sie in ferne Lande ziehen und gedenke nie wieder Gemeinschaft mit ihm zu haben (22. April).

Hornung schreibt ihr zurück, sie möge seinetwegen ziehen, wohin sie wolle, und mit bitterer Anspielung fügt er hinzu: „Ist man doch auch nicht umß meinethwillen gen Breslau gezogen und hat Mannskleider angehabt“ (24. April).

Am nämlichen Tage schreibt er an den Kurfürsten, den er bittet, nun endlich seine Sache in Gnaden zu beendigen. Da keine Antwort erfolgt, richtet er an ihn ein zweites Schreiben, in dem er sich gegen die Anklage verteidigt, als habe er mit Gewalt den Kurfürsten angreifen wollen. Das sei ihm nie in den Sinn gekommen, „sunder E. R. F. G. haben so wohl ein Richter als ich; der heißt Gott“. Er habe aber an die kurfürstlichen Rätthe geschrieben, daß diese dem Herrn seine Ungerechtigkeit vorhalten möchten. Wollte auch das nicht helfen, so würde ihn seine Noth dahin bringen, solches öffentlich an den Tag zu bringen. Seine Behauptungen seien wahr; das möchte der Kurfürst wohl beherzigen und seine Briefe nicht verachten.

Man ersieht aus diesem Schreiben, daß seine Gegner in der That einen Gewaltstreich für sehr wohl möglich hielten. War doch auch Fehde und gewaltsame Rechtshülfe zu jener Zeit nur zu sehr an der Tagesordnung, auch in Kurbrandenburg, trotz der eifrigen Anstrengungen, die gerade Joachim I. an die Herbeiführung einer geordneten Rechtspflege gesetzt hatte. Und daß nicht nur der Adel, sondern auch Leute niederen Standes den Weg gewaltsamer Selbsthülfe selbst gegen Fürsten mit einiger Aussicht auf Erfolg einschlagen konnten, das hat — um nur ein Beispiel anzuführen — wenige Jahre später der durch Kleists Dichtung so berühmt gewordene Michael (Hans) Kohlhaas satksam bewiesen. Hülfsreiche Hände fand solch ein Abenteuerer, wenn sein Unternehmen nur reichliche Beute in Aussicht stellte, zumal unter dem zuchtlosen Landsknechtsgesindel, das dienstsuchend die Länder durchzog, die Hülle und Fülle. Auch Hornung scheint zeitweise, als alle gütlichen Versuche nichts fruchteten, nicht übel Lust gehabt zu haben, gewaltsame Maßregeln gegen den Kurfürsten zu ergreifen. Es war zumest Luthers überlegener Einfluß, der solche Pläne stets schon im Keime bei ihm erstickte und den heimatlosen Flüchtling immer wieder auf friedliche Bahnen zurücklenkte.

Selbst die kurfürstlichen Rätthe geht Hornung, wie schon erwähnt, bittend um Hülfe an. Er setzt ihnen auseinander, wie seine Sache nicht nur in Berlin und Köln bekannt sei, sondern bereits die ganze Mark erfülle. Vergeblich habe er sich bemüht, auf friedlichem Wege zu seinem Rechte zu kommen, seine Boten habe der Kurfürst gar einsetzen lassen. Er

bittet die Rätthe nochmals mit S. Ch. F. G. zu reden, daß ihm nach Recht und Billigkeit eine gnädige Antwort zu Theil werde. „Wu das auch nicht will helfen und Frucht bringen, weiß ich weider kein Mittel und Wege nicht zu suchen, denn mein Elend und Noth wird mich dahin bringen, daß ichs öffentlich muß lassen ausschreiben und an Tag bringen, wie man mit mir armen Mann umhgangen und noch thut.“

Das Antwortschreiben der Rätthe ist uns nicht erhalten,¹⁾ aber aus dem zweiten Schreiben Hornungs können wir alle Einwände derselben, die er hier widerlegt, erkennen. Es lautet folgendermaßen:

„Gnad vnnnd frid durch Christum. Gestrenge, eher vnseffe, achbar vnnnd hochgelerte, gunstige hern. Ewer schreyben an mich gethan hab ich alles inhalls vernomen. Vnnnd erslich, das ihr anzeigt, ich hette sollen eweren g. hernn des kurfürsten mit mehner lügenhafftiger schrift billich verschonen, vnd was ich dar ynnen S. R. F. G. auflege, das het ich erticht vnnnd luge S. R. F. G. ann nicht als ein frumer mann, sage ich, das ich nichs gelogen obder erdichtet habe, weiß auch solchs alles mit gnugsamer beweyßung S. R. F. G. auch wol wissend bey zu bringen, vnnnd wer mich also vnverurteilt, vnubertunden eynen lugener vnnnd vnfrumen man schilt; der leuget selbs als nicht ein bidder frumer man, er sey wehr ehr wolle, des erbiethe ich mich zw ehre vnd recht.

Gzum andern das ihr aus S. R. F. G. befehl anzeigt, wie ich meyn weib solt bößlich haben ermorden wollen, des die narben an ihrem leibe noch beweyßung geben sollen, vnnnd was der vergeblichen wort meyne sache zw verderben vnnnd yhre sache zw schmuden mehr klappern, sage ich, das ich yhr man vnd sie mein weib ist gewest, der ich mechtig, dazw fug vnnnd recht hatte zw straffen, aber wie man spricht: das Kind kann wol sagen, das es gesteupt sey, aber wo mit es verdient hab, das kans wol schweygen. Gar fein kan man auffblazen, wie ich gestrafft habe, aber nach seynrer schweygen, was sie mir für vrsach geben hot. Vnd da ewer g. her vnd ihr dis stücklein kundet ynn der fedder obder maul behaliten, hettes fein gestanden, ihenes auch ynn der federn bleyben lassen obder beydes ehraus sagen vnd auff beyde fuß treten, nicht auff eynem bein also hinden; man mocht sonst zw grob mercken.

Gzum dritten das S. R. F. G. mir nicht gestendig, das sie ettwas an mir obder mehner hauffswaen gewaltigs obder tettlichs yugenomen obder gehandelt haben, sage ich, das solchs, ab got wil sol fur aller welt wol klar vnnnd helle werden, wen ich die sache an thag bringen werde,

¹⁾ Nur das Begleitschreiben des Kanzlers Dr. Sebastian Stublinger vom 18. Juli 1528 ist vorhanden.

den was wil man da mit nychtigen worten viel leudens surgeben hie hab ich E. R. F. G. handschrift, der ich euch hiemit ein abschrift vberschicke, wie ich den E. R. F. G. uff ein zeit eynen brieff geschriben und zugeschickt hab, daraus ihr nicht allein vernemen, sondern auch greifen mugt, wer ein lugener und unbider man sey, vnd ob E. G. F. nichtz tethliches odder vnerliches an meynem weybe gehandelt habe. Aber ich merck, das E. G. F. nicht genug daran hot, das man davon lese vnd schreybe, Ihr wolt auch horen singen vnd sagen. Wolan juden denn die oren so fast, so sollen sie, ob got wil, damit getrawet werden, vnnnd ich werde mich nicht leren an E. R. F. G. drawen odder pochen. Denn E. R. F. G. wird mir got lob nicht mehr thun konnen, den was recht ist. Gewalt wirdts nicht alles auffuren. So wil ich auch noch wol lemte finden, die mir meyne sache vnnnd E. R. F. G. handschrift sollen auspizgen vnd ausmuthen, das iderman sehen sol, wie billich mir angemuttet wird ynn solcher trefflicher noth meynen sachen E. R. F. G. vnbemuhet zu lassen. Zudem ist vorhanden die lebendige kundschaft, nemlich der son Joachim, welchen E. R. F. G. mit meynem weybe gezeuget hat; vnd vber das greift E. R. F. G. meyne behausung an bricht, bawet, fuget ein gemacht ins ander nach E. R. F. G. gefallen. Ob das auff newe deutsche sprache vnd Recht heisse nichtz thetliches gehandelt an mir vnd meynem weibe, das sol nicht Marggraf Joachim odder seyne Ketthe, sondern ob got wil, sonn vnd sterne, sein vnd holcz sagen vnd horen.

Zum lezten weil E. R. F. G. ynn andern brieffen bekennet, Sie wissen mich nichtz zu zeyhen, vnnnd in dieser ewer schrift sich vernemen lassen. E. R. F. G. wolle es nicht hindern, wo ichs von meynen frauen erlangen kan, das sye zu mir sich wende, so ist mein frundtlich bitte an euch, wolt bey E. R. F. G. nochmals anhalten, das E. R. F. G. solchen seynen eygen worten wollten folge thun vnd halten, was sie sagen, nemlich meyn weib nicht hindern, sondern sie lassen sich zu mir wenden, sonderlich weil E. R. F. G. keynen andern behelff nicht hot, den den Vertrag, welches doch E. R. F. G. wol weis, zu wasserley schein mir derselbige vnwahrhaftig beybracht, welches sich hernachmals auch so erfunden, welchen ich auch vnkrefftig acht vnnnd halt, kan auch mit E. R. F. G. schreyben beweysen, das der selbige vnduchtig vnnnd nicht bundig, welches langl wurde außzustreichen; wil mans aber ie haben, so sol er nach nottorfft vnkrefftig beweyset werden. So ist auch E. R. F. G. an das aus furstlichem ampt vnd pflicht schuldig weib vnnnd man zu samen treyben vnd halten vnd, welches theil schuldig vnnnd nicht wolt, ernstlich zu straffen, wie dan sonst alle recht auch exempel aller fursten geben, das ob sich der man allein verschuldet, als ich mich, ob got wil nicht verschuldt hab,

das weip dennach auch hinnach zu ihm getrieben wird, wo nicht so werde ich auffß new daraus mercken, das S. R. F. G. nicht alleyn Ihr furklich ampt an meynem weib lassen anstehen, sondern auch abermal frevellich an ihr vnd mir handeln, als der solche person hindert vnd setzet, die doch frey ist, vnnnd die ehr solte zu ihrem manne treyben. Sindt's nicht eythel lose wordt die er mir vnn dem stuch zugeschrieben habet aus S. R. F. G. befehl, so werdet ihr euch wol wissen fur mich gegen S. R. F. G. zu beweyhen, das ich mein weib kriege vnnnd mir darneben auch widerstatzung geschæe des, das ich wieder die billigkeit erlietten. Sindts aber eythel wordt, so werden sie mir dienen das lieblein bester grosser zu machen vnd zu beweyhen, was Wolff Hornung fur ein lugener vnd hube sei. Solchs meynen nottorfft schreyben bit ich wollet auffß beste vernemen vnnnd denken, das ewer bitte, das ich schweygen solt, mir gar vnleiblich ist zu erhoren. Es gilt nicht schweygens, weil man mir die hurde vff den hals wil legen, sonder mehr redens vnnnd schreybens, den es ihn gegolten hot. Beger hir vff entlich ewer zuverleffig antwordt. Geben zu Wittenberg am Tage Marti 1528.

Wolff Hornung.

Die Råthe Joachims stellten sich, wie man sieht, ganz auf die Seite, ihres tyrannischen Herrn. Noch war die Zeit nicht gekommen, da man mit Stolz sagen konnte: „Es giebt noch Richter in Berlin.“

Das Antwortschreiben Hornungs unterscheidet sich von allen seinen früheren und späteren Schriftstücken in so merklicher Weise, daß unwillkürlich der Gedanke aufsteigt, es sei nicht aus seiner Feder geflossen. Sonst ist seine Haltung, wenn auch Drohungen mit unterlaufen, niemals ganz frei von einer gewissen Demuth und Unterwürfigkeit, seine Sprache schlicht und einfältig gegenüber der festen Entschiedenheit des Auftretens, der gewaltigen Wucht und Schlagfertigkeit der Rede, wie sie dieses Schreiben offenbart. Wir irren wohl nicht, wenn wir wenigstens einen bedeutenden Antheil an der Abfassung desselben keinem Geringern als Luther zuweisen, mit dessen Denk- und Schreibweise der Brief vollständig übereinstimmt. In dieser Annahme werden wir noch durch die Thatsache bestärkt, daß Luther an demselben Tage ebenfalls aus Wittenberg in dieser Angelegenheit einen Brief an den Kurfürsten richtete, der eine ganz ähnliche Tonart anschlägt.

Schon früher war Luther dem Kurfürsten Joachim persönlich entgegengetreten. Dieser gehörte nämlich 1521 auf dem Wormser Reichstage zu dem Ausschusse, der Luther vergeblich zu bewegen suchte, seine Bücher auf Kaiserl. Majestät und der Stände des heiligen Reichs Erkenntniß zu stellen.¹⁾

¹⁾ J. G. Droysen a. a. O. S. 142.

Daher die Ironie, mit der sich Luther im Anfange seines Briefes entschuldigt, daß er als verdampter Keger an den Kurfürsten zu schreiben wage.

Hier nun der unverkürzte Wortlaut.

Gnad vnd friß ynn Christo. Durchleuchtigster, hochgeborner furst, gnedigster her. Es mag vielleicht E. R. F. G. wundern meyne furst, so ich verdampfter Keger an E. R. F. G. zu schreiben mich vnterwinde, als der ich billich bedenden solt, das mir die element vnd gestirn nicht sonderlich bey E. R. F. G. geneigt, vnd das nicht an vrsach. Aber die sachen vnd mein gewissen zwingen mich, solchs zu wagen vnd mocht gern gar vntertheniglich bitten, E. R. F. G. wolten mirs gnediglich zu gut halten. Vnd zum ersten ist mirs, das weis got, ja nicht lieb sondern fast leid der vnrat, so E. R. F. G. iczt begegnet, von Nidel von Wynkewicz zc.¹⁾ Aber gnedigster herr, ich besorge das geschrey sey von E. R. F. G. zu groß in himel komen vnd unter andern furnemlich das, so E. R. F. G. mit dem armen gesellen Wolff Hornung handelt. Vnd mag sein ich sey ein falscher prophet, wolt got ich were es auch ynn solchem fal, aber ich besorge, sage ich noch eynes, Wolff Hornung sey der man der E. R. F. G. solchs zu richte vnd Nidel von Wynkewicz muß gleich vnwissend des armen gesellen diener vnd werckzeug durch gots ordenung sein. Demnach ist an E. R. F. G. mein gar herzlich vndertheniges bitten, flehen vnd vermanen, E. R. F. G. wolten sich doch der mal eins, wie es den zeit ist, anders legen dem armen gesellen erzeigen, auff das dis spil nicht ein fund sey, dadurch got ein feur anzuzunden gedeht widder E. R. F. G. den E. R. F. G. kan wol bedenden, ob gleich Wolff Hornung ein armer gesel ist, der eym solchen mechtigen fursten veracht ist, so ist doch das auch wiederumb war, das, wo sich got wil Wolff Hornung annemen, wie ehr schon ansehet, so ist ein mechtiger furst viel weniger fur got den Wolff Hornung fur eym Kurfürsten zu Brandeburg, den er spricht gar oft ynn der schrift, das er wol der armen elenden schucz, richter vnd vatter seyn. Vnd wen er ansehet zu heimsuchen die grossen hanffen, so greift er freylich also drein, das man mus sagen, das ist ein her, der nicht fragt nach aller fursten trocz obder puchen. Kompts nu gnedigster her, das got E. R. F. G. auch wil heimsuchen, so ist der anfang seer starck, dafur sich E. R. F. G. wol billich mag furchten vnd besorgen. So sol E. R. F. G. auch des gewis seyn, das wir arme leger bißher nicht widder E. R. F. G. gebetten. Wo sie aber solche vermanung nicht wurden annemen noch sich for solchem gottlichen angreifen furchten, müssen wir vns zwar sampt vnserm kezerischen got vnd gebet verachten lassen, aber der trocz wollen wir dennoch sein, so

¹⁾ Cf. darüber das weiter unten Gesagte.

wir beginnen widder E. R. F. G. zu bitten, so sol vnser gebet erhoret werden vnnnd E. R. F. G. iste tieffer ynn jamer komen, wen gleich ein zeuberer vnd alle zeuberer alle teuffel ynn eynnen cirkel bezaubern kundte.¹⁾ Wir wolttten aber lieber E. R. F. G. schicket sich selbst drein, das vns nicht not widder, sondern für E. R. F. G. zu bitten; den vns freylich an E. R. F. G. vnglud kein freude, aber an derselbigen wolart groffe freude were. E. R. F. G. wolttten solch mein schreyben als aus gutem herczen geschehen gnediglich vermercken, den ich kans ja nicht begreifen noch behalten ynn meynem herczen, wie es muglich sein solt, das got lenger leiden wurde den armen gesellen von weib, kind, eher, haus vnnnd hoff verstoffen ynn solchem elend vnd not die lenge lassen. Summa gnedigster herr, es ist zu vil; zu siel zureist den sack, es kan so nicht ghen, stehen noch bleywen. Got mus drein sehen. Wil drein sehen nicht helfen, so mus drein schlagen helfen. Got gebe das sich E. R. F. G. seliglich bedente vnd bekere. Amen. Zu Wittenberg am Tage Kiriaci 1528. E. R. F. G.

williger Martinus

Luther mit eygener Handt.²⁾

Das Antwortschreiben der kurfürstlichen Räte vom 25. Juli auf Hornungs „weitlaufftig und vnbedechtig schreiben“ sucht die früheren Behauptungen und Beschuldigungen aufrecht zu erhalten. Wolle seine Frau zu ihm zurückkehren, so werde das der Kurfürst keineswegs hindern; an dem Mißlingen der Zusammenkünfte aber trage er selbst die Schuld. Sie rathen ihm, sich durch böse Leute nicht verführen zu lassen, sein selbst zu verschonen und sie fürderhin mit solchen Schriften nicht zu behelligen.

Bald darauf, am Abend St. Laurentii (9. August), schreibt Wolf Hornung nochmals an seine Gattin und bittet um eine endgültige Erklärung. Er glaube nicht an die Ernsthaftigkeit ihrer Gesinnung, sei ihrer ewigen Ausflüchte satt und müde: wäre es ihr Ernst gewesen, so hätte sie längst kommen können. Er droht, die Sache offenbar zu machen, „damit Menniglich erkennen mag, daß ich gut Fug und Recht hab, mich umb ein ander zu bewerben, und dich ganz zu lassen, wie du mich verlassen hast, welchs ich umb deiner lieben Mutter und ander guter Herrn und Freunde mangfaltig Bitt willen und dir zum besten bisher underlassen.“ Zum Schluß sagt er: „Beger hier uf zuverlässig Antwort.“

Katharina schreibt ihm am 13. August zurück: sie sei geneigt, sich mit zu vertragen und sich förmlich von ihm scheiden zu lassen. Sie bevoll-

¹⁾ Anspielung auf des Kurfürsten Liebhaberei für die sog. schwarze Kunst, die ihm das Volk zuschrieb. Cf. J. G. Droysen a. a. O. S. 46.

²⁾ Nach einer Abschrift.

mächtigt zu dem Ende den Ueberbringer des Briefes, Valentin Graff, zu Verhandlungen, die dann zu Wittenberg in Luthers Gegenwart stattfanden. B. Graff berichtete, Katharine habe einen Eid geschworen, sie wolle nimmermehr zurückkehren, sondern sich von ihrem Manne scheiden lassen. Aber dieser forderte den Eidschwur in seiner Gegenwart; geschähe derselbe an einem Orte, wo er und sie ohne Gefahr zusammen kommen könnten, so würde er zufrieden sein. In diesem Sinne schrieb auch Luther am 21. August abermals an den Kurfürsten folgendermaßen:

Gnad vnd frid vnn Christo. Durchleuchtigster hochgeborner furst, gnedigster herr. Ich schreibs nu zum andern mal, das mir an E. R. F. G. schaden obder schande nicht liebe geschicht. Dem nach ist noch mein unterthenigst bitte, E. R. F. G. wolten sich gegen den armen gesellen Wolff Hornung erzeigen, wie es recht ist vnd geburt, wo nicht, so mus ich dennoch dem armen gesellen, weil er meins rats begerdt, christlicher liebe pflicht erzeigen. Will Katherina sein weiß von ihm gescheyden sein, das sie solchs ihu gegenwertig fur ihm mündlich. Den E. R. F. G. wol wissen, das mit volmacht obder anwalden uns nicht benugen kan, weyl die sachen E. R. F. G. selbs mit landruchtigem Geschrei dar czu mit eygner handschrift mit begreifen vnd alle brieffe, so sie schicken mag, verdecktig und vntuchtig angesehen werden, als durch E. R. F. G. selbs gestellet vnd vnder Ihrem namen ausgangen. E. R. F. G. wolt gnediglich helfen vnd mir vrsachen geben, das ich kurfurstlicher ohren schonen kunde, wie ich gar gernne thet. Sol ich aber huren vnd huben malen, wie ich thun mus, wo ich anders Wolff Hornung sol loß sprechen vnd helfen, so sol E. R. F. G. auch nicht drum zurnen als nu zweymal genugsam vormandt, ob ich dem kurfurstlichem hut wurde ins Futter greiffen, das die har umbher steben. Ich bitte zum dritten mal, das ich eynnen gnedigen hern an E. R. F. G. muge haben vnd mir nit not sey eynnen feindt zu machen, wie E. R. F. G. Valtin Graffe wol weyter vnterrichtet hat, vnd kan. Zu Wittenberg Freytags nach Assumptionis Marie 1528.

E. R. F. G.

williger
Martinus Luther.

Aber weder dieser Brief noch eine Besprechung B. Graffs mit dem Kurfürsten, zu der ihn Luther beauftragt hatte, waren von dem geringsten Erfolge, wie ein Brief Graffs an Hornung vom 28. August ausweist. Der Kurfürst lachte über seine Rede; „es möchte E. R. F. G. wohl leiden, daß der Doctor solcher Sachen müßig gienge; es stünd ihm wohl zu rathe, es ihm ein anderes daraus pegenet.“ Er hätte, sagte der Fürst, Nichts

mit Wolf Hornung zu schaffen und noch viel weniger mit Doktor Luther. Habe Jemand Ansprüche an ihn, so möge er sich sein Recht auf dem Rechtswege suchen. Briefe wolle er in dieser Sache von Niemand, am wenigsten von Doktor Martinus annehmen, auch er, der Bote, möge ihn gefälligst in Ruhe lassen.

Da verlor denn Valentin Graff gänzlich den Muth, sich noch länger mit der Sache zu befassen, so daß er den Brief Hornungs an den Kurfürsten gar nicht abzugeben wagt und wieder zurück schickt. Auch für die Zukunft lehnt er jede Mitwirkung in dieser Angelegenheit entschieden von sich ab, nur den Wunsch Ratharinens theilt er Hornung noch mit, daß er einen Ort an der Grenze bestimme, an dem sie zum Zweck der Scheidung zusammen kommen könnten.

Da diese beabsichtigte Zusammenkunft nun wiederum nicht zu Stande kam, so verzweifelt jetzt auch Katharine an der Möglichkeit des Gelingens einer solchen. Dann möge er sich, schreibt sie ihm, zufrieden geben und ein ander Weib nach Gefallen nehmen; sie werde niemals darein reden. Wie groß ihre Furcht vor einer Entdeckung ihres Briefwechsels ist, erkennt man aus ihrer inständigen Bitte, ihn ja ganz geheim zu halten, da sie sonst furchtbare Strafe treffen würde. Antwort möge er an Peter Hanow schicken; aber er solle — so wenig traut sie ihrer nächsten Umgebung — dem Boten ja einschränken, ihr dieselbe ganz allein ohne alle Zeugen zuzustellen.

Doch dem Kurfürsten wurden die ewigen Beschwerden, Klagen und Bitten allmählig zur Last. Er suchte sich daher den lästigen Mahner vom Halse zu schaffen, indem er ihn beim Kurfürsten von Sachsen, in dessen Lande er weilte, verklagte. Seine Beschwerdepunkte sind die bekannten: Hornung suche den Kurfürsten durch verläumberische Beschuldigungen zu schädigen, er habe seine Gattin tödten wollen u. u. Hornung bestreitet dies natürlich Alles in der uns bekannten Weise, erzählt den ganzen Verlauf der Sache und bittet zuletzt den Kurfürsten von Sachsen um ferneren gnädigen Schutz. In gleicher Weise hat der Markgraf auch Luther bei seinem Fürsten verklagt. Leider ist uns diese Klageschrift nicht erhalten.

Bei dem gespannten Verhältnisse, in dem Kursachsen zu Brandenburg schon ohnehin stand, war es natürlich, daß beide in Sachsen unbehellig blieben. Kurfürst Johann begnügte sich damit, Luther vor Abfassung von Schmähschriften, Hornung vor thätlichen Angriffen gegen den Brandenburger zu warnen.¹⁾ Das hinderte jedoch Luther nicht, da er auf beide

¹⁾ Cf. die gleich darauf erwähnte Druckschrift Luthers Bl. A. II, a. Nach freundlicher Benachrichtigung des Herrn Oberarchivars Dr. E. A. F. Burkhart in Weimar

Schreiben wie auch auf Graffs Botschaft ohne Antwort geblieben und der Grund seiner Klage keineswegs abgestellt, vielmehr eine Gegenklage gegen ihn erhoben war, in Form einer Verantwortung Gegenklage gegen den Kurfürsten zu erheben, die er durch ein offenes gedrucktes Sendschreiben ausgehen ließ: „An den Kurfürsten zu Brandenburg Markgraven Joachim (Christliche vermanung d. Martini Luther).“ Es ist von Wittenberg, den 5. Oktober (Montags nach Francisci) 1528 datirt. Deffentlich werden hier in verhältnißmäßig noch milder Sprache die bereits schriftlich vorgetragenen Klagen und Ermahnungen wiederholt. Luther bekennt sich ganz unverhohlen als Rathgeber des Vertriebenen, der auch zuweilen sein Gast gewesen sei. Stets habe ihm derselbe willig gehorcht, auf jeden gewaltsamen Schritt gern verzichtet, obwohl ihm Mancher dazu mit Freuden den Arm würde geliehen haben. Noch giebt er der Hoffnung Raum, daß der Kurfürst in die Mäßlehr der Gattin oder eine ordnungsmäßige Scheidung willige; widrigenfalls werde er nicht anstehen, die Sache weiter bekannt zu machen.

Es konnte nicht ausbleiben, daß durch diese Lutherische Flugschrift in weiten Kreisen die Aufmerksamkeit auf die Sache Hornungs gelenkt wurde. Mochte nun auch das moralische Aergerniß, das sie bei Ernstergefinnten erregte, bei der Mehrzahl der Zeitgenossen nicht sonderlich schwer ins Gewicht fallen, so ließ sich doch für die zahlreichen Gegner des Kurfürsten erhoffen, erwünschtes politisches Kapital aus dem Vorfalle zu schlagen. So kam es denn, daß sich dem armen Flüchtlinge aus freien Stücken ein hochgestellter Sachwalter anbot. Es war dies ein eifriger Verfechter der Lutherischen Lehre, einer der mächtigsten Herren der Niederlausitz, Ritter Nicolaus v. Minckwitz.

Bereits im Sommer 1528 hatte dieser nicht übel Fuß gefaßt, mit einer großen Streitmacht, die er gewonnen, gegen den Kurfürsten Joachim loszuschlagen. Er hatte schon eigenmächtig in sein Gebiet eingegriffen, den Bischof von Lebus aus Fürstenwalde verjagt; derselbe war nach Grimnitz zu dem Kurfürsten geflohen, der seinerseits dann vergeblich Minckwitz' Schloß Sonnenwalde zu überrumpeln suchte. Nur die Unschlüssigkeit der evangelischen Stände, Kurfürstens zumal, hatte damals einen allgemeinen Kampf der Protestanten gegen die Katholiken verhindert, der für Erstere nicht ohne Aussicht auf guten Erfolg gewesen wäre.¹⁾

ist das Antwortschreiben Kurfürstens an Kurbrandenburg vom 13. Januar 1529 ganz ausweichend gehalten: Hornung sei in Wittenberg nicht anzutreffen, Luther erkenne die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nicht als wahr an und sei bereit, dem Kurfürsten auf dem Rechtswege Rede zu stehen.

¹⁾ Cf. Droysen a. a. O. S. 205 ff.

Zu Ende Februar 1529 war nach Speier ein Reichstag ausgeschrieben, derselbe, auf dem die evangelischen Stände gegen die Beschlüsse der Majorität protestirten und den Namen „Protestanten“ erwarben. Auf diesem Reichstage gedachte Nicolaus v. Minkwitz auch die Sache Wolf Hornungs vorzubringen.

Am 1. März 1529 schreibt er dieserhalb an Luther folgenden Brief:

„Meyn freuntlichen dinst zuvor. Achtbar hochgelart̃her lieber her doctor. Sunderlicher guther freunt, euch weiß ich guther meinung nicht zu verhalten, das ich bedacht mich yn kurz n̄ha bey Speyer auff v̄higen reichstag meynen notturfft nach zu begeben. Weil mir den dy beschwerung, so dem armen geßellen Wolff Hornigl vom marggraffen Jochim begegnet, zum teil w̄ßlich, vnd ich ym meyns hochsten vormugens vnd vorstandes, wie wol ich von ym darumb nicht ersucht, zu helfen vnd rat̄hen willig, ist verhalten meyn bedenden das gedachter Wolff Hornigl sich, w̄ ich yme auch beyligend schreibe, vnverzuglich gegen Crebßen zu mir begeben, das er v̄he auffß lengest v̄h den negsten Freytag nach dato d̄ha w̄her, wil ich yhn mit mir n̄hemen vnd mit pferde vnd zerung vorlegen, zu Gott hoffende, er sal auff seyn supplicirn vnd ansuchen, auch auff forderung meynen hern vnd freunt erlangen, das von den stenden des reichs dem marggraffen sal gemandirt vnd gebotten werden ym seyn weis volgen zu lassen. W̄y abder die erste supplication solde gestellt werden, bit ich euch nicht zu beschweren vnd eyn begriff zu stellen, w̄y sy ewer achtung solde außgehn, das ich euch guther meynunge nicht hab zu verhalten w̄ßsen vnd beßhil euch yn die gnad Gottes. Dato Montag nach Oculi 1529.

Bit dyß alles yn ḡheym
bey euch zu behalten.

Nigel van
Mynghwicz ic.¹⁾

Ebenso schreibt Minkwitz an demselben Tage an Hornung selbst, er möge sich im Hause seines Bruders Hans in Crebßen zu nächstem Freitag einstellen, die Sache aber ja ganz geheim halten.

Infolge der nun getroffenen Verabredungen richtet dann Hornung an den Statthalter des Kaisers und des Reichsregiments Regenten und Rät̄he eine ausführliche Bittschrift. Er schildert darin eingehend das Unrecht, das ihm vom Kurfürsten widerfahren. Schon ins fünfte Jahr habe er

¹⁾ Adresse nur theilweise erhalten:

Achtbarn hochge:
—rn Martino
—en ic. Meynem
guthen Freunt
—ygen Handen.

ihm sein Weib vorenthalten und im offenen Ehebruche zwei Kinder mit ihr gezeugt. Er verlangt zunächst, daß ihm die Frau zur Bestrafung wieder zugestellt, daß ihm seine Güter, aus welchen ihn der Kurfürst gewaltsam ohne Recht vertrieben, zurückgegeben oder bezahlt werden, daß er endlich für seinen Schimpf und Schaden gebührenden Entgelt erlange. Aber seine Forderungen gehen jetzt, wohl auf Antrieb mächtiger Rathgeber, noch weiter. In Ansehung, daß des Kurfürsten Verhalten gegen Gott und die Welt nicht zu verantworten sei, verlangt er, ihn „von solchem seinem unchristlichem unerhörtem Fürnehmen“ nicht allein abzuweisen, sondern auch „umb dieselb seine grausam und tyrannisch Mißhandlung Andern zur Schen ernstlich zu strafen“.

Dieser Schritt war endlich von Erfolg. Der Reichsregiments-Statthalter, Pfalzgraf Friedrich, zeigt sich bereit, eine Vergleichsverhandlung zwischen den beiden streitenden Parteien zu versuchen, und ladet den Kurfürsten dazu ein. Aber dieser läßt lange vergeblich auf Antwort warten.

Durch diese Verzögerung scheint Hornung, weil es ihm an Unterhaltsmitteln gebrach, in nicht geringe Noth gekommen zu sein, so daß er in zwei Briefen den Pfalzgrafen ersucht, auf seine Armuth billige Rücksicht zu nehmen und die Sache zu einem schleunigen und guten Austrage zu führen. In dem zweiten Schreiben vom 6. Mai bittet er geradezu um Vorstreckung von 4 Gulden, damit er sich noch ein acht Tage verziehen könne. Es scheint hiernach, daß Minkwitz sich früh von Speier fortbegeben und Hornung in ziemlich trostloser Lage dort zurückgelassen hatte.

Auch an des Kurfürsten Sohn, den Markgrafen Joachim II., richtet Hornung die Bitte, von seinem Vater zu erforschen, wie dieser in der Angelegenheit gesinnt sei, ob man auf eine baldige Beendigung derselben rechnen könne oder großer Verzögerung sich zu gewärtigen habe. Der Kurfürst habe ihn ohne Antwort gelassen, würde er, der junge Herr, ebenso handeln, dann, so droht Hornung, „weiß ich weider kein Mittel mehr, dann mein Elend wird mich dahin bringen, daß ich mich des ganz öffentlich für Gott und aller Welt beklagen muß.“

Der junge Markgraf erwidert (26. Mai 1529), er habe seinem Vater den Brief zwar mitgetheilt; nachdem ihm dieser aber die von Hornung eingereichte Klageschrift gezeigt, sei er vollkommen von der gänzlichen Nichtigkeit seiner erdichteten Beschuldigungen überzeugt, mit denen er seine eigene böse That nur bemänteln wolle; er müsse deshalb sich entschieden aussprechen, ihn mit derartigen Schriftstücken fürderhin zu verschonen.

Auch dem Regimentsstatthalter gegenüber leugnet Kurfürst Joachim die Richtigkeit der Angaben Hornungs, aber dennoch erbietet er sich, auf daß man den Grund der Sache erfahren möge, zu einer gütlichen Ver-

handlung. Diese setzt dann der Pfalzgraf auf Mittwoch nach Johannis Baptista (30. Juni) zu Regensburg an; dort will er Hornung und die Rätke, die der Kurfürst für sich verordnen wolle, gegeneinander verhören und die Sache sodann gütlich zu vertragen suchen. Um Hornung für die Reise gen Regensburg volle Sicherheit zu verschaffen, wird ihm unterm 28. Mai 1529 ein kaiserlicher Geleitsbrief ausgestellt.

Als nun die Verhandlungen in Regensburg beginnen, bringt zunächst die kurfürstliche Partei den Vertrag vor, den Hornung mit dem Kurfürsten abgeschlossen, sowie die Urfehde, die er beschworen. Hornung dagegen beruft sich auf die schon früher von ihm gemachten Auseinandersetzungen: Vertrag und Urfehde seien ihm aberzungen und demnach ohne bindende Kraft. Gegen die ganz nebenfächliche Behauptung Hornungs, seine Gattin sei an dem bewußten Morgen von Albrecht und Christoph v. Schlieben aus des Markgrafen Wohnung in ihr Haus zurückgeführt, legen die Brüder v. Schlieben entschiedenen Protest ein: sie seien die ganze Nacht in Hornungs Hause, ihrer gewöhnlichen Wohnung, gewesen, jene Behauptung beruhe daher auf eitel Lug und Trug.

Dann folgt das Zeugniß der Gattin Hornungs, natürlich ganz partiell für den Kurfürsten, in dessen unbeschränkter Gewalt sie sich ja befand. Sie stellt ein unlauteres Verhältniß zwischen ihm und ihr völlig in Abrede, behauptet, sie sei in der bewußten Nacht bei dem Harnischmeister gewesen, und ihr Mann habe sie durch einen Messerstich lebensgefährlich verwundet, weil sie den Kurfürsten nicht um ein Pferd habe bitten wollen; hernach, so lautet es weiter, habe der Kurfürst durch seinen Reichsvater und den Domdechanten mit ihr über die Rückkehr zu ihrem Gatten verhandeln lassen, aber sie habe sich dazu aus Furcht vor demselben nicht entschließen können. Man solle ihrem Manne keinen Glauben beimessen, ihn vielmehr zwingen, den beschworenen Vertrag zu halten, damit sie in Frieden vor ihm leben könne.

Gewiß trifft Hornung das Richtige, wenn er behauptet, diese Bitte sei ihr durch den Markgrafen oder dessen Leute eingegeben worden. Das sei etwas Altes, fügt er hinzu; schon früher hätten diese in seiner Gattin Namen Briefe geschrieben, die dann später von ihr selbst widerrufen und als erzwungen dargestellt seien; die Gegenpartei suche nur Ausflüchte, damit der schmachliche Handel nicht an den Tag komme. Schließlich bittet er den Pfalzgrafen, den Kurfürsten dahin zu bringen, daß er Antwort auf seine Supplication leiste, damit die Sache endlich entschieden werden könne.

Die kurfürstlichen Rätke entgegnen, sie hätten keinen anderen Befehl als den, welchen sie vortragen. Der Statthalter läßt daher Hornung nochmals zu sich bescheiden und fragt ihn, unter welchen Bedingungen er

sich vertragen lassen wolle. Aber bescheiden lehnt dieser ab, Vorschläge der Art zu machen, denn ihm gebühre das nicht, weil er Kläger und auf seine Klage noch keine Antwort erfolgt sei. Wollten aber S. F. G. als Unterhändler Mittel und Wege vorschlagen, „die mir gottlich ehrlich und wohl stünden anzunehmen, wollte ich mich alle Billigkeit weisen lassen.“ Anderen Tags ward er wiederum vorbeigeschrieben und gefragt, ob er Beweisstücke zu Handen habe, daß sein Weib wirklich seit der Zeit seiner Vertreibung zu ihm begehrt habe. Er bejaht diese Frage und überreicht auf Verlangen die Abschrift eines Briefes seiner Gattin vom Donnerstag nach Matthäi (24. September) 1528, in dem sie ihrem Vetter Jakob Groffe zu Verhandlungen mit ihrem Gatten Vollmacht ausstellt. „Damit“, heißt es darin zum Schluß, „seid dem allmächtigen Gott befohlen, der helfe uns mit Liebe und Fröde bald zu Hoffe.“

Nochmals läßt der Statthalter durch seine Räthe Hornung auffordern, Mittel und Wege vorzuschlagen, aber er verweigert dies wie zuvor. Denn der Pfalzgraf habe bei der Tagsatzung gesagt, er wolle beide Theile verhören und nach dem Verhöre allen möglichen Fleiß anwenden, die Sache zum Ausgleich zu bringen. Da nun die Gegenpartei nicht antworten und der Pfalzgraf nicht handeln wolle, so gebühre ihm auch nicht, Vorschläge zu thun.

Fehlte dem armen Flüchtlings ein rechtsverständiger und zugleich kräftiger Schutz, der seiner Sache dem Kurfürsten gegenüber den erforderlichen Nachdruck hätte verleihen können? Wir hören von Niemand, der ihm in Regensburg Unterstützung geleistet hätte. So nimmt es denn auch nicht Wunder, wenn seine Sache zuletzt gänzlich im Sande verläuft.

Der Statthalter eröffnete ihm schließlich, er wisse nichts weiter in dieser Angelegenheit zu handeln, da er, Hornung, seinerseits keine Vorschläge thun, die Gegenpartei aber keine Handlung annehmen wolle. „So ist die Sache gehandelt und bei dem so blieben“. Ohne auch nur das Geringste erreicht zu haben, mußte Wolf Hornung von dannen ziehen.

Er kehrte von Regensburg zunächst nach Wittenberg zurück. Hier hatte er etwa 14 Tage verweilt, als ein Proturator aus Berlin zu ihm kam und ihm Geld versprach, wenn er die Ansprüche auf sein Weib fahren lassen wollte. Auf Hornungs Frage, wer ihm Ermächtigung zu diesem Vorschlage gegeben, antwortete er, er habe von Niemand Befehl dazu erhalten, aber seine Abmachungen sollten wohl bekräftigt werden. Wenn er keinen Auftrag habe, entgegnete Hornung kurz, so möge er ihn in Ruhe lassen. Mit diesem Bescheid entfernte sich der Fremde.

Nochmals richtete nun Hornung an den Pfalzgrafen die Bitte, S. F. G. möchten sich gegen den Kurfürsten und sein Weib „ihrer ungebührlichen,

unchristlichen, schandbaren und ärgerlichen Handlung halben mit Straf dem Rechten gemäß ernstlich erzeigen^a und ihm Erstattung seiner spoliierten Güter und seines erlittenen Schadens verschaffen oder ihm wenigstens dazu verhelfen, daß er sein Weib rechtmäßig belangen könne, was ihm in der Mark schier unmöglich sei.

Da der Pfalzgraf Friedrich zu der Zeit gerade durch die Türkenkriege fern gehalten wurde, so eröffnen ihm unterm 13. September 1529 die Räte des Reichsregiments zu Speier, daß man ihn, da der Vergleichsversuch des Pfalzgrafen fruchtlos gewesen, auf den Rechtsweg verweisen müsse. Denn der Kaiserlichen Regierung seien durch den Reichsabschied die gerichtlichen Sachen entzogen; er müsse sich daher jetzt mit seiner Angelegenheit an das Kaiserliche Kammergericht wenden.

Hatte es schon vorhin bei dem Auftreten des Berliner Procurators den Anschein, als sollte von Berlin aus der Versuch gemacht werden, durch ein Geldopfer den ärgerlichen Handel aus der Welt zu schaffen, so scheint bald darauf Joachim der Jüngere dies Ziel auf anderem Wege verfolgt zu haben. In gütlicher Beilegung des Streites muß um diese Zeit eine Tagesfahrt in der Mark angelegt gewesen sein. Denn Wolf Hornung schreibt dem jungen Herrn am 10. Nov. 1522, er sei bereit, sich dort zu stellen, wenn er und sein Vater ihm sicheres Geleit verbürgen würden. Als er einige Zeit über ohne Bescheid gelassen wird, bittet er nochmals um Antwort und äußert Zweifel, ob sein Brief dem Fürsten richtig zugegangen sei. Als auch hierauf keine Antwort erfolgt, schreibt er am 9. Dezember 1529 zum dritten Male, jetzt mit dem Zusatz: „Will mans aber verachten wie bisher geschehn, muß ich leiden und Gott befehlen; aber es soll einmal an Tag kommen, ist nicht hie, so ist dort“.

Auch an seine Gattin richtet er nochmals ein Schreiben, das letzte, das uns erhalten: sie solle jetzt, fordert er, endgültig erklären, wie ihre Gesinnung sei, nicht beständig heute ja und morgen nein sagen, sondern entweder ja oder nein.

Bald darauf läßt dann Luther eine neue, und diesmal eine geharnischte Druckschrift ausgehen: Ettliche öffentliche Rotbrieffe Martini Luthers an den Kurfürsten zu Brandenburg, an die Bischöffe zu Brandenburg, Havelburg und Lebus, an die Ritterschaft der Mark, an Katherina Hornungs. Wittenberg 1530.

Es sind eigentlich vier einzelne Schreiben, von denen nur das letzte datirt ist und zwar vom 1. Februar 1530 (am ersten des Hornungs). Nicht nur dem Fürsten selbst und der ehebrecherischen Frau redet er kräftig ins Gewissen, auch alle geistlichen und weltlichen Würdenträger des Landes ruft er mit berebten Worten auf, ein Einsehen in die Sache zu haben und

allen Einfluß aufzubieten, dem ärgerlichen Handel endlich ein Ende zu schaffen.

So viel wir ersehen, hatten Wolf Hurnungs Schreiben und Luthers Druckschrift nur ein Ergebnis: einen angeblichen Brief Katharinas an jenen, offenbar aber nicht von ihr, sondern auf Veranlassung des Kurfürsten verfaßt. Er enthält dieselben Rechtfertigungsgründe, dieselben Beschuldigungen wie die früheren, zudem aber auch heftige Angriffe und Verdächtigungen gegen Luther.

Anfang und Ende des Schriftstückes lauten folgendermaßen:

Wolff Hurnung ich hab dein schreyben sampt eingeschloßner abdruck
ettlicher vermainten schrifftten, so dein abgott vnnnd radtgebe der Luth̄er an
mein g—ten herrn den chur vnnnd lanndsfursten, auch an die drey bischoff
graven herren vnnnd ritterschafft dieses churfurstenthumbs der mark zu
brandenburg soll gethan vnd außgeen habenn lassen, welche ich mich (nach
dem wenig warheyt darinn befunden) gar nichts irrenn noch ansechten laß.
Dann ich bin ungezweyffelt die gemaynen vnd loblichen stende diser land
werdenn¹⁾ sich eins solchenn mannes löse offne vnversigelte vnwarhafftige
ertichtung vnnnd larten zuvorderst gegen irem gnedigsten chur vnnnd landes-
fursten, deßgleichenn gegenn mir zu nichten verbrießlichs, vngenebigis oder
widerwertigs bewegen lassen. Aber hie sehe ayner zu, wie gern der satanas
sewer blies aus seinem neybischen rachen, wann es nur anzunden oder
hafften wolt, vnnnd dorfft sich der Luth̄er warlich meinethalben nit so hart
bekommern, sonnder solt sich lieber selbst spiegeln wie gute ehe vnnnd
glauben er seiner verlauffnen nunnen hielt, wann er bißwehl des nachts
mit der lawten auff der gassen spaziert. Aber damit ich dannach meiner
notturfft gegen dir nit vergeß, so will ich dir nit verhallten, das ich
Luth̄er noch dir ewers vnersindlichen vnnnd ertichten angebens gar nicht
gestennbig, soll auch, ob gott will, mit warheyt vnd grund vber mich nit
erweisen werdenn. — — — — —

Ist dir aber dits alles nit gelegen noch annemlich, so stell ich solchs
inn dein gefallen, nit allein eyne sonder zwo oder drey verlauffne nonnen
oder annder deins gefhallens zu nhemen vnnnd soll mir das selb nichts zu
schaffenn gebenn. So hat es dir dein bischoff zu Wittemberg an zweyffel
auch wol zuerlauben vnd wurt den seggen daruber thun. Dits hab ich

1) So der Druck; Hdschr. wordenn.

dir uff dein schreiben vnnnd Luthers pludern nit verhalten wollenn. Datum
Donnerstags nach Oculi Anno x. XXX^o.

Katherina Blandensfeldts.

An Wolff Hornung

zu Wittenberg.

Die Blößen dieser kläglichen Schmähschrift lagen vor Augen; in Wittenberg erkannte man richtig, daß den Gegner nichts schärfer treffen konnte, als sie öffentlich kund zu thun. Bei Nickel Schirlentz — in derselben Druckerei, in der Luthers Nothbriefe erschienen — ließ man dieselbe, mit kurzer Vorrede und bissigen Randglossen versehen, im Druck ausgehen.

Damit enden die Akten. Leider läßt sich aus ihnen nicht ersehen, was das letzte Ende der Streitsache gewesen.

Noch einmal geschieht Wolf Hornungs im folgenden Jahre, in einem Briefe Luthers vom 1. Juni 1531 an den Kurfürsten Johann von Sachsen Erwähnung.¹⁾ Der Reformator unterstützt die Bitte seines Schützlings um Bauholz. Hornung wolle in der Stadt Remberg ein Häuslein erbauen und habe dazu 40 Stämme Holz bereits gekauft, der Kurfürst möge ihm nun noch 30 verabsorgen lassen. Danach scheint der unglückliche Mann doch endlich eine sichere Stätte gefunden zu haben, wo er seinen eigenen Herd wieder aufrichten konnte. Ob seine Gattin dorthin zu ihm zurückgekehrt ist, ob sie ihr Leben in Schanden beschloß, bleibt unbekannt.

Wahrscheinlich ist jedoch, daß eine Wiedervereinigung der Gatten nicht stattfand. Der Kurfürst scheint seiner Geliebten bereits im Jahre 1529 eine sichere Unterkunft in Frankfurt a. O. verschafft zu haben. Denn die Memorabilien der Stadt Frankfurt vom Stadtschreiber Staius enthalten zu dem genannten Jahre folgende Eintragung:²⁾ „Dies Jar hat ein Rath auf Begehren vnnnd Ansuchen vnseres W. H. des Churf. genommen auf Catharina Hornunger Leib samt ihren Kindern Christoph, Martha vnd Joachim³⁾ 1000 fl. Vnd hat ein Rath mit den 1000 fl. wieder 1000 fl. abgelegt“ Sollte eine Leibrente, die mit des Kurfürsten Gelde oder wenigstens unter seiner Vermittlung gekauft wurde, die traurige Zukunft der Frau und ihrer unglückseligen Kinder einigermaßen sicher stellen?

¹⁾ E. A. S. Burthardt, Dr. Martin Luthers Briefwechsel, Leipzig 1866, S. 191. — Ueber die Entscheidung wegen des Holzgesuches enthalten die betr. Akten nichts, wie mir Herr Oberarchivar Dr. Burthardt in Weimar freundlichst mittheilte.

²⁾ Niebels Codex diplomat. Brandenburg. 4. Hauptth. B. 1, S. 356.

³⁾ Drei Kinder nennen auch die Akten (S. 51), doch wird hier die Tochter Anna genannt; der Name Joachim erscheint in den Akten gleichfalls (S. 35), der Name des zweiten Sohnes dagegen nicht.

Ich habe mich bislang jedes Urtheils über die Akten, welche obiger Darstellung zu Grunde liegen, enthalten, bin diesem vielmehr vorläufig in gutem Glauben vollständig gefolgt, indem ich alles von anderer Seite Entlehnte durch Angabe der Quellen als fremde Zusätze deutlich bezeichnete. Es erübrigt nun die betr. Akten einer genauen Prüfung auf ihre Entstehung, die Absicht ihrer Zusammensetzung, womöglich ihre Geschichte zu unterziehen. Denn erst dadurch können wir ein sicheres Urtheil über ihren Werth als historische Quelle gewinnen.

Das Aktenstück, welches, die zwei Druckschriften Luthers eingerechnet 150 Blätter umfaßt, trägt von alter, aber wohl nicht Hornungs Hand die Aufschrift: „Wolf Hornungs Handlung mit seine Hausfrauen 1528.“ Es ist von Hornung selbst zusammengestellt worden,¹⁾ indem er in eigener Person seine Schicksale und Erlebnisse erzählt. Und zwar verfährt er sich anfangs rein berichtend; seine eigenen Schreiben und auch die Fremder führt er aus dem Gedächtnisse, da er den Wortlaut nicht mehr besitzt, nur dem Inhalte nach an. Bald nachher fügt er jedoch sorgsam seine Schreiben in Concept oder Abschrift, die an ihn gerichteten dagegen in den Originalen ein.²⁾ Die einzelnen Briefe, sowie auch die von Hornung verfaßten Verbindungsglieder sind genau durch hinten aufgeschriebene Buchstaben (a, b, c zc., a a, b b, c c zc. a a a zc. bis k k k k k) bezeichnet und geordnet. Nur zwei Nummern fehlen b und c, welche Briefe des Kurfürsten enthielten.

Außer Hornung hat aber auch Luther thätigen Antheil an der Zusammenstellung der Akten gehabt. Er hat nicht nur zwei an ihn gerichtete Briefe, den der Margarethe Blankensfeld vom 7. Dezember 1527 und den Nicolaus von Winkwitz vom 1. März 1529, dazu geliefert, sondern auch seine beiden eigenen Briefe vom 7. Januar 1528 an Margarethe Blankensfeld und Katharine Hornung, die nicht haben abgegeben werden können und daher an den Absender wieder zurück gelangt sind. Außerdem sind seine Briefe an den Kurfürsten in vollständiger Abschrift vorhanden, die er doch Hornung selbst muß mitgetheilt, bezw. ihm zu nehmen gestattet haben.

Weiter geht jedoch die Theilnahme für Hornung in Wittenberg nicht: die Regierung hält sich zurück; die an den Kurfürsten von Sachsen von Berlin aus gerichteten Klagen über Hornung und Luther liegen uns weder im Wortlaute noch auch im Auszuge vor.

¹⁾ Auch rührt die Niederschrift, so weit nicht Originale vorliegen, von seiner eigenen Hand her, wie der Vergleich mit einem von ihm an Thomas Kulpach am 7. April 1527 geschriebenen Briefe, der sich in Original in den Akten befindet, deutlich ergiebt.

²⁾ Dieselben beginnen mit dem Schreiben des Kurfürsten vom 8. Juni 1528.

Danach ist klar, daß wir eine reine Parteiſchrift in dem Altenſtücke zu erblicken haben. Es fragt ſich nun: wie weit enthält dieſelbe objektive Wahrheit? oder wie weit können wir dieſelbe wenigſtens mit ihrer Hülfe feſtſtellen? Für dieſe Frage ſind zunächſt die Originalſchreiben der Gegner maßgebend. Aber die Schreiben Joachims, die im Original vorhanden, enthalten keinerlei Ingeſtändniſſe. Zwei Schreiben des Fürſten an die Gattin Hornung, die unter h und o vorhanden geweſen ſind, fehlen jetzt. Ob Hornung ſie im Original eingefügt hatte, muß jedoch zweifelhaft bleiben. Zwei weitere Schreiben deſſelben aber, die ihn allerdings auch ſchwer beſaßen, beſitzen wir nur in Abſchrift. Doch wird der Verluſt deſſelben dadurch für uns zur Genüge erklärt, daß Hornung ſie dem Kurfürſten zurückſchickte, um ihn durch ſeine eigene Handſchrift zu überführen. Auch Luther war von ihrer Echtheit überzeugt, da er ſich im Sendſchreiben von 1528 (A. IIIa.) auf „E. R. F. G. eigene Briefe“ bezieht.

Die Schreiben der Frau Katharine, welche faſt ſämmtlich im Original erhalten ſind, athmen, wie ſchon geſagt, zweierlei Geſinnung; bald ſind ſie dem Kurfürſten günſtig, bald ungünſtig. Da jedoch die Frau nicht ſchreiben konnte, ſo haben es verſchiedene Hände unter ihrem Namen gethan, wie ſie denn auch „Donnerſtag nach Matte 1528“ (24. September) ſelbſt klagt: „Ir dorft euch auch nich bekommern, daß diß auch nich ennerle Handſchrift iſt, wen ich kan leder, Got ſiſt geklaget, nich ſchriben; drum muß ich laßen ſchriben, wem ich kan zw vortungen¹⁾ krigen.“ Aber betrachten wir die Schreiben nebeneinander, ſo leuchtet ein weſentlicher Unterſchied auf den erſten Blick ein: die Briefe, welche in das Horn des Fürſten ſtoßen, ſind geſchickt ſtiliſirt und von geübten, meiſt noch verwandten Ranzleihänden geſchrieben, diejenigen dagegen, in denen die Frau ſich reumüthig auf die Seite des Mannes ſtellt, rühren von ſehr verſchiedenen, ganz ungeübten Schreibern her, die auch jeder ſtiliſtiſchen Gewandtheit entbehrten. Dort ſtellte ihr der Kurfürſt geübte Kräfte zur Verfügung oder beſſer, er beſahl ſolchen, was ſie im Namen der Frau ſchreiben ſollten; hier war ſie froh, wenn ſich ein verſchwiegener, wenn auch in der Schreibkunſt wenig erfahrener Menſch fand, der ihr heimlich mit ſeiner Feder zu Dienſten ſein mochte. Ferner ſchrieb die Frau ſelbſt an Luther,²⁾ und dieſer hat in dem

¹⁾ In einer an anderer Stelle den Alten eingefügten Abſchrift dieſes Briefes ſchreibt Hornung ſtatt „zw vortungen“ „zuvertrauen“; außerdem finden ſich außerſt zahlreiche orthographiſche Abweichungen, „ſey es“ ſtatt „iſt“ u. ſ. w. Man ſieht die Hornungſchen Abſchriften ſind ſehr ſüchtig gemacht; das liefert einen Maßſtab für die Kritik z. B. der Lutheriſchen Schreiben.

²⁾ Bartholomäus Suvel ſchreibt an Hornung: „davon ſil zu ſchreiben wer, laß ich

Sendschreiben (A. III b.) es offen ausgesprochen, daß die Frau oft gebeten habe, zu ihrem Manne zurückkehren zu dürfen.

Es kann hiernach wohl kein Zweifel bestehen, daß das Benehmen der Frau wie des Kurfürsten in den Akten richtig zur Darstellung kommt. Dieselben bilden eine große, wohl zusammenhängende Kette, die keinen ernstlichen Verdacht einer Fälschung aufkommen läßt. Der böse Wandel des Fürsten wird durch das Zeugniß seiner eigenen Gattin und gleichzeitiger Schriftsteller zur Genüge bewiesen. Alles, was Hornung erzählt, ist wohl glaublich; nirgends geräth er in Widersprüche, fast Alles ist gut und sicher belegt. Daß Luther sich des Mannes so lebhaft annahm, kann die Glaubwürdigkeit seiner Erzählung nur noch erhöhen.

Weitere Aktenstücke über den Streit habe ich nicht auffinden können. Die Originale von Hornungs und Luthers Schreiben müßten in Berlin sein; aber im Geheimen Hausarchiv daselbst sind die Nachforschungen nach ihnen, wie mir Herr Professor Th. Kolbe freundlichst mittheilte, ergebnislos geblieben.

Welchen Zweck verfolgte aber Wolf Hornung bei Zusammenstellung der Akten? Und wie kamen dieselben in das hessische Archiv? Nur ein Rechtsmittel war dem Vertriebenen noch übrig geblieben, auf das ihn auch die Räte des Reichsregiments verweisen, eine Klage bei dem Reichskammergerichte. Sollten die Akten das Beweismaterial für eine Klageschrift liefern? Es ist nicht unmöglich, daß dies die ursprüngliche Absicht war, aber wir finden keine Spur, daß dieselbe weiter verfolgt wäre. Auch würden die Akten auf diese Weise niemals in das Marburger Archiv gelangt sein. Diese Thatsache scheint mir durch zwei Vermuthungen, die einander nicht ausschließen, erklärt werden zu können. Die Akten sind dem Landgrafen Philipp von Hessen, der ja im Zeitalter der Reformation unter den deutschen Fürsten einen hervorragenden Platz einnahm, übersandt, um ihn gegen den katholischen Kurfürsten zu gewinnen, oder er selbst hat sich dieselben zu verschaffen gewußt, um sie gelegentlich gegen denselben zu benutzen. Ein Analogon hierfür liefert uns sein Benehmen gegen den Herzog Heinrich den Jüngern zu Braunschweig und Lüneburg. Als diesen die Schmalkalden aus seinem Lande vertrieben hatten, ließ Philipp sorgfältige Nachforschungen anstellen über des Herzogs bekanntes Verhältniß zu Eva v. Trott, einem schönen Hoffräulein der Herzogin. Auch dieses Material sammelte der Landgraf in der Absicht, es dereinst wider seinen

von kurzen wegen an sie, sonnder gemelter Doctor Martino wirt euch allen beschaid muntlich gnugsam anzeigen, dan ewer Fraw hat im geschreiben vnd ir solt euch gar nichts besorgen nur suchen, damit ir mit dem ersten zu Wittenberg seit“.

Gegner zu verwenden, denselben in den Augen der Welt moralisch zu vernichten. Derartige politische Zwecke haben Philipp vielleicht auch bewogen, sich in den Besitz jener Akten zu setzen oder sich darin zu erhalten. Einige Jahre darauf, am 11. Juli 1535, starb Joachim I. Da sein Sohn Joachim II. sich der Reformation mehr und mehr zuwandte, somit der Partei Philipps nicht wie sein Vater schroff gegenüberstand, so war kein Grund mehr vorhanden, die Schande des alten Joachim zu offenbaren. Ruhig haben daher die Akten bislang im hessischen Archive geschlummert.
Wolfsenbüttel.

Paul Zimmermann.

Joachim I. und die Raubritter.

Von

J. Wagner.

Der Umstand, daß im R. Hausarchive zu Berlin ein Brief Joachims I. an seinen Oheim Friedrich den Älteren von Ansbach-Baireuth aus dem Jahre 1504 sich befindet, der in ziemlich ausführlicher und von den sonstigen Darstellungen abweichender Weise die Räubereien des märkischen Adels und die Bestrafung derselben behandelt, mußte Veranlassung dazu geben, die bisher darüber bekannt gewordenen Nachrichten etwas eingehender zu prüfen. Dies schien um so nöthiger, als selbst Droysen in der Geschichte der preussischen Politik (2. Aufl. 2. Theil, 2. Abth. S. 33, S. 457) die üblichen Erzählungen wiederholt, ohne doch urkundliche Belege dafür beibringen zu können. Zwar wird man sich darauf berufen, daß ein Zeitgenosse des Kurfürsten, der sogar mit demselben in innigem Verkehr stand und einmal als Gesandter mit geheimen Aufträgen abgeordnet wurde,¹⁾ der berühmte Abt Tritheim von Spanheim, als Gewährsmann auftritt. Nun soll weiter kein Gewicht darauf gelegt werden, daß gegen die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen schon mehrfach sehr gewichtige Gründe vorgebracht worden sind;²⁾ diese Zweifel richteten sich gegen die Tritheim'sche Darstellung früherer Geschichtsperioden. Freilich könnte man sagen, daß Jemand, der es mit der Wahrheit nicht sehr genau nimmt, wenn er vergangene Zeitabschnitte darzustellen hat, auch schwerlich als zuverlässiger Zeuge für seine eigene Zeit gelten darf. Doch hören wir erst einmal, was Tritheim in seinem *Chronicon Hirsaugiense ad annum 1506* erzählt. „Zu der

¹⁾ Zimmermann, *Gesch. d. Mark Brandenburg unter Joachim I. und II.* S. 23.

²⁾ Die Literatur darüber findet man bei Dahlmann-Bailh, *Quellenkunde* S. 53, Nr. 587.

Zeit, wo ich bei dem erwähnten Fürsten (Joachim I.) neun Monate (vom 11. Sept. 1505 bis 14. Mai 1506 — also 8 Monate) in Berlin zubrachte, gab es einige Raubritter, die in der ganzen Mark herumstreiften, Kaufleute und Reisende des Geldes und Eigenthums heimlich beraubten und das sichere Geleit des Markgrafen mißachteten. Durch diese Ruchlosigkeit aufgebracht, stellte der Fürst ihnen nach, nahm mehrere gefangen und erfuhr durch deren Geständniß die Namen der Mitschuldigen.¹⁾ In kurzer Zeit befreite er sein Land von den Räubern, wie Hercules die Welt von Ungeheuern, und machte die Wege wieder sicher. Denn ich bezeuge, und es ist in der ganzen Mark offenkundig, daß er binnen zwei Jahren nicht weniger als 40 Raubritter hat aufhängen oder enthaupten lassen. Die übrigen aber, die sich schuldig wußten, flohen mit Weib und Kind und aller Habe aus der Mark und wagten bei Lebzeiten des Fürsten nicht zurückzukehren. Denn er ist von einer solchen Gerechtigkeitsliebe durchglüht, daß er sich weder durch Geschenke noch durch Bitten sogar seitens befreundeter Fürsten, noch weniger durch Drohung zur Beugung des Rechts verleiten läßt, sondern er straft die Uebelthäter, wenn sie es verdienen, an Leib und Leben. Daher wird er jetzt von Allen gefürchtet und niemand wagt in seinem Fürstenthum auf den Stegreif zu reiten. Als Beleg für meine Worte will ich noch ein Erlebnis aus eigener Anschauung hinzufügen. Es war einmal ein Adliger aus guter Familie im Herzogthum Mecklenburg anässig, hatte viele Freunde und Verwandte, theilte sich aber an den Räubereien und wurde auf frischer That im Februar 1505 gefangen genommen. Er blieb bis über Ostern hinaus im Gefängniß. Es verwendete sich für ihn Herzog Heinrich von Mecklenburg, der zur Verlobung mit der Schwester des Kurfürsten, Ursula, zur Gastzeit in Berlin sich befand, die Frau Kurfürstin (Elisabeth), des Kurfürsten Bruder Albrecht, jetzt Erzbischof von Magdeburg und Primas von Deutschland, die oben erwähnte Schwester, des Gefangenen Brüder, Freunde und viele Andere; aber sie erreichten nichts. Endlich bot der Verhaftete selbst mit Zustimmung seiner Brüder seine Person zu dauernder Knechtschaft, seine Güter zu ewigem Besitz dem Kurfürsten an, um nur das nackte Leben zu retten. Doch antwortete dieser: „einem Fürsten und Beherrscher eines Volkes geziemt es nicht, die Gerechtigkeit zu verkaufen, Geschenke zu nehmen und dafür einen Schuldigen loszusprechen oder einen Unschuldigen zu verdammen. Wenn jener Mensch auch im Stande wäre, 100 000 G. zu zahlen, oder irgend ein anderer wegen eines ähnlichen Verbrechens Verhafteter, so würde

¹⁾ Besonders diese Stelle beruht, wie sich weiter unten zeigen wird, wohl auf einer mündlichen Mittheilung des jungen Kurfürsten.

er das Urtheil, welches Billigkeit und Gerechtigkeit fordern, nicht umstoßen.“ So blieb er fest bei seinem Entschlusse und bestrafte den Schuldigen mit dem Tode, nicht etwa in tyrannischer Anwendung, sondern aus Liebe zur Gerechtigkeit u. s. w.“

Abgesehen von einigen übertreibenden Redewendungen lassen sich die drei Thatfachen, welche Tritheim erwähnt, der schlimme Zustand der Mark, die Hinrichtung von 40 Raubrittern binnen zwei Jahren und die unnachsichtliche Strenge Joachims in einem ganz bestimmten Falle wohl nicht anfechten. Der erste Punkt ist auch durch andere Berichte — und wir werden weiter unten einen urkundlichen Beleg dafür beibringen — hinlänglich beglaubigt; beim zweiten Punkte beruft sich der Abt so nachdrücklich auf das Zeugniß aller in der Mark lebenden Zeitgenossen, daß höchstens die Genauigkeit der Zahlenangabe, nicht aber die Thatfache, daß viele Hinrichtungen stattgefunden haben, bemängelt werden könnte; den dritten Fall schildert er als einen selberlebten, und die Angabe, daß der Herzog Heinrich von Mecklenburg, der Verlobte Ursulas, der Schwester Joachims, zur Fastenzeit des Jahres 1505 in Berlin anwesend gewesen sei, findet darin ihre urkundliche Bestätigung, daß die Ehepalten zwischen Heinrich V. von Mecklenburg und Ursula vom 10. Juni 1505 datirt sind.¹⁾ Freilich laufen in der gegebenen Schilderung auch kleine Unrichtigkeiten mit unter, welche die Auffassung des Verhältnisses Joachims zu dieser Frage beeinträchtigen müssen. So z. B., daß die mit Weib und Kind geflohenen Raubritter bei Verzeihen des Fürsten nicht gewagt hätten, zurückzukehren.²⁾ Dazu stimmt die einzige Urkunde, die in dieser Angelegenheit bisher zum Vorschein gekommen ist, die Urfehden u. a., die Räuberei des v. Otterstädt betreffend, bei Raumer, cod. dipl. Brand. II. p. 244, nicht. Aus dieser ergibt sich vielmehr, daß Joachim, wenn er bei den Betheiligten Reue bemerkte, ihnen zu verzeihen geneigt war. Ferner erhellt daraus auch, daß Tritheim übertreibt, wenn er behauptet, in kurzer Zeit sei das Land

¹⁾ Kiebel, Cod. dipl. C. III. 165.

²⁾ Dies hätte Tritheim vorsichtigerweise um so weniger sagen dürfen, als er sein Werk schon am 20. November 1514 geschlossen hat. Das ergibt sich aus einer sehr seltenen Ausgabe des Anfangs seiner Annalen: *Compendium sive Breviarium primi voluminis annalium sive historiarum . . . Joannis Tritemii abbatis*. Am Ende: *Impressum et completum est presens chronicarum opus anno domini MDXV in vigilia Margarete virginis. In nobili famosaque urbe Moguntina hujus artis impressoriae inventrice prima per Joannem Schöffler, nepotem quondam honesti viri Joannis Fusth, civis Moguntini, memoratae artis primarii auctoris . . . jussu et impensis honesti Joannis Haselperg ex Aia maiore Constantiensis diocesis*. (Vbl. des R. Staatsarchivs.)

von den Räubern befreit worden; denn nach dem Geständnisse jener Neuen kamen noch im Jahre 1507 Uebergriffe vor, und auch späterhin treten, wenn auch mehr vereinzelt, Friedensstörer auf. Daß die unerbittliche Strenge Joachims, gegenüber den Bitten seiner Verwandten und des Herzogs Heinrich von Mecklenburg weniger Grundsatz als Beharrlichkeit in diesem einen, vielleicht besonders schweren Falle war, beweist ebenfalls die von Raumer veröffentlichte Urfehde, wie auch der oben schon erwähnte Brief.

Wenn nun Trithem, der den Ereignissen doch so nahe stand, sich nicht ganz frei von Uebertreibung gehalten hat, so malen spätere Chronisten, vielleicht auf mündliche Traditionen gestützt, das Bild bis in alle Einzelheiten aus. Es macht aber der Umstand, daß sie chronologische Angaben über die von ihnen berichteten Thaten sorgsam vermeiden, ihre Erzählungen nicht gerade glaubwürdiger. Der erste, bei dem ich dies finde, ist Garcäus (od. Krause p. 244). Dieser sonst besonnene und nicht verächtliche Gewährsmann erzählt: „Der Anfang der Herrschaft (Joachims) ist schwierig und gefährlich gewesen wegen der Räubereien und Verschwörungen des Adels; aber er hat sogleich seine Geistesgröße bewiesen und sein Land mit größter Mannhaftigkeit von den Räubern befreit; dabei hat er, was sehr schwer ist, einerseits Nachstellungen in seiner nächsten Umgebung durch Klugheit zu nichte gemacht, andererseits oft große Truppenmassen der Verschworenen mit einer kleinen Schaar in offener Schlacht persönlich angegriffen und vernichtet. Unter diesen Aufständischen befanden sich hauptsächlich ritterbürtige Männer, und es giebt noch heutzutage adelige Familien, deren Vorfahren so berüchtigt und den Reisenden so furchtbar waren, daß diejenigen, welche frühmorgens ihre Reise antraten, Gott um Schutz gegen diese Wegelagerer anriefen und nach dem Aberglauben jener Zeit sich jedesmal bekreuzigten, wenn die Namen derselben genannt wurden.¹⁾ Aber außer diesen offenkundigen Stegreifrittern gab es noch Hofleute in der Umgebung des Fürsten, die, wenn sie bis zum Abend ihre üblichen Dienste verrichtet hatten, nachts ausritten und, wenn sie ihre Raubthaten vollbracht hatten, morgens wieder da waren, um ihre höfischen Pflichten zu erfüllen. Der Vornehmste unter ihnen wurde von einem Kaufmanne, dem er Waaren und Geld geraubt hatte, in Gegenwart des Fürsten beschuldigt und hingerichtet. Ein anderer von den Hofbeamten ging so weit, daß er

¹⁾ Offenbar eine Anspielung auf das Sprichlein:

Vor Roderich und Eiderich,
Vor Krachte und vor Henschlich
Behüt' uns lieber Herre Gott.

mit Verlegung seines Treueides an die Thür des Gemaches ironische und verbrecherische Drohungen gegen den jungen Fürsten anscrieb¹⁾ und, um diese zur Ausführung zu bringen, mit seinen Anhängern im Rössenider Walde dem Markgrafen, der hindurchreiten wollte, nach dem Leben trachtete. Ein in die Verschwörung eingeweihter Baner verrieth den Anschlag den Dienern des Markgrafen, und diese enthüllten den Plan ihrem Herrn. Sofort lehrte Joachim um, holte Verstärkung, nahm den Urheber des Planes gefangen und ließ ihm den Kopf abschlagen. Diesen ließ er zum ewigen Gedächtniß auf dem Rössenider Thore in Berlin aufpflanzen; die auf der Flucht ergriffenen Genossen der Verschwörung wurden mit dem Schwerte gerichtet. Man erzählt, es seien in einem Jahre mehr als 70 Adlige und Helfershelfer wegen Wegelagererei und Straßenraub hingerichtet worden. Als er auf solche Weise die Verbrechen seines Adels bestrafte, wurde dieser erbittert und beklagte sich über die Härte des Fürsten bei dessen Verwandtem, dem Markgrafen Friedrich, der älter war als Joachim, und bat, derselbe möge zu seinen Gunsten einschreiten. Als Jener darüber an Joachim schrieb, erhielt er die Antwort: er, Joachim, habe nur Wegelagerer und Räuber mit gerechten Strafen belegt, nicht Adlige, denen es nicht wohl anstehe, Räubereien als ihre eigenen Thaten anzuerkennen und diese, gleich als sei das ein adliges Beginnen, unaufhörlich und ungestraft gegen die Art und Ehre des wahren Adels auszuüben. Hierher gehören auch die Worte, welche Joachim Anno 1534 in einem öffentlichen Aktenstück von sich selbst sagte: „Ob uns wohl in alle Wege gebühret, in unsern Landen bei unsern Unterthanen Friede zu erhalten und Gewalt vorzukommen, derowegen wir oftmals verursacht ein ernstlich Einsehen zu haben, die muthwillige Thäter und Freveler mit Bestrafung und ernster Strafe zu unterhalten, sind wir doch allezeit des geneigten und genädigen Gemüthes gegen die Unsrige und sonderlich, so des ehrlichen Herkommens, und Adel so vil immer möglich zu verschonen.“

So weit Garcäus. Es ergiebt sich auf den ersten Blick, daß wir es hier mit der Quelle der später noch reichlicher strömenden Ueberlieferung zu thun haben. Allerdings — und das ist recht bemerkenswerth — sind hier noch keine Namen der Höslinge genannt; auch ist keine Jahreszahl angegeben, wann der vornehmste der Höslinge den Kaufmann, der ihn dann zu Falle brachte, beraubt hat; es ist auch keine nähere Verbindung zwischen der Hinrichtung des einen Höslings und der Drohung bezw. dem Mordanschlage des anderen überhaupt nur angedeutet; das sind alles Ergänzungen noch späterer Chronisten; aber im Wesentlichen haben wir hier

¹⁾ Anspielung auf die Verse: Joachinten, Joachinten, höße dy u. s. w.

den Kern der üblichen Erzählungen über Joachim und die Raubritter vor uns. Um so wichtiger ist die Frage nach der Glaubwürdigkeit des Garcäus. Ueber sein Leben sind wir nur dürftig unterrichtet; er wird zwischen 1571—76 erwähnt, sein Todesjahr ist unbekannt. Er stand also den Ereignissen, die er hier berichtet, noch nicht gar zu fern; er ist zwar nicht Zeitgenosse Joachims I., wie Tritheim, konnte aber sehr wohl mündliche Ueberlieferungen aus jener Zeit überkommen haben. Während sonst seine Quellen nachweisbar sind, wüßte ich für diese Einzelheiten keinen Schriftsteller zu nennen, aus dem er geschöpft haben könnte; auch scheint das *serunt uno anno plus quam septuaginta et nobiles et ministros propter insidias publicas et latrocinia poena mortis affectos esse* eher auf mündliche Ueberlieferung als auf handschriftliche oder gedruckte Nachrichten hinzudeuten. Gleich daran knüpft sich nun aber auch das Bedenken, ob diese Tradition sehr zuverlässig gewesen ist. Aus den vierzig Hinrichtungen binnen zwei Jahren, wie Tritheim sie erwähnt, sind hier schon über 70 in einem Jahre geworden. Dann spricht Garcäus von den Kämpfen Joachims gegen die Raubritter, als seien das wirkliche Schlachten gewesen, in denen des Kurfürsten persönliche Tapferkeit sich hätte erproben können. Das wird auch auf ein bescheideneres Maß zurückzuführen sein. Die übrigen Nachrichten machen dadurch einen sehr vertrauenerweckenden Eindruck, daß Garcäus sich auf urkundliche Belege zu stützen scheint. Ein Aktienstück aus dem Jahre 1534, in dem die von ihm angeführten Worte stehen, wird ungewisselhaft vorhanden gewesen sein, und Garcäus war sicherlich in der Lage, es zu benutzen. Denn auch sonst zeigt sich, daß er den Urkundenschatz des brandenburger Domkapitels für seine Geschichtsdarstellung ausgebeutet hat. Die Neigung, ihm eine unbedingte Glaubwürdigkeit beizumessen, wird dadurch verstärkt werden, daß er noch andere Archivallen benützt zu haben scheint. Denn woher anders als aus authentischen Dokumenten sollte er die Kenntniß des Briefwechsels zwischen Joachim und dem Markgrafen Friedrich geschöpft haben, so daß er sogar die Antwort des Kurfürsten, wenn nicht wortgetreu, so doch ihrem Inhalte nach, angeben konnte? Aber eben da entsteht ein Zweifel, der nicht zu Gunsten des Schriftstellers gedeutet werden kann. Es sind in der That Briefe zwischen den beiden Fürsten in dieser Angelegenheit gewechselt worden; aber deren Inhalt entspricht nicht den Angaben des Garcäus.

Am 14. Februar 1504 schrieb Kurfürst Joachim an seinen Oheim: Er habe von Eitelwolf v. Stein (demselben Reichstagsgesandten, der ein so lebhaftes Gefühl für brandenburgische Ehre besaß, daß er seinem jungen Fürsten voll Vorwurfs schrieb: ¹⁾ „Brandenburg hat, als ich glaube, in

¹⁾ Bergl. Droysen, Preuss. Vol. II ² S. 70.

80 Jahren nicht kleiner Gerücht im Reiche gehabt“) vernommen, daß man ihn im Reiche beschuldige, seinen Adel zu hart zu behandeln; er habe aber nichts Anderes gethan, als seiner Pflicht gemäß dem räuberischen Unwesen gesteuert; auch er sei ein Liebhaber und Gönner des frommen Adels, wie es für einen Markgrafen und Kurfürsten von Brandenburg geziemend sei; doch seine Pflichten gegen Gott und gegen Jedermann, vor allen Dingen auch die Förderung seines Fürstenthums, seiner Lande und Leute müsse er nach bestem Wissen berücksichtigen. — Er bitte den Oheim, wenn ihm falsche Gerüchte zu Ohren kämen, dieselben zurückzuweisen, und damit er ihn desto besser vertheiligen könne, wolle er ihm eine ausführliche Darstellung des Sachverhaltes geben. — Nach dem Tode seines Vaters wären Raufleute und arme Leute vielfach bedrückt und beschädigt worden, in Folge dessen hätte er bei Gelegenheit der Huldigung dem Adel persönlich verboten, irgend welche Räuberei oder andere Uebergriffe vorzunehmen bei Vermeidung kurfürstlicher Ungnade und entsprechender Strafe; seine fürstliche Würde sowohl wie auch die Wohlfahrt seiner Unterthanen habe dabei auf dem Spiele gestanden. Dieses Verbot habe er mehrfach, mündlich und schriftlich,¹⁾ auf Herren- und auf Landtagen erneuert und angedroht, jeden Uebertreter zu strafen. Dessenungeachtet seien diese Befehle übertreten worden und die Straffälligen hätten sich, nachdem ihre Frevelthaten bekannt geworden wären, geflüchtet; so z. B. Achim Möbel,²⁾ Matthias Lindenberg, Hans Greifenhagen,³⁾ Liborius Rittlich, Hans Reusse, Peter Geslo. Jedoch habe er dieselben auf Fürbitte ihrer Verwandten, wenn auch ungern, wieder zu Gnaden angenommen, nachdem sie das geraubte Gut herausgegeben hätten. Indessen seien dieselben wieder rückfällig geworden; deshalb habe er sich genöthigt gesehen, da sie auch die Unterthanen der Nachbarfürsten geschädigt hätten, theils auf Antrag des Herzogs Georg von Sachsen, theils aus eigenem Antriebe als Liebhaber des Friedens dieselben richten zu lassen; sie hätten dann durch ihre Bekenntnisse eine ganze Reihe Anderer ähnlicher Frevelthaten beschuldigt; letztere hätten

¹⁾ Dazu stimmen die Worte Sentingers a. a. O. S. 18: *Interim a patria perpetuae querelae ad curiam de latrocinantium offendi licentia asseruntur, cui mature occurrendum ratus, quibusdam, ut diligenter inquisitione habita in istos inquirant, ex aulico comitatu et praefectura negotium dat, edictumque simul proponit publicum, in quo proscriptis infamibusque illis pronuntiatis igni et aqua interdicti etc.*

²⁾ Auch erwähnt bei Ranmer a. a. O. S. 244. Ferner bei Kiedel, A. XII. 118, 119.

³⁾ Kiedel, O. II. 484.

sich sowohl nach Schlessen¹⁾ als auch nach der Lausitz geflüchtet. — Achim Röbel habe einen ehrbaren rittermäßigen Mann, Heinrich Pful, getödtet. Im Verein mit Liborius Rittlich und Hans Greifenhagen habe er im Sommer 1508 ohne Ursache, ohne Fehdebrief, wie es sich für rittermäßige Leute doch ziemte, einige Bürger auf freier Straße innerhalb der brandenburgischen Landesgrenze angegriffen, beraubt, einige erstochen, ungefähr acht eine Hand abgehauen und den einen gezwungen, ihre Fehdebriefe zu übernehmen und ihm, dem Kurfürsten, zu überbringen. Diese Frebler hielten sich aber nicht nur in Schlessen und in der Lausitz, sondern auch in Beeskow, Storkow, Sarow und Buchholz auf. Deswegen sei sein Hausvogt Hans Rybethe gegen das Schloß Buchholz gezogen und habe von dem Inhaber, Antonius Lange, gefordert, er solle die Landesfeinde herausgeben. Darauf sei diesem mit Rügeln geantwortet worden, und dabei hätten einige kurfürstliche Mannen das Leben verloren. Dies habe zu einer gewaltsamen Zerstörung der Burg Buchholz geführt; die eigentlichen Uebelthäter seien zwar entkommen, aber man habe doch einige Bächsen, 10 Pferde, Gewänder und anderes Eigenthum Frankfurter Bürger,²⁾ brandenburgischer und sächsischer Unterthanen erbeutet, darunter sei auch das reißige Roß des Liborius Rittlich gewesen, ein Beweis dafür, daß es der Burgherr mit den Räubern gehalten habe. Dieser Angriff habe ferner noch dazu geführt, daß Hans Lange, der Bruder jenes widerspenstigen Vasallen, mit dem Ritter Christoph v. Leipzig³⁾ in Fehde gerathen sei. Die Bürger von Frankfurt a. d. O. hätten auch manchmal Feinde niedergeworfen und bestraft;⁴⁾ so z. B. Hans Bornsdorf aus der Lausitz, da er auf frischer That ertappt und auch andere Beweise seiner Schuld gefunden worden wären. Ein schlimmer Gefelle sei auch Balthasar Bornsdorf, der sogar zwei eigene Diener des Kurfürsten aus dem Hofgesinde niedergeworfen habe. Dagegen habe man sich doch wehren

¹⁾ Jedenfalls deshalb schloß Joachim am 17. April 1506 einen Vertrag mit dem obersten Statthalter der Lausitzen, Herzog Siegmund von Schlessen, zur Verfolgung von Friedensstörungen und Räubereien in ihren Landen. Kiebel, Cod. dipl. B. VI. 204.

²⁾ Daß die Frankfurter ganz besonders unter dem Unwesen zu leiden hatten, ergibt sich aus Leuthinger (od. Rüter S. 17); daß sie auch längere Zeit eine eigene Streifwache der Raubritter wegen hielten, erwähnt Epileter, Gesch. der Stadt Frankfurt I. 111.

³⁾ Kiebel, C. II. 515.

⁴⁾ Das ist unzweifelhaft dasselbe Ereigniß, das auch die Chronisten beim Jahre 1504 erwähnen. Freilich nennt Hassitz den hingerichteten Raubritter Duthow, während Leuthinger keinen Namen nennt. Es wäre doch sehr auffallend, wenn der Kurfürst die That eines Duthow ganz unerwähnt gelassen haben sollte, falls sich eine solche wirklich zuge tragen hätte. — Im übrigen war Joachim mit dem tumultuarischen Verfahren der Frankfurter so unzufrieden, daß er ihnen das Halsgericht entzog. Vergl. Epileter a. a. O.

und mit Strafen einschreiten müssen. — Auf dieses Schreiben erwiderte Markgraf Friedrich: es sei allerdings richtig, daß man im Reiche den Kurfürsten Joachim beschuldigt habe, dem Adel feindlich und ungnädig gewesen zu sein; aber es habe das nicht viel auf sich gehabt und so oft er etwas davon gehört hätte, wäre er jedesmal als eifriger Anwalt für den Kurfürsten aufgetreten, und er werde dies auch späterhin getreulich bleiben, als wenn es ihn selbst anginge. Zudem habe er, da nun einmal solche Reden zu seinen Ohren gekommen wären, eine große Anzahl seines Hofgesindes versammelt und ihnen den Brief Joachims vorlesen lassen; dabei habe er sie aufgefordert, wenn weitere Gerüchte von einer feindseligen Haltung des Kurfürsten gegen seinen Adel ihnen zu Ohren kämen, denselben nach Maßgabe des Sachverhaltes entgegenzutreten.

Diese Antwort schließt meines Erachtens auch den Einwand aus, daß auf diese Korrespondenz aus dem Jahre 1504 noch eine spätere des von Garcías erwähnten Inhalts, etwa weil die größere Zahl der Hinrichtungen erst in den nächsten Jahren stattgefunden hätte, gefolgt sein könnte. Denn nach dieser ausführlichen Darlegung des Sachverhaltes und nach dieser durchaus zustimmenden Erklärung konnte der Markgraf auch späterhin kaum das Ansinnen an seinen Neffen stellen, schonender gegen den Adel aufzutreten. Und ebensovienig kann man doch annehmen, daß Joachim noch einmal erklärt haben würde, es sei nicht das Blut von Adligen, sondern von Rändern, das er vergieße. Wenn das aber als ausgemacht gelten darf, und wenn man fortan die obige Darstellung der Verhältnisse, welche vom Kurfürsten selbst herrührt, als authentischer wird betrachten müssen als alle Berichte der Chronisten, so wird sich das Bild von dem Vorgehen Joachims doch in einigen Punkten berichtigen.

Die gewechselten Schriftstücke, auf die sich obige Darstellung bezieht, lauten in genauer Abschrift:

- 1) Brief Joachims an seinen Oheim Markgraf Friedrich D. A.
Röln a. d. Spree, 14. Febr. 1504.¹⁾

Lieber vetter und bruder.

Us dem, das wir in Zeit unsers regements nicht allein uns des gegen gott und menniglich schuldig erkennen, und das uns

¹⁾ Das Original (mit Siegel, aber mehrfach durchlöchert) befindet sich im R. Sans-archiv zu Berlin. Es stammt natürlich aus den Besänden des ehemaligen Pfaffenburger Archives.

aus unserm herkommen als marggraven zu Brandenburg von geplut und stammen angeboren ist, sonder auch zu befridung hanthabung und besserung unser furstenthumb, land, leut und strassen dem gemeinen pauenden und wandernden Kauf- und . . . teman zu gut di teglich plackerei, raub, zugriff und beschedigung zum teil b . . . hen¹⁾ nach unserm hochsten vermogen gewert; und . . . das . . . wiewol wir von ethlichen und den meisten, die sol . . .²⁾ landen getriben aus mutwillen, das wie so . . . schon wollen auch unversagts . . . langt uns derhalben zusamt genug . . . Eytelwolf von Stein getan, glaublich an w . . . gemein adel . . . zu rede setzen und ein gerucht haben, das wir uber . . .³⁾ angeborn herko . . .⁴⁾ adel entgegen und ein ungnediger herr sein sollen mit weitem worten . . .; unzweiflich, e. l. auch wissens von solichem ausgeben tragen. demnach . . . sovil wir uns der unschuld erfreuen und (gott sei gelobt!) wol wissen, was uns in dem eigent und zu thun geburt, sovil mer erfordert di notturft dennocht di warhait mit dem, das uns solichs unbillich mit gedicht⁵⁾ widerfert, an tag zu bringen und uns zu verantwurten. Und bitten e. l. als unsern lieben vetter und bruder ganz freuntlich, si woll uns des gegen dem gemeinen adel, wo ir des rede hort oder gehort hett, wo und wann es die notturft erfordert, uffs treulichst bis an uns verantwurten und dabei thun, als e. l. in dem fall widerumb von uns gern nehmen und wir gern thun wolten; desgleichen wir e. l. persefanten⁶⁾ Utzn paurn auch befolhen haben; dann wir wollen, ob gott will, nicht anders dann einem loblichen marggrafen zu Brandenburg und kurfursten zuzimt und ein liebhaber und forderer des fromen adels, wi uns das angeerbt, befunden und alweg erkant werden etc.

Datum Coln an der Sprew am mitwochen nach Apollonie anno etc. quarto.

Joachim von gottes gnaden marggrave von Brannndenburg, des h. rom. reichs erzcamerer, kurfürst etc.

1) bisher? beschen?

2) solches in unsern?

3) unser?

4) herkomen dem?

5) Wohl so viel wie „mit Erbsichtung“?

6) perseverant, peseverant, persifant = Unterherold. Schmeißer-Grommann I, 405.

Und damit e. l. unbillichen feinde, wie unredlich ir furnemen ist, ein verstantnus haben mog, fügen wir e. l. wissen, das im eingange unsers und unsers lieben bruders, marggraf Albrechts, regiment nach abgang unsers lieben herrn und vaters sel. sich vil blackerei und beschedigung des kaufmans und ander armen leute erhaben und begeben, das wir in einnehmung der lande und aller unser underthanen und verwanten erbhuldung dem adel und andern in irer gegenwertigkeit unsers personlichen beiwesens bei vermeidung unser straf und ungnad verbitten und von inen daneben gutlich haben begeren lassen, sich des menniglich solt enthalten: wir konnten oder mochten es in keinen wege als kurfursten und fursten des heiligen reichs nicht leiden, grosse nachrede und der armen leute schaden und verderben zuvorkommen haben; auch sint¹⁾ der zeit uff mermals gehalten herrn- und landtagen solche offentlich, auch sunst schriftlich, verkunden und verbitten lassen, wer das ubertrete, den- oder dieselben wollten wir darumb ungestraft nicht lassen; und wiewol etlich der unsern solche mancherfeltiglich ubertreten, und als es offen war, derhalben fluchtig und unser unsicher geworden sein, nemlich Achim Robell, Matthias Lydenberg, Hanns Greyffenhagen, Liborius Ketlitz, Hanns Reuse, Peter Gessko und ander; die wir uff irer fruntschaft betlich ansuchen, wiewol beswerlich, widerumb mit widerkar²⁾ etlicher name³⁾ zu gnaden haben kommen lassen, so doch sich boser that, name und raube nicht enthalten, sunder wie vor die unsern und umligender konig und fursten verwanten beraubt, benomen, gewunt und geslagen haben, der wir einsteils uff ansuchen des hochgebornen fursten, herrn Georgen herzog zu Sachsen etc., und ander ersuchen, einsteils auch, do ir bose that kein uffhoren haben wollt, als liebhaber des frides selbs befolhen richten zu lassen; durch welcher bekentnus etwovil der bosen that teilhaftig und mittheter in die Slesien, das land zu Lusitz und anderswohin (und sunderlich Achim Robell, der uns einen erbarn rittermessigen mann, etwan Heynen Pfull gnant, mortlich vom leben zum tode gebracht) fluchtig worden sein, und nicht weniger wenn⁴⁾ zu vorn ir ubelthat geubt; unter anderm haben die

¹⁾ sint = seit.

²⁾ widerkar = widerker = Zurückgabe.

³⁾ name = Raub. Schmeller-Grimm I, 1741.

⁴⁾ wenn = denn, als.

gnanten Achim Robell, Liborius Kytltitz und Hanns Greyffenbagen in vergangen summer on alle redliche ursach und verwahrung,¹⁾ wie rittermessigen leuten geburt, mit iren helfern etwovil unsern borgern das ir uff freier strassen in unsern landen genommen, etlich erstochen und bei 8 italichen ein hand abgehauen und einen derselben unsern borger zu rettung seins lebens oder hand nach gescheener that gedrunge, ire feindtsbriefe anzunemen und uns beizubringen; welche feinde mit iren helfern sich in der Slesien und merteils im land zu Lausitz, zu Beskow, Storchow, zu Saro, zum Buchholtz und anderswo do umb enthalten. Derhalben, unsers bedenkens nit ungeborlich, Hanns Nybett, unser husevogt, mit etlichen der unsern fur ein edelmans sitz, Buchholtz obgenant, Anthonius Langen zugehörig, gezogen, unser feinde davon zu geben gefordert, des man sich entsetzt²⁾ mit buchsen, etlich der unsern davon verwunt und todt geschossen; das der husevogt zu herzen genommen, mit ernst zum hof gedacht und nach abflucht unser feinde ire huser und heger, denselben sitz erobert und daruff etlich buchsen, 10 pferde, gewand und anders, den unsern von Franckfort, unser oheim und sweger von Sachsen unterthanen und andern in unsern landen genommen, auch gnants unsers feinds, Liborius Kytltitz, raisigs pferd gefunden; so zu beweisen noch vorhanden sein. Derhalben Hanns Lang, des gnanten Anthonius bruder, in und mit einer that mit unserm mann, ern³⁾ Cristoff von Leyptzk, ritter, und andern geubet, doch nicht ehr mit seinen helfern auch unser feindt geworden. Die unsern von Frankfort an der Oder haben auch nach mancherlei, ansern borgern bei inen gescheen, namen und uffhauen irer wagen⁴⁾ einmals uff frischer that nachgefolgt und einen erbarn man, Hannsen Bornsdorff, im land zu Lausitz in seiner behausung betreten, solcher nam eins teils und mehr anzeigung seiner bosen that bei im funden, gein Frankfort gefurt und darumb sein recht thun lassen.

Darus e. l. wol abnemen kann, das wir und die unsern nichts ungeborlichs gegen dem adel furnemen, als uns villeicht durch

1) D. h. ohne Ankündigung der Fehde.

2) entsetzt = erwehrt?

3) ern = Herrn. Dieser Titel wurde damals nur denjenigen beigelegt, die sich wirklich die Ritterwürde erworben hatten.

4) Das ist der technische Ausdruck für die Veranbung der mit ihren Wagen dahergiehenden Kaufleute.

unser abgonner anders zugelegt mag werden. — Auch hat uns Balzar Bomsdorff, nach vil boser that gegen uns und den unsern geubt, unter anderm zwen unser eigen diener und hofgesind im felde unverwart helfen niderwerfen, mit seinen helfern uns unverschulte¹⁾ ungeburliche absag gethan. Welcher feind und ires bosen gemutes und willens gegen uns und die unsern uns bisher mit der gegenwere entsatzet, das sint der fehde den unsern wenig schadens zugebracht ist; gedenken uns auch mit gottes hulf und der unsern hinfur wol zu entsetzen, der hoffnung, das gluck werd uns mit der zeit zufallen, sie zu erobern und umb ire ungetreue missethat strafen zu lassen . . . Solchs haben wir e. l. wie obsetet im besten nicht verhalten wollen. Dat. ut s.

Zednla.

So uns e. l. under anderm thun schreiben der gesellschaft halb unser lieben frauen bruderschaft²⁾ will von notten sein, darvon gruntlich und endlich handlung zu thun mit e. l. uff fugliche zeit. Dardurch hinfur dem armen closter uffm berg vor Brandenburg, das darauf fundiret, auch der stiftung etwan marggraf Fridrichs kurfursten sel. und seiner gegen gott und Marien, der himelkonigin, demutigen getreuen wolmeinung nicht zu nahen gehandelt, noch abbruch und zuruttung gethan werde, wie doch bisher uber die mass gescheen. Dat. ut s.

2) Antwort Markgraf Friedrichs d. K.³⁾

Freuntlicher lieber vetter und bruder.

Als e. l. uns jetzo geschriben und zu erkennen geben hat, das euch angelangt, wie ir durch den gemeinen adel hieaus in landen beredt und beruochtigt werdet als solt ir dem adel entgegen und ein ungnediger herr sein, des wir e. l. versehens auch wissen tragen, mit freuntlicher ansuchung und bete, wo wir des red horten oder gehort hetten, uff das best bis an euch zu verant-

¹⁾ unverschuldet.

²⁾ Schwannensorden.

³⁾ Undatirtes Konzept im R. Handschive zu Berlin. — Daß das Weglassen des Datums aber nur ein Versetzen der Ranzel gewesen ist, scheint sich mit Nothwendigkeit daraus zu ergeben, daß die beiliegenden beiden Fettel den Bismarck Datum ut supra tragen.

worten etc. — haben wir mit weiterm inhalt e. l. briefs vernomen und geben derselben e. l. dorauf freuntlicher meinung zu vernemen: das nit on ist; wir haben des je zu zeiten red gehort, aber des kein sonder gerucht vernomen. Darumb wir auch e. l. jedesmal dagegen mit getreuem fleis entschuldigt haben und wollen auch hinfur, wo wir des red horen, dieselben uff das getreulichst und mit dem hochsten fleis, als ob uns das selbst betreffe, bis an e. l. verantworten, als wir uns des zu thun schuldig erkennen und zu thun genslich geneigt sind. Haben auch gleichwol den reden nach, so uns derhalben je zu zeiten angelanget, unser diener und hofgesind in merklicher zal solch eur schrift horen und sie dorauf mit ernstlichem fleis ersuchen lassen: e. l. uff anzeigen eurer schrift des getreulich entschuldigt zu haben und so des weiter von jemand red an sie gelangen wurd, gegen denselben uff angezeigt meinung auch zu entschuldigen; der ungezweifelten zuversicht, getreulich gescheen werde.

Datum

Fridrich.

An Marggraff Joachim zu Brandenburg, Kurfursten etc.

Zedula.

Wir haben e. l. hievor zu angezeigter unser notturft umb 300 guter wolgeruster geraisiger zu ross und umb ein guten buchsenmaister, uns uff zeit und end in unserm brief bestimmt, zu schicken gebeten; des wir also ungesweifelter zuversicht und vertrauens sind, gescheen werde, als wir hiemit in laut derselbigen unser vorigen schrift zu thon mit allem fruntlichem fleis bitten. Das wollen wir widerumb gein e. l. mit darstreckung unser selbs person, landen und leuten, als der fruntliche vetter und bruder vermögens unverspart zu aller zeit mit willen gern widerumb vergleichen und verdienen.

Dat. ut s.

Alia Zedula.

Auch, lieber vetter und bruder, so haben wir e. l. uff derselben bete hievor etlich unser trumeter hinein in die Marck geschickt, die unsere schilt mit ine hinein braocht haben. Nun ist bei weilant dem hochgebornen fursten, unserm lieben herrn und vater, marggraf Albrechten, kurfursten lobl. ged. und uns bisher der gebrauch gewest: so einer unser trumeter von uns hinweg an

andere ort geschickt worden oder nit mer bei der herrschaft gewest, ist er bei seinen pflichten schuldig, seinen schilt der herrschaft wieder frei zu antwurten. Nun sein uns von Petern, dem clareter, und noch einem derselben von uns hinein geschickten trumetern zwen schilt herausgeschickt und werden wir dabei berichtet Peter soll sich etwovil öder (?) unnütz wort deshalb horen lassen und gesagt haben, wir sollen schuldig sein fur ein derselben schilt 10 gulden zu bezaln. Wiewol wir dann des zu thon nit schuldig wern, uns damit einichen eingang oder neuen gebrauch zu machen, dennoch e. l. zu ern und gefallen schicken wir bei disem boten fur die angezeigten zwen schilt 20 gulden, die den trumetern zu antworten. So langt uns auch an, Peter trumeter soll haben lassen erlauten, wir sollen ime seins solds, der zeit er bei uns gewest ist, noch 15 gulden schuldig sein. Des haben wir uns bei unserm rentmeister und ausgebern erkundigt und finden, das Peter damit die wahrheit spart. E. l. kann auch selbs wol abnemen, das es dem grund (?) nicht gleich lautet, das wir ine e. l. geschickt und on bezalung seins solds also solten haben abgefertigt. Dorumb tragen wir solchs ausgebens und nachred von ime billich keins gefallens und, so er bei einem andern dann e. l. wer und uns zu handen wurd, wollten wir uns dem misfallen gleich gegen ime erzeigen; das wir e. l. zu ern zu thon nachlassen.

Dat. ut s.

Friedrich Wadzeck.

Eine Berlinische Erinnerung.

Von

W. Pierson.

Wenn man im nordöstlichen Theile Berlins vom Alexanderplatz her die Neue Königsstraße hinuntergeht, so gelangt man an eine Querststraße, die den Namen Wadzeckstraße führt. Sie erinnert an einen Mann, der zu den Wohlthätern Berlins gehört; und wenn man sich in ihr umsieht, so gewahrt man bald ein großes Gebäude, welches berecht das Lob dieses Mannes verkündet; denn es ist das Heim der Wadzeckstiftung.

Tausende von unversorgten, verwaisten oder verwaarlosten Kindern haben während des nunmehr 63jährigen Bestehens der Anstalt dort barmherzige Aufnahme, Pflege, Unterricht erhalten und wären ohne sie wahrscheinlich auf dem Straßenpflaster oder in den Höhlen des Lasters zu Grunde gegangen. Ein Rettungshaus für die Armen und Elenden; Ehre seinem Stifter!

Er hatte die Noth der Armuth in seiner Jugend an sich selbst erfahren. Friedrich Wadzeck war zu Berlin — am 10. August 1762 — von unbemittelten und geringen Leuten geboren. Sie gehörten zur „böhmischen Kolonie“, einer meist aus Wollenwebern und Spinnern bestehenden, protestantischen Gemeinde, welche einst von König Friedrich Wilhelm I. aus Einwanderern, die um ihres Glaubens willen ihr Heimathland Böhmen hatten verlassen müssen, gegründet worden war. Der Vater Friedrich Wadzecks, ein reblicher und frommer Mann, war bei dieser Gemeinde Küster. Er starb früh und hinterließ die Wittve mit sieben unerzogenen Kindern in großer Dürftigkeit. Friedrich, damals zehn Jahr alt, mußte nun mit der „Kurrende“ singen gehen; das war ein Umzug der Armenschüler von Haus zu Haus, wobei sie auf der Straße oder auf dem Hofe ein

geistliches Lied sangen und milde Gaben empfangen. Auch Doktor Luther hat bekanntlich einst als Knabe so sein Brot verdienen helfen, und in Berlin ist die Sitte des Rurrendesingens erst vor einigen Jahren abgekommen. Es war ein besserer Brauch, als die Leierkasten, die jetzt die Höfe der Berliner Häuser unsicher machen.

Die „böhmische Kolonie“ hatte das besondere Wohlwollen ihres Schöpfers, des Königs Friedrich Wilhelm I., genossen; sie erfreute sich auch der Gunst seines Nachfolgers, und sie verdiente dieselbe, weil ihre Mitglieder in der Regel fleißige Bürger, ergebene Unterthanen und fromme Christen waren. Es wurden daher der armen Ritters Wittve mancherlei Erleichterungen zu Theil; insbesondere nahm man ihr nach einiger Zeit die Sorge für ihren Sohn Friedrich ab. Man hatte in der Armenschule treffliche Eigenschaften des Verstandes und des Herzens an ihm bemerkt; er war lernbegierig, fleißig und fromm. Der Rittersohn versprach einmal ein guter Prediger zu werden; die Behörde überwies ihn daher im Frühling 1776 zu weiterer Ausbildung dem Halleschen Waisenhaus, der weltberühmten Stiftung August Hermann Franckes. Selten hat ein Zögling dieser Anstalt die von ihr empfangenen Wohlthaten so reichlich an seinen Nebenmenschen vergolten als Friedrich Wadzed.

Fünf Jahre verblieb er im Waisenhaus und besuchte das mit demselben verbundene lutherische Gymnasium. Im März 1781 hatte er das Ziel — die Reise für die Universität — erreicht und ward nun Student der Theologie in Halle.

Aber seinen Unterhalt mußte er sich fortan selber erwerben. Durch Stundengeben und Notenabschreiben, letzteres oft bis tief in die Nacht hinein, gelang es ihm; — freilich nur in der kümmerlichsten Weise. Der Verdienst war gar zu gering, und Unterstützung fand er, außer einigen wenigen Freitischen, nicht; es gab in Halle der bedürftigen Studenten all zu viele. Da half er sich denn Mittags, wenn nichts zu beißen da war, oft damit, daß er auf eine Stunde zu Bett ging und sich das Essen verschlief. Mit wie Wenigem er sich auf der Universität hindurchgebracht, bewies er später Zweiflern gelegentlich aus seinem Tagebuche, in welchem er während eines seiner Studentenjahre alle seine Ausgaben genau verzeichnet hatte; sie belaufen sich in dem ganzen Jahre zusammen auf nicht mehr als 49 Thlr. 7 Gr.!

Jugendmuth und Gottvertrauen hielten ihn aufrecht; er hatte bei diesem harten und entbehrungsreichen Leben dennoch die Kraft, tüchtig zu studiren und nicht bloß die Fachwissenschaften — namentlich Dogmatik und Kirchengeschichte bei Mößelt und Homiletik bei Niemeyer —, sondern auch noch Lieblingsstudien, zu denen vorzüglich die Naturkunde gehörte, zu be-

treiben. Gott auch in der Natur zu erkennen und zu bewundern schien dem jungen Theologen eine ebenso wichtige wie erfreuliche Beschäftigung. Von den gewöhnlichen Genüssen des Studentenlebens ward ihm selten etwas zu Theil; er begnügte sich mit harmlosen Vergnügungen, die kein Geld kosteten: Spaziergänge mit Freunden in die Umgegend der Stadt; wenn's hoch kam, eine Tasse Kaffee in einem Kaffeegarten (sogenannter „Tabagie“) vor den Thoren.

So verflossen die drei Jahre des akademischen Lebens; im Frühling 1784 lehrte Wadsted als Kandidat nach Berlin in die Arme seiner Mutter zurück, die er als Pauperstüler verlassen hatte. Nachdem er dann vor dem Konfistorium die Prüfung wohl bestanden, erhielt er die Befugniß zum Predigen (*licentia concionandi*), und bald gehörte der junge Hülfsprediger zu den beliebtesten Kanzelrednern Berlins. Als solcher gewann er namentlich auch den Beifall der Königin, Gemahlin Friedrich Wilhelms II., und da zugleich der Privatunterricht den er in der Physik gab, gefiel und Aufsehen machte — denn er war der erste, der in Berlin diese Wissenschaft Kindern vortrug, und er that es mit ebensoviel Geschick wie Liebe —, so verschaffte ihm die Königin im Jahre 1788 eine Lehrstelle am Kadettenkorps und zwar als Professor der Litteratur, der Physik und der Naturgeschichte. Zwar betrug sein Gehalt anfangs nur 180 Thlr. jährlich, und er hatte arme Verwandte, vor allen seine Mutter, zu unterstützen; aber er wußte sich mit der Feder und durch Privatunterricht erhebliche Nebeneinnahmen zu verschaffen.

Um das Kadettenkorps hat sich nun Wadsted in mehr als 30jähriger Wirksamkeit große Verdienste erworben, nicht allein durch seine ersprießliche Lehrthätigkeit, sondern auch durch andere Leistungen: er hat die Bibliothek desselben begründet, deren Verwaltung er dann als Nebenamt bekam; ebenso das Naturalienkabinet. Letzteres war ursprünglich sein Eigenthum, von ihm selbst mühsam und unter Entbehrungen zusammengebracht; der König kaufte es ihm später um 4000 Thlr. für das Korps ab.

Im Jahre 1796 verheirathete sich Wadsted. Seine Frau war eine geborene Poß; sie gebar ihm zwei Söhne; aber ihr Charakter scheint zu dem seinigen nicht gepaßt zu haben; er mußte sich nachmals von ihr scheiden lassen. Das Glück, welches er in der Ehe nicht gefunden, suchte er nun um so mehr in gemeinnütziger Thätigkeit. Er wurde 1810 Mitglied der märkischen Oekonomischen Gesellschaft, schrieb lange Jahre hindurch den gemeinnützigen Anzeiger, der als Zugabe des Berliner Intelligenzblatts erschien und besonders Aufsätze aus der Physik und Technologie enthielt. Weite Verbreitung fand sein nützliches und unterhaltendes „Berliner

Wochenblatt für den gebildeten Bürger und denkenden Landmann", welches er schon 1809 gegründet und welches ebenfalls die Naturwissenschaften dem praktischen Leben dienstbar zu machen half. Er ist auch einer der Hauptbegründer des wohlthätigen Berliner „Frauenvereins“ gewesen, dessen erste Protektorin die Prinzessin Marianne, Gemahlin des Prinzen Wilhelm (Bruders Friedrich Wilhelms III.), war.

Alein sein Eifer für das allgemeine Beste bewog ihn auch, an den politischen Streitigkeiten, die nach den Befreiungskriegen in der deutschen Presse ausbrachen, leidenschaftlich Theil zu nehmen. Wadzed's politische Gesinnung war eine streng königliche; er haßte Alles, was auf Revolution, Demokratie, Republik hinführte oder ihm hinzuführen schien. Dieser Gesinnung gab er nun in seinem Wochenblatte bei jeder Gelegenheit Ausdruck. Dadurch gerieth er denn bald in eine feindliche Stellung zu der ganzen liberalen Partei, die nach seiner Meinung im Grunde auch eine Widersacherin des Königthums war, und die zu bekämpfen er deshalb für seine patriotische Pflicht hielt. Namentlich bekämpfte er auch Jahn; denn wie manche andere Patrioten, z. B. Steffens in Breslau, rechnete er das Turnen, wie es damals von Jahn betrieben wurde, zu den destruktiven Bestrebungen. In der That war von den Turnern viel Thörichtes und viel Dünkelhaftes gesungen und gesprochen worden, allerdings hatten sie die Turnerei gemißbraucht, indem sie mit ihr politisirten; aber die Gegner nahmen diese Auswüchse bei weitem zu ernst und zu wichtig und übersehen darüber den guten Kern. Genug, Wadzed war in dem Zeitungskriege, der nach dem Wartburgfeste über Burschenschaft und Turnerei entbrannte, einer der Vordersten und trat mit Jahn in eine Polemik, die von beiden Seiten mit größter Erbitterung geführt wurde. Nun war aber Jahn und das Turnen damals noch bei der Regierung, besonders bei dem liberalen Kriegsminister v. Boyen, beliebt; dagegen letzterem der antiliberalen Wadzed längst ein Dorn im Auge. Auch bei einigen Kollegen am Kadettenkorps hatte sich dieser durch seine politische Haltung mißliebig gemacht. Man benutzte daher einen geringfügigen Anlaß, um ihn zu beseitigen.

Eines Tages saß Wadzed — wegen seiner Korpulenz in Hemdsärmeln — am offenen Fenster seiner Wohnung im Kadettenhause und schrieb, während zwei Kollegen, frühere Lützower, gegenüber rauchend im Fenster lagen; sie nahmen ihn zur Zielscheibe ihrer Unterhaltung und standalirten so laut, daß er es hören mußte, über das „verrückte“ und „verfluchte“ Wochenblatt. Er beschwerte sich beim Direktor, der, statt die Sache beizulegen, sie dem Kriegsminister vortrug, und dieser bewirkte, daß die beiden Lützower versetzt und Wadzed pensionirt wurde (Mai 1818).

So — und nicht anders ¹⁾ — verlor Wadzed sein Amt am Kadettenkorps; er wurde gemäßigelt. Noch in voller Rüstigkeit stehend und nach so vielen verdienstvollen Leistungen aus dem Amte gebracht, statt eines beträchtlichen Gehalts jetzt auf eine kleine Pension (300 Thlr.) gesetzt — das war der Lohn für seine 31jährigen Dienste.

Sehr bald änderte sich freilich oben der Wind. Die Ermordung Kotzebues durch Sand im März 1819 brachte die liberale Partei beim Könige in den größten Mißkredit; Boyen verlor seinen Einfluß, und im Juli 1819 begann eine Demagogenverfolgung, der unter den Ersten Jahn zum Opfer fiel; er kam in Untersuchungshaft. Im Dezember desselben Jahres legte dann der Kriegsminister Boyen selbst sein Amt nieder. Es wäre nur menschlich gewesen, wenn Wadzed es nun um so mehr als schweren Undank empfunden und darüber gegrollt hätte, daß man ihn aus dem Amte gebracht, weil er einen Mann bekämpfte, den jetzt die Regierung selber als einen Staatsverbrecher ins Gefängniß schickte. Aber nun zeigte sich im schönsten Lichte, wie edel seine Natur war. Seine Privatvorlesungen über Physik und sein Wochenblatt warfen ihm jährlich 3000 Thlr. ab; er hätte fortan, um das Gemeinwesen unbelümmert, sich einer behaglichen und bequemen Ruhe und den Genüssen der Hauptstadt hingeben, das Motto jenes griechischen Philosophen „Leb' still für Dich!“ zum Wahlspruch nehmen können. Allein er dachte größer; der Undank, den er erfahren, verbitterte ihn nicht; vielmehr widmete er jetzt seine ganze Muße und Kraft und Alles, was er über den nothwendigsten eigenen Bedarf einnahm, dem Gemeinwohl: er stiftete die Anstalt, die noch heute seinen Namen trägt.

Von jeher hatte er für die Noth der Armen ein mitleidiges Herz und eine offene Hand gehabt, und am meisten war er immer durch den Anblick ihrer Kinder gerührt worden. Nach den Kriegsjahren, die auch auf Berlin schwer gedrückt, war nun die Noth der Armenkinder größer als je; in der ärgsten Verwahrlosung aber befanden sich diejenigen, deren Eltern dem Verbrechen anheimgefallen waren und im Arbeitshause saßen. Schon seit 1809 hatte er in seinem Wochenblatte immer auf diese als die Hülf-

¹⁾ Der Verfasser der „Geschichte der Wadzed-Anstalt“, Berlin 1869 (Archivar Friedländer), sagt fälschlich (S. 4): Wadzed habe sein Amt niedergelegt, um Ruhe für die von ihm geplante Stiftung zu gewinnen. Er hätte es besser wissen können und müssen. Daß Wadzeds Pensionirung eine unfreiwillige war, steht schon in F. A. Schmidts Neuem Nekrolog der Deutschen I. 1832 zu lesen. Die von mir oben mitgetheilten Einzelheiten des Vorgangs sind mir von dem Inspektor der Wadzed-Anstalt, Herrn Weber, angegeben worden; als seinen Gewährsmann bezeichnet er den verstorbenen Geheimrath Bormann, der (wie Friedländer) dem Vorstande der Anstalt angehörte.

bedürftigsten hingewiesen und war mit eigener Wohlthat ihnen beigeprungen. Er fuhr nun noch eifriger damit fort. Er ertheilte ihnen Unterricht, sammelte Mittel, um erst zwölf, dann mehrere mit Kleidung zu versehen, sie zur Konfirmation auszustatten und sie mit Liebesgaben gleich glücklicheren Kindern wenigstens zum Weihnachtsfeste zu erfreuen. Die letztgenannte Spende dehnte er dann auch auf andere Insassen der Strafanstalt, ja auf die Bewohner der Rottwischschen Armenanstalten aus, so daß die Zahl der auf diese Weise Erfreuten in manchem Jahre sich auf 400 Kinder und 600 alte, schwache und sieche Personen belief.

Aber das vereinzelte Wohlthun genügte ihm nicht; er beschloß, eine dauernde Hülfquelle zu schaffen, eine Stiftung für arme Kinder zu gründen. Er fing wie Frande, den er sich zum Vorbild genommen, klein an und baute „auf Gottes Hülfe und guter Menschen Beistand“, und wie Frande wurde ihm nach seinem frommen Glauben ein ermunternder Wink von oben zu Theil. Eines Tages empfing er von einem Unbekannten ein Geschenk von vier Friedrichsd'or für die Armen, deren Sache er in seinem Wochenblatt, wie schon früher oft, so auch kürzlich wieder vertreten hatte. Die Gabe traf ein, als er eben im Begriff war, den Entwurf zu der Stiftung, welche ihm vorschwebte, für das Wochenblatt niederzuschreiben; freudigen Muthes beendete er ihn. Bald konnte er die nöthigen Einleitungen zum Werke treffen; Befreundete und durch sein beredtes Wort Gewonnene spendeten Mittel; er erwarb ein Gärtchen mit unscheinbarem Gartenhaus in der Mudrichstraße. Dahin brachte er Kinder, die er von der Straße aufgelesen und um die sich Niemand kümmerte, um sie zu pflegen, zu kleiden, zu erziehen. Am 3. August 1819 — am Geburtstage des Königs — eröffnete er seine Anstalt. Zunächst gestatteten die Mittel nur die Aufnahme von zwölf ganz verlassenen Kindern unter sechs Jahren, denen Alles gewährt wurde, was sie an leiblicher und geistiger Pflege bedurften. Aber seine Hoffnung auf neue milde Beiträge erfüllte sich sofort und er erweiterte die Anstalt. Schon am 10. August hatte er auch 24 Bettelknaben gesammelt, die er nun in den Elementen, im Katechismus und in der biblischen Geschichte täglich drei Stunden lang theils selbst unterrichtete, theils unterrichten ließ. Sie wurden zu reinlichem Erscheinen angehalten und mit Bekleidung und Beföstigung versehen. Am 4. April des nächsten Jahres eröffnete er dann auch für 24 Mädchen eine Nachmittagschule und sorgte für sie in gleicher Weise wie für die Knaben.

Aber nun reichte der Raum nicht aus; im Vertrauen auf die Opferfreudigkeit guter Menschen half Wadzed dem Bedürfnis ab, indem er ein benachbartes Grundstück kaufte und darauf ein großes Wohnhaus errichten ließ. Das Geld dazu brachte er theils selbst, theils durch Unterstützungen

auf, welche Sönnner der Anstalt in Form von unverzinslichen Darlehen gewährten. Schon interessirte man sich in weiten Kreisen der Bürgerschaft, sowie bei Hofe für sein Unternehmen und förderte es gern. Im October 1820 war der erste Flügel des Neubaus fertig und wurde der Benutzung überwiesen. Fröhlich gedieh das Werk weiter.

Wie die Anstalt zwei Jahre nach ihrem Bestehen beschaffen war, welche Zwecke sie zu erreichen strebte und was sie leistete, das geht aus einem Berichte hervor, den der Stifter derselben dem Könige unter dem 20. August 1821 abstattete. Wadzed sagt darin:

„Auf Gottes Hülfe bauend und dem edeln Sinne meiner Mitbürger vertrauend, die mir bei meinen nunmehr 12 jährigen Bemühungen: armen Kindern der Verbrecher nützlich zu werden, die unwidersprechlichsten Beweise einer freundlichen Theilnahme gegeben, so daß ich es vermochte, seit diesen zwölf Jahren jedes Kind jener Verbrecher, welche das königliche Arbeitshaus beschließt, beim Eintritt in die bürgerliche Gesellschaft von Fuß auf neu zu kleiden, wagte ich es am 3. August 1819, am glücklichen Tage der Geburt Eurer Königlichen Majestät, eine Anstalt für anfangs zwölf unmündige Kinder zu gründen, die in einem sehr haufälligen Local verpflegt und mit Liebe geleitet wurden, während die Mütter dieser Kinder ihren Geschäften außer dem Hause nachgingen.

Gott hat das Unternehmen gesegnet. Von nah und fern kam mir Beistand. Auch Eure Königliche Majestät hatten die Gnade, uns huldreichst zu unterstützen. Ich konnte nach und nach die Zahl armer Kinder aller Alter vermehren, konnte die Hülfe und Uebernahme selbst der von unnatürlichen Müttern ausgelegten Kinder des zartesten Alters beschließen; ich konnte für die gesammten Kinder ein Gebäude aufführen und es in allen seinen Theilen vollenden, das, ohne seine inneren kostspieligen Einrichtungen, gewiß mehr als 16 000 Thaler Werth hat und welches dennoch nur noch mit 7000 Thaler Hypothek belastet ist.

Su ihm befinden sich am heutigen Tage:

27 Kinder des zartesten Alters bei Tage und Nacht;

28 Kinder, die uns des Morgens gebracht und des Abends spät abgeholt werden, damit unterdessen die Mütter, die entweder Wittwen oder Eheverlassene sind, auf Arbeit gehen können, um ihr Brod zu gewinnen;

112 arme Knaben und

68 Mädchen, die sich auf der Straße umhertrieben, völlig verwilderten und die jetzt in drei Schulen Unterricht und dazu Nahrung und Kleidung erhalten;

5 völlig verlassene Kinder in früheren Lebenstagen, die auf Kosten des Hauses außer demselben bei armen Frauen aufgezogen werden und, sobald sie neun Monat alt, in die Pflege der Anstalt übergehen;

25 Wittwen, die einst bessere Tage gesehen, welche in der trüberen Hälfte des Jahres freien Aufenthalt, Erwärmung, Beleuchtung, Belöstigung, ärztliche Pflege und ein kleines Monatsgeld erhalten, auch alles, was sie sich erwerben, als Eigenthum behalten, damit sie in der milderen Hälfte des Jahres leichter durchkommen und nicht betteln dürfen.

Das alles brachte die Liebe und erbarmende Gnade Gottes und der Beistand edler Menschen in einem Zeitraum von nun vollendeten zwei Jahren hervor . . .

Diese Anstalten, die außer ihrer Hypothek von 7000 Thalern auch nicht einen Groschen Schulden haben, werden sich mit Gottes Hilfe erhalten und einst gute und treue Handwerker aus ihrer Mitte hervorgehen lassen, die ohne diese Hilfe gewiß verelendet, vielleicht moralisch gräßlich entstellt worden wären. Schon beträgt die feste Jahreseinnahme 2820 Thlr. 4 Gr., beige-steuert von 525 Familienvätern — deren viele einst meine Schüler waren —, ohne die unerwarteten Gaben der Liebe zu rechnen, die uns Gott fast täglich zusendet.

Häufen sich diese bestimmteren Gaben, so nehme ich mehr arme Kinder von der Straße und vergrößere ihre Zahl so lange, bis ich ermatte. Gott giebt mir gewiß die Freude, daß ihre Zahl bald das vierte Hundert erfüllt.

Die innere Einrichtung macht sich die höchste Reinlichkeit, bei großer Einfachheit, zum ersten Gesetz und hat es bis dahin ohne alle Gewaltsamkeit in Liebe erfüllt. Hundert von nöthigen Kleidungsgegenständen für Kinder aller Alter machen schnellen Wechsel nöthig. Das Haus, in einer freundlichen Gegend stehend und nur von diesen Kindern und ihrer Bedienung, die aus neun Personen besteht, bewohnt, gewährt den Kindern einen fröhlichen glücklichen Aufenthalt . . .

Das Ganze steht unter meiner alleinigen Führung nach der gesetzlichen Vorschrift und dem Vorstande des Ober-Konsistoriums und der Regierung. Ich habe mir einige Schulmänner zugesellt, die mir beim Ordnen des einfachen Schulunterrichts unentgeltlich helfen, habe mich mit sechzig edeln Frauen vereint, welche aus heiligem Muttergefühl das Innere ordnen und leiten, das Beste dieser Kinder von ganzem Herzen wollen und es aus allen Kräften befördern. Drei Lehrer und eine Lehrerin ertheilen den Unterricht unter mir und einem hochverdienten Schulmanne. Ein Arzt besorgt die nöthige ärztliche Aufsicht, und eine kleine Apotheke im Hause macht augenblickliche Hilfe möglich . . .

So sind Anstalten für arme Kinder entstanden und vollendet, die mit dem redlichsten Willen Gutes und Nützliches zu befördern streben, die, mit Schnelligkeit gewachsen, es schon jetzt bemerken lassen, daß des Straßenunzugs und der Straßenbettelei in der Residenz weniger geworden . . .“

Zum Schluß bittet Wadzed um einen offiziellen Namen für seine Anstalt und um kaiserliche Protektion derselben. Der König verfügte darauf, daß die Anstalt „Wadzed'sche Anstalt“ heißen solle, und genehmigte, daß die Prinzessin Alexandrine (spätere Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin) das Protektorat der Anstalt übernahm.

Aber nur kurze Zeit sollte Wadzed sich seines Werkes freuen; ein langes Leben war ihm nicht beschieden. Sein Ende kam vielen unerwartet. Von starkem Körperbau und gesundem Aussehen, ein wohlgebildeter Mann mittlerer Größe, machte „Vater Wadzed“, wie er in seiner Anstalt hieß, den Eindruck größerer Lebensfähigkeit als er besaß. Er begann an Krampfanfällen zu leiden; dann raffte ihn plötzlich — am 2. März 1823 — ein Schlagfluß hin. Er war 61 Jahre alt geworden.

Bei seinem Tode waren in seiner Anstalt 335 Pfleglinge. Was sollte aus ihnen nun werden? Er war ja die Seele aller der Einrichtungen gewesen, die er geschaffen. Auch hatte er selbst das meiste zu ihrer Herstellung beigetragen. Wadzed lebte sparsam, wie er denn für gewöhnlich weder Bier noch Wein trank, und er hinterließ außer einer schätzbaren Kunstsammlung nichts; er hatte alles den Armen gegeben. Seine beiden Söhne, von denen der eine Offizier, der andere Kaufmann war, erbten von ihm wenig mehr als sein gesegnetes Andenken.

Aber an dem Sarge des Entschlafenen traten opferwillige Freunde der Anstalt — aus den Kreisen der Bürgerschaft und der Beamten — zusammen und verbanden sich zu einem „Verein zur Verwaltung der Wadzed-Anstalt“. Auch die „Ehrenmütter“, die bisher die Sorge für die Oekonomie der Anstalt und die Bekleidung der Pfleglinge, sowie die Jungfrauen, die sich bisher freiwillig an dem Unterricht theilgenommen, gelobten der Sache treu zu bleiben. Diese Gönner und Gönnerinnen, auch vom Hofe und insbesondere von der Prinzessin Alexandrine ermuntert, setzten das schöne Werk Wadzed's in seinem Sinne und Geiste fort. So gedieh es und blühte auch nach dem Tode des Stifters. Der Spruch, den er an den Giebel des Hauses hatte setzen lassen, Matthäi 25, V. 40: „Was ihr gethan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir gethan“, fand willige Hörer und Thäter des Wortes; die Almosensammlung behielt guten Fortgang und bürgerte sich auch in Kreisen ein, die bisher fernher gestanden. Bald sah man in vielen Vergnügungsorten, besonders in Weißbierstuben, an der Wand eine rothe Sammelbüchse mit der Aufschrift: „Für die Wadzedstiftung“.

Der Verein, welcher den Konsistorialrath Nicolai zum Vorsitzenden gewählt, beließ die Anstalt in der übernommenen Weise, bis die Kleinkinder-Bewahranstalten und Kommunal-Armenschulen in allen Theilen der Stadt

ins Leben traten und diese Bedürfnisse völlig befriedigt waren. Dann aber ließ man die mit der Anstalt verbundenen, nur für die nächste Umgebung des Lokals berechnete Kinder-Bewahranstalt und die Freischule für nicht im Hause wohnende arme Kinder nach und nach eingehen und glaubte für die Pflege und Erziehung aller aufzunehmenden Kinder besser zu sorgen, wenn dieselben, von ihrer Aufnahme an bis zu ihrer Einsegnung in der Anstalt, freie Wohnung, Kost, Kleidung und Schule erhielten und zu tüchtigen Handwerkslehrlingen und Dienstmädchen ausgebildet würden. In dem Vertrauen, daß die Milnthätigkeit der Wohlthäter der Anstalt nicht aufhören werde, wurde beschlossen, statt 25 bis 30 hinfort 100 Kinder als Bewohner der Anstalt aufzunehmen und sie mit allem Nöthigen zu versorgen. Unter dem Vorstis des Bischofs Roß, der auf Nicolai in der Leitung des Vereins folgte, wurde diese Aenderung durchgeführt, auch demgemäß ein Statut festgesetzt und vom Könige bestätigt (1834). In dieser Art besteht die Anstalt, welche seitdem durch Vermächtnisse wohlhabender Freunde gestiftet worden, noch jetzt.

Tausende von Kindern sind von ihr bewahrt, unterrichtet, erfreut worden; vollständig erzogen (vom 6. bis zum 15. Jahre bei den Knaben, vom 6. bis zum 17. bei den Mädchen) hat sie bis jetzt (d. i. bis zum Jahre 1883): 895 Kinder, nämlich 489 Knaben und 406 Mädchen. Wie gut sie dieselben erzogen, dafür sei hier die Aeußerung eines greisen Polizeiwachtmeisters angeführt, der vor kurzem bei Gelegenheit einer Recherche bemerkte: „So alt ich im Polizeidienst geworden bin, habe ich doch noch nie einen Bögling der Wadzed-Anstalt unter meinen Fingern gehabt.“

Auch ist der Zubrang zu der Anstalt ein großer. Jährlich werden im Durchschnitt 100 Kinder angemeldet, während aus Mangel an Raum nur 10 bis 12 aufgenommen werden können. —

So dauert das Denkmal fort, das sich Wadzed gesetzt. Auch die Straße, in der die Anstalt liegt, verewigt seinen Namen; auf die Bitte ihrer Bewohner genehmigte der König bald nach Wadzed's Tode, daß sie diesem zu Ehren statt Mudrichstraße fortan Wadzedstraße genannt wurde.

Begraben liegt Friedrich Wadzed auf dem Kirchhofe am Prenzlauer Thor. Alljährlich besuchen sein Grab dort die Böglinge der Anstalt in dankbarer Erinnerung. Sein Grabmal ist schlicht und einfach; der Bibel-spruch auf der eisernen Platte, welche die Stätte deckt, Joh. XV. 13, besagt, daß hier ein Menschenfreund ruht.

Aus den Veröffentlichungen der deutschen Geschichtsvereine.

Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde.

Neue Folge. VIII. Supplement. Kassel 1882. 4.

S. 1—101. G. Wolff, Das Römercastrum und das Mithrasheiligtum von Groß-Krozenburg am Main u. s. w. Mit Abbild. — [Handelt von dem römischen Grenzwall zwischen Wetter und Main nach den Untersuchungen der letzten drei Jahre — von dem Castell Groß-Krozenburg und seiner Umgebung — von dem daselbst gefundenen Mithrasheiligtum — von dem Altar des Jupiter Dolichenus und der Besatzung des Castells — von dem Gräberfeld und der bürgerlichen Niederlassung — und in einem Exkurs: über die architektonische Beschaffenheit der Mithrasheiligtümer.]

S. 1—36. R. Suchier, Die römischen Münzen, Stempel und Graffiti von Groß-Krozenburg und der Umgegend von Hanau. Mit Abbild.

Denkmal Johann Windelmanns. Eine ungekrönte Preisschrift Johann Gottfried Herders aus dem Jahre 1778. Nach der Kasseler Handschrift zum ersten Male herausgegeben und mit literarhistorischer Einleitung versehen von A. Dunder. Festgabe, den Theilnehmern der Generalversammlung des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Alterthumsvereine zu Kassel überreicht vom Vereine für hessische Geschichte und Landeskunde. Kassel 1882. XXXV und 61 Seiten 8.

Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holstein-Lauenburgische Geschichte. 12. Band. Kiel 1882. 8.

S. 1—72. Edermann, Zur Geschichte der Eindeichungen in Norderdithmarschen. — [Die Eindeichungen, deren Anfänge besonders lehrreich geschildert werden, haben dem Meere weit mehr Land abgewonnen, als dieses je durch Sturmfluthen an das Meer verloren hat.]

S. 73—112. G. v. Buchwald, Schleswig-Holsteinische Fischereiverhältnisse im XV. Jahrhundert. — [Von allgemeinem Interesse durch die Schlussfolgerungen auf mittelalterliche Lohn- und Wohlstandsverhältnisse.]

S. 113—129. A. Wolff, Flensburgs alte [seit der Mitte des 14. Jahrhunderts erbaute] Stadtmauern.

S. 131—161. Chr. Jessen, Kiel als Mitglied der deutschen Hanse [1283—1469].

- §. 163—178. Jellinghaus, Ein schleswigher Sadmann [d. i. der seit 1628 wegen ruchlosen Schimpfens auf der Kanzel viel verklagte Pfarrer Jürgen Johansen zu Nachstedt].
- §. 179—202. Kleinere Mittheilungen von Wehrmann, A. Wolff, Tagg, Chr. Walther, F. Finke, Edermann und J. G. Schäffer.
- §. 203—215. B. Brehmer, Aus Lübedischen Testamenten [der Jahre 1451—1480].
- §. 217—299. Pauli Petersen, Die Entstehungsgeschichte der schleswig-holsteinischen Kirchenordnung vom Jahre 1542.
- §. 301—313. C. E. Carstens, Geheimrath Michelsen. [Retrológ des 1801 zu Satrup gebornen, 1881 zu Schleswig verstorbenen, um die Erforschung der schlesw.-holst. Geschichte hochverdienten Gelehrten.]
- §. 315—371. F. Bolbehr, Uebersicht der [gegenwärtig im Amte stehenden] Geistlichen der evang.-luther. Landeskirche Schleswig-Holsteins.
- §. 373—400. F. Handelsmann, Antiquarische Miscellen. Mit Holzschnitten.
- §. 401—411. P. Paffe, Die [längst zerstörte] Gruft der Schauenburger zu Iphoe.
- §. 413—434. E. Alberti, Uebersicht der die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg betreffenden Literatur aus dem Jahre 1881 (und 1882 init.).

Geschichts-Blätter für Stadt und Land Magdeburg. Herausgeg. vom Vorstande des Magdeburger Geschichts-Vereins. 17. Jahrg. 4. Heft. Magdeburg 1882. 8.

- §. 339—357. Jäde, Ehre, Ehrenstrafen, unehrliche Leute im Mittelalter bis zur neuern Zeit mit Beziehung auf Sachsen und Magdeburg.
- §. 358—397. F. Hälke, Beiträge zur Geschichte der Buchdruckerkunst in Magdeburg. Schluß [bis 1551].
- §. 398—409. F. Holstein, Gabriel Rollenhagen. [Der 1583 zu Magdeburg geborne Neulateiner und dramatische Dichter war ein Sohn des bekannteren Georg Rollenhagen.]
- §. 410—437. Ph. Wegener, Spiele aus dem Magdeburger Lande mit Beiträgen aus anderen Gegenden Norddeutschlands.
- §. 438—446. Miscellen von F. Holstein, Hälke und R. Paulstel.

Neunundfünfzigster Jahresbericht der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur. Enthält den Generalbericht über die Arbeiten [in kurzen Auszügen] und Veränderungen der Gesellschaft im Jahre 1881. Breslau 1882. XVI und 424 Seiten gr. 8.

Neues Archiv für sächsische Geschichte und Alterthumskunde. Herausgeg. von F. Ermisch. 3. Bd. 1.—4. Heft. Dresden 1882. 8.

- §. 1—65. F. C. Hart, Der Konflikt der kursächsischen Regierung mit Herrnhut und dem Grafen von Zinzendorf. 1733—1738.
- §. 97—117. F. Knothe, Das Landeswappen der Oberlausitz. — [Die goldne Zinnenmauer im blauen Felde war ursprünglich nur Stadtwappen von Baugen. Da Baugen als Borort der Sechsstädte auch in Landesangelegenheiten mit seinem Stadtwappen siegelte, so gewöhnte man sich allmählig, trotz alles Widerspruchs, der namentlich von Görlitz ausging, daran, das städtische Wappen als das des Landes zu betrachten. Erst der Prager Friede von 1635 erkannte offiziell die Zinnenmauer als Landeswappen der gesammten Oberlausitz an.]

- §. 201—228 und §. 257—289. R. v. Jaroschowski, *Pattul's Ausgang*. — [Enthält einiges Neue über die Reisen Pattul's nach Berlin 1703—1704, sowie über den brieflichen Verkehr, in welchem er auch in den nächstfolgenden Jahren mit Ilgen und anderen preussischen Staatsmännern gestanden.]

Schriften des Vereins für die Geschichte der Stadt Berlin.

Heft XX. — Berlin, Moskau, St. Petersburg. 1649 bis 1763. Ein Beitrag zur Geschichte der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Brandenburg-Preußen und Rußland von Frhr. V. v. Röhne. Berlin 1882. IV und 172 Seiten 8. — [Die Arbeit liefert eine bis ins Einzelne gehende, mit Holzschnitten illustrierte Beschreibung der Vorgänge bei Hofe, so wie der zwischen den beiden Höfen gewechselten Geschenke u. s. w. und zerfällt in folgende Abschnitte: 1. Poroschin, ein russischer Kurier, in Berlin 1654. — 2. Brandenburgische Geschenke an die Zaren. 1649, 1656, 1673, 1675, 1677—1679, 1688—1689. — 3. Peter der Große in Berlin 1697, 1712, 1713, 1717. — 4. Peters Gesandte am Berliner Hofe: Fürst Jurij Trubezkoy 1700—1701. Andreas Ismailow 1701—1702. Johann Reinhold v. Patkul 1703. Iwan Ismailow 1706—1707. Albert von der Pith 1706—1709. Graf Alexander Solowkin 1713—1729. Graf Michael Solowkin 1723. — 5. Der Degen, den angeblich Peter bei Poltawa getragen, Geschenk des Zaren an Friedrich I. 1709, aus Berlin entführt von Lottleben 1760. — 6. Das Bernsteinkabinett im R. Schlosse zu Berlin, an den Zaren verschenkt 1716, und das Bernsteinzimmer im R. Palais zu Jaroslaw-Selo. — 7. Die königliche Jagd, genannt „die Krone“, von König Friedrich I. erbaut 1704, ein Geschenk König Friedrich Wilhelms I. an Peter den Großen 1716. — 8. Friedrich der Große und Elisabeth Petrowna. Der König schenkte ihr 1745 sein Porträt und 1746 einen (gegenwärtig noch im Gebrauch befindlichen) Krönungswagen. — 9. Die Gogolowski'sche Gemäldesammlung in der Kaiserlichen Eremitage, beim Bankrott des bekannten Berliner Kaufmanns von der Kaiserin Katharina an Zahlungsstatt angenommen.]

Zeitschrift für Geschichte und Landeskunde der Provinz Posen.

Herausgeg. von Chr. Meyer. 1. Bd. 3. Heft. Posen 1882. 8.

§. 295—368. W. Bär, Die „Bamberger“ bei Posen. — [Die seit 1719 in die Dörfer bei Posen eingewanderten, von Hause aus katholischen Bamberger und andern Süddeutschen sind durch den Einfluß der Kirche und der Schule allmählig fast ganz polonisiert worden.]

§. 369—378. Hedenbed, Historisch-Statistische Nachrichten über die kath. Pfarre zu Wągrowitz. Schluß.

Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen. Jahrg. 1882.

Hannover 1882. 8.

§. 1—40. D. Reinardus, Sameler Geschichtsquellen. Johann v. Böhle [schrieb 1384] und seine Quellen.

§. 41—63. Müller, Ausgrabungen bei Harpstedt, Hannover.

§. 64—128. E. Bodemann, Die geistlichen Bruderschaften [deren 19 außer denen der Hünfte nachgewiesen werden], insbesondere die Ralands- und Ragelbrüder der Stadt Lüneburg im Mittelalter. Mit bisher ungedruckten Urkunden.

§. 129—214. E. Bodemann, Briefe an den kurhannoverschen Minister Albr. Phil. von dem Busche von der Herzogin (Kurfürstin) Sophie, der Erb-

prinzeß Sophie Dorothee (Herzogin von Ahlden), der Äbtissin von Herford: Elisabeth von der Pfalz, Leibniz und der Frau v. Harling, aus den Jahren 1677—1697. — [Diese Briefe sind nicht nur für die Lokalgeschichte von hohem Werth, sondern auch für die Sittengeschichte der Zeit und berühren vielfach auch die brandenburgische, z. B. durch die höchst vortheilhafte Schilderung des Berliner Hofes 1682 (S. 145 f.), durch die Auslassungen über die Katastrophe der Erbprinzessin (Herzogin von Ahlden) 1694 u. s. w. Ueber die Letztere empfangen wir zwar keine neuen Aufschlüsse, aber manchen Beitrag zur Ergänzung und weiteren Begründung des Bekannten. — Vergl. auch Ztschr. f. Preuss. Gesch. Jahrg. 1882, S. 540.]

§. 215—218. Urtheil Leibnizens über die Rechtsgültigkeit der Ächtersklärung gegen Heinrich den Löwen. — [Leibniz erklärt die Unfehlbarkeit dieser Verurtheilung.]

§. 219—227. A. Röcher, Auslassungen der Herzogin Elisabeth Charlottte von Orleans über die Prinzessin von Ahlden.

§. 228—253. A. Röcher, Memoiren der Eleonore von dem Knefsebed, Hofdame der Prinzessin von Ahlden.

§. 254—255. A. Röcher, Zwei Briefe der Prinzessin von Ahlden [Bittgesuche von 1698].

§. 356—304. D. Meinardus, Der historische Kern der Hamelner Rattenfängerfage. — [Vers. vermuthet ihn in einer Erscheinung der Tanzwuth, wie sie im Mittelalter oft vorkommt; der Rattenfänger sei späterer Zusatz.]

§. 305—320. Miscellen von Herquet, A. Harland, E. Bobemann und F. Günther.

Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein, insbesondere die alte Erzdiocese Köln. 37. Heft. Köln 1882. 8.

§. 1—119. Naaßen, Die römische Staatsstraße von Trier über Belgica [Billig] bis Wesseling am Rhein, und der Römerkanal am Vorgebirge. Mit 2 Zeichnungen.

§. 120—176. [34] Altentstücke zur Geschichte des Kölner Erzbischofs Hermann von Wied aus den Jahren 1543—45. Gesammelt von F. J. Floß, eingeleitet von E. Pastor.

§. 177—187. F. Floß, Vier Urkunden [aus den Jahren 1335—1566] über Grundbesitz der Abtei Heisterbach zu Oberkassel.

§. 187—200. F. Voersch, Zur Geschichte der Herrschaft Löwenberg. Im Anschlusse an die von Floß [vorstehend] mitgetheilten Urkunden.

§. 201—204. Miscelle von A. G. Stein.

Greifswald und der Große Kurfürst im Jahre 1678.

Von

D. Krause,

Gymnasiallehrer in Greifswald.

Nach der Schlacht bei Fehrbellin besetzte bekanntlich der Große Kurfürst Schwedisch-Pommern. Anfang October des Jahres 1678 war er Herr des Landes bis auf zwei, im Westen der Provinz gelegene, feste Plätze. Auch Stralsund, welches grade ein halbes Jahrhundert vorher dem Friedländer getrogt hatte, unterlag der kurfürstlichen Belagerung. Nachdem die Stadt in der Nacht vom 10. zum 11. October beschossen worden war, mußte sie sich dem brandenburgischen Kriegsherrn auf Gnade und Ungnade ergeben. Von diesem Tage ab war Greifswald der einzige Ort in Pommern, welcher sich nicht in den Händen des Kurfürsten befand. Bei diesem Zeitpunkte soll unsere geschichtliche Darstellung einsetzen. Sie wird den Verlauf der kriegerischen Angelegenheiten um Greifswald bis zu seiner Übergabe verfolgen, dann den Kurfürsten in die besetzte Stadt, sowie weiter bis zu seinem Scheiden aus dem gänzlich unterworfenen Pommern begleiten. — Indem wir uns bei dieser Schilderung auf die Akten des hiesigen städtischen Archivs stützen, erhalten wir eine in mancher Beziehung willkommene Ergänzung der auf brandenburgischer Seite, insbesondere der durch Sigismund v. Buch überlieferten Aufzeichnungen aus dem gegnerischen Lager. Insofern diese Begebenheiten sich auf Greifswald beziehen, haben sie eine so eingehende Besprechung, wie wir sie zu bringen beabsichtigen, bisher noch nicht gefunden.¹⁾ Denn, wenn auch Otto Jod

¹⁾ Zur Erinnerung an die Belagerung Greifswalds veröffentlichte der Verfasser im Kreisanzeiger für den Kreis Greifswald 1878, Nr. 220—220, 5. November u. ff. eine Reihe von Artikeln „Greifswald vor zweihundert Jahren“, welche hier in Erweiterung vorliegen.

in seinen Rügenſch-Pommerſchen Geſchichten die Einnahme des heutigen Neuborpommern durch das brandenburgiſche Kriegsſheer beſonders berückſichtigt, ſo beſchäftigt er ſich doch vorzugsweiſe mit den Ereigniſſen um und in Stralsund, wo er, ein geborener Rügenaner, ſein Geſchichtswerk verfaßte, und welches die Aufmerkſamkeit der allgemeinen Geſchichtsforſchung ſtets bei weitem mehr auf ſich gezogen hat, als das Schickſal der minder bedeutenden Schweſterfeſtung Greifswald.

Eingeſchloſſen war Greifswald bereits drei Jahre lang, ſeit 1675, mehr oder minder hart. Die umherliegenden ſtädtiſchen und akademiſchen Güter hatten unter dem kriegeriſchen Treiben außerordentlich gelitten. Die Dörfer des Amtes Eldena¹⁾ waren verwüſtet und größtenteils niedergebrannt. Schon im Jahre 1675 betrug die geſamte Einnahme der Univerſität nur 2728 Gulden, und in den Rechnungen heißt es von dem Univerſitätsgute Leit: „Dieſes Dorf iſt von Herrn Generalmajor Slantings daſelbſt ſouteragirenden Marqvetoctors angezündet und ganz abgebrandt, daß nichts mehr als der Hirtenlate beſtehen geblieben.“ Von Hanshagen: „Dieſes ganze Ackerwerk iſt, wie Herr Generalmajor Slanting nach Stettin gegangen, angezündet, und nichts als das bloße Kſehaus beſtehen geblieben;“ ähnlich lautet es bei den übrigen Dörfern. Im Jahre 1676 betrug die Einnahme 1746 Gulden, und von Diedrichshagen iſt vermerkt: „Dieſes Jahr iſt nicht geet, daher auch nicht gemähet worden;“ bei Hanshagen: „iſt ganz wüſte;“ bei Thurow und Radelow: „liegen ganz wüſte.“ Im Jahre 1679 beträgt die ganze Einnahme 493 Gulden; die Höfe ſind größtenteils abgebrannt und die Bauern tot; Eldena liegt ganz wüſte, und es ſieht nur noch das Wohnhaus.

Wenn es dermaßen auf dem platten Lande ausſah, konnten die Verhältniſſe in der Stadt gleichfalls nur traurige ſein. Die Hochſchule zählte neun Lehrer, und vom Herbit 1677 bis dahin 1678 wurden nur acht Studierende eingeſchrieben. Wa das Straßennetz betrifft, ſo gewährte die Stadt im ganzen daſſelbe Bild, welches von Greifswald heute der Beſchauer empfängt. Regelmäßig rechtwinkelig durch die Eiterzienfermönche in Eldena angelegt, iſt es im Laufe der Jahrhunderte wenig oder gar nicht geändert worden. Dagegen haben Mauern, Gräben und Wälle bedeutende Umgeſtaltung, zum teil vollſtändige Vernichtung erfahren. Erklärlich, daß ſich dieſe damals in einer Verfaſſung befanden, welche von der heuti

¹⁾ Roſegarten, Geſchichte der Univerſität, Bd. I, S. 263.

ganz verschieden ist, denn Greifswald war eben Festung und verlor diesen Charakter erst während des vorigen Jahrhunderts. Ja, als Festung war es kurz vorher noch besonders zur Verteidigung in stand gesetzt worden, einmal während des dreißigjährigen Krieges und zwar namentlich von dem Kaiserlichen Oberst Perusius, dann auch im Jahre 1659, als es sich anschickte, eine Bestürmung durch den Großen Kurfürsten auszuhalten. Vorzugsweise die Umgebungen der Stadt in unmittelbarer Nähe der Thore sind ganz andere geworden. Die damalige Beschaffenheit zu rekonstruiren, gelingt nicht ohne weiteres. Jedoch wird, wer sich für diese örtlichen Umgestaltungen interessiert, in den Pommerschen Genealogien, Band III., einen vortrefflichen, von Professor Dr. Pyl veröffentlichten Plan, Greifswald im Mittelalter, finden, welcher ihm die nötige Anleitung dazu verschafft. — Daß Handel und Wandel darnieder lag, ist an sich klar. Zwar erhielt sich bei den Belagerten die Hoffnung, dem Äußersten zu entgehen, so lange als die Nachbarfestung Stralsund noch Widerstand leistete. Als aber auch diese gefallen war, mußte die Aussicht auf Errettung fast ganz schwinden. Das Bombardement der Stadt Stralsund, welches nach Greifswald herüber leuchtete, war für diese Stadt das Unglückszeichen des nahen Falles. Auf eigene Kraft konnte die Besatzung sich kaum mehr verlassen. Die Wenigsten der Soldaten¹⁾ hatten ein tüchtiges Gewehr. Viele waren so schlecht bekleidet, daß sie ihre Scham kaum bedecken konnten. Die Zuverlässigkeit der Truppen stand nicht außer Zweifel. Außerdem war die Anzahl derselben gering, um die nach Verhältnis immerhin weitläufige Stadt zu besetzen. Der Winter meldete sich bei Zeiten. Bei dem Frost wurde Mangel an Feuerungsmaterial empfindlich bemerkbar. Die Soldaten scheuten sich nicht, Teile alter Schiffe und Balken von Häusern in den Ofen wandern zu lassen. Hier und da zogen sie Torf aus den Wällen, ohne daß man dies verhindern konnte, wenn auch der Kommandant es sich Mühe kosten ließ und mit Strafen vorging. Die Brauer lieferten kein Bier mehr, die Bäcker kein Brot. Am Montag, den 21. Oktober, zog der schwedische Befehlshaber, Graf von Königsmark, mit seinen Mannschaften aus der Stralsunder Besatzung an Greifswald vorüber. Bei dem Hafenorte Wied überschritt er den kurzen Küstenfluß Nyd, welcher die Stadt Greifswald mit der Ostsee verbindet. Die Eingeschlossenen bemerkten von ihren Wällen und Türmen zwar die Nähe der befreundeten Truppen, jedoch ohne daß ihnen daraus ein Vorteil entsprungen wäre. Nur „mit

1) Alten des Ratsarchivs, C. 369. „Wahrhaftige Umstände und Motive, wodurch der damals gewesene Kommandant Klaus v. Bieting jederzeit die Uebergabe der Stadt sich zu justifiziren getraut.“

doppelter Salve, gleichsam zum Valet" vermochten sie die Leidensgenossen zu begrüßen. Sie sahen die Stralsunder Besatzung den Weg in die Gefangenschaft voranschreiten, welchen auch sie voraussichtlich bald würden wandeln müssen.

I. Die Vorverhandlungen.

(24. Oktober bis 5. November.)

Da Stralsund in die Hände des Kurfürsten übergegangen war, gewann dieser Gelegenheit, nunmehr seine Macht um Greifswald zu sammeln, um auch diesen letzten schwedischen Ort zur Übergabe zu zwingen. Generalleutnant v. Görzke befand sich bereits den 24. Oktober in dem Dorfe Neuenkirchen, eine halbe Stunde von Greifswald vor dem Steinbeckertthore in der Richtung nach Stralsund zu gelegen. Wollte der Oberst Klaus (von) Vieting aus Greifswald — so schreibt v. Görzke aus Neuenkirchen¹⁾ — Jemand an ihn oder den Kurfürsten entsenden, um sich über die Vorbereitungen zur ersten Belagerung zu unterrichten, so sollte derselbe sicheres Geleit von und nach der Stadt genießen. Botschaften zu anderem Zweck könnten nicht gestattet werden, das werde der Oberst selbst einsehen. Der Kurfürst schätze die Person des Obersten und biete ihm einen „raisonablen Akkord“. Einige wenige Zeit möchte vielleicht allerdings noch die Halsstarrigkeit vorhalten. Aber sie könne zu nichts anderem, als zur Verwüstung der guten Stadt führen, welche sein Herr aus christfürstlichem Mitleid gerne verschone. Vieting möge die Gnade schon jetzt annehmen und könne dann zugleich mit dem Grafen Königsmarck auf kurfürstliche Kosten nach Schweden zu Schiff befördert werden. Kein verständiger Mensch werde die Übergabe dem Kommandanten verargen, zu einer Zeit, wo das ganze Land, selbst Stralsund, in der Gewalt des Feindes sei. Es gelte, da Hilfe und Entsatz nicht zu erwarten sei, Garnison und Stadt vor gänzlichem Untergange zu bewahren.

Am Freitag, den 25. Oktober, brach der Kurfürst mit seinem Stabe von Stralsund gegen Greifswald auf, übernachtete in Falkenhagen bei Reinberg, mittenwegs von Stralsund nach Greifswald, und gelangte, am nächsten Tage jedenfalls auch den Ryckfluß bei Wied überschreitend, wo wenige Tage vorher Graf Königsmarck gezogen war, über Eldena, wo Feldmarschall Derflinger zurückgelassen wurde, und Remnik (Pfarrdorf an der heutigen Chaussee von Greifswald nach Wolgast) nach Wrangelsburg.

¹⁾ Katsarchiv. In Abschrift erhalten.

An demselben Tage hatte die von Neuenkirchen her erfolgte Aufforderung, mit der Übergabe der Stadt nicht länger zu zögern, innerhalb derselben die Wirkung, daß Bürgermeister und Rat nebst dem Universitätskollegium sich vereinigten, um Schonung für die Stadt zu erbitten. Für das geistliche Ministerium verfaßte zu diesem Zweck Magister Stephani ein demüthiges Schreiben, welches wir im Wortlaut folgen lassen:

Durchleuchtigster Churfürst!
Gnädigster Herr!

Gleich wie dem Allmächtigen Gott selbst nicht zuwieder gewesen, wenn sein Knecht Abraham, dem, der Stadt Sodom angetroheten untergang, durch demüthige bitte Vorzu Kommen, getrachtet, also tragen zu Ew. Churfürstl. Durchl. als einem Christlichen Potentaten auch wir Die unterthänigste zuversicht, es werde dieselbe nach Dero sonderlich in der Clementz undt erbarmung nach Gott gefinnetem gemüthe es nicht ungenädig aufnehmen, wenn auch wir bey dem Unserer Stadt Greiffswaldt fast ebenmäßig bevorstehenden feurigen untergang uns in tieffester Demuht mit unterthänigster ab- und vorbitte einzuKommen erKühnen müssen. Wir haben nicht allein aus dem Jenigen, was Ew. Churfürstl. Durchl. durch dero hohen Minister den H. General-Lieutenant Görgken anhero berichten lassen, Vernommen, in was gefahr diese unsere Stadt stehen, sondern Können auch auß dem exempel der benachbahrten Stadt Stralsundt und sonst das besorgliche große elend genugsam absehen, welches Unsere Stadt treffen werde, wenn derselben durch feuer also sollte zugeseket werden, und Können derhalben, in dem wir für dieselbe zu Gott schreien, auch nicht umbhin Ew. Churfürstl. Durchl. demüthigst anzutreten, umb das angedrohetete übel unterthänigst zu verbitten. Es ist ja die gute Stadt nicht in dem stände begriffen, das es bey Ihr stehen sollte hierin zu disponiren, sondern ist durchaus der alhie noch stehende potestät Unsers Allergnäd. Königs und der hoimäßigkeit des H. Commandanten in diesem stück annoch unterworfen, welchen wen sein suchen nicht sollte statt finden, wir zu anderer resolution zu bewegen fast zweiffeln müssen, da er unterdeßen Völlige und zureichende macht über alle einwohner hat, denen dann nicht gebühren will sich demselben zu widersetzen, daher so solches die armen einwohner ja wohl billig entschuldigen mag, das sie dessen, wozu sie nicht können, auch nicht entgelten mögen. Es führet dagegen Unsere Stadt Greiffswaldt nun über die dreyhundert Jahr her den guten ruhm, daß sie immer zu eine Von den friedsammen und treuen städten in dem Pommerischen Israel gewesen, und erinnern Wir Uns noch Jährlich alhie dessen mit Danksagen gegen Gott, das Greiffsw. Vor mehr den dreyhundert Jahren sich der

damahl hart bedrenget und zimlich Verlassen gewesenem samptlichen Landesfürsten in diesem Lande auffß treulichste an- und dieselbe sorgfältigst aufgenommen hat, und wegen solcher treue insonderheit mit hohen fürstlichen Gnaden angesehen worden, und hoffen derhalben unterthänigst, das Ew. Churfürstl. Durchlaucht nebst dem hochfürstl. Pommerischen gebiäte, auch zugleich ein solch hold gesinntes gemühte gegen Unsere unschuldige Stadt geerbet haben werde. Ja wir hoffen, es werde dieselbe bedenken, wie Unsere Greiffswaldt gleichsam der Sitz gewesen der bißher durch Gottes Gnade in diesem Lande im schwang gehenden Augspurgischen Confession gegen welche sich Ew. Churfürstl. Dchl. allewege ganz gnädig erbotten, und wie es mit so schönen Gottes hausern und darin gemachten guten Verordnungen Versehen, wie eben zu Greiffswaldt die werckstädt des H. Geistes die hohe Schule bißher gestanden, da so manche Edle Seele zu Gottes ehre Und aufnehmen der Kirchen und Regiments angeführet und erzogen worden, daß auch hohe fürstl. Personen selbst den orth ihrer gegenwart und Gnade gewürdiget, und ihre Studia daselbst angestellet haben, und ist deswegen bis diese Stunde auch bey den außwertigen Greiffswaldt noch immer in der Consideration gestanden, daß sich mancher derselben zu seinem Rast und unterricht, zu seiner hülffe und trost bedienet. Und wan dann nach eigener erzehlung des H. Geistes in seinem worte das siegende Heer des Königs Davidß jener Stadt Abel eben umb dergleichen ursachen willen auch Verschonet, und die Mutter in Israel nicht getödtet noch das Erbtheil des Herrn Verschlungen, ja wenn auch heidnische gemühter selbst solche Öhrter nicht gern Verstöret sehen mögen, und derowegen Von den weisen zu Rohm beklaget ward, daß dem Griechenlande durch zerßörung der Stadt Corinthus gleichsam das eine auge außgerißen wäre, So tragen wir abermahl daß unterthänigste Vertrauen zu ihrer Churfürstl. Durchl. weltbekandten Christlichen gemühte, es werde ferne Von derselben seyn, daß sie nun Greiffswaldt als den bißherigen Pflanzgarten der tugendhaften gemühter in diesem Lande nun sollte so ruiniren und Verderben lassen. Und was würde doch derselben mit Unserm untergang und eusersten Verderben mit erbärmlicher einäschierung der so schönen kirchen und anderer gebäue gebieten sein. Was wirbt dieselbe Vor nützen haben Von dem unbeschreiblichen elend so Vieler unschuldiger exulirender jammer und nohtleidender eingeflüchteten, so Vieler armen Wittwen und waisen, so Vieler Unmündigen Kinder, so Vieler schwangerer leiber, so Vieler frankten und gebrechlichen und dergleichen biß auff den todt bekümmerter hertzen bey welchen allen nichts anders den winseln und flehen gehöret wirdt? Wir bitten derhalben durch die unendliche barmhertzigkeit Gottes, welche, wenn

er gleich eine Adama¹⁾ auß Uns machen und Uns wie Jehoim zurechten könnte, dennoch Viel zu brünstig ist, das er nicht thun mag nach seinem grimmigen zorn und sich nicht lehret Uns gar zu Verderben, Wir bitten durch das jammernde herze Gottes gegen Rivalbe und deren unmündige Kinder, ja wir bitten und flehen, durch die weinende Augen und fließende trähnen Unfers Heylandes Jesu Christi über dem Untergang der Stadt Jerusalem, und umb das theure Blut, welches er, das ewige feuer zu leschen, für Uns alle vergossen hat, Ew. Churfl. Dchl. wolle sich Unser gnädigst erbarmen und Uns mit dem angedroheten übel in Gnaden Verschonen, dagegen aber dero Churfl. weltbekannten und überall hochgepriesene hulde und Clomontz uns hierin genießen lassen Wir werden so lange wir leben solche hohe Gnade mit unterthänigst dankbaren gemüthe erkennen, vergeririon und rühmen, auch nicht auffhören Gott für Ew. Churfl. Durchl. und dero gesamntes hohes Churfl. Haus umb dero zeitlich und ewiges woll ergehen inbrünstig anzurufen. Ja so lange Greiffswaldt stehet wirdt dasselbe nicht unterlassen ebenfalls diese hohe Churfl. Gnade Kindes kindern zu erzehlen, und nebst dehnenselben in unsterblichen unterthänigsten danke zu Verharren. Wünschen nochmahl Von Herken, daß Ew. Churfl. Dchl. hohe Gnade Uns wie ein Abendregen kommen, und den besorglichen feuerschaden abwenden möge. befehlen darauff dieselbe in den Gnadigen Schutz Gottes undt verbleiben.

Ew. Churfl. Dchl.

Unterthänigste und demüthigste Vorbitter

Sampliche Diener des Göttl. worts
in Ministerio daselbst.

Gr. d. 25. 8br. 1678.

Unter dem 26. Oktober, antwortet von Remniz aus, also noch auf der Reise, der Kurfürst auf das Gesuch des Magistrats. Von den kurfürstlichen Schreiben, welche im Original bei den Akten sich finden und die eigenhändige Unterschrift des Kurfürsten tragen, ist dieses das erste. Es lautet:

Von Gottes gnaden Friderich Wilhelm Margggraff zu Brandenburg, des Heyl. Röm. Reichs Erz Cämmerer undt Churfürst in Preußen, zu Magdeburg, Jülich, Cleve, Berge, Stettin, Pommern p. Herzog p.

Unsern gnädigen gruß zuvor, Hoch- und Wohlgelehrte, Erbahre undt Ehrsamme, liebe Besondere; Wir haben Euer Schreiben vom gestrigen dato

¹⁾ Adama und Jehoim sind Städte, welche das Schicksal Sodoms hatten.

wol erhalten, undt darauß ersehen, wasgestalt Ihr ümb die conservation der Stadt Greiffswald, und daß Wir zu dem ende die von dem Obristen und Commandanten darinnen gethane offerre anzunehmen geruhen möchten, unterthänigst ansuchen wollen. Wir geben Euch darauf in gnaden zu vernehmen was maßen Wir in Unserem gemühte eine so große angestammte Landes Väterliche liebe gegen das gute Pommerland empfinden, daß der klägliche zustand desselben Uns eine herzhliche betrübnuß machet, Jezzo da das einigke Greiffswald noch übrig, dessen verhängnuß sich in kurzem offenbahren wirdt, so wünschsen Wir von grundt der Seele, daß solches conserviret bleiben, und Wir also zum wenigsten einen ort überkommen mögen, an welchem Wir Unsere Väterliche clementz und güte zu erkennen geben können. Es dependiret aber solches numehro nicht von Uns, sondern fürnehmlich von dem Commandanten, welchen Wir zu zweyen mahlen einen honorablen Accord antragen auch dabey viele raisonnables vorstellungen thun laßen: Es hat derselbe solches außzuschlagen umb so viele weniger uhrsache, weil Er ganz keinen secours oder entsatz zu hoffen hat, undt also der orth nothwendig verlohren gehen muß. Ihr habet dennach denselben nur allein dahin zu disponiren, daß Er durch beschleunigung des offerirten Accords, Euren ruin undt verderb verhüte; Solte aber solches nicht geschehen, so werden Wir, wiewol wieder Unseren willen, dasjenige wieder einen ort worinnen Unser feindt ist, vornehmen müssen, was alle Göttr- undt Weltdliche Rechte erlauben und an handt geben: Wir werden auch, wan es zum ernste kommet, nicht eher aufhören oder von hinnen weggehen, bevor Wir Unseren zweck erreichet, undt könnet Ihr leicht ermessen, daß Wir die geschossene Kugeln nicht in Unser Handt haben, noch dieselbe modoriren oder aufhalten können, wan es einmahl angefangen; Wir wollen aber auff solchen fall hiemit vor Gott undt aller Weltdt contestiret haben, daß Wir von dem Euch undt der guten Stadt obschwebendem unheil Unser Gewissen Herz undt Hände frey undt rein behalten, undt solches denenjenigen zu verantworten anheimb geben wollen, welche es durch eine ungeitige opiniatrität verurhsachet. Im übrigen habet Ihr bey einer guten accommodirunge von Uns alle selbst desiderirende Landes Väterliche Huße undt Gnade zu erwarten, Womit Wir Euch dann sambt undt sonders wollen zugethan sein. Gegeben im feldtlager bey Rehmig, den 26. Octobr. 1678. Friedrich Wilhelm, Churfürst.

Am Sonntag, den 27. Oktober, bleibt der Kurfürst in seinem neuen Hauptquartier Wrangelsburg¹⁾, woselbst er das dort befindliche

¹⁾ Das Gut Wrangelsburg hieß früher Neu-Borwerck oder auch nur Borwerck. Unmittelbar nach Beendigung des dreißigjährigen Krieges, im Jahre 1649, gelangte es

Schloß bezieht. Wrangelsburg liegt $2\frac{1}{2}$ Meilen südöstlich von Greifswald in der Richtung nach Anklam. Abgesehen von den Unterbrechungen, auf welche wir zu sprechen kommen, hielt sich der Kurfürst hier bis zum 17. November auf.

Am Montag, den 28. Oktober, unternahm der Kurfürst von Wrangelsburg aus einen Abstecher in die Belagerungswerke vor Greifswald. (Sigismund v. Buch). Er überzeugte sich, wie seine Leute vor Greifswald Posto gefaßt und sich ohne Verlust 400 Schritte von der Außenschanze niedergelassen hatten. Von demselben Tage ist ein Schreiben des Rats, Universitäts-Kollegiums und geistlichen Ministeriums datiert, welches aufs neue um Gnade bittet und sich den Vorstellungen anschließt, welche der Kommandant den Tag vorher dem Kurfürsten hatte zugehen lassen.

Dienstag, den 29. Oktober, werden diese Bitten ablehnend von Wrangelsburg aus durch den Kurfürsten beantwortet:

Von Gottes gnaden Friderich Wilhelm, Marg-Graff zu Brandenburg, des Heyl. Röm. Reichs Erz-Cämmerer undt Churfürst, in Preußen, zu Magdeburg, Gütlich, Cleve, Berge, Stettin, Pommern p. Herzog p.

nebst den benachbarten Gütern Krebsow und Bräffow an den schwedischen Grafen Carl Gustav v. Wrangel, welcher u. a. aus der Schlacht von Fehrbellin bekannt ist. Nach ihm hat es den Namen erhalten, welchen es noch heute führt. Im Jahre 1722 gingen die Güter an den Grafen Brahe, alsdann an General v. Normann über. Im Jahre 1816 kamen sie in Besiz der Familie Lang und neuerdings Wrangelsburg und Bräffow, also ohne Krebsow, in die Hände des jetzigen Besitzers, Herrn v. Homeyer. Das von dem Kurfürsten bezogene Schloß steht heute nicht mehr. Rudiger Neuenkirchen ließ dasselbe erbauen, zugleich daneben eine stattliche Kapelle. Ausgebaut wurde es vom Grafen Wrangel, welcher öfter in ihm seine Wohnung aufschlug. Das Schloß, welches eine Reihe schöner Zimmer enthielt, war ein rechteckiger Bau von drei Stockwerken, mit einem hohen Turm verzierl. Die Längsausdehnung ging nach dem nahen See und war doppelt so groß, als die anstoßenden Seiten. Wo nicht der See schützte, umsäumte Wall und Graben die Behausung. Von der Landstraße führte eine breite, regelmäßige, auf beiden Seiten dichte, schöne Allee gerade auf den Eingang des Schloßes zu. Wenige Jahre vor 1684 wurde der Turm sowie das oberste Stockwerk durch Feuer zerstört. (Abschrift eines Altenküttes aus dem Jahre 1684, welches einer „Beschreibung“ des Schloßes gewidmet ist. Im Besitze des Herrn v. Homeyer befindlich.) — Mit dieser Beschreibung stimmt im wesentlichen eine Abbildung des Schloßes überein, welche gleichfalls im Besitze des Herrn v. Homeyer sich befindet. Danach zeigt das Gebäude eine Front von sechs Fenstern mit recht breiten Fensterwänden. Der Turm erhebt sich wenig über die Linde des Daches und weist namentlich oben ein ruinenhaftes Gepräge auf. Der Bau ist durchaus einfach und schmucklos. Die Abbildung trägt die Bezeichnung Nr. 4, woraus wir entnehmen, daß sie zu einer Sammlung pommerscher Schloßer und Guts Häuser gehört. Die Unterschrift lautet: Prospekt von Wrangelsburg von der Morgenseite. Als Verlagsort ist Leipzig, 1792, bezeichnet.

Unsere gnädigen gruß zuvor, Würdige, Hoch- und Wohlgelehrte, Liebe Besondere; Wir haben Euer abermahliges schreiben von Eueren wohl erhalten, undt daraus ersehen, waß Ihr fernerweith wegen Eurer Verschonunge beweglich Vorstellen können. Wir bezeugen nochmahlen vor Gott undt aller Welth, das Unß mit Eürem Verderb ganz nicht gebient ist, sondern Vielmehr daß Wir von herzen Eüre conservation Verlangen. Wir haben dazue in Unserem Vorigten schreiben ein solch mittell Vorgeslagen, welches Eür Commendant der von Biting mit Ehren undt Guther manier wohl hette annehmen können: Weilen Er es aber außgeschlagen, so Können Wir auch nicht anders als nach Krieges-raison Verfahren, undt zwar wie es die iezige zum Winther lauffende zeit undt saison mit sich bringet.

Wann den daß lenige, was Ihr von Unß bittet, bey Uns nicht stehet, undt dannenhero Unß allerdings unmöglich fällt, von Unser gefaseten resolution, den orth unter Unserer bothmehigkeit zu bringen, abzugehen, so hoffen Wir, Ihr werdet desfalls ferner in Unß nicht bringen: Gleich wie Wir zu dem Höchsten Gott das sichere Vertrauen haben, Er werde Unß das unheil, so etwa der Stadt nach Unserem so vielfältigem undt Gützigem erbiethen überkommen möchte, nicht zurechnen. In übrigen beziehen Wir Unß auf unsere Vorigte schreiben, undt Verbleiben Euch mit Churfürstlichen Hulden undt Gnaden Jederzeit woll beygethan; Gegeben im Hauptquartier zu Wrangelsburg, den 29. Octobris Anno 1678.

Friderich Wilhelm Churfürst.

Mittwoch, den 30. Oktober, fällt Besonderes nicht vor. Die Belagerten benutzen diesen und die folgenden Tage dazu, den Feind in seinen Belagerungsarbeiten zu stören. Eine Hoffnung, sich zu befreien, konnten sie füglich nicht mehr nähren.

Unter Donnerstag, den 31. Oktober, verzeichnet Sigismund v. Buch: Der Feind machte einen Ausfall, wurde aber mit Verlust zurückgeworfen. Wir verloren heut einen Reiter, dem der Kopf ganz glatt weggenommen wurde. Der Kommandant schoß, wie an den vergangenen Tagen, wüthend ohne alle Aussicht, uns Schaden zu thun, wie es uns scheint, nur um sein Pulver zu verbrauchen und sich dann zu ergeben. Unsere Arbeiter kamen gut vorwärts.

Freitag, den 1. November, wird gleichfalls von brandenburgischer Seite (Sigismund v. Buch) gemeldet: Man schoß heut mehr, als jemals, aus der Stadt. Eine Bombe nahm einem Zäger alles Fleisch vom Bein.

Sonabend, den 2. November, fährt der Kommandant Greifswalds mit Schießen fort, jedoch ohne die Brandenburger in ihrer Arbeit zu stören.

Sonntag, der 3. November, unterscheidet sich, wie es scheint, nicht von den vorangegangenen Tagen.

Montag, den 4. November, errichteten die Brandenburgischen die Geschütze auf der großen Batterie. Nun sind die Belagerungsarbeiten so weit gediehen, daß die letzte Karte ausgespielt werden kann. Dem Kurfürsten ist es um eine möglichst schnelle Erledigung des Kampfes um Greifswald zu thun. Die politische Lage ist anderweitig verwickelt genug. Von Wrangelsburg sendet er daher an den Greifswalder Rat ein Schreiben, welches den Belagerten den Ernst der Stunde deutlich vor die Seele führt. Er schreibe nunmehr zum letzten Male. Die zum Bombardement der Stadt nötigen Batterien seien fertig gestellt. Wenn keine Übergabe erfolge, solle die Beschließung sofort beginnen: Es stehe frei, durch Abgesandte sich von den Vorbereitungen zu überzeugen. Eine Verzögerung werde dadurch jedoch nicht erreicht werden. Das Schreiben, gleichfalls im Original vorhanden, lautet:

Von Gottes gnaden Friderich Wilhelm, Marggraff zu Brandenburg, des Heyl. Röm. Reichs Erzh. Cämmerer undt Churfürst, in Preußen, zu Magdeburg, Jülich, Cleve, Berge, Stettin, Pommern pp. Herzog p.

Unsern gnädigen Gruß zuvor; Würdige, Hoch- und Wohlgelehrte, Ehrbare undt Ehrfahne, Liebe Besondere; Wiewohl Wir bereits vorhin zu zweyen mahlen Vergeblich den Commandanten undt Euch vor alleyn der Stadt obschwebendem unheil gewarnet, auch dabeneben dem besagten Commandanten umbsonst undt ohne effect einen ehrlichen accord angeboten: So haben Wir jedoch aus herzlichem Verlangen Euch undt die Stadt gerettet zu sehen, nicht unterlassen wollen, zum dritten mahl gegen den Commandanten undt Euch Unser gnädigstes undt wohlgemeintes erbiethen undt Verlangen zuerneuern. Unsere Batterien undt wercke sind nunmehr fertig, alles ist bereith, umb der Stadt nach so oft geschehener Vergeblichen antragunge Unserer Gnade, allen ernst undt feindseligkeit spüren zulassen, welche in dergleichen fällen gebrauchet werden können. Daferne Euch demnach Eüre undt der Eürigen Wolsahrt undt rettunge lieb ist, So habet Ihr den Commandanten dahin zu bewegen, daß Er sich die Guarnison, die Stadt undt so viele tausendt unschuldige seelen, ohne fernerer Verzug dem obschwebendem Verderb undt untergang entziehe, undt wahr umb so viele mehr, weil Er doch keinen entsatz oder secours im geringsten zu hoffen hatt; Solche aber diese Unsere Wohlgemeinete Warnunge abermahlen ohne frucht und effect sein, So wollen Wir hiemit zum letzten vor Gott undt aller Weltdt contestiret haben, daß alles unglücke, so der Stadt überkommen möchte, nicht Unß, sonderst denen

Senigen, welche Unsere so Vielfältige offerirte Gnade undt rettunge außgeschlagen, alleine bezumessen ist. Im übrigen stellen Wir Euch frey, ob Ihr Einige Eüres mittels, umb die gemachte praeparatoria in augenschein zu nehmen, stracks nach empfangunge dieses schreibens, herauszuschicken wollet, Wir werden aber desfalls keinen ferneren Verzug gönnen oder Verstaten. Seindt Euch schließlich mit Churfürstlichen hulden undt gnaden wollgewogen; Gegeben im Haupt-Quartior zu Wrangelsburg den 4./14.^{ten} Novembris, Anno 1678.

Friderich Wilhelm, Churfürst.

Von Seiten der Bürgerschaft war man willens, von der angebotenen Erlaubnis Gebrauch zu machen und Deputierte vor das Thor, bez. in das kurfürstliche Hauptquartier, zu senden. Bestimmt wurden hierzu aus dem Rat Bürgermeister Diekmann und vom geistlichen Ministerium Magister Stephani. Auch der Kommandant erklärte sich hiermit einverstanden. So wird

Dienstag, den 5. November, folgendes Schreiben an den Kurfürsten verfaßt und wahrscheinlich auch abgesandt:

Durchlauchtigster Churfürst, Gnädigster Herr. Demnach Ew. Churfürstl. Durchlaucht in Dero gnädigsten Schreiben de dato Wrangelsburg den 4./14. Novembris Dero sonderbares preßwürdigstes Verlangen Uns und diese Stadt gerettet zu sehen aberelns mit mehrerem zu erkennen gegeben und nachdem nunmehr alles umb der Stadt den ernst spüren zu lassen, bereit, vorhero nochmal Dero Gnade derselben anzutragen gnädigst beliebet, auch daneben einige Unseres mittels, umb die gemachte praeparatoria in augenschein zu nehmen hinauszuschicken auß angeborner Clemence uns freigestellet Und dann nach beschehener gebührlicher Communication mit hiesigem Herrn Commandanten an Ew. Churfürstl. Durchlaucht umb Derofelben unsere unterthänigste Erlehrung zu eröffnen und fernere Vorstellungen zu thun, einige Deputirte abzufertigen wir entschlossen;

So haben Ew. Churfürstl. Durchlaucht umb sicheren Geleit für dieselben mittels diesem unterthänigsten anlangen und immittelst Dero Behandlung Churfürstl.

Huld Uns demütigst empfehlen wollen;

Ew. Churfürstl. Durchlaucht unterthänigst demütigste Bürgermeister und Rath samt gemeiner Bürgerschaft wie auch dem Ministerio in der Stadt Greifswalde.

Gegeben unter der
Stadt Signet d.
5. Novembris
1678.

Zugleich sandte der Kommandant einen Brief, die Festung erst Ende Januar übergeben zu wollen. Diese Hartnäckigkeit verdroß den Kurfürsten. Umgehend wurde die Antwort ausgemacht, Wrangelsburg, den 5. November. Nunmehr sei mit unnötigem Hinhalten Zeit genug vergangen. Jetzt möge Kriegsraison walten und die Verantwortung für das Unglück der Stadt der Starrköpfigkeit des Belagerten zur Last fallen. Es ist das letzte Wort des Kurfürsten, bevor sich das Geschick der Stadt erfüllt. Das Schreiben, gleichfalls im Original erhalten und mit eigenhändiger Unterschrift des Kurfürsten, lautet:

Von Gottes gnaden Friderich Wilhelm, Marggraff zu Brandenburg, des heyl. Römischen Reichs Erzbischoff, Cammerer und Churfürst, in Preußen, zu Magdeburg, Süllich, Cleve, Berge, Stettin, Pommern p. Herzog pp.

Unsern gnädigen gruß zuvor, Würdige, Erbähre undt Ehrsamme, liebe Besondere; Es solte Uns nichts liebers gewesen sein, als daß die von Euch beschlossene heraußschickunge Ihren fortgang hatte gewinnen undt dadurch so woll die gute Stadt nebst Ihren privilegien, als auch die Garnison selber conserviret werden können. Weilen aber der Obrister undt Commandante darinnen, der von Viting, außdrücklich schreibet, daß Er von seiner vorigten erklerunge, den ort nicht eher als im Janario zu übergeben, nicht abweichen können, solche aber von Uns nimmermehr angenommen werden wirdt, so halten Wir unnötig, die zeit durch vergebliche schickungen hinbringen zu laßen, sondern werden dasjenige thun undt vornehmen, was Kriegs-raison erfordert; undt soll es Uns bey allen begebenheiten zum trost gedeihen, daß Wir alles dasjenige, was zu Eurem heil und rettunge dienen können, nicht ein, sondern vielemahl vorstellen laßen. Wir verbleiben Euch im übrigen mit Churfürstl. Gnaden gewogen. Gegeben im Hauptquartier zu Wrangelsburg den 5./25.^{ten} Novembr. 1678.

Friderich Wilhelm Churfürst.

II. Die Beschießung, Einnahme und Übergabe der Stadt.

(5. bis 9. November.)

Dienstag, den 5. November, Abends begann das Bombardement.¹⁾ Die Folgen desselben waren, wie erklärlich, Angst und Schrecken. An

¹⁾ Gesterding, Beitrag zur Geschichte der Stadt Greifswald, Greifswald 1827, Nr. 939, nimmt zwei Beschießungen an, die eine in der Nacht vom 4. zum 5. No-

viesen Stellen brach Feuer aus. Nach einer halben Stunde brannte es schon an sieben Stellen. Überall in der Stadt herrschte die größte Not und Verwirrung. Vergebens wurde der Kommandant in der Nacht um 2 Uhr von dem Bürgermeister Diekmann ersucht, Vorkehrungen treffen zu lassen, daß der Feind mit der Beschießung aufhöre. Er lehnte dieses ab, indem nach Kriegsgebrauch hiervon bis zum folgenden Morgen Abstand genommen werden müsse. Doch diese Schreckensnacht schildert uns ein Augenzeuge selbst, und zwar sogar das Haupt der Stadt, Bürgermeister Diekmann¹⁾, auf einem Blatt, welches den Akten beigelegt geblieben ist! Was wüßten wir Besseres als einen Teil dieser Schilderung hier folgen zu lassen?

„In derselben Nacht ist zwischen 10 und 11 Uhr das Schießen und Feuereinwerfen angegangen, welches dann mit starken und glühenden Kugeln, Brandern, Feuertöpfen, Granaten dergestalt vehement gewesen und unaufhörlich continuiret, daß kaum einen Augenblick man damit stille gehalten, wie denn auch die ganze Nacht durch mit Stücken vom Wall wieder auf sie gespielt, auch bis um 10 Uhr des andern Tages beibehalten worden.

Ob nun zwar, ohne was in Häusern hin und wieder gelöschet, an unterschiedenen Orten und zwar erst beim Bettenthor in der Frau Parmanschen Gartenhaus, nachmals vom Steinbederthor, itom bei der Herrenmühle, Giewings Convent²⁾, bei der Marienkirche, bei Herrn Regierungsrath Wolfradt³⁾ und meinem Hause⁴⁾ das Feuer und zwar durch boshaftige Versäumung derer, die die Strohdächer nicht abreißen wollen, angegangen und bei die 30 Häuser und Scheunen dadurch in Asche gelegt, so hat doch Gott seine gnädige Hand deromassen über seine Häuser, uns und diese ganze Stadt gehalten, daß die Kirchen und vornehmsten Häuser erhalten.

Des Nachts um 2 Uhr ungefähr, habe ich auf unablässiges Anhalten der Bürger zu dem Herrn Obristen auf den Wall gehen und ihn bittlich anhalten müssen, weil er den Untergang der Stadt vor Augen sehe, durch denselbigen aber dennoch keine Hilfe unserm gnädigen Könige geschehen

venner und in der darauf folgenden noch eine. Diese Trennung ist nicht aufrecht zu erhalten. Auch treffen bei ihm die Folgen des ersten und zweiten Bombardements ganz zusammen. Aus den oben mitgetheilten Briefen des Kurfürsten geht unzweifelhaft hervor, daß die Beschießung nicht bereits am 4. November begann.

¹⁾ Ueber die Persönlichkeit dieses Mannes, welcher vielfach in den Akten vorkommt, geben wir weiter unten einige Mittheilungen.

²⁾ Westphalsche Convent.

³⁾ Markt 11, schönstes Giebelhaus am Markt, jetzt im Besiz des Justizrat v. Bahl.

⁴⁾ Dieses Haus lag in der Kuhstraße nahe der Marienkirche.

konnte, er das Elend und den vor Augen stehenden totalen Ruin zu Herzen nehmen und zum Aktor resolviren oder doch nur, um Zeit zur Bösung zu gewinnen, anschlagen lassen möchte. Da er sich dann erklärt, weil es wieder Kriegszeit wäre, in der Nacht anschlagen zu lassen, sobald es Tag geworden, zu thun. Er würde aber nicht, sondern es möchten wir von unsern Leuten welche heraus schicken."

Als der Morgen des 6. Novembers über Greifswald aufging, waren die Ergebnisse der Beschießung zum Schrecken der Bürger in vollem Umfange klar. Im ganzen waren beschädigt 144 Häuser, davon 30 bis 40 ganz zerstört, und außerdem 14 Scheunen. Von den Kirchen hatte, wie es schien, am meisten die Marienkirche gelitten und zwar Turm, Gewölbe, Pfeiler und Mauern. Zur Erinnerung an diese Zerstörung wurden 15 Kugeln eingemauert, welche noch heute innerhalb der Kirche und an ihren Außenwänden zu sehen sind. Vier befinden sich im Innern, draußen elf, von denen drei an der Ostseite, die übrigen an der Südseite angebracht sind. Ein genaues Verzeichniß der angerichteten Verwüstung hat der Rat aufnehmen lassen. Es besteht aus drei Listen, von denen die eine auf das Mühlenthor-Viertel mit 67 Nummern, die zweite auf das Bettenthorsche mit 15 Nummern, die dritte mit 49 Nummern sich auf einen Stadtteil bezieht, dessen Bezeichnung fehlt.

Mit dem Ernst, welchen der Kurfürst gezeigt, hatte er sein Ziel erreicht. In der Stadt herrschte kein Zweifel darüber, daß über die Kapitulation verhandelt werden mußte. Sechs Deputierte wurden aus der Stadt zum Kurfürsten gesandt, zwei waren Militairs, Major Horn und Kapitän Rosenfeld. Der Rat, die Bürgerschaft, die Universität und die Geistlichkeit hatten je einen gestellt. Major Horn war Sprecher¹⁾ und trug im Namen des Kommandanten nochmals darauf an, den Belagerten eine Frist und zwar bis Ende Dezember zu gestatten. Der Kurfürst nahm diese Zumutung wenig entgegenkommend auf. So blieb den Abgesandten nichts Anderes übrig, von der Übergabe zu beginnen. Sie seien überzeugt, ein so großmüthiger Fürst werde der Stadt, welche sich bis aufs äußerste verteidigt habe, nichts zumuten, was sie entehren und entwürdigen könne. Auf diese Anschauungen ging der Kurfürst ein, und es wurden die Grundzüge des Übergabevertrages festgestellt, mit welchem die militärischen Mitglieder sich ohne Schwierigkeit einverstanden erklärten. Die Vertreter der anderen Körperschaften sprachen die Hoffnung aus, daß ihnen ihre Freiheiten gelassen werden würden, und zeigten sich lebhaft erfreut, als ihnen zufriedenstellende

1) Sigismund v. Buch.

Versicherungen hierüber zu teil wurden. Die Deputation unterhielt sich nach der Audienz beim Kurfürsten mit der Umgebung desselben und äußerte sich sehr schmeicheltast über des Kurfürsten Persönlichkeit. Sie seien hoch erfreut, den Kurfürsten gesehen und ganz anders gefunden zu haben, als er ihnen geschildert worden sei. Im besondern geben sie Sigismund v. Buch zu erkennen, daß ihnen der Alford, welchen der Kurfürst vorgelegt habe, ehrenvoll für die Stadt erscheine, und daß sie von dem lebhaftesten Wunsche befeelt seien, der Kommandant möge demselben zustimmen. Im anderen Falle sei eine Empörung der deutschen Soldaten und der Bürgerschaft wahrscheinlich. Zur Zeit würde Militär und Bevölkerung noch durch den der schwedischen Krone geleisteten Eid in Treue erhalten, jedoch bald werde man sich jeglicher Bedenken entschlagen.

Vielleicht wurde den Abgesandten auch die Verbriefung der bürgerlichen Freiheiten gleich eingehändigt, sie lautet vom 6. November:

Nachdem Seine kurfürstliche Durchleuchtigkeit zu Brandenburg p. unser gnädigster Herr dem Obristen und Commendanten zu Greifswalde Claus Viting bloß aus der Ursache einen honorablen accord gegeben, damit die gute Stadt vor gänzlichem Verderb und ruin conserviert bliebe, So versichern sie noch ferner, Bürgermeister, Rath und gesambte Bürgerschaft, wie auch die Universität und das Ministerium, daß selbige insgesambt und besonders bey ihren Privilegiis, Rechten und Gerechtigkeiten, sowol in Religions- Kirchen- und Schul- als Prophan-sachen, wie auch bey ihren Gütern, mobilien, immobilien und foundationen ruhiglich gelassen und darunter in keiner wegen beeinträchtigt werden sollen. Gestalt von Seiner Churfürstl. Durchl. vielmehr entschlossen sind, so wol die Stadt als die Universtität mit mehreren Gerechtigkeiten und foundationen zu beyder aufnehmen in gnaben anzusehen. Und wollen ofthöchstermelter Sr. Churfürstl. Durchl. obberogte Privilegia, Rechte und Gerechtigkeiten, so bald sie Ihro nur vorgelegt worden, in gnaben confirmiren.

Signatum unter viel höchstermelter Sr. Churfürstl. Durchl. eigenhändiger Subscription und vorgebrudtem Churfürstl. Insegeßl.

Wrangelsburg, den 6./16. November 1678.

Friedrich Wilhelm, Churfürst.

Der nach dem Muster der Übergabebedingungen Stettins entworfene Capitulationsvertrag war den Belagerten nicht ganz so günstig als der, welcher einen Monat vorher der Festung Stralsund bewilligt worden war. Die schwedische Besatzung sollte mit allen Kriegsehren ausrücken und später zusammen mit der aus Stralsund nach Schweden geschafft werden.

Den Deutschen soll freistehen, in brandenburgischen Dienst zu treten oder mit Abschied nach Hause zu gehen. Fuhrwerk zur Fortschaffung des Gepäcks und der Familien sollte für die Schweden gestellt und Alles, wenn nicht zu Lande so zu Wasser, nach Penemünde geliefert werden. Von den Gefangenen werden dem Kommandanten nur zwei Stück bewilligt. Die Gefangenen werden auf freien Fuß gestellt, den Überläufern wird verziehen. Wegen der städtischen und akademischen Freiheiten verbleibt es bei den mündlichen Abmachungen. Etwaige Minen werden angegeben und aufgedeckt.

So etwa lautet der Entwurf des Vertrages, wie er sich bei den Ratsakten befindet. Unzweifelhaft wurde er vom Major Horn in dieser Fassung dem Kommandanten vorgelegt und von diesem genehmigt. Er trägt das Datum des 8. Novembers. Am Tage des Abschlusses marschirten 400 Mann vom Regiment Garde und 400 Mann vom Regiment Derflinger durch das Mühlen Thor in Greifswald ein. Der Entwurf des Vertrages lautet wie folgt:

Den ungefähren Entwurf der *acordts puncten* von Uebergabe der Stadt Greifswaldt anno 1678 den 9. Novembr.

1) Soll die ganze Garnison zu Pferde und zu Fuß ohn Unterscheid der Nation mit Klingendem Spiel, fliegenden Fähnlein, brennenden Luntten, mit Sach und pack, nach Soldaten gebrauch nebenst den Commandanten alle Ober- und Unter-Officirer, Artollerey und andere Civil- Bediente mit al den ihrigen und habenden Pagage frei aufziehen; wer von die National, worunter Schweden, Finnen und die Riefländer gerechnet, auch so nicht Teutsche sein, sicher und ohngehindert nach Penemünde zu dem H. Feldmarschall Graff Königsmarcken confugiret werden. Die Teutsche aber laut Avocatorien soll frey stehen, Dienst zu nehmen, oder mit ihren abschleiden nach Hause zu gehen, und soll niemandt hierzu gezwungen, noch aufgehalten werden, insonderheit soll von Churfürstl. Seitten beyhm Auszug, noch auf dem March sich niemandt unterstehen, von dem National Dienste zu nehmen, persvadiren noch zwingen.

2) Zu fort Bringung des Commandanten und sämtlicher Officirer Pagage und Familien, sol ihnen genugsamer Fuhren gegeben werden vnd was nicht zu Lande fortzubringen soll zu Wasser sicher nach Penemünde gebracht werden.

3) Soll auch die ganze Garnison nebenst Ober- und Unter-Officirer vnd Gemeiner, so lange sie in Pommern seindt, nebenst den anderen Truppen aus Stral Sundt hieselbst verpflegt werden, auch bei den Transport zur See selbige sicherheit und Verpflegung genießen, wie die aus Stralsundt, auch nebenst diese mit genugsamer fahr zeugen versehen werden.

4) Soll einem jeden frey sehn, der nun nicht mit Kommen kan, vor sich selbst oder seiner Familie und sachen hier oder wo es ihm in Pomern beliebt zu Bleiben, vnd so lange sie hier sein, Sr. Churfürstl. Durchl. Special-Schutzes zu genießen haben, auch Künftig zu ihrer abreise mit sicheren pßßen versehen werden.

5) Werden den Commendanten die Fähnlein von den teutschen Truppen, wie auch zwei metallen Stücke nebenst allem Zubehör und Ammunition mit herauszuführen, frey gegeben, auch zur fort Bringung solcher Stücke mit nöthigen pferden versehen.

6) In Consideration das die übrigen beiden Stücke und zwei 60pfündige Mörser nicht haben können gefolget werden, So haben seiner Churfürstl. Durchlaucht dem Commendanten über das noch vorhandene Magazin Korn die frey Disposition gelassen.

7) Krancke vnd Verwundte, die nicht fortzubringen sein vnd hier noch bleiben müssen, sollen ohne entgelt mit nöthiger Thur qvartier vnd lebensmittel versehen werden, auch nachdem sie genesen, wieder zu den ihrigen mit sicheren Pßßen gelassen werden.

8) Die Gefangene, wo welche sein, sollen auf freyen Fuß gestellt werden und die Ueberläufer perdonirt.

9) Was im übrigen sowohl die Stadt als Universität zu ihrer sicherheit durch ihre eigenen Depotirten tractiren lassen, darin hat es sein Verbleib.

10) Alle verdeckte Minen vnd Focaden soll der Commendant Schuldig sein ohn alle argelst zu entdecken vnd anzugeben.

11) Damit nun obige Acoordts Puncten fest vnd unverbrüchlich gehalten werden, So haben Seiner Churfürstl. Durchl. mit dero eigenen subscription solche versichern wollen.

Datum Frangelsburg.

den 8. Novembr. anno 1678.

Am Sonnabend, den 9. November, wurde vom Kurfürsten zu Brangelsburg das Mittagessen eingenommen. Nach demselben begab er sich mit seinem Stabe und seiner Familie, der Kurfürstin, dem Kurprinzen und den anderen Prinzen über Eldena nach Greifswald. In der Nähe von Eldena begegnete der Kurfürst der aus der Stadt ausrückenden schwedischen Besatzung, welche im Begriff war, nach Peenemünde zu marschieren.¹⁾ Sie bestand aus ungefähr 400 Mann Infanterie und Reitern

¹⁾ Die zur Vershiffung nach Schweden bestimmten Truppen sammelten sich in Peenemünde. Die im ganzen 4500 Mann starken Ausländer wurden auf 23 Schiffen

ohne Pferde und etwa 60 berittenen Reitern, hatte 12 Fahnen, aber keine Standarten. Ungefähr gegen 3 Uhr erreichte der Kurfürst nebst Gefolge die Stadt und nahm zu Wagen seinen Einzug. Der Magistrat war dem Sieger vor das Thor entgegen gegangen, wo der Syndikus Schwarz in einer Rede den Kurfürsten begrüßte. Auf den Straßen der Stadt war die Teilnahme der Bevölkerung eine lebhafte. Der Kurfürst mit Familie nahm in dem Rathause Wohnung. Es waren die zu ebener Erde gelegenen Räumlichkeiten für den Empfang des Kurfürsten eingerichtet, da es dem Kurfürsten beschwerlich fiel, Treppen zu steigen. Zudem litt der Kurfürst damals wiederholt an Gicht und Husten. Die Anstrengungen des Feldzuges und das vorgerückte Lebensalter — der Kurfürst war damals 58 Jahre — mußten das Ihrige dazu beitragen.

III. Der Kurfürst zum ersten Male in der Stadt.

(10. und 11. November.)

Am Sonntag, den 10. November, wurde in der Nikolaskirche ein feierlicher Gottesdienst abgehalten, welchem der Kurfürst, die Kurfürstin, der Kurprinz nebst den anderen Prinzen, sowie die Gesandten und Großen des Hofes, beiwohnten und bei welchem ein Te deum gesungen wurde. Die Festrede hielt Magister Stephani, und es sei eine sehr gute Rede gewesen, bemerkt v. Buch. (Magister Johannes Stephani war 1665—1711 Archidiacon an St. Nikolai, sein Bildnis findet sich in ganzer Figur noch

untergebracht und von einer kurfürstlichen Fregatte begleitet. Doch die Hälfte nur sah die Flotte wieder. An der Küste von Bornholm strandete die ganze Flotte, und an 2000 Menschen ertranken. (Droysen.)

Die Vermutung, daß der schwedische Teil der gefangenen Greifswalder Besatzung nicht für sich allein, sondern mit der Stralsundischen zugleich nach seinem Vaterlande verschifft wurde, hatte zunächst die größte Wahrscheinlichkeit zur Seite. Durch eine Druckschrift aus dem Jahre 1679 — Verlagort nicht angegeben —, welche die hiesige Universitätsbibliothek, Nr. 1666, aufbewahrt, erlangt diese Vermutung Gewißheit. Die genannte Veröffentlichung, „Schwedischer Völcker Schiffbruch bei der zur Kron Deunemars gehörigen Insel Bornholm“, bringt ein von vier schwedischen Obersten unterzeichnetes Gelübde, unter welchen sich auch Klaus Bietling befindet. Es ist am 2. Dezember 1678 auf Bornholm aufgestellt. Aus ihm geht hervor, daß die Greifswalder Garnison den Schiffbruch mit erfahren hat, daß ihr Oberst aus demselben mit dem Leben davonskam, und schließlich nebenbei, daß die in den Akten sich häufig findende Adelsbezeichnung von Bietling nicht berechtigt, sondern für sie entweder in Höflichkeit oder Unkenntniß der Grund zu suchen ist.

heute im nördlichen Chorumgang von St. Nikolai.) Nach Beendigung des Gottesdienstes fand die feierliche Huldbigung auf dem Rathhause statt in dem zu ebener Erde rechts gelegenen großen Zimmer, welches für diese feierliche Handlung mit rotem Tuch¹⁾ belegt worden war. Für den Kurfürsten, welcher sich immer noch angegriffen fühlen mochte, sprach der Geheime Rat und General-Kriegskommissar Bodo v. Gladebeck, gleichwie dieser auch in Stralsund bei der Huldbigung die Anreden für seinen Herrn gehalten hatte. Im Namen des Magistrats antwortete Syndikus Schwarz. Zunächst wurde der Magistrat vereidigt. Das Eidesformular ist bei den Akten erhalten und lautet:

Ich N. N. — gereden, loben und schweren dem durchleuchtigsten Fürsten und Herrn H. Friedrich Wilhelm Marggrafen zu Brandenburg, des heyl. Röm. Reichs Erz Cämern und Churfürsten in Preußen, zu magdeburgl, Güllich, Cleve, Berge, Stettin, Pommern, der Cassuben, und wenden, auch in Schlessien, zu Croßen und gagerdorf herzogon, Burggrafen zu Nürnbergk, Fürsten zu Halberstadt, Minden und Cammin, Graffen zu der Mark und Ravensbergk, Herrn zu Ravenstein und der Lande lauenburgk und hüttau unsern gnädigsten Churfürsten und Herrn auch S. Churf. Durchl. Künftigen Erben nachkommende Churfürsten und marggraffen zu Brandenburg und herzogon in pommern eine rechte wahre Erbhuldbigunge, also das S. Churf. Durchlaucht, der Erben, nachkommende Churfürsten und marggraffen zu brandenburgk wir treu gewärtigk und gehorsam seyn, S. Churfürstl. Durchlaucht besthes wissen und befordern und derselben schaden und nachtheil warnen und wenden wollen und sollen nach unsern höchsten Vermögen, und das wir in der stelle nicht stehen wollen, da S. Churf. Durchl. an denselben Ehren, Würden und Gutthern verkleinert und verfürzt werden mögen, auch keine Correspondentz oder Gemeinschaft mit deroelben Feinden pflegen oder hegen, sondern bey derselben getreulich mit darsetzung selbes und lebens, gutthes und bluthes halten, und uns sonst in allen thunde verhalten sollen und wollen, als frommen, treuen und gehorsamen unterthanen gegen ihren rechten Erbherrn eignet und gebühret; und da höchst Ererbthe S. Churf. Durchl. nach dem Willen Gottes mit tode abginge, welches die Göttliche Almacht lange verhütthen wolle, auf den Fall wollen S. Churf. Durchl. Künftigen Erben, nachkommenden Churfürsten

¹⁾ Auch in Stralsund spielte das rote Tuch bei der Huldbigung eine bemerkenswerte Rolle. Die Amtsstube des hiesigen Landgerichtes, früheren Appellationsgerichtes, unrer schwedischer Herrschaft von 1808 ab Obertribunales, sind heute noch mit rotem Tuche ausgelegt.

und marggraffen zu brandenburg wir hiermit geschuldtig und geschworen haben, und sonst niemanden vor unsern Erbherrn und landesfürstl. obrigkeit erkennen auf- und annehmen, auch das thun und leisten, was getreuen unterthanen ihren Erbherrn zu thun schuldig und pflichtig, getreulich und sonder gefehrde. Als uns Gott helfe und sein heyliges Evangelium ppp.

Anwesend waren vom Magistratskollegium Bürgermeister Niklaus Jürgen Schmitterlow, Bürgermeister Dr. Bernhard Diedmann, vom Räte Hieronymus Westphal, Johannes Ribow, Thomas Murray, Georg Schwarz, Erich Engelbrecht, Christian Matthiae, Brandannus Brunst, Jacobus Battus und als Sekretarius Balihafar Nürenberg.

In dem Vorstehenden sind zwei Bürgermeister und neun Ratmänner genannt, doch besaß Greifswald damals drei Bürgermeister, wie damals überhaupt, und nach Gesterding, Beitrag zur Geschichte der Stadt Greifswald, Fortsetzung I, S. 126 u. f. auch mehr als neun Mitglieder des Rates, worüber wir noch weiter unten handeln.

Über die Bürgermeister bemerken wir zunächst: Dieselben ergänzten sich durch Kooptation aus der Mitte der Ratmänner. Die Wahl galt auf Lebenszeit. Es sind dies Bestimmungen, welche bis in die neueste Zeit ihre Gültigkeit bewahrt haben. Erst durch die im Jahre 1873 hier selbst eingeführte Stadtverfassung wurde die Lebenslänglichkeit des Bürgermeisterramtes aufgehoben, und der jetzige Bürgermeister ist der erste in der Geschichte Greifswalds, welcher auf Zeit gewählt wurde. Die Nomination der zur Bürgermeisterrwürde vorgeschlagenen Personen besitz heutigen Tages noch der Magistrat. Sie erfolgt gegenüber dem Landesherrn, welcher einen der drei vorgeschlagenen Kandidaten auswählt. — Von den beiden unter dem Eidesformular verzeichneten Bürgermeistern, Schmitterlow und Diedmann, tritt namentlich Diedmann während der brandenburgischen Belagerung und Besatzung wiederholt hervor. Er war ein Stiefsohn des anderen, des Bürgermeisters Schmitterlow, und nach dem, wie gesagt, damals bestehenden Selbstergänzungsrechte von diesem an seine Seite gewählt worden. In den nahen verwandtschaftlichen Beziehungen dieser beiden Männer erblickte der älteste der drei Bürgermeister, Dr. Kaspar Hoyer, Gefahren für die Verwaltung des Gemeinwesens und suchte die Wahl vor ihrem Zustandekommen zu hintertreiben, wie er sie auch, als sie doch erfolgt war, wiederholt, selbst vor den Gerichten, angriff. Ein wider Aktienband, welcher sich im Stadtarchive findet, legt hiervon Zeugnis ab. Die feindliche Stellung, in welche er sich durch diese Umstände zu seinen Amtsgenossen gesetzt sah, hat ihn wahrscheinlich veranlaßt, sich von den Bürgermeistergeschäften fern zu halten. Dazu kam andauernde Kränklichkeit, welche ihm gebot, das Haus zu hüten. Anwesend aber war Dr. Hoyer während des von uns behandelten Zeitraumes in Greifswald, wie u. a. aus der Mitteilung Sig. v. Buchs zu entnehmen ist, welcher von ihm einmal zur Tafel geladen wurde.

Dr. Kaspar Hoyer, geb. zu Stralsund den 29. August 1618, aus angesehenem Stralsundischen Geschlecht, studierte in Rostock von 1638, in Greifswald von 1641 ab und ward — nach großen Reisen in Holland und Frankreich — in

Greifswald 1647 zu Rat erwählt. Im Jahre 1648 ward er Bürgermeister, war also bereits an der Spitze der Stadt während der ersten brandenburgischen Belagerung. Im Jahre 1672 wurde er zum Landrat berufen. Er starb am 2. April 1689. (Diese, wie die allermeisten folgenden Personalnotizen sind den *Vitae Pomeranorum* entlehnt, einer weitläufigen Sammlung von Hochzeitsgedichten, Beisepreden und Beerdigungsprogrammen, welche aus dem Besitz des hier früher bestehenden Appellationsgerichtes nach Aufhebung desselben an die Universitätsbibliothek gelangten. Aus dem meist reichlich fließenden Material ist nur hier das Wichtigste, und in knappestem Umfang, beigebracht worden.)

Claus Jürgen Schmitterlow (Nikolaus Georg S.), aus alter Greifswalder Familie, ward bereits 1658 in den Rat gewählt und erlebte in hervorragender Stellung sowohl die Belagerung Greifswalbs durch den Großen Kurfürsten im Jahre 1659, als auch die im Jahre 1678. Die Bürgermeisternürbe erlangte er im Jahre 1676. Er vermählte sich im Jahre 1644, also bald nach der Geburt des hier folgenden Diedmann, mit Katharina Engelbrecht, der Witwe von Bernhard Diedmann, Rentmeister des Herzogs von Croy in Ludwigsburg (Kreis Greifswald). Im Jahre 1683 legte er sein Bürgermeisteramt nieder und starb im Jahre 1688 zu Segebadenhau, seinem Gute im Kreise Grimmen. Das Geschlecht Schmitterlow ist ausführlich behandelt in Pyl, *Pommersche Genealogien*, Zweiter Band, Greifswald 1868, S. 229—392.

Bernhard Diedmann wurde im Jahre 1644 zu Ludwigsburg (Kreis Greifswald) geboren, wo sein Vater Rentmeister des Herzogs von Croy war. Seine Mutter heiratete in zweiter Ehe Nikolaus Georg Schmitterlow (siehe vorigen Abschnitt). Nach dem Besuche des Gymnasiums in Stade bezog Bernhard D. die Universität Rostock im Jahre 1663. Nachdem er daselbst zwei Jahre studiert hatte, wandte er sich nach Greifswald und trat von hier im Jahre 1667 eine Reise nach Holland an. Auf der Rückkehr besuchte er die Hochschulen zu Leipzig und Jena, wo ihn die Nachricht von der tödlichen Erkrankung seiner Mutter (1669) ereilte. Im Jahre 1671 erwarb er sich an der heimischen Universität den Grad eines juristischen Doktors und heiratete im Jahre 1672 die Witwe des früheren Bürgermeisters Heinrich Balthasar, Anna Margarethe Hoyer, welche um 16 Lebensjahre ihm voraus war, ein Umstand, welcher in der bereits erwähnten Klageschrift des Dr. Hoyer besonders hervorgehoben wurde. Die Ehe blieb kinderlos. Von ihm finden sich viele Aufzeichnungen in den Akten. Sein Haus lag in der Kuhstraße, litt während der Beschließung und ward im Jahre 1679 während der brandenburgischen Besatzung unter Alexander Zeuge lärmhafter Auftritte, da dem Bürgermeister zum Behuf schnellerer Vertreibung ausgegriebener Gelder feindliche Soldaten einlogiert wurden. Im Jahre 1689 ward er nach dem Ableben Kaspar Hoyers Landrat als dessen Nachfolger. Von Karl XI. ward er zum juristischen Verwalter der Tafelgüter, von Karl XII. zum Mitgliede einer Kommission ernannt, welche die hiesige Universität einer Visitation zu unterziehen hatte. Seine Gattin starb — nach 26jähriger Ehe — im Jahre 1698. Er überlebte sie nicht lange. Nachdem er wegen andauernder Kränklichkeit im Jahre 1699 seine Ämter aufgegeben hatte, verschied er am 15. Juni 1700, sechsundfünfzig Jahre alt.

Hieronymus Westphal wurde im Jahre 1662 zu Rat erwählt und blieb im Rat bis zu seinem Ableben im Jahre 1691, den 17. November.

Johannes Ribow, aus angesehenen Greifswalder Familie, ward 1668 Ahtmann — den Ahtmännern, einem Ausschusse der Bürgervertretung, welche von den Fünzigmännern gebildet wurde, war im besondern das städtische Hauptkassenwesen untergeordnet —, im Jahre 1669 Mitglied des Rates, aus welchem er am Schlusse des Jahres 1678 schied.

Thomas Murray, geb. zu Greifswald den 22. August 1625. Er stammt aus einer schottischen Familie. Sein Vater siedelte aus Montrose (Schottland) nach Greifswald über. Seine Mutter war Barbara Ribow. Er erlernte in Stettin die Handlung, übernahm 1649 das Geschäft seines Vaters und unternahm große Reisen nach Hamburg, Holland u. s. w., von denen ihn die Kriagsunruhen im Jahre 1659 zurücknötigten. Seine Ehe mit Anna Erich blieb ohne Nachkommenschaft. Im Jahre 1662 war er Mitglied des Rates und gehörte demselben bis 1710 als Rämmerer an († 17. Oktober 1710).

Georg Schwarz, aus angesehenen, weitverzweigter Greifswalder Familie (die Genealogie findet sich Gesterding, Beitrag u. s. w. Fortsetzung I, S. 177—209). Geboren 1646. Sein Vater war Joachim Schwarz, Ratsmitglied von 1656 bis 1660 zu Greifswald, sein Großvater Bürgermeister und Landrat zu Greifswald, welcher 1648 starb, und dessen Tochter die Dichterin Sibylla Schwarz, vergl. Zeitschrift für Preussische Geschichte und Landeskunde, 1878, Heft 1. Er war Doktor beider Rechte, von 1675 bis 1680 zweiter Syndikus zu Greifswald und von da bis zu seinem 1692 erfolgten Tode Syndikus zu Stralsund.

Erich Engelbrecht, gleichfalls aus alter und durchforschter Familie. Geboren zu Greifswald den 13. Juli 1637, vorgebildet auf der Schule zu Stralsund, studiert zu Rostock Rechte. Kehrt 1656 zurück, wird 1664 Rämmersekretär, 1675 zu Rat erwählt, 1695 Rämmerer. Er dankt 1712 ab und stirbt den 14. Januar 1716.

Christian Matthiae, geb. 10. Juni 1631 auf einem Dorfe in der Mittelmark bei Friesack, wo sein Vater Pastor war. Er bezieht 1652 die Greifswalder Universität und wird Hauslehrer beim Fürsten Putbus, dessen Vertrauen er sich in solchem Grade erwirbt, daß dieser ihn zu seinem Vermögensverwalter ernannt. Im Jahre 1672 tritt er in das Fünzigmänner-Kollegium ein, wird 1675 Bürger-Worthalter. 1677 zu Rat erwählt, gehört er diesem bis zu seinem Ableben 1700 (17. November) an.

Brandanus Brunk, aus einer in Greifswalder Geschlechtsregistern viel genannten Familie, gehörte dem Rat von 1677 bis 1682 an.

Jacobus Battus, geb. den 6. Juli 1646 zu Greifswald, war der Sohn des Professors der Theologie und General-Superintendenten Abraham Battus. Er trat mit 26 Jahren in das Fünzigmänner-Kollegium, mit 30 Jahren, 1677, in den Rat und gehörte diesem bis zum Jahre 1707 an. Gestorben 1708, den 14. Oktober.

Der Vollständigkeit halber sei bemerkt, daß nach Gesterding a. a. O. während des Jahres 1678 außer den Genannten noch drei Mitglieder dem Rat angehört haben. Die Gründe, welche diese von ihren Amtsgenossen während der Belagerung und vielleicht noch darüber hinaus fern gehalten haben, mögen ganz verschiedenartige gewesen sein und bleiben gewiß mit Recht außerhalb unserer Nachforschungen, welche sich ja nur an die Namen derjenigen Personen knüpfen, die dem Kurfürsten direkt den Huldigungsseid leisteten. In aller Kürze sei ange-

fügt, daß sie sämtlich promoviert waren: a. Raphael Erich, 1684 zu Greifswald, wird Ratmann 1672 und als solcher bis 1678 geführt; er besaß das Gut Salchow (bei Anklam, Kreis Greifswald), reist 1681 nach Stockholm und wird Königlich Konfistorialrat, stirbt 1703. — b. Georg Hartmann, dessen Vater ebenfalls im Rat der Stadt saß, Ratmann 1671—1678. — c. Arnold Schlichtkrull, ein Stralsunder, geb. 1642, promovierte 1671 zu Frankfurt a. D.

Auch die Geistlichkeit wurde, jedoch einfach durch Handschlag, vereidigt. In ihrem Namen sprach Collberg (Pastor an St. Marien von 1677 bis 1687).

Nachdem dieser Akt im Zimmer vollendet war, begab sich der Kurfürst an die Thür des Rathauses und nahm dort, indem er daselbst ebenfalls auf rothem Tuche stand, die Huldigung der Bürgerschaft entgegen. In Bezug auf die Ansprache ließ er sich auch hier durch Glabebed vertreten. Die Beendigung der ganzen Ceremonie wurde durch drei Kanonenschüsse angegeben.

In demselben Raume, in welchem die Vereidigung stattgefunden hatte, fand mittags Tafel statt, zu welcher der Magistrat hinzugezogen wurde. Über die Schwierigkeit und den Ernst der Lage half nach Aussage der Teilnehmer (Sigismund v. Buch) bald der Wein hinweg.

Montag, der 11. November. Gleichwie in Stralsund der Kurfürst einen Tag nach der Übergabe die Sehenswürdigkeiten der Stadt in Augenschein genommen hatte, so wandte er auch in Greifswald den ersten freien Tag dazu an, Umschau in der Stadt zu halten. In Greifswald lenkte sich seine Aufmerksamkeit auf die Universität. Er beschloß, die Vorlesung des Professors Pfuhl¹⁾ zu besuchen. Man hatte in der Eile Vorbereitungen²⁾ getroffen, den Kurfürsten würdig zu empfangen. So waren bei seinem Eintritt in die Aula eine Anzahl Universitätsangehöriger zugegen, welche ihn entblößten Hauptes begrüßten. Hinter einer Tapetenwand hatte der Kantor mit einigen Musikanten Platz genommen, um das „Ehrenlied“ zu spielen. Nach Beendigung desselben stieg Professor Pfuhl auf das Ratheder und hielt eine einstündige Rede. Den Kurfürsten berührte die Person des Vortragenden sympathisch. Etwas mochte dazu beitragen, daß er in Pfuhl einen Landsmann, einen Berliner, fand. Im übrigen wird

¹⁾ Johann Ernst Pfuhl (Pfuel) war seit dem Jahre 1668 in Greifswald außerordentlicher Professor und las besonders klassische Philologie, worin er das Latein vertrat. Bereits sechs Wochen nach seiner ersten Begegnung hier mit dem Kurfürsten erhielt er, am 30. Dezember 1678, einen Ruf an das Gymnasium zu Stettin als Rektor. Stettin war damals im brandenburgischen Besitze. Später wurde er Hofprediger zu Gütrow und Superintendent in Neu-Brandenburg. (Kosgarten.)

²⁾ Aufzeichnungen im Ratsarchive.

die Teilnahme, welche von hoher Stelle dem Redner gespendet wurde, durch seine bald darauf in brandenburgischen Dienst erfolgte Berufung (Siehe Anm. auf S. 396) weiter klar gelegt.

Mittags fand im Rathause wieder ein Diner statt, zu welchem diesmal die Professoren und Geistlichen eingeladen waren. Da die letzteren an dem kurfürstlichen Tische nicht Platz finden konnten, wurden sie in den nächsten Tagen noch einmal nach Brangelsburg gebeten.

Um halb 3 Uhr wurde die Tafel aufgehoben, und der Kurfürst begab sich nach dem Steinbederthor, um die Befestigungswerke in Augenschein zu nehmen. Darauf verließ er Greifswald und kehrte nach Brangelsburg zurück. Den Oberbefehl über die Stadt übernahm Oberst v. Micrander.¹⁾ (Der Name ist offenbar aus Lüttmann gräzisiert). Dieser befehlt denselben so lange, als Greifswald überhaupt von den Brandenburgern besetzt blieb, grade ein Jahr, nämlich bis zum 10. November des folgenden Jahres.

IV. Die ersten Tage der brandenburgischen Besatzung.

(12. bis 17. November.)

Am Dienstag, den 12. November, speisen in Brangelsburg Vornehme aus Stralsund, Graf v. Königsmark, Baron v. Grolau u. s. w. Für Greifswald erscheint von demselben Tage aus Brangelsburg ein Erlaß²⁾ des Kurfürsten, welcher sich mit der Beförderung der Briefe nach dem Hauptquartier beschäftigt. Er lautet:

Nachdem Seiner Churfürstlichen Durchleuchtigkeit zu Brandenburg ꝛ. Unserm gnädigsten Herrn an der Correspondenz, mit dieser ideo Landen viel gelegen, als haben Sie gnädigst verordnet, daß allenthalben zu dem ende, so lange die ordinare Post angeleget, zwei Reuter zur Fortbringung

¹⁾ Mit dem vollen Namen Georg Adolf Freiherr v. Micrander. Er war erst 38 Jahre alt, als er die hohe Stellung in Greifswald übernahm. Neu war ihm dieselbe nicht, denn er hatte in Anklam, der von dem Kurfürsten gleichfalls eingenommenen Nachbarfestung, unmittelbar vorher dasselbe Amt bekleidet. Strenge Pflichterfüllung, soweit es sein militärischer Dienst erforderte, verband er mit entgegenkommendem Wesen und feinen Umgangsformen. Wenigstens bezeugen dies die bei dem Schreiben aus der Garnison mit dem Magistrat gewechselten Schreiben, welche bei den Akten aufbewahrt sind. Er starb hochbetagt im Jahre 1728 (24).

²⁾ Wie alle folgenden nach dem Originale im Ratsarchiv.

der Briefe verlegt werden sollen; Und weil auch zwei Reuter in der Stadt Greifswalde liegen sollen So befehlen Sie dem Magistrat daselbst hiemit in gnaden, denen beyden Reutern ein Quartier und Stallung bis zu deren Wiederabforderung auch etwas hart- und Rauchfutter für Ihre Pferde geben zu lassen. Im Uebrigen sollen Sie für Ihre gelbt zehren.

Signatum Wrangelsburg, den 12. Novembris 1678.

Friedrich Wilhelm.

Mittwoch, den 13. November, speisten die Greifswaldischen Geistlichen in Wrangelsburg.

Bürgermeister und Rat wenden sich in einem unterthänigsten Schreiben, welchem bereits am 11. eines vorangegangen war, an den Kurfürsten, er wolle, um die gänzlich heruntergekommene Stadt möglichst bald zu heben, eine Steuerfreiheit (Licenten) auf 10 Jahre bewilligen, betreffend der Fremdensteuer aber gestatten, daß sie zum Besten der Gemeinde Verwendung finde. Da die Einkünfte der Stadt gänzlich aufgehört hätten, möge aus dem Zoll eine Monatseinnahme der Stadt ausfließen. Des Weiteren sei bekannt, daß bei der Verwüstung der städtischen Güter und dem großen Schaden, welchen die Beschießung angerichtet habe, die Bürgerschaft einen großen Bedarf an Bauholz empfinde, der Kurfürst möge daher Anweisung geben, der Stadt aus den Forsten eine gewisse Anzahl Bauholz zu überlassen; desgleichen möge er aus den übernommenen Kornvorräten in der Stadt der Gemeinde einen Teil ablassen, da diese überdies auf ihren dem vorigen Kommandanten geleisteten Vorschuß noch eine Menge zu fordern habe. Die Verteilung der Einquartierung möge bei der Stadt bleiben, die Garnison aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie sich innerhalb der bescheidensten Grenzen zufrieden erklären solle. Bei der allgemeinen Verarmung könne außer der Lagerstatt und dem gewöhnlichen „Salz und Sauer“ nichts gereicht werden. Da Feuerungsmaterial gänzlich mangle, möchten die Herren Offiziere mit dem Aufenthalt in den Stuben des Wirts vorlieb nehmen. Wenn dies aber nicht anginge, weil sie Familie bei sich hätten, wolle man sie in verlassenen Häusern unterbringen und nach Verhältnis ihres Ranges und den bisherigen — schwedischen — Sätzen entschädigen. Es sei vorgekommen, daß Leute von den städtischen Gütern zu Kriegsdiensten gepreßt worden seien. Eine Aufbesserung der traurigen ländlichen Verhältnisse werde dadurch unmöglich. Der Kurfürst möge anordnen, daß diejenigen, welche zur städtischen Gerichtsbarkeit gehören, nach erfolgtem Ausweis freigelassen werden. — Die Fährten bei Sarmen und Güstrow seien wegen der durchbrochenen Dämme ganz unbrauchbar, und deshalb von jenseits der Peene alle Zufuhr abgeschnitten, wenn nicht die

von dem Kurfürsten geschlagene Brücke bei Stolp¹⁾ erhalten bliebe. Se. Churfürstl. Gnaden möge auch nach dieser Richtung hin die nötigen Anordnungen treffen.

Auf alle diese Punkte antwortet der Kurfürst in einer Reihe von Erlassen.

Bereits unter dem 13. November schenkt er der Stadt eine Steuerfreiheit auf 6 Jahre. Was die Fremdensteuer betreffe, so wolle er erst Erkundigungen einziehen, desgleichen wegen des Thorzolles und des Bauholzes und über den Ort in den Forsten, wo Bauholz gefällt werden könne.

Am 14. November schenkt der Kurfürst an die Universität die Hälfte der Einkünfte, welche die Krone Schweden aus dem Stift Camin genoss. Original im Universitäts-Archiv. Abgedruckt Rosgarten, Gesch. der Univ. Gr. II. S. 144.

Aus den Tagen vom 15. und 16. November liegt nichts auf Greifswald Bezügliches vor.

Unter dem 17. November wird ein Teil der anderen Anliegen erledigt. Was den Thorzoll betreffe, so wolle der Kurfürst wegen desselben und anderer einschlägiger Fragen in allen vorpommerschen Orten gleichmäßig zunächst Erhebungen und darauf Anordnungen treffen lassen. Betreffend die übrigen Wünsche würden einzelne Bescheide ausgefertigt werden und der Stadt zugehen.

Auch wegen der Verpflegung in den einzelnen Wohnungen wird dem Gesuche der Stadt nachgegeben. Außer der Lagerstatt und dem Service soll weder an Geld noch wirklicher Speisung etwas aufgebürdet werden. Die Offiziere sollen mit der Wirtsstube vorlieb nehmen oder bei anderweitiger Einquartierung die Geldentschädigung nach schwedischen Sätzen erhalten.

Wegen der Werbung der Reute drückt der Kurfürst besonders sein starkes Mißfallen über solche Vorkommnisse aus, wünscht, daß sich derartige Fälle nicht wiederholen, und daß auf diese Weise geworbene Soldaten sofort frei gegeben werden sollen.

Wegen der Brücke beim Dorfe Stolp erfüllt gleichfalls der Kurfürst das Ansuchen der Stadt. Der Erlaß findet sich in den Greifswalder Akten nur abkürzlicht vor. Die Unterschrift ist nach Anklam an den Generalmajor und Gouverneur daselbst, v. Hallard, weiter gegeben worden, dessen Aufmerksamkeit ausdrücklich auf das Schriftstück hingelenkt wird.

¹⁾ Stolp, eine Meile von Anklam, zwischen Sülzow und Anklam an der Peene gelegen. Früher Kloster.

Alle unnötigen Scherereien an den Stadthoren und zu Wied sollen ernstlich verhütet werden. Wofern jedoch über solche beim Kommandanten Klage geführt würde, habe dieser sofort die nötige Abhilfe eintreten zu lassen.

Alle diese Anordnungen wurden noch von Wrangelsburg aus erlassen. Wie man sieht, zeugen sie vom Verständnis der bedrängten Lage, in welcher sich die Stadt nach soviel Kriegsunglück befinden mußte, und von dem bekannten milden Sinne des Kurfürsten. Die Woche, welche der Kurfürst in Wrangelsburg verlebte, verlief keineswegs so ruhig, als wie es den Anschein haben könnte, wenn man nur die vorstehend wiedergegebenen Erlasse betrachtet. Die kriegerischen Verwickelungen, zumeist in Folge des drohenden Einfalls der Schweden in Ostpreußen, nahmen die Aufmerksamkeit des Kurfürsten vollauf in Anspruch, jedoch liegt es außerhalb unseres Gebietes, hierauf einzugehen. Jedenfalls drängte der Kurfürst, Wrangelsburg und die Provinz Pommern überhaupt zu verlassen. Sie war ja bis auf den letzten Ort in seinen Händen. Der Kurfürst wollte nach Mecklenburg, um sich daselbst — und zwar in Doberan — mit dem König von Dänemark zu besprechen. Da von mehreren Seiten der Weg über Stralsund und Damgarten empfohlen wurde, erfolgte zunächst der Aufbruch des Kurfürsten nach Greifswald. Ein großer Teil seiner Begleitung wurde geradenwegs nach Berlin gesandt.

V. Der Kurfürst zum zweiten Mal in der Stadt und seine Abreise nach Mecklenburg.

(17. bis 19. November.)

Am späten Nachmittag, 4 Uhr, Sonntag, den 17. November, traf der Kurfürst mit Gemahlin, dem Kurprinzen und dem Hofstaate in Greifswald ein. Es war ein langer Zug von vielen Staats- und anderen Wagen. Ein feierlicher Empfang fand statt. Die Ratsherren Brunst, Engelsbrecht, Matthia und Schwarz holten den Kurfürsten vor dem Mühlen Thor ein und gingen im Zuge vor seinem Wagen bis auf das Rathaus vorher. Dort erwarteten ihn die Bürgermeister und die übrigen Ratsherren. Abteilungen von Bürgern (vielleicht die vier Gewerke) standen von den Rathaus thüren an längs des Weges, welchen der Kurfürst zurückzulegen hatte, bis an die große Verschanzung vorm Thor. Der Kurfürst war stark erkältet, konnte seine Reise nicht fortsetzen und mußte sich deshalb entschließen, in Greifswald zu übernachten. Irrend welche

Festlichkeiten am Abend wurden nicht gegeben, „sondern es war ganz stille auf dem Rathause.“ (Von Buch.)

Auch Montag, den 18. November, war das Unwohlsein noch vorhanden. Der Kurfürst mußte das Zimmer hüten und die Reise wiederum einen Tag aufschieben. Inzwischen wurde auch festgestellt, daß der Weg nach Mecklenburg über Damgarten wegen des sumpfigen Bodens schwierig sei, und sich der andere über Triebsees empfehle. Die Unpäßlichkeit hinderte den Kurfürsten nicht, sich noch weiter mit der Fürsorge für die bedrängte Stadt zu beschäftigen. Zwei Erlasse wurden im Rathause zu Greifswald von ihm unterzeichnet, welche Zeugnis hiervon ablegen. Der erste von beiden bezieht sich auf Verdrießlichkeiten, welche bei der Einquartierung vorgekommen sind, und wünscht, daß bei Unterbringung der Soldaten dem städtischen Wohnungsausschuß völlig freie Hand zu lassen sei.

Der andere schenkt Holz und Planken von der Brücke bei Wied der Stadt zu beliebigem Gebrauch.

Dienstag, den 19. November, morgens, fühlte sich der Kurfürst gesünder und gab den Befehl zur Abreise. Vormittags 9 Uhr erfolgte der Aufbruch. Kurfürst, Kurfürstin, Kurprinz und der ganze Hofstaat fuhren vom Rathause ab. Wie bei der Einholung, gaben vier Ratsherren¹⁾ dem Kurfürsten bis an das Thor das Geleit, wieder mit entblößten Häuptern. Es waren die Ratsherren Ribow, Schwarz, Matthiä und Battus. Am Bettenthor, durch welches der Weg auch heute noch nach Grimmen und Triebsees führt, verabschiedete sich die Deputation des Rats. Eine Salve wurde nicht gegeben.

Der Frieden von St. Germain — 29. Juni 1679 — nimmt dem Kurfürsten das eroberte Pommern. Wenige Monate darauf zieht auch die Brandenburgische Besatzung aus Greifswald wieder ab, am 10. November, so daß also gerade ein Jahr lang Greifswald besetzt gehalten wurde. Auch über diese Zeit findet sich reiches Material in den Akten des hiesigen Ratsarchives.

Greifswald, den 2. Mai 1883.

¹⁾ Aufzeichnungen im Ratsarchive.

P. J. Bitanbé.

Ein Berliner Akademiker und Gefangener im Luxembourg
1793/94.¹⁾

Es giebt Zeitgrößen, es giebt ihre Zeit überdauernde Größen; das ist die im Kern gewiß richtige Ansicht der meisten Gebildeten. Doch für die Wissenschaft hat sie nur relativ Recht; besonders für die Geschichtsforschung ist sie einzuschränken durch die Anerkennung der Wahrheit, daß Alle und Alles Gegenstand der Forschung sind, und nicht zum wenigsten auch die bloßen Zeitgrößen, ohne deren Kenntniß und Würdigung ein Zeitalter nicht

¹⁾ Die Quellen dieser Darstellung sind namentlich — außer den Werken des Genannten (gesammelt erschienen Paris 1809, 9 Vol.) und der Korrespondenz von d'Alembert wie derjenigen Voltaires — 1) ein handschriftlich in der Familie überlieferter, 17 $\frac{1}{2}$ Foliosseiten umfassender undatirter Brief der Mad. Bitanbé, in welchem sie einige Zeit nach der Befreiung (zwischen 1795 und 1799) ihren Verwandten in Deutschland über ihre Schicksale berichtet. — 2) Aktenstücke des Geh. Staatsarchivs zu Berlin und zwar A. die Korrespondenz von Gervinus und Hardenberg vom Jahre 1795, aus des Letzteren Nachlaß stammend. Darunter findet sich auch in einem Verzeichniß von Papieren, die dem Courier von Paris mitgegeben worden, ein „Brief von P. Bitanbé an F. Jordan in Berlin“, jedenfalls nicht der obige Brief. Denn eine sich wieder auf eben denselben beziehende Notiz von Gervinus (an Hardenberg vom 3. August 1795, s. unten 407) setzt voraus, daß ihm die Pension zur Zeit der Abfassung noch nicht zugekommen ist, während unser Brief ihn schon einige Zeit wieder im Genuß derselben sein läßt. B. Akten über die Beglaubigung des P. Bitanbé als Fürstlich Anspachischer Ministerresident zu Berlin. C. Akten über die Bösung des Namens Bitanbé wie des Marquis de Condorcet in dem Mitgliederverzeichnis der Akademie zu Berlin. D. Dergleichen betreffend die Pensionen Bitanbés. Die Benutzung aller dieser wurde dem Verf. mit der größten Zuverlässigkeit bewilligt, wofür er hierdurch seinen verbindlichsten Dank abzustatten nicht unterläßt. — 3) Akten der Kgl. Akademie der Wissenschaften, deren Benutzung Verf. der Güte des Archivars, Herrn Geh. Rath Kunsmann, verdankt.

Dazu kommen die Sitzungsberichte der Akademie (Mémoires) und die Gazette littéraire de Berlin.

richtig erkannt und gewerthet werden kann. So ergiebt sich die Aufgabe, halb oder ganz Vergessene aus dem Staub der Archive und Bibliotheken, halb Verschollene selbst aus den Trümmern ihrer Werke, aus den Papieren und Urkunden ihrer Geschicke hervorzufuchen. —

Paul Jérémie Vitaubé zu Königsberg 1732 am 27. November geboren, hugenottischer Abkunft, ward angeblich zum Theologen bestimmt, aber durch und über das Studium der Bibel auf seinen eigentlichen Beruf geführt, dem er seine Laufbahn, seinen Ruf verdankte.

Es war der reiche dichterische Gehalt des Buches der Bücher, der ihn mächtig anregte und ihn theils zu selbständiger dichterischer Behandlung biblischer Gegenstände, theils zu anderen dazu geeigneten Stoffen übergehen ließ. Homer war es, der auch ihn zunächst erfaßte mit der Gewalt einer erkannten Lebensaufgabe und ihn bewog, eine Uebersetzung und Erklärung der zwei griechischen Urepen zu beginnen. Was davon in die Oeffentlichkeit drang, muß die Aufmerksamkeit d'Alemberts erregt haben, den der Verfasser auf einer ersten Reise nach Paris persönlich kennen gelernt haben soll. Vitaubé hatte das Land seiner Väter nicht, wie viele Epigonen der Emigranten, vergessen: Er hörte nicht auf, dasselbe zu lieben, und bediente sich schriftstellerisch, vielleicht auch in der Regel in der Korrespondenz und Konversation der Sprache desselben: Ein interessantes Beispiel bewahrten Volkscharakters und bewußter Reaktion gegen die Umgebung, was ja freilich durch die große Verbreitung der Kenntniß des Französischen dem Franzosen von damals weit leichter gemacht war als irgend einem Nationalen heutzutage.¹⁾

Als Frucht seiner poetischen Bibelstudien zeitigte er ein in Prosa wenn auch schwungvoll geschriebenes Epos: Joseph (1767). Es ist der Sohn Jakobs, der Retter Egyptens und seines eigenen Geschlechts. Auf d'Alembert's Empfehlung ward er schon 1766 am 29. Mai Mitglied der Berliner Akademie durch Friedrich den Großen in der „Classe des belles lettres.“ Er war darin der Genosse des Marq. d'Argens (als Direktor), de Beausobre, während als auswärtige Mitglieder mit ihm gleichzeitig erscheinen²⁾: die Kaiserin Katharina II., d'Alembert, Condillac, Diderot, beide Euler, beide Gesner, Helvétius, Jsefin (Jurist in Basel), der Mathematiker Kastner,

1) Das Geh. Staatsarchiv zu Berlin bewahrt allerdings Briefe an das Staatsministerium auf, die gut deutsch geschrieben sind. Jedenfalls ein Beweis dafür, daß er sich auch der Sprache seines Geburtslandes leicht zu bedienen verstand. Alles Andere, was sonst vorliegt, ist französisch. Seine Mémoires in der Akademie schließen sich in dieser Hinsicht nur dem daselbst bis 1797 herrschenden Gebrauch an.

2) Vergl. Liste de l'Académ. Royale des sc. et belles lettres 1768.

„M. Lessing à Hambourg“ (1), Voltaire. — An Abhandlungen lieferte er für die Mémoires folgende:

Disc. de réception, 1766. (Ueber den Nutzen der Akademien.)

De l'influence des Belles Lettres s. l. phil. 1767.

Mém. sur cette question: Le peuple est-il juge compétent de l'éloquence? 1768.

Essai sur cette question: Pourquoi la langue italienne a-t-elle eu sur toutes les autre langues, et en partie sur la langue Française la prérogative d'arriver presque dès sa naissance à la perfection? 1769.

Discours sur Molière. 1770.

Réflexions sur le merveilleux épique. 1771.

Mém. sur une contrariété des loix de l'harmonie poétique 1773.

Du gout nation considéré dans son influence sur la traduction 1. et 2. mém. 1775.

Du gout nation. par rapport à la traduction. 3. et dern. mém. 1779.

Sur la richesse de Sparte 1781.

Suite des Réflexions sur Homère 1782.

Sur la séparation de Calypso et d'Ulysse 1782.

Sur la descente d'Ulysse aux Enfers, décrite dans l'Odyssée 82.

Analyse des principes d'Aristote sur le gouvernement suivie d'observat. 1787.

Im Jahre 1777 besuchte er den Patriarchen von Ferney in seinem kleinen Reich am Genfer See, worüber dieser dem Preussenkönig berichtet zu haben scheint. Wenigstens liegt ein Brief des letzteren (à Potsdam le 9 novembre 1777¹⁾) vor, an dessen Anfang es heisst:

Mr. Bitaubé doit se trouver fort heureux d'avoir vu le patriarche de Ferney. Vous êtes l'aimant qui attirez à vous tous les êtres qui pensent; chacun veut voir cet homme unique qui fait la gloire de notre siècle. Le comte de Falkenstein²⁾ a senti la même attraction, mais dans sa course, l'astre de Thérèse lui imprima un mouvement centrifuge qui, de tangente à tangente, l'attira à Genève. Un traducteur d'Homère se croit gentilhomme de la chambre de Melpomène, ou marmiton dans les offices d'Apollon; et muni de ce caractère il se présente hardiment

¹⁾ Voltaire, Oeuvres complètes. Paris 1817, Th. Desoer. Tome XII, p. 644.

²⁾ Kaiser Joseph II., der ihn übrigens unerwarteter Weise doch nicht besuchte, wie B. an Fr. schreibt.

à la cour de l'auteur de la *Henriade*: et celui-là fait abaisser son génie pour se mettre au niveau de ceux qui lui rendent leurs hommages.“

Das, was folgt: „Bitaubé vous a dit vrai: j'ai fait construire à Berlin une bibliothèque publique. Les oeuvres de Voltaire étaient trop maussadement logées auparavant“ etc.) gestattet den Schluß, daß Bitaubé — aus eigenem Antrieb oder auf Befehl — dem Dichtersfürsten die neuesten Nachrichten aus Berlin von dessen gekröntem Gönner und Verehrer mitbrachte.

Urkundlich steht fest daß der Dichter 1778 am 19. Mai von Seiten der Markgräfllich Anspachischen Regierung als Ministerresident beim Berliner Hof accreditirt worden ist.¹⁾ Viel wird er als solcher ja wohl nicht zu thun gehabt haben: Schon die Ernennung eines Berliner Akademikers, als welcher er darin bezeichnet wird, läßt darauf schließen. Obwohl Karl Alexander, der letzte der fränkischen Hohenzollern, schon regierte,²⁾ so war er doch damals erst 42 Jahre, und der Mann, der sich 1791 noch einmal, einige Monate nach dem Tode seiner ersten Gemahlin, vermählte, wird damals wohl noch nicht die Hoffnung auf männliche Nachkommenschaft aufgegeben haben, so daß ihn auch zu Unterhandlungen mit Preußen wegen der Erbfolge nichts trieb. Da es auffallend wäre, daß ein Ministerresident selbst eines so kleinen Reichthums sollte dauernd in partibus infidelium gewohnt haben, so würde man anzunehmen haben, daß er bis zu dem urkundlich feststehenden Datum seiner Erhebung durch Faubel im Wesentlichen ununterbrochen in Berlin geblieben ist. Jener ward zum *Chargé d'affaires* im Jahre 1787, zum Residenten 1790 ernannt. Ausdrücklich gefordert wird sein dortiger Aufenthalt im Jahre 1781, da in einer Anmerkung der betreffenden Abhandlung in den „*Nouv. Mém.*“ ausdrücklich steht: *la le 1 sept. 81.*

Wenn dies auf alle seine *Mémoires* (und dies ist wahrscheinlich, da er zwischendurch auch über Bücher in den Sitzungen berichtet) angewandt werden darf, dann wäre eben jenes Jahr (1787) zugleich das letzte seiner thätigen Theilnahme an den Arbeiten der Académie (letzte: *Analyse d'Aristote sur le gouvernement*). Die Unterbrechung in der Lieferung von Abhandlungen von 82—87 ließe als nicht unwahrscheinlich zu, daß er schon 83 oder 84 einen Urlaub antrat. 1785 erschien die erste Ausgabe des *Ilias* zu Paris.

¹⁾ Akten, betreffend die Accredittirung des Markgräfllich Anspachischen Residenten am hiesigen Hofe (Geh. Staatsarchiv) enthält die Beglaubigungsurkunde selbst, datirt vom 3. Mai.

²⁾ In Anspach seit 1757, in Balzenth seit 1769.

Jedenfalls scheint uns entscheidend zu sein, daß in einem amtlichen Bericht von 1795 über seine Verhältnisse berichtet wird, schon im Jahre 1787 habe „der Herr Kurator der Akademie bei Sr. Majestät“ den Antrag gestellt, „dem Vitaubé, welcher seit beinaß 6—8 Jahren (!) in Paris lebt“, seine Pension einzuziehen, oder ihm anzubefehlen, nach Berlin zurückzulehren.¹⁾ Auch wird bezeugt²⁾ daß er mehrere Mémoires aus Paris eingeschickt hat. Da muß es denn freilich als stereotype Phrase erscheinen, wenn es in seinem Beglaubigungsschreiben heißt: „So erachten wir uns verbunden zu ersuchen, demselben in denen Aufträgen, die immer man ihm von hier aus thun wird, jederzeit geneigten Zutritt und gütiges Gehör zu verstaten.“ — Er bezog jedenfalls sein Ministerresidenten-Gehalt und seit 87 (nach den urkundlichen Zeugnissen) eine Pension von 2000 Francs = 733 Gulden, ebenso sein akademisches Gehalt von 600 Thalern, was ihm die nöthige Muße gewährte zum Abschluß seiner Homerübersetzung.³⁾

Friedrich dem Großen widmete er die Ilias mit einer schwungvollen poetischen Verherrlichung als dem Achilles und Homer in einer Person für seine Zeit, die Odyssee der Académie des sciences et belles lettres in Paris.

Seine oben genannte akademische Abhandlung, die in den Mémoires 1787 gedruckt vorliegt, muß er von Paris eingesandt haben, was in jener Zeit, wie später, geschah.⁴⁾

Aus seinem Briefwechsel mit Hardenberg von 1795 geht übrigens hervor, daß er mit diesem schon in Berlin bekannt war.

Bis 1785 beschäftigte ihn die Ilias, bis 1788 die Odyssee. Möglich, daß der Ausbruch der Bewegung in Paris mit ihrer Geist und Gemüth gänzlich hinnehmenden Wirkung seiner litterarischen Thätigkeit überhaupt vorläufig ein Ende machte oder wenigstens seine Beziehungen zu Berlin lockerten. Jedoch empfing er anfangs fortdauernd seine Pensionen. Er verkehrte mit Robespierre, aber auch mit Eléphant, später auch mit vielen anderen leitenden Politikern, besonders Mitgliedern des Konvents, die sich sogar von ihm und dem unten zu nennenden Dorellé Rath's erholt haben sollen⁴⁾, sah

¹⁾ Bericht des Geh. Kriegsraths Frenzel an das Kgl. preuß. Ministerium. ²⁾ *ibid.*

³⁾ In 6 Bänden mit einer gelehrten Einleitung (in dem Geschmack und der Richtung der Zeit, welche Fr. Aug. Wolfs Prolegom. vorherging und besonders in Frankreich gepflegt wurde) über den Homer und die Dichtkunst einerseits, über die Aufgabe des Uebersetzers andererseits.

⁴⁾ Akten der Akademie der Wissenschaften.

⁵⁾ Nous ne devons nullement négliger de tirer ce sorte de gens dans notre parti qui sont intimement lié (!) avec beaucoup de membres marquants de la convention laquelle consistant en grand nombre des avocats procureurs médecins

Roland (einmal), Brissot (zwei Mal) am dritten Ort, stand auch, wie es scheint, mit der interessanten deutschen Kolonie in Beziehung, die sich an Sisyphes besonders anschloß.

Jener deutsche Kreis verfolgte sympathisch aus nächster Nähe die großen, freilich auch mehr und mehr blutigen Ereignisse: An seiner Spitze standen Delsner aus Schlesien, und Graf Schlagerudorf, die der Rivländer Zochmann v. Bernau auch nach der Napoleonischen Katastrophe noch dort vorfand. Jedenfalls stand Vitaubé in nahen Beziehungen zu Jean Alex. Borrelly, der — Berliner Akademiker¹⁾ wie Vitaubé — aus Berlin beim Beginn der Kampagne von 1792 ausgewiesen worden war, weil ihm eine sträfliche Korrespondenz mit dem Feind vorgeworfen ward, die er selbst freilich leugnete: Noch 1795 sendet er durch Gervinus an Hardenberg eine etwas selbstbewußte, mindestens nicht bescheiden und respektvoll abgefaßte Denkschrift für den König ein²⁾, welche jener einiger Rücksicht empfiehlt, da der Verfasser von großem Ansehen sei in dem Kreis republikanischer, gelehrter Idealisten, die — Preußen nicht unfreundlich — ihren großen Einfluß auf Abgeordnete für die Herstellung eines annehmbaren Verhältnisses zu Frankreich verwertbar erscheinen ließen.³⁾

Vitaubé ward auf Antrag der Minister zusammen mit dem Marquis de Condorcet wegen Jakobinismus in dem Verzeichniß der Mitglieder der Akademie gelöscht im Januar 1793, doch 1795 wieder hergestellt.⁴⁾ Uebereinstimmend wird ihm wie seinem Kreise das Zeugniß einer gewissen Mäßigung gegeben, bei entschiedener Parteinahme für Frankreich und seine Revolution wie für seine Ansprüche auf das linke Rheinufer und im Gegensatz zu Robespierre, als derselbe Terrorist geworden.⁵⁾

Savans et demi-savans . . . recourent souvent aux gens de lettres pour consulter. (Gervinus an Hardenberg 28. Juli 1795.)

¹⁾ „Seit 15. Oktober 1772 — † 1798“, sagt — (nach Gervinus an Hardenberg) fälschlich — das Register der Akademie (1717—1870). Er lieferte: 1) Sur l'éloqu. (71). 2) Sur les moyens de faire fleurir les arts utiles dans un état (78). 3) Sur l'art de procéder dans le développement de l'esprit humain (78). 4) Mém. sur quelques paradoxes en éloquence (1788).

²⁾ Im Geh. Staatsarchiv bewahrt.

³⁾ Das Gesuch um Restituirung wurde abgewiesen, indem die Ausweisung als eine Art von Milde sich ergeben habe bei Konspirationen, die einen Prozeß erheischt hätten. (Bergl. Gervinus—Hardenberg.)

⁴⁾ Darüber ein ganzes Aktenheft im Geh. Staatsarchiv.

⁵⁾ Gervinus (Paris 8. August 1795) an Hardenberg: „Er ist und bleibt ein warmer Revolutionär, wie ich von Anderen weiß, doch ein billiger und menschlicher Mann, der den Robespierre aufgab, mit dem er genau bekannt war, sobald er ihn zu grausamen Maßregeln schreiten sah. Rab Vitaubé: Nous avons eu le

Die gemäßigte Befinnung zusammen mit der offenkundigen Thatsache des Empfanges fremder Pensionen ward in der Zeit der Geltung der „loi des suspects“ (i. 27. September 93) die Ursache einer neunmonatlichen Einkerkierung im Luxembourg.

Folgen wir der Frau Vitaubé, geb. Jordan, die das Loos des Gatten theilte, in ihrer ausführlichen Schilderung der Erlebnisse:

Schon im Sommer waren die beiden Gatten aus Besorgniß vor Nachstellungen der Einladung eines Freundes gefolgt, mit ihm und seiner Familie in St. Germain sich einige Zeit aufzuhalten. Als sich jedoch auch hier ein comité révolutionnaire furchtbar zu machen anfang, lehrten sie Anfang Oktober nach Paris zurück. Obwohl sich die Gefahr durch das Gesetz vom 27. September zu jener Höhe gesteigert, daß jeder irgendwie Angesehene dadurch für alle Fälle und Zeiten unschädlich gemacht werden konnte¹⁾, so beruhigten sie die Freunde und sie sich selbst. Inzwischen bearbeitete die fanatische Generalstochter de Chalabre den erst durch Vitaubé mit ihr bekannt gewordenen Robespierre²⁾ und hegte ihn wie gegen ihre anderen gemäßigten Freunde so auch gegen jene.³⁾ Der Erfolg war für diese übel genug.

Es war um die Mitternacht des 5. Nov. 95 — die beiden Gatten hatten den Abend mit Freunden verbracht⁴⁾, die ihnen Muth eingesprochen, und waren wohl nicht lange zur Ruhe gegangen — in einer kalten, regnerischen Nacht — da klopf es an das Thor: der alte, treue Diener Beclerc, in dieser ganzen trüben Zeit als ein wahrer Juwel bewährt, meldet eine Haus-suchung an. Herein tritt ein Kommissar des Wohlfahrtsausschusses, in Begleitung von sechs Witenmännern, der die Schlüssel des Sekretärs verlangt, ohne indeß mehr als einen unbedeutenden Brief zu finden, obwohl er Alles unter Siegel legte. Der Aufforderung an Herrn und Frau Vitaubé,

malheur de faire sa (sc. Robespierres) connaissance dans le tems que tous les honêtes gens pouvaient l'estimer et qu'il étoit loin de paraître ce qu'il fut depuis; le malheur plus grand encore pour nous fut de lui avoir fait connoître une des nos amies intimes, Mlle. de Chalabre (fille du général de ce nom) qui ainsi que Robespierre n'avoit montré qu'un caractère doux, modeste, humain, même vertueux, mais qu'un faux amour de la liberté rendit fanatique et féroce.

1) Treffend Fr. Vitaubé: tout servoit de prétexte sous le titre d'étrangers, de prussiens, de protestans, de suspects etc.

2) „Liée intimement avec R. elle nous persécuta comme une furie.“ Fr. V.

3) (Elle) „lui sacrifia sa fortune, ses amis et se perdit avec lui.“ Fr. V.

4) Aus dem scheinlichen Hinweis der Frau dem um Mitternacht erschienenen Kommissar gegenüber: „il m'est impossible, je suis malade, voyez mes pieds et mes mains défigurés par le rhumatisme: en vérité je ne le puis pas“ ist zu schließen, daß es sich um eine Gesellschaft im eigenen Hause handelt.

sich anzukleiden und ihm zu folgen, setzte die letztere anfangs starrs, sprachloses Erstaunen entgegen! Als der „Diener des Gesetzes“ aber barsch darauf bestand, fügte man sich, nachdem er wenigstens das Schlafzimmer geräumt hatte. Die beklagenswerthe Frau litt sichtbar heftig an Rheumatismus und machte dies bemerklich: das nuzte ihr nicht einmal zur Milderung des Verfahrens. Doch blieb sie, wie es scheint, dabei allein kaltsblütig.¹⁾ Raum konnte sie noch den hastig bereiteten Thee genießen, das Allernöthigste an Wäsche einpacken! Als der Kommissar sah, daß sie Geld (Assignaten) einstecken wollten, erklärte er mit unheimlicher Betonung und anscheinend absichtlicher Anspielung auf eine baldige Verurtheilung: Sie bedürfen keines!

Erst jetzt von Herrn Vitaubé nach seiner Vollmacht gefragt, wies er in der That eine solche (gedruckte!) vor, nach der dessen und seiner Frau Verhaftung erfolge wegen ihrer Freundschaft mit Roland, Brissot²⁾ und Genossen. Das berechtigte die Unglücklichen freilich, sich aufs Schlimmste gefaßt zu machen.

Als bei dem thränenreichen Abschied die Dienerin tröstete: „Gott wird Sie nicht verlassen, er wird Ihre Unschuld ans Licht bringen“, ging es den Unglücklichen durch Mark und Bein, wie der Kommissar höhnte: „Der gute Gott wird sich viel darum kümmern! man muß die Menschen fürchten und die Gerechtigkeit, die sie walten lassen.“ Auf der Straße erklärte er, es ginge in das Gefängniß „la Force“. Doch als die kranke Frau nachdrücklich auf die Unmöglichkeit hinwies, einen so weiten Weg zu Fuß zurückzulegen, scheint ihn doch eine gelinde Angst befallen zu haben, daß jene unterwegs zusammenbrechen könnte (was ihm doch wenigstens überflüssige Unannehmlichkeiten und Weiterungen bereiten konnte), und so lenkte er den Zug in das Amtszokal der „Sicherheitswache der Sektion“ („corps de garde de la section“). Damit begannen die langen Gefängnißleiden des Paares sogleich in entsetzlicher Weise. Ein kleines Zimmer, geschwärzt und stickig durch den von der Wachtstube hereindringenden Qualm der Soldatenpfeifen, eine Britsche für die zwei Ankömmlinge und zwei schon

1) L'état de nos fidèles Domestiques dans cet instant est difficile à rendre. Le vieillard pâle et défiguré paroissoit n'en pas croire ses yeux, il avait presque perdu sa parole; Julie sa nièce avoit un tremblement général, elle n'était pas en état de nous rendre le moindre service. J'entendois claquer ses dents. Pour moi je conservois cependant assez de sang-froid pour tâcher de les tranquilliser... nous n'emportâmes d'habits que ceux qui nous couvroient le corps: ce n'était que l'absolu nécessaire; avec un petit paquet composé de deux chemises pour chacun et de quelques mouchoirs.

2) Im Manuscript von Fr. B. ist „Brissou“ wohl verſchrieben. Gleich darauf folgt richtig: „Brissot“.

vorhandene Gefangene zusammen, welche letzteren den ersteren das in jener Zeit so gewöhnliche Leidensgefährten-Mitgefühl entgegentrugen: Selbstmordsgedanken, besonders der Frau, die schluchzend auf einem Strohsstuhl die Nacht zubringt, während der Mann sich anfangs auf der Erde ausstreckt, dann, als der menschenfreundliche Wächter das Erforderliche beschafft hat, an alle möglichen Freunde schreibt — natürlich vergeblich trotz der Anstrengungen derselben, trotz der Fürsprache der Sektion, die eine Deputation an das Comité de salut schickt, auch trotz einer selbstständig aufgesetzten Petition Leclercs an die Sektion! Um 6 Uhr brach der Kommissar — sammt zwei „Satelliten“ zur Bedeckung — im Fiacre mit seinen zwei Opfern nach dem Ort ihrer Bestimmung auf. Auf ihre Frage bezeichnete er diesen für den Mann als „la Force“, für die Frau als „les Anglaises“. Jetzt raffte sich Bitaubé zu den flehentlichsten Bitten auf, die endlich den harten Mann zu dem Versuch bestimmten, in dem von ihm vorgeschlagenen Luxembourg einen Versuch zur Unterbringung beider — ohne die schreckliche Trennung — zu machen. „Wir werden mit Allem zufrieden sein“, versicherte Bitaubé, als dort Schwierigkeiten hervortraten. Das wirkte: der erste Lichtstrahl für das Paar! Ein menschenfreundlicher Kerkermeister, ein „Neuschäteller“ und „Vater von 6 Kindern“, bereitete ihnen einen rücksichtsvollen und liebenswürdigen Empfang an seinem Feuer, ehe er sie in ihren Gefangenen-Raum führte. Speise lehnte Fr. Bitaubé ab!

Jener war nun freilich beschränkt genug; zwei aneinander stoßende Zimmer, die sie nach Ausquartierung eines Militärs mit einer Frau und einem alten, lungenkranken Priester, nach dessen Abgang mit einem deutschen Baron theilen mußten. Schlafen mußten sie in gewöhnlichen Gurtbetten, in demselben Zimmer mit dem Kranken, das jedoch durch ein — wenn auch vergittertes Fenster Aussicht nach dem Garten und frische Luft darbot. Das war für die Erhaltung der Gesundheit sicher etwas werth.¹⁾

Die Aufnahme seitens der Mitgefangenen war die herzlichste²⁾, das beiderseitige Entgegenkommen das rücksichtsloseste. Frau B. pflegte den alten Priester, dessen Lager an dem Fußende ihres Bettes stand, bis der Hinzutritt eines Fautsieberers, um der Mitgefangenen willen, seine Ueberführung in ein Krankenhaus nöthig machte.³⁾ Man theilte sich gegenseitig mit, von dem was man hatte.

¹⁾ „L'air qu'on y respiroit (était) très salubre: celui du Luxembourg a toujours passé pour le plus pur de Paris. Peut-être a-t-il été favorable à notre santé, car nous nous sommes très bien portés pendant notre détention.“ Fr. B.

²⁾ „Nous fumes reçus comme des amis.“ Fr. B.

³⁾ „Il mourut au bout de huit jours.“ Fr. B.

Dies war von Seiten Vitaubés nicht wenig während der ersten 6 Monate, der Zeit, in welcher der Verkehr von und nach außen in dieser Hinsicht keine Beschränkung erlitt. Zwar wurden dem Berliner Akademiker seine Pensionen gesperrt, da Niemand dergleichen vom Auslande empfangen dürfe.¹⁾ Aber Freunde sprangen hilfsreich bei: Rami, Vitaubés Buchhändler, und dessen Frau schickten Kleidungsstücke, Rissen, Uebergänge und dgl.; ein anderer Buchhändler, Pongens, ausgezeichnete Weine. Die Freunde schossen außerdem dem treuen Leclerc Geld für erforderliche Anschaffungen vor gegen dessen einfache Quittung; Rami erklärte später, er würde, wenn nötig, ihm einen Credit bis auf 10 000 Fr. eröffnen haben. In der That wurden 8000 wirklich gebraucht und gegeben — ohne Zinsen und weitere Sicherheit. Als Vitaubé dem in jener Zeit ihm (als Todeskandidaten) gegebenen Credit wenigstens eine Sicherheit gegenüberstellen wollte, durch Ausstellung einer Anweisung auf die Verwandten in Deutschland, ward ihm mit freundschaftlichen Vorwürfen geantwortet. Auch Zeitungen empfing man. Gelegenheit zu Allem diesem boten die täglichen mehrstündigen Spaziergänge im Hofe, welche gestattet wurden und nicht nur die Unterhaltung und Zerstreuung des Durchsehens durch die Gitter des Thores ermöglichten, sondern auch den Verkehr mit der Außenwelt, den Abgesandten, den Kommanden und Angehörigen.

Eine gewisse traurige Abwechselung verschaffte die tägliche Ankunft von neuen Inassen des Luxembourg, nicht selten bekannten Männern der Wissenschaft, Akademikern. Um den Ramin des Vitaubés'schen Gefangenschaftshauswesens sammelten sich diese mit Vorliebe stundenlang, und der Naturforscher Cousin hielt daselbst ganze Kurse in der Chemie, Naturgeschichte und Astronomie mit ihnen ab.²⁾

Unermüdlieh war Vitaubé außerdem in der Abfassung von Denkschriften gerichtet an die Chefs des Wohlfahrtsausschusses u. A., um durch Darlegung seiner Unschuld die Freilassung zu erwirken, und wurde darin sogar vom getreuen Leclerc unterstützt, der eine eigene Darlegung zu Gunsten seines Herrn verfaßte, welche recht geschickt gemacht war nach der von dem Gemahl wahrscheinlich getheilten Ansicht von Fr. Vitaubé.³⁾

¹⁾ So meint die Fr. B.; die Archivalien jedoch ergeben, daß ein korrespondirender Akt auch in Berlin stattgefunden. (S. oben S. 407.)

²⁾ Diese Lebensweise beßtigt besonders in letzterem Punkte Vitaubé in einem hülfschen Schreiben an die Akademie von 1795.

³⁾ Le bon Leclerc qui étoit notre homme d'affaire, avoit fait lui même un mémoire en notre faveur que nous conservons comme un monument non seulement de la bonté de son coeur, de son attachement pour ses maîtres mais encore de ses talens, car il plaida notre cause avec toute la sagacité et l'énergie qu'exigeoit la triste situation où nous nous trouvions.

Dreimal glaubte dieser das Raßen der Befreiung melden zu können, die dann schon am folgenden Tage erfolgen sollte: „Ich habe schon Feuer angemacht in unserem Zimmer; ein Topf steht schon auf dem Feuer für Ihren Empfang“, schrieb er. Dreimal hatte Frau Vitaubé schon gepackt. Jedesmal vergeblich, und zwar immer, versichert sie, — oder wenigstens das letzte Mal — gab Robespierre oder veranlaßte beim Comité Contre-Ordre. —

So waren fast 6 Monate vergangen, der erste größere aber leichtere Abschnitt der Gefangenschaft! Wir können hier eine allgemeine Betrachtung nicht unterdrücken. Das Interesse des dieser Darstellung zu Grunde liegenden Briefes beruht nicht bloß auf der Bedeutung der betroffenen Persönlichkeit. Und wäre es irgend ein dunkler Ehrenmann gewesen, es würde die lebendige und den Eindruck der Wahrhaftigkeit machende Schilderung ihren dauernden Werth für die Kenntniß der Zustände in der Schreckenszeit haben. Denn zahllos sind zwar die „Memoiren über die Gefängnisse“, ein besonderes Kapitel in der Quellenkunde bilden sie nachgerade. Aber sie sind zum Theil zu interessant, um die Präsumption der Zuverlässigkeit im Einzelnen zu besitzen. Sichlich geht die Phantasie und das Gefühl zuweilen mit der Objektivität durch.

Hier in dem Vitaubé-Brief haben wir einen französisch geschriebenen aber deutsch gedachten Bericht, der sich würdig anreihet der auch nachgerade nicht wenig reich gewordenen deutschen Quellenliteratur zur Geschichte der Revolution.¹⁾ Da haben wir Mittel der Kontrolle, und diese fällt für den Kern der französischen Berichte nicht ungünstig aus. — Besonders eins tritt sachlich als übereinstimmendes Ergebnis hervor, daß die Lage des Gros der Gefangenen in zwei sich dadurch deutlich von einander abhebenden Zeitabschnitten eine verschiedene war.

Nennen wir die Sache beim rechten Namen, so ist in der früheren Periode, von grausamer Strenge, natürlich abgesehen von gewissen allbekannten Fällen, bei denen es sich entweder um hervorragende Vertreter des Staates und der Parteien oder um Opfer einer nicht sehr nachhaltigen Wuth der Massen handelt, so wenig die Rede, daß man fast zweifeln könnte, ob man für diesen Zustand nicht den Namen „Gefangenschaft“ vermeiden und ihn lieber durch „Haft“ ersetzen sollte. Wie bezeichnend ist es, daß der oben genannte deutsche, natürlich also musikalische Baron sich nach dem Zeugniß

¹⁾ Verj. dieses besitzt eine zahlreiche Bände umfassende Sammlung derart, darunter das allein einige Duzend Bände umfassende gleichzeitige Werk: Briefe deutscher Männer aus Paris; darunter auch ein noch viel drastischeres gerade über das vorliegende Gefängnisthema!

von Frau Bitaubé sein Instrument in's Gefängniß schaffen ließ, was für seine Leidensgefährten eine Quelle reinsten Genußes ward; nicht zu reden von Confin's Vorlesungen und der feineren Geselligkeit, die doch innerhalb der Räume des Gefängnisses ein ungewöhnliches Maß freier Bewegung voraussetzt. Herrscht doch nach dem Zeugniß mehrerer Gefängnißmemoiren lange Zeit — abgesehen von der Einschränkung auf kleinen Raum — eine mehr dem Geschmacd wenigstens des anoisien régime entsprechende Geselligkeit und damit verbunden ein feinerer Ton in den Gefängnissen als in dem politisch-socialen Wirrwarr außerhalb, so daß manchmal das alte Frankreich für bessere Zeiten hier aufgehoben, den Stürmen des Tages nur entzogen schien. Die dabei unleugbaren Härten machen mehrfach eher den Eindruck der Unterlassung oder des Sehenslassens als beabsichtigter oder bewusster Bosheit und Grausamkeit. Zuweilen muthet es so an, als wären die einzelnen Gefangenen oder viele derselben in der Massenhaftigkeit des Bestandes vergessen worden.

Aber — es folgte eine zweite Periode. Hören wir für diese wiederum unsere Quelle.

Seit der dritten Vereitelung der Befreiungshoffnung bemerkten die Armen eine zusehends sich steigende Strenge in der Behandlung.

Das Lesen von Zeitungen, das Spazieren im Hof ward untersagt, die sogenannten „gefährlichen Werkzeuge“¹⁾ der Gefangenen, d. h. Messer, Gabel, Scheeren wurden confiscirt; von den ausführenden Beamten scheinen alle Werthsachen mit darunter begriffen worden zu sein²⁾; unser Ehepaar aber, rechtzeitig benachrichtigt, konnte noch Uhren und das wenige Silberzeug in den Matrazen verstecken. Erlaubt blieben nur Holzgabeln und Holzmesser; Bewegung machten sich die Gefangenen auf der Galerie, wo man durch üblen Geruch belästigt, durch den immer häufigeren Anblick in der Toilette vernachlässigter, dem Ausdruck nach verzweifelter Gestalten niedergedrückt ward.

Frau Bitaubé erkrankte, ihr Mann übernahm das Wasserholen und Bettmachen; aber der gewünschte Arzt ward ihr verweigert. Zum Glück konnte der selbst gefangene Accoucheur der Herzogin von Orleans Hilfe leisten. Sogar Espione („Moutons“) wurden unter die Gefangenen gemischt, um sie auszuhorchen. War vieles aus Argwohn zu erklären, so schien oft

¹⁾ Instrumens dangereux. Fr. B.

²⁾ „Comme nous fumes avertis à tems de cette opération, nous fimes disparaître nos montres et le peu d'argenterie que nous avions: tout cela fut habilement caché dans nos matelas; ceux qui avoient négligés cette précaution perdirent beaucoup.“

nur die Laune der Verwaltung entscheidend.¹⁾ Von Zeit zu Zeit wurden die bescheldenen Bewegungen auf der Galerie unterzagt. Eines Tages, in der Mitte des Sommers, hört sie starken Lärm, öffnet die Thür und sieht zahlreiche Schlosser beschäftigt, Gitter vor diese und alle anderen zu legen, die seitdem oft um 8 Uhr Abends schon geschlossen wurden, während Schildwachen um das Haus patrouillirten, welche die Gefangenen bei Nacht anriefen. An dem Außenthurm des Hauses wurde durch Plakat bekannt gemacht, es sei eine Verschwörung von Gefangenen gewagt worden!²⁾ Ein Ungeheuer von Hausmeister, der in den Mägeleien von Lyon „gearbeitet“³⁾ hatte, ersetzte den obengenannten Menschenfreund. Derselbe pflegte die Gefangenen mitten im tiefsten Schlaf zu erschrecken durch grobes Öffnen der Thür und namentliches Anrufen. Als Schließer (Porte clef) ward ein ähnlicher Mensch, Bernet mit Namen, ein blinder Verehrer Robespierres, dessen Sturz auch ihn auf die Guillotine brachte, angestellt, der allgemeinen Schrecken verbreitete, für Vitaubé aber milde Seiten aufgezeigt zu haben scheint, als er auf seine Frage erfahrene, daß dieser der Verfasser des Joseph sei, den „er liebe, der ihn gerührt.“ Vitaubé mußte ihm versprechen, nach seiner Freilassung ihm die Dichtung zu schenken. Als das Brot in der Stadt knapp wurde und Hungersnoth drohte, wurden auch die Sendungen von Lebensmitteln nicht mehr zugelassen, so daß nur die Nachbarn hier und da den Gefangenen etwas zusteden konnten, wie z. B. frische Butter.

Die auf das Zeichen einer Glocke vor der Thür des Concierge 12 Uhr Mittags Versammelten empfingen von jetzt ab als Tagesration ein Brot, über dessen Grobheit und ungesunde Beschaffenheit Fr. B. klagt: „un pain lourd et malsain.“ Gemeinsame Mahlzeiten wurden eingeführt, zu denen sich die 900 Gefangenen wieder auf je ein Glockengeläut in drei Abtheilungen zu 300 zu drei verschiedenen Stunden sammelten, um paarweise in den Speisesaal zu ziehen (was eine halbe Stunde gedauert haben soll), jeder sein Brot unter dem Arm und sein Holzbesteck in der Hand. An der nur eine Mannsbreite geöffneten Thür erwartete sie das Ungeheuer in einem schlächterähnlichen Kostüm, um möglichst grob und barsch den „Introducteur“ zu machen. An langen Tischen ohne Tücher, auf groben Holzbänken ohne Lehnen wurden den Eintretenden ihre Plätze angewiesen.

¹⁾ Fr. B. scheint die Absicht voranzusetzen, durch die Willkür die schuldig Gewünschten schuldig zu machen. („On voulait nous trouver coupables de conspiration pour avoir le droit ou le prétexte de nous massacrer.“)

²⁾ „Espérant que le peuple se joindroit à ceux qui devoient nous massacrer.“ Fr. B.

³⁾ „Qui avoit travaillé dans les massacres de Lyon.“ Fr. B.

— Fr. Bitaubé zwischen einem Nachbar, der die Kräfte hatte, und einem, dem das Amt der Reinigung der Nachgeschirre zugefallen war. Der herbe Wein (je $\frac{1}{2}$ Flasche) war nur stark mit Wasser verdünnt zu genießen, die Suppe aus dünner Fleischbrühe und schlechtem, nicht recht gar gewordenen Brot gebraut; sonst gab es schlechte Linsen, trockene Bohnen, hartes Fleisch. Herr Bitaubé — ohne Zähne — vermochte nichts zu genießen, die Frau desgleichen aus Ekel; ähnlich ihre Freunde. Sie nahm aber das Gemüse mit in ihr Zimmer und versetzte es gut mit starkem Essig, und aus dem Fleisch bereitete sie „Fachs“. So gab es selbst bei dem schlechten Brot erträgliche, ja unter den damaligen Verhältnissen ihnen gut vorkommende Abendmahlzeiten.

Ganz besonders angenehm aber verlief das Frühstück im Genuß einiger Tassen Thee,¹⁾ oder der Ueberbleibsel des vorhergehenden Tages, so nah als möglich dem Fenster, das ihnen die Morgenluft durch die Gitter zuführte. —

Immer ernster ward die Stimmung durch die größere Häufung der Prozesse vor dem Revolutionstribunal, dessen Vorhalle die „Conciergerie“ war. Dorthin wurden täglich Gefangene in Wagen abgeholt unter dem Schall von Trompeten, und selten lehrte einer zurück. Cousin war ein solcher Glücklicher. Man habe sich im Namen geirrt, sagten die Richter. Dagegen starben aus dem Kreise Bitaubés der ehrenwerthe Magistrat Nicolai, General Dillon, der deutsche Baron, den eine Ahnung schon lange darauf vorbereitet.

Man unterhält sich mit Vorliebe über die Unsterblichkeit der Seele.

In Herrn und Frau Bitaubé tauchte der Gedanke wieder auf, der Guillotine zuzukommen und allen Leiden selbst ein Ende zu machen. Sie suchten Kohlen zu bekommen, um durch deren Dunst sich ein leichtes Ende zu verschaffen. Doch Reclerc schickte die Kohlen nicht.

Vier Wochen vor Robespierres Sturz wurden eines Morgens um 8 Uhr 60 Gefangene (darunter der Baron) auf einmal aufgerufen zur Abführung.

Die verzweifelte Stimmung erreichte nun ihren Höhepunkt. Raum wurde auf der Galerie noch gesprochen wegen der Espione. Ein unheimliches dumpfes Schweigen, eine Tobtenstille breitete sich über das Haus der vermeintlichen Opfer. Gesenkten Hauptes, traurigen Blickes ging man einher und an einander vorüber. In den Zimmern war das Licht verboten. Finsterniß breitete sich dazu über Alles. Da endlich schlägt die Stunde der Erlösung. Die gewaltigen Töne der Sturmglocke, die anfangs

¹⁾ Es scheinen Reste von früher dazu verwendet.

Entsetzen oder wenigstens bange Zweifel erregten, wurden das Signal. 24 Stunden hatte man sie gehört: da — in der frühesten Morgenstunde — kehrt Vitaubé von der Galerie, wohin er sich begeben, um Erkundigungen einzuziehen, mit der Freudenbotschaft zurück: der Tyrann liegt im Sterben. Wir sind frei. Als Geheimniß hatte Cousin es ihm anfangs anvertraut, im vertrautesten Verein nur wagten Mann und Frau anfangs ihre Freudenbezeugungen auszutauschen.¹⁾ Drei Tage später kam ein Abgesandter des Wohlfahrtsausschusses, um den zwei schwer Geprüften formell die Freiheit anzukündigen, was von der Menge der Gefangenen mit unendlichem Jubel aufgenommen wurde.

Sogleich ward „gepakt“, Abschied genommen vom Stubenkameraden unter Zusicherung aller Schritte zu seiner Befreiung.²⁾ — 900 Gefangene bildeten unter dem Rufe: „Vive la liberté“ Spalier, durch welches die Hochbeglückten nur mühsam bei den Umarmungen und Händedrücken, denen sie sich nicht entziehen konnten, gelangten. In der nächsten Straße, die zu passiren war, bis zum Droschkenshalteplatz war wiederum ein großes Gedränge von Menschen zu überwinden, die erschienen waren, um die ersten Befreiten seit dem Tode des Tyrannen zu sehen.³⁾ Wiederum Segenswünsche, Umarmungen ohne Ende.

Am Gebäude des Wohlfahrtsausschusses empfahl sich dessen Beauftragter ohne Nennung seines Namens.⁴⁾

Unbeschreiblich war der Moment des Wiedersehens mit den treuen Dienern; der alte Beclerc sprach: „Herr, nun lässest du deinen Diener in Frieden fahren.“ Man konnte vor Freude nichts genießen: Fast wäre die Ruhe in den lang entbehrten Betten vergessen worden, die freilich dann das Erwachen wie eine Auferstehung⁵⁾ erscheinen ließen.

Bald gestaltete sich auch das gesammte Leben heiter und beglückend. Einer nach dem Andern von den einstigen Leidensgefährten begrüßte die

¹⁾ „Nous passons tous deux dans la plus affreuse douleur à la joie la plus vive. J'en conserve encore le sentiment délicieux“; „Oui nous étions heureux alors même dans les fers“ (schlicht: Fr. B. in heftigster Entzückung an Rousseaus Wort über die Freiheit).

²⁾ Er blieb jedoch noch Wochen im Gefängniß.

³⁾ „Elle (sc. la rue) étoit garnie d'une foule de personnes sorties de leur maison pour voir passer les premiers prisonniers mis en liberté depuis la mort du Tyran.“ Fr. B.

⁴⁾ Nous voilà arrivés à la voiture avec notre ange libérateur; il y-entra avec nous, il eut la délicatesse de ne pas vouloir nous dire son nom et de nous quitter devant la porte du comité du salut public. Ibidem.

⁵⁾ Notre réveil nous parut une résurrection et chaque jour notre existence nous devoit plus douce et plus chère. Ibid.

beiden Erstlinge der Freiheit unter Dankfagungen gegen Gott in der Freiheit. Aber eine ernste Frage war der Lebensunterhalt.

Urkundlich steht fest, daß am 2. Dezember 1792 dem P. Vitaubé die letzte Zahlung geleistet war von Seiten der Akademie und jedenfalls auch von Seiten der Anspach-Bayreuther Kasse.¹⁾

Die neue (Direktorial-) Regierung, die sich sichtlich bemühte, das dem Ehepaar geschehene Unrecht wieder gut zu machen, gab ihrerseits ihm Wohnung im Louvre, verlieh dem Gatten einen Sitz im „Institut“ nebst dem Gehalt eines solchen.

Sie nahm sich nicht ohne Einfluß Sieyès²⁾ beim Friedensschluß in Basel der Forderungen Vitaubés lebhaft gegenüber der preussischen Regierung an. v. Hardenberg veranlaßte unter Geltendmachung der Reciprocität das größte Entgegenkommen, obwohl in der Bewilligung darauf aufmerksam gemacht wird, daß doch eigentlich der Artikel XI. des Baseler Friedens sich nicht auf die Preußen in Frankreich, sondern auf Franzosen, die Forderungen an die preussische Regierung hatten und deren Befriedigung zugesichert worden, beziehe, wogegen allerdings von anderer Seite geltend gemacht wird, daß Vitaubé durch Annahme eines Amtes in Frankreich Ausländer geworden sei.³⁾ Vitaubé ward restituirt in der Akademie, seinem „Vaterland“, wie er sagt. Er jubelt darüber in Briefen an die Akademie und feiert Hardenberg als den Pacificateur de l'Europe!

Er bekommt alles Verlorene nachgezahlt aus beiden Kassen. Die Frau jubelt, daß sie von diesen in Münze gezahlten Summen leicht haben ihre Gefangenschaftsschulden an die Freunde abtragen können.

Vitaubé kündigt an, daß er das Geld zur Neuherausgabe seiner Werke⁴⁾ verwenden werde, wozu man bei der damaligen Theuerung des Papiers doch ein Krösus sein müsse.

Außerdem schuf er noch Neues: Die französische Uebersetzung von Hermann und Dorothea (1797?) und „Les Bataves“, eine poetische Behandlung des Abfalls der Niederlande und Verherrlichung Wilhelms von Oranien.

1800 wird noch einmal seine Pension in Frage gestellt, der Streich jedoch durch Haugwitz parirt.

¹⁾ Frau V. ist über diese Verhältnisse offenbar von ihrem Mann nicht völlig unterrichtet worden, indem sie glaubt, daß nur das Verbot des Empfanges ausländischer Pensionen und etwa der Krieg die Sperre bewirkt hat. S. oben S. 411.

²⁾ Darüber ein Brief Vitaubés.

³⁾ Frenzel 1810, 8. Juli.

⁴⁾ Die aber erst nach seinem Tod 1809 fertig wurde.

Unter Napoleon empfing er die „legion d'honneur.“¹⁾

1808 den 9. Oktober verstarb Frau Vitaubé geb. Jordan, der in oben genanntem Brief ihres Mannes an die Akademie ein schönes Denkmal gesetzt ist, das schönste aber hat sie sich selbst in ihrem Briefe an ihre Brüder und Verwandte errichtet.

Der Mann folgte am 21. November desselben Jahres.

Da die beiden Leute keine Kinder hatten, so ist einigermaßen erklärlich, daß die Anzeige des Todes an die Akademie unterblieb.

Erst die Erbschafts-Angelegenheiten führten unter Vermittlung der Regierung nach mancherlei Verhandlungen zur Uebersendung der erforderlichen Papiere.²⁾ Als Erben erschienen verschiedene Recoqs, Gabrils, Jordans, Michelets, Lantiers, fast lauter wohlbekannte Kreise aus der französischen Emigration. —

Wenn vorstehende Untersuchung deutsche Beziehungen zur französischen Revolution streift, so sei darauf aufmerksam gemacht, daß es deren noch viele und umfassendere giebt, als die meisten Darstellungen vermuthen lassen, und viel werthvollere vom Standpunkte der Quellenkunde, als man erwartet.

Es würde die Mühe verlohnen, einmal eine Uebersicht der deutschen Theilnahme (im weitesten Sinne) an der französischen Revolution zu geben.

Berlin.

Dr. J. Hermann.

¹⁾ Steht ausdrücklich in „Urkunde der Standesbuchführung“, deren Kopie die Akademie besitzt.

²⁾ Daraus ergeben sich dabei unfägliche Schwierigkeiten, deren Behandlung und Beseitigung den Hauptinhalt der Vitaubé betreffenden Akademie-Akten bilden.

Aus dem Leben des Generallieutenants Wilhelm v. Eberhardt.

Briefe und Aufzeichnungen aus den Jahren 1806 bis 1813

zusammengestellt von

Ragnus v. Eberhardt,

Secundelieutenant im 3. Garde-Regiment zu Fuß.

Wenn ich es wage, die Briefe meines Großvaters aus den Jahren 1806 bis 1813 der Öffentlichkeit zu übergeben, so leitet mich dabei der Gedanke, daß in ihnen sich das Bild einer großen Zeit spiegelt, für welche auch die jetzt lebenden Generationen lebhaftes Interesse empfinden. Ich habe ferner geglaubt, daß die persönlichen Erlebnisse eines zwar noch sehr jungen, aber geistig lebhaften Offiziers einen geringen Beitrag liefern können für die Geschichte einzelner Episoden jener Feldzüge, und besonders die Briefe und Aufzeichnungen aus dem Jahre 1806 einige interessante Details über die damaligen preussischen Soldaten geben werden.

Es ist allerdings dabei zu bedenken, daß der Schreiber jener Zeiten im Jahre 1806 erst sechszehn Jahre alt war und an seine Mutter schrieb, daß er nicht geahnt hat, diese Blätter würden dereinst publizirt werden. Andererseits erfleht man aber aus diesen kindlichen, treuherzigen Schriftzeichen, welch' guter Geist damals in der heranwachsenden Jugend unseres Vaterlandes erzogen wurde, der sich nachher in all den traurigen und glorreichen Tagen so herrlich bewähren konnte.

Von verschiedenen Seiten bin ich aufgefordert worden, die Briefe meines Großvaters zu publiziren, und ich habe mich mit großer Liebe diesem Akt der Pietät gegen den theuren Verstorbenen gewidmet. Ich darf hoffen, daß auch in weiteren Kreisen das Buch Eingang finden wird. Die Liebe und Verehrung, welche der General v. Eberhardt als Lehrer und Erzieher und später als Kommandeur des Potsdamer Kadettenhauses

bei seinen Böglingen, bei Vorgesetzten und Kameraden genoß, lassen mich hoffen, daß gar Mancher von diesen noch jetzt seiner in Dankbarkeit gedenkt und sich gern sein Bild in die Erinnerung zurückeruft. Das Gute, welches der Edle erstrebt und in die jugendlichen Gemüther gepflanzt hat, die ihre erste militärische Erziehung unter seiner Leitung genossen, hat reiche Früchte in der Armee getragen. Mit Stolz und Freude hat der alte General im Jahre 1866 viele seiner ehemaligen Kadetten in hervorragenden Stellen als Sieger aus dem Feldzuge heimkehren sehen, und wenn er selbst auch zu bescheiden war, um sich dessen laut zu rühmen, so sind ihm doch von Höchster und Allerhöchster Seite noch manche anerkennende Gnadenbeweise zu Theil geworden, die das Herz des alten Invaliden mit Genugthuung, vor allem aber mit inniger Dankbarkeit gegen sein Königshaus erfüllten.

Und so hoffe ich denn, daß die folgenden Blätter bei den Lesern eine nachsichtige Aufnahme finden.

Berlin, den 1. Dezember 1882.

Magnus v. Eberhardt,

Sekondelieutenant im 3. Garde-Regiment zu Fuß.

1791 bis 1807.

Am 11. August 1791 wurde dem Kapitän v. Eberhardt vom Infanterie-Regiment Favrat zu Olaz ein Sohn geboren, welcher in der heiligen Taufe die Namen seines Vaters Friedrich Wilhelm Magnus erhielt.

Der Kapitän v. Eberhardt stammte aus einer alten in Schlesien und der Oberlausitz angefahrenen Familie; sein Vater war jedoch durch seine Heirath mit einer geborenen v. Eyborff nach Württemberg gekommen, wo er zuletzt eine Leutenantsstelle im Kaiserlichen Schwäbischen Staats-Dragoner-Contingent zu Ludwigsburg inne hatte. Er sowohl als seine Frau starben jung und die beiden Söhne wurden bei den Großeltern mütterlicherseits erzogen, später in das Berliner Kadettenhaus aufgenommen und von dort der Armee überwiesen. Der ältere Bruder starb als Kapitän im Jäger-Bataillon v. Pollitz bei Pirmasens den Heldentod, dem jüngeren sollte ein gleiches ruhmvolles Schicksal später beschieden sein. Er war im Jahre 1772 in das Regiment Kleist in Brandenburg eingestellt worden; das persönliche Wohlwollen des großen Königs und der Könige Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. führten ihn wiederholt als

Ordonnanzoffizier in die Nähe der Monarchen, auch war er längere Zeit im Generalquartiermeister-Stabe verwendet worden.

Im Jahre 1787 verheirathete sich Eberhardt mit Wilhelmine Böttner zu Brandenburg a. H. Die Ehe mit dieser vortrefflichen Frau war eine sehr glückliche, das reinste Familienleben herrschte im Eberhardt'schen Hause, als der älteste Sohn in Glaz geboren wurde. Die Ehe wurde mit sieben Kindern gesegnet, zwei Töchtern und fünf Söhnen, von denen jedoch eine Tochter und ein Sohn im zarten Alter starben.

Den Kindern wurde eine ausgezeichnete Erziehung zu Theil, die wahre Frömmigkeit und Gottesfurcht der Eltern vererbte sich auf sie.

Nach den damals in der Armee waltenden Ansichten, daß ein ausgehender Offizier am geeignetsten und besten in seinem Regiment erzogen werde, reichten mit Allerhöchster Genehmigung die Chefs der Regimenter eine Anzahl junger Leute aus guten Familien, namentlich Söhne von ihnen bekannten ausgezeichneten Offizieren in ihre resp. Regimenter ein. Das geschah meist schon in sehr frühem Alter.

So wurde auch Wilhelm v. Eberhardt auf Wunsch seines Vaters bereits im Jahre 1803, also nicht volle 12 Jahre alt, im Infanterie-Regiment Sanitz (Nr. 50) als Gefreiter-Korporal eingestellt und leistete am 4. Juli den Fahneneid. Mit Genehmigung des Generals v. Sanitz durfte der junge Soldat den Dienst bei dem Grenadier-Bataillon des Regiments in Münsterberg erlernen, welches sein Vater kommandirte. Neben den Obliegenheiten des Dienstes, der mit aller Strenge betrieben wurde, durften natürlich die Wissenschaften nicht liegen bleiben, auch wurde Reit- und Fecht-Unterricht erteilt und die Fortschritte vom Vater geprüft.

Im April 1804 trat Wilhelm v. Eberhardt zum vollen Dienst beim Regiment in Frankenstein ein. Hier genoß er in der von Major Graf v. Herzberg geleiteten Regimentschule alle erforderliche wissenschaftliche Pflege und weitere Ausbildung. Den Unterricht erteilten neben einigen Offizieren des Regiments der Feldprediger Wiedermann und ein französischer Emigrant, der Abbé François Carvenec. Vierteljährlich fanden in der Wohnung des Generals v. Sanitz Prüfungen statt, welche dann sofortige Mahnungen oder Aufmunterungen zur Folge hatten. Für den günstigen Ausfall der Prüfungen wurde Einzelnen wohl auch eine kurze extraordinäre Beurlaubung in das Elternhaus gewährt oder der General lud die jungen Herren zu Tisch ein. Auch wurden die Fortschritte maßgebend bei den Vorschlägen zu den Beförderungen zum Portepee- und zum Wirklichen Fähnrich.

Im Herbst 1804 wurde Eberhardt während der Kriegs-Revue bei Reiffe mit den anderen Junkern des Regiments Sanitz Seiner Majestät

dem Könige vorgestellt, welcher in seiner huldvollen Art zu ihm sagte: „Haben einen ausgezeichneten, sehr braven Vater, ihn immer zum Vorbild zu nehmen und ihm ähnlich zu werden suchen.“

Nachdem am 20. Juni 1805 Eberhardt zum Portepesführer befördert war, rückte er im Winter dieses Jahres zum Rordondienst an die Schleissch-Mährische Grenze mit aus. Wegen des nach der Schlacht bei Austerlitz in großen Schaaeren erfolgenden Uebertritts von österreichischen Versprengten waren die Grenadier-Bataillone der oberschleisschen Inspektion schleunigst mobil gemacht und nach der Grenze geschickt worden. Major v. Eberhardt kommandirte die Grenadier-Bataillone der Regimenter Nalschitz und Sanitz und konnte so seinen Sohn im ersten Felddienst unterrichten. In dem ziemlich strengen Winter bot sich volle Gelegenheit dazu, den mit aller Strenge gehandhabten Grenzschutzdienst kennen zu lernen. Der Vater inspizirte selbst beim heftigsten Wind und Schneetreiben in der Mitternachtsstunde der kalten Dezembernächte die dem 14 Jahre alten Sohn anvertraute, entlegene äußerste Feldwache nach der Grenze zu, und wohl dem jungen Wachthabenden, daß er mit seiner Mannschaft alwöl und in gehöriger Ordnung gefunden wurde!

Noch während des Winters 1805 zu 1806 wurde Major v. Eberhardt zum Kommandeur des Infanterie-Regiments Gravert (Nr. 47) ernannt, welches in Olaz stand, und erhielt die Erlaubniß, dorthin wieder seinen Sohn mitzunehmen, um ihn zur Dienstleistung bei seinem Regiment einzustellen.

Wilhelm lernte hier den Festungsdiensl gründlich kennen, der sich auch auf theoretische Arbeiten erstreckte und ihm besonderes Interesse abgewann; das sollte später für ihn noch von großem Nutzen sein. Im Februar 1806 wurde er zu seinem Regiment nach Frankenstein zurückbeordert und dort erfolgte unterm 20. März seine Ernennung zum Wirklichen Fähnrich, damals Offizier. Der Vater theilte sie ihm mit in nachstehendem Brief, der so recht den Charakter dieses Mannes zeigt. Die trefflichen Worte hat der Sohn in jeder Weise beherzigt.

Mit aller Vater-Treue geliebter Sohn!

Wenn Dir das Glück wohl will, welches ich Dir von ganzem Herzen wünsche, so wirst Du heute noch die Freude haben, Dich als Offizier sehen lassen zu können! ich theile diese Freude mit Dir als Dein Dich gewiß innigst liebender Vater und wünsche nur, daß Gott Dich auch in diesem neuem Stande liebevoll unterstützen und Dir seinen Segen angebeihen lassen möge.

Sei stets folgsam gegen Deine Vorgesetzten, zuvorkommend und höflich gegen Deine Kameraden und herablassend und menschlich gegen Deine Untergebenen, meide alle böse Gesellschaft und unnütze Ausgaben; trage Dich stets dienstmäßig und behandle Deine Obliegenheiten nie lau und nur obenhin. Deine väterlichen Freunde Lemde¹⁾ und Schack²⁾ versäume nicht und nehme ihre Lehren mit Dank an, aber befolge sie auch. — Sei fleißig und benutze fortdauernd den Unterricht bei dem Herrn Feldprediger, sowie auch bei dem Herrn Vater im Französischen, denn etwas zu lernen macht auch dem Offizier keine Schande, wohl aber wenn dieser nichts lernt. — Wenn Du nun allen diesen Ermahnungen gehörig Folge leistest, so wirst Du stets an mir einen guten Vater haben. Auch vor dem so viele Sorge bringenden Schuldenmachen hätte Dich besonders. Dein neues Quartier kannst Du, wenn es gesund ist, beziehen und Dir das Holz hinfahren lassen. Bekommst Du Urlaub, so wünschte ich Dich als Offizier auf 8 Tage hier zu sehen, wo Du dann mit der Post kommen kannst.

Empfehle mich allen guten Freunden.

Dein Dich zärtlich liebender Vater

F. W. M. von Eberhardt.

Glas, den 21. März 1806.

Schon bald sollte Wilhelm zeigen, daß die väterlichen Lehren und Ermahnungen reiche Früchte getragen und in ihm einen Grund gelegt hatten, auf dem er selbstständig weiterbauen konnte, auch in schwerer und trüber Zeit!

Mitte August des Jahres 1806 trat für die preussische Armee die Mobilmachung ein, und bereits in den letzten Tagen dieses Monats befand sich das Regiment v. Sanitz auf dem Marsche durch das Riesengebirge nach Sachsen, wo sich an der Elbe zwischen Dresden und Meissen die Armee des Fürsten von Hohenlohe-Ingoltingen konzentriren sollte.

Mit jugendlicher Begeisterung zog auch Wilhelm v. Eberhardt mit seinem Regiment in den Krieg, befeelt von dem Thatendrange eines 16 jährigen Jünglings, in der festen Zuversicht, daß Preußens Armee, die Armee des „großen Königs“, dem Siege entgegenlie! Auch der Major v. Eberhardt hatte mit seinem Regiment die Garnison verlassen, um zu demselben Korps zu stoßen wie das Regiment Sanitz, und so konnten sich Vater und Sohn auf dem Vormarsch noch öfter sehen und sprechen. Zu Hause — in Glas weilte die Familie damals — beteten Mutter und

¹⁾ v. Lemde.

²⁾ Schack.

Geschwister für das Wohlergehen der beiden Krieger und rührende Zeichen der Liebe wanderten per Feldpost und durch nachgehende Offiziere hin und her.

Aus diesen Tagen bis zur Schlacht bei Jena liegen folgende Briefe Wilhelms an seine Mutter vor:

Gradiß, den 29. August 1806.

So eben sitze ich hier und verzehre mein Abendbrot, das mir mein Wirth, ein redlicher freundlicher Landmann, vorgesetzt hat, und denke an meine gute Mutter nach Glaz. Gott gebe, daß Du und meine lieben Geschwister auch gesund seid. Daß Vater gesund ist, habe ich gehört. Bis jetzt geht es mir ja recht gut und das Marschiren gefällt mir. Das Regiment von Rüßling hat schon im 2. Nachtquartier eine Desertion gehabt. Der Deserteur hat einen Bauern aus Langen-Vielau todt geschossen. Gestern hat unser Regiment dort Nachtquartier gehabt. —

Stanowitz, den 31. August.

Gesund bin ich heute hier angekommen. Ein wenig müde bin ich, denn ich habe heute die ganze Bagage vom Regimente commandirt, worunter ohne den Wagens und commandirten Unteroffizieren, Soldaten und Packknechten über 100 Packpferde waren. Morgen haben wir Ruhetag in diesem Dorfe, wo ich morgen früh nach Striegau reiten werde, um dort meinen Brief auf die Post zu schicken. Es kommen noch die 25 Thaler mit dabei, welche der Herr Regiments-Chirurgur Schach, der sich Dir sowie der Major v. Bessel und Hauptmann v. Zemke bestens empfehlen läßt, in Verwahrung hatte.

Ich esse monatlich für 4 Thaler beim Major v. Bessel, was mir sehr lieb ist.

Wenn Du mir schreiben willst, so sei so gütig, auf der Adresse anstatt des Ortes zu schreiben: abzugeben bei dem Regiment v. Sanitz bei der Armee des Fürsten zu Hohenlohe.

Meine lieben Geschwister küsse und umarme ich mit brüderlicher Liebe und ermahne die drei kleineren zur Folgsamkeit und Fleiß, damit sie ihrer guten lieben Mutter Freude machen. Dem Herrn und Frau Obristen v. Albert ver sichere ich meinen unterthänigsten Respekt sowie auch Ihre Excellenz der Frau General Lieutenant v. Farral und allen Bekannten. Meinen Freunden, besonders an Felix v. Albert, bestelle die herzlichsten Grüße.

Klein Röhrsdorff, den 7. September.

Schon lange hätte ich gern wieder einmal geschrieben, aber es war mir nicht gut möglich, denn ich habe jetzt viel zu thun. Vatern habe ich noch nicht gesehen, denn er hat noch immer zu weit von uns gestanden. — Morgen marschiren wir in Sachsen ein, und der General hat mich commandirt die Canonen und die ganze Bagage des Regiments zu führen. Heute haben wir Ruhetag gehabt, wo ich Zeit hatte, mir die hiesige Gegend zu ansehen. Ich bin heute auf dem berühmten Rahn'schen Felsen gewesen; der Major v. Kessel hatte mich dahin mitgenommen. Es war sehr schön dort; das Schloß ist eine uralte zerfallene Ritterburg, die auf einem Felsen gebaut ist, und oben auf dem Thurm sieht man in unendlicher Tiefe eine kleine Gebirgsstadt, deren Straßen ganz grade laufen, was prächtig aussieht. Die Stadt liegt am Bober. Ringsumher sieht man die schönsten Thäler, auf den Bergen weiden Kühe, Schafe, und Ziegen und überall hört man den Gesang und den Klang der Schalmeyen der Hirten, so daß ich ordentlich gerührt war.

Run gute Nacht, denn ich bin sehr müde, ich habe Nachmittag viel laufen müssen, da ich für den Lieutenant v. Gaffern Adjutanten-Dienste gethan habe. Wenn ich morgen Zeit habe, schreibe ich mehr.

Gebersdorf, den 8. September.

Ich befinde mich jetzt in Sachsen. Ich weiß nicht wie es kommt, aber es war mir doch so sonderbar zu Muthe, als ich das preussische und sächsische Grenzzeichen erblickte; ich wurde ganz wehmüthig gestimmt, daß ich mich von dem geliebten Vaterlande trennen sollte.

Die Gegend ist hier ausnehmend schön; mein Quartier liegt auf einem hohen Berge, von dem man eine prächtige Aussicht hat.

Bis jetzt hat unser Regiment noch keine Desertion gehabt, und wir wollen hoffen, daß sie ganz ausbleibe. Auch in Ansehung meiner Pferde bin ich recht zufrieden, denn sie sind ja beide ganz munter.

Röbau, den 11. September.

Schon vorgestern wollte ich Dir schreiben, aber mein Wille ward vereitelt, denn es fehlten von unserer Compagnie 6 Mann, und der Major v. Kessel schickte mich weg um sie zu holen. Nachdem ich den ganzen Nachmittag geritten war, fand ich sie und brachte sie zur Compagnie zurück, die ganz allein in dem Dörfchen Lomnitz lag. Der Capitain und ich lagen mit 95 Mann im Schloß. Wir haben jetzt schon einige sehr fatigante Märsche gehabt, da die Hitze sehr groß, und die Wege bergig und steinig sind. Gestern um $\frac{1}{2}$ 1 Uhr sind wir hier in die Stadt Röbau eingerückt.

Es ist ein sehr hübscher Ort mit reichen Bewohnern. Ich liege außerhalb der Stadt in einem sehr großen Hause, habe eine schöne möblirte und gelüftete Stube und eine herrliche Bewirthung, Alles umsonst. Mein Wirth ist ein Mann, der gewiß einige 100 000 Thaler Vermögen hat. Hinter dem Hause ist ein großer, nach englischer Art angelegter Garten mit einem sehr großen Orangerie-Hause und vielen Pavillons.

Morgen gehen wir durch Bautzen, marschiren übermorgen bei Dresden vorbei und kommen am 14. bei Meissen zu stehen.

Hier in Sachsen ist Alles sehr theuer: das Pfund Rindfleisch kostet 4 Groschen und die Kanne Butter, welches anderthalb Quart sind, kostet 28 Groschen; das Brot und die Semmel ist sehr klein. Für einen Böhmen Semmel ist hier etwas mehr als in Schlessien für einen Kreuzer. Heute muß ich noch das Geld, was ich in Münze habe, wechseln, indem es in der Gegend, in die wir morgen kommen, nicht sehr im Gange ist. —

Heute vor einem Monat war ich noch so vergnügt in der Mitte meiner geliebten Eltern und Geschwister und feierte mit ihnen meinen Geburtstag. Da glaubte ich noch nicht, daß ich heute von ihnen einige 20 Meilen entfernt sein würde. Gott wollte es aber so haben.

Sieben-Eichen, den 17. September.

Da wir jetzt hier bis auf weitere Ordre schon seit dem 15. stehen, so kann ich nicht unterlassen, Dir zu sagen, daß ich recht gesund bin. Ich bin mit einem Detachement von 2 Untf., 1 Tambour und 27 Mousquetiers hier commandirt und bleibe hier von der Compagnie ganz abgesondert stehen, bis das Regiment weiter geht. Es macht mir viel Freude, hier das Kommando zu haben. Ich liege auf dem Schlosse bei dem Baron v. Mültitz, einem der reichsten Edelleute in dieser Gegend, werde fürstlich bewirthet und fühle mich sehr wohl. Nützliche Bücher stehen mir zur Verfügung, und der Baron spielt mit mir Billard; es geht aber um Nichts. Morgen werde ich nach Meissen reiten, um mir die hiesige Porcellan-Fabrique und die anderen Merkwürdigkeiten zu besehen; es liegt eine gute Viertelstunde von hier entfernt. Dresden kann man mit bloßen Augen sehen, es ist nur 2 Stunden von hier; hinter Dresden liegt der Königsstein, den ich vom Balkon durch das Fernrohr des Herrn Baron schon oft betrachtet habe. Die Gegend ist herrlich. Vor meinem Fenster fließt die Elbe vorbei, die immer mit Schiffen bedeckt ist; heute ist Regenwetter und heftiger Wind, da haben die Schiffer alle die Segel ausgespannt, was sehr hübsch aussieht.

Wie oft ich an Dich denke, kann ich Dir gar nicht beschreiben. Bei jed. m Glase Wein trinke ich Deine und meines lieben Vaters sowie auch

meiner Geschwister Gesundheit. Wenn ich so in den dunkeln Gängen des hiesigen Schloßgartens spazieren gehe, dann wünsche ich Dich immer bei mir zu haben, und mit Dir zu reden, — aber meine Wünsche sind immer umsonst. Vater werde ich nun wohl bald sehen, denn ich glaube, er liegt nicht weit von hier in Quartier.

Ich weiß gar nicht, was ich aus den öffentlichen Zeitungs-Nachrichten machen soll, denn sie sagen, die Franzosen wären schon wieder über den Rhein zurückgegangen und haben sogar das Datum des Tages angegeben, an welchem dies geschehen sei.

Binden-Kreuz, den 2. Oktober.

Wie froh bin ich, Dir wieder einmal schreiben zu können, damit Du Dich überzeugen kannst, daß ich gesund bin. Gott gebe nur, daß auch Du und die lieben Geschwister es sind. Das ist mein einziger Kummer, sonst habe ich keinen, denn von Vater bekomme ich alle Tage Nachricht; und dann macht es mich sehr glücklich, daß ich jetzt für mein Vaterland streiten kann, um es vor den Ungerechtigkeiten eines einzigen Mannes zu schützen, der so viele Millionen Menschen unglücklich macht. O, geliebte Mutter, wie segne ich den Tag, der mich zum Soldaten erschuf; ich will aber an dem Unmenschen, dem Kaiser Napoleon, schon meine gerechte Rache auslassen und die schon erbitterten Soldaten durch mein Beispiel und durch Zureden zur Wuth anreizen.

Mein Herz wird weich, wenn ich daran denke, wie meine arme Mitmenschen leiden müssen: der arme Soldat z. B. hat Weib und Kind zu Hause in dem erbärmlichsten Zustande zurücklassen müssen wegen dieses Menschen, der um seiner Habsucht willen uns aus dem friedlichen Birkel der Familie herausgerissen hat. Ich bin fest überzeugt, daß wir, wenn es noch zu etwas kommt, glücklich sein werden, da die Erbitterung des gemeinen Mannes gegen den Franzosen gar zu groß ist. Stelle Dir vor, daß sogar der so unwissend scheinende Pole hiervon Beweise giebt. Vezthin war ich im Altenburgischen mit 20 Mann bei einem Bauern im Quartier. Sowie ich in die Stube trete, sehe ich der Thür gegenüber das Bildniß des Kaisers Bonaparte hängen und dies betrachtet sich einer von den Polen, indem er mich fragt, wer das wäre. Ich sagte ihm es sei Bonaparte, gegen den wir zu Felde zögen. Raum hatte ich das gesagt, so nimmt er sein Gewehr und ruinirt mit dem Bajonett das Portrait durch lauter Stiche und sagt dann zu der Wirthin, daß wenn sie eine gute Einquartierung an ihm haben wollten, so sollten sie das Portrait vor seinen Augen ins Feuer werfen, denn bei ihm hätte kein Kaiser Bonaparte Gnade zu erwarten. Die Wirthin befolgte dies auch sehr gerne, obgleich das Bild wohl gegen

3 Thaler Werth haben möchte, und sie beschenkte den Soldaten noch oben ein mit Brantwein, weil sie sich freute, solche Vertheidiger des Vaterlandes zu Felde ziehen zu sehen. Der sächsische Landmann, besonders die Altenburger brennen vor Enthusiasmus, sie geben den Soldaten was sie haben, denn sie sagen: „ihr zieht ja für uns zu Felde und opfert für uns eure Ruhe auf.“

Lezhin hatte ich die Freude, den guten Vater gesund und munter anzutreffen. Ich war über Dresden geritten, weil ich glaubte, dort wäre Vater am ehesten zu finden, denn in Dresden war das Hauptquartier und er mußte oft zur Parade hin. Ich traf ihn zwar nicht, jedoch viele Offiziere vom Regiment v. Grawert, unter Anderen den Kapitän v. Setzenka, die Lieutenants v. Dressky, v. Neefe, v. Wenzky und unsere Bekannten. Sie sagten mir, wo Vater in Rantonirung stände, und trugen mir auf, an Dich viele Empfehlungen zu bestellen, wenn ich schreibe. In Dresden wollte ich die Parade doch abwarten, weil ich mich beim Fürsten schon gemeldet hatte, und da es noch Zeit war, so gingen wir — eine ganze Menge Offiziers — um uns die Kustammer anzusehen. Es war prächtig dort: in dreißig großen Sälen waren die Gegenstände so gedrängt, daß man immer nur Auge sein mußte, um Alles genau zu betrachten. Wir bezahlten gemeinschaftlich und gingen dann auf Parade.

Die Offiziers vom Regiment v. Grawert baten mich, noch da zu bleiben und Nachmittags mit ihnen die Katholische Kirche, die Bildergallerie, das grüne Gewölbe, die Porzellan-Niederlage, das Kunstkabinett und andere Merkwürdigkeiten zu besuchen, mein Verlangen nach dem lieben Vater war aber zu groß und ich ließ mich daher nicht überreden.

Nach der Parade ritt ich also von Dresden nach Forstberg, wo Vater einquartiert war. Nachdem ich vier Stunden geritten war, kam ich endlich dort an, fand aber Vater nicht zu Hause, er war zu Herrn v. Gersdorff, dem Vater von unserem Fähnrich, zum Mittagessen eingeladen und die Offiziers erwarteten ihn schon zur Parole. Ich traf unter diesen den Kapitän v. Bärner, den Fähnrich v. Grawert und viele andere Bekannte, die sich Dir und den Geschwistern auch alle empfehlen lassen. Als Vater kam, ging ich ihm auf der Chaussee entgegen; Du hättest unsere beiderseitige Freude sehen sollen! Vater bekam gerade Deinen Brief und die Tabaksdose, die Du ihm geschickt hast; wir schnupften gleich Beide daraus und dachten dabei an Dich und die lieben Geschwister.

Capellendorf, den 13. Oktober 1806.

Wir sind jetzt schon seit fünf Tagen entweder im Lager oder bivouakiren unter freiem Himmel, da wir den Feind stündlich anzugreifen erwarten.

Wir haben schon eine Affaire gehabt, die jedoch für beide Theile von keinem Nutzen gewesen ist. Der Prinz Louis starb in diesem Gefecht den Heldentod, was für uns ein großer Verlust ist; es ist aber ein Jeder in der Armee über seinen Tod so aufgebracht, daß wir ihn gewiß an den Franzosen rächen werden.

Heute bin ich beim Fürsten auf Ordonnanz und benutze diese Gelegenheit, Dir ein paar Zeilen zu schreiben, da es mir im Lager immer an Schreibmaterial fehlt, das ich hier im Hauptquartier bekommen habe.

Heute früh gingen die Franzosen unweit unseres Lagers an heftig zu kanoniren, worauf der Fürst nebst seiner Suite und den Ordonnanzoffizieren, worunter auch ich war, relognoscircen ritt. Wir ritten längs des Lagers herunter, welches die ganze preussische und sächsische Armee bezogen hatte; am linken Flügel konnten wir deutlich erkennen, wie die französischen Artilleristen arbeiteten. Den guten Vater habe ich heute und gestern gesprochen, er ist gesund und freute sich sehr, daß auch mir die Kampagne so gut beläme.

Der Fürst kann jeden Augenblick zu Hause kommen, ich muß daher eilen, um fertig zu werden; denn wenn er kommt, ist die ganze Stube voller Offiziere und dann bin ich auch nicht sicher, daß ich fortgeschickt werde, um Ordres zu überbringen. Soviel ich von der heutigen Affaire gehört habe, ist sie bis jetzt zu unserem Vortheil ausgefallen, aber nicht ganz beendet. Die Preußen halten sich sehr tapfer; das Grawert'sche und unser Regiment, sowie überhaupt der ganze rechte Flügel sind bis jetzt noch nicht ins Gefecht gekommen. Ich habe hier gehört, daß sich morgen ein Armeekorps Russen an unsere Armee anschließen soll.

Wenn ich erst wieder zu Hause bin, liebe Mutter, werde ich unendlich viel zu erzählen haben, was ich während der Kampagne alles gesehen und erfahren habe. Die Geschwister grüße von mir und sage an Alexander, daß wenn er sein Wort hielte und fleißig und artig sei, ich auch mein Wort halten würde und ihm was recht Schönes mitbringen werde.

Das in diesem Briefe erwähnte Gefecht war der Kampf um den Landgrafenberg, welcher leider von den Preußen geräumt und von den Franzosen sofort besetzt worden war. Fürst Hohenlohe hatte die Absicht, den wichtigen Punkt wiederzunehmen, aber er hielt sich an vorher gegebene Befehle aus dem Hauptquartier und konnte sich nicht entschließen, selbstständig hier zu handeln. Sein Generalquartiermeister, Oberst v. Massenbach, war zu einem Kriegsrath nach Erfurt geritten und wurde mit großer

Ungebuld von dort zurückwartet. Schließlich entschloß sich der Fürst, ihm einen seiner Ordonnanzoffiziere entgegenzusenden, um ihn zur Eile zu veranlassen. Der erste Adjutant des Fürsten, Major v. Roeder¹⁾ erteilte dem Fähnrich v. Eberhardt den Befehl, mit einer Kavallerie-Ordonnanz und zwei Handpferden dem Obersten v. Massenbach auf der Straße nach Erfurt über Weimar in möglichster Eile entgegenzureiten, jenen wo und wie er ihn trafe, aufzufordern, eins der Handpferde zu besteigen und ihn sofort schleunigst zum Fürsten in die Gegend des Landgrafenberges zu führen. Dies geschah auch, aber es war inzwischen spät Nachmittags geworden, der Landgrafenberg blieb in Händen der Franzosen, und der Fürst kehrte mit seinem Gefolge nach Kapellendorf zurück. Auch ein französischer Kapitän, Montesquieu, angeblich vom Stabe des Kaisers, ritt mit dorthin; er hatte einen Brief an den König zu überbringen.

Aus unbekannten Gründen war der Fähnrich v. Eberhardt von seinem Regiment nicht durch einen andern Offizier vom Ordonnanzdienst abgelöst worden und verblieb somit in der persönlichen Umgebung des Fürsten, in welcher er den verhängnisvollen 14. Oktober erleben sollte.

Am Morgen des Schlachttages, im fast undurchdringlichen Nebel, bereits inmitten des feindlichen Geschütz- und Gewehrfeuers, stieß Fürst Hohenlohe auf die sich zum Gefecht entwickelnde Division Grawert, und schnell hatte der Major v. Eberhardt, der sich vor seinem Regimente befand, in der Suite des Feldherrn, den Sohn herausgefunden, ihm einen letzten Händedruck und Worte, eines solchen Vaters würdig, zurücklassend. Am Nachmittage des blutigen Tages hatte der heldenmüthige Mann bei dem mehrmaligen Sturm auf das Dorf Vierzehnheiligen den Tod für König und Vaterland gefunden.

Während der Schlacht hatte der junge Fähnrich mehrfach Gelegenheit, sich auszuzeichnen, der tapfere Fürst befand sich stets im heftigsten Geschütz- und Gewehrfeuer und führte oft persönlich die Bataillone zum Angriff vor. Aber es sollte der altpreussischen Tapferkeit nicht gelingen, den Sieg über die napoleonische Taktik davonzutragen. Wie auf dem Paradesfeld avancirten die in Linie deployirten Bataillone gegen das vom Feinde besetzte Dorf Vierzehnheiligen; sie wurden von den französischen Tirailleurs, die geschickt jede Deckung benutzten und denen die langen Linien ein willkommenes Ziel boten, jedesmal zurückgewiesen. Vergebens bemühte sich der Fürst, wieder Ordnung in die weichen Linien zu bringen, vergebens gingen die Offiziere mit gutem Beispiel voran, das mörderische Feuer des Feindes ließ alle Angriffe scheitern. Als das Regiment Sanitz nach einem

¹⁾ Später kommandirender General des V. Armeekorps.

solchen abgeschlagenen Angriff in Unordnung wich und Fürst Hohenlohe mit seinem Stabe herbeieilte, um es nochmals vorzuführen, sprang der Fahnrich Wilhelm v. Eberhardt vom Pferde, entriß einem Junker die Fahne und mit den Worten: „Auf mich seht, Burschen, hier ist Eure Fahne und dieser müßt Ihr folgen“, führte er noch einmal die Leute vor.¹⁾

Das Geschick des Tages war aber bereits entschieden, große strategische und taktische Fehler hatten das unglückliche Ende des Kampfes verschuldet, noch bevor er angefangen hatte. Die preussische Armee war geschlagen worden, auch die Hauptarmee hatte an demselben Tage bei Auerstädt eine entscheidende Schlacht verloren, daß aber die Armee nunmehr ihrer Auflösung entgegenging, das lag in den eigenthümlichen Verhältnissen, in denen sich der preussische Staat und die Armee damals befanden.

Als der Fürst Hohenlohe das Schlachtfeld verließ, befand er sich inmitten des sächsischen Grenadier-Bataillons Windel, welches ein im Innern geräumiges Karree nach damaliger Formation gebildet hatte und die wiederholten heftigen Attacken der französischen Kavallerie jedesmal mit Ruhe erwartete und abwies. Es war dies Bataillon einer der wenigen Truppenkörper, deren Rückzug in Ordnung geschah und nicht in Flucht ausgeartet war. So gelangte auch Eberhardt bis in die Gegend des Weichthusches vor Weimar, wo sich die meisten Truppen sammelten. Hier erfuhr er von den Kameraden des Regiments Grawert den Tod seines Vaters. Sein erstes Verlangen war, auf das Schlachtfeld zurückzukehren, um die Leiche des geliebten Vaters zu suchen; vielleicht war er noch am Leben und nur schwer verwundet. Bei den fortgesetzten Kavallerie-Angriffen der Franzosen und dem zunehmenden Gewirr bemächtigten sich befreundete Männer des vom Schmerz ergriffenen jungen Eberhardt und leiteten ihn mit seinem Pferde zu seinem bis auf einige Hundert Mann bei der Fahne wieder gesammelten Regiment, wo er zunächst unter die Obhut des Hauptmann v. Lemde gestellt wurde, der als ältester Offizier die Trümmer des Regiments kommandirte. Der Rückzug ging noch am 14. durch Weimar bis vor die Thore von Erfurt, wo in der Nacht bivallirt wurde. Am 15. Morgens erhielt das Regiment Befehl zum Weitermarsch nach Langensalza und Sondershausen, von wo aus die meisten Truppen nach eigener Wahl und ohne höheren Befehl ihre verschiedenen Marsch-direktionen einschlugen. Hauptmann v. Lemde verstand es, in dem Rest des Regiments Sanität Ordnung und Disziplin zu halten, und führte ihn über den Harz und Halberstadt nach Magdeburg, wo er am 20. Oktober eintraf. Nach wenigen Tagen war das Regiment durch das Eintreffen

¹⁾ Göpfer, Der Krieg von 1806 und 1807, I. S. 402.

von Offizieren und vielen Versprengten bedeutend vollzähliger geworden; es ward zum Verbleiben bei der Besatzung von Magdeburg bestimmt und sofort zum Dienst mit herangezogen.¹⁾

Auch Eberhardt wurde fast täglich zum Wachtdienst kommandirt, hatte auch das Glück, als er eines Tages mit seinem Pütel gegen das Dorf Kraßau vorgeschoben war, durch eine Patrouille einen Rahn mit drei Franzosen auf der Elbe abzuschneiden. Nach einigen Schüssen rettete sich die französische Mannschaft durch Schwimmen, der Rahn aber mit den Waffen ward von der Patrouille eingebracht.

Im verhängnißvollen Zeitverlauf folgten nun für den geliebten König, für die Armee und das Vaterland die dunkelsten, schwersten Ereignisse. Auch Magdeburg fiel am 11. November durch Kapitulation in Feindeshand. Die Besatzung wurde kriegsgefangen nach Frankreich geführt, die Offiziere auf Ehrenwort bis zum Friedensschluß nicht gegen Frankreich kämpfen zu wollen, in ihre Heimath entlassen.

Aus den trüben Tagen in Magdeburg ist ein Brief Eberhardts an seine Mutter erhalten, der so recht deutlich den guten Geist zeigt, der noch im Kern der preussischen Armee lebte, insbesondere aber die jüngeren Offiziere beherrschte.

Magdeburg, den 24. Oktober 1806.

Thuererste Mutter! Daß ich noch lebe und ganz gesund bin, kann ich Dir versichern. Zur Zeit bin ich in Magdeburg, wo ich auch bleiben werde, da unser Regiment nebst 27 Bataillonen Infanterie und 366 Mann Kavallerie zur Defendation dieser Festung bestimmt ist.

Der 14. Oktober war für die preussische Armee ein sehr heißer Tag. Vor Tagesanbruch wurden wir in unserm Lager von den Franzosen angegriffen, und es kam zu einer furchtbaren Schlacht, in welcher mancher brave und tapfere Krieger sein Leben einbüßen mußte. O, der todte, auf dem Schlachtfeld gebliebene Preuße ist glücklich, denn er darf den Schimpf nicht erleben, von Franzosen geschlagen zu sein. Ungeachtet die Preußen ihre Schuldigkeit thaten, mußten wir doch endlich, weil es uns an Munition gebrach und die feindliche Macht der unsrigen zu sehr überlegen war, unsere Zuflucht zum Retiriren nehmen. Freilich hätte dies mit Ordnung und Ruhe geschehen sollen, es war aber das Gegentheil der Fall: die den ganzen Tag im Regengüssen gestandene preussische Armee fing an zu laufen.

¹⁾ In dem Befehl des Fürsten Hohenlohe zum 21. Oktober — Höpfner S. 80 ff. — fehlt das Regiment Sauty bei den zur Besatzung von Magdeburg bestimmten Regimentern, doch war es erst am 20. eingetroffen.

Die Offiziere waren die letzten auf dem Schlachtfelde und suchten die Ordnung wiederherzustellen, es war vergeblich.

Magdeburg wird nun wahrscheinlich belagert werden, die Franzosen stehen schon ganz in der Nähe. Ängstige Dich nur nicht um mich, liebe Mutter, es werden so viele falsche Gerüchte ausgesprengt. Traue nur auf Gott, der alles gewiß zu unserm Besten lehren wird, und der in allen Fällen, was auch kommen möge, unser Beschützer und Rathgeber ist.

den 25. Oktober.

Gestern konnte ich nicht weiterschreiben, weil Alarm geschlagen wurde, was jetzt alle Augenblicke geschieht, obgleich außer kleinen Affairen mit den französischen Streif-Patrouillen noch nichts Wichtiges vorgefallen ist. Ich habe noch immer die Hoffnung, daß alles besser gehen wird wie bisher; wenigstens beweisen unsere Leute, daß sie den Muth noch nicht haben sinken lassen. Sie haben sich stets brav gehalten, wenn die Franzosen jetzt unsere Piken angriffen und ihnen ziemliche Verluste beibrachten.

Die Franzosen schicken täglich Deputirte an den hiesigen Gouverneur, denn sie wollen die Festung übergeben haben. Gestern kamen die auf ihr Ehrenwort aus der französischen Gefangenschaft entlassenen preussischen Offiziere hier an. Sie dürfen, so lange wir Krieg führen, nicht dienen, können aber nach der Campagne wieder eintreten, wenn sie wollen. Die Behandlung unserer Offiziere seitens der Franzosen ist sehr gut gewesen; man hat ihnen alles gelassen, sogar das Geld. Die blessirten Gefangenen werden besonders gut gepflegt und gewartet.

O, gute Mutter und Geschwister, betet für Eure zu Felde gezogenen Mitmenschen, betet zu Gott, daß er ihnen Glück, Klugheit und Tapferkeit zum Siege verleihe. So lange noch gesundes Blut in dieses Armes Adern fließt, so lange fließt es für Preußens Wohl, und wenn eine blutende Wunde mir bald den Todeshauch einbläst, so soll der gegen Franzosen gezückte Degen noch einmal seine Wirkung versuchen. Ach Mutter, ich weiß jetzt, was es heißt mit Franzosen zu kämpfen, denn ich habe es am 14. Oktober versucht. Stünde es in meinen Kräften, was wollte ich für Preußen gegen Frankreich thun? aber so bin ich zu schwach, große Thaten zu verüben; meine Schuldigkeit werde ich aber jederzeit erfüllen und mit Gottes Hülfe auch weiter durch die Welt kommen, das sei Dein Trost.

Von unserm lieben Vater habe ich nichts Bestimmtes erfahren können, vielleicht ist er gefangen und blessirt. Man kann gar keine Erkundigungen einziehen, weil die Post wegen der Unsicherheit der Wege nicht gehen darf.

Kapitän v. Remde nimmt sich meiner sehr an und sorgt für mich väterlich; er läßt sich Dir gelegentlichst empfehlen. — — —

Die leisen Andeutungen von dem wahrscheinlichen Tode des Vaters in diesem Briefe waren bereits überholt worden. Als der Brief in Glatz eintraf, hatte die Mutter, durch zurückgekehrte Versprengte vom Regiment Grawert, den Heldentod ihres Vaters erfahren. Als Wilhelm v. Eberhardt nach der Kapitulation von Magdeburg nach Glatz zurückkam, fand er die Familie in Trauer vor; es war ein schmerzliches Wiedersehen.

Wo der Major v. Eberhardt begraben war, wußte die Familie nicht, sein Beisatz wird wohl in einem der beiden großen Massengräber ruhen, welche in der Nähe des Dorfes Bierzehnheiligen ein Denkmal für die tapferen angreifenden Bataillone bilden. Nach vielen Jahren, als Wilhelm v. Eberhardt das Schlachtfeld bereiste und sich in Bierzehnheiligen aufhielt, um dort Nachforschungen über das Grab anzustellen, hörte er, daß sich ein Einwohner des Ortes im Besitze eines silbernen Bechers mit Wappen befände, der von einem in der Schlacht gefallenen Offizier herstamme. Er forschte nach und erstand den einfachen silbernen Becher mit dem Eberhardtschen Wappen, welchen sein Vater im Jahre 1806 mit ins Feld genommen hatte; fürwahr ein werthvolles Familienstück!

In Glatz fing nun für die schon schwergeprüfte Familie eine traurige Zeit an. Aber unter dem Druck und den Entbehrungen der harten Kriegszeit sorgte die treue Mutter in aufopferungsvollster Liebe und Hingebung für ihre fünf Kinder, von denen das jüngste noch nicht zwei Jahre alt war. Das kleine Vermögen reichte aber in diesem Augenblick, wo alle Kurse fielen, die Preise aber seit dem Einrücken der Franzosen in Schlessien zu steigen anfangen, kaum hin, um alle Bedürfnisse zu erfüllen. Wilhelm faßte daher den Entschluß, unter allen Umständen wieder einzutreten. Mit mehreren Freunden zusammen war er bereits dem Zugenbunde, dessen Anfänge schon in das Jahr 1806 zurückreichen und welcher Verbindungen in allen preussischen Provinzen hatte, beigetreten. Es befindet sich im Familienbesitz ein Patent, datirt Glatz, den 27. Dezember 1806, worin die Herren v. Albert, v. Wildungen, v. Frobel, und Grimm v. Grimmenstein, den Ritter Wilhelm v. Eberhardt zum Hauptmann und Anführer des Todten- oder Zugen-Ritter-Bundes erwählen. Bekämpfung Napoleons, Befreiung des Vaterlandes waren die Ideale dieses Bundes, zu dem ja auch später die bedeutendsten Männer der Freiheitskriege zählten. Eberhardt hatte sich schon beim Grafen von Götzen zum Eintritt bei einer neu formirten Jäger-Kompagnie in Glatz gemeldet, als dies der General von Grawert erfuhr. Dieser ließ ihn sofort durch seinen Adjutanten, den Hauptmann, spätern General v. Fund, wieder losmachen von seiner neuen Anstellung, gegen das Versprechen des Militär-Gouverneurs von Schlessien, auf die baldige Auswechselung des jungen Offiziers Bedacht nehmen zu wollen.

Hauptmann v. Fund mußte Eberhardt mit nach Landeck bringen, wo er im Hause des vortrefflichen Generals eine liebevolle Aufnahme fand. Auch für seine weitere wissenschaftliche Ausbildung sorgte General v. Grawert, und Eberhardt hatte an ihm einen wahrhaft väterlichen Freund. Seinen Bemühungen gelang es, auch der Mutter seines Schüglings eine Pension zu verschaffen.

1808 bis 1812.

Im April 1808 erhielt Eberhardt auf Allerhöchsten Befehl eine Anstellung beim 3. Bataillon v. Grawert in Olag, wobei ihm die Führung der Kompagnie des Majors v. Morawitzky anvertraut wurde. Neben dem Dienste wurde auch die Artillerieschule besucht und die Wissenschaften eifrig betrieben, wobei der Garnison-Prediger Ludwig mit Rath und That behülflich war. Eberhardt hatte besonders Interesse an dem Unterricht in der Fortifikation, welchen der Hauptmann v. Blumenstein, später General, ertheilte. Er wurde daher auch mit noch zwei jungen Offizieren der Garnison zum Fortifikationsdienst herangezogen und erhielt die Aufgabe, unter Leitung des Ingenieur-Offiziers der Festung, dem Premier-Lieutenant v. Bigny — später General — die Redoute Nr. 4 (Fort Xaver) zu bauen.

Im März 1809 trat für die preussische Armee die Reorganisation ein. Das 3. Bataillon v. Grawert ward in das 2. Schlesi'sche Infanterie-Regiment Nr. 11 eingereiht, sowie die Mehrzahl der Offiziere in das Regiment versetzt wurden. Der Lieutenant v. Eberhardt — die Charge der wirklichen Fähnriche bestand seit Anfang 1808 nicht mehr — erhielt durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre an den Grafen von Gölben eine Anstellung in dem neu formirten Leib-Infanterie-Regiment, welches Berlin zur Garnison hatte.

Eberhardt meldete sich im April 1809 bei seinem Regiments-Kommandeur, dem Major v. Horn, der ihn sehr liebenswürdig empfing. Er wurde der 1. damals Leib-Kompagnie zugetheilt und ihm speziell die Einübung des Tirailirens nach der neuen Instruktion für das zerstreute Gefecht bei dem Tirailleur-Zug übertragen.

Im nächsten Monat wurde dem damals noch nicht 18 Jahre zählenden Eberhardt eine nicht geahnte Allerhöchste Auszeichnung zu Theil. Es war am 28. Mai 1809 bei der Sonntags-Parade, als in Gegenwart der gesammten Generalität, an der Spitze General v. L'Estocq, vor versammeltem

Offizier-Korps der Regiments-Kommandeur dem Lieutenant v. Eberhardt eine Allerhöchste Kabinetts-Ordre überreichte.

Eberhardt war so überwältigt von dem Eindruck dieses Moments, daß er nicht im Stande war, das Schreiben zu öffnen. Major v. Horn that es auf Verlangen der hohen Vorgesetzten und verlas folgende Kabinetts-Ordre:

Ich habe aus dem jetzt eingegangenen Berichte der Commission, welche Ich hier niedergefetzt, um diejenigen Officiere auszuheben, welche sich im letzten Kriege durch Thatfachen rühmlich ausgezeichnet haben, ersehen: daß Ihr in der Schlacht bei Sena in dem Augenblicke, wo das Regiment von Sanitz durch ein mörderisches Feuer zum Weichen gebracht wurde, mit Muth und Geistesgegenwart die Fahne ergriffen, die Burschen zum Folgen ermuntert und sie so dem Feinde entgegengeführt habt. Je mehr Ihr Euch durch dieses Wohlverhalten auf Meine Erkenntlichkeit gerechte Ansprüche erworben habt, desto angenehmer ist es Mir, sie Euch dadurch öffentlich bezeugen zu können, daß Ich Euch den einliegenden Orden für das Verdienst verleihe, und versichere Ich demnachst, daß Ich bin Euer gnädiger König

Friedrich Wilhelm.

Königsberg, den 19. Mai 1809.

An den Lieutenant von Eberhardt im Leib-Infanterie-Regiment zu Berlin.
Mit 1 Verdienstorden.

Major v. Horn schmückte darauf den jungen Ritter mit dem Ehrenzeichen, und von allen Seiten empfing er nun von Vorgesetzten und Kameraden Glückwünsche.

In Berlin hatte sich die Kunde von der Verleihung „des Ordens“, wie er damals allgemein genannt wurde, an einen ganz jungen Offizier schnell verbreitet, der Berliner oder Preussische Hausfreund vom 27. Juni, enthielt sogar eine Schilderung des obigen Vorganges, und nun wurden Eberhardt von allen Seiten, auch aus dem Publikum, Aeußerungen und Beweise patriotischer Theilnahme dargebracht.

Eberhardt, der bald darauf zum Adjutanten des 2. Bataillons ernannt wurde, hatte noch im Jahre 1809 die große Freude und Auszeichnung, sich bei Seiner Majestät dem Könige melden zu dürfen. Als die königliche Familie von Königsberg nach Berlin zurückgekehrt war unter dem Jubel der ganzen Bevölkerung, ließ der König bei einer der Vormittags-Paraden im Lustgarten die Offiziere vortreten, welche Meldungen zu machen hatten. Dem Lieutenant v. Eberhardt sagte er: „Hat Mich gefreut, Ihnen durch Verleihung des Verdienst-Ordens Meine Anerkennung, Meine Zufriedenheit zu bezeugen; — aber noch sehr jung sind, noch sehr viel zu thun bleibt!“

Im Winter 1809 und 1810 war Eberhardi wiederholt eingeladen zu den Majestäten zu kleinen Tanz- und Musikfesten und erfreute sich oft der huldvollen Ansprache der unvergeßlichen Königin Louise, deren frühes Hinscheiden im Jahre 1810 die Trauer des Vaterlandes noch vermehrte.

Als in demselben Jahre unter Scharnhorst in Berlin die Kriegsschule für Offiziere — die jetzige Kriegsakademie — eröffnet wurde, erhielt Eberhardi die Erlaubniß, dort zu hospitiren, auch die Vorlesungen auf der neu gegründeten Universität hörte er, soweit es der Dienst gestattete. Ein inniges, rührendes Verhältniß entstand zwischen ihm und seinen jüngeren Brüdern Fritz und Alexander, welche durch königliche Gnade Freistellen im Kadettenkorps erhalten hatten, ihren Bruder Wilhelm oft sehen konnten und ihn wie einen Vater verehrten. Fritz kam 1811 als Portepeschführer ebenfalls zum Leib-Infanterie-Regiment.

Ein Brief Wilhelms an seine Mutter aus dieser Zeit läßt die traurige Lage des Staates deutlich hervortreten; aus ihm sind folgende Zeilen entnommen:

Berlin, den 20. Oktober 1811.

Thuerste Mutter! Gewiß erwartest Du sehnachtsvoll einen Brief und die bestellten Sachen von uns, aber diese sind erst heute eingetroffen und sollen nun gleich an Dich abgehen. Ich fürchte immer, Du ängstigst Dich, wenn die Fuhrleute mal ohne Nachrichten von uns in Glas ankommen, es geht uns aber Gott Lob ziemlich gut. Den Koffer mit den Büchern und die Meze Butter, die Du uns gesandt, haben wir erhalten. Wie sehr dankbar sind wir Dir dafür, gute Mutter; Du sorgst so aufopfernd für uns, obgleich Du es selbst auf irgend welche Art entbehren mußt. Wie gern würde ich Dir wieder eine kleine Freude bereiten, aber ich bin es momentan nicht im Stande. Ich hatte gerade in diesem Monat einige größere Ausgaben und denke Dir, wie eine Gabe Gottes habe ich in der Lotterie 20 Rthlr. gewonnen.

Ich habe selbst Deine Wittwenpension noch nicht erhalten können, obgleich ich persönlich dreimal auf dem Bureau war; das letzte Mal ging ich direkt zum Geheimen Finanzrath v. Winterfeld, der mich sehr lebenswürdig empfing, mir aber sagte, daß es durchaus unmöglich wäre, Zahlung zu leisten, da die Kasse gänzlich erschöpft sei; er hoffe indessen, daß vielleicht in Zeit von 14 Tagen, möglicherweise aber wohl erst in drei bis vier Wochen wieder Geld eingehen würde, wo er Dich dann berücksichtigen wird. Auch wegen des Holzes will ich morgen nachfragen, ob Du es erhalten kannst; falls Du herkommst, wird es Dir von großem Nutzen sein, und sonst werde ich versuchen, es vorthellhaft zu verkaufen und Dir das Geld zu schicken.

Bis jetzt ist wohl mit Einsingen noch nichts entschieden? Gott gebe, daß er nicht nach Rosel kommt und bald in Glatz eine Kompagnie erhält, es kann doch nicht mehr lange dauern. Grüße mir den lieben Schwager und meine Schwester recht herzlich, ich wünsche ihnen von Herzen Glück bei der weiteren Gestaltung ihres Schicksals. — — — O, diese traurige Zeit! Gott gebe uns doch bald bessere Tage für unser armes Vaterland. Ich sehe immer noch mit festem Vertrauen in die Zukunft; es muß auch für uns Preußen der Tag der Erlösung schlagen!

Feldzug 1812—1813 in Aurland.

Das Jahr 1812 brachte wieder bedeutende Veränderungen in das Leben Eberhardts. Der gewaltige Zug Napoleons gegen Rußland bereitete sich vor und zu dem Hülfskorps, welches Preußen vertragsmäßig stellen mußte, gehörte auch das Leib-Infanterie-Regiment. In den letzten Tagen des März wurde das Regiment auf den Felddetachement gebracht und verließ bereits Anfang April seine Garnison Berlin, mit ihm die beiden ältesten Eberhardt, Wilhelm als Adjutant des zweiten Bataillons, Fritz noch als Fähnrich. Wilhelm führte genau Tagebuch, doch ist dies leider in einem Bimaf, wo die Strohhütte Feuer fing, verbrannt. Seine Briefe aber, die einen Auszug aus jenem Tagebuch enthalten, sind ausnahmslos in die Hände seiner Mutter gelangt, ein sehr gutes Zeichen für die damalige Feldpostverbindung mit der Heimath.

Marſchquartier Coepnick, den 3. April 1812.

Gute, liebe Mutter! Schnellichst erwartete ich Nachricht von Dir, aber leider umsonst. Gott gebe, daß Du und die Geschwister gesund sind, und daß Du Dich unsertwegen nicht ängstigst. Es ist wahr, die jetzigen Zeiten scheinen trübe, aber es geschieht ja nichts ohne Gottes Willen und der wird Alles zum Besten führen. Wir haben vorläufig Befehl nach Breslau zu marschiren, um uns dort mit den übrigen mobilen Truppen zu vereinigen und unter den Befehl unseres lieben, verehrten Generals v. Grawert zu treten. Fritz ist mit ausgerückt, vorläufig noch als Fähnrich, doch wird er hoffentlich unterwegs Offizier werden, denn wir haben viel Avancement. Wenn es so fortgeht, so kann ich gute Karriere machen, ich habe schon 51 Lieutenants hinter mir im Regiment und nur noch 6 vor

mir zum Premierlieutenant. Ueberhaupt fühle ich mich sehr wohl im Regiment, welches auch in der Bevölkerung von Berlin sehr beliebt war; als wir gestern austrückten, war der Abschied ein wahrhaft herzlicher und die Segenswünsche der Berliner geleiteten uns. Sonst habe ich Berlin nicht ungern verlassen, da es zur Zeit von Franzosen überschwemmt ist. Allerdings der Abschied von Alexander und allen lieben Verwandten und Freunden ist mir recht schwer geworden; als ich im Korps war, um Alexander Adieu zu sagen, kamen auch die anderen Kadetten, die mich fast Alle schon kennen, und da war das Abschiednehmen nicht leicht. Auch die Tante Forstner¹⁾ und Frau v. Gautler waren sehr gerührt. Die arme Tante hat jetzt viel zu leiden durch die Einquartierung; fast täglich kommen neue Abtheilungen der Franzosen auf dem Marsch durch Berlin, so daß selbst alle Miether die Lasten des Quartiergebers tragen. Ich glaube, liebe Mutter, Du giebst Deinen Plan, nach Berlin zu ziehen, jetzt besser auf; es lebt sich in Schlesiens doch wohl angenehmer jetzt als dort.

Hier liege ich bei netten Leuten im Quartier mit dem Kapitän v. Diebitsch zusammen, wir wurden sehr freundlich aufgenommen, obgleich auch diese armen Leute viel von den fortwährenden Einquartierungen zu leiden haben. Diebitsch schläft schon lange, auch ich will schlafen für heute, denn ich bin sehr ermüdet von den heutigen Strapazen. — — —

Frankfurt a. O., den 6. April 1812.

Unsere Marschrouten ist leider abgeändert worden, wir sollen statt nach Breslau, nach Landsberg a. d. Warthe marschiren. Ich hatte mich schon so gefreut, denn von Breslau aus hätte sich doch gewiß ein Wiedersehen mit Dir, geliebte Mutter, ermöglichen lassen. Nun, ich weiß, Dein mütterlicher Segen wird mich auch ferner auf allen Wegen geleiten.

Wir haben heute hier Ruhetag und schreibe ich diese Zeilen beim Better Vorn, der ein ganz charmanter Mensch ist, und mit dem ich vom ersten Augenblick an vertraut war. Auch bei Graß war ich heute Mittag mit Fritz zusammen. — —

Conitz in Westpreußen, den 24. April 1812.

Heute fand ich zu meiner großen Freude Deinen Brief vom 14. d. M. vor, ich ließ gleich Fritz holen, der auch hier in Quartier liegt, damit er meine Freude theilen sollte. Heute früh war ich mit dem Kommandeur auf die benachbarten Rantonnements geritten, um dort zu exerziren; hier

¹⁾ Die Wittve des Majors Freiherrn v. Forstner, eine Schwester von Eberhards Mutter.

liegt nämlich nur der Bataillonsstab und unsere Kompagnie,¹⁾ sowie das 1. Bataillon. Seit dem 20. sind wir hier und erwarten weitere Ordres; obgleich Conitz kein übler Ort ist, so möchte ich doch nicht lange hier bleiben; da es nun einmal nicht anders sein kann, ist das Vorwärtsgen immer besser als das Liegenbleiben.

Ueber unsern Marsch von Frankfurt aus, wo ich so sehr nette Tage verlebte, theile ich Dir noch Folgendes mit:

Am 7. April marschirten wir nach Drossen, einem kleinen niedlichen Städtchen, wo ich bei einem Kaufmann freundlich aufgenommen wurde. Unser Weg führte uns über das Schlachtfeld von Runersdorf; sonderbare Regungen ergriffen mich, als ich daran dachte, wie mancher Brave hier sein Leben verlor und nun hier unter unsern Füßen schlummere. Wir dachten auch des großen Königs, der hier besiegte wurde und doch nicht verzagte, sondern sich zu immer neuen herrlichen Siegen emporraffte. Ach, daß auch uns einst die Morgenröthe einer neuen Zeit anbrechen möchte!

Den 8. kamen wir nach dem Dorf Neutwalbe, zwei Kompagnien unseres Bataillons. Die Offiziere wurden sämmtlich im Amtshause einquartiert. Wir wurden von dem Amtmann, einem Greise von mehr als 70 Jahren, sehr liebenswürdig empfangen. Trotz seines hohen Alters war der Amtmann noch ein eifriger Jäger und sprach mit wahren Entzücken von der Jagd, auch erfreute er sich einer festen Gesundheit. Seine Frau, auch schon ziemlich bejahrt, war eine vorzügliche Landwirthin und im Hause sehr thätig. Sie hatte uns bei unserer Ankunft ein recht schmackhaftes ländliches Mahl bereitet, das wir mit großem Appetit verzehrten. Zu Anfang war ich etwas verstimmt, warum wußte ich eigentlich selbst nicht, und durch meine kurzen Antworten verscheuchte ich die Vertraulichkeit, mit der man mir gleich begegnet war. Doch als ich nach dem Essen meine dienstlichen Geschäfte absolvirt hatte und bei der Rückkehr Alle in der heitersten Stimmung fand, da wurde auch ich munterer und schließlich war ich der Lustigste. Was mir die Familie unseres Wirthes so besonders achtungswerth machte, war, daß außer einem Sohn und einer Tochter die andern Kinder arme Waisen waren, welche die guten Leute angenommen hatten. Sie wurden ohne Unterschied von den Eltern wie eigene Kinder behandelt, waren sehr wohlgezogen und so aufmerksam, daß sie einem den kleinsten Wunsch an den Augen ablasen. Abends spielte ich mit unserem Major v. Both und noch zwei Kameraden Whist, und nach dem Abendessen wurden noch bis um 11 Uhr Kunststücke gemacht und die heiterste

¹⁾ Die 5. Kompagnie war die Kompagnie des Bataillons-Kommandeurs Major v. Both.

Unterhaltung geführt. Mit dem alten Amtmann hatte ich ein sehr ernsthaftes Gespräch über die jetzige Lage unseres Vaterlandes, in welchem er seine Behauptungen sehr schön auseinandersetzte und mich durch seine Begeisterung so hinriß, daß ich gestehe: solche Moral und solche Grundsätze in unsere Jugend verpflanzt und Gott wird mit uns sein, wenn der Tag der Erlösung naht! — Beim Abschied war der alte Herr so gerührt, daß ihm die Thränen in die Augen standen und er mir nur die Hand drücken konnte. Die Amtmännin hatte für ein gutes Frühstück gesorgt und streckte uns noch zum Mitnehmen kalte Küche ein. Gottes Segen über diese guten Menschen, die hier im Stillen so viel Gutes thun!

Am 9. marschirten wir nach Landsberg a. d. Warthe, wo wir am 10. Ruhetag haben sollten. Doch traf glücklicherweise am 10. Morgens der Befehl zum sofortigen Weitermarsch ein und wir brachen nach Friedeberg auf. Ich lag nämlich in Landsberg bei einem Juden im Quartier, wo es sehr unsauber war, ich mußte mit der ganzen Judenfamilie zusammen, 12 Personen an der Zahl, in einer Stube bleiben, da die mir angewiesene Puststube keine Fensterscheiben hatte und der Glaser erst geholt werden mußte. Die Familienstube wurde also getheilt, in der einen Ecke saß ich an einem kleinen Tischchen, in der anderen war die ganze Familie auf einen Haufen zusammengeedrängt; da sie sahen, daß ich etwas viel zu arbeiten hatte, wagten sie kaum ein Wort zu sprechen; das jammerte mich besonders von den kleinen Kindern, die sich vor mir förmlich fürchteten. Als ich daher fertig war, näherte ich mich den Kindern und fing an mit ihnen zu scherzen, worüber die ganze Familie sehr glücklich war und mich nun wie ein Wunderthier anstaunte. Sie boten mir sogar das einzige Bett an, doch lehnte ich dankend ab, denn es sah wenig einladend aus. So verbrachte ich denn die Nacht auf dem Sopha in meinen Mantel gewickelt, immer in Angst, daß ich bei der geringsten Bewegung von dem schmalen Gestell herunterfallen würde.

Ich war also sehr zufrieden, als wir am 10. in Friedeberg eintrafen, wo ich gute Aufnahme bei einer Frau fand, deren Mann beim Trainwesen unserer Armee angestellt ist und bereits ausgerückt war. Am 11. hatten wir Ruhetag, Abends war ein Ball arrangirt worden, und wir tanzten bis gegen 2 Uhr und waren sehr vergnügt.

Den 12. rückten wir nach Woldenberg, den 13. nach Sloppe, der ersten Stadt in Westpreußen, ein erbärmlicher Ort, lauter kleine hölzerne Häuser, meist von Juden bewohnt. Hierzu kommt noch, daß schon über ein Jahr die Militär-Straße über diesen Ort führt und daher wegen der täglichen Einquartierung, besonders durch fremde Truppen, die Armut sehr groß ist. Ich will Dich nicht weiter mit einer Beschreibung der Stadt

langweilen, da es mir ebenso erging; noch dazu war ich wieder mitten unter Juden, die alle vor Schmutz klebten. Am folgenden Tage hatte das Regiment Ruhe und konnte ich meinen Vorgesatz, nach Wiffulte zu reiten, ausführen, da mir der Kommandeur hierzu Urlaub gegeben hatte. Als ich mich eben am 14. Morgens aufs Pferd setzen wollte, kam ein Unteroffizier vom 1. Bataillon und brachte mir eine Einladung zum Mittagessen vom Major a. D. v. Bövil, auf dessen Gut Jüßen Fritz in Quartier lag.

Der Unteroffizier erzählte, daß der Major v. Bövil vor Freude ganz außer sich gewesen sei, als er gehört habe, Fritz sei der Sohn seines alten Freundes und Waffenbruders und habe allen erzählt, daß er von unserm seligen Vater als Junker die erste Ausbildung als Soldat erhalten und bei ihm das Exerciren gelernt habe. Es that mir wirklich leid, die Einladung nicht annehmen zu können, aber mein Plan, nach Wiffulte¹⁾ zu kommen, stand zu fest und so ritt ich denn, von Kiel²⁾ begleitet, aus Sloppe.

Es war zwar fürchterliches Wetter, starker Wind und Regen, aber ich merkte doch nichts davon, denn meine Gedanken waren zu sehr mit den theuren Menschen beschäftigt, die ich wiedersehen sollte. Mein Schimmel trabte auch tapfer fort und schon um $\frac{1}{2}$ 1 Uhr war ich in Deutsch-Crone, von wo es ja nur noch 1 polnische Meile bis Wiffulte ist. Und als ich nun erst im Thal das Dörfchen erblickte, da ergriffen mich feurige, sonderbare Bewegungen, ich drückte meinem Pferde die Sporen in die Seiten und jagte durch die Straße. Staunend sahen mir die Einwohner nach, die mich in der Uniform wohl alle nicht wiedererkannten. Aber auf dem Hofe wurde ich gleich erkannt und die Leute machten solchen Ärm, daß in dem Augenblick, als ich vom Pferde sprang, auch schon in den Armen meiner geliebten Minna lag und nun aus der einen Umarmung in die andere ging.

Ach, geliebte Mutter, das waren selige frohe Stunden, die ich nun verlebte, nur getrübt durch die Aussicht auf baldige Trennung. Es wurde aber endlich beschlossen mich am andern Tage nach Deutsch-Crone zu begleiten, wohin unser Regiment am 15. marschiren und ich es wieder erreichen sollte. Auch hofften die Verwandten dort unsern Fritz zu sehen, der in Deutsch-Crone in Quartier kommen mußte, weil er die Fahne trägt und also dem Stabe attachirt ist.

Am 15. fuhr denn Onkel mit der ganzen Familie hin, ich ritt immer neben dem Wagen her, und kamen wir in der Stadt an, als gerade unsere

¹⁾ Wiffulte gehörte dem Onkel Eberhardt, dem Rittergutsbesitzer Heinrich Plümcke, der eine Schwester seiner Mutter zur Frau hatte. Minna, die älteste Tochter, wurde später seine Gattin.

²⁾ Kiel, der öfter genannt wird, war der langjährige treue Burche Eberhardt.

Kompagnien eingerückt waren. Nachdem ich mich gemeldet und meine Bureau-Geschäfte erledigt hatte, ging ich zum Aktuaris Grünert, einer sehr netten Familie bei der Onkel abgestiegen war, und wo ich auch Fritz schon fand. Bei Herrn Grünert lag der Kommandeur vom 1. Bataillon, Major v. Zepelin, in Quartier, der sehr höflich gegen Onkel und Tante war, und als dieser den Wunsch äußerte, Fritz auch noch in Wissulte zu sehen, ihm sofort die Erlaubniß hierzu ertheilte: er solle nur gleich zum Regiments-Kommandeur gehen und um Urlaub bitten. Nun bestürmte man mich natürlich auch, ich solle doch mitkommen, was ich aber nicht wegen meiner Dienstverhältnisse thun wollte. Schon drohte ein kleiner Zwist zwischen mir und Minna hierüber auszubrechen, weil diese behauptete, ich sehnte mich fort, als mein Kommandeur ins Zimmer trat.

Major v. Zepelin und die Verwandten baten nun diesen, mich doch auch zu beurlauben, was er auch sehr gern that; am 18. Abends wollte uns Onkel nach Preussisch-Friedland fahren, wohin das Regiment inzwischen marschirte. Du kannst Dir unsere allseitige Freude denken, liebe Mutter; in Wissulte nahmen selbst die Leute daran Theil.

Das waren dann schöne Tage bei den Verwandten! Dir, gute Mutter, muß ich auch vertrauen, daß meine Liebe zu Wilhelmine in dieser Zeit immer fester geworden, und daß ich hoffe Gott wird den Tag einst anbrechen lassen, an dem ich frei und offen vor sie hintreten kann, um ihr zu sagen, wie lieb ich sie habe und um ihre Hand zu bitten — — —

Als wir am 18. Abends in Friedland eintrafen, kam ich in Quartier zu einem früheren Regiments-Chirurgus, der aber furchtbar geizig und unangenehm schien. Wie jetzt fast überall hier in Preußen, schlief ich mit dem Wirth und seinem 16 jährigen Sohn in einer Stube und da fing dann plötzlich mein Herr Wirth im Bette an seinen Sohn zu examiniren, was das Abendessen gekostet habe und schalt ihn, sobald er fand, daß der Junge etwas zu theuer bezahlt hatte. Natürlich sollte ich diese Unterredung hören und so war denn auch am nächsten Morgen gleich meine erste Frage, was ich für das gestrige Abendbrot zu bezahlen habe, obgleich ich das eigentlich nicht nöthig hatte, da unsere Wirthe stets unsere Portionen geliefert erhalten, wofür sie uns beköstigen müssen.

Den 19. lag das Regiment auf verschiedenen Dörfern zerstreut. Ich war in Jenznick einquartiert und wohnte mit dem Major v. Both und Kapitän v. Diebitz zusammen in einer ausnahmsweise sehr reinlichen Bauernstube. Abends versammeln wir Offiziere uns meist beim Major und sind dann immer sehr vergnügt bei einer Tasse Thee. Am 20. rückten wir hier in Conitz ein; ist ein recht niedlicher Ort, d. h. für diese Gegend, mit den schlesißen Städten nicht zu vergleichen. Du glaubst nicht, was für furcht-

bare Löcher man in Westpreußen Städte nennt. Hier wohne ich wieder mit Diebitsch und dem Lieutenant v. Schulenburg zusammen, Beide sind sehr nette Menschen. Du wirst vielleicht Frau v. Diebitsch in Berlin bei Frau v. Gantler kennen lernen. Das Zusammenwohnen ist sehr angenehm, da es sonst recht langweilig hier sein würde; die wenigen Bücher, die ich mit habe, sind meist instructiv oder ernsthaft, und immer kann man doch nicht studiren. Wir machen bei gutem Wetter Promenaden in die Umgegend, reiten spazieren und versammeln uns Nachmittags in einem ganz hübschen Garten vorm Thor, wo eine Regelsbahn ist, die viel benutzt wird.

Den 29. April. Noch immer sind wir in Conitz, haben aber endlich gestern die Ordre zum Weitermarsch erhalten. Am 1. Mai werden wir abrücken und sollen über Dirschau, Marienburg, Elbing am 8. in Braunsberg eintreffen; von dort werden wir wahrscheinlich nach Königsberg gehen. Es heißt hier, wir würden als linker Flügel der Armee dicht an der Ostsee entlang vorrücken und das 9. Corps bilden. Doch kann sich jeden Augenblick der ganze Plan ändern. Selbst die Zeitungen enthalten alle Tage Veränderungen und die Politiker finden die sonderbarsten Nachrichten darin.

Daß Du jetzt eine erhöhte Pension erhältst, hat Fritz und mich mit wahrer Freude erfüllt. Gott hilft doch immer weiter.

Rant.-Qu. Groß-Droosten, den 18. Mai 1812.

— — Wir stehen seit dem 14. in der Gegend von Rabiau, 6 Meilen von Königsberg, in den Dörfern in Rantonirung, wo bereits das ganze Corps bis auf die Schleßische Brigade versammelt ist; diese soll aber auch schon im Anrücken sein. Wir wissen vorläufig noch gar nichts über unser weiteres Vorgehen, doch scheint ein Krieg jetzt unausbleiblich. Es ist mir bisher recht gut gegangen, ich bin auch zur Zeit angenehm einquartiert. Die Gegend um unser Dörfchen ist reizend, wie ein grüner Teppich scheint es ringsumher, große Felder, üppige Wiesen und dicht belaubte Waldungen ergötzen überall das Auge. Gleich hinter unserm Hause liegt der schöne parkartige Garten unseres Wirthes mit prachtvollen hohen Linden-Alleen. Wir benutzen besonders die Regelsbahn in demselben viel, sind überhaupt viel zusammen und bekommen oft Besuch von den benachbarten Rantonirungen. Gestern Nachmittag, am ersten Pfingstfeiertag, kam auch Fritz herüber aus Senseln, eine viertel Meile von hier, wo er in Quartier liegt. Unser Major gab seiner Compagnie gerade ein kleines Fest für ihr gutes Betragen und ließ einige Tonnen Bier und Brantwein vertheilen. Mitten im Dorfe auf einem grünen, von Bäumen umgebenen Rasenplatze wurde getanzt. Unser Wirth mit seiner Frau waren von uns zum Thee eingeladen worden

und saßen mit uns an einem großen Tisch unter den Bäumen, von wo wir das ganze Fest übersehen.

Die meisten Soldaten hatten sich eine Tänzerin aus dem Dorfe mitgebracht, die Einwohner mischten sich auch in den Jubel, der besonders groß war, wenn der Major Preise aussetzte und die Soldaten Wettlaufen und Sackhüpfen machen ließ; auch Topfschlagen und Blindkuß wurde gespielt, und es war eine wahre Lust, einmal wieder fröhliche Menschen zu sehen. Auch wir mischten uns öfter unter die Tanzenden und erregten dadurch bei unsern wirklich guten Leuten große Freude. Schließlich ließ unser Wirth, der Gutsbesitzer, noch eine Menge Speck unter die Leute vertheilen und bis um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr dauerte der Tanz bei herrlichem Mondschein. Ich hatte Fritz mit Schulenburg zusammen noch ein Stück begleitet und ging dann mit diesem noch lange Zeit Arm in Arm in den dunklen Gängen des Parkes spazieren. Ich habe mit Schulenburg meistens auf dem Marsch zusammen im Quartier gelegen und mich mit ihm sehr befreundet. Er ist ein sehr netter und guter Mensch, mit dem ich schon viel ernsthafte Gespräche geführt habe; so hatten wir uns auch diesmal so lebhaft unterhalten, daß erst die anderen Kameraden kommen mußten um uns zu erinnern, daß es Zeit sei zum Schlafengehen. Ich habe also gestern einen schönen Tag verlebt.

Auf unserm Vormarsch hierher haben wir viel Elend angetroffen, besonders in den Gegenden, welche von den fortwährenden Durchmärschen hart betroffen sind. Indes seitdem wir die Weichsel überschritten befinden wir uns wie in einem ganz andern Lande, so schön ist es hier. Am ersten Marschtage von Conitz aus, also am 1. Mai, kamen wir in das Dorf Konik in Quartier, ein ziemlich großer Ort, nach polnischer Art gebaut. Die Einwohner waren ein schöner Schlag Menschen, groß und schlank, aber nur einer von ihnen verstand etwas deutsch, die anderen sprachen bloß polnisch. Im Uebrigen war nichts von Lebensmitteln dort zu haben, wir mußten von dem, was wir auf Wagen nachgeführt hatten, leben.

Mein Quartier war bei einem Bauern, wo der Major, der Kapitän ich, unsere Bedienten und die ganze Familie des Wirthes in einer Stubkampirten. Aber das Wetter war so schlecht, daß wir froh waren vor Wind und Regen Schutz zu finden, und unser Quartier war noch das beste im ganzen Dorfe. Die übrigen Offiziere der Compagnie kamen zum Essen auch zu uns, und da wurden wir schließlich trotz der traurigen Umgebung ganz vergnügt. Major v. Both ertheilte uns Unterricht im Polnischen, ließ uns Worte und Sätze aufschreiben und wir verständigten uns dann mit den Wirthsleuten. Das klang nun meistens sehr possirlich und erregte allgemeine Heiterkeit. Schließlich haben wir, auf einer großen Streu mit dem Mantel zugebedt, Alle vortrefflich geschlafen.

Der Marsch am 2. Mai war durch schlechtes Wetter und schlechte Waldwege sehr beschwerlich; es schien eher Winter als Frühling werden zu wollen. Wir kamen erst Nachmittags in unser neues Quartier, das königliche Amt zu Pogudken, wo wir sehr gut aufgenommen wurden. Denke Dir aber, wie unangenehm unsere Lage war: wir mußten unser Quartier mit Franzosen theilen, welche bereits hier in Kantontirung standen. Sie waren zwar äußerst höflich und schienen hierzu Ordre zu haben, denn sie hatten dem Amtmann aufgetragen, uns die besten Quartiere zu geben; allein es war für uns doch zu peinlich und zuwider, und blieben wir, soweit es die Höflichkeit erlaubte, größtentheils für uns. — Wir fanden auch hier trübe Zeiten; der Amtmann, kränklich, stark von der Gicht gequält, dabei mit Geschäften überhäuft, von starker Einquartierung gedrückt, mußte kaum, wo ihm der Kopf stand. Es kam hinzu, daß auch seine Frau schwer krank an der Gesichtskrose daniederlag und nur durch unsern Bataillons-Chirurgus, den der Major sofort holen ließ, vom Tode errettet wurde. Wir Alle, selbst die Franzosen, bezeugten dem Amtmann unsere Theilnahme.

Von Pogudken marschirten wir bei etwas besserem Wetter in die Gegend von Dirschau, wo wir über die Weichsel setzen sollten. Die Wege waren wieder sehr schlecht, doch betraten wir, als wir gegen Mittag den großen Wald verließen, eine schöne, fruchtbare Gegend mit vielen Dörfern und grünen Saaten. Ich kam nach Liebenhoff auf das Gut eines Herrn v. Polawicki in Quartier, wo es recht nett und angenehm war. Wir hatten am 4. Mai dort Ruhetag und freuten uns, in den Kindern unseres Wirthes eine ganz charmante Familie zu finden; sie hatten das Unglück, im vorigen Jahr ihre Mutter zu verlieren.

Den 19. Mai.

Gern würde ich heute in meinem Bericht an Dich fortfahren, aber ich habe viel zu thun und muß morgen früh nach Königsberg, um Fourage und Lebensmittel für beide Musketier-Bataillone zu holen. Es ist das ein weitläufiges, unangenehmes Geschäft, mit vielen Berechnungen verknüpft. Heute Morgen war ich zur Parole beim Regimentsstab in Senseln, wo ich Frits sprach. Es geht ihm gut, nur ist er leider immer noch nicht Offizier, obgleich ich zweimal und der Kommandeur einmal deshalb an den König geschrieben. Frits hat das Examen nicht gut bestanden, doch ist er sonst so brav und verspricht ein tüchtiger Offizier zu werden, so daß er es gewiß bald werden wird, wenn es zum Kriege kommt; er kann sich ja später die fehlenden Wissenschaften aneignen.

Kant.-Qu. Labladen, den 25. Mai 1812.

Am 20. und 21. war ich also in Königsberg, wo es recht angreifend war und ich recht ermüdet am 22. Morgens ganz früh wieder fortritt. Unsere Brigade exerzirte nämlich an diesem Tage unter Oberstlieutenant v. Horn, der sich Dir bestens empfiehlt, wie auch Ferdinand v. Dresth, der bei ihm attachirt ist. Gestern, also am 24., kamen wir hier nach Labladen auf das recht schöne Gut der Ministerin Gräfin Oschau ins Quartier. Die Gräfin, welche Wittwe ist, lebt nur im Sommer kurze Zeit hier, so daß uns das geräumige Wohnhaus fast ganz zur Verfügung stand. In dem hübschen Garten lassen wir uns durch unsere Leute eine Regelpath anlegen, die heute fertig werden soll und wohl unsern Hauptsammelplatz bilden wird. Hoffentlich wird es bald wärmer, denn heute ist es hier noch so kalt, daß wir selbst in der Stube die Mäntel anhaben und das Kaminfeuer nicht ausgehen lassen. Die Witterung schlägt hier oft plötzlich um; auf die größte Hitze folgt durch ein bloßes Gewitter und Regen sehr kühles Wetter, und wenn dann der Wind wie heute über das Kurische Haff bläst, welches nur eine kleine halbe Meile von uns entfernt ist, so ist es empfindlich kalt. Dennoch ist Preußen ein schönes fruchtbares Land, und ich freue mich, auch diesen Theil meines Vaterlandes kennen zu lernen, wenn ich schon gewünscht hätte, daß es unter anderen Verhältnissen gewesen wäre als sie jetzt sind. Wenn das Wetter gut ist, wollen wir nächstens eine Promenade nach dem Haff machen; man sieht von hier aus die Ostsee am Horizont wie einen blauen Streifen mit dem Lineal gezogen.

Die Ostsee sahen wir schon einmal von Liebenhoff aus, als Herr v. Polawicki mit uns eines Nachmittags auf den obersten Boden seines Hauses kletterte. Man hatte von dort eine herrliche Aussicht, sah auch Danzig mit seinen vielen Thürmen ganz deutlich liegen. Und doch konnten wir dies schöne Land nicht ohne Wehmuth betrachten, denn seine Bewohner, unsere Landsleute, die eigentlich so glücklich leben könnten, sind jetzt in drückendster Noth und müssen mit Entbehrungen kämpfen. Und warum das Alles? — Gott, o Gott, stehe meinem theuren Vaterlande bei. —

Wir marschirten am 5. Mai über die Weichsel und Rogat nach Marienburg, einem sehr hübschen Städtchen, dem früheren Sitz des preussischen Ordens. Das Schloß ist seit dem letzten Kriege als Magazin eingerichtet und man sieht von der früheren Pracht nichts mehr als die schöne Bauart. Die Schloßkirche war noch unverfehrt und machte einen schönen Eindruck auf mich; auch die Gewölbe besuchten wir, in denen die Särge der Romthure des Ordens stehen, und bestiegen den Marienthurm, der zur alten Befestigung des Schlosses gehörte. Von oben hat man wieder eine unbeschreiblich schöne Aussicht auf Stadt und Land. Sehr

merkwürdig ist eine Kolossalstatue, die in Granit gehauen hoch oben in einer Nische des Schlosses angebracht ist; sie stellt den Erlöser als Kind dar in den Armen seiner Mutter und ist die daran angebrachte Vergoldung noch völlig gut erhalten, obschon die Statue Jahrhunderte alt ist.

Am 6. Mai hatten wir einen sehr schönen Marsch, eine lange Zeit auf dem hohen Damm längs der Mogat, von wo aus man die ganze Gegend übersieht. Unser Quartier war Elbing, eine schöne vollreiche Handelsstadt, wo wir Ruhetag hatten. Am 8. nach Mülhausen, ein trauriges, kleines Nest, am 9. nach Braunsberg, wo ich in der Neustadt bei einem netten Kaufmann einquartiert war. Am 10. lag der Stab, unsere und die 7. Kompagnie in Bladlau, wo wir Offiziere mitten im Dorfe an einem großen Tisch Thee tranken und sehr vergnügt waren. Den 11. Mai kamen wir in unser letztes Quartier vor Königsberg, nach Bergau. Hier wurde eine erhöhte Thätigkeit entfaltet, um am andern Tage recht proper vorm kommandirenden General und den anderen Truppen erscheinen zu können. Obgleich der Marsch recht anstrengend gewesen war, so war es doch eine wahre Freude, zu sehen, wie einige Stunden nach dem Einrücken unsere Soldaten puzten und wuschen, um das Regiment in recht vortheilhaftem Lichte erscheinen zu lassen. So rückten wir denn am 12. in die Hauptstadt ein, nachdem wir vor dem kommandirenden General en parade vorbeimarschirt waren. Wir sind beim Regiment zwar gewohnt, daß es immer gut gehen muß, aber der laute Beifall, der uns hier zu Theil wurde, und das Lob über die Ordnung und Dressur unserer Leute freuten uns doch sehr, selbst die Königsberger Bürger nannten uns „das schöne Leibregiment“. — Unsere Quartiere erhielten wir in dem schönsten Theil der Stadt, fast durchgängig waren wir sehr zufrieden und empfanden die Ruhe nach den anstrengenden Märschen als eine wahre Wohlthat. Königsberg ist bei Weitem nicht so schön gebaut wie Berlin, hat meist enge Straßen, die kurz und quer durcheinander laufen, trotzdem ist alles furchtbar weiträumig. Der Verkehr in den Straßen ist lebhaft, auch scheint die Einwohnerschaft wohlhabend zu sein, denn es wird viel Handel getrieben; jetzt merkt man allerdings sehr, wie die letzten Jahre hier Wunden geschlagen haben. Die Gegend um die Stadt ist sehr hübsch, besonders am Haff. Gleich am ersten Abend war ich mit den meisten Kameraden vom Regiment im Theater. Die innere Einrichtung, die Dekorationen übertreffen in vieler Hinsicht das Berliner Schauspielhaus, aber die Aufführung des Stückes selbst — es wurde die Oper „Don Juan“ von Mozart gegeben — war sehr schlecht. Die Musik, welche gerade in dieser Oper so schön ist, ward durch ein schlecht besetztes Orchester ganz verdorben, die Sängerinnen sangen ebenso miserabel wie sie spielten und

überschrieen sich in der unangenehmsten Weise. Ich war ganz erstaunt über das hiesige Publikum, welches bei einigen Scenen Beifall klatschte, die nach meiner Ansicht ganz verfehlt waren. Uebrigens ging es den anderen Kameraden ebenso, und wir merkten, wie man sich leicht verwöhnen kann, so daß Keiner von uns das Theater wieder besuchen wollte. Ueberhaupt, liebe Mutter, es giebt doch nur ein Berlin!

Am 13. hatten wir Ruhetag, und war ich beim General v. Grawert zu Tisch eingeladen. Der General läßt sich Dir herzlich empfehlen.

Am 14. Mai marschirten wir von Königsberg nach Groß-Droosken, dann nach Labladen, wo wir recht angenehm leben; man kann hier doch für sein Geld immer noch etwas bekommen, obgleich es ziemlich theuer ist.

Den 2. Juni.

Gestern machten wir Offiziere unsern Spaziergang nach dem Kurischen Haff, den wir uns schon vorgenommen hatten. Es war sehr schön, man sah die ganze weite Wasserfläche vor sich wie ein Spiegel, in dem die Sonne herrlich wiederstrahlte. Da ein heftiger Wind wehte, war die See bewegt und die Brandung ziemlich stark, doch war es am Ufer so leicht, daß einige Kameraden beim Baden mehrere Hundert Schritt weit ins Wasser gehen konnten. Auf dem Rückweg belehrte uns der Major über manche Naturerscheinungen und unterhielt uns sehr interessant. Wir sind überhaupt hier nicht müßig, erhalten militärische Ausarbeitungen und exerciren fleißig.

Rant.-Quart. Kaiserau, den 19. Juni 1812.

Die Entscheidung rückt jetzt immer näher; wieder sind wir ein ganzes Stück weiter vorgerückt. Am 16. verließen wir die Gegend von Labiau und kamen nach Mehlauden in Litthauen, bivakirten in der Nacht zum 17. auf freiem Felde und zogen an diesem Tage hierher als Vorposten. Heute kam der Befehl zum weiteren Vorgehen bis eine Meile diesseits der Memel und wahrscheinlich werden wir in der Nähe von Tilsit einige Tage bivakiren. Es wimmelt hier schon von Truppen, wo wir ausrücken, folgen uns neue Divisionen unserer Allirten. Die armen Bewohner dieser Gegend sind recht zu bedauern, denn trotz des gesegneten Landes herrscht bittere Noth, da die Bedürfnisse einer so großen Masse Menschen, wie sie jetzt das Land überschwemmen, doch am Ende Mangel erzeugen müssen. Die armen Landleute flüchteten mit ihrem Vieh und allen Vorräthen in die großen unwirthbaren Wälder und Wildnisse, wo sie durch Sümpfe und Moräste vor dem Auffinden gesichert sind. Indeß erhalten wir aus den königlichen Magazinen unsere Lebensmittel pünktlich und in gutem

Zustand, auch kommen die Einwohner dahin zurück, wo wir Preußen eingerückt sind, indem sie uns als Befreier von den fremden Bedrückern begrüßen. Als wir vorgestern hier im Dorfe ankamen, fanden wir es fast leer; in unserm Gehöft war nur die Frau, ihre alte Mutter und eine Menge noch ganz kleiner Kinder zurückgeblieben, der Mann hatte sich mit den Knechten und dem Vieh in die nahen Wälder geflüchtet; alle waren noch voller Furcht, denn kaum eine halbe Stunde vor unsrer Ankunft hatte hier eine Abtheilung polnischer Ulanen ihr Unwesen getrieben: Schöne Mägdlein! Wir suchten die armen Menschen zu trösten und es gelang auch, ihnen bald Vertrauen einzufloßen; sie nannten uns ihre Erretter. Als ich mich den kleinen Kindern näherte, die in einem Winkel des Hauses um eine große Schüssel saßen und ihren Hunger stillten, fingen sie erst an, sich vor mir zu fürchten, als aber die alte Großmutter zu ihnen sagte: „Das ist ein guter Mensch, der Euch nichts thut, das ist ein Preuße“, da gab mir das Kleinste gleich mit freundlichem Lächeln die Hand und die andern thaten es dann auch und wurden ganz zutraulich. Gestern kam auch der Wirth unsers Hauses mit seinem Vieh zurück, nachdem er vorher an den Bäumen entlang getrocknet war, um auszukundschaften, ob sich die Rückkehr auch verlohne. Nun haben wir dadurch Milch und Butter im Ueberfluß.

Der Krieg ist noch immer nicht erklärt, doch weißt der Kaiser Napoleon schon in unserer Nähe und hat neulich bei Insterburg die schlesischen Truppen in Augenschein genommen, denen er seinen größten Beifall gezollt hat. Die Schlesier werden vermuthlich nächstens zu uns stoßen und freuen sich Fritz und ich schon sehr, unsern lieben Schwager Einsingen dann wiederzusehen. Wir stehen jetzt unter dem Oberbefehl des Marschalls Macdonald, Herzogs von Tarent, und bilden mit einigen französischen Divisionen das 10. Korps der großen Armee; indeß bleiben wir Preußen zusammen unter speziellem Befehl des Generals v. Grawert. Von alten Bekannten sehe ich jetzt öfter den Lieutenant v. Grawert, der bei seinem Onkel attachirt ist; auch Hans Belt, dessen Du Dich aus unserer glücklichen Zeit in Münsterberg wohl noch Erinnerst und mit dem ich sehr befreundet bin, liegt mit seinen zwei Kanonen auf dem linken Flügel unseres Bataillons, da seine Batterie dem Regiment zugetheilt ist. — —

Angefangen im Lager bei Mosiennic, den 9. Juli 1812.

Abgeschickt im Lager bei Tomoszna, den 13. September 1812.

— — Ich werde Dir, liebe Mutter, hier nachfolgend einen Auszug aus meinem Tagebuch zukommen lassen, wodurch der Brief allerdings etwas spät in Deine Hände gelangen wird, Dir aber ausführlich über unser

Ergehen berichtet, was Dir doch gewiß lieb ist. Du erhältst inzwischen nur kurze Nachrichten von uns, damit Du Dich nicht ängstigst; es ist meist auch nur wenig Zeit zum Schreiben, weil wir jetzt immer im Alarmzustande sind und jeden Augenblick marschbereit sein müssen.

Am 20. Juni lag ich in dem kleinen litthauischen Dörfchen Pieparten in Quartier, wo wir als Preußen mit Freuden aufgenommen wurden; auch hier hatten die polnischen Truppen, obgleich Verbündete von uns, wie in Feindesland gehaust. Wir hatten am Sonntag Ruhetag und rückten erst am 22. Juni weiter nach Bartezeiten, welches Dorf schon stark von Kavallerie belegt war. Trotz aller Engigkeit war es besser dort als im Bimal, dem stets das schlechteste Kantonnement vorzuziehen ist. In unserer Nähe standen die schlesischen Truppen in Quartier und wollte ich eigentlich mit Fritz Einsingen aussuchen. Wir fanden diesen aber nicht in dem uns bezeichneten Dorfe, wo gerade das 2. Bataillon vom Regiment Nr. 5 einrückte, welches in Breslau garnisonirt hatte und bei dem mein alter Jugendfreund Felix v. Albert steht. Die Freude unsers Wiedersehens war groß. Felix ist schon mehrere Monate Offizier, noch sehr klein aber äußerst adroit und akurat, was er ja schon früher war. Der arme Junge hat viel Trübses erfahren müssen, was ihn ungewöhnlich ernst und verschlossen gemacht zu haben scheint, doch hat er an uns große Anhänglichkeit und begleitete uns den weiten Rückweg fast bis an unser Dorf. Auch Herzberg, der beim 1. Bataillon vom schlesischen Regiment steht, traf ich; er steht als Lieutenant viel schlechter wie ich und war doch schon Lieutenant als ich noch Junker war. Den Major Cornall, den Kommandeur des 1. Schlesischen Regiments, sprach ich auch; er war liebenswürdig wie immer. — In unserer Abwesenheit war leider Einsingen bei uns gewesen, konnte aber nicht auf uns warten und war wieder fortgeritten. Kiel, der ihn nie vorher gesehen, hatte ihn doch gleich erkannt und ihm auf den Kopf zugefagt, er müsse der Herr Schwager sein. Diesen besuchten wir nun am nächsten Morgen und verlebten frohe Stunden mit ihm; auch die Unteroffiziere und Soldaten seiner Kompagnie, die uns von Glas her noch kannten, bezeugten uns ihre Freude über das Wiedersehen. Nach dem Mittagessen ritten wir auf die benachbarten Kantonnirungen, um alte Bekannte aufzusuchen und trafen eine Menge von ihnen.

Eberhardt¹⁾, Fobe, Stürk, den Major v. Zimieky und den Kapitän v. Zochens sprachen wir, waren auch jetzt noch mehrmals mit ihnen immer

¹⁾ Karl v. Eberhardt, ein Vetter Wilhelms, stand im 2. Schlesischen Regiment, ebenso Wilhelm v. Fobe, der spätere General, ein langjähriger Freund der Familie Eberhardt.

sehr vergnügt zusammen und dachten unserer Lieben daheim. — Noch am 23. Juli Abends marschirten wir aus unserm Rantonnement nach Elst, welches wir besetzten, während die anderen Truppen bei Baubeln hiwaktirten. Wir hatten entschieden das bessere Loos, denn Elst ist eine hübsche freundliche Stadt, wo wir gute Quartiere fanden. Immerhin gab es für uns sehr viel zu thun, da wir Verschanzungen bauen mußten zum Schutz einer Schiffsbrücke, die über die Memel geschlagen wurde. — Am 25. Juni wurde unsern Truppen die Kriegserklärung Frankreichs gegen Rußland bekannt gemacht, ebenso so die Anrede des Marschalls Macdonald an uns Preußen, als die Allirten Frankreichs. Beides ward mit stillem Ernst angehört; der Preuße folgt dem Willen seines guten und gerechten Königs unbedingt und thut seine Schuldigkeit, selbst wenn es zum Vortheile desjenigen geschieht, der unser Vaterland so unglücklich gemacht hat. So wurden denn auch heute keine anderen Aeußerungen laut als: „wir Preußen gehen für unsern König, der nur das Wohl des Vaterlandes bedenkt“.

Am 27. gegen Abend erhielt unser Regiment Ordre sofort auszurücken. Nachdem wir scharf geladen hatten, überschritten wir die Memel und stießen gegen 9 Uhr Abends zu den übrigen Truppen des Korps, mit denen wir bei Baubeln hiwaktirten. Bei Tagesanbruch des 28. Juni brach das ganze Korps gegen die $1\frac{1}{2}$ Meile entfernte russische Grenze auf. Mir wurde auf dem Marsch plötzlich mein Schimmel sehr krank, so daß ich ihn noch diesseits der Grenze abfattern lassen mußte. Er schien in den letzten Tagen zu liegen, doch kam ein Fahrenschmied von der Artillerie hinzu, der ihn durch einige kräftige Mittel wieder soweit brachte, daß er nach einer halben Stunde aufsprang und sich von Kiel nachführen ließ. Major v. Both hatte mich übrigens schon getröstet und mir versprochen, daß er Alles thun würde, um mir einen Ersatz für das Pferd zu verschaffen, aber es hätte mir doch sehr leid gethan, wenn ich den braven Schimmel verloren hätte. Kurz nachher hatte ich noch ein Unglück, indem mein Kiel von einem Handpferde so geschlagen wurde, daß ich Gott dankte, daß er noch mit dem Leben davongekommen ist. Unter diesen üblen Vorzeichen überschritt ich die Grenze, doch hoffe ich, daß sie nichts zu bedeuten haben. Ein eigenthümliches Gefühl beschlich aber einen Jeden, als wir den preussischen und den russischen Adler sich gegenüberstehen sahen und wir mit klingendem Spiel das russische Reich als Feinde betraten. Zu unserm Erstaunen sahen wir die Einwohner in den Dörfern ruhig vor den Häusern stehen und als wir sie frugen, ob sie sich denn nicht fürchteten, sagten sie einstimmig, von uns Preußen glaubten sie, daß wir ihnen nichts Uebles zufügen würden; und wirklich haben wir auch überall unsere Bedürfnisse bezahlt wie im eigenen Lande.

Am 29. Juni, Morgens um 9 Uhr, marschirten wir aus unserm Bivak ab — welches dicht bei dem Amt Tauruggen gelegen war und in dem unsere Leute sehr reichlich aus einem im Amt gefundenen russischen Magazin mit Lebensmitteln und Brantwein verpflegt wurden. Wir ruhten erst am Nachmittag 3 Stunden und setzten dann den Marsch die ganze Nacht bei Regen fort. Erst gegen Morgen wurde in einem Walde Halt gemacht und wieder geruht bis 8 Uhr, dann wieder aufgebrochen und am Abend bivakirte. Es war sehr ermüdend für die Truppen, die auch vom Regen sehr zu leiden hatten. Wir passirten mehrere Ortschaften, meistens Städte, die aber schlimmer sind wie unsere ärmsten Dörfer. Kein Haus hat einen Schornstein, alle sind von Holz und haben durch den an allen Seiten des Daches, durch die Thür und Oeffnungen bringenden Rauch ein schwarzes, unreinliches Aussehen. Statt der Fenster sind kleine Löcher, ungefähr $\frac{1}{2}$ Fuß hoch und 1 Fuß breit in den Wänden angebracht, vor welche innen ein kleines Brett vorgeschoben wird. Die Einwohner machen ebenso einen wenig erfreulichen Eindruck; ihre Kleidung ist schmutzig und armselig und ihre Lebensweise steht auf einer niedrigen Kulturstufe. Vor jedem den sie fürchten, auch vor unseren Soldaten, bücken sie sich knechtisch bis an die Fußspitzen. Die meisten Orte, besonders die Städte, wimmeln von Juden, die hier wie geküet sind. Von Vortheil sind sie nur für die Fremden, die der Landessprache unkundig sind; man hört alle Weise weit einen andern Dialekt und müßte eine Menge Sprachen studirt haben, um das Rauderwälsch zu verstehen. Aus dieser Verlegenheit helfen nun die dienstfertigen Mauschels, die, um „ä Verdienste“ und „ä Prosfische“ zu machen, uns alles verschaffen, was sie aufreiben können und als Dolmetscher dienen.

Den 1. Juli rückte das Korps nach einem starken Marsch Nachmittags gegen 2 Uhr in das Lager von Rosiennic, und zwar bis auf die Haut durchnäßt. Erst gegen Abend hörte der furchtbare Regen auf und die Zelte wurden nun ausgebeffert, wobei allerdings die umliegenden Dörfer hart mitgenommen wurden; es waren nur wenig Dächer verschont geblieben. Aber der Krieg ist nun einmal ein verderbendes Uebel, und die Stimme der Menschlichkeit muß sehr oft vor der Nothwendigkeit schweigen. Es war an diesem Tage so kalt, daß den meisten von uns Gesicht, Nase und Lippen aufsprangen, woran ich mehrere Tage auch zu leiden hatte. An Gemüse, Rirschen u. s. w. ist hier gar nicht zu denken; soweit das Auge reicht sieht man nichts als dichten Wald, und wo die Gegend angebaut ist, da prangen zwar fruchtbare Felder, aber sie sehen so aus wie bei uns im Mai.

Seit einigen Tagen ist hier die Insurrektion gegen Rußland ausgebrochen und werden überall Freibataillone organisiert; die Leute sind der russischen

Herrschaft längst überdrüssig und werden natürlich von den Franzosen noch gegen dieselbe aufgebracht.

Mehrmals mußte ich zur Parole in das Hauptquartier reiten, welches in der Stadt Kosiennic lag, der Hauptstadt der Provinz Samogitien, die aber deshalb nicht schöner ist als die anderen sauberen Orte. Kosiennic sieht nur etwas freundlicher aus, da der größte Theil der Stadt vor kurzer Zeit abgebrannt und nun ganz neu aufgebaut ist. Aber auch hier sind die Häuser alle von Holz, mit Ausnahme des hübschen alterthümlichen Klosters, welches in der Mitte der Stadt auf einem Berge liegt. Die Umgegend war überhaupt nicht übel; unser Lager war auf einem hohen Bergrücken, vor uns im Thal stand die leichte Infanterie unsers Korps im Lager und auf den jenseitigen Hügeln sah man die Vorposten; rechts von uns auf den Höhen, jenseits der Stadt, war das Lager der Polen und weiter zurück standen die Bayern und Westfalen. Besonders am Abend, wenn die unzähligen Wachfeuer brannten, war der Anblick sehr schön.

Die Russen ließen uns während der ganzen Zeit, daß wir bei Kosiennic im Lager standen, in Ruhe und unsere Lage verbesserte sich von Tag zu Tage, indem namentlich die Lebensmittel reichlicher und billiger wurden als in der ersten Zeit. Auch unsere Baracken verschönerten sich immer mehr und sahen zuletzt den Pithauischen Bauernhäusern ähnlich. — Nachdem bereits mehrere Regimenter, auch das Schleßische, einige Tage vorher das Lager verlassen hatten, brach am 11. Juli endlich der Rest des Korps auf und marschirte weiter. Unsere Marsch-Direktion änderte sich aber fortwährend, so daß wir niemals unsere Bestimmung erfuhren, dabei waren die Märsche anstrengend und langweilig; weder Gegend noch Einwohner gaben Stoff zu Betrachtungen und Beobachtungen, die einzige, die ich recht aus Herzensgrund gemacht habe, ist die, daß ich Gott danke, nicht mein ganzes Leben in dieser Gegend zubringen zu müssen.

Am 18. Juli Morgens bog sich plötzlich unser Marsch ganz nach links zu unser Aller größter Freude, denn wir hofften nunmehr bestimmt, daß wir Kurland besetzen sollten, welches eine der schönsten Provinzen Rußlands ist. Und richtig, je näher wir der kurländischen Grenze kamen, desto reiner und freundlicher wurden die Häuser, desto fruchtbarer und abwechselnder die Gegend.

Den 19. Juli betraten wir Kurland. Wir waren schon um 2 Uhr Morgens aus unserm Bivak abmarschirt bei strömendem Regen, wodurch der Weg sehr schlecht geworden war. Erst gegen 8 Uhr früh brachen sich die Wolken und es hörte auf zu regnen. Wir näherten uns der ersten Stadt auf kurländischem Gebiet, Bausken, ganz nett gelegen und hübsch gebaut. Die Russen hatten hier eine große besetzte Stellung erst am

Tage vorher verlassen, weil sie mit ihren Verschanzungen nicht fertig geworden und wir ihnen zu schnell auf den Hals gerückt waren. Die Anlage war aber anscheinend recht gut und hätte uns gewiß viel Blut gekostet, wenn wir sie hätten nehmen müssen. — Wir ruhten bei Bausken ein paar Stunden, machten Feuer an und trockneten vor allen Dingen unsere Kleider. Ich war währenddem in der Stadt, um meinen Schimmel, der seit ein paar Tagen lahmt, von einem verständigen Schmied beschlagen zu lassen. Man hörte hier zur großen Freude mal wieder seine Muttersprache reden. Ein Stabsoffizier vom Generalkab nahm mich mit in die Apotheke, wo sehr nette Menschen uns mit Frühstück bewirtheten. Der Apotheker erzählte, daß sie in den vorhergehenden Tagen durch ihre eigenen Truppen furchtbar zu leiden gehabt hätten, auch die polnischen Truppen von unserer Avantgarde wären sehr rücksichtslos gewesen. Mit der russischen Regierung waren die Leute auch hier nicht zufrieden, sie beklagten sich über viele Einrichtungen, durch welche besonders der Landmann sehr bedrückt würde.

Als wir von Bausken weitermarschirten, hörten wir bereits fortwährendes Schießen, trafen auch bald eine Menge Bleefirte und Gefangene, hauptsächlich vom Feinde, und hörten, daß unsere Avantgarde mit den Russen im Gefecht sei. Gegen 1 Uhr wurde etwas geruht, dann zuerst General v. Kleist mit mehreren Bataillonen Infanterie, etwas Kavallerie und Artillerie detachirt, um dem Feinde in die linke Flanke zu gehen. Bald darauf rückten auch wir in der Front vor und warfen die Russen zurück. Für unsere Truppen war das rasche Folgen sehr ermüdend, da wir immer bis unter die Arme in hohem dichten Getreide und durch Dörfer, über Gräben, Hecken und Bäume marschiren mußten, und die Bataillone, welche durch diese Terrainhindernisse zurückgeblieben waren, immer ganze Strecken laufen mußten, um ihren Platz in der Linie wieder einzunehmen; wir hatten überdies schon einen starken Marsch hinter uns. Aber wir sollten heute auch noch ernster ins Gefecht kommen. Die Russen waren nämlich inzwischen bis in eine Position zurückgegangen, wo sie ihre Hauptkräfte entwickelt hatten und unsern Angriff abwarteten. Die natürliche Gestalt der Gegend bei Cöau war für die Russen sehr günstig, auch mußten wir erst ein Defilee überschreiten, um bis an die Brücke über das Flüsschen Cöau heranzukommen, welches vor der Front der Russen lag.

Die Russen konzentrirten ihr Feuer natürlich auf das Defilee, schossen aber nicht gut und so gelang es uns, mit mehreren Bataillonen die Brücke zu erreichen und zu überschreiten. Unser Bataillon hatte den linken Flügel und bekam den Befehl, der russischen Kavallerie, die sich noch auf dem diesseitigen Ufer des Flüsschens befand, den Rückzug abzuschneiden. Wir wurden zwar von der russischen Infanterie, welche jenseits der Cöau höher wie

wir stand, mit einem furchtbaren Regentregen empfangen, der aber über unsere Köpfe hinwegsauste und von uns mit einigen Bataillonsfalven erwidert wurde. Unser rasches Vorgehen hatte den Erfolg, daß ein großer Theil der russischen Kürassiere von der Brücke abgeschnitten wurde. Sie ritten zwar einige schneidige Attacken, wurden aber jedesmal von uns zurückgeworfen, hatten viel Verluste, besonders an Gefangenen und nur wenige Reiter retteten sich durch Schwimmen. Bei dieser Gelegenheit erbeutete ich ein Pferd, einen sehr hübschen Fuchs, der mir gerade jetzt sehr zu Statten kommt.

Unterdeß war auch General v. Kleist dem Feind in die linke Flanke gefallen, und unsere Kavallerie hatte die Brücke über die Edeau passirt. Die Russen erlitten hierdurch eine vollständige Niederlage; unsere Kavallerie eroberte eine Fahne, mehrere Munitionswagen und machte viele Gefangene. Nur die furchtbare Ermüdung unserer Truppen und der Mangel an frischer Kavallerie hinderten unsern General v. Grawert, welcher selbst kommandirte, daß der fliehende Feind vernichtet wurde. Wir bivallirten auf dem Schlachtfelde, unsere Verluste waren nicht bedeutend, im Ganzen an Todten, Verwundeten und Gefangenen gegen 100 Mann. Dagegen haben wir den Russen über 300 Gefangene abgenommen, und sie ließen an 600 Todte und Bleistirte auf dem Schlachtfelde liegen. Die Russen waren viel stärker als wir und uns an Kavallerie um die Hälfte überlegen, dagegen hatten wir sehr viel mehr Artillerie. Auffallend war das schlechte Schießen der russischen Infanterie; aber auch mit ihren Kanonen hatten sie uns wenig Schaden zugefügt.

Major v. Both empfahl heute schriftlich Mehrere vom Bataillon der Protektion des kommandirenden Generals und erwähnte ihr rühmliches Verhalten bei der gestrigen Affaire; unter diesen war auch Frits, dessen kalte Entschlossenheit, mit der er seine Fahne trotz des heftigen Feuers vor dem Bataillone hertrug, viel zur Ordnung beigetragen hat und dem Kommandeur nicht entgangen war. Nun wird Frits hoffentlich bald Offizier werden, da sich doch General v. Grawert auch für ihn verwenden wird.

Am 20. Juli rückten wir aus der Gegend von Edeau ab und marschirten ohne auf den Feind zu stoßen bis nach Peterhof, wo wir am 24. das Lager bezogen. Nur am 22. Abends hatten die Russen unser Bivak bei St. Olai alarmirt. Hier im Lager bei Peterhof erwarten wir unser Belagerungsgeeschütz, um dann vor Riga zu gehen; auch muß erst Marschall Macdonald mit dem übrigen Theil des 10. Korps herankommen, ehe wir zur Belagerung schreiten können.

Unsere Zeit wird fleißig zum Exerciren benutzt, auch arbeiten wir viel an unserem Lager, um es so wohnlich wie möglich einzurichten.

Ursprünglich lagen wir auf einem schrecklichen Sturzacker, der aber jetzt völlig eingeebnet ist und sogar zum Theil mit Gartenanlagen versehen wird, allerdings nur für unsere bescheidenen Ansprüche berechnet. Zum Geburtstage unseres Königs hatten wir besondere Anstalten gemacht, um das Lager recht festlich herzurichten. Durch die Gassen ziehen sich seitdem lauter gerade Alleen, zwischen den Bäumen stehen in regelmäßigen Abständen unsere Hütten. In den Intervallen sind Rondenle von Rasenbänken angelegt oder Lauben, Grotten, Pyramiden mit Inschriften u. s. w. gebaut; kurz, es ist jetzt ganz hübsch hier bei uns. Am 3. August Morgens hatten wir zuerst Gottesdienst im Lager, welchem der kommandirende General mit dem ganzen Stabe beistohute, darauf traten sämtliche Truppen unter Gewehr und während des Präsentirens erscholl ein dreimaliges Vivat, von Artillerie-Salven begleitet. Nach dem Parademarsch rückten wir wieder in unsere Zelte, und nun begann das Fest, welches noch bis spät in die Nacht fortbauerte, und wobei sich unsere Leute durch Ordnung und Mäßigkeit auszeichneten. Wir Offiziere hatten so gut als möglich ein anständiges Diner arrangirt, uns einen großen Tempel bauen lassen aus hohen Bäumen mit Festons von Eichenlaub und Blumen-Guirlanden verziert, in dem wir sehr vergnügt und fröhlich aßen und nachher sogar tanzten. Abends war das ganze Lager illuminiert, vor der Front große Feuer in Kreis- und Schlangenform angezündet, was sehr hübsch aussah. So hatten wir auch inmitten des Krieges einen frohen Tag, der uns Allen unvergänglich bleiben wird.

Gestern, am 15. August, wurde der Geburtstag des französischen Kaisers bei der Armee gefeiert; auch bei unserem Korps mußten drei Artillerie-Salven abgefeuert werden.

Am 5. August war ich mit Fritz in Mitau. Wir ritten schon früh aus dem Lager fort, in der Absicht, uns die Stadt recht genau zu besehen, hatten auch bis zum 7. Abends Urlaub. Ich wollte auch gern den Major v. Both sprechen, der seit dem 29. v. Mis. als Kommandant nach Mitau kommandirt ist; wir trafen ihn von Geschäften überhäuft und von Menschen umringt, die alle ein Anliegen hatten. So schlenderten wir denn durch die Stadt, aßen zu Mittag und waren noch nicht zu unserm Zweck gekommen, als ich zum Major v. Both gerufen wurde. Ich fand auch Hobe bei ihm, der Plazmajordienste in Mitau that, und wir besprachen verschiedene dienstliche Angelegenheiten, als plötzlich der Major einen eiligen Rapport erhielt, die Russen wären gelandet, hätten unsern Posten bei Siod angegriffen, diesen zurückgeworfen und seien im Anrücken auf Mitau. Es wurden sofort alle nothwendigen Vorkehrungen getroffen, die schwache Besatzung alarmirt, und der Major ritt mit mir unter Bedeckung von Ka-

vallerie zum Reconosziren auf dem Wege vor, auf dem die Russen erwartet wurden. Wir stießen aber auf keinen Feind, stellten nur noch einige Wachen und Posten auf und kamen erst gegen 10 Uhr Abends wieder in die Stadt zurück, in Schweiß gebadet. — In der Nacht ging ein zweiter Rapport ein, daß eine bedeutende Zahl russischer Kanonier-Schaluppen gelandet wäre und sehr viele Truppen ausgesetzt hätten, welche anscheinend noch Verstärkung erwarteten. Aber es trafen nun auch von uns allmählig Verstärkungen ein, besonders in der Nacht und am Morgen des 7. — So gern ich auch dem Wunsch des Majors nachgegeben hätte und in Mitau geblieben wäre, so glaubte ich doch, dies nicht ohne mir Vorwürfe zu machen, thun zu können, denn es war sehr wahrscheinlich, daß die Russen auch unser Lager bei St. Olai angreifen würden, um unsere Aufmerksamkeit von Mitau abzulenken, und so ritt ich denn am 7. Mittags mit Friß wieder ins Lager zurück, wo Alles ganz ruhig war und nur einige Bataillone nach Mitau detachirt waren.

Am 8. August Morgens hörten wir in der Ferne eine ziemlich heftige Kanonade, die sich aber nach und nach entfernte und zuletzt ganz aufhörte. Wir erfuhren nachher, daß die russischen Kanonier-Schaluppen in den Naßfluß, der bei Mitau vorbeifließt, eingelaufen wären, erst Truppen gelandet hätten und sodann stromaufwärts gefahren seien, während die Truppen gegen Mitau vormarschirten. Unsere Verstärkungen hatten aber den Feind sofort angegriffen und ihn mit bedeutendem Verlust geworfen, so daß die Schaluppen es nur dem günstigen Winde zu danken hatten, daß sie nicht von uns abgeschnitten wurden. Seit diesem Tage haben die Russen nichts mehr unternommen, und wir haben Jlock wieder besetzt.

Bis zum 21. August trug sich nun für uns nichts Wesentliches zu und fast fing es an langweilig zu werden, aber wir vermutheten, daß die Russen etwas ganz Besonderes im Schilde führten, wobei sie sehr vorsichtig sein würden; wir wußten nämlich, daß der Major v. Liebemann (der Dir sehr gut bekannt sein wird, da er in Olaz Adjutant beim Grafen v. Höben war) die Operationen der Russen leitete und bestrebt sein würde, uns etwas anzuhängen.

Am 22. August, als kaum der Morgen dämmerte, dröhnten auch schon einige Kanonenschüsse von Dahlenkirchen her, wo der Oberst v. Horn mit ungefähr 2000 Mann zur Deckung unserer rechten Flanke stand. Das Feuer wurde immer stärker und anhaltender und nach einigen Stunden kamen bereits viele schwer blessirte Offiziere und Soldaten ins Lager zurück, welche bestätigten, daß der Oberst von Horn von einer großen Uebermacht angegriffen sei, sich aber noch tapfer vertheidige trotz der Ungunst des Terrains und der Exponirung seines Postens. Leider mußte er aber

schließlich doch Schritt für Schritt der Uebermacht der Russen weichen und sich in die Position bei Plaskau zurückziehen. Gleichzeitig hatten die Russen unsere Vorposten vor dem Lager angegriffen, waren aber mit Verlust geworfen worden und hatten 300 Gefangene verloren.

Da wir die eigentlichen Absichten der Russen nicht errathen konnten, so blieben wir im Lager unter Gewehr stehen, bis die Nachricht einging, daß der Feind nicht weiter vorrückte.

Am 24. August gegen 6 Uhr Abends erhielt unser Regiment plötzlich den Befehl, sogleich anzutreten und sich zum Abmarsch bereit zu halten. In derselben Nacht marschirten wir noch ab und verstärkten das Detachement des Oberst v. Horn bei Plaskau, welches durch das Gefecht sehr geschwächt worden war. Wir sollten am andern Tage den Posten von Dahlskirchen unter allen Umständen wiedernehmen und behaupten. Als wir in Plaskau ankamen, war große Freude über unser Erscheinen und alles schwur dem Feinde Rache für den 22. August, besonders dem Major v. Tiedemann, dessen Benehmen den Truppen gegenüber, bei denen er noch vor kurzer Zeit nur Wohlthaten genossen, uns sehr empörte. Aber auch ihn sollte sein Schicksal ereilen, wir erfuhren noch am 25., daß er im Gefecht am 22. schwer blessirt worden und bald darauf gestorben sei mit den Worten: „Ich habe mein Loos verdient.“ Major v. Tiedemann war als ein kluger und sehr tüchtiger Offizier bei uns bekannt gewesen. — Wider unser Vermuthen blieben wir am 25. ruhig im Bivoual bei Plaskau stehen und rückten erst in der Nacht zum 26. in aller Stille gegen Dahlskirchen vor. Wir stießen nur auf schwache feindliche Abtheilungen, die überall zurückgeworfen wurden, und konnten den Posten bei Dahlskirchen besetzen ohne einen Mann verloren zu haben.

Welch ein grausiger Anblick bot sich uns aber dar, welche furchtbare Verwüstung herrschte überall! Die Dörfer und Häuser waren öde, verlassen, meist eingeschossen, das Vieh weggetrieben, die Felder lagen zertreten. Das alte Lager des Detachements v. Horn war in Asche verbrannt, hier und da lagen todte Pferde, Blut, Kleidungsstücke, zerbrochene Waffen, kurz wir hatten den traurigen Anblick eines Schlachtfeldes vor uns. Die Luft war verpestet, weil die Leichname nur mangelhaft beerdigt waren. Es war unser erstes Geschäft, die Todten ordentlich zu begraben, von denen wir manche nur ganz oberflächlich mit Sand überschüttet fanden, ebenso mußten die todten Pferde erst eingescharrt werden, um die Luft nur einigermaßen zu reinigen. Dann wurden die Trümmer des alten Lagers aufgeräumt und ein neues erbaut. Als ich Abends nach Erledigung der Dienstgeschäfte — ich mußte die Feldwachen und Pikets auf ihre Plätze führen — zurückkehrte, hatte Friß schon ein sehr nettes Hüttchen erbaut

mit Hülfe der Burschen und es sogar ganz behaglich eingerichtet; er hat bereits große Routine als Baumeister und ist für mich auch hierdurch ganz unerseßlich.

Des Nachts mußten wir hier stets unter Gewehr stehen, weil wir öfter vom Feinde alarmirt wurden. Die Gegend um unser Lager war recht schön, von einem Berge vor demselben sah man Riga liegen und rechts davon die Insel Dahlen (der Holm), die von den Russen sehr stark besetzt war. Diese Insel war von uns durch einen Arm der Düna getrennt, sah aus wie ein schöner gepflegter Park mit den schönsten Häusern, die von den russischen Offizieren aus Riga häufig besucht wurden. Oft winkten uns diese mit Taschentüchern zu und gaben uns Zeichen, wir möchten doch herüberkommen. Unsere Vorposten standen sich auf den beiden Ufern gegenüber und sahen sich mißtrauisch an. Drüben bei den Russen sah alles so friedlich und schön aus, ruhig pflügte der Landmann seinen Acker, und bei uns war bereits der blutige Krieg vernichtend und zerstörend über die Gefilde hingebraust, auch Jenen auf dem anderen Düna-Ufer eine furchtbare Mahnung: wer weiß, wie lange ihr noch im Frieden euer Leben genießet!

Wir standen hier unter dem speziellen Befehl des zum Oberst ernannten Brigadiers v. Horn, der mich neulich auch zu Tisch eingeladen hatte und so gütig wie früher gegen mich war. Legsthin stand er Abends lange mit mir am Wachfeuer und unterhielt sich mit mir über Dich, liebe Mutter. Er hat mir viele Empfehlungen an Dich aufgetragen. Schreibe ihm doch mal und gratulire ihm zum französischen Orden von der Ehrenlegion, den er kürzlich bekommen und über den er sich sehr freute; ich glaube, er wird es hoch aufnehmen.

Bei Dahlkirchen blieben wir bis zum 2. September und rückten dann in das Lager bei Tomoszna, nicht weit davon, wo wir wieder längere Zeit ganz ruhig standen und uns noch jetzt befinden. Hier hat wieder Fritz seine Talente als Baumeister glänzend entwickelt, so daß unser Häuschen allen andern als Muster dient. Fritz hat nämlich ein förmliches Blockhaus gebaut, 4 Fuß tief in der Erde und von allen Seiten mit Erde beworfen; nur die vordere Seite ist frei und dort befindet sich der Eingang, zu dem einige Stufen hinabführen, und ein schönes helles Fenster, welches uns der Schulmeister aus Tomoszna verehrt hat.

Im Innern der Hütte ist zunächst ein Ramin von Steinen und Rasen, in dem fortwährend Feuer unterhalten wird und der uns auch zum Kochen dient. Sogar ein Schornstein ist angebracht und so geglüht, daß wir gar nicht von Rauch oder Dunst zu leiden haben. Unser Meublement besteht aus einem Tisch, einer Bettstelle mit Stroh, worüber die wollene Decke

liegt und auf der wir Beide zwar etwas eng, aber doch recht gut schlafen; ferner haben wir einen Stuhl und ein Wärmhähnchen am Ofen, welches besonders an den kalten Abenden stets dicht besetzt ist, denn unsere Hütte ist der Sammelplatz aller Kameraden vom Bataillon. Wie wird das nur in einigen Monaten werden, wenn es noch kälter ist? Die Jahreszeit rückt hier mit starken Schritten heran, und wir haben dann vielleicht keine Hütten mehr, sondern müssen auf freiem Felde bivouakiren, mich friert bei dem bloßen Gedanken! Es ist auch noch keine Aussicht auf Frieden und von Winterquartieren hört man hier nichts; die große Armee steht noch immer in der Gegend von Moskau, wo sie sehr bedeutende Vortheile über die Russen errungen hat. Gott weiß, wie es alles enden wird. —

Den 13. September 1812. Heute sollst Du endlich diesen Brief zugesandt erhalten, liebe Mutter, indem ich hoffe, Du hast alle die inzwischen abgeschickten Nachrichten richtig bekommen. Ich erwähne nur noch einen Vorfall, der Dich gewiß interessiren wird; ich erhielt nämlich vorgestern aus Kolberg vom Gouvernements-Gericht ein Schreiben, in welchem ein Brief von Dir, datirt vom 22. Mai, lag. Du hättest den Brief einem Soldaten mitgegeben, der mit einem Transport Rekonvaleszenten zur Armee nachgehen sollte. Unterwegs ist der Soldat, Namens Orlicke, desertirt, wieder ergriffen und nach Kolberg gebracht worden. Das Gericht schrieb mir sehr höflich, daß es den Brief in derselben Verfassung zuschickte, wie es ihn in der Tasche des Deserteurs gefunden hatte; er war ausgegangen, aber da keine Geheimnisse darinstanden, so schadet es weiter nichts, wenn ihn Jemand gelesen hat.

Auch den Pfeifentopf und Siegellack, die Du durch den Lieutenant Schmidt vom ostpreussischen Jäger-Bataillon an uns schicktest, haben wir erhalten und sind Dir sehr dankbar dafür. Da ich nur wenig rauche, so ist für Fritz in dieser Hinsicht völlig gesorgt, denn ich bekomme eine ziemlich große Portion Tabak geliefert, den Fritz stets mit Freude empfängt.

Mit der Assignation auf 50 Thaler an den Regiments-Chirurgus Neumann werden wir vorläufig wohl reichen und Fritz seine Equipirung bestreiten können, wenn er Offizier wird, da ich für ihn schon einige Sachen liegen habe und Einsingen ihm seine alte Schärpe schenken will; das Uebrige wird sich dann auch wohl herbeischaffen lassen.

Soeben, gute Mutter, ist es $\frac{1}{2}$ 3 Uhr und der Tambour schlägt an; ich muß nun heraus, um die Feldwachen abzuthemen und aufziehen zu lassen, was immer des Nachts um diese Zeit geschieht.

Gute Nacht und Lebwohl denn für heute. — — —

Angefangen Mitau, den 12. Oktober 1812.

Abgesandt, den 1. November 1812.

— — — — Bis Mitte vorigen Monats war nichts Erhebliches zwischen unseren Truppen und den Russen vorgefallen, nur kleine Redereien zwischen den Vorposten und Gefechte einzelner Patrouillen hatten stattgefunden, und wir lebten daher in sorgloser, fast friedlicher Ruhe. Am 23. September ließ aber der Feind auf dem jenseitigen Ufer der Düna Kanonen auffahren und beschuß unsere Vorposten, so daß auch wir zu dieser Maßregel gezwungen wurden und die feindlichen Geschütze bald zum Schweigen brachten. Indeß bemerkte man viele Bewegungen und marschirende Abtheilungen auf dem russischen Ufer, auch sagten mehrere Deserteure übereinstimmend aus, daß die ganze finnische Division in Riga eingetroffen sei und wohl bald zum Angriff vorgehen würde. So wurde denn unsere Aufmerksamkeit verdoppelt, um den gefährlichen Posten nicht überraschend in Feindeshand fallen zu lassen.

Am 26. Nachmittags um 2 Uhr saß ich in aller Ruhe in unserer Hütte und zeichnete, Friz war mit Kiel spazieren geritten. Plötzlich fielen bei den Vorposten rasch hintereinander mehrere Schüsse — was zwar nichts Besonderes war, da es alle Tage vorkam — aber diesmal wurde das Feuer doch sofort lebhafter und näherte sich dem Lager. Kaum einige Minuten später hörte ich draußen auch schon Stimmen rufen: „ins Gewehr, ins Gewehr!“ und nach 3 Minuten stand unser Bataillon bereits formirt vor dem Lager. Ich hatte glücklicherweise mein drittes Pferd nicht mit ausreiten lassen, sonst wäre ich Anfangs in großer Verlegenheit gewesen, denn Friz kam mit Kiel erst nach einer Weile im Galopp zurück, als das Bataillon eben vormarschiren sollte und zwar in eine besetzte Position. Das Geschütz- und Gewehrfeuer wurde nun immer stärker und die russischen Kugeln schlugen bereits in unser Lager ein, bei welcher Gelegenheit ein Musketier vom Bataillon dicht bei unserer Hütte blessirt wurde. Wir hatten bald das unangenehme Gefühl, daß es uns schlecht ging, denn die vorderen Bataillone kamen zurück, von den Russen verfolgt, nachdem diese das verlassene Lager unserer Vortruppen sofort in Brand gesteckt hatten. Es gelang jedoch den Russen nicht, unsere tapfer vertheidigte Stellung zu nehmen, so daß die Nacht hereinbrach, bevor das Gefecht entschieden war. Natürlich standen wir die Nacht unter Gewehr bis kurz vor Tagesanbruch; dann kam der Befehl zum Abmarsch, welcher unbemerkt vom Feinde angetreten wurde. Es hieß, der Feind hätte uns bereits umgangen und wir sollten hinter der Eclau eine neue Stellung nehmen, wo wir Verstärkungen von der Hauptarmee erhalten würden. Gegen 8 Uhr Morgens überschritten wir bei Eclau das Flüggen und stellten uns wieder

auf; die Soldaten durften ablehnen und ruhen. Ich mußte mit dem Major v. Dörzen, welcher den Kommandeur des Bataillons vertritt, nach dem Schloß reiten, wo die Befehle ausgegeben wurden. Bei dieser Gelegenheit hatte ich das Glück etwas Frühstück zu erhaschen, konnte mir auch das Innere des Schlosses ansehen, welches sehr schön gebaut und prachtvoll eingerichtet ist. Es gehört dem reichen Grafen Pahlen, der aus der Verschwörung gegen den letzten russischen Kaiser Paul bekannt ist; er war jedoch bei unserm Einrücken in Kurland nach Petersburg gegangen. Es ist merkwürdig, wie man inmitten des blutigen Krieges doch gern jeden Augenblick erhascht, um sein Auge an Schönem zu ergötzen; so besah ich mir mit größtem Vergnügen die kostbare Gemälde-Galerie im Schloß und freute mich all der kleinen Kunstfachen und Luxusgegenstände, und wenige Stunden später — wieder Kanonenbonner und Schlachtgewühl um mich her!

Schon um $\frac{1}{2}$ 11 Uhr ging die Meldung ein, daß die Russen gegen die Ekaun vorgingen; bald kamen auch unsere Patrouillen fechtend zurück und als die letzte von ihnen den Fluß passiert hatte, loderte die schöne Brücke in hellen Flammen auf, unsere Batterien fingen an zu spielen und wir eilten auf unsere Posten.

Kurz darauf kam der kommandirende General, jetzt General v. York, an und versicherte, daß die übrigen preussischen Truppen nicht mehr fern wären und noch Alles gut werden würde. Da aber der Feind den Fluß schon an mehreren Stellen überschritten hatte, so gab General v. York den Befehl zum Rückzuge, der mit der größten Ruhe, wie auf dem Exercirplatz, angetreten wurde. Unser Bataillon und das Füsilier-Bataillon Nr. 5 hatten den linken Flügel und deckten den Rückzug. Wir mußten von Zeit zu Zeit halten, um unseren Geschützen Gelegenheit zum Abfahren zu geben, erreichten dadurch, daß die Russen von uns fast gar keine Gefangene bekamen, nur die Verwundeten konnten wir zum Theil nicht mitnehmen. Bei Einbruch der Dunkelheit endete das Gefecht, welches sehr blutig war. Wir hatten beim Bataillon 1 Offizier blessirt und verloren an 50 Mann. Bei Bausken überschritten wir den Na-Fluß und bivallirten dicht bei der Stadt die Nacht über, mit welchen Gedanken, wirst Du begreifen, liebe Mutter. Vor wenigen Monaten hatten wir diese Gegend siegreich mit froher Zuversicht betreten, und nun waren wir von der Uebermacht des Feindes zum Rückzug gezwungen worden, hatten auch noch das peinliche Gefühl, daß man vielleicht den Truppen den Vorwurf machen würde, sie hätten ihre Schuldigkeit nicht gethan und daß deshalb unser armes Vaterland leiden könnte. Alles brennte darauf, bald wieder an den Feind zu kommen, um die erlittene Scharte auszuweichen. Unser Wunsch sollte aber so bald nicht erfüllt werden; am 28. früh mußten wir das Bivak bei Bausken

verlassen, längs des Ra-Flusses abmarschiren, um, wie es hieß, das Belagerungs-Geschütz zu decken, welches unweit Bausken, bei dem Schlosse Rußenthal, stand. Wir sollten dasselbe bis aufs Aeußerste vertheidigen. — Es war ein schrecklicher Marsch; der Regen strömte vom Himmel, still patzte Alles durch den tiefen Schlamm, ohne Sang und Klang zogen die Truppen dahin. Nach einigen Stunden wurde gehalten und etwas geruht, dann bezogen die Bataillone ihre verschiedenen Posten. Das 2. Bataillon des Leib-Regiments hatte wieder den äußersten linken Flügel, noch ziemlich weit zu marschiren, und wurde endlich bei dem Pastoral-Hause des Amtes Mesoden¹⁾, dicht an der Ra, aufgestellt. Bei Mesoden führte eine Brücke über den Fluß, welche auf unserer Seite durch ein steiles und enges Defilee gedeckt war, besetzt von zwei 12 pfündigen Batterien. Fest entschlossen waren wir, hier dem Feind nur über unsere Leichen den Zugang zu gestatten; denn siegten die Russen, so war das ganze Belagerungs-Geschütz, zu dessen Transport allein 10 000 Pferde gehört hatten, verloren. — Als wir bei Mesoden anlangten, war es schon stockfinstere Nacht; wir bezogen ein Bivak dicht am Kirchhof, der mit der Kirche auf einer Anhöhe liegt. Riel und mein anderer Bursche hatten schnell ein kleines Strohdach hergestellt, unter dem Fritz und ich trotz aller Nässe und Kälte recht gut schliefen. Am andern Morgen, dem 29., sagte mir Riel, daß für die Pferde nicht ein Krümchen Futter mehr da sei; die armen Thiere waren fabelhaft angestrengt worden und sollen nun noch obenein hungern. Es war ordentlich rührend anzusehen, als die Futterzeit herankam und Riel sich ihnen näherte, wie die Gänse da scharrten und wieherten. Schließlich ließ ich Riel nach der nahen Pfarrerrwohnung gehen, um sich dort etwas zu erbitten. Er kam denn auch bald zurück und brachte etwas Hafer und für uns Brot und Butter von der Frau Predigerin. Wir hatten nämlich auch seit gestern Mittag keinen Bissen Brot mehr und waren daher selig über diese Freundlichkeit. Ich hatte bald darauf Gelegenheit, meinen Dank bei den guten Leuten abzustatten, da ich um 9 Uhr zum Regimentskommandeur mußte, der im Pfarrhause in Quartier lag. Dort fand ich den Prediger mit sehr netter Familie, wohlhabende, lebenswürdige, aber doch einfache Menschen, mit denen ich mich sehr gut unterhalten konnte. 16 Jahre lang hatte der Pfarrer hier schon in Glück und Frieden seines Amtes gewaltet und war nun durch den Krieg so jäh in seiner Ruhe gestört worden. Der Kommandeur kam nach einer Weile in sein Quartier zurück, und ich konnte meine Meldung anbringen. Während ich aber noch mit ihm sprach, kam plötzlich ein Bauer in die Stube und erzählte, daß die Russen diesen

¹⁾ Andere schreiben Mesothien.

Morgen in Semalben, einem kleinem Dorfe, dießseits der Na und 1 kleine Meile von unseren Vorpösten, gewesen wären. Da diese Nachricht von Wichtigkeit war, indem der Ort vor unserer linken Flanke lag, so befahl mir der Kommandeur, mit einem reitenden Boten und in Begleitung einer Kavallerie-Patrouille dorthin zu reiten und auf das Genaueste zu untersuchen, ob die eingegangene Nachricht begründet wäre. So setzte ich mich denn rasch aufs Pferd und ritt mit meinem Boten der äußersten Kavallerie-Feldwache zu, um mir Bedeckung geben zu lassen. Der Offizier der Feldwache konnte mir nur 4 Dragoner mitgeben, da er bereits mehrere Patrouillen abgeschickt hatte, aber ich hielt das auch für ganz ausreichend und beeilte mich nun Semalben zu erreichen.

Das Dorf war vom Feinde nicht besetzt, ich ritt daher nach dem abligen Hofe, um dort weitere Erkundigungen einzuziehen. Der Besitzer des Gutes empfing mich mit seiner Familie vor der Thür sehr höflich und war gern bereit, zunächst mir und meinen Dragonern etwas Frühstück zu serviren. Er erzählte mir ferner, daß in der Nacht vorher eine starke Rosaken-Patrouille im Dorf gewesen sei, die nachher in der ganzen Gegend umhergeschwärmt war, doch konnte er mir Näheres nicht angeben. Wir stellten uns gegenseitig vor und ich erfuhr, daß mein lebenswürdiger Wirth ein Herr v. Walther sei, der das Gut Semalben von der russischen Krone zur Belohnung für seine Dienste erhalten hatte; er war Offizier gewesen, hatte sich mehrfach ausgezeichnet und einen Arm durch eine feindliche Kugel verloren. Seine älteste Tochter war mit ihrem Mann, der früher preussischer Offizier gewesen, auch gerade bei den Eltern, die noch mehrere kleinere allerliebste Kinder hatten. Trotz der kleinen Viertelstunde, die ich nur bei ihnen zugebracht, schied ich doch von diesen Leuten wie von alten Bekannten, nachdem sie mir noch herzliche Grüße an die Predigerfamilie in Mesoden aufgetragen hatten. Ich ritt nun wieder aus dem Dorfe hinaus. Da mir sehr daran gelegen war, einen Gefangenen einzubringen, um von diesem Nachrichten zu erhalten, so frug ich meine Dragoner, ob sie mir wohl überall hin folgen würden und erhielt ein einstimmiges „Ja“ zur Antwort, auch der Bote verließ mich nicht, obgleich er bei unserm Vorgehen zuerst sehr schüchtern gewesen war. Jetzt bekam er plötzlich Courage, wahrscheinlich hatten die Dragoner sie ihm durch Branntwein eingestößt! Bei dem Zurückreiten schlug ich einen Weg links ein, dicht am Ufer der Na entlang, die hier so seicht war, daß man an vielen Stellen trotz der Breite durchwaten konnte, was auch von den beiderseitigen Patrouillen schon mehrfach geschehen war. Nach einer halben Stunde gelangte ich an das Dorf Grafenthal, welches von unseren Vorpösten eine starke halbe Meile entfernt lag. Dort sagte uns ein Bauer, wir möchten

uns in Acht nehmen, er habe mehrere russische Patrouillen gesehen, die jetzt gewiß im Dorfe wären. Vorsichtig schickte ich deshalb erst zwei Dragoner hinein, doch kamen diese bald zurück mit der Meldung, daß vom Feinde nichts im Dorfe sei; sie brachten aber noch vier andere Dragoner mit, die eine Patrouille gemacht hatten und baten, sich an mich anschließen zu dürfen; für mich eine angenehme Verstärkung. Mit den Dragonern ritt ich nun in das Dorf vor das sehr schöne Schloß des Gutsherrn, der aber nicht zu Hause war. Ich ließ mir also den Verwalter kommen und fragte diesen aus, während die Dragoner wieder eine kleine Erfrischung erhielten. Ein Bauer holte aus dem herrschaftlichen Garten ein paar prachtvolle große Äpfel, von denen ich gern Fritz welche mitbringen wollte, er kam aber plötzlich voller Angst zurück und sagte, er hätte ganz genau gesehen, daß eine stärkere russische Abtheilung auf das Dorf zukäme. Ich schenkte dieser Nachricht nicht recht Glauben, da ich vermuthete, der Bauer könne sich geirrt und Preußen für Russen gehalten haben, doch gab ich sofort meine Verhaltensbefehle und ritt, meine Äpfel für Fritz in der Tasche, zum Dorfe hinaus auf eine kleine Anhöhe, von der man die ganze Gegend übersehen konnte; zwei Dragoner begleiteten mich, den Rest ließ ich am Eingang des Dorfes halten. Raum war ich oben auf der Höhe, so sah ich aus einer Schlucht am Fuß derselben einen Trupp von ungefähr 200 Husaren hervorkommen, die mich bereits im Auge hatten, aber ruhig weiterritten. Ich war der festen Ueberzeugung, daß es kein Feind sei, da die Uniformen der Husaren vieler unserer Verbündeten den russischen sehr ähnlich sind; meine Dragoner machten allerdings bedenkliche Miene zu meiner Behauptung. Als sich die Husaren auf 80 Schritt genähert hatten, rief plötzlich der eine Dragoner: „Herr Lieutenant, es ist Feind!“ In demselben Augenblick kommandirte aber auch schon der russische Rittmeister „*Marſch, Marſch*“ und der ganze Haufe jagte auf uns los. Ich rief meinen Dragonern zu, sich rasch an mich anzuschließen und versuchte mit ihnen querselbein den Wald zu erreichen, der aber an 3000 Schritt von uns entfernt war, da uns der gerade Weg nach dem Lager abgeschnitten war. Dadurch, daß ich mich zuerst zu lange aufgehalten hatte, war mir aber der Feind auf den Hacken; alle Pistolen wurden auf uns abgefeuert, die Kugeln sausten nur so um mich herum, ohne mich zu treffen. Leider aber wurde das Pferd eines Dragoners, der dicht links neben mir ritt, verwundet und stürzte; so gern ich dem braven Kameraden beige-sprungen wäre, so hätte dies doch gegen die Uebermacht wenig geholfen und ich mußte zusehen, daß ich mindestens die anderen Dragoner glücklich zurückbrachte. Schon hatten die Russen in mir einen Offizier erkannt, denn sie riefen beständig: „*Officira*“ und trieben ihre Pferde erneut an,

um mich einzuholen. Ein breiter Feldgraben, über den ich bereits mehrere Male gesetzt war, hemmte abermals meinen Weg, mein braver Fuchs versuchte wieder seinen Herrn durch einen kühnen Sprung zu retten; aber das arme Pferd war schon sehr ermüdet, stürzte mit den Vorderfüßen in den Graben und im selben Moment hatte mich ein russischer Husar erreicht. Er rief mir Pardon zu und hieb nach mir — ich empfahl mich Gott, schwang meinen Säbel, mein Gsalo fiel mir vom Kopf, aber — durch einen kräftigen Sporn kam der Fuchs wieder hoch und ich war glücklich über den Graben. Trotzdem war die Gefahr noch nicht vorüber, denn der Wald war noch weit, mein Pferd aber schon zu ermüdet, um ihn eher zu erreichen wie der Feind, als ich plötzlich über eine kleine Höhe von unserm Lager her einen starken Kavallerietrupp erkannte, der im Galopp auf uns zukam und sich geschlossen auf die ganz auseinander gekommenen Russen warf, die an Zahl allerdings noch weit überlegen waren, nun aber sofort Kehrt machten und nach dem Flusse zu ritten. Wie mit neuen Kräften belebt, warf ich mein Pferd herum, rief meinen Dragonern zu: „Hurrah, einhauen!“ und jagte den Husaren nach. Dem Rühnsten meiner Verfolger war ich bald so nahe, daß ich ihm Pardon anbieten konnte; er hieb aber wie besessen um sich und antwortete nicht. Ich suchte ihm die linke Seite abzugewinnen und versetzte ihm dann mit dem Säbel einen Hieb über den Kopf, so daß er sofort vom Pferde stürzte und betäubt um Pardon bat. Der Hieb war meist quer übers Gesicht schief gegangen und mein Gefangener, den nun mein Säbel schützte, da die Dragoner ihn gern den Heraus machen wollten, erholte sich bald. Ich schenkte ihm alle seine Sachen und befiel für mich nur das Pferd, was ihn sehr glücklich machte. Meine Dragoner hatten auch einen feindlichen Trompeter, der mit dem Pferde gestürzt war, gefangen genommen.

Da unsere Pferde fast nicht mehr konnten, so hörte ich mit der Verfolgung auf und beeilte mich nun zunächst dem Kameraden, der mich aus den Händen des Feindes gerettet, meinen Dank auszusprechen. Es war der Major v. Stiern vom Dragoner-Regiment Nr. 1, welcher mit seiner Eskadron eine Rekognoszirung gegen den Feind machen sollte und mich in der Gefahr bemerkt hatte, gerade als er über die Höhe kam. Trotz der Ueberlegenheit des Feindes hatte er sofort den Entschluß gefaßt, mich zu retten und mit Erfolg die Husaren attackirt. Auch er hatte mehrere Gefangene gemacht, die er nun mit den meinigen auf einem sichern Wege in das Hauptquartier schickte; der gerade Weg nach dem Lager sei durch russische Patrouillen sehr unsicher, Major v. Stiern wollte deshalb auch, ich sollte mich ihm anschließen, es gäbe vielleicht noch etwas für uns zu thun. So gern ich diesem Wunsche nachgekommen wäre, so hielt ich es doch

für richtiger, daß ich nach Hause ritt, wo mich mein Regimentskommandeur gewiß schmerzlich erwartete, es war inzwischen schon Nachmittag geworden. Da sich auch der Feind allmählig zurückgezogen hatte auf die andere Seite des Flusses, so entließ mich Major v. Stiern mit meinen Dragonern, nachdem er noch hatte den Weg nach dem Lager rekonnostriren lassen und dieser als sicher gemeldet wurde. Schon bei der Dragoner-Feldwache wurde ich mit Freude und Jubel begrüßt, denn dort hatte ein Dragoner erzählt, ich sei gewiß mit meiner ganzen Bedeckung niedergehauen und gefangen worden. Dieser Dragoner war nämlich gerade vom Major v. Stiern mit einer Meldung abgeschickt worden, als ich mit dem Pferde in den Graben stürzte und mir der Husar den Todesstreich versetzen wollte. Ich eilte nun ins Lager, um das Gegentheil zu beweisen und überall wurde ich beglückwünscht und bewillkommt. Als ich durch die ersten Posten von unserm Bataillon ritt, riefen mir die Leute zu: „Gott Lob, Herr Lieutenant, daß Sie wieder da sind, wir haben rechte Angst um Sie gehabt und Ihr Herr Bruder ist ganz untröstlich!“ Von allen Seiten kamen nun die Kameraden und mein alter Fritz mit Freudengeschrei auf mich los und erzählten mir, daß man mich mit voller Bestimmtheit für gefangen oder todt gehalten hätte, der Kommandeur hätte bereits einen neuen Adjutanten für diesen Fall designirt und es dem General v. York gemeldet. Ich war besonders über die Liebe der Leute erfreut, die sie mir schon oft bewiesen haben, Niel an der Tete, der mir mit Thränen erzählte, daß er sich und Fritz nicht mehr hätte trösten können, wenn ich nicht bald zurückgekommen wäre. Ich ging natürlich gleich zum Kommandeur ins Pfarrhaus und mußte genau berichten, was sich zugetragen hatte; die aufrichtige Freude des Kommandeurs über meine Rückkehr war mir ebenso schmeichelhaft, wie mich die Theilnahme der Predigerfamilie erfreute. Als ich zu Fritz zurückkam, hatte dieser für leibliche Stärkung gesorgt, während Niel meinen Fuchs streichelte und fütterte, und bald saß ein großer Kreis Kameraden um uns, denen ich erzählen mußte, was ich erlebt.

Gegen Abend erhielten alle Truppen Befehl zum Aufbruch. Die beiden Musketier-Bataillone unseres Regiments stießen zur Reserve, folgten aber bald den anderen Truppen über die Brücke bei Mesoden. Unsere Avantgarde warf den Feind zurück, bald kam aber das Gefecht zum Stehen und trotz der einbrechenden Dunkelheit wurden unsere Angriffe immer wieder erneuert. Erst ganz spät in der Nacht hörte das Schießen auf, aber nur um am andern Morgen wieder zu beginnen. Alles blieb unter Gewehr auf dem Schlachtfelde stehen. Unser Regiment mußte noch in der Nacht über den Fluß zurück, um einen Weg zu besetzen, auf dem der Feind uns zu umgehen drohte. Am 30. September vor Tagesanbruch

marſchirten wir auf den linken Flügel, den der General v. Kleiſt kommandirte, und ſtießen bei Graſenthal auf den Feind. Trotz der Tapferkeit der Ruſſen wurden ſie überall geworfen, und beſonders hatten die Jüſſiliere von unſerm Regiment Gelegenheit, ſich auszuzeichnen. Das Jüſſilier-Bataillon unter dem Major v. Reuß¹⁾ nahm mehrere vom Feinde beſetzte Dörfer mit dem Bajonett und nahm mit einigen Eskadrons Kavallerie ein ruſſiſches Jäger-Bataillon gänzlich gefangen. Der Haupterfolg unſers Sieges war die Rettung unſers Belagerungsgeſchüſſes; hätten wir am 29. nur eine Viertelftunde mit unſerm Angriff geſögert, ſo hätten die Ruſſen uns angegriffen, wozu ſchon alle Befehle gegeben waren. Aber durch unſer überruſchendes Vorgehen waren die Ruſſen völlig konſternirt worden, ſie glaubten, wir wären viel ſtärker als ſie, und da wir ihnen fortwährend folgten, ſo traten ſie eiligſt den Rückzug an. Das Geſecht hatte am 30. gegen 9 Morgens ſein Ende erreicht, das Hauptquartier unſeres Korps kam nach Semalden auf das Waltherſche Gut. Unſer Bataillon bezog bei Annenburg Vorpoſten und Fritz bekam hier ſeine erſte Feldwache, da es uns an Offizieren fehlte. Der Feind verhielt ſich ruhig und am 1. Oktober marſchirte das Bataillon zurück zum Gros auf das linke Ufer der Na nach Semalden. Bei Graſenthal überſchritten wir den Fluß auf einer Brücke, die unſere Pioniere in aller Eile hergeſtellt hatten; wir mußten deßhalb einen großen Umweg machen, den wir uns Tags zuvor im Geſecht dadurch erſparten, daß wir durch den ſeichten Fluß gewatet waren. Ich war mit dem Major v. Voß — der am 29. das Kommando des Bataillons wieder übernommen hatte, am 1. Abends aber nach der Wiederbeſetzung von Mitau als Kommandant dorthin zurückging — durch den Fluß und direkt auf das Schloß nach Semalden geritten. Dort ſah es ſchrecklich aus, die Ruſſen hatten Alles geplündert, zerſchlagen und ruiniert, der alte Herr v. Walther hatte nur noch das, was er auf dem Leibe hatte. Er lud uns trotzdem mit den anderen anweſenden Offizieren zu Gaſt ein, und wir aßen mit dem größten Appetit graue Klöße und Kartoffeln. Ich hatte ſeit dem vergangenen Tage kein Brot mehr und bezahlte daher für ein Stück Kommißbrot 2 Groſchen Courant.

Gegen Mittag brach das ganze Korps auf und rückte gegen Mitau vor, welches von 6000 Ruſſen beſetzt ſein ſollte. Auf dem rechten Flußufer fand während unſeres Marſches ein lebhaftes Geſecht ſtatt, wir hörten deutlich das Schießen und erfuhren nachher, daß das Detachement des

¹⁾ Der Urgroßvater mütterlicherſeits des Herausgebers, als Oberſt und Kommandeur des Eib-Regiments — des 26. — an ſeinen bei Ramur 1815 erhaltenen Wunden geſtorben.

Oberst v. Jeanneret die Russen mit großem Verlust zurückgeschlagen habe. Mitau war von den Russen verlassen, als wir dort ankamen, es wurde besetzt und wir bivallirten vor der Stadt. Es folgten für unser Bataillon jetzt einige recht anstrengende Märsche hin und her, die uns schließlich wieder nach Mitau zurückführten.

Noch in der Nacht zum 2. Oktober marschirte das Bataillon durch Mitau nach dem Garoffentrug, wo noch die meisten Todten von dem letzten Gefecht her unbeerdigt lagen. Ich mußte auf den umliegenden Dörfern Brot requiriren, denn das Bataillon hatte schon vier Tage lang keines bekommen. Zwei Kompagnien, bei denen auch Fritz war, wurden detachirt, die anderen beiden erhielten Befehl, nach Mitau zurückzukehren. Wir kamen dort spät an, wurden für die Nacht einquartiert und rückten am 3. Morgens in das Lager, eine Viertelmeile von der Stadt. Am 4. kamen die beiden Kompagnien wieder zurück, und Fritz hatte schon mit dem Bau einer schönen Hütte für uns begonnen, als wir am 5. früh wieder Ordre erhielten, durch Mitau nach Gdau zu marschiren. Wir mußten 28 Werst (gleich 4 Meilen) zurücklegen und kamen gegen Abend auf den uns bekannten Feldern an, wo bivallirt wurde. Hier blieben wir bis zum 8., marschirten um 4 Uhr Morgens wieder ab nach Mitau und von dort in das Lager. Kaum waren wir im Lager, als der Befehl kam, wir sollten um 4 Uhr Nachmittags in Mitau einrücken und dort Erholungsquartiere beziehen. Das war eine große Wohlthat für uns, die ich in meinem guten Quartier recht genoß.

Am 14. Morgens verließen wir Mitau; alle Truppen waren in Bewegung, da wir auf Befehl des Marschalls Macdonald unsere erste Position wieder einnehmen sollten.

Nachmittags standen wir denn auch auf den Trümmern unseres alten schönen Lagers bei Peterhof oder St. Ohlay; die Russen hatten alles verbrannt und zerstört, doch hatten unsere fleißigen Soldaten bald wieder ein neues Lager erbaut. Unser Aufenthalt hier war nur von kurzer Dauer; da die Russen einige Punkte unserer Position angriffen, mußte das Bataillon noch in der Nacht vom 17. zum 18. Oktober aufbrechen und nach Wolgumbt marschiren, wo wir am 18. früh ein kleines Gefecht mit russischen Panonier-Schaluppen hatten, die aber bald durch unser Feuer von beiden Ufern des Na-Flusses zum Rückzug gezwungen wurden. Noch am 18. rückten wir nach dem Brückentopf bei Jennhoff und Holländer Krug, wo wir auch unser 1. Bataillon fanden. Dort erhielten wir von Dir endlich einmal wieder Nachricht, und Einsingen schickte uns voller Freude die Anzeige von der Entbindung unserer lieben Schwester; er hat uns Beide zu Paten bei der kleinen Nichte gebeten. — — — —

Ich beende diesen Brief im Lager bei Alt-Bergfried, welches $\frac{1}{2}$ Meile von Mitau entfernt liegt, in einer Stube sitzend, in welcher sämmtliche Offiziere von unserm und vom Jäger-Bataillon versammelt sind, und an einem Tisch, an dem 4 Personen Piquet spielen, einige sich über politische Angelegenheiten streiten, noch andere ihr Abendbrot verzehren, kurz in einem fabelhaften Trubel.

Es geht uns aber gut, nur leiden wir viel von der Kälte, besonders in der Nacht. Unsere Unteroffiziere und Soldaten haben jetzt Pelze und Ohrenklappen erhalten; das Geld, welches Du so gütig warst uns zu senden, kam uns daher recht erwünscht, denn wir mußten unsere Kleidungsstücke und besonders die Wäsche wieder vervollständigen. Ich habe noch für zwei Monate Traktament zu fordern, bekomme auch noch 24 Thaler außerdem ausgezahlt und hoffe eins von meinen vier Pferden günstig zu verkaufen. Du siehst, daß ich in dieser Hinsicht jetzt auch nicht so übel dran bin.

— — — — —

Bisatz bei Dalbingen, den 17. November 1812.

— — — — — Borgestern, Nachts 11 Uhr, verließen wir das Lager bei Bergfried und rückten hierher. Seit gestern Abend ist etwas gelindere Witterung eingetreten, aber wir haben uns an Frost und Schnee schon so gewöhnt, daß selbst das schlimmste Wetter nur wenig Eindruck auf uns macht. Und doch sehen wir Alle ohne Ausnahme mit Sehnsucht dem Ende des furchtbaren Krieges entgegen, der verheerend und verwüstend selbst die entlegensten, friedlichsten Plätze nicht verschont hat und so viel Jammer und Elend in viele Familien bringt. Für uns Soldaten giebt es keine Ruhe, fortwährend müssen wir hier auf der Hut sein gegen die Russen. Aber jeder Augenblick, der einigermaßen still ist, wird benutzt um die müden erschlafften Glieder wenigstens etwas zu stärken; eben ist Fritz aus seinem schönen Schlummer, auf dem hartgefrorenen Schnee, erwacht und verzehrt höchst vergnügt am Wachtfeuer eine dicke Mehlsuppe, die unter den verschiedensten Benennungen täglich unsere Nahrung bildet. Wenn es irgend möglich ist, so theilen wir Offiziere uns in ein Bauernstübchen in der Nähe des Lagers, wo ich denn auch diesen Brief in aller Eile schreibe.

Soeben kommt eine Kavallerie-Ordonnanz vom General v. York mit dem Befehl für uns, sofort in das Lager bei Alt-Bergfried zurückzukehren, von dort erhältst Du weitere Nachricht.

den 19. November.

Gestern mußte ich zur Parole ins Hauptquartier. Man spricht hier allerhand von Winterquartieren, doch wäre es mir wie vielen Anderen am

liebsten, wir zögen in die Friedensquartiere! Was man sonst hier hört, ist ziemlich unklar und verworren, auch wird alles geheimgehalten. Gott weiß allein, wie das noch enden wird! — — — — —

Brückenkopf bei Paulsgnade, den 7. Dezember 1812.

Seit dem 24. November haben wir mit 2 Kompagnien den Brückenkopf bei Paulsgnade besetzt, um einem Angriff der Russen auf die Brücke über den Na-Fluß zu begegnen. Hauptmann v. Diebitsch steht mit den beiden anderen Kompagnien vom Bataillon 2 $\frac{1}{2}$ Meile (17 Werst) von hier auf Vorposten am Holländer Krug. Es that uns leid, von unseren Kameraden auf längere Zeit getrennt zu sein, doch haben wir es hier ganz angenehm, indem wir in den Gebäuden Schutz vor der strengen Kälte gefunden haben. Wir Offiziere haben geheizte Stuben, in denen wir zu 3, 4 und 5 liegen; ich wohne mit Fritz und Schulenburg zusammen. Letzterer hat als Rechnungsführer viel zu arbeiten, ich ebenso als Adjutant, und so leben wir sehr still und gemüthlich, meist mit Schreiben und Lesen beschäftigt. Der hiesige Gutsebesitzer, ein ehemaliger russischer Oberstlieutenant v. Wolsky, hat mir sehr gute Bücher geliehen und sorgt auch sonst für Unterhaltung. Wir haben uns bei dem Amtmann hier in Kost gegeben, liefern ihm unsere Portionen und bezahlen etwas dazu. Dadurch vergißt man das Schreckliche des Krieges, ist mit anderen Dingen viel beschäftigt, verkehrt mit netten Menschen und hofft auf bessere Zeiten.

In Mitau besuchten wir von hier aus Einsingen, der mit seiner Kompagnie dort steht, und feierten vor vierzehn Tagen sehr lustig bei ihm seinen Hochzeitstag. Einsingen läßt sich in Mitau für Minna malen, um ihr sein Portrait zu Weihnachten zu schenken, er muß 4 Louisd'or dafür bezahlen. Ich finde das zu theuer, als daß sich Fritz auch jetzt malen läßt, was Du ja so wünschst, es ist auch netter, er thut es erst als Offizier. —

Den 7. Abends. Wenn Du diese Zeilen erhältst, möchte ich gern in Eurer Mitte sein, um den Jubel mit anzusehen: Fritz ist Offizier! — Heute Nachmittag, als ich gerade diesen Brief schrieb und mich mit Fritz in Gedanken beschäftigte, der am Ofen saß und las, kam Schulenburg ins Zimmer und erzählte, daß die Kapitäns v. Dose und v. Diebitsch vom Regiment die vakanten Kompagnien bekommen hätten, daß er aber in der Stadt von weiteren Avancements nichts gehört habe.

Fritz war während dieser Erzählung ganz blaß geworden und sein Gesicht wurde immer länger, er fürchtete schon, die Eingabe wäre vielleicht abgeschlagen worden. Da sprang ich dann schnell auf, lief auf das Schloß zum Adjutanten, dem Oberst v. Günerbein, und ließ mir von ihm die

heutigen Parole-Befehle geben. Sowie mein Auge auf den Namen Eberhardt fiel, war ich auch mit dem Befehl zur Thür hinaus und nun en carrière zu meinem alten Fritz. Eigentlich wollte ich mir erst einen Spaß mit ihm machen, doch brachte ich es nicht übers Herz. Seine Freude war übergroß, er hat auch gleich zwei Hinterleute im Regiment erhalten.

Morgen früh wollen wir zum Regiments-Kommandeur fahren, der 16 Werst (etwas über 2 Meilen) von hier in Quartier liegt, damit sich Fritz melden kann. Ich habe dazu einen netten kleinen Schlitten und spanne meine braune Stute ein, die sehr gut zieht. Da wir durch Mitau müssen, so wollen wir bei Rinsingen heranzufahren, der den neuen Herrn Lieutenant begrüßen soll. Fritz ist schon eingekleidet, meine Sachen passen ihm ziemlich, obgleich er größer und stärker ist als ich, und der Schneider arbeitet fleißig an seiner Equipirung. — — — — —

Abends $\frac{1}{2}$ 11 Uhr. Soeben kommen wir vom Amtmann zurück, wo wir den Abend sehr fröhlich waren. Fritz' Advancement wurde durch einen Punsch beim Abendbrot gefeiert, und nachher spielten wir kindliche Spiele. Es waren noch ein Lieutenant v. Wittke vom Infanterie-Regiment Nr. 6 aus Mitau und Lieutenant Rniemasser, dessen Du Dich gewiß noch aus Glatz erinnerst, zum Besuch bei der Amtmanns-Familie, auch der Guts-schreiber, ein verständiger junger Mann, war noch dort. Obgleich die Lage der armen Leute hier im Ort keine sehr gute ist, so suchen sie uns den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen und wir genießen durch sie in Feindesland hierdurch manche frohe Stunde. —

Sehr beglückt hat es mich, liebe Mutter, daß Du so voller Hoffnung und Zuversicht schreibst, und daß es Dir in Berlin auch gut ergeht. Wie liebenswürdig vom Major v. Gontard, daß er Dir bei so vielen Besorgungen hülfreich beisteht und Dir auch jetzt das Holz verschafft hat, was ja stets viel Schwierigkeiten beim Empfang machte. — — — — —

Paulsgrube, den 18. Dezember 1812.

— — — Unser Aufenthalt hier wird wohl nicht mehr von langer Dauer sein. Man spricht von Winterquartieren in hiesiger Gegend, die wir in den nächsten Tagen beziehen sollen und wir freuen uns darauf sehr.

Die Kälte wird täglich schlimmer, so daß schon mehrere von unseren Leuten sich Gliedmaßen erfroren haben. Fritz und ich suchen uns möglichst abzuhärtten, halten uns viel im Freien auf und tragen nur die bloße Uniform; das ist uns bisher ausgezeichnet bekommen. Von der großen Armee hört

man hier nichts Bestimmtes; wir leben hier oft in Aufregung und in Erwartung der Dinge, die da kommen werden! — — — — —

Rinnſchen, den 15. Januar 1813.

Mit Bittern denke ich daran, daß Du in Angst und Sorge um uns biſt, da Du ſeit einem Monat von uns keine Nachricht erhalten haſt. Wenn doch dieſe Zeilen von Glück begünſtigt würden und bald in Deine Hände gelangten, damit ſie Dich beruhigen und Dir ſagen, daß es uns beſſer geht als Du vielleicht vermutheſt. Wir können jetzt keineswegs klagen und hoffen, daß alles Ungemach nun vorüber iſt, eine heitere Sonne auch uns bald leuchten wird. Ja, gute Mutter, es iſt uns allerdings wohl etwas traurig gegangen, und das Weihnachtsfeſt wird ſchwerlich Wenigen jemals ſo ſchlecht einbeſcheert haben als uns das letzte vergangene. Wir kämpften nicht mit dem Feinde, ſondern mit der Natur, mit Froſt, mit Mangel an Lebensmitteln, kurz mit allen Bedürfniffen.

Die anſtrengendſten Märsche, oft 16 Stunden lang in der fürchtbarſten Kälte, dann das Bivalliren auf tiefem Schnee, die Ungewißheit unſerer Lage, umgeben vom Feind und jeden Augenblick zum Kampfe bereit, das rief unſere Kräfte doch ſchließlich auf. Aber Gott beſchützte uns gnädig und wendete Alles ganz anders, als wir vermutheten. Unſer Korps marſchirte, ungehindert von den ruffiſchen Truppen, bis hierher, wo wir ausgebehnte Friedens-Kantonirungen bezogen haben, bis zur weiteren Entſcheidung. Ich liege auf dem Schloſſe bei einer Frau v. Deſſonnier. Welch ein Abſtand zwiſchen heute und unſerer Lage vor 14 Tagen; welchen Reiz gewinnt doch jetzt für uns die geringſte Bequemlichkeit oder Annehmlichkeit des Lebens, deren wir biſher ſo ganz entbehrten.

Unſere Bagage, die wir bereits für verloren hielten und ſeit einem Monat nicht bei uns hatten, kam heute ganz unerwartet hier bei uns an und wurde mit wahren Freudengeſchrei empfangen; jedes Stück, was wir wiedererhielten, wurde als ein Geſchenk betrachtet und man gratulirte ſich gegenseitig dazu. Die angenehmſte Unterhaltung finden wir in der Familie unſerer charmanten Wirthin; endlich einmal wieder gebildete Menſchen!

Recht traurig iſt für mich die Erkrankung meines Nief, der durch die Strapazen der letzten Zeit ein heftiges Fieber bekommen hat und ſchwer krank daniederliegt. — — — — —

Rant.-Qu. Thiergard, den 8. Februar 1813.

— — Geſtern Nachmittag beſuchte ich mit Fritz unſern Schwager, Dr. eine Meile von hier mit ſeiner Kompagnie ſieht. Einſingen bekam

gerade drei Briefe und ein Päckchen von unserer Minna; er hatte seit Kurland keine Nachricht gehabt, war also sehr froh mit uns zusammen. Er ruhte nicht eher, als bis wir jeder ein Paar Strümpfe angenommen hatten, die Minna gestrickt hatte; auch waren für uns in dem Packet sehr nette selbstgefertigte Uhrbänder als Weihnachtsgeschenk. —

Unser Corps unter dem General v. York ist seit einigen Tagen in der Gegend von Marienburg und Elbing dislozirt, wird auch wohl noch länger hier stehen bleiben, bis wir uns wieder kompletirt und mit neuen Sachen versehen haben, die uns sehr nöthig sind. Und dann — — — doch ich weiß ja selbst nichts. Gott gebe unserm Vaterlande Glück!

Wenn es irgend möglich ist, wollen wir, Fritz und ich, nach Bissulke, um die lieben Verwandten zu besuchen. Dort wird wahrscheinlich jetzt viel Einquartierung sein von russischen Truppen. Das ruhige und gute Betragen der Russen kann ich nicht genug loben, und Onkel wird gewiß zufrieden mit ihnen sein. Ich kann nicht leugnen, daß ich mir früher eine durchaus falsche Vorstellung von den russischen Soldaten gemacht habe; selbst Bruder Rosal zieht singend und pfeifend seines Weges und ist überall und nirgends.

Ich würde gern eine Schilderung unseres Abzuges aus Rußland machen, doch fehlt es mir an Zeit, Dir die Epoche vom 20. Dezember bis zum 1. Januar zu beschreiben; vielleicht finde ich bald Gelegenheit dazu, sie Dir mündlich zu erzählen; es war eine merkwürdige Zeit. Die Hauptsachen wirst Du auch aus den Zeitungen erfahren haben. Am 31. Dezember Morgens gegen 11 Uhr erblickten wir Preußen unsere vaterländische Grenze. Da glänzten Freudenthränen in vielen Augen, jubelnd wurde der preußische Adler begrüßt und donnerndes Hoch auf unsern König wälzte sich von Bataillon zu Bataillon. Es wurden fröhliche Lieder angestimmt, die so lange verstummt waren, und mit dem „Gott segne den König“ überschritten wir die Grenze! Und überall der jubelnde Empfang überall Ordnung und Reinlichkeit, selbst in den ärmsten Orten; da sah man hübsche, rothgebaute Häuser, wo der Rauch zum Schornstein heraus wirbelte und nicht die ganze Hütte schwarz gefärbt hatte, da waren feinhölzernen Schieber vor den Böchern, die die Fenster ersezen sollen, hinten denen furchtsam ein schmutziges Gesicht hervor sah: Jung und Alt stand vor der Thür und statt des tiefen Büdens bis zur Erde tönte uns ein fröhliches „Gott grüß Euch“ und „Willkommen“ entgegen.

Am Abend des 1. Januar marschirten wir durch Tilsit, wo die Einwohner ihren Patriotismus durch Illumination und durch das Herbeischaffen von Erquickungen aller Art darthaten.

Den 11. Februar. Jetzt sehen wir täglich neue russische Truppen hier durchmarschiren, alle in bestem Zustande und von musterhafter Disziplin; sehr viel und schöne Artillerie führen die Russen mit sich. Gestern, am 10., ist das Belagerungsgeschütz von Pillau, welches die Russen eingenommen haben, in Elbing eingetroffen.

Wissulle, den 2. März 1813.

— — Am 27. Februar rückte unser Corps in die Gegend von Konitz, und da wir dort mehrere Tage stehen bleiben mußten, so erhielt ich vom Kommandeur Urlaub hierher. Fröh und ich gehen also mit Extrapost ab, und da wir gar nicht vorher über unser Kommen geschrieben hatten, so war die Ueberraschung groß, als wir so plötzlich in die Stube traten. Die Freude kannst Du Dir denken, und Gott sei Dank fanden wir hier Alles wohl.

Heute kommt von unserem Corps Einquartierung her; wie es heißt, soll unser Regiment zur Avantgarde stoßen und da würden wir unter den ersten Truppen sein, die in Berlin einrückten. Was freue ich mich auf das Wiedersehen mit Dir, geliebte Mutter. — —

Marſch-Quartier Dölzig in der Neu-Mark, den 10. März 1813.

— — Nur wenig Märsche noch und wir sind in Berlin! Am 15. sollen wir dort eintreffen. Mit welchen freudigen Gefühlen schreiten wir jetzt vorwärts; überall begrüßen uns freie deutsche Männer und die noch unterdrückten eilen wir von fremdem Joch zu befreien. Das Beispiel der Preußen wird den übrigen deutschen Völkern voranleuchten und auch ihre Männer und Jünglinge werden sich waffnen, um zu zeigen, daß sie keine Sklaven mehr sein wollen, um das Glück ihrer Familien, das Wohl ihrer Nachkommen zu erkämpfen. Gott wird der gerechten Sache Sieg verleihen. Kehren wir dann zurück wieder in die Mitte der Unsrigen, dann wollen wir im Vollgenuß der Gegenwart uns unsers Daseins freuen, dann wollen wir unsern Kindern, unsern Brüdern erzählen, wie es einer fremden Nation beinahe gelungen wäre, uns Fesseln anzulegen, wie wir lange unter hartem Druck vielfältige Leiden erduldet haben, bis mit einem Male Gottes Strafgericht über den Tyrannen und seine Bedrucker kam. Da griffen wir zu unsern Waffen, eilten muthig dem Feind entgegen und jagten ihn über die Grenzen zurück, die wir von nun an unerschütterlich behaupten werden. Nicht eitle Eroberungssucht, nicht Raubgier und die Begierde nach Ruhm bewaffnet den deutschen Mann; nein, das Wohl der Seinigen zu erringen, führt ihn in den Kampf: sein Lösungswort ist Sieg oder Tod!

Feldzug 1813.

Rant.-Qu. Dahmsdorf in Sachsen, den 31. März 1813.

Vorgestern betraten wir den sächsischen Boden, von den Einwohnern mit Freuden begrüßt; die Bauern sind aller Orten hier froh, daß wir sie von französischem Joch befreien und haben den besten Willen, auch das Ihrige hierzu beizutragen, als echte Deutsche für das Wohl des gesammten Vaterlandes zu kämpfen.

Gott gebe seinen Segen zu dem begonnenen Werke. —

Wir stehen drei Meilen von Wittenberg, welche Festung noch vom Feinde besetzt ist, hoffen sehr, daß es bald etwas für uns zu thun giebt, denn bis jetzt ist noch nichts vorgefallen. —

Der Abschied von Dir, theure Mutter, von den Geschwistern und Freunden, ist mir diesmal gar nicht so schwer geworden; so rührend er auch war, es mischte sich doch die herrliche Empfindung hinein: „Du ziehst ins Feld zur Befreiung des Vaterlandes, all das Unrecht zu rächen, was Preußen in diesen letzten Jahren widerfahren“, und das Gefühl hob die Brust eines Jeden von uns mit Stolz empor.

Am Morgen unsers Abmarsches von Berlin hatte das Regiment, wie unser ganzes Korps, Gottesdienst, welcher für uns im Lustgarten abgehalten wurde. Diese Feier wird uns Allen unvergeßlich bleiben. Das Regiment schloß einen Kreis, in dessen Mitte unser General v. York zwischen den beiden Fahnen stand; seine Hände waren gefaltet, sein Blick gen Himmel gerichtet mit aufrichtiger Andacht. Ihm gegenüber stand der Feldpropst und hielt nach dem Gebet eine kurze Anrede, in welcher er auf die heiligen Pflichten hinwies, die wir zu erfüllen gedächten, für König und Vaterland auch unser Leben gern zu lassen. Nach dem Segen ergriff General York das Wort und indem er seine Rechte gen Himmel streckte, rief er laut: „Brave Kameraden! Sieg oder Tod, das schwört Euch Euer Feldherr; glücklich sehen wir unser Vaterland und in ihm die Unsrigen wieder oder nie! Als freie Preußen kehren wir zurück oder nie! Fluch und Verderben treffe denjenigen, der durch Pflichtvergessenheit die Erwartungen täuscht, die das Vaterland mit Recht auf jeden Einzelnen setzt!“ — Ein dreimaliges Hoch unserm theuern Könige folgte diesen Worten.¹⁾ Unser Oberst v. Horn sagte zum General: „Ich und mein Regiment und die anderen

¹⁾ In der Geschichte des Leib-Regiments von v. Horn — Berlin bei Wagner 1860 — sind diese Worte etwas anders angegeben, doch ist der Sinn derselbe.

alle werden unsere Pflicht erfüllen und für das Heiligste kämpfen!" Da erscholl aus der Mitte des Regiments ein Ruf: „Ja das soll ein Wort sein," und Alles wiederholte diesen Schwur. Als dann auch unserm General ein Lebehoch gebracht wurde, lehnte er das ab mit den Worten: „Für jetzt behalte ich Euch meinen Dank vor; schallt mir aber nach der ersten siegreichen Schlacht Euer Jubel entgegen, dann soll er mir willkommen sein."

Vom Höchsten bis zum Niedrigsten war Jeder tief ergriffen von diesem heiligen Moment, und mit welcher Freude, mit welchem Vertrauen folgt man nicht solchem Führer wie unserm General York! — — —

Rosslau im Anhalt-Röthenschen, den 5. April 1813.

— — — Eben kommt Fritz von Feldwache zurück, die er dicht an der Elbe gehabt hat; es geht ihm und mir recht gut, und wir haben überall gute Quartiere und nette Menschen angetroffen. Wir sind sämmtlich bemüht, unsern deutschen Brüdern den Geist mitzutheilen, von welchem jeder Preuße beseelt ist, und sehen oft, wie sich auch hier die Hand des Jünglings und Mannes ballt, und wie viele dringend wünschen, sich uns anschließen zu dürfen, aber Sachsen ist im Allgemeinen noch vom Feinde besetzt und der sächsische König noch mit dem Kaiser Napoleon verbündet. Magdeburg soll noch sehr stark von den Franzosen besetzt sein, auch soll eine französische Armee von dort den vereinigten Preußen und Russen entgegengerückt sein, welche zur Belagerung der Festung heranrücken. — Unser Regiment hat bereits mehrere Gefangene gemacht, erst heute Morgen brachte eine Patrouille vom Bataillon drei Italiener ein. Die Gefangenen werden von uns menschlich, aber mit Kälte behandelt, um ihnen zu zeigen, wie wir eine Nation verachten, die das Glück und die Ruhe Europas gestört und durch unersättlichen Ruhm den Wohlstand und Fleiß uralter Zeiten auf lange Jahre vernichtet hat.

Wir stehen hier nur eine Stunde von Dessau, dessen Thürme wir gleichsam wie aus einem Lustgarten hervorragen sehen. Gestern Abend um 11 Uhr wurde Generalmarsch geschlagen, das Bataillon rückte bis an die Elbe vor, wo die Brücke wieder aufgebaut wurde. Seit 6 Jahren war sie zerstört und wurde von uns in 48 Stunden wiederhergestellt, trotzdem die Franzosen alle Fahrzeuge in der Nähe fortgeschafft hatten. Es war eine höchst kriegerische Scene; die Brücke wimmelte von Laternen der Arbeiter, die ganze Gegend leuchtete von den Bimaltsfeuern, darüber sternerklarer Himmel, an dem die Mondsichel über den hohen Eichen jenseits der Elbe stand, und dazu die fröhlichsten Soldatenlieder, die voller Jubel durch die Luft schallten, denn Alles freute sich, bald das Land jenseits der Elbe

betreten zu können. Um 12 Uhr ging unser Füsiliers-Bataillon über die Brücke und stellte jenseits Vorposten aus, auch an einem Brückenkopf wurde fleißig gearbeitet.

Die Arbeiten leitete der Hauptmann v. Reiche vom Generalstabe mit der größten Umsicht und überwand alle Schwierigkeiten, so daß ihm von allen Seiten Lob zu Theil wurde.

Unser Bivak gleicht einem Jahrmart, von Dessau und aus der ganzen Umgegend kamen ganze Wallfahrten zu Fuß, zu Wagen und zu Pferde, um die Truppen und die Brücke zu sehen; auch die Söhne des Erbprinzen von Anhalt-Dessau¹⁾ kamen heraus, nachdem der Herzog schon vorher reitende Boten mit Erfrischungen für die Offiziere gesandt hatte. Frisch war sehr entzückt über die Lebenswürdigkeit, mit welcher die jungen Prinzen sich unterhalten hatten.

Röthen, den 14. April 1813.

Seit dem 2. April sind wir, wie Du auch aus meinem letzten Briefe weißt, in Anhaltischem Gebiet. Dies Ländchen zerfällt jetzt in drei verschiedene Antheile (Anhalt-Dessau, Röthen und Bernburg — Zerbst ist früher auch selbstständig gewesen, die fürstliche Linie aber ausgestorben), welche jeder von einem Herzoge regiert werden, obgleich sie höchstens 30 000 Einwohner zählen, denn ganz Anhalt hat nur 100 000. Jeder Herzog hat seinen Hofstaat, seine Leibwache und regiert in seinem kleinen Staat wie ein großer Regent in seinem Reiche, nur daß er gezwungen ist, im Fall eines Krieges das Recht des Stärkeren anzuerkennen. So soll auch der regierende Herzog von Dessau nur mit größtem Widerwillen dem Bündniß mit Napoleon beigetreten und jetzt begeistert sein für die Befreiung unseres Vaterlandes. Er wird in seinem Lande wie ein Vater verehrt und man sieht hier aller Orten sein segensreiches Wirken. Ganz Anhalt gleicht einem blühenden Garten und entzückt das Auge, wo man hinsieht.

Von unserm schönen Bivak an der Elbbrücke bei Rosslau schrieb ich Dir bereits; wir hatten gutes Wetter und wurden sehr schön bewirthet; der Herzog schickte täglich Wein und Essen für uns Offiziere, auch waren stets einige berittene Lakaien zu unseren Diensten bereit.

Am 8. Mittags wurde unser Bataillon durch zwei russische Regimenter abgelöst und marschirte nach Dessau. Ich hatte das Glück, mein Quartier mit dem Bataillonskommandeur, jetzt Major v. Deyer, und meinem Freunde Schulenburg zusammen bei dem Landjägermeister v. Harling zu

¹⁾ Der hochselige Herzog Leopold und Prinz Friedrich.

erhalten. Wir wurden als erste preussische Einquartierung in diesem Feldzuge mit großer Herzlichkeit aufgenommen. Der alte Landjägermeister machte einen echt deutschen, biedernden Eindruck, seine liebenswürdige Frau war ebenso zuvorkommend und hochgebildet; außerdem waren noch eine Tante und eine Nichte und Mündel des Landjägermeisters, ein schönes Mädchen von 16 Jahren, im Hause. Bei unserem ersten Besuch wurden wir zu Abend zum Thee in der Familie eingeladen.

Ich machte nun noch einige Dienstgeschäfte in der Stadt ab und ging dann mit mehreren Bekannten vor das Thor, um mir die schöne Umgebung Dessaus anzusehen. Unser Weg führte uns zuerst auf den — Kirchhof, der aber wirklich sehenswerth ist. Ein großes Viereck, von gewölbten Mauern umgeben, in welche die Familiengräfte eingebaut sind, ist von hohen schattigen Bäumen umgeben und bepflanzt. An der einen Seite des Kirchhofs ist das Mausoleum für die fürstliche Familie; ich las hier wie auf anderen Gräbern wunderschöne, oft geistreiche Inschriften. Der innere Raum ist in verschiedene Quadrate getheilt, welche der Todtengräber „Quartiere“ zu nennen beliebte; einige dieser Quartiere waren soeben frisch zurecht gemacht, um ihre stillen Miether gastfreundlichst aufzunehmen. Den Eingang zum Gottesacker bildet ein hohes Portal mit der Inschrift: „Tod ist nicht Tod, ein Uebergang zu einem bessern Leben.“ — Wir gingen dann in einen nahe Park, wo es ganz charmant war; überall saftiges Grün, herrliche Bäume, zu den schönsten Gruppen gestellt und belebt von einer Menge Wild, welches hier massenhaft vorhanden und ganz zahm ist. Gern würde ich der Aufforderung der Kameraden gefolgt sein und sie noch in den Georgen-Garten begleitet haben, welcher sehr hübsch sein soll. Ich wollte aber gern erst die Stadt kennen lernen, hoffte auch, daß wir noch längere Zeit in Dessau bleiben würden, und so kehrte ich denn allein zurück. Die Stadt ist ziemlich groß, sehr nett gebaut, einzelne Gegenden so hübsch wie die Friedrichstadt in Berlin. Das herzogliche Schloß ist ein altes gothisches Gebäude, dessen Aeußeres durchaus nicht schön ist, aber doch etwas sehr Ehrwürdiges hat. Leider hatte ich keine Zeit mehr, das Innere des Schloffes, sowie mehrere andere sehenswerthe Gebäude zu besuchen, doch ging ich in die große schöne Reitbahn und in den herzoglichen Marstall, wo ich mir wohl einige von den schönen Pferden hätte auswählen mögen. Auch bestieg ich noch den sehr hohen Thurm der Schloßkirche, von wo man einen köstlichen Blick über das Land hatte. Das Land Dessau zu meinen Füßen war wie ein Garten; die untergehende Sonne beleuchtete die fruchtbaren Gefilde und vergoldete die Zinnen der Häuser; wehmüthig wandte sich mein Blick nach der Richtung, wo die Thürme des Domes von Magdeburg in den Himmel ragten und mir zu winken schienen,

denn dort leuchtete noch eine bebrängte Stadt unter dem Joch des Tyrannen; auch von Wittenberg sah man die Thürme und den Rauch der von den Franzosen eingeäscherten Häuser. Dann sah ich Herbst, Röhren und eine Menge anderer Orte und trennte mich ungern von dem schönen Bilde, auch im Hinblick auf die 300 Stufen, die man ebenso mühsam wieder hinunterklettern mußte, wie ich sie vorher herausgestiegen war. Als ich unten die Schloßwache passirte, war diese von den russischen Grenadieren und der herzoglichen Garde besetzt. Die Garde besteht aus lauter schönen Männern und macht in ihrer kleidsamen Uniform einen sehr vortheilhaften Eindruck.

Der Abend bei unserm Wirth war sehr gemüthlich und nett; wir fanden noch mehrere Damen aus der Stadt und unterhielten uns sehr interessant und lustig. Leider mußten wir schon am anderen Morgen 10 Uhr plötzlich aufbrechen und die lieben Harlings und Dessau verlassen, um nach Röhren zu marschiren. Hier stand unsere Avantgarde, der wir zugetheilt wurden. Wir hatten am Tage zwei Stunden von Röhren verschiedene Dörfer besetzt, bivallirten des Nachts und rückten am 10. in Röhren ein, wo unser Bataillon einquartiert wurde. Die Vorposten wurden gegen Bernburg vorgeschoben. Mit meinem Quartier bin ich wieder sehr zufrieden; ich liege bei einem Kaufmann Andersohn, nette Frau und allerliebste Kinder. Die Leute bewirtheten uns vorzüglich, an Wein haben wir Ueberfluß. Es ist doch eine ganz andere Sache hier wie in Rußland und dazu die damaligen und die jetzigen Verhältnisse; wenn ich Vergleiche anstelle, so durchströmt mich ein Wonnegefühl. —

Brussendorf, den 25. April 1813.

— Aus Röhren marschirten wir in der Nacht vom 19. zum 20. ab und rückten in Rantonnements am Fuße des Petersberges. Um diesen berühmten Aussichtspunkt zu besuchen, machte ich vergangenen Donnerstag mit einigen Kameraden unsers Bataillons dorthin eine Partie, auf der wir verschiedene Abenteuer hatten. Ich hatte am Donnerstag Morgen mit dem Major v. Beyer einen Reconnozirungsrütt gemacht, und da wir natürlich von der Gegend und auch vom Petersberg viel sprachen, so offerirte der Major in liebenswürdiger Weise mir und den anderen Kameraden, die sich noch an der Partie theilnehmen wollten, Urlaub, um den Berg zu bestiegen. Nach dem Mittagessen fuhrn wir dann höchst vergnügt in der Equipage unsers Wirths mit ganz guten Pferden dem Berge zu. Unterwegs trafen wir Fröh mit mehreren anderen Kameraden zu Pferde, die auf derselben Tour waren wie wir und munter vor uns hertrabten. Wir hatten bereits öfter davon gesprochen, was wir wohl

thäten, wenn plötzlich ein Rad bräche, fuhren aber sorglos darauf los, bis sich plötzlich der Wagen nach einer Seite neigte und die ganze Gesellschaft durcheinander purzelte. Das eine Vorderrad war gebrochen und guter Rath war theuer, denn wir waren schon über die Hälfte Weges von unserm Quartier entfernt und das nächste Dorf noch einige Tausend Schritt abseits, unsere Vorreiter aber schon so weit weg, daß sie unser Pfeifen und Rufen nicht mehr hörten. Da wurde denn der Kutscher auf das eine Pferd gesetzt, in seiner Gegenwart ein gutes Biergeld in Erwägung gezogen, wenn Alles recht schnell ginge, und er trabte auch gleich fort. Wir gingen, um uns die Zeit nicht lang werden zu lassen, in ein naheß Wäldchen und ließen bloß Münchow beim Wagen zurück zur Aufsicht. Es war ein etwas vernachlässigter Park, den wir betraten, aber er hatte wunderschöne Baumgruppen und Durchsichten, die man von netten Lauben und Rasenbänken betrachten konnte; die kunstgerechten Gänge waren aber wenig in Ordnung gehalten und wir fanden viele umgestürzte Monumente. Als wir zum Wagen zurückkamen, saß Münchow in demselben und — schlief, das eine Pferd stand glücklicherweise noch am Wege und graste, hatte sich aber losgemacht.

Endlich nach Verlauf von Stunden kam unser Kutscher mit einem Wagen aus dem Dorf; wir kletterten hinein, ließen den Kutscher zurück, und ich kutschte weiter. Als wir kaum hundert Schritt gefahren, hören wir hinter uns rufen und schreien; es waren Kameraden von unserem 1. Bataillon, die querselbein auf uns zulamen. Sie hatten ebenfalls eine Partie nach dem Petersberg unternommen und auch ihnen war der Wagen zerbrochen. Auf unserem Leiterwagen fand sich aber noch Platz für sie und so langten wir denn glücklich, aber etwas müde von dem Stoßen, an dem Wirthshause unten am Berge an. Wir bestellten uns Kaffee, den wir vor der Rückfahrt trinken wollten und stiegen dann den Berg hinauf. Unterwegs begegneten uns eine große Menge Kameraden, auch Unteroffiziere und Soldaten aus den umliegenden Kantonnements, die oben gewesen waren; Fritz kam uns auch entgegen. Man hat von oben eine herrliche Aussicht; obgleich die Gegend flach ist und nicht die Abwechslung bietet, die ich in manchen Gebirgsgegenden Schlesiens, der Grafschaft Glatz, Böhmens und anderer Orte, durch die ich in den letzten Jahren durchgekommen bin, beobachtet habe, so hat sie doch einen ungemeinen Reiz. Man sieht eine Menge Städte, Magdeburg, Quersfurth, Halle, Merseburg mit seinen vielen Thürmen, Leipzig, Rügen, Dessau, Bernburg, kurz eine Menge interessanter Orte. Nach Westen zu lag der alte ehrwürdige Brocken vor uns; zu unsern Füßen spiegelte sich die vielgewundene Saale, schöne fruchtbare Felder, grüne Wiesen, herrliche Wälder umgaben meilenweit den Berg.

Auf dem Berge stehen die Ruinen eines Klosters, welches vom Markgrafen Konrad von Meissen erbaut worden ist. Ein Theil der Klosterkirche ist noch unverseht erhalten und mehrfach renovirt worden; es wallfahrten dorthin sehr viele Katholiken, denn die Gebeine des Markgrafen Konrad sind dort begraben und werden heilig gehalten. Ein Bild des Markgrafen, in Stein gehauen, stellt ihn dar mit Schwert und Bischofshut und berichtet von seinen Großthaten im Kampfe gegen die Sarazenen. — Wir trugen unsere Namen in ein Fremdenbuch ein, was in der Kirche auslag, und traten dann den Rückweg an, tranken unten unsern Kaffee und fuhren wohlgemuth nach Hause. Nicht mehr weit von unserem Dorfe sahen wir plötzlich von allen Seiten Truppen marschiren, schlossen daher, es sei Marschbefehl gekommen und jagten nun unserm Kantonnement zu. Dort war unser Bataillon bereits über eine halbe Stunde abmarschirt, wohin wußte Niemand. Ziel erwartete mich mit meinen Pferden, auch Schulenburg fand das seinige vor, die anderen Kameraden mußten fahren, und nun ging es so schnell wir konnten, der Spur nach. Inzwischen war es dunkel geworden und unsere Lage recht unangenehm; der Gedanke, daß das Bataillon früher ins Gefecht kommen würde, bevor wir bei demselben eingetroffen wären, quälte uns beständig, doch hofften wir immer noch, die Unserigen bald einzuholen. Ein Müller sagte uns, das Bataillon sei nach Bitterfeld marschirt, einem Städtchen vier Stunden von unserm Dorfe. Wir nahmen uns einen reitenden Boten und schlugen den angegebenen Weg ein, aber auch in Bitterfeld trafen wir um 10 Uhr Abends nur die Bagage unsers Korps. Dort erfuhren wir endlich mit Bestimmtheit, daß die Truppen sich bei Börbig, einem Orte, der noch drei gute Stunden von Bitterfeld entfernt liegt, zusammengezogen hätten. Unsere Ungeduld stieg aufs Höchste, denn wir mußten annehmen, daß die Truppen schon längst in Börbig auf dem direkten Wege angekommen und von dort vielleicht schon längst wieder im Marsch waren. Dabei waren unsere Pferde von dem raschen Reiten sehr ermüdet, und wir waren gezwungen, jenseits Bitterfeld, in einem kleinen sächsischen Dorfe, wo wir um 11 Uhr ankamen, Halt zu machen und die Pferde etwas verschnaufen zu lassen. Wir waren die ersten Preußen, die seit sieben Jahren hier durchkamen und wurden von den Einwohnern mit vieler Achtung und Respekt betrachtet und bedient. Ich erzählte ihnen in der Eile einige Scenen und Beispiele von der Opferfreudigkeit unserer Landsleute, die Hab und Gut dem Staate hingäben, selbst zu den Waffen eilten, um die verhassten Franzosen aus Deutschland zu verjagen, und andächtig lauschten die Bauern meinen Erzählungen, aber ich glaube fest, sie trauten der Sache doch nicht so ganz. Um $\frac{1}{2}$ 1 Uhr Nachs kamen wir in Börbig an, die Truppen waren vor einer Stunde

aus dem Bivak abmarschirt. Es half uns weiter nichts, wir mußten trotz aller Müdigkeit nach und erreichten endlich das Bataillon nach einer Stunde. Wir blieben gleich im Marsch bis gegen 8 Uhr Morgens, wo wir ein Bivak bezogen. Ich bin noch nie so müde gewesen wie an diesem Tage, und sowie ich Zeit hatte schlief ich an Fritz' Seite auf blanker Erde und trotz des heftigen Regens und Schnees ganz vortrefflich. Die anderen Kameraden von der gestrigen Partie hatten sich inzwischen auch wieder eingefunden und trotz der erlittenen Unannehmlichkeiten dachten wir mit rechtem Vergnügen an den netten Tag. Eine Tasse warmen Kaffees und ein Butterbrot mit der schönen Wurst, die Du uns durch den Unteroffizier geschickt hast, schmeckte mir nach ein paar Stunden erquickenden Schlafes ausgezeichnet, so daß ich wieder völlig von allen Strapazen hergestellt war. Am Nachmittag legten wir Subaltern-Offiziere vom Bataillon zusammen, und ich besorgte einen stärkenden Glühwein, den ich am Wachtfeuer selbst kochte. Wir luden dazu den Oberst v. Horn, den Kommandeur und die Stabsoffiziere vom Regiment ein, die Hautboisten vom Regiment mußten uns den ganzen Nachmittag etwas vorblasen und wir waren sehr vergnügt zusammen. Unterdessen hatte sich auch das äußere Unwetter verzogen und da auch vom Feinde vor uns nichts mehr zu sehen war, so gingen wir Abends wieder in unsere letzten Rantonirungen zurück, wo wir auch heute noch stehen. — — —

Mühlberg a. d. Elbe, den 9. Mai 1813.

— Bei Leipzig haben wir neulich ein heftiges Gefecht gehabt, von unserm Regiment ist aber nur der Lieutenant von Wussow I. leicht verwundet und der Verlust an Mannschaften nicht bedeutend. An demselben Tage ist zwischen unsrer großen Armee und der großen französischen Armee eine Schlacht zwischen Rügen und Weißenfels geschlagen, in welcher wir das Schlachtfeld behauptet haben. Die Verluste sollen auf beiden Seiten sehr starke sein, doch kann ich Dir zur Beruhigung versichern, daß Linfsingen und Fritz Forstner gesund sind; ich sprach sie seitdem Beide. Wir sind zur Zeit detachirt und stehen unter dem General v. Kleist, haben fast täglich kleine Rencontre mit dem Feinde und hören oft stundenlang Kanonendonner. — Fast hätte ich vergessen, Dir mitzutheilen, daß ich Premierlieutenant geworden bin, ich bin es seit dem 25. v. Mts., und bleibe vor der Hand auch noch Adjutant, vielleicht bis ich Stabskapitän geworden bin, wenn ich nicht schon vorher die Führung einer Kompagnie übernehmen muß.

Stwaß bei Königsbrunn, den 11. Mai 1813.

— Heute Abend soll ein Courier nach Berlin abgehen, wie ich soeben erfahren, und da will ich ihm doch auch etwas mitgeben, wenn's auch nur ein flüchtiger Gruß an Dich, geliebte Mutter, ist, denn zum längeren Schreiben ist hier keine Gelegenheit. Leider muß ich auch eine traurige Nachricht erwähnen, die Du gewiß der armen Tante Forstner schonend mittheilst: der gute Louis ist nicht mehr, er fiel in der Schlacht bei Lützen durch eine Gewehrkugel getroffen. Dagegen ist Fritz Forstner wohl und munter. — — —

Lager bei Liegnitz, den 27. Mai 1813.

— — Wundere Dich nicht, liebe Mutter, daß der Brief von hier aus datirt ist; Du wirst denken, unsere Armee sei geschlagen, das ist aber nicht der Fall, obschon der Uebermuth unseres Feindes gewiß lauter Siege in die Welt posaunen wird. Trotzdem wir zurückgehen, nehmen wir dem Feinde doch fast täglich Kanonen und Gefangene ab und thun ihm viel Schaden, so wurden erst gestern 17 Kanonen und 2 Haubitzen von uns erobert. — In dem mörderischen Gefecht, am 19. d. Mts., bei Königswartha oder Weiffsig, hat unser Regiment viel gelitten. Gleich zu Beginn tödtete mir eine Kanonenkugel ein schönes Pferd, welches ich mir erst vor wenigen Wochen gekauft hatte, eine Kugel nahm mir meinen Gtato vom Kopf und zwei Flintenkugeln gingen mir durch den Rock am rechten Arm, ohne mich aber nur im Geringsten zu verletzen. Auch Fritz ist unverwundet geblieben, während viele unserer lieben Kameraden ein weniger günstiges Geschick hatten. Wir Brüder hielten während des Kampfes fest zusammen, da ich zu Fuße sechten mußte, so blieb ich immer an Fritzens Seite, und dieser hat mir das Leben gerettet. Wir waren an der Spitze unserer braven Kerls vorgebrungen, als wir uns plötzlich vom Feinde umringt sahen; ich war bereits völlig entkräftet und wäre sicher von den Franzosen niedergestoßen worden — denn lieber todt als gefangen werden — als mich Fritz hochriß, mich bei dem Arm ergriff und mit sich fortzog. Von einem Kugelregen überschüttet, aber unverletzt, erreichten wir unser zusammengeschmolzenes Häufchen.¹⁾

Unsere Verluste sind groß und schmerzlich; von den Kameraden des Regiments sind v. Hundt, v. Elsner, v. Arnstädt, v. Ringer und v. Helmrich

¹⁾ Der Gefechtsbericht des Brigade-Kommandeurs, Oberstleutnant v. Steinmetz, sagt u. A.: „Ich habe Gelegenheit gehabt, manch schönen Beweis von Muth und Entschlossenheit unserer Offiziere zu sehen . . . Vom Leib-Regiment ist es Lieutenant v. Eberhardt, der ein außerordentlich braver Offizier ist u.“ — Gefch. des Leib-Regiments von v. Horn, Seite 269.

todt, viele sind verwundet, darunter unser guter Major v. Bayer schwer, auch die Capitains v. Diebitsch und v. Rüllmann sind verwundet. — —

Rant. Qu. Grossburg, den 16. Juni 1813.

— — — Wir stehen jetzt hinter einem Zeitabschnitt, der mit furchtbar blutigen Ereignissen ausgefüllt war, und noch vor wenig Tagen waren Tod und Schrecken rings um uns verbreitet; desto erwartungsvoller und dumpfer ist jetzt die Ruhe. Die Armee hat bis zum 20. Juli Waffenstillstand, man vermuthet, es werde am Frieden gearbeitet; Gott gebe, daß derselbe so ehrenvoll ist, wie ihn unser König zum Wohle unseres Vaterlandes annehmen kann; aber keinesfalls würde ich einen solchen Frieden wünschen, der uns jene traurigen und unglückseligen Verhältnisse zurückbrächte, in welchen wir uns vor dem Kriege befanden. Du solltest den Geist sehen, liebe Mutter, der die ganze Armee beseelt: bereit sind wir mit unserm Könige lieber unterzugehen, lieber zu sterben, als jene Zeiten noch einmal zu erleben, die uns Preußen so sehr erniedrigte. Wir stehen hier wahrlich nicht geschlagen auf dem vaterländischen Boden, sondern sind in vollster Kraft jetzt versammelt und hoffen auf den guten Ausgang unserer gerechten Sache, selbst wenn wir noch einmal dafür kämpfen müssen. — Ich hätte allerdings zu Beginn dieses Krieges nicht geglaubt, hierher in unser geliebtes Schlesiensland zu kommen, aber es ergreift mich jetzt doch eine wehmüthige Freude, daß ich nicht weit von der Gegend bin, nur wenige Meilen entfernt, wo ich fast jedes Haus, jeden Weg und Steg kenne und mich in meine früheste Kinderzeit zurückführt. Da fällt mir manche Stunde jener glücklichen Zeit ein! Vor mir liegen die Berge, die meine Vaterstadt, mein liebes Glas, mir verbergen, und wenn ich so in den Wartha-Paß hineinschau, denke ich oft an den frohen Augenblick, den ich hatte, wenn ich bei meinen Besuchen von Frankenstein nach Glas gereist, wenn ich mit Mühe den höchsten Punkt des Passes erstiegen und Wartha im Rücken hatte, vor mir aber die Grafschaft lag und ich mich nun beeilte, ja ganze Strecken trabte, um recht schnell in die Mitte meiner geliebten Eltern und Geschwister zu gelangen.

Unsere Quartiere liegen an der großen Straße von Breslau nach Strehlen, 4 Meilen von ersterem Ort und wir genießen auf den Dörfern die Ruhe nach den vielfachen Anstrengungen, ohne aber dabei müßig zu sein. Das Regiment ist wieder fast vollzählig, indem der Ersatz bereits eingetroffen ist. Wir waren auf ein kleines Häufchen zusammengeschmolzen nach den Tagen des letzten Monats, an die aber auch die Franzosen denken werden. Es sind wieder meist Brandenburger aus unserm Regiments-Ranton eingestellt, was uns recht freut, denn wir haben unsere Leute kennen

und schäßen gelernt. Die jungen, hübschen Burtschen ersetzen zum großen Theil ihre nächsten Verwandten und sind stolz darauf, an die Stelle derer zu treten, die fürs Vaterland bluteten. Es wird täglich zweimal exerzirt, und wir können mit den Resultaten recht zufrieden sein, da sich die Leute viel Mühe geben. So erwarten wir denn gespannt den Moment, der uns einen guten Frieden giebt — oder uns zu erneutem Kampfe, für das Wohl unsers Königs und Vaterlandes, ruft. —

Fritz will Morgen nach Münsterberg, Polnisch-Sagel u. s. w. reiten; er hat sich ein Pferd gekauft, das er billig bekommen konnte, weil ihm das Marschiren etwas sauer wird. Nun lebt er ganz für sein Pferd und seine Pfeife, und man sieht ihm das Wohlbehagen an der Stirn an; fast Jeder beneidet ihn um sein glückliches Temperament, er ist stets froh und vergnügt. Ich habe mein in dem Gefecht am 19. erschossenes Pferd vorgestern durch ein anderes ersetzt, welches ich nicht allzu theuer gekauft habe und mit dem ich gewiß zufrieden sein werde; wahrscheinlich bekomme ich für das verlorene Pferd 80 Thaler Vergütung, gegen meinen Verlust allerdings nur wenig, doch muß man auch damit zufrieden sein. —

Mubelsdorf, den 25. Juni 1813.

Eben verlasse ich den Wagen, um Dir in Eile wenige Zeilen zukommen zu lassen. Der König hatte die Gnade gehabt, mich zum 2. Garde-Regiment zu Fuß zu versetzen, wo ich der zweite Premier-Lieutenant geworden bin und nur noch einen zum Capitain vor mir habe. So vorthellhaft und vielversprechend diese Beförderung für mich auch für die Zukunft ist, so ist mir doch die Trennung von meinem alten Regiment, wo ich meinen Bruder und durchgängig geliebte Kameraden zurüclasse, sehr schmerzlich geworden. Aber die herzliche Theilnahme, die mir bei meinem Abschied gezeigt wurde, hat mir sehr wohlgethan, sie sichert auch Fritz rebliche Freunde, die sich seiner stets annehmen werden. Er ist ja auch selbstständig genug, um noch einer besonderen Leitung zu bedürfen, und ein braver, unverdorbener Junge. — Ich bin auf der Reise nach Reichenbach, wo mein neues Regiment zu stehen kommt; wenn Du an mich schreibst, so adressire auf dem Brief unten: im 2. Armee-Korps.

Daß ich meinen alten Kiel mitnehmen kann, ist mir sehr angenehm, er läßt Dir seinen Respekt versichern. — —

Kant. Ou. Rynau, den 22. Juli 1813.

— — — — —
— — Mit Deinen beiden Briefen zugleich erhielt ich einen Brief von Minna Einsingen, die ihren Mann im Lager besucht hat und dort am 1. Juli

von Potsdam aus glücklich angekommen ist. Sie schrieb mir gleich am Tage nach ihrer Ankunft und bat, ich möchte sie doch mit Fritz dort besuchen; ich habe aber den Brief erst jetzt erhalten, obwohl Einsingen höchstens 8 bis 10 Meilen von hier entfernt steht. Ich hoffe aber, daß Fritz mich hier ein paar Tage besuchen wird und daß wir dann zusammen zu Einsingen hinüberreiten können. Ich sehne mich recht nach Fritz, der mir überall jetzt fehlt, wie mir denn überhaupt die lieben Kameraden vom Leib-Regiment alle recht ans Herz gewachsen waren. Aber ich habe auch hier schon wieder mehrere charmante Menschen zum Umgang gefunden und werde wohl mehreren noch näher treten. Allein die Bekanntschaft mehrerer Jahre, die so ereignißvolle Zeit der beiden letzten Feldzüge, wo wir so manches Leid und so manche Freude mit einander getheilt haben, wo so mancher liebe Kamerad an unserer Seite gefallen war, alles dies hatte uns, die wir noch übrig waren, freundschaftlich und brüderlich vereint. Es war wirklich ein festes unzerreißbares Band, wir lebten in der schönsten Eintracht; jeder bemühte sich dem andern Freude zu machen und wenn je einer fehlte, so trauerte das Ganze. Niemals entstanden Uneinigkeiten oder Streitereien unter den Offizieren, die nicht sofort beigelegt werden konnten; das Verhältniß zu unsern Vorgesetzten war ein durchaus kameradschaftliches. Da ist es mir wohl kaum zu verdenken, wenn ich mich mit lebhaftem Schmerz vom Leib-Regiment trennte und nur in dem Bewußtsein Trost fand, daß ich trotz der Versekung die treuen Freunde dort nicht verloren habe. Stets soll mir das Andenken an mein altes Regiment und die schöne Zeit, die ich in ihm erlebt, theuer sein!

Ich kommandire jetzt die 1. Füsilier-Kompagnie (die 9.) unseres Regiments; der Chef der Kompagnie¹⁾ liegt schwer blessirt im Feld-Lazareth, so daß ich wohl auch, nach einer früheren königlichen Bestimmung, die Führer-Zulage von 20 Thaler monatlich erhalten werde. Mit meinem jetzigen Dienstverhältniß bin ich recht zufrieden; der Dienst als Füsilier macht mir viel Spaß, wennschon ich mich erst gänzlich wieder habe hineinstudiren müssen. Auch mit meinem Avancement kann ich sehr zufrieden sein, denn ich habe nur noch einen Vordermann zum Kapitain²⁾, bin also sehr protegirt worden. Vor einiger Zeit nahm der König unser Regiment selbst in Augenschein, und äußerte sich sehr gnädig. Er sprach mit jedem Offizier, nannte mich gleich bei Namen, fragte wie es mir ginge und wo mein Bruder wäre, den er doch noch nicht gesehen hätte.

Ich liege mit meiner Kompagnie in einem netten Gebirgsdörfchen, in

¹⁾ Hauptmann v. Kallmann.

²⁾ Mit 22 Jahren!

einer ganz reizenden Gegend. Das Dorf liegt in dem fruchtbaren Thal der Weistritz, welche schnell und rauschend dahinfließt. Hohe Berge umgeben es von allen Seiten, auf dem einen erhebt sich die Ruine einer alten Ritterburg; es ist der Königs- oder Rinsberg. Ein Theil der Burg ist noch aus heidnischer Vorzeit, der größere Theil aber vom Herzog Boleslav Procerio im Jahre 1198 erbaut, so lautet die Legende. Man kann stundenlang in diesen alten Trümmern umherkriechen und findet immer neue interessante Dinge. Reizend ist der Blick von oben in das Weistritz-Thal und auf die umliegenden Berge. Fast täglich genieße ich diese schönen Ausichten auf meinen Promenaden, die ich nach vollbrachter Arbeit mit meinem kleinen Wöhrmann unternehme. Ich weiß nicht, gute Mutter, ob Du Dich noch des kleinen Eduard Wöhrmann aus Olaz erinnerst; sein Vater war Hauptmann und Adjutant des Grafen Böken. Eduard war ein sehr guter Freund und Gespieler von Fritz, mit dem er in gleichem Alter steht; er steht als Lieutenant bei der Kompagnie, die ich führe, ist ein guter, netter Junge und zeigt viel Zutrauen und Anhänglichkeit an mich. Er wünscht sehr, daß Fritz mich hier besucht, denn er hat ihn sehr lieb; im Lager bei Baugen haben sich die Beiden getroffen und ein herzliches Wiedersehen gefeiert.

Du schreibst, liebe Mutter, Du wünschtest mir das Kreuz von Eisen auf der Brust; auf Vorschlag meiner Kameraden und des Brigadiers, Oberst-Lieutenant v. Steinmek, hat der König auch die Gnade gehabt mir das Eiserne Kreuz zu verleihen, welches mir der Kommandeur unseres Bataillons¹⁾ am Sonntag vor acht Tagen in Gegenwart des ganzen Bataillons überreichte, mir einige kurze, feierliche Worte sagte und mich umarmte. So unaussprechlich viel Freude mir auch diese Auszeichnung macht, so wird sie doch dadurch sehr verringert, daß mein alter Fritz das Kreuz nicht auch erhalten hat; er hätte es redlich verdient, und da er immer an meiner Seite gestanden hat, selbst in der größten Hitze des Gefechts, so betrachte ich es als hätte er Antheil an meinem Kreuz²⁾; ich habe ihm dies auch gleich geschrieben und ihm für seine Glückwünsche gedankt; er hatte es beim Leib-Regiment eher erfahren als wir es hier wußten und gleich an mich geschrieben.

Den 23. Juli. Ich komme eben von Charlottenbrunn zurück, ein kleiner Badeort, nur eine Stunde von hier entfernt. Ich war mit Wöhrmann dorthin geritten und besuchte einen Kriminal-Rath Wagner aus Zauer, der sich mit seiner Familie des Gesundbrunnens wegen dort aufhält. Wir

¹⁾ Major v. Wilsleben, später Kriegsminister.

²⁾ Fritz hat das Eiserne Kreuz II. Klasse später auch erhalten.

haben schon eine Partie nach dem Königsberg zusammen gemacht und ich lernte in ihm einen liebenswürdigen Herrn kennen, der sich Dir vielmal empfohlen läßt und hofft, Du würdest Dich seiner noch erinnern.

Fritz Forstner besuchte mich neulich hier, ist gesund und munter, so daß wir einen recht vergnügten Tag verlebten. Er ging nach Meisse, da er auf 3 Monate zum Garde-Marsch-Bataillon gekommen ist, wozu ihn das Loos bestimmt hat. Heute hieß es hier das Yorksche Korps soll nach der Mark abmarschirt sein; wir, die Garden, werden wohl hier beim König bleiben, wenigstens hört man nichts davon, daß der König nach der Mark gehen wolle. Der Waffenstillstand ist bis zum 15. August verlängert worden. — — — —

Den 29. Juli. Zu meiner Freude höre ich eben, daß das Yorksche Korps nicht marschirt ist und hoffe nun täglich, daß Fritz mich besucht.

Riel, nach dem Du Dich gütigst erkundigst, ist wohl und versichert Dir seinen Respekt. Mein anderer Bursche, mein guter Johann Bille, wurde am 19. Mai bei Königswartha in der Schulter bleßirt vom Schlachtfeld fortgebracht; den andern Morgen standen wir nicht weit von einem Dorfe im Bimal, in welchem sehr viele Verwundete lagen. Ich wollte Johann dort auffuchen, war aber so ermüdet, daß es mir ebenso erging wie allen anderen: wir klappten um wie die Fliegen und im ganzen Lager war außer den Wachen keine muntere Seele zu finden. Als ich erwachte, erzählte mir Riel, daß mein treuer Johann sich mit Mühe aus dem Dorfe bis zu mir herausgeschleppt habe, um von mir Abschied zu nehmen, ehe er ins Feldlazareth gebracht wurde. Riel hatte mich wecken wollen, allein Johann hatte dies verhindert und ihm gesagt: „Laß unsern Herrn ja schlafen, denn er ist gewiß recht müde.“ Hierauf hatte er sich zu mir heruntergebückt, mir die Hand gedrückt und geküßt und so von mir Abschied genommen. Vor einigen Wochen bekam ich die Nachricht, daß er im Feldlazareth zu Glas an seiner Blessur gestorben sei; er hatte mich noch durch jeden Soldaten, der von dort zum Regiment zurückkehrte, grüßen lassen. Er war eine treue, brave Seele, Gott gebe ihm seinen Lohn in der Ewigkeit.

— — — — —

Rant. Qu. Maltzeyer, den 24. August 1813.

— — Rynau verließen wir am 12. Morgens $\frac{1}{4}$ Uhr und sind nun schon wieder ein ganzes Stück marschirt. Ich stehe jetzt in Böhmen im Erzgebirge, nur drei Stunden von der sächsischen Grenze entfernt. Unsere Armee ist schon in Sachsen eingerückt, und nur unsere Garde-Brigade bildet die Reserve und ist daher noch nicht weiter vormarschirt. Willst Du

auf der Karte meinen Standort nachsuchen, so suche die Stadt Brüdis auf, welche wir gestern passirten; wir liegen eine Stunde davon in Quartier.

Ich bin überzeugt, die Verbindung mit Oesterreich wird in unserm Vaterlande große Freude hervorrufen; wir haben auch große Ursache der Vorsehung dafür zu danken, da uns durch diesen Alirten eine große Hilfe erwächst. Im Oesterreichischen ist alles ebenso entbrannt für die heilige gerechte Sache des Vaterlandes als bei uns in Preußen. Gott stehe uns auch ferner bei und verleihe uns Sieg! — —

Lager bei Teplik, den 2. September 1813.

— — Heute, in dem Augenblick da das Echo unserer Feuerschlände gleich dem Rollen des Donners in dem vor uns liegenden Erz-Gebirge wieder tönte und der Welt und unsern Feinden unsre auf allen Punkten erruchten Siegen verkündete, hatte ich die Freude einen Brief von Dir, theure Mutter, und zwei Briefe von Fritz zu erhalten, die ja, Gott sei Dank, nur gute Nachrichten bringen. Gestern habe ich seit längerer Zeit Einsingen einmal wiedergesehen; er kam direkt — aus französischer Gefangenschaft. Vor einigen Tagen war nämlich das Corps des General Kleist, bei welchem Einsingen steht, mit dem Feinde im Gefecht gewesen, welches die Truppen in dem schwierigen und waldigen Gebirgs-Terrain etwas auseinander gebracht hatte. Plötzlich sieht Einsingen einen Mann seiner Compagnie, der verwundet zusammenbricht und von einem Franzosen zum Gefangenen gemacht wird. Er springt sofort hinzu, befreit den Tirailleur und stößt den Franzosen nieder. Dieser erhebt aber ein furchtbares Geschrei, lockt dadurch eine Menge Franzosen herbei, und Einsingen läuft schnell dem nahen Gebüsch zu, wo er Leute seiner Compagnie vermutet. Da ihm die Franzosen aber den Weg abschneiden läuft er einem Trupp Kavallerie entgegen, den er für Oesterreicher hält. Erst in ihrer unmittelbaren Nähe erkennt er seinen Irrthum und ist im nächsten Moment von Franzosen umringt, die ihn zum Gefangenen machen und ausplündern. Nur den Trauring und das eiserne Kreuz haben sie ihm gelassen. Er ist dann mit noch zwei preussischen Offizieren auf einen Wagen gesetzt und durch zwei Franzosen nach der Festung Königstein transportirt worden. Auf dem Wege dorthin hören sie fortwährenden Kanonendonner und der böhmische Bauer, der sie fährt, flüstert ihnen voller Freude zu, daß die Franzosen tüchtige Schmiere bekommen haben müßten, da sie in der größten Buxade zu sein schienen; wenn er irgend könnte würde er sie übrigens nicht nach dem Königstein fahren. Scheinbar hat der Bauer dann seine Ochsen furchtbar angetrieben, ist aber gar nicht von der Stelle gekommen, und als dann plötzlich in der Nähe ein Schuß gefallen ist, hat er laut gerufen:

„Ach Rosad, Rosad!“ — Die beiden Franzosen sind darauf, ohne sich weiter zu besinnen und um ihre Gefangenen zu bekümmern, auf und davon gelaufen, Einsingen und die beiden anderen Offiziere aber frei gewesen. Sie haben sich den Namen des patriotischen Bauern aufgeschrieben und werden sorgen, daß er für seine That belohnt wird.

Die Lage der Dinge hat sich inzwischen sehr zu unsern Gunsten gestaltet, obschon zu Anfang unsere Armee viel Trauriges erfahren hat. Wir hatten das Erzgebirge überschritten und waren vor Dresden gerückt, wo Napoleon soeben angekommen war. Aber unsere mehrmaligen Angriffe auf diese Stadt, die an vielen Stellen in Brand geschossen wurde, wurden abgeschlagen; die ungünstige Witterung und Mangel an Lebensmitteln waren für unsere Armee noch grimmigere Feinde als die Franzosen, so daß ich gestehen muß, die fürchterlichste Kälte in Rußland ist nie so schrecklich gewesen als das Wetter, was wir jetzt in diesen Tagen erduldeten und unsere Ausdauer auf die härteste Probe stellte. So war die Armee gezwungen nach Böhmen zurückzugehen, auf grundlosen Wegen, vom Feinde dicht gefolgt. Das Armee-Korps des französischen Generals Vandamme war beinahe bis 2 1/2 Stunde von Teplitz vorgebrungen, als dort unser König eintraf. Die Einwohner des Ortes und der ganzen Gegend waren in größter Angst und Bestürzung, aber der König versprach ihnen seinen Schutz und eilte sofort persönlich fort, um Hülfe zu holen. Er traf zunächst die russischen Garden, stellte ihnen die augenblickliche Lage vor und sagte ihnen, daß, falls er seine preussischen Garden bei sich hätte, er diese sofort den Franzosen entgegenführen würde. Der Kommandeur der russischen Garden hat darauf geantwortet, daß auch er sich gern den Befehlen Seiner Majestät unterordnen werde und die Russen ihm überall folgen würden. Der König läßt nun sofort die Russen vorrücken, trifft den Feind bei Kulm, greift ihn an, und im heldenmüthigsten Kampfe werden die Franzosen trotz ihrer Ueberlegenheit geschlagen. Indem sie sich in die Gebirgspässe zurückziehen, erscheint von dieser Seite der General v. Kleist mit seinem Korps, welches schon von der Armee abgeschnitten und im Begriff war sich durchzuschlagen. Hierdurch wird aber die Lage der Franzosen eine verzweifelte und General Kleist vollendet einen Sieg, an den er vorher kaum gedacht hatte. Der kommandirende General des französischen Korps, Vandamme, dessen Du Dich aus Schlesien gewiß noch erinnerst, noch ein Divisions-General, mehrere andere Generale, sind gefangen, ein Adler, mehrere Fahnen, über sechzig Kanonen, viele tausend Gefangene sind eingebracht worden. Täglich machen noch jetzt unsere Partouten und die Soldaten viele Händlinge, die sich im Gebirge verlesen haben, zu Gefangenen. Dieser Sieg hat uns allerdings auch große Opfer gekostet, aber die Vernichtung des französischen Korps, welches

35 000 Mann stark war, ist eine vollständige gewesen. Es ist für uns besonders erhebend, daß unser König die Schlacht geleitet hat und daß Truppen der drei verbündeten Mächte unter ihm fochten; es herrscht ein völliges Einverständniß zwischen den Allirten, und die verehrten Monarchen geben das schönste Beispiel. Vorgestern Abend wurden dem russischen Kaiser durch einen Courier die Trophäen eines bei Loewenberg durch den General Rangeron erfochtenen Sieges übersandt. Der Kaiser, in seiner Freude über diese Nachricht, ritt, wie er ist, ohne Hut und Degen, im Ueberrock über die Straße, um seinem königlichen Freunde selbst zu berichten und läßt hinter sich durch Offiziere die Adler und Fahnen tragen. Der König kam eben von dem Gottesdienste bei der Garde du Corps zurück und schloß gerührt den Kaiser in seine Arme unter dem nicht enden wollenden Jubel der Umstehenden. Auch bei uns fand ein Dankgottesdienst statt, und alles sieht voll froher Zuversicht der kommenden Zeit entgegen, in der festen Hoffnung auf vollständigen Sieg! — — —

Lager bei Teplitz, den 5. September 1813.

— Gestern Nachmittag war ich in Teplitz in Gesellschaft mehrerer österreichischer Offiziere, lauter sehr nette Menschen, mit denen ich recht vergnügt war. Die Waffenbrüderschaft zwischen uns und den Oesterreichern ist überhaupt eine ausgezeichnete und hat ja nun auch schon auf dem Schlachtfelde ihre Probe bestanden.

Unser Bataillon deckte neulich bei einem Arrieregarden-Gefecht eine Batterie, welche sehr lebhaft eine starke Kolonne französischer Kavallerie bei ihrem Defiliren aus einem Walde heraus beschuß. Als sie sich zur Attacke anschickte, warfen sich aber die österreichischen Cheveauxlegers ihnen entgegen und richtete sie ganz jämmerlich zu, die meisten französischen Gefangenen hatten drei bis vier Wunden, und die alten Oesterreicher, die verwundet waren im Gefecht, ließen sich nur ganz oberflächlich verbinden, um recht schnell wieder einhauen zu können. —

Ich bin inzwischen der älteste Premier-Leutnant im Regiment geworden, was Dich gewiß auch recht erfreuen wird, fühle mich auch schon völlig heimisch im neuen Regiment. —

Nach dem Jäger Moritz Neumann, von dem Du schreibst, habe ich mich erkundigt. Er steht bei dem Detachement freiwilliger Jäger unseres Regiments, war auch immer wohl und als guter Soldat bekannt. Vor einigen Tagen ist er aber wegen Ermüdung auf dem Marsche zurückgeblieben und noch nicht wieder eingetroffen; sobald er aber zurück ist, werde ich ihm sofort auftragen, daß er an seine Eltern schreiben soll. —

Vom schlesischen Regiment muß ich Dir leider viel Trauriges melden. Einsingen ist Gott sei Dank wohl; er ist aber jetzt der älteste Offizier im Regiment, kommt daher schwer zum Schreiben. Major v. Riemisch ist blessirt, Rathenow, Offeney sind geblieben, und denke Dir, liebe Mutter, unsern guten Capitain v. Jochens hat vorgestern Abend der Schlag gerührt und ist in seiner Hütte sofort verschieden. Er war unverwundet und glücklich aus allen Gefahren der letzten Tage herausgekommen und hier ereilt ihn so schnell und unerwartet sein Schicksal.

— Mein alter Kiel ist ein wahrer Schatz für mich, unermüdet besorgt um mich, so daß er wegen seiner Treue und Anhänglichkeit ordentlich berühmt geworden ist. Sie sind ihm alle gut im Bataillon. — — —

Rant. Qu. Bergstadt Graupen, den 25. September 1813.

Seit meinem letzten Briefe hat unser Bataillon fast unausgesetzt auf Vorposten gestanden, und erst seit einigen Tagen sind wir zur Erholung abgelöst worden. Wir liegen nun hier in einem kleinen böhmischen Städtchen im Erzgebirge, die ganze übrige Armee steht nicht weit davon im Lager. Auf Vorposten hatten wir mehrere kleine Gefechte mit den Franzosen, die letzteren recht schlecht bekommen sind. Von allen unsern Armeen gehen jetzt Siegesnachrichten ein, und wir dürfen uns wohl einer glücklichen Zukunft für unser Vaterland schmeicheln. Ausdauer und Beharrlichkeit werden uns einem siegreichen Ende in diesem heiligen Kriege entgegenführen. Die Zeitungs-Nachrichten, so verspätet sie hier immer eintreffen, lese ich mit wahrem Entzücken, und begeistert theilt Einer dem Andern die Thaten unserer braven Waffenbrüder mit. — Vom Pfortschen Corps habe ich lange nichts gehört, die Postverbindung dorthin soll sehr schwierig sein, sonst würde ich wohl von Fritz schon Nachricht haben. — — — — —

Lager bei Altenburg in Sachsen, den 13. Oktober 1813.

Geliebte Mutter! Nur die Worte: ich bin gesund und es geht mir gut, kann ich Dir in diesen Zeilen sagen, da meine Zeit durchaus nicht mehr erlaubt. Ist uns das Glück ferner günstig, so hoffe ich vielleicht meinen alten Fritz bald zu sehen.

Grüße Alle tausendmal und küsse meine lieben Geschwister. Recht bald sollst Du mehr von mir hören.

Mit aller Liebe und Dankbarkeit

Dein gehorsamer Sohn Wilhelm.

In Altenburg betrat Eberhardt eine Landkartenhandlung, um sich dort eine gute Karte von Deutschland zu kaufen. Auf die Frage des Verkäufers, über welchen Theile von Deutschland sich die Karte erstrecken sollte, antwortete Eberhardt: „Ueber das gesammte Deutschland und möglichst weit nach Frankreich hinein über das linke Rheinufer reichend!“ Diese bestimmte zuversichtliche Aeußerung erregte bei allen in dem Laden Anwesenden nicht geringes Erstaunen, denn man war vor der Schlacht bei Leipzig in Deutschland im Allgemeinen noch recht kleinmüthig gestimmt, und der Ausspruch des preussischen Offiziers, „daß die verbündeten Armeen jetzt siegend bis über den Rhein vordringen und die französischen Peiniger für immer aus Deutschland vertreiben würden“ — fand bei vielen augenblicklich nur schwachen Glauben. Doch folgten — gewiß treu gemeinte, — Glückwünsche dem jungen Offizier, als er die Handlung verließ.

Die große böhmische Armee unter Fürst Schwarzenberg war mittlerweile in die Gegend von Leipzig gelangt. Die preussischen Garden befanden sich mit den russischen unter Großfürst Konstantin in der Reserve und bivallirten am 15. Oktober auf den Feldern von Gölbengossa. Als am 16. Oktober das II. preussische Armeekorps unter General Kleist in der Nähe der Schäferei Auenhain einen harten und schweren Kampf zu bestehen hatte und sehr schwere Verluste erlitt, wurde unter anderen Truppen auch das 2. Garde-Regiment zu Fuß, das Füsilier-Bataillon im ersten Treffen, zum Vorrücken gegen Liebertwollwitz und Wachau bestimmt. Es war ungefähr um 6 Uhr Nachmittags, als das Füsilier-Bataillon in nicht großer Entfernung von dem Dorfe Gröbern, nahe an der Chaussee Borna—Leipzig, Aufstellung nahm in aufgeschlossener Kolonne. Da sich das Feuer der gegenüberstehenden Batterien auf das Bataillon konzentrirte, so wechselte Major v. Wicleben mehrfach den Standort; dennoch übten die französischen 12-Pfünder ihren rasirenden Einfluß.

Eberhardt stand auf dem rechten Flügel des ersten Zuges seiner Kompagnie, als er plötzlich von einer solchen 12-pfünder Kugel am linken Unterschenkel getroffen wurde. Mit den Worten: „Wen hat das getroffen?“ wandte er sich zu seinem Flügelmann, brach dann aber zusammen und mußte von Füsilieren seiner Kompagnie auf Gewehre mit darüber gebreiteten Mänteln gelegt, das heftige Bluten nach Möglichkeit gestillt, vom Kampfsplatz in das nächste Haus des Dorfes Gröbern gebracht werden. Hier in enger Bauernstube, dicht umgeben von Schwerverwundeten, auf hartem Fußboden, oft und lange nach einem Tropfen Wasser schmachtend, verlebte der Verstümmelte eine leidenvolle Nacht. — Am folgenden Morgen, sobald es zum Untersuchen der Wunde hell genug war, kam es nach kurzer Be-

rathung der Regimentsärzte Horlacher und Hartmann¹⁾ zu dem Beschluß, das linke Bein im Oberschenkel, etwa eine Hand breit über dem Knie, abzunehmen. Die Amputation wurde geschickt und schnell vollzogen. Ein Bauernwagen, auf dem Heu und Stroh zurecht gelegt, war herbeigeholt und führte Eberhardt und einen Unteroffizier seiner Kompagnie, Weiskner, dem ein Granatsplitter einen Haden schwer verletzt hatte, nach Vorna, wo die Nacht für beide Verwundete ausgezeichnet verlief. Der treue Diel begleitete seinen Herrn auf dieser traurigen Fahrt und bewährte sich in dieser Zeit herrlich. Am 18. Oktober wurde frühzeitig aufgebrochen und schon Vormittags traf der Transport in Altenburg ein, wo sich das große Feldlazareth befand.

Von hier aus eilten die ersten Gedanken zu der schwergeprüften Mutter und schon am 21. Oktober schrieb Eberhardt ihr den folgenden Brief mit klarer, fester Hand (sechs Seiten kleines Briefformat), der hier wörtlich nach dem Original wiedergegeben ist:

Altenburg, den 21. Oktober 1813.

Meine theure gute Mutter!

Meine mir heiligste Pflicht, Dein theures Mutterherz zu beruhigen, nicht um einen Augenblick zu verabsäumen, widme ich Dir diese Zeilen, die Dir doch gewiß, wenn selbst nachtheilige bedrückende Gerüchte Dich ereilt haben sollten, der überzeugendste Beweis sein werden, daß ich lebe und daß es mit mir gut steht. Von dem theuren Bruder Frik und Einsingen wirst Du wohl direkt immer eher Nachricht erhalten als durch mich; soviel ich weiß, ist ihnen nichts zugestoßen. Die Vorsehung begünstigt unsere Waffen in hohem Grade; der Feind ist auf der Flucht und wird von uns verfolgt. Es war ein harter, blutiger Kampf, der den 16. Morgens begann, und trotz der wüthenden Gegenwehr unserer Feinde schon vorgestern uns einen solchen Sieg zu Theil werden ließ, der uns zu einer glücklichen Zukunft verhelfen wird. Die Resultate und Details dieser Tage kann ich Dir selbst nicht einmal genau angeben; überdem wirst Du sie in Berliner Zeitungen wohl lesen. Mache Dir über uns nur immer die besten Vorstellungen und entferne Alles, was Dich beunruhigt; ich weiß zwar wohl, was dies Deinem liebevollen Herzen für Ueberwindung kosten wird, indeß ein reiner heiliger Glaube an einen Gott, an eine beglückende Vorsehung, der Dich immer beseelte und Dich in so vielen Leiden, die Dich hart trafen, als eine wahre duldende Christin fest beharren ließen, werden Deinen Muth auch jetzt nie ganz sinken lassen.

¹⁾ Beide später Generalärzte.

Es wird Dir auffallen, theure Mutter, daß ich hier aus Altenburg schreibe, während unsere Armeen den Feind jagen. Ich glaube, daß Dir der Aufschluß hierüber von meiner Hand der beruhigendste und liebste sein wird. Am 16. Abends wahrlich, gute liebe Mutter, mußten wir, die Garden, noch mehr vorrücken, indem der Feind aus seiner vortheilhaften Stellung verdrängt ward, und wir uns ohngefähr drei viertel Stunden schon an Leipzig genähert hatten; die Dunkelheit ließ uns der Beendigung des Gefechts für heute bald entgegensehen; indeß noch immer sausten die Kanonenkugeln in der Abenddämmerung gleich feurigen Bällen an uns vorüber. Ich stand an dem Flügel meines Zuges; eine leise, sehr zuversichtliche Ahnung flüsterte mir zu: Dich trifft in wenig Augenblicken eine Kugel; ich rückte nicht von meinem Platze und war wahrlich sehr gefaßt; aber auch einige Momente später sank ich, plötzlich am linken Bein von einer zwölfpfundigen Kanonenkugel getroffen; ich fühlte, daß das Bein bis in die Gegend des Knies zerschmettert war; keine Ohnmacht, keine Bewusstlosigkeit wandelte mir an, ich sprach kaltblütig mit den um mir stehenden; meine Vorgesetzten, meine Kameraden zeigten mir ihre wahre Theilnahme. Der Regiments-Chirurgus suchte schnell einen Verband anzulegen, um den Fluß des Blutes zu stillen, und so nahmen mich die Fäßillere meiner Kompagnie auf die Schultern und trugen mich nach einem Hause, wo ich die Nacht zubrachte. Du kannst Dir Kiel seinen Schreck denken, ich hatte ihn zu trösten. Der Regiments-Chir. wich nicht von meiner Seite; ich bat, man möchte mir den Fuß abnehmen, welches auch den anderen Morgen um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr durch die Regiments-Chirurgen Horlacher und Hartmann geschah, und so glücklich, daß nach der Versicherung aller Aerzte fast noch nie eine Operation so vollzogen worden; Du kannst Dir denken, gute Mutter, daß es mit mir sehr gut steht, da ich gar kein Fieber gehabt habe und heute, am vierten Tage der Operation meine Wunde schon an zu heilen fängt. Ich bin munter, aber meine Kräfte sind sehr erschöpft, und dieser Brief ist mir wirklich etwas sauer geworden.

Beruhige Dich, gute liebe Mutter, Dein Sohn wird dleserhalb noch immer kein unthätiges Mitglied in seinem Vaterlande werden. Meine Vorgesetzten werden für meinen künftigen Wirkungskreis gewiß Sorge tragen, auch bin ich das von meinem Könige versichert. Ich kehre nun vielleicht eher wieder in Deine Arme zurück, als wir geglaubt haben, denn wenn ich völlig kurirt bin und meine Kräfte wieder stark genug sind, werde ich wohl vermuthlich nach Berlin gehen.

Am 17. gegen Mittag ward ich nach Vorna gebracht, und am 18. führte mich mein guter Genius hierher nach Altenburg, wohin ich bestimmt war. Ich bin hier in den Händen himmlischer Menschen; mein Wirth ist

ein Herr Köhler, der mit seiner lieben Frau so viel an mir thut, daß ich es nicht zu beschreiben vermag; auch die übrigen Familien, die in diesem großen Hause wohnen, sind unermüdet, mir ihre Theilnahme zu bezeigen. Ich bin es nicht im Stande, alle die Erquickungen selbst zu genießen, die mir von allen Seiten so reichlich zufließen. Der geschickteste Arzt der Gegend, ein Dr. Gropius, ein liebevoller herrlicher Mann, behandelt mich.

Du siehst, theure Mutter, daß Gott mir sehr gnädig ist. Kümmere Dich also nur nicht, es wird alles gut werden. Meinen theuren Brüdern tausend Küsse und allen in Berlin meine herzlichsten Empfehlungen; ich nenne keinen, denn mir wird jede Silbe unbeschreiblich sauer. Gott schütze Dich und alle die Unsrigen. Im Lode noch

Dein dankbar gehorsamer Sohn Wilhelm.

Mein Quartier ist Schmalschen Gasse Nr. 464, meinen Wirth weist Du. Kiel, der Tag und Nacht meine Stütze ist, versichert seinen Respekt, auch den Junkers.

Aber schon eilte die treueste, beste Mutter von Berlin aus, wo sie die Nachricht von der Verwundung ihres Sohnes durch den General-Adjutanten v. Thiele I. erhalten hatte, an das Krankenlager Wilhelms nach Altenburg. In ihrer Begleitung befand sich ihr jüngster Sohn Karl, am 4. November langten beide in Altenburg an.

Bald nach der Schlacht bei Leipzig hatte Se. Majestät der König sich in huldvoller Weise geäußert, daß er Eberhardt auch ferner der Armee aktiv erhalten und für eine geeignete Anstellung Sorge tragen werde. Am 29. November 1813 erfolgte auch definitiv seine Anstellung beim Kadettenkorps unter Beförderung zum Stabskapitän. Bis Mitte November war die Heilung der Wunde bei der sorgsamsten Wartung und Pflege recht gut fortgeschritten. Durch das lange feste Liegen waren aber auf dem Rücken an zwei Stellen bedeutende Wunden entstanden, welche täglich zweimal vom Arzt verbunden werden mußten. Dies war eine meist sehr schmerzhaft und körperlich angreifende Prozedur, welche nur in schwebender Haltung des Körpers geschehen konnte. Hierzu gehörten vier Lazarethgehilfen, und es war daher nicht zu vermeiden, daß durch die Annäherung dieser Leute, welche auch in den Lazarethen zu thun hatten, Typhus und Lazarethfieber auf Eberhardt übertragen wurden, welche Krankheiten in Altenburg stark grassirten. Die kräftige Körperkonstitution Eberhardts überwand auch diese beiden schweren Leiden, zu Anfang Dezember trat eine wohlthätige Krisis ein und von da ab wurde Eberhardt von Tag

Tage wohler und frischer, während die Wunden rasch heilten. Die rege Theilnahme, die in Altenburg dem jungen Invaliden von allen Seiten entgegengebracht wurde, erleichterte auch der Mutter diese schwere Zeit, und dankbar sei hier nochmals aller derer gedacht, welche hierzu beitrugen. Es war vor allen Dingen Dr. Gropius, der mit einigen anderen Aerzten den Verwundeten behandelte und großes Vertrauen auf ihn ausübte, dann die Familie Köhler, in deren Hause Eberhardt wohnte, und eine Frau v. Engel, die in rührender Weise für ihn sorgten. Unerwähnt darf auch Riel nicht bleiben, der nicht von seines Herrn Lager wich, ihn bis zum Eintreffen der Mutter und dann noch jede Nacht treu gepflegt und gewartet hat, mit ihm Dame spielte, ihm vorlas und sich in jeder Hinsicht bewährte. —

In den ersten Tagen des Februar 1814 konnte der Kapitän v. Eberhardt per Schlitten, gut und wohl verpackt, über Leipzig, Dessau, Barchin nach Berlin gebracht werden, wo er sich sofort, wenn auch auf Krücken, beim General v. Ringelsheim zum Dienstantritt im Radettenkorps meldete. Eine neue Thätigkeit entfaltete sich hier für ihn, mit Eifer ging Eberhardt ans Werk, und bald war er mit wahrer Freude in seinem Beruf eingearbeitet: Erzieher und Lehrer der heranwachsenden preussischen Offiziere.

Der zweite Band von Treitschkes Deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert.

H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. 2. Theil. Bis zu den
Karlsbader Beschlüssen. Leipzig, Hirzel 1882.

Als im Jahre 1879 der erste Theil dieses lang vorbereiteten Werkes an die Oeffentlichkeit trat, nahmen alle nationalgesinnten Deutschen die neue Arbeit als eine hoch erfreuliche Gabe auf; denn eine der folgenschwersten und größten Zeiten unseres Staats- und Geisteslebens, nachdem sie im Einzelnen wie im Ganzen so oft schon bedeutende Schilderungen erfahren hatte, namentlich noch von der Hand Häußers, war dem Deutschen hier abermals vorgeführt, in einer vollständigeren Beleuchtung als je vorher auf Grund neuer archivalischer Forschungen, mit glücklicher Hervorhebung der bei den politischen Entscheidungen wirklich ausschlaggebend gewesenen Gesichtspunkte und unter Ausdehnung der Beobachtungen auf alle die vielen Gebiete, auf welchen der Deutsche damals in schlechten und guten Tagen seine Schöpferkraft und Geistesliebe bewährte. Es schien uns ein Buch geschenkt, an welchem Alt und Jung, sowie spätere Generationen ihre Vaterlandsliebe entzünden und zugleich vielfache Anleitung zur Beurtheilung von Fragen finden könnten, deren Lösung noch lange die Arbeit unseres Volkes bilden wird.

Es ist nun bereits über ein halbes Jahr her, daß dem ersten Theil der nicht viel weniger umfangreiche zweite gefolgt ist, welcher dem äußeren Rahmen nach nur die kurze Spanne von vier Jahren, in Wirklichkeit aber die Vorgänge in weit größerem Zeitraum umfaßt, indem er die Vorgeschichte der einzelnen deutschen Landschaften bis ins 18. Jahrhundert hinein verfolgt. Der Verfasser rechtfertigt in seinem vom 20. Oktober 1882 datirten Vorwort die eingehendere Behandlung der kurzen Periode mit dem Hinweis darauf, daß „eine so verworrene, durch Parteidmärgen entstellte Geschichte, nur in einer eingehenden Darstellung bewältigt werden könne“, indem er zugleich die Thatfache hervorhebt, daß „dieser Band mehr Ergebnisse neuer Forschung

bierte als der erste". Man wird nicht irren, wenn man zu den vornehmsten jener Parteinärrchen dasjenige rechnet, wonach König Friedrich Wilhelm III. von Preußen ein Mann von geringer politischer und militärischer Begabung und zugleich herrschsüchtigem, freiheitsfeindlichem Charakter gewesen sei, der sehr in den Hintergrund trete gegen die einsichtsvollen, gütigen und volksfreundlichen süddeutschen Landesherren seiner Zeit. Wer es mit solchen eingebürgerten Vorstellungen aufnimmt, darf sich auf heftigen Widerspruch vieler Parteien gefaßt machen; und es hat daran natürlich schon jetzt nicht gefehlt. Aber auch in den Reihen derjenigen, welche sich zu den Nationalgesinnten rechnen, finden sich Ungläubige, die sich durch die von v. Treitschke beigebrachten schlagenden Beweise nicht überzeugen lassen wollen, wie dem Könige allerdings der Ruhm zukommt, in vielen entscheidungsvollen Augenblicken, da die Ansichten seiner Minister und der bedeutendsten damaligen Staatsmänner Preußens in den entgegengesetztesten Richtungen auseinandergingen und die Meinungsverschiedenheit sich bis zur Feindschaft steigerte, mit staatsmännischem Blick die weisere Entscheidung gewählt und dadurch die ganze künftige Kraftentwicklung Preußens gesichert zu haben. Umgekehrt finden gar manche Süddeutsche die Charakterisirung der süddeutschen Fürsten und Staatsmänner bei v. Treitschke hier und da zu hart und mit ungenügender Berücksichtigung der damaligen Lage der Dinge entworfen. In letzterer Hinsicht auf Einzelheiten einzugehen, ist an diesem Orte unthunlich; aber um den Gegnern eine Freude zu machen und durch die That das Recht zu wahren, auch an Werken v. Treitschkes Mängel zu rügen, will ich gestehen, daß mir verschiedene Urtheile über süddeutsche Vorgänge nicht zutreffend erscheinen. Wenn z. B. S. 280 allgemein die Aufhebung der alten Landstände als ein Werk der „rohen Fäuste eines despotischen Beamtenthums" gekennzeichnet wird, so halte ich im Gegentheil die Aufhebung jener Landstände für einfaches Ergebniß politischer Nothwendigkeiten wie nicht weniger für eine wohlthätige Vorbereitung besserer Zustände.

Die Landstände in Bayern, welche ohnehin längst abgestorben waren, hatten durch die Säkularisirung der Klöster den ganzen Prälatenstand eingebüßt, waren durch die Erweiterung des Staates noch mehr zu bloßen Provinzialständen herabgesunken, und waren eine Volksvertretung so wenig wie die Stände des Herzogthums Westfalen, mit denen der Großherzog von Hessen aufräumte, oder die Stände des Breisgaus die der allgepriesene Karl Friedrich lassirte. Diese Thatfachen können nicht anders beurtheilt werden, als die seiner Zeit von Friedrich dem Großen verfügte Trodenlegung der Stände in Schlesien und Westpreußen und ihre allgemeine Beseitigung in allen preußischen Provinzen mit dem Jahre 1815. Es ist ferner ein Irrthum zu glauben, den Rheinbundesfürsten habe es überhaupt frei ge-

standen, die Landstände zu belassen. Nach der württembergischen Verfassung z. B. konnte der Herzog keine neuen Steuern auflegen ohne die Landstände, und, was noch wichtiger, keine Rekruten ausheben ohne ihre Bewilligung, da Freiheit vom Kriegsdienst seit Jahrhunderten das oberste Privileg des Württembergers war. Was würde Napoleon I. geantwortet haben, wenn König Friedrich I. die Unmöglichkeit der Leistung der von dem Protektor geforderten Hülfselder und Hülfsstruppen hätte entschuldigen wollen mit der Weigerung seines Landtags, solche zu bewilligen? Er würde ihm einfach die Wahl gestellt haben, entweder ohne Landtag zu regieren oder seine Krone an einen französischen Prinzen abzutreten.

Noch genug an diesem Beispiel. Es liegt mir diesmal wenig daran, in einem oder dem andern Punkte gegen v. Treitschke Recht zu behalten, sondern im Gegentheil, gegenüber Kritikern, die zuletzt in die Rolle von Pamphleten herabgesunken sind, mit Nachdruck die außerordentlichen Verdienste hervorzuheben, welche sich meiner Ansicht nach v. Treitschke auch durch diesen zweiten Band seiner Geschichte um die Nation erworben hat.

Der Grundgedanke, welcher v. Treitschke zu der ausführlichen Behandlung jener vier Jahre hinführte, war wohl der, daß zum Verständniß der Verfassungsbestrebungen der Folgezeit vor Allem eine sichere Kenntniß davon erforderlich ist, wie das deutsche Volk aus der großen Krise der Fremdherrschaft und der Befreiungskriege hervorgegangen war, welche politischen Aufgaben zunächst gelöst werden mußten, und welcher Weg dazu nach dem vaterländischen oder un deutschen Sinn der Bevölkerung, dem Maß der politischen Bildung, den widerstreitenden Interessen und besonders nach der gesammten europäischen Lage eingeschlagen werden konnte und durfte. Vorbedingung des Gelingens war ein tiefes Studium nicht bloß der weitschichtigen gedruckten Quellen, sondern auch der früher nur ungenügend benutzten Archivakten, soweit dieselben überhaupt zugänglich sind, was ja gerade bei Preußen jetzt unbedingt der Fall ist, während Oesterreich und die meisten Mittelstaaten die Thüren zu ihren Archiven wohl verschlossen halten. Diese Vorbedingung ist in glänzendster Weise erfüllt; überall ruht die Darstellung auf genauer Kenntniß der Quellen, überall tritt die sorgsamste Gewissenhaftigkeit, die Wahrheit herauszufinden, hell entgegen. Der so gewonnene Stoff ist dann mit Künstlerhand zu einem höchst lebendigen und unterhaltenden Bilde verarbeitet. Wie sind da alle die vielen deutschen Landschaften mit gleicher Liebe berücksichtigt, in dem erfolgreichen Bestreben, dem Deutschen die Größe, Unerforschlichkeit und Gemüthlichkeit seines Vaterlandes und Volksthum sehr unvergeßlich einzuprägen; wie sind nicht bloß die neugeschaffenen Institutionen mit tiefem Verständniß deutlich charakterisirt, sondern zugleich die Männer, welchen sie

ihre Entstehung verdanken oder welche sonst für das Wohl des Vaterlandes mit Erfolg ihre Kraft einsetzten, mit wenigen kräftigen Pinselstrichen uns leibhaftig vor Augen geführt. Welche Freude zu sehen, über wie zahlreiche wackere und denkende Menschen damals Deutschland gebot, und daß ihnen hier nach langer Vergessenheit der verdiente Ehrenkranz ums Haupt geflochten wird.

Nicht minder verdient die Strenge Anerkennung, mit welcher der Historiker über Alles zu Gericht sitzt, was Vaterlandslosigkeit, Verlogenheit, Habgier, Feigheit genannt werden muß, mag auch manchmal die Lebhaftigkeit des Urtheils die Grenze übersprudeln, welche einzuhalten räthlich und schließlich für jeden Leser wünschenswerth ist. Zu einer ironischen Behandlung findet sich freilich nicht häufig ein so guter Stoff, wie die Winkelzüge der österreichischen Politik, niedergelegt im kaiserlichen Kanzleideutsch Metternichs und des Bundestags-Gesandten Grafen Buol.

In der festen Ueberzeugung, daß der Verfasser sich des warmen Dankes eines Theils der Nation versichert halten darf, der nicht der kleinere und sicher nicht der schlechtere ist, sei dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß dem Verfasser zur stetigen Vervollendung seiner epochemachenden Arbeit niemals Kraft und Muße fehlen mögen.

J. Thudicum.

Aus den Veröffentlichungen der deutschen Geschichtsvereine.

Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein, insbesondere die alte Erzdiocese Köln. 38. Heft. Köln 1882. 8.

§. 1—49. H. Carbauns, [63] Rheinische Urkunden des 13. Jahrhunderts.

§. 50—86. E. v. Schaumburg, Die Schlacht auf der St. Tönis-Heide (17. Januar 1642), und die Einnahme von Deft, Neuß, Kempen und Finn.

§. 87—98. R. Unkel, Sitten, Sagen und Aberglauben aus Honnef.

§. 99—102. J. Reussen, Ein Donner Schöffensbrief vom 10. Mai 1513.

§. 103—110. J. J. Merlo, Eine Stiftung Jacob Sellers aus Frankfurt a. M. in die Marienkirche im Capitol zu Köln.

§. 111—114. R. Lamprecht, Die Zeitrechnung der Chronica regia Cont. IV und V.

§. 115—117. H. Voersch, Zur Geschichte der Herrschaft Löwenberg.

§. 118—119. Miscellen von R. Prümers und Tannert.

Märkische Forschungen. Herausgeg. von dem Vereine für Geschichte der Mark Brandenburg. 17. Bd. Berlin 1882. 8.

§. 1—56. G. Sello, Zur Geschichte Berlins im Mittelalter. — Siegel und Name. — Baugeschichte bis zum großen Brande 1380. — Die Feuerbrünste von 1348, 1376 und 1380. — Die Stadtmagistrate bis 1432. — Vereinigung Berlins und Kölns zu einem Gemeinwesen, 1432—1442.

§. 57—71. G. Sello, Berichtigungen und Nachträge zu [der im 16. Bande enthaltenen Arbeit desselben]: „Die Gerichtsverfassung und das Schöffengericht Berlins bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts.“

§. 72—138. A. Hegert, Märkische Fischerei-Urkunden. [24 aus den Jahren 1371—1792.]

§. 139—428. E. Friedlaender, Protokoll über die Kontributionen und Kriegskosten des Ober-Barnimschen Kreises aus den Jahren 1630 bis 1634.

— [Dem in seltener Vollständigkeit aufgenommenen und erhaltenen Protokoll (es fällt 230 Druckseiten) hat der Herausgeber eine Einleitung vorausgeschickt und (auf 49 Seiten) eine tabellarische Uebersicht über die Gesamtlasten, welche der Kreis getragen, nachfolgen lassen. Mit Recht sagt der Herausgeber: „Das Protokoll läßt helle Streiflichter fallen auf die Verheerungen in der Mark, auf die Durchzüge der Truppen, auf den Aufenthalt König Gustav Adolfs, es liefert Stoff zur Kenntniß der militärischen Organisation, es ist für die Statistik, die Preise, die Werthe von Bedeutung; kurz, es verdient, ausführlicher, als hier gesehen, ausgebeutet und bearbeitet zu werden.“]

Die märkischen Stände zur Zeit ihrer höchsten Blüthe. 1540—1550.

Eine archivalische Studie

von

Dr. Georg Winter.

III.

Die Landtage und Ausschußtage von 1549 und 1550.

Schritt für Schritt hatten seine finanziellen Bedrängnisse den Kurfürsten zu immer weiter gehenden politischen Konzessionen gedrängt. Schon die erste Phase dieser Entwicklung, der bedeutungsvolle Landtagsrevers von 1540, war ausschließlich aus dieser Veranlassung hervorgegangen. Dazu aber, daß dieser erste Schritt nicht der letzte blieb, hatten dann verschiedenartige Umstände zusammengewirkt. Auf der einen Seite hatte sich der Kurfürst nicht dazu zu bequemem vermocht, seiner verschwenderischen Lebensweise Einhalt zu gebieten; auf der andern Seite hatten Stände und Städte die von ihnen übernommenen pekuniären Verpflichtungen nicht in vollem Umfange und nicht schnell genug zu erfüllen vermocht; endlich war zuletzt zur Erhöhung der hieraus erwachsenen Verlegenheiten noch eine neue hohe finanzielle Anforderung an den Staat herangetreten, indem er zur Bekämpfung der dem Reiche von den Türken drohenden Gefahr in erheblichem Maße herangezogen worden war. So war es gekommen, daß zu den alten Schulden, welche nicht völlig abgetragen werden konnten, noch immer neue Anleihen hinzugekommen waren, deren Last um so drückender war, als die fortwährenden Prolongationen der Gläubiger nicht ohne erhebliche neue Opfer erreicht werden konnten. Vorübergehend ist es sogar vorgekommen, daß nicht einmal die laufenden Zinsen völlig gedeckt werden konnten. Dem Kurfürsten blieb daher nichts anderes übrig, als im Jahre 1549 die Gesamtheit der Stände noch einmal zu berufen und ihnen die

peinliche Lage seiner Verhältnisse offen darzulegen. Als Termin für die Versammlung wurde einstweilen die zweite Hälfte des Juni in Aussicht genommen. Es galt nun vor Allem, den Ständen schon vor ihrem Zusammentritt den Zweck ihrer Berufung klarzulegen, damit die Lösung der obschwebenden Fragen nicht wieder dadurch aufgehalten würde, daß die Stände ihre Vollmachten für weitergehende Bewilligungen als unzureichend erklärten. Indem der Kurfürst den Ständen seine Lage mittheilt, sucht er zugleich die Ursachen derselben zu begründen und die Schuld der neuerwachsenen Schwierigkeiten von sich abzuwälzen. In dem an die Städte gerichteten Schreiben versäumt er nicht, nochmals nachdrücklich zu betonen, wie sehr sie bei der im Jahre 1540 vorgenommenen Vertheilung der Steuer begünstigt worden seien.

Gleichwohl können es sich die Städte nicht versagen, noch bevor ihre Vertreter sich auf dem Landtage einfanden, ihre Einwendungen gegen die Darlegung des Kurfürsten zu machen. Sie sprechen ihre Verwunderung darüber aus, daß, nachdem sie die Schulden übernommen, noch immer Mangel in Küche und Keller des Kurfürsten herrsche. Dem könne nur dadurch abgeholfen werden, daß die schon vorläufig verheißene Einlösung der verpfändeten Ämter und Klöster nun auch wirklich durchgeführt werde. Dann könne dem unsicheren Zustande des persönlichen Einkommens des Kurfürsten dadurch abgeholfen werden, daß man ihm eine bestimmte Anzahl von Ämtern — es werden Tangermünde, Ruppin, Neustadt, Oderberg, Wollenhoff u. a. m. ausdrücklich genannt — für seine Hofhaltung anweise: die erste direkte und klare Forderung der Einführung der Civilliste, welche uns in diesen Verhandlungen begegnet.

Neben dieser zunächst auf eine Vermehrung der kurfürstlichen Einkünfte abzielenden Maßregel wird dann vor Allem wieder eine erhöhte Sparsamkeit in den Ausgaben gefordert; und hierbei taucht dann in den Ausführungen der Städte wiederum zum ersten Male ein Gedanke auf, der in unserem Jahrhundert erst zu vollem Leben erwachen sollte, der Gedanke an die Einführung einer Selbstverwaltung. Statt der mit großen Unkosten verknüpften Besetzung aller Ämter mit Amtleuten sei es besser, Amtsschreiber auf eigene Unkosten der einzelnen Distrikte anzustellen. Bei den Forderungen erhöhter Sparsamkeit in der Hofhaltung des Kurfürsten — so wird Abschaffung der Hofpoeten verlangt — wird dann neben den Vorgängern des Kurfürsten auch auf dessen Bruder Johann von der Neumark exemplificirt, der ja in der That durch große Sparsamkeit in seiner Hofhaltung sich vortheilhaft vor Joachim auszeichnete.

Außer den wenigen Prälaten, welche der Fortgang der Reformation noch hatte bestehen lassen, dem Bischof von Lebus, Abgeordneten des

Kapitels von Brandenburg, und dem Bischofe von Havelberg, fanden sich nunmehr die Adligen und die Vertreter der Städte in stattlicher Anzahl (allein 225 von der Ritterschaft werden in einem alten Verzeichnisse namhaft gemacht) zum Landtage ein, der dann am 24. Juni durch eine „Proposition“, welche wir mit unserer modernen Thronrede vergleichen könnten, eröffnet wurde.¹⁾

In so dringender und offener Gestalt legt der Kurfürst in diesem Altenstück den Ständen seine Lage dar, daß ein großer Theil desselben uns fast wie eine offizielle Bitte um Entschuldigung wegen dieser erneuten Nothlage anmuthet. Alle möglichen allgemeinen und besonderen Verhältnisse sucht der Kurfürst hervor, um die Nothwendigkeit, die ihn zur Aufnahme neuer Schulden getrieben habe, zu erhärten: die vielen Reichstage, die gehalten worden seien und auf denen er, um seinem Lande den Frieden zu erhalten, persönlich habe erscheinen müssen, die Türkenhülfe und seine Leistungen für das Reich überhaupt werden ebenso geltend gemacht, wie die erhöhten Preise der Lebensmittel und aller nothwendigen Bedürfnisse überhaupt, und die Nothwendigkeit, seiner Mutter ein Leibgedinge auszusetzen. Mit Nachdruck hebt er dann zu seiner Rechtfertigung hervor, daß diese erhöhten Ausgaben dem Lande auch vielfachen Nutzen gebracht hätten: durch die Aufrechterhaltung seiner, wenn auch kostspieligen, Beziehungen zum Kaiser sei das Kurfürstenthum von dem Kriege, der ringsherum Deutschlands Gaue erfüllt habe (dem schmalkaldischen) verschont geblieben. Und unendlich schwerer würden sich doch die Folgen eines Krieges fühlbar gemacht haben, als die durch die Reichstage und die wiederholten Gesandtschaften an den Kaiser herbeigeführte Vermehrung der Ausgaben.

Bei dieser Darlegung seiner Lage, bei der auch ein Eingehen auf die äußere Politik nicht zu umgehen war, machte sich nun zum ersten Male das Mißliche geltend, welches in dem Einfluß einer größeren beratenden Versammlung auf den Gang der äußeren Politik liegt und sich noch bis in die neueste Zeit geltend macht, damals aber noch mehr geltend machen mußte, weil eben, was heute nicht der Fall ist, durch den Landtag von 1540 den Ständen in der That eine entscheidende Mitwirkung auf den Gang der äußeren Politik eingeräumt war. Mit Nachdruck weist der Kurfürst auf die Gefahr hin, welche darin liege, derartige Mittheilungen an eine Versammlung, deren Größe ein Verschwiegenbleiben der verhandelten Angelegenheiten unmöglich erscheinen lasse, liege.

Dieser Umstand ist das leitende Motiv für die erneute Forderung des Kurfürsten, einen ständigen Ausschuß zu wählen, mit dem dann der-

1) Die Proposition ist im Wortlaut im Anhange mitgetheilt.

artige diskrete Dinge mit größerer Aussicht auf Verschwiegenheit verhandelt werden könnten.

Natürlich konnte aber dieser Ausschuß erst konstituiert werden, wenn dem Landtage selbst vorher wenigstens im Allgemeinen Eröffnungen über die Art und Höhe der neugeforderten Bewilligungen gemacht worden waren. Die Maßregel, welche dann der große Kurfürst mit so großem Erfolge angewandt hat und auf welche die Städte schon vorübergehend hingedeutet hatten, die Accise, wagte der Kurfürst damals noch gar nicht in Vorschlag zu bringen: sie wäre an dem leidenschaftlichen Widerstande des Landadels ohne Zweifel gescheitert.¹⁾ An die Einführung einer systematischen direkten Besteuerung war ebenso wenig zu denken. Und so blieb der Kurfürst denn in seinen Vorschlägen bei den bisherigen, noch sehr unvollkommenen Formen der Besteuerung stehen und beantragte einfach eine bedeutende Erhöhung der bestehenden Steuern, die eine merkwürdige Mischung von indirekten Steuern, Grundsteuer in rohester Form und einer nicht minder primitiven Kopfsteuer darstellen. Die indirekte Steuer, welche bisher den Hauptertrag geliefert hatte, die Biersteuer, sollte auf den achtfachen Betrag erhöht werden, wiewohl es von vornherein zweifelhaft erscheinen mußte, ob die Bierbrauerei eine so exorbitante Erhöhung ertragen werde: 8 Groschen pro Tonne sollten in Zukunft erhoben werden; ebenso beträchtlich wurde die Steuer auf inländischen und der Zoll auf ausländischen Wein erhöht und merkwürdigerweise für beide der gleiche Satz, $\frac{1}{2}$ Gulden pro Tonne, beantragt, während bisher nur 6 Groschen gezahlt worden waren.

Wurden durch die Biersteuer, eben weil sie, wie wir sahen, mehr eine Produktions- als eine Konsumtionssteuer war, ausschließlich die Städte betroffen, so erforderte es die Billigkeit, nun auch die auf dem platten Lande lastenden Steuern dementsprechend zu erhöhen. Dies geschah in der That, indem der Hufenschuß von 1 auf 2 Gulden pro Hufe, die Rossätensteuer noch erheblicher, von 8 Groschen auf 1 Gulden, erhöht werden sollte. Dazu trat dann eine ganz neue Steuer, die Gefindesteuer: für jeden Dienstknecht soll jährlich $\frac{1}{2}$ und für jede Magd $\frac{1}{4}$ Gulden gezahlt werden.

Diese Steuern hielt der Kurfürst zur Hebung seiner pekuniären Bedrängniß für ausreichend: er meinte, daß damit nicht nur die laufenden Zinsen bezahlt, sondern auch ein gut Theil der Schuld selbst jährlich werde abgetragen werden können. Und zwar glaubt er, daß in einem Zeitraum von 16 Jahren die ganze Schuld durch diese Umlagen gedeckt werden

¹⁾ Vergl. unsere Ausführungen im Mai-Juniheft 1882 dieser Zeitschrift, S. 267.

könne, und nur auf diese Zeit erbittet er daher die genannten Steuern von den Ständen.

Ehe man sich nun über diese materiellen Forderungen des Kurfürsten einigte, mußte man sich zunächst über die formelle Vorfrage einigen, ob man den vom Kurfürsten proponirten Ausschuß acceptiren wolle. Denn obwohl natürlich die gesammte Bewilligung als solche zunächst auch von der Gesamtheit vollzogen werden sollte, so sollten doch die Details der Rechnungslegung und der Verwaltung der neuzubewilligenden Steuern dem Ausschusse vorbehalten bleiben, der auf diese Weise die Funktionen einer Verwaltungsbehörde mit denen einer Art von Oberrechnungskammer vereinigen sollte. Und je mehr man sich die eminente Bedeutung, welche der ständige Ausschuß für die Weiterbildung der ständischen Verfassung bald erlangen sollte, vergegenwärtigt, je klarer man sich macht, daß dieser Ausschuß die hauptsächlichste Beschränkung der Gerechtsame des Kurfürsten in sich schloß, um so merkwürdiger ist es, daß die Stände zunächst offene Opposition gegen dessen Einsetzung machten, so sehr der Kurfürst auch von Neuem versichern möchte, daß dieselbe keineswegs eine Verminderung des Ansehens der Landstände in ihrer Gesamtheit nach sich ziehen solle. Die Stände trugen nun einmal Bedenken, einer geringeren Anzahl von Personen, auch wenn dieselben aus ihrer Mitte hervorgingen, so ausgedehnte Vollmachten zu geben, wie dies für den vorgeschlagenen Ausschuß erforderlich war, während für den Kurfürsten, wie wir sahen, eben diese geringere Anzahl von Personen das entscheidende Motiv für seinen Vorschlag war.

Und wie gegen die Einsetzung des Ausschusses, so verwahren sich die Stände anfangs auch mit großer Energie gegen eine Erhöhung der Steuern. Daß in einem Stehenbleiben bei den alten Steuerfüßen, bei den veränderten Verhältnissen des Staates und bei dem ständigen Sinken des Geldwerthes thatsächlich eine Verringerung des realen Steuerertrages lag, konnten oder wollten sie nicht einsehen. Sie meinten nach wie vor, die ganze Kalamität könne durch größere Sparsamkeit von Seiten des Kurfürsten gehoben werden.

Erst als der Kurfürst definitiv darauf verzichtete, über die einlaufenden Steuern selbst zu verfügen, als er sich dazu verstand, daß, nachdem ein Theil derselben für seine persönlichen Bedürfnisse in Abzug gebracht sei, der Rest von den Ständen resp. einer zu diesem Zwecke besonders niederzusetzenden Kommission verwaltet und von dieser Kommission auch die Schuldentilgung selbst in die Hand genommen werden sollte, verstanden sich zunächst die oberen Stände zur Bewilligung der vorgeschlagenen Steuern; doch wollten sie dieselben nur für einen Zeitraum von 8 Jahren bewilligen. Völlig ausgeschlossen wurde von ihnen nur die vorgeschlagene

Gesindesteuer, welche namentlich den kleineren Grundbesitzern auf dem Lande zu schwer fallen werde; der Kurfürst verstand sich dann in der That dazu, diese Steuer fallen zu lassen.

Diese Bewilligung von Seiten der oberen Stände muß schon während der drei ersten Tage der Verhandlungen (24.—26. Juni) erfolgt sein. Denn bereits am 27. wendet sich der Kurfürst mit der Mittheilung der erfolgten Bewilligung an die Städte und bittet sie, sich von den übrigen Ständen nicht zu trennen, vielmehr auch ihrerseits der bedrängten Lage des Staates Rechnung zu tragen. Er fordert dann, ermuthigt durch die verhältnißmäßig schnelle Nachgiebigkeit der oberen Stände, noch eine in der Proposition nicht erwähnte Steuer, welche eine Uebertragung der Grund- und Gebäudesteuer auch auf die Städte in sich schloß: für ein Haus sollten 2, für eine Bude 1 Gulden Steuer bezahlt werden. Eine solche Vermehrung der von den Städten aufzubringenden Steuern erschien darum nothwendig, weil man nach der auf dem Landtage von 1540 statuirten Ausnahme, die ausdrücklich als eine solche bezeichnet worden war, zu dem alten Modus der Vertheilung, nach welchem die oberen Stände nur $\frac{1}{3}$, die Städte $\frac{2}{3}$ der Gesamtsumme aufbringen sollten, zurückkehren wollte. Es war daher erklärlich, wenn, wie wir gleich sehen werden, die Hauptopposition gegen die Vorschläge des Kurfürsten von den Städten ausging.

Indem sie nun zur Begründung ihres Widerstandes darauf hinwiesen, daß zu den nothwendigen Ausgaben schon eine Wiedereinlösung der verpfändeten Ämter und Klöster genügen werde, bewegten sie sich thatsächlich in einem Circelschluß; denn eben hierzu sollten ja die neuen Steuern zum großen Theil verwendet werden. Die Einlösung anstatt der neuen Steuern verlangen hieß daher Unmögliches fordern.

An demselben Tage, an welchem sich der Kurfürst so vergeblich an die Städte wandte, gingen die oberen Stände, die froh waren über die Wiedereinführung des alten ihnen günstigen Vertheilungsmodus, in ihren Bewilligungen noch einen Schritt weiter, indem sie nunmehr die Einsetzung des Ausschusses concedirten. Von einer Ausdehnung der bewilligten Steuer auf einen längeren Zeitraum als 8 Jahre wollten sie aber zunächst noch nichts wissen, bevor man nicht darüber klar sei, wie weit die Städte in ihren Bewilligungen gehen würden.

Auf die Idee der Einsetzung eines Ausschusses müssen die Städte, wiewohl sie sich trotz des Vorganges der oberen Stände zu materiellen Bewilligungen noch nicht verstanden, doch eingegangen sein, wenngleich uns ein bestimmtes Zeugniß dafür nicht erhalten ist. Denn thatsächlich werden unmittelbar darauf die zum Ausschuss Verordneten einzeln namhaft gemacht.

Die Majorität innerhalb desselben war von vornherein den Herren und Rittern gesichert, indem sie über 21, die Städte nur über 17 Stimmen verfügten.¹⁾ Und zwar werden uns in einem in den Landtagsakten des Jahres 1549 erhaltenen Verzeichnisse folgende Mitglieder des Ausschusses genannt:

1) Aus dem Lande Lebus 4: der Bischof, Joachim Kessel, Graf Wilhelm v. Hönstein, der Schenk Wilhelm;

2) aus der Altmark 3: Levin von der Schulenburg, Rudolf v. Alvensleben, Curt v. Myntorff;

3) aus der Priegnitz 3: Curt Mohr, Matthias v. Blumenthal und Dietrich Ritzing;

4) aus dem Lande zu Ruppin 2: Joachim Quast und das Kloster von Arnshagen;

5) aus der Uckermark 4: Landvogt Hans v. Arnim, Jung Otto v. Arnim, Jörg Bladenburg, Jacob v. Arnim;

6) aus der Mittelmark 5: Joachim v. Bredow, Albrecht v. Schlieben, Dietrich v. Hochow, Balzar Doberitz, Hans v. Krummesche.

Von den Städten sollten: Altstadt-Brandenburg und Neustadt-Brandenburg je 2, Stendal und Berlin je 3, Cöln a. Spr. 2, Frankfurt 3 und Salzwedel 2 Abgeordnete entsenden.

Die Kompetenz dieses Ausschusses wird nun in der „endgültigen Antwort“, welche die oberen Stände dem Kurfürsten auf seine Proposition gaben, in folgender Weise abgegrenzt: derselbe solle sich zunächst bemühen, die verpfändeten Ämter und Klöster, welche zum Unterhalt des Landesherrn dienen sollen, wieder einzulösen; zu diesem Zwecke sollen die Ausschussmitglieder Vollmacht haben, mit allen einzelnen Pfandinhabern gesondert zu verhandeln.

Auf die immer erneute Forderung des Kurfürsten auf Anweisung einer bestimmten Civilliste tragen die Stände Bedenken einzugehen, bevor man genau wisse, wie viel die Steuer einbringen werde.

Und wenn nun die Stände auf die finanziellen Forderungen des Kurfürsten eine zusagende Antwort gaben, freilich mit der Beschränkung, daß ein Hofner nur 1, ein Roffat $\frac{1}{2}$ Gulden zahlen sollte, während der Kurfürst 2 resp. 1 Gulden gefordert hatte, so nahmen sie dafür eine so starke Kontrolle der gesamten Verwaltung in Anspruch, daß diese quantitative Veränderung ihrer Rechte thatsächlich auch eine qualitative in sich schloß. Die Kontrolle der Stände sollte sich bis in das Detail der kurfürstlichen

¹⁾ Worauf Isaacsohn (die Finanzen Joachims II. und das ständliche Kreditwerk S. 460) seine Angabe, daß die oberen Stände über 30—40, die Städte nur über 10—15 Stimmen verfügten hätten, gestützt hat, habe ich nicht aufzufinden vermocht.

Hoffhaltung erstrecken, die zum großen Theil von den Naturallieferungen der eingelösten Aemter und Klöster bestritten werden sollte. Sie schrecken hierbei vor Bestimmungen extremster Art nicht zurück. So erklären sie, daß diejenigen, welche aufs Neue auf Aemter oder Klöster dem Kurfürsten Geld leihen würden, ohne weiteres ihres Geldes verlustig sein sollten. Sie begnügten sich also mit einem Versprechen des Kurfürsten nicht mehr, sondern richteten das Verbot der Verpfändung an die zukünftigen Gläubiger selbst.

Aber sie gehen noch einen Schritt weiter: sie wollen neben dem Ausschuß noch eine besondere kleinere Kontrollbehörde aus ihrer Mitte eingesetzt wissen. Diese solle alle Rechnungslegungen entgegennehmen und auf das genaueste darauf achten, daß die neueingehenden Steuern ausschließlich zur Schuldbentilgung verwandt würden. Daß darin ein Widerspruch zu ihrer Weigerung, eine bestimmte Civilliste für den Landesherrn festzustellen, lag, scheinen sie kaum gemerkt zu haben.

Immerhin hatten doch des Kurfürsten Verhandlungen mit den oberen Ständen wenigstens zu einem abschließenden Resultate geführt; dagegen waren die Städte zu einer definitiven Bewilligung überhaupt noch gar nicht zu bringen. Sie erklärten, zu einer solchen keine Vollmacht zu haben und in Verhandlungen darüber erst auf dem auf Assumptio Mariae (15. August) einzuberufenden Ausschußtage eintreten zu können. Prinzipiell erklären sie sich einstweilen mit der Erhöhung der Bierziese einverstanden und versprechen, für diese bei ihren Auftraggebern wirken zu wollen, dagegen wollen sie sich auch nicht einmal im Prinzip mit dem Weinzoll und mit der Gebäudesteuer einverstanden erklären. Ersteren läßt dann der Kurfürst in der That fallen, bittet sie nun aber wenigstens für die Häusersteuer einzutreten, welche nach seiner Ansicht allein 16 000 Gulden jährlich einbringen werde.

So war durch die aufschlebende Erklärung der Städte der eigentliche Schwerpunkt der Verhandlungen in die Sitzungen des neuengerichteten Ausschusses verlegt, mit dessen Mitgliedern dann in der That der Kurfürst sofort noch vor dessen Zusammentritt Unterhandlungen anknüpfte, die zum Theil sogar in Sonderverhandlungen mit den einzelnen Mitgliedern, namentlich mit den einzelnen Städten, ausliefen.

Schon am 29. Juni, also mehr als sechs Wochen vor der Eröffnung der Ausschusssitzungen, wendet sich nämlich der Kurfürst zunächst in einem generellen Schreiben an sämtliche Mitglieder des Ausschusses, in welchem er ihnen, unter nochmaliger detaillirter Aufzählung der zur Verhandlung bestimmten Gegenstände, die Dringlichkeit der zu stellenden Anträge auf das evidenteste vor Augen stellt und zugleich von vornherein Abstellung

vielfacher auf dem Landtage geltend gemachter Beschwerden verheißt. Vor Allem geht er auf den, vornehmlich von den Städten betonten Grundgedanken einer Vereinfachung der Verwaltung ein, indem er sich damit einverstanden erklärt, daß die Zahl der Ämter verringert, immer mehrere in eines vereinigt werden sollten. Die genaueste Kontrolle der gesamten Verwaltung, einschließlich der Regalien — Münze, Salzbergbau &c. — wird ausdrücklich dem Ausschuss zuerkannt. Und wenn auch das Bedenken, einer großen Anzahl von Personen Einblick in alle Verhältnisse des Staates zu gewähren, durch die Einsetzung eines Ausschusses von beschränkterer Personenzahl im Wesentlichen beseitigt war, so blieb das doch immer noch ein sehr beträchtliches Zugeständniß an die vorwärts strebenden Stände, zumal der Gedanke der Oeffentlichkeit der staatlichen Institutionen damals noch nicht im mindesten in *suocum et sanguinem* übergegangen war, wie das heut wohl der Fall ist.

Dem von den Ständen ausgesprochenen Wunsche entsprechend, verspricht der Kurfürst nun auch neben dem ständischen Ausschuss noch einen engeren Ausschuss von vier Personen einzusetzen, dessen Mitglieder — der Bischof von Lebus, der Landvogt Hans v. Arnim, Curt Mohr und ein von den Städten zu ernennendes — ausdrücklich als „Aufseher“ bezeichnet werden. Indem ihnen genaue Inspektion der Ämter und Kontrolle über die ganze Verwaltung derselben eingeräumt wird, repräsentirt sich in ihnen gleichsam eine Oberrechnungskammer, welche aber nicht aus landesherrlichen Beamten, sondern aus Mitgliedern einer ständischen Korporation gebildet wird. Außerdem wird noch ein zweiter engerer Ausschuss, den man mit dem Namen einer parlamentarischen Kommission bezeichnen könnte, in Aussicht gestellt. Als Mitglieder derselben werden 14 Mitglieder des größeren Ausschusses namhaft gemacht: ihre spezielle Aufgabe soll es sein mit den einzelnen Gläubigern zu verhandeln.

Wenige Tage nach diesem vorbereitenden Schreiben ergeht nun (2. Juli) die eigentliche Einberufungs-Verfügung an die einzelnen Ausschussmitglieder; und zu gleicher Zeit werden die einzelnen Pfandinhaber aufgefordert, vor dem Ausschuss zu erscheinen und sich dann dem von diesem vorzuschlagenden Modus der Einlösung der in ihrem Besitz befindlichen Ämter und Klöster zu fügen. Nicht weniger wie 43 solcher Pfandinhaber sind es, an welche diese Aufforderung ergeht. Und man versteht es diesem Register gegenüber, wenn uns in gleichzeitigen Berichten versichert wird, daß von dem ganzen Domänenbesitz des Landesherrn kaum irgend ein Amt noch in vollem Besitz des Kurfürsten war. Wir haben schon in unseren früheren Ausführungen auf das Bedenkliche hingewiesen, was in diesen Zuständen lag. Denn nicht nur der Domänenbesitz als solcher war verpfändet,

sondern in vielen Fällen ausdrücklich, noch öfter thatsächlich damit zugleich der Verzicht auf die Ausübung der obrigkeitlichen Befugnisse in den verpfändeten Aemtern ausgesprochen; und das war um so gefährlicher für die Autorität des Kurfürsten, als eben die Pfandinhaber zumieist Unterthanen desselben waren. Wir finden unter ihnen fast alle hervorragenderen Adelsgeschlechter des Landes: die Hochow, Röderitz, Schlieben, Schlabendorf, Bartensleben, Alvensleben, Krusemarke, Lüderitz, Mohr, Salden, Puttitz, Arnim, Trott u. a. m.

Trotz aller dieser Zugeständnisse machte sich nun die Opposition gegen die erneuten finanziellen Anforderungen, namentlich von Seiten der Städte, noch vor der Eröffnung der Verhandlungen in sehr entschiedener Weise geltend. Da ist denn vor Allem eine Eingabe aller Städte des Kurfürstenthums, welche diese dem Kurfürsten unmittelbar nach ihrer Ankunft (am 17. August) überreichten,¹⁾ von großer Bedeutung, weil es uns ein klares Bild von den Bestrebungen und Gesichtspunkten, welche für die Städte maßgebend waren, giebt. Und da zeigt es sich denn, eben wie in dem entscheidenden Momente im Jahre 1540, daß für die Städte ihre finanziellen Interessen, die sich in den Verhandlungen selbst fast bis zum Ueberdruß geltend machen, doch keineswegs die einzig maßgebenden waren. Ihre Beschwerden richteten sich vielmehr in erster Linie gegen die mangelhafte Ordnung der kirchlichen und Schulverhältnisse. Sie verlangen zur Oberaufsicht über dieselben, zur Verbesserung der Zucht, Ordnung und Disziplin in Kirche und Schule, die Einsetzung eines Superintendenten. Zugleich dringen sie auf eine bessere Besoldung der Pfarrer und Schullehrer, der Kirchen- und Schuldiener. Dazu sollen die eingezogenen Klöster verwendet werden, von deren Ertrag man auch Stipendien für arme Studierende aussetzen könne; so würden die geistlichen Güter ihrem wahren Wesen entsprechend verwendet werden. Aber wie sich rein materielle und rein ideale Bestrebungen überhaupt bei ihnen noch in unklarem Gemisch zeigen, so hat doch auch diese Sache ihre materielle Rehrseite. Auf die geistlichen Güter, welche sie selbst in Besitz haben, sind sie doch keineswegs zu verzichten gemeint. Gewerke, Zünfte und Geschlechter, welche sich im Besitz geistlicher Güter befinden, gedenken dieselben vielmehr zur Versorgung ihrer „Kinder, Freunde und Verwandte“ nach wie vor zu verwenden, wenn dies auch immerhin in erster Linie geschehen soll, um den Ärmteren die Möglichkeit des Studiums zu gewähren.

¹⁾ Vergl. im Anhang Nr. 7. Die Antwort auf diese Artikel ist im Anhang unter Nr. 16 abgedruckt. Vergl. auch den Text dieser Abhandlung unten S. 524 ff.

Ebenso wie auf eine Verbesserung der Pfarrer- und Lehrerbesoldungen dringen sie auch auf eine Erhöhung der Professorengehälter und auf Anstellung tüchtiger Dozenten in Frankfurt, namentlich im theologischen und juristischen Fach. Auf ersteres müsse um so mehr Gewicht gelegt werden, als infolge der über das Interim ausgebrochenen Streitigkeiten eine Anzahl tüchtiger Prediger das Land verlassen habe. Vor Allem aber müsse darauf gehalten werden, daß das Celebriren der Messe und „andere ergerliche grewell“ energisch und auf immer verboten werden.

Noch ein anderer Uebelstand in den kirchlichen Zuständen kam hierbei zur Sprache, der darin seinen Grund hatte, daß die Aufstellung der Küster den Predigern selbst überlassen blieb. Dieselben nahmen infolge dessen, um denselben geringeren Gehalt zahlen zu können, oft unmündige Knaben an Stelle der Küster an, denen sie bezahlen konnten, was sie wollten, und behielten dann das übrige für die Küster ausgeworfene Geld für sich.

Nach diesen mehr oder weniger auf ideale Dinge zielenden Forderungen kamen sie dann doch aber auch wieder sehr nachdrücklich auf ihre vitalen materiellen Interessen zurück. Schon machten sich die unangenehmen Folgen des mit dem Auslaufen der Bauern emporgewachsenen ländlichen Proletariats, welches nun in die Städte hineinströmte und der kommunalen Armenpflege zur Last fiel, geltend, und so machte sich schon hier bei dem ersten Beginn einer Freizügigkeits-Gesetzgebung, wie wir sie in unseren früheren Ausführungen dargelegt haben, eine heftige Opposition gegen die Institution selbst geltend, indem man diese selbst für die unvermeidlich mit ihr verbundenen Uebelstände verantwortlich machte. Die hieraus, aus der Höhe der Steuern und dem Darniederliegen des Handels sich ergebende Nothlage wurde noch durch die auf den Verkehrswegen herrschende Unsicherheit vermehrt. Nach den Schilderungen, welche die Städte davon entwarfen, scheinen allerdings Straßenraub und räuberische Ueberfälle aller Art noch immer an der Tagesordnung gewesen zu sein. Die durch alle diese Mißstände verursachte Mißstimmung wandte sich dann in erster Linie wieder gegen die Juden, denen man neben ihrer Neigung zu Wucher und unreellem Handel alle möglichen ungeheuerlichen Verbrechen und Vergehen in die Schuhe schob. Die Städte verlangen, wie früher schon, so auch jetzt vollständige Ausweisung der Juden, während der Kurfürst gerade damals deren Hilfe nicht entbehren konnte, weil eben die von jedem ehrlichen, handarbeitenden Erwerbe ausgeschlossenen Juden die geborenen und fast einzigen Banquiers der Zeit waren und dabei freilich aus der Nothlage des Kurfürsten Früchte zu ziehen nicht verschmähten.

Mit der Sicherheit in Handel und Wandel hängt es auch zusammen, wenn die Städte bessere Handhabung der Rechtspflege und prompte und

rücksichtslose Ausführung der gefällten Urtheilssprüche verlangen: bisher sei es noch immer so, daß sie thatsächlich ihre Außenstände von den Adligen und selbst von den Bauern nicht eintreiben könnten. Wenn sie selbst vor Gericht ihr Recht erhielten, so mangle es an Energie in der Vollstreckung der Urtheilssprüche; zudem mache sich der Mangel von Gerichtshöfen für das platte Land störend bemerkbar. Sind die Schilderungen, welche die Städte von der Ausübung der Justiz des Weiteren entwerfen, völlig zuverlässig, so entwerfen sie in der That ein noch recht trübes Bild von dem damaligen Zustand der Rechtspflege: die Rechtsgleichheit vor dem Gesetze wäre alsdann in der That noch völlig illusorisch gewesen: war sie ja ohnehin auch gesetzlich noch keineswegs strikt durchgeführt. Aber selbst innerhalb der durch Privilegien und Exemtionen aller Art gezogenen Schranken scheint sie noch nicht entfernt energisch gehandhabt worden zu sein. Vor Allem war es dann die Umgebung des Kurfürsten selbst, welche sich Uebergrieffe mancher Art gestattete; so jagten sie auf städtischem Grund und Boden und trugen dabei kein Bedenken, die Saatfrüchte der Bürger niederzutreten und so der Zerstörung preiszugeben. Und dem Beispiele der kurfürstlichen Räte folgten die Amtleute und selbst deren Personal, indem sie die bei und in den Ämtern wohnenden Bürger bedrückten, sich Gewaltthaten aller Art gegen sie herausnehmen, ja sogar sie schlagen.

In der Mitte gleichsam zwischen diesen Klagen über mannigfache ungesetzliche Gewaltthaten und den rein finanzpolitischen Erwägungen der Städte steht ihre Beschwerde über die allem Fortkommen zuwider durchgeführte Erhöhung bezw. Neueinführung von Zöllen innerhalb des Gebietes der Mark selbst, in dem sie bisher zollfrei gewesen seien; namentlich beschwerten sie sich darüber, daß Markgraf Johann neuerdings Zölle auf Vieh, Pferde u. A. m. eingeführt habe, während ihnen durch vom Kaiser und von dem Markgrafen selbst verliehene Privilegien Zollfreiheit zugesichert worden sei.

Daran schließen sich dann eine Reihe von rein auf Handel und Verkehr bezüglichen Wünschen und Beschwerden. Zunächst wird um ein energisches Eintreten des Kurfürsten für volle Durchführung der freien Schifffahrt auf der Elbe gebeten, welche gegenwärtig noch, ungeachtet der von dem Kurfürsten erwirkten Verordnungen, durch den Herzog von Lüneburg und die Hamburger mannigfach gehemmt und zum Theil unmöglich gemacht werde.

Es wiederholen sich dann ähnliche Wünsche und Forderungen, wie wir ihnen früher begegnet sind: Verbot der Hopfenausfuhr, welche infolge der letzten geringen Ernte eine Theuerung dieses Produktes zur Folge haben könne, Verbot für die Tuchmacher, Wolle auf den freien Wochen-

märkten feilzubieten, und ähnliche Einschränkungen des freien Verkehrs und der schrankenlosen Konkurrenz, welche in striktem Gegensatz zu den heutigen Bestrebungen der handeltreibenden städtischen Bevölkerung stehen. Einen der Hauptbeschwerdepunkte bildet auch diesmal das trotz aller Verbote noch immer bestehende unbefugte Bierbrauen von Seiten Unberechtigter. Sehr merkwürdig erscheint dann auch das Verlangen, daß unehelich Geborene und andere „tadelhafte“ Personen nicht in Gilden, Gewerke und Zünfte aufgenommen werden sollten.

Neben diesen generellen Beschwerden aller Städte, in denen diese gewissermaßen als ein abgeschlossener Geburts- und Berufsstand mit solidarischen Interessen erscheinen, werden dann auch noch von einzelnen Städten besondere Klagen geltend gemacht. In erster Reihe erscheint hier Gardelegen, welches infolge seines starken Brauereibetriebes besonders stark von der so erheblichen Erhöhung der Biersteuer betroffen wurde. Die Stadt remonstrirt daher auf das entschiedenste gegen die letztere und macht dabei vor Allem ihre Lage an der Grenze dreier Fürstenthümer (Magdeburg, Braunschweig und Lüneburg) geltend, nach denen sie bisher ihren Hauptabsatz an Bier gehabt habe. Würde diese neue Auflage eingeführt, so würde ihre Bierausfuhr gänzlich verhindert werden, zumal schon jetzt in den Städten jener Länder Bier gebraut werde, dem gegenüber sie nur dadurch auf ferneren Absatz rechnen könnten, wenn sie billiger zu produziren vermöchten. Infolge hiervon und weil in ihrer Stadt das Brauen nicht bloß von Brauern von Profession, sondern auch von anderen Handwerkern betrieben werde, die also in ihrer Existenz ebenso durch die neue Biersteuer bedroht würden, befinde sich die Stadt Gardelegen den übrigen Städten gegenüber in einer exceptionellen Stellung. Es werde ihnen daher jede andere Steuer leichter erschwänglich sein als gerade die Biersteuer.

Dieselbe Ausnahmestellung nahmen aber auch die Einwohner von Salzwedel für sich in Anspruch; auch sie lägen an der Grenze dreier Länder, Braunschweig, Lüneburg und Mecklenburg. Ihre Ausfuhr, so machen sie geltend, erstreckte sich bis nach Hannover, Jelle und Helmstädt und im Mecklenburgischen bis nach Grabow.

So nahmen also gerade diejenigen beiden Städte, von denen der Hauptertrag der Biersteuer zu erwarten war, entschieden gegen dieselbe Stellung, und es fragte sich nun, inwieweit dieser und der andern Städte Widerstand in den eigentlichen Ausschußverhandlungen werde überwunden werden können.

Dieselben begannen am 20. August und wurden mit einer Erklärung der städtischen Abgeordneten eröffnet, welche, wenn auch sehr verlausulirt und bedingt, doch thatsächlich eine Bewilligung wenigstens der Biersteuer

in sich schloß, freilich nicht ohne daß die bis zur Ermüdung geltend gemachten Klagen wegen der noch nicht erfolgten Einlösung der Ämter und wegen der Verschwendungssucht des Kurfürsten von Neuem zur Sprache gebracht worden wären.

Nur unter der Bedingung, daß diese Beschwerden nunmehr definitiv und für immer abgestellt werden, erklärten sich die Städte überhaupt zu irgend einer Bewilligung bereit; von der Grundsteuer auf Häuser und Buden in den Städten wollten sie überhaupt nichts wissen. Demgegenüber machte nun der Kurfürst geltend, daß mit der Biersteuer nur die Zinsen der Staatsschuld würden bezahlt werden können. Wolle man also auch mit der Abzahlung der Kapitalien selbst Ernst machen, so müsse man noch eine andere Steuer schaffen. Neben diesem finanzpolitischen macht der Kurfürst dann auch den sozialpolitischen Gesichtspunkt geltend, daß von der Biersteuer doch nur die Bierproduzenten getroffen würden. Darin liege eine Ungerechtigkeit, die man dadurch ausgleichen müsse, daß man auch andere Bevölkerungsklassen zur Besteuerung heranziehe. So schwang man sich, durch die Nothwendigkeit gedrängt, wenn auch noch nicht zu dem Grundsatz einer billigen Vertheilung der Steuern unter alle Staatsbürger, so doch zu einer Annäherung an diesen Gedanken auf. Die Städte aber verharren auf ihrer Opposition und machen dabei auf den Unterschied zwischen städtischem und ländlichem Grundbesitz aufmerksam. Bei letzterem würde ja eben nur das Land, nicht aber das Haus versteuert, und darin liege ein wesentlicher Unterschied.

Indem der Kurfürst dann diesen Einwand zu widerlegen sucht und die höhere Besteuerung des ländlichen Grundbesitzes auf dem Landtage von 1540 betont, weist er zugleich mit Nachdruck darauf hin, daß die jetzt von ihm geforderte Biersteuer immer noch niedriger sei als die, welche in den Nachbarstaaten erhoben werde. Eben darum habe man an die Einführung des Häuserhofes gedacht, ohne welchen an die von ihnen immer geforderte Einlösung der Ämter nicht zu denken sei, während doch die einleitenden Schritte zu einer solchen schon geschehen wären. Zu einer definitiven Bewilligung waren die Städte gleichwohl noch immer nicht zu bringen. Selbst das im Prinzip schon zugesagte Biergeld wollen sie nur für den Fall bewilligen, daß die anderen Stände die an sie gestellten Forderungen vollkommen erfüllen; jedenfalls könne dasselbe vor Martini nicht gezahlt werden. Zu Bewilligungen, welche über das Biergeld hinausgingen, seien sie überhaupt nicht bevollmächtigt. Sie müßten daher darauf bestehen, daß vor allen weiteren Verhandlungen einige von ihnen nach Hause entlassen würden, um von ihren Auftraggebern weitere Vollmacht einzuholen. Der Kurfürst, froh darüber, daß sich die städtischen Vertreter wenigstens

zunächst im Prinzip mit der Biersteuer einverstanden erklärt hätten, bewilligt ihnen dies Verlangen bereitwilligst und erteilt ihnen schon am Tage nach diesen Verhandlungen (23. August) zur Unterstützung ihrer Bemühungen bei ihren Auftraggebern einen Revers, in welchem er die an die einzelnen Städte abzuordnenden städtischen Deputirten bittet sich am 1. September wieder zu den weiteren Ausschußverhandlungen einzufinden. Nochmals wird denselben dringend ans Herz gelegt sich bei den Städten eifrig für Bewilligung des Giebelgeldes zu verwenden.

Wahrscheinlich infolge der von diesen Abgesandten in den einzelnen Städten selbst eröffneten Verhandlungen liefen nun in dieser Zeit eine Reihe von Eingaben der einzelnen Städte ein, welche noch einmal ab ovo mit der Darlegung ihrer einzelnen Beschwerden beginnen.¹⁾ So detaillirt und wegen ihrer vielen Einzelheiten ermüdend nun auch diese Eingaben sind, so sind sie doch für die Wirtschafts- und Kulturgeschichte nicht ohne Interesse. Sie entwerfen ein sprechendes Bild der zwischen den einzelnen Ständen, zwischen Stadt und Land obwaltenden Gegensätze und Streitpunkte und liefern außerdem den Beweis dafür, wie wenig doch bisher trotz aller Versprechungen und Verordnungen des Kurfürsten für die Regelung dieser schwierigen Verhältnisse und für die Abstellung der Beschwerden der Städte gegen die Uebergrieffe und die mancherlei Exemtionen des Adels geschehen war. Beschwerden sich doch die Städte Berlin und Cöln u. A. auch darüber, daß trotz der ausdrücklichen Aufhebung aller Befreiungen von den Steuern in den Städten²⁾ dennoch etliche Bürger, namentlich solche, welche Stellungen am kurfürstlichen Hofe innehätten, ebenso jede Steuerzahlung als die Uebnahme sonstiger bürgerlicher Pflichten verweigern. Und während auf der einen Seite darüber geklagt wird, daß sich der Adel, der in den Städten ansässig sei, den bürgerlichen Pflichten entziehe, verschmäht es derselbe auf der andern Seite nicht, der Bürgerschaft in ihren kommerziellen und industriellen Bestrebungen Konkurrenz zu machen. In letzterer Beziehung scheint sich in der That dem Mittelalter gegenüber, in welchem der Adel industrielle Thätigkeit und Handeltreiben für unter seiner Würde hielt, ein bemerkenswerther Umschwung vollzogen zu haben. Immer und immer lehren jetzt die Klagen der bürgerlichen Stände wieder, daß der Adel „Kaufmannschaft und Hantirung“ treibe. Namentlich die Städte in der Altmark und Briegnitz führen hierüber lebhafteste Beschwerden. Allerdings scheint sich der Handel der Adligen zumeist nur auf ländliche Produkte, Korn,

¹⁾ Vergl. Nr. 9 und 10 des Anhangs.

²⁾ Vergl. den kurfürstlichen Revers an die Städte vom 13. März 1541 im vorigen Abschnitt dieser Untersuchungen, Anhang Nr. 6.

Vieh, Butter, Käse, Honig u. dgl. erstreckt zu haben, allein da sie den Einlauf dieser Produkte in Masse betrieben und dieselben dann ins Ausland ausführten, griffen sie in der That in das dem städtischen Kaufmannsstande gleichsam als Monopol reservirte Gebiet über. Daneben gab der Adel auch jetzt wie früher den Städten dadurch Anlaß zur Klage, daß er über seinen eigenen Bedarf hinaus, d. h. zum Verkauf, Bier braute und dadurch den städtischen Brauereien ihr Absatzgebiet verkürzte. Deswegen verlangen die Priegnitzischen Städte geradezu, daß den Mältern das Mahlen von Malz für den Adel verboten werde, eine Forderung, welche nach einer Randbemerkung des Ranzlers Weinlob auf der betreffenden Eingabe in der That erfüllt wurde. Und ähnliche wirtschaftliche Desiderien finden sich dann in den Eingaben der Städte in großer Anzahl: Verbot gegen den Verkauf der Wolle von Seiten des Adels, Verbot der Holzausfuhr, der Ausfuhr von Fellen u. s. w. spielen dabei eine hervorragende Rolle.

Auch die Handwerker machen dann ihre Wünsche und Ansprüche geltend: so beklagen sich die Schneider einer Stadt darüber, daß in fast allen Dörfern der Umgegend Schneider wohnen, die auf den einzelnen Dörfern umherziehen und sich Arbeit zusammensuchen. Die städtischen Schneider verlangen infolge dessen, daß jene auf dem Lande gezwungen werden sollten, in die Zünfte einzutreten, wie dies bei denen in der Umgegend von Berlin bereits der Fall sei.

Diese wirtschaftlichen Wünsche der Städte füllen den größten Theil der vorliegenden Eingaben. Wir haben aus denselben nur diejenigen herausgehoben, welche von allgemeinerem Interesse sind und zur Wirtschaftsgeschichte des Staates selbst bemerkenswerthe Illustrationen bieten. Diejenigen dagegen, welche sich ausschließlich auf die Zustände in einer einzelnen Stadt beziehen, glaubten wir um so mehr übergehen zu dürfen, als wir die ganze, beträchtliche Anzahl von Eingaben theils wörtlich, theils im Auszuge in unserem Anhange mittheilen.

Daneben kommen in diesen Eingaben auch Bestrebungen idealer Art zur Geltung, wie wir sie auch in jener generellen Eingabe aller Städte des Kurfürstenthums kennen gelernt haben; dieselben gehen auf eine größere Fürsorge für Kirchen und Schulen, namentlich auf eine bessere Besoldung der Pfarrer und Schullehrer. So beschwerten sich die Bürger von Münchenberg darüber, daß ein bisher von ihnen zur Besoldung der Kirchen- und Schullehrer verwendeter Fond ihnen widerrechtlich entzogen worden sei. Die Folge davon sei, daß sie keine tüchtigen Kräfte mehr für diese Stellen bekommen könnten. Und ähnliche Klagen lehren in den Eingaben von Neustadt-Eberswalde und Straußberg wieder. Letztere Stadt bittet darum, daß ihr die Klöster in der Stadt gemäß einer früheren landesherrlichen

Verordnung überlassen würden, während sie sich gegenwärtig im Besitze Joachims Flaus befänden.

Während so die einzelnen Städte sich mit ihren verschiedenartigen Anliegen an den Kurfürsten wandten und gleichzeitig einige der städtischen Ausschußmitglieder mit den Städten wegen der vom Kurfürsten geforderten Bewilligungen unterhandelten, gingen die Ausschußverhandlungen ihren Gang weiter. Und zwar wendete man sich nunmehr den praktischen Verwaltungsaufgaben zu, für welche der Ausschuß in erster Linie begründet worden war, und suchte zunächst die Unterhandlungen mit den im Pfandbesitze der Ämter und Klöster befindlichen Gläubigern zu einem für alle Theile befriedigenden Abschlusse zu führen. Es handelte sich dabei um eine Schuldenmasse, deren Gesamtsumme 100 000 Gulden um ein Wesentliches überschritt. Und doch sollte hier das Kapital selbst so schnell als irgend möglich abgetragen werden, weil nur dadurch die von den Ständen mit voller Energie geforderte Einlösung der Ämter und Klöster ermöglicht werden konnte. Außer dem geliehenen Kapital mußte aber jedem der Gläubiger auch noch das Geld vergütet werden, welches er in der Zeit des Pfandbesitzes für Bauten und Meliorationen aller Art verwendet hatte. Die meisten der Gläubiger waren übrigens selbst Landtagsmitglieder und konnten daher der von den Ständen so dringend verlangten Regelung dieser Angelegenheit keinen allzu schroffen Widerstand entgegensetzen, so sehr sie auch aus ihrem Pfandbesitze Vortheile aller Art zogen. Die meisten von ihnen erklärten sich denn auch gegen Rückzahlung der von ihnen dem Kurfürsten geliehenen Kapitalien zur Abtretung der Ämter und Klöster bereit, obwohl Vielen ihr Pfandbesitz auf Lebenszeit garantirt worden war. An eine sofortige baare Tilgung dieser Schulden war aber nicht zu denken, doch ließen sich eine Reihe der Pfandinhaber bereit finden, ihr Amt auch gegen eine von den Ständen garantirte Schuldbeschreibung abzutreten. Andere erklärten sich mit einer Abzahlung in Raten einverstanden, unter ihnen auch der Graf von Stolberg-Wernigerode, der auf das Kloster Egelau 23 000 Thaler geliehen hatte. So konnte schon am ersten Tage dieser Verhandlungen (27. August) über die Hauptmasse der betreffenden Schulden zu einer endgültigen Vereinbarung gelangt werden, und man wandte sich nun am nächstfolgenden Tage wieder Verathungen allgemeinerer Art zu.

Und da machte sich dann gleich in hervorragendem Maße der erhöhte Einfluß geltend, welcher dieser aus einer beschränkteren Anzahl von Personen bestehenden ständischen Korporation von Natur innewohnte. Während man in den Verhandlungen der allgemeinen Landtage trotz der von dem Kurfürsten im Jahre 1540 abgegebenen bindenden Verpflichtung die äußeren Angelegenheiten des Staates stets möglichst kurz abgemacht und meist nur

flüchtig erwähnt hatte, eben weil ein Preisgeben der diplomatischen Beziehungen der landesherrlichen Regierung an eine so große Anzahl von Personen bedenklich erschienen war, nahmen jetzt die Verhandlungen über die auswärtigen Verhältnisse des Staates sofort einen erheblich größeren Raum in den Verhandlungen für sich in Anspruch. Der Kurfürst selbst giebt über dieselben eingehende Auskunft. Die über Magdeburg verhängte Reichsacht und die Stellung, welche der Kurfürst in dieser Sache nehmen sollte, der Heiraths- und Erbschaftsvertrag mit dem Herzoge Friedrich von Piegitz u. a. m. kamen hierbei zum ersten Male in einer ständischen Versammlung zur Sprache. In der Magdeburger Angelegenheit neigten die meisten der Redner, welche das Wort ergriffen, zu einer friedlichen Einigung. Man trug hierbei kein Bedenken, den Gegensatz, in dem man sich bei der Auffassung dieser Angelegenheit zu dem Kaiser befand, offen Ausdruck zu geben. Namentlich that dies Hans v. Krummesche in sehr bestimmter Weise.

Die Interessen des brandenburgischen Staates, welche bei dieser Magdeburger Frage zur Geltung kamen, waren doppelter Art. Während das energische Vorgehen der Stadt gegen das Augsburger Interim, über welches die Protestanten in hohem Grade unzufrieden waren, bei den Anhängern der neuen Religion, welche in der Mark bei weitem schon das Uebergewicht hatten, auf ungetheilte Sympathie rechnen konnte, war der Kurfürst selbst insofern verschiedener Grenzstreitigkeiten und Placereien auf Magdeburg nicht eben günstig zu sprechen und daher keineswegs gemeint, sich der Stadt zu Liebe in Differenzen mit dem Kaiser zu stürzen; ja er übernahm kurze Zeit darauf sogar im Verein mit dem Kurfürsten von Sachsen den kaiserlichen Auftrag, die Reichsacht an Magdeburg zu vollstrecken und die Stadt zu belagern. Gleichwohl findet sich keine Andeutung in den Akten, daß er den für Magdeburg freundlichen Meinungsäußerungen Krummeschers und anderer Ausschußmitglieder in irgend einer Weise entgegengetreten wäre.

Auch in Bezug auf die Erbverbrüderung mit Schlessien, gegen welche der König von Böhmen als Oberlehnherr von Schlessien fortgesetzten Widerspruch erhob, machten sich zwei von einander abweichende Meinungen geltend, von denen die eine erst ein gelehrtes Rechtsgutachten einholen, die andere aber eine direkte Bitte an den Kaiser um Verwendung bei dem Könige von Böhmen richten wollte. Bekanntlich hat es der Kurfürst indeß vorgezogen, in demselben Jahre, in welchem diese Verhandlungen stattfanden, noch einmal einen Versuch zu machen, ob es nicht möglich sei, den König von Böhmen selbst direkt zur Aufgabe seines Widerspruchs zu vermögen.¹⁾

¹⁾ Lancizolle, Geschichte des preussischen Staates II, S. 640 ff. vgl. mit Stenzel, Geschichte des preussischen Staates I, 323.

Ebenso bekannt ist, daß jener Versuch vergeblich war, daß die Erbverbrüderung von österreichisch-böhmischer Seite nie anerkannt wurde und daß der aus ihr erwachsene brandenburgische Rechtsanspruch erst zwei Jahrhunderte später mit den Waffen in der Hand zur Geltung gebracht werden konnte.

Weiter wurde dann in diesen Verhandlungen auf die schwer auf dem Lande lastende Münzverschlechterung eingegangen, für deren Beseitigung vor Allem Eustachius v. Schlieben, des Kurfürsten vertrauter Rath selbst, mit Nachdruck und mit Erfolg plaidirte. Der Kurfürst suchte in der That durch eine besondere Verordnung, deren Wortlaut uns ein trübes Bild von den bestehenden Münzverhältnissen entrollt,¹⁾ dem Uebel abzuhelfen, obwohl er sich der großen pekuniären Opfer, die das erforderte, wohl bewußt war.

So weit waren die Verhandlungen geblieben, als die zur Verhandlung mit den einzelnen Städten abgesandten Ausschußmitglieder wieder zurückkehrten. Daß aber die Verhandlungen durch ihre Entsendung wesentlich gefördert worden wären, wird man nicht behaupten können. Eine definitive Bewilligung der Biersteuer allerdings hatten sie durchgesetzt; aber diese hatten sie ja schon vorher in sichere Aussicht gestellt. Zur Bewilligung des Giebelgeldes hatten sie von ihren Auftraggebern keine Vollmacht erlangen können. So stand man im wesentlichen auf demselben Standpunkt wie vorher. Einen Schritt weiter aber kam man doch im Laufe der Verhandlungen. Nachdem der Kurfürst immer von Neuem betont hatte, daß ohne Bewilligung dieses Giebelgeldes an eine Einklösung der Ämter nicht zu denken sei, verstehen sich die Städte doch, wenn auch nicht zu dieser, so doch zu einer geringeren weiteren Bewilligung in Form einer bestimmt festgestellten Summe. Da sie gehört hätten, so erklären die Städte, daß die Hälfte des Giebelgeldes 8000 Gulden jährlich eintragen solle, so seien sie bereit, diese Summe auf 6 Jahre zu bewilligen. Dies hoffen sie bei ihren Auftraggebern durchzusetzen.

Somit war doch wenigstens ein Anfang zur Regelung der leidigen Schuldenfrage gemacht, den der Kurfürst, so wenig er auch den von ihm gestellten Anforderungen vollauf entsprach, freudig und mit Dank gegen die Städte begrüßte. Dieser seiner Stimmung gab er dann in dem Reverse, den er den Städten am 2., und in der eingehenden Antwort, die er ihnen

¹⁾ Die Fassung der betreffenden Stelle in der Verordnung (vgl. im Anhang Nr. 12) ist sehr unklar, läßt aber doch soviel mit Sicherheit erkennen, daß nach des Kurfürsten eigenem Zugeständniß der thatsächliche Werth der Münze um mindestens ein Viertel hinter dem Sollgehalt derselben zurückstand.

am 4. Oktober auf die von ihnen eingebrachten „Artikel“ gab, Ausdrud. In dem ersten dieser beiden wichtigen Dokumente giebt der Kurfürst, nachdem er seinen Dank für die erfolgten Bewilligungen, welche die Städte „nicht aus Pflicht, sondern aus lauter Liebe, Treue und Unterthänigkeit“ gemacht haben, ausgesprochen hat, zunächst die bestimmte Versicherung ab, daß er in Zukunft ohne Wissen und Bewilligung der ganzen Landtschaft kein Schloß, Amt, Kloster oder andere Gefälle verlaufen oder verpfänden werde. Jede derartige Verpfändung sollte von vornherein und so ipso nichtig sein, diejenigen, welche etwas gegen ein solches Pfand geliehen hätten, sollten ohne weiteres ihres Geldes verlustig sein. Diese Bestimmung schloß ohne Zweifel eine gewisse Gewaltthätigkeit in sich, auf der anderen Seite machte sie aber weitere Verpfändungen in der That unmöglich, da der Inhalt des Reverses doch ohne Zweifel zur Kenntniß der etwaigen Interessenten kommen mußte. Damit steht es dann in engem Zusammenhange, wenn der Kurfürst von Neuem größere Sparsamkeit in seinem Hofhalte verheißt, so daß dann die Bestimmung, daß die neueinkommenden Steuern ausschließlich zur Tilgung der Landesschuld verwendet werden sollen, endlich zur Wahrheit werden könne. Uebrigens bewilligt der Kurfürst außerdem noch die Einsetzung ständischer Deputirten, die ausdrücklich hierüber wachen sollten. Es war nur eine selbstverständliche, aber dennoch bisher von den Ständen nicht zugestandene Ergänzung hierzu, wenn der Kurfürst dann nochmals auf Anweisung einer bestimmten Civilliste, die zu seiner unbedingt freien Disposition stehen müsse, dringt. Nur wenn der Kurfürst alle diese Verheißungen strikt erfülle, sollen die Städte zur Zahlung der neuen Steuern verpflichtet sein. Endlich verspricht er ihnen Aufrechthaltung aller ihrer Freiheiten und Privilegien, denen ihre jetzige Bewilligung in keiner Weise präjudiciren solle.

Zwei Tage nach Ausstellung dieses Reverses erteilt dann der Kurfürst als Ergänzung zu demselben den Städten eine eingehende Antwort auf die von ihnen in ihrer Gesamtheit eingereichten Beschwerde-Artikel.¹⁾ Punkt für Punkt erledigt er dieselben und bewilligt die meisten der gestellten Forderungen. Den von ihnen erbetenen Generalsuperintendenten, der auf eine Verbesserung der Zucht, Ordnung und Disziplin der Kirche hinwirken sollte, ernennt er in der Person des Johann Agricola, welchen er 1538 als Hofprediger nach Berlin berufen hatte, und welcher noch soeben bei der Abfassung des Augsburger Interim eine hervorragende Thätigkeit entfaltet hatte. Ihm sollten die Visitatoren fördernd zur Seite stehen, welche auch darauf halten sollten, daß das Einkommen der Kirche zu besserer

¹⁾ Vgl. oben S. 514 ff. und im Anhang Nr. 15 und 16.

Beforgung der Pfarrer und Schullehrer, für die Armenpflege und die Verleihung von Stipendien verwendet werde, wie das die Städte in jener Eingabe ebenfalls gefordert hatten. Beim Abgang eines Pfarrers sollen die Städte das Recht haben, einen neuen zu wählen, nur müssen sie denselben der landesherrlichen Regierung anzeigen.

Ebenso geht der Kurfürst auf die in Bezug auf die Universität Frankfurt geäußerten Wünsche der Städte ein, indem er die Anstellung fleißiger Dozenten in Aussicht stellt.

Den Uebergang zu den wirthschaftlichen Desiderien der Städte bildet es dann, wenn der Kurfürst erklärt, er wolle sich in Bezug auf die Juden an die von jenen angeführte, ihm bisher unbekannte Verschreibung halten. Die Erfüllung dieses Versprechens mußte sich aber in praxi um so mehr als unmöglich herausstellen, als eben damals der Jude Sippold eine hervorragende Rolle bei der Beforgung der kurfürstlichen Finanzen spielte.

Sehr eingehend antwortet dann der Kurfürst auf die über die mangelhafte Rechtspflege vorgebrachten Beschwerden. Er verspricht prompte Justiz gegen ihre Schuldner auf dem Lande und vollständige Gleichheit aller Stände vor Gericht in allen strafrechtlichen Fällen, die in der allerbindendsten Form gesetzlich normirt wird. Auch die Uebergehung der städtischen Gerichte im Instanzenwege und die sofortige Einbringung von Klagen vor dem kurfürstlichen Kammergerichte solle abgestellt werden. Dagegen giebt der Kurfürst auf die speziellen gegen seine Beamten zur Sprache gebrachten Klagen keine Antwort.

Sodann geht der Kurfürst auf die rein wirthschaftlichen, auf Handel und Verkehr bezüglichen Wünsche der Städte ein. Was die freie Schifffahrt auf der Elbe betreffe, so habe der Kaiser seinerseits ihm dieselbe zugesagt, und es handle sich daher nur noch darum, daß der Fürst von Lüneburg dieser kaiserlichen Verordnung nachkomme, und daß auch die Vorüberfahrt bei Hamburg von dieser Stadt freigegeben werde. Der Kurfürst verspricht sein Möglichstes zur Erreichung dieses Zieles zu thun. Der freien Anordnung der Städte in Bezug auf Polizei und sonstige kommunale Angelegenheiten wird ein ziemlich freier Spielraum gelassen. Dem in den Städten geltenden Herkommen werden die Ordnungen über Kleidung, Schmuck, Hochzeit- und Kindtaufenfeiern, welche in den gesetzlichen Normen jener Tage eine so große Rolle spielen, überlassen; ebenso soll es in Bezug auf den Ausschluß unehelich Geborener aus den Zünften und Gewerken bei den in den einzelnen Städten geltenden Bestimmungen sein Betwenden haben u. dgl. m.

In der That ergriff dann der Kurfürst sofort die Initiative in der thatsächlichen Abstellung der von den Städten vorgebrachten Beschwerden.

Und so wenig eine völlige Durchführung der betreffenden Verordnungen erreicht werden konnte, so wird man doch den guten Willen des Kurfürsten, den bestehenden Uebelsständen abzuheffen, nicht in Zweifel ziehen dürfen.

Um der Klage der Städte, daß in mehreren Dörfern des Amtes und Klosters Chorin Inhaber von Wirthshäusern und auch andere Bauern der Landesordnung zuwider Bier brauen, entgegenzutreten, wird dem Amtschreiber daselbst von dem Kurfürsten der gemessene Befehl ertheilt, für Abflattung dieses Mißbrauches zu sorgen; sonst werde man außer der Wegnahme des Bierfessels und der Gefäße auch noch Strafe eintreten lassen. Nur wer durch 30jährige Gewohnheit, die er nachweisen müsse, das Recht des Brauens gewissermaßen ererbt habe, solle dieses Recht auch in Zukunft ausüben dürfen. Und auch auf die zur Durchführung dieses Verbotes von den Städten vorgeschlagene Maßregel des gänzlichen Verbotes des Gerstenmalz-Nahlens von Seiten der Mäller geht der Kurfürst ein und erläßt eine dahin gehende Anordnung an den Amtman von Stralow.¹⁾

Gleichzeitig werden auch die einleitenden Schritte zu der geforderten Einlösung der Ämter und Schlösser, bei denen diese noch nicht erfolgt war, gethan. Zu diesem Zwecke werden verschiedene Amtleute angewiesen, sich zu den betreffenden Pfandinhabern zu begeben; es werden ihnen für die hierzu nöthigen Reisen Reisekosten und Tagegelde angewiesen. Sie sollen für Aufstellung gewissenhafter Rechnungen auch in ihrem eigenen Amte sorgen. Sodann werden die Pfandinhaber selbst von Neuem vor den Ausschuss, der am 23. Oktober wieder zusammentreten werde, beschieden, und zwar einige von ihnen für den 23. Oktober selbst, andere für den 24., 25., 26., 27., 28. und 29. Oktober. Und zwar sind es noch immer gegen 30 Pfandinhaber, mit welchen auf diese Weise nach der Wiedereröffnung der Sitzungen des Ausschusses verhandelt werden soll.

Um nun aber die Durchführung dieser für eine wirkliche Besserung der Finanzlage unentbehrlichen Maßregel zu ermöglichen, mußte man nun vor Allem an die baldige Eintreibung des neubewilligten Biergeldes denken. Hierüber wird dann auch in der That eine besondere Verfügung erlassen, nach welcher mit der Einziehung desselben schon im nächsten Quartal der Anfang gemacht werden soll. Wertwürdig ist hierbei, daß in dieser Verordnung, ohne daß dies bei den Verhandlungen des Ausschusses festgesetzt worden wäre, ohne weiteres vorausgesetzt wird, daß außer der neubewilligten Biersteuer auch die bisherige Bierziese weiter erhoben werde. Der Modus der Einziehung wird dann auf das genaueste festgestellt. Jeder, der Bier brauen will, soll sich von der Stadt ein Zeichen, eine Marke

¹⁾ B. die betreffenden Verordnungen unter Nr. 17a des Anhangs.

geben und dieselbe in ein besonderes Register eintragen lassen. Wenn dann das Bier gebraut und in Fässer gefaßt ist, soll der Produzent desselben selbst anzeigen, wie viel Tonnen er gebraut habe, und dann nach 14 Tagen die Biersteuer bezahlen. Thut er dies nicht, so soll innerhalb weiterer 8 Tage zur Pfändung geschritten und die betreffenden Pfandobjekte dreimal auf dem Markte meistbietend versteigert werden. Dabei soll aber insofern noch immer eine gewisse Milde obwalten, als der bei der Versteigerung sich etwa ergebende Ueberschuß über die Steuersumme, welche der Gepfändete schuldet, diesem zurückgegeben werden soll. Daraus ergiebt sich indeß auch die gegentheilige Bestimmung, daß, wenn die Versteigerung nicht die volle Summe der schuldigen Steuer ergebe, nochmals zur Pfändung geschritten werden solle. Die Größe einer Tonne Biers soll nach dem jedesmaligen Gersten- und Hopfenpreise normirt werden, so daß die Steuer stets mit den zeitweiligen Produktionskosten im Verhältniß stehe. Der Verkaufspreis der Tonne Bier soll dann so normirt werden, daß die 8 Groschen Steuer nicht den Brauer treffe, der sie vielmehr nur auslegen solle, sondern auf den Konsumenten, den „Trinker“, abgewälzt werde. Dem entsprechend soll auch für jede Tonne von auswärts her importirten Bieres 8 Groschen Steuer gezahlt und diese dem Verkaufspreise zugeschlagen werden. Alle Vierteljahre sollen dann die Register und das eingegangene Geld an die zu diesem Zwecke niedergesetzte ständische Deputation eingereicht werden. Uebrigens solle die Biersteuer auch von den Gastwirthen auf dem Lande, welche altem Herkommen zufolge Braugerechtigkeit haben, erhoben werden. Hierüber ergeht dann noch eine besondere Verordnung des Kurfürsten, nach welcher die Biersteuer auf dem Lande an den ständischen Vertreter oder an den Ortspfarrer abzuführen ist. Für die mit der Zahlung Säumigen wird dann außer der Pfändung noch die verschärfende Bestimmung getroffen, daß ihnen fernerens Brauen so lange untersagt sein solle, bis sie die rückständige Steuer gezahlt haben.¹⁾

Während dieser vorbereitenden Schritte des Kurfürsten waren die Verhandlungen des Ausschusses sistirt gewesen. Nunmehr wurde derselbe für den 22. Oktober wieder einberufen.²⁾ Um die von dem Kurfürsten schon in Fluß gebrachten Maßregeln weiter zu fördern, ernannten nun die Stände gleich beim Beginne der Sitzungen besondere Delegirte zu den Unterhandlungen mit den Pfandinhabern: einen aus den Prälaten- und

¹⁾ Vgl. im Anhang Nr. 17b und c.

²⁾ Die Einberufungsverfügung ist gerichtet an alle einzelnen Mitglieder des Ausschusses, wie wir sie S. 511 aufgezählt haben. Die Adressaten aus den Städten sind im Anhang unter Nr. 19 namhaft gemacht.

Herren-Stände, drei aus der Ritterschaft und drei aus den Städten. Davon müssen von den Delegirten der Ritterschaft stets zwei zugegen sein und außerdem auch einige kurfürstliche Räte dabei fungiren. Die drei Delegirten der Ritterschaft sollen zugleich die Ämter der Mittelmark inspiziren und Rechnung einfordern; sie sollen auch alle Vierteljahre zusammenkommen und über die eingegangenen Steuern referiren.

Dann wandte man sich sogleich zu den Verhandlungen mit den Pfandinhabern. Bei dieser Gelegenheit machte Eustachius v. Schlieben geltend, daß die für die Inspektoren der Ämter angesetzten Reisebiäten (10 Gulden Rossgeld pro Person und 5 Wispel Hafer für jedes Pferd) sich bei der räumlichen und zeitlichen Ausdehnung der hierzu erforderlichen Reisen als unzureichend herausgestellt hätten. Gleichzeitig erklärte sich Schlieben indess bereit, das Amt Jossen und das Dorf Schöneiche, die ihm für ein Darlehen von über 9400 Thaler verpfändet worden seien, auch ohne sofortige Baarzahlung gegen eine ständische Schuldverschreibung abzutreten. Eine solche Schuldverschreibung mit der Verpflichtung zur Abzahlung des Kapitals innerhalb 8 Jahren wurde ihm dann in der That von den Ständen ausgestellt. Bis dahin wollten sie den jeweiligen Rest der Schuld mit 5% verzinsen.¹⁾

An demselben Tage wurden dann noch drei Vertreter der oberen Stände zu „Einnehmern“ der Biersteuer verordnet. Die Städte, welche dann ebenfalls aus ihrer Mitte einige Mitglieder zu dieser Kommission ernennen sollten, vermochten sich über deren Personen nicht zu verständigen und überließen deren Ernennung dem Kurfürsten. Ebenso erfolgte dann die Ernennung derjenigen, welche die Ämter inspiziren sollten. Die Städte vermochten sich nur über zwei ihrer Vertreter zu vereinigen, während die oberen Stände ihre drei Vertreter wählten. Erstere präsentirten dann dem Kurfürsten vier Personen aus ihrer Mitte, aus denen er den dritten ernennen sollte.

In der Sitzung des Ausschusses vom 26. Oktober wurde dann, nachdem man mit Eustachius v. Schlieben unter den angegebenen Modalitäten zu einem Abschluß gelangt war, zunächst mit Curt Mohr verhandelt, der ebenfalls zu einer Vereinbarung bereit ist, aber eine Verzinsung seines Kapitals mit 6% verlangt. Auch die Verhandlungen mit den übrigen Gläubigern nahmen erwünschten Fortgang.

Da nun aber die Biersteuer nach ihrem Pauschalansatz nur zur Deckung der Zinsen, nicht aber zur Abtragung der Kapitalien selbst ausreichte, so

¹⁾ Den Wortlaut der betr. Schuldverschreibung theilen wir unter Nr. 19 des Anhangs mit.

machte sich nun immer dringender die Nothwendigkeit geltend, auch die übrigen bewilligten Steuern flüssig zu machen. Dementsprechend erging bereits am 25. Oktober eine Verfügung des Kurfürsten, durch welche die sofortige Einbringung des von den oberen Ständen bewilligten Fufenschosses angeordnet wurde. Diese Verordnung wurde dann an die Landstände der einzelnen Marken geschickt und für jeden derselben ein Sammelort, an dem die Steuer zusammengebracht werden sollte, bestimmt. Nur für die Altmark ist ein solcher nicht angegeben. Für die Priegnitz ist es Perleberg, für Ruppin, die Mittelmark, das Havelland, Teltow, Barnim und Rebus Berlin, für die Uckermark Prenzlau und für Stolp Neu-Angermünde. Das Geld soll daselbst in einem besonderen Kasten aufbewahrt und zugleich mit dem Register an die Verordneten der Landschaft abgeführt werden.

Von den weiteren Verhandlungen im November sind nur fragmentarische Notizen auf uns gekommen, welche den Zusammenhang der Dinge indeß unschwer erkennen lassen. Vor Allem führten die Städte entschieden Klage dagegen, daß eine Anzahl von Adligen, welche sie einzeln namhaft machen und unter denen sich Mitglieder der angesehensten märkischen Familien befinden, ohne Berechtigung Bier braue und zum Verkauf bringe. Auch die Beschwerden über die Uebergriffe einiger Hauptleute wiederholen sich. Vor allen diesen ins kleinste Detail gehenden Beschwerden scheint es zu Verhandlungen allgemeinerer Art gar nicht mehr gekommen zu sein. Dagegen finden jene einzelnen speziellen Beschwerden durch eine am 17. Dezember erlassene Antwort des Kurfürsten ihre Erledigung. In derselben wird von Neuem festgestellt, daß auch auf dem Lande diejenigen, die auf Grund alter Berechtigungen Bier brauen, auch die Biersteuer entrichten sollen; den übrigen aber, die eine Berechtigung nicht nachweisen können, soll das Brauen gänzlich untersagt werden. Dementsprechende Verordnungen werden dann auch für die einzelnen Distrikte getroffen. Weiter wird das Aufkaufen des Getreides der Bauern von Seiten der Adligen verboten. Zur Sicherung des Verkehrs auf den Straßen, namentlich in den an das Magdeburgische grenzenden Distrikten, sollen einzelne berittene Gensdarmen auf den Straßen umherstreifen. Dafür wird aber auch bei der Sicherung der Land- und Wasserstraßen die Beihülfe der Städte selbst in Anspruch genommen, die u. A. für die Aufsehung der Havel im Winter Sorge tragen sollen.

Wegen der vom Markgrafen Johann aufgelegten Viehzölle sollen sie eine schriftliche Vorstellung einbringen; er, der Kurfürst, werde dann sehen, ob sich diesem Uebelstande abhelfen lasse.

Im Dezember wurden dann energische Maßregeln zur Einziehung der Biersteuer ergriffen, welche dadurch nothwendig geworden waren, daß trotz

der erlassenen Anordnungen in dem vergangenen Quartal noch nichts von dieser Steuer eingegangen war. Eile aber war dringend geboten, da eine große Anzahl von Gläubigern sich überhaupt nicht mehr auf Prolongationen einlassen wollte und mit Pfändung drohte. Auch das noch nicht entrichtete Siebelgeld sollte nunmehr schleunigst eingebracht werden.

Damit ging der Ausschuß auseinander, ohne doch außer der Bewilligung der Biersteuer und des Hufenschosses auf dem Lande, sowie den Verhandlungen mit den Pfandinhabern etwas Entscheidendes geleistet zu haben. Im Grunde war doch noch immer nur für die Zahlung der Zinsen, nicht aber für Abtragung der Schuldsomme selbst gesorgt worden. Ja, die Verhandlungen mit den übrigen Gläubigern, welche keine Ämter und Klöster in Pfandbesitz hatten, deren Forderungen doch den bei weitem größten Theil der auf dem Lande lastenden Schuld ausmachten und die am dringendsten auf baldiger Zahlung bestanden, waren noch gar nicht in Angriff genommen worden. So blieb für das nächste Jahr noch eine Fülle unerledigter Aufgaben zu lösen.

In der That wurde dann der Ausschuß auch schon im Februar des Jahres 1550 wieder einberufen und mit einer sehr ausführlichen Proposition eröffnet. Indem der Kurfürst nochmals für die erfolgte Bewilligung dankt, weist er zugleich darauf hin, daß der Fortgang des Schuldentilgungsgeschäftes durch allerhand unvorhergesehene „Unrichtigkeiten und Beschwerden“ gehemmt worden sei, zu deren Abstellung er sich bewogen gefühlt habe, den Ausschuß nochmals zu berufen. Noch sei die Ablösung der Ämter nicht völlig gelungen; statt der neuen Schuldverschreibungen, welche man einigen der Pfandinhaber gegeben, müsse man endlich an wirkliche Abzahlungen denken. Fast noch dringlicher aber sei die Befriedigung der übrigen Gläubiger, welche sich auf weitere Prolongationen oder neue Schuldverschreibungen von Seiten der Stände überhaupt nicht einlassen wollten. Er habe zwar die Absicht gehabt, mit denselben noch einmal eine gütliche Einigung zu versuchen, und habe zu diesem Zwecke einige Mitglieder des Ausschusses delegirt, diese hätten aber erklärt, hierzu keinen Befehl von den Ständen erhalten zu haben. Und doch sei ihm die neue Steuer ausdrücklich behufs Abzahlung aller Schulden, nicht bloß zur Ablösung der Ämter, Klöster und Gefälle bewilligt worden. Auch würde ja die letztere ohne die erstere von dauerndem Erfolg gar nicht sein können. Und wenn die Schulden nicht endlich in ihrer Gesamtheit getilgt würden, so sei doch auch an ein Aufhören der großen Steuerlast nicht zu denken. Ueberdies habe die Biersteuer bei weitem nicht so viel eingebracht, als man angenommen habe. Da sich nun bisher immer herausgestellt habe, daß sich die Stände der verschiedenen Landestheile über die Vertheilung und Aufbringung der Steuer

unter einander nicht vereinigen könnten, so halte er es für besser, wenn nicht die Gesamtheit der Stände die ganze Summe aufbringe, sondern die letztere an die einzelnen Landestheile vertheilt und von jedem besonders aufgebracht werde; jeder Landestheil solle dann auch besonders mit den Gläubigern, deren Forderungen er übernommen habe, verhandeln, da die Gläubiger sich auf Verhandlungen mit ihm selbst überhaupt nicht mehr einlassen wollten. Außerdem bringt der Kurfürst nochmals auf Anweisung einer bestimmten Summe für seinen Unterhalt und für Meliorationen der eingelösten Ämter.

Auf Grund dieser Proposition begannen nun die Verhandlungen, über die wir leider wieder nur sehr fragmentarisch unterrichtet sind, am 26. Februar. Die erste Aufgabe, welche der Lösung harrte, war die definitive Einlösung der Ämter und Gefälle, über welche die einleitenden Verhandlungen schon im Jahre vorher stattgefunden hatten. Eine sofortige Abzahlung auch nur der hierfür in Betracht kommenden 100 000 Gulden konnte nicht in Frage kommen, da die bisher eingegangenen Geldmittel kaum zur Deckung der Zinsen hinreichten und auf neue Schuldbeschreibungen und Ratenzahlungen doch nur einige der Gläubiger eingegangen waren. Infolge dessen verlangten die Stände, daß man sich zunächst darüber einigen solle, wer bei dieser Lage der Dinge noch im Besitz seines Amtes bleiben solle; diese müßten dann vorläufig nur ihre Zinsen aus dem Amt erhalten. Auf eine definitive Regelung innerhalb des ersten Jahres verzichtete man von vornherein, da man noch nicht bestimmt wissen könne, wie viel die neuen Steuern einbringen würden. Als vorläufiges Auskunftsmittel brachte dann der Ausschuß eine verzinsliche Anleihe in Vorschlag, derentwegen indeß ein allgemeiner Landtag berufen werden müsse, da sie, die Ausschußmitglieder, hierzu nicht bevollmächtigt seien. Doch einigte man sich wenigstens vorläufig über die Instruktion, welche den zur Verhandlung mit den Gläubigern ernannten Ausschußmitgliedern mitgegeben werden solle, in welcher dann die Höhe der Verzinsung und die Versicherung der ratenweisen Abtragung aufgenommen wurde. Auf das von dem Kurfürsten vorgeschlagene Auskunftsmittel einer systematischen Vertheilung der ganzen Schuldsomme unter die einzelnen Landestheile aber, wollte sich der Ausschuß nicht einlassen; denn es sei oft vorgekommen, daß man eine Stadt oder eine Landschaft dadurch zu Bewilligungen überredet habe, daß man ihr fälschlich gesagt habe, die anderen Städte hätten dasselbe bewilligt.

Bei der Verhandlung über die Aufeinanderfolge der abzutragenden Summen erklärten die Stände gleich bei der ersten Schuldsomme, sie könnten die Abtragung derselben nicht übernehmen, da über das Geld des gegenwärtigen Quartals bereits verfügt sei. Endlich erbietet sich dann ein ein-

zelnes Mitglied des Ausschusses, Hans v. Krummesche, gegen eine von den Städten zu leistende Sicherheit 6000 Thaler in Wechseln bis gegen Michaelis aufzutreiben, welche dann aus der Steuer aufgebracht werden sollen. Zu einer zweiten Abzahlungssumme in gleicher Höhe, welche im April geleistet werden sollte, verpflichten sich endlich die Städte in ihrer Gesamtheit. Das war aber im Grunde auch alles, was für die Abtragung der Kapitalien selbst vorläufig geschah. 12 000 Thaler bei einer Schuldenlast von über 1 Million Gulden! Königlich konnte sich allerdings das Mißverhältniß zwischen den Rechten, welche die Stände forderten und erlangten, und den Leistungen, zu welchen sie sich verpflichteten, kaum offenbaren! So war man denn im Grunde nach $1\frac{1}{2}$ jährigen Verhandlungen wieder auf demselben Punkte, von dem man ausgegangen war: man mußte eben nochmals versuchen, von den Gläubigern Prolongationen zu erlangen. Zu diesem Zwecke schreibt dann der Kurfürst an den Hofmarschall und Hauptmann der Altmark, den Hauptmann zu Salzwedel, und an seine Räte Joachim v. Lüderitz, Lewin von der Schulenburg, Rudolf v. Alvensleben, Curt v. Rintorff und Schönermark und an den Bürgermeister von Stendal: sie sollen nunmehr die Unterhandlungen in die Hand nehmen, zu welchem Zwecke er ihnen Verzeichnisse über die Summen, mit denen die Ämter verpfändet seien, schickte. Die Pfandinhaber sollten die Kapitalien verzinst und auf diese selbst Ratenzahlungen erhalten, dafür aber die Ämter und Gefälle sofort dem Kurfürsten überlassen.¹⁾

Um nun aber diesen Unterhandlungen einen wirklichen Effect zu sichern, mußte der Kurfürst noch einmal nachdrücklich auf endliche Einbringung der bewilligten Steuern dringen. Er that dies in einer an die Städte gerichteten Verfügung unterm 1. März, in welcher er bei Strafe von 100 Gulden die Einbringung des Biergeldes bis spätestens zum Montag nach Vätare, 17. März, befehlt. Einige Tage darauf (am 9. März) ergänzt er dann diese Aufforderung dahin, daß die Biersteuer von den Bürgermeistern der einzelnen Städte eingebracht werden solle, da er mit den Städten noch einige „hochangelegene“ Angelegenheiten zu besprechen habe. Eine gleiche Aufforderung erging dann auch an die oberen Stände.

Aber es schien, als sollte nun einmal die Angelegenheit nicht recht in Fluß kommen. Denn statt sich nun wirklich ernstlich mit dem Schulden-tilgungsgeschäfte abzugeben, kamen die Städte von Neuem mit einer Fülle von Beschwerden, deren Abstellung sie von dem Kurfürsten verlangten. Den guten Willen zur Abstellung derselben hatte der Kurfürst doch wiederholt

¹⁾ Ein Verzeichniß der Ämter, derenwegen noch zu verhandeln war, findet sich im Anhang unter II, Nr. 4.

bewiesen, indem er die dazu erforderlichen Anordnungen in klarer und energischer Form hatte ergehen lassen. Noch konnten diese soeben erst erlassenen Verordnungen nicht zur Ausführung gekommen sein, aber ohne auf deren Effect zu warten, bringen die Städte immer von neuem in den Kurfürsten mit ihren schon so oft vorgebrachten Klagen. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß sie die ganze Angelegenheit nur hinzuschleppen und den Kurfürsten in immer größere Abhängigkeit zu bringen bestrebt waren. Dieselbe klägliche Misere, die nun schon seit Jahren spielte, wiederholte sich. Freilich kann ja nicht geleugnet werden, daß an der obschwebenden Nothlage der Kurfürst zum großen Theil selbst die Schuld trug. Aber die Sache war doch nun nicht mehr zu ändern, und die Städte hatten, obwohl sie die Gründe der Nothlage kannten, in richtiger Erkenntniß der Nothwendigkeit ihre Zustimmung zu den neuen Steuern gegeben: was in aller Welt konnte es nun fruchten, die Sache immer und immer wieder zu verschleppen? Kaum einen neuen, schöpferischen Gedanken vermochten sie vorzubringen. Statt zu handeln, ergingen sie sich in unaufhörlichen Klagen und Quängelien, und schon tauchte auch wieder der unglückselige Gedanke auf, daß der Ausschuß zu wirklicher Erledigung der vorliegenden Aufgaben nicht ermächtigt sei, daß man vielmehr wieder zur Berufung eines Landtages schreiten, d. h. die so dringende Angelegenheit ad calendas graecas vertagen müsse. Es zeigte sich allmählig bis zur Evidenz, daß eine nicht auf Volksrepräsentation, sondern auf kastenmäßig abgeschlossenen und sich abschließenden Ständen beruhende Korporation zur Lösung staatlicher Aufgaben und zur Handhabung einer zentralisirten Verwaltung thatsächlich unbrauchbar sei. Und so sehr die stets behauptete bedrängte ökonomische Lage der Stände eine gewisse Wahrheit in sich schloß, so wäre doch bei wirklich aufrichtigem Willen, bei einigem Opfermuth und namentlich bei einer billigen und gleichmäßigen Vertheilung der Gesamtsumme ein Ausweg aus der kläglichen Lage so sehr schwer gar nicht gewesen. Freilich hätte man dann endlich zu dem einzig möglichen Modus, zu einer Heranziehung aller Bevölkerungsklassen zu den staatlichen Leistungen, sich entschließen müssen. Aber wie der Adel auf dem Lande den Hufenschoß auf die kleinen Grundbesitzer und die Pächter abwälzte, um selbst der Steuerlast sich zu entziehen, so wollten auch die Städte von einer allgemeinen, wenn wir so sagen sollen, staatsbürgerlichen Steuer noch immer nichts wissen. Noch immer blieb die Biersteuer, welche als direkte Steuer nur von den Brauereien gezahlt wurde, thatsächlich aber nach ihrer eigenen Intention als indirekte Steuer auf den Konsumenten lastete, die einzige Steuer, zu der sie sich verstehen wollten; die Grundsteuer als solche hatten sie noch immer abgelehnt und sich statt dessen nur zur Zahlung einer

Bauschallsumme verstanden. Noch viel weniger dachten sie an eine direkte Besteuerung der einzelnen Bürger, wie sich denn die Städte merkwürdiger Weise überhaupt leichter zu indirekten als zu direkten Steuern verstanden. Und doch muß man einräumen, daß die Städte trotz aller Opposition noch immer größeren Eifer zeigten als die oberen Stände. Auf dem Lande kam trotz der nachdrücklichen Verfügungen des Kurfürsten fast gar nichts ein: 1008 Gulden und 24 Groschen war hier im ersten Quartal der ganze Ertrag der Biersteuer, während die Städte immerhin nahezu das Zehnfache aufbrachten.¹⁾

Und unter den Beschwerden der Städte, so sehr sie immer und immer wieder auf dieselben Gesichtspunkte bis zur Ermüdung des Kurfürsten und — des Historikers zurückkommen, befanden sich doch einige, denen man eine innere Berechtigung nicht absprechen kann. So stellte sich heraus, daß der Kurfürst den Städten Salzwebel und Gardelegen in Folge ihrer motivirten Eingaben²⁾ gestattet hatte, sich mit einer einmaligen Summe für die Biersteuer abzufinden, die der Bedeutung ihres Brauereibetriebes keineswegs entsprach. In der That mußte durch solche Begünstigungen Einzelner die Lage der Gesamtheit immer schwieriger werden. Neben den alten Beschwerden über unberechtigtes Brauen auf dem Lande, dem gegenüber sie um ein genaues Verzeichniß der zum Brauen berechtigten Krüger auf dem Lande bitten, erscheinen dann auch wieder solche wegen der in der Universität Frankfurt obwaltenden Verhältnisse. Hier beklagen sie sich darüber, daß die am stattlichsten besoldeten Professoren und Dozenten am wenigsten Eifer in ihren Vorlesungen zeigen, während die, welche täglich mit Fleiß und Eifer lesen, wenig oder gar keine Besoldung erhalten. Sie sehen mit Recht hierin eine dringende Gefahr für das Gedeihen der Universität überhaupt und bitten, hier unbedingte Gleichheit und Gerechtigkeit obwalten zu lassen.

Beschwerden ähnlicher Art kehren auch in den vom 20. März an weiter mit den Städten gepflogenen Unterhandlungen wieder. Sie gaben ausdrücklich die Erklärung ab, daß sie das von ihnen aufgebrauchte Biergeld deswegen noch nicht abgeliefert hätten, weil die anderen Stände nicht gleichförmig behandelt worden seien. Da die letzteren noch immer Alles in Allem nicht mehr als 2000 Gulden aufgebracht hätten (es waren also inzwischen wieder 1000 eingekommen), so verlangen sie eidlích festgestellte Register über die zu zahlenden Summen. Aber auch die Vertheilung der Steuer unter ihnen selbst finden sie nicht gerecht. Außer der Gardelegen und

¹⁾ Vgl. im Anhang II, Nr. 5.

²⁾ Vgl. oben S. 517 und im Anhang I, Nr. 6.

Salzwedel gewährten exceptionellen Begünstigung sei auch Fürstenwalde eine solche zu Theil geworden: es werde dort mehr Bier gebraut als in Frankfurt; deswegen müsse es auch mehr Steuer zahlen als das letztere. Immerhin erreichte der Kurfürst noch so viel, daß sie in die Ablieferung der bisher eingekommenen Biersteuer willigten. Dann aber bestanden sie ebenso wie die oberen Stände immer dringender auf der Einberufung eines allgemeinen Landtages, und der Kurfürst konnte nicht umhin, diesem Drängen endlich nachzugeben, so unangenehm ihm auch diese neue Verschiebung einer definitiven Regelung der Verhältnisse um so mehr sein mußte, als die städtischen Vertreter ausdrücklich erklärten, daß sie nicht der Ansicht seien, daß die Landtagsmitglieder von den auftraggebenden Städten mit ausreichender Vollmacht ausgestattet werden würden. Vielmehr glaubten sie, daß die Städte darauf bestehen würden, daß ihre Vertreter im Falle neuer Anforderungen immer erst wieder an sie berichten müßten.

Bereits am 8. April ergeht nun an Herren und Ritter einer- und an die Städte andererseits das Berufungsschreiben zum allgemeinen Landtage, welches den Ständen am Sonntag Cantate (4. Mai) in Berlin sich einzufinden gebietet; am nächstfolgenden Tage sollten dann die Verhandlungen beginnen.

Nach der von den städtischen Vertretern abgegebenen Erklärung, daß die Landtagsmitglieder der Städte von diesen mit *plein pouvoir* zu den Bewilligungen nicht ausgestattet werden würden, konnte es dem Kurfürsten nicht zweifelhaft sein, daß auch der Landtag wieder resultatlos verlaufen würde, wenn es nicht gelinge, die Städte von diesem Entschlusse abzubringen. In dieser Erkenntniß wandte er sich noch vor dem Zusammentritt des Landtages noch einmal an die Städte, um sie zur Absendung ihrer Abgeordneten mit *plein pouvoir* zu vermögen. Ein Versuch, den er in dieser Hinsicht bei den Bürgermeistern, welche das bisher eingegangene Biergeld einbrachten (vgl. oben S. 532), machte, mißlang vollständig. Die städtischen Bürgermeister erklärten ihm, man habe im Lande Mißtrauen gegen seine Räte. Der Kurfürst solle diese einmal bei den Städten umherschicken, dann würden dieselben hören, was man sage, und könnten dann versuchen, ob sie die Städte zur Uebertragung ausreichender Vollmachten an ihre Abgeordneten bringen könnten.

Und so sehr es auf der Hand lag, daß diese Antwort doch nur gegeben war, um einer wirklichen materiellen Antwort auszuweichen, so entschloß sich der Kurfürst doch, den in derselben enthaltenen Vorschlag wirklich zu acceptiren, d. h. in der That seine eigenen Räte an die einzelnen Städte zu entsenden. Und zwar erwählte er für diese Mission die folgenden: Adam Trott, der Kanzler Johann Weinlob, Thomas Matthijs und

Rang-Joachim v. Bredow¹⁾ sollten nach Brandenburg, der Marschall und der Hauptmann der Altmärk, Joachim v. Lüderitz und Lewin von der Schulenburg nach Stendal, Andreas v. Lüderitz und Rudolf v. Alvensleben nach Salzwedel, Christoph Hans Eüler zu Puttitz, Curt und Dietrich Mohr nach Perleberg und Ruppin, Jacob v. Arnim, Bartel Floss, Hans v. Arnim nach Prenzlau,²⁾ Eustachius v. Schlieben, Matthias v. Salden und Joachim v. Bredow nach Frankfurt gehen.³⁾

Diesen Räten wird nun als Grundlage für ihre Verhandlungen mit den Städten eine sehr eingehende Instruktion mitgegeben. Danach sollen sie sogleich am Morgen nach ihrer Ankunft in der betreffenden Stadt dem Rathe derselben die Willensmeinung des Kurfürsten vortragen und zum Beweise diese Instruktion selbst vorzeigen: ihre Ausschußmitglieder würden ihnen schon mitgetheilt haben, daß die bewilligte Biersteuer den ursprünglichen Anschlag derselben keineswegs erreicht habe, so daß durch dieselbe die Einkünfte der Ämter und Gefälle und die Bezahlung der Schulden nicht zu erreichen sei. Man müsse also, um endlich einmal aus der finanziellen Nothlage herauszukommen, daran denken, noch weitere Mittel flüssig zu machen. Aus diesem Grunde habe sich der Kurfürst auf Anrathen des Ausschusses entschlossen, noch einmal einen allgemeinen Landtag zu berufen. Zu diesem sollten sie nun ihre Abgeordneten mit Vollmacht „ohne Zurücktragen“ ausstatten, d. h. so, daß dieselben aus eigener Machtvollkommenheit, ohne nochmals an die Städte, die sie abgeordnet, zu berichten, gleich definitive Beschlüsse im Verein mit den anderen Ständen fassen könnten, damit die Angelegenheit nicht ins Endlose verschleppt werde. Auch seien sie ja über die auf dem Landtage zu verhandelnden Angelegenheiten genügend informiert, daß ein nochmaliges „Zurücktragen“ oder Bedenken unnöthig sei. Gingen die Städte hierauf ein, so sollten ihnen die Räte dafür den Dank des Kurfürsten sagen. Sollten sie sich aber auf das alte Herkommen berufen, daß bei allen wichtigen Beschlüssen die städtischen Abgeordneten erst wieder nach Hause berichteten, ehe sie definitiv ihre Stimme gäben, so sollen die Räte darauf hinweisen, daß dieses Herkommen doch nur einen Sinn habe, wenn die Städte die Gegenstände der Verhandlungen vorher nicht kennen. Auch die Ausflucht, daß sie so viel bewilligen wollten,

¹⁾, ²⁾ und ³⁾ Hierbei müssen jedoch noch einige Personalveränderungen vorgegangen sein; denn thatsächlich berichten aus Brandenburg Albrecht v. Schlieben (statt Adam Trott), Johann Weinlob und Thomas Matthis, aus Prenzlau bezw. Neustadt-Eberswalde Bartel Floss (= Floss) und Jacob v. Arnim, während Hans v. Arnim nicht mitunterzeichnet, aus Frankfurt Joachim v. Bredow und der ursprünglich für Brandenburg bestimmte Adam Trott. Außer Hans v. Arnim ist also auch ein Bredow gänzlich weggelassen.



als die anderen Städte und die oberen Stände, sollten die Räte nicht gelten lassen. Vielmehr müsse sich jede Stadt selbst darüber klar werden, daß die erheischten Bewilligungen in der That nothwendig seien. Eine definitive Antwort sei deshalb das Einzige, was dem Kurfürsten und damit auch dem Lande wahrhaft nützlich sein könne. Zur Unterstützung dieser strikten Forderung sollen die Räte auch auf die Verdienste hinweisen, welche sich die landesherrliche Regierung durch Aufrechterhaltung des Friedens um das Land erworben habe. Sei aber eine definitive Antwort von den Städten durchaus nicht zu erlangen, so sollten die Räte dieselben auffordern, besondere Abgesandte 8 Tage vor der Eröffnung des Landtages, am 26. April, nach Berlin zu schicken, mit denen man sich dann vorgängig zu verständigen suchen werde, damit nicht der Landtag selbst wieder infolge der langen Verhandlungen fruchtlos verlaufe. Die Räte sollen dann über den Erfolg ihrer Sendung sofort an den Kurfürsten berichten.

Diese Berichte der einzelnen Räte liefen dann in der That prompt ein, der erste bereits am 17. April. Die Unterhandlungen mit den einzelnen Städten hatten darnach einen sehr verschiedenen Erfolg. Günstig wird man denselben aber im Allgemeinen nicht nennen können: die Städte waren nun einmal aus ihrer Kirchthurmspolitik nicht herauszubringen. Unbedingt zustimmend äußerten sich nur, zumeist nach langen vergeblichen Unterhandlungen: Prigwall, Kyritz, Wusterhausen, Neustadt Brandenburg, Tangermünde, Briesen. Gegenüber den fortwährenden Klagen, Beschwerden und Weigerungen der übrigen Städte macht namentlich die Antwort der zuletzt genannten Stadt eine höchst erfreuliche Ausnahme. Der Rath von Briesen erklärte einfach, die Stadt werde den Kurfürsten nicht im Stich lassen, sie würden den Ihrigen also *plein pouvoir* zu allen Bewilligungen geben. Größere Schwierigkeiten erhoben schon die Einwohner von Prigwall, ehe sie sich zu einer zustimmenden Erklärung verstanden. Dort gab die Gemeinde, welche man zusammenberufen hatte, zunächst durchaus abschlägige Antwort. Besseren Willen zeigte der Rath der Stadt, und nach langen Verhandlungen gelang es diesem, die Gemeinde dazu zu bewegen, ihm die Vollmacht zu geben, zwei Bevollmächtigte zum Landtage mit *plein pouvoir* zu entsenden. Verhältnißmäßig schnell dagegen entschloß sich die Neustadt Brandenburg zu einer zusagenden Antwort, wenn sie auch nicht versäumte, darauf hinzuweisen, daß es ihr fast unmöglich sei, noch neue Steuern zu entrichten.

Alle übrigen Städte aber machten mehr oder minder lebhaftere Opposition gegen die Anforderungen des Kurfürsten und waren zu einer definitiv zusagenden Antwort auf keine Weise zu bringen. Zwei von ihnen, Neuruppin und Seehausen, waren überhaupt zu gar keiner Konzession zu be-

wegen; sie weigerten sich sogar, Abgesandte am 26. April nach Berlin zu entsenden: sie wollten von neuen Belastungen schlechterdings und unter keiner Bedingung etwas hören. Doch entschloß sich Neu-Ruppin wenige Tage nachher doch noch zu einer wesentlichen Modifikation dieser abschlägigen Antwort, indem es in einem besonderen an den Kurfürsten gerichteten Schreiben seine Bereitwilligkeit erklärte, zu bewilligen, „was die anderen Stände und Städte in diesem ausgeschriebenem Landtage für gut ansehen würden.“¹⁾

Eine solche, mehr oder minder verklausulierte Antwort, die der Kurfürst in seiner Instruktion für die Räte ausdrücklich als unzureichend erklärt hatte, gaben dann auch noch Perleberg, die Altstadt Brandenburg, Osterburg, Frankfurt, Neu-Angermünde und Nauen ab.

Für die überaus vorsichtige und von einer definitiven Zustimmung doch verschiedene Art, wie sich diese Städte äußerten, ist der Bericht, welchen die Kommissarien für die Altstadt Brandenburg über den Erfolg ihrer Sendung an den Kurfürsten berichten, sehr bezeichnend.

Die Kommissarien trafen daselbst am 18. ein und beriefen Rath und Gemeinde für den nächsten Tag zusammen. Diese sträubten sich anfangs, irgend eine bestimmte Antwort zu geben, da sie die Höhe der in Frage kommenden Anforderungen nicht kennen. Sie hätten schon so viele Steuern gegeben, daß sie dem Verderben nahe seien, und daß Viele ihr Besitzthum verkaufen und die Stadt verlassen wollten. Auch seien von Magdeburg her die Straßen unsicher; doch wollten sie ihren Abgeordneten zum Landtage Befehl geben, anzuhören, was die anderen Stände bewilligen würden. Doch mußte ihnen das Resultat noch zurückgebracht werden, und dann würden sie bewilligen, was in ihren Kräften stände. Diese Antwort, welche sie schon als eine bedeutende Konzession auffaßten, war doch thatsächlich das Gegentheil einer Bewilligung. Denn eben auf die Vermeidung des

¹⁾ Der Bericht der Kommissare, welche die Antwort, welche sie erhalten, als eine völlig abschlägige bezeichnen, und die Eingabe der Stadt an den Kurfürsten stehen in ihrem materiellen Inhalte in einem unlöslichen Widerspruche, der wohl nur durch Annahme einer Abänderung des ursprünglichen Beschlusses zu erklären ist, wenngleich die Neu-Ruppiner selbst ihn auf andere Weise zu erklären suchen. Sie behaupten nämlich, die Kommissarien, namentlich Curt Rohr, hätten erklärt, sich auf weitere Verhandlungen nicht mehr einlassen zu können, und hätten dabei die unausbleibliche Fortsetzung ihrer Reise als Grund angegeben. Selbst wenn dies richtig ist, beweist es doch nur, daß die Kommissarien bei der ursprünglich abschlägigen Antwort an einem günstigen Erfolge ihrer Sendung verzweifeln. Nach der Abreise der letzteren erst erfolgte dann die doch noch immer sehr bedingte und verklausulierte Zustimmung. Und auch in dieser bitten sie noch, sie von der Absendung besonderer Gesandten zum 26. April zu verschonen und sich mit der Entsendung ihrer Abgeordneten zum Landtage zu begnügen.

„Zurücktragens“ kam es ja dem Kurfürsten an. Dies suchten ihnen auch die kurfürstlichen Kommissarien klar zu machen: die neuen Schulden seien, so führten sie aus, zur Erhaltung des Friedens und „der wahren christlichen Religion“ gemacht worden. Der Kurfürst habe die von ihnen getadelten Mißstände, soweit das in der kurzen Zeit möglich gewesen, abgestellt, seine Hofhaltung sparsamer eingerichtet u. Aber ohne eine Deckung der Schulden könnten die Ämter und Gefälle doch nicht eingelöst werden. Sie hätten dann, um den kurfürstlichen Willen der Stadt in vollem Umfange kundzutun, denselben ihre Instruktion übergeben und ihnen gesagt, wenn sie eine bindende Antwort durchaus nicht geben wollten, sollten sie wenigstens am 26. April besondere Gesandte nach Berlin schicken, um mit dem Kurfürsten sich zu einigen.

Mit dieser besonderen Sendung aber, welche wieder neue Kosten verursachen würde, erklärten sich die Brandenburger keineswegs einverstanden; um von dieser verschont zu werden, willigten sie lieber in die Sendung von Abgeordneten zum Landtage mit wenigstens bedingter Vollmacht, welche sie in der Weise formulirten: wenn sich die anderen Stände „stattdlich angreifen“ und das Ihrige zur Beseitigung der Schuldenlast beitragen würden, so sollten die Ihrigen das auch thun. Alle Bemühungen der Kommissarien, eine wirklich bindende Erklärung ohne solche Klauseln und Anhänge zu erwirken, erwiesen sich als fruchtlos.

Ähnlich verliefen die Verhandlungen mit Frankfurt. Die Frankfurter erklärten, sie (d. h. wohl die Städte überhaupt) hätten schon 1 300 000 Gulden erlegt; damit hätten alle Schulden bezahlt und die Ämter eingelöst werden können. Sie seien jetzt in großer Bedrängniß und könnten daher keine Vollmacht zu neuen Bewilligungen mehr geben. „Was dem Lande nützlich und dem kurfürstlichen Reverse nicht zuwider wäre, dürften ihre Abgeordneten beschließen, aber in keine neue Abgabe willigen.“ Auch müsse man erst noch den Ertrag der Biersteuer abwarten. Ihre endliche Erklärung habe dahin gelautet: „Was die großen Städte und die Stände bewilligten, das sollten die Ihrigen auch annehmen.“

Hatten diese Städte, wenn auch sehr bedingt und verkaufslirt, doch wenigstens die Möglichkeit einer definitiven Bewilligung in Aussicht gestellt, so war die Antwort einer anderen Reihe von Städten von einer vollständigen Verweigerung jeder Konzession nur dem Namen nach verschieden, indem die einzige Bewilligung, die sie machten, die Abordnung besonderer Gesandten für den 26. April, doch um so mehr nur eine formelle war, als sie irgend eine materielle Zusage ausdrücklich verweigerten und die Erklärung abgaben, daß sie sich auf irgend eine neue finanzielle Anforderung

überhaupt nicht einlassen könnten. Es waren dies die Städte Salzwedel, Gardelegen, Stendal, Prenzlau und Neustadt-Eberswalde.

So war also von den meisten Städten eine definitive Zusage überhaupt nicht zu erreichen gewesen: keine einzige der Anforderungen, welche der Kurfürst durch seine Räte an die Städte hatte gelangen lassen, war von allen Städten bewilligt worden. Selbst zur Entsendung besonderer Abgeordneter vor Eröffnung des Landtages hatten sich nicht alle Städte verstanden. Wie dann die Verhandlungen mit diesen besonderen Gesandten am 28. April verliefen, darüber haben wir kein zusammenfassendes Zeugniß. Und die einzelnen verstreuten Nachrichten, die uns darüber erhalten sind, deuten darauf hin, daß man auch durch diese Verhandlungen keinen Schritt vorwärts kam. Wir besitzen nämlich zwei Eingaben, die eine von Frankfurt, die andere von Neustadt-Eberswalde, an den Kurfürsten, in welchen diese über die Rückkehr ihrer Abgesandten berichten, zugleich aber nochmals die Erklärung abgeben, daß sie sich auf die finanziellen Forderungen, welche diese überbracht hätten, in keiner Weise einlassen könnten.

Die Vorverhandlung war somit mit Ausnahme weniger Städte als gescheitert zu betrachten. Es mußte sich jetzt zeigen, ob die Verhandlungen des Landtages selbst ein positiveres Resultat zeitigen würden.

Regesten und Aktenstücke.

Die im Geheimen Staatsarchive und im Ständischen Archive aufbewahrten Materialien für die Geschichte der Verhandlungen von 1549 und 1550 sind so außergewöhnlich umfangreich, daß eine Auswahl bei der Publikation erforderlich und um so mehr wünschenswerth erschien, als viele Argumente von beiden Seiten sich in einer ganzen Reihe von Aktenstücken wiederholen, so daß es genügend erschien in diesem Falle immer eines und dann natürlich das an charakteristischen Merkmalen reichste in vollem Wortlaut zu geben. Bei einer anderen Reihe von Aktenstücken war für die Wiedergabe in bloßer Regestenform der Umstand entscheidend, daß dieselben Wort für Wort nicht entziffert werden konnten. Wer die paläographischen Schwierigkeiten, welche das 16. Jahrhundert überhaupt bietet, aus Erfahrung kennen gelernt hat, wird es verständlich finden, wenn namentlich bei Aktenstücken, welche in Form von Protokollen oder andern während der Verhandlungen aufgezeichneten Notizen flüchtig hingeschrieben sind, eine

Entzifferung Wort für Wort zuweilen unmöglich erschien. Oft mußte ich zufrieden sein, nur den ungefähren Inhalt der Akten erutren zu können, obwohl mir die Herrn Beamten des Geheimen Staatsarchives, und unter ihnen namentlich Herr Archivrath Dr. Friedländer, und der verstorbene Herr Dr. Isaaksohn mit ihrer reichen Uebung und Erfahrung oft hilfreich zur Hand gingen.

Dies war u. A. schon bei den zwischen dem Kurfürsten und den Ständen vor der Eröffnung des Landtages geführten Korrespondenzen der Fall, von denen der Inhalt nur so weit festzustellen war, als das in dem Texte unserer Darstellung geschehen ist.

I. Akten aus dem Jahre 1549.

Wir beginnen die Reihe der in extenso wiederzugehenden Aktenstücke mit der kurfürstlichen „Thronrede“, der Proposition des Landtages, deren voller Titel diesmal lautet:

1) Das vortragen, so wir Marggraf Joachim Churfurst an unsere gemeine Landtstende [gerichtet].

Sie hetten sich zweifelsane zu berichten, in was beschwerliche schulde und unrath wir uns alsbaldt zu eingang unserer regirung sehen und einlassen mußenn, auch aus irem selbst rathe zu vorhuttung unrhue und anderer weitleuffigkeit, so uns und gemeiner Landtschafft daraus erfolgen mochte, den mherern theil unsers gnedigen und freundtlichen lieben hern und vattern milter gedenden schulde an uns genomen und von deswegen nicht in wenigern unrath gewachffen; und wiewol uns des von gemeinen Landtstenden als unsern getreuen unthertanen eine stadliche hulfe bescheen, so haben wir doch abermaln, damit wir unsere unthertanen nicht hoher, dann sie ertragen mochten, belegten, ehliche schulde an uns behaltenn mußen, und sie uns doruber eine stadliche hohe suma widerumb zurückgeschlagen, zudeme das in diesen geschwinden und gefertlichen leufften, darauf wir ehliche viel reichstege allewege mit irem rath besuchen, der kesh. und so. Rat. nachreisen mußen, wie wir auch zu solchen reichstegen ieder Zeit, als dann vielen von der Landtschafft wol bewußt, von kesh. Rat. bei unsern pflichten, damit wir Irer Rat. und dem hey. reiche verwandt, eigner person zu erscheinen und uns nichts dann leibsschwachheit daran vorhindern zu lassen erfordert worden, ane das wir vor uns nicht sondere lust gehapt, die reichstege so oft zu ersuchen. Wie aber deme, so ist es doch alles dorumb von uns bescheen, da s wir sie als unsere getreue unthertanen in rhue und guthem Friden, wie dann gott lob auch erfolgt, erhalten

konnten. Und weiter, das solcher gemeiner friede in unsern Landen und Churfürstenthumb erhalten, so ist dannoch auch gleichwol solcher großer kosten nicht vorgeblieben, sondern der herschafft, auch Landen und leuthen zum besten angewandt wordenn, dann es ist ye kumbt und whar, das wir gleichwol durch hilf und auf beschaffen der keyf. Mt. unsern freuntlichen und lieben son, Marggrafen Fridrichenn, zu einem Coadintorn der Erz und stiftte Magdeburgt und halberstadt gemacht, also unserer sone einen furstlich und städtlich von uns abgefertigt, auf das soviel mher diese lande unkhurtrennt bei einander vorbleiben mogen; was auch nutz und trost voraus die herschafft, auch sie als die Landtschafften, das solche Erz und stiftt bei dem Churfürstlichen hauss Brandenburgt bleiben und nicht an frembde nachbarischafften und obrigkeiten gelangen, wollen wir sie als die vorstendigen selbst erwegen und bedenden lassen: so wissen sie auch gleichwol, das wir diesen landen zum besten, viel trostlicher privilegien bei der keyf. Mat., die unsere vorfarn nicht erhalten konnen, erworben: 1. als die durchschiffunge zu hamburgt, 2. 3. die freye schiffart auf dem Elbstrom, die Niederlage zu Magdeburgt und anders, welchs gemeinen Landtskenden zu mercklichem nutz, gedeyen und aufnehmen gereichen wirdet; so haben wir auch bei der ko. Mt. 4. die Erbschafft des herzogthumbs zu Croffen an uns erhalten und erlangt.

Wann aber, wie leider mer dan zuviel am tage, das diese arge und geschwinde welt an Wechseln und unchristlichem wucher einen großen theil ihres gesuchts hat, und so baldt einer zu leihen gedrungen, sich von einem schaden zu dem andern einlassen muß; also seindt wir auch in den hohen und trefflichen unsern ausgaben, die uns in Zeit unserer regirung vorgestoßen und wir unmeldlichen nicht umbgehen konnen, dahin gedrungen worden auf unchristliche und beschwerliche wucher gelddt aufzunehmen zu entlehen. Und wann wir unvormogens halber in den angesetzten fristen uns mit der bekalung nicht vorfassen konnen, seindt wir noch mer und weiter in schaden gefurt worden. Weil dann nach absonderung unsers fruntlichen lieben Brudern uns unsere Lande und einkomen in einen großen theil abgeschnitten, geschmelert und verkürzt, uns die hoheit und preeminenz der Chur im heiligen reiche obgelegen, uns von den ubrigen Landen unserm standt nach nicht erhalten mogen, viel weniger die beschwerlichen und aufliegende schulde damit ersetzten, wie dann solchs leichte voraus erscheinet und abzunemen ist, das hochgedachter unser gnediger und freuntlicher lieber her und vatter diese Lande samentlich bey einander gehapt, ein Zeitlang an gutthem vortatze an alle schulde bei vormogender barschafft gesehenn; und weil iren gnaden die beschwerliche leuffte, vilfaltige reichstege, nachreiffen und andere mer unvorsehenliche ausgaben, wie bei unserer regirung

bescheen, nicht vorgestoßen und uns zu untherthaltung unser gnedigen freuntlichen und lieben fraw und Muttern und derselbigen Leibgedings jerlich ein großes ausgeht, zudeme das bei unsern Zeitten alle dinge viel teurer zu bekomen unnd die leuthe viel schwerer zu besteln, zu erlangen und zu erhalten sein; und wie berurter unser herr vatter von s. g. gemeinen landtschafften eine hilf in die ander erlangt, zu S. G. handen bekomen und zu irem auffenthalt und ausgaben angewandt, so haben sich doch ire gnad als der hochvorstendig, vor andern berumbte Churfurst, der nach gelegenheit alle dinge zum gnausten eingezogenn, ane treffliche schuldtmachung, wie dann gemeinen landtskenden allen bewußt, nicht erhaltenn können. Und wann wir gleich zum offtern wol willens gewesen, unsere gefelle, Ampt und einkomen billicher weiß zu bessern, mit mererm vorrathe, der nutz tragen konnte, zu belegen, ordnung zu machen und unrath abzustellen, so hats uns doch an deme gemangelt, das man dazu haben solle, wie wir dann unbeschwert sein, diß alles, daraus die warheit zu befindenn, einen engen und ganz geringen ausschus ehllicher vortrauten und vorschwiegenen personen des grundtlichen bericht zu thun, alle dinge, wie dieselben gelegen sein. Und diemweil dann nicht alleine uns, unsern landen und leutthen, sondern auch gemeinem heiligen reiche zum höchsten nachtheilig und generlich, unserer als eines Churfursten vormogen und unvormogen vielen leutthen zu eroffnen und anzugeben, so wollen wir auch in keinen Zweifel stellen, derselb Ausschus werde soviel mer von unsern Landtskenden geengert und eingezogen werden, und die zugeordneten werden auch die dinge, so Snen in höchstem vortrauen angekeigt und vermeldet, also vortraut, vorschwiegen und bis in ire gruben bei sich behaltenn, unser unschuldt dieser vorsteendenn und obliegenden beschwerung halben doraus wissen, uns auch bei den andern entschuldigen.

Und ob wir uns wol zu erinnern, do uns am nehern und leyten mal unsere getreue unthertnanen und Landtschafft auch in unsern anliegenden nothen entsetzt, unsere schulde an sich genomen, sich hoch angegriffen und in allen treuen erkeigt und vorhaltenn habenn, welchs wir auch denselben pßlich die Zeit unsers lebens und bis in unsere sterbliche gruben zum höchsten in freuntschafft und gnaden danckbar sein und nimer in vorgeffen stellen wollen, das wir uns hinwiderumb gegen denselben unsern Landtschafften vorpflichtet und eingelassenn, sie mit keiner weittern anlage und hulfe, außer der Bhelle in angeregter Verschreibung eingeleitet, zu beschweren, wir auch des nachmaln nicht in abreben sein und nichts liebers sehen woltenn, noch einige größere freude in dieser gangen Welt gehabt kondten, dann sie als unsere getreue unthertnanen und landtschafft in allewege, soviel menschlich und moglich, zu vorschonen, dieselbe mit nichte zu beschweren, auch wes wir uns vorschrieben, gnediglichen zu geleisten.

So seindt doch die sachen dieser Zeit also gelegen, wie ungerne wir auch biß thun müssen, das wir keins wegs umbgehen können noch mögen, zu vorhuttung vorderbens, unttergangs, nachtheils und gefhar der herschafft, landen und leuthen, so doraus erwachssen mechten, sie umb iren getreuen rathe, hilf und entsetzung anzulangen. Und biweil wir dann ane rhum aus mitter vorleihung und gnaden der hochsten gottlichen Malestat bei unserer regirung im hey. reiche und gemeiner Christenheit nichts höhers gemeint, gesucht und befördert, dan das in allewege ein gemeiner fride erhalten wurde, und dasselb eine lange Zeit im hey. reiche erhalten, damit sie alleine in friiden geblieben, und der nachbaren halber nicht in umrhue gesetzt; aus deme auch nicht die wenigst ursache unserer vorstehenden beschwerungen hergeflossen und, gott dem hern sei lob in ewigkeit, so haben wir doch ye so viel erhalten, wo nicht weitter, do andere unsere benachbarte und aneinander in blut und sewer geseffen, irer Weiber, Kinder, habe, guth, leibs und bluts nicht vorchonet wordenn, das unsere liebe getreue unthertanen und Landtschafften in guther rhue und friiden bischoher verblieben, der hofflichen und trostlichen zuvorsicht, Gott der Almechtige werde solchs auch weitter und ferner gnediglichen erhalten, als wir auch durch ferrer gottliche vorleihung dorauf mit allem ernst und vleiß in gnaden vordacht sein wollen.

So gelaugt demnach an gemeine unsere Landtsknde unser in freuntschafft und gnedigs gesinnen und begern, sie wolten in guthwilliger, untertheniger, trewer und embsiger erwegung aller dieser dinge uns zu diesem mhal als die getreuen unthertanen, die sich allewege ganz willigt und treulich gegen der herschafft erzeigen und finden lassen, auch vil guthaten, gnaden und freiheit dogegen widerumb empfangen, uns mit rathe unnd hilfe nicht vorlassen.

Gleichwol bedenden und zu gemute furen, mit waffen beschwerlichen streuen in eilichen angelegenen landen, zudem das sie hiebevorn in blut und sewer geseffen, zum hochsten beschwert und vorderbt wordenn, die unthertanen belegt und iren herschafften williglichen große und stadtlische hulffen geleistet und diese unsere vorstehende beschwerung am aller meisten doher geflossen, das wir mit irem rathe und auf ir anhalten, damit wir uns und unsern Landtschafften friiden, gnedigen gott und obrigleiten erhielten, die vielfaltig reichstege besuchen müssen, sich in dem unserm hochsten und gnedigen vortrauen nach, gutwillig, unthertheniglich und gehorsamlich erzeigen, wollen wir in freuntschafft zu beschulden, in gnaden zuerkennen und allem guthen nicht zuvorgessen ganz geneigt sein, auch die vile und manchfeldige gemeiner Landtsknde uns erzeigte guthaten, geleiste unterthenigkeit und gehorsam unsern nachkomenden also einbilben, das sie nimer mher vorgessen, sondern in allen gnaden sollen gedacht werden.

Damit aber diß werdt so viel statlicher moge erwogen und berathschlagt, uns und Inen selbst einmhal aus diesen beschwerungen geholffen, auch zum aller gleichsten und nach gelegenheit mit der wenigsten beschwer angelegt werden, haben wir uns damit in allem vleis bekumert und konnen bei uns keinen gleichern, treglicher und weniger beschwerlichen wege befinden, dann das die hulfe, so wir bei gemeinen Landtstenden suchen, zum theil aufs getrendt, gebreude, Bier auch wein geschlagen werden. Dann dadurch und damit wurde niemandt vorschonet, geistlich und weltlich, Edel und unedel, burger und pawer, Einwoner und frembder, und wer sich dieser Lande gebrauchen will, und tragen also diese alle in gleichem, kontden auch in gleicher hulfe die burden soviel besser erheben und tragenn, unnd ginge alleine uber dem zum meinsten, der trindens und schwelgens sich angewenet hette, und hulffen nicht alleine unsere eigene unthertthanen, sondern auch frembde, so in unser Lande komen, werden diese last mit ertragen, und kontten die brewer desselben keinen schaden habenn, wann der lauf am Bier erholet werde, und ginge alleine den mherern theil uber den unmessigen trender; und weil die leuthe des trindens gewhonet und trinden mussenn, so wurde dasselbige umb steigierung des lauffgelbes, wie man des in theuren Saren Exempel gesehen, nicht unterlassen. Derwegen bedechten wir, das uns von einer jeden Tonnen biers acht groschen, wer dieselbe in steden und dorffern an unterschiedt, weme auch dieselben von prelaten, Graffen, hern, Ritterschafft oder steden zustunde, doch unverruckt vhoriger Bierheissen, mochten zu geben und zu reichen gewilligt werden, und doruber von einer thunnen auslendischs oder eingewachsenen Weins, der ausgeschenkt und ausgedrunden wirdet, ein halber gulden.

Und damit aber die ganze last nicht alleine auf das Bierbrawen und den Wein geschoben, das dann in allen Dorffern, weme die auch zustendig, auf ein Jedes haus auch was gelegt, nemlich uff eins huffners haus und hoff zwen gulden Zerlich, uff eins Cossaten haus und hoff, und wher mher vor ein Cossaten hievor angeschlagen ist, ein gulden geschlagen und Zerlich gegeben werden. Item das ein Jeder dienstnecht bei den prelaten, Adel, in steden und dorffern, hetten Zerlich ein halben gulden, eine Magdt und ein hausgenosß Zerlich ein Drtt (= $\frac{1}{4}$ Gld.); so wurde dises unfers erachtens, wie wols so ghar gleich nit sein kan, doch viel gleicher und treglicher sein, dann so es auff die huffen solt gerechenbt werden; dann man findet bisweilen einen armen bettler auf vielen huffen, einen reichen aber in einem gutten boden auf wenig huffen; das nun der Arm mher dann der Reiche geben solle, ist vil ungleicher auch beschwerlicher, dann wo gleich der Arm so viel als der Reiche geben muste, wiewol es auch beschwerlich gnug ist, so kann man doch nicht wol mher nach aller seit

gelegenheit zu anderer gleichheit komen. Mit diesen anlagen achten wir uns gewiß geholfen zu sein, das dadurch die Zins erhalten und Zerlich ein städtliche suma an den hauptsumen erlegt, aller beschwerlicher unrath abgethan, uns auch, dieweil uns unmöglich, von unsern geseln und einkomen, wie dann die Zugeordneten des Ausschuss sehn und befinden sollen, zu erhalten, was zu unserm unterhalt gegeben und überschiesen, und wir auch davon unsere Ambte und einkomen, davon wir es nemen sollen, bessern mochten; Dann wir achten es der furnemen und meinsten ursachen eine, das wir uns dieser beschwerungen nicht entschlahen, sonder leihen und borgen müssen, das uns nit menschlich und möglich gewesen, wie sie dan aus unserm bericht klar befinden werden, uns von unserm einkomen zu unterhalten, auch in dem vorrath nicht gestanden, unsere Ambte und einkomen antzurichten und zu bessern. Ist also alles doher geflossen, das wir nicht gehapt, davon wir es nhemen kontden.

Derwegen Sehen wir zu unseren getreuen unthertnanen unser hochsts vortrauen, sie werden dannoch zu gemuth shuren, wes wolthaten sie von der herschafft in allewege empfangen, das sie in guthem frieden erhalten, bei rechten und freyheit gehandthabt worden; zudeme wes vortrauens hiebevot gemeine Christenheit vor allen andern Landen und potentaten in dieser herschafft unnd Landenn gehapt, dieselben mit der hohen preeminenz der Chur und Keyf. wshal vorsehn, dorumb ane Zweifel ire vorsarn vilfaltiglichen Ir blut vorgossen haben, sie werden demnach diese sachen mit ernst und vleiß bedenden, erwegen und berathschlagenn und endtlichen dahin richtenn, damit nicht alleine der herschafft, sondern Ir selbst vorderb vorkomen, uns geholfen, und was von unsern und iren vorsarn so tewer erworben, nunmher auch moge erhalten werden, und sich hierinne allenthalben guttwillig und unthertneniglich erzeigen; so wollen auch wir vor uns unsere sachen also richten und schiden, und wes von Inen bedacht und gerathen wirdet, in freundschaft und gnediglichen vorvolgen, das kein mangell bei uns sein solle. Und wo uns einmhal ernstliche geholfen, die bringentliche und unmeidliche ursachen des unraths hindan gethan, das auch alle dinge in ein ordentlichs wesen solten gebracht werden, wir uns vor schuldtnmachung im hochsten hueten wollen und sie als unsere unthertnanen einmhal dieser beschwerung erleidigt und weiter nicht sollen bedrengt werden, wollen auch zu deme diß alles wie oben in freundschaft beschulden, in gnaden erkennen und allen guthen nicht vorgehen.

Auf diese Proposition erfolgte dann eine Erklärung der Landstände, welche nur zu einem kleinen Theile lesbar ist. Sie bitten darin, sie bei

dem Frieden, den sie im Gegensatz zu den vom Kriege überzogenen Nachbarn genossen hätten, zu bewahren. Der übrige Inhalt ist im Text verarbeitet worden.

Die Replik, welche der Kurfürst dann auf diese Erklärung der Stände erläßt, ist in ihrem ganzen Gedankengange analog mit der Proposition selbst. Als besonders bemerkenswerth heben wir daher aus derselben nur die folgende, auf den Ausschuß bezügliche Stelle hervor: daß wir denselbigen ausschus nicht dorumb zu welen gesucht, das demselbigen furnhemlich die anzahl der schulde solte angezeigt werden, sonderu alleine von wegen unserer ampte einkomen, und das uns unmöglich davon zu unterhalten, bericht zu thun, do wir bedenden haben dasselbige einen jeden wissen zu lassen, dan es auch vorhin kein kurfurst gethan: wir haben auch aus andern mehr hendeln erfarn, das solche sachen nicht vorschwigen blieben, und were solchs auch des reichs gelegenheit nicht, der kurfursten einkomen zu offenbarn; dan uns unvorborgen, was auß deme, das frembde als die hispanier des kurfursten zu Sachsen einkomen erfarn, vor reden und betrachtungen erfolget, dorumb unser in freuntshaft und gnedigs sinnen denselbigen ausschus nochmals, doch allererst nach geschlossener handlung, also zu whelen.

Dann heißt es weiter: Durch die Polizei-Ordnung sei festgesetzt worden, welchen Lohn man Knechten und Mägden geben und wie viel sie Steuer zahlen sollen. Man solle dann im Ausschuß über Maßregeln in dieser Hinsicht weiter beraten, damit man immer Gesinde bekommen könne. Zum Schluß ermahnt er die Stände dann nochmals, ihn nicht zu verlassen. Wenn er in Schulden gerathen sei, so liege das zum großen Theil an den Bemühungen, die er für den Frieden seines Landes auf sich genommen habe.

Dieser Replik des Kurfürsten folgt eine Duplik der Stände. Die Städte verlangen, daß der Kurfürst sich wieder in den Besitz seiner Ämter und Klöster setzen und davon seinen Hofhalt bestreiten solle. Wenn sie darüber klareren Bescheid erhalten würden, wollen sie dem Kurfürsten Antwort auf seine Artikel geben. Das Biergeld erachten sie für zu hoch und rathen dem Kurfürsten Ersparnisse in seinem Hofhalt, Verringerung der Anzahl der Diener und Pferde zc. an.

Die oberen Stände verlangen, daß die Städte zwei Drittel der Steuer wieder wie früher bezahlen; dann würden sie die Bauern, Hufner und Rossfäher zur Aufbringung der Steuer bewegen. Den Ausschuß erachten sie für unnöthig. Sie verlangen, daß die gesammten Stände zur Rechnungslegung beschieden werden. Zugleich bewilligen sie doch aber die Biersteuer, die allerdings zum überwiegenden Theile oder ausschließlich

von den Städten getragen werden mußte, wenn auch zunächst nur auf 8 Jahre.

In der Antwort auf diese Duplik bedankt sich der Kurfürst zunächst für diese Bewilligung, bittet aber, dieselbe auf noch fernere 6 Jahre zu erstrecken. Er habe zwar der Ämter und Klöster wegen einen Ausschuß begehrt, werde aber darüber und über seine Haltung auch ihres Rathes selbst sich bedienen.

„Die Steuer mit rathe derer der landtschafft auszugeben, das willigen wir, bitten ausschus und vorordente, die es einnehmen, das mochten vorordent werden einer von den prelaten, einer von der ritterschafft, zwee von rehten; und weiß wir iho mit lediger handt sein, das geordnet wurde, was uns davon solte jertlich gegeben werden, das andere solte die landtschafft besteln und ausgeben, dohin es am notigsten.“

Die Steuer der Knechte und Mägde wird erlassen; über handelspolizeiliche Verordnungen in den Städten wird sich der Kurfürst mit dem Ausschuß vergleichen.

Darauf wendet sich der Kurfürst Donnerstags in octava corporis (27. Juni) an die Städte mit der Bitte, sich nicht von den übrigen Ständen abzusondern, vielmehr auch ihrerseits das Biergeld und außerdem 2 Gulden für jedes Haus, 1 Gulden für jede Hube zu bewilligen.

Wenn sie gesagt hätten, sie dürften nichts bewilligen, bevor nicht Ämter und Klöster eingelöst seien, so sollten sie doch bedenken, daß dies nicht so schnell abzumachen sei; er würde darüber dem Ausschuß Rücksicht geben; wenn sie einen besseren Weg wüßten, würde er ihn gern annehmen.

An demselben Tage erklären dann die oberen Stände, daß sie ihre Bewilligung zunächst nicht auf weitere 6 Jahre erstrecken könnten, da man noch nicht wisse, was die Städte bewilligen würden.

Auf den Ausschuß gehen sie ein und bitten, denselben zu verordnen.

Auf ein Viertel Wein soll 1 Gulden geschlagen werden. Was die vom Adel zu eigenem Gebrauch kaufen, soll zollfrei sein.

Antwort des Kurfürsten: Er bittet um eine Angabe, was man ihm zu seinem jährlichen Unterhalt bewillige.

Die Städte erklären: Ganze Städte würden Schaden und Verderben haben, wenn sie das Geforderte bewilligen wollten. Auch wüßten sie nicht, ob damit wirklich geholfen würde.

Darauf geben dann die oberen Stände folgende:

2) Endgültige Antwort der Prälaten, Grafen und der Ritterschaft auf die kurfürstliche Proposition vom Dienstag nach Johannis baptistae 1549. Original-Aufzeichnung im G. St. A.

Das Biergeld, im Betrage von 8 märkischen Groschen pro Tonne Bier und $\frac{1}{2}$ Gld. pro $\frac{1}{4}$ Ohm Wein wird bewilligt, bei dem letzteren mit dem folgenden Zusatz: es sey inländisch oder ausländisch, so allenthalben im Lande außgeschandt und ausgetrunden wirdet."

Die Städte sollen von jeglichem Hause zwei Gulden, von einer Bude einen Gulden zahlen, von den Bauern soll ein Hufner einen Gulden und ein Kossät einen halben Gulden 8 Jahre lang bezahlen. Diese Steuer geben sie aber nur, wenn die Städte die übrige auch zahlen.

Auf den vom Kurfürsten begehrten Ausschuss gehen sie ein: derselbe soll ausgeschrieben werden, sobald die Antwort der Städte eingelaufen sein wird. Sollten in diesem Ausschuss die Städte „andere (z. Steuern) anlegen oder mittel uff eine andere Steuer anschlagen, die sollen die vom ausschuss keins wegs annehmen oder darein willigen.

Wan auch der ausschuss also vorschriebenn, sollen sie macht habenn, sampt den zugeordneten von den Stedten, damit sein kurf. Gnab. seine Ampter und heuser widerumb zu seiner unterhaltung und seinen handen bekomen moge, mit denen, die die Ampter, heuser oder Kloster innehaben, von wegen gemeiner Landschafft zu handeln, damit sie dieselbigen abtreten und das Geldt, so sie darauff gethan oder außgezalt, uff Jarzeit widerumb mogen bekomen. Und zweiffelt di Landschafft nicht, ein Tglicher wurde dannoch di hohe noth dieser herschafft bedenden und sich so im handell schicken, damit di Landschafft und erstlich di herschafft befinden moge, das sie dieselbige auch mit trewen meynen."

Für den Unterhalt des Kurfürsten können sie noch keine Bewilligung machen, weil man noch nicht wisse, wie viel die Steuer eintragen werde. „So nun die Steuer ein Jar eingebracht, so wirdet der ausschuss, der zu solchem thun verordnet, woll, was man Seiner kurf. Gnaden zuordnen moge, dan ye man mher von der sumen nimbt, ye weniger kan abgegeben und bezahlt werden. Die Stende zweiffeln auch nicht, wan der Churfurst seine Ampter, heuser und Kloster widerumb bekomen wirdet, so kan seine kurf. G. desto leichtlicher haushaltenn und bedarff desto weniger fur kuchen und keller einzukauffen, und wirdet sich, ob got will, alle Jar bessern und zur besserung schicken.

Es muß sein kurf. Gn. auch fur allen dingen das Thene, was von den Ampten, Klostern, auch von dem Mollenhose und kuchen verkauft, vorgeben, vorsetzt oder vorwechselt, es seind pachte, Mollen, Gerichte oder dienste, widerumb zu sich bringen und erstatten, und davon hinfurth nicht

inher vertheuffen, versetzen, vergeben oder verschreiben; welcher auch Geldt darauff thun wurde, soll seins geldes verlustig sein und keine bezalung widerumb von der Landschafft gewartenn.

Es sollen auch etliche von der Landschafft vorordent werden, die Jerlich, wan man Rechnung von den Ampten nimbt, dohey sein, auch mit derer wissen der Churfurst solche Steuer jerlich ausgeben soll, die auch solchs klerlich verzeichnen, wohin solch geld gegeben und bezalt werde. Die sollen auch sonderlich darzu verordet sein, das solche Steuer nyndert hngegeben werde, dan dohin sie gewilligt, sollen auch nicht gestadten, etwas davon zu nhemen oder zu endlehenen, sundern stracks in die orthē und zu bezalung der schulde, dazu sie gewilligt, geleret und gewendet werden.

Im fall, do die Stedte in diese eben geschriebene articel genzlich und alle nicht willigen wurden oder diesem allen nicht volge geschee, Alsdan sollen sich die verordenten zum ausschus on vorwissen der gemeinen Landschafft in Ihenigerley wege nicht einlassen oder zu willigen macht habenn."

Am 28. Juni gaben dann auch die städtischen Landtagsmitglieder eine Erklärung ab, die allerdings noch nicht in demselben Maße definitiv und obligatorisch war wie der oberen Stände, aber doch eine endgültige Bewilligung in Aussicht stellte. Wie fast immer erklärten sie auch jetzt keine Vollmacht zu Bewilligungen zu haben; sie sähen indeß die Nothwendigkeit ein und würden zu Hause für die Bewilligung der Biersteuer wirken. Durch den Zoll auf Wein und die Häusersteuer aber fühlten sie sich beschwert. Auf den Wein hätten sie bisher schon 6 Groschen pro Ohm gezahlt, dazu kämen die Arbeitslöhne und die Herstellungskosten. Die weiteren Verhandlungen sollten dann auf dem Ausschustage stattfinden, den sie auf Mariae Magdalенаe (22. Juli) einzuberufen bitten, wenn dieser Termin nicht in die Ernte falle; andernfalls bitten sie ihn zu verschieben. Außerdem bitten sie, ihnen in ihrem Eigenthum und ihren Gerechtigkeiten denselben Schutz angedeihen zu lassen, wie den anderen Ständen.

Mehrere seien auf der Reise in große Unfälle gerathen; dies müsse abgestellt und für Sicherheit gesorgt werden. Dann folgen noch eine Reihe einzelner Beschwerden, darunter die, daß die Universität Frankfurt seit zwei Jahren keine Stipendia erlangt habe.

Antwort des Kurfürsten darauf: Der Kurfürst giebt sich mit der Erklärung der Städte zufrieden, bittet aber, bei ihren Auftraggebern auch für Bewilligung der Häusersteuer zu wirken, die 16 000 Gulden eintragen würde; dafür wolle er den Weinzoll und die Gefindesteuer erlassen.

3) Dem ausschuss Sonabends am tage Petri Pauli (29. Juli) angezeigt.

Ronzept im G. St. A.

Auf Bitte der Städte solle die Versammlung auf Assumptio Mariae verlegt werden. Es werde da gehandelt werden über die Einziehung der Ämter, Besoldung der Räte, der Kanzlei, über die Einziehung mancher Hofämter, die Rechenschaftspflicht der Amtmänner, deren Deputat an Fuhrwert u. festgesetzt werden müsse, die Stellung der Amtsleute überhaupt. Mehrere Ämter sollen in eins vereinigt werden. In Köpnick, Blossen, Ruppin, Neustadt soll, weil es ein Landamt ist, ein adliger Amtmann eingesetzt werden; andere Ämter sollen durch einen Schreiber verwaltet werden. Alle Wochen soll in den einzelnen Ämtern Rechnung gelegt werden. Ferner werde man über Nutzung der Hölzer, Salzbergwerke, eine Kanzlei und eine „Rathel“, über den Gehalt der Münze, über die Anzahl der kurfürstlichen Pferde und der in seinem Dienst stehenden Personen, speziell des „Rathmeisters“, ferner über die große, keinen Verzug leidende Steuer, über die 8700 Thaler, welche man dem Kurfürsten von Sachsen, und die 14 000 Gulden, welche man Valentin Pfügl schulde, u. a. m. verhandelt werden.

Vier Personen sollen als „Aufseher“ am Hofe verweilen, nämlich der Bischof von Lebus, der Landvogt Hans v. Arnim, Curt Rohr und einer von den Städten; sie sollten die Ämter inspizieren. Mit den einzelnen Gläubigern solle verhandelt werden; im Einzelnen werden dazu folgende bestimmt: der Graf zu Hohnstein, der Schenk Wilhelm, der Hauptmann der Altmark, Hans v. Arnim, Curt Rohr, Rudolf v. Alvensleben, Joachim Cassell, Jacob v. Arnim, Dietrich v. Rochow, Jörg Blockberg, Joachim v. Bredow, Albrecht v. Schlieben, Jung Otto v. Arnim, Matthias v. Blumenthal, Hans v. Krummesche u. a. m.

4) Dinstags, am Tage Visitationis Marie. (2. Juli.) An den Ausschuss der Landschaft. Verschreibung der zum Ausschuss Verordneten auf Sonntag nach Assumptio Marie, mit Bezugnahme auf die von den Oberständen schon bewilligten, von den Städten noch zu bewilligenden Steuern, auf die Hof- und Ämterordnung, die Auslösung der verpfändeten Ämter und Klöster.

Ein besonderes Ausschreiben ergeht dann für Donnerstag, den Tag Assumptionis Marie (15. August), an die Städte. Hier wird das Biergeld und die Häusersteuer noch besonders erwähnt. Die Städte sollen Verordnete mit plein pouvoir in dieser Hinsicht schicken. Das Schreiben ist besonders

dringlich gehalten und legt auch darauf Nachdruck, daß die Bewilligung nicht auf immer erfolgen solle.

Es ergeht dann auch ein Rundschreiben an die Inhaber der verpfändeten Ämter und Güter, welches im Konzept in zwei verschiedenen Fassungen, deren erste aber als ungiltig bezeichnet wird, vorliegt. Der Kurfürst theilt ihnen mit, daß die Stände den Wunsch ausgesprochen haben, daß die verpfändeten Ämter, Klöster, Dörfer und Gefälle wieder eingelöst und zur Bezahlung der Landesschuld verwendet werden sollen; er fordert die Adressaten auf, vor dem ständischen Ausschuss zu erscheinen, die Hauptverschreibung, die Register über die Einnahmen mitzubringen und der „Handlung“ des Ausschusses zu warten.

Er spricht die Hoffnung und die Bitte aus, daß sie sich dem von den Ständen vorzuschlagenden Modus fügen und Abzahlungen auf die Hauptsummen gefallen lassen werden, sofern ihnen die letzteren nur verzinst werden. („Zu gleichen pilslichen wegen dein gelbt hinsüro vorzinst und die hauptsuma uf leibliche tregliche tagzeiten wider zu nhemen“ hatte die erste Fassung; dieser Passus fehlt in der endgiltigen Fassung.)

Ein Schreiben dieses Inhalts soll nun an folgende ergehen:

- 1) An das Kloster Trebbin wegen der Vogtei zu Belsk;
- 2) an Caspar v. Röderitz wegen des Amtes Potsdam und der Verschreibung von Thorin;
- 3) an Michel Hepp wegen des Klosters Zenin;
- 4) an Joachim v. Nochow,
- 5) an Eustachius v. Schlieben, } wegen verpfändeter Güter aus der
- 6) an Schladerndorff, } „Klosterlei“ Zenin;
- 7) an Herrn v. Marborch wegen des Klosters auf dem Berge vor Brandenburg;
- 8) an Rozen v. Dorfstadt wegen des Amtes Plauen;
- 9) an Georg Poffe wegen des Amtes Tangermünde;
- 10) an Rozen v. Bartensleben's Wittwe, deren und deren Kinder Geld auf das Kloster zum heiligen Geiste vor Salzwedel verschrieben ist;
- 11) an Hieronymus v. Drachsdorff wegen des Klosters Nienborff;
- 12) an Rudolf v. Alvensleben wegen des Amtes Salzwedel;
- 13) . . . (Name und Amt unleserlich.)
- 14) an Christoph v. Schliburg wegen des Amtes Distorf;
- 15) an Hans Krusemarck wegen des Klosters Arnsee;
- 16) an Andreas v. Lüderitz wegen des Klosters Grevesee;
- 17) an Claus Goldbeck wegen des Stifts Arneberg;
- 18) an Curt Mohr wegen des Amtes Ruppin;

- 19) an Matthias v. Selben wegen des Amtes Neustadt;
- 20) an Johann Hans wegen des Amtes Goldbeck;
- 21) an Jung Hans v. Arnim wegen des Klosters Lindow;
- 22) an Landvogt Hans v. Arnim wegen des Klosters Himmelpforte;
- 23) an Jörg Lindstedte wegen der Klöster Gramphow und Seehausen;
- 24) an Jacob v. Arnim wegen Chorin, Bogow, Liebenwalde, item von wegen pfandguth an Gramphow oder Seehausen.
- 25) an Bartel Claus wegen des Amtes Neuangermünde;
- 26) an Jorge Claus Ww. wegen des Amtes Köpnic als Leibgeding;
- 27) an Johann Grofenk (?) wegen des Amtes Spandau;
- 28) an Jacob Schilling wegen des Amtes Sarmundt;
- 29) an Eustachius v. Schlieben wegen des Amtes Jossen;
- 30) an Adam Trotte wegen des Amtes Jednigt;
- 31) an Bürgen, die sich für Pottamer verschrieben;
- 32) an Bürgen, Guntersberg belangende Boglow;
- 33) an Otto Hade wegen Zehlendorf;
- 34) an die v. Arnim wegen Schönhäusen;
- 35) an Mittelstraß wegen Golitz;
- 36) an die welche Korn-Pachtverschreibungen haben;
- 37) an die altmärkischen Städte wegen ihrer verpfändeten Gefälle;
- 38) an Wolff Frohowe wegen Oberbergt;
- 39) an Andreas Stolp wegen Pheben.
- 40) an Schenk Wilhelm wegen des Klosters Friedlandt;
- 41) an den Rath zu Spandow wegen II. w. Kornes im dorffe zu Marcke, untter dem Kloster Kenin pfandsweiß;
- 42) an Wichart Bessin VIII. w. Korn von den Kloster guthern Kenin erblich bekomen, seint bescheiden freitags post assumpt. Marie.
- 43) an Joachim Salzburg und Jacob Koppin zu Seehausen, haben das ganz Biergelt daselbs zu Seehausen vor ein Summa gelbs pfandsweiß.

5) Revers an die oberen Stände.

Undatirtes, aber ohne Zweifel in dieses Stadium der Verhandlungen gehörendes Konzept im Geh. Staatsarchiv.

Kurfürst Joachim verspricht den Prälaten, Herren und der Ritterschaft im Hinblick auf die Bereitwilligkeit ihrer Bewilligungen auf dem Landtage von 1540: „Sie, Ire Nachkommen und erben davon ganz frei, dergestalt, daz solche Ire itzige gethane zusage Iren und Iren nachkomen an allen und hergebrachten Iren gerechtigkeiten in den Steuern und Landbeten ganz keinen schaden bringen oder hinfuro fur kein gerechtigkeit gein sie angezogen werden solle, sondern wollen und sollen sie lassen bei alter Irer gerechtig-

keit der Steuer und Landbet, wie sie allemweg zuvor gewesen sein, getrewlich und sonder aller geberd. In urkund mit unser eigen handt unterschrieben cc.

6) Eingabe der Stadt Gardelegen.

Undatirtes Konzept im Geh. Staatsarchiv.

Die Stadt Gardelegen remonstrirt energisch gegen die Erhöhung des Biergeldes: es sei möglich, daß die Städte im Inneren des Landes, welche auch dort Absatz für ihr Bier fänden, eine Erhöhung der Steuer ertrügen: bei Gardelegen seien die Verhältnisse andere: an der Grenze dreier Fürstenthümer, Magdeburg, Braunschweig und Lüneburg gelegen, hätten sie bisher ihren Hauptabsatz nach diesen Fürstenthümern gehabt, von denen sie für ihr Bier, auf dessen Produktion die Existenz der ganzen Stadt beruhe, Korn eingetauscht hätten. Würde aber diese neue Auflage eingeführt, so würde die Vieraussuhr gänzlich verhindert werden. Schon jetzt werde in den Städten jener Fürstenthümer und auch von einigen Adligen auf dem Lande Bier gebraut; ihr Absatz beruhe nur darauf, daß sie im Stande seien, billiger zu produziren.

Im Herzogthum Braunschweig werde in Helmstadt, Lutter u. a. a. O., in Lüneburg in Kloten, in Magdeburg in Halbinsleben, Wolmirstadt, Albinsleben u. a. m. Bier gebraut; ebenso in Braunschweig selbst, Magdeburg, Goslar und Halberstadt. Von dort würden, wenn die Biersteuer erhöht werde, jene Fürstenthümer ihr Bier beziehen.

Die Bauern innerhalb des Landes unterstützten sich schon jetzt, gegen die Landesordnung selbst Bier zu brauen, und würden das in noch höherem Maße thun, wenn diese Steuer eingeführt werde.

Auch hätten sie so wie so innerhalb der Mark nur bis Stendal und Osterburg Absatz für ihr Bier.

Vom Bierbrauen aber erhalten und ernähren sich in Gardelegen auch alle andern Handwerke; ein Ruin der Bierbrauer werde also einen Ruin der ganzen Stadt nach sich ziehen.

Die (19 Seiten lange) Erklärung schließt dann: Auß diesen obergetten und andern ursachen, die ein Tzlicher vorstendiger sonst zu ermessen, ist den Bierbravern zu Gardelege nicht möglich, in die angesunen steuer zu willigen.

Rondten aber ander mittel und wege bedacht obir befunden werden, dadurch unser vormugens, der herrschaft mocht gehulpsen werden, so vil uns umer möglich, in dem allen wusten wy fur uns, wie wir auch uns bis anher nit anders haben spuren adir finden lassen, keine weigerung zu thunde, thun und tetens von heryen undertenichlich, willich und gerne.

Eine ähnliche Erklärung erlassen die beiden Städte Salzwedel; auch sie betonen ihre Lage an den Grenzen von Braunschweig, Lüneburg und Mecklenburg; ihre Ausfuhr gehe bis Jelle, Hannover und Helmstadt und nach Mecklenburg bis Grabow. Bei einem Aufhören der Ausfuhr würde für den Kurfürsten auch die Holleinnahme wegfallen. Bisher hätten die Lüneburger pro Tonne 2 Pfennig, pro Wagen 4 Pfennig zahlen müssen. Die Brauer selbst hätten immer je 100 an Brauzoll 3000 Gulden zu zahlen gehabt; auch das werde wegfallen.

7) Artikel aller Städte des Kurfürstenthums, übergeben am 17. August 1549.

Konzept und Kopie im Geh. Staatsarchiv.

Wir geben den Text nach der ohne Zweifel nach dem Original angefertigten Kopie, welche wir mit A bezeichnen. Das andere Exemplar, welches wir mit B bezeichnen und dessen Abweichungen von A wir in den Anmerkungen konstatiren, dokumentirt sich durch die vielen Korrekturen als Konzept. Bei der definitiven Redaktion sind dann also zu dem ursprünglichen Konzept noch erhebliche Zusätze gemacht worden:

Artikel aller Städte des Churfürstenthums der Mark zu Brandenburg, auff gehaltenem landtage, Sonabents nach assumptionis Marie im 49. Jar Churf. gn. zu Brandenburg, I. gn. h. unthertzeniglich übergeben mit unthertzenigster bitt, dieselben Inen gnediglich zu confirmiren und die pilligkeit darein zu vorfugen.

Erstlichenn, weil die kirchen und Schuldiener etwas unfleißig, das man einen General Superintendenten wolte bestellen und vorordnen, das derselbe im ganzen Churfürstenthumb der Marke zu Brandenburg die Pfarrern, Capellane, kirchen und schuldiener besuchen und auffsehen haben muge, damit es In der kirchen und Schulen ordentlich zugehen, Gottes eher gefurderet, gute Zucht und disciplina gehalten werde.

Und als der herrn Visitatorn ordenunge endtlichen noch nicht volnogen, die pfarrern, Capellane sampt andern kirchen und Schuldienern nach notturfft nicht vorsorgett, daraus dan viele clagens und unrichtigkeit erfolgt, Bitten die von Stetten unthertzenigst, das Ir Churf. gnaden auff furderligste gnedigst einsehen thun wolthen, das solichs geschehen und den dingen eine endtliche masse muge gegeben werden, unthertzenigster hoffnunge, dieselben Ir Churf. g. werden ethwas von den klostern und andern gnedichlichen darzu vorordenenn, sampt bestellunge ethlicher Stipendien vor arme Studiosen in Stetten, damit im lande auch gelarte leute zu erhaltung der

kirchen, Regiment und policey auffgezogen und die geistlichen gueter in den rechten althen Christlichen gebrauch widerumb mochten gebracht werden.

Das auch die lalande sampt andern geistlichen guetern und Zerlichen einkomen, so den kirchen in Stetten zugeeigent und eingeleibtt, nochmals unvorzugtt bey denselben kirchen blieben, auch do ethwas davon verkaufft, voreussert oder voranderett, das dasselb auffz furderligste widerumb darzu gelecht und gebracht wurde.

Als auch die Nethe, gewerde, Zumpffte und geschlechte in den Stetten ethliche geistliche lehene, pfrunde und Commenden zu conferiren und zu vorliehen gehabt, des aber entsekt, seint dadurch dieselben geistliche lehen und einkomen Iren armen kyndern, freunden und vorwandten, so zum Studio geschigtt, entzogen und der stiftunge zuwidern frembden, auslendischen zugelartt und damit gefurderett wurden, unthertzenigst bittende, Ire churf. gnaden wolthen gnedigst vorfugen, das das Jus patronatus denselben widerumb zugestalt und berurte geistliche lehen und einkomen den einlendischenn und nicht den frembden (als des probsts kyndern und andern)¹⁾ vorliehen mugen werden (in betrachtunge, das sie volgentz nicht der Margt, sondern andern Ires gefalles dienen und seindt also mit unsern guetern leute frembden erzogen).

Das auch Ir churf. g. gnedigst einsehen thun und vorfugen lassen wolthen, das die univrsitet Franckfurdt mit gewissen und bestendigen einkomen zu besoldunge der professorn bestalt, auch vleissige und getrewe legenten, sonderlichen in Theologia und Jurisprudentia vorordnet wuchten werdenn.

Nachdem auch ethliche gelarte prediger aus der Margt zu Brandenburg des Interims und desselben declaracion halber vorzugtt und weinigt Stette igt mit geschigkten predigern vorsehen, damit aber dieselben andere desto leichter widderumb ahn sich bringen und erlangen mochten, Bittet man unthertzenigst, ob nun deme und der declaracion in allem so genaw nicht nachgeseht, Ir churf. g. wolthen in dem gnedigste gedult tragen, mit gnediglicher vorfugunge, das die Baptistschen²⁾ Messen und andere ergerliche gremell und mißbreuche in Ir Churf. g. Churfurkentthumb und landen abgeschafft und hinfurder nicht gehalten werden.

Wie auch mit und durch Ir churf. g. gnedigst wissen, willen und befehligh aus den Bettelklosterenn in ethlichen Stetten, Schulen und hospitall gemacht und zugericht, aber die Mönne igt des nicht gestatten, sondern

¹⁾ Die Klammern an diesen und folgenden Stellen zeigen an, daß die betr. Worte in B fehlen.

²⁾ In B: papistische.

derselben restituirt zu seinde und in Ire althe forme zu haben vormeinen, Bitten die Stette unthertzeniglich, Inen solichs laut Ir. Churf. g. ordenunge und confirmation zu folge nicht zu gestatten.

So unterstehen sich daneben die pfarrern auff der Stette dorppffern die kuster Ires gefalleus zu erleuben und widderumb anzunehmen, nehmen aber, umb Ires eigenen genieß und vorthells willen ungeschigte knaben zu sich ahn der kuster stadt, geben denselben, was Inen gefellig, und behalten das ander fur sich, dadurch die kusteren vormustet und einfallen, one das I. Churf. g. kirchen ordenunge nicht gehalten wirdett, unthertzenigster hoffnung, I. Churf. g. werden dem auch geburliche masse geben lassen.

(Es beclagen sich auch die Stette, das sich die altzen vorlebten pawrn, wen dieselben nicht meher arbeiten konnen oder wollen, in die Stette begeben, auch zum theill durch Ire sonder und gefreundte biß fur die Stette gebracht, niddergesagt und daselbst sich des bettelns unterstehen, Bitten derowegen, in dem auch ordenunge gnediglich zu machen, dan sie mit Iren armen einwohnern und franden sonstn genug zu thundt.

Daneben bitten die Stette, das Ir. Churf. g. uber den keyf. Landfrieden ernstlichen haltzen und den Amptheuten, vorweisen, sampt andern I. Churf. g. beselichs habern und dienern auff die Straßen guth achtunge zu haben und gebietenn wolten, damit niemants beraubt oder beschedigt, sondern friedtlich one gefahr passirn, handeln und wandeln muge, sonderlich itziger Zeitt, do ethliche Reuter untherm scheim der Aht, nicht allein frembder herrn vorwanten, sondern auch I. Churf. g. eigene vorwanten unthertthane, so doch nicht in der Aht sein, auff den strassen beschedigen, berauben und das Ire nehmen. Und do auch ethlich von den Amptsleuten oder beselichshabern in Iren bestellungen ausgenommen, als solten sie des frey und den thettern nachzutrachten oder gefenglichen einzuziehen nicht vorhafft sein, das solichs abgeschafft, auch den Stetten gnedigst nachgeben, das, wo In I. Churf. g. Churfurstenthumb oder landen einiger raub, nahmen, plackerey oder beschedigung furgenohmen, begonst oder geschege, das Inen alsdan denselben reubern und beschedigern nachzutrachten, zu suchen und anzunehmen frey stehen und unvorbotten sey.)

So werden auch Ir Churf. g. gnediglich vorhutzen, das denen von Magdeburg die gewaltfame einfelle weiter nicht gestattet, sondern gewehret muge werden, auch zu erleidigung der armen gefangen von Brandenburg und andern Stetten gnedigst vorhulffen sein.

Die vom Adell und pawrn in der altzen Margt unthertsehen sich, denen von Magdeburgt viele holzs aus der Tanger und sonstn zuzufuren, welchs den Magdeburgischern echtern zu sterckung und den Stetten in der

Älthen Margl zu nachtheil und vorfangt gereichen thutt, bitten derowegen unthertzenigst solichs gnediglich abzuschaffen.

Weill auch die Judisheidt als vorachter und vorfolger des Christlichen nahmens hibe vor Jr. Churf. g. landen und leuten durch Ire wucherische, boße und unpillliche hendell nicht kleine beschwerlichkeit, vorderb, schadenn und nachteil zugefugt, dadurch Jr Churf. g. freuntlicher her vater hochloblicher, milder und seliger gedechtnus dieselben Juden hinfurder in der Margl zu Brandenburg nicht zu dulden der ganzen Landtschafft gnediglich vorschrieben, und aber Jr Churf. g. landen und leuten zu merglichem vorderb, schaden und nachtheil abermals sich widerumb hereingeflickt, so bitten die Stette, Jr Churf. g. wollen sie bey solich gegeben siegell und briefen gnedighen erhalten und die Juden in Jr. Churf. g. Churfurstenthumb und landenn keinesweges zu seinde erlauben noch gestatten.

(Alsdan sich auch viele unrichtigkeit in den unthetgerichten in Stetten aus mangelunge eines gewissen proceß begibt, so bitten die Stette unthertzenigst, Jr Churf. g. wolthenn einen gewissen und ordentlichen proceß, wie und welcher gestalt in unthetgerichten in Stetten auß schleunigste volnfürrt, precebirrt und den sachen abgehulffen solle werden.)

Do auch wegen der landesconstitution in Erbsellen, Testamenten, vormalungen, Ehestiftungen, auch mit bezalunge der schulde in stehender Ehe und sonstn viele Zands, disputation und uneinigkeit zutregte, Bitten die Stette unthertzenighenenn, Jr Churf. g. wolthen dieselbe Constitution gnedigst declarirn und erclern, welcher gestalt und wie weit dieselbe erstrecken, vorstehen undedeutet werdenn solle.)

Die Stette beclagen sich auch unthertzenigst, das sie, in dem sie von denen vom Adell auch in geringen schulden keine bezalunge konnen erlangen, beschwerdt, und wen sie auch gleich das recht widder sie erhalten, zur execution nicht komen mugen, Bitten derohalben gnediglich einsehen zu thundt und sonderlich, weill das hoffgericht auffgehoben, das Zu gemeinen schuldesachen und sonstt offebarn sachen schleunigst vortgefarn, auch die decrett, welche das schuldische theil aus vorsagt ergehen leßt, zu kurzen.

(Gleichermassen bitten die Stette, da noch zur Zeit kein landtgericht vorordnet und von den paurn keine bezalunge erlangen konnen, das Jr. Churf. g. in denselbenn ortern, wie in der Älthen Margl und prignike, ordenunge und landtgericht auffzurichten und bestellen zu lassen.)

Die Stette tragen auch beschwer, wen bereidt durch die herin Reiche widder die vom Adell und etzlich andern in claren offebarn schuldt und andern sachen abschied gegeben werden, das sie alsdan dieselben, durch

Iren gleichen¹⁾ umbstoßen und nichtig machenn; derowegen unthertzenigst vleiße bittende, Ir Churf. g. wollen auch gnedigst darob sein, das solichs abgeschafft und die pölligkeit darein vorseut werde, sonderlich das widder soliche abschiede one ferner erkundigunge, es geschehe dan appellations weise, nichts befolen oder fortgefarn.

Die Stette beclagen sich auch, das offtmals Iren und den einwohnern auff eines parts bericht, ungehortt des legentheills anthwurtt, auch außhalbten malefizißer handlungen ernstliche penall mandatt zugeschickt, mit befehl, dieselbe peen, angesichts brieffs zu erledenn oder aber in weigerung des stracks in gehorsam oder gefendnus einzuziehenn und fur erledunge solicher peen, unangesehen, das derselbe angegebener seßhaftig und nicht ubermunden oder unrecht befunden, daraus nicht gestatten noch komen zu lassenn, wie dan ethliche Irer Raths Empter dermaßen, Iren und Iren armen kñdern zu spot, schimpff und nachtheil, entsezt, welchs den Stetten und einwohnern zum hogsten beschwerlich, Ir Churf. g. auff aller unthertzenigst, empfigs vleiße bittende, dieselben wollen sie und die einwohner dergestalt ferner icht beschwern lassen; und do ethwan beschwerliche clagen uber einen oder meher furfallen wurden, das derselbe oder die zur anthwurtt und legenbericht gestattet und unubertunden nicht gestrafft, noch (gefendlichen einzuziehen), vorteilt werdenn muge. Ir Churf. g. wollen auch gnedigst einsehen thun, das die vielfaltige widderwertige befehl, so aus vielheit der Cancellery und habenden sonderlichen siegeln oder Secretten, vorprieben mugen.

Desgleichen wollen auch Ir Churf. g. die Stette mit den burgschaffen und vorsegelungen gnediglichen vorsehonen und weiter darumb nicht belangen lassen.

So wirdt uber das groÙe ungleichheit gehalten im vorhelffen, dan die vom Adell werden vorsehonet auch in groÙen ubertretungen, die von Stetten aber werden zu Zeitten hartt uber die pölligkeit gestrafft, bitten derowegen unthertzenigst, in dem gleichheit gnedichlichen zu halthen, mit vorigir dienstlicher bitt, Ir Churf. g. wollen den Stetten die straffe von den einwohnern, derselben ubertretunge halben, so Iren wegen der gerichte zugehörig, gnedigst lassen und darohn kein eintrag thun lassen.

Es tretten auch offtmals die ubeltetter, boÙe baben und ungehorsame burger aus und lassen sich bey Ir Churf. g. vorbittenn und geleitten, das sich auch die Reithe mit Iren vorm Cammergerichte ins recht legen müssen, dadurch der Rath nicht alleine der vorwirgkten straffe entzogen²⁾, sondern

¹⁾ Folgt in B noch: zu hoffen.

²⁾ in B.: beraubet.

dieselben austretter und ungehorsamen werden auch dadurch gestercket, daraus dan allerley muthwille, ungehorsam und beschwehrunge geursacht, one das die Rethen in vorgebene beschwerliche unlosten und Berungen gefurret, unthertzenigster hoffnung, Sr. Churf. g. werdenn solichs gnedigst abschaffen und nicht weiter gestatten.

Ethliche von Stetten beclagenn sich auch, das Sr. Churf. g. Inen die Sagth zu nehmen und fur sich zu gebrauchen berebet worden, dadurch dan Ire heiden und holzunge vorwustet und zu nichte gemacht. Gleichermassen unthertzenen sich Sr. Churf. g. Amptleuthen, den Stetten das Sagent und ganz geringe und gemeine weidewergl zutriebenn auf Irem, der Stette eigenem grundt und bodden, widder hergebrachten alten gebrauch und habende gerechtigkeit zu vordieten und fur sich unthertzen schein der Empter zu gebrauchen, vordionen keiner sachen, korns (noch weins), sondern reitten und ziehen mit den hunden dadurch und tretens in grundt, wie sich dan die vom Adell umb die Stette wanhaftig gleichsals auch unternehmen, das Inen zum hogsten beschwerlich, unthertzenigst bittende, S. Churf. g. wolthen die von Stetten bey solicher Irer habenden gerechtigkeit gnediglich helfen, erhalten, schutzen und handthaben und soliche eintrege abschaffen.

Im gleichen unterstehen sich die Amptleute sampt Iren knechten und Diener, die burger der Stette, so neben und bey den Emptern gelegenn zu schlagen, zu vorgewaltigen und zu betruben, damit nhun allerley widderwertigkeit und unrath, so daraus erfolgen mochte, vorplieben, werden S. Churf. g. soliche beschwerunge abschaffen und niemants vorgewaltigen lassen.

So wirdt auch die holzunge, so die von Stetten von S. Churf. g. kauffen müssen, durch die heideritter gesteigert; weill aber S. Churf. g. auff negstem landtage denen von Stetten die holzunge umb denn althen kauff zu lassen gnedigst vortroffet und zugesagt, werden S. Churf. g. dem auch gnedigst (eingedend sein und) nachstgen, auch do die holzunge durch das flossen und wechschleffenn vorwust, das mans letztlich zur notdurfft des bawens —, auch feurung mangeln mochte, werden S. Churf. g. derselben lande und leuten bestes gnediglich erwegen und solichs hindan stellen lassen.

Gleichermassen unterstehen sich die vom Adell, Frey unthertzenen und paurn In dorpffern widder althen gebrauch und gewonheit holz zu hawen, neben solen zu brennen, und in die negste Stette zu furenn, zu vordieten und zu vordindern, unthertzenigst bittende, Inen solichs nicht einzureumen, sondern wie es von alters den paurn frey gewesen, nochmals zu gestatten.

Die Musterer in Stette furdern und nehmen Zerlichen die besoldunge, halten aber dalegen keine Musterung, derowegen notdurfftige ordenunge auffzurichten, wen, wie und wie ofte die Musterunge in Jar furgenommen und gehalten solle werden, oder aber die vonn Stetten mit solicher vor-

geblieben ausgabe ferner vorzehen, sonderlichen, do doch igt in denn Stetten vorfuchte Leute vorhanden, die es umb ein pilligs und leidtlichs so wol als die Musterer bestellen kontden.

So ist auch den Stetten beschwerlichenn, das wen sie zum Ruffwegen Ire pferde schiglen, zum theill suether und mohell selbst bezaln müssen, welchs Iren doch von alters ungeweigertt gegeben und vorreichett worden, ohne das nach geendigten reisen Iren die pferde widder alten gebrauch auffgehalten und daruber zu ¹⁾ andern sachen gebraucht werdenn.

(Die Stette, so anher und von alters in der Margt zolfrey gewesen, werden von den Zolnern zur ungepur zu Zollen beschwerdt, inmaßen dan Marggraff Johan unser gnediger her neuen Zollen auffe vihe, pferde und sonst, dem vetterlichen vortrage, althen kaiserlichen, koniglichen und furstlichen, auch seiner gnaden eigenen privilegien und confirmationes der herschafften zumwidern aufgesagt und furdern thutt, Bitten derowegen gnedigst zu vofugen, das soliche beschwerunge abgeschafft und nicht eingereumet muge werdenn, und das Ir. Churf. gn. eine ordnung, wie es mit den Meyern und Zimmerleuten im lande, desgleichen den ackerneckten und hausgesinde soll gehalten werden, gnediglich wolthen auffrichten lassen oder aber solichs den von Stetten zuvorordnen heimstellen und confirmirn; und do auch eine oder meher Stette gelegenheitt betten, ackerwergl und nutzungen anzurichten, das Iren solichs nicht gewehret muge werden.)

Item das auch den Auslendischen in den Stetten kein Burgerrecht eingereumpt, es sey dan das sie anderswo das Burgerrecht aufffagen und sich in die Stette der Margt, do sie burgerrecht begern, auff gewonhliche pflicht heusslich niddersetzen, in gnedigster bedednuss, das es Ir. Churf. g. ahn den Zollen, sonst an Schossen und erhaltunge der Stette abbruchlich.

Es unterstehen sich auch etliche burgere in Stetten, entliche stude ackers, wiesen und gerten, so doch im burgerrecht zu den Stetten gelegen und gehörig, den pauren in umbliegenden dorpffern, auch sonst andern zu vorleuffen und zu voreußern, dadurch sich dan zwischen dem leuffer und burgern in Stetten wegen der Huttunge und sonst viele Zands und unrichtigkeitt one andere beschwerunge entsteheet, derowegen unthertzenigst bittende, solichs nicht zu gestatten, sondern abzuschaffen.

I. Churf. g. wollen auch gnedigst vofugen, das die furleute und hendeler die rechte Straße nach Ziefer faren und wandern und nicht nach plawen zu furen getrungen mochten werden, in gnedigster erwegunge, das sie denn Zollen zu Brandenburgt gleichwol zu erlegen erbottig.

¹⁾ Folgt in B. noch: holzfurn und.

Und als I. Churf. g. auff der Elbe die freye schieffart auff und nidderwarts auch fur Hamburgl uber bey der Romischen Key. Mt. erhalten, aber die ausfahrt durch die herzoge zu Luneburgl und dan die furuberschiffunge zu Hamburgl durch die hamburger gewehret und gehindertt wirdt, das I. Churf. g. gnediglichen vorschaffen wolthen, das die Schiffunge dermassen in bestandt gebracht; do es aber bey den herzogen von Luneburgl, auch denen von Hamburgl in der guete nicht zu erhalten, Solichs alsdan durch der Key. Mt. Execution aufzufuren und ins wergl zu bringen (sich zu befeßigen).

Damit aber die Schieffart, auch Rydderlage desto stablicher in bestandt und gangl gebracht, wolthe nötig sein, das man zu Berlin und Furstenwalde Schieffschleussen, wie zu Brandenburgl, erbauen und auffrichten mochte.

Nachdem auch die Magdeburgische Rydderlage legen Stendall geleet und deßer ehe ins wergl und schwangl gebracht, wirdt nötig sein, das man sonderliche reuter, das dieselben die leute begleitenn, auch die, so wahre anderßwo furen wolthen, legen Stendal zu bringen anhielten, vorordnet und hielthe, wie dan die Ridderlage von halle legen Reipßigle dergestalt erstlich gebracht worden.

Will auch nötig und rathsam sein, das man eine beständige ordenunge in haltunge der hochzeit, lyndelbirn, auch geschmuckl und kleydungen mache, auffrichte und darob halte.

Als auch ethliche Stette privilegia mit adelichen summen erkaufft, das sie mungen mugen, darahn Inen aber eintrag gethan werden, Bitten dieselben unthertthenigst sie bey solichen erkaufften privilegien gnedichlichen zu erhalten.

Das wasser in der Ridderhavell im Stieffte havelberge in des Bischoffs landen ist durch die fischer widderumb vorpfelet worden, welchs doch I. Churf. gn. selbst und ethlichen Stetten viele zustehende lomen, unthertthenigster hoffnungen, I. Churf. gn. wolthen solichs widderumb abzuthundt und zu reumen gnedigst befeln lassen.¹⁾

Des hopffen ist vorm Jar weinigl gewesen und zimlich thewer gegeben worden, auch ist in der Mittelmargl weinigl surengt, das besorglich, ehr mochte abermals theurer werden, derowegen unthertthenigst bittendt, auch auff den vahl gnedigste vorsehung zu thundt.²⁾

¹⁾ Randbemerkung von der Hand des Kanzlers Weinlob: Ist dem heiderleiter in Rathenow gepottent abzuschaffen.

²⁾ Randbemerkung: Ist gemein gepot an die orthte, do der hopffen wechset und am meisten durchgefurt wirdet, geschehen, diß Jar keine ausfure zu gestaden.

Die unehelichen, wendischen und andere tadelhafte personen seindt von alters nach erlangten privilegien und wolhergebrachtem loblichem gebrauch zu befurderunge der Christlichen Ehe, auch erhaltunge gueter Zucht, pollicey und discipline in den Stetten dieses Brandenburgischen Churfürstenthumbs in gulden, gewercken oder Zumpfften nicht gestattet noch genomen worden; igt aber unterstehen sich viele uneheliche, wendische und andere leichtfertige leute durch vorschrieffe und andere unzulässige practicken in die Empter, gulden und gewercke zu bringen, daraus dan in Stetten viele Bandts, widerwill und zuruttunge des regiments, auch allerley unrichtigkeitt erfolgett, unthertzenigst bittende, sie bey althen Tren erlangten privilegien und hergebrachten gebrauch gnediglich zu erhalten und solichs den unehelichen und andern keineswegs durch furbit oder andere mittell nicht nachzugeben.

Und so unterstehen sich auch die Tuchmacher in Stetten, den vorlauff ahn der wullen auff den freien und wochenmärkten¹⁾ zu habenn, welches denen von Stetten beschwerlichen und mit nichte tregelich noch nachzugeben²⁾ dan die die Merglte dadurch geringert und geschwecht und abkomen.

Ir churf. gn. wollen auch gnediglich vorsehen, das die Stette, wie vonn alters gebreuchlich, die pfarrer, Capellene, kirchen und Schuldiener annehmen mugen und darahn sie nicht vorhindern zu lassen.

Ir churf. gn. haben auch denen von Stetten hiebevorn stadliche artickels brieffe gegeben und confirmirt, mit gnedigster Zusage, denselben in allen und jeden stücken und puncten nachzusetzen, so befindet man doch, das in den furnemsten stücken kein volge gesehen.

Uber den artickel des bierbrauens und schendens, auch auffartt auff der Elben ist nicht gehalten worden.

Gleicher maßen haben die vom Adell und paursleute sich der kauffmanschaft widder vorordenunge gemelner rechte, Churf. g. gegebene vorschriebunge und Adelichen standt zu treiben unterstanden; so wirt auch die kauffwahre, als wulle, flachs, schmeher, talich, felle und anders auff den dorppffern vorleufft und nicht in die Stette zu Mergltte gebracht.)

So werden auch viele burger, so in stetten untherin stadtgerichte besessenn, vorm Churf. g. Cammergericht citatt beclaget und zur rechtsfertigung furgenommen, ungeacht, das dieselben vorm unthergericht in Stetten³⁾ nicht beclagt, vielweniger das dem cleger rechts vorsegt oder geweigert worden.

¹⁾ Folgt in B noch: wider althergebrachten gebrauch.

²⁾ Folgt in B noch: weil es einem Jeden Burger frey gestanden.

³⁾ Folgt in B noch: vormoge Tzer privilegia, Churf. Constitution und althergebrachten ehren auch.

(Die Schieffunge auff der Aken wirdt auch nicht abgestalt, dan viel enklliche und lebblige personen mit den Rahnen viel korns, in butter, kесе, huner, genße, fische und andere gemeine nobtrufft, keuffen dieselben beyu paurn auff vorpffern auff und schleuffens in der nacht hinwegl, dadurch dan Ir churf. gn. die Zolle vorseurett und den Stetten tegelich nobtrufft entzogen, one theurunge, so dadurch eingefurett.)

Ir churf. gn. haben sich auch vorschrieben, das dieselbe niemants Irer habenden possess und besyßes one erkenthnus des rechtens wolthen entsegen, und do Ir churf. gn. zu Jemant oder seiner guter halben zu sprechen hetten, das alsdan Ir churf. gn. laut berurten artickell-brieffs dargu vorordnen und daruber erkennen lassen wolthen.

8) Beginn der Auschuß-Verhandlungen. — Protokoll über die von Städten abgegebenen Erklärungen. Originalaufzeichnung im geh. Staats-Archiv.

Actum dinstags nach Assumptio Mariae (20. August) 1549.

Die Städte berufen sich auf die frühere kurfürstliche Zusage, daß sie mit Ausnahme der bekannten vier Fälle fortan von Steuern verschont bleiben würden. Es gebe Wege, sie nicht weiter zu belangen, und sie bitten daher, sie zu verschonen. Der Kurfürst solle eine Verschreibung geben, die Ämter nicht mehr zu verpfänden.

Man müsse den Dienern wohl Lohn geben, aber nur nach ihrem Verdienst, und sie nicht mit Gnadenverschreibungen überhäufen.

Auch die, welche die Klöster und Ämter inne hätten, erhielten Gnadenverschreibungen in Masse, und wucherische Handel würden eingegangen. Wenn dies gemindert würde und dadurch die Möglichkeit einer Besserung vorhanden wäre — „wiewol es bei Iren unmöglich angesehen“ —, erbieten sie sich, die Abgabe vom Bier zu geben; „das weingeldt were abgehandelt.“

Die Häusersteuer sei unmöglich; „dan man sehe, wie es mit vhorigem schosse stunde; doch soferne das die andern stende, was von diesem ungelde nicht zu entrichten, mochten zu sich nhemen, und das sie zu ansangl helfen, das man was in seuffen mochte haben, sonst wo diß uff einen whan gewilligt und sie solten wie vor bleiben, were alles vorlorn.“ Wenn die andern Stände dies aber nicht übernehmen, so mußten sie darauf dringen, „das die, legen welche sie gelobt, auf brif und sigel geloset und die andern stende diß ach uf sich nhemen.“

Außerdem bitten sie um Erledigung ihrer Beschwerden und Bestätigung ihrer Privilegien.

Darauff haben kurf g. eigener person geanthworttet.

Was die früheren Reverse anlangt, so würde er dieselben gehalten haben, si necessitas non urgeret.

Was die verpfändeten Ämter und Klöster anlangt, so sei schon auf dem Landtage bestimmt, daß die Abgeordneten der Stände mit den Pfandinhabern verhandeln sollten. Bis dahin werden sich die Amtsleute nach der Billigkeit verhalten.

Betr. das Giebelgeld. Das Biergeld habe man auf Zinsen zu bezahlen beschloffen; von der Hauptsumme aber könne dadurch nichts abgezahlt werden. Auch involvire es eine Ungerechtigkeit, wenn man sich auf das Biergeld beschränke, da dann die, die nicht brauen, auch nichts zu bezahlen hätten. Deshalb sei man auf das Giebelgeld verfallen.

Wenn sie sich nun erböten hätten, die Summe, für die sie haften, zu erlegen, wenn die andern Stände das, was hiervon nicht bezahlt werden könne, aufbrächten, so sei dagegen zu sagen, daß man noch nicht wisse, wie viel die Biersteuer einbringen werde, daß man daher eine feste Quote noch nicht ansehen könne. Wenn ihm die Ämter frei zugestellt würden, will er sie mit ihrem Rathe bestellen. Man müsse die Zinsen bezahlen, aber außerdem jährlich etwas von der Hauptsumme abtragen; ferner müsse auch für seinen, des Kurfürsten, Unterhalt gesorgt werden.

Darauf erwidern die Städte am 21. August (Mittwoch post Assumpt. Mariae): sie bitten dahin zu wirken, „das sie, ir weib und kind, auch ein stude brot behielten.“ Sie bitten, gleich in Unterhandlungen mit den Pfandinhabern einzutreten.

Nur wenn die andern Stände auf ihr Anbringen eingingen, würden sie sich zu Bewilligungen verstehen, sonst aber nur das, wofür sie bereits haftbar seien, übernehmen. Sie bitten, sie nicht über Vermögen in Anspruch zu nehmen.

Den Häuserschoß aber weisen sie energisch zurück; die Bauern gäben nur vom Fusen, nicht aber vom Hause Steuern.

Antwort des Kurfürsten: Von einer Verschonung der anderen Stände sei nicht die Rede; diese hätten vielmehr bei der vorigen Steuer $\frac{2}{3}$, die Städte aber nur $\frac{1}{3}$ aufgebracht. Außerdem müßten dieselben Rittersdienste leisten. Die benachbarten Staaten erhöben eine viel höhere Biersteuer. Eben weil man die Biersteuer nicht so hoch angelegt habe, sei die Giebelsteuer beantragt, ohne welche an eine Auslösung der Ämter nicht zu denken sei. Die Bewilligung der Biersteuer betrachtet der Kurfürst als eine definitive, aber die vor den Ausschuß citirten „Creditores mit wachender schuld“ würden dadurch nicht befriedigt.

Die Städte, Donnerstag nach Assumpt. Mariae (22. August). Ihre Vollmacht gehe nicht weiter als auf Bewilligung des Biergeldes, und auch auf diese nur für den Fall, daß die andern Stände auch helfen. Vom Biergelde würden an sich auch die Städte weit mehr betroffen, weil auf dem Lande ohne Erlaubniß viel gebraut werde. Wenn der Kurfürst die Ritterdienste der andern Stände erwähnt, so sagen die Städte dagegen, sie müßten dem Kurfürsten auch mit Leib und Leben und mit „Unkosten“ dienen. Das Biergeld könne erst von Martini an gezahlt werden, bis dahin müsse mit den Gläubigern und den andern Ständen verhandelt werden.

Antwort des Kurfürsten: Unter seinen Vorgängern hätten sie immer zwei Theile der Steuer tragen müssen. Sie hätten daher keinen Grund sich zu beschweren, da die andern Stände zwei Theile der schwersten Schuld auf sich genommen; auch hätten sich die andern Stände erbboten, Steuern von ihren Gütern zu entrichten. Je länger die Sache verschoben werde, desto größer werde der Schaden; dann würden die besten Gefälle verloren gehen. Das Biergeld sei bewilligt, er zweifle aber nicht, daß er auch das Giebelgeld von ihnen erhalten werde.

Zur Auslösung der Aemter und Klöster seien auf diesem Tage schon Schritte geschehen; eine Abstellung der „Wucherhandel“ werde er selbst gern sehen. Aber ohne Bewilligungen sei dies unmöglich; „dan creditores werden wollen vorsichert sein, ehe sie die vorpfandungen abtreten“. Es sei altes Herkommen, daß dem, was zwei beschlossen, der Dritte zustimmen müsse; dies bestimme auch ein kaiserliches Dekret. Sie sollen zur Unterhandlung wegen der verpfändeten Aemter und Klöster Abgeordnete designiren; er werde auf Wege bedacht sein, sie so viel als möglich zu verschonen; die andern sollten mithelfen.

Antwort der Städte: Da der Kurfürst ernstlich an die Abstellung der Mißstände zu denken scheine, so wollen sie das Biergeld bewilligen, doch müßten etliche von ihnen erst zu den Ihrigen beurlaubt werden; die andern sollten dableiben und an den weiteren Unterhandlungen theilnehmen.

Der Kurfürst bedankt sich dann dafür, daß sie die Ihrigen zur Unterhandlung abordnen wollen; er verspricht, ihnen einen Revers auszustellen und ihre Beschwerden zu vernehmen.

9) Revers des Kurfürsten für die Städte vom 23. August 1549 (Freitags nach Bernharbi).

Original mit aufgedrücktem Siegel und eigenhändiger Unterschrift des Kurfürsten im Geh. Staatsarchiv, welches außerdem noch zwei Kopien dieses Reverses (A und B) aufbewahrt.

Wir Joachim zc. bekennen und thun kund, als die Ersamen, unsere liebe getreuen, die geschickten aller unser Stedte unsers Churfurstenthumbs,

der Mark zu Brandenburgt, die sachen, belangende die gesuchte hulffe der Biersteuer und dan, was von heusern gegeben werden soll, uff der andern unser beider Landstende bewilligung an nehistgehaltenen Landtag Johannis alhie an die Tren zuruckzutragen angenommen und wir sie darauff bescheiden, Tre geschickten uff Iso wieder hiehero zu ordnen, und in denselbigen sachen endlich zu schließen, haben dieselbigen Tre geschickten uns unter andern einbracht, das sie von den Tren die Biersteuer zu bewilligen anders nicht abgefertigt weren, es were dan, das die handlungen mit dene, so unser Ampt und kloster innehaben, zuvor surgenomen uns so weit mit einziehung des gnadengeldes und sunst erlediget, das wir die wieder zu unsern handen und hofhaltung mochten bekomen und haben, und das wir auch die andern unsere Landstende mochten bewegen, Tress teils, wo an unsern mher dan von dieser steuer¹⁾ zu bezaln, wurden uberbleiben, dazu Tress teils und von dem Tren auch zu helfen. und sich dermaßen anzugreifen, das kein teil fur den andern beschweret,²⁾ auch des gibelgeldes zu entschuldigen gebetten, welche handlung wir also surzunehmen legen den geschickten der Stedte erpotten, inmaßen auch die andern unsere bede Landstende solchs der Ampte und kloster halben zu thun gesucht, und wir darauff den ausschus, auch die Inhaber unserer Ampt und kloster solcher handlung halben uff iso anhere bescheiden, aber sich berurte geschickten ane ferrer zurucktragen und bericht der Tren aus mangell des habenden bevelchs dazu in solcher gelegenheit zu schließen entschuldigt und unntertheniglich gebetten, Sue zu gonnen, solchs also in eyle an die Tren zu gelangen: wir wurden darauff unabshlegig anthwort und endliche bewilligung dieser hulff des Virgeldes bekomen; haben wir demnach dasselbige alles, als uff vorberurte Con디션 fur bewilligt angenommen und demnach die geschickten unserer Stedte dermaßen bescheiden, das sie von Personen Tress mittels soltten whelen, welche neben dem ausschus unserer beider Landstende berurte sachen unserer Ampt und kloster halben mochten surnehmen und handeln; inmaßen sie solche Personen verordnet, und sollen die andern geschickten diese sachen den Tren einbringen, auch das gibelgeldt zu erhaltten am hochsten befließigen und dan surderlich uff den Sontag Egidii (1. September) alhie einkomen und, was sie bei den Tren erhalten, einbringen. Actum unnter unserm aufgedruckten Secret, Freitags nach Bernharði Anno x. XLIX.

¹⁾ Kopie A hat hier noch: und was die pauern von iren huffen geben. In derselben wird auch der Bestätigung der Privilegien, welche die Städte gefordert haben, gedacht. Im Ausdruck finden sich einige Abweichungen vom Original. Kopie B stimmt mit A überein, trägt aber am Kopf die Bemerkung: „Copie des Recesß, wie die Stedte ubergeben, ist aber in dieser form nicht, sondern wie beiliegend ausgegangen.“

²⁾ „und sich dermaßen beschweret“ fehlt im Konzept.

10) Ebenfalls beim Beginne der Ausschußverhandlungen müssen eine Reihe von Eingaben der einzelnen Städte, welche ohne Angabe eines Datums in den Landtagsakten des Geheimen Staatsarchivs beruhen, eingelaufen sein: Denn sie enthalten im Allgemeinen dieselben Gesichtspunkte, von welchen die Erklärungen aller Städte, wie wir sie im Vorstehenden wiedergegeben haben, ausgehen. Vielleicht sind auch erst von den an ihre Auftraggeber abgeordneten Mitgliedern des Ausschusses bei ihrer Rückkehr mitgebracht und zur Unterlage für ihre weiteren Verhandlungen im September und Oktober benutzt worden (vgl. unter Nr. 8.) Wir lassen dieselben daher an dieser Stelle im Auszuge folgen, bevor wir uns wieder zu den gemeinsamen Verhandlungen des Ausschusses zurückwenden.

a. Altstadt Brandenburg: Rath, vier Gewerke und die Gemeinde der Stadt beklagen sich, daß der Kurfürst, seiner eigenen Verfügung zuwider, der Stadt Plauen gestattet habe, Bier zu brauen. Sie erwähnen dann verschiedene Grenzstreitigkeiten mit Asmus von Salden und Plauen.¹⁾ Dieselben hüten ihr Vieh auf Brandenburgischem Grund und Boden, was ihnen nur auf beschränktem Raume zustehe; sie erweitern ihre Bruchwasser bis auf Brandenburgischen Boden und geben ihnen, den Brandenburgern, trotzdem keine Fische aus diesen Gewässern ab. Ähnliche Klagepunkte bringen sie gegen die Herren von Briesf vor. Außerdem nehme der Amtschreiber von Gewand und anderer Waare auf der Plauener Brücke Zoll, während nach dem alten Receß die Bürger der Altstadt Brandenburg zollfrei auf dieser Brücke sein sollen.

Endlich führen die Brandenburger Weingärtner Klage darüber, daß der Junker Antonius von Werberg in seinen Bergen „seines Gefallens“, d. h. vor der vertragsmäßig festgesetzten Zeit, Wein lesen lasse.²⁾

b. Neustadt Brandenburg: Die Bürger führen Klage darüber, daß sie ihres Rechtes, auf dem Eigenthum der Stiftskirche Ziegelerde zu graben, beraubt worden seien. Joachim von Bredow wolle von dem Abthofe, der, von dem Kloster Zenin getrennt, jetzt sein Eigenthum geworden sei, keine Steuer zahlen.

c. Berlin und Köln a. Spree. Sie beklagen sich, daß gegen des Kurfürsten früher ausgesprochenen Willen bei Köpenick in der Spree mehrere Wehre gebaut worden sind; sie bitten dies abzuschaffen.

¹⁾ An dieser Stelle findet sich von Weinlobs Hand folgende Randbemerkung: „In diesen sachen sollen, sobald die sterblichen leuffte gestillet, Commissarii vorordnet, beschittigung gehandelt werden“.

²⁾ Eine Randbemerkung von Weinlobs Hand verspricht Enquête und eventuelle Abhilfe.

Der Heiderreiter von Köpenick unterstehe sich, auf Berliner Forst, namentlich bei Woltersdorf, zu jagen.

„Und ob wohl die von Stetten von Churf. gn. zu Brandenburgt dits privilegiert, das keiner im Schosse außer der althen Burglehenen befreiet sein sollte, laut hochgedachter Sr. Churf. gn. gegebene vorschriebonge, darinnen zuvor gegebene befreihungen cassirt und aufgehoben¹⁾, unthertsehen sich doch etliche von burgern und hoffgesinde in Coln und wollen gar kein Schos, thorshen, wach noch andere burgerlicheun unpflcht geben noch bestellen, mit denen ernstlichen zu beschaffen, damit sie sich andern armen leuten gleichformig machen und die Burden gleich aus getragen werde.“

Kurfürstliche Wagentnechte und Befehlshaber fahren mit Gewalt auf beider Städte Heiden und hauen dem Rath und den Bürgern ihre Eichen und Aien-Bauholz, sowie das Brennholz ab.

d. Frankfurt. Die Bürger beschwerten sich über Bedrückungen der Zollbeamten; ferner würden sie wider Gebrauch und Herkommen von den Uchtenhagen zu Freienwalde zu Fuhren gezwungen; sie wollen bei den Privilegien erhalten werden, welche ihnen außerhalb Landes, z. B. in Lübeck, gegeben sind.

e. Der Althmerkschen und prignitzschen beschwer Artikel.

„Item das ehliche vom Adell, pawr und pawrs knechte kauffenschaff und hantirung in der alten Margt und prignitz zu treybenn sich untttersehen, allerleye ware, als karne, vehe, Botter, kessen, honnig und sonst uff den dorffern hin und wider den Stedten zu vorfange auffsteuffen und auß dem lande shurenn und treybenn, so geleich unthertsehen sich auch sollichs ehliche außlendischenn.“

Item das der Landt Richter im gericht zu Langermundt keine volmacht, die int gemeine gestalt, wyß annehmen, besundern zu iglicher sache eine sonderliche vulmacht habenn wyß, das doch von alters nie gewesenn.“

f. Stendal. Die Magdeburger hätten, bevor sie in die Acht erklärt wurden, bei etlichen Bürgern von Stendal mehrere hundert Gulden Schulden gehabt, die sie jetzt nicht zahlen wollten.

g. Briegnitzsche Beschwer-Artikel. Den Mühlen soll das Mahlen von Malz verboten werden, nachdem den Geistlichen und Bauern auf dem Lande das Brauen untersagt worden sei.²⁾

1) Vergl. den kurfürstl. Revers für die Städte vom 13. März 1541 im November-Dezember-Heft 1882 dieser Zeitschrift, Anhang Nr. 6, S. 568/69.

2) Randbemerkung von Weinlobs Hand: den moltern zu gepieten, den geistlichen und pawern kein malz zu malen.

Denen von Wittstock, Wilsnack u. a. m. soll aufgegeben werden, die Beden der alten und neuen Ziese zu tragen, da sonst die andern Städte wenig Bier verkaufen könnten.

Denen vom Adel soll nur für ihre Haushaltung Bier zu brauen gestattet werden, nicht aber, zu Hochzeiten und Rindtaufen Bier zu verkaufen.¹⁾

Den Geistlichen und Bierbauern soll das Bierbrauen überhaupt verboten werden²⁾; es sollen nicht weniger als zwei Wispel auf einmal gebraut werden. Außerhalb Landes Bier zu holen, soll überhaupt verboten werden³⁾. Die „14 Tage“ sollen unter den Bauern innegehalten werden. Dem „Krüger“ Hans Jordan soll das Bierbrauen gänzlich untersagt werden; derselbe braue selbst Bier und verkaufe es an die Bauern der umliegenden Dörfer zu Rindtaufen zc.

Der Verkauf von Wolle soll denen, welche nicht zum Tuchmacher-Handwerk gehören, gänzlich verboten, die Wolle von Adel und Bauern in die Städte den Tuchmachern zum Kauf gebracht werden. „Das auch den fremdden als den Hessenn unnd franden der lauff des hopffers muge hinfurder nicht gestatt werden, dann sie Iherlich große tewerung damit machen“. ⁴⁾

Das Verlaufen des Fellwerks, das Schußtern, Beutlern und Sattlern zur Nahrung diene, soll verboten werden.

Ein Verbot der Holzausfuhr soll für den Adel erlassen werden.

Ausländischen soll die Schifffahrt und das Pantieren mit Gewichten und Ellen untersagt werden.

Die Tuchmacher zu Neu-Ruppin fabriziren schmaleres Tuch und bringen dies dann billiger zum Verkauf als die anderen priegnitzischen Städte. Damit täuschen sie den „einfältigen Mann“. Dies soll abgestellt werden.⁵⁾

h. Ruppin. Es sollte bei der alten Holzwaare bleiben; in den Städten seien viele Häuser baufällig, und man müsse darauf Bedacht nehmen, Mittel und Wege zur Abstellung dieses Uebelsandes zu finden. Aus der im Preise hoch gesteigerten Holzwaare müsse Verderb für die Städte hervorgehen, dies möge der Kurfürst verhindern.

Zwei Reute in Rheinsberg unterstehen sich, alle 8 Tage zu brauen, während sie überhaupt keine Braugerechtigkeit haben.

i. Prenzlau. Mehrere, namentlich aufgeführte Inhaber von Dorfküren brauen und verkaufen Bier, ohne das Recht dazu zu haben.

Die Händler und Fuhrleute von Prenzlau beklagen sich, daß sie wegen des Zolls gedrungen werden einen Umweg über Plage zu machen; dies

¹⁻⁵⁾ Alle diese Forderungen werden nach den Randbemerkungen von Weinlobb 5. und bewilligt.

machte einen Unterschied von einer halben Tagereise aus. Sie bitten, „den Händlern und furleuten die alte Straße zu farn gnedigt zu gestatten“. Die Händler sind erbötig, den Zoll zu Brandenburg zu zahlen.

Etliche vom Adel und andere reitende Knechte in der Udermark thun den Bürgern in ihrer Trunkenheit Gewalt an, schlagen sie zur Erde, überwältigen die Thorwächter und schießen nach den Leuten u. dgl. Dies soll abgeschafft werden.

Von pommerischen Fürsten werden außer den gesetzmäßigen auch ungebührliche Zölle von den Märtern erhoben, z. B. bei Pferdeeinkäufen in Stargard ein Gulden mehr als früher. Von jedem Fuder Fisch, welches sie sich vom frischen Haff holen, müssen sie, es sei klein oder groß, zwei Groschen Zoll geben.

k. Bernau. In mehreren genannten Dörfern wird ohne Berechtigung gebraut. Die Böttcher sind mit dem Tonnenholz „übersezt“ und verkaufen daher die Tonnen viel theurer als zuvor. Ein Theil ihrer Viehweide (bis an die Lubniz) stehe ihnen nicht mehr frei; ihre Jagdgerechtigkeit in Schonow, die sie mit denen von Arnim zu gesammter Hand haben, werde ihnen vorenthalten.

Das Dorf Schönerlinde ist ihnen für 1400 Gulden, die sie neben denen von Eberswalde dem Kurfürsten geliehen haben, verpfändet; sie haben aber in zwei Jahren weder Pacht noch Zinsen erhalten, sondern dieselben sind durch den kurfürstl. Befehlshaber vom Mühlhoff eingefordert worden. Die Summe des Schosses ist ihnen, ihrer Anzahl nach, zu hoch angeschlagen worden. Ihre Gerechtigkeiten an der Hellmühle, Gericht und Auf- und Abfahren, sind ihnen vom Domprobst ungerechterweise entzogen worden; ebenso seien die 15 Wispel Korn, welche sie jährlich von der Hellmühle zum Altar Angelorum erhalten haben, ungerechterweise auf das Stift übergegangen.

l. Müncheberg. Ihre Grenze mit dem Bischof von Rebus sei eine irrige. Mehrere umliegende Dörfer werden von dem Bischof gezwungen, ihr Bier aus Fürstenwalde zu holen. Wenn sie Fische aus Wrigen a. D. holen, müssen sie außer dem herkömmlichen Deichselpennig noch Zoll bezahlen, „das doch vor alters nie geschehen“.

„Haben die visitatores ahn Bewilligung in der visitation von unsern lehen und altarienn, welche zum theil unsere voreltern fundirt und gestiftt, XX Gulden zur universitet zw Franckfort vorordnett und unsere kirchendiener, die dan geringe vordinstt, zum wenigsten bedacht, hidiemeyl die andere Antecedentalia wie vor alters igundt fast geringert, hiraus erwackts, das wir keinen gelarten oder redlichen gesellen bekommen konnen, wirt in der schulen und kirchen einem dorff fast gleich gehalten, godt und G. R. f. gn. geclagt. Auch hetten wir vor gubt angesehen, dymeyl es von den unsern

herkommen unnd gestiftt, hette es auch bei den unsern woll bleyben mogen, damit man do mißt die arme Vurgerkinder, die eines gutten vorstandes, hette mogen zur schulen halten und hernachwals zu der Stadt nutz als pfarrer, Caplan, Stadtschreiber, Schulmeister, Ruster gebrauchen mogen."

m. Neu-Angermünde. Der Hauptmann Bartel Jflans dränge sich in die Güter und Gerechtigkeiten der Stadt ein: die Dienste der Bauern, die Gerichte über den Stadtkeller, in den Thoren, in der Badestube und auf den Stadtseen, die Reh- und Hasenjagd. Vor vier Jahren sei durch Markgraf Johann Georg im Beisein Adam Trott's und Matthijs' v. Salbern ein Ausgleich getroffen worden; darin sei enthalten gewesen, daß die 13-Hufen-Bauern zu Ronkendorf dem Amte 4 Tage im Jahre dienen sollten; der Hauptmann solle ferner die halbe Strafe von Todtschlägen und Gewaltthaten im Dorfe Ronkendorf haben und u. a. m. Gegen das erstere hätten sie replizirt, sie könnten die Dienste ihrer Bauern, die ihnen Biegeerde graben müßten, nicht entbehren. Trotzdem sei es bei jenen Abmachungen geblieben: bei Gefangennehmung von Dieben ꝛ. habe der Hauptmann die Strafe, sie aber die Mühe.

Der Hauptmann entziehe ihnen auch den Zehnt von den geistlichen Höfen.

Auf allen Dörfern werde Handel getrieben, so daß keine Wolle, kein Talg, Fett oder Felle auf dem Lande zu bekommen sei, vielweniger aber nach der Stadt gebracht werde.

Sie beschweren sich auch über den von dem Kurfürsten verordneten Freischlächter, der das Fett zum Theil heimlich verkauft, die Felle nach außerhalb verkauft ꝛ.

Bauern, Schmiede und Hirten auf den Dörfern brauen Bier. Die von Bierraden, Stolpe und Neustadt verlaufen Bier in ihren Dörfern und thuen ihren eigenen Brauern Abbruch.

n. Oberberg. Jacob v. Arnim hat ihnen von 14 Tage vor Michaelis bis 14 Tage nach Martini den Gebrauch ihrer „Hütung und Mastung" auf der Chorinischen Haide untersagt; auch die Fischerei im See, die sie von Alters gehabt, sei ihnen verboten. Man wolle sie zwingen, den Wein über die Zeit hängen zu lassen und ihn nicht nach ihrem Gefallen abzunehmen.

Wenn ein Rath dem andern das Regiment übergiebt und Rechnung ablegt, will der Hauptmann immer dabei sein, wodurch ihnen große Unkosten entstehen. Sie bitten, das abzuschaffen.

o. Neustadt-Eberswalde. Antonius Holzendorff habe zu Falkenberg einen neuen Schlag errichtet und fordere von ihnen „Niderlage", im Widerspruch mit einem ausdrücklichen Erkenntniß des Kurfürstlichen Kammer-

gerichtes: „die hern visitatoren haben uns in negst gehaltenen visitation zu besserer erhaltung der knechten, diener das lehen, zum lalandt gehorendt, zugeordnet; weyl wir aber mit Hansen Termo, Hauptman ufm Mollenhof seligenn, bey seinem lehen inn etlichen Irrungen gestanden, hat der uns zu wider bey Churf. gnab. beschaffet, das uns dasselbe genommen und ferner Georgen Schrader landtreyttern verlihen wordenn, Bittenn dasselbe widerumb zu der kirchen besoldung derselben diener zuvorordnen.“

Denen von Stettin solle nicht mehr gestattet werden, bei dem kurfürstlichen Garnzuge Fische zu kaufen und wegzuführen; denn man wolle auch ihnen in Pommern den Anlauf von Fischen nicht gestatten. Ferner beklagen sie sich über Einiger unberechtigtes Brauen.

p. Strußberg. „Erstlichen beclagt sich ein Rath und ganze gemeine, das sey auf e. l. g. befelhe mit dem hausvagt etliche vonn adell gesendlich anzunemen vorordenet wordenn, die doch sunst also gessen, das sey auf l. f. g. Citation erscheinenn unnd sich Irer vorwirtunge mit Irer l. f. g. wol vortragenn musten. Dadurch ein Rath und ganze gemeine bey dem adell abgunst erlangenn, das sey Iren underthanenn vorbietten, das sey uns nichts zufuren sollen und von etlichenn bescher geheißenn, Bitten mochten darmit vorschonet werden.“

Sie fragen an, ob der alte Prior nicht schuldig sei, von seinen Erbgütern, die in der städtischen Feldmark und im städtischen Gerichtsbezirk liegen, Steuer für die kurfürstliche Bede zu zahlen?

„Item so beclagenn sich unser schneider, das alhie umblangt auff ein melle weges oder anderhalbe vaste in allen dorffern, in etlichenn eyn, in etlichenn zwey schnider wohnen, die auch unebher lauffenn und die arbeit zusamen tragenn, Iren zu schadenn und abbrngl. Bitten dieselbige durch e. f. gn. michte angehalde und dahn gewiset werden, das sey mit Inenn in der Stadt Ire eynunge unnd gulde halten mughtenn, als auch die Snider umblangt Berlin und Colnn gelegen thun musten.“

Die Schneider des Adels unterstehen sich, auch den Bauern Kleider zu machen, im Widerspruche mit dem Schneider-Begnabigungsbriefe.

Auch das Verbot, „das kein vorkuuffer leder oder selle auf gewinst kouffen solle“, werde nicht gehalten.

„Item nachdem auch unser gnediger herr denn von Stedten allezeit gnebigke zusage gethann, da kloster inn stetten vorhanden und einkommens hetten, das sein l. f. g. der stadt, darein die gelegenn, vorordenenn und geben wolthenn, welchs sie zu hulffe Irer kirche unnd schule gebrauchenn soltten oder inn den gemeinen lasten gewandt solt wordenn; weil dann unser kloster ethwan ein geringes einkommens, und solchs nun e. f. g. Joachim Hensen aus gnabenn gegeben, das uns doch sein l. f. g. also

gnedich sein wollte, mit Joachim Flansen zu beschaffen, darvonn abstehehn mußte, und das sein Churf. gn. der armen Stadt sulches zuwenden wollte, weil doch dieselben almüssen von vielen leuten gestift und gesamelt wurden und unser haus ganz seher arm, beschuldigt und unvormugenn ist, nich wol die schule und kirchen diener erhaltenn können, wie wir dann zuvor sein Churf. gn. darumb angelanget und gebettenn, ehe dann Flans damit vorehret worden ist."

Die Krummesche jagen mit ihren Schwägern, den Flansen, auf städtischem Jagdgebiet. Davon sollten sie abstehen, „damit nicht einmal vonn unsern gemein und Jungenn burgern ein Band oder Zweitracht mit sie auf den heidenn, wan sie dar jagenn, entstehenn mugenn."

q. Nauen. Sie haben für „Zehrungen" des Markgrafen Johann und für Pferde 46 Schock zu bekommen und sind dafür auf den Zoll, die Orbede und das Biergeld zu Nauen verwiesen; diese Gefälle sind aber auf andere Orte überwiesen; sie bitten daher, sie an andere Orte wegen Bezahlung jener Summe zu verweisen.

Außerdem haben sie neuerdings noch Geld für zwei Pferde zu bekommen. Sie sind ihrer Jagdgerechtigkeit beraubt worden und bitten, sie bei derselben zu schützen.

Die Berliner, Spandauer, Rengeler holen Holz aus ihren Waldungen: sie bitten, ihnen das zu untersagen.

Mit denen von Brehow seien Irrungen wegen der Grenze und der Hütung eingetreten; sie bitten um einen besiegelten und verbrieften Vertrag diewerhalb.

r. Wriezen a. O. Bisher hätten sie die Stadt Friedland mit Bier versorgt, bis Baltzar Bornfelde das Jungfrauenkloster in Friedland in Verwaltung bekommen habe. Dieser braue selbst auf dem Klosterhofe. Darüber hätten sie vor den kurfürstlichen Räten verhandelt. Hier sei erkannt worden, daß Bornfeld mit dem von ihm gebrauten Bier die Krüge nicht versorgen dürfe. Bei dieser Gerechtigkeit solle sie der Kurfürst schützen.

In Freienwalde haben die Wriegener bei Ein- und Durchfuhr nur 1 Deichselpfennig Zoll gegeben. Jetzt aber werde, so oft einer durchfährt, wenn es auch täglich drei oder viermal geschieht, vom Pferde 4 Pfennig genommen, während sie den Freienwaldern gegenüber bei dem alten Deichselpfennig geblieben seien. Sie bitten, daß der Kurfürst an Kaspar v. Uchtenhagen Weisung ergehen lasse, dies abzustellen.

Früher hätten die Bürger das Holz zu Bierfässern auf dem Wasser selbst gekauft; jetzt unterstehen sich die Fischer, ihnen das Holz aus den

Händen zu kaufen. Dies sei denselben früher nur gestattet gewesen, wenn die Bürger schon genügend mit Holz versehen waren.

Sie bitten, ihnen das oberste Gericht, welches sie auf kurfürstlichen Befehl inne haben, zu lassen; sie wollen dem Kurfürsten dafür jährlich eine bestimmte Summe Geldes zahlen.

s. Abranzoje. In 15 namentlich aufgeführten Orten werde wider Recht und Gewohnheit Bier gebraut; darunter finden sich Schwenberg und Falkenthal. Unter denen, die brauen, befinden sich: der Marschall Adam Trott, die Bredows, die Nedern, Hans v. Arnim u. A. m.

t. Potsdam. Hans von Nochow zu Kaput braue widerrechtlich Bier und versorge den Krug damit, der bisher sein Bier von Potsdam bezogen habe.

u. „Nachvolgende Artidelle hat ein Rath zu Trebbin den Erbaren Rethen Bayder Stetten Berlin und Coln wegen Irer furfallende ehehafften und merglichen beschwerunge halben übergeben:“

Etliche Bauerschaften unterstehen sich durch eine unbefugte Erlaubniß des Hauptmanns daselbst, Acker und Wiesen von ihrem Eigenthum in Besitz zu nehmen und ihnen zu entziehen.

Der Zöllner von Züterboch hat einen neuen Zoll errichtet, über den sie sich beklagen.

13 „Kruger“ brauen widerrechtlich.

Das Biergeld gereiche ihnen zu unüberwindlichem Verderben; dies beschränke ihren Bierabsatz, da die von Züterboch von dem Biergelde befreit seien.

11) Fortgang der Ausschußverhandlungen. Protokolle der einzelnen Sitzungen im Geh. Staatsarchiv.

a. Actum im ausschuß Dinnsags nach Bartholomei anno 49. (27. August).

Einer der Pfandinhaber (sein Name fehlt) bittet, ihm sein Kapital zurückzuzahlen; dann werde er sein Amt aufgeben; auch mit einer Versicherung von Seiten der Landschaft will er zufrieden sein.

Jacob v. Arnim meldet eine Schuld des Kurfürsten von 500 Gulden an, für die er, der Gläubiger, indeß sein Amt in Händen habe.

Es wird nun ebenso über die einzelnen Ämter verhandelt:

Trebbin¹⁾ soll mit 6000 Gulden abgelöst werden; die gegenwärtigen Pfandinhaber erbieten sich zur Abtretung gegen Rückzahlung des Geldes;

¹⁾ Pfandinhaber war das Kloster zu Trebbin selbst; s. unter Nr. 4 dieses Anhangs.

inzwischen sollen die Gebäude besichtigt werden, die inzwischen gebaut worden und deren Werth ebenfalls zurückerstattet sei. Sie bieten zwei Hufen und einen Weinberg, die zur Besserung des Amtes geeignet seien und ihnen zugehören, zum Verkauf an.

Oderberg war an Wolf Frohove für 2000 Gulden Kapital verpfändet. Derselbe erbietet sich zur Abtretung, fügt aber hinzu, die Chorinische Heide sei, dem Amte zum Nachtheil, dem Kloster zugeschlagen worden.

Das an Barthel Glas verpfändete Amt Neu-Angermünde kann für die Hauptsumme von 3000 Gulden und gegen Rückerstattung der Baukosten eingelöst werden.

Auf Neustadt ruhen 3000 Gulden des Matthias v. Selden. Ferner sind daselbst Mühlen, ein Haus und ein Borwerk gebaut, die abgekauft werden müssen. Es wären daselbst auch Kutzungen und Schiffereien anzulegen.

Amt Röpenick ist an die Mutter des Joachim Claus für 1000 Gulden verpfändet, und für die Jagd hat ihr der Kurfürst 800 Gulden zugesagt.

Der Inhaber des Amtes Ruppin, Curt Mohr, beschwert sich dringend über die geforderte Ablösung, da ihm mit Brief und Siegel versichert worden sei, daß er das Amt lebenslänglich haben solle; trotzdem erbietet er sich, das Amt zu räumen. Die vorigen Hauptleute hätten mehr als er gehabt. Die altmärkischen und priegnitzischen Städte wollen ihm die Summe, 5000 Gulden, in drei „Tagzeiten“, vom nächsten Ostern an gerechnet, abzahlen „und uf seine Copei für sich selbst als Tre schuldt vorpflichten.“ Sollte das Geld noch acht Jahre stehen, so will Curt Mohr das Amt eben nur gegen eine solche Verpflichtung der Stände abtreten.

Dem Pfandinhaber des Klosters Lenin, Michel Hepp, soll wegen der Einlösung des Pfandes besonders geschrieben werden.

Gramzow ist an Jörg Lindstedte für 8100 Gulden verschrieben. Sechs Bauern sind an Jacob v. Arnim und Joachim von der Schulenburg verpfändet. Lindstedte soll einstweilen 400 Wispel Korn schicken.

Auf Lindau hat Hans v. Arnim 8000 Gulden geliehen; dazu kommen 1000 Gulden „Gnabengeld.“ Vier Höfe und acht Hufen davon sind Joachim v. Bredow gegeben. Dieselben erbieten sich, Rechnung zu legen und gegen Rückzahlung des Geldes ihre Pfandschaft abzutreten. Arnim hat dem Kurfürsten 2000 Gulden aufgebracht.

Auf das Kloster zum heiligen Geist vor Salzwedel hat Hartensleben 6000 Gulden geliehen. Davon seien an dessen Wittwe noch 3000 Gulden nach der Angabe des Hauptmanns der Altmark zu zahlen.

Die Einlösung des Klosters Lehlau, auf welches Graf Albrecht Sorg zu Stolberg-Wernigerode 23 000 Thaler geliehen hat¹⁾, soll ratenweise erfolgen, da es „auf einmal“ nicht möglich ist. Außerdem ist hierbei noch mitasmus v. Salbern, dem früheren Inhaber, abzurechnen.

Für Bedenick sind an Adam Trott 8000 Gulden zu zahlen. Derselbe ist zur Abtretung geneigt.

Für Dambach sind an Lewin von der Schulenburg 1700 Gulden zu zahlen; außerdem hat er 1000 Gulden am Kloster verbaut. Fünfte tausend Gulden, die der Kurfürst aufgenommen, sind auf des Klosters Güter verzinst.

Auf Arnsee hat Hans Krusemark 1000 Gulden geliehen. Derselbe machte zwar geltend, daß ihm das Kloster auf 21 Jahre verschrieben sei, daß er auch viel hineingebaut habe, was durch eine Viererkommission abgeschätzt werden müsse, erklärte sich aber doch bereit, das Amt abzutreten, wenn er sein Geld oder eine ständische Verschreibung, welche zur Abzahlung in zwei Raten verpflichte, erhalte.

Auf dem Amte Trevesee stehen 3000 Gulden von Andres v. Lüderig. Außerdem hat derselbe noch für verschiedene Gesandtschaften, die er übernommen, Geld zu fordern.

Verschiedene Forderungen in Gesamthöhe von über 4000 Gulden machte Jacob Schilling geltend.

Ueber Spanbau könne gegenwärtig nicht verhandelt werden; ebenso ist über Verhandlungen wegen Tangermünde und Lehen noch nichts beschlossen.

Auf dem Amte Salzwebel stehen 4000, auf zwei Dörfern des heiligen Geist-Klosters 2000 Gulden. Pfandhaber war Rudolf v. Alvensleben.

„Diß tags hat sich auch Hans Koch, burgermeister zu Brandenburg, in voller macht, Er Matthias Dircke, Camptur zu Supplinburg, mit einer vorschreibung uff Mtausend Gulden, dem Camptur uff dem Holle zu Lehen vorschrieben, angegeben; ist mit Ime wegen des Campturs so weit gehandelt, daß er bewilligt hatt, die vorpfandung des Hols fallen zu lassen und sich der Zinse, och der ablegung der handtsuma Inhalts der vorschreibung zu der jetz bewilligten steuer zu vorstehen.“

b. Actum Mittwoch nach Bartolomei 1549 (28. August).

Der Kurfürst geht zunächst auf die äußere Lage, die über Magdeburg verhängte Reichsacht, die Fütterboder Beschlüsse, den Verbrüderungs- und Heiraths-Vertrag mit dem Herzoge Friedrich von Rügen u. a. m. ein.

¹⁾ Vgl. die Regesten Nr. 52 und 55 des vorigen Aufsatzes (November-December-Heft 1882, S. 603, 604).

Dann kommt die Münze zur Sprache, über deren geringen Gehalt sich der gemeine Mann beschwere; jede Münze solle in ihrem Werthe gehalten werden, auch wenn der Kurfürst selbst Schaden davon haben sollte.¹⁾

Dann kommt die Verhandlung noch einmal auf die verpfändeten Ämter und Klöster zurück: die Stände versprechen pünktliche Verzinsung und verlangen dafür unbedingten Verzicht der Pfandinhaber.

Mit Magdeburg müsse über Frieden verhandelt, wegen Siegnitz die Fürbitte des Kaisers bei dem Könige von Böhmen nachgesucht werden. Dieser zunächst von dem Grafen v. Bierraden vertretenen Ansicht tritt auch Joachim Cassel bei. Dagegen macht der Hauptmann der Altmark geltend, daß man wegen Siegnitz erst mit Gelehrten rathschlagen müsse. Auch der Landvogt der Uckermark und Curt Rohr plaidiren für eine friedliche Einigung mit Magdeburg.

Ebenso oder ähnlich äußern sich Albrecht v. Schlieben, Curt Hintorff, Joachim Quast, Dietrich Klizing, Claus v. Arnberg (der sich der Ansicht des Hauptmanns der Altmark anschließt), Hans v. Krummesche, der in Bezug auf Magdeburg äußert, wenn man vom Kaiser verlassen werde, müsse man Mittel suchen, um verschont zu werden, in Bezug auf Siegnitz aber dem Hauptmann der Altmark beipflichtet, endlich Eustachius v. Schlieben, der namentlich mit Nachdruck die Nothwendigkeit einer Verbesserung der Münze betont.

12) Undatirtes Konzept einer Verordnung gegen die Münzverschlechterung.

„Und ist offenthlichen am thage, vielen aus ierem mittel woll bewußt, das die Munk in wenigen und korgen Jaren in den vierde theyl gefallen und geringereth worden, wie es dan aus dem erscheyneth und leycht abzunehmen ist, das drey taller izziger Steyth vier Gulden an Munk gelben und davor ausgegeben werden, wie woll sie nicht hoher dan vor eynen gulden Munk geschlagen und vor weyllen eynen gulden an Munk und nichts meher zu gelben haben. Darauf dan ervolgeth, wehr die selbe Steyth vier gulden Meyß gewesen, odder vier gulden Zerlicher Renthen gehapth, das der igunds nicht mehr dan dreier gulden werth und drey gulden Zerliches eynkomens habe, also disse Steyt über den wurden Theyl seynes vormogens Ermer wird; und isth eynmall war, das leychter eyn feyndlicher durchzog, brandt, schade abder andere beschwerde dan disser fall an der Munk zu thragen were. Dertwegen haben wir allen unsern eygenen

¹⁾ Hierüber erließ der Kurfürst eine besondere Verordnung, die unter der folgenden Nummer abgedruckt ist.

Nuz hindan gesetzt und wollen mith Ernst und vleß dahin vordacht seyn, das jenen dis unsern getreuen underthanen gerathen, geholffen und si disser beschwerung entnommen werden möchten.

Bey uns löntzen wir seynen anderen sicherern, bessern und gewissern weg befinden, das sich mith billigkeit Niemandß zu beschweren, dan das wier alle Mungen durchaus von der kleynest bis auff die größest in unsern landen gesetzt und angeschlagen, also in ierem ieder werde dieselbe auff eynen thaller und dan auff eynen usuell gulden abder eynen gulden an Mung XXI Meyßnischen silbergr. gezogen und Regulireth hettten; szo were gleich als viel, Man hette eynen taller, XL Vier. gr., XV steter gr., XI Loththen und so vorthan; in eyner posth finde man so viel seynes silber, als in der anderen, und was eyne Mung je mher were dan die andere, des eruolgeth Man an der Zhall und gebe der stücken szo viel mehr auff eynen taller.

Gleichher gestalt möchte auch der usuell gulden abder gulden an Mung regulireth werden; durch disen weg were der herschafft und gemeynen man treffentlich gehulffen; dan man sehe an die großen ausgaben, die eyn Zeyth her aus dissem lande gefallen, und lege darauff den auff werell, der eruolgen mus, szo werde solcher verlusth eyner zimlichen sthewer nicht ungleich seyn; wier wollen geschweygen, wes schadens das eyn ieder vor sich selbsth dorane genomen, und hette sich disses weges Niemandß zu beclagen, Niemandt werth seyn Mung vorbotthen, sonderen in Zeren Methen werdt gesetzt, und isth nicht zu besorgen, das darumb nith Mung im Lande sein solthe. Dan wo die Munge gueth ist, an die orthe geweneth sich der leuffman, und do seynth die größesth hendell und gewerbe. Wo handell isth, do isth gelth; dan do leuffeth und vorkauffeth man und isth beyde, leuffer und vorkleuffer, der orthe desto lieber. Was hath Leyppt andersch auff geholffen und den großen handell zu wege bracht und erhaltthen als die guethe Mung?

Und ob sich gleich Eynn herre Munger unthertehen solle, seyne lande mith eygener Mung zuvorsehen, szo gehöret doch darzu eyne treffentliche vorlage; die silber leuffe seynth zum hochsten gestigen. Ezolle eyn herr mith nuz mungen, so werden die lande beschwerth und isth dodurch die izige vorstehende beschwerunge nicht erledigeth. Ezolle abder eyn herre guethe Mung schlagen, so mus Er es mith schaden thuen, und wo das land mit nottorffiger Mung do durch solle vorsehen werden, szo zihet eyn solche treffentliche unkosten darauff, den eyn herr, der nicht eigenst silber bergwerget hett, schwerlichen vormag; und wirdeth wenig do durch geholffen; dan so balst man wes doranen vormerdt, so wirdeth sie außgewerelt, in

den Thiegeß geworffen und bößer leuthe unchristliche gesuch hiedurch gefesteth.

Der halben achten wier den Ersten weg gemeynen landen nachmaln zum annemlichsten und besten, wo alleyne vlesige undt trewe warbeyn bestellet, die auffacht haben, so halth eyne newe Münz eynschleyche, da mitß die selbe gleich gesetzt werde."

Im deutschen Reiche sei auf eine baldige Vergleichung nicht zu rechnen.

13) Fortgang der Verhandlungen im September 1549. Protokoll im G. St. A.

Actum alten ruppin dinstags nach Egidii (3. September 1549).

Der stedte furbringen.

Sie bitten, die Gnadenverschreibungen abzuschaffen und Recht gegen die wucherischen Geschäfte ergehen zu lassen. Sie bitten ferner um einen Revers, daß sie hinfort mit Steuern außer den bekannten vier Fällen nicht beschwert werden sollen. Diesmal bewilligen sie sie „aus Untertänigkeit und Treue“. Die Ämter und Klöster sollen ferner nicht verpfändet werden. Wenn es geschehe, solle es nichtig sein. Sie bitten um Aufrechterhaltung ihrer Privilegien und um Bescheid auf ihre übergebenen Titel, die Kirche u. A. m. betreffend. Zur Steuer über die Biersteuer hinaus sollen auch die anderen Stände herangezogen werden. Zur Einziehung der Steuer sollen verständige Leute verordnet werden. Die Schuld, für welche die Städte haften, soll „so wol als andere“ gelöst werden.

Das Giebelgeld bitten sie fallen zu lassen, weil „arme leute in stedten große beschwerunge furgewandt, müssen furschoß und pfundtschoß geben, auch die stedte nicht wol besetzt und Ine zu vorderb gereicht“.

Antwort des Kurfürsten:

Er bedankt sich für die Bewilligung des Biergeldes. Er verspricht, Alles zu thun, um die Auslösung der Ämter zu bewirken. „Lassen geschehen, was sie mit wucherischen hendeln durch guthe oder recht mogen ausrichten.“ In der Hofhaltung will er sich einschränken; ebenso verspricht er den erbetenen Revers. Zu der Abordnung von Leuten, welche die Steuer einziehen, sollen sie selbst Verordnungen erlassen. Ohne das Giebelgeld aber würden alle diese Maßregeln vergeblich sein: auch hätten die anderen Stände dasselbe nur bewilligt, wenn es die Städte auch zahlen.

Gleichwohl bleiben die Städte bei ihrer Verweigerung des Giebelgeldes stehen. Da sie aber gehört hätten, daß die Hälfte desselben 8000 Gulden eintragen solle, so wollten sie diese Summe sechs Jahre lang zahlen, „domit der andern stende bewilligung nicht zuwider getrieben.“ Dies hoffen sie bei den Ihrigen durchzusetzen.

14) Schreiben Raspars v. Röderitz an den Kurfürsten, d. d. Wittenberg, Freitags nach Anna (6. September) 1549.

Original mit Adresse und Siegelresten im Geh. Staatsarchiv.

Röderitz erbietet sich, das Amt Potsdam, obwohl es ihm der Kurfürst auf Lebenszeit verschrieben habe, einzuräumen und, sobald er die ausgelegte Summe erhalten, zurückzugeben. Er habe 3500 Thaler darauf geliehen, auch habe er den Nutzungswerth so erhöht, daß es 250 Thaler-Gulden jährlich abwerfe, während es vorher nur 100 Münz-Gulden gebracht habe. Er selbst aber könne krankheitshalber nicht nach Cöln kommen. Register und Amtsrechnungen könnten auch ohne dies eingesehen werden. Auch die Mühle, die er zu dem Amte zugekauft, sei er erbötig, gegen Rückzahlung seines Geldes abzutreten. Auch das Kammergut Thorin sei ihm wiederkäuflich verschrieben. Einmal habe er 2000 Thaler erhalten, die Hauptsumme betrage noch 20 000 Thaler.

15) Revers des Kurfürsten für die Städte vom Mittwoch nach Michaelis (2. Oktober) 1549.

Zwei Konzepte im Geheimen Staatsarchiv. Nach diesen scheint Nylus VI., I., 26 seinen Abdruck besorgt zu haben. Das in Einzelheiten mannigfach abweichende Original (ohne Siegel), nach welchem wir das Dokument zum ersten Male in völlig authentischer Form geben, befindet sich im Stände-Archiv.

Wir Joachim von Gottes gnaden Marggraff zu Brandenburg, Des heiligen Römischen Reichs Erz Camerer unnd Churfurst, zu Stettin, Pommern, der Cassuben, Wenden und in Schlesien zu Croffen herzogk, Burggraff zu Nurmberg und Furst zu Rugen, Belennen und thun kundt vor uns, unsere Erben und Nachkommen: Als wir an die Ersamen, unsere Liebe getrewen, alle Stedte unsers Churfurstenthumbs der Mark zu Brandenburg auf negstem Landtage Johannis Baptiste alhie gehalten, Inmaßen auch an die andern Unsere Landtstende gesehen, gnediglichen gelangt und gesucht, uns in unsern merglichen obliegen und schulde hulffe vormoge unserer furschlege zu thun, und sie sich Tres unvormogens, privilegien, freiheden, auch unsers hievor In gleichen sellen gegebenen Revers, das sie solchs doruber nicht schuldig, entschuldigt, aber doch auff unser so hohes und Embfign anhalten und erkellunge unserer merglichen obliegen, Rotturfft, schulde, auch vorderb unserer herrschafft, Lande, Leuthe, auff die genohmmene Rücksprache uns zu Vekt, nicht aus pflichte, sonder lauterer Liebe, trew und unterthenigen willen zu Rettung unserer herrschafft, Lande, Leuthe und erledigung aus nothen und schulden, acht Jar langk von Jeder thonnen biers acht merckische groschen, Jedoch allewege zehen thonnen auff

einen Zeden winßpell dem alten anschlage nach zu rechnen, zu steuren und zu geben volgender gestalt gewilligt und zugesagt, Nemlichen das wir unsern Landtstenden und sonderlich dem Ausschuß aller Stende, doruntter auch die von Stedten die Trenn habenn, nachgegeben und zugestalt haben, Das, do die Zennigen, welche unsere Schloßer, Empter und Kloster innehaben und genießen, dieselben Alßbaldt one alle mittel auf pülliche wege, die uns und unserer Landtschafft leidtlichenn, widerumb abtreten und zu unsern handen stellenn, auch bezalung desseß, so sie dorauff habenn mochten, auß Zyt bewilligter Steure gewartten soltenn, oder In weigerung des, Auch do sie uns mit unpüllichen, unrichten ubersagung beschwert hetten, vormoge der Recht und des heiligen Reichs ordnungen das Recht wider sie furnehmen und gebrauchen solten; Und auch, do alles, was von der herschafft Ruppin sampt allen und Zedenn andern unsern Schloßern, Emptern, klostern oder einkommen vorgeben, vorkaufft oder In andere wege davon kommen, Zyt furderligß, wan der Ausschuß bei einander kommen wirdet, widerumb doku gebracht und hinfurder ane der ganzen Landtschafft wissen und bewilligunge kein Schloß, Ampt, kloster oder andere unsere gefelle und einkommen vorgeben, vorkauffen, vorsehen, voreuffern oder sonst In andere wege nichts davon kommen lassen, Auch uns vorpflichten wurden, Do es doruber furgenommen und geschehe, das solchs alsdan an Im selbst nichtigl und die Zennigen, so etwas, In was schein oder gestalt das auch geschehe oder gedeutet mochte werden, an sich brochten, desselbigen wider bezalung von uns, unsern Erben oder unserer Landtschafft nicht wider gewartten, sonder des geldes und wes sie daran hetten, vorlustigl, auch wes sie des genossen, ane einichen behelff oder einrede, wie die sein mochten, zu berechnen, zu widerstaden, frei abzutreten und eingureumen schuldigl sein solten. Deßgleichen das auch das gnaden und dinstgelt auß angezeigten vielen ursachen gantzlichen abgeschafft und hindan gestalt, auch das die Zennigen, welche wucherische und unpülliche vorschreibungenn von uns haben, sich selbst der gebhur nicht schiden oder weisen wolten lassen, legen dieselben, nach Inhalt beschriebener Rechte, auch der Romischen Kayserlichen Mayestadt, unsers allergnädigsten herrn, Reformation und ordnung volnsaren und vorhalten und doruber nichts einreumen oder begeben wurdenn, Sie auch sampt oder sonderlich hinfurder mit Newen gelubden, burgschafften unnd vorsiegelungen nicht beschwerten unnd sie bei Tren privilegien, althergebrachten gebrauchenn, frei unnd gerechtigteitten, Auch denen zuvor und Spigenn Confirmirten Artickeln Schuoketen, handthabten, erhalten und wes anher dowider furgenommen und geschehen, alßbaldt abschaffenn; Zu deme auch unsere hoffhaltunge, voriger unserer vorpflichtung nach, dermaßen einziehen, vorordenen und unsere sachen dahin richtenn, das fernerm Unrath unnd schaden vor-

kommen und schuldtmachen vorpleibenn und wir auch vhorigem unserm erbioten nach einreumeten, das diese bewilligte steure durch sonderliche personen, vom Ausschusse dazu vorordenet, eingenohmmen und In keine andere wege dann alleine zu erlebigunge der schulde unserer gefelle und Amte nach der vorordenten des Ausschusses bevelch und ordnung mit unserm Rathe, sonderlich an orthe, do es zu vorkommung schadenns und vorderbs am meistenn von notten, gebraucht unnd außgegeben werden soll. Doch wes uns zu unserm unnterhalt und zur besserung unserer Amte hievor vormoge der Landtschafft bewilligung wirdet zugeordent werden, wollen wir zu unserm gefallenn selb anlegen unnd außgebenn lassen; Der Stedte außgesakte siegell unnd brieffe domit eben so woll als der andern Stende zugleich gefreiet und eingeloset unnd uns legen Ine vorpflichten und vorschreiben wurdenn, das alle obgeschriebene Dinge erstlichen abgehandelt, Richtig und klar gemacht; Und do volgendts einem oder mehr Artickeln unnd puncten nicht nachgesagt, Das sie alsdan mit Ihtiberurtter Steure Innehaltthen soltenn, und sie doneben, weil sie diese Steure nicht aus pflichte, sondern lauterer Liebe und trew bewilligt, umb ferner Steure oder hulffe außershalb der felle, In der ersten hiervorschreibonge enthalten, nicht belangenn noch beschernern wurdenn, und das diese bewilligte Steure Inen an Inen habendenn vorigenn freihaiten unnd Reversbrieffen unschädlich sein mochte. Und als besorglich, das durch diese hiersteuer unnd wes die paurren von Inen hoffen gebenn, unsere schulde, domit wir Iht beladenn, genzlich nicht mochten oder kondten erlebigt werden, do wir bei den andern unsern beidenn Landtstendenn furderligst vorsugtenn, das sie sich auch angriffenn unnd vor Ire persone vonn Irer selbst eigenenn guthern so vill auß gebenn unnd begalen, domit hir Innen nach eins Jedem Standes vormogen die gleichheit gehalten unnd kein standt vor dem andern beschweret, Welchs wir also unnd auff vorberurtte Condition fur bewilligt angenohmmen und Inen des sonderlichen dankbar, Inn allen gnaden und guthen zu bedendenn unnd zu beschulden, auch unsere Zunge herschafft dasselbe auch also zu thunde unnd Im besten nyimmer mehr zu vorgeffenn haltenn unnd weisen wollenn. Gereden unnd geloben dorauff fur uns, Unsere Erbenn und Nachkommende hiemit In Crafte dieses unsers brieffs, das wir alle unnd Jede unsere Schlosser, Empter, kloster unnd einkommen alsbaldt unnd zum schirstenn uff des Ausschusß handlung, wie obberurt, zu unsern handenn furdern unnd nhemen, Auch do derselben einhaber unnd genießer sich nach gelegenheit der sachen, der pilligkeit selbst nicht schidenn, oder sonsten der Landtschafft gemeiner bewilligung nach weisen wolthenn lassen, Doraus vormoge des heiligen Reichs ordnung, was Recht und pilligst Ist, ergehen, Auch alles unnd Jedes, was von der herschafft Ruppin unnd sonsten andern

unsern Emptern, Clostern und gesellen, vorgebenn, vorsetzt, vorkaufft, vor-
wechselt, voreußert oder In andere wege davon vorkommen, ane vorzugt
widerumb darzu zubringenn unnd volgendts Inn keinem wege davon etwas
one der ganzen Landtschafft wissen und volbort alienirn, voreußern, noch
kommen lassen, sondern dieselben unvorruet bei einander behaltenn wollen
unnd sollen; und do einer oder mehr ethwan davon, es sei klein oder groß,
an sich bringen wurde, In unnd durch was wege solchs auch geschehe,
das alsdan solchs an Im selbst nichtigt und untrefftigt sein soll, unnd die-
selbigen der wider bekalung von uns, unsern Erben Oder unserer Landt-
schafft nicht wider gewartten, sonder des gelbes unnd, wes sie doran habenn,
vorlustigt sein, Auch wes sie des genossenn, ane einige behelff oder eintrede,
wie die sein mochten, wider zu berechnen unnd zuerstadten, Auch wider ab-
zutreten schuldigt sein. Wir wollen auch die gnadenn vorschreibungen sampt
dem dinstgelde abschaffenn unnd hinfurder der nicht gebenn. Dergleichen
wollen wir auch mit denen, so dieselbigenn wucherische unnd unpillliche vor-
schreibungen habenn, sich der pilligkeit unnd Rechtenn gemess legen uns zu-
schicken und zuvorhaltenn handeln lassenn, unnd do wir bei Inen zu dem
kein volge nicht habenn wurden oder kondtenn, Das alsdan der ausschuß
wider dieselbenn oder Ire habende vorschreibungen des Rechts unnd des
Römischen Reichs Reformation und ordenunge schutzen, gebrauchenn und
doruber nichts zusagen, vorschreibenn noch geben. Wir wollen auch unsere
Stedte sampt und sonderlich zu keiner Newen vorsiglung oder Burgschafft
hinfurder dringen noch beschwern. So wollen wir unsere hofhaltunge auch
dergestalt bestellenn unnd dohin Richtenn, das ferrer unrath unnd schaden
vorbleibenn unnd darob sein, das keine schulde mehr gemacht.

Wir gebenn Inen auch hiemit nach, das die Stende oder der Ausschuß
Ires gefallens sondere personen zur einnhame und außgabe dieser Steure,
domit wir obberurt zugebahren, und aller Stende ausstehende siegell und
brieffe zugleich zu losenn, vorordenen, Sezen unnd beschaffen mugenn. Unnd
do auch mit dieser Steure unsere Ihige schulde nicht kondten bekal unnd
erledigt werdenn, Wollen wir die andern unsere beide Landtstende auch dohin
vormogen, Das sie sich auch angreiffenn unnd von Iren eigenen guthern
darzu geben sollen, das In deme die gleichheit gehalten unnd kein Standt
vor dem andern beschwert werde. Unnd als wir nicht besugt gewesen,
von berurten unsern Stedten vber vhorige hohe geleiste hulffe, Trew unnd
vntterthenigkeit, auch Ire habende privilegien unnd Neuerß diese oder andere
hulffe zusuchen, erkennen vns auch schuldigt, Inen dieselben Ire freiheitenn,
privilegien, Neuerß Jeder Zeit Stette, vheste unnd unvorbruchlichen zu-
haltenn, Inmaßen unsere Erben unnd Nachkommen auch thun sollenn. Weil
f. uns aber diese vntterthenige liebe und trewe mit dieser bewilligung so

herzlich unnd treulich aus lauterer, unttertheniger Liebe erzeigt, Thun wir sie hiemit vor uns, unsere Erbenn vnnd Nachkommende abermals Reversirn, vorsichern unnd Bekennen, Das diese Ire trewe bewilligunge Inen an Trenn freihaitenn, althergebrachtem breuchenn unnd privilegien, und sonderlichen auch denen vorhin vonn uns gegebenen Reversenn soll In allewege, allenthabenn unvorfenglich unnd unschädlich sein. Das wir, unsere Erben unnd Nachkommendenn auch dorauff nicht wollenn noch sollenn ursache oder befugunge habenn, unsere Stedte mit derogleichenn oder andern mehr Steuern oder huffenn zu belegenn oder die vonn Inen, Iren Erbenn oder Nachkommendenn zu ewiger Zeit zu fordern, Sonder wollen diese untterthenige guthwilligkeit Als fur eine sondere, trewe, unpflichtige wolthat unnd erzeigung haltenn unnd Ine diesenn unnd vhorige Revers, freihaitenn unnd privilegien vor uns, unsere Erben und Nachkommenden Stedte, vheste und unvorbruchlich zu haltenn, hiemit am bestendigstenn wie wir thun sollen, konnen oder mogenn, vorsichert unnd vorpflicht haben. Doch wollen wir die selle, davon In vorschreibung der ersten Vierzeilen gesagt, Inn welchen unsere gemeyne Landtstende bißhero Jeder Zeit, wenn dieselben surgesallenn, nach altem herkommen gesteuert unnd geholfenn, außgezogen unnd vorbehalten habenn, Sie auch donebenn bei Iren habendenn privilegien, freihaitenn unnd althergebrachtem breuchenn, auch zuvor unnd Irgigen Confirmirtenn Articeln gnediglich Schutzens, handthabenn unnd darob haltenn, unnd wes domider jurgenohmmen unnd geschehen, unvorzuglich abschaffenn unnd vorsugenn, Das sie wider dieselbenn alle unnd Jede hinfurder mehr nicht beschwerdt noch bedrengt sollenn werdeun, mit vorpflichtunge, wo Inn diesenn einem oder mehr vonn uns, unsern Erbenn oder nachkommenn, wirglichenn nicht nachgesagt oder volge geschehe, Das alsdann berurte Stedte mit dieser bewilligten Steuer stille haltenn sollenn, Alles getreulich unnd ungeverlich.

Zu urkundt, stedter, vhester unnd unvorbruchlicher haltunge haben wir unser Insiegell wissentlich an diesen brieff hangen unnd drucken lassen, Der gegeben Ist zu Coln an der Sprew, Mitwochs nach Michaelis nach Christi unsers Liebenn herrn geburdt Tausent funfhundert unnd Im Neunundvierzigsten Jar.

Eigenhändige Unterschrift des Kurfürsten.

16. Antwort des Kurfürsten auf die (unter Nr. 7 mitgetheilten) Artikel aller Städte des Kurfürstenthums vom 17. August, d. d. 4. Oktober 1549. Konzept im Geh. St. A.

„Artikel den stedten vorschrieben.“

Auf ihre Bitte um einen Generalsuperintendenten verweist er sie an Johann Agricola. Die Visitatoren sollen Umschau halten und auf Ordnung sehen, auch darauf halten, daß das Einkommen der Kirche zu besserer Be-

solbung der Pfarrer, zu besserer Versorgung der Schulen und Armen und zur Aussetzung von Stipendien verwandt werden. Die Patrone der geistlichen Lehen sollen, „ob sie zu weiterer vorsehung derselbigen komen und die kirchen sonst ane die einkomen solcher lehen zur notturfft beselbt und vorsorgt werden kondten, alsdan bei den visitatoren umb bescheid ansuchen“. Die Lehen sollen Fremden nicht verliehen werden. Beim Abgang eines Pfarrers dürfen sich die Städte einen neuen besorgen, müssen denselben aber immer anzeigen.

In Frankfurt sollen fleißige Legenten angestellt werden; über den Retardat soll auf nächstem Ausschustage endgiltig entschieden werden.

Die Bettelmönche sollen in die städtischen Klöster nicht kommen. In Bezug auf die Juden will er sich an die von den Städten angeführte, ihm bisher unbekannte Verschreibung halten.

Er verspricht ihnen prompte Justiz gegen ihre Schuldner auf dem Lande. Die Pönal-Mandate will er nach Recht halten „und dieselbigen ad Clausula iustificatoria lassen aufgehen und keinen fur gehortter oder erkondigter sachen mit abforderung derselbigen außer der offenen notarietet beschwern“.

Unter allen Ständen soll in verwirkten Strafen Gleichheit gehalten werden.

„So wollen wir auch keinen ubeltetter, mutwilligen oder austretter ane bericht der sachen, davon wir zuvor in die stedte, daraus sich die austretter, ubeltetter oder mutwilligen begeben, schreiben, wollen ane der selbigen wissen und willen nicht vorgehen.“

Er verspricht, die Städte bei ihren alten Privilegien zu erhalten. Wie es mit der Musterung zu halten, wolle er alljährlich befehlen. „Es sollen aber die rethe in stedten mit den Tren beschaffen Tre rustung und roheren, rein und in vorwharung zu behalten und nicht zu vorkauffen, sondern jeder Zeit, do es not, in bereit schafft zu haben.“

Keinem Ausländer soll das Bürgerrecht in den Städten verliehen werden, außer wenn er das Bürgerrecht, welches er anderswo hat, aufgibt.

Kein Bürger soll einem Bauern Acker, Wiesen, Holz oder Garten, welche in der Grenze des Stadtgebietes liegen, verkaufen.

Er will, da er vom Kaiser freie Schifffahrt auf der Elbe erlangt hat, dafür sorgen, daß dieselbe auch der Fürst von Bünzburg freigebe, und daß auch die Vorüberfahrt bei Hamburg auf Grund des kaiserlichen Mandates freistehet. Auch sollen in Berlin und Fürstenwalde ebenso wie in Brandenburg Schleusen angelegt werden.

In Bezug auf Kleidung, Schmutz, Hochzeit, Rindelbier &c. lasse er es bei der Ordnung des Reiches und seines Vaters bewenden, „das man si in stedten derselbigen soll allenthalben vorhalten. Wurde aber daran

mangel, oder die städte bedechten eine andere zu machen, so wollen wir Iren rath und bedenden in deme vornemen und dieselbige ufrichten; also mogen auch die in städten vom gefinde und arbeitslon und lasten nach jeder stadt gelegenheit ordnen und uns ubergeben, wollen wir auch gnediglich bestetigen.“

In Betreff unehelicher, „wendischer“ und anderer tadelhafter Personen und deren Nichteintritt in die Gewerke soll es bei ihren Privilegien und altem Herkommen bleiben.

In erster Instanz soll kein Bürger vor das kurfürstliche Kammergericht gefordert werden, sondern sie sollen erst vor den städtischen Gerichten Recht nehmen und geben. Wenn Jemand doch vor das Kammergericht gefordert werde, so solle er auf Ansuchen der Städte an das städtische Gericht remittirt werden.

„Keglich wollen wir auch keinen in Stedten seiner habenden posses oder guths ane erlanthnus des rechten entsetzen, und do wir zu ine gesprochen hetten vormoge Ires articel briffs, doruber erkennen lassen. Urkundlich mit unserm anhangenden sigel besiegelt und geschehen zu Coln an der spren, freitags nach Michaelis anno zc. 49.“

17) Ausführungs-Befügungen und Bestimmungen zu Nr. 15 und 16. Die folgenden Stücke sind undatirt, gehören aber ohne Zweifel in dieses Stadium der Unterhandlungen, da sie eben thatsächliche Abstellung einiger Beschwerden der Städte, welche in deren Artikeln enthalten und in der Antwort auf dieselben und dem Revers für die Städte bewilligt sind, bezwecken.

a. Schreiben des Kurfürsten an den Amtschreiber von Chorin.

Konzept im Geh. St. A.

Die Städte haben sich beklagt, daß in mehreren genannten Dörfern des Amts und Klosters Chorin Inhaber von Krügen und andere Bauern wider die Landesordnung Bier brauen, während sie doch ihr Bier aus den Städten beziehen sollten. Der Kurfürst befiehlt dem Amtschreiber, für Abschaffung dieses Mißbrauches zu sorgen, sonst werde man außer der Wegnahme des Bierfessels und der Gefäße auch noch Strafe eintreten lassen. Wenn Jemand einwendet, er habe schon seit 30 Jahren ungehindert gebraut, so soll er in eine Liste eingetragen werden, welche dann dem Kurfürsten oder seiner Kanzlei vorzulegen sei, damit in den alten Registern darüber nachgeforscht werden könne.

Hier finden sich dann auch Konzepte von Schreiben, welche auf Veranlassung dieses Schreibens von dem Amtschreiber an den Schulzen zu Stolp und an mehrere Kruginhaber gerichtet wurden. Außerdem ergeht

an den Rath von Eberswalde eine Mittheilung dieser Maßregel; mit Bezug darauf, daß nach ihrer Angabe auch mehrere vom Adel, Pfaffen, Räster, Koffäten Bier brauen, so bittet der Kurfürst um Nennung der Namen; er werde dann auch hierfür Remedur eintreten lassen.

An den Amtmann von Stralow soll die Weisung ergehen, kein Gerstenmalz von den Bauern zum Mahlen anzunehmen; eadem forma an mehrere andere, darunter die in Berlin und Rln, an die Räte von Brandenburg, Rathenow, Mittelwalde und an den Amtschreiber in Zossen.

b. Verordnung betreffend die Einziehung des Biergeldes.

Konzept im Geh. Staatsarchiv.

„Nachdeme nunmehr alle unsere landtskende uff unser guttlichs und gnebigs anliegen bewilligt haben, acht groschen von jeder tonnen biers uff acht Jarlangt zu bezalung unserer hochbringenden schulde, auch zu vorhutung mercklichs schadens und vorderbs zu geben, erfordert die notturfft, das zu erhaltung der Zinse, auch ablegung an haubtsammen, soviel ummer möglich, am nechsten getrachtet und zu fursetzung dits birgelbt uff diß igige quartal von dato einzunehmen angefangen wurde, Bevelhen euch demnach, wollet euern burgern ankondigen, das sie von jedem hier, das sie von dato an brauen werden, sollen uber die alte gewonliche bierzeise, die nichtsminder auch gegeben werden und euch euer anteil wie vor alters daran verbleiben soll, von jeder tonnen birs acht groschen die acht Jar langt uber geben; in deme Ir diese ordnung bei euch anrichten und diese bierzeise dermassen fordern und einnehmen sollet, also das, welcher der euern zu jeder Zeit des Jars von dato anzufahen, brauen will, soll von euch ein zeichen fordern und dasselbige in ein sonder register eingeschrieben werden; und wan er gebrauet und das hier gefasset hett, soll er sich legen euch angeben und anzeigen, wie viel tonnen er gebrauet und dasselbige auch in das register vorzeichendt werden; hernach in 14 tagen soll er das birgelbt von jeder tonnen acht groschen geben, und do er solchs nicht thette, sollet Ir denselbigen inner acht tagen pfanden und die pfande in denselben acht tagen drei mal zu margkte uppieten; do er dan dieselbigen in des nicht losete, sollen sie deme, der am uppieten am meisten dosur gibt, zugestadtet werden; were dan daran außer des hinterstelligen birgelbes ubermasse, die soll dem gepfandten widergegeben werden; were aber zu wenig gepfandt, sollet Ir ferrer bis zu erlegung des ausstandes pfanden, und sollen die tonnen, auch andere saß, dorein das Bier gelegt, doch alle uf tonnen Bal angeschlagen und geeicht, bei Irer rechten alten große, wie sie biß doher gewesen, und also auch die schendmaße und landeln bleiben (doch sollet Ir jedes Jars bei euch den anschlag oder sätzung machen, wie hoch eine tonne birs nach

dem gersten und hoppfen lauffe des Jars lan gegeben, und soll der anschlag doruber uff die tonne so viel erhöhet werden, das die acht groschen birgelts von denen, so ganze faß oder tonnen birs leuffen und nicht von dem brauer gegeben werden. Also sollet Ir auch das maß oder landel im ausschenden nach maß berurt anschlags so viel erhöhen, das diß birgelbt der acht groschen von der tonne auch uff den trengler und nicht den brauer komen).¹⁾

Wurde auch einer oder mehr befunden, so an fassen oder tonnen birs unterschlagen, die sollen an vorlust eins ganzen birs gestrafft werden.

Es soll auch euch und andern bei euch frei stehen, Bernowisch, Muppiniß und andere frembde bier einzufurn und außzuschenden, doch wo außlendische frembde bier bei euch eingefurt oder geschendet, soll von jeder tonnen auch acht groschen, wie obberurt, gegeben werden, und wo Ir den rath hettet vor alters frembde, einlendische oder außlendische bier alleine geschendet und solchs den burgern nicht gestadtet, sol es nochmals also gehalten werden.

Und ob dieser ordnung, wie berurt, wollet es die acht Jar also halten und diß birgelbt mit fleiße einnehmen und dan alle quartall uff lucie schrifft anfangen, die register und das geldt den vorordenten einnehmern unserer landtschafft hiehero ane allen abzugt vollcomlich uberschiden, uberantworten und berechnen, damit diß geldt moge zu ablegung der schulde und Zinse außgegeben, auch nachteil und schaden vorhutt werden. Hettet Ir auch in euern dorffern an frugen, welche vor alters zu zeit der vorschreibung und articel des birgelts halber ufgericht, gebrauen, so wollet diß birgelbt, von jeder tonnen acht gr., von Ine auch einfordern, in ein sonder register vorzeichnen und mitberechnen. So haben wir auch, wie diß birgelbt uffm lande außbracht werden soll, vorordnung gethan und werden die beschwerungen der stedte, des birbrauens uffm lande halber furbracht, in kurz auch in

¹⁾ Das Eingeklammerte ist mit einem Strich umgeben und scheint nicht gelten zu sollen; wenigstens findet sich die Stelle auf einem besonderen Blatte in folgender anderer Fassung:

„wir wollen auch mit rathe des ausschuß, dabei die euern auch sein sollen, bewegen und ordnung geben lassen, ob und wie Jedes Jars die acht Jar uber in den stedten Jedes orths anschlege oder sätzung zu machen, das nach dem gersten und hoppfen lauffe eine tonne birs, auch die schenckmaß gesetzt und in den lauff oder ausschenden der tonnen allerwege acht groschen birgelts mit eingerechnet werden sollen, das die nicht uff den brauer, der sonst wie obberurt die furlagen thun soll, oder vorschender, sonder uff den leuffer der ganzen tonnen oder faß und uff den trengler komen sollen; Aber mittler Zeit, ehe diese ordnung gemacht, sollet Ir solchen anschlag bei euern pflichten bei euch selbst machen und ordnen, wie teuer eine ganze tonne birs mit eurenrechnung des birgelts vorleufft und ein schenckmaß vorzapfft oder vorschendet werden soll.“

einem offenen brude erledigt und abgewandt werden. An deme allen vorbringt Ir unsere endtliche meinung und sind euch in gnaden ꝛ."

c. Nach einem mit der Einleitung dieses Schriftstückes übereinstimmenden Eingange folgt eine Aufforderung an die Landstände, in Ausführung in singulari und plurali, für das Eingehen des Biergelds von den Krügern und Einwohnern des betreffenden Orts zu sorgen. Das Geld soll an den ständischen Vertreter oder an den Ortspfarrer gezahlt werden. Die Zahl der gebrauten Tonnen ist im Register zu verzeichnen und zu revidiren und das Geld nach 14 Tagen zu erheben. Die Fässer sollen dem herkömmlichen Maße entsprechen. Allvierteljährlich soll dann das Geld an die verordneten Einnehmer abgeführt werden. Zahlen die Pflichtigen innerhalb 14 Tagen nicht, so soll ihnen das fernere Brauen nicht gestattet werden, bis sie bezahlt haben; außerdem sollen sie gepfändet werden. Die Pfänder sind am dritten Tage zu verauktioniren. Denen, die ohne Berechtigung brauen, soll dies untersagt werden, damit der Absatz der Städte nicht geschmälert werde.

Ferner findet sich in den Akten das Konzept eines Anschreibens an den Landrath, der die beifolgenden Briefe denen vom Adel einhändigen soll. Hier sind natürlich die „Junker“ diejenigen, welche die Register führen und das Geld einziehen sollen.

Ähnliche Anschreiben ergehen:

- 1) an den Amtschreiber zu Rossen, Anton Schaff,
- 2) " " " " " Plauen,
- 3) " Michel Hoppe für das Kloster Lenin,
- 4) " den Amtschreiber zu Spandau,
- 5) " " " " " Borsow und Liebenwalde,
- 6) " " Pfarrer zu Schönbeck,
- 7) " " Amtschreiber zu Berlin, zugleich für Köpenick,
- 8) " " " " " Ruppın, " " " Neustadt u. Goldbeck,
- 9) " " Geleitsmann zu Belzig,
- 10) " " Amtschreiber zu Potsdam,
- 11) " " Zollner zu Neu-Angermünde,
- 12) " " Amtschreiber zu Tangermünde, zugleich für Stift Anneberg,
- 13) " " Amtmann zu Salzwedel,
- 14) " " Verweser der Amtschreiberei zu Chorin,
- 15) " Jörg Lindstedt für Gramzow und Sehausen,
- 16) " Adam Trott für Zedenick,
- 17) " Stephan Schönbeck für die Stiftsgüter von Stendal,

- 18) an Franz Doberlo für die Universität Frankfurt und das Kloster zum heiligen Geiste,
- 19) an das Komptor zu Werben,
- 20) " den Zollner zu Prenzlau,
- 21) " das Komptor zu Eichen,
- 22) " den Schreiber zu Strausberg,
- 23) " den Zollner zu Gemundt.

Ein weiteres Schreiben der Art ergeht:

- 1) an den Bischof zu Brandenburg, Befehlshaber zu Wittstock,
- 2) " die Kapitel zu Havelberg und Lebus,
- 3) " Propst, Decan und Convent der Klöster zu Lindau, Friedland, heiligen Grab, Glespenitz, zum heiligen Geiste vor Salzwehel, Domsple, Distorff, Trevesee, Arnsee, Neuenborn.
- 4) an den Hauptmann der Altmark, Rudolf v. Alvensleben und an Georg Posen,
- 5) an den Hauptmann der Priegnitz und des Landes zu Ruppin,
- 6) " " Landvogt der Uckermark,
- 7) " " Amtmann zu Neu-Angermünde,
- 8) " " " " Jossen,
- 9) " " " " Trebbin,
- 10) " " " " Plauen,
- 11) " " " " Gemundt,
- 12) " " " " Berlin auf dem Mühlenhofe,
- 13) " " Hauptmann zu Spandau,
- 14) " " Amtmann zu Bockow und Liebenwalde,
- 15) " " " " Oderberg,
- 16) " " " " Regen.

Dazu ergeht dann an Prälaten, Grafen, Herren und Adel die Ausführungsbordre, im Konzept von Weinlobs Hand, mit den kurfürstlichen Verordnungen sachlich immer, meist auch wörtlich übereinstimmend.

Eine alte „Ansetzung des Biergelds halben“, nach archivaalischer Notiz aus dem Jahre 1488, liegt bei, deren meiste Bestimmungen in den neuen Verordnungen hierüber enthalten sind. Bemerkenswerth sind folgende Festsetzungen:

Das ganze Fuder soll 6, das halbe Fuder 3 Tonnen enthalten, „doch stellt man solchs auf für den ausführung der Stedte, nemlich Prenglow, Brandenburg, Tangermündt, Gardeleg, unnd wie viel das fuder unnd saß an iglichen enden thunen halten sollen, davon daß Biergeldt zu geben.“

Von der Tonne werden i. J. 1488 nur 12 Pfennige gegeben; davon erhält der Kurfürst 1 Groschen, die Stadt 4 Pfennige. Die Maße sollen geacht sein; jedes Maß soll nur $\frac{1}{12}$ Abgang (wohl Schaum?) haben dürfen. Die Städte und Brauer sollen das Bier nicht vertheuern, sondern den Preis nach den Versteipreisen bestimmen. Darüber soll der Rath die Aufsicht führen. Die Kornpreise sollen nicht von den Städten willkürlich festgesetzt werden, „sonder bringt Imandt Korn zu markt, magt das vorleuffen so thewer als ehr kan, unnd der Burger magt das leuffen, als sie negst konen.“

Wenn einem Brauer das Bier verdirbt, soll er es dem Rath der Stadt anzeigen, und dieser soll bestimmen, was damit geschehen soll.

Ueber die Einziehung des Biergeldes sind die Verordnungen dieselben wie in den jetzigen Verfügungen des Kurfürsten.

Die Prälaten, Herren und Ritterschaft dürfen für ihren eigenen Bedarf brauen, nicht aber Bier an andere verkaufen.

„Item unser gnediger herr vorbeuth, daß Niemandt kessel bier zu seinem nutz in Stedten noch auf dem lande brawen solle, bei vormeidung gepurlicher straff, die unser gn. herr vorbehehlt.“

Die Einfuhr von Bornauschem und anderem Bier soll nicht verboten sein, doch muß auch davon das Biergeld entrichtet werden.

Ferner liegt bei ein „Extrakt von dem Landtage“, nach archivalischer Bemerkung von 1522, wodurch dem Verkauf selbstgebrauten Biers von Seiten des Adels und der Geistlichen entgegengetreten wird; endlich folgende Ordnung des Brauens halben den Stetten gegeben vom Jahre 1504:

„Unser gnedigster und gnediger herr geben unnd thun ernstlichen bevehln, das ein Izhlicher, so brawen wil, vom Rade, eher er sein maß zum Molen surdt oder bringt, ein zeichen nehme, unnd uff ein mal ein winspel oder dreißig scheffel, darüber auch nicht mhalen oder zu einem brawen nhemen soll, unnd sol von einem winspel newn thonnen unnd von dreißig scheffeln zwolf thonnen vorgeissen; wo aber Imandt uber diesen anhal thonnen brawet, dieselben soll er bei seinen geschwornen eide, auch uber die gesagt anhal der scheffel vorgeissen; wer auch diese ordnung ubergreift, den wollen unser gter und gn. herrn nach Iren g. gefallen straffen. Es soll auch der scheffel ein gehaufter haber scheffel sein, des soll sich auch ein Izhlicher nicht anders gebrauchen; auch sol von obvorreichenter anhal der scheffel maß niemand weiniger brawen; wo aber das geschee, soll doch der anhal nach anzeigen der XXX scheffel oder winspel an den thonnen vorgeist werden, Alles ohn geverde. Act. am Dinstagl nach purificationis Marie anno 12. quarto.

Es soll auch ein Izhlicher, wan er das erst brawen gethan, unnd zum andern maß zum brawen ein zeichen nhemen wil, seinn gelbt der Zeise

vom nhesten brawen vorantworten; wer solchs nicht thut, dem soll kein zeichen furder gegeben werden, biß er alzeit das furderst bekalbt und ab- gegeben hat, also das kein vorkugt in der Reise geschee.“

d. Schreiben des Kurfürsten an den Hauptmann zu Chorin, den von Bohow, Liebenwalde, Gramzow, Seehausen, Tangermünde, Plauen, Ruppig; vom 29. September 1549.

Konzept im G. St. A.

Joachim ꝛc. Nacheme uns unsere gemeine landfende uff gemeinem gehaltenen landtage und die neben Ine geradten, die befallungen unserer ampte und kloster, weiß die, so bißhero gewesen, zu unsern großen abgang und nachteil gerichtet, einzuziehen und in eine andere befallung, wie uns des ein wegl surgeschlagen, zu nhemen, der auch albereit zum teil durch den ausschus angezeigt worden, also das in unsern ambten uff eine person X Gulden kostgelds, uff ein reisigs pferdt V wispel hafern berlinisch maß, und dan Brennholz zu notturfft des hauses, heu und strohe, fischerei mit dem kleinen Bau, doch alleine zu notturfft des hauses und uff der ambtleute kosten, und das die dienstleute in ambten sollen vormoge der alten ordnung durch die ambtleute teglich vorzeichndt und hernach berechnndt werden; aber die besoldungen der ambtleute wie vormals bleiben und das dienstlon des gesinde lons uf uns gehen solte, Bevelhen wir dir demnach, wollest solche ordnung und befallung in deinem ampte zu den kosten des ampts und ambtgesindes also wie berurt, von dato an alsbalde aus den geseln des ampts anrichten und halten und fleißig auffehen, das doruber nicht geschritten, sonder uns das ander alles treulich berechnndt werde. Und was in deme allen ferrer zu handeln, wirdet dir von dem ausschus, der schirft alhie sein, weitter angezeigt werden. Doran ꝛc. Datum Coln an der Sprew Sontags am tage Michaelis Anno 1549 (29. September).“

e. Den Pfandinhabern wird dann in einem besonderen Schreiben, dessen Konzept im G. St. A. beruht, mitgetheilt, daß der Ausschus von Neuem verschrieben worden sei, und daß sie sich daher Mittwoch nach Ursulae (23. Oktober) in Berlin einfinden möchten. Datum Cöln a. Spr. Freitag nach Michaelis (4. Oktober).

Dieses Schreiben ergeht an:

Curt Mor wegen des Amtes Ruppig, an Matthias v. Salbern wegen Neustadt, Johann Gans wegen Goldbeck, Jörg Posen wegen Tangermünde.

Auf den 24. Oktober werden verschrieben: die Hantse zu Trebbin wegen des Amtes Trebbin und der Vogtei Bellß, Joachim von Nochow, Schladerndorf und Eustachius von Schlieben wegen der verpfändeten Kloster- güter von Lenin, Hans von Mittelstraß und Wichert Bessin.

Auf den 25. Oktober: Franz von Dorstebt wegen Plauen, die Herren von Warberg wegen des Klosters auf dem Berge vor Brandenburg.

Auf den 26. Oktober: Jung Hans von Arnim wegen Lindau, Landvogt Hans von Arnim wegen Himmelpforte, Jörg Lindstedt wegen Gramzow und Seehausen.

Auf den 27. Oktober: Bartel Hans wegen Neu-Angermünde, Jörg Hans' Wittwe, Jacob Schilling wegen Gemundt, Eustachius von Schlieben wegen Possen, Adam Trott wegen Bedenick.

Auf den 28. Oktober: Wolff Fronhöver, Andres Stolp, die alt-märkischen Städte, an die verschiedene Gefälle verpfändet sind, die Bürgen, „so fur Pottamer vorschrieben“, die Bürgen Gutersbergs, Otto Hade u. A. wegen Behlendorf.

Auf den 29. Oktober: Wittwe Franz von Bartenstelebens, die Pröpste der Klöster der Altmark, Rudolf von Alvensleben, Jespar Wille, Claus Goldtbed zu Werben.

Da die finanziellen Bewilligungen bereits in den August- und September-Sitzungen des Ausschusses erfolgten, im Oktober und den folgenden Monaten aber nur noch über praktische Maßregeln über die Verwendung der Steuern verhandelt wurde, so fällt in diese Zeit, d. h. in die Zeit des Schlußes der Septemberverhandlungen und vor deren Wiederaufnahme im Oktober Folgendes:

„Bedenken unser gnedigsten herrn des Churfürsten, worauff dieser tagt zu vorabschieden sein mochte“, welches sich in undatirtem Konzept im G. St. A. befindet.

„Zum ersten, so wolten I. f. g. zum aller liebsten, were auch allen vorstehenden hendeln zum höchsten zutreglich, das man gleich dieser Zeit die Ambtleute von Ambten und Klöstern abgehandelt und die gefelle in steden gefreihet, Iren I. f. g. zugestellet und auch Iren I. f. g. zu Frem. aufenthalt und besserung der Ambt etwas vorreicht hette, damit sich Ire I. f. g. vor kunfftigem unrathe hueten, auch alle dind in gut wesen und Stendt bringen mocht. Wo aber je zu diesem mahl der vorsicherung und anderer ursachen halben zu endlicher erledigung der dinge nicht konte vortgeschritten werden.

So bedechten doch gleichwol Ir I. f. g., damit dieser vorkugt nicht weitem unrath gebere, notwendig und guth zu sein, daß der Ausschus mit den Ambtleuten auf den klöstern und Ambten, auch bene, so die gefelle in steden eingesezt und vorschrieben sein, handlung vornheme, das sich die Ambtleute an beiliegender bestallung hinsuro ersettigen lassen, Zinsen Ires vorschriebenen geldes von dem kunfftigen schos gewarteten, und also Iren I. f. g. Ire gefelle aus den Ambten, Klöstern, Steden und Zollen gewis-

lichen folgen mochten, unnd daß sie die sachen zu dieser Zeit eingestellet hetten, biß solang die steuer geschlossen und man zu diesenn handelnn fuglicher dan iho kommen mochte.

Vornemblich aber wolte und muste uff handelunge folgender Ambt, wo es in ißiger Zeit weiter zu schreiten nicht möglich sein wolte, gedacht werden, ohne welchen sich Ir k. f. g. nicht unterhalten können: als nemlich Berlin, Ruppın, Tangermunde, Jossenn, Plawen, Liebenwalde, Bogow, die Closter Teshin, Chorin, Gramphow, Sehausen, Lindaw.

Item die gefelle in den Stedten außer waß Marggraff hanß darannen verwiesen ist, dieselbige, dasselbige, vierzehnen tage nach Martini gefallen muß, so were es besser, domit man den scharffen manngel vorkeme, das solch gelbt aus den gefellen gegeben, unnd dasselbe Irer k. f. g. unnd andern, so hievor die gefelle vorschriebenn, widerumb an den steuern angewisen werde.

Unn wan die handel also ißiger Zeit alhier geschlossen, so wolbt alsdan zum hochsten vonnoten sein, widerumb diese sachen zu fordern und am aller ersten ins werck zu stellen, biweil der vorkugt zum hochsten schedlich, unnd wollen auch Ir k. f. g. in mittler weil sich mit Irem bedenden vorsehen, wie die dinge zum Radtsamsten fortgesetzt auch bestelbt, unnd sich desselben zur andern Zusammenkunfft dem verordneten Auschuß vertragen unnd in Iren weitem Rath und bedenden stellen."

Auf einem andern Blatt finden sich folgende „Bedenden auff bestellung der amptn."

In allen Aemtern müssen die Personen, die man irgend entbehren könne, entlassen werden; ferner könnten mehrere Aemter in eins vereinigt und von einem Amtmann oder Rastner verwaltet werden. Die Amtsbestellungen mußten auf ein Gewisses (Fixum) gestellt werden, damit der Kurfürst wisse, was er aus jedem Amte zu erwarten habe. Jeder Amtmann soll für seine Person eine Besoldung beziehen, außerdem für jedes Pferd zwei Wispel Hafer, für jede Person im Amte 10 Gulden.

19) Ausschuß-Sitzungen im Oktober, November, Dezember 1549.

Die Einberufung des Ausschusses erfolgt auf Dienstag nach Ursulae (22. Oktober). Dieselbe ist datirt Freitag nach Michaelis und gerichtet an alle einzelnen Mitglieder, wie sie für den Adel im Text S. 10/11 mitgetheilt sind. Die Adressaten aus den Städten sind: Hans Koch und Hans Tressow, Bürgermeister zu Brandenburg, Claus Schönbeck und Jacob Schönermark, Bürgermeister zu Stendal, Hieronymus Reiche, Jörg Matthijs, Hans Tempelhoff, Hans Pirik, Andreas Griben, Bürgermeister

zu Berlin und Rölln, Asmus Koch, Bürgermeister zu Frankfurt und Albrecht Wollman für Salzwedel.

Gleich bei dem Beginne der Verhandlungen ernennen die Stände zu den Unterhandlungen mit den Pfandinhabern besondere Delegirte, nämlich von den Prälaten, Grafen und Herren Johann Rassel, von der Ritterschaft Albrecht von Schlieben, Joachim von Bredow den Älteren und Balthasar Doberitz, nebst zwei oder drei Deputirten der Städte, welche diese noch ernennen werden. Zwei von der Ritterschaft müssen immer zugegen sein. Daneben sollen einige kurfürstliche Räte fungiren. Auch mit dem Hofgefolge des Kurfürsten soll verhandelt werden.

Die drei Delegirten der Ritterschaft sollen die Ämter der Mittelmark inspiziren und Rechnung einfordern; in der Altmark hat sich Lewin von der Schulenburg dazu erbotten, in der Uckermark der Landvogt, in der Priegnitz Curt Mohr; sie sollen auch quartaliter zusammenkommen und über die eingegangenen Steuern referiren. (Protokoll im Geheimen Staatsarchiv.)

Dann folgen sogleich die Verhandlungen mit den Pfandinhabern. Das Geheime Staatsarchiv bewahrt eine Reihe von Berichten der Aemtleute über ihre Befolgung, welche beim Beginn der Verhandlungen einliefen. Eustachius von Schlieben hat dann um Verbesserung der den Inspektoren der Ämter zugebilligten Diäten (vgl. unter Nr. 17d). Es wird sodann in Unterhandlungen mit Schlieben wegen des von ihm dem Kurfürsten geliehenen Geldes eingetreten und ihm von den Ständen folgende Schuldverschreibung gegeben:

„Wir von Gottes genad Prelathen, Grafen, von der Ritterschaft und von den Stetthen des vorordenthenn und volmechtigen Ausschusses Gemeynen Landtstende der Markten zue Brandenburgt, in nahmen, von wegen und aus sonderem beselich derselben hlermith offentlich bekennen, demnach unser lieber besonderer und freunt Eustachius von Schlieben, Amptman zu Jossen, vor unsern gnädigsten hern, dem Churfürsthen zue Brandenburgt, den Churten Meyern, burgern zu Augusborgt VIII^m VI^c LIII^m taller, welche zuvorn bemelther Meyer hochgedachtem Churfürsthen auff gehaltthenem Reichstage zu Regensborgt anno XLVI vorgestregth, zu sampt den Zinsen undt scheben, so dorauff gelauffen, entrichteten und bezalen müssen — undt VI^c LXVII^m taller und XXXVI merkische gr., so hochgedachtem Churfürsthen genantther von Schlieben zu behuff des Joges, welchen des kers. Mt., unser g. Junger Margraff Johans George legen Egra geleyfthett, bar uber geliehen und vorgestregth; — und uber solche beyde Sumen gelbs hochgedachter Churfürsthe berurthem von Schlieben auff das amptth Jossen und das dorff Schonenche widder leufflich vorschrieben; wan dan

gemeyne landstende Irer Ch. f. g. auf Jungeßß gehaltenem Rantlage eynen statthlich Steuer zu besreyhung Irer Ch. f. g. ampthe und gefell, auch bezalunge Irer Ch. f. g. schulde gewilligeth, haben wier deshalben handlung mitß vielgedachtem von Schlieben vorgenommen, denselben dohin behandelth, das eher von solchen widder keuff abgestanden, oben berurtthe Sumen zu gemeynen Landstenden von der jetztbewilligten steuer zu bezaln geschen und wir von berurtter steuer zu bezaln an uns genomen; demnach geloben undt vorsprechen wier in nahmen und von wegen gemeyner Landstende der Margt und des Churfurstenthumbs zu Brandenburgt, das wir und dieselben vorgedachten von Schlieben und seynen erben solche Sumen gelbes Inner acht Törn, jedes Törn uf ostern von berurtter steuer durch die vorordenten einnehmer der landtschafft bezalen lassen sollen und wollen, ungeachtet eynicher geboith odder vorboith, auch ane alle eyn und widderrede, desgleichen so sollen und wollen wier den v. Schlieben in Mithler weiß Byß zu ablegung der Sumen, so vielß jeder Zeyth umbzaleith bleybeth, von jeden 1^c thaler V thaler zu zins durch berurtte einnehmer aus entrichteten lassen.

Do wir adder an solcher bezalunge seumigt seyn wurden, wie doch nicht seyn noch beschehen solle, so magt sich Eustachius von schlieben steuer vorschreibung oder an die landstende, wie oben berurt, halten, alles getreulich und ane geferde. Des zu orthonth haben wir ethlich von den Stenden von unserer des ausschus und gemeyner Landstende wegen unsere gewonlich secreth, Bethschafft und Insigell unthen an dissen brieß gedruckt.

An demselben Tage noch wurden auch die „Einnehmer“ des Biergelbes ernannt, und zwar von den oberen Ständen: Joachim Kassel, Joachim v. Bredow, Andreas Luderth; „die stedt sollen die Tren dozu vorordnen, haben sich nicht konnen vergleichen und stehet bei kurf. gn.“

Zur Visitation der Aemter haben die von der mittelmärkischen Landschaft Albrecht v. Schlieben, Joachim v. Bredow und Balthasar Dobritß verordnet; „die stedte sollen dozu auch drei vorordnen, haben zwene als Hansen Noth und Hieronymus Reichen gewhelet, aber umb den dritten nicht konen vergleichen, haben aber vier personen, als burgermeister Tempelhoff, Hansen von Calbe, Andresen Griben und Cristoff Winsen furschlagen, doraus kurf. gn. mogen den dritten wesen“.

Sitzung des Ausschusses vom 26. Oktober (Sonntagabend nach Ursulae).

Die Verhandlung mit Eustachius v. Schlieben wird zum Abschluß gebracht. Derselbe wird gefragt, ob er bei seinem früheren Anerbieten wegen Einlösung des Amtes bestehen bleibe. Dies bejaht er, bittet aber,

da an dem Amte viel gelegen, „einen guthen hauswirth dahin zu ordnen“. Die Ämter habe er nach den neuen Festsetzungen besollet. Unter 200 Gulden kann das Amt nicht bewirtschaftet werden, die Fischerei nicht unter 30 Gulden. Von seinem ausgelegten Gelde will er 5—6 pCt., außerdem die Versicherung, daß er es innerhalb acht Jahren an Terminen, die sie selbst bestimmen könnten, zurück erhalte. Er hat im Ganzen 9460 Thaler zu bekommen.

Kurt Rohr erbietet sich zur Abtretung des Amtes; solle er aber bleiben, dann müsse man sich über die Bestallung vergleichen. Er verlangt Verzinsung mit 6 pCt. und Abzahlung des Kapitals in 2—3 Raten.

Bogrow und Liebenwalde sind bereits eingelöst, Chorin will Jacob v. Arnim abtreten. Gramzow und Seehausen sind auf Lebenszeit verscrieben. Trotzdem will der gegenwärtige Inhaber, Sorg Lindstedt, dasselbe abtreten, wenn er die Hälfte seines Geldes Weihnachten, die andere Hälfte nach einem Jahre erhalte.

Ebenso wird mit Claus von Trebbin unterhandelt, der 6000 Gulden auf Trebbin und 2000 auf der Vogtei zu Belitz, sowie 1000 Gulden Baugelder zu bekommen hat. Er erbietet sich, die Vogtei abzutreten, das Geld in zwei Raten zurückzuempfangen und so lange die Ämter zu behalten.

Schon am Tage vor dieser Sitzung (25. October) hatte der Kurfürst folgende Verfügung an die Landstände der Altmark erlassen:

„Joachim zc. Nach deme unsere gemeine landtstende uff nechstgehaltenem landtage alhie bewilligt haben, das usm lande von jedem hufner - hove ein halber gulden und von einem kossaten - hove ein ortt ($\frac{1}{4}$ Gld.) diß For soll zu gibelgelde geschofft und beneben dem andern lantschoffe den vorordenten einnhemern Jedes orths einbracht werden, Bevelhen wir euch demnach, wollet euern unterthanen allen diese landsbewilligung alsbalde ankondigen und mit Ine beschaffen, das sie uber das ander landtschoß, so sie diß Jar geben, ein jeder hufner noch einen halben gulden und ein Kossat einen ortt gibelgeldes sollen den vorordenten einnhemern des landtschoffes der alten margke mitbringen und unweigerlich geben, damit es zu bezalung der schulde auch gekort, schad und vorderb moge vorhut werden; daran geschicht unser endtliche meinung. Datum Coln an der Sprew, freitags nach Ursule (25. October) 1549“.

Die Verfügung ergeht in derselben Form an die Landstände der Priegnitz, für welche als Sammelort des Geldes Perleberg bestimmt wird, an die Landstände zu Ruppin, der Mittelmark, des Havellandes, in Teltow, Bauche, Barnim und Lebus, für welche Berlin, an die Landstände der

Uckermark, für welche Prenzlau, und zu Stolp, für welche Neu-Angermünde als Sammelort festgesetzt wird.

Dann ergeht eine Verordnung an die Einnehmer des Landschosses, das Diebelgeld einzunehmen und Register darüber zu führen. Das Geld soll, von dem andern Landschoß gesondert, in einen besonderen Kasten niedergelegt werden. Geld und Register soll an die Verordneten der Landschaft, Joachim Kassel, Domherrn zu Brandenburg, Joachim v. Bredow, Andreas v. Luderik und die Zugeordneten der Städte in Berlin abgeliefert werden.

In den weiteren Verhandlungen, von denen nur fragmentarische Notizen auf uns gekommen sind, machen dann die Städte eine Anzahl von Abtügen namhaft, welche widerrechtlich Bier brauen und doch keine Biersteuer zahlen: Die Rochows zu Golke, Franz v. Arnim, Ludwig v. Arnsdorff und der Graf von Bierraden, außerdem auch einige Geistliche. Ferner wird über die Uebergriße einiger Hauptleute Beschwerde geführt.

Templin und Straßburg werden der dort stattgehabten Brände wegen von der Steuer befreit.

Berlin und Köln klagen darüber, daß sie vom Hofgesinde keine Steuer einbekommen könnten; deswegen seien sie noch mit 300 Gulden im Rückstande.

Die Stadt Prenzlau beschwert sich, daß sie wider altes Herkommen mit neuen Zöllen zu Neustadt, Angermünde, Freienwalde, Templin und Rixem bedrückt werde.

Der Kurfürst antwortet auf diese Beschwerden am 6. Dezember (Nicolai):

Alle, die auf dem Lande Bier brauen, sollen auch das Biergeld entrichten. Denjenigen, welche die Berechtigung, zu brauen, nicht nachweisen können, soll das Brauen verboten werden. Dann wird auf die einzelnen Beschwerden eingegangen und für die meisten Abhülfe zugesagt; bei einigen behält sich der Kurfürst die endgiltige Entscheidung vor.

Diese erfolgt dann am 17. Dezember (Dienstag nach Lucia). Eine Kopie des betreffenden Schriftstückes hat sich im ständischen Archiv erhalten.

„Churf. gn. antwort, Resolution und erklerung uff der Stedte ubergebene Beschwerungs articel, der Stedte abgesantenn in schriftenn zugefalt.“

Alle Städte, Flecken und Krüger der Prälaten, Grafen, Herren und vom Adel sollen, wenn sie zu brauen Befugniß haben, auch das Biergeld zahlen. Namentlich genannt werden Bieslar, Golke, Blauen; auch hier soll es Niemand erlaubt werden.

Hans v. Rochow soll mit seinem eigenen Bier überhaupt keine „Krüger“ verlegen.

Den Krüggern auf dem Lande, welche keine Befugniß dazu nachweisen können, soll das Brauen gänzlich untersagt sein. Mehrere werden namentlich aufgeführt.

Schwebt hat von Alters her gebraut, Bierraden ist von dem Vater des Kurfürsten mit Stadtrecht und also auch mit der Befugniß, zu brauen, begnadet.

In der Uckermark ist der Befehl ergangen, daß die Krüger kein Bier außer Landes holen oder verschicken sollen; Prenzlau soll darüber wachen.

Die vom Adel sollen nicht das Korn der Bauern auslaufen.

„Als auch ferrer in Articull gesagt, als soltten die vom Adel und Kauffleute das Paurkorn einkauffenn unnd im Namenn, als were es Prelatenn unnd Adel kornn, ausschieffenn, das haben S. Churf. gn. hievorn ernnstlich vorbotten, unnd damit es desto mehr moge verhutt werdenn, dadurch das kornn geschiefft wirdet, soll ein Eydt vonn deme, so es schiffet, genommen werdenn, das unnder dem eingeladenen kornn nit eingeschiefft, aber dobey wollen auch S. Churf. gn., das die vonn Stedtenn ihennn selb burgernn nicht sollenn gestadten, das auskauffenn des Paurkornns zur ausschiffung zu thun, sonder dasselbige bey denn ihren bey straffe auch abschaffenn.“

Die von Neubrandenburg haben um Bauholz zur Renovation der Schiffschleuse gebeten. Der Kurfürst will den Zustand dieser Schleuse besichtigen lassen.

„Weitter habenn auch S. Churf. g. der Echter vonn Magdeburgk besorglich furhaben wieder die Stedte Brandenburgk, Rathenow, auch das haveland bewogenn unnd verordnung gethann, das etliche Pferde aldo streuffenn, reitenn unnd die straßenn sichernn sollenn, doch das die berurtteu Stedte auch wolthenn darzu helffenn, unnd wo die havel wurde mit eis befrierenn unnd das eys tragenn, das auf dieselbigenn gute acht soll gegeben, unnd das eys so viel muglich, gebrochen werdenn, sonnst sollenn auch die Stedte ihre Stadgraben unnd vhestenn selb gute acht mitt haben, Damit ihr schadenn verhutt; S. Churf. g. bewilligenn auch hiemitt, das die der Newenn stadt Brannenburgk mogen das heimliche gemach am schwarzen kloster, wie sie gebetenn, dieser geschwinden leuffte halbenn abbrechenn.“

Die Städte, welche sich für eine Schuld von 50 000 Thalern an das Kloster zum heiligen Grabe an Hieronymus Ruß und Melking verschrieben haben, sollen von der jetzt bewilligten Steuer befreit sein.

Die Landreiter sollen über die kurfürstl. Brauordnung wachen.

„Das dann auch umb ordnung der münze gebetenn, konnen S. Churf. g. iziger Zeitt darzu nicht kommenn, das sie soltenn selb mungenn. Soltenn dann

S. Churf. g. die mung seken, wurde groÿenn abgang unnd schaden thun, darumb diesen zeitig unnd woll nach zu trachtenn, wie es vorgunemen.

Unnd do sich die stedte abermals wegen der Newenn viehezols, so Marggraff hanns aufgesakt, beclagt, mogenn sie ihre notturfft, wo durch sie dene bestennblich ankuschten vormeinen, in ein Supplicationn zu bringen unnd S. Churf. g. ihne gnedige vorschriefft unnd forderung mittheilenn wollenn.

Uf der vonn Trebbin einbringenn will der Kurfürst Christoph v. Thumen anhalten, wenn er ferner brauen will, auch die Ziese zu zahlen.

Unnd nachdeme eckliche vonn Stedten zu dem gelde, davon die Landtsknechte zu Tangermunde besoldett sollenn werdenn, nach ihrem antheil ein theils gar, ein theils auch den ausstann hinderstellig, Begerenn S. Churf. g., dieselbigenn wolttten solch geld iho als bald erlegenn unnd S. Churf. g. vorgeichnus überschidenn, wer davonn hinderstellig sey.

Actum Beshow ut supra. Datum ut supra.

20. Verfügungen und Verordnungen, betr. die Einziehung der Biersteuer. Dezember 1549.

a. Verfügung an „die Beschlossenen vom Adel“ (b. h. die zur Einziehung der Biersteuer Eingesehten).

„Joachim x. Nach deme uff gemeine landesbewilligung die neubewilligte birsteuer, von jeder tonne acht groschen, jedes quartal soll den vorordenten der landtschafft einbracht werden, wie dan solchs euch und den euern also vorkondbigt, so ist doch das vorgangene quartal Lucie von den euern, welche gerechtigkeit zu brauen haben oder frembde bir schenden, noch nichts einkomen, doraus sonderlicher mangel, das den bescheidenen gleubigern nicht kan zugehalten werden, auch schaden und einreitten erfolget, Beghern demnach, wollet solche birsteuer, soviel derselbigen das vorgangene quartal von Crucis bis uff lucie betagt und in euern stedtlein, fieden und von den krugern usn dorffern, welche zu brauen gerechtigkeit und gebrauet haben oder frembde bir schenden, gefallen, unseumlich einfordern und dasselbige sampt dem register doruber den vorordenten einnhemern der landtschafft in unsern stedten Berlin in Blasius Steffans haus überschiden und damit lenger gar nicht vorziehen, damit die gleubiger, bei dene lengerer anstandt nicht zu erhalten, der dan viel sein, zufriden gestalbt und unser, auch der landtschafft schad durch euern vorzugt nicht vorursacht werde, dan sonst wurde die pfandung ergehen; wo auch euere unterthanen alle oder ein theils das bewilligte gibelgeldt, als ein hufner 1 Gulden und ein Cossat, schmid, scheffer 1 ort, noch nicht erlegt, so wollet mit Ine in eile beschaffen, dasselbige

den vorordenten einnhemern des landtschoffes euers orths unseumlich zu erlegen, an deme allen geschieht unsere endliche meinung. Datum Grimmitz am tage Johannis evangeliste anno 12."

Dabei liegt ein fast gleichlautendes Begleitschreiben für den Landreiter, der diese Briefe zu übermitteln hat.

Dieselbe Aufforderung ergeht an eine Reihe von Städten.

b. An Hans von Arnim ergeht ein Schreiben (Konzept s. d. im Geh. St. A.) mit der Aufforderung, die Biersteuer, die er laut Angabe der Stadt Bischoff nicht bezahlt habe, obwohl er Bier braue, zu entrichten.

Ähnliche Schreiben wegen des Aufkaufens von Korn, wegen Uebergriffe aller Art ergehen an verschiedene Einzelne, darunter an den Amtmann zu Oberberg.

c. Dem Schulzen und der Gemeinde von Falkenhagen wird bei 30 Gld. Strafe verboten, Bier zu brauen und die Krüge damit zu versorgen.

Ein ähnlicher Befehl ergeht an den Verweser zu Rindow; an die Herren v. Arnsdorf zu Runsdendorf und den Pfarrer daselbst, welche auf den Tag Antonii nach Berlin beschieden werden (dat. Köln a. Spr. Sonnabends Innocentium). Der Landreiter von Prenzlau wird angewiesen, den Leuten zu verbieten, fremdes Bier einzuführen, sie sollen vielmehr ihr Bier aus Prenzlau beziehen; der Landreiter zu Rostow wird angewiesen, den Bauern, welche ohne Berechtigung Bier brauen, Kessel und Geräthe fortzunehmen.

d. Der Kurfürst schreibt an Georg Posen: Der Vogt Hans v. Arnim beschwere die armen Bauern, welche nach Stendal und anderen Städten Holz einführen, mehr, als gesetzlich erlaubt ist, mit Zöllen und Diensten, welche sie ihm leisten müßten. Deswegen sei in Stendal 12. Holzmangel, und viele, die brauen wollten, könnten es aus diesem Grunde nicht. Er habe zwar an Arnim geschrieben, aber keine Antwort erhalten, deshalb fordert er Georg Posen auf, „wollest Ime dieses furhalten, seine antwort dorauff horn und dich ferner sonderlich bei den unsern zu Stendal erkundigen, wie ers in deme mit den armen leuten gehalten und dan uns solches alles zu erkennen geben, damit wir uns mit der straffe wider Ime, auch mit vorurlaubung wissen zu vorhalten, dan solche diener, die uber Ires herrn bevelh trogen, uns nicht dinlich" 12.

Noch viele andere ähnliche Schreiben ergehen zur Abstellung einzelner Beschwerden der Städte gegen Äbte und Dörfer wegen unbefugten Bierbrauens.

II. Alten des Ausschusses aus dem Jahre 1550.

1) Einberufungsschreiben an die Ausschußmitglieder vom 9. Februar.

Konzept im Geh. Staatsarchiv.

„Joachim ꝛ. Wir wollen dir gnediger meinung nicht vorhalten, das etliche sonderliche hoch angelegene sachen furgelassen, welcher halben wir auß notturfft bewogen den ausschuß unserer landtschafft zu beschreiben und die demselbigen anzuzeigen, damit zeitlich dazu furbetrachtet werden moge, zu deme auch solchs wegen dieser geschwinden leuffte sonst zu geschehen von notten. Wan du dan einer zum ausschuß vorordnet bist, beschreiben wir dich demnach, das du gewißlich ane außbleiben an der Mittwoch nach Invocavit schriest zu unser stadt Berlin oder Coln an der sprew einkomest und volgendis dornstags sampt andern vorschriebenen des ausschuß solche sachen anhorest, in denselbigen deinen rath nach deinem besten vorstande anzeigest und abwartest, und keins wegs außbleibest, noch den andern sich zu entschuldigen und die hendel, die keinen vorkugl leiden konnen, zu vorschreiben ursache gebest. Das seind wir in gnad ꝛ. Datum Grimmig Montags nach purificationis Marie. Anno L.“

2) Ausschuß-Proposition.

Konzept, ohne Datum, im Geh. Staatsarchiv.

„Wir haben uns auff jungesth gehaltenem Ranthage legen gemeynen Landstende als unsern besondern freunden und lieben getreuen auß hohen unserer anligender und ummer gehender nothorfft vornehmen lassen, in wass beschwerliche schulde wier eynzwischen der geschwinden vorstehenden leufft im heyligen Reich, auch anderer unmeßlicher orsachen halben unvorsehen lichen gerathen, wie hoch wier do durch bedrengeth und weß nachtheils und unwiderbringlichen schadens, wo den dingen in Zeythen nicht solth vorkomen werden, nicht alleyn uns, sondern auch unseren land und leuther doraus entlichen zu besorgen und ervolgen müchten.

Die weyl sich adder in solchen unseren anligenden noch vorbemelth: unsere Landstende (wie hievor allemall beschehen) ganz guethwillig, gehorsamlich und undertheniglichen eyngelassen, welchs, wie billich, Jenen aller in freunttschaft und gnediglichen dankbar seyn, dasselbe die zeyth unserer lebens in leyh vorgeffen zu stellen, szo wolthen wier doch ganz ungerne, das sie als unsere getrewe underthanen uber solche Zere erzagth: guethwilligkheit, wolthaten und underthenigen willen in Schtem weyther beschwereth werden solthen. Wier befinden adder gleichwoll, das nach be-

schehener vormilligung aller handt unrichtigeythen undt unvorsehende beschwerunge vor und eyngesallen, aus dem wier keynes weges umbgehen können noch mögen, unserer unmeßlichen hoch bringenden nothorfft nach und Jenen selbsth zum besthen, Sie als den vorordenthē ausschus gemeynr Landstende zu beschreyben, dieselbe vorstehende unrichtigeyth Jenen vorzuhalten, Jeren Rath hierinnen verner zu suchen und zu pflegen. Thuen uns auch Jeres gehorsamen erscheynens in freunthschafft und gnediglichen bedanken, wolthē gar nicht zweyffln, szie werden in dem als die getrewen und gehorsamen underthanen die sachen also bey sich erwegen, berathschlagen undt ins werg bringen helfen, Do mith die angefangene und eynmall beschlossene sachen also vorthgestellt werden möchten.

Domith der herschafft und gemeynr Lanthschafft do durch geholffen, die vorstehenden beschwerungen erlebigeth und eyn solchs hohes und beschwerliches wergl nicht zur unfrucht gelangen möcht, dan es isth ie unserer aller seyh will, meynunge und gemuett gewesen, das man hiedurch allem obigen den unrath helfen, sich hinvor und weythē davon hueten solthe. Dan ane das were es ie unrathsam, das landt und armuth dermaßen anzugreyffen und gleichwol die beschwerungen nicht zu verhehlen und hinvor weythē zu vorkomen.

Undt die weyll danne gemeyne lantstende bedacht, do mith wier uns zu sampt unserer jungen herschafft ane vorher Schulthmachen underhalten köntē, das von der bewilligethen steuer uns unsere ampthe, klöster und gefelle eyngelöseth, zu unseren henden bracht und dan auch, so weyth derselbe steuer gereychen wolth, die vornemsthen, sorglichstē und beschwerlichstē schulde abgelegt worden, wie auch gemeynr ausschus zu solcher handelunge eynnehmen und ausgeben etliche personen vorordeneth und subdelegireth haben;

Setten wier auch gehofft und gar keynen Zweifel getragen, dieselben werden also die sachen vorhanden genomen haben, do mith den dingen fruchtbarlich nachgesetzt worden, szo haben wier doch befunden, Ab sie woll mith Ethlichen unsern amptleuten handlung vorgenommen, szo haben sie doch derer ursachen, das sie nicht macht gehapth, Jemande zu vorsichern die vorgenomene hendell gar nit ins werg bringen können.

Dau ab sie woll der gestalt abgefertigeth, das sie zur vorsicherung der amptleuten legen aperechnung ierer ampt die vorschreibung lassen solthē, szo were es doch nicht alleyne uns, szondern auch gemeynr Lanthschafft ganz Schimpfflich und Spothlich, den leuthen solche ungewiß vorstende vorzuschlagen, und do man was vor rathsam und gueth geschlossen, das auch nicht die dinge darin geordenth und bedacht werden solthē, ane welche die selben nicht köntē obder möchten vorthgengig sein, und gibt

den schriftliche abschied des landtages, das der ausschuß wegen der gemeiner landtschafft die abhandlung der ampte zu thun sol macht haben, welchs von der gangen abhandlung an allen, so dazu gehörig, notig! soll und muß vorstanden werden.

Zum andern, so ist auch gemeynem ausschuß unvorborgen, das wir auff jungesth vorschienenem Ranthage vornemlich dorum bewogen und gedungen seyn worden, unsere obligende noth gemeynen Randsittenden als unseren lieben getrewen vorzubringen, derselben Rath und hulffe zu suchen, die weyl wir von ethlichen unseren gleubigern hefftiglichen angelangeth, zum theyl wir und auch unsere burgen vor dem keyserlichen Chambergericht vorgenommen, Sonsthen mit bedreulichen manungen angelangeth, und ist enliche und unthrugliche wunde und scheden dorauff geschlagen und Entlichen, wo dissen dingen durch hulff unserer getrewen underthanen nicht Rath gefunden, das dieselben leytlich dahin gerathen möchten, wo man gleich derer Zeyth eyn helfen solthe adder wolth, das es in unserer und gemeynner Ranthschafft vormogen nicht seyn möcht, der wegen uns vorbemelte unsere Ranthschafften auff ethliche Jar lang eynen ansehnlichen und trefflichen stewart, den dingen dadurch zu rathen, gewilligeth haben und des gar keynen Zweyffel tragen, solchs von Jenen treulichen und guethwilliglichen geleisthet werde.

Und die weyl wir danne ißiger Zeyth von ethlichen derselben unseren gleubigern ganz hefftig angelangeth Tuglichen je mer und meher scheden dorauff lauffen, also auch unsere beschwerungen geheuffeth worden, hetten wir an die vorordenethe eynenehmer begereth, handlung mit den selben vorzunehmen, Es hetten sich adder gedachte vorordenethe vornehmen lassen, das sie weythher nicht von gemeynem ausschuß beselich hetten, dan alleyne uns unsere ampthe, Clöster und gefelle eynzulösen und mit den Jennigen, so vorschreybunge dorauff hetten, handlung vorzunehmen, wie weyth sich adder auch gleichwohl derselbe beselich der ampthe und gefelle halben erstrecketh, wieder eyngezogen und auff ganz richtige wege gerichteth, ist oben vormeldet undt zum theyl außgefuereth.

Nuen ist uns gleichwohl solchens alles, was fromden und bedendlich vorgefallen, wie woll wir wissen, das uns und unserer herschafft nicht zum wennigsthen geholffen und so viel immer orsach hetthen, vernere schulde zu machen, wan uns unsere ampthe und gefelle widerumb zu unseren henden brachte, so ist doch hierinnen der vorordenethen beselich so ganz unvollkommen, die weyl man Niemand's vorsichern wolle, das hiedurch disse hendell nicht können adder mögen, wie es danne die ersarungen auch gegeben haben, dadurch erlebigeth adder Jns werg gestellet werden. Zu deme so ist uns ie duffer stewart nicht alleyne zur beschreybunge

unserer ampthe und gefelle, szondern in gemeyn zur bezalunge unserer schulde undt weytheren vorderbülichen schaden und unrath zu vorkomen gewilligeth worden, und isth uns nicht minder doran gelegen, die selben gleubiger zu befridden, unth isth enliche und unthregliche schaden zu vorkomen, als unsere ampthe zum theyll zu bestrephen. Wier konthen uns auch nicht berichten, das uns durch eynen weg ane den andern möcht gehulffen und die dinge, so durch disen steter gemeynth worden, hiedurch erhoben werden.

Dan es hetten gemeiner ausschos als die vorstendigen bey sich selbsth zu ermassen, wo ierem selbst Rath und bedenken nach uns die ampthe bestrepheth und widerumb zugestellet werden solthien, das man legen den amptleuthen, und so vorschreybunge auff unseren gesellen hetten, der zweyer weg eynen vornehmen und gebrauchen musth, Jenen entweder die Sumen erlegen adder sie auff zimliche fristh behandeln, und des in mithler weyll vorsichern Musthe. Ane das konthen wier bey uns leyenen andern wege mehr finden, achten auch den Jennigen, so ieres mittels vorschreybunge hetten, und das Jere ausgelieneth worden, sich selbsth anderer gestalt selbsth nicht abhandelen lassen.

Die weyll es adder unmögllich, alles eyn Jar zu gleychen zu bezalen, szo wolthe dannaoh und musth nothwendig, wor den dingen geholffen werden solthe, das auch das dazu ervolgett, ane welchens solchs nicht beschehen könth adder möcht, deme ane das wolthe alle Rathschlege, so dorauff gerichteth, ganz vorgebenlich und umbsonsten seyn.

Zum andern, wan gleych disser articell der ampth und gefelle halben genzlichen erledigeth, szo wolthe doch dardurch disen sachen entlichen nicht geholffen seyn, word auch doraus nicht ervolgen, was aus Jungeß gehaltenem lantthag gesucht, gemeynth, gewilligeth und geschlossen worden, nemlich das der herschafft aus den vorstehenden beschwerungen geholffen, verner schaden und nachteyll vorkomen und disse lande eynmal der vielvalthigen steter möchten enthaben und entladen werden.

Dan sie vom ausschos wusthen selbsth und were Jenen unvorborgen, wesser gestalt wier und auch die Jennigen, so vor uns gelebeth, mith Enßigen und ubermessigen Manungen bebrangth worden, wie eyn unfeglicher schaden den anderen gebere und sich dieselben allenthalben zusammen heuffen. Wo nun Niemandes mith den gleubigern handeln, zu weytherer bezalunge bescheyden und auch vorsichern solthe, was könth adder möcht anderß doraus ervolgen adder zu hoffen seyn, dan wier unsere herschafft, auch unsere lande und leuthe von thage zu thage mith solchen schaden uberheuffeth und entlichen in vorderb gerathen musthen, ungeachteth auch allen disen bewilligethen steter und hulffen, die weyll dieselbe in eynem Jar

nicht mag außbracht und alle schulde zu gleichem nicht möchten bezalet werden.

Wan uns abder die gewillgethe hulff treulichen geleyseth, mith unseren gleubigern auf verneßten Sumen, und so weyth sich die zugesagthe stewer erstrecketh, gehandelt, vorsichert worden, hetten wir leyenen Zweifel, zondern hoffeten zu Gott, hierdurch unseren und unserer herschafft entlichen vorterb zu vorkomen und unsere sachen auff die wege zu richten, do mith unsere schulde nicht gemehret, sondern geringer werden solthen, wie wir doch der gestalt, wie man sich 1550 In die hendell schideth, der dinge wenig zu hoffen hetten.

Die weyl abder zu Gotthe dem almechtigen, auch unseren getrawen lanthschafft unser hertz, auch vaterliches gemuet also gerichtett stehet, das wir gerne seggen und wolthen, das uns eynmall aus nöthen geholffen, solche hulff nicht vorgebenlichen angelegeth und unsere getrawen underthanen hieburo nicht beschweret werden dorffen, und gleich woll bey uns befinden, wo die dinge nicht andersch vor hand genommen werden solthen, das es der gestalt, wie es gemeyn, nicht ausgerichtett werde, welchs dan uns treulichen leyden seyn wolth und uns aus unsern vaterlichen genebigen hertzen schuldig erachten, sie als unsere getrawen underthanen der dinge zum wenigisthen zu erinnern und zu vorwarnen.

Und wollen hoffen, wan sie als die vorstendigen dise sachen, wie es die nothorfft erheyschett, woll bey sich erwegen und bedenken werden, die weyl sie uns eyne solche statliche hulff nicht mith geringer beschwerunge gewillgeth, und wo uns dieselbe treulichen geleyseth, auch das Ziel, wie es uberlegeth und gemeynit, erreychen und alle dinge mitt Ernst und vleys bestelleth worden, das uns fasth aus allen nöthen geholffen und der weniger theyl unserer schulde wolthen auch mith der Zeyt Rath gefunden werden, Mocht uberblieben, szo wirdett auch freplich ler gemuet andersch nicht gericht seyn, dan mith solchen stewern was auszurichten und die lande nicht vorgebenlichen zu beschweren, sich auch mith so viel merem Ernst und vleys in alle hendell schiffen, das die dinge also der herschafft und land zum besthen angelegeth werden.

Der wegen gelangeth an sie alle unser in freunttschafft gefinnen und genebiges begeren, wie sich sie und auch Zere elthern legen uns und der herschafft ie und allewege ganz treulich, undertheniglich und in allem gehorsam erzaget, sie wolthen nachmaln Zeren vorordenthen eynnehmern vollkomene macht und beselich geben, auch sondere personen dazu vorordnen, uns eyn mall ierem selbesth angeben und bewilligung nach unsere ampt und gefelle eynzulosen, dieselben zu befreyhen und mith denen, die sie Innen hetten, weil bißhero der einnehmer selb achtung nach wegen der winther Zeit und sonst dozu nicht weitter gethan werden tonen, auff

zimlich mögliche und leybliche fristhen handeln, sie auch, wie billich, der dinge vorsichern, wie danne zu besorgen, sie ane das Schwerlich Jemandes in andere wege zur abmachung vormögen werden. Und weil in mangel der selbigen vorzogenen abhandlung die nutzungen und einkomen der vorabgehandelten ampte und kloster dies Jar von dene, so gelbt dorauff vorschrieben haben, Innebehalten, volgen uns dolegen pilsich die Zinse, so denselbigen, wo sie wereu abgehandelt worden, hetten müssen gegeben werden, wan dan die einnehmer, bei dene wir solche Zins suchen lassen, dasselbige uf den ausschus vorschoben; demnach unser bitten und sinnen, verordnung zu thun, das es solche Zins zu beruritten abgang, der wir dan benotigt, und uns sonst nicht erhalten noch schuldt machen konen, auch zu vorrichten; und gleichwol do beyneben bedenken, das auch unseren vornemsten und bebreutlichsten schulden gehulffen und Rath gefunden, doraus woll hysweilen merer schaden zu besorgen, dan nuß aus eynlösung eithlicher unserer geringesthen ampthe zu gewartthen seyn möcht. Die weyll es dan, wie zu mehrmaln berurith, nicht möglich alles zu gleichem und in eynem Jar abzuthragen und zu bekalen, szo mus man ie dorauff vordacht seyn, die weyll es unsere landtsiende und derselben ausschos und vorordenethe alles in ieren henden haben, alles eynnehmen und ausgeben, das auch nicht immer mit denselben als mit unseren amptheuten auf zimliche fristhen gehandeltt worde und gleichwol auff die wege vordacht, die weyll sich unvorsichtich niemandes behandeln lassen wirbeth, wie auch dieselbe hys zu entlicher bekalung auff die Summen, so weyth sich die bewilligte steuer erstrecketh, vorsichert werden solthen, szo können wier uns auch nicht berichten, aus wessen ursachen sich der vorordenethe ausschos, die weyll sie alles eynnehmen und ausgeben, in ieren henden haben und behaltthen und auch die einnehmer zum beßhen wissen werden, was zu jederer Zeyth ausbracht und bezahleth werden möge, mitt leuthen zu handeln, dieselben auch auf Sumen, so weyth sich der Steuer erstrecketh, zuvorsichern bedenken adder beschwerunge haben solthen.

Dan Erstlich ist unser gemueth nicht, das sich Jemandes vom ausschos vor sich selbst als eyne prima personen hierinnen vorhafften adder vorpflichten solthe, Sondern sie wissen ie, das gemeyne Landtsiende uns eynen steuer gewilligeth haben und sie alle uns allgereth, so weyth sich die bewilligung erstrecketh, vorsazt und vorpflichtett seyn.

Was wolthe dan gemeyner ausschos vor bedenken haben, denen, so von den landtsenden befehl gegeben, den steuer, so weyth eher gewilligeth, zu vorordenen eynzunehmen und auszugeben, sich auch von gemeyner lanttschaft wegen auff Zeythen und fristhen, wie derselbe eynkomen wirdett, unseren gleubigern zu vorsichern, dan sie ie in dem sich nicht weythter vorhafftetthen, dan sie selbst buwilligeth hetthen, vornemlich die weyll sie

wissen, das uns der herschafft und gemeynen lantstenden do durch geholffen, und wo es abder vorbleyben solthe, alles, was sie geben, vorgebenlich, und were beyneben Jenen in schaden und vortreiben gerathen müßten. Dem allen nach wollen wir dan in keynen Zweyffel stellen, sie werden sich aller hendell gelegenheitt nach hierinnen legen uns aller gebör, guethwilliglichen und undertheniglichen erzangen, hinuort alle dinge nothorfftig vorschung und vorordnung thuen, auff das solche hohe beschwerung landen und leuthen nicht vorgebenlichen auffgeleget, uns, unserer herschafft und Jenen selbst aus lasten und nöthen geholffen.

Und die weyl wir danne aus unserem gnedigen und schuldigen vorwanthnis, trawen und vaterlichen herzen gemeyne lantstende als unsere lieben getrewen und von Gotz befohlenen underthanen in allen genaden meynen, uns auch pflichtig achten, denselben Schaden unseres hochsten vormögens zu vorhueten, Zer heyl und besthes zu trachten, so mögen wir dem nach dem vorordenethen auschos, zu welchem wir eyn sonderes gnediges vortrawen haben, unangezeygeth nicht lassen, das wir gleichwol befinden, das disse bewilligethe strewer, vornemlich das birgelth, In weythem den gehofften anschlag nicht erreychen will, und gehett uns nicht alleyn an denselben anschlegen, sondern an unseren erblicken gesellen eyn Stathliches abe. Ezolthen dan nuen die lande dermaßen erschepft und zum hochsten beschwereth und dodurch uns, unserer herschafft und Jenen selbst nicht geholffen werden, wolthen wir gleichwol nicht gerne, Stellethen auch in keynen Zweyffel, Ezie worden mith uns als die vorstendigen apnig seyn, das es Rathsamer und besser, eyn solches hohes und treffenliches werl auff gewisse anschlege zu richten und den dingen, die weyl man uber das groesthe gekomen, es an dem geringen nicht mangeln abder erwinden lassen, da mith das groesth auch nicht vorgebenlichen angewandt; dan so weyth seyn nach Gottlob unsere sachen nicht vorteuft, wo die bewilligethe strewer den gehofften anschlag erreygeth, das do durch fasth alle unsere heuptschuld bys auff eynen geringen Rest abgelegeth weren worden. Dervegen können noch mögen wir bey uns andersch nicht ermesen, dan das es das Rathsamesth, nützlichst und besthe uns, unserer herschafft und Jenen selbst als unseren getrewen underthanen, do mith dieses wergl am Merern theyll des Mindern halben nicht vorgebenlich angewanth, das nochmal bey gemeynen Landstenden die dinge dohin gefodderth und gebracht werden möchten, das alle sachen auff gewisse und erhebliche anschlege und, so weyth das ubrige Rest dodurch mith erhoben, gerichteth werden möchten, do mith uns eynmal geholffen und auch unsere lanttschaften des vielvalthigen gebens und strewens erlediget werden; und die weyl wir abder hinvorn in allen hendeln befunden, das sich schwerlichen unsere landstende der anschlege vor-

eynigen können, dan in allewege eyn standt vor dem andern sich beschwerth erachteth, zu dem aus vielheyth der personen und der Stende die sachen geseumpth, unvlesig besteth werden, und sich nicht weniger nachteyll doraus angesponnen; do aber gleichwol die schulde von eynander getheylt, die dinge viel vlesiger, mit merem Ernst, auch minrem nachteyll ausgerichtet worden, wolthe uns nachmaln zum beßhen gefallen, das man die schulde von eynander getheylet und derselben Jedem lande eyn theyl und auch denen unsern, so viel denselben gehören worde, zugeschlagen möchlen werden, So lonth eyn iedes theyl die anschlege der steuer selbest, wie die am leyblichsten seyn möchten, richten und setzen, auch mit den gleubigern nach gelegenheyth handeln, do mit sie so gar unchristlich nicht beschwereth werden. So werden sie auch gleichwol befinden, wan sie die Sumen unserer schulde berichteth, das Jenen die so gar unthreglich nicht seyn wirdeth, sondern uns und auch Jenen geholffen werden möge. Und were dobei auch unser gutlich suchen, dieses auch dohin mitzurichten, damit uns uf ein Zeit, biß sich unsere sachen und einkomen bessern, zu unserer furstlichen unterhaltung, auch zu mherer nützlicher anrichtung unserer ampte mochte nach des ausschus achtung was davon vorordnet werden. Wie abder die dinge uns, der herschafft, und Jenen selbest, zum beßhen möchten vorgestellt und ins wert bracht werden, wollen wir in des ausschusses bedenken gestalt haben und zweffeln gar nicht, sie als unsere getreue underthanen, wan sie den dingen mit uns eynig und sich des also aus vorergelthen, trefflichen bedenken gefallen lassen werden, dasselbe auch bey gemeynen landstenden treulichen besoddern und von sich selbest auch guethwilligen geleysthen helffen. Das abder gleichwol unsere bedrenghliche obligende schulde in mithler weyl nicht in vernerer schaden gerathen, seynth wir der gnedigen hoffentlichen Zuversicht, sie werden die vorsehunge thun, das dieselben in mithlender Zeyth vorzinseth, auch mit den leuthen gehandelth und, so weyth sich die algereyth bewilligte landsteuer erstrecken, auff zimliche fristhen von gemeyner lanthschafft wegen vorsicherth werden; dan ane das, die weyl uns vorsicherung zu thun unmöglich, sich auch von uns Niemandt behandeln will lassen, wolth es das ansehen haben, als lies man die dinge in solche unwidderbringliche schaden vorseggiglich gerathen; So lonthe wir bey uns auch nicht befinden, wan unser und gemeyner Lanthschafft beßhe gesucht, schaden und nachteyll vorhuetheth, das solchens bey gemeynen landstenden nicht voranthworteth seyn solthe, wir wollen abder gar nicht zweffeln, sie der gemeyne ausschus als unserer besondere freunde und lieben getreuen, werden sich in dem allen in erwegunge der hohen vorstehenden noth guethwillig und gehorsamlich erzaggenn, seynth wir in freunthschafft zu beschulden in genaden zu erkennen und in allem guethen nimer zu vorgeffen genagth."

3) Artikel, vom Kurfürsten dem Ausschuss übergeben.

- a. Einlösung der Ämter, Klöster und Gefälle,
- b. Einsetzung von Leuten, welche die Ämter bestellen, mit den Amtsleuten verhandeln und ihnen Verschreibungen geben.
- c. Verginsung der Kapitalien bis zur definitiven Regelung;
- d. Deckung der übrigen Schulden, für die nichts verschrieben ist, die aber gleichwohl dringlich seien.
- e. Anweisung einer bestimmten Summe für den Unterhalt des Kurfürsten und zu Meliorationen der Ämter und Gefälle;
- f. Vertheilung der Schulden unter die einzelnen Distrikte, da Irrthümer untergelaufen sind,
- g. Eventuelle Ausschreibung eines allgemeinen Landtages für den Fall, daß eine definitive Regelung trotz der Einigkeit in der Hauptsache nicht erzielt werden sollte; inzwischen aber
- h. Verhandlung mit den einzelnen Gläubigern.

4) Verhandlungen des Ausschusses vom 26. Februar an.

Eine Datirung der sehr fragmentarisch erhaltenen Protokolle im Einzelnen erscheint nicht möglich; doch fallen die Verhandlungen, wie sich aus den weiter unten mitgetheilten Aktenstücken ergibt, unmittelbar nach Eröffnung des Ausschusses, welche Mittwoch nach Invocavit (26. Februar) erfolgte.

Zunächst verlangen die Stände, daß festgestellt werde, wen der Kurfürst als Amtmann behalten wolle; „und die also bleiben, müßten Tre Zins und bestallung annehmen, wie andere amtleute, und sonde das erste Jar nicht alles gewisse werden, biß man siehet, was die steuer tregt“.

Wegen der übrigen Schulden hätten sie keinen Befehl, zu verhandeln oder Verschreibungen zu geben erhalten.¹⁾

¹⁾ Sie berufen sich hierbei auf eine ihnen mitgegebene Instruktion, welche sie dem Kurfürsten einreichen. • Dieselbe enthält in der That nur den Befehl, wegen der Einlösung der Ämter und Klöster zu verhandeln. Die Amtleute, welche in ihren Ämtern bleiben, sollen ihre Hauptsummen auf leidliche Tagzeiten setzen lassen, damit dieselben von der bewilligten Steuer allmählig abgezahlt werden könnten. Ein Theil der Inhaber der Ämter und Klöster sei bereits darauf eingegangen; die Stände sprechen die Erwartung aus, daß ihnen die andern nachfolgen werden. „Aber die“, so heißt es in der Instruktion weiter, „so nicht uff den ampten oder klostern bleiben, sollen dohin behandelt werden, dieselbigen uff obberurthe der landtschafft handlung und bewilligung Tre sumen uf leidliche tagzeiten bezolt und in des vorzins zu nhemen, unserm gt. herrn einzureumen und davon abzuziehen.“

Der Ausschuß schlägt eine verzinsliche Anleihe von mehreren tausend Gulden vor, doch müsse deswegen erst ein Landtag berufen werden.

Hierauf werden zur Verhandlung wegen der Ämter und Gefälle verordnet: in der Lausitz und Schlessen: Christoph vom Thume, Blasius Steffen; in der Altmark, Braunschweig-Älneburg und Mecklenburg Rudolf von Alvensleben, Andreas von Lüderitz, in der Priegnitz Curt Mohr, Dietrich Ritzing, im Uckerlande und Pommern Landvoigt Hans von Arnim und Alt Otto von Arnim. „Am hoff mit lewotten zu handelen, die isundt vorhandenn oder weiter bescheiden werden mochten“: Joachim von Lüderitz, Marschall, der Rentmeister und die verordneten Einnehmer der neubewilligten Biersteuer.

Denjenigen, welche zur Verhandlung wegen der Ämter und Klöster verordnet sind, soll eine Instruktion mitgegeben werden. Die Verschreibung soll dann nach folgendem, in den Akten aufbewahrten Schema erfolgen:

„Wir N und N Tziger Zeit zu der volgenden sachen volmechtige bevelhaber des ausschus gemeiner landtschafft der margt zu Brandenburgt hiemit öffentlich bekennen; demnach der durchleuchtigste unser gnediger herr . . . Gulden vorschrieben und schuldig, dan wir in krafft unseres bevelhs uns mit berurtem N der ablegung und bezalung solcher schulde halben haben vortragen und abgehandelt, wie volgt, also das Tme von der neubewilligten steuer, welche gemeine landtschafft gedachts kurfurstenthumbs zu abzalung dieser und anderer hochgedachts unsers gt. hern schulde bewilligt, sollen bezahlt werden N Gulden uff N Zeit, wie auch also von berurter steuer zu bezaln angenommen worden, und dasselbige davon ungeachtet einiger behelff, einrede, gepot oder vorpott von den vorordenten einnehmern der landtschafft geschehen, bezahlt und mitter Zeit auch die unabgelegten sumen, jedes hundert Tersch mit N Gulden, auch durch berurte einnehmer von der bewilligten steuer vorzinset werden sollen, dolegen er von dem ampte N oder Kloster N wider abgetreten und hochgedachten unsern gnedigsten herrn dasselbige zu seiner kurfurstlichen gnaden henden wider eingereumet, alles treulich und ungeferlich. Zu urkunde mit unserm petchafft vorsigelt und geschehen zc.“

Auf eine örtliche Vertheilung der Schuld auf die verschiedenen Landschaften, Städte und Dörfer will sich der Ausschuß nicht einlassen: es sei oft vorgekommen, daß man eine Stadt dadurch zu Bewilligungen überredet habe, daß man ihr fälschlich gesagt habe, die andern Städte hätten dasselbe bewilligt.

Der Kurfürst bittet dann den Ausschuß, die Einnehmer anzuweisen, ihm die 2400 Thaler, welche an Markgraf Johann von den Gefällen der

Städte Martini bezahlt worden sind, zurückzugeben. Dies wird ihm bewilligt, doch solle er es auf das Quartal annehmen.

Der Kurfürst bittet, dem Herrn von Biberstein eine Abzahlung zu leisten; aber die Stände erklären, daß über das Geld des gegenwärtigen Quartals bereits verfügt sei. Doch erbietet sich endlich Hans von Krummsche gegen von den Städten zu leistende Sicherheit 6000 Thaler in Wechseln bis gegen Michaelis aufzubringen, welche dann aus der Steuer wiederbezahlt werden sollen.

Die Städte sollen außerdem bis zum 13. April 6000 Thaler zur Bezahlung Balthin Pflugs aufbringen.

Der Kurfürst fordert auch Geld zur Erhaltung der Kleinodien, die zum Theil bei Juden versetzt seien.

Mit den übrigen Gläubigern, welche Bezahlung verlangt haben, habe der Marschall und der Rentmeister verhandelt.

Ueber das Brauen sei ein Vergleich zwischen Landständen und Städten nicht herbeigeführt worden.

Dem Protokoll liegt die folgende Verschreibungsformel bei:

„Von gottes gnaden wir die vorordente des ausschus, von prelatten, Graffen, hern, von der ritterschafft und riedten des kurfurstenthumbs der margt zu Brandenburgt, im nhamen und bevelh derselbigen Bekennen hieomit offentlich, Nachdeme berurttte gemeine landtschafft uff gnedigs ansuchen und anlangen des durchlauchtigsten, hochgebornen, unsers gnedigsten hern eine stadtliche steuer zu abzalung seiner kurfurstl. gn. schulde bewilligt und dan die sachen derselbigen steuer halben dermaßen gelegen, das die uff eine Zeit oder Jar zugleich nicht auffkomen konnen, und derohalben die nothurfft erfordert, das mit s. t. f. g. gleubigern zu handeln, die bezalunge uff bequeme mogliche fristen, die von der neuen steuer erreicht konnen werden oder sonst wie zu erhalten moglich, anzunehmen, das wir demnach zu solchen sachen auch zu dene, so zu abhandlung s. t. f. g. vorpandten ampte und kloster gehörigt, zu unsern volmechtigen bevelhabern gesetzt und gewelet haben die Erbnesten und Erbarn N N und N semplich und sonderlich, geben Ine volle gewaldt, mit berurttten gleubigern allen und Jedem semplich und sonderlich hochgedachts unsers gt. herrn schulde halben, die uf mogliche leidliche fristen von der steuer zu bezaln, zu handeln, vorschreibung doruber uffzurichten, vorwilligung und zusage uff die stewr zu thun, und was den sachen mehr dinstlich, und bei den gleubigern uff anstende oder sonst zu suchen und zu erhalten vonnoten, auch alles furzunehmen, zu handeln und zu willigen, und wir geben Ine allen, auch semplich und sonderlich, solche gewaldt und macht, wie berurtt, hieomit in krafft diß briffs, gereden und geloben auch wegen gemeiner landtschafft und fur uns den ausschus, was

berurthe unsere volmechtigen also semplich und sonderlich mit den gleubigern uf diese landsteuer handeln werden, alles stebte, veste zu halten, und soll auch von den vorordenten einnhemern der steuer dorauff allenthalben von solcher steuer gefolgt und bezahlt werden, alles treulich und ungeferlich. Zu urkunde haben etliche unsers mittels von wegen gemeiner landstende und des ausschuß wegen unsere secret und pettschaft an diese briff gedruckt; geschēhen und gegeben zu Coln an der spreu Sonabends reminiscere (1. März) Anno L."

Der Kurfürst schreibt dann an den Hofmarschall, Hauptmann der Altmark, Amtmann zu Salzwedel, „Räthe und liebe Getreue“ Joachim von Lüderitz, Lewin v. d. Schulenburg, Rudolf v. Alvensleben, Curt von Mintorff und Schönermark, und an den Bürgermeister von Stendal: sie sollen nunmehr die Unterhandlungen in die Hand nehmen; zu diesem Behufe schicke er ihnen Verzeichnisse über die Höhe, in der die einzelnen Ämter verpfändet sind. Die Pfandinhaber sollen die Kapitalien verzinst und auf diese selbst Abzahlungen erhalten, dafür aber die Ämter und Gefälle sofort dem Kurfürsten überlassen.

Zu verhandeln ist wegen folgender Verpfändungen: Ämter, Klöster und Gefälle in Tangermünde und Arneberg und auf des Kapitels Gütern auf dem Kloster zum heilg. Geiste vor Salzwedel und auf zwei dazu gehörigen Dörfern, Seehausen, etliche Acker vor Seehausen, gen Rüneburg hin, Gefälle der Städte Tangermünde, Seehausen, Osterburg, Rathenow, Gardelegen, Stendal und Salzwedel.

In den Ämtern Tangermünde, Salzwedel und dem Kloster zum heilg. Geiste soll untersucht werden, ob und welche Meliorationen nothwendig sind.

„Und nach deme uns noch zur Zeit bequeme und mehr gelegen, dich, unsern igtigen ambtman zu Soltwedel, Ludolff v. Alvensleben, uf dem ampte, Hansen von Krausmargt uf dem kloster Arndtsehe, Andresen v. Luderitz uf dem kloster Krewesse, dich, unsern hauptman der alten margke, Lewin von der schulenburg, uf dem kloster dambel, den rath zu Tangermunde bei der vorpfandung des gerichtis doffelbs und also auch den Rath zu Werben zu lassen, und die pfandsume von der Neubewilligten steuer vorzinst zu nhemen, so wollet dieselbigen auch nochmals also dobel lassen und mit Ine doruber nicht handeln, doch wollen wir uns und unserer landtschafft vorbehalten haben, die ablosung zur andern bequemer Zeit von der landsteuer zu thun“ zc.

Dat. Coln a. Spr. Sonabends Oculi Anno L (8. März).

Ein eben solches Anschreiben ergeht:

a. an die Verordneten der Uckermark: im Amte belassen werden sollen die Amtleute und Verweser der Klöster und Ämter zu Oberberg, Neu-Angermünde, Zedentz und Voigzenburg. Verhandelt werden soll also mit dem Landvogt, der unter den Verordneten ist, selbst (wegen Himmelpforte), mit Caspar v. Röderitz und Claus Puttkamer wegen Chorin, mit Georg Lindstedt wegen Seehausen und Gramzow, mit Jacob v. Arnim wegen des Dorfes Bertlo, mit Jacob Günterberg wegen des Dorfes Grenke;

b. an die Verordneten der Priegnitz und des Landes zu Ruppin: Im Amte bleiben sollen die Amtleute zu Neustadt und Lehen, Räte und Liebe Getreue Matthias v. Salbern und Dietrich v. Quisow; der Rath von Neu-Ruppin soll für die 1200 Gulden, über die er Verschreibung hat, das Gericht daselbst noch behalten. Verhandelt werden soll mit dem Hauptmann der Priegnitz und des Landes zu Ruppin und dem Landvogt Hans v. Arnim selbst, ferner mit Adam Trott, Jacob v. Arnim, Matthias v. Salbern u. a. m. wegen des Amtes Ruppin, mit Johann Gans wegen des Amtes Goldbeck, mit Jung Hans v. Arnim wegen des Klosters Lindau, mit dem Bischof von Havelberg und Hans Trebbow wegen der Gefälle zu Perleberg, mit Fürst Hans zu Anhalt, dem Kapitel zu Havelberg, Antonius Spiegel, Gottfried Bglow und Wolff v. Ranitz wegen des Zolls zu Lehen, mit dem Rath zu Wusterhausen wegen der Gefälle daselbst und wegen 400 Gulden zu einem geistlichen Lehne verzinst, und mit Bertram v. Bredow wegen der Gefälle zu Kyritz, 300 Gulden verzinst.

5a) Schreiben des Kurfürsten an die Städte vom Sonnabend Reminiscere (1. März):

„Nach deme das quartal zur einbringung des neubewilligten birgelbes bis uff letare erstreckt worden, Beuelhen wir euch demnach, wollet, was bei euch an solchem birgelbe gefallen, den vorordneten einnehmer unserer landtschafft in Blasius Steffans haus unserer stadt Berlin uff den Montag nach letare schrift in fruer tagzeit bei peen 100 Gulden durch euere geschickten gewislichen uberantwortten und einbringen lassen und domit nicht seumen, uff das die einnehmer zu der landtschafft schweren kosten nicht ufgehalten und sonst die sachen zeitlicher und richtiger bestaht mogen werden.

Und nachdeme uns teglich furkomet, das allerlei neue bestellungen an reutern und knechten vorhanden, Beuelhen wir euch, wollet den euern ernstlichen gepieten und mit Ine beschaffen, das sich keiner von Ine, er were von lediger geseln handtwercker oder andern, soll von Jemandes außer landes bestellen, annehmen lassen noch zuziehen, alles bei meidung der

straffe, im reichsabschied gesetzt, auch vorlust leibs und guths, und do auch die reden gehen, das man fürhat eine garbe knechte in oder nahe an unsere lande zu legen, so wollet des guths acht und kondtschafft haben, und do Ir wes erfarn wurdet, uns oder unsern haubtleuten euers orths eilends zu erkennen geben, auch wollet vormoge unfrem vhorigen gepott die landsknechte, die igo umblauffen, und armen leuten viel schadens thun, bei euch nicht durchgestadten, sondern von danne abweisen. Doran 11. Dat. Coln a/Expr."

Am Sonntag Oculi, 9. März, schreibt er ihnen dann, sie sollten ihre Bürgermeister an gedachtem Termine mit dem Biergelde schicken, da er mit den Städten einige „hochangelezene“ Dinge zu besprechen habe.

Ein Schreiben gleichen Inhalts war schon einen Tag vorher an die oberen Stände ergangen. Auch sie sollen das Biergeld für das Quartal Montag nach Laetare nach Berlin übersenden.

5b) „Artickell und beschwerunge aller Stedte des Churfürstenthumbs der Margk zu Brandenburgk, Churf. gn. zu Brandenburgk, unsern gnedigsten herrn Dinstags nach Laetare (18. März) 1550, unthertzeniglichen übergeben.

Erstlichen, das ahn vielen ortern, inn flecken und dorpffern, wider Ir Churf. gn. unsern gn. h. Jungst zur Newstadt Eberwalde, auff der von Stedten überreichte artickell gegebene schrieftliche anthwurdt ethliche Newe brawstedten auffgericht und furgenommen, davon doch hochgedacht Ir Churf. gn. die hieffeuern nicht gegeben noch vorrichtet; derowegen die von Stedten unthertzeniglichen bitten, dieselben vormuge negst gegebener gnedigster anthwurtt, hieneben vormartt, mit ernste abzuschaffen und darob zu halten.

Zum andern das die andern beide Stende, als prelaten und Mitterschafft, flecke und dorpffer, so zu brawen befugt, das bewilligt hiergelt neben unnd gleich andern Ir Churf. gn. Stedtenn geben und vorreichen, auch daneben Ire Register vormittelt dem Eide clar und rein übergeben, damit die gleichheit gehalten und nichts geseftlichs darinnen vorhalten, gesucht, noch furgenommen; Dan do die Register der Newbewilligten hieffeuer auff Lucie negst eingebracht, fur die handt genommen und besichtigt, wirdt befunden, das die andernn beide Stende, flecke und dorpffer in demselben quartall nichts meher dan ein tausent acht gulden und 24 groschen eingebracht, die von Stedten aber Neuntausent vierhundert und siebentzig gulden und 20 groschen, one was Tangermunde, Werben, Lieckenn und andere meher berechnett.

Zum drytten, das vielen von Stedtenn uber Churf. gn. gegebenen Newerß und artickelsbrieffen, auch hergebrachten privilegien, frey- und ge-

rechtfertigen eintrag geschicht, wie solichs studeweis anzuzeigen, do es Ir Churf. gn. nach der lenge gnediglichen anzuhören gelegen sein wolthe, darumb dan die von Stedten unthertzeniglichen thuen bitten.

Zum vierden ist denen von Stedten beschwerlichen, das sich etliche derselben unter Inen, als Salzwedel und Gardelege, aus dieser bewilligten Newen hieffeuer, one der von Stedten wissen, bey Ir. Churf. gn. mit einer genanten summa durch sonderliche vortrage zu ziehende und abzuhandeln unthertzen, do doch die heldenn Stedte Irem städtlichem braven nach viele meher zu geben vormugen. Bitten demnach die von Stedten, soliche beschwerliche abhandlung und nachtheilige vortrage gnediglichen abzuschaffen und die gleicheit in dem zu haltenn.

Das auch das kesselbier und brawenn, so hin und widder, in fleden und dorpffern surgenommen und geschicht, abgeschafft und ferrer nicht gestadt, In erwegunge, das solichs ahm bewilligten biergelde mercklichen abbruch thuet und viele unrichtigkeit daraus erfolgt, und die burden nicht gleich ertragen wirdett.

So bitten auch die von Stedten unthertzeniglichen, Inen eine clare und bestendige vorzeichnus zuzustellenn, welche krüger in fleden und dorpffern des hieffeuerens von alters befugt und in angesetzter Zeit beschneigt, damit die von Stedten legen die ubertreter, Inhalt hochgedachter Ir Churf. gn. gnedigsten beselich mit geburlicher straff zu vorfarn und zu halten.

So viel aber die beschwerunge des Newen viehejols durch Marggraffen Johansen unsren g. h. surgenomen, antriefft, bitten nochmals die von Stedten, sich bey altem hergebrachten priuilegien und freyheiten zu erhalten und soliche beschwerliche Newerunge gnediglichen abzuschaffen.

Als auch die legenten und professoren in der Uniuersitet zu frandfurd, sonderlichen aber, so die städtlichsten besoldungen haben und nehmen, anher seher unfleißig gelesen, und aber die andern, so tegelichen mit vleisse lesen und die burden tragenn, weinig oder nichts zur besoldunge erlangen sollenn, Bitten die von Stedten auffß unthertzenigste, gnedigst einsehen zu thundt, das die legentenn zugleich mit tremem vleisse lesen, der Jugent wol surstehenn und einem so wol, als dem andern die besoldunge zu geburlicher Zeit zu vorrichten und die gleicheit zu halten, damit berurte Uniuersitet vortgesagt und gemeinem nußt und frommen, zu nachtheil, vorderß und schimpff nicht muge zuruth werden.

Die von Stedten bitten auch, die Juden, Inhalt S. Churf. g. gnedigster Zusage und vortrostunge, auch derselben herrn vattern hochmiltser und seligen gedechtnus, vorschriebunge nach, außershalbenn landes zu weisen.

Als auch zum offtermal widderwertige, geschwinde und vorpheute beseliche, ungehortt des widdertheils legenbericht und antwurtt außgebracht,

dadurch dan manicher ahn seinem rechten gebrauch und habenden possession beschwerddt und bißweilen zu endtlichem abbruch seines rechtens gereichtt, So bitten die von Stedten unthertzeniglichenn, I. Churf. g. wolthen mit ernste gnediglichenn einsehen thun lassen, das solichs abgeschafft und ferrer dergestalt nicht gesehen, sonder ein Jeder zu geburlicher anthwurth, laut hochgedachtem I. Churf. g. Revers und artickelsbrieffe gelassen mochte werdenn.

Nachdem auch die von Stedten bißweillen Irer eigenen geschefte halber, darahn denselben Stedtenn viele gelegen, bey hochgedachter I. Churf. g. zu thundt, so bitten I. Churf. g. sie, dieselben wolthen sie gnediglichenn horen, damit dieselben Irer furstehenden noeth und obligen zur nodtrufft bericht, schade, vorderb und unrath furkommen und vorhutt werde.

Die Schieffunge auff der Elbenn und dan vor hamburgt uber bitten die von Stedten Ir Churf. gn. gnedigster vortrostunge nach zu furdern und ins wergl bringen zu lassen.

Die vom Adell unterstehen sich ein theils, widder vorordenunge der rechte und hergebrachten Adelichen standt, auch Ir Churf. gn. gegebenen gnedigsten Revers und artickelsbrieff, burgerliche Narunge mit herunge, gewandt und andern hantierunge in Iren eigenen heusern und sonsten zu treiben. Bitten demnach die von Stedtenn, solich unrechtmeßig, beschwerlich furnehmen abzuschaffen.

Als auch hochgedachte Ir Churf. gn. aus einer Jeden Stadt die Burgermeistere anhero furdern lassen, So bitten sie auffß unthertzenigst, Ir Churf. gn. wolten sie auffß furderligst vor sich gnediglichen vorfordern und derselben gnedigste meinunge und gemuet vormelden lassen, Irer anthwurtt beneben einer Jeden Stadt in sonderheitt furstehende noeth und beschwerlichs obligen nach nodtruffdt mit gnaden horen und dieselben der pilligkeit nach erlebigen, wie dan die von Stedten des zu Ir. Churf. gn. in unthertzenigsten trostlichen hoffnunge stehen und thuen sich hiemit Ir Churf. gn. in aller unthertzenigkeit beselende."

6) Verhandlung mit den Städten am Donnerstag nach Lactare (20. März).

Die Städte erklären auf eine dahin gehende Anfrage des Kurfürsten, sie hätten das Biergeld deswegen noch an sich behalten, weil die anderen Stände nicht gleichförmig behandelt worden seien. Die Oberstände hätten dies Quartal nicht über 2000 Gulden zusammengebracht. Es sollten eidlich festgestellte Register eingebracht werden; sonst könnten die Städte die Steuer wegen der hohen Kosten nicht aufbringen. Zu Fürstenwalde werde m. hr als in Frankfurt gebraut; dies müsse also auch mehr zahlen. Von den

neuen Braustätten, die abzuschaffen der Kurfürst schriftlich versprochen, beständen immer noch einige. Salzweibel und Gardelegen sollen den anderen Städten gleichgestellt und nicht begünstigt werden.

Die Schifffahrt auf der Elbe gehe langsam vorwärts, da die Hamburger das Faustrecht gebrauchten.

Der Adel treibe bürgerliche Nahrung. Bredow hat von seinen Nachbarn und den Bauern Korn aufgelaufen, um es auszuführen; dasselbe thut auch Bardeleben in Nadel mit Gewändern, Häringen u. A.

Sie beschwerten sich über den neuen Zoll Markgraf Johannis.

Daß sie neben dieser neuen Steuer auch noch einen großen Theil der Schuld übernehmen sollen, dünkt ihnen sehr beschwerlich. Bereits müßten sie 10 000 Gulden Zinsen bezahlen; über 33 000 Gulden brächten sie jetzt nicht ein; sie gäben vom Schock 4 Pfennige; sie könnten in einem Jahr nicht zwei Schoffe auflegen. Die Sache soll bis zum Landtag vertagt werden.

Freitags nach Laetare (21. März).

Sie erklären sich bereit, die bereits eingezogene Steuer nunmehr abzuliefern.

Zum neuen Landtage „ohne Rücksprache“ zu erscheinen, können sie nicht versprechen.

Die von Tangermünde beschwerten sich über die Knechte, die ihnen Beschwerung anthun. Sie bitten um einen Ausgleich mit Magdeburg, damit man vor den Magdeburgern sicher wäre.

Für die 12 000 Gulden, die sie vor zwei Jahren vorgestreckt, bitten sie um eine Versicherung.

In den weiteren Verhandlungen, von denen wieder nur fragmentarische Notizen auf uns gekommen sind, rath der Anschluß dem Kurfürsten doch wieder zur Berufung eines allgemeinen Landtags.

III. Akten des allgemeinen Landtages von 1550.

1) Berufungsschreiben vom 8. April.

Konzept im Geh. Staatsarchiv.

„Joachim von gotts gnaden Marggraff zu Brandenburgt und Churfurst.

Unsern grus zuvorn. Liebe getrewen. Es fallen etliche uns und unsern landen und leutthen beschwerliche obliegende sachen fur, welche Irer gelegenheit und nohturfft nach forderlich furgenomen, bedacht und denselben

furkomen werden muß. Wan uns dan auch der gemeine aller Stende unserer Landschafft ausschuß deshalb einen gemeinen Landtag außzuschreiben und zu halten gerathen. Begern wir demnach, wollet one alle einrede oder behelff bey den eyben und pflichten, damit Ir uns vortwand, etliche Burgermeister aus ewerm mittel auff denn Sontag Cantate schierst alhie einzukomen abfertigen, volgendts mantags zu fruer tagzeit solche sachen anzuhoren, Iren besten Rath und bedenden, wie denselben endlich abzuheffen, anzuzeigen und was darzu nützlich, nothig und dienlich, trachten und schließen zu helffen, vorlassen wir uns zu gescheen, und seinds in gnaden zu erkennen geneigt.

Datum Dinstags in heiligen Oftern. Cöln a. Spr."

Mutatis mutandis ergeht ein zweites Ausschreiben von demselben Datum an die Herren und Ritterschafft.

2) Verhandlungen mit den Städten am 12. April. (Sonnenabends Quasimodogeniti).

Die Gesandten der Städte haben nach Hause berichtet: die auf dem letzten Landtage bewilligte Biersteuer habe kaum zur Bezahlung der Zinsen, viel weniger zur Tilgung der Schuld selbst gereicht. Man habe daran gedacht, die Schuld wieder unter die Stände der einzelnen Distrikte zu vertheilen: Die Abgesandten hätten geglaubt, dies von den Ihren zu erlangen, hätten sich aber in dieser Annahme getäuscht. Die Städte hätten im Gegentheil, sie mit der neuen Auflage zu verschonen und andere Wege, etwa Hilfe bei den anderen Ständen, zu suchen.

Der Kurfürst antwortet darauf, dies eine Mal müsse geholfen werden, wenn nicht Alle verderben sollen. Der letzte Revers sage: wenn die Biersteuer nicht ausreiche, so sollten zu dem übrigen noch Aufzubringenden auch die anderen Stände beitragen, nicht aber, daß diese allein beisteuern sollen.

Antwort der Städte: Man habe im Lande Mißtrauen gegen die Räte des Kurfürsten. Der Kurfürst solle diese einmal umherschicken: die würden hören, was man sage, und könnten dafür sorgen, daß sie (wohl die Abgesandten der Städte) mit Vollmacht ausgerüstet würden.

3. Instruktion für die nach den Städten abgesandten kurfürstlichen Räte.

„Instruktion und bevelß, wes wegen unser von gots gnaden Joachims Marggraffen zu Brandenburgk und Kurfürsten, die hochgelarten unser amتمان zu Jernick, Cantzler, reiche und liebe getreuen Adam Trott, Johan

Weinlob, Thomas Matthis und lang Joachim v. Bredow,¹⁾ semplich und sonderlich uff beilligend Credenz an unsere lieben getreuen, die reihe und gemeind unserer beider Stedte Brandenburg werben, bringen und handeln sollen.

Und wan dieselbigen des morgens zusamentomen, sollen unsere gesandten zu Sne gehen und Sne anfangs unsern gnedigen willen und alles guthe anzeigen, die Credenz uberanthworthen und dorauff werden, das wir nicht zweifelten, das Ire gesandten, die sie iho alhie bei uns gehabt, Sne berichtet und einbracht, was wir denselbigen und den aller unserer stedte geschickten iho alhie persönlich wegen unserer und unserer herschafft, auch lande und leute mercklichen obliegens selb persönlich berichtet und angezeigt und sonderlich das wir auch den ausschus unserer landtschafft, dorunter auch die von stedten weren, soviel befunden, das ob wol ein ansehnliche biersteuer zu wiederreinlösung unserer ambte, kloster und gefelle, auch bezalung unserer schulde, bewilligt, das doch dasselbige, die anzal, so viel und hoch es angeschlagen, nicht erreicht, och uns doruber an unsern erblichen gefellen der alten biergeisse und marklasten ein großes abgehiet, das man davon die widereinlösung der ambte, kloster, gefelle oder och bezalung der schulde weit nicht zu erreichen, und also domit die sachen, wie man genglich gehofft, nicht gar geholffen oder geradten werden lan, dorumb wir och Sne solche gelegenheit, domit sie davon wissen mochten, auch den drauenden der herschafft, lande und leute nachtheil angezeigt, das allent-

1) Ebenso wie die hier Genannten nach Brandenburg, so wurden nach Stendal der Marschall und der Hauptmann der Altmark, nach Salzwedel Joachim und Andreas v. Lüderitz und Rudolf v. Alvensleben, nach Perleberg und Ruppin Christoff Hans zu Putzig, Curt und Dietrich Rohr, nach Prenzlau Jakob v. Arnim, Bartel Hioß, Hans v. Arnim, nach Frankfurt Eustachius v. Schlieben, Matthis v. Salden und Joachim v. Bredow abgeordnet. Den nach Salzwedel Abgeordneten wird außerdem noch Lewin v. Schulenburg mitgegeben und diesem die nachfolgende besondere Instruktion, die in simill Rudolf v. Alvensleben und Andreas Lüderitz erhalten, ertheilt:

„Joachim zc. Nach deme wir iho in eile an unsere altmerckische stedte etliche unsere hochnotigste sachen zu gelangen haben und dich, och unsern hofmarschall, ambtman zu Soltwedel, vorweser zu Crevesee, reihe und liebe getreue, Joachim v. Lüderitz, Rudolf v. Alvensleben und Andresen v. Lüderitz semplich und sonderlich dogn vorordnet haben, in denselbigen sachen vormoge einer Instruktion zu werben und zu handeln, Beghern wir gnediglich, wollest uf ansuchen unsere marschalls alsbalde zu Sme ghen Stendal noch die ihige woche komen und dieselbigen sachen neben Sne also zu Stendal, Tangermunde, Schausen und Osterburg, Inhalts unserer Instruktion, die der marschall hatt, helfen auffrichten, so haben wir Rudolf v. Alvensleben und Andresen v. Lüderitz solchs zu Soltwedel und Gardelegen zu thun, wo sie aber nicht anhenig (angengig?), so wollest solchs neben unserm marschall also auch ausrichten helfen.“

halben zeitlich und in kurz, do es noch geschēhen kan und wol zu radten ist, mochte dafur getrachtet werden, in massen wir solchs an den gemeinen ausschuß, och ethliche furnehmen unserer landstende auch gelanget.

Wan dan von Sne allenthalben fur geradten angesehen, zu den sachen zeitlicher und forderlicher, ehe die weitter zu unrathe vorliefft, zu trachten und zu thun, und deshalben einen gemeinen landtag außzuschreiben und zu halten, hēden wir es leylich auch dohin bewogen und denselbigen landtag außgeschrieben.

Weill wir dan in solchen obliegen zu unsern treuen landen und leuten pilliche zusucht hetten, auch bei Sne rath und trost sucheten, wolten wir diese sachen den gemeinen unsern landstenden als dan usm landtage, wie die gelegenheit, wes auch fur fertigheit, wo zeitlich nicht doku getrachtet, vorhanden, furtregen, Sren rath und bedenden dorauff zu vornehmen.

Do nun der rath also auch beschriben worden und Sre geschickten zu dem landtage hiehero zu vorordenen, und wir Sne allen die sachen, dorum solchs zu thun die hochste notturfft ist, zuvor auch anzeigen lassen, hetten wir uns der beschwerlichen abschlegigen antwort, die sie uns iho dieser sachen halben gegeben, nicht vorsehenn; sie hetten och die gelegenheit, und wie diese handel nuu zur Zeit stehen, in zeitlichen besserem bedenden haben und uns wilserige antwort einbringen lassen sollen; damit aber gleichwol dasselbige je ehr und forderlicher zur gebhure nachgetrachtet, were unser gnebiges beghern, das sie, der rath und gemeine, wolten dieselbige vorordnung den Sren zu dem landtage also thun, das sie denselbigen sonderlich aufflegen und mitbevehelhen, das sie beneben den andern unsern landstenden diese sachen anhorn, beratshlagen und ane zurucktragen alsbalde in voller macht mit zu schliessen macht hetten, dan sonst, wie ehe geschēhen, durch das zurucktragen die handel nicht alleine in lengerem vorzuge, sondern och zu unsern merglichen kosten, do wir allerwege solten einen landtag uber den andern halten; wurden vorzogen; so weren sie der sachen, die zu handeln und zu beratshlagen furfallen, durch die Sren, bene wir ach solchs zu thun bevolhen, albereit so weit berichtet, das einigs zurucktragens ober bedendens von unnoten; und nunmher, solten wir anders, wie es die von stēden allerwege geradten, auch doku hulffe zu thun expotten, unsere ambic, gefelle und kloster wider an uns bringen, wie och am hochsten Zeit und vonnoten, mülffe endlich einmal was zu halten und zu thun, geschlossen werden, dorum sie sich gar nicht zu beschwern, och sich durch nichte ufzuhalten solche volmacht den Sren also einzugeben, des weren wir legen Sne in gnaden zu bedenden und zu erkennen geneigt.

Und sollen unsere rethe dorauff berurts raths und gemeine antwort vornehmen, wo sie dan wurden diese unsere suchung also bewilligen, sollen

sich die rethe bedanken und erpieten, uns dasselbige alsbalde zuzuschreiben, wir werdens auch in gnaden vormerken.

Wurden sie aber anzeigen, das ein alter brauch were, das sie in solchen sachen vorhin allerwege hetten das zurücktragen, ehe die sachen uff landtagen geschlossen gehabt, und do sie nicht wusten, was iho mochte gehandelt werden, dasselbige nochmals pßlich also erhielten zc., sollen unsere rethe anzeigen, das der brauch in sachen, der sie zuvor nicht weren bericht worden, mochte gewesen sein; weil aber sie von diesen zuvor wusten, hette der brauch nicht stadt, und muften diese sachen in gemeine zu rathschlage bracht und also och balde in gemeine geschlossen werden, wie auch am notigsten und nützlichsten ist, das sie den Zren solchen bevelh leichte uffzulegen.

Wurden sie dan zu anthwurt geben, das die Zren zu rathschlagen und zu handeln, aber doch wo von weitem hilffen oder steuern gerathschlagt und geschlossen solte werden, nicht zu willigen mochten haben, sondern zuvor an sie tragen solten, sollen unsere rethe dieses wol wharnhemen und sagen, das noch nicht gewisse, was in den sachen wurde bedacht ober geschlossen werden, das sie alleine den Zren solten die volmacht zu radten, zu handeln und zu schließen geben, dan sie zu achten, wozu nuß were die sachen zu horn, zu bedenden und was furzunhemen und zu thun vonnoten sein werde, alleine zu bedenden, wo man nicht och allerseits solte schließen; und do die andern was notigs und nütlichs wolten schließen, das es eins teils durch zurucktragen solten spalten und auffhalten, auch wol gar zurucktreiben, das müffe alhie der gemeine beschluß dem rathschlage alsbalde volgen oder würde nichts außgerichtet, auch der landtag! nichts nuß werden; das sie derohalben die handel Zres teils mit zurückziehung solcher volmacht nicht wolten hindern und den Zren wohin auch geschlossen würde, die volmacht also geben.

Fiele auch fur, das sie sich thetten erpieten, das, wo uf ferner hülffe oder steuern solte gehandelt werden, sie wolten, was andere thetten, auch thun und zuvor horn, wie sich die andern und sonderlich die landstende fur sich self schiden und geben wolten, sollen unsere rethe anhalten, das sich der rath und gemeine alleine wolten erklern, was sie fur sich selfs oder Zres teils in deme wolten thun und willigen; und ob wir, Ir landsfurst, uns in deme auch bei Zne raths und hülffe zu vorsehen, und nicht uf andere wartten; dan wir nicht zwelfeln, das sich die andern landstende und stedte, wie auch vorhanden, in deme wurden zu uns, unserer herschafft, auch landt und leute bestem, rettung und obligen, als die treuen unterthanen erzeigen und uns nicht vorlassen, und sollen alhie die rethe anhalten, das wir mochten dieses raths und gemeine self ausdrückliche bewilligung erlangen, und das es nicht im Zweifel uf andere geschoben werde.

Würden sie aber sagen, sie wolten die Tzen zum landtage schicken, aber sie solten fernere steuer uff sie zu bewilligen keinen bevelh haben, wolten auch uber das vhorige nicht mehr steuern noch geben, Ir unvormogen, vorderb, auch die langen steuern zu behelff nhemen, alsdun sollen die rethe vornhemung thun, das sie uns dermaßen nicht wolten lassen, sonder die sachen zu des landtags rathschlagt und beschluß stellen und die Tzen mit-schließen lassen, und sich dermaßen nicht, sondern noch ein eigens machen, auch Tze zu gemüthe fürn, das sie gotlob Zeit unferer regierung in gutthem Friden und rechten geseßen, Tze sachen auch mehr dan etwan vor unsern zeiten gesehn, gefordert und solchs nochmals mehr und mehr zu thun gnediglich geneigt sein; und do nun alle unsere stedte allerwege das beste bei uns und der herschaft gethan und uns allerwege geradten, unsere sachen dohin zu richten, das wir unsere ampte, gefelle und kloster mochten wider an uns bringen, sich auch erpotten dozu zu helfen und ane das unsern furstlichen standt nicht lonen erhalten, sondern wir mit Tze müssen untergehen und verderben, wie wir Tzen geschickten alhie weiter hetten angezeigt und dasselbige anders nicht, dan durch diesen landtagt und handlung müssen erhalten und außgerichtet werden, das unser synnen und gnedigs beghern, sie wolten uns nicht also vorlassen, dan es sind je noch die wege mit gots hilffe zu finden, dodurch uns und Tze zu radten und zu helfen und dieses dohin fleissigen, das sie mochten die bewilligung thun, das, wo uff ferner hilffe geschlossen, das es die Tzen auch mit bewilligen und mit-schließen solten.

Wo dan je bei Tze doruber, das sie solche volmacht wolten geben, nicht zu erhalten, sollen unser rethe zuletzt anzeigen, das die sachen auch des raths und gemeine also halben also gefertlich stunden, das bene müsse eben igo diesen landtagt geradten und geschlossen werden, dorumb sie solchs nicht wolten hindern, sondern noch dohin schließen, und do es nicht gesehe, eiliche Tzer fürnheimen vorordenten abfertigen zum lengsten uff den Sonabend nach Misericordias domini alhie bei uns zu sein, unser ferrer gemüthe und meinung anzuhorn und leinswegs außen zu bleiben.

Und do weiters furstiele, davon in dieser Instruction nicht vornelbet, das sollen unsere rethe nach Tzen besten vorstande dohin richten, voransth-wortten und handeln, das sie also wie abgesetzt, die volmacht ane zuruck-tragen mogen erhalten.

Und was sie endtlich erlangen, uns in ganger eile bei tag und nacht zu schreiben, damit wir davon wissens erlangen und uns ferner richten mogen.

Und wen sie diß also zu Stendal außgerichtet, sollen sie auch von danne alsbaldt ziehen in unsere stedte Solttwedel, Gardelege, Osterburgt

und Sehaufen und an dieselbigen gleiche werbung thun und in allermassen, oben von dene von Stendal gesetzt, handeln und uns zuschreiben.

An deme vorbringen sie unsere endliche, zuvorleffige meinung.“

4. Berichte der an die einzelnen Städte abgeordneten Räte.

a. Bericht Christoffs Hans, Edlen zu Putlig, Curt Rohrs, Hauptmanns der Priegnitz, und Dietrich Rohrs, d. d. Perleberg, Donnerstags nach Quasimodogeniti (17. April).

Nach vielen Klagen und Beschwerden, namentlich wegen der Lage des armen Mannes, haben die Perleberger doch darein gewilligt, ihren Abgeordneten Vollmacht zu geben, zu beschließen, was andere Städte und Stände in gleichem Falle thun werden. Die Kommissare berichten, daß sie nun nach Prißwoll, Kyritz und Ruppın gehen werden.

Original mit 3 Siegeln im Geh. St. A.

Dieselben Kommissarien erstatten dann am 20. April folgenden zweiten Bericht aus Jüterbock:

Sie sind von Perleberg nach Prißwoll gegangen und haben von der Gemeinde gänzlich abschlägige Antwort erhalten; der Rath aber hat die Gemeinde nach langen Verhandlungen bewogen, ihm die Vollmacht zu geben, zwei Bevollmächtigte mit plein pouvoir zum Landtage zu entsenden.

Von da sind sie nach Kyritz gegangen; auch sie sind nach langen Unterhandlungen zu einer zusagenden Antwort bewogen worden; ebenso erging es ihnen in Wusterhausen. Die Neuruppiner haben sie „dieweil es zu neuen Ruppın noch fasthafftigt stirbt“, auf das Vorwerk zu Storbach beschieden. Sie haben die dem Berichte beiliegende schriftliche Antwort an die Kommissarien gerichtet, in der Bürgermeister und Rathmannen von Neu-Ruppın mittheilen, daß die Viertelmeister sich bereit erklärt hätten (im Namen ihrer Viertel) bis auf das „Worbeland“ zu kommen und dort den Befehl des Kurfürsten anzuhören. (Dat. Neu-Ruppın, Sonnabend nach Quasimodogeniti.) Darauf seien sie (die Kommissarien) in der That bis an die Landwehr gekommen, hätten aber abschlägige Antwort bekommen, bei der die Bürger auch nach langen Verhandlungen geblieben seien. Darauf hätten sie ihnen die Aufforderung des Kurfürsten, künftigen Sonnabend Gesandte nach Berlin zu schicken, übermittelt, hätten aber gar nichts bei ihnen erlangen können. Die Kommissarien sprechen die Besorgnis aus, daß dadurch die Bewilligung der andern Städte auch geändert werden könnte.

b. Bericht Ludolfs v. Alvensleben, Amtmanns zu Salzwedel, und Andreas' v. Lüderitz, Verwesers des Klosters Grevesee, d. d. Gardelegen, Sonnabend nach Quasimodogeniti (19. April).

Salzwedel und Gardelegen gaben abschlägige Antwort; sie erwähnen als Gründe das Drückende der Biersteuer und die Unsicherheit der Straßen. Alle Einreden der Kommissare sind vergeblich gewesen. Abgeordnete zum Landtage und auch vorher Gesandte zur Begründung ihrer Weigerung auf Sonnabend nach *Misericordias domini* (26. April) wollten sie schicken.

Original mit 2 Siegeln im Geh. St. A.

c. Bericht der Kommissarien für die Stadt Brandenburg, Albrechts v. Schlieben, Johann Weinlobs und Thomas' Matthias, b. d. Brandenburg, Sonntags *Misericordias domini* (20. April).

Sie seien laut dem erhaltenen Befehl am Freitag in Brandenburg eingetroffen und hätten dann auf Sonnabend Rath und Gemeinde der Altstadt zusammenberufen. Diese hätten sich anfangs gegen die kurfürstliche Forderung gesträubt, da sie die Höhe der Anforderung nicht kannten.

Sie hätten schon so viele Steuern gegeben, daß sie dem Verderben nahe seien, und daß Viele das Ihrige verlaufen und die Stadt verlassen wollten. Auch seien von Magdeburg her die Straßen unsicher; doch wollten sie ihren Abgeordneten Befehl zum Landtage mitgeben, anzuhören, was die andern Stände bewilligen würden. Doch müßte ihnen das Resultat erst zurückgebracht werden, und dann würden sie bewilligen, was in ihren Kräften stände:

Darauf hätten sie (die Kommissarien) diesen Verzug abgelehnt; die neuen Schulden seien zur Erhaltung des Friedens und „der warenn Christlichen Religion“ gemacht worden. Mehr als die andern Stände sollten sie nicht beschwert werden. Der Kurfürst habe die von ihnen getadelten Mißstände, so weit das in der kurzen Zeit möglich gewesen, abgestellt, seine Hofhaltung sparsamer eingerichtet, es seien Leute eingesetzt, welche wegen der Aemter, Klöster und Gefälle verhandeln sollten; aber ohne eine Angabe der Deckung könnten die Verhandlungen nicht fortgeführt werden. „Über der von Magdeburg sache were kay. Mt., do S. Churf. g. ann der Rebellen untadten nicht ursache hettenn, unnd wo die sachen zur Richtigung soltten komenn, moften sie doch allenn vonn Sne beschedigten widder abtragl thun, inmaßenn die andernn Ires anhangs sich auf die angenohmenen Capitulation auch thun unnd vorpflichtenn müssen. So lieffen S. R. f. g. widder die Straßenreuber ernstlich trachtenn und dieselbigen straffenn“. — Die Schuld sei jetzt noch nicht so hoch, daß sie nicht getilgt werden könne; doch müsse, um völligem Verderb vorzubeugen, baldige Hilfe erfolgen.

Dies sei der ungefähre Inhalt der Unterhandlungen, die sich bis 8 Uhr Abends hingezogen hätten, gewesen.

Dann hätten sie der Stadt ihre Instruktion übergeben: „auch wo wir nicht solthen andere wilfariger antwort erhalttenn, sie bescheiden Ire geschickten Inhalts der Instruktion auf Jubilate widder bei E. Churf. gn. zu habenn, derselbigen weitere meinung anzuhoern“.

Mit dieser besonderen Sendung, die wieder neue Kosten verursacht hätte, wollten sie aber vor Allem verschont bleiben und willigten endlich lieber in eine Abordnung zum Landtage mit plein pouvoir, aber mit der Klausel: „do sich die andern Stende wurdenn stadlich angreuffen und hulffe bewilligenn, und wurde auf diesem Rath und gemeine unnd die andern Stedte durchauß, was zur pilligkeit Ihe möglich, zu erreichen kommen, alß dann in demselbigen so pilllich und möglich auch zu schließen und an Ihe nicht seilenn zu lassenn“.

„Wie woll wir aber“, heist es dann in dem Bericht weiter, „gesucht, dieses alles also pure ane solche anhege, dadurch sie sich hernach auffhaltenn woltenn, zu bewilligen, So haben wir es doch ferner nicht konnen erhalttenn, unnd sie habenn sich nochmals, wie obenn gemeldet, erpotten noch weiter voun furschlegenn, wie diese sachen zu heben unnd zu erhaltenn, zu handeln, ob wege zu findenn, dadurch diesen schweren steuern ein maß abzuheiffen; Also haben wir solchs an E. Churf. gn. zu gelangen erpottenn“.

Heute, am Sonntag, hätten sie dann mit Rath und Gemeinde der Neustadt unterhandelt, und diese hätten auch mit den Gewerken Berathung gepflogen. Es sei ihnen zwar fast unmöglich, weitere Steuern zu bewilligen: „Do sie aber vormerckten not sein zu heiffenn, wolthen sie zu Got hoffenn, der wurde vorleihen und die wege weisen, die die menschen nicht wissen, unnd wolttenn die Trenn zu dem Landtage mit der volmacht ferttigenn“. Für diese Antwort hätten sie, die Kommissarien, Dank gesagt.

Original mit Siegeln und Adresse tit. tot.

d. Bericht Joachims von Lüderitz und Lewins von der Schulenburg, d. d. Stendal, Sonntags Misericordias (20. April).

In Stendal sind alle Viertel- und Gildenmeister aus einander gegangen, um sich, ein Jeder besonders, mit den Ihrigen zu unterreden. Dann hätten sie eine motl. ², durchaus abschlägige Antwort eingebracht, sich aber bereit erklärt, am kommenden Sonnabend Gesandte nach Berlin zu schicken.

Die von Seehausen haben um Frist gebeten, weil Viele der Ihrigen abwesend seien. Als die Kommissarien diese Frist nicht bewilligen konnten, haben sie versprochen, ihnen schriftliche Antwort nachzusenden.¹⁾

¹⁾ Diese von Bürgermeister und Rathmannen von Seehausen unterzeichnete und ebenfalls durchaus abschlägig lautende Antwort liegt dem Berichte bei.

Die von Osterburg hätten die Erklärung abgegeben: wenn die andern Städte die Ihrigen mit Vollmacht ausrüsten würden, würden sie es auch thun; wo nicht, nicht.

Dagegen haben sich die von Tangermünde, wenn auch nach vielem Widerstreben, bereit erklärt, ihren Abgeordneten Vollmacht zu geben.

e. Bericht Joachims von Bredow und Adams Trott, d. d. Frankfurt a. O., Montag nach Misericordias. (21. April.)

Sie seien am Tage vorher in Frankfurt erschienen und hätten Bürgermeister und Gemeinde auf den folgenden Morgen 6 Uhr nach dem Mathshause beschieden, auf ihre Bitten aber die Zeit auf 8 Uhr verlegt.

Sie antworteten dann: sie (d. h. die Städte) hätten schon 1 300 000 Gulden erlegt; damit wären alle Schulden bezahlt und die Ämter ausgelöst worden; Anno 45 hätten sie abermals eine Steuer aufgebracht und seien jetzt in großer Bedrängniß. Sie könnten daher keine Vollmacht geben, noch mehr zu bewilligen. Den Landtag wollen sie beschicken. Was dem Lande nützlich und dem kurfürstlichen Revers nicht zuwider, dürften sie beschließen, aber in keine weitere Ausgabe willigen. Auch müsse man den Ertrag der Biersteuer abwarten und auf Gleichbelastung achten. Auf die Replik der Kommissarien wiesen dann die Frankfurter auch auf die schlechte Weizenernte hin. Da die Verhandlungen erfolglos geblieben seien, hätten sie (die Kommissarien) der Stadt den Befehl übermittelt, am nächsten Sonnabend Gesandte nach Berlin abzufertigen; nur zu der Erklärung hätten sie gebracht werden können: „was die großen Stedt und Stende bewilligten, das solten die Iren auch anzunehmen solter gewalt ane zurtückbringen haben“.

Original mit 1 Siegel.

f. Bericht von Barthold Hlaus und Jacob von Arnim, d. d. Neustadt-Eberswalde, Montag nach Misericordias domini. 21. April.

In Prenzlau hätten sie nicht erreichen können, daß die Gesandten zum Landtage mit Vollmacht ausgestattet würden: die Prenzlauer würden dieserhalb am nächsten Sonnabend Gesandte nach Berlin schicken.

Dann sind die Kommissarien nach Neu-Angerermünde gegangen; diese Stadt sei auf die kurfürstliche Forderung (mit der bekannten Klausel: „was die andern Stedte und Stende schließen würden“) eingegangen.

Dagegen ist es ihnen in Neustadt-Eberswalde wie in Prenzlau ergangen.

Original mit 2 Siegeln.

g. Bericht von Thomas Matthias, d. d. Treuenbriezen, Montags nach Jubilate. 28. April.

Den selben Sonnabend, an dem er von Berlin abgereist, sei er Abends

spät nach Rauen gekommen und habe Rath und die Berordneten der Gemeinde, die man dort „Vorrathsleute“ nenne, zusammenberufen. Diese hätten erklärt, daß sie ebenso stimmen würden wie die andern Städte, obwohl ihnen bei etwaigen neuen Steuern die Eintreibung derselben unmöglich erscheine: es herrsche große Armuth infolge der vorigen Steuern. Schon der Bürgerseß, der auf Jeden nur 4, 6 oder 8 Groschen jährlich betrage, sei sehr unregelmäßig eingegangen; ebenso die sehr geringen Abgaben zum Romzuge; es helfe dagegen keine Pfändung. Viele Häuser ständen zum Verkauf, aber es finde sich kein Käufer. In 14 Tagen sei gar kein Biergeld eingegangen; trotzdem hätten sie sich aber erboten, „etwas weiter hülff zu thun und sich mit der volmacht den hauptsteten und sonderlich Brandenburgt gemeß zu verhalten.“

Die von Brießen hätten kurz geantwortet, sie würden den Kurfürsten nicht im Stich lassen, sie würden die Ihrigen abfertigen: „alles, was vorfiele, neben andern stelten zu beradtschlagen und zu schließen.“

In Rathenow sei er noch nicht gewesen, werde aber auch über seine dortigen Resultate sobald als möglich berichten.

Original mit Siegel.

5) Besondere Eingaben mehrerer Städte.

a Neu-Ruppin.

Mittwochs nach Misericordias domini, 23. April.

Bürgermeister und Rathswainen zu Neuruppin zeigen an, daß die kurfürstlichen Kommissarien, Christoph Gans, Herr zu Putlig, Curt Rohr, Hauptmann der Briegnick und des Landes Ruppin, und Dietrich Rohr sie am vergangenen Sonnabend um 5 Uhr Nachmittags durch ein Schreiben aufgefordert hätten, am nächsten Morgen zwischen 5 und 6 Uhr auf der Landwehr außerhalb der Stadt zu erscheinen, um die Botschaft des Kurfürsten anzuhören. Sie hätten dann die Gemeinde noch an demselben Abend zusammenberufen und ihr des Kurfürsten Brief vorgelesen; sie hätten angezeigt, daß sie aus „ehaftiger Noth“ nicht vor der Stadt erscheinen könnten; sie würden aber die Gemeinde auf Nachmittag wieder nach dem Rathhaus bescheiden und den Kommissarien schriftlich kundthun, was sie bei dieser erlangt.

Die Kommissarien aber, namentlich Curt Rohr, hätten sich mit einer unausbleiblichen Reise entschuldigt; deswegen hätte ihr (der Stadt) Erbieten nicht stattfinden können. Trotzdem hätten sie die Gemeinde aus allen vier Stadtvierteln nochmals versammelt; sie hätten bewilligt, „alles was die andern Stende und Stete in diesen ausgeschriebnen Landtage vor guth ansehen werden, davon wußten sie sich nicht abzusondern“. Sie bitten

daher den Kurfürsten, sie von dem Erscheinen am nächsten Sonnabend, um einen Vorbescheid zu übergeben, zu entbinden und ihnen zu gestatten, erst auf dem Landtage selbst zu erscheinen; dann wollten sie gleich anderen Ständen und Herren „durch eckliche auß unserm mittel des Raths, wie die gehorsamen, einkommen, und alles, so muglich, zu E. Churf. g. vorstehenden obliegen, wie wir schuldig, helfen ratthen und trachten“.

Original mit Adresse (tit. tot.) und aufgedrücktem Siegel.

Eingelegt ist ein zweites Schreiben derselben (Original) an den Kanzler Johann Weinlob von demselben Datum: Ihr Brief an die Commissarien sei von diesen in abschlägigem Sinne gedeutet worden, den er durchaus nicht gehabt habe; er möge ihnen bei dem Kurfürsten Gehör erbitten und erwirken, daß sie erst auf dem Landtage zu erscheinen brauchten.

Konzept der Antwort des Kurfürsten (von Weinlobs Hand) an den Rath zu Neu-Ruppin: „Joachim zc. Wir haben euer schreiben, dorinne Ir uns zu erkennen gegeben, was Ir mit euerer gemeine uff das geschehen furhalten, so wir euch volmacht halben eurer geschickten zum landtage schirft anhero haben solten, durch unsere nechste Commissarien thun und anzeigen lassen, ferrer gehandelt und erhalten, empfangen und vornohmen, und sind an dieser euerer antwort gnediglich ersettigt; weil Ir euch dan erpieten thuet, alles, was die andern stende und stedte alsdan vor gueth ansehen werden, euch und euere gemeine davon nicht zu sondern, ist unser gnedigs begher, wollet dorauff euere geschickten mit vollermacht, dasselbige neben andern unseren landstenden und stedten ane zurucktragen mit zu schließen also abfertigen, das sind wir in gnad zu erkennen geneigt.“

b. Schreiben des Bürgermeisters und der Rathmannen zu Templin, d. d. Dienstag nach Jubilate, 29. April.

Sie beziehen sich auf ihr früheres Schreiben, auf Grund dessen ihnen der Kurfürst noch ferner die bewilligte vollkommene Steuerfreiheit anerkannt hat (wegen der wiederholten Brände in der Stadt) und bitten, sie von der Sendung von Abgeordneten zum Landtag zu dispensiren.

Original mit Siegel.

c. Schreiben des Bürgermeisters, Raths, der Gewerke und der Gemeinde zu Frankfurt an den Kurfürsten, vom Freitag nach Jubilate, 2. Mai.

Ihre Gesandten sind von Berlin zurückgekehrt und haben von Neuem die Forderung des Kurfürsten herangebracht; sie aber könnten dieselbe unmöglich bewilligen. Die Schärfe der Abweisung sieht man gerade aus dem wirklich Bewilligten: „haben wir uns mit eynander dis entschlossen, das wir auff ernanten Landtag unsere geschigten wollen die Volmacht mitgeben,

das dem Neuerß gelebt und dem in allen puncten und Articlen nachgesagt werde, und das sie sich weitere nichts einlassen sollen."

Original mit aufgedrücktem Siegel.

d. Schreiben des Bürgermeisters und der Rathmannen zu Eberswalde. Undatirt.

Die Abgesandten sind zurückgekehrt. Sie könnten aber nicht mehr bewilligen, als sie in Neu-Ruppin schon bewilligt hätten. Doch würden sie Abgeordnete zum Landtage schicken.

Original.

Antwort des Kurfürsten. Konzept.

„Joachim ꝛc.

Wir haben euer schreiben, darinne Ir uns zu erkennen gegeben, was Ir bei den euern uff das nechste furhalten eurer geschickten alhie geschehen, der abfertigung eurer gesandten zum landtage in voller macht one zurucktragen erhalten, empfangen und vornohmen, und do Ir des den reverbß zu behelff nhemet, wollen wir bei demselbigen auch bleiben und dene euch und andern halten, werdet aber diesen behelff darinne nicht finden. Es haben auch numehr die andern unsere stebte der große theil diese abschickung in vollermacht bewilligt, das Ir auch desselbigen nicht uszuhalten, dorumb wir nochmals gnediglich beghern, wollet euch denselbigen gleichmeßig in dieser schickung vorhalten; dan do es nicht geschehe, und solte uns oder der landtschafft euerethalben in deme was entstehen oder schaden oder nachteil vursacht werden; das soll alles bei euch gesucht werden, dornach Ir euch zu richten; dan Ir auch keine ursache habt, euch von den andern unsern stebten zu sondern; wolten wir euch hinwider nicht vorhalten und find euch sonst ꝛc."

6) Verzeichniß der auf dem Landtage Erschienenen.

a. Prälaten und Geistliche: Bischof zu Rebus, Abgesandte des Kapitels zu Brandenburg, Havelberg und Stendal.

b. Grafen und Herren: Graf Wilhelm v. Honslein, Johann Gans, Schenk Wilhelm, Schenk Hans v. Teupke.

c. 176 von der Ritterschafft.

Die städtischen Deputirten werden nicht aufgezählt, sind aber ohne Zweifel dieselben wie in den Vorjahren.

Aus den Veröffentlichungen der deutschen Geschichtsvereine.

Neues Lausitzisches Magazin. Im Auftrage der Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften, herausgeg. von Schönwälder. 58. Bd. 2. Heft. Görlitz 1882. 8.

§. 241—380. H. Knothe, Geschichte des Tuchmacher-Handwerks in der Oberlausitz bis Anfang des 17. Jahrhunderts. — [Handelt von der im 13. Jahrhundert durch eingewanderte Fläminger erfolgten Entstehung und von der Verbreitung der Tuchmacherei in der Oberlausitz, von Wolle und Waide, von der Herstellung des Tuchs, von dem Verkauf des Tuchs, von der Innung der Tuchmacher und von der Stellung der Tuchmacher-Innung zum Stadtreghement.]

§. 381—384. L. Korth, Zur Geschichte der Fernhandel in der Oberlausitz. [Urkundliche Beläge für fernergerichtliche Verhandlungen mit den Sechsstädten vom Jahre 1428.]

§. 385—467. Nachrichten aus den Lausitzen und aus der Gesellschaft.

Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit. Neue Folge. Organ des Germanischen Museums. 29. Bd. Jahrgang 1882. Nürnberg, 4.

§. 8—9. A. Schults, Hans Lucas [† 1649], der Baumeister des herzoglichen Schlosses zu Dels.

§. 9—12. E. Kalesse, Zur Geschichte der Breslauer Glodengießer.

§. 100. [Abbildung des] Grabmal des Grafen Hermann v. Henneberg und seiner Gemahlin Elisabeth von Brandenburg. Erzguß von Peter Vischer nach 1513.

§. 173—174. Wernicke, Löwenberger Glaserkontrakt 1511.

§. 176. Wernicke, Kunstgeschichtliches aus dem Testamente eines Geistlichen [zu Giersdorf, Kreis Löwenberg] 1508.

§. 239—240. E. Wernicke, Tuchmacherstritte in Bunzlau 1482.

§. 321—326. W. Friedensburg, Ein Inventar der Hobe Erfurtischer Geistlichen aus dem Jahre 1375.

52. und 53. Jahresbericht des Vogtländischen altertumsforschenden Vereins zu Hohenleuben und 4. und 5. Jahresbericht des Geschichts- und altertumsforschenden Vereins zu Schleiz. Herausgeg. von M. Dietrich. o. D. u. J. 8.

§. 80—109. Saalborn, Ueber die Lage der Provinz Sorawe. — [Verf. entscheidet die Frage, wo die in Fuldaer Urkunden von 801 und 1012 erwähnte Provincia Sorawe zu suchen sei, zu Gunsten der Niederlausitz.]

Die märkischen Stände zur Zeit ihrer höchsten Blüthe. 1540—1550.

Eine archivalische Studie

von

Dr. Georg Winter.

VI. Schluß.

Landtag- und Ausschußverhandlungen vom April bis
November 1550.

Ueberblickt man den Gang der bisherigen Verhandlungen zwischen dem Kurfürsten und den Ständen im Allgemeinen, so waren dieselben doch noch weit entfernt von einer definitiven Erledigung der ihnen obliegenden Aufgabe geblieben, ja es schien immer klarer hervorzutreten, daß auf dem bisherigen Wege überhaupt zu einem befriedigenden Resultate nicht zu gelangen war. Die Stände hatten vor jeder weiteren Bewilligung endgiltige Einlösung der verpfändeten Domänen gefordert, die doch eben nur durch die neuen Bewilligungen möglich war. Wenn dies der Kurfürst immer wieder betonte und Ersatz für den Ausfall an Einkommen von den noch verpfändeten Aemtern und Gefällen forderte, so erklärte der ständische Ausschuß immer wieder von Neuem, daß dazu seine Vollmacht nicht ausreiche. Dazu kam, daß die wirklich eingehende Biersteuer weit hinter dem Anschlage zurückblieb: zum Theil lag das an der von den Städten immer und immer gerügten Steuerdefraudation, welche sich aus der Ausübung des Brauens von Seiten Underechtigter ergab, zum Theil wirkte die hohe Steuer auf Produktion und Absatz lähmend. Namentlich in den Grenzgebieten gegen Mecklenburg und Pommern hin entwickelte sich ein stetig steigender Import fremden Bieres, welches, da man Eingangszölle nicht kannte, in der Mark selbst billiger verkauft wurde, als das einheimische, durch die hohe Produktionssteuer verteuerte Bier. Waren so die zur Befriedigung der Pfandinhaber mit barem Gelde erforderlichen Mittel nicht disponibel, so wollten

diese auf bloße Obligationen entweder gar nicht oder nur dann eingehen, wenn dieselben nicht nur vom Kurfürsten und dem Ausschuß, sondern von der Gesamtheit der Stände garantirt waren. Diese Garantie herbeizuführen, war also eine der wesentlichsten Veranlassungen zur abermaligen Berufung eines allgemeinen Landtages. Außerdem aber konnte es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß durch die bisher bewilligten Steuern eine völlige Tilgung der großen Schuldenlast überhaupt nicht zu erreichen war. Diese Ueberzeugung, welche sich uns Nachlebenden bei dem Studium der eingehenden Verhandlungen gleichsam unwillkürlich aufdrängt, scheint nach den vielen vergeblichen Versuchen der letzten Jahre zuerst den Städten gedämmert zu haben. Sie traten mit neuen Vorschlägen hervor, die aber, so wohlgemeint sie waren, doch noch von einer großen Unreife national-ökonomischer Einsicht zeugten, vor allem aber bei den oberen Ständen auf leidenschaftlichen Widerstand stießen.

So entwirft dann die Proposition, welche der Kurfürst dem im April 1550 zusammentretenden Landtage vorlegte, ein fast trostloses Bild von der finanziellen Lage des Staatswesens. Bereits hatten eine Anzahl von Gläubigern, um endlich in den Besitz ihrer dargeliehenen Kapitalien zu kommen, Prozesse bei dem Reichskammergericht angestrengt, welche nicht nur für das Ansehen des Kurfürsten im Reich verhängnißvoll zu werden drohten, sondern auch einen Theil der Stände, welcher sich für die Rückzahlung, wie wir sahen, verbürgt hatte, sehr unmittelbar und praktisch tangirten.

Dazu kam noch eine andere Schwierigkeit, welche sich als Konsequenz der früheren Beschlüsse herausstellte. Wir sahen, daß die Forderung des Kurfürsten, ihm für seine persönlichen Bedürfnisse und für seine Hofhaltung eine bestimmte Civilliste anzuweisen, an dem Widerspruch der Stände gescheitert war. Dafür hatten ihm dieselben die Einkünfte einer Reihe der einzulösenden Ämter für diesen Zweck überwiesen. Nun waren aber diese Ämter noch nicht eingelöst, und so mußte ihm denn, wie der Kurfürst mit vollem Recht forderte, der hierdurch entstehende Ausfall aus den Erträgen der Steuer ersetzt werden, wodurch dann eben wieder die Einlösung der betreffenden Ämter selbst gehemmt und verzögert wurde.¹⁾

Eben dieser *circulus viciosus*, aus dem bei dem geringen Ertrage und dem langsamen Eingehen der Biersteuer absolut nicht herauszukommen war, bestimmte die Städte, sofort nach der Vorlage der kurfürstlichen Proposition mit einem detaillirten Vorschlage eines ganzen Systems von indirekten Steuern und Zöllen hervorzutreten. Man wird sagen dürfen,

¹⁾ Vergl. Nr. 1 des Anhangs.

daß die positiven Vorschläge, die hier gemacht wurden, nicht nur von großer Opferwilligkeit zeugten, sondern auch bei der wirthschaftlichen Lage des Landes in jenem Jahrhundert der Natur der Dinge entsprachen. Denn noch war die Mark ein wesentlich Rohprodukte exportirendes und Industriefabrikate importirendes Land. Der ungeheure Fehler des Vorschlages lag nur in der Lücke, die er aufwies, indem er nur Ausfuhr- und Durchgangszölle, aber keine Einfuhrzölle enthielt. Merkwürdigerweise war dieser Irrthum, dessen konsequente Befolgung zum offenbaren Ruine des Landes geführt haben würde, im 16. Jahrhundert, wie Schanz nachgewiesen hat, ein fast allgemein verbreiteter und fand namentlich in den Hansestädten, die freilich als bloße Handelsstädte die Konsequenzen nicht in vollem Maße empfunden haben würden, eifrige Vertretung. Es schien, als wenn der Begriff der Einfuhrzölle überhaupt ein unbekannter wäre. Zieht man freilich in Betracht, von welcher Seite die betreffenden Vorschläge ausgingen und auf welche Gegenstände bei den Ausfuhr- und Durchfuhrzöllen der Hauptnachdruck gelegt wurde, so wird die konsequente Beibehaltung dieses Irrthums durch das freilich sehr einseitig aufgefaßte Interesse der Antragsteller ebenso verständlich, wie die energische Opposition, welche die Vorschläge bei den anderen Ständen, die sich hauptsächlich von der Landwirthschaft nährten, fanden. Den Hauptbestandtheil der Objekte, auf welche die Ausfuhr- und Durchgangszölle — letztere sogar ausschließlich — gelegt wurden, waren die Rohprodukte der Landwirthschaft und Viehzucht. Wurden auf diese Produkte Ausfuhrzölle, deren Höhe einen Theil derselben fast als Prohibitivzölle erscheinen läßt, gelegt und die dadurch hervorbrachte Wirkung nicht durch entsprechende Einfuhrzölle gemildert oder paralysirt, so mußte der Preis der landwirthschaftlichen Produkte in hoher Progression nach unten fallen. Und davon hatten allein die Städte Vorthheil, während der ganze Bestand der Landwirthschaft dadurch in Frage gestellt wurde. Wir können nicht annehmen, daß die Städte bei der Einbringung dieser Vorschläge mala fide handelten; denn sie dachten ja auch nicht an Eingangszölle auf Bier, während dessen Produktion doch durch die neue Biersteuer wesentlich vertheuert wurde, und eben unter diesem Mangel an der Biersteuer entsprechenden Eingangszöllen auf Bier hatten die Städte bald genug schwer zu leiden: eine eigenthümliche Nemesis ließ sie gerade hier die Konsequenz jener Lücke in ihren Vorschlägen bitter empfinden, während die Vorthelle, die sie von derselben gehabt hätten, durch die Ablehnung ihres ganzen Projektes zu nichte wurden.

Immerhin ist der von den Städten gemachte Vorschlag von hoher Bedeutung. So lückenhaft und unvollkommen er war, repräsentirt er doch immerhin den ersten wirklich positiven und schöpferischen Gedanken, der in

dem öden Einerlei dieser fruchtlosen Verhandlungen zu Tage trat. Der Vorschlag enthielt außer jenen Zöllen noch eine Anzahl von Produktionssteuern, unter denen wiederum die landwirthschaftlichen bei weitem überwiegen; eine einzige Kapitalsteuer findet sich in dem ganzen Entwurf. Die projektirten Produktionssteuern waren, wenn man in Betracht zieht, daß das Geld damals einen mehr als vierfachen Tauschwerth gegen heute hatte,¹⁾ zum Theil außerordentlich hoch. Vom Wispel Weizen sollten 3, vom Wispel Roggen, Gerste und Erbsen je 1 Gulden erhoben werden; daneben sollen fast 17 pCt. von den Lehenszinsen, 1 Gulden von jedem Pflugdienste, $\frac{1}{4}$ Gulden von einem Rossäthendienste gezahlt werden. Gleichsam in der Mitte zwischen direkter Kapitalsteuer und indirekter Steuer stehen die von jedem Stück Vieh zu zahlenden Abgaben: von jedem Pferde sollte $\frac{1}{4}$ Gulden, von jedem Stück Rindvieh 4 Groschen, von jedem Schaf 1 Groschen, von jedem Schwein, welches älter als ein Jahr ist, 1 Groschen, von jeder Flegel 1 Groschen gezahlt werden. Damit verbunden erscheint unter den Vorschlägen wieder eine Gefindesteuer, wie sie der Kurfürst früher beantragt, aber auf energisches Bitten der oberen Stände fallen gelassen hatte. Endlich — die einzige reine Kapital- oder Rentensteuer — wird 1 pCt. von jedem zinsbar angelegten Kapital gefordert.

Unter den Ausfuhrzöllen erscheinen dann neben denen auf landwirthschaftliche Produkte und Vieh, deren Sätze zum Theil sehr hoch sind, auch solche auf Produkte der Fischerei und Jagd, auf rohe und verarbeitete Wolle, Leinwand, Tuch zc. Dagegen werden Durchgangszölle nur von Getreide und Holz gefordert.²⁾

Der Kurfürst mochte wohl ahnen, daß dieser Vorschlag auf einen unüberwindlichen Widerstand von Seiten der oberen, vornehmlich die Landwirtschaft repräsentirenden Stände stoßen werde; gleichwohl acceptirte er natürlich mit Freuden die Anerbietungen der Städte, welche in der That einen gedeihlicheren Fortgang der Finanzen in Aussicht stellten. In den zwei verschiedenen „Bedenken“, die er den Ständen unterbreitete, entwickelt er gleichsam zwei verschiedene Programme. In dem ersten, zeitlich früheren, bei dessen Abfassung ihm die städtischen Propositionen wohl noch unbekannt waren, versucht er noch einmal eine Lösung der Frage auf dem bisher eingeschlagenen Wege. Er bittet hier um Ausdehnung der Bewilligung

¹⁾ Vergl. hierüber die lichtvollen Ausführungen und Tabellen Soetbeers in seiner Anzeige von Panauers „Etudes économiques d'Alsace“ in den Göttinger Gelehrten Anzeigen Jahrgang 1879.

²⁾ Die einzelnen Positionen siehe im Anhang Nr. 2, wo der ganze Tarif abgedruckt ist.

der Biersteuer auf einen längeren Zeitraum und hofft dann, daß davon die verpfändeten Ämter würden eingelöst werden können; daneben tritt auch er mit Vorschlägen auf Vergütung der ausgehenden und durchgehenden Waaren hervor, aber lange nicht in so detaillirter Weise, wie das bald darauf die Städte thaten. Er begnügt sich vielmehr mit dem Vorschlage eines Ausfuhr- und Durchgangs-Zolles für Getreide. In dem zweiten „Bedenken“ aber macht er sich die Vorschläge der Städte einfach vollständig zu eigen. Aber was vorauszu sehen war, trat sofort ein. Die oberen Stände erklärten in der Sitzung des Landtages vom 8. Mai, ihrer Bauern wegen auf diese neuen Vorschläge unter keinen Umständen eingehen zu können. Die Biersteuer werde, wenn auf 14 Jahre bewilligt, sicher zur Bezahlung der Schulden genügen. Mit Recht machen sie gegen die neuen Steuern geltend, daß in Folge der hohen Produktionssteuer das heimische Getreide theurer sein werde als das dann ungehindert einströmende fremde, während ihnen ein Export des Getreides durch die dann noch zu den Produktionssteuern hinzutretenden Ausfuhrzölle geradezu unmöglich gemacht werden würde. Auf den Ausweg, der in der damaligen Finanzlage der einzige mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes verträgliche gewesen wäre, Produktionssteuer und Ausfuhrzoll durch einen Einfuhrzoll in der Höhe beider zu paralysiren, kamen sie ebenso wenig, wie die Städte darauf gekommen waren. Und eben darum mußten sie in der That mit aller Entschiedenheit auf dem bisherigen Modus der Aufbringung der Steuern bestehen bleiben. Vor Allem betonten sie dabei, daß nun wieder die alte, auf dem Landtage von 1540 vorübergehend verlassene Quotisation eintreten müsse, nach welcher die Städte $\frac{2}{3}$, die oberen Stände $\frac{1}{3}$ der Gesamtsumme übernehmen mußten. Aber wenn sie nun behaupten, daß die Biersteuer thatsächlich alle Stände in gleicher Weise treffe, so beruhte das thatsächlich auf einer unrichtigen Annahme, wie die Städte mit Recht nachdrücklich betonten. Auch der Kurfürst schloß sich der Ansicht der letzteren an und verlangte von den oberen Ständen außer dem auf 14 Jahre zu bewilligenden Giebelgelde noch eine Steuer von 20 Gulden für jedes Dienstpferd auf 5—6 Jahre, wogegen sie von der wirklichen Leistung dieser Stellung eines Dienstpferdes befreit werden sollten. Außerdem aber sollten sie noch 200 000 Gulden von vornherein auf ihren eigenen Kosten übernehmen. Giebelgeld und Dienstpferd-Abgabe bewilligen dann die oberen Stände in der That, dagegen wollen sie die außerdem zu übernehmende Summe auf 100 000 Gulden herabgesetzt wissen.

Die Städte aber bleiben zunächst auf ihrem prinzipiellen Standpunkte stehen und verlangen einen neuen Modus der Steueraufbringung. Sie sprechen ihre Verwunderung darüber aus, daß die oberen Stände auf ihre

neuen Vorschläge, welche doch den einzig wirksamen Ausweg aus dem bisherigen Dilemma repräsentirten, nicht eingehen wollten. Sie bedienen sich dabei des bezeichnenden Ausdrucks: „Die Oberstände machen nur Worte“. Die Ungültigkeit der bisherigen Steuern habe sich doch evident erwiesen. Und jetzt, wo die Schuldenlast sich noch wesentlich erhöht habe — im Ganzen waren jetzt fast zwei Millionen zu decken —, sei doch erst recht nicht an eine Tilgung derselben aus den Erträgen der bisherigen Steuern zu denken. Dagegen läge der Vortheil ihrer Vorschläge vor Allem darin, daß hierbei Einheimische und Auswärtige in gleichem Maße besteuern müßten. Wie sehr übrigens die Last der Biersteuer fast ausschließlich auf ihnen, den Städten, laste, ergebe sich daraus, daß dieselbe in zwei Quartalen auf dem Lande nur 4000 Gulden eingebracht habe. Nun ist die hieraus von den Städten gezogene Konsequenz doch nur zum Theil richtig; denn ein großer Theil der Biersteuer wurde doch ohne Zweifel von den Produzenten auf die Konsumenten abgewälzt. Eine gewisse Berechtigung aber lag doch darin, einmal weil ein Theil der Steuer doch in der That von den Produzenten getragen werden mußte, weil sonst der Import auswärtigen Bieres noch mehr gesteigert worden wäre, dann aber weil ein großer Theil der Landbewohner zu eigenem Bedarf Bier brauen durfte, so daß auch die Konsumenten des versteuerten Bieres sich zum großen Theil aus den Städten rekrutirten. Vor Allem aber müsse die Tilgung der Schulden durch die Biersteuer allein dadurch unmöglich werden, daß sich eben infolge der außergewöhnlichen Höhe der Biersteuer der Konsum an Bier bedeutend verringert habe. So komme es, daß aus einzelnen Städten trotz der großen Erhöhung der Steuer thatsächlich weniger einkomme, als früher. Fürstenwalde habe z. B. früher oft in einem Quartal 1000 Gulden aufgebracht, während im letzten Quartal nur 400 eingegangen wären.

In der That scheint man sich bald allgemein davon überzeugt zu haben, daß die Biersteuer, der Pfundschoß, das Giebelgeld und die Abgaben von den Dienstpferden allein nicht genügen werden, um eine definitive Ordnung der Finanzen zu ermöglichen. Der Kurfürst forderte deshalb, daß, nach der Quotisation von $\frac{2}{3}$ zu $\frac{1}{3}$ die Städte außerdem noch 600 000, demgemäß die oberen Stände 300 000 Gulden übernehmen sollten, über deren Aufbringung und Vertheilung im Einzelnen nichts Näheres festgesetzt wurde. Die einzelnen Stände sollten das dann eben unter sich ausmachen. Dem gegenüber erklärten nun die Städte am 11. Mai, daß sie 600 000 Gulden unmöglich übernehmen könnten, da sie noch von der alten Schuld 200 000 Gulden abzutragen hätten. Dagegen erklären sie dann doch, ihren Einfluß bei ihren Auftraggebern dahin geltend machen zu wollen, daß die-

selben 400 000 Gulden übernehmen, welche Summe sie dann nach einigem Widerstreben auf 500 000 Gulden erhöhen, unter der Voraussetzung, daß dann die oberen Stände 300 000 Gulden übernähmen; doch mußten sie darüber erst wieder an die Städte selbst berichten. Die Oberstände ihrerseits bewilligen 100 000 Gulden und außerdem das Lehnspferde-Geld, welches ebenfalls auf 100 000 Gulden angeschlagen wurde, und das Giebelgeld. Im Ganzen ergeben diese Bewilligungen, da die Biersteuer auf 600 000 Gulden angeschlagen wurde, immerhin die beträchtliche Höhe von nahezu $1\frac{1}{2}$ Millionen Gulden; und damit wäre dann der Haupttheil der Schuld, wenn die Zinsnahme wirklich den Anschlag erreichte, gedeckt gewesen. Der nächste Uebelstand aber war der, daß die städtischen Deputirten wiederum ihre Bewilligung noch nicht als eine definitive bezeichneten, sondern erst wieder an ihre Auftraggeber rekurriren zu müssen erklärten. Der Kurfürst beraumte dann, um zu einem definitiven Resultat mit den Städten zu gelangen, eine gesonderte Versammlung der städtischen Deputirten auf den 1. Juni an, der dann wenige Tage darauf eine neue Versammlung des Ausschusses folgen sollte.¹⁾

Ein großer Theil der städtischen Deputirten fand sich dann in der That in den ersten Tagen des Juni wieder in Berlin ein, um weiter mit dem Kurfürsten zu berathen. Zu einem definitiven Resultate aber kam es wieder nicht. Einige Städte erklärten zwar ihre Bereitwilligkeit, die 500 000 Gulden zu übernehmen, doch wurde der größte Theil der Zeit wieder mit Einbringung einer ganzen Reihe von Klagen und Beschwerden verbraucht, von deren Abstellung die definitive Bewilligung abhängig gemacht wurde. Vor Allem waren es wieder die Uebergriffe der landesherrlichen Beamten, welche zu Beschwerden Anlaß gaben, daneben aber werden von Neuem die in der Kirchen- und Schulverwaltung herrschenden Mißstände gerügt und auf deren Beseitigung gedrungen. Am 5. Juni überreichten sie über diese und andere Gegenstände eine große Beschwerdeschrift. In dieser treten die Beschwerden und Wünsche der Städte in sehr konkreter Form auf. Sie bitten, die aus den Klöstern und Stiftern fließen-

¹⁾ Die Verhandlungen des Landtages sind unter Nr. 4 unseres Anhangs im Auszuge mitgetheilt.

Die Städte wurden am letzten Verhandlungstage auf den 1. Juni wieder nach Berlin beschieden (vgl. Nr. 4. 1. des Anhangs). Der Ausschuß wurde dann durch Schreiben vom 13. Mai (Nr. 10 des Anhangs) auf den 5. Juni einberufen. Dieser Termin wird dann durch ein zweites Einberufungs-Schreiben „wegen einiger unabwendlicher und eilender Sachen“ auf den 24. Juni verschoben. In einem dritten Schreiben tritt dann eine Verschiebung auf unbestimmte Zeit ein, der dann endlich am 6. September die definitive Einberufung auf den 5. Oktober folgte. An diesem Tage ist dann der Ausschuß wirklich zusammengetreten.

den Einkünfte zur Begründung von 16 Stipendien zu verwenden und zwar von je 40 Gulden auf je drei Jahre, damit man „gelahrte Leute im Lande erziehen“ könne. Außerdem legen sie großen Werth auf eine genaue Visitation der Kirchen- und Schulämter, welche dann in der That in diesem und in den folgenden Jahren erfolgte.

Danach kommen sie dann wieder auf ihre finanziellen Gesichtspunkte zu sprechen. Was ihnen schon früher bewilligt worden, daß die in den Städten ansässigen Adligen und die Hofbeamten sich den Steuern nicht entziehen sollten, wobei die Inhaber von Burglehen als einzige Ausnahme bezeichnet worden waren, so wollen die Städte jetzt auch diese Ausnahme beseitigt wissen. Ebenso müsse mit Strenge darauf gehalten werden, daß die Adligen und die Bauern, welche Bier brauen, auch die Biersteuer bezahlen, was noch immer nicht in voller Ausdehnung durchgeführt sei. Neu ist die Forderung einer landesherrlichen Festsetzung des dem Gesinde und den Arbeitern zu zahlenden Lohnes, welche dann durch die Polizei-Ordnung vom 3. November¹⁾ ihre Erledigung fand. Wie hier, so macht sich auch in der ganzen wirthschaftlichen Betrachtungsweise der Städte jenes bewußte Streben nach festen Regeln und bestimmter Gebundenheit geltend, welches für jene Zeit überhaupt charakteristisch ist und uns in den bisherigen Verhandlungen schon wiederholt begegnet ist. Gewerke und Zünfte sollen in ihren alten Ordnungen und Privilegien bewahrt und geschützt werden u. dgl. mehr.

Wie früher so wird auch jetzt wieder die Forderung einer völligen Vertreibung der Juden aus dem Lande geltend gemacht.

Neben diesen allgemeinen, von der Gesamtheit der Städte geltend gemachten Klagen und Wünschen kommen nun aber wieder fast alle einzelnen Städte mit ihren besonderen Begehren hervor; bis in die kleinsten Details des wirthschaftlichen und kommerziellen Lebens wird hier von dem Kurfürsten persönliches Eingreifen gefordert. So sehr man bestrebt war, den Landesherrn in jeder wichtigen politischen Frage in volle Abhängigkeit von den Ständen zu bringen, so sehr verlangte man doch von ihm überall eifrige Fürsorge und oftmals auch eigenmächtiges Vorgehen, sobald der Einzelne sich davon Vortheil versprach. Die staatlichen Ideen waren eben noch unklar genug: über die nächsten Ziele vermochten die meisten nicht hinauszusehen. Daher jene oft kleinliche Kirchthurmspolitik, welche uns oft so unglaublich komisch und doch zugleich ernst anmuthet und uns ein deutliches Bild von der Misere des damaligen staatlichen Lebens entwirft. Das eben war das Verhängniß der nach Ständen gegliederten und gleichsam feste Korporationen bildenden Vertretung, daß die Sonderinteressen der einzelnen Stände die entscheidenden waren, daß ein auf die Gesamtheit der

¹⁾ Vgl. im Anhang Nr. 12.

Staatsentwicklung gerichtetes Streben kaum emporzukommen vermochte. Ein Wehr in der Spree bei Köpenick oder ein Streit über eine Wiese, deren Besitzrecht im Laufe der Zeiten unklar geworden war, erschien hier fast ebenso wichtig als die vitalen Interessen des Landes, um welche doch hauptsächlich jetzt verhandelt wurde. Nur hier und da kommen in diesen Eingaben der einzelnen Städte allgemeinere Gesichtspunkte zur Geltung, und auch hier meist nur an der Hand der eigenen und nächsten Erfahrungen der Petenten ohne weitere Rücksicht auf die allgemeine Lage der Dinge im Staate selbst. Und meist dienen dann diese allgemeineren Ausführungen nur dazu, um die Unmöglichkeit zu beweisen, in welcher sich die betr. Stadt befinde, die Forderung des Kurfürsten zu erfüllen. So machen namentlich die Prenzlauner, die freilich für ihre ganze Existenz zumeist auf die Bierproduktion angewiesen waren, geltend, infolge der Biersteuer hole Niemand Bier aus der Stadt, sondern die Bauern brauen alle selbst oder holen ihr Bier aus den benachbarten fremden Staaten, namentlich aus Pommern und Mecklenburg, wohin sie auch ihr Korn ausführen. Ihre Gewänder, Schuhe, Eisen und was sie sonst im Haushalt brauchen, kaufen sie ebendort. Dadurch seien alle Handwerker verarmt.¹⁾

Um nun über die Mittel zur Abhilfe dieser und ähnlicher Beschwerden zu berathen und endlich auch die noch widerstrebenden Städte zu einer definitiven Bewilligung zu vermögen, beschied der Kurfürst, da früher an eine Berufung des Ausschusses in seiner Gesamtheit nicht zu denken war, die Deputirten sämmtlicher Städte zu einer nochmaligen Versammlung auf den 22. Juni nach Berlin.²⁾

Aber schon diese Aufforderung zu einer neuen Sonderversammlung der städtischen Deputirten, die natürlich für die einzelnen Städte mit nicht unbeträchtlichen Kosten verknüpft war, rief bei einigen derselben auf mehr oder minder energischen Widerstand. Natürlich suchten dieselben ihr Ausbleiben auch außerdem mit mehr oder weniger gewichtigen Gründen zu entschuldigen. Die Stadt Rathenow wünschte mit der Beschickung dieser Versammlung verschont zu bleiben, „da sie bereits bewilligt habe, was sie überhaupt bewilligen könne“; Gransee entschuldigt das Ausbleiben seiner

¹⁾ Die Beschwerdeschrift sämmtlicher Städte s. unter 5d, die der einzelnen Städte unter 5a unseres Anhangs. Erstere muß einen vorläufigen Abschluß der Verhandlungen bezeichnen, da uns von einer Fortsetzung derselben zunächst nichts berichtet wird und der Kurfürst schon unterm 6. Juni eine zweite Versammlung auf den 22. Juni einberuft. Vergl. die folgende Anmerkung.

²⁾ Das neue Einberufungsschreiben s. unter 5f unseres Anhangs.

³⁾ Rathenow gab nämlich in demselben Schreiben, in dem es so das Ausbleiben seiner Deputirten entschuldigt, die Erklärung ab, daß man sich bei ihnen dahin geeinigt habe, daß die Rathmänner und die Besizenden überhaupt unter allen Umständen bezahlen,

Deputirten mit der in der Stadt herrschenden Pestilenz, ebenso Neu-Ruppin.¹⁾ Immerhin fand sich wenigstens die Mehrzahl der berufenen Deputirten wirklich ein, und es fanden dann in den Tagen vom 22. bis 30. Juni von Neuem Beratungen statt, über die wir freilich nur sehr mangelhaft unterrichtet sind.²⁾ Aus den wenigen Nachrichten, die auf uns gekommen sind, ergiebt sich zweierlei mit absoluter Deutlichkeit; einmal nämlich, daß der Hauptwiderstand gegen die Forderungen des Kurfürsten von der Stadt Frankfurt ausging,³⁾ dann aber, daß eine Hauptschwierigkeit der Verhandlungen darin lag, daß die alten Differenzen über die Vertheilung der zu übernehmenden Schuldensumme zwischen Stendal und den übrigen Städten wiederum hervortraten. Zwar gelang es dem Kurfürsten, diese letztere Schwierigkeit durch einen Vergleich, den er im Wesentlichen auf Grund seiner früheren Entscheidungen zu Stande brachte, zu beseitigen, aber noch immer war damit die Opposition einzelner Städte, unter denen sich außer Frankfurt auch nach dem Vergleiche noch Stendal, Seehausen, Osterburg, Prenzlau und Neu-Ruppin durch ihre ablehnende Haltung hervorthaten, keineswegs gehoben.

Wollte der Kurfürst endlich auf dem im Herbst zu haltenden Ausschustage zu einer einmüthigen Bewilligung von Seiten aller Städte kommen, so mußte er sich zunächst noch zu weiteren Konzessionen den Wünschen und Klagen der Städte gegenüber entschließen. Dies geschah in dem großen Reverse, welchen der Kurfürst am 1. Juli am Schluß der Sonderverhandlungen den Städten zugestand. In demselben erklärt der Kurfürst nun die von der Mehrzahl der Städte zugestandenen Bewilligungen, trotz des Widerspruches, welchen sie noch von einzelnen erfahren hatten, für definitive

aber damit keine Garantie für das Eingeben der von den armen Bürgern zu zahlenden Umlage übernehmen sollten. Vergl. unter 5c des Anhanges.

1) Neu-Ruppin gab sachlich eine Antwort, welche weder als Ablehnung noch als Annahme der von dem Kurfürsten geforderten Stenerlast betrachtet werden kann. Der Kurfürst betrachtete sie als eine Annahme und dankte der Stadt dafür, die Versammlung der Städte betrachtete sie als das, was sie thatsächlich war, als eine dilatorische Antwort, und erklärte, noch auf eine definitive Antwort Ruppins warten zu müssen.

2) Die sporadischen Nachrichten über diese Verhandlungen sind unter 5f unseres Anhanges zusammengestellt.

3) In einem Schreiben an den Rath von Frankfurt vom 25. Juni beklagt sich der Kurfürst über diese Beharrlichkeit des Widerstandes der Stadt. Er beruft sich darauf, daß sie zur Zustimmung verpflichtet seien, da die übrigen Stände und Städte (bei den letzteren ist dies doch nur zum Theil richtig!) die Steuern bewilligt haben. Er spricht die Erwartung aus, daß sie bis zum 29. Juni ihre Zustimmung erklären würden. Darauf bittet die Stadt am 28. Juni den Kurfürsten um einen weiteren Aufschub, den derselbe dann am 30. Juni bewilligt. Vergl. im Anhang unter Nr. 5f.

und zwar stellt er für die Verwendung derselben folgende Grundsätze auf: die Schuld solle in drei Theile getheilt werden, das erste Drittel solle durch die Biersteuer gedeckt werden, deren Ertrag auf 600 000 Gulden angenommen wird, und zwar soll davon die Einlösung der verpfändeten Ämter, Klöster und Gefälle bestritten werden; außerdem aber hofft der Kurfürst noch die Verzinsung von 100 000 Gulden, welche bei der Vertheilung der übrigen Schulden unter die Stände noch restirten, von dieser Biersteuer und dem Kornzoll bestreiten zu können. Das zweite Drittel hatten ursprünglich die Städte auf ihren Kassen allein übernehmen sollen; wie wir sahen, waren sie aber zur Bewilligung der vollen 600 000 Gulden nicht zu bewegen gewesen, sondern hatten nur die Bewilligung von 500 000 Gulden nebst den rückständigen Zinsen in Aussicht gestellt; die von diesem Drittel übrig bleibenden 100 000 Gulden sollten eben zunächst noch stehen bleiben und von der Biersteuer verzinst werden. Den ganzen Rest der Schuld, von dem ca. 200 000 Gulden durch Giebelgeld und Rehnpsrde-Geld als gedeckt angenommen wurden, sollten die oberen Stände aufbringen.

Gegenüber diesen Bewilligungen zeigt sich nun der Kurfürst sehr freigebig in ausgedehnten Versprechungen an die Städte. Vor Allem erneuert er das schon so oft gegebene Versprechen, welches er, durch die Macht der Umstände gedrängt, bisher nie zu halten vermocht hatte, sie nämlich in Zukunft mit neuen Steuern überhaupt zu verschonen, die durch die jetzigen Steuern einzulösenden Ämter und Gefälle fürder nicht zu versetzen und seine Hofhaltung so sparsam als möglich einzurichten. Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß die neue Bewilligung nur unter der Voraussetzung Gültigkeit haben solle, daß der Kurfürst diese Versprechungen in vollem Umfange halte. Die Verwaltung der eingelösten Ämter und Gefälle soll dann der speziellen Kontrolle von 4 ständischen Berordneten, zweien aus den Städten, unterstehen. Bei den Berathungen des Ausschusses über die einzelnen Ämter sollen die Mitglieder, welche selbst Pfandinhaber des jedesmal zur Berathung stehenden Amtes sind, nicht zugegen sein dürfen. Auch die außerordentlich schroffe Bestimmung, daß fernere Verpfändungen ohne weiteres null und nichtig sein und die betr. Gläubiger gar keine Entschädigung erhalten sollen, wird wiederholt. Die Uebergriffe der Amtsleute und die von diesen verübten Eingriffe in die städtischen Gerechtsame an Holzungen, Aedern, Wiesen, Mastungen, Jagden, Fischereien, Zöllen, Weideplätzen, Gerichten zc. verspricht der Kurfürst abzustellen.

Nach diesen allgemeinen Versprechungen geht dann der Kurfürst auf die speziellen, eben jetzt von den Städten vorgebrachten Wünsche und Beschwerden ein. Er verheißt energische Wiederaufnahme der Kirchen-Visitation, die zu einer Abstellung der Uebelstände, welche in Bezug auf die Anstellung

und Befoldung der Beamten im Kirchen- und Schuldienste geltend gemacht wurden, führen werde. Insbesondere sollen die in den Städten gelegenen geistlichen Lehren und Stiftungen an keinen andern verließen werden, sondern den Städten überlassen bleiben. Im Zusammenhang hiermit soll dann auch die von den Städten nachdrücklich betonte Stipendien-Frage ihre Erledigung finden. Die Städte sollen die freie Verfügung über diese Stipendien haben, nur sollen sie verpflichtet sein, die Stipendiaten dem Kurfürsten oder dessen Superintendenten anzuzeigen. Jeder, der ein Stipendium erhalte, müsse sich verpflichten, wenn er ausstudirt habe, zunächst in des Kurfürsten oder der Städte Dienste zu treten, so weit hier Verwendung für sie sei.

Merkwürdig erscheint dann auch die Zusage des Kurfürsten, etwaigen Abgesandten der Städte, welche ihm deren Anliegen vortragen wollen, stets Gehör zu schenken, und wenn sie angeklagt werden, nie eine Entscheidung zu treffen, bevor er sie selbst gehört habe.

Auch der Klage der Städte über die Unsicherheit auf den Landstraßen wird ihre Berechtigung zugesprochen. Der Kurfürst verspricht nicht nur, selbst gegen die Straßenräuber, durch welche die Städte in ihren Reisen und dadurch überhaupt in ihrer kommerziellen und industriellen Thätigkeit sehr gehindert werden, energisch vorzugehen, sondern er gestattet den Städten auch Selbsthilfe, indem er ihnen anheimgibt, die Landfriedensstörer gefangen zu nehmen und nach geschehener Anzeige an den Kurfürsten zu bestrafen.

Danach kommt er dann auf die Aufbringung und Verwendung der Steuer. Mit voller Bestimmtheit wird hier der Grundsatz unbedingter Gleichheit aller in den Pflichten zur Zahlung derselben aufgestellt. Niemand soll sich von der Biersteuer ausschließen, pünktlich alle Quartale soll dieselbe von allen Betheiligten entrichtet werden. Sehr auffallend ist dann aber die auf die Verwendung der Steuern bezügliche Bestimmung, daß, wenn die Städte bei der Abtragung der von ihnen übernommenen Schuldenquote durch wucherische Zinsen geschädigt zu werden glauben, sie einfach die Zahlung zunächst nicht leisten sollten, was insofern der Willkür Thür und Thor öffnete, als die Bedingungen der Abzahlung und demgemäß auch die Verzinsung des Kapitals doch von dem Kurfürsten selbst mit den verschiedenen Gläubigern verabredet worden war.

Wenn die Städte dann weiter gefordert hatten, daß die einzige Steuerbefreiung, welche noch existirte, die der Inhaber von Burglehen, vollkommen aufgehoben werden solle, so vermochte der Kurfürst diesem Wunsche volle Genüge nicht zu leisten, wenn er nicht einen großen Theil des Adels allzu sehr gegen sich aufbringen wollte. Immerhin wurde doch auch in dieser Beziehung den Städten eine Konzession gemacht, indem festgesetzt wurde, daß die Inhaber der Burglehen, sofern sie Bier brauten, zu der

Biersteuer herangezogen werden sollten, so daß denselben nur noch die Befreiung von den spezifisch städtischen Steuern verblieb. Natürlich wurden dann auch die Verbote gegen unberechtigtes Bierbrauen von Neuem eingeschärft, die Aufrechterhaltung der alten Zunftprivilegien, die Ausschließung unehelicher und unehelich geborener Personen aus den Zünften und die völlige Vertreibung der Juden aus dem Lande „zwischen dato und Weihnachten“ wiederholt in Aussicht gestellt. Den städtischen Gerichten wurde ihre Selbstständigkeit durch die Bestimmung garantirt, daß alle Civilprozesse und überhaupt alle Prozesse gegen städtische Bürger in erster Instanz vor das Forum der städtischen Gerichte und nicht vor das des kurfürstlichen Kammergerichts gezogen werden sollten.

Eine weitere wichtige Konzession an die Städte war es, daß den Bauern verboten wurde, Bier von außerhalb zu beziehen. Geschehe dies doch, so sollen die Städte die Befugniß zur Konfiskation des Bieres haben, von dem dann die eine Hälfte an sie selbst, die andere an den Kurfürsten fallen sollte. Dagegen vermag der Kurfürst auf die von den Städten gewünschte Herabsetzung der Holzpreise wenigstens im Allgemeinen nicht einzugehen, doch verspricht er ihnen in speziellen Fällen, wenn sie selbst Bauholz bedürfen, möglichstes Entgegenkommen.

Die Frage war nun, wie beide Theile ihre Versprechungen erfüllen würden. An dem guten Willen dazu ließen sie es jetzt in der That nicht fehlen.

Die Hauptaufgabe des Kurfürsten, deren Lösung die aller übrigen bedingte, war nun aber die Einlösung der trotz aller bisherigen Bemühungen noch immer verpfändeten Ämter und Gefälle. Zu diesem Zwecke setzte sich nun der Kurfürst mit denjenigen der Ausschußmitglieder, welche zur Verhandlung mit den Gläubigern in den einzelnen Distrikten bestimmt worden waren, und zu denen dann stets noch einige Räte des Kurfürsten selbst hinzukamen, in Verbindung. Und wenn man nun zunächst daran ging, ein Verzeichniß der noch verpfändeten Ämter aufzustellen, so zeigte sich jetzt erst mit voller Klarheit die große Ausdehnung dieser Verpfändungen und die geringen Resultate, welche die bisherigen Verhandlungen mit den Pfandinhabern gezeitigt hatten.

In der Mittelmark war man über Posen schon zu einer Einigung gelangt, aber noch blieben 8 Ämter, darunter so wichtige wie Potsdam, Spandau und Köpenick einzulösen, in der Altmark 7, in der Priegnitz zwei¹⁾, in der Uckermark sechs, endlich die ganze Grafschaft Ruppin und das Kloster

¹⁾ Ueber das Kloster zum heiligen Grabe war bereits ein Vergleich herbeigeführt worden. Vergl. über die ganzen Verhandlungen Nr. 7 unseres Anhangs.

Einbau. Es wird dann die Bestimmung getroffen, daß die Verhandlungen noch vor der Ernte beginnen und, wenn möglich, am Schluß der Ernte erledigt sein sollten. Und mit solcher Energie und Schroffheit sollte dabei vorgegangen werden, daß den Angehörigen derjenigen Ämter, deren Pfandinhaber sich auf Verhandlungen überhaupt nicht einlassen wollten, geradezu verboten wurde, den letzteren noch Gehorsam zu leisten, Pacht zu zahlen, Dienste zu leisten u. dgl. Und zwar sollten, da Baarmittel zur Bezahlung der dargeliehenen Summen nicht vorhanden waren, sondern eben erst durch die neuen Bewilligungen langsam und allmählig flüssig gemacht werden konnten, den Gläubigern zunächst nur ständische Schuldobligationen eingehändigt werden, und auf diese hin sollten die Pfandinhaber dann sich zur Aufgabe ihrer Pfandobjekte bereit erklären. Die betreffenden Obligationen, deren genaues Schema vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen festgestellt und den einzelnen „Verordneten“ mitgegeben wurden, waren von dem Kurfürsten und den verordneten Einnehmern der Biersteuer im Namen der gesammten Landstände ausgestellt und enthielten die Verpflichtung, Kapital und Zinsen in bestimmten Raten abzuführen. Ausdrücklich wurden durch eine besondere, von allen Prälaten, Herren, Geistlichen und Ritterschaft des Ausschusses ausgestellte Vollmacht die „Verordneten“ beauftragt, im Namen aller zu handeln. Aber so sehr der Kurfürst auch seine Räte und die ständischen Deputirten zur Eile drängte, so vermochte man doch nicht so schnell von der Stelle zu kommen, als man wohl gehofft hatte. Namentlich in der Mittelmark, auf deren Ämter ganz besonders hohe Summen verschrieben waren, stieß man auf fast unübersteiglich scheinende Schwierigkeiten bei der Festsetzung der Abzahlungsstermine, welche die Gläubiger natürlich möglichst kurz gesetzt haben wollten, während die ständischen Deputirten die Abzahlung in allzu kurzer Zeit natürlich nicht unter persönlicher Bürgschaft in Aussicht stellen konnten. Dazu kam, daß diejenigen, die man zu den Verhandlungen designirt hatte, zum Theil selbst Pfandinhaber waren und auch ihrerseits sich über die Einziehung ihrer Pfandobjekte ohne jede Baarzahlung bitter beklagten. Und selbst wenn die Einlösung gelang, so stellten sich alsbald wieder neue Geldbedürfnisse heraus, da viele der Ämter dringender Meliorationen bedurften.

Gleichwohl wurden die Verhandlungen, über deren Verlauf dann an die zur Einnahme der Steuer designirten ständischen Mitglieder berichtet werden mußte, damit diese über die Verwendung der einlaufenden Gelder stets orientirt wären, mit anerkennenswerthem Eifer fortgesetzt.

Vor Allem drang dann der Kurfürst, um ein erspriessliches Resultat dieser Verhandlungen zu ermöglichen, auf pünktliche Einlieferung der bewilligten Steuern. Er schickte einen besonderen Landreiter an den Bischof

zu Rebus, den Bischof von Brandenburg, das Kapitel zu Havelberg und die Befehlshaber zu Wittstock mit der Aufforderung, die Lohnpferd-Abgabe von 20 Gulden pro Pferd bis Martini nach Brandenburg zu übersenden und darauf zu dringen, daß ihre Unterthanen in Städten und Dörfern das Giebelgeld zu demselben Termine abliefern.

Daneben mußte auch noch fortwährend mit denjenigen Städten, die noch immer nicht ihren prinzipiellen Widerstand gegen die ganze neue Steuer aufgegeben hatten, verhandelt werden. Vor allem machte Frankfurt noch immer Schwierigkeiten. Dort trat immer erkennbarer ein unzweifelhafter Gegensatz zwischen Rath und Gemeinde hervor, von denen der erstere zur Bewilligung sich eher geneigt zeigte, während die Gemeinde sich über die ungerechte Vertheilung der Steuer, welche den armen Mann weit mehr als den Reichen belastete, lebhaft beklagt. Die letztere kommt dabei auf einen Gedanken, welcher damals noch als völlig neu erscheint, später aber eine hervorragende Rolle in der Geschichte der Besteuerung zu spielen bestimmt war: recht im Gegensatz zu dem bisherigen Modus, der im Wesentlichen fast ausschließlich auf den indirekten Steuern begründet war, stellt sie die Forderung einer Einschätzung jedes Einzelnen nach seinem Vermögen auf:¹⁾ so viel wir sehen, ist dies das erste Auftauchen des Gedankens einer allgemeinen Einkommensteuer, auf den man merkwürdigerweise bisher überhaupt noch nicht verfallen war. Und der Kurfürst, der sich sonst gegen die abermalige Verzögerung der definitiven Entscheidung in sehr entschiedenen Worten verwahrt, scheint gar nicht abgeneigt gewesen zu sein, auf diesen Gedanken einzugehen, wenn er ihn auch zunächst noch nicht für die staatlichen Steuern in Anwendung zu bringen vermag: er rath der Stadt, die auf sie fallende Quote der Schulden durch eine Steuer aufzubringen, bei der der reiche Mann mehr zu bezahlen habe, als der arme. Jedenfalls aber verlangt er aufs entschiedenste, daß sie sich der neuen Bewilligung der übrigen Städte füge, auf welchem Wege sie auch immer die erforderlichen Summen aufbringen wolle.

Mit gleicher Entschiedenheit geht er gegen Prenzlau vor, welches ebenfalls in einem besonderen Schreiben nochmals um Dispensation von der neuen Steuer gebeten hatte.²⁾ Die Stadt hatte dabei sich darauf berufen, daß bei ihnen nicht wie in anderen Städten reger Handel und Wandel herrsche, daß vielmehr ihre Bürgerschaft zum großen Theile aus armen Handwerkern bestehe, die nur mit Mühe ihren täglichen Unterhalt ver-

¹⁾ Vgl. das sehr interessante Schreiben von Bürgermeister und Rath der Stadt Frankfurt an den Kurfürsten vom 12. August und des letzteren Antwort unter Nr. 8 des Anhangs.

²⁾ Vgl. Nr. 9 des Anhangs.

dienen. Da die Bauern in Folge der neuen Biersteuer ihr Bier aus Pommern und Mecklenburg beziehen, so werde ihnen auch dieser ihr Hauptnahrungszweig erheblich verkürzt.

Dem gegenüber macht nun der Kurfürst geltend, daß Prenzlau sich keineswegs in einer exceptionell ungünstigen Lage befinde: die übrigen Städte seien auch nicht besser gestellt und hätten sich doch zu den Bewilligungen verstanden. Er ertheilt der Stadt dann den gemessenen Befehl, sich dem Beschlusse der Uebrigen zu fügen und ihre zustimmende Antwort innerhalb acht Tagen an ihn gelangen zu lassen.

Unter diesen Verhandlungen war nun der für den Wiedezusammentritt des ständischen Ausschusses angesetzte Termin, der 5. Oktober, herangekommen, und die Ausschußmitglieder fanden sich vollzählig zu demselben ein. Der Kurfürst eröffnete die Verhandlungen alsbald mit detaillirten Vorschlägen über die Verwaltung der eingelassen oder noch einzulassenden Ämter. Er vermag hierbei nicht in vollem Umfange auf die von den Ständen geäußerten Wünsche einzugehen. Er erklärt vielmehr, daß er sich von der Verwaltung der eingezogenen Ämter durch Schreiber oder andere Personen geringeren Standes nicht viel Vortheil versprechen könne, da solche meist wenig oder nichts von der Landwirthschaft verständen. Auch müsse man zu Gesandtschaften an den Kaiser oder an sonstige Souveräne immer Personen zur Hand haben, welche mit den äußeren Formen des diplomatischen Verkehrs vertraut wären. Und da die Mitglieder der Stände meist zu solchen Gesandtschaften wenig geneigt seien, so habe man eben hierfür in abligen Amtleuten stets geeignete Kräfte zur Disposition. Der wesentliche Unterschied zwischen dem früheren Zustande und dem durch Einlösung der Ämter zu begründenden würde demgemäß darin gelegen haben, daß an Stelle abligen Pfandinhaber ablige Beamte des Kurfürsten getreten wären, die die Ämter nicht für eigene, sondern für Rechnung des Kurfürsten verwalten sollten. Eventuell konnte dann diese Aenderung, wie das auch mehrfach geschah, ohne Personenwechsel vollzogen werden: der Gläubiger und Pfandinhaber wurde dann eben verantwortlicher Beamter des Kurfürsten. Daß ein Theil der Ämter von Schreibern verwaltet werden könne, giebt der Kurfürst indeß zu und macht nun selbst eingehende Vorschläge wegen der Besetzung dieser Ämter. Und auch da, wo er auch ferner nicht einen Schreiber, sondern einen Amtmann angestellt wissen will, songebirt er doch, daß derselbe dann einen größeren Distrikt, als das bisher der Fall gewesen, allein verwalten könne (die von den Ständen gewünschte Zusammenlegung mehrerer Ämter in eines). So könne der Hauptmann der Altmark, dessen Amt, wie die Stände wohl selbst zugeben würden, stehen bleiben müsse, zugleich die Oberaufsicht über das von einem

Schreiber zu verwaltende Kloster Diesdorf führen. Der Amtmann von Salzwedel, der schon deswegen, weil Salzwedel an der Landesgrenze liege, beibehalten werden müsse, könne in gleicher Weise die Klöster zum heiligen Geiste, welches von einem Vogte, und Arnsee, welches von einem Schreiber zu verwalten sei, mit beaufsichtigen. Ebenso sollen mit dem Amt Tangermünde die Klöster Grevesee und Miendorf verbunden werden. Die Hauptmannschaft der Priegnitz solle die Ämter Lenzen, Neustadt, Goldbeck und Kloster Lindau umfassen, deren jedes einzeln dann von je einem Vogte oder Schreiber verwaltet werden könne. Die Ämter Zehdenick und Kloster Himmelpforte können zu einem Amte vereinigt werden, dessen Verwaltung man Adam Trott, der dem Lande bereits große Dienste geleistet habe, überlassen könne. Chorin, Oberberg, Boyzen und Liebenwalde sollen durch einen einzigen Amtmann verwaltet werden. Für Neu-Angermünde bleibt der Kurfürst im Prinzip zu, daß es eines Amtmanns nicht bedürfe, bittet aber doch, es dem jetzigen Inhaber zu lassen, da derselbe schon sehr alt sei und in seinen letzten Lebensjahren doch nicht wohl aus seiner bisherigen Thätigkeit verdrängt werden könne. Auch habe derselbe ihm, dem Kurfürsten, und seinem Vater gute Dienste geleistet. Man könne diese Konzeßion um so leichter machen, als das Amt fast nicht mehr einbringe, als die Zinsen des darauf verschriebenen Kapitals betragen.

So sehr man nun auch die Berechtigung dieser Gründe des Kurfürsten zugeben mag, so hieß das doch im Grunde nichts Anderes als auf eine strikte Durchführung der Einklösung sämtlicher Ämter verzichten, und eben dagegen hatten ja die Stände ihre vornehmste Opposition gerichtet.

Dagegen waren die sonstigen in Bezug auf Vereinfachung und Konzentration der Verwaltung gemachten Vorschläge ausgebehnt genug. Neben den bereits genannten sollen, wie der Kurfürst vorschlägt, auch Plauen und das Kloster „am Berge“ gemeinsam durch einen Schreiber verwaltet werden. Zu Berlin werden Spandau, Möllnbeck, Köpenick, Potsdam und Trebbin geschlagen; sie alle sollen durch einen Amtmann verwaltet werden. Bei Brossen stellt es der Kurfürst dem Ermessen der Stände anheim, ob noch andere Ämter dazu geschlagen werden sollen. Reglau und Friedland sollen durch je einen Schreiber verwaltet werden, dagegen müssen Gramzow und Seehausen einen Amtmann behalten, weil sie stete Grenzstrungen und Zänkereien haben.

Diese Vorschläge werden dann in der Antwort, welche die Städte darauf am 9. Oktober ertheilen, im Allgemeinen angenommen. Im Besonderen dringen sie darauf, daß das Klostergut gänzlich von dem weltlichen getrennt werde. Außerdem dringen sie aber neben dieser Beschränkung der Zahl der Ämter resp. Amtmänner auch auf die Entlassung über-

flüssiger Hofbeamten, wogegen dann der Kurfürst geltend macht, daß er seine Hofhaltung nicht noch mehr einschränken könne, ohne seiner kurfürstlichen Autorität Eintrag zu thun.¹⁾ Aus den weiteren Verhandlungen, in denen sich die Städte darüber beklagen, daß viele Pfandinhaber, welche sich anfänglich bereit erklärt hätten, die Ämter resp. Klöster abzutreten, jetzt, wo es dazu komme, unmögliche Forderungen stellten, ergibt sich dann doch, daß im Ganzen schon die Einlösung von mehr als 20 Ämtern gelungen war.

Von den bisher verhandelten Steuerbewilligungen ist zunächst nicht mehr die Rede; sie scheinen nunmehr wirklich vom Kurfürsten ebenso wie von den Ständen als definitive angesehen worden zu sein.

Die Beratungen konzentriren sich jetzt vielmehr auf einige wichtige legislative Aufgaben, namentlich auf die Feststellung einer genauen Polizeiordnung, in welcher gesetzliche Bestimmungen über Maß und Gewicht, über den kommerziellen Verkehr überhaupt, über Kleidung der einzelnen Stände u. getroffen werden sollen. Und zwar wird ausdrücklich vom Kurfürsten selbst den Ständen das Recht zugestanden, hierüber nicht nur zu beraten, sondern auch endgiltig zu beschließen, während der Kurfürst selbst sich nur die mit der Publikation der betreffenden Gesetze verbundene Bestätigung vorbehält.²⁾ Immer mehr sehen wir so Gesetzgebung und Verwaltung des Landes von der großen ständischen Versammlung (dem Landtage) auf den fest organisierten ständischen Ausschuss übergehen, der jetzt eigentlich trotz der kurzen Zeit seines Bestehens in vollständig selbstständiger Stellung neben dem Kurfürsten erscheint. Nicht kurfürstliche Beamte, sondern Mitglieder dieser ständischen Korporation ziehen die Steuern ein, deren Erhebung und Verwendung den Händen des Kurfürsten völlig entzogen ist. Eine besondere

¹⁾ Der Kurfürst motivirt das sehr merkwürdig mit dem Sage: „ein kurfürst, der Um reiche so hoch als ein konigl“.

²⁾ Die zweite unter Nr. 10 unseres Anhangs mitgetheilte Proposition des Kurfürsten läßt über diese Sachlage keinen Zweifel. Die entscheidende Stelle ist folgende: „Beghern s. l. f. g. gnediglich, das gemelte vorordente des Ausschuss wollen solche mangel und artickel, was in dem allen der polizei halben und was sonst mehr dem lande zu guthe mochte komen und gereichen, zu handeln wurdit notigt und nutz sein, fur die handt nehmen, davon reden, berarischlagen, bewegen und endtlichen schließen und alsdan s. l. f. g. bericht thun, wollen sie dasselbige auch erwegen, und was das notigte und nützlichste in dem allen, bedacht und geschlossen, an Jedem orth s. l. f. g. landtschafft publicirn, auch beschaffen, das daruber gehalten müsse werden.“ Nur für den Fall, daß der Ausschuss zu einer definitiven Einigung nicht kommen könne, behält sich der Kurfürst die Entscheidung vor „und wo sich der ausschuss doraus nicht kontde vergleichen, wollen s. l. f. g. Jed-s teils bedenden horn und in demselbigen als der landesfurst, deme es auch In d. r polizeirordnung furbehalten, geburlichen bescheid geben.“

Kommission führt die Unterhandlungen mit den Gläubigern des Kurfürsten, der also auch diesen gegenüber in völliger Abhängigkeit von den Ständen erscheint. Ebenso wird über die Verwendung der Steuern zu dem Zwecke, für welchen sie bestimmt sind, von einer ständischen Kommission gewacht, der Kontrolle und Verwaltung der einzelnen Steuerklassen ohne jede Mitwirkung des Kurfürsten allein zusteht.

Und nun sehen wir, wie erwähnt, auch die legislativen Befugnisse von dem Landtage auf den Ausschuß übergehen.

Das Resultat dieser Verhandlungen nun liegt in der Polizeiordnung vom 3. November vor.¹⁾ Als Grundlage derselben erscheint die auf dem Augsburger Reichstage publizierte Reichs-Polizeiordnung, deren allgemeine Bestimmungen einfach herübergenommen werden. Dann folgen die speziell den marktlichen Verhältnissen angepassten Festsetzungen des Gesindelohnes, in welcher das Gewohnheitsrecht und die in allen Landesordnungen festgesetzten Normen nebeneinander zur Verwendung kommen. Auf das Partikularrecht der einzelnen Marken wird hierbei die weitgehendste Rücksicht genommen. Und zwar treten bei den Festsetzungen des Lohns zwischen den einzelnen Lohnsätzen zuweilen nicht unerhebliche Differenzen hervor. Jeder Diensthote soll, so wird dann weiter festgesetzt, sich erst bei demjenigen, unter dem er geboren und angefessen ist, zum Dienst melden. Erst wenn er bei ihm nicht zu Dienst angenommen wird, darf er sich anderweit vermieten. Auf der andern Seite wird dem Gesinde doch wieder schon eine gewisse Freiheit der Bewegung gesichert: es wird festgesetzt, daß der Herr des Gesindes dasselbe nicht vom Heirathen abhalte, vielmehr ist der Herr verpflichtet, einen Diensthoten, der sich verheirathen will, seines Dienstes zu entlassen. Sonst aber darf Niemand das Gesinde vor der Zeit entlassen, oder er muß demselben den vollen Lohn bezahlen. Geht der Diensthote selbst ab oder entläuft er, so geht er damit des ganzen Lohnes verlustig. Wie der Lohn für das Gesinde, so wird auch der Tagelohn der Arbeiter und Handwerker fest normirt, und zwar werden die Sätze mit Kost und ohne Kost unterschieden und genau festgestellt; selbst das Quantum Bier, welches der Arbeiter zu beanspruchen hat, wird bestimmt; für die Erntezeit wird ein besonderer, erhöhter Tagelohn bestimmt.

Man sieht, möglichste Einschränkung dessen, was wir freie Konkurrenz oder die Regelung von Angebot und Nachfrage nennen, ist das Hauptziel dieser Anordnungen; dabei wird aber doch, soweit dies in den Grenzen einer solchen absoluten Gebundenheit überhaupt möglich ist, auch den Interessen der arbeitenden Klassen Rechnung getragen.

¹⁾ Vergl. Nr. 12 unseres Anhangs.

Außerdem enthält die Polizeiordnung noch eine Fülle anderer nicht minder merkwürdiger Bestimmungen. Der Instanzenzug der Gerichte wird, gemäß den den Städten gegebenen Zusagen, dahin geregelt, daß keiner den andern vor fremden Gerichten belangen soll; vielmehr soll Jeder zuerst vor seinem geordneten Richter „angesprochen“ werden. Großer Nachdruck wird dann vor allem auf die Festsetzung von Maß und Gewicht gelegt, wobei wieder auf die partikularen Eigenthümlichkeiten der einzelnen Landestheile weitgehende Rücksicht genommen wird. An eine einheitliche Regelung im ganzen Staate scheint man nicht einmal gedacht zu haben: für die Mittelmark gilt der Berliner Scheffel, für die Uckermark der Prenzlauer, für die Altmark der Stendaler (nur die Städte Salzweil und Gardelegen sollen ihren eigenen Scheffel behalten), für die Priegnitz der Perleberger und für das Land Ruppiner der Neu-Ruppiner Scheffel. Nur die Elbe soll in allen kurfürstlichen Landen dieselbe sein, und zwar wird als diese Einheit die Berliner Elle festgesetzt. Als Gewicht soll für die „kleine Waare“, Spezereien zc., das Erfurter, sonst das Berliner angewandt werden, nach welchem letzteren 110 Pfund auf den Rentner gehen.

Ebenso werden bestimmte Normen über den Feingehalt des von den Goldschmieden verarbeiteten Silbers und Goldes festgesetzt und Anordnungen über die Stempelung von Zinn und Blei getroffen. Von den einzelnen Festsetzungen, welche sonst noch in der Polizeiordnung enthalten sind, heben wir noch das außerordentlich strenge Verbot gegen das Anzünden von Feuer auf der Haide, das Verbot für alle außer den „Reisigen“ und den Kaufleuten, Büchsen bei sich zu führen, das Verbot der Jagd für solche, welche keine Berechtigung dazu haben, und das Verbot, Enteneier auszunehmen, hervor. Merkwürdig erscheint auch die Wiederholung jener Bestimmung, welche wir in unseren früheren Untersuchungen als einen ersten Ansatze zur Freizügigkeit bezeichneten: daß nämlich ein von seiner Herrschaft „ausgekaufter“ Bauer das Recht haben sollte, nach der Stadt überzusiedeln.

So entwirft uns diese Polizeiordnung ein lebensvolles und charakteristisches Bild der kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse jener Zeit und erweckt als eines der wichtigeren positiven Resultate der ständischen Verhandlungen hohes Interesse.

Die Verhandlungen selbst wandten sich dann naturgemäß wieder der großen Aufgabe der Einlösung der verpfändeten Ämter und Gefälle zu. Mit Nachdruck weist der Kurfürst darauf hin, daß die bisherigen Obligationen nicht genügten, daß dieselben vielmehr von der Gesamtheit der Stände selbst garantirt sein müßten. An diesem Mangel liege es, daß bisher erst eine beschränkte Anzahl der verpfändeten Ämter eingelöst sei. Thatsächlich konnte man zu weiteren praktischen Erfolgen auf diesem Gebiete

natürlich erst kommen, wenn die nunmehr definitiv bewilligten Steuern regelmäßig einzugehen anfangen, wie dies dann der Kurfürst nach Schluß der Ausschußverhandlungen durch zwei besondere Verordnungen¹⁾, von denen die eine an die oberen Stände, die andere an die Städte gerichtet ist, nachdrücklich fordert. Die ersteren werden gebeten, um die Einnahme der Steuern zu beschleunigen, im ersten Jahre das Lehnspferde-Geld in doppelter Höhe zu zahlen und dafür ein Jahr früher mit der Zahlung desselben aufzuhören. Er fand dabei wirklich die Zustimmung des Ausschusses und der mit der Einnahme der Steuer betrauten ständischen „Verordneten“. Außerdem dringt der Kurfürst auf möglichst schnelle Zahlung dieser Steuer und bestimmt dafür die nur sehr kurze Frist von 14 Tagen. Ebenso dringt er auf schnelle Zahlung des bewilligten Wiebelgeldes und des Biergeldes. Das letztere soll von allen Steuerpflichtigen an einem bestimmten Tage in jedem Quartal entrichtet und zugleich mit den Registern den Einnehmern der Steuer eingebracht werden. In den Registern soll an Eides Statt die Versicherung abgegeben werden, daß alles richtig angeschrieben und nichts ausgelassen sei.

Somit war nun nach allen Richtungen wenigstens der Weg gewiesen, auf welchem eine Besserung der finanziellen Verhältnisse, wenn auch sehr langsam und allmählig, erreicht werden konnte. Aber ohne neue Opfer und Konzessionen von Seiten des Kurfürsten war es dabei natürlich nicht abgegangen. Wie früher den Städten, so mußte jetzt der Kurfürst auch den oberen Ständen Versprechungen und Zusagen aller Art machen, die er dann in dem Revers vom 14. Oktober²⁾ zusammenfaßte.

Eine nicht unwesentliche Konzession war es, wenn der Kurfürst in demselben die Ernennung besonderer Landräthe vom Adel zugestand, welche er neben seinen Hofrätthen zu Rathe ziehen wolle. Die übrigen Versprechungen, außer denen, welche eine prompte Justiz in Aussicht stellen, bewegen sich wieder zumeist auf wirtschaftlichem Gebiet und wiederholen, mehr oder weniger modifizirt, die den oberen Ständen schon früher gemachten Zugeständnisse. Unnachsichtlich zeigt sich der Kurfürst, wie er dazu durch seine den Städten gemachten Versprechungen gezwungen war, nur in der strikten Aufrechterhaltung des Verbots des unberechtigten Bierbrauens von Seiten der Bauern. Er legt mit Recht Gewicht darauf, daß dadurch nicht nur die Bierbrauereien in den Städten Nachtheil erleiden, sondern daß dadurch auch der Ertrag der Biersteuer wesentlich verringert werde, so daß der Staat dadurch unmittelbaren Schaden erleide.

¹⁾ S. unter Nr. 13 und 14 unseres Anhangs. Beide Verordnungen sind vom 19. November datirt.

²⁾ Vergl. Nr. 11 unseres Anhangs.

Dieser Revers bezeichnet zeitlich und materiell den Abschluß der umfassenden Verhandlungen des Jahres 1550. War auch eine tatsächliche Beseitigung der finanziellen Kalamität, in welcher sich der Staat nunmehr seit 1 1/2 Jahrzehnten befand, noch nicht erreicht, so war doch auf dem Wege der Vereinbarung zwischen dem Fürsten und seinen Ständen die äußere Möglichkeit und die Art und Weise, wie dieselbe erreicht werden könne, gefunden. Das Weitere war nur eine Frage der Zeit und — der Pünktlichkeit, mit welcher die von beiden Seiten gegebenen Versprechungen innegehalten wurden.

Wir dürfen daher den Zweck unserer Untersuchungen hiermit um so mehr als erreicht betrachten, als der weitere Fortgang der Entwicklung des ständischen Kreditwerkes in dem bereits mehrfach angeführten Aufsatze Isaacsohns, „die Finanzen Joachim II. und das ständische Kreditwerk“, in dieser Zeitschrift eine eingehende und in der Hauptsache erschöpfende Behandlung erfahren hat. Uns kam es nur darauf an, den Weg zu verfolgen, auf welchem eine definitive Lösung der obschwebenden Schwierigkeiten versucht wurde und zuletzt in den Bereich der Möglichkeit trat. Die Ausführung des gefundenen Ausgleichs war eigentlich nicht mehr ein Werk der ständischen Verhandlungen — denn diese sind mit dem eben analysirten Revers zunächst abgeschlossen —, sondern eine Aufgabe der neugeschaffenen ständischen Verwaltungsorgane, deren Schöpfung und feste Organisation eben das Resultat der für die innere Geschichte der märkischen Staatsverfassung so außerordentlich wichtigen Verhandlungen des Jahrzehnts von 1540—1550 gewesen war.

Formell und materiell ist damit die höchste Blüte der politischen Macht der Stände überhaupt erreicht. In festgeschlossener, korporativer Einung stehen sie dem Landesherrn gegenüber, durch ihre zahlreichen, von dem Kurfürsten so gut wie völlig unabhängigen Organe jeden Schritt desselben eifervüchtig bewachend und kontrollierend. Die ganze Verwaltung ist den Händen des Kurfürsten entrissen und ruht bei den Ständen in ihrer festen Gliederung. Die unveräußerlichen Rechte der monarchischen Gewalt, Abschluß von Verträgen und Bündnissen, Eingiehung auch der staatlichen Steuern, Verwendung derselben, Verwaltung der landesherrlichen Domänen selbst der Zölle und bis zu einem gewissen Grade auch die richterlichen Befugnisse werden nicht mehr von landesherrlichen, sondern von ständischen Beamten ausgeübt. Der Kurfürst ist tatsächlich in allen seinen Funktionen machtlos ohne die Zustimmung der Stände. Bedeutet ein solcher Zustand schon eine völlige Auflösung der monarchischen Autorität, wenn die dem Landesherrn gegenüberstehende Korporation ein aus den Wahlen des Volkes selbst hervorgehendes Parlament ist, welches sich doch noch in allen Lebens-

interessen mit dem Fürsten als eine Einheit empfinden muß, eben weil es wie er selbst nur ein Ausfluß der staatlichen Souveränität ist, so war das in fast noch erhöhtem Maße bei dem ständischen Staate der Fall, in welchem nicht die Gesamtheit der Regierten in Gemeinschaft mit dem Regierenden arbeitete, sondern nur eine bevorrechtete Klasse eifersüchtig über ihre Privilegien wachte. Eben das ist ja der wesentliche Unterschied, ja der diametrale Gegensatz zwischen ständischem und konstitutionellem Staate, daß in letzterem die Gesamtheit des Volkes in dem Parlament wenigstens in der Idee repräsentirt ist und dadurch eine Gemeinsamkeit der Interessen mit der ebenfalls das Wohl der Gesamtheit wahrennden Regierung möglich und bis zu einem gewissen Grade nothwendig ist, während in dem ständischen Staate die Korporation der Stände nicht das Bindeglied zwischen Regierenden und Regierten ist, vielmehr eine fast unüberbrückbare Schranke zwischen beiden aufrichtet. Im ständischen Staate ist es nicht bloß, wie das ja auch im konstitutionellen oft der Fall ist, möglich, daß ein Gegensatz zwischen Regierenden und Regierten besteht, sondern oft genug tritt dazu noch — und so war es hier der Fall — ein Gegensatz zwischen den Anschauungen der Masse des Volkes und dem ständischen Körper, der seinem Wesen nach in gar keinem organischen Zusammenhange mit dem Volke selbst steht. Symptome dieser Erscheinung fanden wir schon in den Aktenstücken, welche diesen Untersuchungen zu Grunde liegen: die Bevölkerung der Städte selbst zeigt sich hier und da (zumal in Frankfurt) in striktem Gegensatz zu Bürgermeister und Rath, welche letztere allein in den ständischen Korporationen vertreten erscheinen; und ohne Zweifel war der Gegensatz zwischen der Ritterschaft und ihren Hintersassen, der eigentlichen Landbevölkerung, noch viel stärker. Wurde doch die Mehrzahl der Lasten von der ersteren auf die letztere abgewälzt. Später, und namentlich zur Zeit des großen Kurfürsten,¹⁾ offenbarte sich dieser Gegensatz in noch viel schrofferen Formen und trug nicht wenig dazu bei, daß es dem großen Kurfürsten gelang, neben dem historischen Rechte und der Uebermacht der Stände die moderne Staatsidee recht im Gegensatz zu den ersteren zur Durchführung zu bringen. Und darüber kann kein Zweifel obwalten, daß der moderne centralisirte Staat ohne eine Niederwerfung der ständischen Macht, ohne eine Reduktion

¹⁾ Vgl. die ausgezeichneten Ausführungen Isaacsohns im 10. Bande der „Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg.“ (Ständische Verhandlungen. 2. Band. Mark Brandenburg), namentlich über die Einführung der Accise S. 477, wo eine eingehende Würdigung der in den Städten zu Gunsten der Accise ausbrechenden Bewegung, die den Rath der noch widerstrebenden Städte zur Nachgiebigkeit zwingt, gegeben wird.

derselben auf das ihr ihrem Wesen nach gebührende Maß überhaupt nicht hätte erreicht werden können. Denn abgesehen davon, daß die Stände in ihrer Befangenheit in veralteten Privilegien und auf dem Buchstaben begründeten Vorrechten das richtige Verständniß für die neuen Aufgaben des sich bildenden modernen Großstaates gar nicht haben konnten, lag doch in ihnen außerdem noch ein sehr starkes partikularistisches Moment, welches dem Emporkommen des einheitlich organisirten und einheitlich geleiteten Staates seiner Natur nach widerstrebte. Jeder Stand, jeder Kreis, jeder Distrikt vertrat seine eigenen partikularen Interessen und verlor darüber das große Ganze aus dem Auge. Der ständische Staat ist nicht die Vorbereitung des konstitutionellen, sondern sein natürlicher Gegensatz. Erst durch das Zwischenstadium der rücksichtslos über verjährte Privilegien hinwegschreitenden absoluten Monarchie wurde der moderne Staat möglich und wirklich. Und so bezeichnet die von uns geschilderte Episode der märkischen Ständeversammlung neben deren höchster Entfaltung auch ihren Wendepunkt nach abwärts. Schon dadurch, daß der ständische Ausschuß die Aufgabe, derentwegen er begründet war, thatsächlich nie in vollem Maße zu lösen vermochte, trotzdem aber die ihm zugewiesenen Rechte mit voller Energie in Anspruch nahm und behauptete, zeigte sich die Unmöglichkeit, mit diesen ständischen Organen zu einer gedeihlichen Entwicklung zu gelangen. Es war nur eine Frage der Zeit, wie lange sie noch bestehen sollten. Die in dem Fürsten repräsentirte einheitliche Gewalt mußte wieder zu einer selbstständigen Repräsentation gelangen, bevor die Gesamtheit der Regierten in ebenso einheitlicher Gestalt dem Monarchen zur Seite treten und in Gemeinschaft mit ihm die Aufgaben des modernen Staates lösen konnte.

Regesten und Aktenstücke zur Geschichte des Landtages von 1550.

1) Proposition des Kurfürsten an den Landtag.

Die Einleitung nimmt auf den vorjährigen Landtag Bezug: Die Stände hätten einen Ausschuß, dieser wieder Subdelegirte zu Einnehmern und Ausgebern eingesetzt. Da nun nicht alle Gläubiger auf einmal befriedigt werden könnten, so habe sich als nothwendig herausgestellt, mit ihnen einzeln, und zwar mit den dringendsten zuerst, zu verhandeln und

Prolongationen von ihnen zu erbitten. Der Ausschuß habe dann getagt, die Subdelegirten auch mit den Pfandinhabern fleißig verhandelt, es habe aber an der nöthigen Sicherstellung gefehlt: „obder auch das uns die vorzinsung der Summen, so uff denn Ampten, gesellen und Clostern vorschriebenn, von der Steuer, weil die Ampte in so kurz nicht können gefreiet werden, folgen lassen sollten“. Sie hätten aber erklärt, zu der letzteren Maßregel von den Landständen keinen Befehl zu haben, und ihm gerathen, wieder einen allgemeinen Landtag zu berufen.

Einige Gläubiger haben nun ihn und die Bürgen der Verschreibung vor dem kaiserlichen Kammergericht mit Prozeßten und Bönal-Mandaten belangt; sie hätten daher Exekution zu gewärtigen. Andere hätten die Bürgen in das „Einlager“ gemahnt. „Darumb abermals die höchste notturfft, das unsere gemeine Landtstende den Ausschuß vor solcher handlung, auch vorsicherung, auch sonderlich endliche volmacht zu gebenn.“ Sonst werde die Einlösung der Aemter und die Abzahlung der Schulden zu langsam von statten gehen. Deswegen habe er den Landtag ausgeschriben. Die Stände sollen dem Ausschuß völlige Vollmacht geben, mit den Gläubigern zu verhandeln und ihnen Sicherheit zu geben.

„Unnd weil in mangel derselbigen vorzogenen abhandlung und vorsicherung die Nuzung und einkommen der unabgetretenen Ambte, Closter unnd gefelle bis Jar von bene, so gelbt unnd pfandschaftten darauff vorschriben haben, innebehalten, volgen uns dakegen die Zinse, so denselbigen, die die Ambte, Closter unnd gefelle haben, wo sie weren abgehandelt worden, gegeben werden müssen, an stat der Ambts gefelle und nuzung billich, darumb wir auch bittenn und suchenn, uns solche Zins der unabgehandelten Ambte, Closter und gefelle wegen beruris abgangs, der wir dan benottigt, und ahne dieselbigen ahne schult nicht erhalten können, von der Steuer ides Jars, bis uns die Ambte, Closter und gefelle endreumet, zu vorordnen unnd volgenn zu lassenn.“

Durch die Verschreibung würden sie nicht höher belastet; denn bis zur Höhe der Steuer haften sie den Gläubigern ohnedies schon.

Er habe, im Verein mit dem Ausschuß, befunden, daß die bewilligte Steuer den Anschlag nicht erreicht habe; am Biergeld und der Maßsteuer sei ein Minus eingetreten, so daß die Einlösung der verpfändeten Aemter nur sehr langsam vor sich gehen könne.

„Zum dritten ist daruber auch unser in freundschaftt und gnedigs suchen, die Landtstende wolten auch dahin trachten und Rathenn, das uns in diesen unsern merglichen obliegen und ungelegenheit, do wir ihe unsern Fursten standt aus mangel der nuzungen der Ambte und unserer gefelle ohne schulden nicht erhalten können bis uf ein zeit, bis sich unsere sach

unnd einkommen bessern, zu unserer fürstlichen underhaltung, auch zu mehrer nützlicher anrichtung unserer Ämpte und gefelle möchten nach der Landstende Achtung von solchen hulffen und steuren was zugewandt werden."

2) Vorschläge der Städte.

Sie sprechen die Zuversicht aus, daß jetzt die beiden Oberstände die größten Anstrengungen machen würden, um die Bedrängniß des Kurfürsten zu beseitigen.

„Zum andern das auch nochmals mit denen, so die Ämpter, Closter und alle andere gefelle innehaben, vorsugt werde, das sie sich der pölligkeit vormuge Treß eigenen abschiedts und bewilligunge, so von den Prelaten gesehen und gegeben, erzeigenn und vorhalten und one vorzugt die Ämpter, Closter und gefelle hochgemelt Sr. Churf. gn. abetretten und einreumen, die bezalunge Trer ausgethanen heuptsummen mit den gewontlichen Zinsen auff tregeliche tagezeiten aus der bewilligten Steur gewertig sein."

Von jetzt an soll, so verlangen sie, nichts mehr verpfändet werden. Wenn dies ferner unterbleibe, wollen die Städte (mit Ausnahme von Seehausen, Osterburg und Werben) folgende Vorschläge machen: „von nachfolgenden guetern ehliche Jar langt, wie sich die Stende vorgleichen werden, so innerhalb lands pleiben, nachfolgende gelbt, wie studeweis vorzeichnet, von den herrn, prelaten, grassen, freyhern, vom Adell, Burgern, paurn, Muellern, Schaffern und hirtten zu geben, nemlichen“:

3 Gulden von jedem Wispel Weizen,

1 " " " Roggen,

1 " " " Gerste,

1 " " " Erbsen,

1 " " 6 Gulden jährlichen Rehnzinsen,

1 " " jedem Pflugdienste,

1 Orth (= $\frac{1}{4}$ Gld.) von einem Gossathen-Dienst,

1 Gulden pro 100 Gulden, „so auff Zinse stehen, doch sollen dieselben, so solich gelbt und pacht in Stebten zu vor-schossen vorhafft, hievon ausgeschlossen und nicht gemeint sein."

1 Orth von jedem Pferde,

4 Groschen von jedem Haupt Rindvieh, „so uber ein Jar alt ist",

1 " " " Schaf,

1 " " " Schwein, welches älter als 1 Jahr ist,

2 " " " Bienenstock,

1 " " jeder Ziege,

1 Gulden für jeden Großknecht,

- 12 Groschen für jeden Mittelknecht,
- 6 " " " Zungen,
- 1 Orth für jede Großmagd,
- 4 Groschen für jede „Kleine Magd“.

„Folgt, was die Außendischenn und Inlendischen kauffleute und die
 Jenigen, so Korn und allerley wohre außerhalb landes furen, geben solten
 zu wasser und lande.“

- 2 Gulden vom Wispel Weizen,
- 1 " " " Roggen, Gerste, Hafer,
- 2 " " " Hirse, Mohn, Erbsen,
- 3 " " „Flosse“ Holz,
- 2 " von jedem Pferde, welches 30 Gulden werth ist,
- 1 " " " " " 15 " " "
- 1 Orth " " " " weniger Werth hat,
- 8 Groschen von jedem Ochsen,
- 4 " " jeder Kuh,
- 1 " " jeden Kalb,
- 2 " " jeden Hammel,
- 1 " " jeder Ziege,
- 1 " " jeden Bock oder Schaf,
- 2 " " jeden Schwein,
- 7 " " 1 Tonne Butter,
- 8 " " 1 Wispel Hopfen,
- 4 " " 1 Centner Speck oder Schmalz oder Unschlitt,
- 1 Gulden von 1 Centner Leder,
- 1 " " 100 Kalbsfellen,
- 1 " " 100 Schaffellen oder Bockfellen oder sämischen Fellen,
- 1 Orth von 100 weißen Schmorfishen,
- 2 Gulden von 100 Füchsen,
- 4 Groschen von 1 Tonne Honig,
- 8 " " 1 Centner Wachs,
- 1 " pro Stein Flach,
- 4 Pfennige pro Stein Hanf,
- 4 " von jeder Tonne Theer,
- 1 Groschen von jedem kleinen Stein Woll,
- 4 " " " Tuchgewand,
- 3 Gulden " " Paß Leinwand,
- 1 Orth pro Duzend Bettzügen,
- 2 Groschen von jedem Sägeblock,
- 1 Gulden pro Schock Bohlen,

- 1 Gulden pro Schock Latten oder Bretter,
- 8 Groschen von jeder Tonne Hecht,
- 6 " " " " " Kulper,
- 2 " " " " " jedem Gulden, „dafür lebendige und tode fische
gekauft und vorfurt werdenn“,
- 4 " von jeder Tonne gesalzeneim Mehl und von jeder
Tonne Härme,
- 4 " von jedem Centner Wels,
- 1 Pfennig von jedem Schock Krehse.

„Von den Magdeburgischen, Zerichowischen und andern ausländischen
korn, so zu wasser durch die marck gefurrt, so soll der kauffman geben,
wie volget“:

- 2 Gulden vom Wispel Weizen, Gerste oder Roggen,
- 1 " " " " Hafer,
- 5 " von jedem Floß Holz oder Bretter.

Auf der Assen (Are):

- 1 Gulden pro Wispel Weizen, Gerste oder Roggen,
- 24 Groschen pro Wispel Hafer.

3) „Unser gnedigster her der Churfurst zu Brandenburgt Bedenckt an
furschlegen in diesen hohen obliegenden sachen zu bedenden und darauff zu
handeln sein.

Zum Ersten, das von der bewilligten Biersteuer mochten die schulde
und Zinse, uff S. R. F. G. Ambten, Klostern und gefellen vorschrieben,
abgelegt und bezahlt werden, und das die Stende hetten die andern vhorigen
schulde untter sich nach gelegenheit geteilet und abgelegt und dazu jeder
teill nach seiner besten bequemigkeit die anschlege, die Ine am leidlichstien
und treglichstien sein mochten, hetten gerichtet, und dieser anschlagk wurde
den Stenden so unmöglich, wie sie vielleicht bei sich erachten wurden, nicht
sein, dan s. l. f. g. wo die stende diesen anschlagk willigen wurden, einen
vertraueten ausschus in geringer anzall, davon, wie es umb die schulde
gelegen, die anzeige thun wolttten, daraus sie solchs befinden wurden.

Und wiewol S. l. f. g. diesen furschlagk fur den richtigsten, besten
und den sachen bequemsten achten, auch denselbigem am allerliebsten bewilligt
sehen, wo der ummer bei den Stenden zu erhalten, wo aber die Stende
des bedenden hetten und sich darauff nicht kontten vorgeleichen, alsdan be-
bedchten s. l. f. g. dohin zu handeln, der sachen nutzlich und furderlich sein.

Das die Biersteuer, wie die bewilligt, noch uff etzhliche Jar lenger zu
geben mochte in gemein bewilligt und davon die vorpfandten Ambtter,
Kloster und gefelle, auch die andern schulde gelebigt und bezahlt werden und

des zu besserer hülffe desselbigen, damit auch die Biersteuer bester ehe abgekürzt werde, die von Prelaten und Ritterschafft hetten zweymal hundert Tauffent gulden, und die von Stedten Dreymalhundert Tauffent gulden der schulde zu sich in die alte steuer zu bezaln, doch yedem theil an seiner alten gerechtigkeit und herkomen unschädlich, angenommen, und das auch zu leichterer ausrichtung und ablegung der andern ubrigen schulde mochte dieser Zusatz geschehen, das die frembden auslendischen, so an korn außer oder Inner Landes zu vorschiffen einladen, von yedem winspell Roden und gersten einen Taler, von einem winspel weizen zwen Taler und von einem winspel habern einen halben Taler hetten gegeben, und die einlendischen, so korn vorschiffen, von einem winspell Roden und gersten einen halben gulden, von einem winspel weizen einen gulden, und von einem winspel habern ein Ort hetten gegeben.

Item das von allen Stenden ein yeder, so korn an Roden oder Gersten inner Landes vorkauffen oder kauffen und voreußern wurde, hette der vorkauffer von yedem scheffell sechs pfennig und der kauffer auch so viel gegeben.

Aber von einem scheffel weizen der vorkauffer einen groschen und der kauffer auch so viel, und dan von einem scheffell habern der vorkauffer vier pfenning und der kauffer auch so viel hette gegeben.

Item ein dienstnecht Zerlich einen Ort, Eine dienstmagdt vier groschen und ein hausgenosß auch vier groschen.

Item das auch die frembden, so an fischen, honig, hanff, flachs, fell, viehe oder wollen Inner Landes kauffen, wes nach achtung der Landstende Rath und bedenden nach davon mochten geben, uff das sich die Biersteuer bester ehe enden und man zeitlicher aus der Last komen mochte. Und dieses weren anschlege, so die vormogenden und unvormogenden, Einlendischen und auslendischen tragen musten und keiner fur dem andern beschwerth wurde, und wurden solche anschlege allen stenden auch viel leidlicher und treglicher sein, dan so es uff die hufen oder sunst die guter gesagt, do auch der Armut unmöglich, uber vorige steuern davon mher zu geben."

Auf einem besondern Blatte finden sich dann einige Aenderungen: für die Durchfuhr jedes Wispels Korn, gleichviel ob zu Schiffe oder per Are, soll 1 Thaler bezahlt werden. Kein Korn soll anf anderem Wege als über Lenzen eingeführt werden; für den Wispel Weizen wird dann ein Zoll von 2 Gulden, für den Wispel Roggen oder Gerste ein Zoll von 1 Gulden vorgeschlagen, 8 Groschen pro Wispel Hafer, 1 Gulden pro Wispel Erbsen, 8 Groschen pro Wispel Hopfen.

In einer zweiten, wohl späteren Reihe von Vorschlägen acceptirt der Kurfürst den Oberständen gegenüber, nachdem er denselben für die Be-

willigung des Bier- und Hufengeldes auf 14 Jahre gedankt hat, im Wesentlichen die von den Städten gemachten Vorschläge.

Alle Stände sollen 4 Jahre lang von allem Korn, welches sie anbauen oder von ihren Pächtern erhalten, 2 Groschen pro Scheffel Weizen, 11 Pfennig pro Scheffel Roggen oder Gerste, 6 Pfennig pro Scheffel Hafer zahlen.

„Und weil inn deme ungleichheit möchte sein, das eyliche das Ire an Korn, Ackerbau und pächter, aber eyliche an Zinsen eynzutomen haben, Stellen S. Churf. gn. in der Prelaten und Ritterschafft bedenden, ob auch was daruff gelegt, und so was davon gegeben werden solte, halten S. Churf. gn., das es daruff möchte angeschlagen werden, nemlichen:“ Nun folgen im Wesentlichen die Vorschläge der Städte, nur wird vor dem Titel: 2 Gulden vom Wispel Hirse eingeschaltet: „Disen hernach gefakten Anschlagt solten die Auslendischen und Einlendischen, so an volgenden städten einkeuffen oder sonst an sich bringen, und außer Landes treiben und furen, tragen und in deme di Zollfreyenn Stette dise vier Thaer uber auch nicht vorschonet werden.“ Dann schließt die kurfürstl. Proposition mit folgendem Passus: „Weill dann auch inn Stettenn viel seinbt, di nicht Ackerbauern noch Korn einzukamern haben, bedechten s. Churf. g., das di von Stetten hetten eine Ahnsehelyche Summa der Schulde aus der altenn bewilligten Steuer zu vorzinsen und abzulegenn zu sich genommen, und das ausgangen der vier Thaer das Biergeldt und gibellgeldt wurde biß zu ablegung aller diser Schulde gegeben die bewilligten 14 Thaer, so ferne daß so lange wurde vonnothen seinn und di schulde nicht ehr abgelegt wüirden.“

4) Verhandlungen des Landtages vom 30. April bis 12. Mai 1550.

a. Erklärung der Prälaten und Ritterschafft vom Mittwoch nach Jubilate. (30. April.)

Sie hätten lange, aber vergeblich mit den Städten unterhandelt, und zwar hätten sie den Städten eine Verlängerung der Biergeldbewilligung von 8 auf 14 Jahre vorgeschlagen und das Giebelgeld wie vor einem Jahre zu zahlen. Die Biersteuer treffe alle Stände gleich: „weren woll so viel pauern usm lande als burger in stedten, müssen alle tringten und geben, hetten auch die stedte daran nicht schaden, dan sie kauffen gersten und hopffen wolfeill und leichte“. Sie versteuern vom Wispel 10 Tonnen und fabriziren doch daraus 15 oder 16 Tonnen. „Und ob wol in stedten nicht alle burger brauer weren, so müssen doch die andern auch mitgeben. Aber der landtschafft leute konbten nicht hoher beschwert werden, konbten auch nicht ertragen; aber in stedten sehe man Ir zunehmen an haufschmugf

und sonst und wolten also die landstende mit erlangung des birgelbes und gibelgelbes, so ferne es die stede auch wurden also bewilligen, gerne helfen und hoffen, es solte die Zeit uber etwas großes tragen und uns auß beschwerung helfen.“ 2c.

Das Biergeld treffe sie ebenso wie die Städte.

„Und ob die stede wol sagten, man hette usm lande bei praelaten und adel das hier umbsonst, so müssen sie doch Ire heuser und gefinde damit ushalten, und dozu Jeder man, sie und die Iren, das hier in steden bezaln. Es hette aber, was sie den steden eingesagt, nicht geholffen, sondern die von steden hetten gesagt, wo kein ander mittel wurde furgeschlagen, wußten sie dieses nicht zu willigen, hetten auch keine volmacht dorauff und weren von uns reverfirt und hetten artidel, das, wo die biersteuer der acht Jar zu bezalung der schulde nicht wurde zureichen, das als dan die landstende von Iren guthern auch solten geben, do doch von alters gehalten, das die stende durch Ire leute einen und die stede zwen teil in solchen sellen hetten gegeben, und hetten sich die stede alleine vornhemen lassen, wo sich die prelaten und ritterschafft auch angreuffen und helfen wurden, das sie auch was thun wolten, do sie sich doch sampt Iren pauern albereit gnugsam angegriffen und von Iren Zinsen, Sattorn, hufen, viehe und allen andern gegeben; were auch alhie oder in andern landen nicht breuchlich, das die von prelaten oder ritterschafft solten steuern, konbten derohalben uf kein ander mittell bewilligen.

Sie hetten auch etliche beschwerungen, bitten dieselbigen zu erlebigen; wer das gesehen, sol Ire zusage volgen.“

b. Verhandlungen mit den oberen Ständen vom Sonnabend Cantate (3. Mai).

Durch die weitere Bewilligung des Giebelgelbes und des Biergelbes sei die von den oberen Ständen übernommene Summe auf 400 000 Gulden gebracht, den Rest müßten nunmehr die Städte tragen. Es kommen dann wieder auf diese zwei Drittel, auf die oberen Stände ein Drittel der Steuer. Zur Aufbringung der von den oberen Ständen übernommenen Summen schlägt der Kurfürst folgenden Modus vor: dieselben sollten zunächst von vornherein 200 000 Gulden übernehmen, außerdem das Giebelgeld auf 14 Jahre dem Kurfürsten überlassen und von jedem Dienstpferde auf 5 oder 6 Jahre 20 Gulden zahlen. Gegen die letztere Steuer remonstriren dann die oberen Stände lebhaft, gehen aber doch schließlich sowohl auf diese, als auf die Ueberlassung der Giebelsteuer ein, dagegen wollen sie von vornherein nur 100 000 Gulden übernehmen, zunächst aber genau über die Höhe der Schuld orientirt werden, damit sie wüßten, wie viel

auf die Städte kommen würde. Sie sahen aber für gut an, daß die Städte das Giebelgeld auch bezahlten.

c. Verhandlungen am 5. Mai (Montags nach Cantate).

Der Kurfürst theilt den oberen Ständen mit, daß die Städte den Rest der Steuer bewilligt hätten, doch sei ihnen nach altem Brauch noch gestattet worden, an ihre Gemeinden zu berichten; so lange müsse man sich noch gedulden.

Zu den vorigen Einnehmern schlägt der Kurfürst noch folgende zu verordnen vor: Joachim Quast, Jacob v. Arnim, Dittrich Ritzingk und den Bürgermeister von Stendal, Schönermark.

Die Stände verlangen nun, daß die Städte sich durch Revers zur Bezahlung des Restes der Schuld verpflichten. Außerdem könnten sie, die oberen Stände, etwas Definitives noch nicht bewilligen, da die Städte ja auch den definitiven Entscheid schließlich wieder von ihren Gemeinden abhängig gemacht hätten.

d. Am 7. Mai erklären dann die Städte:

Von der auf 8 Jahre bewilligten Biersteuer könne der größere Theil der Schulden bezahlt werden; was noch übrig bleibe, dafür müsse ein neuer Modus gefunden werden. Denn eine weitere Bewilligung der Biersteuer werde doch in erster Linie die Städte treffen. Und noch mehr Lasten als jetzt könnten sie nicht tragen.

e. Antwort der Oberstände auf die neuen Propositionen der Eingangs-, Ausfuhr- und Durchgangszölle zc. Donnerstag nach Cantate (8. Mai).

Sie erklären, ihrer Bauern wegen darauf unter keinen Umständen eingehen zu können: man solle bei dem alten Brauch bleiben und die Städte zwingen, sich dem anzuschließen, zumal in 14 Jahren die Sache gewiß abgestellt sein werde. Die neuen Vorschläge „wären vielleicht von den Städten gemacht“. Man könne dieselben darum nicht acceptiren, weil „die Leute Ir korn im lande nicht wurden keuffen und sie selb kondtens wegen des uffages auch nicht vorschleffen, wurde bene von dankigt und andern die thür geoffendt, Ir korn bester mehr ghen hamburgk zu schiffen“.

Sie bestehen auf ihrer bisherigen Bewilligung des Bier- und Giebelgeldes und wollen außerdem 100 000 Gulden auf sich nehmen, die Städte sollen 200 000 auf sich nehmen.

f. Erklärung der Städte von demselben Tage.

Sie sprechen ihre Verwunderung aus, daß die Oberstände auf die neuen Vorschläge nicht eingehen wollen. „Die Oberstände machen nur

Worte“. Giebelgeld und Biergeld haben sich doch in der jetzigen Form als unzureichend erwiesen, letzteres namentlich darum, weil die Bauern es nicht bezahlen. Bei ihren Vorschlägen aber hätten die Fremden ebenso gut wie die Einheimischen bezahlen müssen. „Do auch die andern stende wolten lieber sterben dan die furschlege annehmen, were hoch zu wundern. Bitten, sie aber mit der stende furschlege zu vorschonen und sie fur den gleubigern, die sie anfallen, mochten schutzen, oder sie muften sich selv schutzen; wurden die ufm lande sehen, ob sie kondten sicher sein, do die stende mehr sichrung haben.“

Am Tage darauf erklären die Städte weiter: Die neuen Vorschläge würden über 100 000 Gulden eingetragen haben. Nur so könne auf einmal der Kalamität abgeholfen werden. Sie wünschten dann Angaben über die Höhe der Schuld.

Darauf erwidert der Kurfürst, Angaben über die Höhe der Schuld werde er machen, doch müßten sie sich erst erklären, was sie thun wollten. Reinesfalls könnten jene Angaben öffentlich gemacht werden.

Darauf erklären die Städte weiter: In zwei Quartalen seien vom Biergeld auf dem Rande nur 4000 Gulden eingegangen. Hieraus ergebe sich klar, daß dasselbe fast ausschließlich auf den Städten lasse. In Fürstenthümern seien allein in einem Quartal 1000 Gulden eingegangen, im letzten Quartal aber nur 400; andere Städte und Flecken hätten jetzt gar nichts mehr eingebracht, da wegen der Höhe der Steuer weniger Bier konsumirt werde. Sie sähen daher, wenn ihre neuen Vorschläge nicht angenommen würden, keinen Ausweg und bäten um ihren Abschied. Diese Erklärung ergänzen sie am folgenden Tage dahin, daß sie versuchen wollten, von ihren Auftraggebern die Uebernahme von 400 000 Gulden zu erreichen, wenn die andern Stände 300 000 Gulden zinsbarer Schuld übernahmen.

g. Die nachfolgende undatirte Beschwerdeschrift der Prälaten, Grafen und Ritterschaft muß in diese Zeit fallen, da in der unter h. abgedruckten Erklärung der Städte vom 11. Mai bereits auf dieselbe Bezug genommen wird. Die Schrift enthält folgende 25 Punkte:

- 1) Es soll nicht mehr als eine Kanzlei gehalten und die andern abgeschafft werden.
- 2) Es soll nur eine Versiegelung, zugleich im Namen der Landstände, stattfinden.
- 3) Bei allen Fändeln und Urtheilen sollen zwei adlige Landräthe zugezogen werden.

- 4) Eine Mentei soll gehalten werden.¹⁾
- 5) Ueber die Provokatoren und Advokaten soll eine Ordnung aufgestellt werden.
- 6) „Das den prelaten, hernn unnd den vom adell Ire gestifte, lehen, so in den Stedten und dorffern in die lasten eingeschlagen, widerumb zugestalt, und Iylicher seiner leihung muge frei stehen.“
- 7) Eine Regelung des Münzrechtes müsse geschaffen werden.¹⁾
- 8) Auf gleiches Maß und Gewicht solle gehalten werden.
- 9) Die öffentliche Waage in den Städten soll so eingerichtet werden, daß die Leute vom Lande nicht übervorthelt werden.
- 10) „Weil die aus den stedten allerlei Newerung und auffseze suchen, Erstlich die Leinweber wollen nicht gestaten, das auf den dorffern Ires hantwercks sein sollen, desgleichen Schneider, Rademacher, Tuchscherer unnd dergleichen, die man auf dem lande keinswegs entrathen kan, sonderlich die hofessen sein, Bitten die beiden stende Ir. Churf. g. wollen diß gnedigst obeschaffen.“
- 11) „Befinden diese beiden Stende, das die von stedten gersten, hopffen unnd allerlei kornn sezen, wie tewer es sol verkauft unnd bezalt werden, desgleichen den Bierlauff ohne alle vorberebung selbst sezen, Bitten diese beiden stende, das Churf. g. wolle gnedigst verordnen, das alle Jar diese beiden stende ehlliche zu gemeinen Rathschlegen mugen verordnen, damit hinter Snen das Lantkornn, Bier unnd allerlei whar dergestalt nicht gesezt, Besondern mit eintracht dasselbige nach gelegenheit Iylichs Sars mugen sezen.“
- 12) Die Unterthanen sollen nicht wider die Herrschaft „vorgleitet“ werden.
- 13) Der Zoll zu Neustadt im Lande Ruppין möge abgeschafft werden.
- 14) Ihre Siegel in Versiegelungen und Auslöfungen sollen ihnen wieder zugestellt werden.
- 15) Etliche vom Adel verschreiben, ihren Gläubigern zum Nachtheil, ihre Güter ihren Frauen zum Leibgedinge. Dies soll abgeschafft werden.
- 16) Die wüsten Felder, welche man den Bauern zum „Huvelorn“ überlassen, maßen diese sich zu erblichem Besiz an. Dies soll abgeschafft werden.
- 17) Spezielle Bitten der Herren v. Brißl und Spilo.
- 18) Beschwerde über die Jäger.
- 19) Die Ritterschaft beschwert sich, daß man sie aus ihren Gütern vertreibe.
- 20) Beschwerden wider die Amtsleute.

¹⁾ Die unter 4 und 7 aufgestellten Positionen sind durchgestrichen, ohne daß die Uammern der folgenden geändert wären.

21) Das Kammergericht entscheide gleich nach dem ersten Verhör endgiltig.¹⁾

22) Das Kammergericht macht dem Adel Vorschriften über sein Verhalten gegen die Bauern.¹⁾

23) Trotz der Erlaubniß, daß jeder von einem Scheffel Malz Bier brauen dürfe, hätten die Städte den armen Leuten die Kessel fortgenommen.

24) Das Kammergericht verschleppe manche Prozesse 20—30 Jahre, „darüber oftmal mehr verzerrt, dan die heuptsache tregt“.

25) Die Ritterschaft hat bisher Hütung auf den Feldern und Forsten des Kurfürsten gehabt; sie beklagt sich, daß sie den Heidereitern dafür jetzt 24 Groschen statt 6 Groschen früher bezahlen müsse, wenn sie Lagerholz holen lasse.

b. Schluß der Landtagsverhandlungen 11/12. Mai.

Am 11. Mai nehmen dann die Städte auf die unter g. mitgetheilte Beschwerverdschrift der oberen Stände Bezug und verlangen deren Mittheilung. Ob diese erfolgt ist, läßt sich aus dem vorliegenden Material nicht beurtheilen.

Dabei bleiben die Städte mit aller Entschiedenheit stehen, daß sie 600 000 Gulden, wie der Kurfürst forderte, nicht zahlen könnten; sie hätten von der alten Schuld noch 200 000 Gulden abzutragen und würden so wie so noch 30 Jahre zu thun haben, ehe sie völlige Ordnung geschaffen hätten. 400 000, allenfalls auch 500 000 Gulden hoffen sie von den Ihrigen bewilligt zu erhalten.

Bei dieser Erklärung verharren sie auch am 12. und machen nun für die Verzinsung der noch übrigen 100 000 Gulden folgenden Vorschlag: „das, weil usz frembde Korn wurdet uffsatz gelegt werden, das der rethmeister dasselbige soll einnehmen und den stedten Ir vorzinsung der einmal hunderttausent Gulden, so weit es zureicht, vorreichen, do es aber zu den Zinsen nicht zureicht, will kurf. g. dasselbige auß Irer kamer ersuln, bissolange dse suma von dem birgelde zu bezaln furgenohmen wurdet.“

Sie müßten erst wieder mit den Ihrigen unterhandeln und würden dann am Sonntag Trinitatis (1. Juni) wieder nach Berlin kommen, wo der Ausschuß am Tage Corporis Christi (5. Juni) zusammenkommen solle.

¹⁾ Bei Position 21 und 22 findet sich die von Weinlob herkommende Randbemerkung: tollatur.

i. Die Resultate der Verhandlungen des Landtages werden dann fixirt in Folgendem:

„Sumarien verzeichniss des beschlusses diß landtags, Montags nach vocem Jocunditatis (12. Mai) Anno L beschloffen.

Uff gehaltene fleißige und lange unterhandlung zwischen den landstenden und steden hat unser gn. her letztlich erhalten, das die landstende von prelatten und der ritterschafft haben bewilligt, von den neuen schulden 100 000 gulden, doch außer der Zins, so albereit dorauff retardirt, zu sich in Ir alt register zu nhemen und zu bezaln, wie auch solche suma unter Sine ausgeteilt und Jedem orthe, wes schulde er bezaln soll, vorzeichnus gegeben worden.

Doruber haben sie bewilligt, das sie selb von Jedem dinstpferde, so sie zu halten und unserm gn. hern damit zu dienen schuldig, Jedes Jar wollen XX gulden geben und solchs V Jarlangt also Zerlich von dem pferde XX gulden wollen geben und thun, und sind die geistlichen von stifften und klostern auch uf etliche pferde angeschlagen, wie sie den anschlagt unter sich haben.

Item sie haben weitter bewilligt das gibelgelbt, also das Jeder Irer pauern soll uff 14 Jar langt ein hufner I gulden und ein Goffat, schmid, molter, scheffer $\frac{1}{3}$ gulden Zerlich geben, und diß gelbt von pferd und gibelgelde soll Zerlich in einen sondern kasten, der zu Berlin stehen soll, einbracht und geschut werden, dozu auch einnehmer vorordnet sein, davon soll das rest der schulde, wie Sine des ein register soll zugestelt werden, und diß haben die landstende so weit bewilligt, so ferne die stede wurden das rest der ubrigen schulde zu bezaln annehmen.

Zum andern ist bewilligt und beschloffen, das von dem birgelde, so in steden und ufm lande auskomet, sollen die vorpfindten ampte, gefelle und kloster eingelaset werden, ist biß in sechs mal hundert tausent gulden die suma geachtet und angeschlagen.

Zum dritten ist mit den steden gehandelt, das sie dieser schulde sechs mal hundert tausent gulden zu bezaln sollten annehmen. Es haben sich aber Ire geschickten uf fünfmalhundert tausent bei den Iren zu handeln und so viel ummer moglich, zu erhalten erpotten. Ist auch umb das ubrige 100 000 viel mit Sine gehandelt, do sie sich letztlich erpotten, dieselbigen von dem birgelde, wan die andern sumen bezahlt, zu vorzinsen und abzulegen. Weiß aber nicht mehr oder anders bei Sine konen erhalten werden, Ist es dobei blieben, das solche suma der 100 000 Gulden sol von dem birgelde zu legt auch abgelegt und vorzinst werden, aber mitter Zeit soll die vorzinsung, doran von dem neuen auffsz des Magdeburgischen und frembden korns, so durch das landt geschift und gesurt wirdet, geschehen, das soll der rath-

meiſter einnehmen und die vorzinsung ausgeben oder den ſtedten zuſtehn, und wurde man die Zinſe davon nicht ſonen erreichen oder erfolgen, hat unſer gt. her bewilligt, die volle vorzinsung indes auß ſ. l. f. g. kamer zu thun. Es haben auch die ſtedte bewilligt das birgelbt ſo lange zu geben, biß dieſe abgeſetzte ſchulde, ſo davon ſollen erlegt werden, alle bezahlt. In maſſen auch die landſtende das birgelbt bei den Sren noch uff 14 Jar lang bewilligt, und iſt leßlich vorlaſſen, das die ſtedte Sre geſchickten ſollen vorordnen uff Trinitatis ſchriſt wider alhie einzukomen und als dan zu endtlichen zu ſchliſſen, und das dornſtags hernach der ausſchuß ſol einkomen und neben den ſtedten etliche gemeine land und poſtey ſachen handeln und ſchließen.“

5) Sonderverhandlungen mit den Städten im Juni 1550.

a. Schreiben des Kurfürsten an die Städte.

Undatirtes Konzept im G. St. A.

„Joachim ꝛ.

Nach deme euere, auch andere unſerer ſtedte abgefertigte in leygehaltenem landtage vorlaſſen, das die ſtedte Sre vorordenten zu beſchluß der ſachen, welche alhie gehandelt worden, ſolten widerumb abfertigen uf den Sontag Trinitatis ſchriſt alhie einzukomen, Beghern wir gnediglich, wollet die euern alſo berurt ſontags mit vollermacht hiehero ſchicken, in dieſen mercklichen hohen unmeiblichen obliegen, was der herſchafft und euch ſelbs zu vorhutung vorderbs und nachtheils notigt und nicht vorhutt werden kan, unſerer ſonderen gnedigen zuvorſicht nach mitzuſchließen und euch in deme als die treuen unterthanen, wie Ir allewege treulich gethan und erzeiget, ferrer vorhalten, auch wollet mit denſelbigen euern anteil des neubewilligten birgeldeß, ſo viel das biß quartall bei euch gefellig ſein wirdet, mit zur ſtedte ſchicken, dan die vorordenten einnehmer als dan auch beſcheiden ſein daſſelbige einzunehmen und zu vorhutung ſchadens und nachtheils außzugeben.“

b. Einbringen der Städte. Mittwoch nach Trinitatis. (4. Juni.)

In etlichen Städten habe man ſich trotz der Noth, die durch die fortwährenden neuen Steuern entſtanden ſei, erboten, 500 000 Gulden zu übernehmen, wenngleich man ſich über die Art der Aufbringung derſelben noch nicht einig ſei.

Doch mußten die Uebergriffe der Amteute in den ſtädtiſchen Holzungen, Wieſen und Aekern abgeſtellt werden, ebenſo die Gnabengelber. Ferner müſſe für ihre Beſchwerdeartikel Remedur geſchaffen werden.

Aus den kirchlichen Gütern, die der Kurfürst sich mißbräuchlich anmaße, sollen vielmehr die Kirchen erhalten und Stipendien für arme Studierende ausgesetzt werden.

Die Ämter seien mit hohen Personen besetzt: mehrere Ämter müßten, wie das in anderen Ländern geschehe, vereinigt und unter einen Amtmann gestellt werden.

Sie bitten, sie mit ferneren „Versiegelungen“ zu verschonen und die „haushaltung dahin zu richten, das kein unrath kome“.

Sie bitten, Gleichheit in der Biersteuer zu schaffen. In Fürstenwalde zahle man mehr Biersteuer als in Frankfurt.

Aus den vielen Ranzleien und Rentheilen entstehe „großer Unrath“. Dieselben gäben die eingenommenen und ausgegebenen Summen unrichtig an.

Sie klagen über Unsicherheit. In Gardelegen werde den Einwohnern schon vor der Thür ihr Eigenthum geraubt; „man sollte knechte als knechte handeln, Sunder als Sunder und keinen unterschied halten“.

Wegen etlicher Artikel bedürfen sie noch einer Unterredung und bitten, sie nicht lange aufzuhalten.

Frankfurt, Müncheberg, Ruppin, Prenzlau, Rehlin, Rathenow und einige kleine Städte wollen sich in ihren Reklamationen nach Brandenburg richten.

„Hetten leute also beschwerung und sorgen der unmöglichkeit halben gehabt, weil sie aber von Tren zu willigen nicht bevelh hetten, bitten dahin zu schicken und zu handeln lassen, petunt ad alios certos der 100 000 gulden halben colloquium.“

c. Diese Beschwerden und Bitten werden dann am 5. Juni in folgender Weise von den Städten fortgesetzt:

In Kirchen mangle viel; bei der Visitation seien Unordnungen vorgekommen. In Brandenburg fehlen 130 Gulden jährlich, die vom Rathhause gegeben werden müßten. „Bitten die kirchen von stiften und sonst zu besteln.“ Stipendia seien dringend nothwendig; „dan das landt auch albereit also vorarmet, das nicht XX vormogen Ire kinder zu unterhalten“.

Mit den 100 000 Gulden bitten sie nochmals verschont zu werden. „Beschweren die hohe erhöhung des holzes uber alle steuer, etliche haben das holtz nicht nahe, müßens weit holen und volgen adel und prelaten mit der erhöhung. Bitten unsere erhöhung fallen zu lassen, weil sie dan igo mehr thun dan sie vormogen, bitten sie weitter nicht zu beschweren.“ Die von Hamburg laufen im Lande viel Holz auf. Durch die Kornausfuhr sei Blankenfeld und Tempelhof große Beschwerde zugefügt; dieselbe hätte

in diesem Jahre dem Lande einen Schaden von über 50 000 Gulden zugefügt: „sie machten aber korntewerung, schlahens hoch an, bezaln ein schiff zwei, drei und fielen halbe damit; das thetten sie mit gewaltd und frevel“.

Wegen des Bierbrauens der Bauern machen die Städte folgende Vorschläge: „Das den pauern das brauen anders nicht gegondt wurde dan wie von alters der kesseltobendt und in der ernbt einem huffner II scheffel malz, einem Cossaten I scheffel malz, dan sie es sonst nicht ließen, und braueten auch die hirtten.“

Man solte es dorumb nicht weitter gestadten, dan in der alten margt braueten die pauern noch nicht, mochten sonst angeleitet werden. So were es umb Brandfurd auch noch nicht eingerissen; und geschehe solch brauen in der mittelmargt, udermargt, lande zu Stuppin und prignitz.

Konbten also willigen, das die pauern alleine zwischen Johannis und visitationis Marie hetten malz gebrauen und weitter nicht, und das man den moltern hette in Ire eide gepunden, auch ein straff ufgesetzt, doruber keinen pauern malz zu malen, und do es geschehe, das der molter und pauern hetten was vorsehen, das auch niemands gestadtet außer landes zu malen, und hieruber mochte von dem landreiter gehalten werden.“

d. Beschwerdeartikel aller Städte des Kurfürstenthums, überreicht am 5. Juni.

„Artickel und beschwerunge aller Stedte des Churfürstenthumbs der Margt zu Brandenburg, Churfürstlichen gnaden zu Brandenburg, unserm gnedigsten herrn, ahm tage Corporis Christi anno 1550, dieselben gnediglichen zu erledigen, untherttheniglich übergeben.“

Erstlichen bitten die von Stedten auffß unthertthenigst, zu furderunge auch erhaltung der rechten wahren Christlichen Religion, aus ethlichen Clostern und Stifften XVI stipendia zu vorordnen, davon ethliche Junge gesellen, so zum studio geschickt, zu unterhalten, und ethwan einem Jeden auff drey Jar mit vierzig gulden zuvorschen, damit man gelarte leute im lande erziehen möchte, der herschafft, landen und leuten zu dienen.

Es werden auch viele in Stedten von den zuge schlagenen summen und einkomen, damit sie pfarhern, Schul- und kirchendiener erhalten sollen, beschwerdt, in dem die von Adell und andere solichs ausbitten, auch ein theils nicht entbrichten lassenn und ein theils alhie in das Newe stadt Coln geschlagen werden, dadurch dan lezlich die kirch- und Schuldiener nicht konen erhalten werden, und alle gothliche Empter fallen müssen, Bitten solichs gnediglich abzuschaffen und nochmals die vortroste visitation in allen Stedten furderligst geschehen und was nochmals nicht bestaldt und vorordnet, nochmals zu bestellen und vorordnen zu lassen.

Und bitten die von Stedten, das die paurn in den dorpffern, unter denen von Stedten gelegen, auch Iren burgern zugehörig, und sonst von allen burger lehenen mit Irem steuren denen von Stedten in diesem obligen zu hilffe komen mochten. Das auch die Burglehenen und freye heuser in den Stedten bei den Stedten plieben und einer Jeden Stadt, darinnen die gelegen, Ire steuren auch erlegen und in dem zu hilff komen, und das niemants in diesen steuren frey sein moge, wie dan auch niemants, ehr sey Eddel oder uneddel, hier Innen befreyet sein solle, und durch aus gleich zu steurn.

Und das auch volgens das newbewilligt hiergelt, ahn allen orten und sonderlich in den steden und dorpffern, so den herrn prelatenn, freyherrn und denen von der Ritterschafft zugehörig, mit mehrern vleys eingenommen, und die Register sampt dem gelbe vormittelt Irem Eide den einnehmern alle quartall übergeben.

Das auch ahn keinem orthē, da von alters keine browvesteden gewesen, New browvestede auffzurichten nicht muge gestadt werdenn, und do sichs Jemandts unterstanden oder noch unterstehen wurde, das die von Stedten, welchs orts auch das vorgenommen, denselbigen das browgerecht zu nehmen macht haben mugen.

Das sich auch keine handtwercks leute in den dorpffern heusslich noch sonsten erhalten, da von alters keine gewantt haben.

Eine ordenunge zu machenn, wie es im ganzen lande durch aus Inn Stedten und dorpffern mit den arbeitsleuten und tagelohnern Im essen, trincken, auch mit der belohnunge hinfurder gehalten werden solle.

Das auch die mannigfaltige fure, so den Stedten widder althertomen auffgelegt, abzuschaffen und ferner damit der gestalt nicht beschwern zu lassen.

Das auch die Gewerden und Zumpffte in steden zu erhaltunge eines Erbarn lebens, handels und wandels bey den althen gebreuchenn erhalten, daran und in kein eintrag gesehen lassen, sondern sie, der gnedigsten vortroftunge nach, dabey schutzen und handthaben lassen.

Das auch denen von Stedten hinfurder nicht auffgelegt, die paurnn auffm lande Ires Schosses halber zu pfanden, sondern dieselbenn durch die landtreitter und Ire Zundern solichs thuen lassen, in gnedigster erwegunge, das die von Stedten mit den Iren in Stedten one dis pfandens genug haben.

Und das nochmals die Juden, wie zu vielmaln gebetten, laut Churf. g. vorschriebunge außerhalb lands vorschafft mugen werden.

Das auch nicht dermaßen, wie bisher furgenomen, der muthwilligen

burger clagen angenommen, daruff befohlen und anher also fort gefurberit, sondern ahn sie zu schieben daruff legenbericht zu thundt.

Das auch die vorhojunge des holys widerumb abgeschafft und die ausfure des haw- auch borne holys zu wasser und lande abgeschafft und ferner nicht gestadt muge merbenn.

Die kruger Jenseitt prenglow holen das bier Immer zu Basewald und ionens also unvorzeisset schenden, one das zu prenglow kein bier geholet und weinig ahn der Reisse tragen wirbt.

Und das denen von Stedten hinfurder ahn Iren habenden privilegien, freyheiten, holzungen, Jagten und andern gerechtigkeiten kein eintrag gesehen, sondern dabey unvorrugt erhalten, und das, so Iren enthwandt, widerumb gnediglich zugestalt moge werden.

Als auch denen von Wusterhausen die holzunge In der Roddawe durch den volgt zur Newstadt entsezt und Churf. gn. sie laut Jr. Churf. gn. brieffe widerumb komen zu lassen gnediglichen vortrostett, wie dan auch elliche tage berehalben angefast, doch abgeschafft und die sach vorzogenu wirbt, wollen die von Stedten Jr. Churf. gn. gnedigsten zusage hiemit unthertzenigst und bittlich erinnert haben.“

e. Beschwerden einzelner Städte.

Berlin und Rön. Der Amtmann auf dem Mühlenhofe erhebt wider altes Hertommen und wider ihre Privilegien und Freyheiten Zölle. Diese sollen abgeschafft werden.

Sie würden in der Bestellung ihrer Erbwiesen und Aeder gehindert, die ihnen doch zur Abzahlung ihrer Schulden höchst förderlich seien.

Das Wehr in der Spree bei Rüpenick soll abgeschafft werden, da es ihnen sowie den Stralauern zu großem Nachtheile gereiche.

Stendal. Ihre geistlichen Lehen und Stiftungen seien ihnen entzogen, wodurch es ihren Kindern unmöglich gemacht werde, zu studiren. Die Hamburger und Lüneburger laufen in der Altmark Holz auf und führen es aus, wodurch große Theuerung entstehe.

In mehreren Dörfern werde widerrechtlich Bier gebraut. Die Einwohner von Salzweel und Gardelegen seien von der Hälfte der Biersteuer befreit worden, während sie die volle Biersteuer bezahlen mußten.

Alt- und Neustadt Brandenburg.

Der Amtmann von Plauen hat einen Theil ihres Aders für sich in Anspruch genommen; die Bauern zu Briesk haben auf Brandenburgischem Eigenthum Aeder angelegt; der Schäfer des Amts weide auf dem Eigen-

thum der Stadt. Sie bitten, die Sache durch den Kanzler und die Räte des Kurfürsten am kommenden Sonntag erledigen zu lassen.

Im Armenlasten der Altstadt ergebe sich für Besoldung der Kirchen- und Schuldiener ein Defizit von 130 Gulden, welches der Kurfürst aus einigen geistlichen Gütern decken zu lassen versprochen habe. Sie bitten um Ausführung dieses Versprechens.

Ein Hof in dem Dorfe Radewe sei für Almosen an arme Leute bestimmt; er ergebe jährlich drei Wispel Pacht; außerdem gehöre dazu ein von Albrecht v. Schlieben geschenktes Haus; sie hätten dafür 200 Gulden zahlen müssen und bitten, ihnen dies wieder zu erstatten, damit die Almosen weiter bezahlt werden könnten.

(Dabei befindet sich noch die Abschrift eines Briefes der Neustadt Brandenburg an den Kurfürsten, der nur Specialia enthält.)

Priegnitzische Städte.

Sie wollen von der Pfändung der Bauern im Dienste der oberen Stände befreit werden.

Viele Krüger und Bauern holen Bier aus Mecklenburg; die Bauern brauen Bier zu Hochzeiten und Kindtaufen. Wilsnack, Wittenberg, Putzig, Meidenburg und Freienstein brauen, zahlen aber die Biersteuer nicht; dadurch geschehe ihnen, den Petenten, großer Schaden.

Sie bitten um ein Holzaustruhr-Verbot und um eine Gefinde- und Vohnordnung.

Ferner beklagen sie sich über die Unsicherheit auf den Landstraßen.

Tangermünde.

Bürgermeister und Rath theilen dem Kurfürsten (d. d. Freitag nach Pfingsten, 30. Mai) mit, daß sie die Gemeinde zur Zahlung der auf Trinitatis bewilligten Landsteuer aufgefordert und darauf von dieser die beiliegende schriftliche Antwort (s. unten) erhalten haben. Die Bürgerschaft sei durch die Magdeburgische Fehde in große Bedrängniß gerathen; sie bitten deshalb um Erlass der ganzen oder wenigstens der halben Steuer auf vier Jahre.

Unterzeichnet vom Bürgermeister und Rath zu Tangermünde an der Elbe.
Orig. mit aufgeklebtem Siegel und voller Adresse im G. St. A.

Der Brief der Gemeinde (unterzeichnet: Meister der vier gewerd und ganze gemeine zu Tangermundt) liegt im Original bei. Sie führen an, die Herren von Borg hätten ihnen ihre Ochsen weggenommen, die Magdeburgischen zu Genthin hätten viele von ihnen „der gangen nahrung spoliert, zu deme etliche mit pferdt und wagen gefangen weg gefuhrt und gahr zu nichten gemacht“; dann haben ihnen die Magdeburgischen zwei Ruß- und

Schweineherden weggenommen. Die Kornschiffahrt, welche dem Hertommen nach den Bürgern zusehe, sei in den Händen des Adels, und deswegen sei das Getreide, namentlich die Gerste, sehr theuer. Außerdem brauen Viele unberechtigt Bier, namentlich im Zerichower Lande.

Dat. Mittwochs in den heiligen Pfingsten (28. Mai) Anno L.

Prenzlau.

Bürgermeister und Rathmannen theilen dem Kurfürsten (d. d. Freitag nach Viti, 20. Juni) mit, daß sie trotz ihrer dringenden Vorstellungen bei den vier Gewerken keine Bewilligung hätten erreichen können: dieselben hätten angegeben, sie könnten schon die alte Steuer nicht bezahlen, viel weniger noch eine neue übernehmen. Infolge der Biersteuer hole Niemand Bier aus der Stadt, sondern die Bauern brauen alle selbst oder holen ihr Bier aus den umliegenden Fürstenthümern, Pommern und Mecklenburg, wohin sie auch ihr Korn ausführen. Ihre Gewänder, Schuhe, Eisen und was sie sonst im Haushalt brauchen, kaufen sie ebendort. Dadurch seien alle Handwerker völlig verarmt. Sie können daher nicht dem Kurfürsten etwas zusagen, was sie doch nicht zu halten im Stande seien. Sie bitten den Kurfürsten, er wolle sie nicht „als Rebellen oder freveler achten, sondern sich Fries großen ahrmutz und unvormögents umb Gotts willen erbarmen lassen“.

Original mit Siegel und voller Adresse im G. St. A.

Dabei das Konzept der Antwort des Kurfürsten:

Er fordert sie nochmals auf, sich von der Bewilligung, welche die meisten andern Städte zugestanden hätten, nicht auszuschließen; „dan do es geschehe, wurden wir mit den andern schließen, und Ir müßet doch hernach volgen und den unglimpff dochu tragen“. Sie sollen am festgesetzten Tage Deputirte schicken und mit schließen.

Templin.

Bürgermeister und Rathmannen erinnern den Kurfürsten (d. d. Freitag nach Viti, 20. Juni) an ihre bisherige Steuerbefreiung wegen der wiederholten Brände in ihrer Stadt.

Original mit Siegel und voller Adresse im G. St. A.

Rathenow.

Bürgermeister und Rathmannen berichten (d. d. Dienstag nach Viti, 17. Juni) über ihre Bemühungen bei der Gemeinde: diese habe erklärt, Weinberge und Acker hätten sie wohl, aber es sei kein Geld vorhanden. Schließlich hätte man sich dahin geeinigt, daß die Rathmänner und „die Jenigen, so noch etwas haben“, bezahlen, aber für die Unvermögenden nicht

haften sollten. Mit der Beschickung der auf Johannis-baptistae angelegten Versammlung bitten sie, da sie bewilligt hätten, was sie könnten, verschont zu bleiben.

Außerdem hat die Gemeinde einige Beschwerden angezeigt: in Fabelberg, Perleberg, Seehausen, Stendal, Tangermünde und Angermünde seien von den Abtügen neue Weinberge angelegt, während früher dorthin ihre (der Rathenower) Weine verkauft worden seien. Ferner werde das Korn ausgeführt, und es komme daher bei ihnen keines zu Markte; sie müssen daher mit Lebensgefahr ihr Korn aus Magdeburg und sonst aus fremden Ländern holen.

Sie bitten deshalb um Abschaffung des Weinzolls, der von jenen auch nicht gezahlt werde.

Original mit Siegel und voller Adresse im G. St. A.

Nachschrift: Zum Behufe des Ausbaues des Pfarrhauses bitten sie, ihnen das Stück Holz um den alten Preis, nämlich um einen Groschen, zu lassen.

Dabei das Konzept der Antwort des Kurfürsten:

Er bestätigt den Empfang ihres Schreibens und fordert sie auf, wegen ihrer Beschwerden weitere, genauere Angaben zu machen; er werde dann darauf gnädigen Bescheid geben.

Gransee.

Bürgermeister und Rathmannen der Stadt Gransee schreiben an die in Berlin versammelten Deputirten der Städte, d. d. Sonntags am Tage Petri und Pauli, 29. Juni: die Gemeinde habe sich schließlich bereit erklärt, vom Siebel 40 Groschen und vom Schod Pfennige 8 zu zahlen. Mehr könnten sie nicht bewilligen. Ihr Fortbleiben von der Versammlung möge man mit der bei ihnen herrschenden Pestilenz entschuldigen.

Original mit Siegel und Adresse im G. St. A.

Neu-Ruppin.

Bürgermeister, Rath, Gildemeister der alten und neuen vier Gewerke und die ganze Gemeinde zu Neu-Ruppin schreiben an die in Berlin versammelten Deputirten der Städte: sie seien von einer schweren Pestilenz heimgesucht worden und könnten deswegen keinen Deputirten nach Berlin schicken: sie seien mehr als andere Städte beschwert und hätten doch außer dem Bierbrauen, welches jetzt auch viel geringeren Ertrag bringe, keine Güter und Einnahmen; deshalb falle ihnen die neue Steuer sehr schwer.

Dat. Montags in vigilia S. Johannis baptistae, 23. Juni.

Original mit Siegel und folgender Adresse im G. St. A.: „Den Erbern, Erbsamen und Wolweisen, allen geschickten der Städte des Churfürsten-

thums der Mark zu Brandenburg iho zu Berlin auf dem Ranthage vorsamlet, unsern grossgunstigen lieben herrn und besondern guthen freunden“.

Dabei: Konzept eines Schreibens des Kurfürsten an den Rath zu Neu-Ruppin.

„Joachim ꝛc.

Uns haben unsere lieben getreuen die geschickten unserer stede eine schrift, die Ir iho an sie gethan und euch entschuldigt, wodurch ir der geferligkeit halber sterblicher leuffte bei euch hiehero zu schicken vorhindert und der izigen bewilligung halben erpieten thuet, angezeigt, wir nhemen aber solche euere entschuldigung in gnaden an und haben sonderlichs, gnedigs mittheiden mit euch und den euern, das solche erschreckliche krankheit dohin komen, Gott wende es zu gnad und besten am ehesten gnediglich abe; und thun uns auch euers erpietens der steuer halben gnediglich bedanden;¹⁾ weiss dan die andern unsere stede dieselbige bewilligt und iho in der berat-schlagung stehen, uff was anschlege die steuer aufzubringen, wollen wir uns auch gnediglich vorsehen, werdet euern anteil dozu zur Zeit neben den andern mit außbringen und auch in deme zu erlebigung unserer herschafft, auch lande und leute mergklichen vorderbs und obliegens als die treuen willigen erzeigen, das sind wir in gnaden ꝛc.“

f. Verhandlungen mit den städtischen Deputirten in Berlin. 22.—30. Juni.

Ueber diese sind wir nur sehr fragmentarisch unterrichtet, wohl aber kennen wir das Resultat, zu welchem sie geführt haben; dasselbe liegt in dem weiter unten mitzutheilenden Reverse für die Städte vor.

Die Aufforderung an die Städte, sich zu einer besonderen Verathung am 22. Juni in Berlin einzufinden, ist in dem folgenden kurfürstlichen Schreiben enthalten, welches an diejenigen Städte ergeht, welche ihre Deputirten noch nicht zur Bewilligung der Steuer mit Vollmacht versehen hatten.²⁾

Der Kurfürst fordert dieselben auf, sich den bewilligenden anzuschließen, zumal auch Grafen, Herren und Ritterschaft ihre Zustimmung zu den neuen Steuern ertheilt hätten. Ausdrücklich genannt sind als Städte, an welche diese Aufforderung — d. d. Freitags post Trinitatis, 6. Juni — ergeht: Frankfurt, Prenzlau, Neu-Ruppin, Rathenow und alle altmärkischen Städte.³⁾

¹⁾ Der Kurfürst faßt also das Schreiben der Neu-Ruppliner an die städtischen Deputirten als eine Bewilligung der Steuer auf, während thatsächlich weder eine Ab-lehnung noch eine Annahme der kurfürstlichen Forderung in demselben liegt.

²⁾ Vergl. oben unter f b. die Verhandlungen mit den Städten Mittwoch nach Trinitatis (4. Juni).

³⁾ Vergl. hierzu die unter e. mitgetheilten Schreiben einzelner Städte, welche theilweise schon die Antworten auf dies kurfürstliche Schreiben enthalten.

Sie sollen die Bewilligung bis Sonntags vor Johannis baptistae einbringen, sonst würden sie den Schaden, der daraus erwachse, zu tragen haben.

Ueber den Verlauf der Verathungen während der Zeit vom 22.—25. Juni erhalten wir, wenn auch nur indirekt, Nachricht durch ein Schreiben des Kurfürsten an den Rath von Frankfurt, d. d. Mittwoch nach Johannis baptistae, 25. Juni, dessen Konzept sich im Geh. St. A. befindet. In demselben spricht er der Stadt Frankfurt sein Befremden darüber aus, daß sie durch ihre Gesandten ihr Festhalten an ihrer Weigerung hätten erklären lassen: er nehme an, daß sie sich das noch nicht überlegt haben. Sie seien schuldig, zu folgen, da die Majorität der andern Stände und Städte die Steuern bewilligt haben. Er spricht die Erwartung aus, daß sie bis zum nächsten Sonntag (29. Juni) ihre Zustimmung erklären werden.¹⁾

Weiter besitzen wir ein Fragment eines Protokolls über die Verhandlungen vom 27. Juni (Freitags nach Johannis baptistae). Aus diesem ergiebt sich, daß die Städte das Schreiben der Stadt Ruppin (vgl. oben!) nicht wie der Kurfürst als eine Zusage, sondern als ein dilatorisches aufgefaßt haben. Sie erklären: Ruppin habe sich entschuldigen lassen, man müsse demgemäß Bericht darüber abwarten, wie sich die Stadt entscheiden werde, außerdem aber hören, was Stendal für eine Ansicht habe, jedenfalls solle auf Gleichheit geachtet und bei den Taxen und Verträgen geblieben werden.

Stendal erklärt nun: was bisher gesammelt worden sei, werde man einbringen; was noch nicht eingegangen, solle in Register eingetragen werden, ohne daß man hierfür eine Verpflichtung übernehmen könne.

Der Kurfürst sucht dann zwischen Stendal und den übrigen Städten einen Vergleich herbeizuführen durch folgenden:

„Abscheid zwischen allen stedten und dene von Stendal wegen der anlagen und des vortrags halben gegeben.“

Original mit aufgedrücktem Siegel im Stände-Archiv. Kopie im Geh. St. A.

„Wir Joachim von gots gnaden Marggraff zu Brandenburgk, des heiligen Romischenn Reichs Erb Cammerer unnd Churfurst, zu Stettin, pommern, der Cassuben, Wenden und in Schlesien zu Croffen Herzogl, Burggraf zu Nurenbergk und Furst zu Rugen.

¹⁾ Bürgermeister und Rathmannen der Stadt Frankfurt schreiben dann am Sonnabend nach Johannis baptistae (28. Juni) an den Kurfürsten: sie bäten, da sie des Marktes wegen sehr viel zu thun hätten, um Aufschub bis 8 Tage nach dem Margareth-Jahrmarkt. Original mit Siegel und voller Adresse im Geh. St. A. — Diesen Aufschub bewilligt dann der Kurfürst in einem Schreiben vom 30. Juni.

Bekennen und thun kundt in krafft dits brifs, als die Erbsamen unsere Liebe getrewen, Alle unsere Stedte auß unterteniger, trewhertziger untertenigkeit und Liebe, so sie zu uns und unserer herschafft tragen, uns uf unser gnedigs anlangen abermalß eine stadtsliche steuer zu bezalung unserer schulde, Inmaßen auch unsere Landstende gethan, bewilligt, und aber zwischen den stedten furgesallen, das sie die anschlege solcher steuer unter Ine vormoge eines vortrags, dem wir etwan Freitags nach Invocavit anno vierzig¹⁾ zwischen Ine allerseits mit Frem wissen und willen ufgerichtet, anlegen wolten, aber unsere auch Liebe getrewen, die geschickten unserer Stadt Stendal, solchs gefochten und den vortrag nicht uf solche felle, sonder alleine uf die vier Artidel, davon In der vorschreibung des Biergelbes gesagt, ziehen wollen, aber die andern solchs in gemein und nicht dohin gebedet, haben wir diese sache, auch berurtten vortrag in guttem, nottigen, zeitigen Rathe bewogen und geben allen teiln dorauff diesen abschied. Weill alle unsere Stedte in ausbringung des schoffes albereit Im brauche der anlagen berurts vortrags, auch in seln außer der vier Artidel mit geschēhener anlage der steuer befunden werden und noch sein, So sollen die von Stendal dem vortrage in dieser neubewilligten steuer auch also zu volgen schuldigt sein; wolten sie dan den vortrag durch Rechtbestendige ursachen oder andere gnugsame einreden ansechten, daß lassen wir Ine frei uns dasselbige schriftlich zu übergeben. Darauff wir auch der andern Stedte notturfft wider schriftlich annhemen und darauff, was Recht und nach gestalt der sachen geschēhen soll, ergehen lassen wollen. Doch daß In des biß zu austrag der sachen diese steuer nach gestalt berurts uners vortrags von dene von Stendal auch sol gegeben werden. Actum unter unserm ufgedruckten Secret. Coln an der Spren, freitags nach Johannis baptistae anno 50."

Daß aber noch immer einige Städte nicht zum Aufgeben ihrer Opposition zu bringen waren, ersieht man aus nachstehendem kurfürstlichen Schreiben vom 1. Juli an den Rath zu Stendal, Rath und Gemeinde zu Seehausen, Osterburg, Prenzlau und Neu-Ruppin:

„Uns haben euere geschickten, die Ir izo alhie gehabt, was Ir Ine der Selbstwilliger steuer halben uns einzubringen bevolhen, allenthalden einbracht und berichtet. Nachdeme dan diese sachen nicht alleine uns, sondern auch unsern land und leuten, auch euch selb am höchsten angelegen und allerseits gebet und vorderb dorauff stehet, hetten wir uns auch zu euch einer andern wilferigern und schlißlicheren antwort vorsehen, wollen aber

¹⁾ Vergl. unsere Untersuchungen im November—Dezemberheft 1882 dieser Zeitschrift, S. 566 und 574.

nicht zweifeln, werdet den sachen nochmals zu unserm, unserer herrschafft, auch lande und leute wolart und bestem nachdenden und euch wie die andern unsere stebte in deme treulich vorhalten. Und do nun die andern unsere landstende und stebte diese steuer eintrechtlich geschlossen haben, und uns, unserer herrschafft, landen und leuten auß hohen obliegenden notten und vorderb helfen und uns, auch sie selb, dadurch wider zu aufnehmen und wolart befördern wollen, stellen wir in keinen Zweifel, Ir als unsere treuen unterthanen werdet solchs gemuths auch sein und es an euch nicht entwenden lassen, und ist demnach unser guttlichs sinnen, wollet dieser sachen also mit den andern stebten auch einigt sein und diese steuer uff der stebte anschlege in eurerer stadt auch außbringen und euch in deme desselbigen allenthalben sonst gleichmässig vorhalten, wie Ir auch zu achten, das Ir euch nhimer, do die andern und der große teil geschlossen, durch recht oder pilligkeit alleine auszuziehen nicht befuget, sondern wie die andern zu halten und zu thun schuldigt seiet; so thun wir uns erpietenn, wie wir auch unsern stebten durch einen reverb vorschrieben und vorsichert haben, unsere sachen allenthalben dahin zu richten, unsere ampte, gefelle und kloster wider an uns zu nhemen und zu bringen und hinfuro unsern furstlichen standt und hoffhaltung davon zu halten, auch uns fur aller weiterer schuldmachung oder vorpandung des unsern zu hueten und euch, auch andere unsere unterthanen hinfuro mit weitem steuern Jeder Zeit genhlichen und gnebiglichen zu vorschonen und derselbigen keine mehr zu suchen, wollen auch dieser eurerer und der andern unserer stebte treuherziger gutwilligkeit und unterthaniger liebe, die Ir und die andern uns in deme beweisen, Jeder Zeit in allen gnaden ingedenck sein und zum besten nimmermher vorgeffen euch und euere sachen zum besten und gnaden zu befördern, und unsere junge herrschafft haltenn und weisen, solchs euch und den andern auch also zu bezeigen, und sind euch in gnaden geneigt zc.

P. S. für Seehausen: Auch l. g., wiewol wir uns eurer treuer gutwilligkeit und bewilligung dieser sachen wollen genhlichen trosten, do aber noch solte mangel sein, so wollet etliche der euern abfertigen uf Marie Magdalene schirft wider alhie bei uns zu sein, dasselbige anzuzeigen und unsers endtlichen bescheids darauf zu gewartten. Datum Coln an der Spren, Dienstag nach Petri et Pauli."

6) Revers des Kurfürsten an die Städte vom 1. Juli.

Kopie und drei Konzepte im Geheimen Staatsarchiv, Kopie im Stände-Archiv.

Von den drei Konzepten tragen zwei die Randbemerkung, daß der Revers nicht in dieser Form „ausgegangen“ sei. Wir haben den dritten



Text, der „de verbo ad verbum“ den Städten gegeben ist, zu Grunde gelegt. Diesem folgt auch Mylius VI., I. Nr. 27 im Allgemeinen, doch fehlt der Anfang bis zu der im Text bezeichneten Stelle. Das Uebrige stimmt dann bis auf einzelne orthographische Eigenthümlichkeiten beider Schreiber überein. Auch die Abweichungen der im Stände-Archiv aufbewahrten Kopie sind nur orthographischer Art.

„Wyr Joachim von Gottes gnaden Marggraff zu Brannenburg¹ und Churfürsten ꝛ. Bekennen und thun kundt vor uns, unsere erben und nachkommende. Als wir den Erwirbigen, Wolgebornen, Edeln, wirbigen, Erntvesten und Ernamen, unsern besondern freunden, Rethenn und lieben getrewen, Prelaten, Graffen, herrn, Geistlichen, denen von der Ritterschafft und Stedten unsers Churfurstenthumbs der Margt zu Brandenburg auff gemeinem Landtage, auff Cantate negstvorschienen alhie gehalten, unser hohes obliegen, bedrangnus und beschwerunge unserer schulde halben, mit erzeltunge, was gefahr, vorterb und untergangs, beide der herschafft, auch landen und leuten zu besorgenn und vorhanden, wo den sachen in zeit nicht gerathen noch furgetracht wurde, furtragen lassen, und bey Inen Rath und hulff gesucht und auff bescehene unterredunge und unterhandeltunge berurte unsere landstende und Stedte stadtsliche stewarten zu gentlicher bezalunge und ablegunge solicher schulde, guthwillig, trewlich und unthertzeniglich bewilligt und unsere Stedte in deme uber Ir habende privilegien und stadtsliche Revers, daruber sie es zu thunde nicht schuldig gewesen, uns und unserer herschafft aus herzhlicher, trewer, unthertzeniger liebe und guthwilligkeit sich auf soliche stewarten begeben und eingelassen, volgender gestalt und also, das die schulde in drey theile gethailt, Remblichen das sechsmalhundert tausent gulden zu ablosunge und freyhunge unserer vorpfinden Ampte, gefelle und kloster aus und von der Newen biersteuer, welche alle unsere Landstende anfanglichen auff achte Jar bewilligt, zusamt dem Zolle, welcher von dem frembden Korn, so auff der Elbe außer landes geschifft, gefallen wurde, sollen abgelegt und bezahlt,¹⁾ und was ahn den selbigen schulden daruber wurde sein und unbezalt bleiben, und sonder-

¹⁾ Randbemerkung: „dieser articel ist dohin zu vorstehen, das, wo diese sechsmalhundert tausent gulden von dem birgelde inner den acht Jaren nicht bezahlt, das die stedte hernach wollen das birgelde ferrer so lange geben, biß die selbige suma mit den Zinsen gar abgelegt; also haben sie solchs auch bewilligt und berebt Montags nach Petri Pauli anno 50, und sind von stedten gewesen, die solchs berebt und bewilligt, hans Trebbow (der es geradten), und hans roch, Augustin fruger und der stadtschreiber beider stede Brandenburg, Jacob Schönermargt, und heinrich Klotz wegen der von Stendal, reliquos vide signatos im gemeinen buche inque copia et signatura hulus reversus (fehlt leider).

lich ein maßß hundert tausent gulden, in des von dem biergelde vorzinset
 und dan nach ablegunge der sechsmaalhundert tausent gulden hauptsumma
 und Zinß davon, wollen wir vordacht sein, wasser gestalt in andere wege
 dieselbigen überlauffenden schulde erlegt und durch unsere stende außgetheilt
 wurden, damit einer für dem andern nicht wider pilligkeit beschwerdt. Und
 die von Stedten haben darzu zu Frem antheill unserer schulde funffmal-
 hundertt tausent gulden heupthsumma ahn munnß lands wehrunge sampt
 den vorseßenen Zinsen davon, welche sich bis in die vierzig tausent gulden
 erstreckenn, alles vormoge und Inhalt eines zugefaltten Registers, auff sich
 zu bezaln und abzulegen, mit der protestation und bedingung, davon her-
 nachher meldunge geschicht, angenommen, den Rest aber, so über diese ist
 berurte beide summen ahn heupthsummen, Zinsen und scheden, nichts davon
 außgeschlossen, hinterstellig ist und pleibtt, wollen und sollen die andern
 beide Stende, als die herrn prelaten, graffen, freyhern und die vom Adell,
 zu entrichtenn und zu bezaln auff und ahn sich nehmen, auch davon uns,
 unsere Jung herschafft, erben und nachkomenden in alwege vortretten, be-
 nehmen und schadeloß halten. Solicher Irer guthwilligkeitt, trew und
 unthertzenigkeit seindt wir Inen ganz gnediglich dankbar, und wir, auch
 unsere Junge herschafft, wollen und sollen dasselbige legen berurten unsern
 Stedten, Iren kindern und nachkomenden hinwider Jeder Zeit in gnaden
 und besten Ingebend sein, beschulden und nymmermehr vorgeffen. Und
 als dan die von Stedten obberurte summa der funffmalhundert tausent
 gulden munnß heupthsumma, zusampt den vierzig tausent gulden davon vor-
 seßenen Zinsen mit dieser angehefften protestation und gedinge zu bezaln
 angenommen, Remblichen, do wir, unsere Junge herschafft, erben und nach-
 komenden, sie bey Iren befrehungen, privilegien, Reversen, articelbrieffen,
 althergebrachten gebrauchenn und gewonheitten erhalten, schützen und handt-
 haben, und sie mit fernern steuren nicht belegghen oder damit beschwerthen,
 auch wie solichs auffm Landtage beschloßn, alle und Jede unsere Schloffer,
 Empter, Kloster und gefelle, klein und groß, mit allen und Jedenn ein- und
 zugehorungen, nichts davon außgeschlossen, alsbaldt one weitem vorzug, zu
 unseren handen, laut unserß Jungst Inen gegebenen Reversß, furdern und
 nehmen, und auch, was davon vorgebenn, vorsekt, vorseufft, voreußert oder
 sonst davon komen, Zu und durch was wege und gestalt auch das ge-
 schehen were, alles und Jedes widderumb darzu bringen und dabey un-
 vorrugt pleiben lassen wurden. Do wir aber solichs wirgklichen nicht
 thedten, und In dem lessigzt wehren, das alsdan unsere Landtstende oder
 aber die Stedte alleine solichs zu thunde und zu unsern henden zu stellen
 und zu uberanthwurtten macht und gewalt haben und dieselbenn ganz oder
 zu theille widderumb nicht vorgeben, vorseken, vorseuffen oder voreußern,

nach unsern Rethen, Hoffdienern oder andern, die Zeit Ihres Lebens oder aber auff eine benante Zeitt, auß gnaden, noch sonst nicht einthun oder vorschreiben, sondern dieselben unsere Schlossere, Empter, Kloster und gefelle hinfurder auffß geringste ummer möglich, bestellen und einnehmen lassen, Inmaßen wir uns des mit rathe des Ausschuß, von allen dreien stenden darzu vorordenet, vorgelichen wurden, Insoch wan von bestallunge der Empter gerathschlagt, das die von Amptleuten und Inhabern der Kloster, die mit im ausschuß sitzen, von welcher Ampten oder Klostern bestallungen gerathschlagt wirdett, zu solchen rathschlegen nicht gezogen, sondern davon auffhehen sollen, und ob sich die des Ausschuß in denselbigen sachen mit einander nicht kondten vorglichen, uns Jedes theill sein bedenden darumb anzeigen, und daruff wir uns, das so uns und unserer landtschafft das notigste und furderligste wurde sein, vorhalten und In deme volgen, auch die gnaden vorschreibungenn sampt dem dienstgelde abschaffen und hinfurder nicht geben und unserer, auch unserer Jungen herschafft Regiment und furstliche hoffhaltunge sampt allen und Jedem andern unsern sachen dahin richten und schiglen wurden, das sie die Stedte beneben den andern Stenden mit der tadit und In werd spuren und befunden, das wir uns hinfuro mit gotlicher hulffe fur meher und weiter schuldt machen und unrath huten, und das wir unsere Junge herschafft, erben und nachkomenden sampt- und sonderlich volgentß keiner vorriegelung halber anlangen, noch damit beschwern oder bedrangen, auch Inen sampt und sonderlichen alle das Zennige, was Inen ahn holzungen, eckern, wiesen, masungen, Zagten, weidewerden, Bollen, fischereien, huttungen, gerichtten, possession und gebreuchen, beneben allen und Jedem andern Inen frey- und gerechtigkeitthen, wie die genandt, entzogen oder dawidder beschwerdt, widderumb one vorzug ergenket und zugefalt, auch die andern daneben ubergebene artickell erledigen, bestedtigen und darob vestiglich halten und denen allenthalsben wirdlichen nachsetzen wurden.

Do aber von uns, unser Jungen herschafft, erben und nachkomenden, denen allen oder zum theill, nicht nachkommen oder aber einige voranderunge surnehmen, thun oder machen wurden, das sie alsdan die Zyt bewilligte newe biersteuer und angenomene summa der schulde zu geben und zu bezaln keines wegs und mit nichte wolten vorhafft noch vorpflicht sein, welichß wir also und dergestalt angenommen, auch denen allen und Jedem nachzukommen und zu halten zugesagt und versprochen haben. Und dieweill dan solche bewilligung von den Stedten unvorpflicht, alleine auß untherthenigen gueten willen gesehen, So thun wir alle und Jede unsere Stedte, die Rethen, Ire burger, derselben erben und nachkomenden ahm bestendighsten und crefftigsten wir Immer thun konnen, sollen oder mogen, hiemit

widderumb vorsichernn, bewahrenn und Reversiern, gereden und geloben auch daruff hiemit und in crafft dieses unsers brieffs fur uns, unsere Tunge herschafft, erben und nachkommennden, bey unsern furstlichen wirthen, trawen, glauben und wahren worten, das wir unsere Tunge herschafft, erben und nachkommennden berurte unsere Stedte, die Rethen, Ire burgere, derselben erben und nachkommennde, hinfuro stets und zu ewigen Zeitten, mit solichen und dergleichen anlagen oder ansuchen ferrer hulffe oder steuren zu geben, wollen und sollen vorschonenn, Sie sollen auch hinfuro keine steuern ublich zu geben vorpflicht sein, ausgenommen in den vier sellen, davon in den altthen hiervorschreibungunge gesagt, doch sollen sie dieselben auch mittler Zeitt, und diemeil die Tunge und die zuvor angenommene schulde genplichen nicht abgelegt und bezahlt, zu erlegen nicht vorhafft, sondern alleine In und zu den sellen, so nach abzalunge Ist gedachter schulde sich allererst zutragen werden, In gebenn schulbig sein. Wir thun Inen auch hiemit alle und Jede Ire befreyhunge, privilegien, Revers, articuls brieffe, die sie von uns und unsern vorsarn solicher und dergleichen steuren und sonst anderer sachen und gerechtikeitten halber, haben, hiemit vornubern, mit Zusage und vorpflichtunge, das Inen dieselben von uns, unserer Tungen herschafft, erben und nachkommennden, In allen und Jedem stucken, puncten, articulen und clausulen, stets veste und unvorbruchentlich sollen gehalten und dawidder nichts furgenommen noch gehandelt werden. Diese Ire trewe, guthwillige bewilligung soll auch denselbigen nicht zu entlegen bedeuten, noch von uns, unser Tungen herschafft, erben und nachkommennden darzu angezogen, noch vorstanden werden, sondern sollen und wollen sie, wie obstehet, bey allen und Jedem Inen befreyhungen, privilegien, Reversen, articulsbrieffen, alten gebruchen, herkommen, gewonheiten, auch holzunge, edern, wiesen, mastungenn, Jagten und weidewerden (wie sie soliche Jagten und weidewerden, bey unsers anhern Marggraffen Johans und herrn vatern, Marggraffen Joachims, beider Churfursten, Zeitten gehabt oder hernach durch zulassungunge oder vortrage erlangt und In brauche haben oder derselben sonst befugt sein), Zollen, fischereien, hutungen, gerichten, besitz, gebrauch und allen und Jedenn andern Inen frey- und gerechtikeiten, wie die genandt oder nahmen haben mochten, unvorruckt, vestiglichen erhalten und unbeschwerdt pleyben lassen, sie auch dabey vor menniglichen zu Jeder Zeit gnediglichen schutzen, beschirmen und handthaben; und da in einem oder meher stucken widder dieselben etwas furgenommen, wollen und sollen wir solichs alles und Jedes one vorzugl abeschaffen, mit ernstlicher vorfugunge, das solichs hinfurder vorpleiben und ferner nicht gesehen noch gestadt werden solle, wollen und sollen auch alles und Jedes, was von unsern Emptern, klostern, Schloßern, gesellen und einkomen vor-

geben, vorsezt, vorkaufft oder In andere wege davon vorkomen, nochmals unvorzuglichen widerumb ahn uns furdern und bringen; do es aber von uns nicht geschehe und in dem leßigt wehren, So geben wir hie mit unsern Stenden, auch den Stedten alleine solichs Tres gefallens zu thundt und die zu unsern handen zu stellen und zu ubertwitten, vollen macht und gewalt, darahn sie auch nichts vorbrochen, noch vorwirckt haben sollenn. Und wan die also zu unsern handen komen und uberanthwurdet, wollen und sollen wir, unsere Tunge herschafft, erben und nachkommenden dieselben ganz oder zum theille volgentis nicht vorgeben, vorsezen, vorkauffen, noch In oder durch andere wege oder gestalt voreußern, auch unsern Reichen, hoffdienern oder andern, die Zeit Tres lebens oder aber auff eine benandte Zeitt, aus gnaden noch sonst nicht einthun oder vorschreiben, sondern sollen und wollen dieselben unsere Empter, Schloffer, kloster und gefelle mit allen und Zeden Tzen ein- und Zugehorungen, klein und groß, unvorruckt bey einander behalten und dieselben hinfurder auffß geringste ummer mogelich bestellen, einnehmen und Zerlichen in beisein und legenwurtigkeit etlicher vortrametenn personen, als zweise von der Ritterschafft und zwene von Stedten darzu vorordenet und nicht alleine durch einen Amptman dem andern berechnen lassen, Inmaßen wir uns der berurten bestellunge mit rathe des Ausschusses von allen dreien Stenden vogleichenn werden, Jedoch wan von bestellungen der Ampte gerathschlagett, das die von Amptleuten und Inhabern der kloster, die Im ausschuß sein und sitzen, von welcher Ambten oder kloster bestallunge gerathschlagt wirdett, zu sollichem rathschlage nicht gezogen sollen werden, sondern davon auffstehen, und ob sich die des ausschuß in derselbigen sachen mit einander nicht kondten vogleichen, sol uns Jeder theill sein bedenden darumb anzeigen, daruff wir uns des, so uns und unser landtschafft das notigste und forderligste wurde sein, vorhalten und volgen wollen, auch danebenn die gnaden vorschreibungen, sampt denn dienstgeldden abschaffen und hinfurder nicht geben. Do aber einer oder meher ethwas hirußer von unsern Emptern, Schloffern, klostern, gefellen oder einkomen von uns, unsern erben oder sonsten, es sey klein oder groß, ahn sich bringen und unterziehen wurden, In und durch was wege, gestalt oder schein solichs geschehe, das Alsdan solichs ahn Im selbst nichtigt und untrefftig sein soll, und dieselbigen der widerbezalunge von unser herschafft oder landtschafft nicht widder gewarten, sondern des gelts und was sie daruff und ahn erlangett mochten haben, vorlustig sein, auch was sie das genossen, one einige behelff oder einrede, wie die auch sein mochten, vormitteltß Tzem Corperlichem eide widder zu berechnen und zweifeltig zu ersadten, auch widerumb abzutretten schuldig sein sollen, wollen und sollen auch daneben, unser und unserer Tungen herschafft Regiment

und furstliche hoffhaltunge sampt allen und Jeden andern unsern sachen und hendeln dahin richten und schicken, das wir unsere Zunge herschafft, Erben und nachkomen mit gottlicher hülffe in vorrath komen und one weiter schuldt machen pleiben und erhaltunge haben konnen, wir, unsere Zunge herschafft, Erben und nachkommen, wollen und sollen sich auch sampt: und sonderlichen hinsuro umb keine vorsegelunge, bürgschafft oder vorpflichtunge anlangen, noch sie damit beschwern oder befragen, und do es hiewider surgenhomen und gesucht, sollen sie sollichs mit nichte zu thundt schuldigl sein, und auff denn vhall, es gesucht und sie sichs weigern theten, soll Znen solichs zu keinen ungnaden, nachtheill oder schaden gereichen.¹⁾ Wo auch Znen, Zren burgern, derselben Erben oder nachkomenden an holzungen, Wäern, Wiesen, mastungen, Jagten, weibwerden, fischereien, Zöllenn, hutungen, gerichten, auch allen und Jeden andern Fre frey- und gerechtigkeitten, wie die genandt oder genamebt mochten werden, durch uns, unsere Amptleuthe oder andere einiger eintragt wieder die pßligkeit geschehenn oder geseheh wurde oder aber etwas davon entzogen oder sonstn daran oder Inn beschwerunge zugefugt, soll solichs one vorkugt abgeschafft, das entzogene ersetzt und widderumb zugestellt und sie also In dem oder andern nicht beschwern noch vorkurtzenn lassen, sondern sie vielmehr zu Jeder Zeit dober gnediglichenn schutzen und handthabenn.

Und nachdem sie uns etliche sonderliche Artidel furbracht und undertheniglichen gebetten, Znen dieselben zu bewilligen, zu vorschreiben und zu bestettigen, haben wir solliche Ir bitt auch vor billich geacht, Znen dieselbigen gnediglich gegontt, vorschrieben und bestettigt und nemblichen.

Zum Ersten als wir Znen hievor vorschriebenn, die visitation Irer kirchenn widder vorderlich furnehmen zu lassen, welchs bißher der sterblichen leuffte halben vorhindertt worden, wollen wir die reiteration sollicher visitation nu mehr furderlicher furnehmen, und was mangel an besoldunge der kirchen und schuldiener, auch sonstn anher gewesenn, erfüllen und erstatten lassen. Wir wollen auch nicht nachgeben noch gonnen, das die geistlichen lehene eines oder mehr In unserer Stedte kirchen gelegen, sollen Jemants außer den Stedten vorliehen oder andere orter geschlagen werden, und do etliche außer den Stedten hievor ahn geistlichen lehen außer der Stedte burger kindern auff eine Zeit vorschrieben, sollen dieselbigen nach endunge der Zeit den kirchen In Stedten widder zukomen. Also wollen wir auch uff unserer Stedte sonderlich geschehene underthenigs bitten bey Znen vororden lassen, das mit Irem Ratte von unsern visitatorm sollen etliche geistliche lehenn zu Stipendien etlicher der Zren, so zum Studiren

¹⁾ Hier erst beginnt der Abdruck bei Mylius a. a. D.

geschickt, dieselbigen davon zum studio uff ein Zeit nach eines Jeden vlets oder geschicklichkeit gesagt unnd vorordent werden, und wen die erste Zeit der Studirenden vorflossen, so sollen die Reth in Stedten macht und gewalbt haben, solliche lehen denselben ferner oder andern geschickten Knaben zum studio, einem Jedem nach seiner geschicklichkeit, auff etliche Jare zu vorleihenn, und weme sie dieselbigen vorliehenn werdenn, die sollen die also vorleihenn behalten, alleine das mhan uns oder unsern Superintendenten dieselbigen, denen die verliehunge geschēhenn, auch anzeigē soll; so sollen sich dieselbigenn auch verpflichtenn, das, wo sie Im studio dermaßen zugenommen, das sie Jeder nach seiner geschicklichkeit konnen gebraucht werden, das sie uns oder, do wir der nicht bedurfften, unsern Stedten fur andern umb zimliche besoldunge sollen dienen, und in unserer Univerſitet zu Franchfurt Studiren, so ferne auch fleißigt also gelesenn. Wir wollen auch aus unsern klosterenn, wan wir die wieder an uns bekommen, und uns derselbigen einkomens erkundigt, vorordenen, das etlichen vom Adel und andern, so Studiren wollenn, moge uff ein Zeit darzu unterhaltunge gegebenenn werdenn.

Zum Andern wollen wir Jeder Zeit, wenn die von Stedten Irer obliegen halbenn hieher komen oder schicken, dieselbenn gnebiglich horen, und do sie beclagtt wurdenn, In den sachen Irer ungehortt nichts schaffen noch ergehen lassen.

Zum dritten, als sie sich auch beclagt, das große Unsicherheit der straßen in unsern landen were, und sie von den straßenreubern an gewerb, Reisen, narung und handtirung hochlich verhindertt wurden, wollen wir demnach widder die straßenreuber uff den Landtsrieden trachten, und mogen die von Stedtenn selb zu sicherunge der straßen den landtsbeschebigern nachtrachten, sie gefenglichen einziehen und Irem vordienst nach mit unserm vorwissen straffen lassenn, do wir unsern Ambtleutten auch wollen bevehelenn, die nach Jagt und denn Stedten hulffe dazu zu thun.

Zum vierdten als wir Inen zu dieser fleur etliche Sumen zugeschlagen, haben wir Inen auch vorwilligt und vorgunt, das wo sie sich der bekalung solicher Summen durch recht und fuge, als wo wucher, unzimliche ubersagung der Zinse oder sonst andere unbilligkeit vorhanden, konnen der bekalung uffhalten und ansetzung thun, oder do sie wes daran bekalit, dasselbige durch Recht oder durch gebure widder fordern, das soll Ine auch frey stehen und unser ungehindertt gegunt sein, dan wir sie dazu vielmher durch bericht unnd wie die sachen ergangen, befurdern wollen. Wir wollen uns auch mit derselben keinem daruber vortragen, und do es geschege, Inne dasselbe unbehulfflich sein.

Zum funfften, als wir Inen auch Inn vorigen Reversen etliche Artikel vorschriebenn, die noch nicht Ire wirkunge haben, sollen dieselben Artikel

also vorschrieben bleiben und Ins werdt gebracht und gebürlich vorszogen werdenn.

Zum sechsten soll auch die Biersteuer durchaus, wie sie auch gewilligt, gehen unnd Niemandts vorschonet, sonder allenthalben gleichheit gehalten werden, auch uff alle Quartall bey Eiden eingenommen unnd Inner vier tagen zu Jeder Zeitt bey einer ausgefaßten unnachlässigen peen eingebracht und uberantwortt werdenn.

Zum siebenden, So wollen wir auch alleine ein Tankley und Mentzen halten, damit allenthalben Inn den hendeln darin gehörig moge richtigkeit gehalten werdenn.

Zum achten sollen die vom Adel in Stedten wonhafft, ungeacht einiger freyheitt von Tzen haben und guttern, die sie In den Stedten oder den Stedten zugehörig und zugelegen haben, auch der Stedten hiez zu steuren und von dem brauen, so sie in den stedten thun, In gleichem von dem Bier, das sie sonst In Ire heuser In die stedte schaffen, davon zuvor das Biergeldt nicht gegeben, sollen sie wie die burger das neue Biergeldt auch entrichten. Also sollen die, welche in den burgklehen brauen, das Biergeldt wie andere auch geben, und soll In Zeitt dieser Steuer Inn Stedten keine hausbefreyhunge noch andere freyheitt derer vom Adel oder Anderer gelten, sondern alle steuren und sollliche freyheiten In Zeitt dieser hulffe suspendirt sein.

Zum Neundten wollen wir auch nicht gestadten, das ahn ortten, do von alters zu Stedten, fieden oder uffm lande nicht brawstedten gewesen, nhun hinsuro sollen newe angericht werden, und do sich Imants des understunde, sollen unsere Landtreitter mit hulffe der Stedte dieselbigen abthun. Es sollen auch die pauern uffm lande nicht mher dan von Alters und vormoge der Alten biervorschreibunge Gersten Trinden zu machen oder zu brawen gestadtet, sonder durch die landtreitter vorschindertt und abgeschafft werden; es soll auch mit den handtwercken auffn dorffern wie vor Alters gehalten und die Störer nicht geduldet werden.

Zum Zehenden sollen auch unsere Stedte Niemandts uff sein selb surdern fuhren, ehr hette dan unsere surbrieffe, mit unser selb oder unsers Tanklers hand underschriebenn.

Zum Elfften sollen auch die gewerde und Kunstten In Stedten zu erhaltung Erbars lebens, handels und wandels bey Tzen Althen, loblichen gebreuchen erhalten werdenn und bleiben, daran Inen kein Intragt mit Inbringung unehelicher tadelhafften Mans oder Weibs personen noch sonst geschehen sol, Sondern wollen sie darbey wie hergebracht erhalten.

Zum Zwelfften Sollen auch die Stedte hinsuro vorschonet sein und pleyben, die pauern uffm lande des landtschos halbenn zu pfandenn, sonder

solichs soll durch die Amptleutt und Landtreitter beßaltt werden, Es were dan, das sie sich dawider mutwilliglich setzen oder emporn wolten.

Zum dreitgehenden Wollen Wir uns der Juden halben Inhalts unserer vorigen vorschreibung halten und Ine zum forderlichstenn und zum lengsten zwischen dits unnd Weinachten aus unsern landen zu ziehen gepletenn.

Zum viergehenden Soll in unserm Cammergerichte keins burgers sache In prima Instantia zu handeln angenohmen, sondern In der Stedte gerichte remittirt, und do die Nethe oder gerichte In Stedten fur uns oder unsern Netthen beclaggt wurden, auff die clage der Nethe oder gerichte, berichts ungehortt, nichts geschafft werdenn.

Zum funffgehenden wurden auch die Nethe In Stedten erfarn, das die kruger ader Paurn auffm lande uber unser geschehen vorpott bier außer landes holen und furen, Sollen sie Ine das bier zu nemen macht haben und die helffte desselbigenn biers uns lassen zukommen und die andere helffte fur sich behaltten.

Zum sechtgehenden, als auch unsere Stedte miltierung unserer holtzordnung gebetten, haben wir Ine lassen bestendige ursachen anzeigen, das soliche ordenung Ine nicht zuwider erhobet, sonder wir noch das holtz geringer dan andere vorlauffen lassen; wir haben uns aber gnediglich erpotten, das, wo die von Stedten wurden ayn hauholze bedurffen und uns darumb ersuchen, das wir Inen als unsern selb underthanen Im lauffe wolten gnedige miltierung und Inen zu notturfstiger und wesentlicher erhaltung der gebeude zukommen lassen und nochmals vor unsere person kein Bawholz außerhalb landts flossenn noch weßfuren lassen.

So soll auch das Schiessen und aussure des korns alle Jare im herbst und also fur purificationis Marie keinem Stande gestadt noch vorgont werden, wie es dan hievor auch vorglichenn wordenn.

Diese alle und Ide obgeschriebene Artidel, punct und stunden gereden und geloben wir Marggraff Joachim Churfurst x. vor uns, unsere Junge herschafft, erben und nachkomen, bey unsern furstlichen wurden, tremen unnd glauben, stets vestiglich und unvorbruchlichen In alle wege zu halten und nachzusetzen. Im vall aber wir, unsere Junge herschafft, Erben und nachkommen, denen allen oder zum theill nicht nachkomen oder aber in einem oder mher stunden voranderunge furnehmen, machen oder thun wurden, wie doch nicht sein noch geschehen soll, So sollen sie die von Stedten die Zptbewilligte Newe biersteuer und obberurte angenommene Summa der Schulden zu geben, zu gelten und zu bezalnn keines weges und mit nichte vorhafft noch schuldigt sein, Alles getrewlich und ungeberlich. Zu urkundt und Stedter vhefter haltunge haben wir fur uns, unsere Junge herschafft, Erben und nachkommen unser Ingesiegel wissentlich an diesen unsern brieff

hängen lassen und mit eigener handt unterschrieben, Inmaßen dan auch unser freundtlicher lieber son, Marggraff Johans George auch mit eigener handt unterschriebenn und mit seiner liebden secret besiegelt, der gegeben und gesehen zu Coln ahn der Sprenw, dingslags nach petri et pauli apostolorum Christi anno 1550.

7) Ausführungs-Berordnungen und Korrespondenz mit den zur Verhandlung wegen der verpfändeten Ämter u. delegirten Ausschußmitgliedern.

a. Allgemeine Instruktion an die kurfürstlichen Räte und die Abgeordneten der Landschaft, welche wegen der Ämter und Klöster verhandeln sollen.

Die Verhandlung mit den einzelnen Marken soll gleich von Berlin aus vorgenommen werden.

In der Mittelmark sollen folgende Ämter eingehandelt werden:

(Hoffen ist schon behandelt) Trebin, Potsdam, Blauen, Spandau, Köpenick, die Klöster vor Brandenburg auf dem Berge, Friedland, Riecke.

In der Altmark: Tangermünde und Arnenburg, die Klöster Arndtsee, Diedorf, Kreß (?), Nauendorf, Heiligen Geist.

In der Priegnitz: Senken, das Kloster Stepenitz, „das heylge Grab hatt sich mith uns vortragen und mith gelde abgelauft“.

Im Uckerlande: Boggow, Liebenwalde, die Klöster Chorin, Himmelspforte, Gramzow, Seehausen.

Ferner die Grafschaft Ruppin und das Kloster Lindau.

Wenn sich die Amtleute und Pfandinhaber mit den ständischen Versicherungen nicht „behandeln“ lassen wollen, „so mag denselben nach gelegenhayth der handell beschwerth und denselben eynggehalten werden“. Die Verhandlung soll noch vor der Ernte begonnen und womöglich bald nach der Ernte beendigt werden.

b. Spezielle, im Allgemeinen mit der vorigen übereinstimmende Instruktion für den Hauptmann der Priegnitz und des Landes zu Ruppin, Curdt Nor, Matthias v. Blumenthal, Dietrich Alzing, Joachim Quast und Hans Konow, Bürgermeister zu Perleberg zur Verhandlung in der Priegnitz und im Lande Ruppin.

c. Ebenso für den Hauptmann zu Hoffen, Amtmann zu Sarmundt, Eustachius v. Schlieben, Jacob Schilling, Joachim v. Bredow, Albrecht v. Schlieben, Hans Koch und Hieronymus Reich, Bürgermeister zu Brandenburg und Berlin, zur Verhandlung in der Mittelmark. Hier findet sich die Bestimmung, daß, wenn der Pfandinhaber sich hartnäckig weigere, auf

Verhandlungen einzugehen, „dan die vorordenten von der landtschafft bevelh hetten, den unterthanen der ampte oder kloster allen gehorsam, auch pachte, zinsse oder dienste zu geben oder zu leisten zu vorpieten“.

d. Ebenso für den Landvogt der Uckermark, Amtmann zu Zedenick, Hans v. Arnim, Jörg Blankenburg, Adam Troit, Otto v. Arnim, Brosius Furstenaw zu Prenzlau zur Verhandlung in der Uckermark.

„Wan dan die ampte Bogow und Liebenwalde, auch das kloster Chorin albereit abgehandelt, sollen die vorordenten alleine bericht nhemen und besichtigen, was mehr daran zu verbessern, und wie die uns zum besten mochten zum genauesten bestalt werden, aber himelspforte, gramphow und Gehausen sollen Inhalts unserer vhorigen und izigen Instruction auch abgehandelt werden.“

e. Formular für die ständische Schuldverschreibung.

„Wir Joachim Churfurst ꝛ. Bekennen und thun kundt vor uns, unser Erben und nachkommende, als von unserem lieben getrewen N von N unser Ampt (vel Kloster) N fur N gulden in pfandschafft vorschrieben und eingereumet und dan unser, auch unserer Landtschafft vorordente Rethen und bevelhaber mit gedachten N gehandelt haben, solch vorpfandung abzusehen und uns berurt unser Ampt (vel Kloster) wider eingureumen und seine aussehende Summa auff tagzeiten, nemlich ꝛ. von der bewilligten Biersteuer auff N vorzinsung anzunhemen, das wir demnach solch handlung also gantzlich angenommen und bewilligt haben und bewilligen dieselbige hiemit in krafft diß Brieffs, und sollen auch vorordenten einnhemer der Biersteuer, die igo sein, und andere, di zukunfftig sein wurden, welchs wir Jne hiemit entlichen bevelen, gedacht N berurter hauptsumma und Zins uff obbestimpte Zeit auß der Biersteuer bezalung thun. Und wir N und N als iziger Zeit vorordenthe Einnhemer der bewilligten Biersteuer des Churfurstenthumbs der Marcke zu Brandenburg, Bekennen und vorpflichtenn uns hiemit in krafft diß Brieffs vonn wegenn gemeiner Landstende berurtis Churfurstenthumbs und unsere folger, weil die gemeine Landtschafft gemeltis Churfurstenthumbs eine Biersteuer zu ledigung dieses und anderer hochgedachtis unsers gnedigstenn hern vorpfandter Ampte, Kloster und gefelle bewilligt und Zerlich ausbringen, das wir und gemeine Landtschafft, auch unsere folgende Einnhemer, vorgebachtetem N und seinen Erben berurte hauptsumma und Zins in Zeit und frist, wie obgesagt, von der Biersteuer ungeachtet aller hernn gepot oder vorbot, auch ane alle einreden ablegenn und bezaln sollen und wollen. Do wir aber an solcher bezalung seumige sein wurden, wie doch nicht sein noch bescheen sol, magt sich N an die

Landstende, we obberurt, halten und manung thun, Alles treulich und ungeferlich. Zu urkunde ꝛ."

Diese Pfandverschreibung findet sich noch in folgender zweiten Fassung in den Alten:

„Wir Joachim ꝛ. Befenen und thun kundt In krafft diß briffs vor uns, unser erben und nachkommende, als wir unsern liben besondern N. vormoge unserer uffgerichten, vorburgten vorschreibung, die er von uns hat, N. Gulden schuldigt worden und vorschrieben, und dan unsere gemeine getreue landtschafft stadtliche steuern zur bezalung derselbigen und anderer unser schulde bewilligt, haben wir beneben den vorordenten einnhemern und bevelhabern berurtter unserer landtschafft mit gedachtem N. handeln, auch alle Zinse und scheden berechnen und mit endtlichem vortragen und behandeln lassen, solche schulde uff volgende fristen bezahlt anzunehmen, nemlich N. gulden uf N. und soll gedachter N. in des unsere haupt und schuldtvorschreibung, die er hat, zu unterpfande und vorsicherung an sich behalten, und dieser vortrag demselbigen unschädlich sein und Ime falle, do solcher vortrag nicht gehalten wurde, welches doch nicht sein soll, sich solcher vorschreibung allenthalben zu halten, auch die burgen zu fordern und zu mhanen haben, domider wir und unsere landtschafft, noch auch die burgen keinen behelff diß vortrags einiger notation oder andere ursachen Inner oder außer rechts wollen gebrauchen noch behelffen, sondern thun es demselbigen allenthalben am bestenbigsten, wir sollen, können oder mogen voreihenn.

Und wir N. und N. als Ihiger Zeit vorordente einnhemer der steuer und bevelhaber wegen der landtschafft von prelaten, Graffen, hern, geistlichen und der ritterschafft der margt zu Brandenburgt, Befenen und bezeugen hiemit wegen berurtter landtschafft, das wir den obgesekten vortrag auch also mitgehandelt, bewilligt und zugesagt haben, Gereden und geloben auch denselbigen Im nahmen, wie oben, stedte, vheste und unvorbruchlich also zu halten und dorauff N. die vorschriebene bezalung uff die obgesekten fristen von der bewilligten landtsteuer zu bezaln und zu geben ane alle einreden oder behelff; und do es nicht geschehe, wie doch nicht sein soll, sol er sich briff und sigell, auch mhanung der burgen halben und sonst wie obgesekt, zu halten haben, alles treulich und ungeferlich. Urkundtlich haben wir Joachim Kurfurst unser secret, und wir die vorordenten einnhemer und bevelhaber unsere pettschaft hieran gedruckt. Geben und geschehen ꝛ."

Zur Ergänzung dieser Verschreibung dient dann die nachfolgende Vollmacht der Oberstände für ihre „Verordenten“:

„Wir die Prelaten, Graffen, hern, Geistlichen unnd von der Ritterschafft, welche zum Ausschuß gemeiner Landtschafft berurter stende der Margt zu

Brandenburgk verordent sein, Bekennen krafft dieser schrifft als berurthe Landtschafft uff gutlichs ansuchen unnd anlangenn des durchlauchtigsten hochgebornen fursten unnd hern, hern Joachims Marggraffenn zu Brandenburgk, des heiligen Romischenn Reichs Ertz-Cammerern unnd Churfursten, zu Stettin, pommern, der Cassuben, Wenden unnd Inn Schlesien zu Grossen herzogk, Burggraf zu Muringbergk und furst zu Rugenn, Unnsers gnedigsten hern, etliche Steuern an gibelgelde uff 14 und an roßdinften uff V Jar langk, zu erledigung S. l. f. g. schulde, welche von solchen Steuern zu bezalen verordentt wordenn, bewilligt unnd dan gemeine Landtschafft sonderliche bevelhaber und einnehmer dozu vorordent unnd uns volmacht unnd bevelich gegebenn, die sachen dermaßen zu bestellen, damit die schulde von der Steuern, so weidt dieselbigem gereichen, erledigt, habenn wir darauff gemeltenn Einnehmern und bevelhabernn, als itziger Zeit denn Erwidigen, Erbarnn und Erbnestenn, Ern Joachim Cassel, Thumbhern zu Brandenburgk, Joachim von Bredow zu Bredow, Andresen von Luderik, vorwese zu Grevese, Jacob von Arnim, Joachim Quasten unnd Dittrichen Kliezingk ¹⁾ weittern bevelich gethan, fleißigt uffsehenn zu thun, das die ablegung der schulde von den Steuern also geschehe, auch mit den gleubigernn zu handelenn unnd dieselbigenn vormoge einer übergebenen Mottel zu vorsichernn, unnd was diesen sachen allenn mehr nottigt wurde sein, allenthalben zu bestellenn. Gereden und gelobenn demnach, wegenn unnd Inn nhamen berurter Landtschafft, das dieselbige gemeine Landtschafft berurthe Thige und volgende Einnehmer und bevelhaber sambt Tzen erben, sie solcher handlungen, Burgtschafftenn unnd bevelichs halbenn legen menniglich vertreten unnd schadelos haltenn sollenn unnd wollen, treulich und ungeverlich. Urkuntlich mit etlicher aus unserm mittel aufgedruckten pigischafften Bestegelbt unnd geschehen zu Brandenburgk Montags nach dionisil (13. Oktober) Anno x. Im 50ten."

Konzept und Kopie im Geh. Staatsarchiv.

f. Schreiben des Kurfürsten an die „Verordenten“ in der Altmark, Priegnitz, Ruppın und Uckermark.

Konzept im Geh. Staatsarchiv.

„Joachim Churfürst.

Unsern gruß zuvor, liebe getrewen; als wıer euch am Jungesthen in unser althe Markk, uckermark, prignitz und Landt zu Ruppın unsere ampthe, Chloster undt gefell eynzuhandelen beyneben unseren lantstenden bevelich

¹⁾ Im Konzept folgt noch: „und dan hanfen roch, der alten Stadt Brandenburgk, hieronymus reichen zu Berlin und Jacob schonermargk zu Stendal burgermeistern.“

gegeben, wollen wir in keynen Zweifel stellen, die weyl ier solchens beyneben andern vorgemeltten unsern landstenden vor gueth angesehen, im besthen bedacht und uns gerathen, ier werdet die dinge also mit Ernsthem vleys vorthsetzen und es doran an Nichts erwinden lassen, wie adder dan, so wissen wir euch genebiger Meynung nicht zu vorhalten, das uns gleich disse thage unsere vorordenthen in unserer Mittelmarke geschriben undt zu erkennen gegeben, die weyl am selben orth, was eyne wichtige Summen und mehr dan an anderen orthen vorschriben, das sie auch von deswegen sich in so viel mehr sumen, auch in desto schleunigere fristhen auszugeben, damit die ampt, Chloster und gesell, wie oben berurt uns so viel ehe zu unserer hand bracht, eynlassen müssen.

Zu dem das der vorordentte ausschos in vorgangenem Leppzugischen ostermargth eyne stattliche Summen gelbes zur legung Valtzen Pfluges, auch derer von Byler schein schulde, do sonst ganz beschwerliche scheden aus ervolgen, und unserm besondern freunde dem bischoff zu Lubus seyne herschafftlichen Bekko und Storko weien eyngenomen worden, außbracht, die Michaelis schrifftlichen widerumb erlegt werden sollen; dorumb es dan unmöglich zwischen dato undt weynachten von der bewilligten biersteuer . . . Summen auszubringen odder dorauff handlung vorzunehmen, wie auch ane das die justt volgende Jar uber die Zinsen wenig an heuptsummen möchte adder künthe abgegeben werden. Derwegen haben uns bemelt unsere gemeyner landstende vorordenthen dys alles in underthenigkeit zu erkennen gegeben undt gebethen, Euch gnediglichen zu vorgonen und zu vorwarnen, das an ewerem orth die justt volgende Jar alle ausgaben, so viel vmer möglich, möchten eyngezogen werden, do mit die gleubiger nicht mehr vortröfthett dan denselben ingehaltten werden möchten, welchs wir dann alles nicht vor unbillich geachtet und haben demnach euch der dinge also genebiglichen zu vorwarnen nicht untherlassen wollen, do mit ier verner ewere abhandlungen auch darnach zu richten hetteth.

Zum andern demnach wir euch in jungesthen Instruction auff bedenken gemeynen ausschosses befelich mitthegeben, wo sich Jemandes widder fuegen untherstehen wurde unß unsere ampt. Chloster undt gesell legen geborlicher abhandelunge und vorsicherung vorzubehalten, wie man sich auff den fall mit vortrychunge des gehorsams die ampthe, vorwerthen legenn denselben vorhalten solte. Demnach ist nochmollen unser gnedigs begern, die weyl dergleichen Instruction aller andere unsere lande vorordenthen auch gegeben ist, das es dergestalt auch an ewerem orth nach gelegenheith vorgenommen werde, do mit nicht ungleichheith gehalten adder sich eyner vor denen andern beschwerth erachten möchte. Hieran thut ier unsere Meynungen, wollen es auch in allen gnaden bedencken."

g. Der Kurfürst ertheilt dann denen, welche in der Briegnitz und im Rande Ruppin wegen der Ämter verhandeln sollen, den Befehl, die Verhandlungen, wenn irgend möglich, noch vor der Ernte zum Abschluß zu bringen. Der Amtmann von Goldbeck, Johann Gans, wolle zwar das Amt behalten, doch könne er dies nicht ohne Zustimmung der Landschaft bewilligen.

h. Hans v. Arnim, Landvogt in der Uckermark, berichtet (Gorswalde, Dienstag nach Viti, 17. Juni) dem Kurfürsten, er habe den an den Hofmarschall, Hauptmann v. Zedenick, Alt Otto v. Arnim, Ambrosius Fünfsenau, Bürger zu Prenzlau, und ihn selbst gerichteten Brief des Kurfürsten empfangen, wonach er mit den Pfandinhabern verhandeln solle. Er selbst aber beschwert sich darüber, daß er das Kloster Himmelpforte herausgeben solle, doch will er es, wenn er sein Geld in Tagzeiten zurückbekomme, dennoch thun; doch will er, wenn dasselbe wieder vergeben werde, jedem Anderen vorgezogen werden.

Von Sorg Lindstetten sei Rechnung einzufordern: zu Meliorationen in dessen Ämtern Gramzow und Seehausen sei Geld erforderlich. Er fragt an, ob Lindstetten im Amte bleiben soll; ebenso, ob mit Jacob v. Arnim wegen seiner Pfandschaft am Dorfe Bertkow verhandelt werden soll.

Seines Amtes wünscht Hans v. Arnim enthoben zu werden, „weil dan auch Got der almechtige nach seinen gottlichen und almechtigen willén mich mit disser hoge und große beschwerunge, gehesel und Rut angegriffen mir den höchsten schay disser welt genommen x.“

Der Kurfürst antwortet ihm: wegen des Klosters Himmelpforte könne er sich nicht beschweren, da diese Maßregel auf dem Beschluß der Landschaft beruhe. Ueber sein Verbleiben im Amte habe er schon persönlich mit ihm verhandelt: dessen solle er eingedenk sein.

i. Schreiben des Kurfürsten an die zur Abhandlung der Ämter und Gefälle Verordneten (Curt Rohr u. A. in Ruppin, Hans v. Arnim u. A. in der Uckermark, den Hauptmann der Altmark und Joachim v. Rüderig in der Altmark, Eustachius v. Schlieben u. A. in der Mittelmark).

„Joachim x. Nachdem die notturfft erfordert, die handlungen, welche zu abhandlung unserer vorpfandte gefelle, ambt und kloster gehalten worden, den vorordneten einnhemern unserer landtschafft zuzuschicken, damit sie die ubersehen und doraus allen bericht nhemen, auch die sachen dornach weiter zu richten haben mogen, Bevelhen wir euch, wollet, was Ir euers orths also gehandelt, berurthen vorordneten, welche Iho zu Brandenburg sein, allenthalben zuschreiben, uff das in den sachen, was weiter geschehen soll, zu bewegen und furgenohmen werden moge.“

Sonntags nach Visitationis Marie (6. Juli, d. d. Röpenid) schreibt dann der Kurfürst weiter an Jacob v. Arnim, Joachim Quast, Andreas v. Lüderitz, Dittrich Altkingl und Joachim von und zu Bredow: sie sollen sich Montag am Abende Marie Magdalene zu Cöln a./Spree einfinden, um ihm in dringenden Angelegenheiten zur Seite zu stehen.

k. Mittwoch nach Valentii (23. Juli) fordert der Kurfürst die zur Abhandlung der Ämter Verordneten der Altmark auf, Sonntags Bartholomäi (24. August) nach Stendal zu kommen und dort die Unterhandlung wegen der Ämter Tangermünde und Arneburg und wegen des Klosters zum heiligen Geist vor Salzwedel vorzunehmen.

l. Dienstags nach Nativitatis Mariae (9. September) schreibt der Kurfürst seinem Landreiter und befehlt ihm, den beifolgenden (mit dem an den Landreiter selbst fast gleichlautenden) Brief an den Bischof zu Rebus, den Bischof zu Brandenburg, das Kapitel zu Havelberg und die Befehlshaber zu Wittstock zu besorgen, dessen Inhalt aber auch den übrigen Äbtligen kundzutun. Der Inhalt des ebenfalls vom 9. September datirten Briefes ist folgender: Sie sollen die Steuer für die Roschdienste (20 Gulden pro Dienstpferd) zwischen dato und Martini den verordneten Einnehmern der Steuer nach Brandenburg übersenden und ihren Untertanen in Städten und Dörfern anbefehlen, das Giebelgeld (1 Gulden jeder Hufner, $\frac{1}{3}$ Gulden jeder Rossfät, Schmied, Müller, Schäfer u. dgl.) zu demselben Termine einbringen.

Das Stift Havelberg soll, da es „jetziger Zeit noch keinen regierenden Herrn hat“, aus seinem Stiftseinkommen diese Steuer auf die Anzahl der Pferde den verordneten Einnehmern zu demselben Termine nach Berleberg übersenden.

m. Einigung der vom Ausschuss zur Unterhandlung Verordneten mit Jörg Bofe, Hauptmann zu Tangermünde, vom 29. September 1550:

Der Kurfürst war Jörg Bofe 14 000 Gulden und 1621 Gulden an Zinsen schuldig. Für diese Schuld hatten sich bei ihrer Aufnahme Joachim v. Lüderitz, Rudolf v. Alvensleben, Christoph v. Lüderitz, Peter v. Niepenplik, Asmus v. Salbern, auch die Bürgermeister und der Rath zu Stendal, Salzwedel, Gardelegen, Seehausen und Werben als selbstschuldig verbürgt. Diese Schuld war dann bei dem Kurfürsten eingemahnt worden, doch ließ sich Bofe durch die Bevollmächtigten des Ausschusses (Joachim Cassell, Joachim von und zu Bredow, Andreas v. Lüderitz, Hans Rothe, Bürgermeister zu Alt-Brandenburg, und Hieronymus Reiche, Bürgermeister von Pärnin) zu dem nachstehenden Vergleiche bestimmen:

Die Summe, in Thaler umgerechnet 11 200 Thaler, den Thaler zu 40 mährischen Groschen, betragend, soll, von dato an gerechnet, noch drei Jahre stehen bleiben. Die 1621 Gulden Zinsen und die Zinsen, die noch für die Zukunft zu zahlen sind, sollen in Raten getilgt werden: und zwar Weihnachten 1550 sollen 621 Gulden, Ostern 1551 346 Thaler, auch 200 Gulden, Michaelis 1551 abermals 346 Thaler und 200 Gulden und so fort Ostern und Michaelis, bis die Zinsen getilgt sind.

Michaelis 1554 sollen 4000 Thaler nebst Zinsen, 6pCt.,

1555 4000 „ „ „ „

1556 soll der Rest von 3200 bezahlt werden.

Für die Erfüllung dieses Vertrages verbürgen sich die Verordneten des Ausschusses. Die genannten Bürgen geben ihre Zustimmung zu diesem Vertrage; ihre Bürgschaft soll auch ferner bis zu definitiver Bezahlung gelten.

Befiegt im Original von den Verordneten des Ausschusses.

Nach der Kopie im Geh. Staatsarchiv.

8) Schreiben von Bürgermeister und Rath der Stadt Frankfurt an den Kurfürsten vom Dienstag nach Laurentii (12. August):

Sie bitten wegen der Verzögerung ihrer Antwort um Entschuldigung. Sie hätten mehrfach mit den 24 aus den Gewerken und der Gemeinde Rath gepflogen. Schon der alten Steuer wegen hätten sie die armen Leute pfänden, ja selbst im Unvermögensfall gefänglich einziehen müssen. Dies würde bei der neuen Steuer noch in erhöhtem Maße der Fall sein. Gleichwohl hätten sie ihre Zustimmung zu derselben gegeben unter der Voraussetzung, daß die Reberse unverbrüchlich gehalten und die Beschwerden, welche sie erhoben, beseitigt würden. Die Gemeinde dagegen habe den Rath nochmals gebeten, den Kurfürsten um Aenderung seines Willens zu bitten, indem sie noch in weit höherem Maße als die 24 über ihre Armuth Klage erhoben hätten; „und da man der beschwerung ohne nit überhoben sein konnte, uff billiche und gleichmeßige mittel, dan wie in dieser Neubedachten anlage und steuer furgenohmmen, vordacht sein mochte“. Denn wenn sie selbst zustimmten, so würden sie schon über ein Jahr nicht im Stande sein, ihre Zusage zu erfüllen. Jeder, Arm und Reich, müsse nach Abschätzung seiner Güter besteuert werden: die jetzige Auflage aber lasse vor Allem auf dem armen Manne. (Original.)

Darauf antwortet der Kurfürst, Montags am Tage Nativ. Marie (Schönbed): er beschwert sich über die abermalige Verzögerung, da doch Eile dringend noth thue. Den Revers zu halten, habe er sich schon bereit erklärt: auch die Beschwerden abzustellen habe er sich erbotten und habe sie

auch schon abgestellt. In der Sache mit Wrißen an der Oder, in der sie gegen die Entscheidung seines Vaters Beschwerde erhöben, habe er seine Bereitwilligkeit, dieselbe anzunehmen und zu prüfen, erklärt. In dem Anschlag zu der neuen Steuer seien sie durchaus nicht unbillig angefaßt: sie sollten sich nur erkundigen, was die anderen Städte zu bezahlen hätten. Sie könnten ja die auf sie fallende Steuer so vertheilen, daß der reiche Mann mehr bezahle, als der arme; eine Veränderung der ganzen Anlage könne ihretwegen nicht stattfinden. Dann folgt wieder eine Berufung auf den durch kaiserliches Dekret festgestellten Grundsatz, daß, was zwei Stände beschlossen hätten, auch für den dritten bindend sein solle. Wenn sie weiter in ihrem Ungehorsam verharren, werde er sie mit Hilfe der anderen Stände und Städte zum Gehorsam zwingen. Weitere Entschuldigungsschreiben werde er nicht annehmen. Er verlangt Antwort innerhalb acht Tagen nach Einhändigung dieses Briefes.

Schon am Freitag nachher (12. September) antworten Bürgermeister und Rath von Frankfurt; sie bitten so lange um Aufschub, bis sie sich bei den Einnehmern erkundigt haben werden, was die anderen Städte zu zahlen haben werden. Dann erst werden sie ihre definitive Antwort geben.

9) Schreiben von Bürgermeister und Rath von Prenzlau an den Kurfürsten vom 15. August (assumptio Mariae).

Sie bitten, sie von den neuen, für sie unerträglichem Auflagen zu dispensiren. Sie beziehen sich auf ihr Schreiben vom Freitag nach Viti (20. Juni, s. oben unter Nr. 5e) und auf die Ausführungen ihrer Gesandten auf Johannis baptistae. In anderen Städten herrsche reger Handel und Wandel, bei ihnen gebe es nur arme Handwerker, die nur mit Mühe ihren täglichen Unterhalt verdienen. Da die Bauern in Folge der neuen Biersteuer ihr Bier aus Pommern und Mecklenburg beziehen, so werde ihnen auch dieser ihr Hauptnahrungszweig verkürzt.

Darauf antwortet der Kurfürst Montags am Tage Nativitatis Marie: er beklagt sich über ihre nochmalige abschlägige Antwort: die anderen Städte seien in derselben Lage und hätten doch die neuen Steuern bewilligt: „So haben auch unsere herrschafft und Landtsknechte ein sonder kaiserlich Decret, daß, was zwene teil bewilligen, daß der dritte zu volgen schuldigt“. Er ertheilt den gemessenen Befehl, sich dem Beschlusse der Uebrigen zu fügen und innerhalb acht Tagen ihre zustimmende Antwort an ihn gelangen zu lassen.

10) Ausschußverhandlungen vom Oktober 1550.

Der Ausschuß war ursprünglich schon auf den 5. Juni ausgeschrieben. Das betreffende kurfürstliche Verordnungsschreiben ist von Köln a./Spree,

Dienstag nach vocem Jucunditatis (18. Mai) batirt und an folgende Ausschußmitglieder gerichtet: Den Hauptmann der Altmark, Rudolf v. Alvensleben, Andreas v. Lüderitz, Curt Hintorff, Curt Rohr, Dietrich Klitzing, Joachim Quast, Landvogt Hans v. Arnim, Jung Otto und Jacob v. Arnim, Hans v. Schlaberndorf den Älteren, Hans v. Krummische, Christoph Hade, Sigmund v. Vorfborff, Albrecht v. Schlieben, Balzar Dobritz, Joachim v. Bredow und an die städtischen Deputirten, als welche in dem späteren (vierten) Ausschußschreiben vom 6. September genannt werden: Hans Noth, Bürgermeister der Altstadt Brandenburg, Hieronymus Reiche, Bürgermeister zu Berlin, Hans Tempelhoff, ebenfalls Bürgermeister zu Berlin, Andreas Griben, Bürgermeister zu Köln a./Spree, Claus Schönbach und Jacob Schönermar, Bürgermeister zu Stendal, Joachim Thuriß, Bürgermeister der Altstadt Salzwedel, Albrecht Wolman, Bürgermeister der Neustadt Salzwedel, und Hans Room, Bürgermeister zu Perleberg.

In einem zweiten Ausschußschreiben wird dann der Termin vom 5. Juni wegen „etlicher unabwendlicher und ellender Sachen“, derentwegen der Kurfürst verreisen müsse, auf Johannis baptistae (24. Juni) verschoben.

Dieser Termin wird dann in einem dritten Schreiben nochmals aus demselben Grunde (und wohl auch wegen der gerade um diese Zeit stattfindenden Sonder-Verhandlungen mit den Städten) verschoben, und zwar diesmal auf unbestimmte Zeit, „so forderlich wir dich hernach zur andern Zeit werden wider bescheiden“. (D. d. Köln a./Spree, Dienstag nach Corporis Christi, 10. Juni.)

Endlich wird dann in einem vierten Schreiben vom Sonnabend nach Egidii (6. September) der Ausschuß auf Sonntag nach Michaelis (5. Oktober) nach Brandenburg einberufen.

An diesem Termine trat dann der Ausschuß in der That zusammen. Der Kurfürst eröffnete die Verhandlungen durch folgende Vorschläge in Bezug auf die Einlösung der Ämter.

Von der Befüllung der eingezogenen Ämter mit geringeren und weniger zahlreichen Personen, Schreibern u., könne er sich nicht viel Vortheil versprechen; denn es seien schwer Schreiber zu finden, welche etwas von der Landwirtschaft verstehen. Dann erfordere deren Unterhalt nicht viel weniger als der anderer vom Adel, welche gute Hauswirthe seien. In der Noth würden die Schreiber nicht so gute Dienste leisten können, als adlige Administratoren und Amtsleute, „wie auch allewege In ampten und bey den Amptleuthen die herrschafft iere besthe Ruffunge gehapth und gefunden“. Auch müsse man zu Gesandtschaften an den Kaiser oder an Könige vertraute, mit den äußeren Gebräuchen bekannte Personen haben:

von der Landschaft aber lasse sich nicht gern Jemand verschiden. Doch könne ein Theil der Ämter mit Schreibern oder Bögten besetzt werden.

Zunächst müsse ein Hauptmann der Altmark gehalten werden, wie die Stände wohl auch zugeben würden. Derselbe könne aber die Superintendenz über das von einem Schreiber zu verwaltende Kloster Disdorf mit versehen.

Auch der Amtmann zu Salzwehel müsse belassen werden, weil Salzwehel an der Landesgrenze liege. Zudem habe derselbe das von des Kurfürsten Vater fixirte Deputat: das Uebrige werde ihm der Kurfürst aus seiner Kammer verabsfolgen. Doch solle derselbe ebenso, wie der Hauptmann der Altmark Disdorf, die Klöster zum heiligen Geiste, welches von einem Vogte, und Arnsee, welches von einem Schreiber zu verwalten sei mit beaufsichtigen.

Dem Amt Tangermünde sollen die Klöster Grevesee und Miendorf zugeschlagen werden; zu demselben gehören auch Arneburg und Gneschen.

Die Hauptmannschaft der Briegnitz umfasse Lenzen, Neustadt, Goldbeck und Kloster Lindau. Der Hauptmann habe dann die einzelnen Ämter durch Bögte und Schreiber zu bestellen.

Amt Bedenick und Kloster Simmelpforten können durch eine Person bestellt werden. Das brauche nicht gerade ein Amtmann zu sein; aber da Adam Trott dem Lande so große Dienste geleistet habe und noch leisten werde, so möge man ihm das Amt lassen. Sollten die Stände das nicht wollen, so müsse man mit ihm in einer Weise verhandeln, daß er trotzdem im Lande bleibe.

Chorin, Oberberg, Bogzen und Liebenwalde sollen durch einen Amtmann bestellt werden.

In Neuangermünde bedürfe man keines Amtmanns, doch bitte er (der Kurfürst), dem jetzigen Inhaber, der schon sehr alt sei und nicht noch in seinen letzten Lebensjahren verstoßen werden solle, der auch ihm und schon seinem Vater gute Dienste geleistet habe, das Amt zu lassen, zumal dasselbe fast nicht mehr einbringe, als die Zinsen der darauf verschriebenen Summe betragen.

Plauen und das Kloster am Berge werden zusammen durch einen Schreiber bestellt. Franz v. Dorfstadt soll eine Zeit lang als Aufseher in den Gütern gelassen werden. Oder man solle ihm „auf eine Bestallung, wie sich derselben gemeyne Landtskinder mit Seren Churf. gn. vorglichen“, das Amt Plauen belassen. Das koste nicht mehr als 50 Gulden mehr als ein Amtschreiber.

Der Landvogt im Uckerlande bleibt bei seiner bisherigen Bestallung. Zu Berlin werden Spandau, Müßlenbeck, Köpenick, Potsdam und Trebbin geschlagen; sie alle sollen durch einen Amtmann bestellt werden.

Bei Brossen stellt es der Kurfürst in ihr Ermessen, ob noch andere Ämter dazugeschlagen werden sollen.

In Sarmund soll auch vorläufig noch der Amtmann verbleiben. Zenin bleibt bei der bisherigen Bestallung.

Regie bestellt ein Schreiber, ebenso Friedland. Gramgow und Seehausen müssen einen Amtmann haben, weil sie stete Grenzirrungen und Zänkereien haben.

Darauf antworten die Städte Donnerstag nach Francisci (9. Oktober):

Sie bitten, der aufgestellten Ordnung nun auch Folge zu leisten. Täglich solle eine Stunde dem Kanzler und dem Offizianten Gehör gegeben werden in den Sachen, in denen persönliche Entscheidung erforderlich ist.

Indem sie sich im Allgemeinen mit den von dem Kurfürsten dargelegten Grundsätzen einverstanden erklären, geben sie doch ihre Ansicht dahin zu erkennen, daß das Klostersgut gänzlich von dem weltlichen getrennt werden solle. Ferner müsse dafür gesorgt werden, daß Rechenschaft abgelegt werde.

Zur „Anrichtung der Ämte“ würden sie gern rathen und helfen, „konnen iho zu hulffe dozu nicht komen, bitten geduldt biß zur andern Zeit“.

In der Hofhaltung sollen unnütze Personen entlassen werden; die Streitigkeiten mit Hamburg wegen der Zölle sollen vor den Kaiser gebracht werden.

Die Nothwendigkeit, daß der Kurfürst Reichstage besuche, erkennen sie an, wissen aber nicht, woher sie die Mittel nehmen sollen, um dazu beizusteuern.

Der Administration des Stiftes Lebus solle sich der Kurfürst enthalten. Das Kapitel müsse dieselbe führen. Sie (die Oberstände) würden es gern sehen, wenn Markgraf Friedrich das Stift erhalte.

Endlich bitten sie, die Schifffahrt nicht schließen zu lassen.

An demselben Tage erklären die Städte:

Viele Pfandinhaber hätten sich anfänglich bereit erklärt, die Ämter und Klöster abzutreten. Nun aber, da es dazu komme, stellten sie unmögliche Forderungen. e. m. a.

Antwort des Kurfürsten:

Von dem Ueberschuß der Ämter werde er einiges den „Jungfrauen“ zu Gute kommen, auch armer Leute Kinder erziehen lassen. Seine Hof-

haltung könne er nicht noch mehr einschränken, ohne seiner kurfürstlichen Autorität Eintrag zu thun.

Die Schifffahrt wäre nicht zu schließen, die kaiserliche Majestät sei in der Hamburger Sache um Kommissarien anzugehen.

Am nächsten Tage, 10. Oktober (feria VI post Dionysii electoris), bittet der Kurfürst um eine kleine Hilfe zum Reichstage, von dem er, obwohl er keine Lust habe hinzugehen, doch nicht fernbleiben könne.

Die Schifffahrt solle ohne ihren Rath nicht verboten werden.

Die Städte erwidern darauf:

Wenn der gemeine Mann in den Städten sehen werde, daß die Amtleute fort seien, werde er viel lieber Steuern bezahlen. Sie bitten daher, die Ämter so viel als möglich auf andere Weise zu bestellen. Die Ungleichheit, welche bei der Vertheilung des Biergeldes Salzweber und Garbeln gegenüber geschehe, müsse beseitigt werden.

Antwort des Kurfürsten:

Etlliche 20 Ämter seien bereits eingezogen und würden mit Schreibern und Bögen bestellt werden. 5 Amtleute müßten sein; sonst würde man am Hofe mehr Diener gebrauchen. Die Hoffhaltung könne er nicht mehr einschränken: „ein kurfürst der sei Im reiche so hoch als ein konig“.

Weitere Proposition des Kurfürsten:

„Unser gn. her der kurfürst zu Brandenburgt thuet sich legen den vorordenten des Ausschuß f. l. f. g. landtschafft und stede, welche uff f. l. f. g. schreiben Iso anhero komen, des gehorsamen erscheinens gnediglichen bedanden, mit erpietung daffelbige in gnaden zu erkennen.

Und zweifeln f. l. f. g. nicht, ein Jeder des ausschuß werde auß f. l. f. g. schreiben vornommen haben, worumb er hiehero beschieden, Nemlich weil uff nechtstgehaltenem landtage bedacht worden, das auch etliche sonderliche notige Artikel, furnhemlich die polizei belangende, dem gemeinen nutz, nharung und handtierung zum besten, sollen gehandelt werden; feind dieselbigen dem Ausschuß furzunhemmen, zu handeln, dorinne zu schließen vorbehalten. Wen dan im lande umb allerlei unrichtigkeit, unordnung, beschwerungen, übersehen in leuffen und vorteuffen, über die gewichte, maße, Ein, Gefinde, Kleidungen und andern mehr, dorauff unrath erwechset und gemeiner nutz geschwächt, geclaget wirdet, dorinne guther ordnung, besserung und einsehens von notten, hetten f. l. f. g. gerne gesehen, das solchs ehe were zur andern und besserung gerichtet worden; weil es dan biß anhero vorschoben, und numher von dem Ausschuß bedacht und vorordent soll werden, Beghern f. l. f. g. gnediglich, das gemelte vorordente des Ausschuß wollen solche mangel und artikel, was in deme allen der polizei halben und was

sonst mehr dem lande zu guthe möchte komen und gereichen, zu handeln wurde notigt und nutz sein, fur die handt nemen, davon reden, berat-schlagen, bewegen und endlichen schließen und alsdan s. l. f. g. bericht thun, wollen sie dasselbige auch erwegen und was das notigste und nützlichste in deme allen bedacht und geschlossen, an Jedem orth s. l. f. g. landtschafft publicirn, auch beschaffen, das doruber gehalten müsse werden, dan ane dasselbige sonst vorgebens were, sich mit den sachen zu beladen, wo der effect oder wirckligkeit doraus auch nicht sollte erfolgen.

Weil dan in solchen polizei-sachen und articeln etwan durch weilandt s. l. f. g. hern vatern hochloblicher gedechtnus mit rathe der landt-stende auch etliche sonderliche articel gemacht und gesetzt, wie es in demselbigen allen gehalten sollte werden, des Inhalts wie die heilige schrift mit vormeldet, stellen demnach s. l. f. g. in des ausschuß bedenden, ob sie es Iriger Zeit noch bei denselbigen articeln bleiben zu lassen oder vorderung und besserung daran zu thun oder andere mehr articel dazu zu setzen sein, bedenden, oder ob es der Ausschuß in polizei-sachen bei der polizei ordnung der reformation uf. nechst vorgestenenem Augspurgischen reichstage gemacht, wolte also bleiben lassen und dieselbige nach s. l. f. g. lande gelegenheit einziehen, welche s. l. f. g. auch albereit Im drucke publicirn lassen, do doch gleichwohl die notturfft wurde erfordern, In den articeln In berurter polizei-ordnung, welche einer Jeden obrigkeit In Sren landen und gepieten, als von eln, gewichten, maßen, hochzeiten, kintdeuffen, Zerungen in herbergen, den arbeltern, taglonern, gesindel, allerlei list in handtwercken und andern mehr ordnung zu machen vorbehalten, auch vorsehung zu thun, das von denselbigen vorbehaltenen articeln geradtschlagt möchte werden, do dan s. l. f. g. des erpletens wie oben auch sein; und wo sich der ausschuß doraus nicht konde vorgehen, wollen s. l. f. g. Jedes teils bedenden horn und in demselbigen als der landsfurst, denne es auch In der polizei ordnung furbehalten, geburlichen bescheid geben.

Und nachdeme uff gemeinem landtage eintrechtiglichen bedacht, das hochste, notigste und nützlichste sein, das s. l. f. g. Sre vorpfandte ambte, gefelle und kloster widerumb solten Ingehandelt werden, damit sich s. l. f. g. davon unterhalten, auch fur ferner schuldmachung und vorpfandung huten möchten, haben die vorordenten s. l. f. g. reihe und von der landtschafft bis dohero mit der abhandlung nicht geringen fleiß und mühe angewandt. Es wurden auch daran mehr abgehandelt worden sein, wo es an der vorsicherung nicht gemangelt hette; dan die, so von den ambten, kloster oder gefellen abziehen sollen, ane gnugsame vorsicherung nicht reumen wollen, und werden dadurch die sache nicht wenig, sonder am höchsten ufgehalten, das s. l. f. g. der ambte, kloster und gefelle bißhero noch wenig

an sich bekomen und sich davon bester weniger underhalten, Ire sachen davon bessern, vor schuldtmachung oder weiterer vorpfandung hueten konnten. Damit aber diese sachen das bebahte ende mochten erreichen, und s. l. f. g. zu Iren vorpfandten ampten, gesellen und klostern wider komen, Ist s. l. f. g. gnedigs sinnen, der Ausschuß wolle vordacht sein, wie und durch was beständige vorsicherung, daran die, welche man abhandeln thuet, zur pilligkeit mochten gnuge haben, wodurch sie auch gnugksam vorsichert, mochten vorsorgt werden, damit sie sich doruber des entreuens der Ampte, geselle und kloster lenger nicht ufzuhalten, dan sonst solcher vorzugt s. l. f. g. am meisten alleine zum hochsten schaden und beschwerung des abgangs Irer einkomen und geselle gereichen thuet; wurden auch s. l. f. g., wan es lenger also solte bleiben, also nicht ane weitere schulde konen bleiben, Und achten s. l. f. g. solcher notturfftiger vorsicherung auch auß deme nottigk sein, das sich niemands zur pilligkeit zu beschwern, als wurde er ane erstädtliche steuer, bekalung oder vorsicherung abgedrungen; dan man sonst, wo sie solten ane dasselbige abgedrungen werden, auch wider vormueten, müsse das hernach s. l. f. g. oder den stenden zur beschwerung gereichen. Es befinden auch s. l. f. g. soviel, das, wo sie Ire vorpfandte ampte, geselle und kloster also wurden wider an sich bekomen, das sie Iren kurfürstlichen standt und hoff davon konen stadlich erhalten und doruber noch ein sonders erobern, darumb Se die sache mit der vorsicherung pillig zu befördern und gar nicht mehr ufzuhalten, noch s. l. f. g. wolart zu hindern, damit s. l. f. g. bester ehe oder mehr wisse, das sie sich fur ferner schuldtmachung und vorpfandung hueten konen.

Zum dritten befinden s. l. f. g. auch, das sich die Vorordenten einnehmer der landtschafft vornemen lassen, das sie In sachen, wan mit den gleubigern gehandelt soll werden, von deme ausschuß nicht gnugksamen bevelh hetten, was und worauff sie solten handeln; dorumb auch s. l. f. g. gnediglich beghern, der ausschuß wolte den vorordenten davon gnugksamen bevelh geben, dan sich auch die gleubiger dermaßen zur pilligkeit behandeln lassen, das den sachen durch solche handlungen, wo alleine fleiß oder bevelh dobei gehabt, bis zur geduldt und bezalung wol zu ratzen.

Und nachdeme gemeine landtschafft zum mherern bei s. l. f. g. gesucht, das s. l. f. g. wolten Ire sachen zur besserung In Ihrer hoffhaltung mit bestellung der ampte und sonst richten, haben s. l. f. g. dasselbige auch zur notturfft bewogen und furgenohmen, und in Irer hoffhaltung und ampten, auch sonst so viel diese sterbliche Zeit uber geschēhen konen, ordnung und bestellungen gemacht, und wollen s. l. f. g. nach erlebigung dieser der landtschafft sachen dem Ausschuß solche ordnung (in) bestellungen und andere mehr vor s. l. f. g. obliegende sachen auch furbringen lassen und des selbigen

rath, ob daran zu bessern oder zu vorandern, auch In den andern obliegenden sachen zu thun, gnediglich hörn und vornehmen, und sich in diese sachen allenthalben dermaßen schicken, das der ausschuss und gemeine landtschafft sollen Im werde befinden, das s. l. f. g. In deme der gemeinen landtschafft rath gefolgt und an Ir nicht mangel sein lassen.“

In die Zeit dieser Verhandlungen des Ausschusses fällt wahrscheinlich auch der nachfolgende undatirte

Kurfürstliche Revers für die oberen Stände:

„Wir Joachim Churfürst ꝛ. Bekennen und thun kundt vor uns, unsere Erben und nachkommende In krafft diß unsers offenen briefs legen menniglichenn, Als wir uf Cantate nehst vorschienen diß lauffenden funftzigsten Jars einen gemeinen Landtagl in unser stadt zu Coln an der Sprew gehalten unnd allen Stenden unserer gemeinen Landtschafft unsere mergliche und beschwerliche obliegen unserer schulde halben furgetragen, Iren Rath und hulffe gebetten und gesucht, uns wie sie vorhîn als die getrewen unterthanen legen der herschafft, sonderlich aber auch legen uns gethan und vielfeltiglich erzeigt mit ferrer hulffe nicht zu vorlassen, und doburch erhalten, das die Erwirbigen wolgebornen, Edlen, wirbigen und Erbnessen unsere besondere freunde, Rethen unnd liebe getrewen, prelaten, Graffen, hern, geistlichen und die von der Ritterschafft solch unser bitten und anlangen hertzlichen und trewlichen bewogen, und demnach uf solch unser ersuchen am ersten unserer schulde ein mal hundert tausent gulden, doch ohne die Retardirten Zins, in Ire vorige schuldt Register auß dem alten schoß zu bezaln auf und angenommen, wie wir auch dieselbigen unter sie vorteilt. Daruber haben sie auch ferrer bewilligt, das sie Zerlich von denn Rogdinsten, die sie Jeder uns zu leisten schuldigl, von einem pferde zwanziglt Gulden uf funf Jahr land unnd dan ferrer Zerlich von Jedem hufener einen gulden und einem Cossaten einen halben Gulden uf vierzeihen Jahr land geben und ausbringen wollen. Darauf wir drei mal hundert tausent gulden vorordent, die von demselbigen Rogdinsten und gibelgelde, so weith sich daß erstreckt, bezalbt werden sollen. Dazu haben sie auch daß biergeldt, welchs zuvor uf acht Jar bewilligt, noch uf sechs Jahr land daruber und also uf vierzeihen Jahr, in maßen auch unsere Stedte gethan, zu bezalung und freilung der schulde, so uf unsern vorpfindten Ambten, Clostern und gesellen stehen, bewilligt, deß allen wir Sue In freundschaft gunstige und gnedige Danksagung thun. Wir haben auch daß andere Rest unserer schulde alleß und Jedes unsern Stedten zugeschlagen, die es auch zu bezalen angenommen und bewilligt haben, Vorpflchten uns demnach hiemit in krafft diß briefs am bestendigsten wir ummer thun sollen, können oder mogen,

bei unsern fürstlichen trewen, werden und wahren wortten, für uns und unsere Erben, Do sichs zutruge, als wir gahr nicht hoffen, daß solche dreimal hundert Tausent gulden mit der steuer von Rosbinsten und gibelgelde nicht mochten volkomlich bezalbt werden, und etwas daran überschießen wurde, daß domit in keinem wegt die prelaten, Graffen, hern, geistlichen und von der Ritterschafft beschwert werden sollen, Sonder wollen uf die wege vordacht sein; do je einicher überschuß sein wurde, daß dasselbige bezalbt, sie und die Fre domit nicht belegt werden sollen, und die einnehmer, auch die, welche diese schulde verhandeln werden, Sollen und wollen wir und unsere erben dieselbigen und Fre Erben in alle wege vortreten und schadlos halten. Wir thun auch gemelte Stende hiemit vorsichern, daß diese Fre trewe gutwilligkeit Fre an Fre vorigen Reversen, privilegien, articeln, auch andern allen und Jedem Fre gerechtikeitten sol unabbruchlig sein, alles trewlich und ungeferlich. In urkundt zc.“

11) Kurfürstlicher Revers für die Oberstände vom 14. Oktober.

„Wir Joachim von Gottes Gnaden Marggraff zu Brandenburg, des heyligen Reichs Erbkammerer zc. Bekennen und Thun kundt vor uns, Unser Erben und Nachkommende, legen Menniglichen, Als wir denn Ehrwirdigen, Wolgebornenn, Wirdigen unnd Erntbesten Unsern Besondern freundenn, Rethenn unnd Lieben getrewen Prelatenn, Graffenn, hern, Geistlichen unndt denen von der Ritterschafft unndt Stettenn unsers Churfurstenthumbs der Mark zu Brandenburg auf gemeinen Landtagen auff Cantate vorschienen, zu Cöln an der Spren gehaltenenn, unser höchstes obligen, bedrengnuß unnd beschwerung unserer schulde halben mit der Zelung, was gefahr, vorderbens und undergangs unser herschafft, auch Landenn und Leuten vorhandenn unnd zu besorgenn, wo den sachen In der Zeit nicht gerathen unnd fürgetrachtet würde, fürtragenn lassenn, unnd bey Inn Rhat und hülff gesucht, unnd dann auf geschene unterhandlung berürte unser Prelaten, Landstende und Stete Stattliche Stevrenn zur bezalung unnd Ablegung solcher unser schulde auß gutherziger, Trewer wolmeinung, uns, auch Landen unnd Leuthenn zu trost, bewilligt unnd sich unserer Landstende und Prelaten, Graffenn, hernn, Geistlich, vom Adell, uber Ihre habende Privilegienn unnd Stattliche Revers, darüber sie es zu thund nicht schuldig gewesenn, auß Lautter Trew, gutwilligkeit unnd Liebe, die sie zu unns unnd unser herschafft tragenn, Inn solche bewilligunge, So weit eingelassen, daß sie Ihres theils zu bezalung unserer schulde vonn Jedem Pferde, so Stragt unnd viele sie unns ein Jeder theill auß Inen zu dienenn schuldig, auf funff Jhar langt Zerlich XX gulden unnd dann einn gibelgelbt, vonn einem Jedenn hueffner einen gülden unnd einen Cossaten

ein halb gülden auff XIII Jar lang Jertlich außzubringen unndt darüber daß Biergeldt noch auff Sechs Jahr unndt auch also XIII Jar langt bewilligt, Seinnd wir Inenn ganz güethlichen unndt gnediglichenn danckbar undt wir, Auch unsere Junge herschafft, sollenn unndt wollenn dasselbige legenn berürtten unfernn Landstenden, Ihren Nachkommenndenn unndt kindern hinwider Jederzeit Inn freundschaft, gunst, genaden, undt bestenn Ingedend sein, Beschülden undt nimmermehr vorgeffenn. Weyß dann solchs vonn Ihnen Also unvorpflicht geschen, So thuen wir sie, die Prelaten, Graffenn, hern, Geistlichen unndt vom Adell Semplich unndt sonderlich vor unß, unser Erbenn unndt Nachkommennden Am bestendighstenn wir Immer Thuen sollen, können Oder mülegenn, hiermit bewaren, Reverfircenn, Daß wir, unsere Erbenn unndt Nachkommennde sie hinfuro zu ewigen Zeittenn mit solchen unndt vergleichenn Anlangenn undt Ansuchen ferner hülfß Oder steurenn sollen undt wollen vorschonenn, Sie, Ihre Nachkommen undt Erbenn sollenn auch hinfuro keine Steuer, außgenommen In den fellen, davonn Inn der Altenn Biervorschreibunge gesagt, zu gebenn schuldigt seinn.

Wir thuen Ihnen auch hiemit Alle unndt Jede befreyung, Privilegien unndt Reverßen, sie vonn unns unndt unsernn Vorfaren, Solcher Steuer halbenn undt sonstenn, hiemit widerumb vornemen unndt bestetigen, Unnd soll dieß Ihre gutwilligkeit unndt Trew denselbenn nicht zu legenn gedeutet, noch von unß, unsern Erbenn unndt Nachkommennden Ihn zuwider angezogen noch vorstandenn, Sondernn sie dabey vestiglich gehalten werden undt bleiben. Unnd Nachdem sie unß eßliche sonderliche Artickell furbracht, unndt undertheniglichenn gebetten Inen dieselbigenn zu bewilligenn unndt zu vorschreybenn, habenn wir solch Artickell Ine genaden bewogen, weylß wir dann die auch billich geachtet, haben wir Ihn dieselb gegunt unndt bestetigt, Nemblich wie folget:

Zum Ersten wollenn wir aus bedendlichenn ursachenn, unns unndt unser Landtschaft zu mehrer Nachrichtung alleinn Einn Cansley halten unndt unsere, auch die Landhendell allein durch dazu vorordente Secret Siegell unndt andere Siegelung abthuen lassenn.

Zum andern wollenn wir auch Landrethe vom Adell vorordenenn, welche nebenn unsernn hoffreithenn bey verhatßschlagunge der sachen, auch beistellung der Urtheilß zu dem Quartall sollen mitßigen unndt gebraucht werden.

Wir wollenn auch unter denn Advocaten unndt Procuratorn Ordenunge machen, daß sie die Leutte nicht übersehen undt sonst gericht undt gerecht mülegenn mit weintiger beschwerung erhalten werdenn, Da auch ein Jeder soll trachten, Einen geschickten Advocaten oder Procuratorn zu seiner sachen Noturfft zu halten, unndt wollenn sonst gericht undt gerecht Ordentlich haltenn unndt die sachen vormüege unser Cammergerichts Ordnung zu

scheiden beschaffen, auch so forderlich Immer möglich auf die beschlossene Acta lassenn Urteyl ergehenn, unnd wo die sachen gütlich mit vorwilligung der Partt Oder auf mechtige hinstellunge Oder durch Ordentlich Proceß nicht entscheidenn werdenn, Sollenn auch die Partteyenn mit Abscheiden, Dadurch die haubtsachen Decidirt, nicht beschwerdt, Sondern bey Ordentlichenn Austrag unnd vorfassung wie vonn Alters gelassenn werdenn, Es sey denn daß die Partt Solche Abscheide würden willigen oder bitten.

Zum Dritten sollenn auch denn Prelatenn, Graffenn, herrnn, Geistlichenn und von Adell die gestift unnd geistlichenn Lehen, die sie Inn denn kirchenn, Stetten unnd Dörffern zu conferirn unnd derselbigenn beweißlicher schein der patronen halbenn, auch widerumb darauff widerumb zu Gottes eherenn unnd volgigen Personen zum Studio Oder umb Gottes willen vorlehen, Presentirn unnd dieselbigen die Confirmation von unserm Superintendenten oder geistliche bischoff nemen, auch Inn die kirchen, darin die Lehen gelegen, ann Officiant gelde, wie vor Alters herkommen, volgen lassen, Da wir unß auch die vorleibung der geistlichen Stifte unnd Lehen, die wir unnd unsere herschafft zuvorlehen, wo die auch gelegen, auch wollen vorbehalten habenn.

Zum vierden habenn wir unß auch mit dem Ausschuß der Landschafft Albrecht vorglichen, Wie hievor Inn unsern Churfürstenthumb unnd Landenn Soll Jedes Dritt landes Ein scheffel unnd dann durchaus Ein gleich Elle unnd ein gewicht seinn unnd also angericht soll werden, dabey es auch soll bleiben.

Es sollenn auch Inn unsernn großen unnd kleinenn Stettenn die wagenn dermaßen angericht werden, daß sie vom Land unnd menniglich mit einzeln Pfunden Oder Steinenn, ann wuß unnd allerley ware nicht mälegen vorforttelt werden, Sondernn sol einem Jedenn, der Centner gewicht außwegen will, dasselbige frey stehen nach weitem Inhalt des Artikels, wie durch den Ausschuß bedacht.

Zum Fünfften soll es auf denn Dörffern mit den handtwerckern, Schneider, Tuchscherer, Leinwebern, Rhademachern wie vor Alters gehalten, unndt Inhalts der Lands Ordenunge dieselbigen, wo sie auf den Dörffernn besessenn oder vor Alters gewesenn, geduldet werden, Doch soll mann die Störren unnd unbessenn nicht dulden.

Zum Sechsten, Als sich auch unser Landstende beschweret, daß Inn unsernn Stetten soltten Terlich Inn Bier, kornn unnd Gersten ein lauff gesagt werden, unnd gebetten Ihres Mittels dem gemeinen Nutz zum besten auch darzu zu seken, Soll demnach hinfuro solche sezung Also geschehen, Daß eglliche von der Landschafft Jedes Dritt Inn Stetten auch sollen dazu geordnet werdenn unnd Sazung helfen thuen.

Zum Siebenden Wir sollenn unnd wollen auch ohne Rechtbestendige ursachenn der Prelaten, Graffen, herren, Geistlichenn Oder Ritterschafft underthanenn keinenn under seiner herschaft vorleiten, Es sey dann sach, daß wir der herschafft Antwortt vorhinn gehört habenn, Oder sonst die sache höheren lassenn.

Zum Achten weyll auch unsere Landstende vielfaltig vor uns gesigelt, daß wir Ihnen gnedige dankssagung thuen, wollen wir auch vorordnen thuen, Inen Inn lösung der schuldt vorschreybung Ihre siegell wider zuzustellen.

Zum Neunden wollen wir auch Keins beschülbigten vom Adell weis uber denn werdt Ihres einbringens nach Landes brauch In fraudem Creditorum, Sonderlich bey Lebenn des Mans beleibdingenn, und da es auff unbericht geschehen wurde, den gleubigers Ordentlichs Rechts darumb gestatten.

Unnd da unser Landstende Inn Burggschafft vor Ihr Principall auß legen unnd bezaln müßenn Oder albereidt gethan hetten, Des sollen sie von der Principall güeter zu Restiren haben, unndt Inn deme vormüge der Rechte zu solchem soll gehalten werden.

Zum Zehnden, wo auch Prelaten Oder die vonn der Ritterschafft ann Ihren Wusten selbe Oder Eder denn Pawrenn umb zinkstornn hetten außgethan Oder würde solchs noch geschehn, Soll denn Pawrn kein eigenthumb zuwachssenn unnd die Landstende der Ablündigung mechtig seinn.

Zum Elfften Sollenn unnd wollen wir auch keinenn unser Landschafft seiner güeter unnd die es lange unnd vor Alters Inn gewehr Oder gebrauch gehabt, unbeschülbigt unndt unerlantens entsetzen, Sonder wollenn sie Inn dem bey Voriger gnediger Zusage unnd articels bleiben lassenn.

Zum Zwelfften wollen wir auch einsehung thuen, daß unser New Amptsleute keinen benachbarten der empter was einzihenn sollen, unnd do es geschehe unnd solchs bestendiglichen befundenn, wollen wirs vormüege voriger Articell mit den widersolgen haltten, Doch sich auch Niemandts zur ungebühr Inn daß unsere eindringen soll.

Zum dreyzehenden als auch die Landstend beschwert, daß denn Pawrenn vor unser Cammergericht Ze zu zeitenn würde Abscheide gegebenn, Darin Inn denn Pawren gesagte Dienste gemacht und Ihrenn herschafften die Pawren zur Zeit des Dienstes zu speissen würde auferlegt, wollen wir solchs also ohne Unterscheid zugescheen abschaffenn, Sondern sollenn die Lande Jedes Orths wie auch außm Landtage des XL. Thars beschlossenn, Dienen wie vor Alters, unnd da man sie zuvor In dienst auch gespeisset, Soll es noch geschehen, Es were dann das die Leute solchs willich nach-

ließen, unnd soll es sonst Jeder Inn dem mit seinen underthanen haltten wie vor Alters.

Zum Biergehenden was das Brawen auf dem Lande, davonn die Landstende auch angefaßt habenn, belangt, gelangt unß gleublich ann, daß dasselbige Brawen vonn Pawren aufm Lande ganz ubermessig! unsern selbst-gefallen, auch unsernn Stetten ann Ihrer Narung zu sonderm Abbruch geschicht, Solchs unns auch unleidlich, unnd Brawen die Pawren nicht allein Rosent (?), Sondernn auch Bier zu Ihrenn Kirchmessen, hochzeiten, kindelbiren, Fastnacht und Andern trinckzeiten und festen, vorkauffen es dazu, Wan dan uber die Vorige gemeinn Landsordennung unnd vortragt dieser Artickell auf der underhandlung, daß gemeinen Ausschuß geschen soll, wollen wir denselbigen biß dahinn verschoben haben und In des soll es bey der Alttenn Landsbewilligung bleibenn.

Zum sunffzehenden, was denn Artickel der holzung unnd hütung halben, die eckliche In unsernn holzernn anziehen, belangt, Ist dasselbige nicht Inn gemein Aller Stende, Sonder Particular sachen, Darumb bescheiden wir dieselbigen, Daß sie diß anzeigen, Sich sollen legenn unß angeben, wollen wir nach bericht unnd befindung der gelegenheit sie mit gebüerlicher Andtwordt darauf bescheiden.

Zum Leßten wollen wir auch unser Landstende bey allenn und Jedem Ihren habendenn Privilegien, freyheiten und gerechtigkeiten gnediglich bleiben lassenn, erhalten unnd handhabenn, Darin nicht eintrag thuen, noch durch Andere zu thunde gestatten, Geredenn unnd geloben, sie, Ihre Nachkommen unnd erben dabey, auch bey disen Obgeschriebenen Artickeln, Allen und Jedem, die wir Ihnen Auch hiermit bestettigung und gnediglich zu erhaltung bleiben zu lassen, Alles getrewlich unnd ungeferlich. Urkundlich mit unserm Anhangendenn Insiegel besiegelbt. Geschen zu Brandenburgt, Dinstags nach Dionisii. Anno 1550.

Joachim Churfurst.

gegengez. Johan Weinlobenn
Viceanc."

Kopie im Sammelbd. des Ständearchivs.

12) Polizei-Ordnung vom 3. November (Montags nach Omnium Sanctorum).

Kopie im Sammelband des Ständearchivs.

Auf Bitten der Stände habe er, der Kurfürst, mit Rath und Zustimmung des Ausschusses, welche am 6. Oktober erfolgt sei, folgende Polizei-Ordnung festgesetzt:

Die kaiserliche Reichs-Polizei-Ordnung, welche im Druck in seinen Landen erschienen sei, solle gehalten werden. Dieselbe verbiete vor Allem Gotteslästerung, leichtsinniges Schwören und Fluchen.

Auch in Bezug auf die Kleidung soll die kaiserliche Polizei-Ordnung Geltung haben.

In Bezug auf den Gefindelohn, über dessen Höhe vielfach Klage geführt werde, wird die alte Landes-Ordnung erneuert: es sollen nämlich im Lande Rebus, Ober- und Nieder-Barnim keinem Ackerknecht mehr als 16 Schilling-Groschen jährlich und kein Land, keinem Mittelknecht mehr als 14 Schilling-Groschen und keinem „Jungen“ mehr als 11 Groschen Lohn gegeben werden.

Im Uckerlande und Stolpe soll es bei der alten Gewohnheit bleiben.

Im Havellande, Berlin und den daran und darin gelegenen Städten: Brandenburg, Rathenow, Nauen und Spandau soll

einem großen Ackerknecht	3 Schock 45 Groschen,
einem Mittelknecht	3 „ und 2 Hemden,
einem Jungen	2 „ und 2 „
einer Großmagd	1 „ 45 Groschen, 7 Ellen Leinwand, 1 Haube und 1 Halstuch,
einer Mittelmagd	1 1/2 Schock, 6 Ellen Leinwand, 1 Haube und 1 Halstuch,
einer kleinen Magd	1 Schock, 4 Ellen Leinwand, Halstuch und Haube

jährlich gegeben werden. In den Städten soll den Großknechten am Tage für 4 Pfennig Bier, den Mägden aber kein Bier gegeben werden.

In Teltow erhält der Großknecht 3 Schock, der Mittelknecht 2 Schock, der Junge 1 Schock, die Großmagd 5 Mandel Groschen, die Mittelmagd 1/2 Schock, ein Mägdelein 20 Groschen.

In der Uckermark, der Priegnitz und dem Lande Ruppin soll der Hauptmann erst im Verein mit den Betheiligten und Sachverständigen eine Gefinde-Ordnung, in die auch die Werkmeister, Zimmerleute und andere Handwerker einbegriffen sein sollen, aufstellen.

Jeder Diensthote soll sich erst bei demjenigen, unter dem er angefaßt und geboren ist, zum Dienst anbieten. Erst wenn er von seinen Eltern oder Erbherrn nicht zu Dienst angenommen wird, darf er sich anderweit vermieten. „Wo sich dann ein Knecht oder Magd in zeit des vor-miettern Diensts würden vorehellen, Oder Ihre Eltern würden derselbigen zu Tzen dienst selb bedurffen, sollen sie von Ihren hern Tne darüber weitter zu dienen nicht gezwungen werdenn.“

Entläßt Jemand seinen Knecht oder seine Magd vor der Zeit, so muß er ihnen den vollen Lohn entrichten. Geht das Gefinde selbst ab oder entläuft es, so soll es des ganzen Lohnes verlustig sein. Hat es den Lohn schon empfangen, so soll es eingezogen und bestraft werden und, was es nicht verdient, zurückzugeben verpflichtet sein.

Keiner soll dem Andern sein Gefinde, während es noch in dessen Diensten ist, abmieten.

Den Werkmeistern, Zimmerleuten und ihren Knechten, auch andern Handwerkern soll an Lohn gezahlt werden:

In der Altmark:

(wenn sie ohne Kost gedinget werden) täglich:

4 Süßische Schillinge einem Zimmermeister und einem Maurer,

4 Groschen dem Meisterknecht, 3 Groschen dem Kalkschläger;

(wenn sie Kost bekommen) täglich:

3 Groschen dem Meister, dazu 3 Quart Bier, 2 Groschen dem Knecht, dazu $\frac{1}{2}$ Stübchen Bier, 10 Pf. und $\frac{1}{2}$ Stübchen Bier dem Kalkschläger.

Den Maurern und Zimmerleuten sind die Dachbeder gleich zu achten.

Ein Tagelöhner erhält ohne Kost täglich 3 Schillinge oder 1 Schilling mit Kost und $\frac{1}{2}$ Stübchen Bier von Walpurgis bis Michaelis, im Winter des Tags 3 Groschen ohne Kost und einen Groschen mit Kost und $\frac{1}{2}$ Stübchen Bier.

In der Mittelmark erhält:

Ein Tagelöhner ohne Kost das ganze Jahr hindurch täglich 20 Pf. außer der Ernte, während der Ernte aber 3 Groschen; ein Meier ohne Kost 4 Groschen, eine Schnitterin 26 Pf., einer, der da bindet oder hackt, 3 Groschen, ein Futterschneider 3 $\frac{1}{2}$ Groschen, ein Zimmermeister 5 Groschen, ein Zimmerknecht 4 Groschen, ein Gehilfe oder Kalkschläger 3 Groschen, ein Leimer 3 Groschen, eine Gräberin 12 Pf., eine Hesterin, die Wein oder Hopfen hestet, 10 Pf., die Brauer und „Toetwger“ 1 Groschen und Essen und Trinken.

Mit Kost erhält ein Tagelöhner täglich 1 Groschen und für 4 Pf. Bier, ein Meier 2 Groschen und für 1 Groschen Bier, eine Schnitterin 12 Pf. und $\frac{1}{2}$ Stübchen Bier, 1 Futterschneider 14 Pf. und $\frac{1}{2}$ Stübchen Bier, ein Zimmermeister 3 Groschen und für 6 Pf. Bier, ebenso ein Maurermeister, der Gehilfe oder Kalkschläger 10 Pf. und $\frac{1}{2}$ Stübchen Bier, der Leimer 10 Pf. und für 6 Pf. Bier, eine Gräberin 5 Pf. und für 2 Pf. Bier, eine Hesterin 4 Pf. und für 2 Pf. Bier. Die, die da

Wein lesen, 4 Pf. und dazu Tags zwei Mahlzeiten und $\frac{1}{2}$ Stübchen Bier, aber keine Trauben.

Im Havellande und den zugehörigen Städten erhält ein Drescher täglich für 4 Pf. Bier, die, welche Nachts dreschen, erhalten auch Kost und für 4 Pf. Bier.

Einer, der Heu aufmacht, erhält 1 Groschen und für 4 Pf. Bier, ohne Kost erhält er 2 Groschen.

Die Ordnung für die Mittelmark soll auch für die Uckermark, Lebus, Barnim, Teltow, Glyn und Zauche gelten. Dem Gesinde soll kein Acker mehr zum Besäen gegeben werden.

Keiner soll einen Andern vor fremden Gerichten belangen, sondern Jeder soll zuerst vor seinem geordneten Richter „angesprochen“ werden.

Der Scheffel soll in jedem Lande gleich sein: für die Mittelmark gilt der Berlinische Scheffel, alle anderen sollen abgeschafft werden; für die Uckermark gilt der Prenzlauer Scheffel, für die Altmark der Stendalsche, nur die Städte Salzwedel und Gardelegen sollen ihren eigenen Scheffel behalten; für die Priegnitz gilt der Perleberger Scheffel, für Ruppın der Neu-Ruppiner.

Für alle kurfürstl. Länder soll die Berliner Elle gelten. Wer mit einer andern mißt, dem wird seine Waare konfisziert.

Als Gewicht soll für „kleine Waare“, Spezerei u. a., das Erfurter Gewicht angewandt werden; aber Fleisch, Kupfer, Blei, Zinn u. dgl. soll mit Berliner Gewicht gewogen werden; nach dem letzteren gehen 110 Pfund auf den Centner. Wolle soll auch nach Centnern gewogen werden und nicht „nach Anzahl der Steine“, wie an etlichen Orten geschieht.

Jede Tonne soll 24 Stübchen halten.

Jeder soll seine Bauern, Schäfer und Hirten anweisen, auf der Halde kein Feuer anzuzünden und die Halben und Holzungen nicht anzuzünden.

„Würde aber Jemand von solchen Leuten mit feur auf der heydenn beschäftigt und daraus ein schaden erfolgette, so mag ein Jeglicher, so denselbigenn bereit Inn auf der heyden, In den Rauch unndt daß feur bindenn, Damit er es nicht mehr thue. Entleme er aber vonn der heydenn und wurde darauf nicht begriffenn, So magt ein Jeglicher denselbigenn Inn seinenn gerichtenn Inn gebürlich straf nemen.“

Es soll sich auch Jeder nach der Holzordnung richten.

„Zum Achten so die Paurr ein oder mehr Ihrer herschafft Erbgutt bewehren, So mügen sie unnd Ire Kinder unvorhindert Irer herschafft sich in Ander Stette oder Dorffer wendenn, Doch das sie binnenn Landes bleiben, unnd hetten die der Uckermarc Inn deme bestendige sonderliche breuche, mügenn sie sich derselbenn halttenn.“

Zum Neundenn, So ein Pawr Abrünstig wurde unnd seinen herrn Ober Jundernn sein Erbgut nicht vorwehret heite, er wende sich wohin er wolle, so soll man Ihme den auf sein ansuchenn nach vormägen des Altten Vortrags Unser gemeinen Landschafft ungeweiigert folgenn lassenn, Doch Also das der Jene, der denn Abrünstigen Pawren fordern will, die seinen dazu schickenn unnd den Pawrenn annemen lassenn, Also auch soll gehaltenn werdenn, Wo einem ein gefinde entlaufen und das gefind an-troffenn."

Die Goldschmiede sollen das rheinische Gold zu 18, das ungarische zu 20 Karat verarbeiten, das feine Silber zu 16, das Wertsilber zu 14 Roth.

Die Rannegießer sollen das feine Zinn mit 3 Zeichen stampfen, zweien von der Stadt und ihrem eigenen. Halbzinn oder Halbblei, oder auch wenn sie 10 Pfund Blei verarbeiten, sollen mit einem Zeichen des Raths und mit ihrem eigenen gestampft werden. Ganzblei sollen sie mit ihrem eigenen Zeichen stampfen. Alles bei „Pön des Feuers“.

Nur die Reissigen und die Kaufleute sollen Bündbüchsen führen. Wer sie bei andern findet, soll das Recht haben, sie fortzunehmen.

Das Büchfenschießen „zum Wildbrat und Gerdgeln“ soll bei Strafe unterbleiben. Nur die Adligen und die Bürger, welche Güter auf dem Lande haben, dürfen, aber auch nur auf ihrem Gebiete, jagen.

Die Bürger und Bauern sollen keine Enteneier ausnehmen oder verderben.

Jeder Theil der Landschafft soll über die Beobachtung dieser Artikel durch die unter seiner Obrigkeit Stehenden wachen.

Die Hirten sollen, namentlich in Wildbiskriften, ihre Hunde anbinden und führen, sollen nicht die Hasen jagen, werfen oder schlagen.

In Bezug auf Hochzeiten, Kindelbier und Kirchmessen wird die Verordnung seines Vaters von dem Kurfürsten erneuert und wieder eingeschärft.

13) Verordnung des Kurfürsten an die oberen Stände wegen Aufbringung der bewilligten Steuern vom 19. November (Mittwochs Elisabeth).

Kopie im Geh. Staatsarchiv.

„Joachim ꝛc. Wiewol wir hievor zeitlich an euch schreiben lassen, das Ir die bewilligte steuer von den roßdiensten und pferden, so viel Ir uns zu dienen schuldigt, von Jedem pferde XX gl., sollet noch fur Martini den vorordenten einnehmern euers orths einbringen, so haben uns doch die einnehmer berichtet, das es noch nicht geschehen. Es haben aber der ausschuß, auch die furnehmen der landtschafft und die einnehmer fur geraden ar-gesehen, das die steuer von roßdiensten diß Thige Jar mochte dupel ge-

geben und also von Jedem pferde XL Gulden ausbracht werden, damit man an den angenehmen schulden die bedrenghlichsten gelnbiger am ersten bester weitter zu stillen und hernach die Zinse leichter zu tragen, auch an haubtsamen bester mehr abzulegen hette, und das dolegen an den bewilligten V Tarn solten zwei Tarn abgerechenbt und hernach noch drei Tarn vom pferde Zerlich alleine XX gulden gegeben werden. Weil dan solchs der landtschafft ganz hoch notigt und dodurch großer schaden und unrath der Zinse wurde abgewandt werden, Beghern wir demnach gnediglich, hiemit auch bevelhende, wollet, so viel ummer möglich, euern teil dieser steuer von roßdiensten also dupel von Jedem pferde XL Gld. forderlich noch Inner 14 tagen von dato den vorordenten einnhemern euers orths einbringen und es in deme an euch, der landtschafft und euch self zum besten nicht erwinden lassen, damit auch diß steuern bester zeitlicher moge ushorn.

Zum andern haben uns auch die einnhemer furbringen lassen, das an dem bewilligten gibelgelde, als von einem Jedem hufner 1 Gld. und von einem Cossaten $\frac{1}{2}$ gld. noch ganz weniglt einbracht. Wan dan das geldt zu vorhutung der landtschafft sonders schadens soll in kurtz ausgegeben werden, Bevelhen wir euch, wollet mit den euern ernstlich beschaffen und vorfugen, solch gibelgelbt als palde unseumlich einzubringen.

Zum dritten hat auch der ausschuß notigt bedacht und beschloffen, das das neubewilligte birgelbt solte allewege legen den quartaln uf einen tagt zugleich sampt den registern, dorinne es vorzeichendt, mit eidlicher beteuerung, das es recht angeschrieben und nichts ausgelassen und nicht mehr mit bloßen Betteln, wie bißhero zu großen abbruch geschehen, und 3ho schrißten sonabends am tage lucie den einnhemern bei sonderer straffe einbracht werden, Bevelhen euch demnach ernstlich, wollet bei meldung solchr straffe euch euers teils auch dornach richten und dos birgelbt von euern stedtlein und frugern, welche zu brauen gerechtigkeit haben, zeitlichen einfordern, und ein schriftlich register doruber machen und dan das birgelbt sampt dem register, welches Ir mit euerm petschaft sigeln sollet, den vorordneten einnhemern der landtschafft an gemeltem sonabende lucie ghen Brandenburgt uberschicken und also uberantwortten und in euere sele uff volmacht dozu eidlich beteuern lassen, das es recht und ane abgangt in das register geschrieben und dieses zu Jedem quartal hernach also ordentlich halten und an euch den mangel nicht sein lassen, dan bißhero sonst großer abgang des birgelbs, ufm lande befunden.

Zum virden haben uns auch die einnhemer zu Brandenburgt berichtet, das die euern das bewilligte hufenschuß von diesem Thare noch hinterstelligt, weil dan solchs der landtschafft auch zu schaden gereichen thuet, Bevelhen

wir euch, wollet mit den euern ernstlich beschaffen, das hufenschosß auch alsbalde zu erlegen; an deme allen vorbringt Ir unsere endtliche meinung, und seind euch sonst in gnaden geneigt. Datum Rathenow x."

(Randbemerkung beim letzten Abschnitt: „Diese Clausel sol alleine an di mittelmerckischen und ruppinschen geschriben werden, aber an die altmerckischen, prignitz und udermerckischen nicht".)

14) Verordnung ähnlichen Inhalts an die Städte von demselben Datum.

Kopie im Geh. Staatsarchiv.

Joachim x.

Nachdem das quartal Lucie nun mehr vorhanden, daran das neu bewilligte birgelbt soll einbracht werden, Bevelhen wir euch demnach, wollet euch euers teils dolegen gefast machen und als dan das birgelbt, so diß quartal bei euch gefallen wurde, den vorordenten einnhemern dozu Iho zu Brandenburg! uff den Sonabend den tag Lucie schirft bei weidung uffgesetzter straffen sampt den registern und beeidung dorauff, das es recht eingehnomen und In das register beschriben worden, durch euere gesandten einbringen und uberanthwortten lassen und doruber uber denselbigen tag! zu vorhutung der straffe, und damit lenger nicht vorziehen, damit das gelbt In die schulde, dozu es geordent, alsbalde gewandt und geferklicher schaden vorhut moge werden, damit dan an der Zeit, wan man Jedes quartal das birgelbt einbringen soll, hinfuro moge gleiche ordnung, auch gleicher tag! und Zeit gehalten werden, haben wir uns des mit den vorordenten der stede dermaßen voreinigt, ist auch also geschlossen und abgeredt, das das birgelbt auß Jeder stadt uff das quartal reminiscere schirft anzufangen, soll Sontags reminiscere und dan das quartal Trinitatis Sontags am tage Trinitatis, aber das quartal Crucis allewege am tage exaltationis oruois und leßlich das quartal lucie am tage lucie sol sampt den besendigen registern und bei Elden, wie obgesetzt, den einnhemern, wo dieselbigen zu Jeder Zeit sein, und des einnhemens gewaritten bei der gesetzten peen einbracht werden, Bevelhen euch demnach, wollet euch des uff Jedes quartal hinfuro also halten, und das birgelbt, so bei euch gefellet, an den beruritten tagen uberschiden und uberanthwortten lassen, dan wir euch hinfuro legen den quartaln nicht werden doruber schreiben lassen, und werdet euch des also dolegen uff diß unser schreiben zu vorhalten und die straffe zu vorhuten wissen; wolten wir euch des also wissens zu haben nicht unangezeigt lassen und seind euch in gnaden geneigt. Datum Rathenow Mitwochs Elisabeth Anno x. 50. (19. November.)

An die stede.

Verzeichniß

der in den zwanzig Jahrgängen dieser Zeitschrift enthaltenen Artikel
nach der alphabetischen Ordnung der Verfasser.

- Babucke, Historische Gedichte aus der Zeit des siebenjährigen Krieges. Nebst zwei Spottgedichten auf den Kongreß zu Cambrai und die Pacification von Gent** XV. 192—216.
- **Scharnhorstiana. — Miscellen** XVIII. 375—378.
- **Zur Geschichte des Krieges gegen Frankreich von 1672—1674** XIII. 237—249.
- Beck, Die Waltungen des Regierungsbezirks Erier. Vom Standpunkte der Forstpolitik** III. 211—235.
- Beheim-Schwarzbach, Max, Die Bamberger bei Rosen** III. 357—374.
- **Geschichte der „Hufften“-ansiedelungen unter Friedrich II. Als Mittelpunkt der Glaubens-Kolonie in Preußen** XIII. 395—466, 481—559.
- Bergau, R., Schloß und Dom zu Marienwerder. Versuch einer kritisch-historischen Erläuterung** II. 605—630.
- Beyer, Ein Erfurter Volkslied aus dem Jahre 1623** IV. 34—41.
- Birlinger, Anton, Volksstümliches aus den zollerischen Landen** IV. 42—46.
- Blasendorff, G., General v. Bülow's Verhandlungen mit dem Stargarder Magistrat wegen seines Quartiers (1808—1811). Mitgetheilt von ic.** XVIII. 225—243.
- **General v. Rüchels Streik mit dem Landrathe seines Kreises (1809). Mitgetheilt von ic.** XVIII. 244—247.
- v. Blomberg, H., Peter von Cornelius** IV. 399—411.
- Böhm, Willy, Der Rheinbund (von 1658) und seine Geschichte** V. 217—252.
- **Wie stellen sich die Thaten Friedrichs II. dar in der deutschen Literatur seiner Zeit, vornehmlich in der deutschen Dichtung?** VII. 445—499, 573—609.
- Böttger, Heinrich, Die ursprünglichen Bestandtheile des Erzbisthums Magdeburg** X. 441—465.
- **Die Wohnsitze der Deutschen nach Tacitus** XVII. 656—680.
- **Zur Beantwortung der Frage: Wo schlug Hermann den Varus? oder die Lage des Teutoburgergebirges, nach den Originalquellen im Kreise Westum** XVI. 674—700.
- v. Bonin, Friedrich der Große und der Erbprinz Carl von Braunschweig. Vortrag** XIV. 294—310.
- Breslau, Leibniz als Politiker** VII. 317—348.
- Brod, L., Britten und Brandenburger** XVII. 626—635.
- **Froben-Whle noch einmal. Zur Entgegnung auf den Aufsatz von B. Schwarz** XIII. 354—357.

- Bärde, Carlisle und Ranke über Friedrich den Großen II. 193—218.
- Bujad, Georg, Das Söldnerwesen des Deutschen Ordensstaats in Preußen bis 1466
VL 717—786.
- Die litauischen Kriegszüge des deutschen Ordens im 14. Jahrhundert. Nach
der Chronik eines Zeitgenossen IV. 665—681.
- Cassel, Paulus, Die Einverleibung Erfurts und seines Gebietes im Jahre 1802
III. 741—760.
- Cauer, C., Der König Friedrich II. von Preußen und seine Politik. (Zur Bear-
theilung des Wertes von Otto Klopp) IV. 555—564.
- Ueber das Palladion, ein komisches Heldengedicht Friedrichs des Großen
III. 481—500.
- Ueber die Geheimnisse des sächsischen Kabinetts. Ende 1745 bis Ende 1756.
Recension III. 275—282.
- v. Clausewitz, Carl, Ueber das Fortschreiten und den Stillstand der kriegerischen
Begebenheiten XV. 233—241.
- v. Cohnhausen, A., Alte Verschanzungen, Burgen und Stadtbefestigungen im Rhein-
land und in Preußen III. 613—627, 674—692.
- D., M., Theodor von Rödner XI. 241—247.
- Deibrück, Hans, Clausewitz XV. 217—231.
- Das militärische Testament Friedrichs des Großen XVI. 27—32.
- Dupliz (gegen die Antikritik von v. d. Goltz) XVI. 305—314 (vgl. 408—417.)
- Einiges zum Feldzuge von 1815 XIV. 645—680.
- Friedrich der Große als Feldherr XVIII. 541—578.
- Geschichte des Preussischen Staatswesens vom Tode Friedrichs des Großen bis
zu den Freiheitskriegen. Von R. Philippson. I. Band. XVIII. 53—58.
- Oesterreich und Preußen im Befreiungskriege XVI. 418—422.
- Zu Schutz und Trutz am Grabe Schöns. — Lehmann: Stein, Scharnhorst
und Schön (Recension) XIV. 205—217.
- Denhard, B., Geschichte der Stadt und Grafschaft Hanau unter französischer Herr-
schaft vom 1. November 1806 bis 6. November 1813. In stichartiger Dar-
stellung IV. 137—150.
- Droßgen, Gust., Brandenburgische Audienzen bei Gustaf Adolf XV. 1—54.
- Das Auftreten Pappenheims in Norddeutschland nach der Schlacht bei Breiten-
feld VIII. 401—428, 601—622.
- Der Krieg in Norddeutschland von 1632. Generalleutnant v. Baubistfin
IX. 245—256, 289—312.
- Der Krieg in Norddeutschland von 1632. Pappenheims letztes Auftreten in
Kiebertsch IX. 377—400.
- Die evangelischen Kurfürsten und der Reichskanzler Ogenstern nach Gustaf
Adolfs Tod XVI. 607—678.
- Die niederländischen Kreisstände während des schwedisch-deutschen Krieges 1631
und 1632 VIII. 362—383.
- Gustaf Adolf. Eine Erwiderung an Herrn Helwig VIII. 478—494.
- Zur Schlacht bei Frankenhäusen (1636) X. 590—617.
- Droßgen, H., Ein Reskript des Kurfürsten Friedrich Wilhelm vom Jahre 1686.
Mittheilung von zc. XII. 199—204.
- Droßgen, Johann Gustav, Der Rymphenburger Vertrag von 1741 X. 515—536.
- Die Wiener Allianz vom 5. Januar 1719 V. 685—692.
- Die Zeitungen im ersten Jahrzehnt Friedrichs des Großen. Ein Beitrag zur
Quellenkritik XIII. 1—33.
- England und Preußen 1740—1746 XVII. 502—534.

- Droysen, Johann Gustav, Friedrich der Große und Maria Theresia nach dem
Dresdner Frieden XV. 431—548.
— Zu den historischen Schriften Friedrichs des Großen . . . XVIII. 1—18.
— Zur Geschichte der preussischen Politik in den Jahren 1880—1882. Eine Studie
XI. 588—654, 657—697.
— Friedrichs des Großen politische Stellung im Anfang des schlesischen Krieges
VIII. 81—96.
- Dunder, Max, Die Besitzergreifung von Westpreußen IX. 485—579.
— Die Schlacht von Rollin VII. 381—424.
— Eine Flugsschrift des Kronprinzen Friedrich VIII. 28—54.
— Eine Milliarde, welche Preußen Frankreich zahlen mußte . VIII. 208—229.
— Preußen während der französischen Okkupation VIII. 643—803.
- v. Eberhardt, R., Aus dem Leben des Generalleutnants Wilhelm v. Eberhardt
XX. 419—499.
- Eckardt, Die Colonisation des Weichselbeltas V. 601—618.
- Endemann, R., Die Markgenossenschaft und die Landgemeinde in Hessen. Ein
Vortrag VII. 1—32.
- Ennen, L., Der Fortbau des Kölner Domes VI. 258—277, 407—433.
— Theatralische Vorstellungen in der Reichsstadt Köln VI. 5—24.
- Erdmannsdörffer, B., Louise Henriette von Oranien und der Prinz von Xarent
XV. 242—271.
— Zur Geschichte der Kammerstaats-Reform von 1652. Aktenstücke, mitgetheilt
von XIII. 560—590.
— Zur Geschichte des Großen Kurfürsten XVII. 577—605.
- Fechner, H., Die erste Flucht und Verbannung des Fürstbischofs von Breslau,
Philipp Gotthard Grafen Schaffgotsch. 1757—1768 . . . XX. 117—171.
— Die Streitigkeiten des Abbes Bastiani mit dem Breslauer Domkapitel und
dem Fürstbischof Philipp Gotthard Grafen Schaffgotsch 1753—1766
XVII. 465—501.
- Find v. Findenstein, Graf, Geschichte des vor der Neumärkischen Regierung ge-
führten Arnold-Gersdorffschen Prozeßes und der Folgen desselben. (Mit-
getheilt von Prof. Preuß) I. 129—155.
- Fischer, Ernst, Die offizielle brandenburgische Geschichtschreibung zur Zeit Friedrich
Wilhelms, des großen Kurfürsten (1640—1688). Nach den Akten des ge-
heimen Staatsarchivs dargestellt XV. 377—430.
- Förstemann, E., Geschichte der Gräfl. Stolbergischen Bibliothek zu Bernigerode
II. 128—142.
- Foß (Kriegsrath), Die Versorgung der deutschen Operationsstruppen während des
Feldzuges gegen Dänemark vom Jahre 1849 in den Herzogthümern
Holstein, Schleswig und in Jütland III. 698—718.
- Foß, R. (Prof.), Die Schlachtorte Preußens, historisch-geographisch geordnet
VI. 743—749.
— Die Unionsbestrebungen Preußens IV. 463—481.
— Rückschau auf die letzten 3 Jahre V. 1—12, 163—170.
- Friedländer, Handels Geburtsstätte III. 753—760.
- Friedlaender, Ernst, Geschichte der Trappisten im Münsterlande (1795—1824). Aus
den Acten dargestellt XII. 63—125.
— König Friedrich Wilhelm I. Entwurf zu der Instruktion für das General-
Direktorium und König Friedrich II. Anmerkungen dazu. Mitgetheilt von zc.
XVII. 353—397.
— Die Inschrift an der Kulandsbildsäule zu Brandenburg a. S. V. 453—455.
- Friedländer, Gottlieb, Des Kronprinzen Friedrich Bibliothek. Mitgetheilt von zc.
VI. 1—4.

- v. G., G., Der Krieg von 1866 IV. 86—99.
- Goede, Rudolf, Brandenburgisch-dänische Beziehungen nach dem Rymneger Frieden im Jahre 1679 XVI. 145—176; XVII. 621—626.
- Der Tod der 11 Schill'schen Offiziere in Wesel 1809. Mitgetheilt aus dem Düsseldorf'schen Staatsarchiv XV. 96—98.
- Napoleon I. in Wesel XV. 90—94.
- Zur Prozeßgeschichte der Herzogin Jacobe von Jülich, geb. Kärstgen von Baden XV. 281—302.
- Görig, Erinnerungen an den „Alten im Barte“ (Friedr. Ludwig Jahn), 1778—1862. Mitgetheilt von ic. V. 448—462.
- Göke, Zwei märkische Urkunden über die Verleihung der Mark Brandenburg an die Hohenzollern, erläutert durch die Parallele von zwei nassauischen Urkunden XIV. 681—689.
- Goldschmidt, Paul, Die Neuordnung Preußens nach den Friedensschlüssen von 1807 und 1815 VIII. 310—327.
- von der Goltz, Freiherr, Antikritik (gegen Delbrück über das militärische Testament Friedrichs II.) XVI. 292—304.
- Entgegnung auf die Duplik des Herrn Dr. Delbrück im Mai-Juni-Heft XVI. 391—407.
- Grünhagen, C., Berliner Nachrichten aus dem Beginne der schlesischen Kriege Ende October bis Ende December 1740. Mitgetheilt von ic. XIII. 369—389.
- Der materielle Zustand Schlesiens vor der preussischen Besitzergreifung X. 387—406.
- Die Erbverbrüderung zwischen Hohenzollern und Pfälzen vom Jahre 1537 V. 387—366.
- Die Verlobung des Prinzen von Preußen. September 1740 XIII. 220—222.
- Elisabeth (von Pilcia), Herzogin von Oppeln VIII. 126—128.
- Friedrich der Große und seine Umgebung im ersten schlesischen Kriege, nach den Schilderungen eines auswärtigen Gesandten. Mitgetheilt von ic. XII. 608—623.
- Zur Geschichte des angeblichen Attentats auf Friedrich den Großen 1741 XV. 273—280.
- Zur Geschichte Polens. (Anzeige von: Caro, Geschichte Polens. III.) VI. 189—199.
- Gurlt, C., Die freiwilligen Leistungen der preussischen Nation in den Kriegsjahren 1813—1815 IX. 645—696.
- H., Die Soester Fehde — ihre Zeit — und ihr Einfluß auf die Entwicklung Westfalens und der Länder am Niederrhein, speziell des Herzogthums Cleve XV. 602—624.
- Hahn, H., Nekrolog auf Dr. Hermann August Rotelmann XX. 235—238.
- Hannke, Rudolf, Pommern und der große Kurfürst XVII. 263—268.
- Harleß, W., Staatsarchivar August v. Haefen. Ein Erinnerungsblatt VIII. 623—631.
- Harleß und Pfannenschmid, Ueber die letzten Schicksale des kölnischen Erzkaisers und Domcapitels, mit besonderer Beziehung auf das Archiv des letzteren XI. 432—451, 666; XII. 1—88.
- Hassel, Paul, Beiträge zur Geschichte der Befreiungskriege. Aus den Acten des Geheimen Staatsarchives. Erster Aufsatz: Der Abzug der Franzosen aus der Mark. März 1813 XII. 206—265.
- Die Anfänge der brandenburgischen Politik in den Rheinlanden IX. 321—360.
- Ein brandenburgisch-holländisches Bündniß (1594—1595). Ein Beitrag zur Geschichte der Begründung brandenburgisch-preussischer Herrschaft am Rhein V. 504—541.
- Studien zur Geschichte des Kurfürsten Johann Georg (1571—1598) V. 81—111.

- Hassel, Paul, Zur Geschichte Gustav Adolfs. (Anzeige von: G. Drosfen, Gustaf Adolf. I.) VI. 370—379.
- Hegert, Anton, Die Land- und Appellationsgerichtsordnung für die Herrschaften Lauenburg und Bülow vom 26. Oktober 1662. Mitgetheilt von x. XIX. 427—431.
- Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. V. (Recension.) VII. 230—244.
- Hepppe, Heinrich, Geschichte der Verfassung der evangelischen Kirche im ehemaligen Kurhessen seit der Reformation . V. 699—739, 776—814; VI. 88—116.
- Hermann, J., P. J. Ottauß. Ein Berliner Akademiker und Gefangener im Duren-
bourg 1793/94 XX. 402—418.
- Herrmann, Ernst, Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst V. 18—39.
- Hilse, Carl, Darstellung des Strafrechtes und des Strafgerichtsverfahrens in der
Mark Brandenburg und Franken nach der Brandenburger Salägersch-
ordnung vom Jahre 1516 IV. 1—16.
- Die Hegerndersetzungen in der Stadt und im Fürstenthum Reiffe im Jahre 1651
III. 778—781.
- Hirsch, Siegfried, Der Orden und seine Unterthanen bis zu Ende des 14. Jahr-
hunderts. (Nachgelassenes Werk.) VII. 666—694.
- Hirsch, Theod., Ueber den Ursprung der Preussischen Artushöfe I. 8—32.
- Holstein, H., Die Aenderungen der Regierungsverfassung in Magdeburg im Jahre 1630
XIV. 261—293.
- Dr. Nicolaus Medler und die Reformation in Raumburg . . IV. 271—287.
- Heinrich Wilhelm Bachmann und die typographische Gesellschaft in Berlin
XIX. 433—457.
- Zur Geschichte der Belagerung Magdeburgs durch Wallenstein im Jahre 1629
XIII. 593—620.
- Holke F., Adolf Friedrich Kiesel IX. 629—639.
- Holke, Friedrich, jun., Sellos Lehnin XIX. 311—327.
- Jacobs, Eduard, Zur fünfzigjährigen Jubelfeier der Provinz Sachsen II. 721—745.
- Jaström, J., Pufendorfs Lehre von der Konstitution der Reichsverfassung. Ein
Beitrag zur Geschichte der deutschen Einheit XIX. 338—406.
- Erforschung und Erhaltung der Kunstdenkmäler im preussischen Staatsgebiet
XX. 271—303.
- Joachim, Erich, Briefe Wallensteins im Staatsarchiv zu Wiesbaden. Mitgetheilt von x.
XX. 172—192.
- Einige Briefe des großen Kurfürsten. Beiträge zur Geschichte der nieder-
ländischen Beziehungen desselben. Lose Blätter aus den Korrespondenzen-
Sammlungen Nassau-Weizsücker Regenten im Staatsarchiv zu Wiesbaden.
Mitgetheilt von x. XIX. 167—162.
- Graf Philipp von Nassau-Weilburg im Schmalkaldischen Bunde XV. 635—686.
- Zur Geschichte des Schwedisch-Dänischen Krieges 1658—1660. Aus den Papieren
des Fürsten Wilhelm Friedrich von Nassau-Weizsücker, Statthalters von Fries-
land x. Mitgetheilt von x. XIX. 163—196.
- Jochnus, Das Großherzogthum Posen seit dem Jahre 1815. Zur 50jährigen Jubel-
feier der Provinz Posen II. 641—673.
- Die materielle und geistige Entwicklung des Großherzogthums Posen seit dem
Jahre 1815 III. 150—184.
- Joachimsohn, S., Das Erbpachtssystem in der preussischen Domänenpolitik
XI. 698—736.
- Die Finanzen Joachims II. und das Ständische Kreditwerk. Eine archaische
Studie XVI. 455—479.
- Die Reform des kurfürstlich brandenburgischen Kammerstaats
1651/52
XIII. 161—208.

- Isaacsohn, S.**, Leibnitz als Förderer der preussischen Justizreform-Bestrebungen von 1698 XIV. 413—416.
- **Peter v. Heimbach.** Ein brandenburgischer Historiograph zur Zeit des Nordischen Krieges XVI. 114—117.
- **Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Bd. X.** XVII. 606—620.
- **Zur Geschichte der Landgerichte in Ostpreußen.** XI. 247—266, 355—356.
- **Zur Geschichte des preussischen Beamtenthums X. 643—658; XIV. 690—717.**
- v. R.**, Ueber einige deutsche Trophäen in der französischen Hauptstadt VIII. 76—79, 264—266.
- Ratt, Friedrich,** Der Bericht der brandenburgischen geheimen Rätthe über die Huldbigung Wallensteins zu Güstrow 29. März/8. April 1628. Aus dem R. preuss. Geh. Staatsarchiv XIV. 408—412.
- Raufmann, Philipp Joseph v. Rehues.** Ein Lebensbild XVIII. 89—224.
- Rawerau, G., Johann Agricola's Antheil an den Wirren des Augsburger Interim** XVII. 398—463.
- Reller, Ludwig,** Der Kreuzzug gegen die Wenden im Jahre 1147. Ein Beitrag zur Colonisationsgeschichte des deutschen Ostens XII. 39—62.
- **Hermann v. Kerffenbrod.** Ein Beitrag zur Quellenkunde des 16. Jahrhunderts XV. 59—69.
- Rehner, Wilhelm, Chatten und Hessen.** Eine Untersuchung über die Herleitung des Namens der Hessen aus dem der Chatten, vorzüglich an der Hand der Ortsnamenforschung VII. 425—442.
- Rirchhoff, Alfred,** Der Rath der Stadt Erfurt im 13. Jahrhundert V. 253—262.
- **Die Besitzergreifung Erfurts durch Kurmainz (1664)** VIII. 97—121, 171—193.
- Rietke, Karl,** Der preussische Staatschaß. Eine Skizze. IV. 100—112, 288—316.
- **Die Schweden in der Mark Brandenburg (1675).** Aus Lode's Marchia illustrata mitgetheilt III. 628—645, 761—777.
- **Die Unterhandlungen des Kurfürsten Joachim II. von Brandenburg wegen der Erbshuldbigung der preussischen Stände.** Nach einem alten Copialbuche des Staatsarchivs in Königsberg mitgetheilt und mit einer geschichtlichen Einleitung, sowie mit Anmerkungen versehen XVI. 83—113.
- v. Röhne, Freiherr B., Peter der Große und seine Gemahlin Katharina in Beseß** XIX. 142—148.
- Röpke, Rudolf,** Zum Andenken an Dr. Johannes Schulze VI. 355—369.
- Roser, Reinhold,** Die ersten Lebensbeschreibungen Friedrichs des Großen XIV. 218—256 (dazu G. Hille ebd. S. 417 fg.).
- **Die Katastrophe der Schweden in Schleswig-Holstein im Jahre 1713** XII. 529—608; XIII. 625—631.
- **Drosgens Friedrich der Große** XVIII. 351—374.
- **Neue Veröffentlichungen zur Geschichte Friedrichs des Großen** XVI. 1—26.
- **Prinz August Wilhelm von Preußen und Louise Ulrike von Schweden.** Mittheilungen aus den Briefen Louise Ulrikens an August Wilhelm 1740—1768 XVIII. 14—52.
- **W. v. Haffel,** Die schlesischen Kriege und das Kurfürstenthum Hannover XVII. 325—328.
- **Zur Geschichte der Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich 1741 u. 1742** XVII. 535—574.
- Rotelmann, Albert,** Die Finanzen des Kurfürsten Albrecht Achilles III. 1—26, 95—105, 283—309, 417—449.
- Krafft, G.,** Mittheilungen aus der Matritel der alten Kölner Universität zur Zeit des Humanismus V. 467—508.
- Krause, D.,** Greifswald und der Große Kurfürst im Jahre 1678 XX. 373—401.

- Krug, Leopold, Geschichte der Kommunalsschulden in der Provinz Brandenburg im ersten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts. Mitgetheilt von R. J. Bergius V. 40—54, 145—162.
- Geschichte der Kommunalsschulden in den Provinzen Rheinland-Westfalen in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Mitgetheilt von R. J. Bergius VI. 449—504.
- Geschichte der Kommunalsschulden in der Provinz Sachsen in dem ersten Viertel dieses Jahrhunderts. Mitgetheilt von R. J. Bergius. III. 339—356, 552—563.
- Krummacher, M., Aus einem alten Kirchenbuche XIV. 256—258.
- Ein zeitgenössisches französisches Urtheil über Friedrich den Großen. (Episode aus dem siebenjährigen Kriege.) XIII. 711—713.
- Kühns, F. J., Die Ressortverhältnisse des preussischen Geheimen Staatsraths bis in das 18. Jahrhundert. (Aus dem Nachlasse mitgetheilt.) VIII. 141—170.
- Kuhen, J., Die Grafschaft Glatz. Ihre Natur und Geschichte in wechselseitigen Beziehungen während des Mittelalters und der neueren Zeit VII. 295—310.
- Die Insel Rügen in ihren charakteristischen Zügen und ihrer Einwirkung auf menschliche Verhältnisse II. 214—223.
- L., Gr., Ein Rückblick auf General v. Find, den Capitulanten bei Ragen 1759 XIII. 223—237, 361—362.
- Friedrich der Große im Kampf mit seinem „Seelenfutteral“ XIV. 192—204.
- Lambert, G. M., Aus den Zeiten Joachims II. Die Unterhandlungen über die Restitution von Regh, Toul und Verdun X. 334—365.
- Die Verfassung Erfurts im Mittelalter IV. 335—344, 422—490.
- Zur deutschen Städtegeschichte des Mittelalters. I. Magdeburg. — II. Köln am Rhein III. 375—388, 564—574.
- von Le Coo, Gustav, Einige kritische Bemerkungen zu dem Werke von Berk: Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein XI. 737—747.
- Ledebur, Leop. Frdrh. v., Das Trabantenwesen, mit besonderer Rücksicht auf den preussischen Staat VII. 509—552.
- Die Heimath des Deutsch-Ordens-Landmeisters Hermann Ball ist die Altmark sicher nicht. Entgegnung VI. 525—531.
- Fehrbellin-Froben-Uhle IV. 427—429.
- Zur Geschichte der R. Kunstammer in Berlin II. 22—27.
- Lippe-Weissenfeld, Graf Ernst zur, Ein „Plan“ und eine „Verordnung“ im Jahre 1774, die Berliner Armen und Bettler betreffend XVI. 448—454.
- Lohmeyer, Karl, Bericht über den Verein für die Geschichte der Provinz Preußen XIII. 339—353.
- Die Berufung des deutschen Ordens nach Preußen VIII. 579—600.
- Die Wittauerschlacht bei Rudau im Samland 1370, ihre gleichzeitige und ihre spätere Darstellung. Ein Vortrag VII. 349—363.
- Forschungen auf dem Gebiete der ost- und westpreussischen Geschichte im Jahre 1880 XIX. 458—486.
- Kaiser Friedrichs II. Verleihungs-Urkunde über Preußen und Kulmerland für den deutschen Orden, zum ersten Male nach dem Original veröffentlicht VI. 629—635.
- St. Adalbert, Bischof von Prag, der erste christliche Apostel und Märtyrer bei den Preußen IX. 1—41.
- M 8, C., Die Memoiren der Markgräfin von Baireuth VIII. 194—208.
- Märker, L., Der Fall des Kurbrandenburgischen Oberst-Kammerers, Grafen Hieronymus Schlid III. 137—150, 236—249.
- v. Meerheimb, F., Das Heer und die Kriegsführung Friedrichs des Großen, die Schlacht bei Prag und ihre Kritiker VII. 125—156.

- v. Meerheimb, F., Zur Geschichte des Krieges im Jahre 1818. Der Waffenstillstand vom 4. Juni bis zum 17. August. Die diplomatische und organisatorische Thätigkeit während der Waffenstillstandsperiode X. 65—84, 129—206.
- Mendelssohn-Bartholdy, R., Friedrich Genß. Vornehmlich in seinem Verhältnis zu Preußen V. 281—316.
- Meyer, Christian, Bericht des hurburg. Gesandten von der Straß an Markgraf Johann aus Trient. (Ende 1561.) Ritzgeheilt von ic. XVI. 364—367.
- Berliner Berichte aus der Zeit des ersten schlesischen Krieges. Herausgegeben von ic. XVII. 1—262.
- Briefe des Kurfürsten Albrecht Achilles an die Verwalter der Mark Brandenburg (1470—1485). Herausgegeben von ic. XIX. 1—97.
- Der Beitritt des Markgrafen Johann von Rastatt zur Reformation. Mit einem Anhang der einschlägigen Briefe und Akten aus dem Geh. Staatsarchiv XIV. 341—371.
- Der vertrauliche Briefwechsel des Markgrafen Johann von Brandenburg mit Maximilian II. XV. 113—150.
- Die Felbhauptmannschaft Joachims II. im Türkenkriege von 1542 XVI. 480—538.
- Die Verhandlungen des Markgrafen Johann von Brandenburg mit Karl V. im Jahre 1562 XVI. 118—126.
- Kriegszeitung aus dem Zuge der protestantischen Fürsten gegen Karl V. im Jahre 1562. Ritzgeheilt von ic. XVI. 368—370.
- Markgraf Johann von Brandenburg und der hessisch-braunschweigische Krieg vom Jahre 1545 XVI. 363—363.
- Zur Frage der religiösen Haltung des Markgrafen Hans von Rastatt XVI. 126—132.
- Meyer, Ebn., Friedrich der Große und Montesquieu XVI. 371—376.
- Milz, Zur fünfzigjährigen Jubelfeier der Einverleibung der Rheinprovinz in Preußen. Kurze Geschichte der Bildung des rheinpreussischen Territoriums. Skizze seiner Zustände vor 50 Jahren und seiner jetzigen II. 393—433.
- Mörner, Th. v., Das Stammbuch des Herzogs Philipp II. von Pommern. Zur Kunstgeschichte des 17. Jahrhunderts II. 249—279.
- Die Universität Duisburg, vornehmlich zur Zeit ihres Stifters V. 542—564.
- Müller, David, Die Anfänge Friedrich Wilhelms II. VIII. 273—282.
- Die Gründung des deutschen Fürstenbundes VIII. 230—254.
- Preußen und das Reich (ein historischer Rückblick) VIII. 3—22.
- Rückblicke auf die früheren historischen Beziehungen der neu erworbenen Provinzen zu unserem Staate IV. 591—610.
- Zur Erinnerung an die frühere Waffenbrüderschaft Preußens und der jetzt mit ihm vereinigten Staaten III. 661—673.
- Müller, Hermann, Albrecht Georgii a Schwartz Commentatio . . . De Pomerania Rugiaeque veteri Suevica. Sectio tertia. De populis terrarum istarum priscis incolis. Nach der Original-Handschrift . . . herausgegeben XI. 385—431.
- Albrecht Georg v. Schwarz's Autobiographie. Nach der Handschrift der Königl. Universitäts-Bibliothek zu Greifswald herausgegeben XI. 90—112.
- Briefwechsel zwischen dem preussischen Minister Caspar Wilhelm v. Bork und dem Greifswalder Professor Albert Georg v. Schwarz. Nach der Handschrift herausgegeben XIII. 89—156.
- Casparis Penceri Apologia. Nach den Handschriften . . . herausgegeben XIV. 90—135, 145—191.

- Müller, Hermann, Die Manuscripta Borussiae der Königl. Universitäts-Bibliothek zu Greifswald XIII. 217—220.
- Günther Seiler's Pommerische Chronik. Auf Grundlage der Handschrift. herausgegeben XIV. 437—639.
- Joseph Imhof's Hessische Chronik. Herausgegeben von ic. XVIII. 389—470.
- Martin Kernder's von Landsberg Preussische Chronik. Nach der einzigen Handschrift in der Königl. Universitäts-Bibliothek zu Lund herausgegeben XIII. 673—710.
- Müllerstedt, G. A. v., Die Heimath und das Geschlecht des Deutsch-Ordens-Landmeisters Hermann Ball, des ersten Eroberers Preussens . . . VI. 61—87.
- Ueber die Heimath Hermann Balls. Mit Bezugnahme auf des Herrn Freih. v. Ledebur „Entgegnung“ VI. 737—742.
- Niehues, Die ersten Versuche zur Durchführung der Gegen-Reformation im ehemaligen Fürstbisthum Münster XI. 748—754.
- Nordhoff, J. D., Brief Friedrichs des Gr., d. Breslau 1762 7. Febr. Publizirt von ic. XII. 522—523.
- Der Kurfürst Friedrich III. erwirbt ein Tafelgemälde . . . XVIII. 574—580.
- Die alte Buchdruckerei zu Tiedenburg XIV. 419—421, 639 fg.
- Die Humanistenpresse zu Deventer, Münster, Köln XVII. 653—655.
- Eine Beute Christians von Braunschweig XV. 99—102.
- Heinrich Schene. Ein Beitrag zur Geschichte des norddeutschen Humanismus XVII. 636—652.
- Ur- und Kulturgeschichtliches von der Ober-Ems und Lippe . . . XX. 193—206.
- Zeitung über die Einnahme Jülichs 1622. Mitgetheilt von ic. XIII. 137—159.
- Odebrecht, Geschichte der Preussischen Lotterie-Einrichtungen. Aus amtlichen Quellen I. 35—46, 79—104, 156—182.
- v. Desfeld, Max, Ein merkwürdiger Brandenburgischer Brauereiprozess aus dem Jahre 1737—1739. Nach authentischen urkundlichen und mündlichen Mittheilungen dargestellt XVIII. 279—298.
- Zur Geschichte des Berliner Montags-Klubs. Ein Beitrag zur preussischen Kulturgeschichte des vorigen Jahrhunderts XVI. 328—352.
- Opel, J. D., Das Stift Halberstadt unter dem Bischof Heinrich Julius von Braunschweig. Eine kulturhistorische Skizze VI. 385—406.
- Kampf des Protestantismus und des Katholicismus im Stift Halberstadt. 1612 bis 1620 VII. 61—86.
- Palm, H., Die Verwickelungen Schlesiens mit Polen in den Jahren 1618—1620 X. 424—441.
- Philippi, Ed., Die Fehde des Herrn Ridel von Rinkwitz im Jahre 1528 III. 541—551.
- Pierzon, W., Altpreussischer Namenkober . . . X. 483—514, 618—642, 685—744; XIII. 358—360.
- Altpreussischer Wörterschatz XII. 273—324.
- Aus einem Kollektaneenbuche Kaspar Hennenbergers. Mittheilungen von ic. X. 56—64, 85—100, 482; XI. 28—32, 357—364.
- Eine preussische Handfeste vom Jahre 1346 XVIII. 299—301.
- Friedrich Wadzed. Eine Berlinische Erinnerung XX. 359—368.
- Spuren des Celtischen in der altpreussischen Sprache XI. 755—760.
- v. Pöhlke, Leon, Die Zeit der größten Abhängigkeit des Herzogthums Preussen von Polen in den Jahren 1566—1568 XX. 245—270.
- Posner, Max, Publikationen der Königl. Akademie der Wissenschaften zur Geschichte Friedrichs des Großen XVI. 816—827.

- Potthast, Aug., Professor J. D. E. Preuß. Ein Erinnerungsblatt VI. 200—212.
- Pracht, Der nächtliche Ueberfall in Gütstrom 1768 IV. 491—495.
- Preuß, F., Die erste Theilung Polens und die Memoiren Friedrichs des Großen XI. 129—240.
- Preuß, J. D. E., Friedrichs des Großen Wohlgefallen an Gustav Adolf V. 208—216.
- Zur Beurtheilung des Staatsministers v. Wöllner II. 577—604, 746—774; III. 65—96.
- Pröhle, Heinrich, Aus dem Briefwechsel zwischen Gleim und Jacobi. Mitgetheilt von ic. XVIII. 485—640.
- Aus dem handschriftlichen Briefwechsel zwischen der Karstin, Gleim und N. Mitgetheilt von ic. XII. 641—723.
- Der Dichter Götthe von Götting über Berlin und Preußen unter Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. Mitgetheilt von ic. XIV. 1—89.
- Halberstadt im siebenjährigen Kriege. Briefe von und an Gleim. Mitgetheilt von ic. XII. 129—169.
- Prome, Leopold, Mittheilungen des Thorner Residenten am Warschauer Hofe, Dr. E. L. von Geret (1769—1773) V. 406—447, 658—678; VI. 184—177; VII. 87—115, 159—168.
- Pruß, Hans, Brandenburgische Politik 1689 XIV. 311—334.
- Zur Geschichte der Prämonstratenser- und Cistercienserklöster Preußens IX. 401—424.
- R., Die französische Grenzregulirung durch die Präliminarien von Versailles VIII. 122—124.
- v. Ranke, Leopold, Fuchs und Ventini. (Aktenstücke, 1688) II. 1—15.
- Reimann, Eduard, Das preußisch-russische Bündniß vom Jahre 1764 XIV. 372—407.
- Ueber die erste Zusammenkunft Josephs II. mit Katharina II. VI. 653—686.
- Ueber die im Jahre 1766 beabsichtigte Zusammenkunft Friedrichs II. und Josephs II. XVII. 317—324.
- Ueber einige falsche Daten in dem Briefwechsel Friedrichs des Großen mit dem Prinzen Heinrich und Josephs II. mit Maria Theresia V. 367—379.
- Reuter, Bruno, König Friedrich Wilhelm I. und das General-Directorium XII. 724—749.
- Leopold Freiherr v. Ledebur XV. 55—58.
- Riebel, Adolph Friedr., Albrecht Achill's Conflict mit Würzburg und Sachsen in den Jahren 1440 bis 1443 VIII. 55—75.
- Der Krieg des Markgrafen Albrecht Achill mit der Stadt Nürnberg IV. 527—554, 682—699, 723—741.
- Die Kurfürstin Elisabeth von Brandenburg in Beziehung auf die Reformation II. 65—100 (vgl. 354 fg.).
- Ehemalige Beziehungen des Hauses Zollern zum Reich. (Aus R.'s Nachlaß.) X. 415—423.
- Ueber die Pflege des Obstbaues in der Mark Brandenburg durch den Großen Kurfürsten und die preußischen Könige. Ein Vortrag . VIII. 265—268.
- Riemann, H., Die Schotten in Pommern im 16. und 17. Jahrhundert und ihr Kampf mit den Jünsten III. 597—612.
- Riemann, H., Der Aufstand der Colberger Gewerke gegen den Rath baselst, 1524, und der Kampf der Adebars mit den Schliesen. Beitrag zur Geschichte des Deutschen Städtewesens im Zeitalter der Reformation V. 579—600.
- Rocholl, Heinrich, Der Feldzug des Großen Kurfürsten gegen Frankreich 1674 bis 1675. Sammlung der in den elsässischen Archiven beruhenden, die brandenburgische Kampagne betreffenden handschriftlichen Dokumente XVI. 545—606.

- Rocholl, Heinrich, Der „Götterbote Merkur“ über die Brandenburgische Campagne im Elsaß 1674—1675. Neu herausgegeben von z. . . XV. 151—191.
- Ein Rechtspruch des Markgrafen von Brandenburg, Friedrich von Hohenzollern, Burggrafen von Nürnberg, 1416. Erläutert von z. . . XVII. 269—279.
- Röpell, Eine Denkschrift des Oberpräsidenten v. Merckel über die Angelegenheiten der katholischen Kirche Schlesiens. Mitgetheilt von z. . . IX. 257—268.
- Rößler, Constantin, Abhandlungen und Versuche von Leopold v. Ranke X. 36—56.
- Der deutsch-französische Krieg X. 1—35.
- Des Freiherrn Christian Friedrich v. Stockmar Mittheilungen zur preussischen Geschichte IX. 437—459.
- Eine Denkschrift von Wilhelm v. Humboldt über die Behandlung der Angelegenheiten des deutschen Bundes durch Preußen . . . IX. 65—137.
- Graf Bismarck und die deutsche Nation VII. 701—762.
- Max Lehmann: Anesebeck und Schön, Beiträge zur Geschichte der Freiheitskriege XIII. 250—261.
- Schleiermachers Lehrjahre und die gleichzeitigen Zustände in Preußen . . . VIII. 283—309, 337—361.
- Zwölf Bücher preussischer Geschichte von Leopold v. Ranke . . . XI. 1—27.
- Rogge, Adolf, Das Bernsteinland im vorchristlichen Zeitalter . . . VI. 44—56.
- Rosenheyn, Max, Die kurische Nehrung und ihre Bewohner . . . IV. 17—33.
- Sauer, Der große Kurfürst in Pyrmont 1681. Mitgetheilt von z. XII. 325—331.
- Zwanzig Aktenstücke zur Geschichte der schwedischen und französischen Unternehmungen gegen Coblenz und Trier 1682. Mitgetheilt von z. . . XIX. 407—426.
- Schäfer, Dietrich, Ostfriesisches Urkundenbuch. (Anzeige von Friedländer D. II. B. I.) . . . XIX. 328—330.
- v. Schaumburg, E., Churfürstl. Brandenburgisches Edikt wegen der Sabbathfeier für das Herzogthum Cleve und die Grafschaft Mark, vom 1. Februar 1642. Aus archivalischen Quellen mitgetheilt . . . XVIII. 581—584.
- Der Rheinübergang der Franzosen bei Eichelkamp, Uerdingen und Düsseldorf in der Nacht vom 5. zum 6. September 1795 . . . XII. 463—521.
- König Friedrich I. und der Niederrhein. Die Erwerbung von Moers und Gelbern. Nach Quellen des Geh. Staatsarchivs zu Berlin, des Staatsarchivs zu Düsseldorf zc. . . XV. 303—367, 551—601; XVI. 176—291.
- Straßburg im Jahre 1702 XII. 750—756.
- Schmidt, Max, Prinzess Wilhelm von Preußen. Ein Bild aus der Zeit der Befreiungskämpfe. Vortrag XVI. 423—447.
- Schmitt, F. W. F., Land und Leute von Westpreußen . . . VII. 33—47, 189—229, 553—568, 610—624.
- Schmoller, Gustav, Das Städtewesen unter Friedrich Wilhelm I. . . VIII. 520—569; X. 275—333, 537—589; XI. 513—582; XII. 353—400, 425—462.
- Die Handelsperre zwischen Brandenburg und Pommern im Jahre 1562. Nach bisher ungedruckten Urkunden und Akten des Frankfurter Regierungsarchivs . . . XIX. 197—251.
- Die russische Compagnie in Berlin. 1724—1738. Ein Beitrag zur Geschichte der brandenburgischen Tuchindustrie und des preussischen Exports im 18. Jahrhundert. Nebst einer Anzahl von Aktenstücken . . . XX. 1—116.
- Schottmüller, Konrad, A. v. Roon und seine Bedeutung für die Erdkunde . . . VIII. 511—515.
- Zur Schlacht von Fehrbellin XII. 401—419

- Schäff, Robert, Der Conflict Friedrich Wilhelms I. mit der Stadt Danzig wegen der preussischen Verbungen aus dem Jahre 1728. Nach urkundlichem Material
XI. 471—482.
- Ein Denkmal für einen schlesischen Fürsten oder Staatsmann VIII. 328—332.
- Urkundliche Beiträge zur Kaiserwahl von 1658 und zu den Anfängen des brandenburgisch-österreichischen Bündnisses. Mitgetheilt von z.
VI. 609—629.
- Schwarz, W., „Das Kreuz am Kremmer Damm“ in der Sage XIII. 390—392.
- Froben-Uhle II. 16—21 (vergl. III. 646).
- Froben-Uhle in der v. Witleben-Haffelschen Schrift Fehrbellin XIII. 209—216.
- Münster über die Erwerbung der Mark Brandenburg durch Friedrich I.
XIII. 393 fg.
- Seiberg, J. S., Gesellschaftliche Zustände der Sachsen, namentlich der Westfalen, im 11. und 12. Jahrhundert I. 65—78.
- Zur 50jährigen Jubiläumsfeier der Provinz Westfalen . . . II. 521—538.
- Sello, G., Das Berlinische Urkundenbuch (Recension) XVIII. 248—278.
- Der Feldzug Burggraf Friedrichs von Nürnberg im Februar 1414. Ein Beitrag zur Kritik der Quellen XIX. 98—141.
- Die Einfälle der Hussiten in die Mark Brandenburg und ihre Darstellung in der märkischen Geschichtschreibung XIX. 614—666.
- Die sog. Märkische Chronik des Engelbert Wustermi, ihre Uebersieferung durch Angelus und Hassitz, und ihre Ausgabe durch Seidemann
XVII. 280—316.
- Eine Potsdamsche Pfarrchronik aus der Zeit des großen Krieges XX. 207—234.
- Simon, E., Die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen Preußens zu Rußland im Jahre 1762. Aus archivalischen Quellen . . . II. 313—363.
- Spieß, B., Der Preussische Speßart. Eine geographisch-topographisch-statistische Skizze
IX. 41—65, 424—436.
- Die preussische Rhön, eine geographisch-statistische Skizze . . VI. 221—240.
- Dorf und Kloster Rohr im Preussisch-Hennebergischen . . . X. 745—769.
- Spieß, J., Das Grabfeld. Eine topographisch-kulturhistorische Skizze XX. 304—309.
- Zur Geschichte des Hauses Henneberg XVIII. 379—386.
- Strehle, Ernst, Ueber die Herkunft des Hochmeisters Winrich v. Kniprode
V. 401—406.
- Stricker, Frankfurt a. M. und die Franzosen 1759—1814 . . . VI. 589—608.
- Taubert, Emil, Scharnhorsts Jugend und Wirksamkeit im Hannoverschen Kriegsdienst, 1755 bis 1801 IX. 141—177.
- Scharnhorsts Wirken für den preussischen Staat, 1801—1818 IX. 189—244.
- t-o, Die Gernirung von Reg XI. 278—354.
- Thubichum, F., Der zweite Band von Treitschkes Deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert XX. 500—508.
- Töppen, R., Die Einkommenverfassung Preußens unter der Herrschaft des deutschen Ordens IV. 207—232, 345—367, 611—627, 742—761.
- Tollin, H., Die französischen Colonien in Oranienburg, Köpenick und Rheinsberg
XIII. 632—672.
- v. Troschke, Theodor Freiherr, Der Ursprung des siebenjährigen Krieges von Leopold v. Ranke VIII. 465—478.
- v. Udro, Die Gartencultur im Regierungsbezirk Erfurt (bis zum Jahre 1860)
II. 457—478.
- Voigt, F., Einiges über die Lebensweise der Bewohner in dem alten Berlin
III. 501—522.

- W., E., Heinrich v. Brandt. Erinnerungen aus seinem Leben. (Anzeige von: Aus dem Leben des Generals Dr. H. v. Brandt. I.) . . . VI. 278—288.
- Wagener, Heinrich, Wie Potsdam eine Kammerei erhielt . . . XII. 170—198.
- Wagner, F., Berichtigungen und Nachträge zu Minutoli: Das Kaiserlich Buch des Markgrafen Albrecht Achilles. Berlin 1850 . . . XVIII. 809—860.
- Das älteste ständesamtliche Register des Hauses Hohenzollern. Mitgetheilt von ic. . . XVIII. 471—481.
- Joachim I. und die Raubritter . . . XX. 844—858.
- Zum Regierungsantritt Joachims I. . . XIX. 505—520.
- Wichert, Th., Die Verfassungsurkunde des Herzogthums Preußen vom Jahre 1661. Mitgetheilt von ic. . . XI. 88—89.
- Wilmans, R., Der Freiherr v. Stein und die Organisation der Erbfürstenthümer Münster und Paderborn in den Jahren 1802 bis 1804. Nach amtlichen, bisher meist unbekannten Denkschriften desselben . . . X. 659—684.
- Die Schicksale der Reichsleinobien und des Kirchenschazes des aachener Ordensstiftes während der französischen Revolution . . IX. 178—186.
- König Friedrich Wilhelm's I. Sorge für die Archive seiner rheinisch-westfälischen Länder . . . X. 406—416.
- Ueber einige westfälische Handschriften des Vaticanum Lehninense . . IX. 581—590.
- Winter, Georg, Die märkischen Stände zur Zeit ihrer höchsten Blüthe. 1540—1550. Eine archivalische Studie . . XIX. 258—310, 545—618; XX. 505—631, 688—716.
- Wittich, Karl, Christian der Halberstädter und die Pfalzgräfin Elisabeth . . VI. 505—524.
- Kritische Erläuterungen über die Zerstörung Magdeburgs . . VI. 817—854, 582—584.
- v. Witleben, A., Briefe des Königs Friedrich Wilhelm I. von Preußen an den Fürsten Leopold von Dessau. Mitgetheilt von ic. . . VIII. 383—391, 429—446, 496—510, 632—642, IX. 468—484, 591—628.
- Die gegen die freie Reichsstadt Mühlhausen a. N. verhängte Reichsexecution 1733—1736. (Aus dem Anhaltischen Staatsarchive zu Zerbst und dem Archive der Stadt Mühlhausen.) . . . XI. 461—471.
- Die Clementische Affaire und der Fürst Leopold von Dessau. (Zum Theil nach archivalischen Quellen des Anhaltischen Archivs.) . . XI. 451—460.
- Leopoldine Marie, Markgräfin von Brandenburg-Schwedt, geb. Prinzessin von Anhalt-Dessau. (Aus den nachgelassenen Papieren ihres Gemahls Heinrich, des letzten, 1788 verstorbenen Markgrafen von Schwedt.) . . VII. 253—294.
- Wöhler, Robert, Sibylla Schwarz, die Pommersche Dichterin und ihre Zeit. (1621—1638.) Vortrag . . . XV. 70—89.
- Zimmermann, Paul, Der Streit Wolf Hornungs mit Kurfürst Joachim I. von Brandenburg u. Luthers Beteiligung an demselben . . XX. 810—848.
- Zippel, G., Die preussische Regierung und die Convention von Lauraggen . . XI. 488—508.
- Zitelmann, C., Die Verhandlungen des Markgrafen Johann von Küstrin mit König Ferdinand und Kaiser Karl V. wegen Annahme des Interims. Gepflogen auf dem Reichstage zu Augsburg im J. 1548. Zeitgenössischer Bericht. Aus dem G. Staatsarchive mitgetheilt . . IV. 73—84, 151—164, 412—426.
- Zurbonen, Friedrich, Mariensfelder Handschriften . . . XIX. 521—530

Inhaltsverzeichn.

Bruch von Carl v. Clausewitz an Marie v. Clausewitz, geb. Sophie Schenk	I	123—126
Carl Ludwig Grotzsch +	I	361—362
Der Tod des I. Krumm von der Kapitulanten von Bay. bis zum Aufbruch zum Krieg	I	34—34
Friedrich I. König von Preußen. (Könige von: Preußen, Geschichte der preussischen Könige IV. 1.)	V	613—615
Schlesien'sche Schenkung über das Königthum	V	713—714
Ueber einige religiöse und wissenschaftliche Schriften von Schenk III. 427—514	III	427—514
Zwei Briefe des Großherzogs von Baden an den Kaiser Napoleon I. und Joseph Napoleon, König beider Sicilien, 1806	III	417—418

X

1071989 298

200015

2,300.—

- Arnold-Gersdorffscher Prozeß — seine Gesch.; Graf. Find v. Findenstein: I. 129—155.
- Artushöfe, preuß. — ihr Ursprung; Th. Hirsch: I. 3—32.
- August Wilhelm, Prinz v. Preußen — seine Verlobung im September 1740; Grünhagen: XIII. 220—222.
- August Wilhelm, Prinz von Preußen, und Louise Ulrike von Schweden, 1740—1758; H. Rofer: XVII. 14—52.
- Bachmann, H. W., u. d. typographische Gesellschaft in Berlin; H. Holstein: XIX. 433—457.
- Baireuth, d. Markgräfin von, u. ihre Memoiren; C. M s: VIII. 194—208.
- Balk, Hermann, Landmeister u. erster Eroberer Preußens — Heimath u. Geschlecht; v. Mühlverstedt: VI. 61—87.
- Balks, Hermann, ic. Heimath ist die Altmark sicher nicht; v. Ledebur: VI. 525—531

